
UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00357901 8





Protokoll

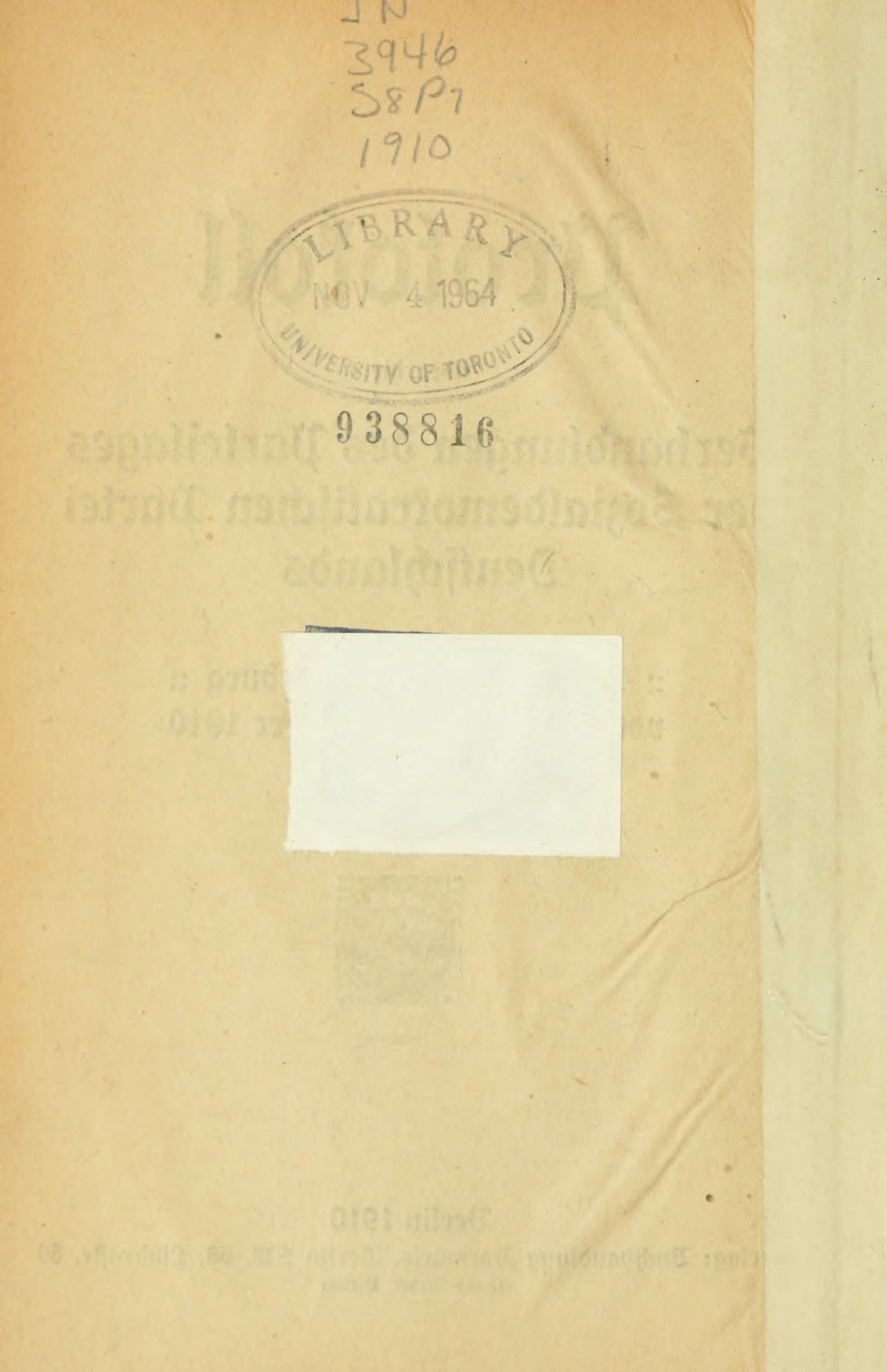
über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

:: Abgehalten in Magdeburg ::
vom 18. bis 24. September 1910



Berlin 1910
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69
(Hans Weber, Berlin)



Programm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich e i n s mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Parteitage in Leipzig 1909

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen mit deren Zustimmung örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt, diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. betragen. Mindestens 20 Proz. der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder,

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 10 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Pareivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, so ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 7 und 8).

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, unter denen eine Vertreterin der Genossinnen sein muß. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers, der Schriftführer und der Vertreterin der Genossinnen erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen gutachtlich zu hören, oder eine Konferenz ihrer Vertreter zu veranstalten.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern. Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisationen oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnorts des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann

Abänderung der Organisation.

§ 29. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 10 und 13 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

§ 30. Die neuen Bestimmungen im § 5 treten am 1. April 1910 und die übrigen Bestimmungen dieses Statuts am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Tagesordnung des Parteitages

Sonntag, den 18. September 1910, abends 7 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 19. September 1910 und folgende Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Berichterstatter W. Pfannkuch.
   b) Kasse und Presse. Berichterstatter F. Ebert.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter A. Kaden.
   a) Die badische Budgetbewilligung. Berichterstatter A. Bebel.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter G. Noske.
4. Wahlrechtsfrage. Berichterstatter H. Borgmann.
5. Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter H. Molkenbuhr.
6. Genossenschaftsfrage. Berichterstatter H. Fleißner.
7. Maifeier. Berichterstatter H. Müller.
8. Internationaler Kongreß in Kopenhagen. Berichterstatter P. Singer.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Sitzungszeit des Parteitages:
vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Dietz-Stuttgart — Klüß-Magdeburg.

Schriftführer:

Frl. Baader-Berlin
Buehler-Nieder-Barnim
Grosse-Hamburg
Limbertz-Essen
Ryßel-Leipzig
Schadow-Kottbus
Franz Schmitt-München
Vizerowski-Staßfurt
Wasner-Stuttgart

Mandatsprüfungs-Kommission:

Linchen Baumann-Hamburg
Fischer-Hannover
Grunert-Chemnitz
Leid-Berlin
Lippold-Eisenach
Stubbe-Hamburg
Vogel-Nürnberg
Vogt-München
Wittich-Frankfurt a. M.

Beschwerde-Kommission:

Bartels-Wernigerode
Brecour-Kiel
Donalies-Königsberg
Mann-Berlin
Frau Pötsch-Leipzig
Rieder-Köln
Riem-Dresden
Stockinger-Pforzheim
Stolten-Hamburg

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Magdeburg 1910.

Allgemeines.

Deutschland ist zu dem mächtigsten Industriestaat des Festlandes der alten Welt emporgewachsen und doch steht es unter der Herrschaft des Zentrums und der Agrarier, die das Reich als Institution zu ihrer Bereicherung betrachten. Waren früher die Verhältnisse noch verschleiert, indem scheinbar Großkapital und Großgrundbesitz als gleichberechtigte Faktoren nebeneinander wirkten, so ist es heute anders geworden. Ende der siebziger Jahre wollten die Großkapitalisten Schutzzölle, und sie erlangten sie dadurch, daß sie mit den Großgrundbesitzern die Wirtschaftliche Vereinigung bildeten, in der man sich gegenseitig auf Kosten des Volkes Profite bewilligte. Zu den ersten Konflikten zwischen den Beutegierigen kam es im Anfang der neunziger Jahre, als die Großkapitalisten Handelsverträge benötigten und diese auch gegen den Willen der Agrarier durchgesetzt wurden, so u. a. der russische Handelsvertrag nur mit Hilfe der Sozialdemokraten. Trotzdem sind die Agrarier mächtiger geworden. Sie haben in Norddeutschland den Bund der Landwirte und im Westen und Süden die christlichen Bauernvereine organisiert und bei den letzten Wahlen denn auch die Mehrheit im Reichstage erlangt. Der Hottentottenblock war nur ein kurzer Traum. Sehr bald ging das Gebilde in die Brüche, und Konservative und Zentrum, die innerlich durch ihre Weltanschauung und ökonomisch durch die gemeinsamen agrarischen Interessen zusammengehören, schlossen sich im schwarz-blauen Block zusammen und zeigten dem Großkapital, daß sie seiner Hilfe nicht bedürfen, sondern vorläufig die Macht haben, die Gesetze so zu gestalten, wie es in ihrem Interesse liegt. Das zeigte sich besonders bei der Reichsfinanzreform und bei der Katzbalgerei um den preußischen Wahlrechtsentwurf.

Das Industrie- und Handelskapital versucht nun durch den Hansabund seinen politischen Einfluß zu erhöhen. Der Ausgang der Reichstagswahl in Oletzko-Lyck-Johannesburg darf mit als ein Erfolg des Hansabundes betrachtet werden. Solange der Kampf in Gebieten, wie in den Landkreisen des fernen Ostens, geführt wird, mag der Hansabund als das fortgeschrittenere Element erscheinen. Die Arbeiterklasse hat indes vom Hansabund nichts zu erwarten. Die Politik der Kapitalisten wird sich in der Hauptsache immer gegen die Arbeiter richten. Mehr noch als agrarische Gesetze fürchtet das Industrie- und Handelskapital den Ausbau der Sozialpolitik. Die Hinderung der Sozialpolitik ist das Gebiet, auf dem die Vertreter des mobilen und

immobilen Kapitals sich zusammenfinden. Darin finden sie auch volles Verständnis bei den Regierungen.

Jetzt liegt die Novelle zur Reichsversicherungsordnung, für die der Leipziger Parteitag die Grundzüge unserer Forderungen festlegte, dem Reichstage vor. Hatten wir auch keineswegs hohe Erwartungen an die Vorlage gestellt, so wurden nicht einmal diese erfüllt. Die größten Pessimisten behielten Recht.

Wenn eine so umfangreiche Gesetzesvorlage sich auch wenig dazu eignet, in ihren Einzelheiten in Versammlungen kritisiert zu werden, so ist doch die Frage der Arbeiterversicherung ein Gegenstand, der das Interesse jedes Arbeiters berührt. Partei und Gewerkschaften haben deshalb alles getan, um die Arbeiter über die große Bedeutung des Gesetzes aufzuklären und sie aufzurufen zum Protest gegen die beabsichtigte Vernichtung ihres Selbstverwaltungsrechtes und die Mißachtung ihrer berechtigten Forderungen.

Zu der Erregung auf politischem Gebiete kamen im letzten Jahre große wirtschaftliche Kämpfe. Die Unternehmerverbände treten immer selbstherrlicher auf. Eine Zeitlang schien es, als sollte es im Holz- und Malergewerbe zu heftigen Kämpfen kommen, und erst nach langen Verhandlungen kam es hier zu Verständigungen.

Im Baugewerbe ist der Kampf vom Unternehmertum in der frivolsten Weise provoziert worden. Durch die Aussperrung sollten die Arbeiterorganisationen vernichtet, die „Macht der Arbeiter" gebrochen werden. Selbst in den Kreisen der Bauunternehmer mangelte es nicht an Personen, die die Utopie eines solchen Beginnens erkannten; sie konnten aber die von langer Hand vorbereitete Aussperrung nicht verhindern. Der Ausgang des Kampfes hat den Unternehmern gezeigt, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen Machtfaktoren geworden sind, mit denen sie wohl oder übel rechnen müssen. Denn die Arbeiter im Baugewerbe haben den Angriff des Unternehmertums auf ihre Organisationen nicht nur völlig abgeschlagen, sondern auch nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Vorteile errungen.

Einen schweren Kampf hatte der Bergarbeiterverband im Mansfelder Revier zu führen. Sonst patriotische Bergleute hatten, getrieben von der steigenden Not, sich dem Bergarbeiterverband angeschlossen, um ihre Lage zu verbessern. Die Maßregelung von 70 Arbeitern war die Antwort der Bergherren, worauf Tausende von Bergleuten sich solidarisch mit ihren Kameraden erklärten und in den Streik eintraten. Die Antwort der Bergherren war der Appell an die Staatsgewalt. Soldaten, wie für den Krieg ausgerüstet, gingen in das Streikgebiet und nahmen mitten im Frieden eine Stellung ein wie in Feindesland. Wenn vor einem oder zwei Jahren ein Sozialdemokrat in jene Gegend gekommen wäre und das, was jetzt sich zutrug, als möglich dargestellt hätte, so hätte man ihn ausgelacht oder gar mit Gewalt vertrieben. Jetzt aber lernten die Arbeiter die wahre Natur des Klassenstaates kennen und werden ihr künftiges Tun und Lassen danach einrichten. Gleichzeitig haben sie aber auch begriffen, daß das Solidaritätsgefühl bei den Arbeitern kein leerer Begriff ist.

An den Rand eines großen Ausstandes trieben die Bergherren des Ruhrreviers die Bergarbeiter durch Einrichtung sogenannter Arbeitsnachweise. Nur der Klugheit, Umsicht und Besonnenheit der dem Unternehmertum sonst so verhaßten Führer ist es zu danken, daß es nicht zu einem großen, das ganze wirtschaftliche Leben der Nation in Mitleidenschaft ziehenden Bergarbeiterausstand gekommen ist.

So sorgen Regierung, Agrarier und Kapitalisten dafür, daß die Massen in Bewegung gehalten werden und immer mehr die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkennen.

Das Rüsten zum Wahlkampfe hat auf der ganzen Linie begonnen. Vorläufig ist Geldsammeln die allgemeine Parole. „Sammelt Geld, um die Wahlen von Vertretern des mobilen Kapitals zu fördern!" heißt es im Hansabund und dieselbe Parole wird auch vom Zentralverband deutscher Industrieller ausgegeben. Was mit Geld im Wahlkampfe zu erreichen ist, das werden die Vertreter des Kapitals zu erreichen suchen. Viel Geld spielte ja auch im letzten Wahlkampf eine große Rolle. 1907 waren es der Flottenverein und der Zentralverband deutscher Industrieller, die die Mittel hergaben, die Wahlen zu fördern. Gegen Zentrum und Sozialdemokratie lautete zwar die Parole, in Wirklichkeit schuf man die Basis für den schwarzblauen Block. Im nächsten Wahlkampfe werden die Kapitalisten wohl die Parole ausgeben, gegen Agrarier und Sozialdemokraten. Indes sind wir keinen Augenblick im Zweifel, daß sich der eigentliche Kampf gegen unsere Partei richten wird. Wohl möchten die Kapitalisten die Macht der Agrarier brechen, aber sie mit Hilfe des Proletariats brechen, das verabscheuen sie mehr als die Junkerherrschaft. Und doch kann und wird diese Macht in Deutschland nur durch die Sozialdemokratie gebrochen werden.

* * *

Die badische Budgetabstimmung.

Am 14. Juli verbreiteten die Depeschenbureaus die gewiß den meisten Parteikreisen überraschend kommende Nachricht, daß bei der Abstimmung über das Finanzgesetz in der badischen Zweiten Kammer die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz gestimmt habe. Vor der Abstimmung hatten die Genossen Geck, Mosch und Stockinger den Saal verlassen. Die Annahme des Finanzgesetzes erfolgte dann von der Kammer einstimmig.

Die Nachricht mußte in den Parteikreisen um so überraschender wirken, da aus der Fraktion über ihre Haltung die Mitteilung verbreitet worden war, sie habe am 4. Juli den Beschluß gefaßt: Es sei mit ihrer politischen Ehre unverträglich, für das Budget zu stimmen, da der Minister von Bodmann die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ablehne und die Regierung auch der Bewilligung von 100 000 Mk. für die Gemeinden zur Subventionierung der Unterstützung der Arbeitslosen ihre Zustimmung versagte. Daß die aus der Fraktion verbreitete Nachricht zutreffend war, geht aus der einzigen in der Sache dem Parteivorstand zugegangenen offiziellen Mitteilung hervor, die folgendermaßen lautet:

Karlsruhe, 14. Juli 1910.

An den Sozialdemokratischen Parteivorstand

Berlin.

W. Genossen! Es wird Ihnen aus den Zeitungen bereits bekannt sein, daß wir heute für das Finanzgesetz gestimmt haben.

Wir haben uns dazu erst heute entschlossen. Ursprünglich waren wir geneigt, das Budget abzulehnen, bis gestern abend folgende Aenderung der Situation eintrat:

Der Minister des Innern v. Bodmann wurde gestern nachmittag in der Ersten Kammer von konservativen und ultramontanen Junkern auf das heftigste angegriffen und als Förderer der Revolution hingestellt, weil er der Sozialdemokratie gegenüber eine Politik der Konzessionen betreibe. Der Minister erwiderte, daß er zwar manche Bestrebungen der Sozialdemokratie bekämpfe, andere aber als berechtigt anerkenne. Er sagte

wörtlich: **Die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes.**

Auf Grund dieser Erklärungen lehnte dann die Kammer einen Gesetzentwurf des Ministers ab, der demokratische Reformen der Gemeinde- und Städteordnung gebracht hätte. Heute früh fand dann in der Zweiten Kammer die Beratung des Finanzgesetzes statt. In diesem Augenblick hielten wir es bei den besonderen Verhältnissen für unmöglich, durch Ablehnung des Budgets den Angriff der Junker zu unterstützen und gaben deshalb folgende Erklärung ab:

„Es läge für uns der Gedanke nahe, durch Ablehnung des Budgets dagegen zu protestieren, daß die volle politische Gleichberechtigung der sozialdemokratisch gesinnten mit den anderen Staatsbürgern noch nicht durchgeführt ist. Mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse, wie sie in den letzten Tagen geschaffen worden sind, verzichten wir auf diese Demonstration und stimmen dem Finanzgesetze zu.

Dieses zur kurzen Aufklärung.

Mit Parteigruß

gez.: Geiß.

Aus dem Inhalt des Briefes geht unzweifelhaft hervor, daß die badischen Fraktionsgenossen mit ihrer Abstimmung und deren Begründung bewußt den Beschluß des Nürnberger Parteitages verletzt haben.

Der Parteivorstand gab seiner Meinung über die Handlung der Genossen der badischen Fraktion, deren Tragweite und fernere Behandlung Ausdruck in folgender Veröffentlichung:

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages hat den Parteivorstand von ihrer Absicht, für das Budget zu stimmen, in keiner Weise in Kenntnis gesetzt.

Der Parteivorstand bedauert das die Interessen der Gesamtpartei schädigende Vorgehen der Landtagsfraktion der badischen Sozialdemokratie und sieht darin eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei.

Der Parteitag wird den Genossen Gelegenheit geben, sich zur Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Badens zu äußern.

Der Parteivorstand.

Es wird nun Aufgabe des Parteitages sein, diese grobe Mißachtung eines Parteitagsbeschlusses entschieden zurückzuweisen und die Wiederholung eines solchen Vorganges zu verhüten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei muß unter allen Umständen sichergestellt werden.

* * *

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Die Anträge 28 und 29, betreffend die Herstellung eines Abendblattes des „Vorwärts", waren Gegenstand eingehender Erwägung. Parteivorstand und Preßkommission kamen übereinstimmend zu dem Resultat, daß die Herstellung eines Abendblattes nur möglich sei, wenn gleichzeitig eine Erhöhung des Abonnementspreises vorgenommen werde. Die Preiserhöhung hielt man aber für eine Maßnahme, die bei den derzeitigen unstetigen Erwerbsverhältnissen nur schädigend auf die Entwickelung des „Vorwärts" wirken müsse.

Dem Antrag 243, der wünscht, daß der Parteivorstand jährlich zweimal ein Adressenverzeichnis herausgebe, das neben den Adressen der Sekretäre die Adressen der Kreisvereine und der Verkehrslokale enthalten soll, glaubt der Parteivorstand durch die Herausgabe der „Materialien für Organisationsleiter" Rechnung getragen zu haben. Ueber das dabei eingehaltene Maß hinauszugehen, lag eine Notwendigkeit nicht vor.

Dem Antrag 254 hat der Parteivorstand zugestimmt und die „Genossenschaftsfrage" auf die Tagesordnung des Magdeburger Parteitages gesetzt

Antrag 263, der dem Parteivorstand überwiesen wurde, lautet:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, baldigst die notwendigen Vorbereitungen zur Errichtung einer besonderen literarischen Abteilung in die Wege zu leiten, deren Aufgabe die Herausgabe und bessere Ausgestaltung der Parteikorrespondenz, ferner die Bearbeitung und systematische Herausgabe von Flugblättern und Flugschriften und die Einrichtung einer Zentralregistratur sein soll."

Die Aufgaben, die der Antrag 263 der zu gründenden literarischen Abteilung zuweist, werden zum Teil durch die „Parteikorrespondenz", die auch eine besondere Registratur hat, und durch das Pressebureau erfüllt. Der Parteivorstand ist im Sinne des Antrages 263 mit der Erweiterung der bestehenden Einrichtungen beschäftigt. Am 13. April und am 1. August d. J. fanden in Düsseldorf Besprechungen mit Vertretern der Agitationsbezirke und der Parteipresse Rheinland-Westfalens statt, in denen über die Errichtung eines literarischen Bureaus beraten wurde, das besonders in jenen Gegenden unsere Genossen in ihrem Kampfe gegen das Großkapital und gegen das Zentrum unterstützen soll. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß das Bureau Ende des Jahres seine Tätigkeit aufnehmen kann. Den Wünschen der Antragsteller des Antrags 263 wird das zu errichtende Bureau gerecht zu werden suchen.

Wie aus der provisorischen Tagesordnung des Parteitages hervorgeht, hat der Parteivorstand zunächst davon abgesehen, das Thema: Steuerpolitik, wie gewünscht worden war, zur Diskussion zu stellen. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß dieser Gegenstand nach gründlicher Vorbereitung auf einem späteren Parteitag behandelt werden kann.

Die Anträge 32, 35 und 273, die verlangten, daß nach Erscheinen der Reichsversicherungsordnung der Parteivorstand im Einvernehmen mit der Generalkommission in der Arbeiterversicherung praktisch tätige Genossen über die parlamentarische Behandlung der Vorlage gutachtlich hören solle, sind ausgeführt worden. Zunächst wurden 10 sachkundige Genossen berufen, die einer später zusammentretenden erweiterten Konferenz Sachverständiger Abänderungsvorschläge zu den Grundsätzen des Regierungsentwurfs vorlegten. Diese Konferenz tagte am 22. und 23. April und war von mehr als 70 Genossen aus allen Teilen des Reichs besucht. Die zuerst berufene Zehnerkommission hat dann unter Mithilfe der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichstagskommission den ganzen Regierungsentwurf durchgearbeitet und ihre Abänderungsanträge der Reichstagsfraktion unterbreitet. Die Maßnahme hat sich gut bewährt und den zur Mitwirkung berufenen Genossen, besonders den Mitgliedern der Zehnerkommission, gebührt für ihre sehr wertvolle Arbeit der Dank der Partei.

Der Antrag 286 hat durch das von uns zur Agitation gegen die Reichsversicherungsordnung herausgegebene Material seine Erledigung gefunden.

Ueber die Erledigung der Anträge 6 und 7 wird im Kapitel „Organisation" berichtet.

Organisation.

Das verflossene Jahr mit seinen lebhaften politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hat trotz der immer noch fühlbaren wirtschaftlichen Krise eine sehr erfreuliche Stärkung der Parteiorganisation gebracht. Der beste Beweis, daß es sich bei der Erregung über die Steuerausplünderung und die Wahlrechtsverweigerung nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Unsere Mitgliederzahl ist von 633 309 auf 720 038 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 86 729 oder 13,69 Proz. Daran sind die männlichen Mitglieder mit 66 346 und die weiblichen mit 20 383 beteiligt.

Der Mitgliederstand der Partei hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt bewegt:

1906	384 327	Mitglieder
1907	530 466	„
1908	587 336	„
1909	633 309	„
1910	720 038	„

Die nebenstehende Tabelle zeigt, wie sich der diesjährige Zuwachs an Mitgliedern auf die einzelnen Agitationsbezirke verteilt. Leider haben Hessen, Mecklenburg, Thüringen I (Weimar), Sachsen-Meiningen und Oldenburg-Ostfriesland Mitgliederverlust. In dem letztgenannten Bezirk ist der Mitgliederrückgang allerdings darauf zurückzuführen, daß wir die Mitglieder in den zum 1. Oldenburger Reichstagswahlkreis gehörigen Fürstentümern Birkenfeld und Lübeck nicht wie in früheren Jahren diesem Bezirke, sondern auf Wunsch den Bezirken Oberrhein und Schleswig-Holstein zugerechnet haben, zu denen diese beiden oldenburgischen Enklaven nach unserer Bezirksabgrenzung gehören.

Die Tabelle gibt auch Aufschluß über die relative Stärke der Bezirksorganisationen. In sechs Bezirken beträgt die Mitgliederzahl mehr als 30 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagswähler. An der Spitze steht Hamburg, ihm folgen Schleswig-Holstein, Leipzig, Nordbayern, Nordwest und Lübeck.

Die Mitglieder der Polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands (P. P. S.) sind bei der tabellarischen Aufstellung nicht mitgerechnet. Nach dem Bericht des Vorstandes der P. P. S. besteht die Organisation aus 6 Bezirken, auf die sich die Mitgliederzahl wie folgt verteilt:

Bezirk	Oberschlesien	1578	Mitglieder
„	Westfalen	201	„
„	Hamburg	145	„
„	Posen	151	„
„	Bremen	69	„
„	Berlin	51	„
	Zusammen . . .	2195	Mitglieder

Die Partei hat nun zu allen Reichstagswahlkreisen, abgesehen von zwei rheinischen, organisatorische Beziehungen. Parteiorganisationen bestehen in 321 Reichstagswahlkreisen.

Die Stärke der Wahlkreisorganisationen ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Zahl der Wahlkreise	Mitgliederzahl	Zahl der Wahlkreise	Mitgliederzahl
65	bis 100	10	700— 800
45	100— 200	13	800— 900
27	200— 300	7	900—1000
14	300— 400	31	1000—1500
19	400— 500	26	1500—2000
16	500— 600	31	2000—3000
18	600— 700	317	

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise: die zum Bezirke gehören	Zahl der Wahlkreise: von denen Angaben vorliegen	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisation 1909 überhaupt	1909 weibliche	1910 überhaupt	1910 weibliche	Mitgliederzunahme in Prozenten	Verhältnis der Mitgliederzahl zu den sozialdemokratischen Reichstagswählern in Prozenten
Ostpreußen	17	17	11	4590	814	5668	962	23,38	12,68
Westpreußen	13	13	23	2047	263	2582	303	26,14	12,96
Groß-Berlin	8	8	75	87614	9382	101191	12766	15,49	24,58
Brandenburg	18	18	164	18660	1443	22894	2294	22,69	17,62
Pommern	14	14	84	8136	670	9626	881	18,31	15,92
Posen	15	13	21	871	29	1073	79	23,19	16,48
Breslau	15	14	43	10568	643	14136	1886	33,76	21,66
Görlitz	7	7	51	4936	97	6368	853	29,01	15,94
Oberlangenbielau	7	6	50	7873	1078	9398	1367	19,37	20,18
Kattowitz	6	6	15	932	116	1397	212	49,89	9,23
Magdeburg	8	8	94	13475	1806	18972	2650	40,79	20,24
Halle a. S.	8	8	132	14224	1122	18752	3422	31,83	22,40
Erfurt	4	4	29	3725	389	4543	610	21,96	15,56
Schleswig-Holstein	10	10	93	36891	4818	39743	5765	7,73	35,06
Hannover	12	12	104	24681	3133	27538	4141	11,58	27,25
Oestl. Westfalen	9	8	100	7677	344	9289	572	21,00	24,45
Westl. Westfalen	8	7	186	18207	3873	20036	4257	10,05	19,91
Oberrhein	19	13	42	9725	901	10653	903	9,54	17,95
Niederrhein	14	14	145	27482	4321	28635	4614	4,20	14,09
Saargebiet	3	2	8	371	41	516	36	39,08	13,23
Frankfurt a. M.	11	11	168	15758	1334	19638	2013	24,49	21,51
Kassel	6	6	68	3954	25	4633	133	17,17	14,10
Nordbayern	22	22	241	29990	1166	36340	1868	21,17	34,36
Südbayern	18	18	76	} 16555	} 1049	7353	651	} 27,28	20,89
München	2	2	14			13718	962		27,94
Pfalz	6	6	99	8385	?	9638	444	14,95	23,32
Dresden	9	9	110	32029	2535	37411	2362	16,80	25,36
Chemnitz	7	7	190	21130	752	22208	956	5,10	17,85
Leipzig	4	4	100	29742	4146	31452	4548	5,75	34,78
Zwickau	3	3	62	6742	593	7579	709	12,41	13,47
Württemberg	18	18	273	19176	338	21246	650	10,80	18,31
Baden	14	14	195	13481	375	14524	454	7,74	15,55
Hessen	9	8	192	17233	1227	17070	1099	− 0,95	22,17
Mecklenburg	7	7	61	7523	555	7395	1001	− 2,23	14,69
Thüringen I	5	5	81	6449	578	5270	400	−22,37	13,99
" II	3	3	58	7523	1053	8169	1221	8,59	28,23
Sachsen-Altenburg	1	1	35	4875	602	4914	628	0,80	25,74
Gotha	1	1	47	2383	181	2419	319	1,51	16,07
Oldenburg-Ostfriesl.	5	5	85	7138	1047	6652	1165	− 6,81	24,02
Braunschweig	3	3	54	7288	1109	8518	1428	16,86	22,90
Sachsen-Meiningen	2	2	49	2991	233	2895	210	− 3,32	16,19
Anhalt	2	2	23	5625	1328	6770	2027	20,35	24,49
Hamburg	3	3	26	39931	4817	43225	5044	8,25	38,29
Nordwest	5	5	37	18208	1353	20745	2759	13,93	32,99
Lübeck	1	1	5	3271	285	3720	368	13,73	32,13
Elsaß-Lothringen	15	13	57	3277	149	3536	155	7,90	4,34
Zusammen	397	351	3831	633309	62259	720038	82642	13,69	22,09

Zahl der Wahlkreise		Mitgliederzahl	Zahl der Wahlkreise		Mitgliederzahl
18	......	3000— 4000	1	......	10000—11000
9	......	4000— 5000	1	......	11000—12000
6	......	5000— 6000	3	......	12000—13000
8	......	6000— 7000	2	......	13000—14000
3	......	7000— 8000	1	......	14000—16000
2	......	8000— 9000	1	......	16000—18000
2	......	9000—10000	57		

Fünf weitere Wahlkreise haben über 20 000 Mitglieder, und zwar Berlin IV 22 927, Leipzig-Land 24 945, Teltow-Beeskow 26 504, Berlin VI 28 981 und Hamburg III 30 060.

Die Zahl der Bezirkssekretäre beträgt 49. Neugeschaffen wurde die Sekretärstelle für den Bezirk Erfurt. Die Stelle ist durch den Genossen W. Apel besetzt worden. In Elsaß-Lothringen ist die Sekretärstelle mit dem Genossen Ch. Hueber neubesetzt worden, ebenso die für das Vogtland mit dem Genossen R. Maier. Ferner hat der Parteivorstand entsprechend dem ihm vom letzten Parteitag überwiesenen Antrag 7 und im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand den Genossen Zörgiebel zum zweiten Sekretär für den Oberrhein bestellt. Die Zahl der Wahlkreissekretäre beträgt 62.

Jugendausschüsse bestehen an 360, Bildungsausschüsse an 314 und Kinderschutzkommissionen an 109 Orten.

Die im neuen Organisationsstatut vorgesehenen Mindestbeiträge für Mitglieder sind bis auf 10 Reichstagswahlkreise überall durchgeführt worden. Es handelt sich dabei meist um Wahlkreise, in denen die Parteiorganisation einen schweren Stand hat. Doch müssen auch diese Organisationen im Laufe des nächsten Jahres die Mindestbeiträge einführen.

Eine Konferenz der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen tagte am 24. und 25. Januar in Berlin. Sie beschäftigte sich mit der Berufung einer Frauenkonferenz, die durch einstimmigen Beschluß erst für das nächste Jahr empfohlen wurde. Weiter beschäftigte man sich mit der Jugendbewegung, der Agitation unter den Binnenschiffern und den Landarbeitern und mit der wahltechnischen Organisation. Bei dem Punkt Agitation unter den Binnenschiffern wurde auch der vom letzten Parteitag dem Parteivorstand überwiesene Antrag 6 besprochen. Es wurde vorgeschlagen, an den Knotenpunkten der Flußschiffahrt mit einer zweckmäßigen mündlichen und schriftlichen Agitation einzusetzen. Ein besonderer Agitationskalender für die Schiffer wurde in Auftrag gegeben und wird im Herbst erscheinen.

In einem Büchlein „Materialien für die Organisationsleiter" haben wir die für die Verwaltungen wichtigsten Materialien zusammengestellt, besonders auch für die Ausführung des Organisationsstatuts und die Durchführung der wahltechnischen Organisation Anleitung gegeben.

Schiedsgerichtssachen haben wir aus dem vorigen Jahre 14 übernommen, davon sind 7 durch Ausschluß, 3 durch Tadelserteilung, 2 durch Vergleich und 2 durch Ablehnung der Anträge erledigt worden.

Die im neuen Organisationsstatut vorgesehene Regelung des Ausschlußverfahrens hat sich bewährt. Von den 40 Bezirksvorständen mußten sich 15 mit 71 Ausschlußsachen befassen. Davon wurden 26 durch Ausschluß, 19 durch Tadelserteilung und zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern, 7 durch Austritt, 4 durch Vergleich und 5 durch Ablehnung der Ausschlußanträge erledigt. Gegen diese Entscheidungen ist in drei Fällen Berufung an das Schiedsgericht erhoben worden. In einem Fall hat das Schiedsgericht den Angeschuldigten scharf getadelt, in einem Fall erfolgte Ausschluß und die dritte Sache ist noch in der Schwebe.

Frauenbewegung.

Die politisch bewegte Zeit des verflossenen Geschäftsjahres ward zur lebhaften Agitation unter den proletarischen Frauen benutzt. Die starke Neubelastung des Volkes durch die „Finanzreform" traf die Proletarierinnen besonders hart in ihrer Eigenschaft als Hausfrauen, zum Teil auch als Arbeiterinnen (Tabakarbeiterinnen, Arbeiterinnen in den Glühstrumpffabriken und andere). Ihre Empörung über den schier unerträglichen Steuerdruck kam zum Ausdruck in der starken Beteiligung an den Protestversammlungen.

Die preußische Wahlrechtsbewegung bot ausgiebige Gelegenheit, die Frauen zum politischen Leben zu erwecken, sie zu organisieren und zu Mitkämpferinnen zu schulen. In allen Aufrufen und Flugblättern, in allen Zirkularen und Resolutionen ist der Frauen und des Frauenwahlrechtes gedacht und in allen Versammlungen ist neben den übrigen Forderungen eines demokratischen Wahlrechtes auch die Forderung des Frauenwahlrechtes grundsätzlich und mit der Betonung seiner praktischen Bedeutung erhoben worden.

Gemeinschaftlich mit der Generalkommission hat der Parteivorstand im ganzen Reiche Frauenversammlungen angeregt, durch welche die Forderung des aktiven und passiven Frauenwahlrechtes zu den Gewerbegerichten erneut vertreten wurde.

Die Kundgebungen zur „Reichsversicherungsordnung" dienen, soweit die Frauenagitation besonders in Betracht kommt, vor allem der Propaganda der Mutterschaftsversicherung und der Witwen- und Waisenversorgung. Die sächsischen Landtagswahlen und die Reichs- und Landtagsnachwahlen wurden durchweg ebenfalls als günstige Gelegenheit zur Propaganda unter dem weiblichen Proletariat verwertet.

Insgesamt wurden vom Frauenbureau für 41 Agitationstouren und für eine große Anzahl Einzelversammlungen Referentinnen vermittelt. An diesen Touren beziehungsweise Versammlungen partizipierten außer Baden, der Pfalz und Thüringen alle Bezirke. Die eingeleitete Agitation brachte durchweg auch gute organisatorische Erfolge. So wurden zum Beispiel im Bezirk Brandenburg bei einer Tour 1339 neue Mitglieder gewonnen, im Bezirk Schlesien-Breslau nahezu 1000 Mitglieder, eine Tour im Chemnitzer Bezirk (Erzgebirge) brachte rund 500 Neuaufnahmen, und ähnliche Berichte kamen von überall her. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stieg von 62 259 im Jahre 1909 auf 82 642 im Jahre 1910, also eine Zunahme von 20 383.

Die Rücksprache mit einer Anzahl Bezirksleitungen über die Organisierung und Schulung der Frauen hat sich auch in diesem Jahre als gut und wirksam erwiesen.

Die mündliche Agitation wurde wirkungsvoll unterstützt durch eine schriftliche. Ein leichtverständliches Flugblatt, welches die Ausbeutung der Frauen durch das Kapital und durch die Zollpolitik behandelt und gleichzeitig die Notwendigkeit der politischen Organisierung und der politischen Betätigung der Frauen nachweist, ist in 230 330 Exemplaren verbreitet und in mehreren Bezirken gedruckt worden. Ein Flugblatt, das sich an die Frauen und Mädchen Preußens wendet, ist im preußischen Wahlrechtskampf zur Verbreitung gelangt. Bei der Nachwahl zum preußischen Landtag ist für die Frauen Berlins ein vom Bureau geliefertes Flugblatt von den Genossinnen verbreitet worden.

Ein weiteres Flugblatt, das zur Beteiligung an den Krankenkassenwahlen auffordert, ist in 160 000 Exemplaren zur Verbreitung gekommen.

Auf diesem Gebiete werden unsere Genossinnen in Zukunft eine intensivere Agitation entfalten müssen. Ein Flugblatt, das die Forderung der Mutterschaftsversicherung propagiert und ein solches, das für eine durchgreifende Witwen- und Waisenversicherung eintritt, ist kürzlich angeboten worden.

Die Artikel, die vom Frauenbureau an die Parteipresse gesandt werden, haben sich gut eingebürgert. Außerdem sind kleine Notizen an die Presse verschickt worden.

Durch Artikel, Notizen, politische Gespräche und Briefe für die Agitationskalender, die vom Frauenbureau geliefert sind, ist die Agitation unter dem weiblichen Landproletariat unterstützt worden. Eine, vom Parteivorstand angeregte, allgemeine Agitation für die „Gleichheit", die von der Parteipresse unterstützt ward, hatte, soweit uns berichtet wurde, einen guten Erfolg. Die Abonnentenzahl der „Gleichheit" ist 82 000.

Diskussions- und Leseabende sind in 92 Reichstagswahlkreisen eingeführt. Das Bureau hat kleine Kataloge empfehlenswerter Schriften zusammengestellt, die zur Einführung in den Sozialismus und in die Frauenfrage geeignet sind und deshalb auch gut als Material für die Diskussions- und Leseabende verwendet werden können. Auf Wunsch sind diese Kataloge den weiblichen Vorstandsmitgliedern eingesandt worden.

Für die Referentinnen ist über eine Reihe von Fragen das Material gesammelt und ihnen auf Wunsch zur Verfügung gestellt worden.

Die Mitarbeit der Genossinnen in den Organisationen nimmt erfreulicherweise zu. In 557 Organisationen sind Frauen als Vorstandsmitglieder tätig. Eine große Anzahl Frauen nimmt an den sonstigen Verwaltungsarbeiten als Bezirks- und Abteilungsleiterinnen teil, vereinzelt sind auch Frauen in den Bezirks- und Agitationskommissionen tätig. Bei den Nachwahlen haben zahlreiche Genossinnen ein gut Teil der Arbeit des Wahlkampfes erledigt: Bureauarbeit, Schlepperdienst, Stimmzettel- und Flugblattverbreitung. In dem Leitfaden für die wahltechnischen Arbeiten wird zu weiterer Inanspruchnahme der Genossinnen für diese Arbeiten aufgefordert. Auch bei der Flugblatt- und Kalenderverbreitung haben an zahlreichen Orten die Frauen ihr Bestes geleistet. In den Kreisen, in denen der § 4 des Organisationsstatuts (Wahl eines weiblichen Vorstandsmitgliedes) noch nicht durchgeführt ist, muß es von den Genossinnen beantragt und durchgesetzt werden, daß ihnen ihr statutarisches Recht eingeräumt wird.

Eine segensreiche Tätigkeit haben die Kinderschutzkommissionen entfaltet. An 109 Orten sind solche Kommissionen gegründet, beziehungsweise vorhandene erweitert worden. Das eingegangene Material ist ein so reichhaltiges und umfangreiches, daß es unmöglich im Rahmen des Vorstandsberichtes die erforderliche Würdigung finden kann. Sollen die gemachten Erfahrungen für die weitere Tätigkeit und Ausgestaltung der Kommissionen, für die Agitation und für die parlamentarische unserer Genossen im Reichstag, in den Landtagen und in den Gemeinden nutzbar gemacht werden, bedarf es einer sorgfältigen Bearbeitung, deren Ergebnis alsdann in einer besonderen Broschüre veröffentlicht wird. Hier sei deshalb nur das Allgemeingültige erwähnt:

Die Tätigkeit der Kinderschutzkommission erwies sich dort am wirksamsten, wo Partei und Gewerkschaft gemeinsam die Gründung der Kommission und die Propaganda für ihre Unterstützung in die Hand nahm. Das Interesse der Gesamtarbeiterschaft war dadurch für die neue Einrichtung erweckt und ein guter Erfolg von vornherein garantiert.

Vorträge in den Organisationen und Artikel der Presse, in denen die schädlichen Folgen der Kindererwerbsarbeit geschildert und die Pflicht der Gesamtheit, diesen Schädigungen entgegenzuwirken, hervorgehoben wird, sind eine wirksame Unterstützung der Kommissionsarbeiten.

Die Parteigenossen im Städtekomplex Hamburg-Altona-Ottensen haben noch ein übriges getan. An einem Sonntagmorgen hat die politische Organisation im ganzen Gebiet nach kindlichen Botengängern recherchiert und 1821 Kinder bei dieser Arbeit angetroffen. Ein Beweis für den Umfang der Kinderarbeit. Die Einteilung eines Ortes in Bezirke, deren Bearbeitung bestimmten Personen übertragen wird, ist notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Arbeitens. Den Feststellungen der Kommissionen über gesetzwidrige Beschäftigung der Kinder stehen mindestens ebensoviele Feststellungen von Kindererwerbsarbeit gegenüber, die leider nicht vom Gesetz erfaßt werden, wenngleich sie nicht minder schädlich für die Entwickelung der Kinder sind. Das ist die Beschäftigung der Kinder in häuslichen Diensten, wobei sie häufig bis in die Nacht hinein angespannt werden, die Beschäftigung der Kinder in der Landwirtschaft und vor allem auch die Beschäftigung eigener Kinder bei Botengängen. Die Mannigfaltigkeit der gesetzlichen Bestimmungen, die Unterscheidung zwischen „eigenen" und „fremden" Kindern, der Beschäftigung eigener Kinder für „dritte" usw. erschweren eine Kontrolle des Kinderschutzgesetzes außerordentlich. Noch schwieriger ist die Kontrolle der Kinderarbeit in der Heimindustrie. Sehr wirksam erwies sich auch die Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen im Kampfe gegen Kindermißhandlungen und bei der Fürsorge für sittlich verwahrloste und sittlich gefährdete Kinder.

Sehr viel Takt, soziales Verständnis und Energie müssen die Genossen und Genossinnen mitbringen, die in den Kinderschutzkommissionen Ersprießliches leisten wollen. Der Unterstützung der Gesamtarbeiterschaft bei ihrer mühevollen Tätigkeit müssen sie sicher sein. Auch wird es sich empfehlen, daß die Kommissionsmitglieder mit unseren Genossen und Genossinnen in den Armen- und Waisenkommissionen, mit unseren Gemeindevertretern, mit den Lehrern und Lehrerinnen, den städtischen Kinderfürsorgeämtern, und den weiblichen Polizeiassistenten Hand in Hand arbeiten.

Sicher ist, daß bei der Tätigkeit der Kommission nicht nur das soziale Verständnis der Genossinnen, sondern auch vor allem ihr mütterliches Empfinden sie befähigt, hier Gutes und Notwendiges zu leisten. Dringend notwendig ist es, daß an den Orten mit einer guten Partei- und Frauenbewegung die Gründung von Kinderschutzkommissionen erfolgt, wo sie bisher aus irgendwelchen Gründen unterblieb. Anfragen über die Einrichtung und die zu entfaltende Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen sind wiederholt an das Bureau gekommen. Sie sind eingehend beantwortet und das vorhandene Material ist übersandt worden.

* * *

Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung hat in den letzten Jahren kräftig Fuß gefaßt. Mehr und mehr erkennen die klassenbewußten Arbeiter, wie notwendig es ist, ihren Nachwuchs zur tätigen Anteilnahme an dem praktischen und geistigen Leben der Arbeiterklasse zu befähigen. Besonders treten die Fortschritte der Jugendbewegung bei der fortgesetzt steigenden Ausbreitung der „Arbeiter-Jugend" in Erscheinung. Im letzten Jahr stieg nämlich die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" von 28 100 auf 45 000. Die Leser verteilen sich auf 344 Orte, so daß das Reich fast gleichmäßig an diesem Erfolg

beteiligt ist. Die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ konnte infolge dieser erfreulichen Entwickelung schon bei Beginn des zweiten Jahrganges den Umfang des Blattes erweitern.

Die Zahl der Orte mit Jugendausschüssen ist von 311 auf 360 gestiegen. Mitte April dieses Jahres tagte eine Konferenz der Jugendausschüsse, die von 125 Vertretern besucht war. Erfreulicherweise war unter den Delegierten das jugendliche Element zahlreich vertreten. Es wurde verhandelt über: Bericht der Zentralstelle, Bildungsbestrebungen für die Jugend, Jugendschutz, Stand und Einrichtung der bürgerlichen Jugendbewegung, Bedeutung der Jugendheime und Sport und Spiel. Die Verhandlungen, die sich im Rahmen des Beschlusses der Nürnberger Resolution zur Jugendbewegung hielten, endeten mit der einstimmigen Annahme von Leitsätzen, die von der Zentralstelle zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vorbereitet waren. Die Einheitlichkeit und der Erfolg der Jugendbewegung ist durch diese Konferenz wesentlich gefördert worden. Die dort angenommenen Leitsätze sollen den Jugendausschüssen als Richtlinien für ihre Tätigkeit dienen.

Leider haben nicht alle Jugendausschüsse der Zentralstelle über ihre Tätigkeit berichtet. Nur aus 181 Orten sind am Schlusse des Geschäftsjahres Berichte eingelaufen. Es muß dringend gewünscht werden, daß künftig die Ausschüsse hier ihrer Pflicht mehr nachkommen.

Nach den vorliegenden Berichten sind in 132 Orten die Ausschüsse in der üblichen Form zusammengesetzt. Jugendheime bestehen in 105 Orten. Davon verfügen allerdings 69 nur über einen Raum; 18 über zwei; 8 über drei und 10 über mehr Räume. Es handelt sich fast durchweg um gemietete Räume. In einigen Großstädten hat man für eine ganze Anzahl Heime Sorge getragen. So hat Hamburg 5 Heime mit 1 bis 3 Räumen und außerdem sind noch in 26 verschiedenen Stadtbezirken in Wirtschaften Räume für die Zusammenkünfte der Jugendlichen gemietet. Aehnlich ist man in Leipzig verfahren. Dort sind für die Zusammenkünfte in 16 Lokalen Räume gemietet worden, die von den Jugendlichen benutzt werden können, ohne daß sie Alkohol genießen müssen. In fast allen Jugendheimen liegen Zeitungen und Zeitschriften verschiedenster Art aus, auch gut ausgewählte Gesellschaftsspiele stehen zur Verfügung. Außerdem besitzen in 70 Orten die Heime Jugendbibliotheken, die vielfach recht reichhaltig sind. Es bestehen 22 aus mehr als 100 Bänden. Finanzschwachen Orten hat die Zentralstelle mehrfach unentgeltlich kleine Bibliotheken zur Verfügung gestellt. Der Zutritt zu den Heimen steht fast überall den Jugendlichen beider Geschlechter frei. Nur in 17 Orten verlangt man eine Legitimation; meistens Ausweis als Abonnent der „Arbeiter-Jugend“. Wie sehr die Jugendausschüsse auch im übrigen bestrebt sind, ihren recht schwierigen Aufgaben gerecht zu werden, zeigt folgende Aufstellung über die von ihnen getroffenen Veranstaltungen:

Art der Veranstaltung	Zahl der Orte	Zahl der Veranstaltungen
Einzelvorträge	142	1434
Vortragsreihen	49	103
Unterrichtskurse	26	38
Künstlerische Darbietungen	72	259
Führungen durch Museen, Ausstellungen usw.	65	215
Festlichkeiten	110	365
Ausflüge	153	1466

Nach den Berichten sind diese Veranstaltungen und die Jugendheime von den Jugendlichen verhältnismäßig gut besucht worden.

Besondere Jugendbibliotheken bestehen in 52 Orten; außerdem sind in 25 Orten den Bibliotheken der Erwachsenen Jugendabteilungen angegliedert worden.

Die Jugendausschüsse hatten eine Gesamteinnahme von 52 164,73 Mk., der eine Ausgabe von 51 738,— Mk. gegenübersteht. Die Gewerkschaften leisteten dazu einen Zuschuß von 12 603,64 Mk. und die Parteiorganisationen einen solchen von 10 599,05 Mk.

Zur besseren Durchführung ihrer Aufgaben werden sich die Jugendausschüsse nach Art der Agitationsbezirke der Partei zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. Eine Anleitung für die Schaffung solcher Agitationsbezirke ist von der Zentralstelle herausgegeben worden. Es ist wünschenswert, daß die Bezirksabgrenzung möglichst bald überall durchgeführt wird.

Die Zentralstelle hat nach Möglichkeit die Jugendausschüsse mit Auskünften, Anregungen und Material in ihrer Tätigkeit unterstützt. Der Verkehr der einzelnen Orte mit der Zentralstelle war infolgedessen sehr rege. Zu dem früher schon erschienenen Flugblatt: „An die schulentlassene Jugend" sind drei weitere herausgegeben worden: „Väter und Mütter!", „An die Arbeitereltern" und „An die Eltern der Arbeiterjugend". Diese Flugblätter sind in einer Gesamtauflage von zirka 500 000 Exemplaren herausgegeben worden, und zwar an finanzschwache Orte unentgeltlich. Guten Anklang fand das im letzten Spätjahr herausgegebene Heftchen: „Anleitungen für künstlerische und gesellige Veranstaltungen". Die erste Auflage des Jugendliederbuchs in Höhe von 30 000 Exemplaren war sehr bald vergriffen. Mit einigen Abänderungen ist es bereits in zweiter Auflage erschienen. Ueber „Jugendschutz" und „Bürgerliche Jugendbewegung" werden demnächst Broschüren erscheinen, die unseren Agitatoren gute Dienste leisten werden.

Die gesamten Ausgaben der Zentralstelle betragen seit 1. Januar 1909: 17 868,15 Mk. Davon entfallen 12 801,20 Mk. auf die „Arbeiter-Jugend".

* * *

Agitation.

Nach dem Leipziger Parteitag setzte sofort eine lebhafte Agitation für den **Schnapsboykott** ein. Der Parteivorstand gab die Flugschrift: „Deutscher Arbeiter wehre Dich gegen Steuerdruck und Junkerübermut!" heraus und forderte die Parteiorganisationen zur planmäßigen Verbreitung dieser Flugschrift auf. Nach den finanzschwachen Bezirken wurde diese Flugschrift in Massen gratis abgegeben. Sie wurde auch in die polnische Sprache übersetzt. Die energische Agitation der sozialdemokratischen Partei gegen den Schnapsgenuß hatte einen erfreulichen Erfolg. Selbst die Gegner mußten anerkennen, daß diese Aktion der Partei großen Erfolg hatte

Gegen das **Zentrum**, das in Flugblättern und Broschüren den Versuch machte, die Verantwortung für die Folgen der Reichsfinanzreform von der Zentrumspartei abzuwälzen, erschien das Flugblatt: „Die schwarzen Falschmünzer, Steuerlügen des Zentrums", das in den schwarzen Gegenden stark verbreitet wurde.

Die Agitation gegen die **Reichsversicherungsordnung** wurde gemeinsam mit den Gewerkschaften geführt. Den Agitatoren wurde das Protokoll des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, der sich am 25. und 26. April 1910 mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigte, neben der den gleichen Gegenstand behandelnden Resolution des Leipziger Parteitages zur

Agitationsbezirke	Versammlungen		Verbreitet wurden:	
	Mitglied.	Oeffentl.	Flugblätter	Agitationskalender und Broschüren
Ostpreußen	120	49	899 200	38 500
Westpreußen	148	80	238 190	45 360
Groß-Berlin	632	514	8 019 450	137 300
Brandenburg	1354	608	1 188 100	261 550
Pommern	459	225	498 100	92 386
Posen	126	99	184 000	880
Breslau	303	216	929 600	62 400
Görlitz	326	142	284 000	72 000
Oberlangenbielau	241	223	281 500	72 000
Kattowitz	175	55	147 900	50 000
Magdeburg	691	389	837 350	78 400
Halle a. S.	959	530	974 000	96 000
Erfurt	291	95	150 800	10 550
Schleswig-Holstein	545	479	1 751 660	12 480
Hannover	736	261	685 690	114 925
Oestl. Westfalen	596	128	96 900	3 500
Westl. "	1602	300	1 756 050	55 550
Oberrhein	652	472	1 187 000	186 700
Niederrhein	1870	585	2 313 800	317 165
Saargebiet	20	12	70 000	500
Frankfurt a. M.	1201	462	591 500	30 800
Kassel	387	128	135 000	18 000
Nordbayern	1738	839	872 900	23 450
Südbayern	763	304	450 600	19 530
München	294	15	247 000	1 800
Pfalz	885	295	411 500	11 000
Dresden	1233	630	1 244 600	128 000
Chemnitz	1429	530	894 100	4 000
Leipzig	829	280	575 000	33 775
Zwickau	104	42	?	10 000
Württemberg	2635	1003	394 400	6 960
Baden	1185	1137	928 000	49 700
Hessen	1210	660	275 000	80
Mecklenburg	420	140	64 000	61 100
Thüringen I	838	479	419 200	61 200
" II	513	290	145 400	27 520
Sachsen-Altenburg	317	125	174 350	110 900
Gotha	?	45	?	?
Oldenburg-Ostfriesland	348	136	120 000	—
Braunschweig	265	109	171 000	20 800
Sachsen-Meiningen	305	99	135 500	78 100
Anhalt	144	72	120 000	—
Hamburg	188	106	1 378 500	50 000
Nordwest	471	187	1 047 700	53 000
Lübeck	43	20	85 000	42 000
Elsaß-Lothringen	240	199	263 000	100
Summa	29826	18814	28 162 440	2 545 811

Verfügung gestellt. Außerdem wurde für Massenverbreitung das Flugblatt: „Wie steht's mit der Reform der Arbeiterversicherung?“ den Organisationen übermittelt.

In der Serie sozialdemokratischer Flugschriften, die ohne Umschlag das Tausend zu 10 Mk. abgegeben werden, wurde die Flugschrift: „Die Sozialdemokratie und das Heer“ neu herausgegeben.

Der Parteivorstand ist nach den Beschlüssen des preußischen Parteitages Mitglied der preußischen Landeskommission.

Die preußische Wahlrechtsbewegung beherrschte in diesem Berichtsjahre das Feld der Agitation. Es wurden von der preußischen Parteileitung in den verschiedenen Stadien der Wahlrechtsbewegung 13 Musterflugblätter herausgegeben, in denen die Haltung der bürgerlichen Parteien kritisch behandelt wurde. Ferner wurden die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Wahlrechtsfrage (erste Lesung) nach dem amtlichen Stenogramm herausgegeben und außerdem in einer Broschüre: „Aussprüche der Wahlrechtsgegner“ zusammengestellt. Die Reden des Prinzen Ludwig von Bayern und des österreichischen Ministerpräsidenten v. Gautsch, des Prinzen Hohenlohe, v. Beck sowie des ungarischen Ministerpräsidenten Baron Fejervary wurden nach dem amtlichen Stenogramm gedruckt und als Materialien gegen die preußische Wahlrechtsvorlage den Rednern der Partei zugestellt. Zur Agitation unter der Landbevölkerung wurde eine Flugschrift: „Liebe Verwandten“ betitelt, in Briefform auf weißem Schreibpapier herausgegeben, die die Genossen an ihre ländlichen Verwandten versenden sollen. An die Gewerkschaftspresse wurden während der Wahlrechtsbewegung neun Artikel versandt, die das besondere Interesse der gewerkschaftlichen Arbeiter an der Wahlrechtsfrage behandelten. Die Gewerkschaftspresse hat durch Abdruck dieser und anderer Artikel wesentlich dazu beigetragen, den weitesten Kreisen die Bedeutung der preußischen Wahlrechtsfrage klarzulegen.

Außerdem brachte die „Parteikorrespondenz“ zu allen Agitationsfragen reichlich Material. Sie erscheint vierzehntägig in einer Auflage von 4100 Exemplaren.

Agitationskalender werden in 36 Agitationsbezirken herausgegeben, wobei der Parteivorstand für Ostpreußen, Westpreußen, Mecklenburg, Bezirk Langenbielau, Pommern, Posen, Nassau, den Oberrhein, Oberschlesien Zuschuß leistete.

In 16 Agitationsbezirken werden für die ländliche Bevölkerung besondere Monatsblätter herausgegeben, darunter eins in dänischer Sprache. In den Bezirken Cöln, Cassel, Anhalt und in Bayern erscheinen Wochenblätter.

In der Tabelle Seite 16 haben wir die von den Parteiorganisationen veranstalteten Versammlungen und die Zahl der verbreiteten Flugblätter, Agitationskalender und Broschüren zusammengestellt.

Diese Zahlen zeigen, welche Summe von Kleinarbeit zur Aufklärung der uns noch fernstehenden Massen von den organisierten Genossen geleistet wurde.

* * *

Reichstagswahlen.

Wäre Deutschland ein konstitutionelles Reich, in dem das Parlament als wichtigster Faktor des politischen Lebens betrachtet wird, dann hätte nach dem Zusammenbruch des Hottentottenblocks eine Auflösung des Reichstages erfolgen müssen, damit die Wähler durch eine Neuwahl zu der geänderten

politischen Situation Stellung nehmen konnten. Statt dessen gab es ein großes Umziehen in den Ministerwohnungen, und die Regierung beugte sich unter die Herrschaft des schwarz-blauen Blocks. Wie die Massen über die Situation denken, zeigte sich, wo immer Nachwahlen zum Reichstag stattfanden. Während sonst die Nachwahlen mehr von lokalen Stimmungen beeinflußt werden und sich in der Regel durch schwache Wahlbeteiligung auszeichnen, trugen die sämtlichen 14 Nachwahlen, die im Laufe des Jahres stattfanden, ein ganz bestimmtes Gepräge. Rückgang der Stimmen der Parteien des schwarzblauen Blocks und Steigen der Stimmen unserer Partei. Man kann die Wahlresultate der 14 Wahlkreise, in denen zum größten Teil durch den Tod des bisherigen Abgeordneten Nachwahlen erforderlich waren, als Stichproben für die Stimmung im Volke betrachten, zumal die Kreise, die Nachwahlen hatten, fast über das ganze Reich zerstreut liegen.

Schon die Wahlen, die in der Zeit stattfanden, als der Reichstag über die Steuervorlagen verhandelte, zeigten eine Stellungnahme des Volkes gegen die Parteien, die die Reichen entlasten und den Arbeitern die Steuerlast aufbürden wollten. Als aber die Steuergesetze verabschiedet waren, gab es nur noch die eine Parole: „Gegen den schwarzblauen Block“.

Die Pfalz eröffnete den Reigen, ihr folgten das Königreich Sachsen, dann die Rheinprovinz, die thüringischen Kleinstaaten, ferner die preußischen Provinzen Brandenburg, Sachsen, Posen, Ostpreußen, Schlesien, Pommern und das Großherzogtum Hessen. Den Schluß machte Württemberg. Es liegen also Stichproben aus fast allen Gegenden Deutschlands vor, und immer ist dieselbe Erscheinung zu beobachten: Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Rückgang der Stimmen der bürgerlichen Parteien. Die schlimmsten Verluste für die Parteien des schwarz-blauen Blocks lieferten Coblenz-St. Goar, wo das Zentrum einen Verlust von 7700 Stimmen hatte und Lyck-Oletzko, wo die Konservativen 10018 Stimmen und damit das Mandat, welches sie seit 1878 ununterbrochen besessen hatten, verloren. Im Wahlkreise Mühlheim-Wipperfürth hielt das Zentrum zwar seine Stimmen, aber kaum je hat es mit solchem Kräfteaufwand für ein Mandat gekämpft wie bei dieser Wahl. Alle Organe der mächtigen Partei wurden in Bewegung gesetzt, und der ganze Wahlkampf wurde darauf zugespitzt, als gelte es die Religion vor der Vernichtung zu bewahren. Und doch konnten die Zentrumsagitatoren nicht verhindern, daß die Stimmenzahl für unseren Kandidaten um 2400 stieg.

Betrachtet man das Gesamtresultat und vergleicht man es mit den Stimmenzahlen bei der Hauptwahl des Jahres 1907, dann ergibt sich, daß damals die Gegner in den 14 Wahlkreisen von 390 505 abgegebenen Stimmen 277 828, also 71,12 von je 100 abgegebenen Stimmen hatten, während unsere Genossen nur 112 510, also 28,88 von 100 Stimmen erhielten. Bei den Nachwahlen wurden im ersten Wahlgang 366 838 Stimmen abgegeben. Der Rückgang betrug also 23 767 Stimmen. Aber der Verlust der bürgerlichen Parteien war weit größer, denn sie brachten es im ersten Wahlgang nur auf 228 001 Stimmen, also 62,13 von hundert, während für unsere Genossen 138 837 Stimmen oder 37,87 von hundert abgegeben wurden. Die Gegner hatten also einen Verlust von 49 827 Stimmen zu beklagen, während wir einen Gewinn von 26 327 zu verzeichnen hatten. Die Erscheinung, wonach wir bei sämtlichen Nachwahlen einen Stimmenzuwachs hatten, in einem Jahre sieben Mandate eroberten und das eine Mandat, das wir hatten, behaupteten, ist ein Vorgang, der in der Geschichte der Partei ohne Beispiel ist.

Die Parteigenossen dürfen sich aber durch diese Erfolge nicht blenden lassen und glauben, daß uns nun die reifen Früchte in den Schoß fallen. Gewiß

haben uns die Gegner gut vorgearbeitet und bei Hunderttausenden eine Stimmung hervorgerufen, die diese dazu treibt, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Diese Stimmung müssen wir ausnützen und die Unzufriedenen zu zielbewußten Anhängern unserer Partei machen. Die Zeit ist so günstig wie selten zur Agitation und Organisation; das muß uns anspornen, mit verdoppelter Kraft zu wirken. Stellen wir die Ergebnisse der Nachwahlen neben die Resultate der Hauptwahl, so ergibt sich folgendes Bild:

	Hauptwahl 1907			Nachwahlen vom 1. Juli 1909 bis 31. Juli 1910		
	Abgegebene Stimmen	Sozialdemokraten	Prozent	Abgegebene Stimmen	Sozialdemokraten	Prozent
Landau-Neustadt	29 826	6 340	21,3	27 032	8 384	31,3
Stichwahl	—	—	—	24 484	12 719	51,9
Schneeberg-Stollberg . . .	33 658	19 000	56,5	30 546	21 178	69,33
Coblenz	27 386	2 172	7,9	14 306	2 844	19,88
Coburg	12 875	4 306	33,4	12 739	6 183	48,8
Stichwahl	12 632	4 780	37,8	13 722	7 078	51,6
Landsberg-Soldin	26 566	6 477	24,5	23 405	7 555	32,2
Stichwahl	—	—	—	23 645	11 271	47,67
Halle a. S.	47 214	21 941	46,5	47 728	25 853	54,38
Eisenach-Dermbach	20 956	7 875	37,6	20 419	10 255	50,2
Stichwahl	19 343	9 509	49,2	—	—	—
Mülheim-Wipperfürth . . .	39 775	8 538	21,5	40 913	10 923	26,7
Stichwahl	—	—	—	34 878	13 382	38,87
Posen	34 692	1 377	4,0	33 273	2 241	6,73
Oletzko-Lyck-Johannisburg . .	21 860	630	2,9	24 069	914	3,8
Landeshut-Jauer	20 109	5 019	25,0	20 613	6 483	31,45
Stichwahl	16 835	—	—	17 207	7 807	45,37
Usedom-Wollin	20 625	6 113	29,6	18 281	7 768	41,95
Stichwahl	20 426	—	—	19 615	10 158	51,78
Friedberg-Büdingen	20 521	7 234	35,2	20 351	9 551	46,93
Stichwahl	20 039	8 524	42,5	20 957	11 543	55,08
Cannstatt-Ludwigsburg . . .	34 542	15 489	45,0	33 163	18 705	56,4

* * *

Wahlrechtsbewegung.

Im Mittelpunkt des politischen Lebens stand im letzten Jahre die Wahlrechtsbewegung namentlich in Preußen. Sie wurde um so intensiver, je rücksichtsloser die Junker, Klerikalen und Kapitalisten die Gesetzgebung in ihrem Klasseninteresse ausnutzten. Die Massen wollen die Rechtlosigkeit nicht länger ertragen und treten darum immer energischer für ihre Forderungen ein. Es ist selbstverständlich, daß unsere Partei die Führung in dem Kampfe hat. „Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts" hieß die Parole, mit der das deutsche Proletariat im Jahre 1863 in die politische Arena trat. Heute ist die Partei die größte Partei Deutschlands, und das Ziel ist noch dasselbe wie vor 47 Jahren. Die nächste Aufgabe ist, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Landtage zu erobern, da so viele Forderungen, die unsere Partei an die Gesetzgebung stellt, in Deutschland Sache der Landesgesetzgebung sind.

Diese Bewegung ist um so lebhafter, je weniger die Wahlgesetze unseren Ansichten von der politischen Rechtsgleichheit entsprechen. Völlig ausgeschlossen ist es, im Rahmen dieses Berichtes auch ein nur annähernd vollständiges Verzeichnis von dem zu geben, was die Partei im abgelaufenen Jahre geleistet hat. Wir müssen uns darauf beschränken, einige charakteristische Bilder aus dem großen Kampf herauszugreifen. Wir können aber getrost behaupten, daß die Parteileitung und die Parteigenossen ihre ganze Kraft eingesetzt haben, und alles taten, nichts unversucht gelassen haben, um unsere Forderung der Lösung näher zu bringen.

Im Mittelpunkte der Bewegung stand, wie nicht anders zu erwarten, das Königreich Preußen. Am 20. Oktober 1908 wurde in der Thronrede das feierliche Versprechen gegeben, daß das Wahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus organisch fortentwickelt und so gestaltet werden solle, wie es der „wirtschaftlichen Entwickelung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls“ entspräche. Die wirtschaftliche Entwickelung hat in Preußen dahin geführt, daß von je 100 Personen der Bevölkerung 28,59 Proz. von Landwirtschaft, 55,93 Proz. von Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr und 15,48 Proz. von häuslichem Dienst, Lohnarbeit wechselnder Art, im Militär-, Staats- oder Gemeindedienst, von sogenannten freien Berufen oder ohne Beruf leben. Die Herrschaft der Agrarier, wie sie durch den Landtag geübt wird, hat also selbst nach der Thronrede jeden Schein von Berechtigung verloren. Sie ist aber begründet in der Entrechtung der Arbeiter durch das Dreiklassenwahlrecht und in der ungerechten Einteilung der Wahlkreise, wodurch z. B. reichlich 8000 Wähler ostpreußischer Landkreise soviel Wahlrecht haben wie 78 000 Wähler des Stadtkreises Rixdorf-Schöneberg.

Am 3. Januar 1910 trat in Berlin der Parteitag der preußischen Sozialdemokratie zusammen, um eine neue Periode des Wahlrechtskampfes einzuleiten. Zu dem Punkt Wahlrechtsfrage in Preußen sprachen außer dem Referenten Landtagsabgeordnete aus Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck, die alle versicherten, daß man den Kampf der preußischen Genossen in allen Bundesstaaten unterstützen werde. Bald nach dem Parteitag wurde in ganz Preußen in Versammlungen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechtes gefordert.

Am 4. Februar brachte dann die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Bethmann-Hollwegschen Gesetzentwurf. Unwillkürlich entstand die Frage: Was will die Regierung mit einem solchen Entwurf bezwecken? Als Antwort hörte man nur eine Ansicht: die preußische Regierung wolle die Massen zu Putschen aufreizen. Denn der Entwurf enthielt keinen Satz, den man als eine auch nur teilweise Erfüllung des in der Thronrede vom 20. Oktober gegebenen Versprechens hätte deuten können. Der Entwurf wollte nur verhindern, daß Minister, Einjährige, Militäranwärter und hohe Beamte noch ferner Wähler dritter Klasse sind. Die Agitation gegen den Entwurf setzte sofort mit ganzer Schärfe ein. In Breslau, Halle, Bielefeld, Solingen und anderen Orten kam es schon am 6. Februar zu gewaltigen Straßendemonstrationen.

Am 13. Februar fanden im ganzen Lande Massenversammlungen statt, in denen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verlangt wurde. Die in Groß-Berlin vorgesehenen 42 Versammlungen hatten das Polizeipräsidium in große Erregung versetzt. Es ließ an den Anschlagsäulen ein Plakat mit folgendem Inhalt anheften:

Bekanntmachung

Es wird das „Recht auf die Straße" verkündet.

Die Straße dient lediglich dem Verkehr.

Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.

Ich warne Neugierige.

Berlin, den 13. Februar 1910.

Der Polizeipräsident: von Jagow.

Dieses Plakat mußte um so komischer wirken, als es in der äußeren Ausstattung ganz jenen Plakaten glich, in denen der Polizeipräsident so oft bekannt macht, daß die belebtesten Straßen wegen militärischer Schaustellungen oder höfischer Feste ganze oder halbe Tage für den Verkehr gesperrt seien.

Der 13. Februar wurde ein denkwürdiger Tag in der Geschichte Preußens. Millionen strömten in Versammlungen zusammen, verurteilten das Machwerk der Regierung und forderten ihr Recht. Was das Volk will, brachte es in Versammlungen und mächtigen Straßenkundgebungen zum Ausdruck.

In einzelnen Orten, wie in Neumünster, Frankfurt a. M., Halle und Rixdorf griff die Polizei brutal mit der Waffe ein. Es waren aber nur einzelne Episoden. Wenn je ein Volk an einem Tage den Beweis seiner politischen Reife erbracht hat, dann das preußische Volk am 13. Februar. Nie hat ein Volk in solchen Massen mit gleichem Ernst und solcher Unerschütterlichkeit seine Forderungen geltend gemacht. Und es war erst die Einleitung zu dem Kampf, in dessen Verlauf das Volk wiederholt seine ruhige Entschlossenheit, die das sichere Merkmal des Machtgefühls ist, bewies.

Jeder folgende Tag brachte Meldungen über neue Demonstrationen. Im Osten in Königsberg, Breslau usw. wie im Westen in Essen, Elberfeld, Köln und Frankfurt a. M. überall dasselbe entschlossene Auftreten des Proletariats. Als dann jener Wechselbalg im Dreiklassenhaus und im Herrenhause beraten und zerpflückt wurde und der schwarzblaue Block seinem Uebermut die Zügel schießen ließ, als man die öffentliche Wahl durch die geheime ersetzte, an Stelle der direkten Wahl Beibehaltung der indirekten setzte und bei der Abgeordnetenwahl wieder zur öffentlichen Wahl überging, also jedes Unrecht der Vorlage strich, um es durch eine Niederträchtigkeit zu ersetzen, stieg die Erregung auf das Höchste. In Berlin rief die Partei die Massen am Sonntag, den 6. März, zu einer Versammlung unter freiem Himmel nach dem Treptower Park. Der Polizeipräsident verbot diese Versammlung und ließ unter Aufgebot der gesamten Schutzmannschaft alle Zugänge zum Treptower Park besetzten. Zu gleicher Zeit zogen jedoch nach niedriger Schätzung 150 000 Demonstranten nach dem Tiergarten und protestierten dort gegen das Wahlunrecht und gegen die durch nichts zu rechtfertigenden Maßnahmen der Polizei. Die Polizei kam zu spät und begnügte sich dann mit einigen Attacken auf die abziehende Menge. Die politische Reife des Proletariats mußte selbst von Gegnern vielfach anerkannt werden, während der Mißerfolg des Herrn von Jagow das Gelächter des In- und des Auslandes herausforderte.

Versammlungen, wie sie in solcher Zahl und Stärke Deutschland noch nicht gesehen hat, wurden am 10. April abgehalten. Nun war endlich auch in Berlin die polizeiliche Erlaubnis für Versammlungen im Treptower Park, im Humboldthain und Friedrichshain gegeben worden. In diesen Versammlungen waren reichlich 250 000 Menschen zusammengeströmt. Aehnlich war es in fast allen Städten und selbst in Dörfern Preußens.

War das Volk sich einig im Protest gegen den Wechselbalg der Vorlage,

so wurde dieses Machwerk preußischer Staatskunst im Abgeordnetenhause und Herrenhause noch weiter derart verhunzt, daß nichts weiter übrig blieb, als es am 27. Mai ohne Sang und Klang zu begraben.

Der Kampf hat hunderttausende Indifferente aufgerüttelt und unserer Partei zahllose neue Kämpfer zugeführt, die entschlossen für die Durchführung unserer Forderungen eintreten. Das preußische Proletariat wird keinen Finger breit zurückweichen und den Kampf zu gegebener Zeit mit verstärkter Kraft weiterführen.

Ein Appell an die Reichsgesetzgebung zur Regelung von Landesangelegenheiten ist wiederholt aus Ländern mit vormärzlichen Verfassungszuständen an den Reichstag gekommen, so z. B. aus Mecklenburg. Nach einer Richtung hat auch der Reichstag schon früher dem Drängen nachgegeben, indem er im Reichstagswahlgesetz den § 17 aufnahm, wodurch auch den Mecklenburger Reichstagswählern für die Zeit der Wahlbewegung ein Versammlungsrecht gegeben wurde. Dann hat auch der Reichstag wiederholt Anträge beraten, in denen eine aus Wahlen hervorgegangene Landesgesetzgebung für Mecklenburg gefordert wurde. In der letzten Zeit hat sogar die mecklenburgische Regierung, als die Ritter gar zu brüsk die Anträge der Regierung ablehnten, mit dem Eingreifen der Reichsgesetzgebung gedroht. Groß ist der Unterschied zwischen Mecklenburg und Preußen nicht, denn so ein Ding wie das preußische Herrenhaus hat Mecklenburg auch. Nur der Geldbesitz hat nicht solche Macht, wie er sie in Preußen im Abgeordnetenhause durch das Dreiklassenwahlrecht besitzt. Der Landtag, den die Regierung fordert, ist allerdings eine Karikatur einer Volksvertretung. Er sollte nach der Vorlage bestehen aus 22 Vertretern der Ritterschaft, aus 25 Vertretern der Stadtmagistrate (Bürgermeister), einem Erwählten der Ratzeburger Hauswirte, 5 von den Großherzögen ernannten Vertretern und 50 aus Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten.

Sobald der Entwurf im November veröffentlicht worden war, griffen unsere Genossen mit einer energischen Agitation ein. Sie forderten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Da in den beiden Großherzogtümern bei der letzten Reichstagswahl von 150 164 Stimmen 50 330 für Sozialdemokraten abgegeben wurden, ein Drittel der Bevölkerung also den Kern der Bewegung bildete, kann man mit Recht behaupten, daß auch in Mecklenburg mehr als die Hälfte des Volkes für unsere Forderungen eintritt. Am 9. Dezember 1909 lehnte die Ritterschaft den Entwurf ab. Der Großherzog erließ darauf eine Proklamation, in der es hieß: „Die Verantwortung für die Lage trifft die Ritterschaft. Bei Verhandlungen im Reichstage würde die Regierung ihren bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrecht erhalten können.“ Als im Reichstage eine Interpellation zur Debatte stand, in der angefragt wurde, ob die Reichsregierung eingreifen werde, erklärte der Mecklenburgische Bundesratsbevollmächtigte, daß Mecklenburg vorläufig nicht daran denke, sich an die Reichsgesetzgebung zu wenden. Diese Sinnesänderung wird in Berlin herbeigeführt worden sein.

Aehnliche Zustände wie in Mecklenburg bestehen in Braunschweig. Dort besteht zwar ein auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählter Landtag, aber obgleich schon zwei von den drei braunschweigischen Reichstagswahlkreisen durch Sozialdemokraten im Reichstage vertreten waren, ist es erst einmal gelungen, einen Sozialdemokraten in den braunschweigischen Landtag zu bringen und dessen Mandat wurde für ungültig erklärt. In Braunschweig begann die Wahlrechtsbewegung am 14. Dezember mit einer Straßendemonstration. An diesem Tage war die Vermählungsfeier des Regenten. Die meisten Unternehmer hatten den Arbeitern einen freien Tag gegeben, damit diese als Statisten bei dem patriotischen Feste mitwirken sollten. So bekam

unsere Partei die beste Gelegenheit, eine Massendemonstration für ein demokratisches Wahlrecht zu organisieren. Als die Massen sich in der Nähe des Schlosses drängten, erschollen plötzlich Hochrufe auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und Rufe: Nieder mit dem Klassenwahlrecht.

Am 26. Januar wurde der braunschweigische Landtag eröffnet. An demselben Abend waren die Abgeordneten zu einem Festessen beim Minister eingeladen. Um dieselbe Zeit hatten unsere Genossen drei Versammlungen einberufen, in denen über das Wahlrecht verhandelt und beschlossen werden sollte. Kurz vor 6 Uhr zog ein Trupp von 5000 bis 6000 Arbeitern vor der Ministerwohnung vorüber. Die Demonstranten sangen die Marseillaise und brachten Hochrufe auf das freie Wahlrecht aus. Dieser Zug wurde von der Polizei mit Waffengewalt angegriffen, wobei eine Anzahl Arbeiter verwundet wurde.

Am Sonntag, den 6. Februar, wiederholten sich die Straßendemonstrationen. Es beteiligten sich 10 000 bis 12 000 Menschen. Dieses Mal wurde die Demonstration friedlich zu Ende geführt, weil auch die Polizei sich ruhig verhielt. Am Sonntag, den 6. März, fand im Bürgerpark abermals eine Versammlung statt, in der viele Tausende gegen das Klassenwahlrecht und gegen die Gewalttaten der Polizei protestierten und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Landtag forderten.

Eine weitere gewaltige Wahlrechtsdemonstration folgte am 22. Mai.

Am 11. März wurde die Wahlrechtsfrage im braunschweigischen Landtag besprochen und daran erinnert, daß am 20. Mai 1908 der Landtag mit 37 gegen 12 Stimmen den Beschluß gefaßt hatte, die Regierung aufzufordern, eine Vorlage zu bringen, wodurch die indirekte Wahl beseitigt und die Rechte der dritten Klasse erweitert werden. Der Staatsminister von Otto gab die weise Antwort, die Regierung habe die verschiedensten Wahlgesetze studiert, aber sie habe keines gefunden, welches den Wünschen aller Staatsbürger entspreche, und sei darum zu keinem Entschluß gekommen. In Braunschweig ist die Frage also in demselben Stadium wie in Preußen und Mecklenburg.

In Dessau fand am 3. April eine Versammlung von zirka 12 000 Personen statt, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den anhaltinischen Landtag forderte. Dort besteht der Landtag aus 36 Mitgliedern, wovon 24 nach reaktionären Bestimmungen gewählt werden. Zwei Tage später, am 5. April, wurde die Frage bei Verhandlungen über Petitionen im Landtage erörtert. Die Kommission schlug dem Landtage vor: 1. Die Mandate der Privilegierten bestehen zu lassen, 2. die Einführung des direkten Wahlrechts zu fordern, und 3. über die Forderungen: das Reichstagswahlrecht mit der Verhältniswahl einzuführen und die Mandate zu vermehren, zur Tagesordnung überzugehen. Diesen Vorschlägen stimmte die Mehrheit des Landtages zu.

In der freien und Hansastadt Bremen besteht die Landesvertretung aus einer Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit von Interessentengruppen, wie die Mitglieder der Börse, der Gewerbekammer usw., ernannt werden. Nur die Minderheit wird durch allgemeine Wahlen der Bürger gewählt, die sich das Bürgerrecht für 16,50 Mk. erworben haben. Auch dort beteiligte sich die Bevölkerung an der Wahlrechtsbewegung und hat dies durch Versammlungsbeschlüsse und Straßendemonstrationen kundgegeben. Am 5. April erschien plötzlich eine „Warnung“ der Polizei, in der angekündigt wurde, daß den Straßendemonstrationen mit Gewalt entgegengetreten werden solle. Am selben Abend fand eine Versammlung im „Kasino“ statt, in dem Lokal, in dem 1904 der Parteitag tagte. Nach der Versammlung wurden die Versammlungsteilnehmer, die in die innere Stadt zogen, von der Polizei angegriffen. Es wurden hierbei

mehrere Personen verwundet. Darauf wollten unsere Genossen am 10. April in 6 großen Versammlungen ihren Willen zum Ausdruck bringen. Jetzt erfolgte ein Verbot dieser Versammlungen. Das Verbot stützte sich auf eine Verordnung des Senats vom 2. April 1797, durch welche die Ruhe an Sonntagvormittagen angeordnet wurde!! Darauf wurde um Erlaubnis für einen Umzug und für Versammlungen, die am Nachmittag des 10. April stattfinden sollten, nachgesucht. Diese wurde gegeben. Eine gewaltige Masse zog am Sonntagnachmittag durch die Straßen Bremens. Dem Zuge voran wurde die alte Fahne des Allgem. deutschen Arbeitervereins aus dem Jahre 1873 getragen. Im Zuge trugen die Genossen Plakate mit folgenden Inschriften:

„Allgemeines gleiches Wahlrecht!"
„Frauenwahlrecht!"
„Souveränität der Bürgerschaft!"
„Des Volkes Wille ist oberstes Gesetz!"
„Verantwortlichkeit des Senats!"
„Wahlen an gesetzlichen Ruhetagen!"
„Senatswahl durch die Bürgerschaft!"
„Fort mit der Senatswahl auf Lebenszeit!"

Umzug und Versammlungen verliefen in musterhafter Ordnung.

Auch im äußersten Südwesten, in Elsaß-Lothringen, forderten die Arbeiter das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für eine Landesgesetzgebung für die Landesvertretung der Reichslande. Hier war der 30. Januar der Tag der Demonstrationen. Diese waren in den Industriezentren und den Großstädten wie Straßburg und Mülhausen von gewaltigem Eindruck.

Eine Aenderung des Wahlrechts wurde in Hessen herbeigeführt. Dort ist die Frage der Wahlreform seit Jahren in Fluß. Von verschiedenen Seiten wurde angenommen, daß dort das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt und die Erste Kammer, wenn noch nicht völlig beseitigt, so doch wesentlich in ihrer Macht eingeschränkt werden würde. Am 18. November begannen die Beratungen über die Vorlage. Sie brachten zwar insoweit eine Verbesserung, als sie an Stelle der indirekten Wahl die direkte Wahl setzten. Diese sollte aber erkauft werden durch Verminderung der Rechte der Zweiten Kammer. Die Erste Kammer sollte um 6 Mitglieder verstärkt werden, und zwar um zwei Vertreter der Landwirtschaft, zwei Vertreter von Handel und Industrie, einen Vertreter der Technischen Hochschule in Darmstadt und einen Vertreter des Handwerks. Während bisher die Erste Kammer nur das Recht hatte, das Budget im ganzen anzunehmen oder abzulehnen, wurde durch die Vorlage der Ersten Kammer das Recht gegeben, einzelne Positionen des Budgets abzuändern. Für die Abgeordnetenwahlen wurde vorgeschlagen, daß derjenige als gewählt betrachtet wird, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat. Wird diese absolute Mehrheit von keinem Kandidaten erzielt, dann findet eine Nachwahl statt, an der sämtliche Kandidaten teilnehmen, von denen dann der für gewählt erklärt wird, der die meisten Stimmen erhielt. Das Wahlrecht sollte ferner abhängig sein von einem dreijährigen Wohnsitz. Ferner darf der Wähler nicht mehr als zwei Monate mit der Steuerzahlung im Rückstand sein. Das waren Verschlechterungen des bisherigen Wahlrechts. Kaum hatten die Beratungen in der Kammer begonnen, so setzte auch die Agitation unserer Genossen im Lande ein. In einer Versammlung in Mainz wurden die Forderungen des Proletariats in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

„Die heute von mehreren Tausend Personen besuchte, in der Stadthalle zu Mainz tagende Versammlung protestiert hiermit energisch gegen die den

Ständen vorliegende Wahlrechtsvorlage, da sie Bestimmungen enthält, die gerade für die Ausübung des Wahlrechts der Arbeiterklasse nachteilig, ja drückend wirken müssen, während die besitzenden Klassen dadurch in der Ausübung des Wahlrechtes bevorzugt werden. Insbesondere fordert die Versammlung die Beseitigung aller Kautelen, die das Recht des Wählers abhängig machen von einem dreijährigen Wohnsitz und einer ebensolangen Erwerbung der Staatsangehörigkeit oder der Zahlung von Steuern. Sie fordert die völlige Gleichberechtigung aller Hessen ohne Unterschied des Geschlechts vom Eintritt der Großjährigkeit ab auf der Grundlage des Reichstagswahlrechtes und verspricht, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zur Wirklichkeit wird."

Im Laufe der Verhandlung wurde die Vorlage noch dadurch verschlechtert, daß man ein Pluralwahlrecht hineinbrachte und jedem Wähler, der das 50. Lebensjahr überschritten hat, eine zweite Stimme gab. Wahlberechtigt ist nach den endgültigen Beschlüssen jeder über 25 Jahre alte Mann, der seit drei Jahren in Hessen seinen Wohnsitz hat, seit einem Jahre die hessische Staatsangehörigkeit besitzt und nicht mehr als zwei Monate mit der Steuerzahlung im Rückstande ist. Es bleibt also die Wahlrechtsfrage nach wie vor in Hessen bestehen.

* * *

Landtagswahlen.

Dasselbe Bild wie die Nachwahlen zum Reichstage boten die Landtagswahlen, die in einer Anzahl von Mittel- und Kleinstaaten stattfanden und die Ersatzwahlen für einzelne freigewordene Mandate. In dem bayerischen Landtagswahlkreis Sulzbach-Auerbach fand am 19. September eine Nachwahl statt, bei der der Zentrumskandidat 2125, der gemeinsame Kandidat der Bauernbündler und Liberalen 1549 und unser Genosse 671 Stimmen erhielten. Vergleicht man das Resultat mit dem Ergebnis der allgemeinen Wahlen von 1907, dann zeigt sich, daß das Zentrum einen Verlust von 418, die Liberalen einen solchen von 190 Stimmen, unsere Genossen aber einen Gewinn von 511 Stimmen hatten.

Einen schönen Erfolg errangen unsere pfälzischen Genossen am 5. September bei der Nachwahl in Neustadt-Edenkoben. Während die Liberalen rund 1000 und das Zentrum 300 Stimmen weniger aufbrachten als bei der Hauptwahl 1904, hatten unsere Genossen einen Stimmenzuwachs von 2260 zu verzeichnen. Aber dieser Stimmenzuwachs reichte nicht zur Erringung des Mandats.

Die ersten allgemeinen Wahlen fanden am 4. Oktober in Meiningen statt. Der dortige Landtag besteht aus 24 Abgeordneten, wovon 4 von den Großgrundbesitzern, 4 von den Höchstbesteuerten und 16 durch allgemeine Wahlen gewählt werden. In der abgelaufenen Legislaturperiode hatten unsere Genossen 7 Mandate. Unsere Genossen erhielten nicht nur ihre 7 Mandate mit erheblich größerer Stimmenzahl als bei den letzten Wahlen, sondern sie eroberten noch die Wahlkreise Wasungen und Eisfeld, so daß sie in dem neuen Landtage mit einer 9 Mann starken Fraktion einrückten.

Am 3. Oktober fanden die Bezirkstagswahlen in Elsaß-Lothringen statt. Im ganzen Lande wurde eine gewaltige Steigerung unserer Stimmen beobachtet. Einzelne Kantone, wie z. B. Straßburg und Mülhausen, brachten mehr als doppelt so viel Stimmen als bei der letzten Wahl. Mandate wurden jedoch nur eins erobert in Mülhausen-Süd, wo Genosse Wicki gewählt wurde. Hier stiegen unsere Stimmen von 2180 auf 4420, während die Zentrumsstimmen von 3490 auf 2390 zurückgingen.

Am 12. Oktober wurde in Königssee in Schwarzburg-Rudolstadt Genosse Winter mit 666 gegen 285 bürgerliche Stimmen gewählt.

Ein Siegestag von großer Bedeutung war der 21. Oktober. An diesem Tage fanden in Baden und Sachsen allgemeine Landtagswahlen statt. In Baden hatten sich, wie schon im Jahre 1905, Zentrum und Konservative zu einem Block zusammengeschlossen. Die Liberalen, die 1905 schon bei den Hauptwahlen ein Bündnis abgeschlossen hatten, stimmten in drei Gruppen, Nationalliberale, Freisinn und Demokraten, und unsere Genossen zogen ohne jedes Bündnis in den Wahlkampf. Das Resultat war folgendes:

	1905	1909	
Sozialdemokraten	50 431	86 184	+ 35 753
Zentrum und Konservative	125 453	117 102	— 8 351
Liberale Parteien	105 929	97 333	— 8 596

Gewählt wurden im 1. Wahlgang 21 vom Zentrum, 10 Sozialdemokraten, 4 Nationalliberale und 1 Demokrat. Es waren 37 Stichwahlen erforderlich, wobei unsere Genossen mit 29 Kandidaten beteiligt waren. Da an den Stichwahlen alle Kandidaten teilnehmen, die mindestens 15 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten haben, und in der Stichwahl derjenige für gewählt erklärt wird, der die höchste Stimmenzahl erhalten hat, erklärt es sich, daß zu den Stichwahlen Wahlbündnisse geschlossen werden, die bei einem anderen Wahlrecht undenkbar wären. Am 24. Oktober schlossen unsere Genossen mit den Nationalliberalen, den Freisinnigen und Demokraten das Großblockbündnis für die am 30. Oktober stattfindenden Stichwahlen. In den Stichwahlen wurden dann gewählt 13 Nationalliberale, 10 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 5 vom Zentrum, 2 Konservative, ein Freisinniger und einer vom Bunde der Landwirte. Das Endresultat war, daß unsere Genossen acht und die Demokraten ein Mandat gewannen, während die Nationalliberalen sechs, das Zentrum zwei und die Konservativen ein Mandat verloren.

Noch größere Erfolge brachten die sächsischen Landtagswahlen. Der energische Wahlrechtskampf unserer Genossen hatte das Dreiklassenwahlrecht zu Fall gebracht, aber an Stelle des Dreiklassenwahlrechts ist das Vierklassenwahlrecht getreten. Der Klassenunterschied ist noch dadurch verschärft, daß die Privilegierten zwei, drei und vier Stimmen haben. Zwei Grundgedanken wollte die konservative Mehrheit in dem Gesetz zum Ausdruck bringen. Erstens wollte man eine agrarische Mehrheit dem Landtage erhalten und zweitens verhindern, daß eine starke sozialdemokratische Fraktion in den Landtag einziehe. Vertreter der Arbeiter und auch der Industrie wollte man möglichst von der Gesetzgebung fernhalten. Man glaubte, das sächsische Wahlrecht werde ein Muster für die rückständigen Staaten wie Mecklenburg, Preußen usw. sein. Die erste Probe fiel aber nicht nach Wunsch der Reaktionäre aus. Der erste Wahltag brachte nur 33 definitive Entscheidungen. Gewählt wurden 15 Sozialdemokraten, 14 Konservative und 4 Nationalliberale. In 58 Kreisen waren Stichwahlen erforderlich, wobei unsere Genossen in 54 Kreisen beteiligt waren. In den Stichwahlen wurde also erst endgültig entschieden, wie die Zweite Kammer zusammengesetzt sein werde. In den Stichwahlen wurden noch gewählt: 24 Nationalliberale, 13 Konservative, 10 Sozialdemokraten, 8 Freisinnige, 2 vom Bund der Landwirte und ein Mittelständler. Trotz der Bevorzugung des platten Landes brachten es die Agrarier mit ihrem Anhang nur auf 30 Mandate unter 91 und trotz des Vierklassenwahlrechts brachten es unsere Genossen auf 25 Mandate. Nur durch ein krasses Wahlunrecht kann man in Sachsen die sozialdemokratische Mehrheit verhindern.

Von den 634 735 Wählern, die am 21. Oktober an der Wahlurne erschienen, stimmten 341 396 für unsere Kandidaten, während nur 293 339 Wähler für die Gegner stimmten. Durch das Pluralsystem hatten aber die 634 735 Wähler 1 273 908 Stimmen abzugeben. Geld und Grundbesitz sind die Faktoren, die als Retter des Ausbeutungssystems den Ausschlag geben. Welche Macht im Besitz begründet ist, sieht man aus einer Zusammenstellung der Zahlen der Wähler und der Stimmen, die für die Kandidaten der einzelnen Parteien abgegeben wurden. Auf die einzelnen Parteien entfielen folgende Wähler- und Stimmenzahlen.

	Wähler	Stimmen
Sozialdemokraten	341 396	492 522
Konservative	103 517	281 804
Nationalliberale	125 157	236 541
Freisinnige	41 857	100 804
Antisemiten	20 248	55 502

Bei einem gerechten Proportionalwahlrecht würden unsere Genossen statt 25 Mandate 49 erhalten haben. Das Resultat zeigte aber deutlich, wie das sächsische Volk denkt, und daß seine überwiegende Mehrheit auf der Seite derjenigen steht, die mit der Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts auf den Kampfplatz treten.

Für die infolge des Mandatsraubes des preußischen Abgeordnetenhauses nötig gewordenen Ersatzwahlen in vier Berliner Wahlkreisen fanden die Wahlmännerwahlen am 26. Oktober statt. Unsere Genossen gewannen 94 Wahlmänner mehr als bei der Wahl 1908, während die Freisinnigen 55 weniger erhielten. Bei der Abgeordnetenwahl am 30. November wurden im fünften Kreise für Genossen Borgmann 318 Stimmen abgegeben, sein Gegenkandidat erhielt 203 Stimmen, im sechsten Kreis Genosse Heimann 413 und sein Gegenkandidat 277, im siebenten Kreis Genosse Hirsch 393, der Freisinn 253 Stimmen. So hatte der Mandatsraub in drei Kreisen eine eklatante Niederlage seiner Urheber zur Folge. Nur im 12. Kreise, wo wir das Mandat durch den Umstand erhalten hatten, daß 1908 in einer Anzahl Bezirke keine Wahlmänner erster und zweiter Klasse gewählt wurden, weil die Wähler verreist waren, unterlagen wir. Obwohl wir bei der Nachwahl in dem Kreise noch 50 Wahlmänner mehr erhielten als 1908, so erhielt bei der Abgeordnetenwahl Genosse Hoffmann 330 und der Freisinnige Dr. Runze 349 Stimmen. Als dann infolge der Mandatsniederlegung des Genossen Heimann im sechsten Kreise eine Ersatzwahl nötig wurde, wurde Genosse Hoffmann am 12. April mit 467 Stimmen gegen 68 freisinnige Stimmen gewählt.

Am 19. November fanden in Lübeck Wahlen für die Lübeckische Landesgesetzgebung der Bürgerschaft statt. In dem Wahlrecht zur Lübeckschen Bürgerschaft kommt das Vorrecht des Besitzes am brutalsten zum Ausdruck. Alle Bürger mit weniger als 2000 Mk. Jahreseinnahme wählen zusammen 15 und rund 2000 Bürger mit mehr als 2000 Mk. Jahreseinnahme wählen 105 Mitglieder der Landesgesetzgebung. Die Kandidaten unserer Partei wurden in der Klasse der arbeitenden Bevölkerung mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Für die Kandidaten unserer Partei wurden 3767 Stimmen abgegeben, während die Gegner nur 1185 Stimmen erhielten. Im Vergleich zu den letzten Wahlen gewannen unsere Genossen 759 Stimmen, während die Gegner 196 Stimmen verloren. Gewählt wurden fünf Genossen und erhöhte sich dadurch die Zahl unserer Abgeordneten auf 12. Auch in der Klasse der

Besitzenden stiegen unsere Stimmen von 118 auf 201, und im Landbezirk, wo wir vor sechs Jahren keine Stimme erhalten hatten, erhielt der Kandidat unserer Partei 110 Stimmen, während der Gegner mit 120 Stimmen gewählt wurde.

Auf Grund eines neuen Wahlrechts wurde zum ersten Male im Großherzogtum Sachsen-Weimar gewählt. Nach der Neuordnung vom vorigen Jahre besteht der Landtag aus 38 Abgeordneten, wovon 23 mittelst des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt werden. Am 2. Dezember fanden die Wahlen statt. Unsere Partei erhielt 15 994 Stimmen gegen rund 23 000 gegnerische Stimmen. Der neue Landtag hat folgende Vertreter aus den allgemeinen Wahlen erhalten: 4 Sozialdemokraten, 7 Konservative und Bund der Landwirte, 5 Nationalliberale, 4 Freisinnige, 2 Antisemiten und 1 Zentrumsmitglied. Die Privilegierten ernannten noch 8 Nationalliberale und 6 Konservative.

Am 1. Februar wurde die Hälfte der Hamburgischen Bürgerschaft neu gewählt. Bekanntlich besteht die dortige Landesvertretung aus 40 Vertretern, sogenannten Notabeln, hohen Beamten, Richtern usw., aus 40 Vertretern der Hausbesitzer, 8 Vertretern des Landgebietes, 48 Vertretern für die Bürger mit mehr als 2500 Mk. Einkommen und 24 Vertretern für die Bürger mit einem Einkommen von 1200 Mk. bis 2500 Mk. Die Bürger mit weniger als 1200 Mk. Einkommen haben kein Wahlrecht. Alle drei Jahre wird die Hälfte neu gewählt. Für die Wahlen besteht das Verhältniswahlsystem. Die im Jahre 1910 ausgeschiedenen Mitglieder waren im Jahre 1904 noch auf Grund des alten Wahlsystems gewählt, wonach für die Bürger mit mehr als 1200 Mk. Einkommen das gleiche Wahlrecht bestand. Unter den ausscheidenden waren 10 Parteigenossen. Unseren Genossen gelang es, 8 Mandate von den 12 Mandaten der zweiten Klasse und ein Mandat von den 24 Mandaten der Besitzenden zu erobern. Die Zahl der Vertreter unserer Partei sank damit auf 20. An der Wahl ist immer nur die Hälfte des Staatsgebiets beteiligt. Am 1. Februar waren 34 935 Bürger in den Wählerlisten eingetragen, von diesen stimmten 32 260. Für die Parteien, die den Wahlrechtsumsturz vollzogen haben, stimmten 12 951 und gegen sie stimmten 19 308 Bürger, darunter 11 882 für die Kandidaten unserer Partei.

Auch in Sachsen-Altenburg fand eine Landtagswahl statt. Bei den letzten allgemeinen Wahlen 1907 hatten unsere Genossen 8237 Stimmen gegen 8689 bürgerliche Stimmen gehabt. Bei den Wahlen am 14. April 1910 wurden 11573 Stimmen für die Kandidaten unserer Partei abgegeben und 7 Genossen gewählt. Unsere Genossen behaupteten also nicht nur die drei bisherigen Sitze, sondern eroberten noch vier neue.

Einen guten Erfolg errangen unsere bayerischen Genossen bei einer Nachwahl am 30. Januar in Landau. Bei der Hauptwahl im Jahre 1907 hatten sie 326 Stimmen, bei der Nachwahl erhielten sie 1001 Stimme, während die Stimmenzahl der Gegner erheblich zurückging. Dieselbe Erscheinung trat auch am 12. Juni bei einer Nachwahl in Regen zutage. Dort stieg die Zahl unserer Stimmen von 187 im Jahre 1907 auf 434 im Jahre 1910.

Auch unsere württembergischen Genossen bewiesen durch die Wahlresultate, daß sie nicht müßig in der Agitation gewesen sind und die für unsere Partei so günstige Situation ausgenutzt haben. In vier Wahlbezirken fanden Nachwahlen statt. Hier stellte sich das Resultat im Vergleich mit 1906 wie folgt:

	Bei der Hauptwahl 1906 Stimmen	Bei den Nachwahlen Stimmen
Herrenberg	324	451
Freudenstadt	1012	2146
Ludwigsburg	659	931
Welzheim	741	1000
	2736	4628

In Welzheim, wo die Wahl einen Ersatz für Hieber schaffen sollte, fielen die Nationalliberalen ganz aus der Stichwahl aus. Die Stichwahlen fanden statt zwischen unserem Genossen, einem Freisinnigen und einem Bauernbündler. In der Stichwahl am 28. Juli erhielt Genosse Kinkel 1448, der Freisinnige 1200 und der Bauernbündler 1079 Stimmen. Da bei der Stichwahl die relative Mehrheit gilt, so war unser Genosse gewählt. Dadurch stieg die württembergische Landtagsfraktion von 15 auf 16 Mitglieder.

Es gibt keinen Bezirk in Deutschland, in welchem wir bei den Wahlen nicht erhebliche Fortschritte zu verzeichnen haben. Die politische Macht des Proletariats wächst auf allen Gebieten. Drei Mandate sind zwar verloren gegangen. Es ist das ein Mandat in Hamburg, als Folge des Wahlrechtsraubes, ein Mandat in Braunschweig, das für ungültig erklärt wurde, und das Mandat im 12. Berliner Wahlkreis, welches wir nur durch besondere Glücksumstände gewonnen hatten. Im vorjährigen Bericht konnten wir mitteilen, daß in 19 Staaten 140 sozialdemokratische Abgeordnete in den Parlamenten der Einzelstaaten sitzen. Jetzt sind in 19 Bundesstaaten 186 sozialdemokratische Abgeordnete. Ohne sozialistische Abgeordnete sind nur noch die sogenannten Landtage der beiden Mecklenburg, Braunschweig, Waldeck, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß ä. L. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen sich die Abgeordneten wie folgt:

Sachsen	25	Sachsen-Altenburg	7
Bayern	21	Preußen	6
Hamburg	20	Hessen	5
Baden	20	Oldenburg	4
Bremen	16	Sachsen-Weimar	4
Württemberg	16	Reuß j. L.	3
Lübeck	12	Schaumburg-Lippe	1
Sachsen-Meiningen	9	Lippe	1
Coburg-Gotha	8	Anhalt	1
Schwarzburg-Rudolstadt	7		

* * *

Gemeindewahlen.

Das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretungen der Städte, wie auch der der Landgemeinden, vollzieht sich ununterbrochen. Es wächst sowohl die Zahl der Gemeinden, in die wir eindringen, wie die Zahl unserer Vertreter mit fast jeder neuen Wahl. Dazu trägt im besonderen bei, daß unsere Genossen in der treuen Pflichterfüllung ihres Amtes keinerlei Rücksichten zu nehmen brauchen. Sie brauchen nicht zu erwägen, ob ihre Tätigkeit bei dem einen anstößt oder des anderen Interessen verletzt. Ihre Kritik kann stets eine offene, rücksichtslose sein, ohne Ansehen der Person, die dabei in Mitleidenschaft gezogen wird.

Den Fleiß, die Sachkenntnis und Arbeitsfreudigkeit der Genossen in den Gemeindeverwaltungen erkennen selbst die Gegner an, die trotzdem der Sozial-

demokratie alle möglichen Hindernisse bereiten, ihr Ein- und Vordringen in den Gemeindeverwaltungen zu erschweren. Insbesondere die Städte Schleswig-Holsteins haben darin großes geleistet. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht, wenn es nur den Zweck erfüllt. Leitende prinzipielle Grundsätze sind den bürgerlichen Gemeindevertretern abhanden gekommen.

In Kiel hatte die Erhöhung des Zensus nicht zum Ziel geführt. Die Stadt, die einen Wahlbezirk bildete, kam in Gefahr, eine sozialdemokratische Gemeindevertretung zu bekommen. Flugs wurde die Bezirkseinteilung eingeführt unter der Führung des Oberbürgermeisters, der unseren Genossen zuvor attestiert hatte: „Aus vorurteilsloser Beobachtung müsse anerkannt werden, daß sozialdemokratische Stadtverordnete mit Fleiß, Ernst und Verständnis friedlich mit ihren anders gesinnten Kollegen und den Magistratsvertretern zu arbeiten vermögen." Das umgekehrte Verfahren haben die Gemeindekollegien in Wandsbek eingeschlagen. Neben der Erhöhung des Zensus auf die gesetzlich zulässige Maximalhöhe, 1350 Mk., wurde die Stadt, die seither die Bezirkseinteilung hatte, zu einem Bezirk vereinigt, um damit die wenigen sicheren proletarischen Bezirke zu elimenieren. Die bürgerlichen Gemeindevertreter fürchten die Störung ihrer Zirkel durch die Anwesenheit sozialdemokratischer Vertreter. Erkannte doch selbst der verstorbene Abgeordnete Richter bei der Beratung der Städteordnung an, daß das Interesse der Besitzlosen dem allgemeinen Interesse unter Umständen viel näher ist, als das Interesse der Besitzenden in den Kommunen. Ja, das Dreiklassenwahlrecht in Verbindung mit der Bezirkseinteilung verhindere in raffinierter Weise, daß sich ein allgemeines Interesse geltend machen könne. Das sehen auch die Wähler ein. Und darum die blasse Furcht der Mandatinhaber vor dem Eindringen sozialdemokratischer Gemeindevertreter. In Flensburg wurden am 16. Mai die ersten zwei Genossen als Gemeindevertreter gewählt.

In zahlreichen Gemeinden ist es den Genossen gelungen, die Mehrheit in der Gemeindevertretung zu erlangen. Sogar selbst unter dem System der Abteilungswahlen. Ebenso ist in der Pfalz eine Zunahme der Orte zu verzeichnen, in denen unsere Genossen durch Besetzung des Amtes der Beigeordneten direkt bei der Gemeindeexekutive mitwirken. Die Partei stellt dort 2 Bürgermeister, 1? erste und 9 zweite Adjunkte.

Die militärische Invasion im Mansfelder Streikgebiet gab unseren Genossen im Leipziger Stadtverordnetenkollegium Gelegenheit zu folgendem Antrag: „Das Kollegium wolle beschließen, die Anfrage an den Rat zu richten, ob er bereit sei, Auskunft zu geben über die Verhältnisse im Mansfelder Berghaurevier, und ob der Rat geneigt ist, seinen Einfluß zur Beilegung des Streiks geltend zu machen." Die Genossen leiteten die Berechtigung zur Stellung des Antrags davon ab, daß einmal der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Dittrich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Mansfelder Gewerkschaft ist und die Stadt Leipzig sich im Besitz von 6998 Mansfelder Kuxen befindet. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Rothe warf die Zuständigkeitsfrage auf und, wie nicht anders zu erwarten war, stimmte die bürgerliche Mehrheit geschlossen für die Ansicht des Vorstehers. Damit war der dem Rat so unbequeme Antrag beseitigt.

Am 6. Juni beteiligten sich eine Anzahl sozialdemokratischer Gemeindevertreter an dem Brandenburger Städtetag. Ihre, dem Städtetag unterbreiteten Leitsätze über die Grundlagen und das Wahlrecht in den Gemeinden, wurden von der großen Mehrheit mit „Entrüstung" abgelehnt.

Der im vorjährigen Bericht besprochene Wahlrechtsraub in Rixdorf genügte seinen Urhebern noch nicht. Statt, wie es der Wille des Gesetzgebers war,

Agitationsbezirke	Vertreter der Partei in Stadtverordneten-versammlungen und Gemeindevertretungen Zahl der				im Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand Zahl der			
	Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.	Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.
Ostpreußen	1	4	—	—	—	—	—	—
Westpreußen	1	7	3	4	—	—	—	—
Groß-Berlin	14	135	79	220	—	—	—	—
Brandenburg	21	89	68	195	—	—	—	—
Pommern	3	21	14	30	—	—	—	—
Posen	—	—	2	2	—	—	—	—
Breslau	2	7	46	81	—	—	—	—
Görlitz	2	9	32	91	—	—	—	—
Oberlangenbielau	2	10	57	157	—	—	—	—
Kattowitz	—	—	1	4	—	—	—	—
Magdeburg	11	52	38	76	—	—	—	—
Halle a. S.	21	61	63	153	—	—	1	1
Erfurt	3	6	18	56	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	13	39	64	130	—	—	—	—
Hannover	1	3	28	60	—	—	—	—
Oestl. Westfalen	10	37	30	64	—	—	—	—
Westl. "	5	10	70	120	—	—	—	—
Oberrhein	1	3	2	2	—	—	—	—
Niederrhein	21	110	22	53	—	—	—	—
Saargebiet	—	—	1	3	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	14	57	73	190	—	—	10	10
Kassel	4	15	37	99	—	—	—	—
Nordbayern	22	76	53	117	4	8	2	2
Südbayern	4	8	2	5	—	—	—	—
München	2	16	—	—	1	5	—	—
Pfalz	15	107	50	179	7	9	12	13
Dresden	13	52	287	605	—	—	—	—
Chemnitz	29	100	174	450	—	—	—	—
Leipzig	10	50	97	193	—	—	—	—
Zwickau*	11	27	514	111	1	1	—	—
Württemberg	35	105	111	328	19	52	19	24
Baden*	19	228	107	888	7	36	16	26
Hessen	12	34	97	284	1	1	1	1
Mecklenburg	6	26	—	—	—	—	—	—
Thüringen I	16	54	24	56	—	—	—	—
" II	7	35	33	128	—	—	—	—
Sachsen-Altenburg	8	51	21	91	—	—	—	—
Gotha*	2	29	5	116	1	1	1	1
Oldenburg-Ostfriesland	6	39	13	76	1	1	—	—
Braunschweig	6	23	29	51	—	—	1	1
Sachsen-Meiningen	3	4	3	6	—	—	1	2
Anhalt	11	35	23	57	—	—	—	—
Hamburg	1	3	24	35	—	—	—	—
Nordwest	5	24	30	80	—	—	—	—
Lübeck	—	—	3	14	—	1	1	—
Elsaß-Lothringen	3	12	24	60	—	—	—	—
	396	1813	2009	5720	41	114	51	82

*Für die Bezirke Zwickau, Baden und Gotha mußten wir die vorjährigen Ziffern einstellen, weil wir in diesem Jahre vollständige Angaben nicht erhielten.

die Zensiten, die mehr wie den Durchschnittsbetrag ihrer Klasse zahlten, in die höhere Klasse aufrücken zu lassen, verwies der Magistrat alle Zensiten, die den Durchschnittsbetrag ihrer Klasse nicht erreichten, in die dritte Klasse. Die so aufgestellte Wählerliste wurde von unseren Genossen angefochten und sie wurde sowohl vom Bezirksausschuß wie auch vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt. Trotz dieser Rechtsbelehrung beharrte der Magistrat bei seiner Auffassung und versuchte das gleiche Experiment noch einmal unter zu Grundelegung des 1½fachen Durchschnittsbetrages, den das Gesetz vom 30. Juni 1900 zuläßt. Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Bezirksausschuß auch diese für 1909 aufgestellte Wählerliste für ungültig erklärt. Mehr als naiv war die Begründung, die der Magistrat zur Rechtfertigung seiner Auffassung auf die Klageschrift unserer Genossen seiner Erwiderung zugrunde legte. Er führte u. a. aus: „Es müsse der Gemeinde Rixdorf doch möglich gemacht werden, zu verhindern, daß ihre Verwaltung in die Hände einer sozialdemokratischen Mehrheit komme, denn dies würde den wirtschaftlichen Ruin der Stadt Rixdorf zur Folge haben. Um eine sozialdemokratische Mehrheit zu verhindern, sei ja das Ortsstatut erlassen worden und die angefochtene Wählerliste entspreche dem Ortsstatut."

Auf dem diesjährigen preußischen Parteitag — abgehalten vom 3. bis 5. Januar d. J. in Berlin — wurde nach einem eingehenden Referat des Genossen Hirsch ein Kommunalprogramm angenommen, das für die in den Gemeindevertretungen tätigen Genossen ein schätzenswerter Wegweiser sein wird.

Der badische Landesvorstand hat entsprechend dem vom außerordentlichen badischen Parteitag, abgehalten am 6. März in Offenbach, erhaltenen Auftrag, den Entwurf eines Kommunalprogramms für den auf den 21. August vorgesehenen ordentlichen badischen Parteitag vorbereitet.

Die Tabelle auf Seite 41 gibt Auskunft über die Verteilung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf die einzelnen Agitationsbezirke.

Sie ergibt, daß im letzten Jahre die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeindevertretern von 2210 auf 2497 und die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 6431 auf 7729 gestiegen ist.

* * *

Maifeier.

Unter außerordentlicher Beteiligung fand in diesem Jahre die Maifeier statt. Da der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, war die Beteiligung auch jenen Schichten der Arbeiterklasse möglich, die in anderen Jahren der Festfeier fernbleiben mußten, weil sie sich die Arbeitsruhe noch nicht erkämpft haben.

Außerdem wurde der 1. Mai dieses Jahres in Preußen, Anhalt, Bremen, Braunschweig im Zeichen der Wahlrechtsbewegung gefeiert. Die Verbindung von Maifeier und Wahlrechtskampf gab dem Feste einen besonders demonstrativen Charakter. In vielen Orten versammelten sich die Maifeiernden im Freien. Die Stimmung war allerorts ganz vorzüglich.

Maifeierumzüge waren in Preußen in einigen Orten nach alter Gewohnheit verboten worden, in anderen aber, im Gegensatz zu früheren Jahren, behördlich genehmigt worden. Nach dem Reichsvereinsgesetz müßte die Erteilung einer solchen Genehmigung selbstverständlich erscheinen. Nach dem glänzenden Verlauf der Wahlrechtsdemonstrationen war auch ein Verbot der Maifestumzüge durch nichts zu rechtfertigen. Aber das preußische Polizeiministerium besann sich eines anderen. Herr v. Moltke mimte in der Sterbestunde seines Ministerdaseins den starken Mann und wies die Regierungspräsidenten nachträglich an, keine Maifeierumzüge zu genehmigen und die

bereits erteilten Genehmigungen zurückzuziehen. Die staatlichen und städtischen Polizeibehörden folgten gehorsam, ohne daß auch nur ein freisinniger Oberbürgermeister unter Hinweis auf das Reichsvereinsgesetz des Blocks zu frondieren wagte, und verboten nachträglich nach folgendem Schema:

„Der Herr Regierungspräsident hat uns angewiesen, die Genehmigung zu öffentlichen Aufzügen am 1. Mai 1910 zu versagen, da bei ihnen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist, und in den Fällen zurückzuziehen, in denen sie schon erteilt ist.

Auf Grund dieser Anweisung ziehen wir die Genehmigung vom 16. April zum Umzüge am 1. Mai 1910 hiermit zurück und untersagen den geplanten Ausmarsch vom Klosterplatz aus."

Das gesetzwidrige Vorgehen des preußischen Polizeiministers wird im Landtag zur Sprache gebracht werden.

In einer großen Anzahl von Bezirken ist auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Parteitags mit den Gewerkschaften bereits eine Einigung über die nach Wirtschaftsgebieten zu bildenden Bezirksfonds erfolgt. Wo das noch nicht der Fall ist, muß bald eine Vereinbarung erfolgen, damit für 1911 eine würdige Maifeier vorbereitet werden kann.

* * *

Parteipresse.

Die Zahl der Tagesblätter der Partei hat sich gegen das Vorjahr um zwei vermehrt. Die Partei besaß am Schlusse des Berichtsjahres 76 Tageszeitungen, die in 57 Druckereien hergestellt werden. Neu hinzugekommen sind seit dem 15. September vorigen Jahres „Die neue Donaupost" in Regensburg, ein Kopfblatt der „Münchener Post", und seit 1. Juli dieses Jahres das „Neumärkische Volksblatt" in Landsberg a. d. Warthe, das in der Kottbuser Druckerei hergestellt wird. Die Görlitzer Genossen eröffneten im März dieses Jahres den Betrieb ihrer Produktivgenossenschaft „Arbeiterdruckerei" im eigenen Heim. Die Genossen des Görlitzer Agitationsbezirks haben dieses Werk ganz aus eigener Kraft errichtet. Am Tage der Betriebseröffnung waren für 125 875 Mk. Genossenschaftsanteile eingezahlt. Das Bochumer Parteiorgan siedelte ebenfalls in das eigene Heim über, und das Düsseldorfer Parteiblatt fand im neugebauten Volkshause eine neue Stätte. Das dreimal erscheinende „Offenburger Volksblatt" ging Ende Oktober vorigen Jahres wieder ein. Eine Rentabilität des Blattes war in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. In Anhalt wird als „Sonntagszeitung für Anhalt" ein neues Wochenblatt herausgegeben. Ebenso wird in München das „Bayerische Wochenblatt" herausgegeben.

Seit dem November vorigen Jahres werden in der Vorwärts-Druckerei für die Blätter im Reiche Matern des Reichstagsberichts hergestellt, die den Blättern mit frühem Redaktionsschluß den rechtzeitigen Abdruck des Parlamentsberichts erleichtern.

Die „Neue Welt" bringt vom 1. Juli ab auf der letzten Seite aktuelle Illustrationen kulturgeschichtlich wichtiger Ereignisse, womit einem längst gehegten Wunsche nachgekommen ist. Auf die Vereinsausgabe der „Neuen Zeit", die von den Organisationen zum Preise von 14 Pf. pro Nummer an die Funktionäre abgegeben wird, wurde wiederholt hingewiesen. Aus dem Verlage von M. Ernst in München übernahm die Partei den Verlag des „Postillon". Trotzdem die Organisationen durch zwei Zirkulare zur Propaganda für dieses in der Erscheinungsweise mit dem „Wahren Jakob" alternierende Witzblatt hingewiesen wurden, hatte die Propaganda für den „Postillon" nur in einigen Bezirken Erfolg. Das Blatt arbeitete mit einem

beträchtlichen Defizit, weshalb am Schlusse des Berichtsjahres sein Erscheinen eingestellt wurde. Für ein wöchentliches Erscheinen des „Wahren Jakob" liegt anscheinend ein Bedürfnis noch nicht vor.

Seit dem 1. Oktober vorigen Jahres erscheint in Punktierschrift als Organ für die Blinden deutscher Zunge „Die Neue Zeit" viermal jährlich. Das Blatt hat in den Kreisen der blinden Genossen überraschend schnell Eingang gefunden.

Ueber die der Parteipresse aus der Zentralkasse geleisteten Zuschüsse gibt der Kassenbericht Auskunft.

Mit dem Sozialdemokratischen Pressebureau beschäftigte sich eine Redakteurkonferenz, die am 20. April dieses Jahres stattfand und für die Arbeiten des Pressebureaus beherzigenswerte Winke gab. Bis zum Vorjahre wurden die Kosten des Bureaus auf die Parteipresse umgelegt, die hierzu nach ihrer Leistungsfähigkeit in sechs Klassen eingeteilt worden war, wobei die Parteikasse für die kleinen Blätter aufzukommen hatte. Das Steigen der Ausgaben veranlaßte Wünsche wegen einer anderweitigen Regelung der Kostendeckung. Der Parteivorstand und der Beirat des Pressebureaus entwarfen einen neuen Finanzplan, nach welchem die Parteiblätter sich zu festen Beiträgen verpflichteten, die in Vierteljahresraten gezahlt werden. Der Jahresetat wurde auf 46 000 Mk. festgesetzt, wovon die Parteipresse 32 000 Mk. an Beiträgen aufbringt. 4000 Mk. gehen für Vermittelung der Nachrichten an die Gewerkschaftspresse ein. Die Parteikasse hat nach dem Voranschlag 10 000 Mk. Jahreszuschuß zu zahlen. Diese neue finanzielle Regelung hat sich bewährt. Die Auslagen für Telephongespräche sind nach dem in Essen angenommenen Statut extra zu bezahlen. Es erhalten 21 Parteiblätter ständig telephonische Nachrichten.

Ueber den finanziellen Stand des Pressebureaus gibt folgende Abrechnung Auskunft:

Pressebureau.

1. Juli 1909 — 30. Juni 1910.

	3. Quartal 1909	4. Quartal 1909	1. Quartal 1910	2. Quartal 1910	Summa
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Einnahmen:					
Aus d. Hauptkasse erhalten	4900,—	4900,—	3900,—	2900,—	16600,—
Im Umlageverfahr. erhob.	8295,37	8637,40	8776,30	10306,—	36015,07
Rückvergütung d. Telephongebühren	1267,—	334,—	558,50	1118,90	3278,40
Sonstige Einnahmen	5,60	2,10	—	4715,15	4722,85
Summa	14467,97	13873,50	13234,80	19040,05	60616,32
Ausgaben:					
Gehälter	5438,35	5493,42	5313,05	5717,29	21962,11
Korrespondenten	4089,15	4406,64	3480,55	4074,45	16050,79
Telephongebühren	764,89	944,25	1380,25	1062,50	4151,89
Telegrammgebühren	5,65	53,05	16,50	6,15	81,35
Portis	627,75	613,67	637,93	644,73	2524,08
Laufende Ausgaben	1129,25	885,—	1505,31	3758,34	7277,90
Kranken- u. Invalidenvers.	38,81	104,38	68,96	74,52	286,67
Diverse	[1] 227,—	[2] 1460,05	—	4,75	1691,80
An die Hauptkasse	1200,—	600,—	600,—	1500,—	3900,—
Summa	13520,85	14560,46	13002,55	16842,73	57926,59

[1] Einrichtungskosten. [2] Einrichtungskosten und Diverse.

Bilanz.

Bestand am 30. Juni 1909 . . . . 1751,65 Mk.
Einnahmen 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 . 60616,32 „
62367,97 Mk.
Ausgaben 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 . 57926,59 „
Kassenbestand am 1. Juli 1910 . . . . 4441,38 Mk.

Ueber den Stand des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“, der „Gleichheit“ und des „Wahren Jakob“ geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft:

„Vorwärts“ 1909/1910.

	Juli-September 1909		Oktober-Dezember 1909		Januar-März 1910		April-Juni 1910		Summe	
A. Eingänge:										
Abonnementsgelder durch Expedition	255748	40	261288	15	274171	15	285486	50	1076694	20
Abonnementsgelder durch die Post	14473	65	15109	65	15607	25	15549	30	60739	85
Inseraten-Einnahme . .	84156	25	137653	95	131419	85	143955	40	497185	45
Ueberschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition . . .	—	—	6744	15	—	—	—	—	6744	15
Gesamt-Einnahme	354378	30	420795	90	421198	25	444991	20	1641363	65
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten: (Miete, Zeitungsabonnement, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare 2c.)	14304	10	24367	30	17230	50	30588	35	86490	25
Mitarbeiter:										
Politik	8409	05	10197	40	8817	50	9676	65	37100	60
Soziales u. Gerichtliches	1817	15	1879	50	1701	40	2740	75	8138	80
Gewerkschaftliches . .	2055	75	1721	40	2276	95	3341	85	9395	95
Versammlungen . . .	559	35	401	40	696	10	349	—	2005	85
Lokales	2620	65	2923	95	2438	20	2569	05	10551	85
Vorort	879	35	1440	—	1425	30	1033	20	4777	85
Feuilleton	4916	25	4626	45	3739	25	3827	—	17108	95
Redakteure	18182	05	17720	—	18622	75	18139	30	72664	10
Depeschen u. Parlamentsberichte	965	—	930	—	935	—	930	—	3760	—
Neue Welt	14337	—	14955	30	15306	75	16201	80	60800	85
Gehälter der Expedition.	7726	55	7276	60	7021	85	7662	45	29687	45
Gerichtskosten	595	80	2315	80	279	55	1454	85	4646	—
Redaktionsbibliothek . .	171	70	632	80	286	75	282	80	1374	05
Druckrechnung	247569	65	302097	25	306029	60	314541	20	1170237	70
Gesamt-Ausgabe	325109	40	393485	15	386807	45	413338	25	1518740	25
Gewinn . . .	29268	90	27310	75	34390	80	31652	95	122623	40
wie oben unter A	354378	30	420795	90	421198	25	444991	20	1641363	65

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. **122 623,40.**

Berlin, den 10. August 1910.

Revidiert und für richtig befunden:

Kaden, Brühne, Bock, Koenen, Zetkin, Ernst, Braun, Timm, Geck.

Der Ueberschuß des 2. Quartals 1910 ging im Juli ein und erscheint deshalb erst im Kassenbericht des nächsten Berichtsjahres der Partei.

Gegen das Vorjahr ist demnach der Reingewinn des „Vorwärts" um rund 11 500 Mk. höher, trotzdem der Umfang des Blattes um 52½ Bogen gewachsen ist, wovon 29½ Bogen auf den redaktionellen Teil (inkl. 6 Extranummern) entfallen. Das erklärt sich daraus, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr die Inserate eine Mehreinnahme von rund 68 000 Mk. aufweisen und der Abonnentenstand sich wiederum um 17 000 (auf 139 000) gehoben hat, nachdem er infolge der auf Berlin (mit 100 000 Arbeitslosen) besonders stark lastenden industriellen Krise bis auf 122 000 gesunken war.

„Die Neue Zeit".

1. Januar — 31. Dezember 1909.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	62 803	—
Für Inserate (Beilagen)	154	—
	62 957	—
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	18 887	30
Papier	9 245	65
Buchbinder	3 471	95
Redaktion	11 000	—
Mitarbeiter	12 820	52
Porti und Unkosten	3 322	—
Remittenden	2 872	48
	61 619	90
Gewinn-Saldo	1 337	10
	62 957	—

Der Abonnentenstand betrug Ende 1908 . . . . 8 500
Ende 1909 . . . . 9 000

„Der wahre Jakob".

1. Januar — 31. Dezember 1909.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	233 260	—
Inserate	39 076	58
	272 336	58
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen	89 203	30
Papier	87 077	65
Redaktion	11 800	—
Mitarbeiter, Zeichnungen	24 480	40
Aetzungen, Galvanos ꝛc.	15 540	34
Porti und diverse Unkosten	1 810	65
Remittenden	5 890	95
	235 803	29
Gewinn-Saldo	36 533	29
	272 336	58

Der Abonnentenstand betrug Ende 1908 . . . . 230 000
Ende 1909 . . . . 250 000

„Die Gleichheit“.

1. Januar — 31. Dezember 1909.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	73 139	26
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen	21 853	—
Papier	24 500	40
Redaktion	7 870	—
Mitarbeiter	5 976	70
Porti und Unkosten	4 226	70
Remittenden	1 147	48
	65 574	28
Gewinn-Saldo	7 564	98
	73 139	26

Der Abonnentenstand betrug Ende 1908 . . . . 77 000
Ende 1909 . . . . 82 000

* * *

Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahre vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ wurden folgende Hefte neu herausgegeben: Heft 20: „Die Proletarierkrankheit“ von Dr. J. Zadek (10 000); Heft 21: „Atemgymnastik“ von Otto Rühle (10 000); Heft 22: „Haut- und Haarpflege“ von Dr. Chajes (10 000); Heft 23: „Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen?“ von Dr. Rehfisch (10 000); ferner wurden diverse Hefte, insgesamt 27 500 nachgedruckt.

Von den „Sozialdemokratischen Flugschriften“ wurde ein neues Heft „Die Sozialdemokratie und das Heer“ (7000) herausgegeben.

„Die sozialdemokratische Gemeindepolitik“ wurde um ein Heft vermehrt. Heft 10: Zietsch, „Kommunale Arbeitslosenversicherung“ (5000).

Protokolle wurden herausgegeben: „Protokoll des Parteitages in Leipzig“ (30 000); „Protokoll des preußischen Parteitags in Berlin“ (5200).

Dem preußischen Wahlrechtskampf sind gewidmet: „Die Wahlrechtsvorlage“, Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses nach dem amtlichen Stenogramm der Sitzungen vom 10. bis 12. Februar 1910 (5000); „Illustrierte Wahlrechtszeitung“ (50 000); 4 Postkarten von den Demonstrationen in Berlin (26 000).

In der Serie „Sozialistische Theaterstücke“ erschien von Karl Rübezahl „Assessor Schneidigs Abenteuer“ und „Im Kampf ums Dasein“ (je 2000).

Unsere Jugendliteratur wurde durch Sonnemann, „Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln“ (3000), vermehrt.

Von Gesetzesführern erschien: Wissell, „Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz“ (10 000); zwei früher erschienene wurden neu aufgelegt (je 5000)

Auf Anregung des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei wurden 8 weitere „Einführungen in Dramen und Opern“ herausgegeben (je 5000).

Zum Gedächtnis der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages Ferdinand Freiligraths gelangte eine „Freiligrath-Gedenknummer“ zur Ausgabe (50 000).

Die „Maizeitung" brachte es zu einer Auflage von 445 000 Exemplaren. Der „Arbeiter-Notiz-Kalender 1910" wurde in 25 000 Exemplaren gedruckt.

Broschüren und Bücher allgemeineren Charakters wurden folgende herausgegeben: Maurenbrecher, „Biblische Geschichten", 10 Hefte (je 5000); Gradnauer, „Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland" (2500); Stern, „Tod der Todesstrafe" (5000); Müller, „Die Rechtsprechung in Unfallrentenstreitsachen" (2000); Hirsch, „Die Städteordnung" (2000); Bernstein, „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung", Band III (5000); „Bericht der Berliner Stadtverordneten" (2500); Mehring, „Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters" I (5000); „Die Erhöhung der Zivilliste" (15 000).

Von den früheren Schriften sind neu aufgelegt worden: „Grundsätze und Forderungen" ((91 000); „Parteiprogramme" (10 000); „Mutter, was läuft der Gendarm so" (5000); Rühle, „Die Volksschule, wie sie ist" (5000); Kampffmeyer, „Geschichte der Gesellschaftsklassen" (5000); Zepler, „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?" (5000); Losinsky, „Was haben die Armen vom Christentum zu erwarten?" (2000); „Womit man vor Sozialdemokraten graulich macht" (5000).

Der Abonnentenstand der Wochenschrift „In Freien Stunden" hat sich nicht wesentlich geändert.

Die „Kommunale Praxis" hatte für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge:

Abonnements	25 259,67 Mk.	
Inserate und Beilagen	18,— „	25 277,67 Mk.
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts		3 470,46 „
	Summa . .	28 748,13 Mk.

b) Ausgänge:

Redaktion	5 785,19 Mk.
Mitarbeiter	5 435,40 „
Druck und Buchbinderei	14 487,35 „
Expedition und Agitation	2 987,89 „
Remittenden	52,30 „
Summa . .	28 748,13 Mk.

Am 30. Juni 1910 betrug der Abonnentenstand . .	2 836
Im Vorjahre	2 651
Zunahme . .	185

Der Warenumsatz der Buchhandlung Vorwärts betrug 570 665,24 Mk., gegen das Vorjahr 58 938 Mk. mehr.

* * *

Bildungsausschuß. (Vierter Jahresbericht 1909/10.)

a) Allgemeines.

Der Bildungsausschuß hat sich von Anbeginn seiner Tätigkeit an nicht als eine bureaukratische Zentralbehörde betrachtet, die nach bestimmten Schablonen und vorgefaßten Meinungen das parteigenössische Bildungswesen einzurichten hat, sondern lediglich als eine anregende, ratende und helfende Körperschaft, die sich in allen Bildungsangelegenheiten den Arbeiterorganisationen zur Verfügung stellt. Der Bildungsausschuß ging dabei von der Erwägung aus,

daß die Bildungsarbeit bei der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und parteipolitischen Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Deutschlands, bei der Mannigfaltigkeit der geistigen Vorbedingungen der Arbeiter, und bei der Neuheit der systematischen Bildungspflege nicht nach einem bestimmten Schema eingerichtet werden dürfe, sondern daß der örtlichen und persönlichen Initiative freier Spielraum gelassen werden müsse.

Trotzdem hat die Bildungsarbeit erfreulicherweise im Laufe der Jahre bestimmte einheitliche Formen angenommen; die Anregungen des Zentralbildungsausschusses sind in ausgiebiger Weise benutzt worden, und auch voneinander haben die einzelnen Orte gelernt. Besonders hat sich der von uns als die beste Form der lokalen Bildungsorganisation empfohlene Bildungsausschuß, gebildet aus Mitgliedern der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, allgemein durchgesetzt. Auch die Münchener Genossen, die erst vor einigen Jahren einen geschlossenen Bildungsverein gegründet hatten, weil sie in ihm die Ziele der modernen Arbeiterbildung am besten zu verwirklichen hofften, wollen den Bildungsverein durch einen Bildungsausschuß ersetzen. Ein Ausschuß ist freier, beweglicher und legt den organisierten Arbeitern nicht eine neue mit laufenden Beitragszahlungen verbundene Organisationsverpflichtung auf; seine Veranstaltungen kommen nicht nur den besonderen „Mitgliedern", sondern der Gesamtheit der organisierten Arbeiter zugute.

Die Zurückhaltung des Zentralbildungsausschusses hat noch eine andere Folge gehabt. Nicht in allen Kreisen und Orten hat man gleichzeitig und mit gleichem Ernste die Notwendigkeit planmäßiger Bildungsarbeit erkannt. Nur die größeren Städte haben fast ausnahmslos sofort diese Notwendigkeit eingesehen und ihr Rechnung getragen. In mittleren und kleineren Orten waren es dagegen oft nur einzelne Genossen, die die Bedeutung der neuen Bildungsaufgaben sofort erfaßten; aber nicht immer gelang es ihnen, die übrigen Genossen davon gleichfalls zu überzeugen, so daß sie entweder überhaupt den Versuch zur Gründung eines Bildungsausschusses aufgaben, oder es erkaltete ihr Eifer angesichts der Gleichgültigkeit oder des passiven Widerstandes, die den Bildungsveranstaltungen von der Masse der organisierten Arbeiter entgegengebracht wurden. Meistens waren in solchen Fällen auch noch finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden, da die aufgewandten Kosten bei dem mangelhaften Besuch der Bildungs- und Kunstabende nicht voll wieder eingebracht werden konnten; die Kosten wiederum waren außergewöhnlich hoch gewesen, weil eine einzelne Veranstaltung teurer ist als sie bei zweckmäßiger Organisation und bei Zusammenwirken mehrerer Orte sein würde.

Nachdem nunmehr einige Jahre erfolgreicher Bildungsarbeit vergangen sind und die erfreulichen Wirkungen in solchen Orten, in denen schon längere Zeit hindurch planmäßig gearbeitet worden ist, unverkennbar sind, ist es an der Zeit, eine bessere organisatorische Gliederung der Bildungsarbeit anzubahnen. Die nächste organisatorische Einheit unserer ganzen politischen Tätigkeit ist der Reichstagswahlkreis. Er muß auch das erste Band sein, das die vereinzelten Bildungsausschüsse umschließt; die nächste höhere Einheit ist der Agitationsbezirk, innerhalb dessen sich die Bildungsausschüsse der zugehörigen Wahlkreise in Verbindung mit dem Vorstande des Agitationsbezirkes zu verständigen haben.

Erfahrungen, die der Zentralbildungsausschuß mit der Organisation der wissenschaftlichen Wanderkurse gemacht hat, veranlassen ihn, die lokalen Bildungsausschüsse mit Nachdruck auf diese organisatorischen Aufgaben der nächsten Zeit hinzuweisen. Die Bildungsarbeit wird dadurch noch mehr als bisher zu einem festen Bestandteil unserer ganzen politischen Aufklärungsarbeit; außerdem erspart die zweckmäßige organisatorische Gliederung Zeit,

Kraft und Geld der einzelnen Bildungsausschüsse; schließlich wird sie auch kleine Reibungen zwischen den verschiedenen Körperschaften, die hin und wieder zutage getreten sind, beseitigen.

Den Geschäftsverkehr des Zentralbildungsausschusses spiegeln folgende Zahlen wider: Bei der Geschäftsstelle sind 187 lokale Bildungsausschüsse (gegen 124 im Vorjahre) gemeldet; außerdem stehen noch eine Anzahl sozialdemokratischer Vereine, Gewerkschaftskartelle und andere Organisationen (Bibliotheken, einzelne Gewerkschaften), sowie Einzelpersonen mit dem Zentralbildungsausschuß in regelmäßiger Verbindung. An Postsendungen sind eingegangen vom 1. Juli 1909 bis zum 30. Juni 1910 1264 Briefe, (gegen 864 im vorhergehenden Berichtsjahre), 553 Karten (gegen 629), 519 Drucksachen (gegen 339), 148 Pakete (gegen 99) und 5 Telegramme (gegen 10); in der gleichen Zeit gingen aus: 1012 Briefe (gegen 797 im Vorjahre), 402 Karten (gegen 519), 4177 Drucksachen (gegen 2639), 142 Pakete (gegen 136) und 9 Telegramme (gegen 19).

b) Die statistische Erhebung über die Bildungsarbeit.

Der Leipziger Parteitag hat dem Bildungsausschusse den Auftrag geben, über die Tätigkeit aller Bildungsausschüsse — nicht nur wie bisher über seine eigenen Wanderkurse — eine jährliche statistische Erhebung zu veranstalten. Die Umfrage hat ein reichhaltiges und interessantes Material ergeben, das für die fernere Tätigkeit des Zentralbildungsausschusses manche wertvollen Fingerzeige gibt.

Insgesamt wurden 862 Fragebogen an 841 Orte und außerdem 46 Fragebogen an die Vorstände der Landes- und Provinzialorganisationen verschickt. Daß an einzelne Orte mehrere Fragebogen gegangen sind, ist darauf zurückzuführen, daß an den betreffenden Orten (z. B. Berlin) keine einheitliche Zentrale für die Bildungstätigkeit besteht, so daß die Fragebogen an die einzelnen Wahlkreise und an die besonderen Bildungsorganisationen (Arbeiterbildungsschule, Freie Volksbühne, Bildungsverein für Frauen und Mädchen) geschickt worden sind.

Trotzdem an alle säumigen Bildungsausschüsse und sonstigen Korporationen mehrere Male Mahnungen ergangen sind, sind nur insgesamt 249 Fragebogen von 240 Orten zurückgekommen; 3 Orte sandten Fragebogen ein, obwohl sie nur als Zweigorganisationen größerer benachbarter Orte in Frage kommen; von den Agitationsbezirken, denen die Fragebogen hauptsächlich zur Information zugesandt worden waren, haben 3 die Fragebogen beantwortet.

In 187 Orten bestehen Bildungsausschüsse, von denen 172 von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam eingesetzt sind; eine Anzahl Bildungsausschüsse sind zugleich Jugendausschüsse.

Von großer Bedeutung sind die Zahlen, die die Bildungsausschüsse über ihre Einnahmen und Ausgaben mitteilen. Allerdings haben hierüber nicht alle Orte Angaben gemacht; zum Teil bestanden die Ausschüsse dort noch nicht ein Jahr, oder sie hatten keine genauen Aufstellungen gemacht. Die mitgeteilten Zahlen enthalten die Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben; so sind in den Einnahmen sämtliche Einnahmen aus dem Erlös von Eintrittskarten für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, in den Ausgaben die entsprechenden Gesamtaufwendungen enthalten. Es haben 150 Orte über ihre Ausgaben genaue Angaben gemacht, und zwar haben sie insgesamt 508 566,92 Mark für die Zwecke der Arbeiterbildung flüssig gemacht; über ihre Einnahmen haben 138 Orte genaue Zahlen mitgeteilt, sie ergeben die Gesamtsumme von 475 515 Mk.

In der Regel decken die Einnahmen nicht die Ausgaben; die organisierten Arbeiter sind sich aber erfreulicherweise darüber vollkommen klar, daß die Bildungsveranstaltungen nicht den Zwecken der Plusmacherei zu dienen haben, sondern daß sie, soweit nötig, mit größeren oder kleineren Zuschüssen aus allgemeinen Mitteln zu subventionieren sind. 69 Orte haben darüber Angaben gemacht, wie hoch die Unterstützungen waren, die sie im Berichtsjahre von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bezogen haben; die Gesamtsumme beträgt 64 393,85 Mk.; bei 83 Bildungsausschüssen richtete sich die jährliche Unterstützung nach dem jeweiligen Bedarf, oder es wurde einfach das entstandene Defizit gedeckt.

Diese einfachen Zahlen reden eine erhebende Sprache über den Bildungseifer und den Opfermut der organisierten Arbeiter. Sie werden nicht aus Millionenstiftungen und von wohltätigen reichen Freunden unterstützt; nachdem sie einmal die Notwendigkeit systematischer, wenn auch teurer Bildungsarbeit erkannt haben, zögern sie nicht, sofort die notwendigen Mittel groschenweise zusammenzutragen.

In 139 Orten wurden Vortragskurse abgehalten, und zwar insgesamt 272; Unterrichtskurse wurden verhältnismäßig selten eingerichtet, weil sie teuer sind; aus 12 Orten wird über insgesamt 18 Unterrichtskurse berichtet. Wissenschaftliche Einzelvorträge fanden in 132 Orten 562 statt.

Ueber die Verteilung der Kurse auf die einzelnen Wissensgebiete und die Zahl der Teilnehmer gibt die folgende Tabelle Auskunft. (Da nicht alle Orte Angaben über die Zahl der Teilnehmer gemacht haben, bleiben die Zahlen hierüber erheblich hinter der Wirklichkeit zurück.)

Wissensgebiet	Vortragskurse			Unterrichtskurse		
	Insgesamt	Davon machten Angaben über die Beteiligung: Orte	Zahl der Teilnehmer	Insgesamt	Davon machten Angaben über die Beteiligung: Orte	Zahl der Teilnehmer
Nationalökonomie	65	58	8655	5	5	323
Wirtschaftsgeschichte	8	7	1775	4	4	142
Geschichte (allgemeine)	39	39	3277	1	1	33
Parteigeschichte	6	6	530	—	—	—
Religionsgeschichte	2	1	328	—	—	—
Literatur und Kunstgeschichte	5	2	555	1	1	35
Sozialismus	8	8	1142	1	1	28
Erfurter Programm	10	10	1368	—	—	—
Politik, Verfassung	3	2	178	1	1	61
Gewerkschaftsbewegung	9	7	358	—	—	—
Sozialpolitik	25	16	1537	1	1	20
Rechts- und Gesetzeskunde	8	8	1061	—	—	—
Kommunalpolitik	2	—	—	—	—	—
Naturwissenschaft	43	41	9967	1	1	31
Alkoholfrage	1	1	90	—	—	—
Philosophie	1	1	50	—	—	—
Erziehung	1	—	—	—	—	—
Rede und Stil	6	5	416	1	—	—
Elementarfächer*)	29	23	833	—	—	—
Führungen in Museen, Galerien	1	1	23	—	—	—
Zusammen	272	236	32143	16	15	673

*) Deutsch, Rechnen, Stenographie, Buchführung.

Außerdem haben noch in 34 Orten 36 wissenschaftliche Wanderkurse des Zentralbildungsausschusses stattgefunden, ohne daß es uns trotz mehrmaliger Aufforderung möglich gewesen ist, von diesen Orten die Beantwortung des allgemeinen Fragebogens zu erlangen. Nach unserer besonderen statistischen Uebersicht über die Wanderkurse behandelten von diesen Kursen Nationalökonomie (4 Kurse mit 691 Teilnehmern), Wirtschaftsgeschichte (5 Kurse mit 382 Teilnehmern), Sozialismus (2 Kurse mit 98 Teilnehmern), Erfurter Programm (18 Kurse mit 1554 Teilnehmern), Bürgerliche Parteien (1 Kursus mit 178 Teilnehmern), Naturwissenschaft (5 Kurse mit 1103 Teilnehmern).

Insgesamt haben also an 185 Orten 324 Vortrags- und Unterrichtskurse stattgefunden; über 285 Kurse liegen genaue Zahlen über die Beteiligung vor, und zwar beträgt die Gesamtziffer aller Teilnehmer 36 644.

Von 2 Orten waren weder die allgemeinen Fragebogen noch die besonderen über die Wanderkurse zu erhalten, so daß wir über sie keine Angaben machen können.

Die statistische Erhebung erstreckt sich auch auf die künstlerischen Veranstaltungen, obwohl hierüber nur schwer zuverlässige Zahlen zu erlangen sind. Die Veranstaltungen sind sehr verschiedenartig; bei einer Reihe von Darbietungen muß man ernstliche Zweifel hegen, ob man sie überhaupt als künstlerisch ansprechen kann; so bei den Lichtbildervorträgen, die zumeist lediglich der Unterhaltung dienen. Einzelne Orte haben auch Variétéveranstaltungen (so z. B. einen Sylvester Schäffer-Abend) unter die künstlerischen Veranstaltungen gerechnet. Wir haben solche zweifelhaften Veranstaltungen unter „Verschiedenes" zusammengefaßt. Im ganzen haben 174 Orte über 532 künstlerische Veranstaltungen berichtet, die wir zu folgenden Hauptgruppen zusammenfassen:

a) Dichterabende: Goethe, Schiller (40mal), Heine (10mal), Freiligrath (20mal), Herwegh, Hauff, Anzengruber, Keller, Busch, Liliencron, Schnitzler, Negri, Gorki, Arbeiterdichter; insgesamt 97 Abende.

b) Musikalische Veranstaltungen: Beethoven-, Mozart-, Schubert-, Schumann-, Mendelssohn-, Richard Wagner-Abend; Vokal- und Instrumentalkonzerte, Sinfoniekonzerte, Kammermusikabende, Violin- und Volksliederabende; insgesamt 135 Veranstaltungen.

c) Rezitations- und Kunstabende ohne bestimmtes Programm (Rezitation, Kabarett, Münchener Scharfrichter, Bunte Abende, politisch-satirische Abende); insgesamt 180 Abende.

d) Märchenabende für Kinder 12.

e) Feiern in künstlerischem Rahmen: März- und Maifeiern, Frühlings-, Herbst-, Winterfest, Weihnachts-, Silvesterfeier; insgesamt 42 Veranstaltungen.

f) Lichtbildervorträge 59.

g) Verschiedenes 7.

Ueber die Volksvorstellungen stellte der Fragebogen eine besondere Frage. In 118 Orten wurden 727 Vorstellungen veranstaltet, und zwar zumeist durch Vereinbarung mit einem festen örtlichen Theater. Eine freie Volksbühne größeren Stils gibt es nur in Berlin; sie ist an den obengenannten Vorstellungen mit 183 beteiligt. Die Einführungen in Dramen und Opern, die der Bildungsausschuß herausgegeben hat, wurden nur in 33 Orten bei 76 Aufführungen benutzt. Allem Anscheine nach ist aber hierbei

noch der Einzelverkauf von Einführungen eingerechnet, sonst würden die Zahlen noch niedriger sein.

In 106 Orten wurden Ausstellungen von Jugendschriften und Wandschmuck veranstaltet.

In 200 Orten befinden sich Zentralbibliotheken, in 58 Orten 877 Einzelbibliotheken.

Die letzte Frage wünschte Auskunft, ob die lokalen Bildungsausschüsse besondere Klagen oder Wünsche wegen der Bildungsarbeit haben, besonders soweit die Tätigkeit des Zentralbildungsausschusses in Betracht kommt. Die Beantworter haben hierbei vorzugsweise den Klagen über die Hemmnisse der lokalen Bildungsarbeit Ausdruck gegeben. Ziemlich häufig kehrt die Klage über mangelhafte Beteiligung der breiten Massen an den Bildungsveranstaltungen wieder; in einer großen Stadt (Magdeburg) will der Bildungsausschuß aus diesem Grunde sogar seine Tätigkeit für ein Jahr einstellen, was uns allerdings das ungeeignetste Mittel zur Besiegung der Indifferenz zu sein scheint; in anderen Orten wird über die Vereinsmeierei geklagt, die der ernsten Bildungsarbeit im Wege steht; wieder andere Orte leiden unter einem Mangel an geeigneten Lokalen. Auch der Mangel an Mitteln wird oft erwähnt, besonders sei deshalb die Einrichtung von Wanderkursen nicht möglich. Diese Klage ist in den meisten Fällen unberechtigt, da der Zentralbildungsausschuß den schwachen Orten das Honorar für die Kurse erläßt, so daß den Orten nur noch ein bescheidener Beitrag zu decken übrig bleibt. Sehr oft fehlt es an geeigneten Personen zur Organisierung der Bildungsarbeit oder zur Abhaltung von Vortragskursen. Mehrmals kehrt der Wunsch auf Herausgabe einer monatlich oder vierteljährlich erscheinenden Bildungszeitschrift wieder, auch eine Schrift über Zwecke und Ziele der Bildungsausschüsse und eine Konferenz der Bildungsausschüsse wird verlangt. Von kleineren Orten wird darüber geklagt, daß die Veröffentlichungen des Zentralbildungsausschusses die Verhältnisse der kleinen Orte nicht genügend berücksichtigen. Die Klage ist aber nicht begründet, da die Anregungen des Zentralbildungsausschusses sich den besonderen örtlichen Verhältnissen anpassen lassen. Die Musterkataloge für Wanderbibliotheken, die der Zentralbildungsausschuß herausgegeben hat, kommen fast ausschließlich den kleineren Orten zugute. Natürlich wird der Zentralbildungsausschuß auch gern besonderen Wünschen der kleineren Orte näher treten, soweit ihm das möglich ist, wie er auch aus den Ergebnissen der diesjährigen Statistik manche Lehre für seine zukünftigen Arbeiten ziehen wird.

c) Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Die Kurse der bisherigen Wanderredner Duncker und Rühle wurden so früh und so oft nachgefragt, daß nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten; eine erwünschte Aushilfe boten die Kurse des Genossen Borchardt. Zu den nationalökonomischen und geschichtlichen Kursen traten im Berichtsjahre die naturwissenschaftlichen Kurse des Genossen Graf neu hinzu; auch sie sind so oft belegt worden, daß der Redner ständig beschäftigt werden konnte.

Um den kleineren und finanzschwachen Orten, für die ein Wanderkursus meistens besonders große Bedeutung hat, die Veranstaltung eines Kurses zu ermöglichen, hat der Bildungsausschuß in solchen Fällen auf besonderen Antrag das eigentliche Honorar an den Vortragenden auf sein Konto übernommen, so daß die Orte selbst nur noch die Diäten und das Fahrgeld zu zahlen hatten. Von dieser Erleichterung haben im Berichtsjahre eine Reihe von Orten Gebrauch gemacht.

Wegen des Zahlungsmodus hat der Bildungsausschuß im Einverständnis mit dem Parteivorstand neue Maßnahmen getroffen, für deren Durchführung die Vorstände der Landes- und Bezirksorganisationen der Partei ihre Mitwirkung zugesagt haben.

Bisher erhielten die Wanderredner das Honorar für ihre Vortragstätigkeit sowie die Reisespesen zum Teil von den einzelnen Orten, zum Teil von der Geschäftsstelle des Bildungsausschusses in Berlin. Das hat zu Unzuträglichkeiten geführt, weshalb in Zukunft sämtliche Zahlungen an die Wanderredner nur noch durch die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses erfolgen sollen. Die Geschäftsstelle zieht ihrerseits wiederum die Beiträge der einzelnen Orte zu den Wanderkursen ein, und zwar schon einige Wochen vor Beginn der Kurse, so daß die Orte den Betrag für die Kurse rechtzeitg beschaffen müssen.

Ueber jeden der von ihm eingerichteten Wanderkurse verlangt der Zentralbildungsausschuß eine Statistik, für die er Fragebogen ausgibt. An einzelnen Orten hat man in dieser Statistik eine überflüssige Belastung der Wanderkurse gesehen und die Fragebogen auch nur ungenügend ausgefüllt. Der Bildungsausschuß ist sich aber darin einig, daß er auf diese statistischen Feststellungen nicht verzichten kann. Durch die Statistik werden die Veranstalter von Wanderkursen genötigt, dieser Institution mehr Vorbereitung und Aufmerksamkeit zu widmen, als sie es sonst tun würden. Sie sind vorsichtiger in der Auswahl der Teilnehmer, sie ziehen aus den Ergebnissen der Statistik ihre eigenen Schlüsse für die Weiterarbeit auf diesem wichtigen Gebiete der Bildungspflege, und auch für die Teilnehmer selbst haben die Zahlen über die Beteiligung an den einzelnen Abenden, über die Beteiligung der Gewerkschaften und über andere Einzelheiten großes Interesse. Der Zentralbildungsausschuß aber wiederum zieht seine mannigfachen Schlüsse aus der Vergleichung der Fragebogen der einzelnen Orte und Kurse miteinander.

Der Zentralbildungsausschuß gibt aber zu, daß die Vorbereitung der Statistik den einzelnen Orten Schwierigkeiten verschiedener Art bereitet, und daß wegen der ungleichen Bewältigung dieser Schwierigkeiten auch manche Zahlen nur problematischen Wert haben können. Aus diesem Grunde wird der Bildungsausschuß in Zukunft allen Orten, denen er Wanderkurse vermittelt, das gesamte Material liefern, das für eine zuverlässige Statistik notwendig ist; dabei ist besonderer Wert darauf gelegt worden, daß die Feststellung der gewünschten Zahlen auf möglichst einfache und wenig zeitraubende Weise erfolgen kann.

Bei den Lichtbildervorträgen des Genossen Graf sind manche Schwierigkeiten zutage getreten, die den glatten Verlauf der Kurse hier und da hinderten. Die Lokalverhältnisse waren für die Entwickelung der Lichtbilder ungünstig, oder es fehlte an einer geeigneten Lichtquelle oder an geschickten Hilfskräften für die Bedienung des Apparates. An einzelnen Orten schien man sich auch über den Zweck der Lichtbilder nicht klar zu sein. Der Bildungsausschuß veranstaltet die Lichtbildervorträge nicht zum Zwecke gemütlicher Abendunterhaltung; nicht das Lichtbild ist die Hauptsache, wie es gewöhnlich bei Lichtbildervorträgen der Fall zu sein pflegt, sondern das gesprochene Wort; das Lichtbild soll lediglich das Verständnis der wissenschaftlichen Darlegung erleichtern.

Im allgemeinen ist durch den Verlauf der Wanderkurse und durch die Urteile der lokalen Bildungsausschüsse nur erneut die Ueberzeugung des Zentralbildungsausschusses befestigt worden, daß diese Kurse ein besonders wertvolles und eindringliches, ja, das wichtigste und wertvollste Stück der Bildungsarbeit überhaupt sind, und zwar sowohl durch die unmittelbare Wirkung

der Vorträge auf die Zuhörer als auch durch mittelbare Wirkungen mannigfacher Art, bestehen diese nun darin, daß die Teilnehmer der Kurse auch nach Beendigung des Kurses noch regelmäßig zu Diskutierübungen zusammenbleiben, oder darin, daß durch die erweckte Lernbegier das Lesebedürfnis und der Erwerb von Schriften außerordentlich angeregt wird, oder darin, daß die Teilnehmer die erworbenen oder ergänzten und befestigten Kenntnisse in der eigenen agitatorischen Tätigkeit verwerten.

Ueber die behandelten Stoffgebiete, die beteiligten Orte und die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Orten gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Der Kursus über die Entwickelungsstufen des Wirtschaftslebens wurde behandelt vom Genossen Duncker in 8 Vortragskursen (64 Vorträge) vor 1192 Teilnehmern, und zwar in Cannstatt (46 Teilnehmer), Danzig (285), Duisburg (148), Feuerbach (39), Gotha (63), Hanau (209), Königsberg i. Pr. (273), Krefeld (129), ferner in 2 Unterrichtskursen (16 Vorträge) vor 152 Teilnehmern, und zwar in Frankenberg (52), Zuffenhausen (100). Das gleiche Thema behandelte Genosse Rühle in 11 Vortragskursen (88 Vorträge) vor 1838 Teilnehmern in folgenden Orten: Fechenheim (86), Freiburg i. Schl. (216), Höchst (109), Iserlohn (187), Lübeck (247), Lüdenscheid (111), Plettenberg (35), Schwerin (212), Weimar (86), Wismar (270), Wurzen (279).

Ueber Volkswirtschaftliche Grundbegriffe trug Genosse Duncker in 9 Vortragskursen (72 Vorträge) vor 1411 Teilnehmern vor in Arnstadt (51), Dortmund (298), Elberfeld (159), Elbing (119), Ilmenau (56), Limbach (209), Nürnberg (209) Unna (78), Vegesack (232); ferner in einem Unterrichtskursus (8 Vorträge) in Göppingen (43). Genosse Rühle behandelte das gleiche Thema in 13 Vortragskursen (104 Vorträge) vor 3086 Teilnehmern, und zwar in Aschersleben (82), Bernburg (139), Breslau (966), Dessau (217), Halle (224), Liegnitz (327), Meuselwitz (66), Langenbielau (214), Striegau (73), Waldenburg (228), Weißenfels (216), Wiesbaden (154), Zeitz (180). Genosse Borchardt sprach über das gleiche Thema in 2 Vortragskursen (10 Vorträge) vor 145 Teilnehmern in Cottbus (59) und Guben (86).

Die Geschichte des Sozialismus bis zum Kommunistischen Manifest behandelte Genosse Duncker in 4 Vortragskursen (32 Vorträge) vor 738 Teilnehmern in Bremen (275), Frankfurt a. M. (182), Harburg (204) und Offenbach (77).

Außerdem hielt Genosse Borchardt noch folgende Kurse ab: Das Erfurter Programm in 30 Vortragskursen (92 Vorträge) vor 2908 Teilnehmern, und zwar in Albrechts (27), Bant (378), Bochum (134), Bunzlau (211), Emden (72), Finsterwalde (77), Goldlauter (98), Haynau (96), Hirschberg (246), Jauer (150), Kleinosida (35), Landeshut (137), Langendreer (52), Neiße (58), Oldenburg (144), Pfungstadt (51), Sagan (82), Sommerfeld (19), Stredau (40), Strehlen (53), Suhl (21), Teuchern (91), Wählitz (59), Wanne (89), Wattenscheid (96), Winz (140), Witten (63), Zella (79), Zipsendorf (55); der historische Materialismus in 6 Vortragskursen (18 Vorträge) vor 742 Teilnehmern, und zwar in Bant (246), Delmenhorst (115), Emden (54), Köpenick (183), Oldenburg (44), Rixdorf (100); die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus in 2 Vortragskursen (10 Vorträge) vor 388 Teilnehmern in Frankfurt a. O. (128) und Rixdorf (260); die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland in 2 Vortragskursen (7 Vorträge) vor 264 Teilnehmern in Köpenick (86) und Neustadt i. Schl. (178).

Naturwissenschaftliche Vortragskurse mit Lichtbildern wurden vom Genossen Engelbert Graf abgehalten über die Geschichte der Erde: 22 Kurse (92 Vorträge) mit 7142 Teilnehmern, und zwar in Breslau (874), Buer (250), Coswig (372), Cöthen (190), Flensburg (238), Freiburg i. Schl. (177), Groß-Ottersleben (195), Haynau (244), Herford (231), Herten (272), Kiel (419), Liegnitz (483), Minden (190), Neumünster (132), Nowawes (519), Recklinghausen (297), Rixdorf (504), Roßlau (180), Salbke (183), Striegau (150), Waldenburg (763), Zerbst (279); über die Rätsel des Lebens, 9 Kurse (37 Vorträge) mit 2446 Teilnehmern in Berlin (Jugendausschuß 203), Bielefeld (341), Brandenburg (364), Hannover (336), Hemelingen (442), Osnabrück (187), Verden (344); über vom Urtier zum Menschen, 2 Vortragskurse (12 Vorträge) mit 710 Teilnehmern in Schöneberg (600) und Prenzlau (110).

Eine Einführung in die Religionsgeschichte gab Genosse Graf in 4 Vortragskursen (16 Vorträge) vor 1155 Teilnehmern in Bremen (369), Cassel (329), Hildesheim (330) und Rathenow (127).

Insgesamt hielten Vortragskurse ab (die eingeklammerte Zahl ist die des Vorjahres) Duncker: 24 (21) Kurse mit 192 (168) Vorträgen und 3556 (2388) Teilnehmern; Rühle: 24 (22) Kurse mit 192 (176) Vorträgen und 4924 (4542) Teilnehmern; Borchardt: 42 (12) Kurse mit 137 (59) Vorträgen und 4447 (1154) Teilnehmern; Graf: 38 Kurse mit 161 Vorträgen und 11 453 Teilnehmern.

Im ganzen haben die vier Wanderredner des Bildungsausschusses in 115 (57) Orten 128 (57) Kurse abgehalten und dabei an 682 (419) Abenden vorgetragen; insgesamt haben an den vom Zentralbildungsausschusse veranstalteten Kursen 24 360 (8969) Personen, davon 1775 (666) Frauen, teilgenommen.

Nach dem Alter gruppierten sich die Teilnehmer an sämtlichen Kursen der vier Wanderredner wie folgt: 15—20 Jahre waren alt 1882 Teilnehmer; 20—30 Jahre 7502 Teilnehmer; 31—40 Jahre 6102 Teilnehmer; 41—50 Jahre 1879 Teilnehmer; über 50 Jahre 603 Teilnehmer. Ueber die übrigen Teilnehmer liegen keine Angaben vor.

Es steht zu erwarten, daß diese intensive Aufklärungsarbeit in Verbindung mit der des kommenden Winters in starkem Maße zur Belebung und Vertiefung des bevorstehenden Reichstagswahlkampfes beitragen wird.

d) Jugendschriften und Wandschmuck.

Die Prüfung von Jugendschriften hat im Berichtsjahre ihren Fortgang genommen. Das Verzeichnis, das im Herbst 1909 — leider etwas spät — herausgekommen ist, umfaßt 355 Nummern (gegen 184 und 83 in den beiden Vorjahren). Diese ständige Ausdehnung unseres Jugendschriftenverzeichnisses, die der Bildungsausschuß anfangs vermeiden wollte, um das Verzeichnis nicht zu groß und unhandlich werden zu lassen, läßt sich leider nicht umgehen. Weder können wir die vielen guten Jugendschriften älteren Datums, noch die fortwährend neu erscheinenden Schriften unberücksichtigt lassen, zumal gerade auf diesem Gebiete von einer Reihe von Verlagen ernsthafte Versuche gemacht werden, die früheren, nach Inhalt und Ausstattung mangelhaften Jugendbücher durch gute und billige Schriften zu ersetzen. Hierher gehören vor allen Dingen auch die Bemühungen, durch sehr billige Ausgaben guter Bücher die Herz und Hirn verwüstende Schundliteratur zu verdrängen. Der Bildungsausschuß wird in diesem Herbst nur eine Ergänzung des Verzeichnisses und einen kürzeren Auszug aus dem gesamten Verzeichnisse herausgeben.

Das schon im vorigen Jahresbericht angekündigte Verzeichnis von künstlerischen Steinzeichnungen und anderem Wandschmuck ist im November vorigen

Jahres erschienen. Das in ansprechender Weise ausgestattete Heftchen hat allgemeinen Anklang gefunden und auch wohl schon einige Wirkungen ausgeübt. Aber die eigentliche Wirkung kann die Anleitung und Auswahl erst in dem bevorstehenden Herbst und Winter hervorbringen, falls die Bildungsausschüsse rechtzeitig die Vorbereitung einer gründlichen Propaganda in die Hand nehmen.

e) Sonstige Arbeiten.

Die Reihe der Einführungen in Dramen und Opern ist auf 24 Hefte vermehrt worden. Auch in dem Berichtsjahre ist der Absatz dieser literarischen Einführungen nicht so gewesen, wie der Bildungsausschuß bei der Begründung des Unternehmens vorausgesetzt hat. Die meisten großen Orte, die Volksvorstellungen veranstalten, benutzen die Einführungen des Bildungsausschusses nicht, sie geben den Theaterbesuchern gar keine oder eigene. Es soll versucht werden, den Absatz der Hefte zu erhöhen; durch eine Rundfrage bei den in Betracht kommenden Orten wollen wir die Gründe erfragen, warum die Einführungen nicht benutzt werden. Nach Möglichkeit soll dann den geäußerten Wünschen Rechnung getragen werden.

Zu künstlerischen Veranstaltungen wurde die Hilfe des Zentralbildungsausschusses öfters in Anspruch genommen; man holte seinen Rat bei der Aufstellung von Programmen ein, oder man ersuchte ihn um die Vermittelung künstlerischer Kräfte.

Mit der Zentralstelle für die arbeitende Jugend hält der Bildungsausschuß dauernd gute Fühlung, wie er auch stets darauf bedacht ist, ein gutes Einvernehmen und Hand-in-Hand-Arbeiten der lokalen Bildungsausschüsse mit den Jugendausschüssen zu pflegen. Da für die Jugendbewegung keine wissenschaftlichen Wanderkurse bestehen, die Stoffe der Kurse des Bildungsausschusses und die Art der Darbietung aber auch für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen durchaus geeignet sind, empfehlen Zentralbildungsausschuß und die Zentralstelle für die arbeitende Jugend besonders auf diesem Gebiete den lokalen Organisationen ein planmäßiges Zusammenwirken.

* * *

Das vierte Jahr reger Bildungsarbeit liegt hinter uns. Nach den Hottentottenwahlen berüchtigten Angedenkens, durch ihren Ausgang belebt, wenn auch nicht erst hervorgerufen, hat die auf neuer Grundlage planmäßig organisierte, intensive Arbeit der deutschen Sozialdemokratie an der theoretischen Festigung und Klärung ihrer zahlreichen Anhänger eingesetzt. Weit davon entfernt, durch das Wahlresultat entmutigt zu sein, haben die deutschen Arbeiter begonnen, den künftigen Sieg vorzubereiten durch zähe, unermüdliche Arbeit an und in den Organisationen, aber auch durch fleißige, gewissenhafte Arbeit an sich selbst, an der eigenen Weiterbildung in der Erkenntnis der sozialistischen Grundanschauungen.

Parteischule. (Vierter Jahresbericht 1909/10.)

Der vierte Kursus der Parteischule dauerte vom 1. Oktober 1909 bis zum 16. April 1910. Da es erst nach Beginn des Kurses gelungen war, eine geeignete Lehrkraft für das neu eingefügte Unterrichtsfach Geschichte des Sozialismus zu gewinnen, so war die Verlängerung des Kurses über den vorgesehenen Zeitraum eines halben Jahres hieraus notwendig geworden. Im übrigen ist der Unterricht der Parteischule in den Bahnen verlaufen, die bereits durch die drei vorhergegangenen Kurse vorgezeichnet worden sind.

Die Schülerzahl des vierten Kurses betrug 27 (gegen 31 im ersten, 33 im zweiten und 26 im dritten Kursus); unter den Teilnehmern waren drei

Genossinnen. Wie im dritten Kursus waren wiederum einige der Teilnehmer von gewerkschaftlichen Zentralverbänden entsandt worden, und zwar zwei von den Maurern und je einer von den Transportarbeitern und Glasarbeitern; ein Gewerkschaftsbeamter (Schmied) war von seiner politischen Organisation geschickt worden. Unterrichtlich tritt die verschiedene Art der Delegation der Parteischüler in keiner Weise in die Entscheidung.

Unterrichtsstunden sind im vierten Kursus 820 (gegen 814 im dritten und 777 im zweiten) abgehalten worden, die sich auf die bisherigen Unterrichtsfächer wie folgt verteilten: Nationalökonomie (Lehrer: Rosa Luxemburg) 230; Geschichte der gesellschaftlichen Entwickelung (Lehrer: Heinrich Cunow) 144; Mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck (Lehrer: Heinrich Schulz) 120; Arbeiterrecht und soziale Gesetzgebung (Lehrer: Artur Stadthagen) 76; Deutsche Geschichte (Lehrer: Franz Mehring) 72; Naturerkenntnis (Lehrer: Emanuel Wurm) 46; Strafrecht und bürgerliches Recht (Lehrer: Hugo Heinemann und Kurt Rosenfeld) je 24; Zeitungstechnik (Lehrer: Heinrich Schulz) 16; Kommunalpolitik (Lehrer: Emanuel Wurm) 12. Für das neue Unterrichtsfach Geschichte des Sozialismus konnten in diesem Kursus 56 Stunden freigestellt werden; für den neuen Kursus sind dafür mehr Stunden vorgesehen worden.

Zur Regelung der Schulangelegenheiten waren acht Konferenzen notwendig; davon fand eine gemeinsam mit dem Parteivorstande, eine andere gemeinsam mit den Schülern statt. Die Anregungen und Wünsche, die von den Schülern in dieser letzten Konferenz geäußert worden sind, sollen bei der Einrichtung des neuen Kursus nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Vorschläge, die kleine Verbesserungen der inneren und äußeren Organisation des Schulbetriebs anstreben; über die eigentliche Struktur der Parteischule, wie über ihre Nützlichkeit überhaupt, bestanden unter den Teilnehmern des vierten Kurses wie bei dem Lehrerkollegium und dem Parteivorstand keine Meinungsverschiedenheiten. —

* * *

Strafkonto der Arbeiterbewegung.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung weist im Berichtsjahre wieder sehr hohe Ziffern auf. Die Polizei und die Justizbehörden des Deutschen Reiches hegen allen Mißerfolgen zum Trotz den Irrglauben, daß mit Nadelstichen die größte Kulturbewegung unserer Zeit ernstlich geschädigt werden könnte. Gegen Genossen, die für die Partei und die Gewerkschaften tätig waren, wurde von deutschen Gerichten im Berichtsjahre an Strafen erkannt:

86 Jahre, 10 Monate, 1 Woche, 1 Tag Gefängnis- und 30 524 Mk. Geldstrafen.

Das sind gegen das Vorjahr 2000 Mk. Geldstrafe und 9 Jahre Gefängnis mehr. Dieses Mehr an Strafen ist zum größten Teile verursacht durch die Massenprozesse, die die Wahlrechtsbewegung in Preußen und Braunschweig zur Folge hatte. Die Straßendemonstrationen, die während der Wahlrechtsbewegung in diesem Jahre nicht nur in den Großstädten und Industriezentren, sondern vielfach in den entlegensten Dörfern stattfanden, riefen die Gendarmen und Amtsvorsteher des platten Landes auf den Plan, und in den Städten lieferten die Amtsanwälte und Staatsanwälte den Gerichten reichliche Vorarbeit. Wir müßten eine ganze Seite mit Namen füllen, wenn wir alle die Orte aufführen wollten, in denen die Gerichte mit Strafprozessen die Wahlrechtsbewegung der Volksmassen zu bekämpfen suchten. Ganz

besonders hervorgetan haben sich auf diesem Felde neben den Berliner Gerichten die Gerichte in Halle, Frankfurt a. Main, Kiel, Magdeburg, Breslau und Königsberg. Außerhalb Preußens zeichnete sich im Kampfe gegen den Umsturz die Braunschweiger Roßmann-Kammer aus, die während der Wahlrechtsbewegung in Braunschweig gegen zwei Redakteure unseres dortigen Parteiorgans 22 Monate Gefängnis verhängte. Die Wahlrechtsbewegung marschiert trotz alledem. Durch Polizeisäbel und Strafurteile wird ihr Vormarsch zum Siege nicht aufgehalten werden. Mag der einzelne Genosse, der in die Fänge der Strafparagraphen gerät, noch so sehr zu leiden haben, der Gesamtbewegung wird hierdurch kein Schaden zugefügt.

Gegen die Parteipresse wehte in den letzten Monaten wieder ein besonders scharfer Wind, der nicht nur harte Gefängnisstrafen für einige Redakteure, sondern auch Geldstrafen in Höhe von 500, 600, 800 und 1000 Mk. brachte.

Unter den Prozessen wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit seien die Verurteilungen von Mansfelder Knappen besonders hervorgehoben. Nachdem der Mansfelder Streik beendigt war, wurden die Maschinengewehre, die den solange als königstreu berühmten Mansfelder Knappen der Staatsmacht letzte Weisheit verkünden sollten, wieder nach Hause gefahren und die Gerichte in Hettstedt, Halle und Eisleben fällten über die Streiksünder ihre Urteile. Das Verhalten der Behörden während des Streiks und die Gerichtsurteile nach dem Streik riefen in der Bevölkerung eine ungeheure Erbitterung hervor. Strafen bis zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis wurden gegen einzelne Personen wegen angeblicher Streikvergehen erkannt.

Mit dem Reichsvereinsgesetz finden sich in vielen Gegenden des Reiches die Behörden immer noch nicht ab. Das neue Recht wird dadurch korrigiert, daß vielfach zur Auslegung die ältesten Jahrgänge der Reichsgerichtsentscheidungen, ja gar Oberlandesgerichtsurteile aus der Zeit des Sozialistengesetzes herangezogen werden. Im Reichstag wurde das Vorgehen dieser Behörden von den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion unter Vorführung einer Fülle von Beweismaterial zur Sprache gebracht, und für die diesjährige Herbsttagung des Parlaments ist bereits neues Material reichlich vorhanden. In wie naiver Weise stellenweise der Kampf der Behörden gegen die Sozialdemokratie geführt wird, zeigt unter anderem folgendes Schreiben des Amtsvorstehers in Groß-Berndten:

„Auf die polizeiliche Anmeldung vom 3. März d. J. über Gründung eines sozialdemokratischen Vereins unter Ihrem Vorsitz fordere ich Sie auf, daß Sie mir bis zum 26. d. M. noch mitzuteilen haben, wer noch zum Vorstand des sozialdemokratischen Vereins als Kassierer, Schriftführer usw. gehört.

Ferner gebe ich Ihnen anheim, ob es nicht ratsamer und für unsere örtlichen Verhältnisse viel richtiger wäre, wenn der unter Ihrer führenden Leitung stehende sozialdemokratische Verein sein politisches Parteiprogramm aufgeben und sich in einen evangelisch-christlichen Arbeiterverein ohne politischen Zweck umwandeln würde. Dies wollen Sie, bitte, gefälligst Ihren Vereinsmitgliedern unterbreiten und mir den Beschluß hierunter mitteilen.

Der Amtsvorsteher. gez. H. Lorenz."

Dieses Schreiben stammt nicht aus irgendeinem abgelegenen Winkel des östlichsten Deutschlands, sondern aus dem Regierungsbezirk Erfurt.

* * *

Internationales.

Das englische Organ unserer amerikanischen Genossen „The New York Call“ hat einen schweren Kampf unter ungünstigen Umständen zu führen. Es wurde uns berichtet, daß trotz der erheblichen Opfer, die die amerikanischen Genossen brachten, das Blatt in finanziellen Nöten sei. Der Parteivorstand bewilligte 10 000 Mk., damit die amerikanischen Genossen ihren Kampf gegen den rücksichtslosesten Kapitalismus der Welt fortsetzen können.

Unsere spanischen Genossen führten unter dem Kriegszustand gegen das reaktionäre Regime einen heldenhaften Kampf, der große Opfer an Mut und Gut heischte. Auf Ersuchen bewilligte der Parteivorstand für die Opfer des spanischen Schandregiments 5000 Francs und weiter 5000 Francs, die den spanischen Genossen helfen sollen, ihr Wochenblatt „El Socialiste“ in ein Tageblatt umzuwandeln. Der Sozialismus macht in Spanien gute Fortschritte. Wir erlebten die Freude, daß unser alter Kämpen Iglesias in diesem Jahre als erster sozialistischer Deputierter seinen Einzug in die Cortes hielt.

Die englischen Konservativen und die englischen Liberalen senden seit einiger Zeit Arbeiterdeputationen nach Deutschland. Die konservativen Schutzzöllner lassen den auf ihre Kosten entsendeten Arbeitern Potemkimsche Dörfer vorführen, die beweisen sollen, wie gut es in der Aera der Schutzzölle dem deutschen Arbeiter geht. Die liberalen Freihändler suchen durch ihre Abgesandten das Gegenteil nachzuweisen. Nach ihren Behauptungen sollen die deutschen Arbeiter hauptsächlich Pferdefleisch essen und Fusel trinken. Die einen tragen viel zu lichte Farben auf, die anderen malen viel zu schwarz. Als dann zwei Deputationen von Parlamentsmitgliedern der englischen Arbeiterpartei nach Deutschland kamen, stand der Parteivorstand — ebenso wie die Generalkommission der Gewerkschaften — den englischen Freunden mit Rat zur Seite, damit die englischen Genossen die deutsche Wirklichkeit kennen lernten.

An den Sammlungen für die schwedischen Arbeiter, die die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften anläßlich des schwedischen Massenstreiks ausschrieb, beteiligten sich die Parteiorganisationen sehr rege. Das Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften sprach den deutschen Arbeitern für ihre großzügige Hilfe seinen wärmsten Dank aus.

An das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die deutsche sozialdemokratische Partei jährlich 2500 Francs.

* * *

Unsere Toten.

Unter den Genossen, die in dem Berichtsjahr aus unseren Reihen schieden, befinden sich einige Genossen, die zu den ältesten in der sozialdemokratischen Partei zählen. Teils standen sie an der Wiege der Partei, teils zählten sie zu ihren ersten Organisatoren. Die Arbeit jener Zeit war riesengroß. Die Bewegung schwach. Die Mittel mehr wie knapp. Riesengroß war noch der Unverstand der meisten Klassengenossen, den es zu überwinden galt. Deshalb ist heute noch der unverwüstliche und unzerstörbare Idealismus bewunderswert, der unseren Vorkämpfern alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden half.

Die Saat, die jene Pioniere der sozialdemokratischen Bewegung streuten, ist aufgegangen und hat tausendfältige Früchte getragen. Dafür gebührt ihnen der Dank der Ueberlebenden. Der Dank muß darin bestehen, daß jeder Genosse nach Maßgabe seines Könnens und seiner Kräfte

das Werk fördern hilft, das jene unter den schwierigsten Verhältnissen begonnen hatten. Jede Lücke, die der Tod in unsere Reihen reißt, muß zehnfach ausgefüllt werden, das sind wir dem Andenken der Genossen schuldig, die auf vorgeschobenem Posten stehend, ihr Bestes einsetzten, um die Befreiung ihrer Klasse aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit und politischen Unfreiheit herbeizuführen. Das Vermächtnis der Verstorbenen lautet für die Ueberlebenden: „Vorwärts zu neuen Kämpfen und zu neuen Erfolgen."

Noch nicht volle 46 Jahre alt, starb am 19. August Genosse Efftinge in Wandsbek am Typhus. Genosse Efftinge war der Typ von jenen Menschen, auf die Verlaß in jeder Lebenslage ist. Ein Mann, ein Wort war der Grundton seiner Handlungen. Genosse Efftinge war langjähriger Vorsitzender des Wandsbeker Parteivereins und zweiter Vorsitzender des Maurerverbandes. Ebenso entfaltete er eine umfassende Tätigkeit als Mitglied der Zentral-Bauarbeiterschutzkommission.

Verbittert, vergrämt und zerfallen mit der Partei durch eigene Schuld starb am 15. August der Genosse Schuhmacher Georg Wilhelm Hartmann. Von Geburt Hesse, trat er in den 60er Jahren in Hamburg in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ein. Eine natürliche Rednergabe, unterstützt durch ein sonores Organ und seine Intelligenz hob ihn sehr bald in die vordersten Reihen der führenden Genossen, deren Vertrauen er sich in so hohem Maße zu erwerben wußte, daß man ihn mit den höchsten Vertrauensstellen betraute. Bereits 1870 war Hartmann Delegierter auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Berlin. 1880 wurde er in der Nachwahl im 2. Hamburger Wahlkreis mit 13 155 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Er war der erste sozialdemokratische Abgeordnete Hamburgs. Aus Hamburg auf Grund des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen, bewog ihn ein Vorkommnis in seinem Eheleben, die Gnade des Senats anzurufen, nach Hamburg zurückkehren zu dürfen. Dem Gesuch wurde stattgegeben. Damit war aber seine öffentliche politische Tätigkeit beendet.

Einer der ersten Pioniere unter dem ländlichen Proletariat ist in der Person des Genossen Albert Schmidt in Sonnenburg am 15. Januar d. J. dahingegangen. Noch verhältnismäßig jung und in seiner Tätigkeit für die Partei vielverheißend, erlag er den Folgen einer Blinddarmoperation. Er war früher viele Jahre Vertrauensmann des Kreises Ost- und Weststernberg, später Vorsitzender des Kreiswahlvereins und Reichstagskandidat des Kreises.

Am 2. Februar brachte uns der Telegraph die Kunde von dem am Abend des 1. erfolgten Todes unseres alten Kampfgenossen Friedrich Leßner in London. Leßner ist 85 Jahre alt geworden. Leider hatte der brave Genosse die letzten Lebensjahre unter dem Erlöschen des Augenlichts schwer zu leiden. Leßner, von Beruf Schneider, kam sehr jung nach London. Als 22jähriger nahm er im November 1847 an dem Kongreß der Kommunisten in London teil, wobei er in die erste Berührung mit Marx und Engels kam. 1848 bis 1851 wirkte Leßner in Köln, Frankfurt, Nürnberg und anderen Städten unter dem Namen Carstens. 1851, im Juni, wurde er in Mainz verhaftet und nach 15monatiger Untersuchung zu 3½ Jahren Festungshaft verurteilt. Nach der Strafverbüßung im Januar 1856 sah Leßner sehr bald ein, daß seines Bleibens in Deutschland nicht sein konnte. Selbst die nachträgliche Ableistung der Militärpflicht wurde dem Revolutionär erlassen, um ihn loszuwerden. Im Mai ging Leßner wieder nach London, wo er in näheren Verkehr mit Marx und Engels trat. Auch gehörte er eine Zeitlang dem Generalrat der Internationale an. Er nahm allezeit den lebhaftesten Anteil an dem Geschick der deutschen Sozialdemokratie, der er in allen Phasen ihrer Entwickelung bis an sein Lebensende treu blieb.

Ein sehr verdienter Genosse war auch Louis Opificius, der am 12. April, 60 Jahre alt, in Frankfurt a. M. verstarb. Als 1884 der kleine Belagerungszustand über Frankfurt a. M. verhängt wurde, verdankte er es dem Einfluß seines Chefs, daß er nicht ausgewiesen wurde.

Am 19. April verstarb in Magdeburg Genosse Erich Wendlandt, der sich als Redakteur der Zeitschrift für „praktische Arbeiterversicherung" Verdienste erworben hat. Das Urteil Wendlandts in Krankenkassenangelegenheiten wurde gern gehört und eingeholt.

An den Folgen eines langjährigen Nierenleidens starb in Dortmund am 23. April Genosse Bunte. Bunte gehörte mit zu den Leitern des Bergarbeiterstreiks in den Jahren 1889 und 1893. Er bildete mit seinen Kameraden Schröder und Siegel 1889 die Delegation der Bergarbeiter, die vom Kaiser empfangen wurde. Durch sein Leiden gezwungen, mußte Bunte in den letzten Jahren die öffentliche Tätigkeit einstellen.

Am 1. Mai feierte Genosse Peter Ullrich in Leipzig seinen 70. Geburtstag noch bei guter Gesundheit. Und schon am 24. war er ein toter Mann. Genosse Ullrich gehörte mit zu den Gründern der Arbeiterbewegung in Leipzig. Er war Mitglied des 1861 gegründeten gewerblichen Bildungsvereins, der später den Namen Arbeiterbildungsverein annahm und in dem die Genossen Bebel und Liebknecht hervorragend wirkten.

Ein der jüngeren Generation weniger bekannter Genosse verstarb in der Person des Genossen Karl Derossi in New-York an den Folgen einer Magenoperation am 29. Mai. Derossi wurde 1871 Sekretär im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Nach der Vereinigung der beiden Fraktionen bildeten Auer und Derossi das Sekretariat, das mit der Ausweisung der beiden unter dem Ausnahmegesetz der Auflösung verfiel. Später arbeitete Derossi in der Expedition des Züricher „Sozialdemokrat". Er entschloß sich im Jahre 1883 zur Auswanderung nach Amerika. Durch Mitarbeit an deutschen Parteizeitungen fristete er eine kümmerliche Existenz.

Fritz Ellner war wohl, nächst Leßner, einer der ältesten Parteiveteranen, er starb am 13. Juni im 76. Lebensjahr in Frankfurt a. M. Ellner, ein Frankfurter Kind, war, nachdem er als Gelbgießer sich in der Welt umgesehen hatte, 1862 nach der Heimat zurückgekehrt. In Paris mit den sozialistischen Ideen vertraut geworden, wurde er durch Lassalles Rede in Frankfurt für dessen Agitation gewonnen. Ellner gehörte zu den Gründern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Frankfurt a. M., dessen jahrelanger Leiter er war; auch dem Vorstand des Gesamtvereins gehörte er an. In den späteren Kämpfen zwischen Lassaleanern und Eisenachern, denen er sich angeschlossen hatte, trat er weniger aktiv hervor. Die Vereinigung beider Fraktionen ermöglichte ihm, unter dem Ausnahmegesetz der proletarischen Sache wieder gute Dienste leisten zu können. Ellner war eine Frohnatur, die er sich in allen Fährnissen des Lebens zu erhalten wußte.

Wer ihn gesehen hat, den Genossen Wendelin Weißheimer, wie er auf den Parteitagen in Mannheim und Nürnberg die gewaltigen Sängermassen dirigierte, und alle in hingebender Weise dem Taktstock des Meisters folgten, empfindet den Verlust, den sein am 16. Juni in Nürnberg erfolgter Tod der Sängerschaft der Partei gebracht hat. Sein Ideal war: die Kunst für das Volk, durch das Volk! Weißheimer, der zu den persönlichen Freunden Lassalles zählte, erreichte ein Alter von 75 Jahren. Möchte die Lücke, die sein Tod herbeigeführt hat, nicht allzulange offen bleiben.

Einen recht empfindlichen Verlust erlitt die deutsche Jugendbewegung mit dem Tod des Genossen Fritz Maschke in Berlin. Maschke, der all die

Bitternisse eines Proletarierkindes durchkosten mußte, hat sich als Siebzehnjähriger der Berliner Jugendbewegung angeschlossen und stand bald in vorderster Reihe. Hier hat er hervorragendes geleistet! Maschke gehörte auch der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ an; er war Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses und hat sich stets mit größtem Eifer betätigt. Ein tückisches Lungenleiden setzte dem Streben des kaum Zweiundzwanzigjährigen ein jähes Ende.

Kassenbericht.

Der Kassenbericht kann als guter betrachtet werden. Der Ueberschuß beziffert sich auf 119 138,— Mk., nach Ausscheidung des übernommenen und weitergeführten Kassenbestandes auf 119 851,89 Mk. Im Vergleich mit dem Ergebnis der Kassenführung vom vorigen Jahre erscheint der diesjährige Abschluß freilich ungünstig. Die Einnahmen sind zurückgegangen, die Ausgaben gestiegen. Der vorjährige Kassenabschluß war indes ein so ungewöhnlich guter, wie er eben nur ausnahmsweise vorkommt. Der Rückgang der Einnahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr hält sich in den Grenzen der gewöhnlichen und unvermeidlichen Schwankungen, denen unsere Zuschüsse unterworfen sind. So haben von den Einnahmequellen, die für die Gestaltung unseres Abschlusses von besonderer Bedeutung sind, die Nordische Wasserkante, X. Y. Z., „Wahrer Jakob“, „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ gegen das Vorjahr rund 93 000 Mk. weniger abgeliefert. Im nächsten Jahresabschluß wird sich das voraussichtlich wieder ausgleichen.

Unerfreulicher ist der Rückgang der allgemeinen Einnahmen. Er erklärt sich aus mehreren Ursachen. Einmal waren zahlreiche Parteiorganisationen durch die politischen Kämpfe im Berichtsjahre so in Anspruch genommen, daß sie nur geringe Beiträge an die Zentralkasse abliefern konnten. Weiter ist der organisatorische Apparat in vielen Wahlkreisen bereits so groß geworden, daß es nicht möglich ist, die Pflichtbeiträge bis zum Schluß des Geschäftsjahres zur Ablieferung zu bringen. So sind im Juli d. J. eine große Zahl von Beiträgen eingegangen, die noch in das abgelaufene Rechnungsjahr gehören, und die erst in der tabellarischen Uebersicht für das Rechnungsjahr 1910/11 zum Vorschein kommen werden.

Die Steigerung der Ausgaben ergibt sich aus der erhöhten Tätigkeit, welche die Partei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entfaltet. So sind die Ausgaben für allgemeine Agitation gegen das Vorjahr um rund 60 000 Mk. gestiegen. Die Mehrausgabe für Wahlagitation beträgt rund 32 000 Mk. Sehr gestiegen ist auch der Ausgabeposten für Unterstützungen. Diese Steigerung ist zum guten Teil durch die Beihilfen verursacht worden, die die deutsche Partei den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Brüdern in Schweden gewährte.

Auch das Darlehnskonto weist gegen das Vorjahr eine erhöhte Ausgabe von rund 30 000 Mk. auf, während die Rückzahlungen niedriger sind. Gegenüber dem alljährlich wiederkehrenden kindischen Gerede der Gegner über die „Pumpwirtschaft“ in der sozialdemokratischen Partei wollen wir hier ausdrücklich betonen, daß es die selbstverständliche Aufgabe der Zentralstelle ist, überall da helfend einzugreifen, wo die an die Partei herantretenden großen Aufgaben mit den lokalen Mitteln nicht gelöst werden können. Das gilt sowohl für die Darlehen, welche den einzelnen Landesorganisationen bei großen Aktionen gegeben werden, wie auch für die Darlehen für Zwecke der Vergrößerung und Neuerrichtung von Parteigeschäften. Die Entwickelung unserer

Agitations-Bezirke	Zahl der zum Bezirk gehörenden Wahlkreise	Beiträge geleistet Mk.	Zuwendungen erhalten Mk.	Im einzelnen als Agitations-Zuschuß Mk.	Unterstützung Mk.	Prozeßkosten Mk.	Darlehen Mk.	Preß-unterstützung Mk.
Preuß. Landes-organisation .	—	—	5000,—	5000,—	—	—	—	—
Ostpreußen . .	17	1659,94	24235,85	11385,85	—	850,—	—	12000,—
Westpreußen . .	13	1288,91	9039,30	9039,30	—	—	—	—
Groß-Berlin . .	8	115000,—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg .	18	8339,36	420,—	420,—	—	—	—	—
Pommern . . .	14	2824,20	15608,50	15608,50	—	—	—	—
Posen	15	341,39	7700,75	7612,75	—	88,—	—	—
Breslau	15	6961,08	8100,85	6899,05	1160,—	41,80	—	—
Görlitz	7	2539,78	4113,70	4013,70	100,—	—	—	—
Oberlangenb. .	7	4016,90	12365,70	12265,70	—	100,—	—	—
Kattowitz . . .	6	1288,56*	32493,70	13200,—	—	—	—	19293,70
Magdeburg . .	8	11986,50	7914,90	7764,90	150,—	—	—	—
Halle	8	7867,70	7287,80	3237,80	4050,—	—	—	—
Erfurt	4	1680,98	3634,50	2434,50	—	—	—	1200,—
Schlesw.-Holst.	10	30992,49	10304,50	10234.90	—	69,60	—	—
Hannover . . .	12	14297,83	3286,—	3086,—	200,—	—	—	—
Bielefeld	9	3992,75	6171,10	6171,10	—	—	—	—
Dortmund . . .	8	10313,08	33625,10	10115,10	10,—	—	23500,—	—
Frankfurt . . .	11	11203,24	7602,75	7602,75	—	—	—	—
Cassel	6	1852,16	7001,35	2907,—	—	—	—	4094,35
Oberrhein . . .	19	3268,05	18781,30	15708,30	—	73,—	—	3000,—
Niederrhein . .	14	20152,77	33006,55	9415,60	—	—	10470,95	13120 —
Saargebiet . .	3	414,45	2455,81	2455,81	—	—	—	—
Bayr. Ges.-P. .	—	—	16000,—	14000,—	—	—	—	2000,—
Nordbayern . .	22	10545,95	6763,55	6763,55	—	—	—	—
Südbayern . .	20	5601,85	10131,90	2631,90	—	—	—	7500,—
Pfalz	6	2762,28	2200,—	2200,—	—	—	—	—
Sächs. Ges.-P. .	—	—	25377,65	377,65	—	—	25000,—	—
Dresden	9	30650,52	48,—	48,—	—	—	—	—
Chemnitz	7	12075,—	21193,60	4193,60	—	—	17000,—	—
Leipzig	4	30900,—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	3	4657,06	2848,—	2848,—	—	—	—	—
Württemberg .	18	7718,40	2895,15	2895,15	—	—	—	—
Baden	14	4922,55	18927,63	2553,05	—	228,68	12000,—	4145,90
Hessen	9	3495,21	14983,—	10483,—	—	—	2500,—	2000,—
Meckl.-Schwer.	7	1716,44	5997,25	5997,25	—	—	—	—
Thüringen I . .	5	2190,06	22399,55	22229,55	170,—	—	—	—
" II .	3	5385,51	3273,—	3273,—	—	—	—	—
Sachs.-Altenbg.	1	2844,50	—	—	—	—	—	—
" Gotha .	1	864,27	—	—	—	—	—	—
Oldenburg . . .	5	4205,59	3712,35	3712,35	—	—	—	—
Braunschweig .	3	3137,65	2468,05	2468,05	—	—	—	—
S.-Meiningen .	2	467,85	3499,05	2199,05	—	300,—	—	1000,—
Anhalt	2	608,42	462,65	462,65	—	—	—	—
Hamburg . . .	3	68000,—	—	—	—	—	—	—
Nordwest	5	15531,87	53966,45	2966,45	1000,—	—	50000,—	—
Lübeck	1	2941,—	—	—	—	—	—	—
Elsaß-Lothr. . .	15	926,30	35947,—	11074,20	—	1018,—	—	23854,80

* Darunter der Beitrag der P. P. S. mit 670,96 Mk.

Presse zwingt die Parteigeschäfte fortdauernd zu Erweiterungen ihres Betriebes, die sich bei der Größe der Anlagen meist so kostspielig gestalten, daß auch große und alte Parteiorte sie nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, sondern die Hilfe der Zentralkasse in Anspruch nehmen müssen.

Die Gegner können also die Sorge um unsere Darlehen ruhig uns selbst überlassen. Die Kreditgewährung der sozialdemokratischen Zentralkasse ist wohl fundiert und durch hohe materielle und moralische Werte gedeckt.

Sehr zurückgegangen sind die Ausgaben für das Sozialdemokratische Pressebureau, das jetzt nur noch einen niedrigen Zuschuß erfordert.

In welchem Umfange die einzelnen Agitationsbezirke Beiträge an die Zentralkasse geleistet und Zuwendungen aus der letzteren erhalten haben, ist aus der Tabelle auf Seite 64 ersichtlich.

Im einzelnen verteilen sich die gesamten Einnahmen und Ausgaben auf die verschiedenen Konten wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Einnahmen entfielen auf:							
		Allgemeine Einnahmen	Darlehns-Konto	Zinsen	Ueberschuß des „Vorwärts"	Ueberschuß der Vorw.-Buchhandlung	Ueberschuß des „Wahren Jakob", d. „Neuen Zeit" u. „Gleichheit"	Nordische Wasserkante, X. Y. Z.	Vermischte Einnahmen
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1909									
Juli	53738,24	30866,84	250,—	360,—	22261,40	—	—	—	—
August . . .	35868,26	27443,26	7000,—	225,—	—	—	—	—	1200,—
September .	107969,88	32219,88	5040,—	710,—	—	—	—	70000,—	—
Oktober . .	79186,06	24807,03	2000,—	225,—	29268,90	—	15000,—	5000,—	2885,13
November .	41218,63	28618,63	12000,—	—	—	—	—	—	600,—
Dezember .	33704,26	31198,76	—	2120,79	—	—	—	—	384,71
1910									
Januar . . .	106558,34	61212,09	6000,—	1428,—	27310,75	—	435,37	9564,63	607,50
Februar . .	38474,87	34010,32	2664,55	1800,—	—	—	—	—	—
März	58088,91	44613,93	3000,—	10305,20	—	—	—	—	169,78
April	101624,52	37599,12	7800,—	1824,60	34390,80	—	15000,—	5000,—	10,—
Mai	54904,09	47704,09	5600,—	—	—	—	—	—	1600,—
Juni	224073,80	120915,14	1200,—	223,33	—	25000,—	15000,—	55000,—	6735,33
	935409,86	521209,09	52554,55	19221,92	113231,85	25000,—	45435,37	144564,63	14192,45 [1]

935409,86 Mk.
Bestand vom 30. Juni 1909 69348,45 „
1004758,31 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation	Wahl-Agitation	Unterstützungen	Prozeß- und Gefängniskosten	Parteischule	Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben	Darlehns-Konto	Preß-Unterstützungen	Sozialdemokrat. Partei-Korrespondenz	Sozialdemokrat. Pressebureau	Archiv	Vermischte Ausgaben
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1909													
Juli	48635,37	12574,55	—	346,—	623,—	1003,05	4748,42	6720,95	10108,60	2810,35	5162,75	1209,85	3327,85
August . .	59463,09	11266,50	1200,—	28305,19	—	300,—	3728,90	300,—	12850,—	925,—	—	325,—	262,50
September	79025,44	33492,76	1000,—	30320,—	228,68	24,85	3093,20	3300,—	6080,—	525,—	—	950,—	100,95
Oktober . .	107537,75	41278,95	5127,10	796,25	369,60	8618,50	4971,70	31000,—	6308,20	2936,25	4319,01	1272,54	539,65
November.	56548,24	22426,65	3400,—	340,—	400,—	5303,74	3482,90	600,—	19160,95	925,—	164,—	325,—	20,—
Dezember.	57175,39	31208,29	3000,—	4585,60	478,—	3552,60	2881,15	—	8500,—	525,—	1300,—	450,—	694,75
1910													
Januar . .	42603,66	16797,10	7824,—	215,—	—	7047,32	3781,44	164,55	2600,—	1125,—	1800,—	750,—	499,25
Februar. .	83003,23	23459,70	959,45	722,75	—	6206,20	4035,23	34050,—	9455,70	2878,15	500,—	694,55	41,50
März . . .	67432,98	31028,03	6124,—	710,70	60,—	4935,—	2994,25	10010,10	7700,—	925,—	1600,—	709,80	636,10
April . . .	58130,22	17134,20	2500,—	1758,55	50,—	3934,56	4904,86	14075,—	6872,55	3804,50	1200,—	563,10	1332,90
Mai	27354,64	12275,65	6280,—	230,—	46,15	70,—	2446,10	225,—	3600,—	325,—	—	325,—	1531,74
Juni . . .	128647,96	46280,97	10180,45	1798,—	41,80	459,14	3450,96	52120,—	7920,—	1110,64	1713,50	841,30	2731,20
	815557,97	299133,35[1]	47595,—	70128,04	2297,23	41454,96[2]	44519,11	152565,60	101156,—	18814,89[3]	17759,26[4]	8416,14	11718,39

	815557,97 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	119138,— „
Kassenbestand am 30. Juni 1910	70062,34 „
	1004758,31 Mk.

Berlin, den 9. August 1910.

Revidiert und richtig befunden:

W. Bock. Otto Braun. Brühne. Eugen Ernst. Ad. Geck. August Kaden.
H. Koenen. J. Timm. Clara Zetkin.

C. Ausgaben für die Parteipresse
im einzelnen nachgewiesen.

Aachener Ausgabe der „Rheinisch. Zeitung“	Mk.	3 000,—
„Bayr. Wochenblatt“	„	2 000,—
„Casseler Volksblatt“	„	4 094,35
„Freie Presse“, Straßburg	„	11 400,—
„Gazeta Robotnicza“	„	13 200,—
„Königsberger Volkszeitung“	„	12 000,—
„Lüdenscheider Volksstimme“	„	3 000,00
„Mainzer Volkszeitung“	„	2 000,—
„Mülhauser Volkszeitung“	„	12 454,80
„Niederrhein. Arbeiter-Zeitung“	„	4 000,—
„Niederrhein. Volkstribüne“	„	6 120,—
„Nordhäuser Volkszeitung“	„	1 000,—
„Offenburger Volksblatt“	„	4 145,90
Russische Parteiblätter	„	4 000,—
„Saalfelder Volksblatt“	„	1 000,—
„Schwäbische Volkszeitung“, Augsburg	„	7 500,—
„The Call“, New York	„	10 040,95
„Volksblatt“, Mühlhausen i. Th.	„	200,—
Summa	Mk.	101 156,—

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

1) Unter den vermischten Einnahmen befinden sich auch die Rückzahlungen des Sozialdemokratischen Pressebureaus mit 3900,— Mk., wie auch die Einnahmen aus dem Nachrichtendienst für die Gewerkschaftspresse mit 4666,— Mk.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

1) Unter den Kosten der allgemeinen Agitation befinden sich auch die Ausgaben für den Bildungsausschuß mit 9895,90 Mk., sowie die Kosten der vom Bildungsausschuß veranstalteten Wanderkurse mit 7310,— Mk.

2) Die Ausgaben für die Parteischule setzen sich aus folgenden Einzelposten zusammen: Einmalige sachliche Ausgaben 534,49 Mk., einmalige persönliche Ausgaben an Schüler 1741,12 Mk., Gehälter der Lehrer 12655,— Mk., Monatsgelder der Schüler 21525,— Mk., Miete, Beleuchtung, Reinigung usw. 4399,35 Mk., diverse kleine Ausgaben 600,— Mk.

3) Die Kosten der „Partei-Korrespondenz“ beziffern sich im einzelnen auf 9325,— Mk. Druckkosten, 3900,— Mk. Ausgaben für die Redaktion, 2653,75 Mk. Kosten der Expedition, 2600,— Mark Ausgaben für Portis und 836,14 Mk. diverse Ausgaben.

4) Wie bereits in den Erläuterungen zu den Einnahmen bemerkt ist, hat das Sozialdemokratische Pressebureau aus seinen Einnahmen 3900,— Mk. an die Parteikasse zurückgezahlt. Dazu kommen noch 4666,— Mk. Einnahmen aus dem Nachrichtendienst für die Gewerkschaftspresse, so daß die eigentliche Aufwendung der Zentralkasse für das Pressebureau 9193,26 Mk. beträgt.

Tabellarische Uebersicht der seit dem Parteitag in Leipzig eingegangenen Partei-Beiträge.

1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910.

A. Beiträge der Organisationen, nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstags-Wahlkreise geordnet.

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Königreich Preußen.														
Provinz Ostpreußen.														
a) Reg.-Bez. Königsberg.														
1. Kreis, Memel	33,50	—	—	—	—	—	—	28,37	—	—	—	—	—	61,87
2. „ Labiau-Wehlau	12,83	—	—	—	—	—	—	15,98	—	—	—	—	—	28,81
3. Kreis, Königsberg-Stadt	562,32	—	—	—	—	—	—	615,—	—	—	—	—	—	1177,32
4. Kreis, Königsberg-Land	60,30	—	—	—	—	—	—	120,50	—	—	—	—	—	180,80
6. Kreis, Braunsberg-Heilsb.	2,62	—	—	—	—	—	—	3,96	—	—	—	—	—	6,58
7. Kreis, Pr. Holland-Mohrungen	3,62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,62
8. Kreis, Osterode-Neidenburg	2,38	—	—	—	—	—	—	2,08	—	—	—	—	—	4,46
10. Kreis, Rastenburg-Gerdauen	4,48	—	—	—	—	—	—	13,98	—	—	—	—	—	18,46
b) Reg.-Bez. Gumbinnen.														
1. Kreis, Tilsit-Niederung	18,81	—	—	—	—	—	—	30,47	—	—	—	—	—	49,28
2. Kreis, Ragnit-Pillkallen	3,20	—	—	—	—	—	—	37,14	—	—	—	—	—	40,34

Wahlkreis	Reise-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
3. Kreis, Insterburg-Gumbinnen	17,61	—	—	—	—	—	—	19,71	—	—	—	—	—	37,32
6. Kreis, Oletzko-Lyck	3,03	—	—	—	—	—	—	12,80	—	—	—	—	—	15,83
Prov. Ostpreußen, Einzelmitglieder	18,63	—	—	—	—	—	—	16,62	—	—	—	—	—	35,25
Provinz Ostpreußen total	743,33	—	—	—	—	—	—	916,61	—	—	—	—	—	1659,94
Provinz Westpreußen.														
a) Reg.-Bez. Danzig.														
1. Kreis, Elbing-Marienburg	42,04	—	—	—	—	—	40,—	—	45,43	—	47,40	—	—	174,87
2. Kreis, Danzig-Land	19,04	—	—	—	—	—	8,—	—	10,50	—	7,64	—	—	45,18
3. Kreis, Danzig-Stadt	144,64	—	—	—	—	—	178,12	—	175,70	—	180,96	—	—	679,42
4. Kreis, Neustadt-Karthaus	8,—	—	—	—	—	—	8,80	—	3,66	—	18,36	—	—	38,82
5. Kreis, Berent-Pr. Stargard	14,68	—	—	—	—	—	4,24	—	—	—	—	7,52	—	26,44
b) Reg.-Bez. Marienwerder.														
1. Kreis, Stuhm-Marienwerder	7,95	—	—	—	—	—	17,80	—	12,22	—	17,29	—	—	55,26
2. Kreis, Rosenberg-Löbau	10,48	—	—	—	—	—	3,45	—	1,24	—	—	3,28	—	18,45
3. Kreis, Graudenz-Strasburg	29,68	—	—	—	—	—	40,64	—	22,20	—	—	22,92	—	115,44
4. Kreis, Thorn-Kulm	2,52	—	—	—	—	—	2,40	—	4,82	—	5,84	—	—	15,58
5. Kreis, Schwetz-Neuenburg	6,40	—	—	—	—	—	4,95	—	7,20	—	5,60	—	—	24,15
6. Kreis, Konitz-Tuchel	6,20	—	—	—	—	—	—	—	—,46	—	—	3,52	—	10,18
7. Kreis, Schlochau-Flatow	2,84	—	—	—	—	—	8,—	—	8,52	—	8,84	—	—	28,20

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
8. Kreis, Deutsch-Krone .	15,16	—	—	—	—	—	11,60	—	13,16	—	17,—	—	—	56,92
Prov. Westpreußen total	309,63	—	—	—	—	—	328,—	—	305,11	—	308,93	37,24	—	1288,91
Provinz Brandenburg.														
1. Kreis, Stadt Berlin .	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	863,—
2. " " " .	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	7440,—
3. " " " .	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	3154,—
4. " " " .	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	32176,—
5. " " " .	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	2618,—
6. " " " .	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	45535,—
a) Reg.-Bez. Potsdam.														
1. Kreis, Westpriegnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76,87	76,87
2. " Ostpriegnitz. .	—	—	—	—	10,50	—	—	—	18,—	—	—	—	12,—	40,50
3. " Ruppin-Templin	176,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176,—
4. Kreis, Prenzlau-Angermünde	63,—	—	—	—	—	53,—	—	52,40	—	—	54,15	—	—	222,55
5. Kreis, Oberbarnim .	49,60	—	—	—	—	—	—	49,07	—	—	117,36	—	—	216,03
6. " Niederbarnim	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	7681,—
7. " Osthavelland .	176,06	—	—	—	238,57	—	—	222,16	—	—	247,40	—	—	884,19
8. " Westhavelland	294,04	—	—	—	300,—	—	—	—	313,60	—	339,15	—	719,10	1965,89
9. " Luckenwalde .	176 20	—	—	—	—	193,80	—	—	362,70	—	—	355,60	—	1088,30
10. " Teltow-Beeskow	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	15533,—
b) Reg.-Bez. Frankfurt.														
1. Kreis, Arnswalde-Friedeberg	58,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45,05	103,05
2. Kreis, Landsberg-Soldin	105,29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	179,16	284,45

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
3. Kreis, Königsberg-Neumark	36,56	—	—	—	—	—	43,38	—	—	—	—	62,30	—	142,24
4. Kreis, Frankfurt-Lebus	105,—	—	—	—	—	—	116,84	—	—	—	—	—	378,44	600,28
5. Kreis, Ost- u. West-Sternberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	20,—
6. Kreis, Züllichau-Krossen	39,20	—	—	—	—	39,65	—	—	46,84	—	67,62	—	—	193,31
7. Kreis, Guben-Lübben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	100,—
8. „ Sorau-Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	322,06	—	—	331,70	—	653,76
9. „ Kottbus-Spremberg	—	—	—	—	—	—	—	—	400,—	—	—	—	400,—	800,—
10. Kreis, Kalau-Luckau	200,—	—	—	—	—	—	—	185,07	156,39	—	230,48	—	—	771,94
Prov. Brandenburg total	1478,95	—	—	—	549,07	286,45	160,22	508,70	1619,59	100,—	1056,16	749,60	1830,62	123339,36
Provinz Pommern.														
a) Reg.-Bez. Stettin.														
1. Kreis Demmin-Anklam	25,06	—	—	—	—	13,96	—	—	—	20,72	—	—	—	59,74
2. Kreis Ueckermünde-Wollin	61,64	—	—	—	—	46,52	—	—	—	76,—	—	—	—	184,16
3. Kreis, Randow-Greifenhagen	358,32	—	—	—	—	418,32	—	—	—	362,72	—	—	—	1139,36
4. Kreis, Stadt Stettin	209,70	—	—	—	—	280,50	—	—	—	219,78	—	—	—	709,98
5. „ Pyritz-Saatzig	6,12	—	—	—	—	7,86	—	—	—	11,60	—	—	—	25,58
6. „ Naugard-Regenwalde	6,88	—	—	—	—	6,—	—	—	—	10,28	—	—	—	23,16
7. Kreis, Greifenberg-Kammin	9,60	—	—	—	—	10,98	—	—	—	9,64	—	—	—	30,22
b) Reg.-Bez. Köslin.														
1. Kreis, Stolp-Lauenburg	5,66	—	—	—	—	7,40	—	—	—	13,58	—	—	—	26,64

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
2. Kreis, Bütow-Schlawe	3,20	—	—	—	—	6,40	—	—	—	4,80	—	—	—	14,40
3. Kreis, Köslin-Kolberg	60,92	—	—	—	—	—	—	—	—	41,54	—	—	—	102,46
4. „ Belgard-Dramburg	2,80	—	—	—	—	3,76	—	—	—	3,—	—	—	—	9,56
5. Kreis, Neustettin . . .	6,—	—	—	—	—	8,80	—	—	—	8,04	—	—	—	22,84
c) Reg.-Bez. Stralsund.														
1. Kreis, Rügen-Stralsund.	88,86	—	—	—	—	99,18	—	—	—	87,66	—	—	—	275,70
2. Kreis, Greifswald-Grimmen	62,16	—	—	—	—	76,40	—	—	—	61,84	—	—	—	200,40
Provinz Pommern total	906,92	—	—	—	—	986,08	—	—	—	931,20	—	—	—	2824,20
Provinz Posen.														
a) Reg.-Bez. Posen .														
1. Kreis, Posen Stadt und Kreis	—	—	—	—	—	33,80	—	—	15,25	—	—	—	22,15	71,20
2. Kreis, Samter-Obornik	—	—	—	—	—	13,03	—	—	7,39	—	—	—	13,26	33,68
3. Kreis, Meseritz-Bomst	—	—	—	—	—	1,75	—	—	1,20	—	—	—	—	2,95
5. „ Rawitsch-Gostyn	—	—	—	—	—	7,10	—	—	7,50	—	—	—	7,—	21,60
6. Kreis, Fraustadt-Lissa	—	—	—	—	—	5,70	—	—	—	—	—	—	6,59	12,29
9. Kreis, Krotoschin-Koschmin	—	—	—	—	—	4,10	—	—	—	—	—	—	4,40	8,50
10. Kreis, Adelnau-Ostrowo.	—	—	—	—	—	3,95	—	—	2,81	—	—	—	2,—	8,76
b) Reg.-Bez. Bromberg.														
1. Kreis, Czarnickau-Colmar	—	—	—	—	—	2,30	—	—	16,62	—	—	—	27,47	66,39

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
2. Kreis, Wirsitz-Schubin	—	—	—	—	—	6,30	—	—	3,92	—	—	—	6,47	16,69
3. „ Bromberg . . .	—	—	—	—	—	23,46	—	—	27,58	—	—	—	40,56	91,60
4. „ Inowrazlaw .	—	—	—	—	—	—	—	—	2,78	—	—	—	—	2,78
5. „ Gnesen-Wongrowitz	—	—	—	—	—	3,25	—	—	—	—	—	—	1,70	4,95
Provinz Posen total	—	—	—	—	—	124,74	—	—	85,05	—	—	—	131,60	341,39
Provinz Schlesien.														
a) Reg.-Bez. Breslau.														
1. Kreis, Guhrau-Steinau-Wohlau	—	—	—	—	—	—	—	5,84	—	—	—	5,28	—	11,12
2. Kreis, Militsch-Trebnitz	6,40	—	—	—	12,10	—	—	12,20	—	—	—	16,28	—	46,98
3. Kreis, Gr. Wartenberg-Oels	—	—	—	—	4,20	—	—	8,40	—	—	—	11,12	—	23,72
4. Kreis, Namslau-Brieg	41,40	—	—	—	29,52	—	—	36,06	—	—	—	36,04	—	143,02
5. „ Ohlau-Nimptsch	31,—	—	—	—	46,72	—	—	39,16	—	—	—	52,96	—	169,84
6. u. 7. Kreis, Stadt Breslau-Ost u. West .	837,10	—	—	—	930,—	—	—	970,—	—	—	982,—	—	1043,60	4763,—
8. Kreis, Breslau Land-Neumarkt	236,20	—	—	—	252,50	—	—	282,70	—	—	—	260,28	—	1031,68
9. Kreis, Striegau-Schweidnitz	188,60	—	—	—	186,—	—	—	218,15	—	—	—	224,—	—	816,75
10. Kreis, Waldenburg .	318,—	—	—	—	312,—	—	—	353,—	—	—	—	425,50	—	1408,50
11. „ Reichenbach-Neurode	228,30	—	—	—	295,95	—	—	235,05	—	—	—	342,85	—	1102,15
12. Kreis, Glatz-Habelschwerdt	11,—	—	—	—	—	—	—	7,—	—	—	—	11,28	—	29,28
b) Reg.-Bez. Liegnitz.														
1. Kreis, Grünberg-Freistadt	—	—	—	—	55,—	—	—	—	69,92	—	—	—	56,20	181,12

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
2. Kreis, Sagan-Sprottau	—	—	—	—	50,60	—	—	—	82,28	—	—	—	69,80	202,68
3. Kreis, Glogau	—	—	—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	20,90	60,90
4. „ Lüben-Bunzlau	—	—	—	—	78,—	—	—	179,06	—	—	—	—	87,83	344,89
5. „ Löwenberg	—	—	—	—	22,20	—	—	—	33,70	—	—	—	—	55,90
6. „ Goldberg-Hainau-Liegnitz	139,84	—	—	—	178,34	—	—	138,74	—	—	—	185,92	—	642,84
7. Kreis, Landeshut-Jauer	75,—	—	—	—	80,—	—	—	90,—	—	—	—	100,—	—	345,—
8. Kreis, Schönau-Hirschberg	28,42	—	—	—	47,07	—	—	34,35	—	—	—	49,48	—	159,32
9. Kreis, Lauban-Görlitz	—	—	—	—	303,80	—	300,—	—	374,42	—	—	—	400,20	1378,42
10. „ Rothenburg-Hoyerswerda	—	—	—	—	81,30	—	—	121,12	—	—	—	—	169,35	371,77
c) Reg.-Bez. Oppeln.														
1. Kreis, Kreuzburg-Rosenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,05	—	3,05
2. Kreis, Oppeln	—	—	—	—	—	—	—	8,02	—	—	—	5,60	—	13,62
3. „ Gr.-Strehlitz-Kosel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,85	—	7,85
4. Kreis, Lublinitz-Gleiwitz	10,10	—	—	—	—	10,35	—	—	10,80	—	—	10,90	—	42,15
5. Kreis, Beuthen-Tarnowitz	43,85	—	—	—	—	50,—	—	—	56,30	—	—	70,95	—	221,10
6. Kreis, Kattowitz-Zabrze	65,05	—	—	—	—	63,35	—	—	64,05	—	—	67,90	—	260,35
7. Kreis, Pleß-Rybnick	5,20	—	—	—	—	5,10	—	—	8,—	—	—	7,—	—	25,30
8. „ Ratibor	14,70	—	—	—	—	15,—	—	—	15,55	—	—	15,60	—	60,85
9. „ Leobschütz	5,70	—	—	—	4,90	—	—	5,80	—	—	—	7,15	—	23,55
10. „ Neustadt	17,76	—	—	—	11,56	—	—	15,80	—	—	—	14,24	—	59,30
12. „ Neiße	9,20	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	16,16	—	29,36

Wahlkreis	Rest-beträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Extrabeitrag, Oberlangenbielau	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Provinz Schlesien total	2313,06	100,—	—	—	2985,76	143,80	300,—	2800,45	715,02	—	982,—	1947,39	1847,88	14 135,36
Provinz Sachsen.														
a) Reg.-Bez. Magdeburg.														
1. Kreis, Salzwedel-Gardelegen	43,—	—	—	—	49,62	—	—	—	70,—	—	—	—	—	162,62
2. Kreis, Osterburg-Stendal	131,64	—	—	—	—	—	—	282,—	—	—	—	176,50	—	590,14
3. Kreis, Jerichow I u. II	—	—	—	—	—	—	—	319,50	—	—	415,69	—	521,35	1 256,54
4. „ Stadtkreis Magdeburg	—	—	—	—	800,—	—	800,—	—	800,—	—	955,10	—	1287,43	4 642,53
5. Kreis, Wolmirstedt-Neuhaldensleben	200,—	—	—	—	—	—	208,33	—	221,—	—	252,74	—	300,35	1 182,42
6. Kreis, Wanzleben	300,—	—	—	—	200,—	—	—	300,—	—	—	300,—	—	—	1 100,—
7. „ Aschersleben-Kalbe	478,25	—	—	—	480,50	—	—	514,30	—	—	572,20	—	—	2 045,25
7. Kreis, Oschersleben-Halberstadt	300,—	—	—	—	—	—	—	—	320,—	—	387,—	—	—	1 007,—
b) Reg.-Bez. Merseburg.														
1. Kreis, Torgau-Liebenwerda	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—
2. Kreis, Wittenberg-Schweinitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
3. Kreis, Delitzsch-Bitterfeld	476,80	—	—	—	—	—	—	—	302,60	—	—	185,—	—	964,40
4. Kreis, Halle und Saalkreis	—	—	750,—	—	—	—	—	—	—	—	—	750,—	1756,76	3 256,76

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
6. Kreis, Sangerhausen-Eckartsberga	165,08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	165,08
7. Kreis, Merseburg-Querfurt	391,54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	391,54
8. Kreis, Naumburg-Weißenfels-Zeitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,—	3000,—
c) Reg. Bez. Erfurt.														
1. Kreis, Nordhausen-Grafschaft Hohenstein	90,70	—	—	—	—	—	—	—	—	181,40	—	—	—	272,10
2. Kreis, Mühlhausen-Langensalza	83,44	—	—	—	—	—	—	—	97,10	—	—	—	—	180,54
3. Kreis, Erfurt-Schleusingen	250,—	—	—	—	180,—	—	—	—	209,—	—	204,41	—	219,85	1063,26
Provinz Sachsen total	3110,45	—	750,—	—	1710,12	—	1008,33	1415,80	2019,70	181,40	3087,14	1111,50	7135,74	21530,18
Provinz Schleswig-Holstein.														
1. u. 2. Kreis, Hadersleben u. Flensburg	288,12	—	—	—	—	—	—	—	354,42	—	326,62	337,04	—	1306,20
3. Kreis, Schleswig-Eckernförde	136,30	—	—	—	—	151,02	—	158,36	—	—	—	149,88	—	595,56
4. Kreis, Tondern-Husum	51,30	—	—	—	—	—	41,04	—	—	—	29,94	—	47,06	169,34
5. Kreis, Itzehoe-Dithmarschen-Steinburg	379,68	—	—	—	—	339,20	—	—	—	295,44	—	327,68	—	1342,—
6. Kreis, Pinneberg-Ottensen	—	—	—	—	—	—	—	1600,—	800,—	—	1600,—	—	1600,—	5600,—
7. Kreis, Kiel-Rendsburg	7041,64	—	—	—	—	—	—	4151,90	—	—	154,82	2219,36	—	13567,72
9. Kreis, Oldenburg-Plön-Neustadt i. H.	69,90	—	—	—	—	—	—	—	136,64	—	—	—	—	206,54

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
8. u. 10. Kreis, Altona u. Lauenburg	1738,28	—	—	—	—	2128,58	—	—	—	2244,62	—	2093,65	—	8205,13
Prov. Schleswig-Holstein total	9705,22	—	—	—	—	2618,80	41,04	5910,26	1291,06	2540,06	2111,38	5127,61	1647,06	30992,49
Provinz Hannover.														
a) Reg.-Bez. Aurich.														
1. Kreis, Weener-Leer-Emden-Norden	154,95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	403,14	558,09
b) Reg.-Bez. Osnabrück.														
4. Kreis, Osnabrück-Iburg	—	—	—	—	—	—	—	259,92	—	—	—	—	256,08	516,—
c) Reg.-Bez. Hannover.														
5. Kreis, Melle-Diepholz	32,77	—	—	—	—	—	—	—	—	43,42	—	—	—	76,19
6. Kreis, Hoya-Verden-Achim	844,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	844,—
7. Kreis, Nienburg-Neustadt a. R.	86,64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75,66	162,30
8. Kreis, Hannover-Linden	—	—	—	—	—	2000,—	—	1000,—	—	—	—	3700,—	2280,—	8980,—
9. Kreis, Hameln-Springe	277,64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,—	—	1277,64
d) Reg.-Bez. Hildesheim.														
10. Kreis, Hildesheim . .	373,36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432,22	—	512,32	1317,90
11. " Einbeck-Osterode a. H.	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
12. Kreis, Göttingen-Münden	93,—	—	—	—	—	—	—	—	—	110,30	—	—	—	203,30
13. Kreis, Goslar-Zellerfeld	107,40	—	—	—	—	—	—	—	165,94	—	—	—	—	273,34
e) Reg.-Bez. Lüneburg.														
14. Kreis, Gifhorn-Celle	—	—	—	—	—	—	—	330,18	—	—	—	—	358,—	688,18
15. „ Lüchow-Uelzen	78,—	—	—	—	—	—	—	110,60	—	—	—	—	—	188,60
16. Kreis, Lüneburg-Winsen	—	—	—	—	100,—	—	—	163,28	—	—	—	200,—	101,10	*564,38
f) Reg.-Bez. Stade.														
17. Kreis, Harburg-Zeven	936,40	—	—	—	800,—	—	—	800,—	—	—	800,—	—	—	3336,40
18. Kreis, Stade-Bremervörde	190,16	—	—	—	—	—	373,80	—	—	206,80	—	—	200,—	971,06
19. Kreis, Neuhaus-Geestemünde-Bremerhaven	1199,60	—	—	—	—	568,12	—	—	—	—	—	—	1137,04	2904,76
Provinz Hannover total	4424,22	—	—	—	900,—	2568,12	373,80	2663,98	165,94	360,52	1232,22	4900,—	5323,34	22912,14
Provinz Westfalen.														
a) Reg.-Bez. Münster.														
1. Kreis, Tecklenburg-Steinfurt	30,32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,32
3. Kreis, Borken-Recklinghausen	213,—	—	—	—	147,—	—	—	227,—	—	—	245,—	—	248,—	1080,—
b) Reg.-Bez. Minden.														
1. Kreis, Minden-Lübbecke	101,52	—	—	—	—	—	—	—	163,22	—	—	—	208,23	472,97

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
2. Kreis, Herford-Halle	178,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	245,—	423,40
3. " Bielefeld-Wiedenbrück	491,70	—	—	—	—	—	—	—	1054,60	—	—	588,26	629,10	2763,66
c) Reg.-Bez. Arnsberg.														
1. Kreis, Wittgenstein-Siegen	27,24	—	—	—	—	19,98	—	16,92	—	—	14,50	—	—	78,64
3. Kreis, Altena-Iserlohn	60,47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58,45	—	—	118,92
4. Kreis, Hagen-Schwelm	532,83	—	—	—	566,91	—	—	579,64	—	—	558,07	—	—	2237,45
5. Kreis, Bochum-Gelsenkirchen	961,28	—	—	—	—	966,30	—	—	977,20	—	—	1008,96	—	3913,74
6. Kreis, Dortmund-Hoerde	924,—	—	—	—	—	984,—	—	—	—	—	1600,—	—	664,—	4172,—
7. Kreis, Hamm-Soest	262,16	—	—	—	—	274,38	—	—	289,02	—	—	291,46	—	1117,02
Provinz Westfalen total	3782,92	—	—	—	713,91	2244,66	—	823,56	2484,04	—	2476,02	1888,68	1994,33	16408,12
Provinz Hessen-Nassau.														
a) Reg.-Bez. Kassel.														
1. Kreis, Rinteln-Hofgeismar	51,84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51,84
2. Kreis, Kassel-Melsungen	362,62	—	—	—	435,48	—	—	—	447,78	—	—	465,62	—	1711,50
3. Kreis, Fritzlar-Homburg	3,99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,99
4. Kreis, Eschwege-Schmalkalden	70,69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70,69
5. Kreis, Marburg-Frankenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48,—	48,—
6. Kreis, Hersfeld-Rothenburg	14,14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,14

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
7. Kreis, Fulda-Schlüchtern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,92	16,92
8. Kreis, Hanau-Gelnhausen-Orb	750,—	—	—	—	—	790,—	—	885,—	—	—	—	906,—	—	3331,—
b) Reg.-Bez. Wiesbaden														
1. Kreis, Höchst-Usingen-Obertaunus	—	—	—	—	—	—	—	600,—	—	—	—	—	864,60	1464,60
2. Kreis, Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus	120,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120,—
3. Kreis, St. Goarshausen-Westerburg . .	74,94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74,94
5. Kreis, Oberwesterwald-Dillkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,—	9,—
6. Kreis, Stadt Frankfurt a. M.	1000,—	—	—	—	1100,—	—	—	1200,—	—	—	1344,36	—	1200,—	5844,36
Prov. Hessen-Nassau total	2448,22	—	—	—	1535,48	790,—	—	2685,—	447,78	—	1344,36	1371,62	2138,52	12760,98
Rheinprovinz.														
a) Reg.-Bez. Koblenz.														
1. Kreis, Wetzlar-Altenkirchen	70,—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	22,78	73,—	215,78
2. Kreis, Neuwied	5,32	—	—	—	6,28	—	—	10,16	—	—	19,75	—	—	41,51
3. " Koblenz-St. Goar	15,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
5. Kreis, Mayen-Ahrweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,—	14,—
b) Reg.-Bez. Düsseldorf.														
1. Kreis, Lennep-Remscheid-Mettmann . . .	550,—	—	—	—	—	500,—	—	—	400,—	—	—	—	350,—	1800,—
2. Kreis, Elberfeld-Barmen	900,—	—	—	—	—	950,—	—	950,—	—	—	950,—	—	—	3750,—

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
3. Kreis, Solingen . . .	534,77	—	—	—	519,96	—	—	593,93	—	—	613,59	—	—	2262,25
4. „ Düsseldorf . .	—	—	—	—	589,38	—	—	808,80	—	—	764,96	—	834,96	2998,10
5. „ Essen	146,20	—	—	—	66,33	561,28	—	917,40	—	—	847,68	—	869,34	3408,23
7. „ Mülheim-Duisburg	382,14	—	—	—	—	593,05	—	—	583,92	—	599,33	—	—	2158,74
8. Kreis, Kleve-Geldern	11,20	—	—	—	—	—	—	11,36	—	—	15,66	—	10,50	48,72
10. „ München-Gladbach	59,22	—	—	—	60,84	—	—	83,95	—	—	—	—	—	204,01
11. Kreis, Krefeld	200,65	—	—	—	214,46	—	—	223,89	—	—	209,10	—	—	848,10
12. „ Neuß-Grevenbroich	124,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	193,65	318,25
c) Reg.-Bez. Köln.														
1. u. 2. Kreis, Köln Stadt und Land	500,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1200,—	1700,—
3. Kreis, Bergheim-Euskirchen	17,40	—	—	—	20,20	—	—	20,80	—	—	15,80	—	16,60	90,80
4. Kreis, Rheinbach-Bonn	15,—	—	—	—	15,—	—	—	—	15,—	—	30,—	—	—	75,—
6. Kreis, Mülheim a. Rh.-Wipperfürth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	238,02	449,88	687,90
d) Reg.-Bez. Trier.														
3. Kreis, Trier	—	—	—	—	—	15,—	—	18,54	—	—	—	14,06	—	47,60
5. Kreis, Saarbrücken (soz. Verein d. Saarreviers)	53,95	—	—	42,75	—	—	—	113,—	—	—	81,80	—	98,95	390,45
6. Kreis, Ottweiler-St. Wendel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24,—	—	—	24,—
e) Reg.-Bez. Aachen.														
2. Kreis, Aachen Land-Eupen	38,04	—	—	—	45,20	—	—	—	70,20	—	42,60	—	—	196,04
3. Kreis, Aachen Stadt	67,06	—	—	—	70,—	—	—	—	88,—	—	54,56	—	86,78	366,40

Wahlkreis	Reisebeiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
4. Kreis, Düren-Jülich	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	13,80	—	33,80
Hohenzollern-Hechingen	6,64	—	—	—	—	—	—	6,64	—	—	—	—	—	13,28
Rheinprovinz total	3697,49	—	—	42,75	1607,65	2619,33	—	3778,47	1157,12	50,—	4268,83	288,66	4197,66	21707,96
Königreich Preußen total	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	269901,03
Königreich Bayern.														
a) Reg.-Bez. Oberbayern.														
1. u. 2. Kreis, München I u. II	892,65	—	—	—	895,59	—	—	—	775,78	—	—	1051,08	—	3615,10
3. Kreis, Aichach-Lechhausen	49,98	—	—	—	56,40	—	—	—	53,34	—	—	49,65	—	209,37
4. Kreis, Ingolstadt . . .	11,79	—	—	—	12,27	—	—	—	13,05	—	—	14,82	—	51,93
5. " Wasserburg . .	1,80	—	—	—	3,09	—	—	—	2,61	—	—	3,72	—	11,22
6. " Weilheim . . .	19,35	—	—	—	30,48	—	—	—	23,04	—	—	71,58	—	144,45
7. " Rosenheim . . .	82,89	—	—	—	89,67	—	—	—	79,23	—	—	106,44	—	358,23
8. " Traunstein . . .	18,15	—	—	—	26,91	—	—	—	27,06	—	—	31,08	—	103,20
b) Reg.-Bez. Niederbayern.														
1. Kreis, Landshut . . .	14,34	—	—	—	13,53	—	—	—	9,75	—	—	18,63	—	56,25
2. " Straubing . . .	3,69	—	—	—	7,08	—	—	—	8,61	—	—	6,66	—	26,04
3. " Passau	4,77	—	—	—	10,68	—	—	—	10,83	—	—	9,06	—	35,34
4. " Pfarrkirchen . .	10,38	—	—	—	2,10	—	—	—	10,65	—	—	9,90	—	33,03
5. " Deggendorf . .	2,88	—	—	—	3,—	—	—	—	3,90	—	—	4,65	—	14,43
c) Reg.-Bez. Pfalz.														
1. Kreis, Ludwigshafen .	—	—	—	—	—	—	—	806,22	—	—	—	—	864,96	1671,18
2. " Landau	—	—	—	—	—	—	—	161,52	—	—	—	—	182,58	344,10
3. " Germersheim .	—	—	—	—	—	—	—	28,11	—	—	—	—	28,62	56,73

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
4. Kreis, Pirmasens-Zweibrücken .	—	—	—	—	—	—	—	158,19	—	—	—	—	161,43	319,62
5. „ Homburg . .	—	—	—	—	—	—	—	41,46	—	—	—	—	44,85	86,31
6. „ Kaiserslautern	—	—	—	—	—	—	—	137,43	—	—	—	—	146,61	284,04
Extrabeitrag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,30	0,30
d) Reg.-Bez. Oberpfalz.														
1. Kreis, Regensburg . .	51,84	—	—	—	—	—	56,49	—	—	46,71	—	—	63,84	218,88
2. „ Amberg	9,27	—	—	—	—	—	6,75	—	—	8,25	—	—	14,49	38,76
3. „ Neumarkt. . . .	2,46	—	—	—	—	—	4,86	—	—	4,16	—	—	5,94	17,42
4. „ Neuenburg v. W.	—	—	—	—	—	—	1,68	—	—	3,57	—	—	9,48	14,73
5. „ Neustadt a. W. .	12,66	—	—	—	—	—	12,96	—	—	20,37	—	—	25,32	71,31
e) Reg.-Bez. Oberfranken.														
1. Kreis, Hof	125,55	—	—	—	—	—	135,66	—	—	136,86	—	—	148,86	546,93
2. „ Bayreuth	129,39	—	—	—	—	—	128,25	—	—	138,48	—	—	158,28	554,40
3. „ Kulmbach . . .	27,06	—	—	—	—	—	33,39	—	—	36,60	—	—	35,97	133,02
4. „ Kronach	34,98	—	—	—	—	—	58,47	—	—	65,79	—	—	52,59	211,83
5. „ Bamberg	50,97	—	—	—	—	—	43,08	—	—	57,33	—	—	64,41	215,79
f) Reg.-Bez. Mittelfranken.														
1. Kreis, Nürnberg . . .	1207,02	—	—	—	—	—	1250,46	—	—	1314,33	—	—	1388,91	5160,72
2. „ Erlangen-Fürth	446,34	—	—	—	—	—	471,96	—	—	462,51	—	—	470,70	1851,51
3. „ Ansbach-Schwabach .	105,60	—	—	—	—	—	110,70	—	—	107,46	—	—	114,81	438,57
4. „ Eichstädt	11,25	—	—	—	—	—	11,61	—	—	10,53	—	—	10,65	44,04
5. „ Dinkelsbühl . .	18,18	—	—	—	—	—	19,89	—	—	19,23	—	—	24,30	81,60
6. „ Rothenburg an der Tauber .	6,63	—	—	—	—	—	9,99	—	—	10,83	—	—	10,53	37,98

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
f) Reg.-Bez. Unterfranken.														
1. Kreis, Aschaffenburg .	41,63	—	—	—	—	—	45,60	—	—	61,92	—	—	63,63	212,78
2. „ Kitzingen	10.29	—	—	—	—	—	9,66	—	—	12,27	—	—	12,63	44,85
3. „ Lohr a. M. . .	7,53	—	—	—	—	—	8,55	—	—	11.01	—	—	11,91	39,—
4. „ Neustadt a. S.	8,28	—	—	—	—	—	14,04	—	—	17,61	—	—	24,12	64,05
5. „ Schweinfurt . .	66 73	—	—	—	—	—	69,09	—	—	92,10	—	—	108,75	336,67
6. „ Würzburg . . .	98,07	—	—	—	—	—	12,74	—	—	96,21	—	—	122,97	429,99
g) Reg.-Bez. Schwaben.														
1. Kreis, Augsburg . . .	94,29	—	—	—	110,79	—	—	—	108,99	—	—	36,54	73,08	423,69
2. „ Donauwörth .	2,40	—	—	—	4,29	—	—	—	5,49	—	—	6,78	—	18,96
3. „ Dillingen . . .	3 69	—	—	—	—	—	—	—	1,32	—	—	2,73	—	7,74
4. „ Illertissen . . .	15 18	—	—	—	20,55	—	—	—	21,03	—	—	15,81	—	72,57
5. „ Kaufbeuren . .	14,79	—	—	—	11,25	—	—	—	12,18	—	—	10,95	—	49,17
6. „ Immenstadt . .	28,86	—	—	—	40,71	—	—	—	47,16	—	—	35,52	—	152,25
Königreich Bayern total	3815,61	—	—	—	1338,39	—	2615,88	1332,93	1214,02	2734,13	—	1485,60	4445.52	18910,08
Königreich Sachsen.														
1. Kreis, Zittau	—	—	—	—	268,22	—	—	—	—	—	207,78	—	—	476,—
2. „ Löbau	642,21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642,24
3. „ Bautzen	364,—	—	—	—	—	—	—	—	324,20	—	—	—	—	688,20
4. „ Dresden-Neustadt	2500,—	—	—	—	—	—	—	—	4000,—	—	—	2000,—	2000,—	10500,—
5. Kreis, Dresden-Altstadt	-	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,—	—	—	1500,—	2500,—
6. Kreis, Dresden-Land	-	—	—	—	—	—	1500,—	—	2000,—	2000,—	—	3000,—	2500,—	11000,—
7. „ Meißen	1640, -	—	—	—	—	—	—	1500,—	—	—	—	—	—	3140,—
8. „ Pirna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1500,—	—	—	1500,—
9. „ Freiberg-Oederan	204,08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	204,08

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
10. Kreis, Döbeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—	500,—
11. „ Wurzen	300,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—	800,—
12. „ Leipzig-Stadt	—	—	—	—	—	—	500,—	500,—	—	—	500,—	—	500,—	2000,—
13. „ Leipzig-Land .	—	—	—	—	—	—	6000,—	6000,—	—	—	—	6000,—	7000,—	25000,—
14. „ Borna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—	500,—
15. „ Mittweida . .	—	—	—	—	—	425,—	—	—	—	450,—	—	600,—	600,—	2075,—
16. „ Chemnitz . . .	—	—	—	—	—	—	—	4000,—	—	—	—	—	5000,—	9000,—
17. „ Meerane . . .	—	—	—	—	125,—	—	—	—	125,—	125,—	—	—	125,—	500,—
18. „ Zwickau . . .	289,65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1600,—	800,—	2689,65
19. „ Stollberg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—	500,—
20. „ Zschopau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,—	1000,—
21. „ Annaberg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	600,—	—	—	—	500,—	1100,—
22. „ Reichenbach . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800,—	800,—
23. „ Plauen-Oelsnitz	500,—	—	—	—	—	—	—	331,21	336,20	—	—	—	—	1167,41
Königreich Sachsen total	6489,97	—	—	—	393,22	425,—	8000,—	12331,21	7385,40	3575,—	2207,78	13200,—	24325,—	78282,58
Königr. Württemberg.														
1. Kreis Stuttgart . . .	639,36	—	—	—	—	713,76	—	615,—	—	—	—	664,59	—	2632,71
2. „ Cannstatt . . .	326,58	—	—	—	361,28	—	—	382,45	—	—	—	—	395,07	1465,48
3. „ Heilbronn . . .	149,62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	149,62
4. „ Böblingen . . .	86,88	—	—	—	—	89,24	—	—	104,76	—	—	91,88	—	372,76
5. „ Eßlingen . . .	208,31	—	—	—	224,75	—	—	258,18	—	—	244,47	—	—	935,71
6. „ Reutlingen . .	96,52	—	—	—	—	—	—	—	109,84	—	—	—	—	206,36
7. „ Calw-Nagold .	66,82	—	—	—	—	—	63,97	—	79,67	—	—	73,31	—	283,77
9. „ Balingen . . .	101,68	—	—	—	116,80	—	—	109,80	—	—	128,66	—	—	456,94
10. „ Göppingen . .	160,08	—	—	—	—	177,20	—	—	—	190,86	—	—	207,94	736,08
11. „ Schwäb.-Hall .	38,96	—	—	—	—	35,84	—	—	—	35,25	—	—	39,39	149,44
12. „ Gerabronn-Künzelsau . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	15,—
13. „ Aalen-Ellwang.	9,72	—	—	—	—	10,92	—	—	19,65	—	18,32	—	—	58,61
14. „ Ulm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	178,46	178,46
15. „ Laupheim . . .	—	—	—	—	2,62	—	—	1,82	—	—	—	2,09	—	6,53

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
16. Kreis Biberach . . .	6,12	—	—	—	—	—	—	15,52	—	—	—	—	—	21,64
17. „ Ravensberg . .	11,23	—	—	—	—	11,23	—	—	—	—	—	13,55	—	36,01
Kgr. Württemberg total	1901,98	—	—	—	70[illegible],45	1038,19	63,97	1382,77	540,03	—	406,45	1092,75	573,53	7705,12
Großherzogt. Baden.														
2. Kreis Donauesching.	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71,04	101,04
5. „ Freiburg . . .	50,—	—	—	—	—	59,30	—	—	77,16	—	—	79,98	63,96	330,40
7. „ Kehl-Offenburg	97,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	97,90	195,60
8. „ Bühl-Rastatt .	23,15	—	—	—	—	59,50	—	—	54,86	—	—	62,31	—	199,82
9. „ Pforzheim . .	220,67	—	—	—	—	—	—	657,95	—	—	—	—	310,43	1189,05
10. „ Karlsruhe . . .	367,12	—	—	—	—	—	—	460,40	—	—	—	229,12	—	1056,64
11. „ Mannheim . .	400,—	—	—	—	—	—	—	—	750,—	—	700,—	—	—	1850,—
Großherzogt. Baden total	1188,64	—	—	—	—	118,80	—	1118,35	882,02	—	700,—	371,41	543,33	4922,55
Großherzogt. Hessen.														
1. Kreis, Gießen-Nidda	—	—	—	—	—	—	—	135,—	—	—	90,—	—	—	225,—
2. „ Friedberg-Büdingen	—	—	—	—	—	—	—	190,71	—	—	109,50	—	—	300,21
3. Kreis, Lauterbach . .	—	—	—	—	—	—	—	7,50	—	—	7,50	—	—	15,—
4. „ Darmstadt . .	—	—	—	—	—	—	—	450,—	—	—	150,—	—	—	600,—
5. „ Offenbach . .	—	—	—	—	—	—	—	900,—	—	—	600,—	—	—	1500,—
6. „ Erbach . . .	—	—	—	—	—	—	—	90,—	—	—	30,—	—	—	120,—
7. „ Worms	—	—	—	—	—	—	—	135,—	—	—	75,—	—	—	210,—
8. „ Bingen-Alzey	—	—	—	—	—	—	—	45,—	—	—	30,—	—	—	75,—
9. „ Mainz . . .	—	—	—	—	—	—	—	300,—	—	—	150,—	—	—	450,—
Großherzogt. Hessen total	—	—	—	—	—	—	—	2253,21	—	—	1242,—	—	—	3495,21
Großherz. Mecklenburg														
1. Kreis, Rehna	281,88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	281,88
2. „ Schwerin-Wismar	60,—	—	—	—	—	—	—	—	244,60	—	—	—	—	304,60

Wahlkreis	Rest-Beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
3. Kreis, Parchim-Ludwigslust	—	—	—	—	—	—	—	—	70,—	—	—	—	—	70,—
4. Kreis, Malchin-Waren	104,84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104,84
5. Kreis, Rostock-Doberan	129,02	—	—	—	—	206,20	—	318,20	—	—	200,80	—	—	855,12
Strelitz	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Großh. Mecklenburg total	676,64	—	—	—	—	206,20	—	318,20	314,60	—	200,80	—	—	1716,44
Großherzogtum Sachsen-Weimar.														
1. Kreis, Weimar	—	—	—	—	173,23	—	—	—	95,—	—	—	233,68	—	501,91
2. „ Eisenach	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	200,—
3. „ Neustadt-Jena	534,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1450,—	1984,75
Großh. Sachsen-Weimar total	634,75	—	—	—	173,23	—	—	—	95,—	—	—	233,68	1550,—	2686,66
Großherzogtum Oldenburg.														
Oldenburg	106,75	—	—	—	145,66	—	—	—	138,08	—	—	168,20	—	558,69
1. Kreis Fürstent. Lübeck u. Birkenfeld	254,88	—	—	—	—	91,84	—	182,86	—	—	131,40	—	—	660,98
2. „ Jever und 2. Hannoverscher Kreis	653,38	—	—	—	411,12	—	—	424,08	—	—	730,90	—	—	2219,48
3. Kreis, Delmenhorst	39,90	—	—	—	—	—	—	52,—	—	—	—	—	116,45	208,35
Großh. Oldenburg total	1954,91	—	—	—	556,78	91,84	—	658,94	138,08	—	862,30	168,20	116,45	3647,50
Herzogtum Braunschweig.														
1. Kreis, Braunschweig-Blankenburg	582,40	—	—	—	—	563,22	—	—	643,12	—	600,78	—	—	2389,52

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
2. Kreis, Helmstedt-Wolfenbüttel	113,26	—	—	—	—	102,90	—	—	70,87	—	108,26	—	—	395,29
3. Kreis, Holzminden-Gandersheim	91,58	—	—	—	—	80,70	—	—	54,72	—	125,84	—	—	352,84
Herzogtum Braunschweig total	787,24	—	—	—	—	746,82	—	—	768,71	—	834,88	—	—	3137,65
Herzogtum Sachsen-Meiningen.														
1. Kreis, Meiningen-Hildburghausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	87,31	87,31
2. Kreis, Sonneberg-Saalfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	380,54	380,54
Herzogtum Sachsen-Meiningen total	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	467,85	467,85
Herzogtum Sachsen-Altenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2844,50	2844,50
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.														
1. Kreis, Coburg	64,15	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	186,80	300,95
2. „ Gotha	864,27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	864,27
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha total	928,42	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	186,80	1165,22
Herzogtum Anhalt.														
1. Kreis, Zerbst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	312,90	—	312,90
2. „ Bernburg-Köthen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	295,52	295,52
Herzogtum Anhalt total	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	312,90	295,52	608,42

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Schwarzburg-Sondershausen . . .	—	—	—	—	—	—	94,80	—	124,12	—	—	—	100,—	318,92
Schwarzburg-Rudolstadt	343,36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	524,92	868,28
Fürstentum Reuß ältere Linie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	592,76	592,76
Fürstentum Reuß jüngere Linie	313,—	—	—	—	600,—	—	—	—	—	—	—	—	1895,—	2808,—
Fürstentum Lippe (Detmold)	100,52	—	—	—	—	—	—	—	127,16	—	—	—	—	227,68
Fürstentum Lippe-Schaumburg	53,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51,64	—	105,04
Freie und Hansestadt Lübeck	760,—	—	—	—	—	—	700,—	—	740,—	—	—	741,	—	2941,—
Freie und Hansestadt Bremen	3134,90	—	—	—	—	2400,—	—	1940,75	—	—	—	—	—	7475,65
Freie und Hansestadt Hamburg.														
1. Kreis	—	—	—	—	—	—	6000,—	—	—	6000,—	—	—	5000,—	17000,—
2. „	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7000,—	—	—	5000,—	12000,—
3. „	—	—	—	14000,—	—	—	5000,—	—	—	10000,—	—	—	10000,—	39000,—
Freie und Hansestadt Hamburg total	—	—	—	14000,—	—	—	11000,—	—	—	23000,—	—	—	20000,—	68000,—
Elsaß-Lothringen.														
1. Kreis, Altkirch-Thann .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,36	—	—	3,36
2. „ Mülhausen . . .	—	—	—	—	69,24	—	—	95,12	—	—	105,56	—	134,24	404,16

Wahlkreis	Rest-beiträge	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
4. Kreis Gebweiler . .	—	—	—	—	10,14	—	—	17,01	—	—	16,52	—	—	43,70
5. „ Rappoltsweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	15,20	—	—	8,—	—	23,20
7. „ Erstein-Molsheim	11,88	—	—	—	—	24,32	—	—	22,16	—	—	—	16,20	77,56
8. „ Straßburg Stadt	21,28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	296,98	318,26
12. „ Saargemünd-Forbach	4,98	—	—	—	—	—	—	—	—	9,96	9,24	—	—	24,18
14. „ Metz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31,88	—	—	31,88
Elsaß-Lothringen total	41,14	—	—	—	79,38	24,32	—	112,16	37,36	9,96	166,56	8,—	447,42	926,30
Beitrag der P. P. S.	—	—	—	—	126,44	—	—	—	145,57	—	174,36	—	224,59	670,96

B. Sonstige Beiträge, alphabetisch geordnet.

Ort oder sonstige Bezeichnung	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe
Berlin, Groß-	—	12000,—	12000,—	10000,—	10000,—	5000,—	10000,—	10000,—	10000,—	12000,—	12000,—	12000,—	115000,—
Berlin, diverse Beiträge .	444,40	413,20	486,55	396,43	290,60	1098,60	455,15	358,20	788,50	1830,75	529,95	511,80	7604,13
Brüssel	44,35	—	—	—	—	—	—	33,87	—	—	—	—	78,22
Bern	50,—	—	100,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	—	550,—
Butzbach i. H.	12,—	—	—	—	7,—	—	—	—	7,—	—	—	—	26,—
Buxtehude	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	5,—	10,—
Beelitz, Heilstätte	—	—	—	—	—	—	—	19,65	—	—	—	—	19,65
Comorowen	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Chemnitz	1,—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	3,73	—	—	—	—	—	3,73
Coburg	—	—	—	—	—	—	—	0,20	—	—	—	—	—,20
Detmold	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,66	—	2,66
Hornheim (Hessen)	—	—	—	2,10	—	—	—	—	—	—	—	—	2,10

Ort oder sonstige Bezeichnung	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe
Essenberg a. Rh.	3,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,90
Falkenberg (Oberschlesien)	3,—	3,—	3,—	17,70	3,—	3,—	3,—	3,—	3,—	3,—	3,—	3,—	50,70
Finsterwalde	18,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,90
Friedrichshagen	—	—	—	—	—	—	—	—	4,75	—	—	—	4,75
Gransee	—	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	1,50
Groba	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	10,—
Goldbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	15,—
Hamburg II	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18000,—	18030,—
Köln a. Rh.	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	240,—
Lichtenrade	1,—	—	—	—	—	—	1,—	—	—	1,—	—	—	3,—
Leisnig	—	—	—	—	45,—	—	—	—	—	—	—	—	45,—
Lichtenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	8,—	—	—	—	8,—
Liege	—	—	—	—	—	—	—	—	10,08	—	—	—	10,08
Mroßen	—	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	30,—
Nordische Wasserkante	—	—	70000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	50000,—	120000,—
Neuwied	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,20	—	—	5,20
Oberschöneweide	—	—	—	—	—	—	—	—	33,40	—	—	—	33,40
Plauen i. V.	—	2,—	—	—	—	2,—	—	—	3,—	—	1,—	1,—	9,—
Pankow	—	—	—	—	—	—	—	—	19,45	—	—	—	19,45
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	5,—	—	1,20	—	—	—	6,20
Rom	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	20,—
Stuttgart	10,—	—	—	10,—	—	10,—	—	10,—	10,—	—	10,—	—	60,—
Steglitz	—	2,95	—	—	—	—	—	—	6,—	—	—	—	8,95
Spandau	—	—	—	—	—	11,—	—	—	—	—	—	—	11,—
Schöneberg	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	15,—
Steele a. Ruhr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	—	2,—
Vorwärts	22261,40	—	—	29268,90	—	—	27310,75	—	—	34390,80	—	—	113231,85
„ Buchhandlung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25000,—	25000,—
„Wahrer Jakob", „Neue Zeit", „Gleichheit"	—	—	—	15000,—	—	—	435,37	—	—	15000,—	—	15000,—	45435,37
X. Y. Z.	—	—	—	5000,—	—	—	9564,63	—	—	5000,—	—	5000,—	24564,63
Beuthen	—	1,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—
Diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9832,22

Die Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

30. November 1909 bis 10. Mai 1910.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Zur zweiten Session der zwölften Legislaturperiode trat der Reichstag am 30. November 1909 zusammen. Gegen das Vorjahr war die innerpolitische Lage total verändert. Der Bülowblock, die unnatürliche politische Verbindung von Konservativen und Liberalen, war an der Finanzreform kläglich zerschellt, nachdem sein Gründer und Meister vorher wiederholt nur mit größter Mühe und unter Androhung seines Rücktritts das brüchige Gebilde vor dem Zerfall bewahrt hatte. Der natürliche und deshalb lebensfähigere schwarz-blaue Block, gebildet von den Konservativen und dem Zentrum, hatte im Sommer 1909 den 500 Millionen-Steuerraub am Volke vollbracht. Große Erregung und Empörung durchzitterte die Masse des deutschen Volkes zu der Zeit, als der Reichstag geschlossen wurde. An die Stelle des vom schwarz-blauen Block gestürzten Kanzlers Bülow trat der bisherige Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann Hollweg. Das Reichsamt des Innern übernahm der bisherige preußische Handelsminister Delbrück, um es noch mehr als bisher, wie sich zeigte, aus einem Amte für Sozialreform zu einem solchen gegen Sozialreform zu machen. Aus dem Reichsschatzamt, in dem er nur Blamagen und Niederlagen davongetragen hatte, rettete sich der Herr Sydow ins preußische Handelsministerium. Das schwierige Amt des Reichsschatzsekretärs übernahm der bisherige Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Wermuth. Unhaltbar war auch die Stellung des Kriegsministers v. Einem während der letzten Tagung des Reichstages geworden, wo ihn besonders die Sozialdemokraten arg in die Enge getrieben hatten; General v. Heeringen wurde sein Nachfolger. Vor dem Reichstage entpuppte er sich bald als eine Figur, die, außer im Deutschen Reichstage, in keinem Parlament der Welt möglich wäre. Der alte Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Nieberding, hat einem nicht weniger trockenen Redner, Dr. Lisco, Platz gemacht. Schließlich ist an die Stelle des Präsidenten des fast bedeutungslosen Reichseisenbahnamtes, Schultz, Herr Wackerzapp getreten. Wie als selbstverständlich vorauszusehen war, boten die neuen Männer in der Reichsregierung keinerlei Aussicht darauf, daß die innere deutsche Politik eine Besserung erfahren könnte. Die Absicht zu großzügigen Reformen liegt allen diesen Herren gleich fern. Wo bei der Regierung während des letzten Winters nicht erbarmungswürdige Unfähigkeit zu reformieren, klägliche Abhängigkeit von dem herrschenden schwarz-blauen Block zutage trat, befolgte sie die Politik des Fortwurstelns. Die Neigung, Konflikten aus dem Wege zu gehen, ist bei Bethmann Hollweg offenbar noch viel stärker ausgeprägt wie bei seinem Amtsvorgänger. Soweit man bei ihm von einem politischen Kurs sprechen kann, ist es der, in alten, reaktionären, ausgefahrenen Bahnen weiter zu trotten und durch „kulturell“ klingende Redensarten die widerstrebenden bürgerlichen Elemente darüber zu täuschen. Die große politische Erregung im Lande, der Wechsel im Reichskanzleramt und in mehreren Reichsämtern, sowie die Fülle der zu erledigenden gesetzgeberischen Arbeit hätten geboten, den Reichstag möglichst frühzeitig zusammenzuberufen. Statt dessen wurde der Beginn der Session so weit wie nur irgend möglich hinausgeschoben. Auf allmähliche Beruhigung der politischen Leidenschaften hoffte der neue Leiter der Reichspolitik. Er hat sich auch

in der Beziehung als ein sehr schlechter Kenner der im Reiche herrschenden Stimmung erwiesen.

Mit unverminderter Schärfe bestanden beim Zusammentritt des Reichstages die Gegensätze zwischen dem schwarz-blauen Block und den zum Bülow-Block hinausgeworfenen Nationalliberalen und Freisinnigen fort; im Laufe der Session haben sie sogar noch eine Zuspitzung erfahren. Eng liiert standen Zentrum und Konservativen zusammen, wenn auch abgeleugnet wird, daß ein regelrechtes Abkommen zwischen ihnen besteht. Gemeinsame agrarische Bestrebungen und der beiderseitige Wunsch, jeden geistigen und politischen Fortschritt aufzuhalten, führen Zentrum und Konservative zusammen. Rücksichtslos nutzen sie ihre Machtstellung aus. Mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, nahmen die Nationalliberalen eine ablehnende Haltung gegen den schwarz-blauen Block ein. Die Enttäuschungen, die der Freisinn in der Bülowschen Blockära erfahren hat, sind auf seine politische Haltung nicht ganz ohne Wirkung gewesen. Die drei freisinnigen Gruppen, zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossen, haben eine etwas entschiedenere liberale Haltung eingenommen, so daß die sozialdemokratische Fraktion mit der geeinigten Partei häufiger zusammengehen konnte, während heftige Zusammenstöße mit der bürgerlichen Linken, an denen die Rechte stets ihre helle Freude gehabt hatte, fast vollständig unterbleiben konnten.

* * *

In der **Zusammensetzung der sozialdemokratischen Fraktion** ist eine nicht unwesentliche Aenderung eingetreten. An Stelle des verstorbenen Genossen Goldstein trat Genosse Schöpflin für den 19. sächsischen Wahlkreis in die Fraktion ein. Höchst erfreulich war der Zuwachs an Mitgliedern infolge der Wahl der Genossen Huber für Landau-Neustadt, Kunert für Halle und den Saalkreis, Zietsch für Koburg und Leber für Eisenach. Die Eroberung dieser Mandate, durch welche die Fraktion von 43 auf 47 Mitglieder verstärkt wurde, möge ein verheißungsvolles Vorspiel für die nächsten allgemeinen Wahlen sein.

* * *

In heller Kampfesfreude ist die Fraktion im November an ihre Arbeit gegangen. Wo immer sich eine Gelegenheit bot, ist sie mit der gebotenen Entschiedenheit für die Interessen der Masse des Volkes eingetreten. Immer neue Vorstöße wurden gegen die Regierung unternommen. Keine Gelegenheit wurde versäumt, um für den politischen und kulturellen Fortschritt einzutreten. An der Beratung aller Gesetzentwürfe und sonstigen Verhandlungsgegenstände nahmen die Mitglieder der Fraktion regen Anteil, sowohl im Plenum als auch in den Kommissionen. Fast sämtliche Abgeordnete haben sich rednerisch an den Verhandlungen beteiligt, ohne Ausnahme auch die neugewählten Kollegen, und nur mangelnde Gesundheit gab leider Anlaß dazu, daß einige Mitglieder nicht an den Kommissionsarbeiten teilnahmen. Dafür haben andere gleichzeitig in mehreren Kommissionen bis an die äußersten Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit tätig sein müssen. Wo es geboten war, haben die Redner der Fraktion scharf und unzweideutig den prinzipiellen sozialdemokratischen Standpunkt zu den zur Erörterung stehenden Fragen zum Ausdruck gebracht. Nicht weniger nachdrücklich war die Fraktion wie von jeher bemüht, jede Gelegenheit auszunutzen, um zum Wohle und im Interesse des Volkes, besonders der Arbeiterschaft und der minderbemittelten Schichten, der kleinen Beamten, der um ihre Existenz hart ringenden kleinen Handwerker und Bauern, praktische Arbeit zu leisten. Wo eine Gefährdung von Arbeiterinteressen nicht auf dem Spiel stand, wurde Handel und Industrie nach Kräften zu fördern gesucht. Praktische Erfolge, die der Arbeit der Fraktion zu danken sind, treten häufig

nach außen nicht unmittelbar in die Erscheinung, weil sie der unermüdlichen Arbeit in den Kommissionen entspringen. Ein vollständiges, sei es auch noch so knappes Bild von der Tätigkeit der Fraktion im letzten Jahre zu geben, ist bei der Fülle der Gebiete, auf denen gearbeitet wurde, wegen des knappen Raumes nicht möglich. Nur ein Auszug kann nachstehend gegeben werden.

Präsidentenwahl.

Dem von jeher üblichen Verhalten gemäß stimmte die Fraktion für die Kandidaten der Fraktionen, die ihrer Stärke nach Anspruch auf einen Sitz im Präsidium haben. In der konstituierenden Sitzung am 2. Dezember verhinderte Abg. Singer, sekundiert durch Bebel und Dr. Südekum, durch seinen Einspruch, daß der neue schwarz-blaue Block unter Verletzung der Geschäftsordnung die Wahl der Schriftführer vornahm, ehe für den ablehnenden nationalliberalen Dr. Paasche ein zweiter Vizepräsident gewählt worden war. Es wurde Graf Stolberg zum Präsidenten und Spahn zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Das Amt des zweiten Vizepräsidenten übernahm schließlich der Erbprinz von Hohenlohe, der in dieser Würde erst einige Geschicklichkeit bewies, als er in den Ferien durch Niederlegung des Amtes den schwarz-blauen Block in einige Verlegenheit brachte. Nach Stolbergs Tode wurde Graf Schwerin Präsident.

Initiativanträge.

An Initiative zu gesetzgeberischen Arbeiten hat es die Fraktion nicht fehlen lassen. Fast unmittelbar nach dem Zusammentritt des Reichstages wurden 11 Gesetzentwürfe eingebracht, betreffend den Schutz der Bauarbeiter, die Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches, die Beschlagnahme von Lohn, Heimarbeiter- und Hausgewerbetreibendenschutz, Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, 3 Entwürfe betreffend Abänderung der Verfassung des Reiches, Abänderung der Zolltarifgesetzes, das Wahlrecht in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen, und schließlich betreffend die Einsetzung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Tatsachen. Gegen 20 Anträge wurden eingebracht; in den meisten wurde die Vorlegung von Gesetzentwürfen sozialpolitischen Charakters gefordert. Zur Beratung gelangten leider Anträge aus dem Hause nur in ganz wenigen Fällen; es ist das ein Uebelstand, der unter allen Umständen bald beseitigt werden muß.

Interpellationen.

Das Interpellationsrecht des Reichstages ist sehr mangelhaft ausgebildet. Wo wichtige Interessen der Arbeiterschaft es geboten erscheinen ließen, stellte die Fraktion die Regierung und zwang sie, Rede und Antwort zu stehen.

Der Mansfelder Bergarbeiterstreik.

Die Entsendung von Truppenmassen in das Mansfelder Gebiet veranlaßte die Fraktion, eine Interpellation folgenden Wortlauts einzubringen:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei dem kürzlich im Mansfelder Bergrevier ausgebrochenen Bergarbeiterstreik Militär zugezogen ist, um den Bergarbeitern die Ausübung ihres reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts zu erschweren und sie an dessen Ausübung zu hindern? Ist dem Herrn Reichskanzler ferner bekannt, daß bei diesem Streik Offiziere und Beamte sich viele Verstöße gegen Reichsgesetze zu schulden kommen ließen? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solchen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen?"

Am 18. Januar begründete Abg. Sachse die Anfrage. Er zeigte, daß die Hauptursache des Streiks das Verbot an die Arbeiter war, ihr Koalitionsrecht auszuüben, sowie die Maßregelung von Bergarbeitern, die sich dem Verbande angeschlossen hatten. Es sei Militär ins Streikgebiet geschickt worden, obwohl dort keine Unruhen oder nennenswerte Ausschreitungen vorgekommen waren. Selbst die ärgsten Scharfmacherblätter hätten anerkannt, daß Zucht und Ordnung unter den Streikenden geherrscht haben. Gegen Frauen und Kinder seien Maschinengewehre aufgefahren worden. Scharf zu verurteilen sei das provozierende Verhalten von Offizieren und Unteroffizieren, deren oberster Vorgesetzter als Gast im Hause des Bergwerksdirektors Vogelsang wohnte und dinierte. Sachse forderte zum Schluß: „Wer die Arbeiter durch Zwangsmittel, Drohungen, Terrorismus von der Organisation fernzuhalten sucht, muß unbedingt mit Strafe belegt werden. Ich kann dem Herrn Reichskanzler zum Schluß nur zurufen — es können ja bei Interpellationen leider keine Beschlüsse gefaßt werden —: Wir haben unsere Pflicht getan, tun Sie die Ihrige zum Schutze der Arbeiter!" Der Staatssekretär des Innern versuchte den Nachweis, daß die Heranziehung von Militär ins Streikgebiet der Verfassung nicht widerspreche. Es sei nicht zutreffend, daß das Militär herbeigerufen wurde, um die Bergarbeiter in der Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu beschränken. Der Reichskanzler sei allerdings der Ansicht, daß grundsätzlich die Polizei nach Möglichkeit in die Lage versetzt werden muß, ihre Aufgaben ohne militärische Hilfe zu erfüllen. Dann folgte die Phrase, daß der Kanzler „eine gleichmäßige unparteiische Handhabung und Beachtung des Gesetzes durch die Beamten und Behörden der Bundesstaaten für eine der wichtigsten Grundlagen unseres Staatslebens" halte. Der neue Kriegsminister v. Heeringen, der an dem Tage zum ersten Male vor dem Reichstage erschien, spielte sich auf den starken Mann hinaus, der glaubt, die sozialdemokratische Arbeiterschaft anschnarren zu können. Es ist ihm nicht gut bekommen. Im Kasernenhofton versicherte er, eine glückliche Fügung erscheine es ihm, bei seinem ersten Erscheinen im Reichstage unbegründete Angriffe auf die Armee abwehren zu können. Die Militärbehörde habe „die einfache Pflicht, wenn die zuständige Behörde ruft, ihr zu folgen, ob Wasser-, ob Feuersnot oder andere Ursachen, im vorliegenden Falle verhetzte Mitbürger". Auf Zwischenrufe wiederholte der Herr: „Es steht fest, daß es aufgehetzte Mitbürger gewesen sind." Dem General v. Heeringen geht jedes Verständnis dafür ab, daß die Mitführung von Maschinengewehren durch die Truppen ins Streikgebiet besondere Empörung hervorrufen mußte. Daß Offiziere und Unteroffiziere ungehörig vorgegangen sind, stellte er in Abrede. Zugegeben wurde von ihm zum Schluß: „Das tatendurstigste Mitglied der Armee weiß ganz genau, daß uns auf der Straße kein Lorbeer blüht." Verteidigt wurde das Heranholen von Soldaten in das Streikgebiet nicht nur von dem reichsparteilichen Dr. Arendt, dem Abgeordneten des Mansfelder Kreises, sowie von dem Konservativen Pauli, sondern eine beispiellose Schimpferei auf die Streikenden und ihre Leitung gab auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer zum besten, unter dem johlenden Beifall der Scharfmacher auf der rechten Seite des Hauses. Für seine blöde Scharfmacherei mußte er sich wiederholt von Sachse und Hue der Lüge zeihen lassen. Gegen die albernen Scharfmachereien nahm Abgeordneter Kunert Stellung. Dem Dr. Fleischer riet er: „er möchte sich ein Beispiel nehmen an den Herren Vogel und Gothein, die Unternehmer sind oder doch zum Unternehmertum gehören, während er ein Vertreter der Arbeiter ist oder sein will". Kunert schloß seine Darlegungen wie folgt: „Seitens unserer Gegner ist man von jeher bemüht gewesen, die sozialdemokratische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung mit den gröblichsten

Mitteln niederzuhalten und auszurotten. Das ist absolut nicht gelungen; im Gegenteil: unsere Bewegung ist prächtig angewachsen und steht heute im Mansfeldischen stark und kraftstrotzend da und kann es mit jedem Gegner aufnehmen. Wir danken den Verfolgern dafür, und ich begrüße diese, unsere Verfolger, mit dem altfranzösischen Hohnwort: Es leben unsere Freunde, die Feinde!" Bei der Beratung des Heeresetats kritisierten Stücklen und Noske noch einmal die Verwendung der Truppen im Streikgebiet. Abgeordneter Sachse wies dem Kriegsminister nach, daß er bei der Besprechung der Interpellation eine Menge falscher Behauptungen aufgestellt hatte.

Interpellation betreffend die Werftskandale.

Die durch Gerichtsverhandlungen in Kiel bekanntgewordenen skandalösen Zustände auf der Kieler Reichswerft veranlaßten die Fraktion, sofort nach dem Zusammentritt des Reichstages folgende Interpellation einzubringen:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei den gerichtlichen Verhandlungen über die Unterschlagungen auf der Reichswerft in Kiel Unregelmäßigkeiten und Mißstände in der Verwaltung der Reichswerften festgestellt worden sind, und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine geregelte und wirtschaftliche Geschäftsführung in den Betrieben der Reichswerften herzustellen?"

Am 5. und 6. Dezember 1909 wurde über die Interpellation sowie über eine ähnlich lautende der Fortschrittler verhandelt. Zwei Tage saß der Staatssekretär v. Tirpitz und mit ihm die hohe Marinebureaukratie auf der Anklagebank. Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, hat Wilhelm II. gesagt. Sozialdemokratische und bürgerliche Redner brachten eine erschreckende Menge von Beweismaterial dafür vor, wie große Mißstände auf den Reichswerften bestanden haben und, wie leider befürchtet werden muß, weiter bestehen werden, denn die militärisch-bureaukratische Leitung der Werften, die Hauptursache aller Uebelstände, wird fortbestehen. Zur Begründung der Interpellation betonte Abgeordneter Legien, der bekannte Kieler Prozeß habe „gezeigt, welche Mißwirtschaft auf den Werften möglich ist". Neu seien solche Vorgänge nicht, denn es ist „vor zirka 10 Jahren auf der Werft in Wilhelmshaven etwas Aehnliches passiert". Die Schuldigen seien aus der Werftverwaltung zu entfernen. „Eins ist wohl nicht möglich: daß nach diesem Prozeß die Beamten, unter deren Oberaufsicht diese Vorkommnisse sich ereignen konnten, noch weiter in ihrer Stellung bleiben können." Bei der Organisation der Werften handele es sich keineswegs um Schönheitsfehler, „sondern um große Fehler, die in der ganzen Organisation des Betriebes liegen, und um Nachteile, die in der ungenügenden technischen Ausbildung eines großen Teils der Beamten zu suchen sind." Legien brachte neue arge Tatsachen zur Sprache. Der Hauptschuldige sei der Staatssekretär selbst, „der rundweg ablehnt, irgendwie von außenstehenden Personen eine Information anzunehmen oder die Beschwerden, die von dritten Personen geführt werden, zu prüfen oder diese Beschwerden abzustellen". Legien schloß seine Anklagerede mit der Forderung, daß „einmal den Herren von der Marineverwaltung und von den Werften von einer Reichstagskommission auf die Finger gesehen wird", damit „in unserem Marinebetrieb eine Betriebsweise und eine Organisation eingeführt wird, die den Anforderungen, welche man an einen modernen Großbetrieb zu stellen berechtigt ist, Genüge leisten". Herr v. Tirpitz glaubte selbst in der Situation noch faule Witze anbringen zu können. Er meinte, in der Interpellation sei von Unregelmäßigkeiten und Unterschleifen die Rede. „Da scheiden ja nun zunächst die Unterschleife ganz aus, sowohl für die Be-

amten wie für die angeklagten Händler; denn das Schwurgericht hat die betreffenden Personen freigesprochen." Nicht auf den kaiserlichen Werften, sondern nur auf einer, der Kieler Werft, seien Unregelmäßigkeiten vorgekommen, und dort auch nur auf dem Alteisenhof. Weiter suchte der Staatssekretär nachzuweisen, daß die festgestellten Uebelstände nur unbedeutender Art seien. Abgeordneter Severing spielte ihm dafür am folgenden Tage gehörig auf. Mit hilflosen Ausflüchten komme Herr v. Tirpitz nicht durch. Unser Redner wies nach, daß „die Unterschleife in der letzten Zeit in die Millionen gehen". Vor Jahren sei dem Staatssekretär Material dafür, daß schwere Mißstände auf den Werften bestehen, durch eine Denkschrift des Metallarbeiterverbandes zur Kenntnis gebracht worden. v. Tirpitz antwortete damals: „Die Denkschrift geht uns gar nichts an!" Severing besprach das auf den Werften übliche widerliche Spionagesystem gegen Arbeiter, geißelte die Maßregelung von Sozialdemokraten, bekämpfte die herrschende Günstlingswirtschaft, zeigte, daß nicht nur in Kiel, sondern auch in Wilhelmshaven und besonders auf der Danziger Werft unhaltbare Zustände bestehen, daß Munition und Proviant von den Schiffen verschwinden, Materialien vernichtet werden, die Betriebsart technisch rückständig sei, und das alles, trotz des riesigen Beamtenapparates. Severing erklärte: „Meine politischen Freunde sind der Auffassung, daß ein moderner Großbetrieb in der Schiffsindustrie zur Leitung tüchtige Ingenieure und Kaufleute erfordert." ... „Ziehen Sie auch die Arbeiter zur Kontrolle heran. In zahlreichen Privatbetrieben ist sie heute eingeführt. ... Meine Herren, mehr gesunder Menschenverstand und weniger Kadavergehorsam. Nur wenn mit dem militärischen und bureaukratischen System gebrochen wird, können Einrichtungen geschaffen werden, die die Einbürgerung von russischen Zuständen verhindern." — Die Interpellation hatte kein greifbares Resultat, da Anträge bei der Beratung von Interpellationen noch immer nicht gestellt werden können. Wenn es nicht besser wird, so tragen die Schuld daran die bürgerlichen Parteien, so wie sie die aufgedeckten Uebelstände wenigstens indirekt verschuldet haben. Severing sagte den bürgerlichen Herrschaften: „Sie von den bürgerlichen Parteien sind auch nicht von jeder Schuld freizusprechen. Sie haben auch geschwiegen, wenn wir unsere Anklagen erhoben haben und haben sie in den meisten Fällen als Uebertreibung bezeichnet."

Interpellation betreffend den Arbeitsnachweis im Ruhrrevier.

Mit brutaler Rücksichtslosigkeit versuchen die Großkapitalisten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Arbeiter zu Sklaven des Kapitals zu machen, die sich jeder Willkür ihrer Ausbeuter zu fügen haben. Jede sich darbietende Gelegenheit hat seit Jahren die sozialdemokratische Fraktion ausgenützt, um im Interesse der großen Arbeitermassen jenes Gebietes im Reichstage zu wirken. Als das ruchlose System der schwarzen Listen bekannt wurde, ist deswegen eine Interpellation eingebracht worden, die nicht ohne Wirkung blieb, freilich die Kapitalsprotzen nicht wesentlich besserte. Das Schwarze-Listen-Wesen hat zwar eine Einschränkung erfahren, aber nun suchen die Unternehmer auf andere Art, die Arbeiter unter ihr Joch zu bringen. In große Erregung wurden die Arbeiter des Industriegebiets versetzt, als bekannt wurde, daß vom 1. Januar 1910 ab ein Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer eingerichtet werde, der nach den berüchtigten Mustern von Hamburg, Mannheim und anderen Orten zum Maßregelungsbureau zu werden drohte. Die Fraktion brachte deshalb folgende Interpellation ein:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Bergwerksbesitzer im Ruhrrevier am 1. Januar 1910 einen einseitigen Arbeitsnachweis zwangs-

weise einzuführen gedenken, und daß die Arbeiter, davon große wirtschaftliche Nachteile befürchtend, sich der Einführung widersetzen, so daß ein ungeheurer wirtschaftlicher Kampf zu erwarten ist?

Ist der Herr Reichskanzler, um diese arbeiterschädliche Maßnahme des Zechenschutzverbandes zu verhindern, bereit, dem Bundesrat und Reichstag baldmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Arbeitsnachweis von Reichs wegen einheitlich und auf paritätischer Grundlage geordnet wird?"

Am 14. und 15. Dezember gelangte diese Interpellation in Verbindung mit einer solchen des Zentrums über denselben Gegenstand zur Verhandlung. In seiner Begründungsrede wies Abgeordneter Bömelburg darauf hin, daß die Vorstände der Arbeiterorganisationen vergeblich eine Verständigung mit dem Zechenverband gesucht haben. „Die Bergherren wollen eben keine Parität, die Arbeiter werden von den Kapitalsprotzen des Bergbaues und ihren Knechten nicht als Mitbürger und als Menschen betrachtet, sondern als Objekte, die nur dazu dienen, aus den Erdschätzen für die Unternehmer Riesengewinne herauszuschlagen." Vergebens hätten sich die Arbeiter an den preußischen Handelsminister hilfesuchend gewandt. Zu dem Bescheide des Ministers Sydow, er könne sich von dem gesetzlichen Zwang zur Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise keinen Erfolg versprechen, meinte Bömelburg: „Ein Minister, der doch die Aufgabe hat, ernste Gefahren, die weiten Volkskreisen drohen, abzuwenden, lehnt es einfach ab, etwas zur Verhütung der Gefahren zu unternehmen. Der Kenner der bei uns bestehenden Zustände wundert sich über solche Dinge nicht. Das Großkapital beherrscht alles, auch die Minister." An die eindrucksvolle Schilderung der „Niedertracht und Schlechtigkeit", mit der bei bestehenden Arbeitsnachweisen von den Unternehmern verfahren wird, „Strolche und Wegelagerer, die ahnungslose Menschen hinterrücks überfallen, werden hier von deutschen Kapitalisten in den Schatten gestellt", knüpfte unser Redner die Forderung, „daß der Arbeitsnachweis dem wirtschaftlichen Kampfe als Kampfobjekt entzogen wird", und er beschwor zum Schluß die Regierung: „Meine Herren von der Regierung, täuschen Sie die Harrenden und Hoffenden nicht! Sollte es aber wider Erwarten geschehen, dann, das können Sie sicher sein, kommt die Zeit, wo das Volk sagen wird: eine Grenze hat Tyrannenmacht, — wo es sagen wird: bis hierher und nicht weiter!" Der langen Antwort des Staatssekretärs des Innern, Delbrück, kurzer Sinn lautete: daß die Frage der Arbeitsvermittelung für eine Regelung auf paritätischer Grundlage nach seiner Ueberzeugung zum mindesten nicht reif sei. Daß die Regierung im Zustande der völligen Abhängigkeit von den Zechenherren wäre, sei unzutreffend. Ausgleichende Gerechtigkeit werde nur geübt, wenn die Regierung die Wünsche der Arbeiter n i c h t erfülle, denn „die Zechenherren sind nur zu einem kleinen Teile Eigentümer des Kapitals, das in den Zechen arbeitet, sondern das Kapital ist verteilt durch das ganze deutsche Volk, in der Hand kleiner Rentner, in der Hand a r m e r W i t w e n, in der Hand von W a i s e n und Vormündern". Solche Albernheiten kann der sogenannte Staatssekretär für Sozialreform vortragen, ohne sich dadurch sofort für alle Zeiten lächerlich und unmöglich zu machen. Daß Konservative und Nationalliberale die Zechenbarone verteidigten, bedarf kaum der Erwähnung. Scharfe, rückhaltslose Kritik übte von den nachfolgenden Rednern außer dem sozialdemokratischen Abgeordneten Sachse besonders Herr Naumann an dem Verhalten der Großkapitalisten und der Tatenlosigkeit der Regierung. Sachse meinte, „wenn die Arbeiter die Rede des Herrn Staatssekretärs lesen, wird mancher Fluch unter den Bergarbeitern fallen". Durch die Arbeitsnachweise

solle das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter so gut wie vernichtet werden. Der Staatssekretär habe nur die Unternehmer befragt, „aber er konnte nicht angeben, daß er, wo es sich um den strittigen Arbeitsnachweis handelte, mit Arbeitern verhandelt hätte.“ Die Leiter der Organisationen hätten den Unternehmern immer wieder die Hand zum Frieden geboten. „Es geschieht uns vollständig Unrecht, wenn man hier immer so tut, als schürten wir das Feuer. Wenn es gelingt, den Streik zu verhindern, haben Sie das uns zu verdanken — und niemand anders.“ Aber „der Kampf kommt, wenn der Arbeitsnachweis so durchgeführt wird, wie wir befürchten.“

Der Staatssekretär antwortete u. a. auf Sachses Rede: „Ich kann nur sagen, ich bin dem Herrn Abgeordneten Sachse für die Objektivität und den vornehmen Ton, mit dem er mich kritisiert hat, außerordentlich dankbar.“ In der Form war er etwas entgegenkommender als in der ersten Rede. Er wolle sich keineswegs einseitig informieren, sondern stehe auch den Arbeitervertretern zur Verfügung, „wenn die Herren zu mir kommen und sich mit mir über Arbeiterverhältnisse unterhalten; wenn sie Wünsche haben, die sie vortragen wollen, so würde ich ihnen dankbar sein, wenn sie kommen“. Von der Zukunft nur hofft der Staatssekretär, daß man zu einer paritätischen Regelung nicht nur des Arbeitsnachweises, sondern auch vieler anderer Fälle kommen wird. Das ist ein schwacher Trost für die Arbeiter, die der Unternehmerwillkür ausgeliefert sind. Die Regierung hat ihnen in höchster Not auch in der Frage der Zwangsarbeitsnachweise Hilfe **versagt**.

Unterstützung der Wahlrechtsbewegung in Preußen.

Den Wahlrechtskampf der Parteigenossen in Preußen unterstützte die Fraktion nach Kräften, indem Redner bei jeder sich darbietenden Gelegenheit darauf Bezug nahmen und für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen eintraten. Anlaß zu der ersten direkten Aktion gaben die täppischen Aufführungen des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident im Landtage aus Anlaß einer Wahlrechtsdebatte. Er hat davon gesprochen, „daß politische Kultur und politische Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht ist“, und daß „die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, den politischen Sinn zu verflachen und zu verrohen“.

Interpellation betreffend das Reichstagswahlrecht.

Die Fraktion brachte, um den Reichskanzler wegen dieser Kritik am Reichstagswahlrecht zur Rechenschaft zu ziehen, folgende Interpellation ein:

„Was hat den Herrn Reichskanzler veranlaßt, in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?“

In schärfster Weise griff als Begründer der Interpellation am 19. Februar Abgeordneter Dr. Frank den Reichskanzler an. Der Kanzler sei verpflichtet, die Reichsverfassung zu hüten und zu schützen, und zur Reichsverfassung gehören auch die Bestimmungen über das Wahlrecht zum Deutschen Reichstag. Frank zitierte die Auslassungen des Kanzlers und warf sodann die Frage auf: „Der Reichstag soll dulden, daß die Reichsgeschäfte geleitet werden von einem Herrn, der über das Grundrecht des deutschen Volkes, unser demokratisches Wahlrecht so verächtlich denkt und spricht wie der Reichskanzler?“

Der Redner fügte die Antwort sofort hinzu: „Ich glaube, er muß selbst fühlen, daß er mit solchen Gesinnungen am unrechten Platze ist. Solange er aber noch da ist, wollen wir von ihm wissen, was er mit seinen Ausführungen bezweckt hat..... beabsichtigt er, dieses verflachende und verrohende Wahlrecht zu ändern?“ Im Verlauf seiner Rede wies Frank auf das Ueberzeugendste nach, wie falsch die Beurteilung der Wirkungen des demokratischen Wahlrechts durch den Kanzler ist, kritisierte die preußische Wahlrechtsvorlage, besonders die beibehaltene Oeffentlichkeit der Abstimmung, von der er sagte: „Ich kann mir etwas Gemeineres, etwas Gewissenloseres, etwas Erbärmlicheres und Feigeres nicht denken, als den Versuch der wirtschaftlich Mächtigeren, die wirtschaftlich Schwachen um ihre Ueberzeugung zu betrügen und die Wahl zu fälschen.“ Unser Redner zeigte, daß wahrer Idealismus die Hunderttausende erfüllt, die für ihre Wahlrechtsforderungen demonstrierten, geißelte die vorgekommenen Polizeiausschreitungen, die bis zum Blutvergießen führten. Er betonte zum Schluß: „Durch Opfer, die es kostet, wird sich die Arbeiterschaft vom Wahlrechtskampf nicht abschrecken lassen.... Der Wahlrechtskampf hat erst begonnen, er wird weitergeführt. Der Reichskanzler wird gehen, die Wahlrechtsbewegung wird bleiben.“ Der Reichskanzler drückte sich mit der faulen Ausrede, die Diskussion über das preußische Wahlrecht gehöre nicht in den Reichstag, um eine Verteidigung seiner elenden Wahlrechtsvorlage herum. Wehleidigen Tons klagte er, die Sozialdemokraten wollten ihm das Recht der freien Meinungsäußerung verwehren. Er halte für richtig, was er im Landtage sagte. Nicht zu albern war ihm das Argument, die Sozialdemokraten bedrohten den Bestand des Reichstagswahlrechts, weil sie das Wahlalter heruntersetzen, den Frauen zum Stimmrecht verhelfen wollen. Es sei keineswegs seine Absicht, am Reichstagswahlrecht zu rütteln. Er wiederholte: „Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, am Reichstagswahlrecht zu rühren. Das ist die klipp und klare Antwort auf die Frage des Herrn Abgeordneten Frank.“ Die Reden aller bürgerlichen Abgeordneten stellten eine Verbeugung vor dem Reichstagswahlrecht dar. Nur der Abgeordnete Fürst Hatzfeld gebrauchte die Wendung: „Eine Aenderung dieses Wahlrechts könnte nur dann jemals in Frage kommen, wenn der Reichstag eine Mehrheit aufweisen sollte, welche die Lebensbedingungen des Reiches selbst bedrohen will.“

Vom Abgeordneten Ledebour deswegen gestellt, verwahrte Hatzfeld sich erst durch Zwischenrufe, dann in einer persönlichen Bemerkung gegen die Auffassung, er denke an die Abänderung des Reichstagswahlrechts. Die Wahlrechtsdebatte bedeutete einen glänzenden Erfolg. Die politische Situation kennzeichnete Ledebour mit den Schlußworten: „daß die herrschende Klasse am Ende ihres Lateins ist, daß sie dem Untergang entgegengeht, daß sie den Untergang verdient und daß das Volk über sie den Sieg erkämpfen wird.“

Interpellation betreffend die Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel.

Die zweite Aktion zur wirksamen Unterstützung der preußischen Wahlrechtsbewegung unternahm die Fraktion, als die Verbote von Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel sich häuften. Die Verweigerung der Genehmigung zur Versammlung im Treptower Park am 6. März gab den Anlaß, eine Interpellation einzubringen, die mit den Worten schloß:

> „Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um eine derartige Beeinträchtigung des Versammlungsrechts für die Zukunft zu verhüten?“

In seiner Rede zur Begründung der Interpellation betonte am 11. März Abgeordneter Ledebour: „Während dieser ganzen Wahlrechtsbewegung, das läßt sich aktenmäßig nachweisen, haben in Preußen nur da Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit stattgefunden, wo die Polizei eingegriffen hat." Der Redner wies nach, daß das Verbot der Treptower Versammlung rechtswidrig erfolgt sei; zog sich einen Ordnungsruf zu, als er meinte, die preußische Regierung hätte „den intellektuellen Urheber einer derartigen Unverschämtheit sofort zu entlassen", und kritisierte dann auf das schärfste das brutale Einhauen und -reiten der Polizei auf die friedlichen Demonstranten, auf Wehrlose, auf Frauen, im Tiergarten und auf den Zugängen nach Treptow. Den lärmenden Konservativen sagte er: „Wenn Sie die Demonstrationen auch selbst nicht billigen, so müssen Sie doch so viel menschliches Mitgefühl haben, daß Sie ruhig sind, wenn über derartige Brutalitäten hier gesprochen wird." Ledebour erklärte in bezug auf die Wahlrechtsvorlage der Regierung: „Wir werden unter allen Umständen die Aufgabe, die uns durch die geschichtliche Entwickelung jetzt geworden ist, in Preußen für ein freies und gleiches Wahlrecht zu sorgen, so lange fortsetzen mit allen Mitteln, bis wir dieses Ziel erreicht haben." Und fügte in den Schlußsätzen hinzu: „Je länger Sie sich dagegen sträuben, je länger Sie solche vergeblichen Versuche machen, mit kleinen Sandhäufchen die wachsende Meeresflut einzudämmen, um so mehr wird sie niederreißen, wenn sie Ihre künstlichen Dämme durchbricht, und dann wird noch ganz anderes historisches Gerümpel als bloß das elende Dreiklassenwahlsystem in die Rumpelkammer der Weltgeschichte gefegt werden." Der Staatssekretär des Innern machte Ausflüchte, es sei wegen des Verbots der Treptower Versammlung Klage erhoben und in das schwebende Verfahren könne er nicht eingreifen. Die Kritik der Polizeitaten gehöre vor den preußischen Landtag. Unterstützung fand er nicht nur an den Konservativen, Antisemiten und den Nationalliberalen, sondern auch sehr nachdrücklich am Zentrum, dessen Redner Freiherr v. Hertling in den düstersten Farben schilderte, welche Gefahren durch Massendemonstrationen angeblich heraufbeschworen werden und der dadurch gegen die Wahlrechtsbewegung des Volkes Stellung nahm. Abgeordneter Heine, der gegen den Staatssekretär und die bürgerlichen Redner polemisierte, erklärte, die Fraktion denke nicht daran, sich mit einem Hinweis auf den Beschwerdeweg wegen des durchaus unhaltbaren Verbots abspeisen zu lassen. Die Sache solle verschleppt werden. Die höchste Beschwerdeinstanz sei der Reichstag. Er hatte das letzte Wort, als er sagte: „Sie mögen nicht denken, daß unser Volk die wichtigsten politischen Rechte, die es hat, sich wegeskamotieren lassen will durch einen Herrn v. Jagow — einen Strategen von diesem Range! — ohne daß es dagegen einen energischen Protest erhöbe!"

Weitere Aeußerungen zum Wahlrechtskampf.

Bei der Etatsdebatte wies Abgeordneter Scheidemann auf das dem Volke in Preußen gegebene Versprechen einer zeitgemäßen Wahlrechtsreform hin. Nach Bülows Abgang habe die konservative Presse erklärt, das Versprechen brauche nicht eingelöst zu werden. Es habe Leute gegeben, die erwarteten, es müsse eine Erklärung des Reichskanzlers kommen, in der „er sich gegen die ihm zugemutete Schusterei energisch verwahre, in der er erklärte: ich und mein König, wir haben nichts zu tun mit Schustereien, wie sie da verlangt werden. Der Herr Reichskanzler hat sich in Schweigen gehüllt." Auch auf diese Anzapfung reagierte der Kanzler nicht. Erregten Protest erhob er nur, als Scheidemann, unter Hinweis auf bekannte, unbestreitbare Tatsachen, an Wortbrüche verstorbener Hohenzollern erinnerte. Ueber die Wahlrechtsfrage

zu sprechen, weigerte sich Bethmann Hollweg, weil sie nicht zur Kompetenz des Reichstages gehöre. Dr. Frank erwiderte darauf einige Tage später: „Es macht einen armseligen Eindruck, wenn man in einer so großen Frage sich hinter einer Kompetenzfrage verschanzen will. Denn darüber wird doch heute nicht mehr gestritten, daß die innere Einheit des Deutschen Reiches in Frage gestellt ist, wenn auf die Dauer im Norden die Massen des Volkes entrechtet bleiben, während sie im Süden in Verwaltung und Gesetzgebung mitarbeiten dürfen." Auch bei der Beratung des Marineetats zog Dr. Südekum die Zustände in Preußen in den Kreis seiner Betrachtungen, und führte aus: „Und wenn in Preußen die Politik der Reaktion weiter getrieben wird wie bisher, wenn in Preußen die Kluft zwischen den großen Massen des Volkes und den wenigen Bevorzugten immer noch mehr erweitert wird durch eine ebenso kurzsichtige wie brutale Niederhaltungspolitik, meine Herren, dann zerstören Sie noch den letzten Rest der Hoffnung, daß Sie dieses Volk einmal entflammen könnten, für Ihre Interessen — denn das sind sie ja im wesentlichen — vom Leder zu ziehen." Bei der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes wurde vom Abgeordneten Scheidemann hervorgehoben, der Wahlrechtskampf in Preußen sei aufzufassen als ein Kampf, „den das deutsche Volk kämpft um seine Ehre". Der Reichskanzler Bethmann Hollweg habe durch sein Verhalten in der Wahlrechtsfrage zusammen mit seinem Sancho Pansa, dem Herrn v. Jagow, in acht Monaten für die Ruinierung des Ansehens Deutschlands im Auslande mehr getan, als seine drei Vorgänger zusammen getan haben. Das deutsche Volk werde erst dann imstande sein, „seine Freiheit nach außen zu wahren, wenn es seinen inneren Befreiungskampf zu Ende geführt hat."

Bemühungen für die brotlosen Tabakarbeiter.

Viel größer ist das Elend der Tabakarbeiter geworden, wie die Regierung und die bürgerlichen Parteien annahmen, als sie die Tabaksteuer wesentlich erhöhten. Tausende von Männern und Frauen sind dem Elend überliefert worden. Zur Unterstützung der beschäftigungslos gewordenen Tabakarbeiter war in einem Nachtragsetat für das Jahr 1909/1910, von dem später noch kurz die Rede sein wird, gemäß dem Tabaksteuergesetz vom 15. Juli 1909 die Summe von 2 Millionen Mark eingestellt. Da aber den brotlosen Arbeitern bei der Erlangung der Unterstützung vielfach erhebliche Schwierigkeiten gemacht wurden, beschloß die Fraktion, die Regierung deswegen zu interpellieren. Weil aber der Kanzler die Beantwortung der Interpellation erst für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht stellte, wurde über die Lage der Tabakarbeiter vorher schon in der Budgetkommission und im Plenum verhandelt. Da der Betrag von 2 Millionen als unzulänglich erkannt wurde, schlug die Budgetkommission vor, die Summe auf 2½ Millionen Mark zu erhöhen.

Bei der zweiten Lesung des Nachtragsetats am 14. Dezember trug Abgeordneter Geyer die Klagen der durch die Steuergesetzgebung des Schnapsblocks brotlos gewordenen Tabakarbeiter vor. Größer sei das Unglück in der Tabakindustrie noch geworden, als es von den sozialdemokratischen Rednern bei der Beratung der Tabaksteuervorlage vorausgesagt wurde. Scharf nahm Geyer das Zentrum her, das sein Wort in der Frage der Tabakbesteuerung gebrochen habe, indem es erst dagegen agitierte, dann aber die Steuer durchdrückte und jetzt noch wage, sich als Wohltäter der geschädigten Arbeiter hinzustellen. Der Schatzsekretär hatte so getan, als ob er den arbeitslosen Tabakarbeitern bei der Gewährung der Unterstützung sehr wohlwollend gegenüberstehe. Geyer aber stellte fest: „Die Regierung hat die Arbeiter nicht ver-

anlaßt, etwa mitzuhelfen an der Herstellung der Ausführungsbestimmungen, nein, da mußten erst, als die Ausführungsbestimmungen die ganzen Mißstände mit sich brachten, . . . die Arbeiter fordern, daß man ihnen eine Audienz gewähre, um ihre Beschwerden vortragen zu können.“ Gegenüber demagogischen Behauptungen des nationalliberalen Dr. Everling stellte unser Redner fest, daß die Beseitigung der Hausarbeit in der Tabakindustrie „natürlich nur successive“ erfolgen solle, und ferner, die Nationalliberalen seien schuld daran, daß die Tabakbesteuerung gekommen ist. An den Schatzsekretär richtete er die Aufforderung, bei der Erledigung der Unterstützungsgesuche im Interesse der notleidenden Arbeiter „schärfer zuzugreifen als bisher; denn die Not ist groß und Verschleppung immer noch an der Tagesordnung!“ Abgeordneter Molkenbuhr trat energisch der Zentrumslüge entgegen, die der Redner dieser Partei sich nicht gescheut hatte, im Reichstage verklausuliert zu wiederholen, die Sozialdemokraten hätten gegen den Antrag auf Gewährung einer Unterstützung an die Tabakarbeiter gestimmt. Aktenmäßig stellte unserer Redner fest, daß die Fraktion nur gegen einen Verschlechterungsantrag des Zentrums gestimmt hat. Ferner betonte er, man müßte „der Regierung die allerschwersten Vorwürfe machen, daß sie ein Gesetz in Kraft treten läßt, ohne die Entschädigungsfrage vorher geregelt zu haben, obwohl sie weiß, daß so und so viel Arbeiter brotlos werden“, und bekämpfte Härten, die bei der Prüfung der Unterstützungsberechtigung häufig vorgekommen waren.

Die Interpellation betreffend die arbeitslosen Tabakarbeiter

kam am 14. Januar zur Verhandlung. Abgeordneter Geyer betonte in der Begründung, die früheren Erörterungen hätten die Interpellation nicht erledigt. „Es handelte sich nämlich darum, Maßnahmen zu treffen, die erstens den durch das Gesetz Geschädigten Hilfe bringen, und die zweitens verhüten, daß die Ausführungsbestimmungen zu Art. 2a des Gesetzes entgegen dem Gesetz zum Nachteil der Geschädigten zur Anwendung kommen.“ Geyer führte neues Material an über die unheilvolle Wirkung des Tabaksteuergesetzes, zeigte, wie viele Arbeitslose von der Unterstützung ausgeschlossen worden sind und schloß: „Wenn der Staat sich erlaubt, durch Steuergesetze 10 000 bis 14 000 Arbeiter arbeitslos zu machen, dann hat er die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter nicht in Not und Elend kommen“.

Der Reichsschatzsekretär wollte nicht gelten lassen, daß Anlaß zur Beschwerde vorliege. Ueberaus prompt sei der Geschäftsgang bei der Erledigung der Unterstützungsgesuche, hintan zu halten sei „eine über den Zweck hinausgehende Ausnutzung des Unterstützungsfonds“. Abgeordneter Molkenbuhr wies nach, daß es dem Gesetz keineswegs widerspreche, wenn auch Zigarettenarbeiter, Kistenmacher usw. unterstützt würden. Die Hoffnung auf eine baldige Besserung der Lage in der Tabakindustrie könne er nach den Erfahrungen mit dem Gesetz von 1879 nicht teilen, weil damals die Arbeiter ein volles Jahrzehnt hindurch geschädigt worden sind.

Weitere Maßnahmen für die Tabakarbeiter.

Erneut nahm die Fraktion Stellung zur Unterstützungsfrage der Tabakarbeiter, indem zur zweiten Lesung des Etats des Reichsschatzamtes eine Resolution folgenden Wortlauts eingebracht wurde:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen,

1. daß der Artikel II a des Gesetzes wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 dahin abgeändert wird, daß den Einzelstaaten

weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Hausgewerbetreibenden und Arbeiter des Tabakgewerbes, die infolge des Gesetzes arbeitslos geworden sind, ausreichend zu unterstützen;

2. daß in einen Nachtrag des Reichshaushaltsetats die erforderliche Summe eingestellt wird.

Es hatte sich herausgestellt, daß der bewilligte 4 Millionenfonds für das Etatsjahr nichts ausreichen würde. In der Budgetkommission fanden Verhandlungen statt über die weitere Regelung des Unterstützungswesens. Es wurde beschlossen, noch 750 000 Mk. in den Etat einzustellen. Aus diesem Fonds sollte aber nur „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit" etwas gegeben werden. Der Schatzsekretär erklärte nochmals, wenn dieser Betrag nicht ganz ausreichen sollte, könne er die Erklärung abgeben, daß er sich für ermächtigt halten werde, Notständen unter den Tabakarbeitern mit den erforderlichen Mitteln abzuhelfen. Die Mehrheitsparteien brachten dann am 16. März einen Kompromißantrag ein, nach welchem das Wort „besonderen" aus dem Etatsdispositiv gestrichen werden sollte. Molkenbuhr bekämpfte die ganze Anmerkung, indem er erklärte, daß die Steuerbehörden nur festzustellen haben, ob die Arbeitslosigkeit durch die Steuererhöhung verursacht sei. Es sei nicht nötig, noch festzustellen, ob eine einfache oder besondere Hilfsbedürftigkeit vorliege. Die Steuerbehörden sind gar nicht in der Lage, die Hilfsbedürftigkeit festzustellen. Auch der Tabakarbeiter, der noch einige Sparpfennige besitze, der aber durch das Steuergesetz arbeitslos geworden ist, muß einen Anspruch auf Unterstützung aus den 750 000 Mk. haben. Bebel beantragte nun die Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit" durch die Worte „die wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden sind" zu ersetzen. Dieser Antrag Bebels wurde angenommen. Inzwischen hat das Reichsschatzamt neue Bestimmungen erlassen, die auf ein baldiges Einstellen der Unterstützungszahlungen hinauslaufen. Mögen die Arbeiter hungern oder betteln gehen! So wird zwar nicht gesagt, aber man handelt doch entsprechend.

Sparsamkeit auf Kosten der Aermsten.

Geknickert haben Regierung und bürgerliche Parteien stets, wenn es sich um Ausgaben für die Aermeren und Armen handelte. An diesem üblen Brauch wollen sie unerschütterlich festhalten. Wiederholt erbrachten sie Beweise dafür im verflossenen Jahre.

Hinausschiebung der Witwen- und Waisenversicherung.

Durch § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 ist bestimmt worden: „Der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallende Nettozollertrag der nach den Tarifstellen 1 (Roggen), 2 (Weizen), 102 (Rindvieh), 103 (Schafe), 105 (Schweine), 107 (Fleisch), 107a (Schweinespeck) und 160 (Mehl) des Zolltarifes (§ 1) zu verzollenden Waren, welche nach den nach dem Durchschnitte der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Bis zum 1. Januar 1910 sollte die Hinterbliebenenversicherung durch besonderes Gesetz geschaffen sein. Falls dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft treten sollte, war vorgesehen, daß von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge sowie die eingehenden Mehrerträge selbst den Invalidenversicherungsanstalten zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung überwiesen werden. Gleich nach seinem Zusammentritt ging dem Reichs-

lage ein Gesetzentwurf zu, durch den der Termin für das Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversicherung bis zum 1. Januar 1911 hinausgeschoben wird. Der § 15 des Zolltarifgesetzes wird nach dem Antragsteller lex Trimborn genannt. Die Zentrumsarbeiter sollten dadurch über die volksfeindliche Haltung des Zentrums bei der Zolltarifberatung getäuscht werden. Abgeordneter Molkenbuhr vollzog dafür am 3. Dezember 1909 am Zentrum ein förmliches Strafgericht. Er erklärte, die Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen. Die Regierungen hätten die Pflicht gehabt, „bis zum 1. Januar 1910 die Hinterbliebenenversicherung in Kraft treten zu lassen". Da dies nicht geschehen sei, war der angesammelte Fonds in Höhe von rund 47 Millionen Mark „an die Versicherungsanstalten abzuführen, damit diese mit der Auszahlung der Witwen- und Waisenrenten beginnen konnten". Werde der vorliegende Gesetzentwurf abgelehnt, haben „die Witwen und Waisen vom 1. Januar ein klagbares Recht, ihre Rente zu verlangen". Dann kämen Renten zum Vorschein, daß manche Witwen sie den Auszahlern vor die Füße werfen und de verfluchen würden, der sage, das sei eine Witwen- und Waisenrente. Molkenbuhr legte dar, wie das Zentrum bei der Beratung des Zolltarifs erst weitgehende Versprechungen für die Witwen und Waisen gemacht hat, aber schließlich so wenig bewilligte, „daß der Abgeordnete Trimborn als Waisenrente Sätze in Aussicht stellte, so kläglich, wie sie von keiner Armenverwaltung gezahlt werden. Er wollte nur 80 Mk. an die Witwe und 40 Mk. im Jahre für jede Waise oder 100 Mk. für die Witwe und 33⅓ Mk. für jede Waise geben. Und doch rechnete er damals damit, daß bis zum 1. Januar 1910 310 Millionen Mark angesammelt sein sollten, und eine ebenso hohe Summe wie der Ueberschuß aus den Zöllen durch Beiträge aufgebracht werden sollten. Durch seinen Verschlechterungsantrag vom 11. November 1902 strich er so viel, daß selbst nach seiner Rechnung nur noch 41 Millionen Mark jährlich bleiben konnten, und durch seine Rede zur Begründung des Verschlechterungsantrages strich er auch noch die Beiträge. Die „Germania" log aber, daß 72 800 000 Mk. Ueberschuß jährlich kommen würde, und so logen die ganzen Zentrumsagitatoren im ganzen Lande herum." Die erwarteten Erträge sind aber in mehreren Jahren gänzlich ausgeblieben. Unser Redner konnte dem Zentrum vorhalten: „Sie haben den Witwen und Waisen das Brot verteuert, aber ihnen keine Versicherung gebracht. Bei den zur Verfügung stehenden Mitteln „könnten Sie jeder Witwe und jeder Waise eine Jahresrente von 5 Mk. auszahlen...." Der § 15 muß in seiner ganzen Schönheit in Kraft treten, es muß einmal die Rente zur Auszahlung kommen, es muß dahin kommen, daß einmal dem Volke durch Pfennige bewiesen wird, wie knickerig man gegenüber den Armen ist. Dem Großgrundbesitz haben Sie durch den Zolltarif die Einnahmen um Hunderttausende jährlich erhöht, und das, was Sie eine Versorgung der Witwen und Waisen nennen, sind fünf Mark Jahresrente. Zahlen Sie die fünf Mark Jahresrente aus, pro Monat etwas über 40 Pfennige und sagen Sie: „Das ist die soziale Großtat, die das Zentrum vollbracht hat". Zu entkräften vermochte das Zentrum die wuchtigen Vorwürfe nicht. Abgeordneter Ledebour wies einen Versuch Trimborns zurück, ihn zum Lobredner des Volksbetruges des Zentrums zu stempeln. Das Zentrum und seine Mitschuldigen von den Zolltarifverhandlungen nahmen die Regierungsvorlage an, um bis 1911 eine jammervolle Hinterbliebenenversicherung zustande zu bringen, für die von den durch die hohen Agrarzölle ausgewucherten Arbeiter neue Beiträge gezahlt werden sollen. Zentrumsredner suchten vorher in gewohnter demagogischer Weise das Kampffeld zu verschieben. Die Abgeordneten Sachse und Stadthagen traten diesem Verfahren nachdrücklich entgegen.

Die gefoppten Kriegsteilnehmer.

Die Verpflichtung des Reiches, für die notleidenden Kriegsveteranen ausreichend zu sorgen, ist von jeher von den sozialdemokratischen Abgeordneten auf das Nachdrücklichste betont worden. Fast in jedem Jahre hat einer unserer Redner bessere Veteranenfürsorge gefordert. Am 13. Juli 1909 hat der Reichstag einstimmig einen Gesetzentwurf angenommen, wonach allen Kriegsteilnehmern die weniger als 600 Mk. Einkommen haben, ein Ehrensold von 120 Mk. jährlich zu zahlen ist. Der Bundesrat stimmte dem Gesetz nicht zu, weil es an den erforderlichen Mitteln in Höhe von etwa 17 bis 23 Millionen Mark fehlt. Am 23. April 1910 kamen Anträge aller bürgerlichen Parteien zur Verhandlung, die erneut die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer forderten. Beschlossen wurde einstimmig, daß vom 1. Mai 1910 ab die Beihilfe von 120 Mk. den Veteranen zu zahlen ist, die weniger als 600 Mk. Einkommen haben. Die bürgerlichen Antragsteller wußten, daß Debatte und Beschluß nur ein wertloses Scheinmanöver waren. Der Begründer des nationalliberalen Antrages, Prinz zu Schönaich-Carolath, sagte in bezug auf die Veteranenfürsorge: „Es war kein Geld vorhanden, es ist kein Geld vorhanden und es wird auch in Zukunft anscheinend kein Geld vorhanden sein.“ Reichsschatzsekretär Wermuth bestätigte: „Mittel sind augenblicklich nicht vorhanden.“ Abgeordneter Schöpflin betonte, der Reichstag müsse seine Machtmittel anwenden, um die Regierung zu zwingen, endlich für die Veteranen zu sorgen. Statt 120 Mk. sollten mindestens 180 Mk. gewährt werden, weil Mieten, Lebensmittel und alle Bedarfsartikel teurer geworden seien. Die erforderlichen Mittel seien nicht durch neue Steuern, sondern durch Ersparnisse im Etat zu beschaffen. — Da weder Ersparnisse gemacht noch neue Steuern beschlossen wurden, müssen die Veteranen weiter darben. Schöpflin hatte den bürgerlichen Fraktionen zugerufen: „Wenn das Veteranengesetz nicht zustande kommt, so tragen Sie die Schuld daran, weil Sie, obwohl Sie die Mittel haben, es durchzudrücken, deren Anwendung unterließen!“

Handelspolitik.

In den Kreisen des Handels und der Industrie herrscht arge Verstimmung, weil jetzt zutage tritt, daß die Hochschutzzollpolitik die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern stört und den Abschluß günstiger Handelsverträge erschwert oder gar unmöglich macht. In allen handelspolitischen Fragen hat es sich gezeigt, wie falsch die Behauptung unserer Gegner ist, daß die Sozialdemokratie ganz einseitig sich nur um Arbeiterinteressen kümmere. Wie sehr sich die sozialdemokratische Fraktion angelegen sein läßt, die Interessen des Auslandshandels und der Exportindustrie, mit denen die Interessen vieler Arbeiter durchaus übereinstimmen, wahrzunehmen, beweist eine Rede des Abgeordneten Dr. Südekum am 19. Januar. Zur Beratung stand der

Freundschafts- und Handelsvertrag mit Bolivia.

Unser Redner betonte, es sei erfreulich, wenn Deutschlands Handelsbeziehungen zu anderen Ländern gebessert würden. Er weise die Regierung darauf hin, daß in Frankreich ein in manchen Punkten geradezu übertrieben hoher Zolltarif nahe vor dem Abschlusse stehe. Die Regierung solle erklären, ob die Schäden, die der deutschen Industrie zu erwachsen drohen, im weiteren Gange der Verhandlungen herabgemindert werden können. Der

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes versprach, daß die Regierung bestrebt sein werde, unsere handelspolitischen Interessen vor Beeinträchtigung und Schädigung zu bewahren.

Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche.

Durch Gesetz vom 16. Dezember 1907 ist der Bundesrat bevollmächtigt, unsere handelspolitischen Beziehungen zum Britischen Reiche auf der Grundlage der Meistbegünstigung autonom zu regeln. Die Fraktion stimmte der Verlängerung dieser Vollmacht auf weitere zwei Jahre zu.

Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

Eine darauf bezügliche Vorlage brachte die Regierung ein, damit bis zum 1. Dezember 1911 Zeit für die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag gewonnen werden kann, wie er notwendig wird durch einen neuen schwedischen Zolltarif. Agrarischen Wünschen, die Redner des Zentrums und der Rechten bei der Beratung am 14. April vorbrachten, trat Abgeordneter Molkenbuhr entgegen. Die Agrarier möchten das Zustandekommen irgendwelcher Handelsverträge verhindern. „Es wäre für Sie eine schöne Sache, wenn Sie dadurch eine Erhöhung der Getreide-, Vieh- und Fleischzölle herbeiführen könnten," rief er den Agrariern zu. Als sozialdemokratische Forderung stellte er auf „solche Handelsverträge abzuschließen, in welchen die Nahrungsmittelzölle und ähnliche Zölle ganz über Bord geworfen würden. . . . Dem deutschen Volke und dem deutschen Handel würde das jedenfalls zum Segen gereichen." Der Verlängerung des Handelsvertrages stimmte die Fraktion zu.

Gesetz betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Das handelspolitische Abkommen mit Amerika, das gewissermaßen unmittelbar vor Toresschluß nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen ist, sieht vor, daß Deutschland den Vereinigten Staaten den vollen Konventionaltarif, d. h. durch Handelsverträge mit anderen Ländern herabgeminderten Tarif, einräumt, wogegen Amerika Deutschland seinen Minimaltarif und damit die Meistbegünstigung gibt. Da aus verschiedenen Gründen eine Debatte über das Abkommen untunlich war, schickte die Fraktion sowie alle übrigen Parteien keinen Redner vor und stimmte dem Gesetzentwurfe zu.

Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Portugal.

Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Portugal sind in der Zeit von 1872 bis 1892 durch einen Handelsvertrag geregelt gewesen, der infolge Kündigung von seiten Portugals am 1. Februar 1892 außer Kraft trat. Seit dieser Zeit entbehrten die deutschen Handelsbeziehungen zu diesem Staate der vertraglichen Regelung. Wiederholt ist versucht worden, mit Portugal zu einer neuen vertraglichen Einigung zu gelangen. Der neue Vertrag, der dem Reichstage bei seinem Zusammentritt zuging, charakterisiert sich als ein Meistbegünstigungsvertrag mit Tarifbindung. Der Vertrag hat die schärfste Kritik erfahren müssen, weil er den Interessen der deutschen Exportindustrie und damit auch den Interessen der Arbeiter bei weitem nicht genügend Rechnung trug. Bei der ersten Lesung am 4. Dezember 1909 erfuhr die deutsche Diplomatie wegen ihrer Unfähigkeit sehr scharfe Angriffe. Für die sozialdemokratische Fraktion betonte Abgeordneter Dr. Südekum: „Meine Partei ist im

allgemeinen immer geneigt, die Handelsbeziehungen mit dem Auslande zu verbessern. . . Auch der Versuch, mit Portugal zu einem Vertragsverhältnis zu gelangen und dadurch unseren Export zu sichern, hat unsere volle Sympathie." Ob dieser Versuch gelingen werde, sei sehr zweifelhaft. „Dieser Handelsvertrag ist nicht in Lissabon, sondern in London entworfen worden. Es ist ein Handelsvertrag, der durchaus und ganz einseitig die englischen Interessen bevorzugt. . . . Die Diplomatie und Bureaukratie, die diesen Vertrag abgeschlossen hat, hat sich dabei mit jener Nonchalance bewegt, die einer Kaste der Beamtenschaft unmöglich fehlen kann, die sich eigentlich nur durch Inzucht fortpflanzt." Wer wolle, daß die Interessen des deutschen Handels und der Industrie bei handelspolitischen Verhandlungen in Zukunft besser gewahrt werden, der müsse „die Bemühungen besonders der sozialdemokratischen, aber auch anderer linksstehender Parteien unterstützen, um Wandel zu schaffen in unserem ganzen diplomatischen Dienste und nicht mehr weiter die Diplomatie nur als Domäne für wenige auserwählte Familien gelten zu lassen." Bei der Fortsetzung der Debatte am 7. Dezember unterstrich Abgeordneter Lehmann diese Kritik an der unfähigen deutschen Diplomatie und hob hervor, daß den portugiesischen Weinen weitgehende Zugeständnisse gemacht würden, ohne genügende Gegenleistungen für unsere Industrie. Nur die agrarische Zuckerindustrie werde auf ihre Rechnung kommen. — Der Vertrag wurde an eine Kommission verwiesen, in der es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kam. Die sozialdemokratische Fraktion gab schließlich dem Handelsvertrag, dessen Ablehnung die Mehrheit der Kommission empfahl, trotz ernster Bedenken ihre Zustimmung, wie es dem Wunsche und den Interessen der Industrie und des Handels entsprach. Abgeordneter Molkenbuhr hielt bei der zweiten Lesung am 1. Februar den Vertretern des Handels, die sich über schlechte Behandlung durch die Regierung beklagten, vor: „Sie haben selbst dazu beigetragen, daß das agrarische Element immer gestärkt worden ist." Wenn die Diplomatie keine befriedigenden Handelsverträge zustande bringe, so sei das, wie von Sozialdemokraten bei der Beratung des Zolltarifs vorausgesagt wurde, der deutschen Hochschutzzöllnerei zuzuschreiben. Ein Zollkrieg mit Portugal würde eine ganze Reihe von Belästigungen für unseren Auslandshandel zur Folge haben. „Wir sind Gegner derartiger Zollkriege und wir stimmen für den Vertrag, erstens weil wir durch dessen Ablehnung die hohen Zölle in Portugal gar nicht verhindern würden . . . Es ist dann die Möglichkeit vorhanden, daß andere Staaten günstige Verträge mit Portugal abschließen und den deutschen Export nach Portugal von über 30 Millionen Mark ohne weiteres an sich reißen. Es kostet recht viel Arbeit, für mehr als 30 Millionen Mark Waren abzusetzen, und es ist fraglich, ob wir für die 30 Millionen Mark Waren anderswo ein Absatzgebiet finden." Gemäß den von jeher vertretenen wirtschaftspolizeilichen Anschauungen der Partei schloß Molkenbuhr: „Wenn einmal die Deutschen empfinden, daß die Hochschutzzöllnerei verrückt ist und sie über Bord werfen, wenn ein großer Staat damit anfängt, dann werden die anderen bald folgen."

Reichstagsangelegenheiten.

Eine Volksvertretung, die als Vollzieherin des Willens der Mehrheit des Volkes in allen Fragen der inneren und äußeren Politik mit Erfolg wirken will, muß peinlich darauf achten, daß ihre Würde und ihr Ansehen in jeder Beziehung gewahrt und nach Möglichkeit gesteigert werden. Daran hat es der Deutsche Reichstag sehr oft fehlen lassen; die sozialdemokratische Fraktion hat sich in der Hinsicht von jeher eifrig bemüht.

Der Skandal der Wahlprüfungen.

Nach Recht und Billigkeit sind die bürgerlichen Mehrheitsparteien bei der Prüfung der Wahlen auf ihre Gültigkeit hin, nie verfahren. Immer haben sie schließlich nach dem Grundsatz gehandelt, daß Macht vor Recht geht. Bei der ungerechtfertigten Kassierung sozialdemokratischer Mandate ist das in früheren Jahren wiederholt ganz unverhüllt in die Erscheinung getreten. In der Regel ist freilich darauf geachtet worden, daß die Willkür in den Schein des Rechtes gehüllt wurde. Wechselnde Mehrheiten haben aber recht verschiedene Grundsätze für die Beurteilung der Gültigkeit oder Ungültigkeit von angefochtenen Wahlen aufgestellt. Das jetzige Verfahren bei Wahlprüfungen hat sich als absolut unhaltbar herausgestellt. Es ist unverantwortlich, daß Mandate zu unrecht jahrelang ausgeübt werden können. In skrupellosester Art haben die bürgerlichen Parteien die Prüfung der Wahlen verschleppt. Nur dadurch wird es möglich, daß vier Jahre nach der Wahl noch nicht die Wahlprüfungen beendet sind. Zu einem beispiellosen Skandal gestalteten sich die Verhandlungen des Reichstages am 26. April bei der Beschlußfassung über Berichte der Wahlprüfungskommissionen. Unter anderem beantragte die Kommission die Wahl der Abgeordneten Klehe (2. Braunschweig), Arnstadt (3. Erfurt), v. Kaphengst (5. Frankfurt), Wehl (14. Hannover), Mayer (Pfarrkirchen) und Hennig (10. Frankfurt a. O.) für u n g ü l t i g zu erklären. Beteiligt waren die Konservativen mit drei, die Nationalliberalen mit zwei, das Zentrum mit einem Mandat. Stillschweigend bildete sich ein Block der Wahlfälscher, mit dem selbst der größte Teil der Freisinnigen enge Fühlung nahm. Die Beschlüsse der Wahlprüfungskommission wurden über den Haufen geworfen. Die bürgerlichen Parteien desavouierten zum Teil ihre eigenen Kommissionsmitglieder und setzten sich mit bis dahin beispielloser Skrupellosigkeit über alle Rechtsbegriffe hinweg. Selbst die dauernde Anwesenheit eines Gemeindedieners im Isolierraum wurde nicht als eine Verletzung des Wahlgeheimnisses angesehen. Die interessierten Parteien retteten einander die gefährdeten Mandate. Der Reichsparteiler Dr. Arendt sprach offen aus, was die bürgerlichen Wahlmogler bewegte: „Was bedeutet es für den Wahlkreis, wenn jetzt noch eine Nachwahl nötig ist. Eine Nachwahl ist für jeden Wahlkreis ein außerordentlich unangenehmes Ereignis." Mit ätzender Schärfe brandmarkte Abgeordneter Fischer das schmachvolle Verhalten der bürgerlichen Parteien, das „hinausläuft auf eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit für brüchige und wurmstichige Mandate". Besonders nagelte er fest, daß alle Praxis, die das Zentrum in der Kommission und im Plenum seither betätigt hat, auf den Kopf gestellt werde. Dr. Arendt hatte behauptet, es sei keine Parteiabmachung getroffen worden. Fischer betonte demgegenüber, um so größer sei die Bewunderung für die Art, wie die Maschine für die gegenseitige Mandatssicherung so glatt, wie geschmiert, funktioniere. Schamlos, allen sozialdemokratischen Vorhaltungen zu Trotz, wurden von der Mehrheit alle Mandate für gültig erklärt.

Protest gegen parteiische Geschäftsführung.

Als am 12. Januar bei der Debatte über die Kattowitzer Maßregelungen Vizepräsident Dr. Spahn in unverhüllter Parteilichkeit unter Verletzung alten Gewohnheitsrechtes bei der Anordnung der Rednerliste das Zentrum bevorzugte, schloß sich Abgeordneter Singer nachdrücklich dem Proteste an, den liberale Abgeordnete gegen dieses Verfahren mit Erfolg erhoben.

Der Beschränkung der Redefreiheit im Reichstage durch den Vizepräsidenten Dr. Spahn trat Abgeordneter Dr. Frank am 19. Februar bei der Beratung der Interpellation betreffend die Bethmann Hollwegsche Rede gegen das Reichstagswahlrecht mit größter Schärfe entgegen. Spahn wollte den Redner daran hindern, den Kaiser zu erwähnen. Frank verwahrte sich dagegen mit den Worten: „Ich darf erwarten, daß die Redefreiheit hier im Hause geschützt wird, wenn es sich darum handelt, Rechte des Reichstages zu wahren. Ich wollte anführen, daß das Kaisertum — wie Bennigsen gesagt hat — und der Reichstag am gleichen Tage geboren sind und daß der Reichstag den gleichen Respekt zu beanspruchen hat, wie der Deutsche Kaiser, und daß der Reichstag sich nicht gefallen lassen darf, hier und außerhalb des Hauses despektierlich behandelt zu werden." Herr Dr. Spahn steckte die Zurechtweisung ein.

Die Oldenburg-Skandale.

Eine dummdreist provozierende Rede des Abgeordneten v. Oldenburg zum Militäretat am 29. Januar artete schließlich zu einem Skandal aus, wie er im Reichstage bis dahin nicht vorgekommen war. Oldenburg verteidigte alle Rückständigkeiten im Heer. Er habe als Offizier sich nicht um das gekümmert, was der Reichstag sagte. Wenn jetzt ein Leutnant an einer Ecke laut huste, habe er die Besorgnis, daß es im Reichstage zu Sprache kommt. Es müsse dafür gesorgt werden, daß der Offizier „nicht die Besorgnis haben muß, daß nun auf das Urteil des Reichstages ein Gewicht gelegt wird." Der Herr betonte, mit dem Kaiser allein hänge der Offizierstand persönlich zusammen und schrie auf Zwischenrufe hin in den Saal: „Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag."

Stürmische Zurufe, die auch den auf den Präsidentenstuhl sitzenden unbeholfenen Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg zum Einschreiten veranlassen sollten, durchbrausten den Saal, so daß der Lästerer seine Rede beenden mußte. Der Präsident rührte sich nicht, sondern erteilte dem nächsten Redner das Wort. Abgeordneter Ledebour rief darauf, Wahrung der Würde des Reichstages heischend: „Was sagt der Präsident dazu?" Als Hohenlohe sich obendrein noch jede Kritik verbat, gab es abermals stürmische Szenen. Dem Präsidenten wurde unter anderem zugerufen: „Sie haben den Reichstag besudeln lassen." Ledebour erhielt wegen seiner wiederholten Zurufe einen Ordnungsruf, gegen den er Einspruch erhob. Der nächste Redner, der alte Freisinnige Schrader, nahm entschieden gegen Oldenburg Stellung, in bezug auf den Offizier ausführend: „Der Staat bezahlt ihn, dem Staate hat er zu dienen, dem Staat hat er seinen Treueid geleistet." Abgeordneter Singer führte dann eine Geschäftsordnungsdebatte herbei. Er stellte den Wortlaut der Oldenburgschen Aeußerung fest, betonte, er enthalte sich im Augenblick, „über die Niedrigkeit der Auffassung zu sprechen, die dem Reichstage bei dieser Rede zugemutet ist". Die Redewendung sei „als eine direkte Aufforderung zum Verfassungsbruch zu bezeichnen". Warum der Präsident nicht eingegriffen habe, und ob „er nunmehr seines Amtes, den Reichstag vor Beschimpfungen zu schützen", walten wolle? Hohenlohe schützte aber seinen Junkergenossen, indem er behauptete, er habe die Oldenburgsche Aeußerung nur als ein Beispiel dafür aufgefaßt, „daß der preußische Soldat auch bis aufs äußerste dem Rufe des obersten Kriegsherrn zu folgen hätte". Herr v. Oldenburg machte sich diese Auslegung sofort zu eigen; nur ein Beispiel habe er gebrauchen wollen. Die Führer der Parteien gaben darauf der Reihe nach Erklärungen gegen Oldenburg und zum Teil auch gegen den Präsidenten ab. Bei der Fortsetzung der Debatte nahm

auch Abgeordneter Zubeil gegen Oldenburg Stellung. Die Mehrheit des Reichstages deckte den Vizepräsidenten, der sich so wenig als geeignet gezeigt hatte, die Würde des Reichstages zu wahren und verwarf in einer der nächsten Sitzungen Ledebours Einspruch gegen den Ordnungsruf. — Ein zweiter Oldenburg-Skandal nahm seinen Anfang ebenfalls in der Sitzung vom 29. Januar. Der Januschauer machte über die süddeutschen Truppen Bemerkungen, die nur so zu verstehen waren, daß er sie für minderwertiger als die preußischen halte. Abgeordneter Zubeil machte darauf aufmerksam und gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der sonst so empfindliche bayerische Militärbevollmächtigte dazu geschwiegen habe. Ueber die Angelegenheit ist später in der bayerischen Kammer gesprochen worden, und der bayerische Kriegsminister äußerte sich dabei abfällig über die Oldenburgsche Auslassung. Bei der dritten Lesung des Etats forderte v. Oldenburg vom bayerischen Militärbevollmächtigten Auskunft, ob im bayerischen Landtag der Kriegsminister über ihn in verletzender Weise gesprochen habe. General v. Gebsattel gab eine Erklärung ab, wonach der Kriegsminister in bezug auf die Oldenburgsche Rede bei der zweiten Lesung von „Geschmacksverwirrung und Entgleisung“ gesprochen habe. Das seien parlamentarische Ausdrücke, in denen eine persönliche Beleidigung des Abgeordneten v. Oldenburg nicht zu erblicken sei. Der Januschauer erklärte darauf, er sehe den Fall als erledigt an. Das veranlaßte die Abgeordneten Müller-Meinungen, Hausmann und Noske, die sich zum Wort gemeldet hatten, um über andere Dinge zu sprechen, einige Glossen über Oldenburg zu machen, der darauf erklärte: „Wenn die Herren Müller-Meiningen, Hausmann und Noske die Sache einer Kritik unterziehen, so kann mich das nur heiter stimmen, da diese drei Herren in persönlichen Sachen einen Ehrenstandpunkt überhaupt nicht haben.“ Da der Präsident Dr. Spahn wegen dieser schweren Kränkung keinen Ordnungsruf erteilte, spielten sich im Hause stürmische Szenen ab. Durch eine Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Abgeordneter Ledebour beteiligte, wurde der Präsident zur Erteilung des Ordnungsrufes gezwungen. Als auf die Oldenburgsche Rüpelei am Schluß der Sitzung zurückgekommen wurde, gaben selbst die Konservativen ihren Parteigenossen preis, der seinem Verhalten die Krone aufsetzte, indem er den beleidigten bürgerlichen Herren ein Duell antrug. Abgeordneter Bebel gab für die sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß sie auf die Noske verletzende Aeußerung Oldenburgs nicht reagiere, weil dieser Herr „uns weder zu verletzen, noch zu beleidigen imstande ist“.

Antrag auf Ausbau der Geschäftsordnung.

Ueber Mängel der Geschäftsordnung, die sich der Reichstag gegeben hat, ist schon oft gesprochen worden. Ein besonders empfindlicher Uebelstand ist, daß Interpellationen meist wie das Hornberger Schießen ausgehen, da der Reichstag nicht durch einen Beschluß seinem Willen Ausdruck geben darf. Ebenso, oder noch unangenehmer fühlbar hat sich schon oft gemacht, daß der Reichstag nicht die Möglichkeit hat, über schwebende politische Fragen jederzeit von der Regierung Erklärungen zu fordern. Zwecks Abänderung der Geschäftsordnung brachte zur Beratung des Etats des Reichstages die Fraktion deshalb folgenden Antrag ein:

„Der Reichstag wolle beschließen:
die Geschäftsordnungskommission zu beauftragen, eine Abänderung der Geschäftsordnung zu entwerfen und dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen, wonach bei Besprechung von Interpellationen die Stellung von Anträgen zugelassen wird und von den Mitgliedern des Reichstages an den

Bundesrat oder den Reichskanzler kurze Anfragen tatsächlicher Art über Angelegenheiten, welche zur Zuständigkeit des Reichs gehören, gerichtet werden können."

Auf denselben Gegenstand bezügliche Anträge lagen auch von anderen Fraktionen vor. Abgeordneter Singer wies am 4. Februar auf das negative Resultat der Beratungen der Geschäftsordnungskommission hin, wovon im Vorjahre im Fraktionsbericht ausführlich die Rede war und legte dar, daß die Abänderung der Geschäftsordnung im Sinne des sozialdemokratischen Antrages möglich und notwendig ist, damit „diese unwürdige Stellung, die der Reichstag leider jahrzehntelang ertragen hat, bei Behandlung der Interpellationen endlich einmal aufhört." Gleichberechtigung mit dem Bundesrat müsse sich der Reichstag erzwingen. Singers Antrag, die Geschäftsordnungskommission wieder um 14 Mitglieder zur Beratung der Anträge zu verstärken, wurde angenommen. Abgeordneter Ledebour polemisierte als zweiter sozialdemokratischer Redner besonders gegen Einwände, die von konservativer Seite gegen den Antrag erhoben worden waren. In bezug auf das Verhalten unserer Gegner meinte er: „Bei den Herren von der konservativen Partei rechne ich auf keine Unterstützung dieser Anträge, sondern auf eine Verschleppungstaktik, wie sie sie das vorige Mal mit großem Geschick geübt haben. Wenn etwas zustande kommen soll, muß das Zentrum seiner damaligen Haltung gemäß und müssen die Herren Freisinnigen und Nationalliberalen ihrer jetzt bekundeten Einsicht gemäß mit uns Sozialdemokraten zusammenarbeiten, um ein wirkliches Interpellationsrecht auszuarbeiten." Die Konservativen haben dann allerdings in der Kommission ärgste Verschleppungstaktik betrieben. Diesmal hatten sie aber das Zentrum an ihrer Seite bei dem Bemühen, nichts Gescheites zustande kommen zu lassen. Es wurde in der Kommission ausgesprochen, die derzeitige politische Lage, die planmäßige Verhetzung des Volkes gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, die ausgesprochene Absicht, die Massen zum Kampf zu organisieren und vorzubereiten, verbiete zurzeit jede Erweiterung der Rechte des Parlaments. Solchen Ausführungen schloß sich das Zentrum nicht offen an, aber es arbeitete den Wünschen der Konservativen gemäß. Der Bericht der Kommission ist erst nach der Vertagung des Reichstages verteilt worden. Nur ganz geringfügige Verbesserungen sind beschlossen worden. Die Stellung von Anträgen bei der Besprechung von Interpellationen bleibt unzulässig und kurze Anfragen werden nicht eingeführt.

Ausbau und Sicherung der Volksrechte.

Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers

gegenüber dem Reichstage steht jetzt nur auf dem Papier. Der Reichskanzler und die Staatssekretäre sind nicht Vertrauensleute der jeweiligen Mehrheit der Volksvertretung, sondern werden ganz nach Belieben vom Kaiser berufen, im Amte belassen oder als verbrauchte „Handlanger" davongeschickt. Dieser Zustand spricht allen demokratischen und wahrhaft parlamentarischen Grundsätzen Hohn. Um eine fortschreitende Demokratisierung der politischen Einrichtungen zu fördern, hat die Fraktion zur zweiten Lesung des Etats des Reichskanzlers folgende Resolution beantragt:

„Der Reichstag wolle beschließen:

die Verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach der Reichskanzler für seine Ausführungen dem Reichstage ver-

antwortlich ist, diese Verantwortlichkeit sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstreckt und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers von einem Staatsgerichtshof geregelt wird."

Der Antrag wurde vom Reichstage angenommen. Abgeordneter Ledebour hat zur Begründung der Resolution am 15. März ausgeführt, sie gründe sich auf die Verfassungsanträge, die von der Fraktion bereits aus Anlaß der Debatten über das Kaiserinterview eingebracht worden seien. Leider hätten die damals in der Geschäftsordnungskommission eingeleiteten Verhandlungen in keiner Weise zu einem Resultat geführt. Praktischen Wert würde ein Verantwortlichkeitsgesetz allerdings erst haben, wenn darin die Bestimmung Aufnahme fände, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es verlangt. Diese Waffe müsse der Reichstag in der Hand haben, „um endlich an Stelle des bureaukratischen Regierungssystems das demokratische Regierungssystem zu setzen und dem demokratischen Parlamentarismus Bahn in Deutschland zu brechen". Es sei notwendig, „daß nicht bloß im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten die Entscheidung über alle wichtigen Fragen in den Parlamenten getroffen wird, und daß auf Grund dieser Entscheidung der Parlamente die Ministerien, die dann selbstverständlich nur ausführende Organe der Parlamentsmehrheit zu sein haben und aus dieser Parlamentsmehrheit hervorgehen, die Geschäfte des Landes leiten". Nachdem der Redner die reaktionäre Wirtschaft in Deutschland geschildert, auf die dem Reichstag von der Regierung gezeigte Mißachtung hingewiesen hatte, an der die bürgerlichen Parteien schuld seien, besonders das Zentrum, das eine „verhängnisvolle, verderbliche antidemokratische Politik" einschlage, gab er auch den Weg an, wie zu einer Aenderung zu gelangen sei. „Die einzige Möglichkeit, um wirklich ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem zu erzwingen, ist, daß sich im Reichstage eine Mehrheit auf diesen Gedanken zusammenfindet, daß diese Mehrheit unter Ausnutzung des Budgetrechts die bureaukratische Regierung auf die Knie zwingt, um die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems ein für allemal in Deutschland zu erzwingen."

Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Abgeordneter Hoch wies am 24. Februar bei der Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern entsprechend einer Resolution der Fraktion darauf hin, daß bei der letzten Reichstagswahl „die Verwendung bestimmter sogenannter Wahlurnen vielfach dazu geführt hat, daß der einzelne Wähler in seiner Stimmabgabe kontrolliert werden konnte". Die Regierung habe versprochen, die Frage zu prüfen, ob nicht eine besondere Art von Wahlurnen vorgeschrieben werden sollte, die das geheime Wahlrecht besser schützen. Wie stehe es damit? Staatssekretär Delbrück erwiderte, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß alles geschehen muß, was irgendwie geeignet ist, eine Verletzung des Wahlgeheimnisses, eine Beschränkung der Wahlfreiheit zu verhindern. Auf Zwischenrufe meinte er, das gelte natürlich nur für das Reich, nicht für Preußen, wo öffentliche Wahl rechtens sei. Aber einheitliche Wahlurnen einzuführen, sei nicht ganz einfach. Er habe noch keine einwandsfreie Urne gefunden, wolle die Sache aber im Auge behalten.

Gegen die Verschleppung von Nachwahlen,

die wiederholt vorgekommen ist und in letzter Zeit im Halleschen Kreise den Charakter eines Skandals angenommen hatte, ging die Fraktion vor, indem sie zur zweiten Lesung des Etats des Reichskanzlers folgende Resolution beantragte:

„Der Reichstag wolle beschließen:
die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf dem Reichstage zugehen zu lassen, wonach der § 8 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetz-Blatt S. 145) dahin ergänzt wird, daß die einzelnen Neuwahlen, die während einer Legislaturperiode notwendig werden, innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach Erledigung des Mandats vorgenommen werden müssen."

Abgeordneter Kunert schilderte den Hergang im Halleschen Kreise und legte dar, es sei eine spezifisch preußische Eigentümlichkeit, die virtuose Verschleppung der Wahl, beziehungsweise die willkürliche Verzögerung der Nachwahlen zu bewirken. Schuld daran habe kein anderer als der Reichskanzler, weil er die Verschleppung dulde. Der Staatssekretär des Innern wagte die vorgekommenen Verschleppungen nicht zu entschuldigen. Zweifelhaft sei ihm aber, meinte er, ob die Frist von 60 Tagen in allen Fällen ausreichend sei. Der Reichskanzler werde im Verordnungswege das Erforderliche veranlassen. Abgeordneter Bebel entgegnete, die Darlegungen des Staatssekretärs träfen in gar keiner Weise zu. Innerhalb 60 Tage sei eine Nachwahl ebensogut vorzunehmen wie nach einer Auflösung des Reichstages die Neuwahl. Wir würden aber nichts dagegen haben, wenn die Frist etwas verlängert würde. Beschlossen wurde, daß die Nachwahl innerhalb 70 Tage erfolgen soll.

Verfassungsfragen.

Die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage

hat den Reichstag schon häufig beschäftigt. Zur zweiten Lesung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei hat die Fraktion eine Resolution eingebracht, in der die Erhebung der Reichslande zum völlig gleichberechtigten Bundesstaat gefordert wird, dessen Volksvertretung aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht hervorgehen soll. Abgeordneter Böhle gab am 14. März dazu die Begründung. Vor einiger Zeit habe der Kanzler bessere Garantien für gute Gesinnung von der reichsländischen Bevölkerung gefordert. Dabei seien nur wenige Torheiten einzelner Personen vorgekommen. Die Elsässer hätten sich mit der Zugehörigkeit zum Reiche ausgesöhnt. Kaum einen Menschen gebe es in Elsaß-Lothringen, der an die Losreißung von Deutschland denke. Sei doch die Industrie des Landes vollständig mit Deutschland verbunden. Scharf wendete sich der Redner gegen die protestlerischen Treibereien des Herrn Wetterlé und schloß mit der Aufforderung: „Man gebe den Elsaß-Lothringern, worauf sie ein Recht haben; dann leisten sie freiwillig, was man jetzt von ihnen erzwingen will." Der Reichskanzler hatte sich mit dem Präsidenten wegen einer theatralischen Szene verabredet. Alle Abgeordneten, die zu der Verfassungsfrage sprechen wollten, kamen zum Wort. Dann erst erhob sich der Kanzler, und nach kurzen Ausführungen, in denen er unter anderem versichert hatte: „Ich gebe nichts, meine Herren, auf den sogenannten Hurrapatriotismus", verkündete er: „Ich habe einen Gesetzentwurf, der sich mit der Fortbildung der elsaß-lothringischen Verfassung befaßt, ausarbeiten lassen, und dieser Gesetzentwurf ist fertiggestellt." Ueber die Beschaffenheit des Entwurfes machte er keine Angaben. Abgeordneter Emmel versicherte später, daß ein anderes Wahlrecht als das von uns geforderte nicht in Frage kommen könne. Der Versuch, ein anderes Wahlrecht zu schaffen, würde bedeuten, „daß im Verfolg der gegebenen Verfassung in Elsaß-Lothringen sofort neue Kämpfe um das Wahlrecht entstehen und so lange dauern würden, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht durchgeführt würde."

Die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Stets hat die Fraktion den Standpunkt energisch vertreten, daß auf dem Wege der Reichsgesetzgebung moderne politische Zustände in Mecklenburg zu erzwingen seien, nachdem die mecklenburgische Ritterschaft es hartnäckig ablehnt, ihre Zustimmung zur Schaffung einer zeitgemäßen Verfassung zu geben. Dieser Ansicht war zuletzt bei der Besprechung einer Interpellation am 15. Juni 1909 Ausdruck gegeben worden. Am 11. Januar 1910 stand wieder eine freisinnige Interpellation wegen der Verfassungsfrage in Mecklenburg zur Debatte; nachdem die Ritterschaft den Versuch, eine Verfassung zu schaffen, abermals vereitelt hatte. Wie früher schon, so erklärte auch jetzt wieder für die Regierungen Staatssekretär Delbrück, daß sie ein Einschreiten ablehnten, „da dies mit den föderativen Grundsätzen, auf denen die Reichsverfassung beruht, unvereinbar sein würde". Darauf betonte Abgeordneter Frohme, die sozialdemokratische Fraktion halte an dem Standpunkt fest, „daß das Reich geradezu die Verpflichtung hat, hier einzugreifen; denn die mecklenburgische Verfassungsfrage ist keine spezifisch mecklenburgische, sie ist genau wie die preußische Wahlrechtsfrage eine deutschnationale Frage. Sie geht die Interessen der ganzen deutschen Nation in außerordentlich hohem Maße an." Da Konservative und Zentrum ein Eingreifen des Reiches verwerfen, verpuffte die Interpellation wirkungslos.

Anwendung des Reichsvereinsgesetzes.

Die Freisinnigen, die in der Zeit der Blockherrlichkeit versäumt haben, das Reichsvereinsgesetz so zu gestalten, daß reaktionären Polizeipraktiken nach Möglichkeit ein Riegel vorgeschoben wurde, leiden jetzt selber unter den Mängeln und der ungehörigen Anwendung des Gesetzes und brachten deswegen eine Interpellation ein, die am 19. Januar zur Besprechung gelangte. Als Redner der Fraktion erinnerte Abgeordneter Brey daran: „Als wir im verflossenen Jahre gelegentlich der Interpellation Albrecht und Genossen auf die mißbräuchliche Anwendung des Vereinsgesetzes hinwiesen und dem hohen Hause ein reichhaltiges Material unterbreiteten, da war die freisinnige Fraktion von den Fehlern des Vereinsgesetzes, dieser konservativ-liberalen Blockfrucht, durchaus nicht überzeugt." Auf Zusagen der Regierungsvertreter wegen der Anwendung des Gesetzes sei nichts zu geben; die Mißbräuche seien zahlreicher geworden. Dafür führte der Redner den Nachweis. Damit den Plackereien ein Ende gemacht werde, riet er den Freisinnigen: „Gehen Sie doch mit unserer Hilfe, mit Hilfe der Polen und des Zentrums an die Ausmerzung der Bestimmungen, aus welchen die Mißgriffe immer neu entstehen werden."

Maßregelung von Reichsbeamten in Kattowitz wegen Ausübung des kommunalen Wahlrechts.

In Kattowitz sind außer preußischen Beamten auch 16 Reichsbeamte versetzt worden, angeblich „im Interesse des Dienstes", tatsächlich zur Strafe, weil sie, Zentrumswähler, bei der Stadtverordnetenstichwahl für polnische Kandidaten gestimmt hatten. Die Regierung quittierte auf diese Art den Polen für ihren Volksverrat bei der Mitwirkung an der „Finanzreform". Zentrum und Polen interpellierten den Reichskanzler wegen der Maßregelungen. Verhandelt wurde über die Interpellation am 12. und 13. Januar. Staatssekretär Delbrück verteidigte im Auftrage des wie gewöhnlich durch Abwesenheit glänzenden Bethmann-Hollwegs die Strafversetzungen, welche

nach seiner Darlegung „die Zustimmung des Herrn Reichskanzlers gefunden" haben. Abgeordneter Dr. Südekum forderte, „daß der Herr Reichskanzler bei solchen Gelegenheiten im Hause erscheint, und daß der, sagen wir einmal: Major v. Bethmann auch die Verantwortung vor dem Reichstage und vor dem Volke für seine eigenen und die Taten seiner nachgeordneten Beamten und Behörden übernimmt". Unser Fraktionsredner betonte, daß wir „das Verhalten der Regierung auf das schärfste verurteilen", und zeigte, daß der Kattowitzer Fall die Reform des Kommunal- und Landtagswahlrechts zur zwingendsten Notwendigkeit mache. „Die öffentliche Abstimmung ist der Zwang zur gemeinsten Heuchelei und Lüge, die öffentliche Abstimmung ist ein Mittel zur Korruption, zur Züchtung von Gesinnungslosigkeit." Die Nationalliberalen und Konservativen billigten die Maßregelungen ausdrücklich. Das Zentrum übte Kritik, aber Südekum konnte feststellen, daß es sich über die Hauptsache ausschwieg; er sagte: „Das Zentrum hat auch diese Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne sich für jene Sicherung des Wahlrechts, die in der direkten und geheimen Wahl liegt, auszusprechen."

Beseitigung der Beschränkung der religiösen Freiheit.

Wenn das Zentrum befürchten muß, seine proletarischen Wähler könnten wegen seiner volksfeindlichen Politik unwillig werden und sich von ihm abwenden, schreit es, die katholische Religion sei in Gefahr, oder es zetert über die Beschränkung seiner religiösen Freiheit. Darauf sind noch immer wieder die katholischen Massen hineingefallen. Nach der schweren Schädigung des Volkes durch die Finanzreform hielt es das Zentrum deshalb auch für angebracht, bei der Beratung eines von ihm zu stellenden Initiativantrages den sogenannten Toleranzantrag auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Darüber läßt sich im Lande nachher besser reden, als über die Belastung der Aermsten mit erdrückenden Steuern. Die Sozialdemokratie hat dem Zentrum nie Anlaß gegeben, darüber zu zetern, daß sie helfen wolle, den Katholiken Gewissenszwang anzutun. Abgeordneter Dr. David konnte am 17. Februar seine Rede mit den Worten beginnen: „Der Antrag der Zentrumspartei verlangt, daß die bestehenden Beschränkungen der religiösen Freiheit beseitigt werden. Diese Forderung, so wie sie dasteht, ist eine Forderung des sozialdemokratischen Programms." Jede Beschränkung der Freiheit des religiösen Glaubens habe die Sozialdemokratie von jeher bekämpft. David zeigte, wie verlogen das Zentrum ist, indem es bei der Agitation im Lande draußen die Sozialdemokratie als kulturkämpferisch verleumdet. Er gab den bürgerlichen Parteien den Rat: „Meine Herren, dem Bestreben der Zentrumspartei gegenüber, die schweren Sünden, die sie begangen hat in Sachen der Finanzreform, in Vergessenheit zu bringen, meine ich, ist es ein Gebot praktischer Klugheit, alle die kleinen Dinge noch wegzuräumen, die den Herren ein so willkommenes Agitationsmaterial draußen geben." Unser Redner betonte ferner, „daß die Herren von der Zentrumspartei bei allen diesen Bestrebungen auf freiere Gestaltung der Gesetze in bezug auf die Ausübung der Religion, sich etwa von der Idee der Toleranz leiten ließen, — ja das glaubt natürlich kein Mensch." Dafür erbrachte das Zentrum sofort den Beweis. Unsere Fraktion beantragte:

„Der Reichstag wolle beschließen:

„daß aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keine Beeinträchtigung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte abgeleitet werden darf; daß kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf; daß zur Bewirkung des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft eine schriftliche oder mündliche Erklärung zu genügen

hat, die vor dem Amtsgericht des Wohnorts abzugeben und von diesem der Religionsgemeinschaft mitzuteilen ist; das Austrittsverfahren hat kosten- und stempelfrei zu sein."

Früher hatte das Zentrum für solche Anträge gestimmt. Jetzt schwingt es sich zu so viel Toleranz nicht mehr auf; es stimmte **gegen** den sozialdemokratischen Antrag.

Nachtrag zum Haushaltetat für das Rechnungsjahr 1909.

Gleichzeitig mit dem Etat für 1910 wurde ein Nachtragsetat für 1909 zur Beratung gestellt, der gewissermaßen den Abschluß der skandalösen Schuldenwirtschaft darstellen sollte, die bis dahin im Reiche betrieben worden ist. Der Nachtragsetat liquidierte die Mehrbeträge an Besoldungen, welche für das Jahr 1909 zu zahlen waren, mit 90 Millionen Mark, und die Nachzahlungen an Besoldungen mit 60 Millionen Mark; ferner verfügte er dem Gesetz entsprechend über die Fehlbeträge zum Reichshaushaltetat vom Jahre 1907 und vom Jahre 1908, über die gestundeten Matrikularbeiträge von 1906, 1907, 1908 und über die den Kopfbetrag von 80 Pf. übersteigenden Matrikularbeiträge für das Jahr 1909. Der Nachtragsetat gelangte zu einem Gesamtbetrag von 680 Millionen Mark. Hiervon gingen ab 75 Millionen Mark, weil die Stempelsteuern seit April 1909 sämtlich zu reichseigenen Steuern geworden sind, und 85 Millionen an neuen Zöllen und Steuern. Es blieb ein Gesamtanleihebedarf von 520 Millionen Mark übrig. Der Fehlbetrag für 1909 war mit 240 Millionen Mark in Rechnung gestellt. Im Nachtragsetat waren auch Forderungen aus Anlaß der Diamantenfunde in Südwestafrika enthalten, sowie ein ganzes Programm für den Bau von Kolonialbahnen. Näheres darüber ist unter „Kolonialpolitik" zu finden. Eine Forderung für die Unterstützung der Tabakarbeiter ist schon besprochen worden. Drei Millionen Mark sind im Nachtragsetat bereitgestellt worden für

Gewährung von Putzzeug an die Soldaten.

Jeder Rekrut wird bei den unberittenen Truppen 7,10 Mk., bei den berittenen Truppen 8,80 Mk. zur Beschaffung von Putzzeug erhalten; jeder Soldat bezieht ferner, soweit er mit Gewehr und Säbel ausgerüstet ist, 3,50 Mk. pro Jahr für Putzzeug. Gewährt worden ist dieser Betrag, nachdem die sozialdemokratische Fraktion wiederholt dahingehende Anträge gestellt hat

Der Etat.

Der Etat für das Rechnungsjahr 1910 war in Einnahme und Ausgabe auf 2 851 294 855 Mk. festgestellt, und zwar im ordentlichen Etat auf 2 311 986 208 Mk. an fortdauernden und auf 348 574 378 Mk. an einmaligen Ausgaben, sowie auf 2 660 560 586 Mk. an Einnahmen; im außerordentlichen Etat auf 190 734 269 Mk. an Ausgaben und auf 190 734 269 Mk. an Einnahmen. Die Schuldenlast des Reiches sollte um 151 670 928 Mk. vermehrt werden. Von der Notwendigkeit, gründliche Sparsamkeit zu üben, war viel geredet worden. Im Reichsetat ist von wirklicher, vernünftiger Sparsamkeit nichts zu merken. Wohl sind bei einzelnen Posten geringere Beträge gegenüber dem Vorjahr eingestellt worden. Die fortdauernden unproduktiven, kulturwidrigen Ausgaben für Rüstungszwecke weisen jedoch nicht nur keine Verringerung auf, sondern sind weiter erheblich gestiegen. Nur einige der wich-

tigsten Etatsposten seien angeführt. Bei dem mit Recht viel kritisierten Auswärtigen Amt sind die fortdauernden Ausgaben um 462 435 Mk. gegenüber dem Vorjahre auf 18 495 488 Mk. gestiegen. Die um 3 265 940 Mk. gestiegenen Ausgaben des Reichsamt des Innern waren mit 82 627 272 Mark beziffert. Um 13 805 401 Mk. höher als im Vorjahre waren die fortdauernden Augaben für das Heer auf 709 237 910 Mk. veranschlagt. Dazu kamen 75 721 384 Mk. einmalige Ausgaben. Das sind allerdings 41 914 321 Mark weniger als im Vorjahre. Die Minderausgabe wurde nicht durch wirkliche Ersparnisse erzielt, sondern es sind nur geplante Ausgaben vorläufig zurückgestellt worden, z. B. für Truppenübungsplätze, Kasernen, den Ausbau der Festungen. Mit vermehrter Wucht werden sich die Ausgaben dafür in späteren Jahren fühlbar machen. Bei der Marine ist erst gar nicht der Versuch gemacht worden, so zu tun, als wenn gespart werden sollte. Das Flottengesetz bedingt von Jahr zu Jahr steigende Ausgaben. Für die Marine waren 158 052 484 Mk. fortdauernde Ausgaben vorgesehen, 10 991 461 Mk. mehr als im Vorjahre, hauptsächlich infolge der Indienststellung neuer und größerer Schiffe. Die einmaligen Ausgaben waren in den Etat eingesetzt mit 171 765 874 Mk., 13 814 820 Mk. mehr als 1909. Im ordentlichen Etat waren für Heer und Flotte 1 114 777 552 Mk. angesetzt. Dazu kamen im außerordentlichen Etat 22 499 100 Mk. für Heereszwecke, 112 736 469 Mk. für die Marine. Insgesamt beliefen sich die Heereskosten auf 807 458 394 Mk., die Marineausgaben auf 442 554 827 Mk., zusammen auf 1 250 013 221 Mk. In der Hauptsache auf das Konto von Heer und Flotte kommen auch die Ausgaben des Pensionsfonds in Höhe von 118 361 736 Mk., 2 596 235 Mk. mehr als 1909, weil an der Art der Pensionierung durchaus arbeitsfähiger Offiziere trotz aller Kritik im Reichstage nichts geändert worden ist. Die Verzinsung der Reichsschuld erfordert 215 683 457 Mk., 18 893 408 Mark mehr als im Vorjahre infolge der rapiden Zunahme der Schulden. Dazu kommt bei den einmaligen Ausgaben ein Betrag in Höhe von 5 775 000 Mark. Sehr erheblich ist die bei den einmaligen Ausgaben der Postverwaltung vorgesehene Minderausgabe, nämlich 34 958 003 Mk. Weniger Geld für Verkehrszwecke wird ausgegeben. Das Telephon- und Telegraphennetz wird nur in geringem Maße ausgebaut. Die Folge davon war die Entlassung von zahlreichen bei der Post beschäftigten Arbeiter. Benachteiligt wurde durch diese unsinnige Art zu sparen auch die Privatindustrie, die Kabel, Draht, Apparate usw. für die Post liefert. Ob neue Steuern bewilligt werden, oder ob „gespart" wird, immer sind Handel und Industrie, ganz besonders aber die Arbeiter die Belasteten und Geschädigten. Beim Reichskolonialamt verringerten sich die einmaligen Ausgaben, weil die Reichszuschüsse für die Kolonien niedriger wurden.

In der Budgetkommission wurde viel Zeit darauf verwendet, Abstriche am Etat zu machen. Der Erfolg steht in keinem rechten Verhältnis zu der aufgewendeten Mühe. Bei den fortdauernden Ausgaben wurden rund 4½ Millionen Mark abgestrichen, aber es ist zu erwarten, daß bei manchen der Positionen, wo die Summe verringert wurde, Etatsüberschreitungen eintreten werden. Unsere Vertreter in der Kommission stimmten fast ausnahmslos den Streichungen zu, ließen aber keinen Zweifel darüber bestehen, daß nach ihrer Auffassung eine wesentliche Verringerung der Ausgaben nur durch starke Abstriche am Heeres- und Flottenetat zu ermöglichen sei. Größere Beträge strich die Budgetkommission ab bei den Etatstiteln für Bureaubedürfnisse, Unterhaltung der Amtsgebäude, für Reise- und Umzugskosten, der Marine 405 000 Mk. für Instandhaltung der Schiffe und Werften, sowie 271 000 Mk. für Indiensthaltungen; im Heersetat bei den Ausgaben für

Pferdebeschaffung, für Bekleidung und Ausrüstung 842 000 Mk., und dem Auswärtigen Amt endlich die geforderte Erhöhung des Fonds zu geheimen Ausgaben um 300 000 Mk. So viel auch über die Notwendigkeit zu sparen geredet wurde, so gewiß ist, daß die Ausgaben weiter steigen werden. Zu den steigenden Marineausgaben werden erhöhte Militärausgaben kommen. Eine neue Militärvorlage kommt gewiß. Dabei ist ganz ungewiß, ob die erforderlichen Mittel einkommen werden. Der Reichsschatzsekretär stöhnte einmal, er wisse nicht, wie er die Etats für 1911 und 1912 zum Balancieren bringen solle.

Die Einnahmen für 1910 sind vorsichtig veranschlagt worden. Ist doch noch ganz ungewiß, wie hoch sich besonders die Erträge aus den neuen Steuern belaufen werden. Die wesentlichsten Einnahmeposten sind wie folgt veranschlagt worden:

Zölle	631 900 000	Mk.
Tabaksteuer	14 413 000	„
Zigarettensteuer	23 711 000	„
Zuckersteuer	147 178 000	„
Salzsteuer	58 048 000	„
Biersteuer	180 000 000	„
Schaumweinsteuer	10 210 000	„
Leuchtmittelsteuer	15 013 000	„
Zündwarensteuer	15 010 000	„
Branntsteuer	111 500 000	„
Wechselstempelsteuer	20 000 000	„
Wechselstempelabgaben von Wertpapieren	49 000 000	„
Von Kauf usw. Geschäften	13 520 000	„
Von Lotterielosen	42 175 500	„
Von Frachturkunden	14 700 000	„
Von Personenfahrkarten	18 620 000	„
Automobilsteuer	1 960 000	„
Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten	3 920 000	„
Schecks	7 350 000	„
Grundstücksübertragungen	25 480 000	„
Erbschaftssteuer	34 000 000	„
Von der Post- und Telegraphenverwaltung	693 226 325	„
Reichsdruckerei	13 376 000	„
Reichseisenbahnverwaltung	122 319 000	„

Die Etatdebatte.

Die Finanzreform des schwarz-blauen Blocks, die den ganzen Rest des Jahres 1909 über im Vordergrunde des politischen Interesses stand, und die dadurch geschaffene innerpolitische Lage, beeinflußte naturgemäß außerordentlich die Reden bei der Debatte, die in den Tagen vom 9. bis 13. Dezember als erste Lesung des Etats stattfand. Der neue Reichskanzler Bethmann Hollweg erschien vor dem Reichstage. Ohne Saft und Kraft, farblos wie die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages, war, was er über die politische Lage und die Stellung der Regierung zu den Parteien zu sagen wußte. Für die bürgerlichen Parteien blies er zum Sammeln. Von den Steuerkämpfen wollte er nichts mehr hören. Programmatische Erklärungen zu geben, lehnte er ab. Niemals werde eine Regierung in Deutschland Parteiregierung sein können, versicherte der Mann, der einen anderen Willen nicht kennt als den der

Junker. Von einer Politik der Stetigkeit und Festigkeit redete er weiter, während doch diese Regierung nur zu den jeweils schwebenden Fragen einen Standpunkt einnimmt, um ihn sofort preiszugeben, wenn es die Agrarier und das Zentrum fordern. Schatzsekretär Wermuth konnte in seiner Etatsrede in bezug auf die Steigerung der Ausgaben nur sagen, sie hätten „etwas an Schwungkraft eingebüßt". Streng sei der Standpunkt eingenommen: keine Ausgabe ohne Deckung. Der Etat für 1910 sei nur das Glied einer Kette. Disponiert werde gleichzeitig zum mindesten auch über die drei folgenden Jahre 1911 bis 1913. Die Lage für 1911 bis 1913 erheische die ernsteste Berücksichtigung schon im Jahre 1910. Schwer nur sei eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeizuführen. Die Jahre von 1911 bis 1913 erfordern eine noch größere Sorgsamkeit und Beschränkung.

In der Debatte kam es bald zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem neuen Block und den aus dem Bülowblock hinausgeworfenen Liberalen. Der Nationalliberale Bassermann zog Vergleiche zwischen der jetzt im Reiche herrschenden Stimmung und der nach den Hottentottenwahlen von 1907. Er stellte unter lebhafter Zustimmung der bürgerlichen Linken fest, „daß an Stelle der Begeisterung jener Tage Ernüchterung und Enttäuschung, Verstimmung und Erbitterung getreten ist". Mit scharfer Kritik des verschleiert absolutistischen Regierungssystems setzte unser Redner Abgeordneter Scheidemann ein. Entschiedenen Einspruch erhob er gegen die Art und Weise, wie der Reichstag im Juli 1909 heimgeschickt worden ist. Der Rücktritt Bülows, der nur noch „als galvanisierte Ministerleiche" im Amte war, stand bevor. Allgemein herrschte die Ansicht, daß in einer solchen kritischen Situation der Reichstag nicht geschlossen werden, sondern beisammen bleiben müßte." Gegen seinen ausgesprochenen Willen wurde der Reichstag geschlossen. „Was kam es im „Lande der sozialen Reformen" darauf an, daß eine ganze Anzahl von sozialpolitischen Vorarbeiten unter den Tisch geworfen wurden." Ein neuer Kanzler wurde ernannt. Da hätte die Regierung sich so schnell als möglich dem Parlament vorstellen müssen. Fünf Monate führe der Kanzler ohne jede Kontrolle des Reichstages die Geschäfte des Reiches. Zusammenberufen sei der Reichstag erst, „als das Feuer den Herren auf die Fingernägel gebrannt hat." Der Redner betonte: „Diese Tatsachen stellen sich als ungeheuerliche Akte der Mißachtung der deutschen Volksvertreter dar." Die Mahnung des Kanzlers zur Ruhe, „bei der er die Interessen derjenigen, die die schwarz-blaue Finanzreform gemacht haben, zu verwechseln scheint mit den Interessen des deutschen Volkes", beantwortete Scheidemann durch die schärfste Kriegsansage an die Volksfeinde: „Das deutsche Volk verträgt einen kräftigen Luftzug, und es will nichts wissen von derartigen Schlummerliedern. Das deutsche Volk will auch keinen Frieden mit den Herren da drüben, im Gegenteil, es will einen frisch-fröhlichen Krieg bis zur Niederschlagung der Reaktion." In bezug auf den Etat zeigte Scheidemann, daß für neue Aufgaben kultureller Art Geld nicht gefordert werde. Dem Wunsche der industriellen Scharfmacher entsprechend, werde „in der Sozialpolitik das Prinzip weiser Zurückhaltung zur Geltung" gebracht. Gespart könnten Hunderte von Millionen werden bei den Ausgaben für Heer und Marine. Nichts zu sagen wisse der Kanzler: „wo sind die Aufgaben der Zukunft, die großen Ideen, für die wir uns begeistern sollen?" Freilich, wie könne von dieser Regierung und dem schwarz-blauen Block Gutes zu erwarten sein. Keine Parteiregierung wolle Bethmann Hollweg? „Der Herr Reichskanzler soll es einmal probieren, kein konservativer Reichskanzler zu sein." Der Redner schilderte, wes Geistes die Mehrheit des Reichstages ist, nach deren Pfeife die Regierung tanzt und charakterisierte dabei besonders scharf die Haltung des Zentrums aus Anlaß von Ferrers

Hinrichtung, wobei es zu stürmischen Szenen im Hause kam. Die Liberalen erinnerte Scheidemann daran, daß sie bereit waren, allen indirekten Steuern zuzustimmen. Kein Verlaß sei auf sie bisher gewesen. Abhängig seien sie von den großen Interessengruppen, die auch die Gelder für die Wahlen hergegeben haben. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien vertrete die Sozialdemokratie die Interessen des werktätigen Volkes. Deswegen gehe es mit der Sozialdemokratie stets voran. Aber nicht die Tagesereignisse brächten die Sozialdemokratie vorwärts, „es ist die kapitalistische Entwickelung, die uns die Massen zutreibt". Scheidemann führte sodann gewissermaßen Momentbilder aus dem Klassenstaat vor, Ereignisse von denen die Massen aufgepeitscht werden, Korruption und Protektionswirtschaft, Maßregelung und Aussperrung von Arbeiterscharen, die Bedrohung Streikender durch Maschinengewehre und anderes mehr. Er wies die Behauptung zurück, die Sozialdemokratie arbeite nicht positiv mit: „Es sollte mich freuen, wenn wir in eine Aera kämen, die es uns ermöglicht, bestimmte Forderungen durchzusetzen." Auch mit den Liberalen zusammen. Die Liberalen sollten helfen, ein Proportionalwahlsystem durchzusetzen, dann würden „die Liberalen mit der Sozialdemokratie die Forderungen, die beide gemeinsam haben, für die wir kämpfen, und die teilweise im freisinnigen Programm stehen, durchsetzen". Unerschütterliche Zuversicht auf den Sieg der Sozialdemokratie klang aus Scheidemanns Schlußworten heraus: „Wir sind im Bunde mit der Volkskraft, die aus der Tiefe kommt, wir kämpfen für Freiheit, wir kämpfen für Wohlfahrt, wir kämpfen für das Recht der Menschen über tote Sachen. Wir wissen, daß das nur zu erreichen ist durch die Demokratie, durch die Beseitigung des kapitalistischen Systems, und dieses Endzieles wegen sammeln sich die Massen um unsere Fahnen, dieses Endzieles wegen wissen wir genau den Weg zu gehen, heute wie morgen. Darauf beruht unsere Kraft in der Gegenwart, und unsere unerschütterliche Zuversicht in unserer Zukunft."

Ein heiterer Augenblick in der langen Etatsdebatte war es, als der konservative Gans Edler Herr zu Putlitz mit großem Pathos versicherte: „Meine Herren, wir Konservativen wollen den Fortschritt." Sozialdemokraten riefen ihm zu: Wie die Krebse! Der Herr versicherte weiter, die Liberalen sollten gar nicht ausgeschaltet werden, aber „Gleichberechtigung" forderten die Konservativen für sich. An Angriffen auf die Sozialdemokratie fehlte es nicht. Wenn sie maßgebenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte erlangen würde, sei zu befürchten, daß „wir unsere deutsche Kultur verlieren", versicherte scheinbar ganz ernsthaft der Edle Herr zu Putlitz, der es auch für zeitgemäß hielt, auf das stärkste in die hurrapatriotische Trompete zu stoßen. Abgeordneter Dr. Frank trat solchen Phrasen entgegen. Er meinte: „So oft die Junker die ganze Blechmusik ihres Hurra- und Schnapspatriotismus spielen lassen, so oft haben sie ein Attentat vor auf die Taschen des deutschen Staatsbürgers." Kampf den Junkern und dem Zentrum, war der Grundton der die Rede Franks durchzog, nachdem er betont hatte: „Wenn wir aus der heutigen Reichsmisere herauskommen wollen, kann es nur dadurch geschehen, daß wir gegen die Junker kämpfen." Auf eine Anzapfung eines der bürgerlichen Vorredner erklärte Frank, die Entwickelung würde nach unserer Ueberzeugung gefördert „durch jene politische Neubildung, die unter dem Namen „Großblock" viel besprochen worden ist. Dieses fabelhafte Geschöpf, das seinerzeit unter dem Namen „von Bassermann bis Bebel" belacht worden ist, ist in Baden jetzt Ereignis geworden, allerdings gegen Bassermann und ohne Bebel, aber nicht gegen Bebel". Von den Wählern sei die geschlossene Front gegen Konservative und Zentrum verlangt worden. Der Zentrumsredner hatte den Liberalen zugeredet, doch nur ja nicht auf der abschüssigen Großblockbahn

zu bleiben. Frank wies demgegenüber auf die enge Verbindung zwischen Zentrum und Konservativen hin, nachdem die Freisinnigen durch Fußtritte aus dem Block vertrieben worden. Mehr Mannhaftigkeit forderte er vom Liberalismus. Nur liberale Politik sollten sie endlich machen. „Wenn Sie mehr Willen zur Macht hätten, dann wären Sie schon lange über die sozialdemokratischen Schultern wegvoltigiert dort auf die Ministersessel." Eingehend wendete sich der Redner gegen die heuchlerische, volksfeindliche Politik des Zentrums, das jetzt nur die Sehnsucht fühle: wenn wir doch nur ein bißchen Kulturkampf hätten. Nichts anderes sei das Zentrum jetzt, als „eine politisch-konservative Junkerpartei unter klerikaler Führung". Kulturkampfbestrebungen lägen der deutschen Sozialdemokratie ganz fern. „Die deutsche Sozialdemokratie wird sich vom politischen und wirtschaftlichen Kampffelde niemals abdrängen lassen zu öder Pfaffenfresserei, aber die Bekämpfung des Klerikalismus und des volksfeindlichen Zentrums werden wir noch mehr als bisher uns zur Pflicht machen müssen." Frank gab zum Schluß dem Wunsche Ausdruck, daß einmal gesagt werden könnte: „Im Jahre 1909 begann der Niedergang der klerikal-konservativen Herrschaft in Deutschland, unter der das deutsche Volk 30 Jahre gelitten hat."

Die Spezialberatung des Etats.

Der Postetat.

Seit Jahren wird scharfe Kritik an der Verwaltung der Reichspost und -Telegraphie geübt. Dem Staatssekretär Krätke schadet das nicht. Abgeordneter Zubeil mußte ihm am 10. März ein schier unendliches Sündenregister vorhalten. Die Einrichtungen der Post ständen nicht mehr auf der Höhe. Böses Blut habe der Wegfall des Ankunftsstempels gemacht. Die Unterbeamten würden überlastet, das Hilfspersonal werde ganz ungenügend bezahlt. Bei Maßregelungen und Entlassungen stehe der Staatssekretär seinen Mann. Der Redner behandelte ausführlich das Disziplinarverfahren gegen den Oberpostassistenten Zollitsch und den Telegraphenvorarbeiter Valentin. Spitzel seien in Versammlungen von Telegraphenarbeitern geschickt worden, die allen Anlaß hätten, bessere Bezahlung zu erstreben. In Kassel würden die Beamten durch Vorgesetzte als Mitglieder für den Reichsverband geworben. Abgeordneter Scheidemann habe deswegen beim Staatssekretär Beschwerde geführt, aber keine Antwort erhalten. Unwürdige Kleinlichkeit ist Beamtinnen gegenüber geübt worden. Der Redner versicherte, daß er im Rahmen einer Rede nicht in der Lage sei, sein Material zu erschöpfen. Zu der Pressung von Beamten für den Reichsverband sprach auch Abgeordneter Scheidemann. Bei der dritten Lesung kam er auf den Fall zurück, weil ihm Unterbeamte geschrieben hatten, sie wiesen es mit Entrüstung zurück, daß bei ihm Beschwerde geführt worden sei, solange er nicht Namen nenne. Scheidemann richtete an die Herren von der Postverwaltung die Frage, „ob sie sich nicht endlich des Systems der Mameluckenzüchtung schämen wollten; erbärmlich sei das System, bei dem Beamte veranlaßt würden, solche Schreiben abzusenden. Abgeordneter Geck forderte Vermehrung der Stellen, an denen unbestellbare Postsachen geöffnet werden, damit die Zurückgabe rascher erfolge. Abgeordneter Albrecht trat dafür ein, daß bei der Vergebung der Lieferung der Dienstkleider für Postbeamte darauf gesehen wird, daß tarifmäßige Löhne bezahlt werden.

Reichseisenbahnamt. Abgeordneter Zietsch wies am 21. Januar nach, „daß das Reichseisenbahnamt in seiner jetzigen Zusammensetzung und Konstitution gar nicht imstande sein kann, die Aufgaben zu erfüllen, die ihm durch die

Artikel 42 bis 46 der Verfassung vorgezeichnet sind", zeigte, wie „das politische Uebergewicht Preußens auf Grund seiner Macht im Verkehrswesen" den Einzelstaaten zum schweren Nachteil gereiche und vertrat die Klagen besonders der thüringischen Kleinstaaten über ungenügende Berücksichtigung ihrer Wünsche auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens durch Preußen. Nachdrücklicher wie bisher müßte die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich erstrebt werden, auch um der Stärkung der wirtschaftlichen Kraft der ganzen Nation willen. Abgeordneter Lehmann kritisierte unter anderem die törichte Ausschließung mißliebiger Zeitungen vom Bahnhofsbuchhandel, trat im Interesse der Sicherheit des Betriebes für kürzere Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten ein und forderte zum Schluß, daß die Bahnen in den Besitz des Reiches gebracht werden, damit wir uns alle Vorteile der Zentralisation zunutze machen.

Die elsaß-lothringischen Eisenbahnen sind dem preußischen Eisenbahnminister unterstellt, und es bestehen deshalb in den Reichslanden im Eisenbahnwesen dieselben, wenn nicht teilweise noch ärgeren Uebelstände wie in Preußen. Im Verkehrsinteresse befürwortete bei der zweiten Etatslesung Abgeordneter Emmel die baldige Inangriffnahme des Vogesendurchstichs. Dann behandelte er Arbeiterfragen und die Lage der Unterbeamten. Arbeiterforderungen gegenüber sei die Verwaltung außerordentlich sparsam. Wo bleibe die den Arbeitern in Aussicht gestellte Erhöhung der Löhne? Ihrer Wohlfahrtseinrichtungen rühme sich die Verwaltung. Dabei handelt es sich, wie der Redner darlegte, nur um selbstverständliche Einrichtungen, die in jedem leidlich anständigen Privatbetrieb vorhanden sind. Die Arbeiterausschüsse dürfen sich nur ganz ungenügend betätigen. Vorenthalten werde den Arbeitern das Koalitionsrecht. Die Werkstätten sind weit davon entfernt, Musterbetriebe zu sein. Der Eisenbahnminister erklärte wie in früheren Jahren, daß den Arbeitern der Anschluß an den Eisenbahnerverband nicht gestattet werde, weil diese Organisation den Streik propagiere. Die Eisenbahnarbeiter seien besser daran wie die Arbeiter der Privatindustrie. Das ließ Abgeordneter Böhle nicht gelten, der im übrigen forderte, daß der Etat der Reichsbahnen übersichtlicher gestaltet werde, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, Besserung der Pensionsverhältnisse der Arbeiter anregte und auf Unregelmäßigkeiten in den Werkstätten hinwies. Abgeordneter Geck drang darauf, daß das Personal der Schlaf- und Speisewagen, das übermäßig angestrengt, sowie schweren gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt ist, der Sozialgesetzgebung unterstellt wird, und gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Privatgesellschaften notwendige Einrichtungen des modernen Fernverkehrs, die recht rentabel sind, ausnützen können. Aus der Antwort des Ministers ging hervor, daß das fiskalische Interesse ausreichend gewahrt ist; um die Lage der Angestellten hat die Verwaltung sich wenig gekümmert.

Das Eisenbahnunglück bei Mülheim am Rhein gab den Nationalliberalen Anlaß zu einer Interpellation. Als am 22. April darüber verhandelt wurde, rügte Abgeordneter Hengsbach die Mangelhaftigkeit der Anlage, in der das Massenunglück passierte, die Langsamkeit beim Rettungsdienst und die späte Benachrichtigung der Angehörigen der Getöteten. Einem Zusammenprall der Welten der Besitzlosen und Besitzenden sei, so führte Hengsbach aus, der Eisenbahnzusammenstoß vergleichbar. „Der übermächtige, stark gebaute Lloyd-Expreß bohrte sich mit Macht in den Soldatenzug und knickte eine Anzahl Wagen wie Streichholzschachteln." Der Redner forderte bessere Bezahlung und kürzere Dienstzeit für das Eisenbahnpersonal, damit seine Leistungsfähigkeit besser werde und trat für ausreichende Entschädigung der Verletzten und der Hinterbliebenen der Getöteten ein.

Etat der Reichsjustizverwaltung. Abgeordneter Heine anerkannte die Verdienste des früheren Staatssekretärs Dr. Nieberding um das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches, protestierte gegen die Absicht, „den Prozessen des Volks den Zutritt zur obersten Instanz zu erschweren“, hob hervor, es tue, wie durch einen Zentrumsabgeordneten geschehen sei, „dem Ansehen des deutschen Volkes und Reiches nicht gut, wenn immer hier die Sache so hingestellt wird, als ob bei uns eine vollständige Verseuchung des ganzen Volkslebens durch pornographische Literatur stattfände“ und erklärte, solche Sachen bekämpft man durch gute Volksbildung. In längeren Ausführungen behandelte der Redner den Vorentwurf eines Strafgesetzbuches, der zwar als „Privatarbeit“ bezeichnet werde, aber auf Anordnung des Reichsjustizamtes veröffentlicht wurde. Es sei anzuerkennen, „daß der Entwurf zum Strafgesetzbuch auf der einen Seite große, anerkennenswerte Fortschritte enthält ... Aber auf der anderen Seite enthält das Werk geradezu Rückschritte der allergefährlichsten Art“, die zum Teil über das Umsturzgesetz von 1894 hinausgingen. Diese Mängel besprach Heine und trat unter anderem nachdrücklich für die Abschaffung der Todesstrafe ein. Er gab zum Schluß den Rat: „Man nehme aus diesem Vorentwurf des Strafgesetzbuches das Gute heraus; man lasse aber im Reichstage vor der Oeffentlichkeit beizeiten keinen Zweifel darüber, daß, wenn die Reaktion politische Verschlechterungen verlangt, man ihr sagen muß: Satan, packe Dich!“

Der Heeresetat.

Die ordentlichen laufenden Ausgaben sind abermals erheblich gestiegen. Beschlossen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Umwandlung des Militärveterinärkorps in ein Veterinäroffizierkorps, was natürlich eine nicht unerhebliche Vermehrung der Kosten zur Folge hat. Neu geregelt sollte werden das System der Rationen und Pferdegelder für die Offiziere, dann folgend eine Regelung des Servisgelderwesens. Statt Ersparnisse zu machen, kam die Verwaltung auf höhere Ausgaben. Bei Durchführung sämtlicher geplanter Maßnahmen sollen 2,2 Millionen Mark Mehrkosten entstehen. Drollig war, daß nach den Schilderungen des Kriegsministers in der Budgetkommission die Lage der kommandierenden Generale eine wahrhaft bemitleidenswerte ist bei rund 40 000 Mk. Einkommen. Die Neuregelung der Pferdegelder wäre auf eine abermalige Erhöhung der Offiziersgehälter hinausgekommen; sie wurde abgelehnt.

Die Verwaltung des Reichsheeres erfuhr, wie in jedem Jahre, lebhafte Kritik durch die sozialdemokratischen Redner. Sie stehen jetzt dabei nicht mehr ganz allein. Der Redner des Zentrums trug zum Beispiel Ansichten vor, die seit 30 Jahren von der Sozialdemokratie verfochten werden. Bei der allgemeinen Debatte zum Gehalt des Kriegsministers stellte am 26. Januar Abgeordneter Stücklen seinen Ausführungen den Satz voran: „Wir sind und bleiben Gegner des heute bestehenden Heeres“ und bekämpfte sodann das dem Reichstage unverantwortliche Militärkabinet des Kaisers, dessen Maßnahmen gegenüber der Kriegsminister nur die Rolle eines verantwortlichen Redakteurs habe, die Pensionierung vollkräftiger Offiziere, die Säbelrasselei einiger Generale, die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher, die hohen Ausgaben für Reisekosten, die Bereithaltung von Truppen bei den Wahlrechtskundgebungen und andere Uebelstände. Nachdem der Redner die Frage aufgeworfen hatte, welche wichtigen Kulturaufgaben erfüllt werden könnten, wenn die Heeresausgaben wesentlich verringert würden, trat er für weitgehendste Sparsamkeit ein, und protestierte im voraus gegen die angekündigte neue Militärvorlage. Die fortgesetzten Rüstungen seien eine Gefahr für des

Frieden. Ganz unangebracht sei es, immer wieder davon zu reden, das Heer müsse gegen den inneren Feind auf der Wacht stehen, von dem man glaubt, er wolle Deutschland über den Haufen werfen. Auf einen Zuruf „Sehr richtig!“ von rechts antwortete der Redner: „Wir denken nicht daran, sondern kämpfen für das Ziel, daß aus dem Hause, in dem wir alle wohnen, nicht ein Haus werde und bleibe, in welchem nur die oberen Zehntausend sich wohl fühlen, sondern daß es ein Haus werde, in welchem das Volk in seiner Allgemeinheit sich wohl fühlen kann.“ Eine radikale Sparsamkeit im Heeresetat werde nur dann möglich sein, wenn die Dienstzeit in der Armee weiter verkürzt werde. „Auf dem Wege der Verkürzung der Dienstzeit wollen wir zum Milizheer kommen,“ das „im Gefechtsdienst so vorzüglich als möglich ausgebildet werden“ soll. Die Erhöhung der Soldatenlöhne sei eine zwingende Notwendigkeit. Dringend geboten sei die Reform des Militärstrafgesetzbuches. Nachdem Stücklen noch die Anordnungen des Kriegsministers zur Hebung der Militärbegeisterung der Jugend glossiert hatte, forderte er „internationale Abmachungen zum Zwecke der Abrüstung“ und schloß mit den Worten: „Wir bekämpfen die Kriegshetzerei; wir bekämpfen den blöden Chauvinismus. Wir werden auch fernerhin den Kampf führen gegen die Auspowerung des Volkes zugunsten des kultur- und friedensfeindlichen Militarismus.“

Den üblichen törichten Redensarten bürgerlicher Abgeordneter über die Stellung der Sozialdemokratie zum Heerwesen, ohne die keine Militärdebatte im Reichstag stattfindet, trat am folgenden Tage Abgeordneter Noske entgegen, der ferner den Zwangspensionierungen der Offiziere die Knickrigkeit gegenüberstellte, mit der invaliden Soldaten eine geringe Pension vorenthalten wird, die vom Kriegsminister angestrebte Hurrabegeisterung bei der Jugend glossierte, dann kritisierte, daß die Verwaltung den Forderungen des Reichstages zähen Widerstand entgegensetze. Der Saalboykott dauere, wenn auch nicht in dem früheren Umfange fort, Soldatenschinder würden milde bestraft, Offiziere prügelten Rekruten, statt sie zu schützen, den Rekrutenschäftereien werde nicht nachdrücklich genug entgegengetreten, das Beschwerderecht sei erschwert statt erleichtert worden, von der Reform des Strafrechts sei keine Rede, ausgeschlossen werde immer wieder ohne triftigen Grund die Oeffentlichkeit bei den Gerichtsverhandlungen, die Zahl der Bestrafungen nehme erheblich zu. Mängel in der Verwaltung seien deutlich in die Erscheinung getreten; ernster Beachtung wert seien häufig vorkommende Veruntreuungen und Betrügereien. Dem Zentrum wies der Redner nach, es sei allein schuld daran, daß die Löhnung der Soldaten nicht erhöht wurde. Die Klassenscheidung im Heere habe der Kaiser gefördert. Aufhören müsse die kastenmäßige Abschließung des Offizierkorps. Die Verkürzung der Dienstzeit könne und müsse durchgeführt werden. Begonnen müsse endlich eine fortschreitende Demokratisierung des Heeres werden. Auf dem Gebiete des Rüstungswesens müsse endlich, um den drohenden Ruin der Staaten abzuwenden, eine Politik des gesunden Menschenverstandes betrieben werden. Stillstand und Rückgang der Rüstungen sollten eintreten. Die Zeit werde kommen, in welcher der Krieg als Torheit und Barbarei angesehen wird.

Der Kriegsminister zeigte in seinen wiederholten Reden, daß er nicht reformieren will. Daß nennenswerte Uebelstände im Heerwesen bestehen, läßt er nicht gelten, Mängeln werde entgegengetreten, an der Zusammensetzung des Offizierskorps wird nichts geändert, eine Verkürzung der Dienstzeit ist unmöglich. — Bei den Wahlen wird dafür vom Volke gesorgt werden müssen, daß der Reichstag so zusammengesetzt wird, Reformen großzügiger Art erzwingen zu können.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Heeresetats forderte Abgeordneter Zubeil Aenderung der Bestimmungen über die Gewährung von Kriegsbeihilfen, weil jetzt oft die bedürftigsten alten Krieger nichts erhalten. Beim Titel „Höhere Truppenbefehlshaber" rügte er die Gefährdung von Anliegern beim Kunersdorfer Schießplatz. Beim Titel „Geldverpflegung der Unteroffiziere" besprach Zubeil eingehend die auf die Konkurrenz der Militärkapellen zurückzuführende Notlage der Zivilmusiker, und trat lebhaft für die Einschränkung der Zahl der Militärmusiker ein. Die Abgeordneten Stücklen und Albrecht beschäftigten sich mit den Militärbekleidungsämtern, die als ein Fortschritt beizubehalten seien, bei denen aber die Zahl der Offiziere viel zu groß sei. Fachmännische Leitung sollte an die Stelle der militärischen treten. Albrecht kritisierte die zum Teil ungenügenden Löhne der Arbeiter und nahm sich der Korbmacher an, denen die Löhne für Geschoßkörbe sehr heruntergedrückt worden sind. Die Höhe und zum Teil rechtswidrige Beanspruchung von Reisegebühren und Umzugskosten durch Offiziere rügte Abgeordneter Stücklen unter Anführung von Beispielen. Abgeordneter Emmel nahm Gelegenheit, beim Kapitel „Militärerziehungs- und Bildungswesen" zu betonen, der Fall Oldenburg lehre, daß für die Bildung der Offiziere insofern nicht genug geschehe, als sie in Verfassungsfragen nicht Bescheid wissen. Auch die bürgerlichen Gesetze und das Militärstrafgesetzbuch müßten sie besser kennen, um zu wissen, wie weit ihre Gerechtsame gehen. Aber auch die Soldaten sollten genau unterwiesen werden, damit sie nicht das Opfer eines gewissenlosen Vorgesetzten werden können, der sie zu ungesetzlichen Handlungen anstiften will. Arg in die Enge getrieben, so daß er nicht mehr ein und aus wußte, wurde vom Abgeordneten Ledebour der Kriegsminister, der in einer seiner Reden gesagt hatte: „Der Offizier schwört nicht auf die Verfassung, sondern leistet nur den Eid seinem Allerhöchsten Kriegsherrn, und diese klare einfache Situation ist auch zum Segen des Vaterlandes in vielen Schwierigkeiten gewesen." Ledebour forderte vom Kriegsminister, „wenn er den naheliegenden Verdacht, daß er damit selber die Offiziere zum Verfassungsbruch hat aufhetzen wollen", von sich ablehnen wolle, er einmal „die historischen Beispiele nenne", die er im Auge gehabt habe. Herr v. Heeringen antwortete, er habe nicht Preußen im Auge gehabt, sondern Kurhessen. Trotzdem er von Ledebour gedrängt wurde, nähere Angaben zu machen, schwieg er sich aus. — Abgeordneter Schöpflin trat für die Verminderung der Kontrollversammlungen ein und rügte, daß Kontrollversammlungen von Offizieren dazu mißbraucht werden, politische Reden zu halten und für die Kriegervereine Mitglieder zu werben. — Im Juni hat der Kriegsminister angeordnet, daß in Zukunft nur noch rein dienstliche Sachen besprochen werden dürfen. — Abgeordneter Böhle trat für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Militärarbeiter ein, bekämpfte eingehend Mißstände in den Straßburger Militärwerkstätten, protestierte gegen die Maßregelung organisierter Arbeiter auch in sächsischen Werkstätten. Als der nationalliberale Abgeordnete Dr. Görcke die Leitung des „Vorwärts"-Betriebes anrempelte und von angeblichen Mißständen in sozialdemokratischen Betrieben sprach, traten ihm die Abgeordneten Zubeil, Stadthagen und Fischer nachdrücklich entgegen und wiesen die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen nach.

Marineetat.

Auf die Vergrößerung des Deplacements, die Verstärkung der Armierung und die Indienststellung der neuen Kriegsschiffe ist es zurückzuführen, daß die fortdauernden Ausgaben im Marineetat von Jahr zu Jahr bedeutend steigen. Die Vermehrung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben für neue Schiffe ist durch das Flottengesetz festgelegt worden.

Wiederholt ist von der Regierung und von bürgerlichen Abgeordneten betont worden, daß Deutschlands Flottenrüstungen nicht über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus ausgedehnt werden sollen. Tatsächlich geschieht es doch schon, indem die Schiffe größer gebaut werden, als früher angenommen wurde, so daß, wenn schon nicht die Zahl der Schiffe vermehrt wird, doch die Kosten dafür größer werden, als im Flottengesetz vorgesehen ist. — Nachdem die Kieler Werftskandale bekannt geworden waren, wurde der Marineetat in der Budgetkommission besonders gründlich behandelt. Auf Millionen Ersparnisse war es dabei allerdings von Anfang nicht abgesehen, da am Bauprogramm eine Aenderung nicht erfolgen sollte. Immerhin wurden einige beträchtliche Abstriche vorgenommen. Der Ansicht wurde auch von bürgerlicher Seite wiederholt Ausdruck gegeben, daß bei der Marineverwaltung das Geld bisher so gut wie keine Rolle gespielt habe; es sei wie sonst bei keiner Verwaltung aus dem Vollen gewirtschaftet worden. Mit solchen durchaus zutreffenden Bemerkungen belasteten die bürgerlichen Abgeordneten sich selbst schwer, denn sie haben durch ihr unverantwortliches Drauflosbewilligen erst der Verwaltung die Möglichkeit gegeben, die Mittel des Volkes zu verwirtschaften. Gründlich beschäftigte man sich in der Kommission unter anderem mit den hohen Tafel- und Messegeldern, die selbst dann Offizieren gezahlt werden, wenn sie nicht an Bord der Schiffe leben müssen. Mehrforderungen wurden gestrichen und im nächsten Jahre soll die Sache weiter geprüft werden. Festgestellt wurde, daß beim Submissionswesen arge Uebelstände bestehen. Lange Erörterungen gab es über das Monopol, das Krupp bei der Lieferung der Kanonen und Panzerplatten hat. Das Reich wird unerhört geschröpft. Das gab der Staatssekretär selbst zu; er tröstet sich aber damit, daß die Kanonen gut sind. Beim Bau der Trockendocks in Wilhelmshaven wird das Geld des Volkes im wahrsten Sinne des Wortes scheffelweise in den Schlamm gesteckt. Nachdem 16 Millionen verbaut sind, hat sich herausgestellt, daß die Docks nicht wasserdicht sind, so daß große Beträge für die Verdichtung aufgewendet werden müssen. Bei den Erörterungen darüber machten v. Tirpitz und seine Untergebenen die verschiedensten Angaben. Allmählich nur erfuhr die Kommission, wie die Dinge liegen. Daß die Kommission die volle Wahrheit erfahren hat, wurde von einem sozialdemokratischen Abgeordneten in Zweifel gezogen.

Die Zustände auf den Werften wurden sehr eingehend besprochen, wobei der Kieler Prozeß vielfach gestreift wurde. Bezeichnend ist, daß der Staatssekretär es anfänglich für unmöglich hielt, die bloßgestellten Beamten zur Rechenschaft ziehen zu können. Dazu soll es keine Handhabe geben.

Das Danziger Wasserloch. Das Hauptinteresse in der Budgetkommission erregten die Angaben des Abgeordneten Severing über die Verbrennung und Versenkung von Materialien auf der Danziger Werft. Damit bestehende Mißstände gründlich aufgedeckt werden, beantragten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, „eine Untersuchungskommission einzusetzen, die zur Hälfte vom Reichstag aus seiner Mitte ernannt und mit dem Recht der eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen versehen wird. Aufgabe dieser Kommission soll sein, die insbesondere durch die Kieler Schwurgerichtsverhandlungen bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerften auf ihre Ursachen hin zu untersuchen, sowie Maßnahmen zu beraten und vorzuschlagen, die geeignet sind, eine Reform der Verwaltung der Werftbetriebe auf sozialpolitischem, technischem und kaufmännischem Gebiete herbeizuführen." Die Resolution wurde sowohl in der Kommission als auch bei der zweiten Lesung im Plenum, zu der sie ebenfalls

eingebracht worden war, **abgelehnt.** Damit eine gründliche Prüfung in Danzig vorgenommen werde, hatte Severing dem Staatssekretär genaue Angaben gemacht und Zeichnungen überreicht. Zweimal gab der Staatssekretär die Versicherung ab, er habe befohlen, daß durch **Taucher** eine gründliche Untersuchung vorzunehmen sei. Der Danziger Oberwerftdirektor behauptete telegraphisch zwei Tage später: „Untersuchung und Abfischen des Wassers hat absolute Unwahrheit der Beschuldigungen ergeben.“ Das Wasserloch sei „gründlich abgefischt worden“. Trotzdem zugegeben werden mußte, daß allerlei Materialien verbrannt, andere aus dem Wasser, in das sie versenkt, herausgefischt worden sind, gab sich die Mehrheit der Kommission zufrieden, weil ihr versichert wurde, die Gegenstände hätten **keinen Wert.**

Flottenabkommen.

Hinterhältigkeit und Mangel an Offenherzigkeit des Staatssekretärs v. Tirpitz hat im Jahre 1902 im Reichstage Eugen Richter konstatiert. Daran erinnerte bei der zweiten Lesung des Marineetats am 5. März Abgeordneter Dr. Südekum, als er ausführte, das, was der Staatssekretär gesagt habe in bezug auf die Unmöglichkeit, das **Monopol Krupps** bei der **Lieferung von Panzerplatten und Kanonen** zu brechen, erscheine nicht stichhaltig. Scharf protestierte der Redner dagegen, daß Beamten der Marineverwaltung untersagt worden ist, sich an Reichstagsabgeordnete zu wenden, um ihnen Angaben über Betriebszustände zu machen. Zum Etat führte Dr. Südekum aus: „Die Marine ist schuld an dem Finanzjammer des Reiches. . . Bei dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers betrugen die fortdauernden Ausgaben für den Marineetat 51 Millionen. Im Jahre 1911 werden sie steigen bis auf 462 Millionen. . . . Die Gesamtausgaben der Flotte seit 1871 belaufen sich auf mehr als 4 Milliarden.“ Ohne die Ausgaben für Verzinsung der Schuld, für die Pensionen usw. Deshalb fehle es an Geld für sozialpolitische Aufgaben. „Aber nicht nur die innere, auch die äußere Politik empfängt ihre ganze Bestimmung durch die Flottenpolitik und die mit ihr aufs engste zusammenhängende Weltpolitik.“ Die Flottenpolitik sei die Ursache der scharfen Spannung zwischen den Nationen. „Die Flotte hat ein Moment der Beunruhigung in die internationalen Beziehungen hineingebracht.“ Der Redner verwies auf die Stimmung breiter Kreise, sowie auf den Ausfall der letzten Wahl in England. Mit Genugtuung konstatierte er, daß aus bürgerlichem Munde vor ihm das Wort von der Notwendigkeit der Verständigung der Völker über ihre Flottenrüstungen gefallen sei. Für Deutschland sei die Frage der Landesverteidigung keine Frage der Flottenpolitik. Deutschland komme, wenn es mit der Flottenpolitik so fortfahre wie bisher, aus der Schuldenwirtschaft und den verhängnisvollen Konsequenzen dieser Schuldenwirtschaft nicht mehr heraus. Der Redner betonte abschließend: Deswegen und „wegen der Zusammenhänge mit der reaktionären Politik im Innern unseres Landes können wir diesem Teil des Systems nicht mehr bewilligen als dem System im ganzen, und dem bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen!“

Während Südekums Rede war der Reichskanzler herbeigeholt worden, um sich über die deutsch-englischen Beziehungen zu äußern. Er tat das in wenigen nichtssagenden Sätzen, dahingehend, daß die Flotte nicht zu aggressiven Zwecken gebaut wird, sondern zum Schutze der Küsten und des Handels. Offen liege der Wunsch zutage, unbefangen und aufrichtig ein freundschaftliches Verhältnis zu England zu pflegen. Darauf antwortete Abgeordneter Ledebour am 4. März, solche Redensarten seien für die Beurteilung der deutschen Politik im Auslande vollständig gleichgültig. Der Reichskanzler „wird nicht beurteilt

nach dem, was er sagt, sondern nach dem, was er tut oder unterläßt. Diese Taten und Unterlassungen der deutschen Reichsregierung und des Herrn v. Bethmann Hollweg aber sind es, welche in England jene tiefe Mißstimmung hervorgerufen haben." Die Antwort schuldig geblieben sei der Kanzler auf die Frage: ob denn England und Deutschland nicht zu einer Verständigung über eine Abrüstung zur See kommen könnten. Zu solchen Abmachungen, die früher von den Sozialdemokraten allein gefordert wurden, zeigten jetzt auch die bürgerlichen Parteien zum Teil mehr Neigung. Der Redner schloß mit der Versicherung, die Sozialdemokratie werde die Regierung, die durch ihre innere und äußere Politik Deutschland im Auslande diskreditiere, rücksichtslos bekämpfen, und werde „es schließlich dahin bringen, daß die absolut unfähige Regierung um so früher von der Bildfläche verschwindet".

Neue Werftdebatten.

Am 8. März kamen erneut die Zustände auf den Werften zur Sprache. Der Marineverwaltung waren von den Nationalliberalen Dr. Weber, von den Freisinnigen Mommsen hilfreich beigesprungen. Abgeordneter Severing, der inzwischen in der bürgerlichen Presse heruntergerissen worden war, setzte dem Staatssekretär böse zu. v. Tirpitz verhalte sich den Arbeitern der Werftbetriebe gegenüber durchaus reaktionär und scharfmacherisch. Trotz eines Beschlusses des Reichstages würden die Arbeiterausschüsse nicht zur Mitwirkung bei der Festsetzung der Löhne und der Arbeitsbedingungen zugelassen. Maßregelungen seien nichts Seltenes; der politischen Gesinnung der einzustellenden Arbeiter werde nachgeschnüffelt, für christliche Vereine auf der Danziger Werft Propaganda gemacht. Von Sicherheit der Existenz der Werftarbeiter sei keine Rede, wie häufige Entlassungen lehren. Mißstände der verschiedensten Art brachte der Redner zur Sprache. Dann beschäftigte er sich eingehend mit dem „Danziger Wasserloch". Die Untersuchung, die dort erfolgte, sei ein Schulbeispiel dafür, wie Untersuchungen nicht geführt werden sollen. Betraut damit seien zum Teil Personen, die selbst in die Affäre verwickelt waren. Getaucht sei nicht worden; auch abgedämmt und abgefischt sei das Loch nicht. Etwa 30 Minuten lang hätten Leute mit Stangen aus dem Loch Gegenstände herausgeholt. Dann wurde die Untersuchung eingestellt. Was gefunden wurde, waren keineswegs wertlose Gegenstände. Severing forderte wiederholt, ihn zu Untersuchungen hinzuzuziehen. Seine Gewährsmänner zu nennen, mußte er ablehnen, weil der Staatssekretär sich nicht dazu bereit erklärt hatte, namhaft gemachte Angestellte nicht zu maßregeln. Severing erklärte zum Schluß seiner Rede: „Es wäre auch eine nationale Tat, wenn der Reichstag ernstlich daran ginge, zu untersuchen, ob nicht in irgendeiner Weise den Mißständen abzuhelfen ist." Dazu hatte die große Mehrheit aber keine Neigung, denn sie stimmte gegen die obenerwähnte sozialdemokratische Resolution. Nach dem ganzen Gang der Verhandlungen kann nur sehr geringe Hoffnung darauf gesetzt werden, daß es zu gründlichen Reformen in der Marineverwaltung und auf den Werften kommen wird.

Auswärtige Politik.

Was bei der großen Etatsdebatte im Dezember über Deutschlands auswärtige Politik gesagt worden ist, erweckte nur geringes Interesse. Von so festbegründeten Verhältnissen wie den Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn sei nicht notwendig zu sprechen, betonte der Kanzler. Wegen Marokkos werde man wohl mit Frankreich zu einer befriedigenden Lösung kommen. Die Herstellung guter Beziehungen zwischen England und Deutschland werde von der

Regierung als wichtige Aufgabe einer weisen Staatskunst angesehen, der Wert des Dreibundes werde von den italienischen Staatsmännern nicht geringer eingeschätzt als früher. Ein Teil der russischen Presse führe zwar eine „wenig freundliche Sprache" gegen Deutschland, aber die beiderseitigen Regierungen unterhielten gute Beziehungen. Zum Schluß gab es die übliche Redefloskel, die deutsche auswärtige Politik werde mit größter Ruhe und Stetigkeit und frei von aller Nervosität geführt werden.

Abgeordneter Scheidemann wies gegenüber der Rederei über Stetigkeit der deutschen auswärtigen Politik darauf hin, „daß alle Welt seit nunmehr zwanzig und mehr Jahren sich lustig macht über die deutsche Zickzackpolitik... Wenn ein deutscher Reichskanzler spricht von Stetigkeit in der deutschen Politik, dann soll er sehr vorsichtig sein und soll das nicht in derselben Stunde sagen, wo das Wort „Marokko" fällt." Bezugnehmend auf die nichtssagenden Auslassungen des Kanzlers über die deutsch-englischen Beziehungen glossierte Scheidemann die orakelhaft dunkle Bemerkung des neuen Herrn zur Frage der Verständigung über die Rüstungen: „Wir werden ja sehen, wir werden ja hören, und dann wird es sich zeigen." Dr. Frank spottete ein paar Tage später über die nichtssagenden Redensarten des Kanzlers: „Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik . . . billigen wir ihm mildernde Umstände zu; wenn er sich da noch als Lehrling fühlt, so wollen wir ihn in dieser Selbsteinschätzung nicht hindern."

Der Mannesmann-Rummel.

Der Staatssekretär des Aeußeren hatte sich gegen heftige Angriffe zu wehren, die von bürgerlichen Rednern gegen ihn erhoben wurden, weil er angeblich wichtige Interessen der deutschen Industriellen Gebrüder Mannesmann an reichen Erzlagern in Marokko, auf die sie durch ein Abkommen mit dem Sultan Anrecht erworben haben wollen, zugunsten einer französischen Gruppe preisgegeben habe. In der Budgetkommission haben dann lange Debatten über die Mannesmann-Affäre stattgefunden, die damit endeten, daß von der großen Mehrheit das Verhalten des Auswärtigen Amtes, das ein Schiedsgerichtsverfahren anstrebt, gebilligt wurde. Bei der zweiten Lesung des Etats hielt Abgeordneter Scheidemann der bürgerlichen Mehrheit vor, daß es ihre Schuld sei, wenn die fortgesetzten Klagen über die Leitung der auswärtigen Politik erfolglos blieben. Die Mehrheit habe die Pflicht, es besser zu machen. „Nur Schwächlinge klagen unausgesetzt über Dinge, die sie ändern könnten wie sie wollten." Protest zu erheben sei gegen die häufige Säbelrasselei. „Wenn gegenüber der klugen Diplomatie des Auslandes die Diplomatie der gesträubten Schnurrbartspitzen genützt hätte, dann hätten wir glänzende Erfolge erzielen müssen. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben kläglichen Schiffbruch mit der Diplomatie der eisengepanzerten Faust gelitten." Auch die auswärtige Politik solle im Interesse kapitalistischer Klüngel geführt werden. Das habe die monatelange Hetze gegen den Staatssekretär v. Schön erneut gelehrt. „In der Mannesmann-Affäre ist jetzt ein Debacle erfolgt, ein Zusammenbruch des ganzen Drums und Drans, das um diese Affäre herum gemacht worden ist, wie es kläglicher nicht hätte eintreten können." Monatelang sei die sogenannte nationale Presse von den Interessenten bearbeitet worden, das deutsche Volk über diese Affäre belogen worden, daß sich die Balken hätten biegen können. Das Tollste war, daß gefordert worden sei, für die Interessen der Gebrüder Mannesmann 4 Millionen Bajonette in Bewegung zu setzen. Der Redner schilderte dann, wie die Herren Mannesmann, die finanzielle Notlage des Sultans ausnützend, große Sonderrechte an

Minenkonzessionen in Marokko zu erlangen gesucht haben. Von nationalen Interessen dabei zu reden, sei nicht angebracht, weil die Gebrüder Mannesmann aus einer Monopolstellung ganz so wie Krupp würden den höchsten Nutzen zu ziehen suchen. Die Streitfrage gehöre vor ein Schiedsgericht. Scheidemann gab der Hoffnung Ausdruck, „daß alle Versuche, den erledigten deutsch-französischen Marokkostreit von neuem zu beleben und unser Verhältnis zu Frankreich von neuem zu trüben, fehlschlagen möchten. Wir wollen den Tag erleben, wo wir jenseits und die Franzosen diesseits der Vogesen keinen Feind mehr sehen." Mit derselben Zähigkeit, mit der die Sozialdemokratie eintrete für ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich, „arbeiten wir auch darauf hin, daß wir zu England in die denkbar besten Beziehungen kommen". Nachdem der Redner das Unsinnige der Flottentreiberei nachgewiesen hatte, betonte er noch einmal: „Dauernde friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland, England und Frankreich, das ist meines Erachtens das edelste und größte Ziel, auf das unsere auswärtige Politik hinarbeiten soll." Abgeordneter Dr. David hob am nächsten Tage hervor, mehr wie Billigkeitsgründe könnten die Herren Mannesmann nicht beanspruchen. Der Rechtsstandpunkt müsse von Deutschland unter allen Umständen gewahrt werden. Der Redner forderte ein Einschreiten des Auswärtigen Amtes gegen den von Preußen eingeführten Paßzwang für ausländische Arbeiter und die preußische Ausweisungspraxis. In längeren Darlegungen trat auch er für die deutsch-französisch-englische Verständigung ein, die von den Arbeitern der drei Länder erstrebt werde.

Kolonialpolitik.

Die Erörterungen über kolonialpolitische Fragen nahmen im Plenum des Reichstages und noch mehr in der Budgetkommission sehr viel Zeit in Anspruch.

Im Nachtrag für das ostafrikanische Schutzgebiet

wurden die Mittel zur Fortführung der Usambarabahn und zum Ausbau des Hafens von Tanga angefordert. Dieser Bahnbau stellt sich als eine Konzession an jene Kolonialpolitiker dar, die seit Jahren für die Besiedelung des Kilimandscharo-Gebietes durch Weiße eintreten. Auf eine Rentabilität der Bahn in den nächsten 10 Jahren wird nicht gerechnet. Dernburg nahm Fehlbeträge an, die von 24 000 Mk. an steigen und bis 199 000 Mk. erreichen können. Aber als Folge der wirtschaftlichen Erschließung des Landes durch die Bahn wird eine so große Steigerung der Zoll- und Steuereinnahmen erwartet, daß der etwa erforderliche Zuschuß für die Eisenbahnen geleistet werden kann. Sicher ist das keineswegs. Die Mittel zum Bau sind durch Anleihe aufzubringen. Der Stand der Reichsanleihen wird dadurch unstreitig bis zu einem gewissen Grade ungünstig beeinflußt. In der Budgetkommission gab es wegen des Bahnbaues längere Erörterungen über die Besiedelungsfrage. Bei der zweiten Lesung im Plenum am 21. Januar betonte Abgeordneter Ledebour, trotz Dernburgs Ableugnung habe das Kolonialamt eine Schwenkung in der Siedelungsfrage vorgenommen. Indirekt würden Leute mit 15 000—20 000 Mk. Kapital ermuntert, als Kleinsiedler nach Ostafrika zu gehen, allerdings in Ausdrücken, daß, wenn sie zugrunde gehen, die Verantwortung von der Verwaltung abgelehnt werden könne. Die Sozialdemokraten würden den Bahnbau nicht bewilligen, weil „es in Ostafrika zu nichts anderem kommen kann als zu Plantagenunternehmungen, die auf der Ausbeutung der eingeborenen Arbeiter begründet sind".

Um Kolonialbahnen und Diamantenfunde

handelte es sich bei dem Nachtragsetat für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Direkte Anforderungen an die Reichskasse wurden dabei nicht gestellt. Gefordert wurden 800 000 Mk. zur Verhinderung des Diebstahls und Schmuggels von Diamanten. Unter dem Titel: Zur Verhinderung des Diebstahls und Schmuggels von Diamanten, sowie zu sonstigen notwendigen Maßnahmen aus Anlaß der Auffindung der Diamanten, wurden auf Vorschlag der Budgetkommission 1 040 000 Mk. bewilligt. Deckung findet die Ausgabe, die wegen der Diamantfunde in der Hauptsache schon eher gemacht war, als der Reichstag zusammentrat, durch die erheblichen Mehreinnahmen des Schutzgebietes aus den Diamantenzöllen. Der Nachtragsetat forderte ferner die Zustimmung des Reichstages zur Verwendung des Ertrages aus den Diamantenzöllen für Eisenbahnbauten in Südwest. Bewilligt wurden zum Umbau der Bahnstrecke Karibib—Windhuk sowie zum Bau der Nordsüdbahn als erste Rate 4 900 000 Mark. Beschlossen wurde ferner die Verstaatlichung der Otavibahn. Das gesamte Netz soll 76 Millionen Mark kosten. Auch bei diesen Bahnbauten wird damit gerechnet, daß vom Deutschen Reiche Zuschüsse nicht zu leisten sind. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß der Diamantensegen noch eine Weile andauert. Damit muß gerechnet werden, daß die Schätze in nicht zu ferner Zeit ein Ende nehmen. Dazu sagte der Staatssekretär in der Kommission: „Wenn wir das, was wir jetzt haben, dazu verwenden, um das Land zu erschließen, so kommen wir möglicherweise um die Situation herum, daß, nachdem die Diamanten aufgehört haben, wir nicht ein der Arbeit entwöhntes, dem Rechtsgefühl entfremdetes, der Farmwirtschaft abholdes Volk dort finden.“ Die Bahnen werden verpachtet. Dernburg hat dabei ein Verschachtelungssystem ausgeklügelt, in dem es schwer ist, sich zurechtzufinden. Von den Sozialdemokraten wurde in der Kommission erklärt, der Gewinn aus den Diamanten müßte in erster Linie zur Bezahlung der Schulden verwendet werden, die das Reich für Südwest gemacht hat. Bei der Debatte über die Bahnvorlagen wurde in der Kommission und im Plenum von Ledebour scharf Protest dagegen erhoben, daß Mitglieder von kolonialen Erwerbsgesellschaften sich in der Kommission bei der Beratung der Kolonialvorlagen hervorragend betätigten. Tagelange Debatten fanden in der Budgetkommission statt über die Dernburgsche Diamantenpolitik. Die getroffenen Maßnahmen, die bezweckten, dem Fiskus einen größeren Teil von dem unverhofften Gewinn zu sichern, fanden allseitige Billigung. Scharfe Angriffe waren gegen den Staatssekretär des Kolonialamtes von den Diamanteninteressenten im Schutzgebiet gerichtet worden. Dernburg wehrte sich energisch seiner Haut und führte dabei schwerstes Geschütz gegen seine Angreifer auf, deren Verhalten er schonungslos kritisierte. Als darauf ein von schweren Beleidigungen des Staatssekretärs strotzendes Telegramm des Bürgermeisters Kreplin von Lüderitzbucht bei der Kommission einlief, war diese einmütig in der Zurückweisung der Ungehörigkeiten und nahm einstimmig einen Antrag Singer an: „Die von dem Bürgermeister Kreplin aus Lüderitzbucht an das Reichstagspräsidium gerichtete Depesche ist durch die Beschlüsse des Reichstages erledigt.“

Ueber die Bedeutung dieser Abstimmung sagte Abgeordneter Ledebour bei der zweiten Lesung im Plenum am 25. Januar, von einer allgemeinen Anerkennung der Kolonialpolitik des Staatssekretärs Dernburg könne keine Rede sein. „Wir Sozialdemokraten kommen ja, trotzdem wir grundsätzliche Gegner der kapitalistischen Kolonialpolitik sind, deren berufener und gewandter Vertreter der Herr Staatssekretär ist, doch häufig in die Lage, in einzelnen Fragen sowohl mit der Regierung wie mit der Mehrheit des Hauses zu-

sammenzustimmen. Das ändert aber gar nichts an unserer prinzipiellen Haltung." Im vorliegenden Falle seien der Staatssekretär und die Verwaltung korrekt verfahren, und der Staatssekretär habe auch, „soweit wir es beurteilen können, innerhalb des Rahmens, den er sich gesteckt hatte, den Gesellschaften große Zugeständnisse wieder abgeknöpft". Ledebour sprach sich scharf gegen die „habgierige Bande" in Südwest aus, von der Dernburg gesagt hatte, der Neger, der die Diamanten fand, werde als Belohnung wohl Wichse gekriegt haben, die „einerseits die Neger ausbeutet und andererseits alles mögliche aufwendet, um auch das Deutsche Reich und die deutschen Steuerzahler auszuplündern". In bezug auf die Verwendung der Millionen aus den Diamanteneinnahmen und der Bahnbauten erklärte der Redner: „Der Verwendung der Gelder, wie sie der Staatssekretär in Aussicht nimmt, ... stimmen wir nicht zu. Nach unserer Auffassung müßte das Geld verwendet werden zur Tilgung der Schulden."

Zwischen der zweiten und dritten Lesung fanden in der Budgetkommission Auseinandersetzungen mit dem Kolonialstaatssekretär statt wegen des Vertrages, den er aus Anlaß der Diamantenfunde mit der deutschen Kolonialgesellschaft, der Rechtsnachfolgerin von Lüderitz, abschließen wollte. Dieser Vertrag wurde heftig angegriffen. Die Ansiedler in Südwest und ein Teil der Abgeordneten wollten nicht gelten lassen, daß der Gesellschaft ein Anrecht auf das Bergregal zusteht. Bei der dritten Lesung betonte Ledebour, daß die Sozialdemokratie die Rechtmäßigkeit der Landerwerbungen durch Lüderitz nicht anerkenne. Der Interpretation der Rechtslage durch den Staatssekretär habe er aber zugestimmt. Die Verwaltung habe die Erwerbungen anerkannt. „Nachdem die Herren einmal diesen von uns nicht gebilligten Standpunkt eingenommen haben, konnten sie nicht anders handeln, als sie gehandelt haben." Ungeheuerlichen Zumutungen der Kolonialgesellschaft sei natürlich entgegenzutreten. Im weiteren Verlauf der Dinge traten die sozialdemokratischen Abgeordneten ebenfalls dafür ein, daß ein günstiger Vertrag mit der Kolonialgesellschaft abgeschlossen werde. Ein neuer Vertragsentwurf, von dem der Budgetkommission Kenntnis gegeben wurde, sieht vor, daß die Gesellschaft den weitaus größten Teil ihres Landbesitzes abtritt; der Anteil des Fiskus an den Diamanteneinnahmen wird wesentlich erhöht. Der Vertrag ist in Kraft gesetzt worden unmittelbar bevor Dernburg sein Amt niederlegte.

Der Kolonialetat

erfordert Zuschüsse aus der Reichskasse in Höhe von 20 127 000 Mk., 3 759 000 Mark weniger als im Vorjahre. Für militärische Ausgaben erfordern nach dem Etat an Reichszuschuß Ostafrika 3 586 800 Mk., Kamerun 2 385 866 Mk., Südwestafrika 14 451 190 Mk., Neu-Guinea 727 092 Mk., die durch Abstriche etwas ermäßigt wurden. Kiautschou kostet außerdem 8 466 594 Mk. Nur Togo und Samoa decken ihre Ausgaben selbst. In der Budgetkommission, wo sehr eingehend über die Kolonien verhandelt wurde, gab der Reichsschatzsekretär offen zu erkennen, wie schmerzlich ihm der noch immer hohe Reichszuschuß für die Kolonien ist. Abgeordneter Noske betonte bei der zweiten Lesung im Plenum am 31. Januar, das deutsche Volk habe ganz und gar keinen Anlaß, der Kolonialpolitik mit freundlicheren Gefühlen zuzuschauen als bisher. Gegen 1000 Millionen Mark seien insgesamt für kolonialpolitische Zwecke angewandt worden, für die nur sehr spärliche Resultate erzielt wurden. Allein 788 247 953 Mk. Schulden seien wegen der Kolonialpolitik gemacht worden. Innerhalb zweier Jahre solle rund ¼ Milliarde geborgt werden für Kolonialbahnen. Rentierten die Bahnen nicht, habe das Reich die Zinsen für die An-

leihen zu zahlen. Der Reichszuschuß sei erheblich höher als aus dem Etat hervorgehe. Verzinsung der Schuld und Reichszuschuß brächten im Jahre 1910 dem Volke eine Belastung von rund 60 Millionen für Kolonialzwecke. Schwere moralische Schädigungen haben die Diamantenfunde zur Folge. Der Kolonialhandel sei noch immer lächerlich gering. Der Redner zeigte, daß den Vorteilen der geordneten Verwaltung für die Neger außerordentlich schwere Schädigungen gegenüberstehen, und brandmarkte besonders das häufige Verhängen der Prügelstrafe, von der 1908 über 6000 Neger betroffen wurden. Für arme Leute käme die Ansiedelung in den Kolonien nicht in Frage. Der Frage der Beschaffung von Rohstoffen, deren unsere Industrie benötigt, bringe die Sozialdemokratie ebensoviel Verständnis entgegen wie die bürgerlichen Herren. Gewiß habe auch die Textilarbeiterschaft das lebhafteste Interesse daran, daß die Zufuhr ausreichender Mengen Baumwolle gesichert wird. „Wir haben nichts dagegen, daß der Baumwollfrage die denkbar größte Aufmerksamkeit geschenkt wird, und wünschen, daß der Anbau ausgedehnt wird; aber wir verlangen, daß es zu geschehen hat, — die Möglichkeit dazu liegt vor — unter Vermeidung jeder Unterdrückungspolitik, durch die Belehrung der Eingeborenen. . . . Wenn die Regierung mit Vorschlägen kommt, die darauf hinauslaufen, die Produktion von Rohstoffen, an denen unsere Industrie ein besonderes Interesse hat, zu fördern, dann werden wir Sozialdemokraten nicht die letzten sein, die in eine sehr ernsthafte Prüfung eintreten werden." Jetzt werde Kolonialpolitik nicht um humanitärer Zwecke willen betrieben, sondern um des Profits willen. Noske trat für gehörigen Schutz der Negerarbeiter ein. Der Selbstverwaltung, über die in der Kommission viel geredet worden war, stimme die Sozialdemokratie im Prinzip zu. Aber die zweifelhaften Elemente, die in Südwest zahlreich vorhanden seien, dürften nicht über die Mittel des Reiches Verfügung treffen wollen. Nachdem der Redner hervorgehoben, daß der Rassenfrage und der Rassenbewegung in Afrika viel zu geringe Bedeutung beigelegt werde und auf die Anfänge einer großen äthiopischen Bewegung hingewiesen hatte, schloß er mit der Erklärung: „Wahren Kulturbestrebungen bringen wir natürlich das weitgehendste Interesse entgegen und werden sie zu fördern suchen; aber wir werden auch, so wie bisher alle Kraft daran setzen, den Auswüchsen Ihrer kapitalistischen Unkultur entgegenzutreten." Dernburg antwortete auf die erhobenen Anklagen so gut wie gar nicht und suchte über unangenehme Tatsachen mit einem billigen Witz hinwegzukommen. Noske griff ihn deswegen am 3. Februar scharf an, nachdem er, veranlaßt durch Bemerkungen bürgerlicher Redner, betont hatte, daß solche Reichstagsabgeordneten, die „an kolonialen Unternehmungen beteiligt sind, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, hier sich der allergrößten Zurückhaltung zu befleißigen". — Abgeordneter Ledebour betonte, auf Darlegungen des Staatssekretärs antwortend, daß keine Rede davon sein könne, die Sozialdemokratie habe ihre Stellung zur Kolonialpolitik geändert, und kritisierte dann scharf die in Südwestafrika betriebene Eingeborenenpolitik.

Kiautschou.

Der famose Platz an der Sonne untersteht der Marineverwaltung, und infolgedessen wird dort tüchtig aus dem Vollen gewirtschaftet. Ein Reichszuschuß in Höhe von 8 466 594 Mk. wurde im Etat gefordert. In der Budgetkommission wurden zwar ein paar hunderttausend Mark abgestrichen, aber da der Anregung von sozialdemokratischer Seite, die 2200 Köpfe starke militärische Besatzung wesentlich zu verringern oder noch besser ganz zurückzuziehen, nicht entsprochen wurde, beläuft sich der Zuschuß, der aus den Taschen des

Volkes gezahlt wird, noch immer auf über 8 Millionen Mark. Dem stehen erhebliche wirtschaftliche Vorteile nicht gegenüber, wie Abgeordneter Noske bei der zweiten Lesung am 9. März nachwies. Alle früher gehegten überschwenglichen Hoffnungen hätten sich als trügerisch erwiesen. Würde man die zahlreichen Beamten und die Besatzung zurückziehen, müßte, so weit die europäischen Geschäftsleute in Frage kommen, ein vollständiger wirtschaftlicher Zusammenbruch eintreten. Rückwärts sollte Deutschland sich konzentrieren und nicht warten, bis es von den Chinesen hinausgeworfen werde, bei denen Nationalgefühl und militärische Macht rasch im Wachsen begriffen seien.

Abrechnung und Deckung der Aufstandsausgaben für Südwestafrika.

Kolonialfragen beschäftigten noch einmal das Plenum und die Budgetkommission des Reichstages kurz vor der Vertagung. Für die Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika sind insgesamt rund 405 Millionen Mark verausgabt worden. Ueber die verbrauchten und zum Teil verschleuderten Gelder kann eine vollständige ordnungsmäßige Abrechnung nicht vorgelegt werden, weil für Millionen verausgabten Geldes Quittungen nicht vorhanden sind. Die Regierung hat dem Reichstage deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Abrechnung teils wesentlich vereinfacht, teils auf Stichproben beschränkt werden soll. Gleichzeitig wurde Nachbewilligung eines Betrages in Höhe von 23,7 Millionen Mark gefordert für Ausgaben, die wegen des Aufstandes gemacht, aber bisher noch nicht bewilligt worden waren. Der Betrag wird auf Anleihe genommen. In der Budgetkommission stellte der Abgeordnete Erzberger den vielbesprochenen Antrag, 20 Proz. der Kriegskosten im Schutzgebiet selbst aufzubringen, indem eine außerordentliche Vermögenssteuer innerhalb mehrerer Jahre im Gesamtbetrage von 81 Millionen Mark zur Erhebung gelange. Die Angelegenheit kann hier kurz behandelt werden, weil der Antrag nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Erzberger und dem Staatssekretär Dernburg fiel. In der Budgetkommission wurde fast eine Woche lang über die außerordentlich verwickelten südwestafrikanischen Fragen verhandelt. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder konnten den Antrag Erzberger nicht unterstützen, weil er rechtlich undurchführbar war. Sie vertraten durchaus den Standpunkt, daß dem südwestafrikanischen Schutzgebiet die Aufstandsausgaben auferlegt würden und beantragten deshalb:

1. die Kosten der Niederwerfung des Aufstandes, soweit sie aus Anleihemitteln gedeckt worden sind, werden als Schuld des südwestafrikanischen Schutzgebiets gegenüber dem Reiche festgestellt;

2. zur Verzinsung und Amortisierung dieser Schuld dienen in erster Reihe die Erträge aus einer Wertzuwachssteuer für das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Der Antrag fand weder in der Kommission, noch später im Plenum, wo er wieder eingebracht wurde, eine Mehrheit. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes hielt Abgeordneter Ledebour der Mehrheit vergeblich vor, daß unser Antrag die einzige und letzte Möglichkeit biete, die Kriegskosten auf die südwestafrikanischen Interessenten zu überwälzen. Zurückzuweisen sei die Ansicht des Staatssekretärs Dernburg, es sei nicht zulässig, der Kolonie einen Teil der Kriegskosten aufzubürden. Worin solle der Grund liegen, die Profitinteressenten nicht heranzuziehen? Der Redner warnte davor, Resolutionen anzunehmen, von denen man nicht wisse, ob sie Dernburg durchführen werde. Wie recht Ledebour damit hatte, beweist das Ausscheiden Dernburgs aus dem Kolonialamte, bald nachdem der Reichstag in die Ferien ging. Selbstverständ-

lich verweigerte die Fraktion ihre Zustimmung zu der summarischen Abrechnung, wie sie auch die Restausgabe in Höhe von 23,7 Millionen Mark nicht bewilligte.

Sozialpolitik.

Der Hebung der Lage aller Arbeiter und Ausgebeuteten galt naturgemäß der wesentlichste Teil der von der Fraktion geleisteten Arbeit. Keine Frage sozialpolitischen Charakters tauchte auf, zu der nicht eifrig Stellung genommen wurde.

Reichsamt des Innern.

Ein neuer Mann trat als Staatssekretär für Sozialpolitik vor den Reichstag hin. Die Vertreter der Arbeiterinteressen hatten Anlaß, ihm besonders mißtrauisch gegenüberzustehen, weil er von den industriellen Scharfmachern freudig als ihr Mann begrüßt worden war. Auf die Frage: wohin der Fahrt, hatte er in einer Rede, die eine Progammrede hätte sein müssen, nur unverbindliche Redensarten, für Mittelstand, Landwirtschaft, Handel, Industrie und die Arbeiter. Das, was auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geschaffen worden ist, wurde gerühmt als „weit hinausgehend über das, was andere Länder zu leisten imstande gewesen sind.“ Indirekt wurden die Arbeiter der Undankbarkeit geziehen, denn, klagte Herr Delbrück: „es ist uns nicht gelungen, die tiefe Kluft zu überbrücken, welche die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahrzehnte gerissen haben, und die das deutsche Volk zu seinem Schaden in zwei Teile teilt.“

Daß für die Arbeiter nichts mehr getan werden dürfe, wagte der Staatssekretär nicht auszusprechen, aber er gab erfreulicherweise den Grund an, weshalb die Regierung auf sozialpolitischem Gebiet weiter vorangetrieben werden wird: „Die Arbeiter haben es verstanden, sich innerhalb und außerhalb dieses Hauses eine entschlossene und wirkungsvolle Vertretung zu verschaffen.“

In 14 Resolutionen, die zur zweiten Lesung eingebracht wurden, brachte die Fraktion die dringendsten Forderungen zum Ausdruck, die sie auf sozialpolitischem Gebiete stellen mußte. Es gelangten davon fünf zur Annahme.

Von der Rede des Staatssekretärs sagte Abgeordneter Fischer am 18. Februar, sie hätte ebensogut wie im Reichstage beim Festessen des Landwirtschaftsrates gehalten werden können. In einfaches Deutsch übersetzt bedeute sie: „Es bleibt alles beim alten.“ Trotzdem Deutschland aus einem vorwiegend agrarischen Land ein Industrieland geworden sei, erkläre der Staatssekretär, die Politik werde dieselbe agrarische bleiben. Von „der Stellungnahme der neuen Regierung gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse“ habe der Staatssekretär kein Wort gesagt. Schuld daran sei die Regierung, daß die Kluft in der Gesellschaft nicht überbrückt wurde, da „sie auf den zerschlissenen Hermelinmantel der Februarerlasse nur ab und zu noch einen bunten Lappen drauf flickt, oder wie der Geheimrat Hilger sich ausgedrückt hat, nur noch eine Art von Weißezalbenpolitik treibt in bezug auf die Sozialreform“. Der Redner wies darauf hin, daß die Regierung selbst solchen sozialpolitischen Forderungen des Reichstages sich weigert Rechnung zu tragen, die in einzelnen Bundesstaaten schon durchgeführt worden sind, zum Beispiel die Zuziehung von Arbeitern zur Kontrolle in der Industrie und auf den Bauten. Sie erkläre, Sozialdemokraten, die das Vertrauen der Arbeiter haben, nicht zulassen zu können. „Welche politische Kurzsichtigkeit und Rückständigkeit!“ rief Fischer aus. Aber die bürgerlichen Parteien und die Regierung „werden durch unsere Macht und durch unser Wachstum gezwungen, einfach sich daran

gewöhnen müssen, in dem Sozialdemokraten den gleichberechtigten Mitbürger zu sehen und anzuerkennen". Fischer beschäftigte sich dann eingehend mit den Mängeln der Gewerbeinspektion, besonders in Preußen. Gehässigkeit und Voreingenommenheit gegen die organisierten Arbeiter klinge deutlich aus den Berichten der Aufsichtsbeamten heraus, wie er nachwies. Vorteilhaft unterschieden sich davon die Berichte der Gewerbeinspektoren anderer Bundesstaaten. Der Redner führte die Riesenleistungen der deutschen Gewerkschaften an und betonte: „Und gegenüber einer solchen Leistung hat die preußische Gewerbeinspektion nicht ein Wort zu berichten. Man braucht das bloß anzuführen, um sich alle Schlußfolgerungen ersparen zu können." Vor 20 Jahren habe es einen Augenblick geschienen, als ob in die Regierung ein gewisses sozialpolitisches Verständnis eingezogen sei. „Heute sind die Kaiserlichen Februarerlasse verschimmelt und vermodert, kaum spricht man noch davon, ernst nimmt sie kein Mensch mehr, niemand glaubt mehr an ihre Verwirklichung. . . . Die Arbeiter werden mit der gefüllten Kompottschüssel vertröstet. . . . und der Zentralverband der Industriellen schickt seinen Vorsitzenden in das Reichsamt des Innern." Den Arbeitern rief Fischer zum Schluß zu: „Gebt in bezug auf diese Regierung alle Hoffnung auf. . . . Organisiert Euch, um wie der Zentralverband Eure Macht zu verwenden, damit die Regierung genau so für den Arbeiter vorhanden ist, wie sie heute für den Unternehmer und für den Zentralverband der Industriellen vorhanden ist." — Der Staatssekretär schwieg sich auf die Fischersche Anklagerede aus. Bemerkenswert an den Reden der Liberalen war, daß sie sich viel mit handelspolitischen Fragen beschäftigten. Die Stimmung in den kapitalistischen Kreisen, die zur Gründung des Hansabundes führte, gab auch den Reden ihrer parlamentarischen Wortführer die Färbung. Auch das Kartellwesen wurde behandelt, weil es der Fertigindustrie schwer zu schaffen macht. Unser zweiter Redner, Abgeordneter Hoch, hielt am 24. Februar den Nationalliberalen vor, daß sie die schwierige Lage Deutschlands beim Abschluß von Handelsverträgen mit verschuldet haben. Er sagte ihnen: „Sie haben die hohen Schutzzölle festgelegt, nicht etwa im Interesse der Gesamtheit, sondern im Interesse einer Klique, unserer Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, obgleich sie wußten, daß dadurch unsere Industrie und unser Handel schwer geschädigt werden würden. Jetzt haben Sie die Ernte von der Saat, die Sie damals gestreut haben." In bezug auf die Kartelle wurde von Hoch ausgeführt, sie seien das naturnotwendige Ergebnis unserer wirtschaftlichen Entwickelung. „Das Großkapital wächst immer mehr an, und es ist selbstverständlich, daß sich auch die Großkapitalisten zusammenschließen in Verbänden. . . . Unser ganzes Wirtschaftsleben wird beherrscht von einem verhältnismäßig ganz kleinen Kreis mächtiger Kapitalherren." Durch die Gesetzgebung könnten im besten Falle hier und dort einige der allerschlimmsten Auswüchse beseitigt werden. „Hier gibt es nur den einen Ausweg, daß die vom kartellierten Großkapital vereinigten Arbeitsmittel in den Besitz der Gesamtheit überführt, ausgenutzt werden durch die Gesamtheit nach dem Willen der Gesamtheit und im Interesse der Gesamtheit." Hoch rügte scharf, daß der Staatssekretär Fischer noch nicht geantwortet hatte und besprach sodann eine Fülle der wichtigsten sozialpolitischen Probleme: Die Arbeitslosigkeit als Folge der Wirtschaftskrise, die Verschlechterung der Lage der Arbeiter und Minderbemittelten infolge der durch Zölle und Steuern bewirkten Teuerung, die dadurch bedingte Abnahme der Eheschließungen, die Zunahme der unehelichen Geburten trotz der allgemeinen Verringerung der Geburtsziffern, die erschreckend hohe Kindersterblichkeit bei den ärmeren Bevölkerungsschichten. Dem Elend der Arbeiter stehen gegenüber die glänzenden Geschäfte an der Börse, die großen Profite der Großkapitalisten. Unternehmervereinigungen mißbrauchen ihre Macht gegen die

Arbeiter in rücksichtslosester Weise, bei den Arbeitsnachweisen durch Aussperrungen, sowie den Raub des Koalitionsrechtes Versprochen hätten die bürgerlichen Parteien sozialpolitische Verbesserungen; es käme mehr zustande, wenn ihr sozialpolitischer Eifer ehrlich wäre. Wie die Arbeiter leer ausgingen, werde auch der Mittelstand nicht gerettet. Der sogenannte neue Mittelstand breite sich immer mehr aus. Im Jahre 1907 habe Bülow versprochen: Jetzt erst recht Sozialpolitik, und gerade die Privatbeamten sollen sehen, wie wir für sie sorgen werden. Was sei für die Privatbeamten geschehen? „Nicht das mindeste. . . . Die Regierung will nichts tun, und die bürgerlichen Parteien, wenigstens in ihrer Mehrheit, wollen auch nichts tun.“ Der Redner erklärte der Mehrheit: „Wenn Sie etwas tun wollen, dann können Sie auch die Regierungen dazu zwingen. Nach der Kraftprobe bei der Finanzreform glaubt ihnen kein Mensch mehr, daß an dem sogenannten Standpunkt der Regierung noch irgend etwas zu scheitern braucht.“ Was die bürgerlichen Parteien zum Schein jetzt forderten, hätten die Sozialdemokraten in besserer Form schon vor vielen Jahren beantragt. So wie bisher gehe es nicht weiter: „Die Mißstände sind so groß, die Not der arbeitenden Bevölkerung ist so schwer, daß hier ganz anders eingegriffen werden muß, daß mehr Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter genommen werden muß.“ Auf den guten Willen der Regierung könnten sich die Arbeiter nicht verlassen. „Die Stärke der Arbeiter liegt allein in ihrer eigenen Kraft, darin, daß sie ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen ausbauen, um sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierungen zu zwingen, den Arbeiterforderungen mehr und mehr entgegenzukommen.“ Der langen Antwort des Staatssekretärs kurzer Sinn war, daß doch fortgesetzt für die Fortführung der Sozialreform gearbeitet werde. Wie wenig aber tatsächlich geschieht, zeigten die folgenden sozialdemokratischen Redner.

Die eigentlichen sozialpolitischen Debatten hatten aber erst ein zweitägiges Zwischenspiel. Die Macher vom Bund der Landwirte und vom neugegründeten Bauernbund fühlten das Bedürfnis, sich im Reichstage auseinanderzusetzen. So knapp auch die Zeit war, um die Etatsberatung bis zu den Osterferien zu beendigen, in aller Breite wurde der Streit von denselben Leuten ausgetragen, die sich häufig darüber entrüsten, daß für sozialpolitische Forderungen zu lange geredet wird. Von den Sozialdemokraten nahm Abgeordneter Dr. David zu den landwirtschaftlichen Fragen ausführlich Stellung. Die agrarische Wirtschaftspolitik, führte er aus, habe außer der Erhöhung der Preise für alle Lebensmittel als zweite Wirkung die ungeheuerliche Steigerung der Landgüterpreise zur Folge. Als Leidtragende bei dieser Wirtschaftspolitik gesellten sich zu den Arbeitern die Angestellten und Beamten. Die „elenden, erbärmlichen Lohn- und Lebensverhältnisse, die den Landarbeitern im Eldorado der preußischen Großgrundbesitzer geboten werden, seien nicht gebessert“ worden. Der Riß zwischen den kleinen und mittleren Besitzern und den Großgrundbesitzern war vorauszusehen und sei ein Fortschritt. David zeigte, daß die Kleinbauern gar keinen Vorteil haben von der Agrarpolitik der Großgrundbesitzer. Er wies nach, wie eng die Verbindung zwischen Regierung und den Schnapsjunkern ist und führte den Nachweis, daß die Sozialdemokratie sich von jeher bemüht hat, die Lage der Kleinbauern zu verbessern, um sie „in eine wirtschaftliche und politische Situation zu bringen, daß sie als freie Kulturmenschen existieren können, und er erklärte schließlich: „Das bäuerliche Interesse ist identisch mit den Interessen der Arbeiterschaft, und ich hoffe und bin überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo auch die Masse der Landbebauer diese Einsicht haben wird und mit uns gemeinsam diesem System ein Ende bereitet!“

Der Reichsparteiler v. Liebert hatte die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Glasarbeiter im rosigsten Lichte dargestellt und war dabei von dem Freisinnigen Carstens unterstützt worden. Abgeordneter Horn trat den beiden Arbeiterfeinden am 1. März nachdrücklich entgegen, indem er feststellte, wie ungünstig die Gesundheitsverhältnisse in den Glashütten meist sind, wie große Mängel im Wohnungswesen bestehen und wie wenig Anlaß vorliege, die Löhne als ausreichend zu bezeichnen. Aller Anlaß liege vor, die Forderungen der Arbeiter nach erhöhtem Schutz ihrer Tätigkeit und Gesundheit zu erfüllen.

Die Reform des Heimatgesetzes befürwortete am 2. März Abgeordneter Brühne unter Anführung von Beispielen dafür, wie arge Mängel jetzt zutage treten.

Die Verbesserung der Rechtsverhältnisse der im Seemannsberuf tätigen Personen verlangte am 3. März Abgeordneter Schwartz, indem er eine sozialdemokratische Resolution begründete, in der gefordert wurde, daß

1. die Seemannsordnung einer Revision unterzogen wird, um dem Seemann einen größeren Schutz gegen die Gefahren des Betriebes, die Schädigung seiner Gesundheit, sowie eine freie Stellung im Arbeitsvertrag zu gewähren; 2. der gesamte Schiffahrtsbetrieb einer staatlichen Aufsicht unter Mitwirkung von Personen aus dem Seemannsberuf unterstellt wird; 3. ein Reichsschiffahrtsamt mit zweckentsprechenden Lokalbehörden errichtet wird; 4. Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis vor Instanzen, die in Anlehnung an die Gewerbegerichte errichtet werden, zur Entscheidung gelangen.

Die Notwendigkeit von Untersuchungen durch den Beirat für Arbeiterstatistik über die Arbeitsverhältnisse der bei Herstellung und Teerfarben beschäftigten Arbeiter, insbesondere in den Abteilungen der Betriebe, in welchen mit giftigen und explosiven Stoffen gearbeitet wird, entsprechend einer sozialdemokratischen Resolution, bewies am 3. März Abgeordneter Brey durch die Schilderung der wahrhaft grauenhaften Verhältnisse, unter denen diese Arbeiterkategorien zu leiden haben, trotzdem die Unternehmer riesige Profite erzielen

Auf die Bleivergiftungen machte am selben Tage Abgeordneter Lehmann aufmerksam. So viele Arbeiter wären durch die Krankheit gefährdet, daß das menschliche Gefühl die Regierung zwingen sollte, Maßnahmen zu treffen, die verhindern, daß durch mangelhaften Arbeiterschutz zahlreiche Arbeiter ihre Gesundheit einbüßen.

Mehr Schutz gegen gesundheitliche Gefahren forderte Abgeordneter Brühne am 4. März, indem er Maßregeln gegen die Verunreinigung der Flüsse anregte, auf die Gefährdung der Kinder hinwies, die in Tabakfabriken, bei der Heimarbeit beschäftigt werden, und durchgreifende Anordnungen zur Besserung der Zustände in den Fürsorgeanstalten befürwortete.

Die Rechtsprechung beim Reichsversicherungsamt machte Abgeordneter Hoch zum Gegenstand seiner Kritik. Namentlich die Bevölkerung auf dem platten Lande leide unter der ungünstigen Rechtsprechung. Bemängelt wurde von dem Redner ferner, daß bei den Beratungen zum Zweck der Beseitigung von Mißständen auf Bauten usw. vom Reichsversicherungsamt nicht Arbeiter hinzugezogen worden sind. Das müsse in allen Fällen geschehen, wo Leben und Gesundheit der Arbeiter auf dem Spiele steht.

Die Sperrung des Nordostseeverkehrs und die Zulassung russischer Polizeiagenten, die zum Teil Anstifter von Verbrechen sind, zur Bewachung des Kanals aus Anlaß einer Zarenreise, kritisierte Abgeordneter Molkenbuhr und

betonte, die Leute, denen durch die Unterbindung des Verkehrs erheblicher Schaden zugefügt worden sei, hätten ein Recht auf Entschädigung.

Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sich mehr als bisher anzunehmen, machte Abgeordneter Zietsch am 5. März der Reichsregierung zur Pflicht. Erhebliche Beträge für den Zweck würden jetzt nur von den Gemeinden aufgewendet. Geregelte Ueberwachung der privaten Säuglingsfürsorge und Schaffung einer Zentralstelle zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit sei angebracht. Derselbe Abgeordnete trat dafür ein, daß die Regierung mehr als bisher ihr Augenmerk richte auf die Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose bei den Arbeitern der Porzellan- und Steingutindustrie.

Beim Bau von Kleinwohnungen durch das Reich hat die Regierung geglaubt, in diesem Jahr Sparsamkeit üben zu müssen; der Fonds in Höhe von 4 Millionen Mark ist auf 2 Millionen für 1910 herabgesetzt worden. Abgeordneter Dr. Südekum betonte am 5. März, daß diese Art von Sparsamkeit einen schlechten Eindruck mache. Die Umgestaltung der Wohnungsverhältnisse in unseren großen Siedelungen sei eine öffentliche Angelegenheit der Gemeinden, des Staates und des Reiches. Die Art, wie jetzt manchmal gestattet werde zu bauen, sei unerhört. Es sei ein öffentlicher Skandal, wie mit der Gesundheit der Bevölkerung gewirtschaftet werde; nicht nur für jetzt, sondern für alle Folgezeit müsse es geradezu zu einer Vernichtung der Volkskraft führen.

Mehr Schutz vor Milzbrandvergiftungen durch eine Verschärfung der vom Bundesrat erlassenen Verordnung zum Schutze der in Roßhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, sowie in Bürsten- und Pinselfabriken Beschäftigten, forderte Abgeordneter Dr. Südekum bei der dritten Lesung des Etats.

Sozialpolitische Gesetzesvorlagen.

Stellenvermittlergesetz.

Es hat langjähriger Klagen und vieler Beschwerden bedurft, bis sich die Regierung entschloß, den außerordentlich argen Mißständen bei der gewerblichen Stellenvermittelung durch einen Gesetzentwurf etwas entgegenzutreten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat konsequent seit 1884 den paritätischen Arbeitsnachweis gefordert. Wie alle sozialpolitischen Entwürfe der Regierung war auch die Vorlage betreffend die Stellenvermittelung durchaus unbefriedigendes Stückwerk, das den Bedürfnissen der Stellensuchenden bei weitem nicht genug Rechnung trug. Das betonte bei der ersten Lesung am 15. Februar Abgeordneter Brühne scharf, forderte paritätische Nachweise und legte dar, daß gleichzeitig den ländlichen Arbeitern die Koalitionsfreiheit zu geben sei, sowie daß die Gesindeordnungen aufgehoben werden müßten. Bei der Beratung des Entwurfes in der Kommission bemühten sich unsere Abgeordneten, ganze Arbeit zu machen. Abgeordneter Schmidt sagte bei der zweiten Lesung im Plenum am 2. Mai zur Begründung der von der Kommission abgelehnten sozialdemokratischen Anträge: „Wir müssen, wenn wir eine wirkliche und gründliche Reform der ganzen privaten Stellenvermittelung vornehmen wollen, mit der ganzen privaten Vermittelung Schluß machen und die paritätische Organisation des Arbeitsnachweises, der allen Ansprüchen gerecht werden kann, als die einzig richtige Form der Stellenvermittelung anerkennen.“ Das Wesentliche der Fraktionsanträge war:

„Behufs Herbeiführung einer umfassenden, einheitlich organisierten Stellenvermittelung sind in allen Gemeinden Arbeitsnachweise zu errichten, die nach Bedarf beruflich gegliedert werden können.“

„Für die Verwaltung des Arbeitsnachweises ist eine Kommission zu bilden, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehen muß."

„Die dem gewerbsmäßigen Stellenvermittler bereits bei Erlaß dieses Gesetzes erteilte Erlaubnis für den Betrieb einer Stellenvermittelung erlischt mit dem 1. Januar 1914."

Alle bürgerlichen Parteien, besonders auch Zentrum und Fortschrittspartei, brachten die sozialdemokratischen Anträge zu Fall. Das Zentrum verriet dadurch die Interessen der christlichen organisierten Arbeiter, wie Abgeordneter Schmidt nachwies, als er am 2. Mai ausführte, durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages „würde eine Aenderung in den Arbeitsnachweisen im Ruhrgebiet, in unseren Bergarbeiterdistrikten vollzogen werden, . . . wo eine der größten Scharfmachercliquen den Arbeitsnachweis dazu benützt, um schwarze Listen durchzuführen, um die Arbeiter zu maßregeln in geheimer, in tückischer Weise." Abgeordneter Hildenbrand wies an dem gleichen Tage durch eine Fülle von Material nach, wie dringend geboten die allgemeine Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises sei. Gleichzeitig widerlegte er den Einwand, daß durch die Beseitigung der privaten Stellenvermittelung viele Existenzen vernichtet würden. Es werde den Stellenvermittlern Zeit gelassen, sich in anderen Gewerben ihr Fortkommen zu suchen, auch würden sie bei den öffentlichen Nachweisen als Angestellte zunächst in Frage kommen. — Konnte die Fraktion ihre grundsätzlichen Anträge nicht zur Annahme bringen, so wurden doch an der Regierungsvorlage in der Kommission eine Anzahl nicht unwichtiger Verbesserungen durchgesetzt, die den ärgsten Mißständen ein Ende machen. Die in erster Linie interessierten Organisationen bezeichneten den abgeänderten Entwurf als eine erhebliche Verbesserung. Trotz mancher Bedenken stimmte die Fraktion dem Gesetz zu.

Arbeitskammergesetz.

Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes war im Jahre 1909 in der Kommission durchberaten worden. Die Regierungsvorlage hatte nicht unwesentliche Verbesserungen erfahren. Durch den Schluß der Session fiel das Gesetz unter den Tisch. Im Jahre 1910 brachte die Regierung den Entwurf erneut ein. Da ihr der Wille der Mehrheit des Reichstages bekannt war, hätte erwartet werden müssen, daß der neue Entwurf den Wünschen des Reichstages Rechnung trug. Als willfähriger Ausschuß der industriellen Scharfmacher hatte die Regierung in wichtigen Punkten direkte Stellung gegen die Beschlüsse der Kommission genommen. Abgeordneter Legien nagelte am 16. Februar diese Willfährigkeit gegenüber dem Zentralverband deutscher Industrieller fest und meinte: „Es ist eigentlich ein starkes Stück, einen Gesetzentwurf hier einzubringen, der nicht nur die hauptsächlichsten von der Kommission beschlossenen Verbesserungen unberücksichtigt läßt, sondern auch noch Verschlechterungen gegenüber dem Entwurf vom November 1908 bringt." Die Arbeiterschaft lege keinen Wert auf das Arbeitskammergesetz, wenn es auf die Interessen des Unternehmertums zugeschnitten werde. Nachdem Legien noch einmal dargelegt hatte, wie das Gesetz gestaltet werden müßte, beantragte er erneute Kommissionsberatung. Diese hat stattgefunden. Es ist unter anderem die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten beschlossen worden. Die zweite Lesung im Plenum hat nicht mehr stattgefunden. Der Kommissionsbericht ist erst im Juni den Abgeordneten zugestellt worden. Das Schicksal des Entwurfes ist ganz ungewiß, da die Regierungsvertreter die Vorlage als unannehmbar bezeichnet haben, falls der Reichstag die Wählbarkeit der Sekretäre der Organisationen beschließen sollte.

Aenderung von Paragraphen der Gewerbeordnung.

Der dem Reichstage im Dezember 1907 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, hat nur zum Teil Gesetzeskraft erlangt. Das bißchen Arbeiterinnenschutz ist in Kraft getreten. Weil die Kommission in ihren Beschlüssen dem industriellen Scharfmachertum zu weit gegangen war, hat die Regierung dem Reichstage die Gewerbeordnungsbestimmungen nicht wieder vorgelegt, die infolge des Schlusses der Session im Jahre 1909 nicht zur Verabschiedung gebracht wurden. Sie pickte gewissermaßen nur heraus, was bei den Unternehmern und infolgedessen bei ihr selbst nicht großen Anstoß erregte, und brachte im Februar 1910 eine Vorlage ein, die sich bezog auf Lohnbücher oder Arbeitszettel, den Fortbildungsschulbesuch, Regelung der Arbeitszeit durch den Bundesrat für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird und ein paar Strafbestimmungen. Für die weitergehenden von der Kommission behandelten Fragen, heißt es in der Begründung, müßten sich „die Verbündeten Regierungen die Erwägung darüber vorbehalten, ob und inwieweit diese Beschlüsse zur Grundlage für eine gesetzliche Regelung genommen werden könnten". Abgeordneter Molkenbuhr geißelte am 17. Februar die Regierung, weil sie die Sozialreform zum Stillstand gebracht hat. Ihre Vorlage bleibe „ganz erheblich gegen die Vorlage vom 17. Dezember 1907 zurück". Freilich, „inzwischen sind ja einige Wandlungen in der Reichsregierung erfolgt". Alle Leute mit gesundem Menschenverstand seien sich klar über die Fragen, die der Regierung ungeklärt erscheinen. Große wirtschaftliche und technische Fortschritte seien im letzten Jahrzehnt gemacht worden. Stagnation herrsche nur bei der Bureaukratie. Das Volk drängt, „daß die Gesetzgebung mit der kulturellen und wirtschaftlichen Entwickelung Schritt halten soll. Regierung und Zentralverband deutscher Industrieller haben sich wiedergefunden. „In den Perioden, in denen die Regierung etwas Sozialpolitik machte, stand sie im Gegensatz zum Zentralverband deutscher Industrieller." In gedrängter Kürze entwickelte Molkenbuhr ein umfangreiches sozialpolitisches Programm. Die Eisenbahnarbeiter seien als gewerbliche Arbeiter der Gewerbeordnung zu unterstellen. Ein modernes Gesetz sei für die zirka 330 000 Bureauangestellte bei Anwälten, Notaren usw. zu schaffen, für die weder das Handelsgesetzbuch noch die Gewerbeordnung zutreffe. „Unsicher ist ferner die Stellung einer anderen Reihe von Arbeitern, der Gärtner usw., auch da sollte einmal Klarheit geschaffen werden." Noch nicht eingelöst sei das vor 20 Jahren gegebene Versprechen, den Arbeitern im Verkehrsgewerbe, in der Gast- und Schankwirtschaft die Sonntagsruhe zu regeln. In Angriff zu nehmen sei die Regelung des Trucksystems, die Frage der Lohnaufrechnung; zu schaffen sei ein Maximalarbeitstag für die Bergleute, die Feuerarbeiter usw.; auch die Regelung der Ladenschlußzeit, der Tarifverträge, sowie der Rechtsverhältnisse der Techniker, der Werkmeister sei endlich in Angriff zu nehmen. Der Redner sagte in seinen Schlußsätzen: „Unser Wirtschaftsleben befindet sich in einer rapiden Entwickelung, wie man es sonst in Jahrhunderten nicht gekannt hat. Deshalb müßte die Sozialpolitik in demselben Tempo folgen. Statt dessen sehen wir einen vollkommenen Stillstand auf diesem Gebiete. Die Regierung zeigt kein Verständnis für die Fragen, die das tägliche Leben bewegen und dringend der Lösung harren, und gerade das ist mit ein Grund, weshalb der Gegensatz zwischen Volk und Regierung immer größer wird." Es wurde Kommissionsberatung beschlossen.

Hausarbeitgesetz.

In dem Entwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung von 1907 waren auch Bestimmungen enthalten die der Bekämpfung von Mißständen in der Heimindustrie dienen sollten. Die Kommission hatte diese Vorschriften durchberaten, doch fiel der Schutz der Heimarbeiter wegen des Schlusses der Session unter den Tisch. Im Februar 1910 brachte die Regierung eine Vorlage ein, die ausschließlich Vorschriften über die Heimarbeit enthielt. Die Kommissionsbeschlüsse waren darin nur zum Teil berücksichtigt; von der Errichtung von Lohnämtern war keine Rede. Bei der ersten Lesung am 16. Februar vertrat Abgeordneter Schmidt im Gegensatz zu den bürgerlichen Rednern grundsätzlich den Standpunkt: „Heim und Arbeit, Heim und Arbeitsstätte sollen voneinander getrennt sein." Für die Nahrungsmittelindustrie sei das vollständige Verbot der Heimarbeit am Platze. Leider habe der Bundesrat von der Befugnis, einen großen Teil der Arbeiterschutzvorschriften, auch die sanitären Vorschriften, auf die Heimarbeit auszudehnen, nur einen außerordentlich winzigen Gebrauch gemacht. Gegenüber den freisinnigen und nationalliberalen Bremsern forderte Schmidt ein rasches Tempo beim Schutze der Heimarbeiter, und zwar dergestalt, daß nicht nur sanitäre Vorschriften erfüllt werden, sondern die Lohnfrage dürfe dem freien Wettbewerb der Heimarbeiter unter sich nicht überlassen bleiben. Die Regelung der Lohnfrage unterlassen, sei eine Ungerechtigkeit und keine Reform der Heimarbeit. Die Kommission von 28 Mitgliedern ist mit der Beratung der Vorlage noch nicht zu Ende gekommen.

Die Reichsversicherungsordnung.

So spät gelangte die seit geraumer Zeit angekündigte Vorlage an den Reichstag, daß erst kurze Zeit vor der Vertagung, am 18., 19. und 20. April, die erste Lesung stattfand, und auch da lag das Einführungsgesetz nicht vor. Unser erster Redner, Abgeordneter Molkenbuhr, begann polemisch mit einer Kennzeichnung bürgerlicher Parteien als Arbeiterfreunde; der Konservativen: „Aber es entspricht doch ganz der Natur der Konservativen, sich die Landarbeiter für alle Zeiten als rechtlose Kulis zu erhalten", und des Zentrums: „Das Zentrum ist doch nicht Arbeiterpartei, sondern in erster Linie Agrarierpartei. Gerade um die Grundbesitzer zu bereichern, plündert es selbst den allerärmsten Arbeiter aus." Die Versicherungsordnung charakterisierte Molkenbuhr dahin: „Wir sind ja alle darin einig, daß dieses sehr umfangreiche Gesetz mit seinen 1754 Paragraphen und seiner 784 Seiten langen Begründung, mit seinen recht schwierigen mathematischen Berechnungen usw. eine sehr große Arbeit eines Geheimrats ist. . . . Aber leider steht der große Umfang in argem Mißverhältnis zu dem Wert, den es für die Arbeiter hat." Der Redner betonte, die Versicherung sei noch lange nicht auf den Kreis der Bedürftigen ausgedehnt. „Einen erheblichen Teil von Arbeitern, der dringend der Versicherung bedarf, schließt man von neuem von der Versicherung aus." Wenig nur werde geleistet für die Neueinbezogenen; direkte Verschlechterung komme für die Arbeiter heraus, für die alle drei bestehenden Versicherungszweige schon gelten. „Da wird vielleicht auf die Witwen- und Waisenversorgung hingewiesen werden. Aber Sie werden doch zugeben müssen, daß die bestehenden Gesetze ganz erheblich verschlechtert worden sind, und daß diese Leute zum großen Teil viel mehr verlieren, als sie durch die Witwen- und Waisenversorgung gewinnen." Schonungslos deckte der Redner die Mängel der Vorlage auf, zerstörte die Legende von den großen Opfern, die angeblich von den Unternehmern für die Arbeiter gebracht werden, zeigte erneut, wie das Zen-

trum die Arbeiter betrog, denen für die Zollerhöhungen die Hinterbliebenenversicherung in Aussicht gestellt wurde, wie die erwarteten Einnahmen aber ausblieben, so daß, trotz der Beiträge, die nun erhoben werden müssen, „das Ding, das man Witwen- und Waisenversorgung nennt, geradezu eine Karikatur, ein Hohn auf eine Witwen- und Waisenversorgung ist.“ Viel sei zu tun, wenn eine ernsthafte Sozialreform eingeleitet werden solle. „Man wird eine wirkliche Waisenversorgung einführen müssen; man wird die Mutterschafts- und Schwangerschaftsversorgung noch weiter ausbilden müssen, und im Laufe der Zeit wird man sogar noch zu einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit kommen müssen.“ Keine Rede könne davon sein, Deutschland würde durch die Kosten solcher Sozialpolitik bankerott werden. Die Versicherung bringe keine neuen Lasten, „sondern verteilt nur vorhandene Lasten anders und verhütet die sonst eintretende völlige Vernichtung nützlicher Menschen.“ Die Sozialpolitik sollte man behandeln wie Marine- und Militärgesetze, nicht darauf achten, was es kostet, sondern nur den Zweck im Auge behalten, den man will. Bei Milliardenausgaben für Rüstungszwecke „fühlen das Zentrum und die Konservativen keinerlei Skrupel, und auch die Regierung sagt: wir finden schon die Mittel, es herauszubringen.“ Noch einmal forderte Molkenbuhr schließlich auf, energisch Sozialpolitik zu treiben. „Wenn man in diesen Wettlauf der Nationen eintreten würde, anstatt des Brennholzes zum Kriege einmal Bauholz zum Frieden zusammenzuschaffen, — das wäre des Schweißes der Edlen wert.“ Unser zweiter Redner, Abgeordneter Schmidt, beschäftigte sich mit zahlreichen Einzelheiten der Vorlage, betonte aber, daß viele Teile der umfangreichen Vorlage zu besprechen, unmöglich sei. Er kennzeichnete die Willfährigkeit der Regierung gegenüber allen Unternehmerwünschen. Viel Kritik sei geübt worden, nachdem der Vorentwurf im vorigen Jahre zur Diskussion gestellt wurde. Schmidt konstatierte, „daß die Wünsche aus Arbeiterkreisen ohne Ausnahme keine Berücksichtigung gefunden haben; dagegen wurden die Wünsche aus Unternehmerkreisen ohne Ausnahme vollständig erfüllt.“ Hervorgehoben sei, daß der Redner sich unter anderem besonders gegen die geplante Entrechtung der Arbeiter bei der Verwaltung der Krankenkassen wendete. In bezug darauf sagte er zum Schluß: „Meine Herren, wenn der Reichstag geneigt ist, diesen Wünschen der Regierung nachzugeben und einen neuen Schlag gegen die Arbeiter zu führen, wie ihn die Regierung in dieser Vorlage plant, so würde er sein Schuldkonto, das auf dem Gebiet der Steuerpolitik und der Wirtschaftspolitik schon so erheblich belastet ist, noch stärker belasten; die Quittung wird dann bei den nächsten Wahlen nicht ausbleiben.“ Die Versicherungsordnung ist bekanntlich an eine Kommission verwiesen, die während der Ferien tagt. Darin haben unsere Vertreter die Hauptarbeit zu leisten. Bei der Verhandlung über diese wichtige Vorlage war der Staatssekretär für das Reichsamt des Innern durch Krankheit verhindert, an der Beratungen teilzunehmen. Nach der Verfassung sind die Staatssekretäre nun Vertreter des Reichskanzlers. Man hätte nun erwarten sollen, daß der Reichskanzler selbst die Vertretung übernehmen würde; er glänzte aber ebenso durch Abwesenheit wie der erkrankte Staatssekretär Delbrück. Daß auch der Reichskanzler krank sei, wurde von keiner Seite behauptet.

Keine Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten.

Gründlich genarrt werden seit Jahren die sog. Privatbeamten, denen die oft versprochene Pensions- und Hinterbliebenenversicherung nicht geschaffen wurde. Ueber Erhebungen und Denkschriften ist die Regierung noch nicht hinausgekommen. Um den Anschein zu erwecken, als ob sie sich für die Privat-

beamten besonders strapazieren, interpellierten Zentrum und Nationalliberale wegen der zu schaffenden Versicherung. Am 17. Januar beantwortete Staatssekretär Delbrück die Interpellation. Er stellt noch immer Erwägungen an, will sich aber angeblich bemühen, die Angelegenheit weiter zu fördern. Darauf spottete Abgeordneter Heine: „Meine Herren, ich habe aus der Rede des Herrn Vertreters des Herrn Reichskanzlers eigentlich gar nichts gehört; es schweben Erwägungen, man weiß nicht einmal, wo sie schweben, man weiß nicht, nach welcher Richtung sie schweben: die ganze Sache verschwebt in nichts.“ Ueber das, was zu tun ist, sagte unser Redner: „Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es gar nicht anders möglich ist, als die Privatbeamtenversicherung anzugliedern an die Invaliditäts- und Altersversicherung. So hohe Beiträge, wie die Regierungsdenkschrift in Aussicht nehme, könnten die meisten Privatangestellten nicht zahlen. Die Sozialdemokratie habe den Wunsch, bald Positives für die Angestellten zu leisten. Nur bezweifelte Heine, daß die Regierung dazu die Möglichkeit gebe. „Wir wollen dafür sorgen, was an uns liegt, daß etwas Fruchtbringendes herauskommt. Freilich, wenn die Regierung uns nichts mehr zu sagen weiß, als uns heute vom Regierungstisch gesagt worden ist, sind meine Hoffnungen gleich Null.“

Konsumvereinswesen.

Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern forderte zur Rettung des Handwerks und Kleinhandels der Reichsparteiler Linz das Verbot der Konsumvereine. Abgeordneter Hoch wehrte am 24. Februar den Angriff ab, indem er ausführte: „Mit demselben Recht könnten Sie auch verlangen, daß die großen Fabriken, daß die Eisenbahnen verboten werden. Mit solchen törichten Forderungen richtet man gar nichts aus. An die Durchführbarkeit dieser Forderungen ist nicht zu denken. Die unhaltbare Lage so vieler kleiner Geschäftsleute ist die unvermeidliche Folge der Uebermacht des Großkapitals.“ Dr. David betonte am 25. Februar, es sollten die Konsumorganisationen, die sich in den letzten Jahren so erfreulich entwickelt haben, gerade vom Standpunkt des Interesses der Landwirtschaft auf das lebhafteste begrüßt werden. Die schroffe Differenz zwischen Vieh- und Fleischpreisen sei nur zu beseitigen durch die Entwickelung starker Konsumorganisationen in den Städten, die direkt beim Landwirt oder den landwirtschaftlichen Genossenschaften einkaufen, wie es schon jetzt teilweise mit gutem Erfolge geschehe, um den kapitalistischen Zwischenhandel auszuschalten. — Eine ganze Anzahl von Konsumvereinsgegnern hatten an den Reichstag in Petitionen Maßregeln gegen die Konsumvereine gefordert, teils ein direktes Verbot, teils höhere Besteuerung und andere Beschränkungen mehr. Die Petitionskommission beschloß, die Eingaben seien dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Bei der Beratung im Plenum am 13. April beantragte die Fraktion den Uebergang zur Tagesordnung. Abgeordneter Schöpflin führte dazu aus: „Wenn schon reichsgesetzlich in der Frage der Besteuerung der Konsumvereine etwas getan werden sollte, dann wäre es das einzig richtige und vernünftige, durch Reichsgesetz zu beschließen, daß Konsumvereine, die gemeinnützige, wertvolle Institute sind, der Besteuerung überhaupt nicht zu unterwerfen sind.“ Dem Zentrum, das vor Schöpflin einen Redner vorgeschickt hatte, mußte er vorhalten: „Sie wollen die Konsumvereine erdrosseln; Sie wollen den minderbemittelten Konsumenten den Schutz, den sie noch durch die Konsumvereine haben, rauben.“ Schöpflin schilderte dann den Nutzen der Konsumvereine für die ärmeren Volksmassen, die unter den Lebensmittelsteuern schwer zu leiden haben und erklärte der Reichstagsmehrheit: „Ich möchte Sie beinahe in Ihrem eigenen Interesse

ersuchen, nicht noch zu all dem vielen, was Sie an volksfeindlichen Dingen hier schon gemacht haben, ein neues Unrecht hinzuzufügen." Abgeordneter Hildenbrand zeigte, welch ein Kontrast es sei, wenn die Konsumvereine der Arbeiter und kleinen Beamten unterdrückt werden sollen, während das ländliche Genossenschaftswesen auf alle Art Förderung erfahre. Die Konsumvereine, die ein Redner des Zentrums als große wirtschaftliche Schädlinge bezeichnet habe, seien nicht nur ein Vorteil für die Arbeiter und die Beamten dadurch, daß sie ihnen gute und billige Waren geben, sondern sie seien auch ein ungeheuer wertvoller Faktor, weil sie bis jetzt die einzige Organisation waren, die preisregulierend auf den allgemeinen Markt der Wirtschaftsbedürfnisse gewirkt haben. Schöpflin wies, gegen den Nationalliberalen Dr. Weber polemisierend, nach, daß die Konsumvereine große Steuerbeträge zahlen, wesentlich mehr sogar als Geschäftsinhaber mit demselben Umsatz und einem wahrscheinlich größeren Reinertrag. — Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Justizgesetze.

Zuständigkeit des Reichsgerichts, Aenderung der Rechtsanwaltsordnung.

Eine wesentliche Verschlechterung der Rechtspflege besonders zuungunsten der ärmeren Bevölkerungsklassen wurde von der Fraktion vergebens nachdrücklichst bekämpft. Um eine Entlastung des Reichsgerichts von Zivilprozessen herbeizuführen, bei dem sich die Zahl der unerledigten Revisionen gewaltig häufte, brachte die Regierung die Vorlage ein. Bei der ersten Lesung am 14. April bekämpfte Abgeordneter Stadthagen den Entwurf scharf, forderte Vermehrung der Zahl der Richter beim Reichsgericht und Beseitigung der überflüssigen Revisionen der Staatsanwaltschaft in Strafprozessen. Die Kommission gab dem Entwurf in der Hauptsache eine ganz veränderte Gestalt. Es wurde die Revisionssumme, d. h. die Mindesthöhe des Streitwerts, von der an Revision zulässig ist, von 2500 Mk. auf 4000 Mk. erhöht. Dem Regierungsentwurf entsprechend wurden Beschwerden gegen Beschlüsse des Oberlandesgerichts ganz beseitigt. Bei einstweiligen Verfügungen ist die Revision nicht mehr zulässig. Die Gerichtskosten und die Rechtsanwaltsgebühren wurden erhöht, um von der Verfolgung von Rechtsstreitigkeiten abzuschrecken. Ein sozialdemokratischer Antrag, der später zurückgezogen werden konnte, weil er sich mit dem einiger Zentrumsabgeordneten deckte, wollte, daß mindestens, sobald es sich um die Bewilligung des Armenrechts handelt, die Beschwerde an das Reichsgericht kommen müsse. Die Mehrheit, zu der vom Zentrum der größte Teil und die Fortschrittliche Volkspartei gehörten, hielten alle Verschlechterungen bei der zweiten und dritten Lesung aufrecht. Abgeordneter Heine sprach am 3. Mai die Bereitwilligkeit der Fraktion aus, der unerträglichen Ueberlastung des Reichsgerichts abzuhelfen, betonte aber, das könne nur durch Vermehrung der Senate geschehen. Durch die Erhöhung der Revisionssumme werde das Reichsgericht ein Gericht für die Reichen, die Revision ein Rechtsmittel für die Reichen. Das Beschwerderecht in Armenrechtssachen müsse erhalten bleiben. Gerade weil in der letzten Zeit „mit den einstweiligen Verfügungen in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Arbeiterorganisationen einerseits und Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen andererseits mehrfach schwerer Mißbrauch getrieben worden" sei, müßte die Revision gegen einstweilige Verfügungen beibehalten werden, weil sonst durch solche Verfügungen unter Umständen ein ganzer Prozeß lahmgelegt werden könnte. Besonders gefährlich sei die Erhöhung der Kosten in der oberen

Instanz. „Das sind einerseits fiskalische, andererseits plutokratische Maßregeln“, etwas höchst Gehässiges. An demselben Tage verteidigte Abgeordneter Hildenbrand eifrig aber vergeblich das Beschwerderecht in Armensachen. Die Entlastung des Reichsgerichts werde durch andere Mittel gewährleistet. „Wer es mit den Armen ehrlich meint, . . . läßt auch in der Folge das Recht der Beschwerdeführung wegen Verweigerung des Armenrechts an das Reichsgericht bestehen.“ Bei der dritten Lesung am 6. Mai erklärte Abgeordneter Heine, daß das ganze Gesetz für die Fraktion „gänzlich unannehmbar“ sei. Zu den ärmeren Schichten des Volkes feindlichen Maßregeln haben sich Parteien von rechts und links zusammengeschlossen. Die Fortschrittspartei hat sich wiederum mit den Konservativen zusammengefunden. Das Zentrum hat zu seinem erheblichsten Teile den volksschädlichen Bestimmungen zugestimmt.

Aenderung des Strafgesetzbuches.

Vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches, die in die Wege geleitet wird, sollen einige Materien vorweg geregelt werden. Ausgeschieden sind dabei solche Fragen, die für die allgemeine Revision des Strafgesetzbuches von grundsätzlicher Bedeutung sind. Ein Entwurf betreffend Abänderung des Strafgesetzbuches ist dem Reichstage schon im Frühjahre 1909 zugegangen; eine Kommission hat sich längere Zeit damit beschäftigt. Wegen des Schlusses des Reichstages war die Arbeit vergeblich gemacht. Die vorgeschlagenen Aenderungen beziehen sich auf den Hausfriedensbruch, die Tierquälerei, geringfügige Diebstähle, Unterschlagungen, Betrügereien, Geheimhaltung von Fernsprechäußerungen, besseren Kinderschutz, die Erpressung und Beleidigung. Bei der erneuten ersten Lesung am 15. Januar betonte Abgeordneter Heine, er wünsche, „daß ein Teil der Bestimmungen so schnell als möglich angenommen würde“. In dem Gesetz „sind unzweifelhaft gute, ja vortreffliche Vorschläge darin“. Aber . . . „die Bestimmungen über die Beleidigungen sind derartig schlecht und unannehmbar, daß man, wenn nicht eine Trennung dieser Bestimmungen der Gesetzesvorlage von dem Aktivbestand möglich ist, das ganze Gesetz verwerfen muß“. Ueber die Gründe, die für die Einbringung des Gesetzentwurfes bestimmend waren, sagte Heine: „Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß wir dieses ganze Gesetz, das man mit Recht als lex Eulenburg bezeichnet hat, überhaupt nicht bekommen hätten, wenn nicht die peinlichen Erörterungen über die unangenehmen Gepflogenheiten, die sich in gewissen hohen Kreisen eingenistet haben, den Anlaß dazu gegeben hätten. Man will den Wahrheitsbeweis über die sittlichen Verfehlungen solcher Persönlichkeiten in hohen Stellen abschneiden.“ — In der Kommission gelang es den Vertretern der Fraktion bei weitem nicht, den Gesetzentwurf einwandsfrei zu gestalten. Die von Heine kritisierten Bestimmungen über die Beleidigungen wurden von der Kommission abgelehnt. Trotzdem der Kommissionsbericht schon am 19. April fertig gestellt worden ist, wurde der Gesetzentwurf nicht mehr verabschiedet. Ohne die lex Eulenburg hat die Regierung offenbar nur noch ein sehr geringes Interesse daran.

Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozeßordnung.

In der Begründung zu den vorstehend genannten Gesetzentwürfen wird einleitend hervorgehoben, daß unter den Reichsjustizgesetzen des Jahres 1877 von Anfang an die Strafprozeßordnung am wenigsten befriedigt hat. Trotzdem ist bis jetzt eine Reform nicht zustande gebracht worden. Die schärfsten Kritiker der mangelhaften Justizgesetze mußten im Reichstag von Anfang an die Sozialdemokraten sein als

Vertreter der unter der Klassenjustiz schwer leidenden Arbeiterschaft. Im Wesen des Klassenstaates ist es begründet, daß die jetzt vorgeschlagenen Reformen nur in sehr geringem Umfange den Beifall des Proletariats und die Zustimmung der parlamentarischen Vertreter desselben finden können. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes rühmte bei der ersten Lesung der Entwürfe am 13. Januar zahlreiche Verbesserungen, als welche er unter anderem anführte, die Einführung der Berufung gegen Strafkammerurteile, die Zuziehung von Laienrichtern bei den Strafkammern, die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene, die Anwendung des Legalitätsprinzips bei der Erhebung von Anklagen, die Verbesserung des Vorverfahrens, den Ausbau der Jugendgerichte. Abgeordneter Stadthagen ließ am 15. Januar nur gelten, daß der Entwurf Lob verdiene wegen der klaren Sprache und der übersichtlichen Motive. Die Klassenjustiz werde bleiben. Der Entwurf entstamme einer Vorkommission, „in der Vertreter der Arbeiter nicht waren, zu der alle politischen Parteien zugezogen waren mit Ausnahme . . . von Sozialdemokraten, deren Aufgabe also auch gewesen ist, ein Produkt zu machen, das als Instrument der Klassenjustiz gebraucht werden kann.“ Stadthagen zeigte, wie zahlreiche Aenderungen keine Verbesserung, sondern zum Teil wesentliche Verschlechterung des geltenden Rechtes bringen werden. Besonders die Arbeiter würden schwer benachteiligt. „Wenn der Entwurf zum Ziele gehabt hätte, den Strafprozeß so zu gestalten, daß er als besonders schwere Waffe **gegen** die Arbeiter gebraucht werden kann, so daß das Strafverfahren noch verschlechtert wird gegenüber dem bestehenden Zustand, so hat der Entwurf in der Tat diesen Zweck vollkommen erreicht. . . . Der vorliegende Entwurf hat der arbeitenden Klasse die Garantien, den Rest der Garantien, der in dem bestehenden Strafprozeß für eine gerechte und unparteiische Rechtsprechung geblieben ist, vollkommen entzogen. Es ist die Bahn für eine reine Klassenjustiz noch mehr geebnet, als der bestehende Strafprozeß zuläßt.“ Unser Redner forderte unter anderem Beseitigung der Staatsanwaltschaft, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Unabhängigkeit der Richter. Er erklärte: „Wollen Sie unabhängige Richter haben, meine Herren, dann müssen Sie Laienrichter nehmen, Laienrichter aus allen Teilen des Volkes und gewählt vom Volke.“ Aber auch Frauen seien zum Schöffen- und Geschworenenamt zuzulassen. „Aus welchem Grunde sollen die Frauen, gegen die ja das Gesetz ebenso gilt wie gegen andere, nicht dasselbe Recht haben, als Richter mit zu fungieren und darzulegen, wie die Zustände sind, zumal sie gerade die Verhältnisse insbesondere der weiblichen Angeklagten besser kennen, als es die männlichen Richter tun können?“ Das Wesen der heutigen Rechtsprechung charakterisierte Stadthagen dahingehend: „Strafrecht und Strafprozeß werden von den herrschenden Klassen gemißbraucht, um als Instrument angewendet zu werden gegen die aufstrebenden und nach Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur lechzenden Massen.“ Die Sozialdemokraten seien selbstverständlich wie in früheren Jahren bereit, in der Kommission Vorschläge auf Beseitigung der vorhandenen Mißstände zu machen. Diese Kommission hat in diesem Augenblick ihre Arbeiten noch nicht beendet; es ist deshalb nicht angängig, in diesem Berichte darauf einzugehen. Stadthagen schloß seine Rede mit der Warnung an die bürgerlichen Parteien: „Ueberspannen Sie die Klassenjustiz nicht!“

Haftung des Reiches für seine Beamten.

Der Gesetzentwurf war schon im Jahre 1909 dem Reichstage vorgelegt worden. Damals hat Abgeordneter Stadthagen am 5. Mai ausführlich den Standpunkt der Fraktion dazu dargelegt. Die Grund-

lage des Gesetzes entspricht einem alten Verlangen, das die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten gestellt haben. Noch bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1896 wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die volle Haftung des Staates für die Handlungen aller Beamten verlangt, abgelehnt. Ein Mangel des Gesetzes ist, daß die Haftung nur für die Reichsbeamten beschlossen wurde. Vergeblich traten unsere Abgeordneten dafür ein, durch Reichsgesetz die Haftung für alle Beamten festzulegen. Ernsten Bedenken gaben bei der zweiten Lesung am 27. April die Abgeordneten Heine und Ledebour Ausdruck darüber, daß die von der Kommission beschlossene Haftung für Handlungen farbiger Beamten in den Schutzgebieten durch einen Zentrumsantrag wieder umgestoßen wurde. Die Fraktion stimmte dem Gesetz zu.

Schutz des Urheberrechts.

Ausführung der revidierten Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst. Am 18. Mai 1909 ist der revidierten Berner Uebereinkunft vom Reichstage zugestimmt worden. Die meisten Aenderungen stimmten mit den bestehenden Reichsgesetzen über das Urheberrecht überein. Der Gesetzentwurf, dessen erste Lesung am 12. April 1910 stattfand, hat den Zweck, die mit den Gesetzen nicht übereinstimmenden Vorschriften damit in Einklang zu bringen. Es handelt sich in der Hauptsache um Schutz für Werke auf dem Gebiete der Kinematographie und den Schutz der Werke der Tonkunst gegen Wiedergabe durch mechanische Musikinstrumente. Abgeordneter Dietz gab der Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Schutzfrist nicht von 30 bis auf 50 Jahre nach dem Tode des Urhebers verlängert wurde, wies auf die Auswüchse im Kinematographenwesen hin, verurteilte die Tantiemenspitzelei der Tonkünstler, trat für Schutz deutscher Werke in Rußland ein, regte Verbesserungen des Gesetzentwurfes an und machte die Zustimmung der Sozialdemokraten davon abhängig, daß die Industrie mechanischer Kunstwerke existenz- und exportfähig bleibe, sowie daß verschiedenen anderen drohenden Schäden vorgebeugt werde, so daß die Interessen der Autoren, der Verleger und der Industrie gewahrt würden. Nach der Kommissionsberatung legte Dietz bei der zweiten Lesung am 3. Mai dar, die sozialdemokratische Fraktion werde für das Gesetz in der Kommissionsfassung stimmen, weil es Ordnung auf einem Gebiete schaffen wird, auf dem es bisher recht verwildert ausgesehen hat. — Auch der Versuch des Erbprinzen Hohenlohe, die Schutzfrist von 30 auf 50 Jahre nach dem Tode des Urhebers zu erweitern, wurde bekämpft und vom Reichstag mit großer Majorität abgelehnt.

Fernsprechgebühren-Ordnung.

Im Zeitalter des Verkehrs leben wir nach einem häufig zitierten Kaiserwort. Die deutsche Reichspostverwaltung unter der Leitung des Staatssekretärs Krätke bemüht sich in einer Richtung, daß man an der Richtigkeit des Satzes zweifeln möchte. Der in der vorigen Session eingebrachte Entwurf einer Fernsprechgebührenordnung war durch die Kritik der Presse, der verschiedensten Organisationen für Handel und Industrie und schließlich auch durch die Redner fast aller Parteien im Reichstage bei der Beratung des Postetats so heruntergerissen worden, wie selten bisher eine Regierungsvorlage. Um einen großen Ueberschuß der Reichspost für Rüstungszwecke verwenden zu können, ist seinerzeit das Ortsporto erhöht worden. Mehreinnahmen sind dadurch in dem erwarteten Umfange nicht erzielt worden, weil an Stelle der

Postkarte und des Briefes im Ortsverkehr das Telephon trat. Riesig ist die Zunahme der Telephongespräche. Die neue Fernsprechgebührenordnung soll, wie die Postverwaltung in der Begründung eingesteht, die Zahl der Gespräche wesentlich vermindern, hat also scharf ausgeprägt verkehrsfeindlichen Charakter.

Zur Beratung in der Budgetkommission war dieses Produkt bureaukratischer Verranntheit nicht gelangt, weil allseitig keine Neigung dazu vorhanden war, sich damit zu befassen. Deshalb hätte erwartet werden können, daß die Regierungen darauf verzichten würden, erneut den Entwurf an den Reichstag gelangen zu lassen, oder aber, daß doch eine totale Umarbeitung der Vorlage erfolgen würde, wenn schon eine Reform der Gebührenordnung für unumgänglich notwendig gehalten wurde. Mit absoluter Wurstigkeit hat Herr Krätke die geübte Kritik hingenommen und den Entwurf abermals unverändert dem Reichstage zur Beschlußfassung zugehen lassen. Erst am 20. April beschäftigte sich das Plenum mit dem Wechselbalg, der vorsieht, daß die Pauschgebühren fortfallen und nur Gebühren erhoben werden sollen nach Grundgebühr und Gesprächszahl, wobei besonders auf die Interessen des platten Landes Rücksicht genommen wird. Es ist fast überflüssig, zu betonen, daß die Agrarier durch den Abgeordneten Graf Westarp noch viel weitergehende Forderungen aussprechen ließen. Für die sozialdemokratische Fraktion betonte Abgeordneter Dr. Südekum, daß sie jeden Versuch, den Verkehr zu erschweren und zu verteuern und dabei auch noch überdies neue agrarische Vorrechte zu schaffen, ganz entschieden verwerfe, aber bereit sei, zu prüfen, ob nicht solche Teilnehmer am Fernsprechverkehr, die weit über dem Durchschnitt von der Einrichtung Gebrauch machen, stärker zu den Kosten herangezogen werden können. Die segensreiche Einrichtung des Fernsprechers müsse auch dem platten Lande im größeren Maße zugänglich gemacht werden. Das Fernsprechwesen in Deutschland stehe durchaus nicht auf der Höhe. Die Reform dürfe aber nicht in den Händen der jetzt amtierenden Postverwaltung gelassen werden. Wenn etwas Ordentliches geschaffen werden solle, müsse es der Reichstag, die mit der Bearbeitung der Materie betraute Kommission tun. — Die Budgetkommission, an die der Entwurf erneut verwiesen wurde, trat in die Beratung nicht mehr ein. In mehreren freien Besprechungen von Kommissionsmitgliedern versuchte man, gewisse Grundsätze aufzustellen, nach denen bei der Reform zu verfahren sei. Schließlich wurde die Verhandlung bis zum Herbst verschoben.

Konsulatsgebührengesetz.

An dem 1872 erlassenen Gesetz, betreffend die Konsulatsgebühren, ist eine wesentliche Aenderung vorgenommen, die in der Hauptsache darin besteht, daß die Schiffsgebühren so wesentlich ermäßigt wurden, daß ein Ausfall an Einnahmen in Höhe von rund 400 000 Mk. eintreten wird, wogegen 240 000 Mk. durch erhöhte oder neue Gebühren hereinkommen. Es ist ein einzigartiger Vorgang, daß die Regierungen in der Zeit ärgster Finanznot des Reiches einen Einnahmeverlust von 160 000 Mk. selbst vorschlagen. Darauf wies Abgeordneter Noske am 6. Mai hin, der die Zustimmung der Fraktion zu dem Gesetz aussprach, weil die neuen und die erhöhten Gebühren ärmere Leute nicht treffen, da bei Bedürftigkeit Gebühren überhaupt nicht erhoben werden dürfen. Für die Interessen des deutschen Handels hat die Sozialdemokratie volles Verständnis. Noske führte dazu aus: „Ich erkenne an, daß es wünschenswert ist, daß die deutsche Schiffahrt nicht ungünstiger gestellt wird als ihre englischen Konkurrenten. Wir sind bereit, dazu beizutragen, daß die nationale Schiffahrt und der Handel nach Möglichkeit dadurch gefördert werden, daß eine wesentlich

höhere Belastung, als im Auslande in Geltung ist, gemildert wird." Zur Annahme verhalf die Frakton einem Antrage, wonach die Beglaubigung ausländischer Rechnungen über Tabakkäufe gebührenfrei erfolgen muß und einem weiteren Antrage, wonach die Beglaubigung der Unterschriften von Zeugnissen der kaufmännischen und technischen Angestellten, der Gesellen, Gehilfen und Arbeiter durch die Konsulate gebührenfrei bleibt.

Kolonial- und Konsulargerichtshof.

Im Jahre 1908 nahm der Reichstag, veranlaßt durch die absolut unhaltbaren Rechtszustände in den Kolonien eine Resolution an, durch welche gefordert wird, für die Weißen in Strafsachen eine Berufungsinstanz in den Schutzgebieten und als Revisionsinstanz das Reichsgericht, in Zivilsachen eine Berufungs- und Revisionsinstanz im Deutschen Reiche. Kurze Zeit vor der Vertagung des Reichstages ließen die Regierungen dem Reichstage einen Gesetzentwurf zugeben, wonach in Berlin ein selbständiges oberstes Gericht für Kolonialsachen errichtet werden soll. Anlaß dazu lag schon vor, die baldige Errichtung eines solchen obersten Kolonialgerichts zu wünschen. Abgeordneter Stadthagen mußte bei der ersten Lesung am 25. April aber darlegen, daß die Regierung gar kein Material über die Gerichtsbarkeit und die Rechtsverhältnisse in den Kolonien beigebracht habe. Die einzusetzende Kommisson werde unmöglich ihre Arbeiten vor Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen im November beginnen können. Die Kommisson hat sich auch bis zum Herbst vertagt, nachdem sie die Vorlegung von Material der Regierung zur Pflicht gemacht hatte.

Ausgabe kleiner Aktien.

In den Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiet Kiautschou sollte nach einem Gesetzentwurf der Regierungen Gesellschaften, die dort ihren Sitz haben, Aktien und Interimsscheine auf einen Betrag von weniger als eintausend, doch nicht von weniger als 200 Mk. ausstellen dürfen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft petitionierte um Ausdehnung des Gesetzes auf alle Kolonien. Am 31. Januar äußerte sich Abgeordneter Noske darüber: „Es würde damit zweifellos der Finanzwelt gedient sein, wenn sie die Möglichkeit der Ueberwälzung ihrer kolonialen Arrangements von der verhältnismäßig dünnen Schicht von reichen Leuten auf weniger kapitalskräftige Leute hätte. . . . Die Zulassung kleiner Aktien für alle Schutzgebiete . . . würde zur Folge haben daß in Zukunft eine Menge kleiner Leute ihr sauer verdientes Geld verlieren würden." Damit rechnet eine ganze Anzahl bürgerlicher Abgeordneter und hat dagegen nichts einzuwenden. Erklärte doch bei der zweiten Lesung am 6. Mai der Zentrumsredner Nacken, der Schutz kleiner Leute dürfe nur bis zu einem gewissen Grade gehen. Wenn berechtigte Interessen (d. h. also großkapitalistische Interessen), der Ausdehnung eines solchen Schutzes entgegenständen, sei der Reichstag verpflichtet, diesen berechtigten Interessen Rechnung zu tragen: „wir können doch unmöglich als Gesetzgeber jeden Menschen von der Wiege bis zum Grabe in wirtschaftlicher Beziehung bemuttern." Abgeordneter Eichhorn betonte bei der ersten Lesung am 25. April, die Vorlage bedeute den ersten schüchternen Schritt, dem bald weitere folgen würden. Bald würde man den Wunsch der Kapitalisten erfüllen, „daß diese kleinen Aktien in den gesamten Kolonien zugelassen werden. . . . Das kleine Sparkapital soll in die Spekulation hineingerissen werden". Ehrliche Mittelstandspolitik vertrat die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den Nationalliberalen, Freisinnigen und einem Teil des Zentrums und der Rechten, wenn Eichhorn die Stellung der Fraktion dahin zusammenfaßte, sie werde gegen das Gesetz stimmen, damit

„das kleine Kapital nicht in das Spekulationsfieber hineingerissen wird". Und bei der zweiten Lesung am 6. Mai, die zur Ablehnung des Regierungsentwurfes führte: „Wir wollen nicht, daß das kleine Sparkapital, daß kleine Beamte und Handwerker, die ein paar Mark erworben haben, damit in die Spekulation hineingezogen und verleitet werden, ihr Geld zu verlieren. Wir wollen nicht, daß der Reichstag sich zum Geldzutreiber für faule Gründungen hergibt."

Reichsbesteuerungsgesetz.

Die Frage, inwieweit das Reich zu den Staats- und Gemeindelasten beizutragen verpflichtet ist, entbehrt zurzeit noch der gesetzlichen Regelung. Grundsätzlich vertritt die Reichsverwaltung die Auffassung, daß ihr durch die Gesetzgebung eines Einzelstaates Verpflichtungen nicht auferlegt werden können. Nur im gewissen Umfang hat das Reich sich der Verpflichtung unterworfen, Realsteuern vom Grundbesitze zu entrichten. Wiederholt haben Gemeinden das Reich mit dem Einkommen aus seinem Grundeigentum zur Kommunaleinkommensteuer veranlagt sowie auch Entrichtung von Verbrauchssteuern und Besitzveränderungsabgaben in Anspruch genommen. Es wurde aber nur solchen Gemeinden, die durch besondere Veranstaltungen des Reiches in eine Notlage geraten sind, aus Reichsmitteln eine Beihilfe gewährt. Durch den vorliegenden Entwurf soll Gemeinden, in denen sich fabrikmäßige oder fabrikähnliche Reichsbetriebe befinden, namentlich solche des Heeres und der Marine, ein gesetzlicher Anspruch auf Zuschüsse des Reiches verschafft werden. In Elsaß-Lothringen sollen die Gemeinden, in denen Stationen, Betriebe oder Werkstätten der Reichseisenbahnen sich befinden, gesetzlich geregelte Zuschüsse erhalten. Der Gesetzentwurf wurde von der Budgetkommission, an die er verwiesen worden ist, nicht durchberaten. Bei der ersten Lesung im Plenum am 16. April hatte Abgeordneter Emmel ausgesprochen, daß die Fraktion grundsätzlich der vorgeschlagenen Regelung zustimme. Gegenüber stark partikularistischen Ausführungen des Zentrumsredners trat er für das Recht des Reiches ein, die Besteuerung durch den Reichstag regeln zu lassen, wies aber die Unzulänglichkeit des Gesetzentwurfes, ganz besonders für Elsaß-Lothringen nach und trat nachdrücklichst für die Interessen der Gemeinden ein.

Zuwachssteuergesetz.

Bei der berüchtigten Finanzreform des schwarz-blauen Blocks haben die Regierungen durch ihre Zustimmung zum § 90 des Reichsstempelgesetzes die Verpflichtung übernommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen eine Reichssteuer auf den unverdienten Wertzuwachs bei Grundstücken eingeführt wird. Früher, als ursprünglich geplant war, ist die Vorlage dem Reichstage zugegangen, weil, wie der Reichsschatzsekretär bei der ersten Lesung am 15. April meinte, die Frucht überreif zu werden droht, so daß sie bald nicht mehr genießbar erscheinen könnte. Abgeordneter Dr. Südekum brachte zum Ausdruck, daß trotz der Tendenz der Bevorzugung des flachen Landes „der Gedanke der Besteuerung des Wertzuwachses im Prinzip auch uns durchaus sympathisch ist." Südekum ging auf die Wohnungsfrage ein. Sollte sich herausstellen, daß die Steuer „zu einer allgemeinen Verteuerung des Grund und Bodens und zu einer Verminderung des Baugewerbes in den Städten führt, dann haben die Gemeinden und haben die Staaten Veranlassung weit mehr, als sie es bis heute getan haben, sich die Beschaffung der Wohnungsgelegenheit angelegen sein zu lassen". Der Redner hob gewichtige Bedenken gegen den Regierungsentwurf hervor und trat besonders dafür ein, den Städten einen höheren Anteil vom Ertrage der Steuer zuzugestehen. Zu einer

vorbehaltlosen Zustimmung zu dem Gesetz könnten die Sozialdemokraten sich nicht entschließen. Es gehe nicht an, neue Steuern einzuführen. Entlastung der ärmeren Volksschichten sei geboten. Südekum erklärte: „Wir müssen unsere Zustimmung von der Erfüllung der Bedingung abhängig machen, daß ein Aufkommen aus dieser Steuer über den Betrag, der in § 90 des Stempelgesetzes festgelegt ist, in erster Linie zur Abschaffung oder zur Verminderung der indirekten Steuern verwandt wird." Diese Forderung nach Kompensationen unterstrich Abgeordneter Zietsch, der Mängel des Entwurfes besprach und einen Ausbau der Besteuerung forderte. Der Entwurf wurde an eine Kommission verwiesen, die zwei Lesungen abhielt. Ein vorläufiger Bericht ist erstattet worden. In der Kommission hat der schwarz-blaue Block das Gesetz so gestaltet, daß es für die Agrarier nahezu wirkungslos werden, die ganze Belastung den städtischen Siedelungen aufgelastet werden wird. Es erübrigt sich auf Einzelheiten einzugehen, da die Kommission noch eine dritte Lesung abhalten wird, also noch nicht abzusehen ist, wie das Gesetz endgültig gestaltet werden wird.

Wehrsteuer.

Bei der Beratung der Anträge betreffend die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer wurden zwei Resolutionen von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt, worin die Regierungen ersucht wurden, dem Reichstage eine Vorlage zu machen, durch welche die Erhebung einer Wehrsteuer angeordnet wird. Abgeordneter Schöpflin sagte dazu am 23. April: „Nach meiner und meiner Parteifreunde Auffassung ist sie unverträglich mit der allgemeinen Wehrpflicht." Er wies weiter nach, daß ein Hinweis auf die Schweiz unangebracht sei, weil dort mit dem Milizsystem und den höheren Aufwendungen für die Soldaten die zur Erhebung gelangende Wehrsteuer begründet wird.

Im Frühsommer 1910 fanden im Reichsschatzamte unverbindliche Besprechungen zwischen Angehörigen der verschiedenen Fraktionen und der Regierung über Veteranenfürsorge und Wehrsteuer statt, zu denen unsere Fraktion die Abgeordneten Ledebour, Dr. Südekum und Zubeil entsandte; unsere Parteigenossen bekämpften dabei energisch einige abstruse Wehrsteuerpläne bürgerlicher Abgeordneter, die danach wohl auf immer abgetan sein dürften.

Gesetz über den Absatz mit Kalisalzen.

Eine Bankerotterklärung des privaten Eigentums und der privaten Produktionsweise im Kalibergbau war der Kaligesetzentwurf. Der Wert der geförderten und der in den unmittelbar mit den Kalisalzbergwerken verbundenen Fabriken aufbereiteten Kalisalze hat im Jahre 1909 die Summe von 100 Millionen Mark erheblich überstiegen. Nahezu 30 000 Arbeiter sind in der Kaliindustrie beschäftigt. Die Kalisalzlager stellen einen beträchtlichen Teil des deutschen Nationalvermögens dar, und zwar besitzt Deutschland an den Kalisalzen ein Naturmonopol, weil solche, abgesehen von unbedeutenden Aufschlüssen, im Auslande bis jetzt nicht aufgefunden worden sind. Die hohen Profite, die in der Kaliindustrie erzielt wurden, hatten zur Folge, daß die Zahl der Produktionsstätten erheblich schneller wuchs als der Verbrauch an Kalisalzen. Noch immer sind neue Anlagen im Entstehen begriffen. Lange Zeit waren die Interessenten, um die Preise hochzuhalten, im Kalisyndikat zusammengeschlossen. Im Jahre 1909 ist es nicht gelungen, das Syndikat vollständig wieder zu erneuern. Billige Verkäufe nach dem Auslande wurden abgeschlossen. Die Regierungsvorlage bezweckte, einen allgemeinen ungezügelten Konkurrenzkampf zu verhindern, weil dadurch die Landwirtschaft, für die Kalisalz ein unentbehrliches Düngemittel

ist, geschädigt, zahlreiche Vermögen vernichtet, durch Einstellung vieler Betriebe Arbeiter und Gemeinden schwer geschädigt würden. Beabsichtigt war in dem Regierungsentwurf ein zwangsweiser Zusammenschluß aller beteiligten Werke auf 20 Jahre. Mit gebotener Schärfe schilderten unsere Redner das Unsinnige der kapitalistischen Produktionsweise und traten mit dem größten Nachdruck für die Verstaatlichung des Kalibergbaues und aller Bodenschätze ein. War der Regierung und den bürgerlichen Parteien nur daran gelegen, kapitalistische Interessen zu schonen, so traten die sozialdemokratischen Abgeordneten um so nachdrücklicher für die Arbeiterinteressen ein, unterließen aber auch nicht, den landwirtschaftlichen Interessen weitestgehende Würdigung angedeihen zu lassen. Bei der ersten Lesung am 14. Februar charakterisierte Abgeordneter Hue die Regierungsvorlage „als eine Bankerotterklärung der privatkapitalistischen Wirtschaft in der Kaliindustrie"; es werde „die privatkapitalistische Ausbeutung der Bodenschätze gemeingefährlich, so daß vom wahrhaft nationalen Standpunkt aus . . . die einzig vernünftige Lösung ist: dem Volke gehören die Bodenschätze, das Volk soll auch den Nutzen davon haben." Obschon die Regierung „aus den in der Kaliindustrie eingetretenen anarchistischen Zuständen nicht die richtige Konsequenz" ziehe, sondern „die Privilegierung einer Handvoll Großkapitalisten" erstrebe, sei „dieser Gesetzentwurf nichts anderes als ein Zugeständnis an den Geist des Sozialismus, der heute durch die Welt geht, man mag ihn bannen wollen, wie man will." „Eine Zwangsorganisation der Kaliindustriellen, und zwar zur Aufrechterhaltung der Gewinne" wolle der Regierungsentwurf. Das fänden die bürgerlichen Parteien ganz in der Ordnung. Hue zeigte, wie ganz anders die Arbeiter behandelt werden. „Mit Hohngelächter würden Sie uns überschütten, wenn ein Gesetzentwurf von uns eingebracht würde, damit dem Arbeiter die auskömmliche Verwertung seines Kapitals, nämlich seine Arbeitskraft, gesichert würde." . . . . „Wenn die Arbeiter auf Grund der bestehenden Gesetze ihre Berufsgenossen zu organisieren versuchen, ... schickt man Gendarmen und Militär mit Maschinengewehren in die Industriereviere." . . . . „Das ist kennzeichnend für den Klassenstaat." Als 1904 die Sozialdemokraten wegen der Zechenstillegungen interpellierten, habe der Minister Möller im preußischen Landtag höhnisch von „Theaterpanik" gesprochen, der Kanzler aber im Reichstage die Beantwortung der Interpellation abgelehnt. „Aber jetzt . . . . wo es sich um die Bereicherung von Millionären handelt, da wird die Zechenstillegung als Motiv für diese Vorlage herangezogen." Krasser könne der Klassencharakter des Staates nicht in die Erscheinung treten. Unser Redner zeigte, wie riesengroß die Profite der Kalikapitalisten sind und stellte dem die geringe Bezahlung und lange Arbeitszeitdauer für die Arbeiter entgegen. Im Interesse der Landwirtschaft verlange die Sozialdemokratie, „daß so billig wie nur möglich Kali zur Verfügung gestellt wird. Diese Hilfe für die Bauernschaft werden wir Sozialisten stets gutheißen. . . . Wir wollen zunächst für die Versorgung des Inlandes zu möglichst billigen Preisen sorgen. . . . So stehen wir zur Landwirtschaft. . . . Wir erheben angesichts der Erfahrungen, die mit der Verwüstung der Bodenschätze durch die privatkapitalistische Ausbeutung gemacht worden ist die Forderung: was dem Volke gehört, soll auch für das Volk ausgenutzt werden. . . . Wir verlangen, daß der Staat, die Repräsentanz der Gemeinschaft, die Ausnützung der Bodenschätze übernimmt. Dann hört die unnatürliche Verteuerung der Kohlen und Salze, dann hört die Ausnutzung der Landwirtschaft, der Industrie durch eine Handvoll Monopolisten auf." Diesen Grundsätzen gemäß forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der folgenden Beratung in der Kommission einen Gesetzentwurf, durch den Bestimmungen dahingehend getroffen würden, „daß das Reich die innerhalb der

Reichsgrenzen gelegenen Kalibergwerke und die mit denselben zusammenhängenden Fabriken in eigene Regie übernimmt, sowie ferner die Förderung und den Vertrieb von Kalisalzen als Monopol, unter möglichst weitgehender Kontrolle des Reichstages ausübt, und im Falle der Ablehnung dieses Antrages einen Gesetzentwurf zur Durchführung eines Ein- und Verkaufsmonopols des Deutschen Reiches für alle im § 3 des vorgelegten Entwurfes genannten Kalisalze.

Die Berechtigung der sozialdemokratischen Anträge an sich wurde sowohl von bürgerlicher Seite wie von den Regierungsvertretern nicht bestritten, aber die Verstaatlichung der Kaliwerke soll wegen der zu zahlenden Abfindung zu teuer sein. Unsere Abgeordneten wiesen nach, daß kein Anlaß vorliege, hohe Entschädigungen zu zahlen. Das Handelsmonopol des Reiches hat die Regierung erwogen, aber sie ist nach den Darlegungen des Handelsministers darauf nicht zurückgekommen, weil sie nicht hoffte, dafür im Reichstage eine Mehrheit zu finden. Die sozialdemokratischen Anträge wurden von der Kommission verworfen. Dafür wurden Anträge gestellt, durch welche die Regierungsvorlage eine so totale Umgestaltung erfuhr, daß unsere Abgeordneten für die Zurückverweisung des Entwurfes an das Plenum plädierten. Es wurde die Kontingentierung der Produktion beschlossen und Höchstpreise festgesetzt. Von 1913 ab setzt der Bundesrat die Höchstpreise fest. Eine Erhöhung bedarf der Zustimmung des Reichstages. Ein sozialdemokratischer Antrag: „Der Verkauf der Kalisalze erfolgt ausschließlich durch die auf Grund dieses Gesetzes von der Regierung errichtete Vertriebsstelle" fand keine Annahme.

Konnten unsere Abgeordneten ihre prinzipiellen Anträge nicht durchsetzen, so dürfe doch, wie sie betonten, das Gesetz nicht zustande kommen, wenn keine Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter hineinkämen. Sie beantragten unter anderem, in das Gesetz einzufügen:

„Der Bundesrat ist verpflichtet, den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitern und den Werksbesitzern in der Kaliindustrie auf der Grundlage eines Minimallohnes und eines Maximalarbeitstages für die einzelnen Arbeitergruppen zu fördern. . . . Solange die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen nicht erfolgt ist, muß dem Arbeiter mindestens der von ihm 1909 erzielte Durchschnittslohn mit einem Aufschlage von 10 vom Hundert gezahlt und darf die 1909 übliche regelmäßige Schichtzeit nicht verlängert werden."

Der Antrag wurde als außergewöhnlich bezeichnet, aber der Wortführer des Zentrums mußte doch anerkennen, daß es sich auch um außergewöhnliche Verhältnisse handele, die es angebracht erscheinen ließen, Maßregeln zugunsten der Arbeiter in das Gesetz hineinzubringen. Die Regierungsvertreter sträubten sich dagegen. Wie so oft gab auch diesmal das Zentrum die Arbeiterinteressen in schändlicher Weise preis. Zentrumsabgeordnete stellten zwar arbeiterfreundliche Anträge, aber sowohl die sozialdemokratischen Anträge als auch die Anträge von Zentrumsabgeordneten wurden durch das Zentrum wieder zu Fall gebracht. Abgeordneter Emmel teilte darüber bei der zweiten Lesung im Plenum am 10. Mai mit, daß „Freisinnige wie Sozialdemokraten geschlossen für den Zentrumsantrag eintraten, daß aber vom Zentrum drei Mitglieder für den Antrag und drei Mitglieder gegen den Antrag stimmten, und daß zwei Zentrumsmitglieder fehlten". Es wäre „auch eine Mehrheit für die Tarifverträge in der Kommission vorhanden gewesen, wenn das Zentrum geschlossen für die Tarifverträge eingetreten wäre." Abgeordneter Brey nagelte das arbeiterfeindliche Zentrum an demselben Tage wie folgt fest: „Die Ablehnung unseres Antrages ist verursacht worden durch die Richtung Herold, die in dieser

Frage unter den Zentrumsmitgliedern der Kommission ihren Einfluß ausgeübt hat."

Bei der zweiten Lesung forderte Abgeordneter Sachse größtmögliche Gewähr für die Sicherheit der Arbeiter. Die Abgeordneten Leber und Albrecht beteiligten sich ebenfalls an den Debatten. Abgeordneter Hue unternahm einen Vorstoß gegen den welfischen Abgeordneten v. Dannenberg, der sich in die Debatte mischte und für einen Antrag plädierte, obschon er Kaliinteressent und Werksgründer ist. Hue betonte: „Wir haben alle Ursache, hier im Reichstage kein Panama aufkommen zu lassen. — Ich sage: wir haben alle Ursache, den Reichstag davor zu bewahren, daß er zur Schacherbude herabgewürdigt wird." Ueber die Haltung der Sozialdemokraten nach Ablehnung ihrer Anträge in der Kommission führte Abgeordneter Emmel am 10. Mai aus: „Wir haben uns dann der Mehrheit angeschlossen, um für die beteiligten Arbeiter und Gemeinden wenigstens so viel zu retten, als zu retten war . . . und glauben auch eine Reihe von Verbesserungen herbeigeführt zu haben, die immerhin sehr wesentlich sind. . . . Wir haben mit ganz besonderem Vergnügen bei der Beratung dieses Gesetzes die Interessen der Landwirtschaft vertreten." Was in dem Gesetz die Interessen der Arbeiter berührt, schilderte Abgeordneter Brey wie folgt: „§ 11 handelt von der Kürzung der Beteiligungsziffer. Da werden die Kaliindustriellen mit Kürzung der Beteiligungsziffer bedroht, wenn sie unter den im Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 gezahlten Lohn heruntergehen. § 12 bestimmt, daß eine Kürzung der Beteiligungsziffer nicht vorgenommen wird, wenn der Kaliwerksbesitzer nachweist, daß er sein Werk nicht mit Lohnschinderei begonnen hat und die Lohnsätze bezahlt hat, die von gleichartigen Werken in den Jahren 1907 bis 1909 bezahlt worden sind. § 13 schließt die Lohndrücker aus der Kaliindustrie von der Anteilnahme an der Erhöhung einer Beteiligungsziffer aus. § 14 endlich hat die Tendenz, die Tarifverträge auf indirekte Weise zu fördern. . . . In § 14 ist im Schlußsatz gesagt, daß die Verträge keine Bestimmung enthalten dürfen, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter verhindern oder verbieten. . . . Neues, besserndes Recht für die Arbeiter ist dadurch nicht geschaffen . . . sondern nur bestehendes Unrecht beseitigt worden." Die endgültige Haltung der Fraktion zum Kaligesetz wurde von der Fassung der Anträge abhängig gemacht, die auf Arbeiterinteressen Bezug haben. Abgeordneter Emmel sagte dazu: „Sollte aber die allergeringste Verschlechterung im Sinne der Arbeiter in der zweiten Lesung vorgenommen werden, so würde es uns unmöglich sein, dafür zu stimmen." Da solche Verschlechterungen nicht erfolgten, gab die Fraktion dem Gesetz ihre Zustimmung.

* * *

Rückblick und Ausblick.

Nur 82 Sitzungen hat der Reichstag abgehalten. Schon am 10. Mai erfolgte die Vertagung bis zum 8. November. Den bürgerlichen Fraktionen hat die Tagung zu lange gedauert. Bittere Klage wurde in der letzten Zeit darüber geführt, daß die Regierung verschiedene neue Vorlagen noch erledigt haben wollte. Eine Rücksichtslosigkeit, wie so viele andere gegen den Reichstag ist die verspätete Einbringung von Vorlagen allerdings. Zu einer Ueberstürzung der Beratungen lag aber kein Anlaß vor, weil nichts den Reichstag daran hinderte, noch einige Zeit zusammenzubleiben. Tagen doch die Parlamente anderer Länder bis weit in den Sommer hinein. Zu leiden hatte die Etatsberatung unter der späten Einberufung des Reichstages und wegen des frühen Eintritts der Osterferien, bis wohin der Etat fertiggestellt sein sollte.

Es blieb nichts anderes übrig, um dies Ziel erreichen zu können, als die Beratungsgegenstände zu kontingentieren. Unsere Vertreter im Seniorenkonvent konnten sich in der Regel damit einverstanden erklären. Nur in einzelnen Fällen hatten Mitglieder der Fraktion Anlaß, darüber Klagen zu führen, daß sie bei Beratungsgegenständen, wo sie es für erforderlich hielten, zu Wort zu kommen, durch Debatteschluß daran gehindert wurden. Politische Sensationen hat es während der Tagung nicht gegeben. Lebhaftere Redekämpfe drehten sich meist um zurückliegende Dinge. Bewältigt wurde eine Fülle von Beratungsstoff. Groß war infolgedessen das Arbeitspensum, das von den meisten Mitgliedern der Fraktion geleistet werden mußte. Sie haben in allen Fragen ihren Mann gestanden. Den Respekt dafür wagen ihnen auch die Gegner nicht vorzuenthalten, die sich auch sonst hüteten, so zu provozieren, wie es früher öfter geschehen ist, besonders unmittelbar nach den Hottentottenwahlen. Das Zeugnis, daß der Reichstag fleißige Arbeit geleistet hat, kann ihm das deutsche Volk ausstellen. Aber der Menge der Leistungen entspricht ganz und gar nicht ihr Wert für die Masse des arbeitenden Volkes. Wieder ist ein Tagungsabschnitt dahingegangen, die Legislaturperiode nähert sich ihrem Ende, aber die Masse des Volkes harrt vergebens darauf, daß die bürgerlichen Parteien die Versprechungen auch nur zum Teil einlösen, die sie ohne Ausnahme zur Wahl im Jahre 1907 machten, um die Wahlfaulen für sich in Bewegung zu bringen und um der sozialdemokratischen Partei Stimmen abzujagen. Es bleibt dabei, daß die Massen mit der ungeheuren Steuerlast bepackt wurden, ohne dafür auch nur ein wenig auf anderen Gebieten entschädigt zu werden. Verschlechterung der Lage der breiten Volksschichten bleibt die einzige Großtat der bürgerlichen Parteien in der ganzen Legislaturperiode. Schnöder wurden noch nie betörte Wähler betrogen. Mißmut herrscht deshalb bei den mittleren und unteren Beamten, denen die vorjährige Gehaltserhöhung wegen der Teuerung aller Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel keine Verbesserung ihrer Lage brachte. Rebellisch werden die betrogenen Kleinbauern, die nachgerade dahinterkommen, daß die Zollwucherpolitik nur den Großgrundbesitzern die Taschen füllt. Die Kleinbürger fühlen, daß die neuen Steuerlasten, die sie hart drücken, gar nicht zu der verlogenen Rederei der bürgerlichen Parteien passen, den Mittelstand erhalten und heben zu wollen. Mißmut und Verärgerung herrscht auch in den Kreisen von Handel und Industrie wegen der für sie ungünstigen Zustände auf handelspolitischem Gebiete. Statt der Ausdehnung der Märkte, die sie erstreben müssen, können Handelsverträge nur zu recht ungünstigen Bedingungen abgeschlossen werden, teils kommen die Vertragsverhandlungen nicht vom Fleck. Mit der Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Kolonialpolitik kann nicht mehr gerechnet werden. Verflüchtigt ist die Kolonialbegeisterung, weil den großen Kosten keine Vorteile gegenüberstehen; Dernburg, der Wahlstratege von 1907, ist wieder „Koofmich“ geworden! Der Katzenjammer herrscht! Genarrt sind Jahr für Jahr die Privatangestellten, der neue Mittelstand, die für eifrige Wahlhilfe reiche Anerkennung in Gestalt einer splendiden Sozialgesetzgebung erwarteten. Der sozialpolitische Ertrag der verflossenen Session für die Arbeiter ist nicht der Rede wert. Wohl fürchten alle Parteien den Zorn der betrogenen Massen und zittern vor der Abrechnung bei den kommenden Wahlen. Der Dalles des Reiches, der trotz des großen Steuerraubes nicht beseitigt, sondern nur vorübergehend gemildert worden ist, gestattet ihnen nicht, für die enttäuschten Massen zu sorgen, deren Groll zu beschwichtigen. An eine Umkehr auf dem Gebiete der Rüstungspolitik hindern sie ihre wirklichen oder vermeintlichen kapitalistischen Interessen. Gegen wirksamen Arbeiterschutz lehnen sich die Juliustürmer der Großindustrie auf. Weil sie sich von längerer Tagung keine Besserung ihrer Position versprachen,

hatten deshalb alle bürgerlichen Fraktionen nur den Wunsch, so früh wie möglich aus dem Reichstage davonzukommen. — Das ganze Elend der bürgerlichen Parteien spiegelt sich in dem Jammer der Regierung wider, deren schlotternder Mittelpunkt Theobald von Bethmann Hollweg ist. Mit Befriedigung rückwärts schauen kann nur die Sozialdemokratie, und voll stolzer Hoffnungsfreudigkeit richtet sie den Blick in die Zukunft. Gestützt auf feste, klare Grundsätze hat die Fraktion zu ihrem Teil dazu beizutragen gesucht, dem Volke zu dienen, die Partei zu fördern. Ein frischer Luftzug weht durch die deutschen Lande. Mächtig voran ging es auch in den letzten Monaten mit der Partei: Neue Kampfgenossen darf die Fraktion bei dem Wiederbeginn der Arbeit im November in ihrer Mitte begrüßen. Es ist eine Lust, zu leben und zu wirken! Der großen Abrechnung mit unseren Gegnern bei den nächsten Wahlen können wir freudig entgegensehen. **Der Acker ist gut bestellt, die Saaten sprießen, auf reiche Ernte darf gerechnet werden!**

Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Essen: Die Impffrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

2. Düsseldorf: Die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

3. Chemnitz und Halberstadt: Die badische Budgetbewilligung als Punkt 7 der Tagesordnung nach der preußischen Wahlrechtsfrage, der Reichsversicherungsordnung und dem Genossenschaftswesen zu erörtern.

Agitation.

4. Bremen: Einige tüchtige Sozialpolitiker zu beauftragen, geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenzustellen, worin alle Fragen, die voraussichtlich im Wahlkampfe zur Sprache kommen, gemeinverständlich in unserem Sinne zu beantworten sind. Zum Beispiel die Finanz- und Steuerpolitik, der Militarismus, die Trusts, Ringe und die Agrarpolitik, die Arbeiterversicherungsgesetze u. a. m. Dieses Material ist von sämtlichen Parteiblättern zum Selbstkostenpreis abzugeben, welche es in ihren Spalten mit dem Hinweis veröffentlichen, daß sich jeder intelligente Genosse diesen Stoff aufbewahre, um eventuell in den Wahlkampf eingreifen zu können.

5. Breslau und Breslau-Land: Zur Vertiefung und Erweiterung unserer Agitation soll durch Preisausschreiben des Deutschen Parteivorstandes ein durch Massenherstellung sehr billiges Schriftchen geschaffen werden, welches auf Kosten der einzelnen Wahlvereine jedem bisherigen und jedem neueintretenden Mitgliede gratis zu geben ist und an das folgende Bedingungen geknüpft werden:

1. Titel: Warum mußt du Sozialdemokrat sein?
2. Inhalt: Eine knappe einfache Darlegung der sozialdemokratischen Grundgedanken, Aussichten und Erfolge in besonders volkstümlicher, zu Herzen gehender und fremdwortfreier Sprache.
3. Umfang: Höchstens 16 Druckseiten in Oktav.
4. Papier: Stark, ansehnlich und haltbar.
5. Druck: Besonders groß und klar.
6. Einband: Fest und dauerhaft, broschiert, mit einer anmutenden bildlichen Darstellung von Arbeit und Freiheit.

Die Schrift ist wenn möglich so zeitig herzustellen, daß sie noch für die kommenden Reichstagswahlen wirken kann.

Organisation.

6. Höchst: Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, statutarische Bestimmungen dahin zu treffen, daß Parteimitgliedern, welche im Sinne der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes als dauernd invalid anerkannt sind, für die Dauer der Invalidität die Möglichkeit gegeben wird, durch einen geringen Beitrag, von welchem Prozente nicht an die Zentralkasse abzuführen sind, ihre Parteimitgliedschaft zu erhalten.

7. München I und II: Die Regelung der inneren Landespolitik der einzelnen Bundesstaaten erfolgt durch die Landesorganisationen und Instanzen, wie sie im deutschen Parteistatut vorgesehen sind.

Der Parteitag erwartet von jedem einzelnen Parteigenossen und jeder Vertretung der Partei in jeder Körperschaft, daß sie die Prinzipien des Sozialismus wahren und bei allen taktischen Maßnahmen das Interesse der Partei zu fördern bestrebt sind.

8. Barmen: Zur Herbeiführung einer größeren Einheitlichkeit in der Aktion und zur Vermeidung von Divergenzen ist das Zentralfrauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen.

9. Kreuznach: Dem Parteivorstand wird die Ermächtigung erteilt, denjenigen Wahlkreisen, die zirka 200 Mitglieder haben, finanzielle Hilfe zu den Delegationskosten für die Beschickung außerordentlicher oder solcher Parteitage zu gewähren, deren Tagesordnung außergewöhnlich wichtig ist, um bei der Abstimmung ein genaueres Bild über den Willen der Partei zu erhalten.

10. Freiburg (Baden): Den Parteitag nur alle zwei Jahre abzuhalten.

11. Bremen: Das Geschäftsjahr zur Berichterstattung der einzelnen Wahlkreisvereine an den Parteivorstand in Berlin mit dem 1. April beginnen und mit dem 31. März beenden zu lassen.

12. Frankfurt a. M.: Der Schluß des Geschäftsjahres der allgemeinen Parteiorganisation wird vom 30. Juni auf den 31. März verlegt.

13. 17. sächsischer Kreis: Im § 6 des Organisationsstatuts an Stelle der Worte „bis zum 15. Juli" zu setzen „bis zum 30. Juli" dem Parteivorstand Bericht zu erstatten.

14. Berlin, 4. Kreis: Im Hinblick auf die letzten Vorgänge in Baden wird der Parteivorstand beauftragt, nach den Richtlinien des Antrages 167 (Parteitag Leipzig 1909) Mittel und Wege zu suchen, um dem Organisationsstatut der Partei die Möglichkeit der Urabstimmung einzuverleiben.

Resolutionen zur Organisation.

15. Höchst: In der Erwägung, daß der Parteivorstand den § 5 Satz 3 des Organisationsstatuts derart streng auslegt, daß nach demselben von allen regelmäßig erhobenen Beiträgen, also auch von den in einzelnen Zweigvereinen für bestimmte lokale Zwecke erhobenen Lokalzuschlägen 20 Proz. an die Zentralkasse abgeführt werden sollen und mit Rücksicht darauf, daß bei strikter Durchführung dieser Bestimmung das Kassenwesen der Kreiskassen, insbesondere der Kreise mit zahlreichen, der Struktur der Bevölkerung nach verschiedenartigen Filialen, wesentlich erschwert wird und gewisse lokale Aufgaben darunter leiden, spricht sich der Parteitag dahin aus:

daß von Lokalzuschlägen, sofern sie nicht von allen Mitgliedern des Kreises einheitlich erhoben und durch die Kreiskasse verrechnet werden, die 20 Proz. nicht an die Zentralkasse abzuführen sind.

16. Solingen: Die Generalversammlung bedauert, daß die Bestimmungen des Organisationsstatuts über das Geschäftsjahr dem Parteivorstand nicht gestatten, den Geschäftsbericht der Partei zeitig genug zu veröffentlichen, um den Organisationen die Möglichkeit zu geben, sich bei ihrer Stellungnahme zum Parteitag bereits damit zu befassen und so eine sichere Grundlage zu gewinnen für die Beurteilung und eine etwaige Kritik an der Tätigkeit der Gesamtpartei. Die Generalversammlung bittet den Magdeburger Parteitag, sich diesem Bedauern anzuschließen und den Parteivorstand zu ersuchen, bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts auf eine Abstellung dieses Uebelstandes bedacht zu sein.

17. Berlin, 6. Kreis. Leipold und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reiche verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten aufzustellen, die gewillt sind und sich dazu durch eine ganz klare und unzweideutige schriftliche Erklärung bereit erklären, strikte im Geiste unserer proletarisch-revolutionären Prinzipien des Klassenkampfs und der aus diesen heraus gebotenen Taktik — welche also jede Konzession an die bürgerliche Gesellschaft, jede Bundesgenossenschaft und jedes Paktieren mit den bürgerlichen Parteien sowie das Bestreben, durch diplomatische Künste Vorteile zu *erschleichen*, ausschließt — ihr Mandat auszuüben. Die Abgabe der Erklärung hätte sich auch auf die bereits nominierten Kandidaten zu erstrecken. Im Fall der Verweigerung der Erklärung solle von der Kandidatur unbedingt Abstand genommen werden.

Jugend-Agitation.

18. Köln, Stadt und Land: Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu dem Zwecke in Verbindung zu setzen, um zu erörtern, ob es nicht angebracht ist, in Zukunft die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen.

Maifeier.

19. Nürnberg: Der 1. Mai darf nur durch Arbeitsruhe gefeiert werden.

20. Recklinghausen: Der Parteivorstand wird beauftragt, aufs neue mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Unterhandlung einzutreten bezüglich der Bildung der *Maifeierfonds*; diese soll bezwecken:

1. daß die Beiträge an den Fonds in ganz Deutschland einheitlich sind;
2. daß die Organisationen der Gewerkschaften und der Partei die Garantie der Zahlung übernehmen;
3. daß die Ueberschüsse der Feier voll und ganz an den Fonds abgeführt werden.

21. Brandenburg, Genosse A. **Bähr:** Alle Parteigenossen, die den 1. Mai *ohne Lohnverlust* feiern, ebenso alle Genossen, die am 1. Mai *arbeiten*, sind verpflichtet, einen Beitrag in Höhe von *mindestens* 25 Proz. des Lohnes oder Gehaltes für den Tag — bei Monatsgehalt auch dann, wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt — an den *örtlichen* Parteikassierer gegen Quittungsmarken zu zahlen. Die eingehenden Maifeierbeiträge sind, um örtliche Beschlüsse zu verhindern, deren Folgen für die Gesamtarbeiterschaft sich nicht übersehen lassen, *ungekürzt* an den Kassierer der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzusenden. Die Quittungsmarken werden im Einheitsbetrage von 50 Pf. vom Parteikassierer bezogen und mit diesem bis spätestens Ende Mai gesondert verrechnet; bei der Abrechnung sind die übrigen Marken wieder mit zurückzusenden. Die Rechnungslegung über den Maifonds erfolgt im Jahresbericht des Zentralvorstandes der Partei.

22. Johanngeorgenstadt: Resolution. Die am 13. August tagende Versammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins zu Johanngeorgenstadt erklärt, daß eine würdige Feier des 1. Mai nur durch Arbeitsruhe zu begehen ist.

Die Versammlung erwartet daher von dem Parteitag, daß er den Meinungen, die eine Verlegung der Maifeier auf einen Sonntag fordern, mit Entschiedenheit entgegentreten wird.

Presse und Literatur.

23. Reinickendorf, Genosse Hundt: Den „Vorwärts“ in Wochen-Abonnements zu 25 Pf. abzugeben.

24. Teltow-Beeskow: Der Parteivorstand und die Preßkommission des „Vorwärts“ mögen die Herausgabe eines Montagsblattes in die Wege leiten.

25. Teltow-Beeskow: Der Parteitag möge die Herausgabe einer eigenen Modezeitung beschließen.

26. Niederbarnim: Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer Modenzeitung als Beilage zur „Gleichheit“ befassen. Dieselbe soll den Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine fakultative sein.

27. Ludwigshafen: Der Frauenzeitschrift „Gleichheit“ sind Schnittmusterbogen mit Erläuterungen beizufügen.

28. Krefeld: Den „Wahren Jakob“ jede Woche erscheinen zu lassen.

29. Düsseldorf: Der „Neuen Welt“ ist eine Beilage für Haus, Garten- und Landwirtschaft beizulegen und zwar monatlich mindestens einmal.

30. Niederbarnim, Genosse Kette:

1. Die „Neue Zeit“ erscheint vom nächsten Jahrgang ab in einer dem Titel, dem Inhalt und dem modernen Kunstempfinden entsprechenden Ausstattung.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit“ entsprechend und um die Lektüre auch den ausländischen Genossen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, zu erleichtern, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

31. Bremen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Vorträge des Genossen Engelbert Graf über Religionsgeschichte zu erweitern und zu ergänzen und in Form einer Broschüre für den Massenumsatz herzustellen.

32. Essen: 1. Den Parteivorstand zu ersuchen, über alle sozialpolitischen Gesetze, die im Reichstag verhandelt werden, Broschüren herauszugeben und hierin die Stellung der Sozialdemokratie besonders hervorzuheben. Die Broschüren sollen in Massen vertrieben werden.

2. Den Parteivorstand zu ersuchen, ein Handbuch herauszugeben, welches in Kürze die Stellungnahme aller Parteien zu den Sozialgesetzen, der Reichsfinanzreform und der preußischen Wahlreform klarlegt. Ebenso müßte das „Büchlein“ alle Abstimmungen der Parteien mit kurzem Kommentar enthalten.

33. Krefeld: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, alljährlich eine Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, in welcher die krassen Klassenjustiz-Urteile in Spalten nebeneinander zum Vergleich gezogen werden.

34. Wolmirstedt-Neuhaldensleben: Der Parteivorstand wolle in möglichst kurzer Zeit eine kurzgefaßte Broschüre herausgeben, worin die Unterlassungen und Abstimmungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsvorlage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

35. Lilienthal, 17. hannoverscher Kreis: Die Parteipresse ist verpflichtet, Bekanntmachungen von Versammlungen, Sitzungen und sonstigen Veranstaltungen von Parteiorganisationen in ihrem Verbreitungsbezirk unentgeltlich in ihrem lokalen Teil aufzunehmen.

36. Lilienthal, 17. hannov. Kreis, Genosse Bode: Herausgabe einer monatlich erscheinenden Wahlzeitung für die Landbezirke.

37. Kirchberg i. S., Genosse Becher: Die Beschlußfassung des Parteitages betr. den badischen Fall mit einer eingehenden Begründung als Broschüre herauszugeben. Die Broschüre ist an die organisierten Genossen unentgeltlich abzugeben.

Parlamentarisches.

38. Berlin 4. Kreis, Genosse Kulczinski: Da es ein Verbrechen ist, Kindern Schnaps, Wein oder Bier zu geben, beschließt der Parteitag, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, entsprechend dem neuen italienischen Gesetzentwurf, um die Jugend gegen den Alkoholismus zu schützen.

39. Berlin 3. Kreis, Genosse Hallbauer: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, einen Antrag einzubringen, in dem der Sonntag als Wahltag für den Reichstag und die Landtage gefordert wird. Im Falle der Ablehnung des Antrages beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, mit der Generalkommission die Frage der Arbeitsruhe an den Wahltagen zu erörtern und eventuell die Arbeitsruhe zu beschließen.

40. Solingen: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der Beratung des Justizetats die Wahlrechtsjustiz und die Streikjustiz einer eingehenden und gründlichen Kritik zu unterziehen.

Resolutionen zur Budgetbewilligung.

41. Berlin VI und Niederbarnim: Die Zustimmung der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Budget und die Motivierung dieser Zustimmung ist ein schwerer Verstoß gegen den auf dem Parteitage zu Nürnberg gefaßten Parteitagsbeschluß. Die Teilnahme eines Teiles der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an höfischen Kundgebungen ist geeignet, den republikanischen Charakter der Partei zu verhüllen und das demokratische Gefühl der Genossen zu empören.

Die Generalversammlung beantragt deshalb bei dem Parteitage:

zum Ausdruck zu bringen, daß der die Parteibewegung schwer schädigende Disziplinbruch und die offenen Provokationen der Gesamtpartei durch die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion insbesondere mit der Verwaltung der **höchsten Vertrauensämter in der Partei unvereinbar ist.**

42. 12. und 13. sächsischer Kreis: Die Parteiversammlung sieht in der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktionsmehrheit einen bewußten und gewollten Disziplinbruch, eine Verhöhnung und Herausforderung der Partei. Dieser Disziplinbruch ist das schwerste Attentat auf die Einheit der Partei und ist in Verbindung mit den blamablen monarchischen Huldigungen ein beabsichtigter Verstoß gegen die bisherige Grundanschauung und Taktik der Partei. Die Versammlung fordert vom Parteitag in Magdeburg, daß gegen die Disziplinbrecher auf Grund des Organisationsstatuts vorgegangen wird, und daß er durch eine unzweideutige Willenskundgebung solche, die Partei aufs schwerste schädigenden Vorkommnisse in Zukunft unmöglich macht.

43. Hanau-Gelnhausen: Die Kreisgeneralversammlung betrachtet die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget wie deren Teilnahme an höfischen Kundgebungen als eine offene und bewußte Provokation gegenüber der Gesamtpartei und deren seitheriger grundsätzlicher Stellung. Die Zustimmung zum Budget ist ein grober Verstoß gegen die demokratischen Prinzipien der Partei und gleichzeitig ein offener Disziplinbruch gegenüber den Parteitagsbeschlüssen, insbesondere des Nürnberger Parteitages (1908). Die Versammlung verurteilt ein solches Vorgehen aufs schärfste und erklärt, daß sie einsolches Vorgehen von Parteigenossen unvereinbar hält mit der Bekleidung höchster Vertrauensämter innerhalb der Partei. Die Grundpfeiler der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung sind Disziplin und freiwillige Unterordnung eines jeden Mitgliedes unter die Beschlüsse der Gesamtheit. Auf dieser Grundlage beruht die Einheit der Partei und muß an ihr unter allen Umständen festgehalten werden und zwar nicht nur gegenüber dem einfachen Mitglied innerhalb der Partei, sondern in erster Linie auch gegenüber den Genossen, welche mit an führender Stelle stehen. Die badischen Budgetbewilliger haben sich mit ihrer Handlung außerhalb des Rahmens der Partei gestellt. Die Versammlung erwartet vom Magdeburger Parteitag, daß er in konsequentem Sinne zu dem die Partei schwer schädigenden Disziplinbruch Stellung nimmt und entsprechend dem Organisationsstatut verfährt.

44. 5. sächs. Kreis: Die Parteiversammlung erblickt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb der Partei gestellt haben. Die Versammlung erwartet, daß die Disziplinbrecher aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen werden.

45. 4. sächs. Kreis: Die Parteiversammlung des Kreises erblickt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb des Parteitagsbeschlusses gestellt haben.

Die Teilnahme eines Teils der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an höfischen Kundgebungen ist geeignet, den republikanischen Charakter der Partei zu verhüllen und das demokratische Gefühl der Genossen auf das tiefste zu verletzen.

Die Versammlung erwartet, daß die 17 Landtagsabgeordneten aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen werden.

46. Hagen: Die Kreiskonferenz erblickt in der Zustimmung der badischen Genossen zum Budget einen Disziplinbruch, der um so schärfer zu verurteilen ist, weil er absichtlich begangen wurde. Besonders beschämend für Sozialdemokraten ist das Verhalten der badischen Landtagsfraktion zur Monarchie. Die Konferenz erwartet vom Partei vorstand Maßnahmen, die ein solches Verhalten in Zukunft verhindern.

47. Mannheim und Wahlkreis-Konferenz des 11. badischen Kreises: Die heutige, überaus stark besuchte Versammlung spricht der Landtagsfraktion ihre volle Anerkennung aus und erachtet die Zustimmung zum Budget als im Interesse der politischen Situation gelegen.

In Erwägung, daß die Beschlüsse des Parteitage von Lübeck und Nürnberg wegen ihrer Undurchführbarkeit zu fortgesetzten Differenzen innerhalb der Partei führen, andererseits es mit den bisherigen Gepflogenheiten innerhalb der Partei unvereinbar ist, gewählte Vertreter mit gebundenen Mandaten in die Parlamente zu senden, stellt die Versammlung an den Parteitag in Magdeburg den Antrag, den bezüglichen Beschluß des Nürnberger Parteitages aufzuheben.

48. Breslau: Die Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion in der badischen Zweiten Kammer zum Budget ist ein schwerer Disziplinbruch, weil in schärfstem Widerspruch zu dem Beschluß des Nürnberger Parteitages stehend. Sie ist nach Lage der Sache auch eine gewollte Herausforderung der Gesamtpartei und eine absichtliche Störung der für den Kampf gerade so dringend notwendigen Einigkeit und Geschlossenheit. Die Budgetbewilligung ist ferner ein Verstoß gegen die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei, indem sie ein vorbehaltloses Vertrauensvotum für die Regierung in ihrer Stellung als Exekutive des kapitalistischen Klassenstaats darstellt.

Die höfisch-byzantinischen Kundgebungen einiger Vertreter der Sozialdemokratie in Baden sind beschämende Zeugnisse von Schwäche oder Heuchelei; sie sind geeignet, den demokratisch-republikanischen Charakter der Arbeiterklassenbewegung zu verschleiern oder zu beflecken.

Die Budgetbewilligung wie die höfischen Huldigungen erscheinen uns in ihrem Zusammenhang mit anderen Vorgängen als ein Ausfluß jener Politik, die gewollt oder ungewollt auf eine Annäherung und Verbündung mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien hinausläuft und an Stelle des Prinzips des Klassenkampfes das System des Opportunismus setzen will.

Daß die Mehrheit der badischen Genossen das Verhalten ihrer Vertreter ausdrücklich billigt, läßt einen bedauerlichen Mangel an prinzipieller Durchbildung erkennen und weist auf die Fehler in der bisherigen Agitation hin.

Wir fordern vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, daß er den Disziplinbruch der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Fraktion mit aller Schärfe verurteilt und keinen Zweifel darüber läßt, daß die Partei gewillt ist, ihre prinzipielle und taktische Geschlossenheit zu sichern, wenn nötig durch Abstoßung von Gliedern, die sich als schädlich erweisen.

Wir fordern ferner, daß der Parteitag den Parteivorstand beauftragt, überall da, wo es als notwendig erscheint, von der Zentralstelle aus eine umfassende Agitation zur prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu veranstalten, insbesondere dafür zu sorgen, daß den badischen Parteigenossen die Bedeutung der Budgetbewilligungsaffäre mit ihrem Zubehör hinreichend dargelegt wird.

49. Solingen: Die Generalversammlung des Reichstagswahlkreises mißbilligt die Bewilligung des Staatsbudgets durch die Mehrheit unserer badischen Landtagsfraktion und die Teilnahme derselben an höfischen Kundgebungen, da sie in diesen Handlungen Verstöße gegen die Parteidisziplin und gegen die demokratisch-republikanischen Grundsätze der Partei erblickt. Die Generalversammlung erwartet vom Magdeburger Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegenüber diesen Vorkommnissen.

50. Berlin*) II, III, IV, V und Teltow-Beeskow: Der Nürnberger Parteitag hat sowohl in prinzipieller als auch in taktischer Beziehung die Richtlinien bestimmt, welche in der Budgetfrage für alle Parteigenossen Deutschlands maßgebend sind.

*) Berlin I wie II, III usw. mit Resolution 50a.

Der Grundpfeiler der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und die Vorbedingung zu ihren Erfolgen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ist die freiwillige Unterordnung jedes einzelnen Mitgliedes unter Beschlüsse der höchsten Instanz ihrer Organisationen. Deshalb müssen wir bei aller Meinungsfreiheit innerhalb der Partei verlangen, daß jedes Parteimitglied geltende Parteitagsbeschlüsse unter allen Umständen hochhält.

Die Berliner Parteigenossen bedauern die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget, ein Beschluß, welcher eine Lockerung der notwendigen Disziplin und eine arge Schädigung der Einheitlichkeit der Partei bedeutet. Sie mißbilligen daher die Budgetbewilligung und den Disziplinbruch der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auf das allerschärfste.

Die Parteigenossen Groß-Berlins verurteilen weiter die Teilnahme der badischen Landtagsfraktion an höfischen Kundgebungen, welche geeignet ist, den republikanischen Charakter der Partei zu verhüllen und das demokratische Gefühl der Genossen zu empören.

Die Groß-Berliner Parteigenossenschaft erwartet vom Magdeburger Parteitage, daß er Vorkehrungen trifft, um in Zukunft Parteitagsbeschlüssen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen.

50a. Berlin I. Die Versammlung erklärt, daß sich die badische Fraktion mit ihrem Verhalten außerhalb der Partei gestellt hat. In Rücksicht darauf, daß Parteitage von Nürnberg usw. den Organisationen die Pflicht auferlegt haben, Lokalorganisierte wegen Vergehens gegen die „gewerkschaftliche“ Disziplin auszuschließen, ist es keinesfalls zu umgehen, daß bei so absichtlicher Durchbrechung der Parteidisziplin auch hier die letzten Konsequenzen gezogen werden.

51. Westhavelland: Die Kreisgeneralversammlung mißbilligt die Bewilligung des Staatsbudgets durch die Mehrheit unserer badischen Landtagsfraktion und ihre Teilnahme an höfischen Kundgebungen aufs schärfste, da sie in diesen Handlungen Verstöße gegen die Parteidisziplin und gegen die demokratisch-republikanischen Grundsätze der Partei erblickt. Die Versammlung erwartet vom Magdeburger Parteitage eine entschiedene Stellungnahme gegenüber diesen Vorkommnissen.

52. Bremen: Der Parteitag erklärt, daß Parteigenossen, die künftighin bewußt gegen Beschlüsse der Parteitage verstoßen, also als Disziplinbrecher zu betrachten sind, sich damit außerhalb der Partei stellen und ausgeschlossen werden müssen.

Die Versammlung fordert vom Parteitag:

a) Die Bestätigung der Nürnberger Budgetresolution;

b) daß er alle Genossen, welche erklären, dieser Budgetresolution nicht Folge leisten zu können, für ungeeignet erklärt, fernerhin mit dem Landtagsmandat betraut zu werden;

c) daß er beschließe, diese Genossen haben sofort ihre Mandate niederzulegen, andernfalls sie aufhören, Mitglieder der Partei zu sein;

d) und endlich, daß er den Parteivorstand beauftragt, in Baden und überall dort, wo es ihm notwendig erscheint, Einrichtungen zu einer prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu treffen.

53. Dortmund-Hörde: Die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget widerspricht dem Beschlusse des Nürnberger Parteitages. Eine solche Abweisung von Parteitagsbeschlüssen muß im Interesse der Einheit der Partei ganz entschieden, wenn auch mit der notwendigen Ruhe und Sachlichkeit, zurückgewiesen werden.

In Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation und der bevorstehenden Reichstagswahlen ist es um so mehr zu bedauern, daß die badischen Genossen

den Parteitag wiederum vor eine solche Entscheidung gestellt haben. Wenn noch auf dem Nürnberger Parteitage scheinbar zur Entschuldigung ausreichende Gründe für das Vorgehen der badischen Genossen angegeben werden konnten, so trifft das in diesem Falle nicht zu. Die für unsere Genossen gegebene politische Situation in Baden, d. h. die Notwendigkeit der Zurückdrängung der konservativ-klerikalen Reaktion, war kein genügender Anlaß, dem Budget die Zustimmung zu geben.

Unter allen Umständen aber wäre es Pflicht der badischen Fraktion gewesen, sich mit dem Landesvorstand und dem Vorstand der Gesamtpartei über ein solches Vorgehen zu verständigen.

Es ist im Interesse der Einheit der Gesamtarbeiterbewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen, unbedingt notwendig, solche Disziplinwidrigkeiten und Gefahren zu bannen, die geeignet sind, die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu gefährden.

Nicht minder ist die Beteiligung unserer badischen Fraktion an monarchischen Huldigungen zu verurteilen, die zu den demokratischen Grundsätzen des Parteiprogramms im schroffsten Widerspruch stehen.

Die Delegierten des Wahlkreises Dortmund-Hörde werden beauftragt, auf dem Magdeburger Parteitage in diesem Sinne zu wirken, ferner aber auch darauf zu achten, daß der Parteitag nicht zu einer Fundgrube für die Agitation der gegnerischen Parteien gemacht wird.

54. 8. Hannoverscher Kreis: Die Generalversammlung des Wahlvereins verurteilt auf das schärfste die Budgetbewilligung durch die badische Landtagsfraktion als einen Akt der Disziplinlosigkeit, welcher geeignet ist, die Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie zu erschüttern.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Hofgängerei mit der Gesinnung eines Sozialdemokraten unvereinbar ist.

Der Parteitag möge deshalb alle Mittel anwenden, die geeignet sind, seinen Beschlüssen und Anschauungen der großen Mehrzahl der Parteigenossen Geltung zu verschaffen.

55. Remscheid: Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Lennep-Remscheid-Mettmann erblickt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb der Partei gestellt haben. Die Konferenz fordert die Abgeordneten auf, ihre Mandate niederzulegen.

56. Sande: Die Badener Genossen, welche im Badener Landtage für das Budget stimmten und sich damit eines schweren Disziplinbruches schuldig machten, sind aus der sozialdemokratischen Partei auszuschließen.

57. Karlsruhe: Der Parteitag möge den Beschluß des Parteitags in Nürnberg, in bezug auf die Budgetbewilligung der Einzelstaaten, aufheben.

58. Düsseldorf: Die Kreiskonferenz verurteilt die Budgetbewilligung der badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten auf das entschiedenste. Nicht bloß wegen der damit verbundenen brüsken Nichtachtung der Parteitagsbeschlüsse, sondern auch wegen der Stellung der betreffenden parteigenössischen Abgeordneten zum Parlamentarismus überhaupt, wie sie in der Bewilligung des Budgets zum Ausdruck kommt. Die Kreiskonferenz erwartet vom Parteitag in Magdeburg entsprechende Maßnahmen, die für die Zukunft ein derartiges Verhalten von Parteigenossen unmöglich machen.

59. Halle: Der Parteitag bekräftigt von neuem die Resolution des Nürnberger Parteitages zur Budgetbewilligung und fordert von jedem Abgeord-

neten eines deutschen Landtags die Erklärung, daß er sich der Resolution unterwerfe. Wird diese Erklärung verweigert oder in ablehnendem Sinne abgegeben, so hat dieser Abgeordnete sein Mandat niederzulegen, andernfalls er als bewußter Disziplinverweigerer aus der Partei ausgeschlossen wird.

60. 3. württembergischer Kreis: Die Kreisgeneralversammlung lehnt es ab, über die Frage der Budgetbewilligung in Baden ein Urteil abzugeben, da die Frage der einzelstaatlichen Budgetbewilligung als eine taktische, von den jeweiligen politischen Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten abhängige aufzufassen ist und daher logischerweise auch nur zur Kompetenz der einzelnen parteigenössischen Landesorganisationen gehört.

Die Konferenz hält aus gleichem Grunde die Aufhebung der in Frage kommenden Beschlüsse des Lübecker und Nürnberger Parteitags für durchaus notwendig; insbesondere auch deshalb, weil dieselben durch ihre Unzweckmäßigkeit die agitatorische Tätigkeit der Partei wie deren politische Erfolge in Frage stellen.

61. 11. sächsischer Kreis: Die Kreisgeneralversammlung erblickt in der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion einen bedauerlichen Ausfluß partikularistischer und revisionistischer Kurzsichtigkeit, die die allgemeine politische Situation in Deutschland sowohl als auch den Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie vollständig verkennt. Zugleich aber sieht die Versammlung in dem Vorgehen der badischen Budgetbewilliger eine unerhörte Nichtachtung eines unzweideutigen Parteitagsbeschlusses, also einen schweren Disziplinbruch, den die Versammlung einmütig auf das schärfste verurteilt. Die Kreisgeneralversammlung fordert den Magdeburger Parteitag auf, durch entschlossene und rücksichtslose Maßnahmen die Wiederkehr solcher parteischädigenden Vorkommnisse zu verhindern.

62. Osthavelland: Die Kreiskonferenz spricht über die Budgetabstimmung der badischen Fraktionsmehrheit ihr tiefes Bedauern aus. Diese Abstimmung und ihre Rechtfertigung verrät nicht nur einen Mangel an politischem Augenmaß und an taktischer Sicherheit, sie ist vor allem ein schwerer Verstoß gegen die notwendigsten Anforderungen der Parteidisziplin. Dieser Verstoß wiegt um so schwerer, als er mit vollem Bewußtsein erfolgt ist und in einer politisch sehr bewegten und für den proletarischen Klassenkampf beispiellos günstigen Zeit dem vorwärtsstürmenden Proletariat Knüppel zwischen die Beine geworfen hat und Verwirrung in seinen Reihen zu stiften geeignet ist. Er ist um so schärfer zu verurteilen, als die in der badischen Kammer abgegebene Erklärung offene Mißachtung und Herabsetzung des Nürnberger Parteitagsbeschlusses zum Ausdruck brachte und zwar vor Gegnern der Sozialdemokratie.

Die Teilnahme von Mitgliedern der badischen Landtagsfraktion an höfischen Kundgebungen wird als eine Verhöhnung des republikanischen Charakters der Sozialdemokratie und als eine Preisgabe des proletarischen Klassencharakters gebrandmarkt.

Die Kreiskonferenz erwartet, daß der Parteitag solchen Vorkommnissen ohne Rücksicht auf die bloßen parlamentarischen Erfolge der künftigen Reichstagswahlen mit allen Mitteln und unter allen Umständen steuern wird.

63. Osthavelland, Genosse Liebknecht: Der Parteitag möge es von vornherein ablehnen, in eine Erörterung über die Abänderung des Nürnberger Budgetbeschlusses und über die taktische Grundfrage der Budgetabstimmung überhaupt einzutreten, da eine solche Erörterung nur geeignet und bestimmt ist, die Situation zu verdunkeln und von der klaren Tatsache des Disziplinbruchs, Teilnahme an höfischen Zeremonien und der Provokation der Gesamtpartei abzulenken.

64. 6. Berliner Kreis, Genosse Schippel: I. Da auf dem Nürnberger Parteitag die hauptbeteiligten Süddeutschen, einschließlich der Badenser, sofort durch den Genossen Segitz vollkommen offen und bestimmt ihre Auffassung des Nürnberger Budgetbeschlusses darlegten,

da demgegenüber von einer hierzu berechtigten Parteiinstanz, in erster Linie vom Nürnberger Parteitag selber, eine korrigierende gegenteilige Auffassung niemals in parteiverbindlicher Weise festgelegt wurde,

so handelt es sich durchaus nicht um einen bewußten Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion.

II. An Stelle des Nürnberger Beschlusses tritt das folgende:

Die alte demokratische, nach ihrem Ursprung jedoch keineswegs sozialistische Auffassung der Budgetberatung war eine durchaus richtige und notwendige Konsequenz bestimmter, aber heute längst nicht mehr vorhandener Voraussetzungen: in erster Linie des Zweiparteiensystems, wie es, nach dem Vorangang des parlamentarischen Musterlandes England, der alten bürgerlichen Demokratie meist als Ideal vorschwebte. Verneinung des Budgets zwecks Vereitelung jedweder Budgetmehrheit war hier, unter dem Zweiparteiensystem gleichbedeutend mit dem Sturze des ganzen gegnerischen Regierungssystems mit dem unausbleiblichen Ansruderkommen der eigenen parteipolitischen Richtung. Das wechselnde Verhältnis der bejahenden und verneinenden Stimmen bildete das denkbar beste Kräftemaß für die beiden kämpfenden politischen Systeme. Ein Budget bejahen, hätte für die einheitliche Oppositionspartei geheißen: sich zur Regierungsübernahme für unfähig, mit einem Worte sich selber für politisch bankrott zu erklären. Daher unter solchen Voraussetzungen mit Recht die entscheidende, nicht bloß demonstrative Bedeutung der Budgetverweigerung.

Nach dem Wegfall oder beim Nichtvorhandensein der bezeichneten Voraussetzungen ist es unmöglich, noch an dieser alten, bürgerlich-konstitutionellen Budgettheorie festhalten zu wollen. Bei dem Vielparteiensystem oder bei schwankenden Parteigruppierungen handelt es sich, was das Budget anbelangt, fast niemals um die Entscheidung zwischen zwei großen politischen Systemen, sondern überwiegend darum: ob zum Teil mit (sonst ausfallenden) Stimmen der Linken ein mehr nach links verbessertes, oder mit den Stimmen auch der äußersten Rechten ein mehr nach rechts verschlechtertes Budget zur Annahme gelangen soll.

Für die mit ihrer Zeit fortschreitenden Parteien der Linken ist deshalb mehr und mehr und mit Recht die Stellungnahme zum Budget lediglich zu einer Frage der Zweckmäßigkeit geworden: das heißt zu einer Frage, die je nach den vorliegenden parlamentarischen und allgemeinpolitischen Verhältnissen verneinend oder bejahend zu beantworten ist. Die Negation seitens der Linken kann hier sehr oft weiter nichts bedeuten als: die Regierung zu zwingen, sich stärker auf die Rechtsparteien zu stützen. „Prinzipiell" ein solches Verhalten zu fordern und zu fördern, wäre reaktionär.

Hier mit richtigem politischen Berechnen und Empfinden das parlamentarische Vorgehen zu regeln, muß deshalb in den Landtagen von Fall zu Fall den beteiligten Vertretern überlassen bleiben, die ihrerseits wieder den Wahlkreisen und der Landesorganisation verantwortlich sind. Ein Eingreifen der Gesamtpartei könnte nur in Frage kommen, falls zwischen Einzelstaatsfraktion und Einzelstaats-Parteiorganisation eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen wäre.

65. Frankfurt a. M.: Die Bewilligung des gesamten Staatsbudgets für 1910/12 nebst monarchischen, polizeilichen und kirchlichen Ausgaben durch unsere badische Landtagsfraktion ist als ein schwerer politischer Fehlgriff dieser

Parteikörperschaft zu bezeichnen, da weder die badische Regierung noch der badische Liberalismus der Arbeiterklasse des badischen Landes irgendwelche Zugeständnisse von politischer oder sozialer Erheblichkeit gemacht haben und auch gar nicht machen können oder wollen. Die bloße parlamentarische und wahrscheinlich nur vorübergehende Mattsetzung des Zentrums kann vollends keine Entschädigung dafür sein, da sie in erster Linie dem Liberalismus nützt und Liberalismus wie Zentrum in ihrem zielbewußten Klassengegensatz zur Arbeiterbewegung durchaus übereinstimmen.

Die badische Landtagsfraktion irrt auch, wenn sie meint, daß ihre praktische Mitarbeit im Landtage das Bekenntnis zu unseren revolutionären Zielen ausschließe und zu Konsequenzen, wie die Budgetbewilligung, führen müsse. Gerade die Sozialdemokratie hat vielmehr als einzige Partei die Möglichkeit, reformerisch und revolutionär zugleich auch im Parlament zu wirken. Sie kämpft durchaus ehrlich für möglichst hohe Abschlagszahlungen an das werktätige Volk bei jeder Gesetzgebungsmaterie, und sie betont ebenso ehrlich und konsequent, wie weit jene Abschlagszahlungen heute den kulturellen Bedürfnissen der mit Kopf und Hand arbeitenden Volksmassen zurückbleiben müssen, solange das Lohnsystem und infolgedessen die politische Klassenherrschaft bestehen.

Die Hofgängerei der badischen Landtagsfraktion vollends ist eine weder die badischen Genossen noch den badischen Landesfürsten, der sie annimmt, ehrende Heuchelei, die nicht einmal in der bürgerlichen Geschäftsordnung des badischen Landtages eine Entschuldigung findet.

Die Genossen der kleineren und schwächeren Staaten des Deutschen Reiches haben vielmehr doppelte Ursache, dem übermächtigen preußischen Junker- und Scharfmachertum gegenüber nicht auf flüchtige parlamentarische Augenblickserfolge, sondern allein auf die geschlossene Kampfreihe der deutschen Sozialdemokratie zu vertrauen, die selbst nach zahlreichen bürgerlichen Bekenntnissen der einzige dauerhafte Schutz Nord- und Süddeutschlands gegen die preußische Verjunkerung und für unsere kulturelle Zukunft ist.

Vom bevorstehenden deutschen Parteitag wird daher erwartet, daß er die irrenden badischen Genossen mit dauerndem Erfolg in die durch den unvermeidlichen Klassenkampf gegebene einheitliche Schlachtlinie des kämpfenden Proletariats zurückruft und sie von ihren verhängnisvollen Fehlgriffen überzeugt, so daß sie wieder als disziplinierte Schar in Reih und Glied für die Befreiung der Arbeiterklasse von wirtschaftlicher und geistiger Knechtschaft mitkämpfen.

66. Hof-Münchberg-Naila-Selb. Die heute tagende Wahlkreis-Generalversammlung verurteilt den durch die Zustimmung zum Budget von der badischen Landtagsfraktion begangenen Disziplinbruch aufs entschiedenste, da dadurch die Einheit der Partei aufs schwerste geschädigt wird. Durch ihre Zustimmung hat die Fraktion nicht nur dem Klassenstaat ein Vertrauensvotum ausgestellt und dadurch das sozialistische Endziel preisgegeben, sondern sie hat auch durch ihre Teilnahme an höfischen Kundgebungen den republikanischen Charakter der Partei verhüllt und das demokratische Gefühl der Genossen verletzt. Die Versammlung erwartet deshalb vom Parteitag in Magdeburg, daß er Maßnahmen trifft, die solche parteischädigenden Vorkommnisse ein für allemal unmöglich machen. Gleichzeitig muß der Parteitag ausdrücklich betonen, daß im Reichstag wie in den Landtagen nur das proletarische Klassenkampfprinzip die Grundlage des Handelns der sozialdemokratischen Vertreter bildet.

67. Heilbronn. Die Kreiskonferenz hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die badische Landtagsfraktion so verfahren ist, wie sie unter den obwaltenden Umständen verfahren mußte. Es kann weder von einer Verletzung unserer republikanischen Grundsätze, noch von einer Verhöhnung von Parteitagsbeschlüssen gesprochen werden.

Die badische Fraktion hat unter schwierigen Verhältnissen wertvollste politische Fortschritte errungen und dafür gebührt ihr volle Anerkennung. Daß sie durch ganz besondere Umstände gezwungen war, entgegen dem Nürnberger Beschluß für das Finanzgesetz zu stimmen, zeigt nur, daß es nicht möglich ist, durch Parteitagsbeschlüsse die Taktik in den Einzellandtagen zu bestimmen.

Aus diesem Grunde erwartet die Parteiversammlung vom Parteitag, daß er mit der Sachlichkeit und Ruhe die badische Angelegenheit behandelt, die allein der Würde unserer großen Partei entspricht. Weiter wird beantragt, der Parteitag möge die Stellung zum Budget freigeben und die entgegenstehenden Beschlüsse aufheben.

68. Harburg: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 17. hannoverschen Reichstagswahlkreis anerkennt mit einem großen Teile, speziell süddeutscher Parteigenossen, daß die Frage der Budgetbewilligung für die Sozialdemokratie nicht nur eine rein prinzipielle, sondern auch eine taktische Frage sei. Aus letzterem Grunde wird eine Schablonisierung dieser Frage auch stets zu Konflikten innerhalb unserer Partei führen, wie dies neuerdings wieder der Fall gewesen infolge der Zustimmung der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu dem Budget. Die Generalversammlung ist daher der Ansicht, daß die Entscheidung solcher taktischen Fragen zwar im allgemeinen Sache der jeweils dabei in Betracht kommenden Parlamentsfraktionen sein muß, jedoch nur nach vorherigem Einvernehmen mit dem Parteivorstand und der zuständigen Landes- bezw. Bezirks- oder Kreisleitung; Ausnahmen können nur in dringenden Fällen zugelassen werden, denn unsere Parlamentsvertreter dürfen keine absolut souveränen Faktoren innerhalb unserer Partei sein. Daß ein solcher dringender Fall auch bei der badischen Budgetbewilligung vorgelegen habe, vermag die Generalversammlung nicht einzusehen, trotz der diesbezüglichen Erklärungen des Gen. Dr. Frank in der „Mainzer Volkszeitung". Wenn nach diesen Erklärungen die badische Fraktion schon seit Monaten sich darin einig war, daß sie dem Budget zustimmen müsse, so hatte sie hinreichend Zeit zur Rücksprache mit den ihr übergeordneten Parteiinstanzen. Das Unterlassen dieser Rücksprache kommt gewissermaßen einer Brüskierung der Partei gleich.

Die Generalversammlung verurteilt ferner entschieden die Beteiligung unserer badischen Landtagsabgeordneten an den Ovationen für den Großherzog. Solche Ovationen sind Demonstrationen für die Monarchie, die ein Sozialdemokrat auch dem populärsten Monarchen gegenüber grundsätzlich und unter allen Umständen zu unterlassen hat. Wenn die badischen Landtagsabgeordneten nach der Erklärung des Genossen Dr. Frank der Ansicht sind, daß man als Parteigenosse den Genossen gegenüber den Mut haben müsse, unter Umständen „unausführbare Parteitagsbeschlüsse unausgeführt" zu lassen, dann muß ein Parteigenosse aber unter allen Umständen auch den heutigen volksfeindlichen Staatseinrichtungen gegenüber sozialdemokratischen Bekennermut betätigen.

Die Generalversammlung erwartet jedoch, daß die badischen Entgleisungen in den Parteidiskussionen eine absolut sachliche Erörterung erfahren mögen.

Sonstige Anträge.

69. 6. sächsischer Kreis: Der Parteivorstand hat dahin zu wirken, daß für die im Dienste der sozialdemokratischen Presse stehenden Kolporteure und deren Angehörige eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen wird, ähnlich der „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten".

70. Höchst: Den Parteivorstand zu veranlassen, dahin zu wirken, daß die Kreiswahlvereine soweit möglich feststellen, in welchem Kreise wegziehende Genossen ihren Wohnsitz nehmen, und der Umzug der Parteimitglieder aus einem Wahlkreise in einen anderen der bezügl. Kreisleitung des neuen Wohnsitzes mitgeteilt wird.

71. Bremen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß zu den stattfindenden Geschäftsführerkonferenzen eine Vertretung der in Parteidruckereien beschäftigten Personale zugelassen wird, da es nicht mehr wie recht und billig ist, daß, wenn auf diesen Konferenzen Beschlüsse gefaßt werden, die für die Personale von weittragender Bedeutung sind, denselben auch eine Vertretung zugestanden wird, die durch Teilnahme an den Beratungen imstande ist, den berechtigten Wünschen ihrer Auftraggeber Ausdruck zu geben.

Ferner ist in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise sich eine Regelung der sozialpolitischen Einrichtungen in Parteidruckereien sowie die Schlichtung von in denselben aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Differenzen herbeiführen läßt, da hierzu die örtlichen Kommissionen nicht für alle Fälle die geeigneten Instanzen sein dürften.

72. Berlin, 4. Kreis, Genosse Kulczinski: Die Genossen in den Stadt- und Gemeindevertretungen zu beauftragen, dahin zu wirken, daß in jedem Dorf und jeder Stadt Luft-, Licht-, Sonnen- und Wasserbäder eingerichtet werden, in den Schulen und Fortbildungsschulen der Unterricht im Schwimmen eingeführt wird.

73. Berlin, Genosse Halfter: In der Präsenzliste des Parteitages wird außer Name, Wohnort, Wahlkreis, auch der jeweilige Beruf oder das Gewerbe der Mitglieder des Parteitages angegeben.

74. Breslau, Löbe und sechs Genossen: Der Parteitag bedauert, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" mehrfach Artikel der Genossin Rosa Luxemburg zur Frage des Massenstreiks und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der „Neuen Zeit", unserer wissenschaftlichen Wochenschrift, in Zukunft solche einschneidenden taktischen Fragen frei debattiert werden können.

75. Osthavelland: 1. Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Finnlands durch den Zarismus protestieren, dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie aussprechen und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das klassenbewußte deutsche Proletariat zu sichern.

2. Der Parteitag protestiert aufs schärfste dagegen, daß der russische Zar, der Mitschuldige an allen Greueln und Infamien der Gegenrevolution, der Auftraggeber und Schirmherr der Azew, Harting und sonstigen Lockspitzelschurken, der Mitverantwortliche auch der neuen niederträchtigen Judenverfolgungen, das Haupt jener verbrecherischen Verschwörung gegen die finnische Freiheit und Selbständigkeit als gefeierter Gast den deutschen Boden hat betreten dürfen, und daß deutsche Beamte und Soldaten zum Schutze des gekrönten Verbrechers kommandiert, die Steuergroschen deutscher Steuerzahler für ihn verschleudert werden konnten und damit die Ehre des deutschen Volkes, das in seiner übergroßen Mehrheit diesen „Gast" verabscheut, tief herabgewürdigt worden ist.

*) Der Parteitag brandmarkt die preußische und die hessische Regierung, die den Repräsentanten einer barbarischen, gesetzlosen und hochverräterischen Willkürherrschaft gegen die Empörung des deutschen Volks durch Maßnahmen zu schützen versuchen, durch die die deutschen Gesetze rücksichtslos mit Füßen getreten werden und so auch in Deutschland eine barbarische und gesetzlose Willkürherrschaft etabliert wird.

*) Dieser Absatz ist auf Antrag Liebknechts auf dem Parteitage eingefügt.

76. Dortmund-Hörde: Der Parteitag erkennt an, daß die Arbeiterbibliotheken ein wesentliches Mittel zur sozialistischen Erziehung der Massen und eine der Grundlagen aller proletarischen Bildungsarbeit darstellen. Da das Bibliothekwesen aber noch viele Mängel aufweist, so wird der Bildungsausschuß beauftragt, ihm besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Insbesondere soll er erwägen, ob nicht anläßlich des nächstjährigen Parteitages eine Konferenz von Bibliothekfachleuten abgehalten werden kann, die sich mit dem Ausbau und der Vereinheitlichung des Arbeiterbibliothekswesens zu beschäftigen hätte.

77. Mülhausen. Der Parteitag erklärt, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unter Forderung der stufenweis steigenden Einkommen- und Vermögenssteuer sowie der Erbschaftssteuer, den Parteigenossen im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden den Kampf gegen das System der indirekten Steuern zur Aufgabe und Pflicht macht. Diese Aufgabe ist auch in der Kommunalpolitik um so ernster aufzufassen, je mehr die herrschenden Klassen im Reiche die ins Ungeheuere wachsenden Ausgaben für Rüstungszwecke durch das Mittel der indirekten Besteuerung den Schultern der breiten Massen aufbürden, so daß der Kampf gegen die indirekten Steuern in zunehmendem Maße zum allgemeinen, immer weitere Kreise interessierenden Volkskampfe wird.

Mit dieser Erklärung weist es der Parteitag zurück, daß auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Elsaß-Lothringens am 20. Februar d. J. die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Verbot der Weitererhebung kommunaler Nahrungsmittel-Abgaben im § 13 des Zolltarifgesetzes von 1902 als „keine arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik" angefochten worden ist und daß hiervon ausgehend die Mehrheit der elsaß-lothringischen Landeskonferenz vom 17. Juli dieses Jahres eine Resolution annahm, die den Kampf gegen das Oktroi in den Gemeindekollegien abzuschwächen oder zu vertagen geeignet ist. Der Parteitag verurteilt es, daß aus einer solchen, dem Parteiprogramm wie der bisherigen Taktik der Partei entgegenstehenden Auffassung heraus sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder sogar der Erhöhung der Schlachtgebühren als Ersatz für fortgefallenes Oktroi zugestimmt haben, ohne daß das Parteiorgan des Bezirks diese Zustimmung rügte und ohne daß die Landeskonferenz der Partei es für nötig hielt, zur Vermeidung solcher Entgleisungen, die der Partei im Kampfe gegen die indirekten Steuern Hindernisse bereiten, eine Mißbilligung auszusprechen.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

78. Brandenburg: Die Agrarfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

79. Bremen: Auf die Tagesordnung die Reichsfinanzreform zu setzen.

Ort des nächsten Parteitages.

80. Solingen: Den nächsten Parteitag in Solingen abzuhalten.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlung gestellte Anträge.

81. Kassel: Die Parteigenossen sprechen nach Würdigung der bis jetzt bekannt gewordenen Tatsachen in bezug auf die Vorgänge in Baden ihre Ueberzeugung dahin aus:

Die freiwillige Hofgängerei unsrer badischen Landtagsabgeordneten ist mit aller Entschiedenheit, als dem republikanischen Charakter der Partei und ihren Traditioner direkt ins Gesicht schlagend, zu verurteilen. Wir halten es für unerklärlich, wie Sozialdemokraten annehmen können, durch Beteiligung an höfischen Zeremonien Vorteile für die Arbeiterklasse auf politischem Gebiet erzielen zu können.

Wir mißbilligen die Bewilligung des Staatsbudgets durch die Mehrheit unsrer badischen Landtagsfraktion, da wir in dieser Handlung einen schweren Verstoß gegen die Parteidisziplin erblicken. Von dem Magdeburger Parteitag erwarten die Kasseler Genossen, daß er den Grundsatz aufstellt:

„Parteigenossen, die sich in ihrer Ansicht nach besonderen Situationen, ohne den Versuch einer Verständigung mit dem Parteivorstand zu machen, disziplinlos über bestehende Beschlüsse der Parteitage hinwegsetzen, bekunden damit, daß sie auf eine weitere Zugehörigkeit zur Partei keinen Wert legen."

82. Elberfeld-Barmen: Der Parteitag erachtet die Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Baden zum Budget und ihre Beteiligung an höfischen Zeremonien als einen Verstoß gegen die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum Klassenstaat. Dieser Verstoß wird noch verschärft durch die Nichtachtung des Nürnberger Parteitagsbeschlusses zur Frage der Budgetbewilligung.

Der Parteitag wird aufgefordert, die badischen Abgeordneten, die für das Budget gestimmt haben, aus der Partei auszuschließen.

83. Wahlkreiskonferenz des 1. u. 2. pfälzischen Wahlkreises: Die Parteikorrespondenz möge nicht wie bisher nur den rednerisch tätigen Parteigenossen zugestellt werden, sondern in je einem Exemplar auch den sozialdemokratischen Ortsvereinen.

84. Lübeck: Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, die Regierung wegen der immer häufiger vorkommenden russischen Grenzübergriffe zu interpellieren, was sie zu tun gedenkt, um für die Zukunft die Mißgriffe der zarischen Soldateska zu verhindern.

85. Mitglieder des Distrikts X des Sozialdemokratischen Vereins Breslau: In der Taktik der Partei die Volksbildung in den Vordergrund zu stellen und mit mehr Nachdruck als bisher für die Durchführung unserer Programmpunkte 6 und 7 einzutreten. Desgleichen durch unentgeltliche Flugblätter mehr Aufklärung zum Verständnis dieser Forderungen im Volke zu verbreiten.

86. Straßburg-Stadt (Resolution): Der verfassungsrechtliche Zustand Elsaß-Lothringens als Reichsland ist in der barbarischen Anschauung begründet, daß die ohne Rücksicht auf ihren eigenen Willen der französischen Republik im Jahre 1871 abgenommenen Provinzen die Kriegsbeute der deutschen Bundesstaaten waren und geblieben sind. Wenn jetzt die Reform des Wahlrechts und der Verfassung sich einer Wendung nähert, so lehnt der Parteitag, getreu der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie, jeden Vorschlag ab, der irgendwie an dem gegenwärtigen Wesen der Verfassung und des Wahlrechts

festhalten oder gar bezwecken wollte, Elsaß-Lothringen einer vollständigen Verpreußung zuzuführen oder im Land eine unberechtigte Vorherrschaft der bisher im Landesausschuß maßgebenden Reaktion zu begründen.

Der Parteitag spricht sich demzufolge mit aller Wucht gegen die Einrichtung oder die Vorbereitung einer Dynastie aus, die er beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Statthalterschaft erblicken würde. Mit derselben Energie wendet er sich gegen die Absicht, durch ein Zweikammersystem die Volksvertretung der Kontrolle eines Oberhauses zu unterwerfen und die Volksvertretung selbst durch ein Pluralwahlsystem oder ähnliche reaktionäre Maßnahmen zu fälschen.

Der Parteitag folgt den demokratischen Grundsätzen der Sozialdemokratie, wenn er die volle Gleichberechtigung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten und innerhalb der Landesverfassung die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger verlangt.

Der Parteitag fordert: Die Autonomie Elsaß-Lothringens, also die Umwandlung des Reichslandes in einen Bundesstaat, und für diesen neuen Bundesstaat die republikanische Form. Er fordert ferner die Durchführung eines rein parlamentarischen Regimes, also die Verantwortlichkeit der Staatsregierung vor dem Parlament. Nur darin sieht er die Gewähr, daß die Vertreter des neuen Bundesstaates im Bundesrat die Interessen des elsaß-lothringischen Volkes vertreten können. Er fordert endlich für das Parlament eine einzige Volkskammer, hervorgegangen aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens.

87. 1. pfälzischer Wahlkreis: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, mehr als bisher für die Propagierung der Maifeier zu tun. So möge der Parteivorstand veranlassen, daß während des Monats April ein Flugblatt herausgegeben wird, eventuell dasselbe selbst herausgeben, welches die Bedeutung der Maifeier für das Proletariat darlegt und zur Agitation für dieselbe auffordert.

88. 1. pfälzischer Wahlkreis (Resolution): Die Konsum- und Parteiorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinzuweisen und sind die derzeitigen Schnaps- und Bierpreiserhöhungen nach Kräften zu diesem Kulturzweck auszunutzen.

89. 1. pfälzischer Wahlkreis (Resolution): Die Konsum- und Produktivgenossenschaften bieten der Arbeiterschaft durch Ausschaltung des Gewinnes des Zwischenhandels und des Produktionsgewinnes eminente Vorteile. Sie sind ein wirksames Mittel zur Hebung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung. Gegenüber den Bestrebungen der Kartelle, die Waren und Gebrauchsartikel fortwährend zu verteuern, haben sie sich als wirksames Gegenmittel bewiesen.

Außerdem ist die Genossenschaftsbewegung mehr als eine andere Bewegung dazu angetan, der Umwandlung der kapitalistischen Produktions- und Güteraustauschweise in eine sozialistische die Wege zu ebnen und dadurch unsere wichtigste Programmforderung in der intensivsten Weise zu unterstützen. Es ist deshalb selbstverständlichste Pflicht eines jeden Sozialisten, die Genossenschaftsbewegung zu fördern.

90. Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution zur Budgetfrage. Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozial-

demokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.

91. Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution zur Wahlrechtsfrage. Der in Deutschland herrschende, scheinkonstitutionelle Militärabsolutismus wurzelt in den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind.

Besonders das Dreiklassenwahlsystem in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und damit im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht.

Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwickelung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten.

Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und in den anderen Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen.

92. Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution betreffend das Genossenschaftswesen. Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittelung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumentengenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwickelung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründung von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.

93. Zusatz zur Resolution 90 (einzufügen am Schlusse des zweitletzten Absatzes hinter „allerschärfste Mißbilligung aus"): „und erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen".

Zubeil, Haupt, Kraußer, Schnelle, Mücke, Pawera, Seiler, Döhnel, Beyer, Dietze, Schnirch, E. Müller-Plauen, Seidel, Meyer, Rieger, Faure, Mende, Ritzert, Westkamp, E. Müller, Werner, Blumtritt, Wicklein, Schäfer, Apel, Lepitz, Donalies, Linde, Krüger, Lehmann-Leipzig, Ryssel, Müller-Leipzig, Reitze, Rauch, Fauth, Thelen, Lewerenz, Grütz, Vogtherr, Schmittchen, Böhm, Ditzmann, Horn, Gottleber, M. Walter, Mittag, Wizke, Limbertz, Schulz, Panzer, Sachsemann.

Wagner, Antrick, Scharfen, Staab, Stadthagen, Pollender, Wilk, Muth, Dröner, Elfr. Gewehr, Bunge, Lüth, Bartels, Bischoff, Beeck, Krüger, Wagner, Bohm, Reit, Feldmann, Langer, Weber, Strobel, Schwarze, Zentgraf, Bethke, Meisel, Roth, Diefenbach, Kröger, Bromme, Heinrichs, Knauf, Kitz, Fischer-Gera, Rosenfeld, Horte, Schadow, Thiele-Guben, Teichmann, Bull, Brecour, Schöbel, Mann, Dautz, Litfin, Wassermann-Fürstenwalde, Paetzel, Pötzsch, Bühler, Schulten, Reeber, Haug, Hönisch, Leid, Frank-Berlin, Rohleder, Wiesner, Rieke, Sauer, Hense, Jürgensen, Grenz, Baudert, Albrecht, Reiwand, Raute, Drescher, Oertel, Westmeyer, Köpke, Tönnies, Roth, Wiese, Wassermann, Wurm, Emmel, Hackelbusch, Schmidt, Harnasch, Ludwig, Wizorowski, Schöckel, Klees, Biniszkiewicz, Hörsing, Stieffenhofer, Eckardt, Hoffmann, Ledebour, Dobrohlaw, Haase, Graupe, Wilde, Castan, Hübner, Leubert, Metzger, Stubbe, Umland, Lippold, Leopold, Bieligk, Heinrich, Henke, Hennig, Kunert, Rudolph, Wilhelm, Gustav Müller, Dr. Sützheim, Schwenke, Hengsbach, Fahrenwald, Böhme, Schmidt, Hunschede, Salzmann, Milow, Thiel, Arendsee, Haenisch, Lipinski, Frau Arnswald, Förster, Grosse, Krause, Geyer, Horn, Franz, Kühn, Ströbel, Mehrens, Hetzschold, Grauer, Ritter, Giebel, Woldt, Dr. Liebknecht, Deutsch, Gebhardt, Heinrich Schulz, Luxemburg, Baader, Fleißner, Leber, Peter, Jungnickel, Dittmann, Heinrich Schmidt, Busold, Winter, Riendorf, Kern, Jakobsen, Greiner, Schuhmacher, Seelmann, Fischer, Beckmann, Pappenheim.

94. Zur badischen Budgetbewilligung. Um die Wiederholung der die Parteibewegung hemmenden Konflikte zwischen einzelnen Landtagsfraktionen und der Gesamtpartei zu verhindern, beschließt der Parteitag, eine Kommission zum Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reichs und der Bundesstaaten einzusetzen.

Dieser Kommission sollen, außer einem Delegierten des Parteivorstandes, Vertreter der Parteiorganisationen aller Bundesstaaten angehören.

Das von der Kommission gesammelte und durchberatene Material ist rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen.

Müller-München, Wittich, Möller, Leinert, Sachse, Fischer-Briesnitz, Wetzker, Lesche, Müller-Karlshorst-Berlin, Böhmer, Silberschmidt, Neukirch, Buscher, Hörsing, Langer, Hoffmann-Breslau, Biniszkiewicz, Severing, Scholich, Thielemann, Noske, Mey, Reese, Schmidt-Hameln-Springe, Eichhorn-Dresden, Fischer-Hannover, Evers, Schöne, Haugenstein, Schliestedt, Heldt, v. Heckel, Thiele, Töneböhn, Knoche, Walter, Keil, Göhre, Weill, Hildenbrand, Dr. David, Kolb, Böhle, Geiß, Dr. Quarck, Ulrich, Schneider, Faist, Stockinger, Maier, Leppert, Schlicke, Wasner, Willi, Riem, Peus, Katzenstein, Brey, Frau Grohe, Seel, Sturmfels, Diener, Ulrich-Offenbach, Hasenzoll, Grünberg, Treu, Born, Jung, Quessel, Klement, Hauschildt, Hoffmann, Dreckshagen, Ernsting, Schmidt-Herford, Korn, Knapper, Frau Blase, Vogt, Müller-Schopfheim, Mitz, Sützkind, Huber-Ludwigshafen, Böttger, Beims, Hahn, Bartels, Frau Katzner, Ludwig, Timm, Dr. Südekum, Dr. Frank, Vogel, Kern, Körner, Neu, Auer, Mauerer, Schmitt, Klühs, Cohn, Knieriem, Nimmerfall, Zinner, Huber, Engler, Kahn, Levi, Pfeiffle, Gölzer, Hug, Profit, Witti.

95. Erklärung. Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags ist der Ueberzeugung, daß im Interesse wirksamer Geltendmachung ihres Einflusses in den Fragen der Landespolitik ihr die Entschlußfreiheit in Sachen der Budget-Ablehnung oder -Annahme gewahrt sein muß, und richtet daher an den Parteitag die dringende Bitte, eine Abänderung des Beschlusses des Nürnberger Parteitags in der Richtung vorzunehmen, daß eine aus zwingenden Gründen notwendig erscheinende Zustimmung zu einem Budget den Landtagsfraktionen erleichtert wird.

96. Parteivorstand und Kontrollkommission. (Resolution betreffend Fleischteurung.) Der Parteitag erblickt in der herrschenden Fleischteurung einen unerträglichen Notstand, der durch die Zoll- und Agrarpolitik des Reiches hervorgerufen ist.

Die künstliche Verteurung des Getreides durch die Zölle, die in Zeiten hoher Auslandspreise noch gesteigert wird durch die Einfuhrscheine, bedingt neben der Brotteurung die Verteurung der Futterstoffe und damit die Preissteigerung des Viehes und des Fleisches. Diese Preissteigerung wird weiter verschärft durch die Vieh- und Fleischzölle und die schikanösen Einfuhrbestimmungen.

Die hohen Fleisch- und Brotpreise verschlechtern die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen, schädigen ihre Gesundheit auf das schlimmste und führen zu ihrer Degeneration.

Der Parteitag verlangt daher von der Regierung, daß unverzüglich alle Zölle und zollpolitischen Maßregeln, die eine künstliche Verteurung des Fleisches herbeiführen, beseitigt werden; er fordert weiter die Parteiorganisationen auf, den Kampf gegen die Lebensmittelteurung mit aller Schärfe weiterzuführen.

97. Zubeil und Genossen: Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort:

> „Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist eine Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe."

beantragen wir den nachstehenden Satz, den der Genosse Bebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben:

> „Wir sind der Meinung, daß, wenn die Resolution des Parteivorstandes angenommen ist und wenn abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind."

98. Lindchen Baumann und Genossinnen: Von der durch die Steuer- und Zollpolitik hervorgerufenen künstlichen Teurung sämtlicher Lebensmittel, besonders durch den durch die skrupellose Raubpolitik der agrarischen Clique entstandenen Fleischwucher werden in erster Linie die Frauen der Arbeiterklasse getroffen. Der Parteitag beschließt deshalb, noch in diesem Herbst die proletarischen Frauen im ganzen Lande zu energischem Protest gegen diese verbrecherische Politik aufzufordern.

Zu diesem Zwecke sind öffentliche Frauenversammlungen zu veranstalten, für die eine umfassende Agitation entfaltet werden muß. Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, das sich besonders an die proletarischen Frauen richtet. Dieses Flugblatt wird den einzelnen Organisationen unentgeltlich geliefert.

99. Heinrich Schulz und Genossen: Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitags in die Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen.

100. „Preußische Wahlrechtsvorlage". Der Parteitag erklärt in völliger Uebereinstimmung mit dem jüngsten preußischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe dieses Frühjahrs vollauf bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch eine große, entschlossene Massenaktion des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreit, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen. Angesichts dessen erklärt der Parteitag für notwendig, im Hinblick auf die künftige Wiederaufnahme der

Wahlrechtskampagne die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und in Versammlungen in die Wege zu leiten und so in den breitesten Schichten des Proletariats das Gefühl der eignen Macht sowie das politische Bewußtsein zu schärfen, damit die Massen den großen Aufgaben gewachsen sind, wenn die Situation es erfordert.

R. Luxemburg, Haenisch, Westkamp, Schöbel, Frau Lex, Grütz, Faure, Henke, Pannekoek, Wellmann, Reitze, Rauch, Elfriede Gewehr, Dröner, Schulten, Focke, Albrecht, Liebknecht, Staab, Minna Wiese, Marie Milow, Rudolph, Limbertz, Grenz, Emmel, Keil-Reichenbach, Fleißner, Graupe, Heinrich Schulz, Rohleder, Leutert, Hengsbach, Hennig, Reiwand, Oertel, Rosenfeld, Frank-Berlin VI., Fauth, Wagner, Antrick, Wassermann-Schöningen, Martin, Bromme, Neukirch, Scholich, Hoffmann, Hörsing, Dietrich, Westmeyer, Schumacher, Haug, Böhme, Castan, Ulm, Dittmann, Ditzmann, Dobrohlaw, Hackelbusch, Bühler, Muth, Witzke, Arendsee.

101. Vogtherr und Genossen (zu Punkt 4 der Tagesordnung): Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, in jedem Jahre einen Antrag einzubringen, der für alle Bundesstaaten die reichsgesetzliche Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmenabgabe für alle über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts verlangt.

102. Erklärung: Die unterzeichneten Parteidelegierten legen die entschiedenste Verwahrung ein gegen die Einbringung des Antrages der Genossin Luxemburg, der die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks in der Parteipresse und Versammlungen fordert.

Der Massenstreik, gleichviel aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken er geführt werden soll, bedarf zu seiner wirksamen Durchführung der Beteiligung aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere der Beteiligung und Unterstützung der gewerkschaftlichen Verbände. Von diesen Erwägungen ausgehend, sind bisher alle Vorberatungen über die Anwendbarkeit des Massenstreiks als Kampfmittel zur Erringung eines freien preußischen Wahlrechts geführt worden zwischen der obersten Vertretung der Partei, dem Parteivorstande und der obersten Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen, der Generalkommission der Gewerkschaften.

Auch Angelegenheiten von minder wichtiger Bedeutung, welche die Interessen beider Zweige der Arbeiterbewegung berührten, wie die Unterstützung der Maifeier-Gemaßregelten, sind durch gemeinschaftliche Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission geregelt worden. Es ist deshalb unerläßlich, daß auch die Frage der Erörterung und Propagierung des Massenstreiks zuvor zwischen Parteivorstand und Generalkommission beraten wird, ehe sie an den Parteitag zur Entscheidung gelangt.

Die Unterzeichneten halten darum die Einbringung des Antrages Nr. 100 für verfehlt, weil er nur die Wirkung haben kann, das erfreuliche Einvernehmen zwischen den beiden Vertretungen der deutschen Arbeiterbewegung zu stören.

Severing, Wittich, Fritzsch, Müller-Karlshorst, Schumann, Brückner, Lesche, Thielemann, Mey, Sachse, Ulrich-Frankfurt, Hetzschold, Brey, Ritter, Giebel, Heldt, Töneböhn, Ritzert, Silberschmidt, Koch, Tönnies, Hopfe, Schlicke, Bohm, Rößler, Evers, Schmitt-Herfordt, Ernsting, Göldner, Schmidt-Linden, Hoffmann-Bielefeld, Dreckshagen, Spindler, Knieriem.

103. Katzenstein u. Genossen (Zusätze zur Resolution 92 betr. das Genossenschaftswesen):

1. Im Abs. 4 hinter „beitreten“ zu setzen: „dort ihre Bedürfnisse decken und ihre Spargelder anlegen“.

2. Im Abs. 4 hinter „Eigenproduktion" einzuschieben: „von Waren und Wohnungen".
3. Im Abs. 4 am Ende (hinter: „im Klassenkampf sein") zuzusetzen: „Indem sie einen möglichst großen Teil ihrer Erübrigungen, statt sie an die Mitglieder zu verteilen, als gemeinsames Genossenschaftsvermögen ansammeln, dienen sie am wirksamsten den Interessen ihrer Mitglieder, fördern den Uebergang zur Eigenproduktion und erhöhen die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse."
4. In der letzten Zeile hinter „Konsumvereine" zu setzen: „durch Beitritt und durch Benutzung ihrer Einrichtungen kräftig".

104. Wurm und Genossen: Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, darauf hinzuwirken, daß die für die Parteitage bestimmten Referate mindestens 4 Wochen vor Stattfinden des Parteitags gedruckt den Delegierten übermittelt werden.

105. Heinrich Schulz und Genossen: Der Parteitag erhebt den entschiedensten Einspruch gegen das ungesetzliche Vorgehen der Lichtenberger Polizeibehörde, die das Bildungsbedürfnis der proletarischen Jugend nicht nur durch unrechtmäßige Anwendung überlebter Kabinettsverfügungen, sondern sogar durch flagranten Bruch der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes zu ersticken versucht.

Der Parteitag erhofft von dem Bildungseifer der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, daß er sich allen polizeilichen Maßregeln zum Trotz siegreich durchsetzen wird.

Protokoll.

Vorversammlung.

Sonntag, den 18. September 1910, abends 7 Uhr.

Schon lange vor Beginn der Verhandlungen war der Saal des Luisenparks, der keinen anderen Schmuck als das leuchtende Weiß und Gold seiner Wände trägt, und die breiten Tribünen überfüllt. Der Saal ist von den Parteitagsmitgliedern fast bis auf den letzten Platz besetzt, während sich in den Seitengängen die Zuhörermassen stauen. Eine dichte Menge, Kopf an Kopf, harrt geduldig der Eröffnung der diesjährigen Tagung des organisierten deutschen Proletariats. Man sieht es, die kampferprobte Arbeiterschaft des althistorischen Parteiortes Magdeburg ist stolz darauf, daß das Parlament der Arbeiterklasse diesmal in ihren Mauern tagt. Nach altem guten Brauch haben die Bruderparteien des Auslandes ihre Vertreter entsandt. Für die dänische Sozialdemokratie ist anwesend Genosse Stauning-Kopenhagen, die tschechische Sozialdemokratie vertritt Schmeral-Prag, aus Holland sind die Genossen Loopuit-Amsterdam, Voogd und Ricardo zur Stelle, Keir Hardie vertritt zugleich die J. L. P. und die L. P., die unabhängige Arbeiterpartei und die Arbeiterpartei Großbritanniens. Ferner sind anwesend die Genossen Karl Moor-Bern für die schweizerische Sozialdemokratie, Ludwig Bredtschneider-Wien für die Parteivertretung und Schrammel-Oesterreich für die Reichsratsfraktion der österreichischen Sozialdemokratie. Die Bühne trägt als einzigen Schmuck die Büsten von Marx und Lassalle, die ein grüner Hain frischer Blattpflanzen umgibt.

Als August Bebel den Saal betritt, wird er mit jubelndem Beifall begrüßt. Der Beifall erneut sich in gleicher stürmischer Stärke, als Bebel seinen Platz an der Spitze einer der Mitteltafeln einnimmt. Bald darauf erschallt von der Galerie, vorgetragen von den Arbeitersängern von Magdeburg, das Chorlied: Das heilige Feuer. Das prächtig vorgetragene Lied löst stürmischen Beifall aus.

Um 7 Uhr betritt Genosse **Klees**-Magdeburg die Rednertribüne und hält folgende Begrüßungsansprache:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Da ich beauftragt bin, Sie im Namen der Magdeburger Parteigenossen zu begrüßen, so gestatten Sie, daß ich auch einige Ausführungen über den Entwickelungsgang der Magdeburger Arbeiterbewegung mache. Sie haben ja schon aus dem Artikel in der „Neuen Welt" sowie aus dem Buche, das Ihnen von seiten der Magdeburger Parteigenossen ausgehändigt worden ist, das meiste ersehen. Dem 1894 verstorbenen Genossen Julius Bremer, der in dem damals bestehenden Arbeiterbildungsverein über die soziale Frage zu sprechen versuchte, wurde es durch den Beschluß des Vereins: „Ueber Politik darf in dem Verein nicht gesprochen werden!" unmöglich gemacht, diesem Verein noch länger anzugehören. Er unternahm es, mit Hilfe gleichgesinnter Freunde, im Juli 1868, den sozialen Reformverein

zu gründen. Dieser Verein kam auch zustande. Seitdem gehöre auch ich der sozialdemokratischen Bewegung an. Er war von Anfang an bemüht, für die internationale Verbrüderung der sozialistisch gesinnten Arbeiter aller Länder einzutreten. Bremer war auch schon vor Gründung des Vereins lange Zeit Abonnent des von Wilhelm Liebknecht redigierten „Demokratischen Wochenblattes" gewesen. So kam es auch, daß dieses Blatt als Vereinsorgan eingeführt wurde und daß etwa 30 Mitglieder sich als Einzelmitglieder der internationalen Arbeiterassoziation anschlossen. Die Auflösung dieses Vereins erfolgte, als von seiten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Gründung nach Berufen und zentralorganisierten Gewerkschaften vorgenommen wurde. Für den nach Berlin einberufenen Gewerkschaftskongreß wurden in Magdeburg zwei Delegierte gewählt. Zu der für diese Zwecke einberufenen Versammlung war der Genosse Wilhelm Bracke als Referent erschienen, der als Kassierer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins das Interesse hatte, uns als Mitglieder dieses Vereins zu werben. Er hatte den gewünschten Erfolg, trotzdem wir nicht mit allem einverstanden waren, was der Verein anstrebte. Wir glaubten aber, daß die Mitglieder nach und nach durch die Macht der Verhältnisse zu dem internationalen Standpunkt gedrängt werden würden, den wir einnahmen.

Im Jahre 1869 erließen dann Bebel und Liebknecht den Aufruf zur Abhaltung eines Kongresses und Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Der Aufruf fand auch in Magdeburg ein freudiges Echo und als der Kongreß in Eisenach zusammentrat, war auch ich einer derjenigen, der an diesen Beratungen teilgenommen hat. Meines Wissens leben nur noch Bebel und ich von den Teilnehmern dieser Tagung. Sie wissen ja, welche Kämpfe dann zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und den Eisenachern stattgefunden haben. Sie arteten am Anfang so weit aus, daß in einer Versammlung in Magdeburg in der Wallstraße mein Nachfolger im bevollmächtigten Amt den Antrag stellen konnte: die Versammlung wolle beschließen, daß Bebel und Bracke nicht würdig seien, vor Arbeitern zu reden. (Hört! hört!) Es wird Ihnen kaum glaublich erscheinen, daß diese Szene damals mit Hilfe gewerkschaftlich organisierter Bauarbeiter möglich wurde, und es ist charakteristisch, daß der damalige Antragsteller später Werkführer auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven wurde. Wir waren stolz darauf, als die „Ehrlichen" bezeichnet zu werden, weil wir nicht mit den materiellen Mitteln arbeiten konnten, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Der Kampf zwischen den beiden Organisationen drehte sich vor allem um die Parole: Hie international, hie national. Die gegenseitige Erregung schliff sich nach und nach ab und es kam im Jahre 1875 zum Gothaer Einigungskongreß. Bei der Beratung des Programms platzten die Gemüter nochmals aufeinander. Der verstorbene Genosse Ignaz Auer gebrauchte damals in seinem bayerischen Dialekt den Ausdruck: Jawohl, wir sind stolz darauf, „ehrlich" genannt zu werden, wir sind arm, aber ehrlich. Nach der Vereinigung ging dann die Regierung noch schärfer gegen die Sozialdemokratie vor. Infolge der Vereinigung der materiellen und der agitatorischen Kräfte kam es zu einem gewaltigen Aufschwung der Partei, der sich äußerte in der Vermehrung der Abonnenten der Parteipresse und in der Vermehrung der Parteiorgane.

Auch hier in Magdeburg gelang es 1876 eine eigene Zeitung zu gründen. Wir haben mit ganz knappen Mitteln beginnen müssen und haben es langsam so weit gebracht, daß das Unternehmen gesichert war. Wir konnten dann auch noch Kopfblätter in Halberstadt und Halle herausgeben. Alle diese Unternehmungen begannen eben zu prosperieren, als die Attentate von Hödel

und Nobeling erfolgten und jene beispiellose Hetze gegen uns begann. Die gesamte bürgerliche Presse rief nach dem Ausnahmegesetz und die tätigen Genossen wurden als Königsmörder hingestellt. Es gab unter uns in jener Zeit, da die Partei noch schwach war, viel ängstliche Gemüter und viele bestellten das Parteiblatt ab aus Furcht, auch für Königsmörder zu gelten. Allein in Magdeburg verloren wir in einer Woche 800 Abonnenten und entsprechend waren die Verluste der Kopfblätter. Schließlich mußten wir die Blätter eingehen lassen und die Liquidation der Genossenschaftsdruckerei einreichen. Die Verfolgungen, die hierauf eingeleitet wurden, brauche ich Ihnen nicht zu schildern.

Auch wir Magdeburger mußten in den neuen Kampf mit unseren Gegnern eintreten. Dieser Kampf war um so schwieriger, als wir auch unter den eigenen Genossen sieben mußten. Es bestand nicht nur die Gefahr von Denunziationen, die Geschwätzigkeit einzelner konnte uns ebenso gefährlich werden. Nicht nur Speck, wie in der Festschrift erwähnt ist, sondern auch je ein aus Berlin und Leipzig Ausgewiesener und ein Schriftsetzer entpuppten sich als Spitzel. Durch die Denunziationen und auch durch den Wankelmut einzelner Genossen wurde es hier wie anderwärts möglich, einen Geheimbundsprozeß einzuleiten. Ich selbst habe 13 Monate im Gefängnis zubringen müssen. Das alles konnte unseren Mut nicht brechen. Es zeigte sich aber leider damals, daß mancher, der sich zuerst in Worten besonders hervortat, im Augenblick der Entscheidung zusammenknickte, wenn er nicht gar zum Verräter wurde. Es dauerte lange, ehe wir wieder einigermaßen Bewegungsmöglichkeit gewannen und ehe es gelang, die Bewegung in Bahnen zu lenken, daß man seine Freude daran haben kann. Unendlich sind die Opfer, mit denen dies erreicht wurde.

Noch vor der Aufhebung des Ausnahmegesetzes im Jahre 1889 war es uns möglich, an die Veranstaltung einer Maifeier zu gehen.

Wie ich mit Freuden beigetragen habe zu der Entwickelung der Partei und zur Ueberwindung der ungeheuren Schwierigkeiten, so habe ich mit Freuden die Verhandlungen des Kopenhagener Kongresses verfolgt und besonders dies, daß dieser Kongreß des Weltproletariats sich auf den Standpunkt stellte, den wir von Anfang an in der deutschen Arbeiterbewegung vertraten, daß die Einheit der Partei und die Durchführung ihrer Beschlüsse vor allem anderen hochgehalten werden muß, denn hierin wurzelt die Macht und Stärke der Arbeiterbewegung. (Lebhafter Beifall.)

Die Magdeburger Parteigenossen hoffen, daß der Parteitag, dem Beispiel von Kopenhagen folgend, sich bemühen wird, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten, zum Besten des gesamten Proletariats. (Bravo!) Es ist ja früher wiederholt abgelehnt worden, in Magdeburg einen Parteitag abzuhalten, weil man glaubte, Magdeburg könne nicht das bieten, was andere Städte geboten haben. Aber ich glaube, Sie werden sich selbst davon überzeugen, daß die Magdeburger alles getan haben, um Ihnen den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich zu machen. Seien Sie herzlich willkommen in Magdeburg! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf ergreift im Namen des Parteivorstandes das Wort

Molkenbuhr: Parteigenossen! Ich glaube wohl in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich den Magdeburger Parteigenossen für den freundlichen Empfang, den sie uns bereitet haben, unseren herzlichsten Dank ausspreche. (Bravo!) Wir wissen ja, daß überall, wo zielbewußte Parteigenossen vorhanden sind, sie alles daran setzen, die Arbeiten des Parteitages zu fördern, weil ja seine Arbeit im Interesse aller geleistet wird. Wir dürfen wohl sagen, daß heute die Blicke aller auf Magdeburg gerichtet sind und zwar nicht nur

die Blicke des Proletariats, sondern auch die Blicke der Gegner, die da hoffen, daß Zustände eintreten können, wo die Genossen sich gegenseitig zerfleischen. Die Gegner glauben, daß solche Zeiten wieder kommen können, sie warten darauf. Und warum? Nicht etwa aus Freude am Krakeel, sondern weil sie wissen, daß das einst so geknechtete und unterdrückte Proletariat allmählich der bedeutendste Faktor im politischen Leben geworden ist. Das Proletariat hat sich eine Stellung auf der politischen Bühne erobert, daß alle anderen Klassen mit Furcht und Schrecken auf seine Weiterentwickelung sehen, und darum warten sie darauf, daß durch gegenseitige Zerfleischung oder sonstwie ein Rückgang in der Arbeiterbewegung stattfindet. Wie ist das Proletariat zu jener Machtstellung gekommen? Hat man ihm etwa Geschenke gemacht? Nein, die Bedeutung, die es sich im politischen Leben errungen hat, jeden Finger breit an Macht, hat es sich aus eigener Kraft erkämpfen müssen. (Sehr richtig!) Nur durch die Lehren des Sozialismus war es imstande, sich eine solche Stellung zu erringen. Dadurch, daß das Proletariat die gesellschaftlichen Zusammenhänge erkannte, dadurch, daß es anfing, sich mit volkswirtschaftlichen Fragen zu befassen, daß es die Rolle des arbeitenden Volkes im politischen Leben studierte, dadurch kam das Proletariat zu der Erkenntnis, daß die Arbeiter nicht eine Sache, daß sie nicht Werkzeug, sondern daß sie Personen sind, die unter Umständen selbst mitwirken können. Durch das Studium der kulturellen Entwickelung der Menschheit, durch die Erkenntnis der politischen Zusammenhänge hat das Proletariat einsehen gelernt, daß das ganze politische Leben ein Kampf um Klasseninteressen ist, und daß die anderen Klassen ihre Interessen immer auf Kosten der Arbeiterklasse vertreten. Da kam das Haltegebot, das Proletariat trat als politischer Faktor auf die Schaubühne und suchte selbst seine Interessen zu vertreten. Ihre Macht haben sich die Proletarier durch ihre Organisationen geschaffen, die politischen Organisationen sind die Machtfaktoren auf politischem Gebiet, die wirtschaftlichen Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiet, und wir dürfen kühn behaupten, daß das Proletariat eine solche Stellung im öffentlichen Leben einnimmt, daß es vielleicht hie und da bereits den Neid anderer Klassen erweckt. (Sehr richtig!)

Es ist ja in der Geschichte schon mehrfach dagewesen, daß jemand sich selbst seine Stellung zu verschaffen sucht. Erst vor einigen Wochen hat der deutsche Kaiser in einer Rede in Königsberg darauf hingewiesen, daß seine Vorfahren aus eigenem Recht sich ihre Stellung erobert haben, und daß sie aus diesem Grunde nur Gott verantwortlich sind.

Es läge ja die Versuchung nahe, ein wenig weiter auf die Hausgeschichte der Hohenzollern einzugehen (sehr richtig!), da ist der Große Kurfürst und Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, da schließt aber nicht ohne weiteres Wilhelm II. oder Wilhelm I. an, sondern es gibt dazwischen noch einen Friedrich Wilhelm IV., der meiner Meinung nach in der Hausgeschichte der Hohenzollern eine ganz bedeutende Rolle spielt, weil er der letzte absolute Monarch aus dem Hohenzollernhause gewesen ist. Das war in demselben Augenblicke, als er als absoluter Monarch des Königreichs Preußen im April 1848 das Gesetz unterzeichnete, das das allgemeine Wahlrecht gab. Durch dieses allgemeine gleiche Wahlrecht sollte eine Volksvertretung geschaffen werden und keine Bestimmung in Preußen sollte Gesetzeskraft erlangen, welche nicht die Zustimmung dieser gesetzgebenden Körperschaft haben würde. Mit demselben Augenblicke hörten die Hohenzollern auf, absolute Monarchen in Preußen zu sein. Damit übernahm das Volk selbst auch ein Stück Arbeit im politischen Leben. Nun könnte man ja vielleicht eine kleine Auseinandersetzung darüber beginnen, welche Rechte die Monarchen und welche Rechte die

Völker genießen. Aber wir sind es ja gewöhnt, uns nicht an das papierne Recht zu halten. Wir wissen von Lassalle, daß im politischen und im Volksleben nicht die geschriebene Verfassung, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse das Entscheidende sind. Aber gerade weil die tatsächlichen Machtverhältnisse entscheidend sind, muß man es eigentlich mit Freuden begrüßen, daß auch der Kaiser darauf hinweist, daß die Rechte, die der Mensch sich aus eigener Kraft anmaßt, seine historisch gewordenen Rechte sind. Nun, der Satz gilt nicht nur für Fürsten, sondern für jeden Menschen, für jeden Proletarier. (Zustimmung.) Auch das Proletariat hat sich die Stellung, die es im politischen Leben einnimmt, selbst erobert. Es hat auf Schritt und Tritt die allerheftigsten Widerstände gefunden und unter den Widerständen, die das deutsche Proletariat fand, befanden sich auch die Machtmittel des preußischen Staates. Klees hat einen Rückblick geworfen auf die 70er Jahre. Damals war die Sozialdemokratie noch nicht ein Zehntel von dem, was sie gegenwärtig ist. Und doch fingen die Vertreter des mächtigen preußischen Staates an, sich bereits vor dieser Bewegung zu fürchten. Damals war ja auch Magdeburg einer der klassischen Orte, von wo aus eine neue Verfolgung ausging. Hier war es der Staatsanwalt Tessendorf, der damals sagte: Zerstört die Organisationen der Sozialdemokratie, und die Sozialdemokratie ist nicht mehr! Tessendorf wurde nach Berlin berufen. Er hat damals alle seine Wünsche erfüllt bekommen. Die Organisationen wurden aufgelöst, aber ein Wunsch ist ihm nicht in Erfüllung gegangen: die Sozialdemokratie ist nicht aus dem politischen Leben verschwunden. Denn während wir vor der Tessendorfiade 350 000 Stimmen eroberten, erhielten wir nachher 493 000 Stimmen. Derselbe preußische Staat hat alle Machtmittel, die ihm zur Verfügung stehen, angewandt, um die sozialdemokratische Bewegung auszurotten. Aber die Widerstandskraft war doch sehr groß. Und auch in Magdeburg wurde der Beweis erbracht, daß das Sozialistengesetz seinen Zweck doch nicht erfüllte. Die erste Kundgebung unter dem Sozialistengesetz war wohl die Beerdigung unseres Geib in Hamburg am 1. August 1879 und im Dezember 1879 die Nachwahl hier in Magdeburg, wo wir bei der Hauptwahl 4700 Stimmen und bei der Stichwahl 7300 Stimmen erhielten, eine Stimmenzahl, wie sie Magdeburg noch nicht gehabt hatte. Damit war das Sozialistengesetz gerichtet. Wie hier in Magdeburg, so in ganz Deutschland. Und als im Jahre 1890 die Partei die mächtigste Deutschlands wurde, da verschwand der Schöpfer des Sozialistengesetzes mit seinem Werke von der politischen Bühne.

Also wir sehen: das Proletariat hat auch in dem Kampfe, wo es den mächtigsten Mitteln des Staates gegenüberstand, sein eigenes Recht zu wahren gewußt, und wenn irgend jemand in der Lage ist, eine Klasse, eine Partei, zu sagen: die Stellung, die wir im Leben einnehmen, nehmen wir aus eigenem Recht ein! so kann das die sozialdemokratische Partei mit Fug und Recht sagen. (Beifall.)

Aber wir hatten ja mächtige Verbündete, die in der kapitalistischen Entwickelung, in dem Aufsaugen des Kleinbetriebes durch die Großbetriebe und in der Tatsache bestehen, daß an Stelle des persönlichen Kapitalismus, des persönlichen Unternehmers, das unpersönliche Kapital tritt, weil damit gewissermaßen ad oculus demonstriert wird, daß der Unternehmer keine notwendige Erscheinung im Produktionsprozeß, sondern entbehrlich ist. Auch der Umstand, daß man die freie Konkurrenz dadurch abschafft, daß man Syndikate und Kartelle gründet, trägt wesentlich dazu bei, die Erkenntnis zu fördern, uns neue Agitationsmitel in die Hand zu geben, weil wir nur auf die vorhandenen Dinge hinzuweisen brauchen, um die Arbeiter für sozialistische Ideen zu gewinnen.

Aber ein zweiter Faktor, der uns die beste Unterstützung liefert, ist der eigenartige Umstand, daß der Industriestaat Deutschland, daß der Industriestaat Preußen, daß diese beiden Industriestaaten unter der Herrschaft einer Junkerclique stehen und daß die Junker sich immer mehr Geltung verschaffen und dadurch gleichzeitig einen Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes und den eigentlichen politischen Einrichtungen schaffen. Wir haben gesehen, daß den mächtigen Junkern gegenüber die Macht der Monarchen versagt. Denn was war es anders, als im Anfang der 90er Jahre Caprivi die Handelsverträge abschloß und als der Monarch erklärte: Ich kann keinen Brotwucher treiben, ja hat man ihn nicht dazu gezwungen, den Brotwuchertarif zu erlassen? Caprivi verschwand von der Bildfläche und der Brotwucher kam. Und in dem Kampfe um die Kanalvorlage erklärte der Monarch: der Kanal wird gebaut! Die Junker aber sagten: er wird nicht gebaut! Wer hat Recht behalten? Die Regierung wurde agrarisch. Aber mit dem Agrarischwerden der Regierung wurden Zustände heraufbeschworen, die selbst weit über agrarische Kreise hinaus als unerträglich angesehen werden und angesehen werden müssen. Da sehen wir die Junker, die sich die Taschen füllen. Vom Steuerzahlen aber wollen sie nichts wissen, das hat sich im vorigen Jahre beim Steuerkonflikt im Deutschen Reichstage gezeigt. Aber gerade diese rücksichtslose Vertretung der Junkerinteressen in der Gesetzgebung öffnet weiten Kreisen die Augen und treibt uns Hunderttausende von neuen Anhängern zu.

Wenn wir aber auf diesen mächtigen Bundesgenossen blicken können, so erwächst doch dem Proletariat in einer solchen Situation eine ganz gewaltige Aufgabe. Da muß es auch die Interessen der Arbeiterklasse wirksam vertreten. Die allgemeine Teuerung trifft schwer alle Kreise. Das wissen wir. Wir haben es ja auch erlebt, daß in Preußen die Erhöhung der Zivilliste damit begründet wurde, daß die Preise für Lebensmittel erheblich gestiegen sind. Aber das, was in der Hofhaltung schwer empfunden, aber leicht beseitigt wird, ist bei den Arbeitern nicht leicht zu beseitigen. Die Arbeiter haben auch in dieser Beziehung schwere Kämpfe zu führen. Wir müssen bedenken, daß gerade die Verteuerung durch den Wuchertarif, die hohen Getreidepreise, die Fleischteuerung einsetzten, als eine Krise die Lage der Arbeiter nach unten drückte. Die Bergarbeiter haben in den Jahren 1907 bis 1909 am Jahresarbeitsverdienst 83 Mk. eingebüßt. Und als wir im Frühjahr in der Kommission für die Beratung der Reichsversicherungsordnung saßen, da erklärte der Herr v. Gamp, daß die Löhne der Landarbeiter erträglich geworden seien, seitdem sie erheblich zurückgegangen sind. (Hört! hört!) Also rückgehender Lohn und steigende Preise der Lebensmittel zwingen uns zu ernsthaftem Kampfe gegen die Klassenpolitik der Junker.

Welche Mittel kann man da anwenden?

Im wirtschaftlichen Leben sind es die Streiks und die sonstigen Machtmittel der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Im politischen Leben fällt die Entscheidung bei den Wahlen. Für die nächsten Wahlen hat der Herr von Bethmann Hollweg vor einigen Tagen seine Wahlparole ausgegeben. Er glaubte natürlich, damit alle Hebel in Bewegung setzen zu können, wenn er die Parole ausgab: der Schutz der nationalen Arbeit ist in Gefahr. Das ist nichts als eine verlogene Phrase. Es handelt sich dabei vielmehr um den Schutz der Grundrente der Agrarier und der übrigen Besitzenden. (Sehr richtig!) Die nationale Arbeit kommt dabei weniger in Betracht. Gerade die Landwirtschaft ist in letzter Zeit revolutioniert worden durch die größere Anwendung von Maschinen und die Ausbildung der Agrarwissenschaft. Die vermehrte Anwendung der Maschinen hat dazu beigetragen, die Arbeit zu einer immer kürzeren Saisonarbeit zu machen, und hat dazu geführt, daß an Stelle

des seßhaften Landarbeiters der billigere Wanderarbeiter getreten ist. Das kommt namentlich in den Ergebnissen der Berufszählung deutlich zum Ausdruck. Während 1882 8 600 000 Erwerbstätige in der Landwirtschaft 10½ Millionen Angehörige hatten, hatten nach der letzten Berufszählung 10 Millionen Erwerbstätiger und Dienender nur 7½ Millionen Angehörige. Damals fielen auf 100 Erwerbstätige und Dienende in der Landwirtschaft 122 Angehörige, im Jahre 1907 nur noch 76. Dabei behaupten gerade die Agrarier, daß aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung unser gesunder Nachwuchs hervorgehen solle. Ja, wenn man an Stelle der seßhaften Landarbeiter Wanderarbeiter setzt, ist davon keine Rede mehr, und die Lüge fällt in sich zusammen, als ob jene Maßregeln nötig seien, uns einen gesunden Nachwuchs zu erhalten. Wir sehen gerade, je mehr die Agrarier prämiiert werden, um so schlimmer wüten sie mit der Kraft des Volkes. — Nun ist die Junkerherrschaft im Reiche gegründet auf den Vorrechten der Junker in Preußen. Es ist daher eigentlich dieselbe Bewegung, wenn man in den einzelnen Bundesstaaten den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht führt und wenn man im Reiche danach strebt, die Junkerherrschaft zu brechen. Der Sturz der Junkerherrschaft im Reich und umgekehrt. Erst mit dem Sturz der Junkerherrschaft kann das erreicht werden, was im Interesse der Arbeiterklasse geboten ist. Ich denke da an die sozialen Gesetze. Ich hatte bereits früher einmal gesagt, es ist keine Periode in dieser Beziehung so impotent gewesen, man hat niemals einen solchen Mangel an positiven Leistungen zu verzeichnen gehabt, wie gerade unter der Herrschaft des Kanzlers, der uns Mangel an positiven Leistungen vorwerfen wollte. Ich will Bülow keinen persönlichen Vorwurf daraus machen. Es ist eben die Junkerherrschaft im Reich, die jede Sozialpolitik zum Stillstand bringt, weil die Junker an der Schlechterstellung der Arbeiter ein persönliches Interesse haben. Haben wir es nicht erlebt, daß Graf Kanitz wetterte gegen hohe Bergarbeiterlöhne, weil diese dazu beitrügen, daß die Arbeiter vom Lande in die Industriebezirke gingen und die Junker dadurch gezwungen würden, auch höhere Löhne zu zahlen. Wollen wir also einen Ausbau der sozialpolitischen Gesetze, dann muß die Vorherrschaft der Junker im Reiche gebrochen werden. (Sehr richtig!) Werden wir einmal so weit sein, daß wir in der Gesetzgebung die Macht haben, und die Besitzenden mitheranziehen können zum Zahlen, dann werden im selben Augenblick die Besitzenden nicht die Ausgaben für militärische Zwecke mehr zahlen wollen, dann wird der Kanonen- und Panzerpatriotismus ganz erheblich abkühlen. Nur solange sie nichts zu zahlen brauchen, sind jene Leute große Patrioten. Wenn aber der Kanonen- und Panzerpatriotismus abkühlt, so ist das im allgemeinen menschlichen Interesse zu begrüßen. Dieser Panzerpatriotismus ist eine ewige Gefahr für den Frieden. Die Aufrechterhaltung des Friedens haben von jeher die edelsten Menschen für die höchste Aufgabe gehalten. Wenn es nach den Thronreden der Monarchen ginge, so weiß man ja, daß fast keine Gesetzgebungsperiode in einem Lande eröffnet wird, ohne daß in der Thronrede gesagt wird, daß die Leiter der Regierung bemüht gewesen seien, den Frieden aufrecht zu erhalten. Es gewinnt danach fast den Anschein, als müßten die Völker mit Gewalt von den Regierungen zurückgehalten werden, damit sie sich nicht gegenseitig die Hälse abschneiden und die Schädel einschlagen. (Sehr gut!) Nun, das Volk ist nicht kriegerisch, es ist friedliebend, die edelsten Menschen haben, wie gesagt, es als größtes Ideal der Menschheit betrachtet, einmal den Frieden herbeizuführen. Man könnt an die Gründer des Christentums denken, die aus den ganzen Menschen einen Hirten und eine Herde machen wollten. Freilich wissen wir, daß gerade im Namen derselben Christenheit die blutigsten Kriege geführt worden sind.

In neuerer Zeit hat der französische Dichter Béranger ausgerufen: Völker Europas, reicht Euch zum großen Völkerbunde, reicht Euch die Bruderhand. Ich erinnere auch an den flammenden Protest, den J. Paul gegen den Krieg schrieb, an jene Schilderung des Friedens, die Schiller im Wallenstein gibt. Gegen diese schönen Ideale ist aber noch immer gesündigt worden. Es fehlen eben die Grundbedingungen dafür. Diese sind erst dann genügend, wenn die Völker zusammenwirken im vereinten Streben nach einem gemeinsamen Ziele. Dies Zusammendringen der Völker zum gemeinsamen Streben ist es, was der Sozialdemokratie gelungen ist. Die Arbeiter aller Länder haben sich zusammengefunden in der einen sozialdemokratischen Bewegung, die nur ein Ziel kennt. So müssen wir sagen, daß die Entwickelung des Sozialismus auch die Aussichten des Friedens steigert. Die Sozialdemokratie aller Länder, wir können sagen die eine Partei, denn wir fühlen uns allesamt eins, ein Bund sind wir, der einem Ziele zustrebt, ist somit die eigentlich reale Grundlage für die Völkerverbrüderung geworden. Es liegt daher im Interesse der Kultur, im Interesse der Wohlfahrt und auch im eigenen Klasseninteresse des Proletariats, wenn der Parteitag einen weiteren Ausbau der Partei, eine weitere Stärkung der Macht des Proletariats herbeiführt, einmal durch den Ausbau der Grundsätze und dann durch die Förderung der Einigkeit unter den Arbeitern. (Sehr wahr!) Wir wollen hoffen, daß auch dieser Parteitag dazu beitragen wird, die Wünsche des Proletariats, nicht nur des deutschen Proletariats, sondern der Proletarier aller Länder, zu erfüllen, indem wir weiterschreiten auf dem Wege, den wir bisher beschritten haben und weiter unsere Macht entwickeln auf dem Gebiete, auf dem wir zu der herrlichen Machtentwickelung gekommen sind. (Stürmischer Beifall.) Damit erkläre ich den Parteitag für eröffnet.

Der Parteitag konstituiert sich.

Auf Vorschlag von Schmitt-München werden Dietz-Stuttgart und Klühs-Magdeburg zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt.

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Lipinski-Leipzig gewählt: Fräulein Baader-Berlin, Bühler-Nieder-Barnim, Grosse-Hamburg, Limbertz-Essen, Schadow-Kottbus, Franz Schmitt-München, Wasner-Stuttgart, Wizorowski-Staßfurt und Ryssel-Leipzig.

Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Geschäftsordnung, die auf den vorangegangenen 19 Parteitagen Geltung gehabt hat, wird debattelos genehmigt.

Vorsitzender Dietz: Das Bureau dankt Ihnen für das erwiesene Vertrauen und verspricht, daß es sich bemühen wird, die Geschäfte unparteiisch zu führen. Hoffentlich werden die Verhandlungen dazu beitragen, die prinzipielle Geschlossenheit der Partei in allen ihren Handlungen zu dokumentieren. (Bravo!) Die offene Aussprache der Delegierten über die entstandenen Differenzen wird die nötige Klarheit und Einigkeit bringen, die zu einem gedeihlichen Wirken angesichts der schweren Aufgaben, denen die Partei gegenübersteht, unter allen Umständen erforderlich ist. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte Sie nur noch bitten, uns in der Geschäftsführung zu unterstützen. Das ist umsomehr notwendig, als unser langjähriger, verdienstvoller Vorsitzender Singer durch Krankheit verhindert ist, an unserer Tagung teilzunehmen. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn das Bureau im Namen des Parteitages ein Telegramm an Singer richtet, des Inhalts, daß wir ihm baldigst vollständige Genesung wünschen (Bravo!), und die Hoffnung ausdrücken, ihn auf unserer nächsten Tagung wieder in vollster Gesund-

heit begrüßen zu können. (Erneutes Bravo!) Ich entnehme aus Ihrem Beifall, daß sie damit einverstanden sind.

Es folgt die Wahl der **Mandatsprüfungskommission.**

Auf Vorschlag von **Leopold**-Zeitz werden gewählt: Linchen Baumann-Hamburg, Fischer-Hannover, Grunert-Chemnitz, Leid-Berlin, Lippold-Eisenach, Stubbe-Hamburg, Vogel-Nürnberg, Wittich-Frankfurt a. M., Vogt-München.

In die **Beschwerdekommission** werden auf Vorschlag von Antrick-Braunschweig gewählt: Bartels-Wernigerode, Brecour-Kiel, Donalies-Königsberg, Mann-Berlin, Frau Poetsch-Leipzig, Rieder-Köln, Riem-Dresden, Stockinger-Pforzheim, Stolten-Hamburg.

Es werden nun die Anträge zur **Tagesordnung** des Parteitages erledigt. Der Antrag 1 wird bis zur Verhandlung der Anträge über die Tagesordnung des nächsten Parteitages zurückgestellt, da der Antragsteller erklärte, daß der Antrag sich erst auf den nächsten Parteitag beziehe. Ebenso wird mit dem Antrag 2 verfahren. Zum Antrag 3 bemerkt

Vorsitzender **Dietz**: Das Bureau hat die Absicht, Ihnen eine kleine Aenderung der Tagesordnung vorzuschlagen. Es soll erst der Geschäftsbericht des Parteivorstandes entgegengenommen werden. Wenn die beiden Berichte erstattet sind, dann sollen die dazu gestellten Anträge zur Diskussion gelangen. Nachdem diese geschlossen ist, werden die Kontrolleure ihren Bericht erstatten. Sie können ihn auch vor der Diskussion erstatten. (Lebhafte Zustimmung.) Nun soll die Budgetbewilligungsfrage, die jetzt unter 1c steht, 2a werden, also zwischen 2 und 3 eingeschoben werden. An das Referat Bebels anschließend, würden sämtliche Anträge, die zur Budgetbewilligung gestellt sind, es sind jetzt schon sechs enggedruckte Folioseiten, zur Diskussion gestellt werden. Dann käme der parlamentarische Bericht und so weiter. Weitere Aenderungen hat Ihnen das Bureau nicht vorzuschlagen.

Der Vorsitzende stellt die Unterstützungsfrage: **Antrag 8 wird nicht genügend unterstützt.**

Vorsitzender **Dietz** teilt noch mit, daß zum Punkt 8 „Internationaler Kongreß" an Stelle des erkrankten Genossen Singer Richard Fischer referieren wird. Dem Vorschlage, die nächste Sitzung morgen 9 Uhr früh abzuhalten und von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr zu tagen, stimmt der Parteitag ebenfalls zu.

Sachse: Sie haben bereits Teilresultate der Knappschaftswahlen in den Zeitungen gelesen. Ich würde hier darüber nichts mitteilen, wenn nicht unsere Gegner diese Wahl als Probe zur nächsten Reichstagswahl proklamiert hätten. Es haben sich die Zechen mit den Christlichen, Evangelischen und mit einer gelben Richtung, dem evangelischen Bund, vereinigt, um den Bergarbeiterverband niederzuringen. Die Knappschaftskasse hat mehr als 350 000 Mitglieder; gewählt werden 419 Arbeitervertreter, die Knappschaftsältesten. Wir haben seit Juli den Vorstand so ziemlich besetzt, die große Mehrheit hatte bisher der Verband. Dagegen haben sich alle Gegner verbündet, um überhaupt die Sozialdemokratie aus Westfalen zu vertreiben. Bei den nächsten Reichstagswahlen sollte kein sozialdemokratischer Abgeordneter mehr gewählt werden. Das Resultat, es fehlen von den 419 nur noch zwei Sprengel, ist: Gelbe sind 7 gewählt mit 5380 Stimmen. Die Polen erhielten 29 Vertreter und 22 000 Stimmen. Die Christlichen (das ist eben der Mischmasch, dessen beste Agitatoren die Zechenbeamten waren) erhielten 53 000 Stimmen und 82 Vertreter. Der Bergarbeiterverband, der vernichtet werden sollte, erhielt

299 Vertreter, auf die 98 000 Stimmen entfielen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Dietz**: Bevor ich die Sitzung schließe, mache ich darauf aufmerksam, daß Nichtdelegierte keinen Zutritt in den Saal haben. Wenn wir heute abend nichts dazu gesagt haben und uns sogar darüber freuten, daß der eine oder andere Delegierte seine Frau mitgebracht hat (Heiterkeit), so war das nur eine Ausnahme.

Die Sitzung wird geschlossen. Die Sänger tragen den Chor: „Es geht ein Raunen" vor und werden mit reichem Beifall gelohnt.

Schluß 9 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1910. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Dietz** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und bringt zunächst die eingelaufenen Begrüßungsschreiben zur Kenntnis. Unter anderem folgendes Telegramm: Die französische sozialistische Partei bedauert lebhaft, sich nicht vertreten lassen zu können. Sie grüßt die versammelten deutschen Genossen und ruft mit ihnen: Es lebe die internationale Arbeitersolidarität. Mit Beifall wird ein Drahtgruß einer von 20 000 Teilnehmern besuchten Wahlrechtskundgebung in Amsterdam aufgenommen.

Vorsitzender **Dietz** begrüßt die Vertreter der ausländischen Bruderparteien, zunächst den alten Vorkämpfer Julius Vahlteich, der in Vertretung der Sozialdemokratie Nordamerikas erschienen ist. An Stelle des Genossen Seliger ist für die deutsche sozialdemokratische Partei Oesterreichs und den deutschen Klub der österreichischen Parlamentsfraktion Genosse Schramml erschienen. Genosse Ludwig Bredtschneider-Wien vertritt die niederösterreichische Landesorganisation, Löwegreen-Malmö die schwedische Partei, Genosse Wijk Finnland. Unser alter Genosse Löwenstein-Nürnberg, der gestern hier eingetroffen war, mußte infolge heftiger Erkrankung wieder abreisen.

Schramml: Im Namen der deutsch-österreichischen Partei und des deutschen Klubs im sozialdemokratischen Verband im österreichischen Reichsrat begrüße ich Sie herzlich und wünsche Ihren Beratungen besten Erfolg. Seien Sie versichert, daß wir Ihren Beratungen und Beschlüssen die größte Aufmerksamkeit widmen, und daß wir mit Liebe und Treue zu jeder Zeit an Ihrer Seite kämpfen. Sie haben große Kämpfe hinter sich und wir in Oesterreich, wo die Partei durch schwere Kämpfe groß und mächtig geworden ist, haben mit besonderer Freude und Bewunderung Ihre gewaltigen Demonstrationen verfolgt. Sie haben aber noch größere Kämpfe vor sich, aber wir sind überzeugt, daß Sie diese siegreich bestehen werden. Eine Partei, die so mächtige politische Organisationen hat, in denen Millionen von klassenbewußten Arbeitern stehen, die jederzeit zum Kampfe bereit sind, eine Partei, die eine so ausgezeichnete Presse besitzt, die täglich Millionen von Arbeitern den freien Geist in die Gehirne pflanzt, eine Partei, die über ein solches Heer von begeisterten Vertrauensmännern verfügt und die bereit sind, alles zu opfern, um die Rechte des arbeitenden Volkes zu erringen, eine solche Partei wird und muß siegen. Sie werden, wenn Sie weiter so vorwärtsschreiten

wie bisher, all die unerhörte Gewalttätigkeit der herrschenden Klassen brechen, und es wird das Recht des Volkes in Deutschland zum Siege gelangen! (Lebhafter Beifall.)

Schmeral: Gestatten Sie auch mir, daß ich im Namen der tschechischen Partei Ihren Parteitag begrüße. Wir Tschechen sind schon seit Jahren regelmäßig Gäste Ihrer Kongresse. Es sind nicht nur Gründe der parteigenössischen Höflichkeit, die uns zu Euch führen. Die große deutsche Partei ist seit Jahren ein Vorbild, eine Hochschule für die tschechische Sozialdemokratie und mit Spannung verfolgen jedes Jahr unsere tschechischen Arbeiter Ihre Beratungen und Beschlüsse, um aus ihnen zu lernen und um aus Ihrem Kampfe Begeisterung und Zuversicht für den Erfolg ihrer eigenen Arbeit zu schöpfen. Wenn Sie einen tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter nach dem anderen fragen könnten, welche Persönlichkeit der Internationale trotz ihrer Größe ihm am nächsten steht, welche ihm am teuersten und liebsten ist, wen die tschechischen Arbeiter am meisten schätzen und verehren, so würde man in 99 von 100 Fällen den Namen hören: August Bebel. (Beifall.)

Ich sage das nicht, um das persönliche Verhältnis hervorzuheben, das die tschechischen Arbeiter voll Vertrauen in die Nähe des großen Führers bringt, sondern ich erkläre das, um den Geist anzudeuten, der die tschechische sozialdemokratische Arbeiterbewegung beseelt. Große Schwierigkeiten und Sorgen erwachsen einer Partei in einem Staate wie Oesterreich, besonders in einer Zeit, wo in diesem merkwürdigen Staate mit seinen vielen Nationen nach der Wahlreform alles in Fluß ist. Große Sorgen und Schwierigkeiten sind für die sozialdemokratische Partei in einer Nation, die durch Jahrhunderte hart unterdrückt noch jetzt für manche ihrer Lebensbedürfnisse einen gerechten Kampf führen muß, denn gerade hier entsteht für die Partei die Gefahr des nationalen Chauvinismus. Die tschechische Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie aufhören würde, eine sozialdemokratische Partei zu sein, wenn sie vergessen würde, daß eine ihrer wichtigsten Pflichten ist, den nationalen Chauvinismus, den „kleinbürgerlichen“ nationalen Chauvinismus innerhalb der eigenen Nation aufs leidenschaftlichste zu bekämpfen. Die tschechische Sozialdemokratie ist eine proletarische Partei, sie ist eine Klassenpartei, eine internationale Arbeiterpartei und eine internationale Klassenpartei der Arbeiter will sie auch immer bleiben. Das verspreche ich hier, das ist unsere selbstverständliche Pflicht. Es ist aber zugleich der höchste Stolz unseres Lebens, und wir können keinen größeren Schmerz uns denken, als wenn über unsere guten Absichten und über unsere prinzipielle sozialdemokratische Verläßlichkeit Zweifel entstehen könnten. Auch in unserem inneren Parteileben sind verschiedene Bestrebungen vorhanden, mit denen sich auch die Parteien des Auslandes befaßt haben, auch der letzte Kongreß in Kopenhagen. Jeder hat das Recht, seinen Standpunkt in einer Sache, die ein historisches Faktum gewesen ist, festzuhalten. Aber ich will bei dieser Gelegenheit versichern, daß diese verschiedenen Richtungen nur aus einer verschiedenen Beurteilung der praktischen Bedürfnisse des Organisationslebens entstanden sind, daß sie nicht aus dem Geiste des nationalen Chauvinismus des überspannten Nationalismus entstanden sind, einem Geiste, der das Gegenteil des sozialistischen Geistes sein würde. Bei gutem Willen, an dem es bei uns nicht fehlen wird, werden die bestehenden Schwierigkeiten in naher Zeit wieder ausgeglichen werden. Die proletarische Struktur unserer Partei, die ganze Vergangenheit der tschechischen Arbeiterbewegung soll Ihnen eine Gewähr dafür sein, daß wir nicht mit bösem Willen, mit unsozialistischem Empfinden handeln. Wir wollen mit der größten Mühe dabei tätig sein, wieder volles Einverständnis zu er-

zielen. Verzeihen Sie, daß ich diese Gelegenheit benutze, diese Erklärung und diese Bitte vorzutragen. Im Namen der tschechischen Partei wünsche ich Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Stauning: Als Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratie bringe ich den deutschen Parteigenossen unsere herzlichsten Grüße und unseren Dank für die so bedeutsame Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie für die Sache der Arbeiter. In unserem kleinen Lande folgen wir selbstverständlich mit großem Interesse jeder Bewegung der deutschen Bruderpartei. Wir haben von den heftigen Kämpfen Kenntnis genommen, die Ihr habt ausfechten müssen, und von den harten Verfolgungen der Vorkämpfer unserer Sache. Aber wir haben auch mit wachsender Freude den guten Fortgang der deutschen Arbeiterorganisationen, die immer steigende Stimmenzahl bei den Wahlen und den wachsenden Einfluß unserer deutschen Parteigenossen bemerkt. Mit Euch freuen wir uns über jeden Fortschritt unserer Ideen und wir sind stolz darauf, daß wir vor 27 Jahren Eurem Parteitage Obdach in Kopenhagen geben konnten. (Bravo!) Das war die Zeit, als die Machthaber in Eurem Lande wähnten, den Sozialismus aus Eurem Lande verdrängen zu können. Aber weder in Eurem Lande noch in irgend einem anderen ist es möglich, den Sozialismus auszuschließen und hierfür liefert uns der große Internationale Kongreß, der vor kurzem in Dänemark abgehalten wurde, ein unwiderlegliches Zeugnis. Dieser Kongreß hat den internationalen Siegesgedanken der sozialistischen Gesellschaftsauffassung gezeigt und hat uns in dem Glauben an die Möglichkeit bestärkt, die Arbeiter überall zu sammeln, um gemeinschaftlich ihre Interessen zu vertreten und ihre Feinde zu bekämpfen. Indem ich Euch die Grüße meiner Partei überbringe, wünsche ich Euch Glück zu Eurer Arbeit auf diesem Parteitage, zum Besten der Arbeiterklasse, zur Förderung unserer großen Sache, des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Loopuit: Werte Parteigenossen! Es ist mir eine große Ehre, im Namen der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und im Auftrage meines Parteivorstandes Ihren Kongreß herzlich zu beglückwünschen. Wir in Holland haben schwere Kämpfe zu führen gegen das herrschende System, denn die Niederlande werden seit einigen Jahren verwaltet durch eine Sippe von Leuten, die sich Christen nennen, aber doch nur eingefleischte Reaktionäre sind; und ihre politischen Gegner, die Liberalen, sind um kein Haar besser. (Sehr richtig!) Der Regierungsblock, die Regierungsmajorität bei uns in Holland, ist schwarz; und es ist alles schwarz in Holland, wohin wir schauen. Auch wir haben seit Jahren unseren Kampf um das allgemeine Wahlrecht zu führen, und wir sind dabei angewiesen auf unsere eigenen proletarischen Kräfte. Sie haben gehört, wie gestern in Amsterdam eine Massenversammlung von 20 000 Arbeitern für das allgemeine Wahlrecht demonstriert hat. (Bravo!) Es ist gestern viel gesprochen worden von deutschen Kaiserworten. Wenn ich mich recht besinne, hat der deutsche Kaiser auch einmal das Wort ausgesprochen: Deutschland in der Welt voran. Nun, Parteigenossen, für unsere holländischen Arbeiter und Sozialdemokraten ging Deutschland seit vielen Jahren in der Welt voran, in bezug auf seine Sozialdemokratie, seine vorbildliche politische und gewerkschaftliche Organisation, in bezug auf seine prinzipienfeste Politik und Taktik. (Sehr gut!) Parteigenossen! Sie haben auf diesem Kongreß folgenschwere Entscheidungen zu treffen. Wir wissen das, aber wir wissen auch, daß die deutsche Sozialdemokratie kräftig, ruhig und gefestigt genug ist, auch die schwersten Entscheidungen zu treffen, ohne daß dabei die proletarische Einigkeit geschädigt wird. Hoch über uns, Parteigenossen, steht die Sache des kämpfenden Proletariats. Nur im Kampfe und

durch Kampf können wir siegen, in unserem Klassenkampf gibt es kein Rückwärts mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. (Sehr gut!) Wir hoffen und erwarten, daß Ihre Arbeit zum Wohle des deutschen Proletariats und zum Wohle der internationalen Sozialdemokratie gereichen soll, denn mehr wie je sind wir jetzt auf die internationale Zusammenarbeit des Proletariats aller Länder angewiesen. Es lebe die Internationale, es lebe die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhaftes Bravo!)

Keir Hardie (mit lebhaftem Beifall begrüßt) überbringt in englischer Sprache die Grüße der Labour Party. Redner, dessen Ausführungen von **Ledebour** ins Deutsche übersetzt werden, sagt:

Die Labour Party ist eine proletarische Bewegung, bestehend aus Sozialisten und Gewerkschaftlern, sie zählt gegenwärtig 1½ Millionen Mitglieder und hat 40 Abgeordnete im englischen Unterhaus. Ich komme mir hier gewissermaßen vor, wie der jüngste Sohn einer großen Familie, denn die englische sozialistische Bewegung steht zu der deutschen etwa im Verhältnis wie der Sohn zum Vater. Alle großen Namen des Sozialismus sind deutsch: Lassalle, Marx, Engels, Liebknecht, Bebel; sie alle sind bekannt überall in der ganzen Welt als die führenden Geister der Bewegung. Ich komme hierher, um dahin zu wirken, daß noch engere brüderliche Beziehungen zwischen den englischen und den deutschen Sozialisten sich entwickeln. (Bravo!) Um so mehr halten wir das für notwendig in dieser Zeit, da auf beiden Seiten des Ozeans Vertreter der Kriegsinteressen bemüht sind, die beiden Völker gegeneinanderzuhetzen. Wir beabsichtigen demnächst eine Delegation nach Deutschland zu schicken, um den Friedenswunsch der englischen Arbeiter in Deutschland zu verkünden, und wir hoffen, daß bald auch von der deutschen Sozialdemokratie eine Vertretung mit gleicher Absicht England besuchen wird.

Lassen Sie mich noch einige Worte hinzufügen über unsere Stellung zu den Seerüstungen. Die Labour Party hat sich immer jeder Vermehrung der Seerüstungen widersetzt, sie hat sich auch dafür ins Zeug gelegt, daß das Seebeuterecht, diese legalisierte Seeräuberei abgeschafft wird, in der Ueberzeugung, daß dann die enormen Geldaufwendungen für die Marine in allen Ländern ganz gewaltig herabgemindert werden. Wir arbeiten für die Verminderung der Rüstungen im Hinblick auf ihre endgültige Beseitigung überhaupt. Die englischen und die deutschen Arbeiterorganisationen bilden an sich schon eine Macht, die vereint imstande ist, alle Dreadnaughts in der Welt lahmzulegen. (Bravo!)

In England hat die wachsende Feindschaft der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterbewegung dazu geführt, daß man zunächst versucht hat, durch Gerichtsurteile die Trade Unions in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu hemmen. Aber diese Versuche der herrschenden Klassen sind vollständig gescheitert, und jetzt versuchen sie mit Hilfe der Gerichte, die Labour Party, also die parlamentarische Vertretung der Sozialisten und der Gewerkschaftler, zu schädigen. Durch Gerichtsurteil soll den Gewerkschaften verboten werden, Gelder zu politischen Zwecken auszugeben. Auch dieser Versuch wird und muß scheitern, dieser nichtswürdige Versuch kann nur die eine Wirkung haben, die sich jetzt schon zeigt, nämlich daß der Geist der Rebellion in den Arbeitermassen Englands erweckt wird. Verlaßt Euch darauf, noch bevor ein Jahr vergangen ist, werden die Kämpfe sich so entwickelt haben, daß die Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung im Gefängnis sind, daß Streiks überall emporlodern, und daß der Geist des Sozialismus weiter und weiter unter den englischen Arbeitern Macht gewinnt. (Bravo!) Ich bringe der deutschen Sozialdemokratie die brüderlichen Grüße der Labour Party. Mögen Ihre Verhandlungen einen gedeihlichen Verlauf nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Zahlteich (mit lebhaftem Beifall empfangen): Genossen! Sie werden von mir keine längere Rede erwarten und noch viel weniger wünschen. Die Beteiligung Auswärtiger an den nationalen Parteikongressen ist ja doch in der Hauptsache eine Form, wenn auch eine schöne Form; denn dadurch wird der brüderliche Geist äußerlich dargestellt. Aber die Hauptsache ist und bleibt, daß der brüderliche Geist in uns lebt und daß wir ihn betätigen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in Amerika die Möglichkeit gehabt, Euch seinerzeit zu helfen, als das Gesetz gegen die gemeinnützigen Bestrebungen der Sozialdemokratie (Zurufe: Gemeingefährlich! Heiterkeit), ich weiß ganz genau, was ich sage! (Heiterkeit.) Ich hoffe, die Genossen werden mir zutrauen, genügend unterrichtet zu sein über dieses Ausnahmegesetz, um mich nach der Richtung hin nicht zu irren. (Sehr richtig!) Wir haben also damals Gelegenheit gehabt, Euch in bescheidenem Maße zu helfen, und Ihr habt dazu jetzt Gelegenheit gehabt und habt sie ergriffen. Dafür danke ich im Namen meiner amerikanischen Genossen. Ich vermeide es, eine Schilderung unserer Verhältnisse zu geben, weil Ihr in Eurem Kreise einige sehr tüchtige Kenner amerikanischer Verhältnisse habt und weil es uns doch nicht an Leuten fehlt, die bereit sind, das Notwendige zu tun, um gegenseitig Klarheit zu verbreiten. Nur das eine will ich sagen: bei den 20 bis 30 Sprachen, mit denen wir zu kämpfen haben, beziehentlich mit denen wir rechnen müssen, ist es für uns schwerer als für Euch, eine so große Bewegung in vergleichsweise so kurzer Zeit zu schaffen, wie Euch das gelungen ist. Wir gehen langsam vorwärts, viel zu langsam für unsere Wünsche, aber wir marschieren, und die Entwickelung der Dinge in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist derart, daß sie mit aller Gewalt dazu drängt, daß endlich die alten nationalen und wirtschaftlichen Vorurteile schwinden, die heute in der Tat noch die große Masse des Volkes dort drüben beherrschen. Wir Deutschen haben die sozialistische Bewegung in Amerika aufgebaut mit dem bewußten Streben, sie zu einer nationalen zu machen, und das ist uns gelungen. Die Bewegung ist jetzt in Amerika eine nationale, derart, daß das deutsche Element auf die Seite gedrängt worden ist, um so mehr, als sich ein Streben geltend machte innerhalb der Partei, die Organisation zu zentralisieren und zu einer englisch redenden zu machen. Von diesen Irrtümern ist man endlich auf dem letzten Kongreß in Chicago abgekommen. Man hat den sprachlichen Gruppen eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt, und dies wird dazu führen, daß auch das deutsche Element mehr zur Geltung kommt als in den letzten Jahrzehnten. Früher, vor dreißig Jahren, hat man vom Sozialismus in Amerika als von einer fremden Pflanze gesprochen, die in diesem herrlichen, angeblich freien Lande, wo jeder Arbeiter, wie die napoleonischen Soldaten den Marschallstab im Tornister trugen, die Anwartschaft hatte, Millionär zu werden, und selbst unser berühmter Landsmann Karl Schurz hat sich so gedankenlos geäußert. Aber diese Zeiten sind vorüber. Jetzt wird auch in der bürgerlichen Welt der Sozialismus nicht mehr eine fremde Pflanze genannt, jetzt sind die Zeitungen und Revuen erfüllt von Besprechungen sozialistischer Ideen und Probleme. Dazu kommt die ökonomische Entwickelung, und es kann nicht fehlen, daß einst der Tag kommt, wo auch Nordamerika eine entsprechende, seiner ganzen Art nach bedeutende Rolle in der internationalen sozialistischen Bewegung spielen wird. Vorläufig aber schauen wir wie alle Völker auf Deutschland. Vorläufig bedürfen wir des Anschauungsunterrichtes, den Ihr uns gegeben gehabt und den zu geben Ihr in Zukunft berufen seid, Genossen. Was ich da sage, hat einen sehr, sehr ernsten Hintergrund. Unser herzlichster Wunsch, unser sehnsüchtigstes Verlangen ist, daß dieser Parteitag die Einheit unserer großen deutschen Partei unangetastet lasse, daß diese

deutsche Sozialdemokratie auch in Zukunft so groß dastehe, so vorbildlich erscheine, wie sie bisher erschienen ist, und in diesem Sinne grüße ich Euch im Namen der nordamerikanischen Genossen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Dietz**: Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein und beginnen mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes.

Pfannkuch-Berlin erstattet den Geschäftsbericht. Nach dem eingehenden, Ihnen in gedruckter Form vorliegenden Vorstandsbericht ist mir die Aufgabe außerordentlich erleichtert. Ich werde mich daher auf das Notwendigste beschränken. Nach dem letzten Parteitage wurde verschiedentlich in der Presse die Kritik laut, daß die Anträge, die von den Parteigenossen zum Parteitage gestellt werden, nicht die genügende Beachtung finden. Es wurde behauptet, man nehme nicht die Rücksicht auf sie, die sie verdienten. Sie würden am Schlusse der Verhandlungen in einer Art erledigt, die nicht immer mit den Interessen und der Würde der Partei in Einklang zu bringen wäre. In der Praxis spielte sich die Sache so ab, daß bei jedem Antrage ein Vorstandsmitglied aufstehe, auf die Tribüne steige und ersuche, den betreffenden Antrag der Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen, wenn nicht die Ablehnung gefordert würde. Diese Kritik hätte vielleicht eine Art Berechtigung, wenn mit der Ueberweisung der Anträge an die Parteileitung, wie man sich früher ausdrückte, eine Art vornehmes Begräbnis dieser Anträge herbeigeführt würde. Das ist aber nicht zutreffend. Auch die Anträge, die zur Berücksichtigung oder zur Erwägung dem Parteivorstand überwiesen werden, werden sehr eingehend in den Vorstandssitzungen behandelt. Es wird sorgfältig geprüft, ob der Kern, der in den Anträgen enthalten ist, sich zur Förderung der Organisation und der Agitation eignet. Ist das der Fall, so werden selbstverständlich diese Anregungen auch in die Praxis umgesetzt. Andernfalls verfallen sie natürlich der Ablehnung. Alle einschlägigen Fragen werden vom Parteivorstand eingehend auf ihre Brauchbarkeit geprüft. So ist es auch mit den Anträgen geschehen, die der vorige Parteitag der Parteileitung überwiesen hat. Unsere heutige Tagesordnung beweist schon, wie ungerecht der Vorwurf derjenigen ist, die behaupten, daß die Ueberweisung der Anträge an den Vorstand das Begrabensein bedeutet. Daß die Genossenschaftsfrage auf der Tagesordnung des diesjährigen Parteitags steht, ist der schlagendste Gegenbeweis. Freilich hat auch andererseits der Antrag, die Steuerpolitik auf die diesjährige Tagesordnung zu setzen, die Zustimmung der zuständigen Instanzen nicht gefunden. Wir sind der Meinung, daß in diesem und auch im nächsten Jahre der Parteitag dringendere Aufgaben zu erledigen hat. Inzwischen ist ja auch noch kurz vor der Eröffnung des diesjährigen Parteitags ein Handbuch über die Reichsfinanzreform erschienen, daß eine außerordentliche Fülle von Material bietet, so daß jeder Vorstudien über die Steuerpolitik machen kann. Die Steuerpolitik kann dann auf die Tagesordnung eines nach den nächsten Reichstagswahlen stattfindenden Parteitages gesetzt und in der zweckmäßigsten und gründlichsten Weise erörtert werden.

Der Antrag, ein Abendblatt des „Vorwärts“ erscheinen zu lassen, ist eingehend geprüft worden. Die Beratungen des Parteivorstandes und der berufenen Berliner Instanzen haben dazu geführt, daß die Berliner Parteigenossen selbst zu der Einsicht gekommen sind, von der Verwirklichung dieses Antrages vorläufig abzusehen. Ein anderer Antrag forderte ein Adressenverzeichnis, in dem neben den Adressen, die wir schon haben, noch die Verkehrslokale, die Adressen der Organisationsleiter usw. angegeben werden sollten. Diesen Antrag haben wir durch die herausgegebenen Materialien, die die Adressen der Bezirksleitung, der Parteisekretäre usw. aufweisen, als

erledigt angesehen. Es wurde dann weiter gefordert, daß eine eigene literarische Abteilung dem Parteivorstand angegliedert werden sollte, deren besondere Aufgabe es sein sollte, eine Ausgestaltung der Flugblätter, die Einrichtung einer Zentralregistratur usw. herbeizuführen. Der Parteivorstand ist dieser Frage in eingehenden Beratungen nähergetreten. Es sind Verhandlungen mit unseren Organisationsleitern und Pressevertretern in Rheinland und Westfalen geführt worden. Sie liefen darauf hinaus, daß vorläufig, speziell im Rheinland, zur Bearbeitung der Zentrumspolitik ein derartiges Bureau eingerichtet werden sollte. Es sollte bereits am 1. Januar nächsten Jahres in Tätigkeit treten. Durch unvorhergesehene Schwierigkeiten, die in der Sache selbst und in den Persönlichkeiten liegen, ist es nicht möglich, den Termin innezuhalten. Die Frage wird aber weiter verfolgt. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die Sache zur Verwirklichung kommt.

Den Anträgen auf gründliche Vorbereitung der Reichsversicherungsgesetze ist eingehend Rechnung getragen worden. Es sind Sachverständige aus allen Gauen des Reiches nach Berlin berufen worden, Sachverständige aus den Arbeiterorganisationen, die sich mit der Frage des Versicherungswesens eingehend bisher schon berufsmäßig zu beschäftigen hatten. Die Anregungen der Sachverständigenkommission sind nachher von dem engeren Ausschuß, der eingesetzt worden ist, in Verbindung mit den Mitgliedern unserer Reichstagsfraktion durchgearbeitet worden. Es ist hier ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden. Wir haben im schriftlichen Bericht unsere Anerkennung der Tätigkeit dieser Genossen ausgesprochen, und ich wiederhole diese Anerkennung an dieser Stelle.

Weiter hat der Leipziger Parteitag bekanntlich den Beschluß über den Schnapsboykott gefaßt, der den Schnapsbrennern außerordentlich unangenehm geworden ist. Zu unserer großen Freude ist eine weitgehende Einschränkung des Schnapskonsums, die Folge des Leipziger Beschlusses, festzustellen gewesen. Wir haben uns aber gegenüber den Anträgen jener Parteigenossen, die sich zur völligen Abstinenz aller geistigen Getränke durchgerungen haben, und die von der Parteileitung viel weitergehende Maßnahmen verlangten, als sie dem Leipziger Entschluß entsprachen, abwehrend verhalten. Wir können uns nicht auf den Weg drängen lassen, die Abstinenzfrage zu einer Parteifrage machen zu lassen, wir können die Abstinenzfrage nur als eine Erziehungsfrage ansehen und behandeln, indem wir durch fortwährende Belehrung und Aufklärung der Arbeitermassen dazu beitragen, daß die Enthaltsamkeit von alkoholischen Getränken immer größere Anerkennung findet und wenn damit schließlich völlige Abstinenz erreicht wird, so wird die Parteileitung das ebenfalls mit großer Freude begrüßen.

Was den Ausbau der Organisation anlangt, so kann ich mitteilen, daß, nachdem wir uns in Jena eine festgegliederte Organisation gegeben haben, jetzt von den 397 Reichstagswahlkreisen 381 mit der Parteileitung im innigen Konnex stehen. Nur mit 2 Kreisen sind organisatorische Beziehungen nicht vorhanden und sie werden sich wohl auch einstweilen nur auf die einzelnen zerstreut dort wohnenden Parteigenossen erstrecken. In den Begrüßungsreden ist schon auf die hohe Zahl derer, die heute in unseren Wahlvereinen organisiert sind, hingewiesen worden. Wir haben gegenwärtig rund 720 000 eingeschriebene Mitglieder in sozialdemokratischen Wahlvereinen, das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 87 000, woran die weiblichen Mitglieder mit 20 000 beteiligt sind. Betrachten wir den Prozentsatz unserer Mitgliederzahl in den Bezirken zur Zahl der sozialdemokratischen Wählerstimmen, so haben wir eine Skala, die von 4,34 im Elsaß bis zu 38,29 im Hamburger dritten Wahlkreis läuft. Das ist gewiß eine organisatorische Arbeit von großer Bedeutung, aber es weist auch darauf hin, was noch zu leisten ist. Die Loblieder auf den

guten Ausbau unserer Organisationen in den Begrüßungsreden werden uns also nicht dazu verleiten, nun etwa die Hände in den Schoß zu legen und die Entwicklung der Dinge ruhig abzuwarten, nein, wir wissen, welche außerordentliche organisatorische und agitatorische Tätigkeit wir noch zu leisten haben. Unsere Partei, deren Endziel die Beseitigung der auf Privatbesitz an den Produktionsmitteln beruhenden bürgerlichen Gesellschaft ist, muß die Organisation so ausbauen, daß sie die absolute Mehrheit der Wähler in der Mehrheit der Wahlkreise als Mitglieder besitzt. (Sehr richtig!) Dann ist unsere Organisation erst unüberwindlich. Es ist noch ein gewaltiges Stück Arbeit, aber es muß geleistet werden. Eine wesentliche Etappe vorwärts in der Ausbreitung unserer Bewegung hat uns die Entwickelung der Jugendorganisationen gebracht. Das Wort: Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, erfüllt uns mit stolzer Hoffnung.

Wir haben bereits in 360 Orten Jugendausschüsse und in 314 Orten Bildungsausschüsse, die alle zum Ziele haben, die Jugend zu tüchtigen Sozialdemokraten zu erziehen. In 109 Orten bestehen Kinderschutzkommissionen. Um die Agitation planmäßig und mit Unterstützung und im Einverständnis mit den Genossen im Lande durchzuführen, werden entsprechend früheren Anregungen der Genossen in umfangreichem Maße Konferenzen abgehalten mit den Bezirksleitungen, den Landesvorständen, anderweit mit den Parteisekretären und Redakteuren. Dazu kommen die Konferenzen der Geschäftsleitungen unserer Druckorte, die noch dahin eine Erweiterung erfahren werden, daß in Zukunft einem Wunsche der in unseren Offizinen beschäftigten Arbeiter Rechnung getragen wird, mit zu derartigen Verhandlungen herangezogen zu werden. Die Form, in der dem Wunsche der Beschäftigten Rechnung getragen werden soll, ist noch eine offene.

Wir haben im Januar dieses Jahres eine Konferenz der Landesvorstände und der Bezirksleitungen abgehalten, auf der die vielumstrittene, in bestimmten Parteikreisen mit außerordentlicher Wärme erörterte Frage der Einberufung einer Frauenkonferenz gelegentlich des diesjährigen Parteitages erörtert wurde. Es war einmütig die Auffassung vorhanden, die Konferenz auf ein Jahr zu vertagen. Weiter haben wir über den Ausbau der Jugendbewegung beraten; es werden ja, wie es die Natur solcher Konferenzen ergibt, nicht majorisierende Beschlüsse dort gefaßt, sondern es wird versucht, möglichst ein einmütiges Einverständnis aller Teilnehmer zu erzielen. Ein solches Einverständnis ist auch erzielt in der Frage der Ausdehnung der Organisation der Land- und Waldarbeiter und auf die Binnenschiffer.

Um ein einigermaßen annäherndes Bild über das zu geben, was in bezug auf die Jugendaufklärung getan ist, teile ich mit, daß an Flugblättern, die sich an die Eltern der proletarischen Jugend wandten, 500 000 verbreitet sind, daß ein Liederbuch, getragen vom Geiste unserer Ideen, in 30 000 Exemplaren verbreitet ist, und daß Broschüren über den Jugendschutz und zur Aufklärung über die bürgerliche Jugendbewegung in hervorragendem Maße verbreitet sind. Für die von den Genossen sonst noch betriebene rastlose agitatorische Tätigkeit einige Belege. Abgehalten wurden 29 826 Mitglieder-Versammlungen, denen sich 13 814 öffentliche Versammlungen anreihten; Sie sehen also, in wie überwiegendem Maße die sozialdemokratische Partei in Deutschland der Träger des öffentlichen politischen Lebens ist. (Sehr richtig!) Verbreitet wurden 23 162 000 Flugblätter und 2 545 000 Broschüren und Agitationskalender. Wenn Sie diese Zahlen hören, werden Sie begreifen, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie außerordentlich in die Wolle gerät, weil seine Schundliteratur auch nicht annähernd die Verbreitung finden kann wie die sozialdemokratische Aufklärungsliteratur, die durch die

freiwillige Tätigkeit der Parteimitglieder verbreitet wird. Der Reichsverband klagt in den beweglichsten Tönen darüber, daß er unter Umständen nicht einmal unterscheiden kann, ob nicht die mit dem Austragen seiner Flugblätter beauftragten Personen Sozialdemokraten sind, die die Arbeit nicht in seinem Sinne verrichten (Heiterkeit), und er führt darauf die geringen Erfolge zurück. Beherrscht wurde die Agitation im verflossenen Jahre hauptsächlich durch Veranstaltungen gegen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung, durch die Wahlrechtsbewegung und durch die Wahlbewegungen bei den Nachwahlen zum Reichstag und den Landtagswahlen in Meiningen, Baden, Sachsen, Hamburg, Lübeck, Berlin, Sachsen-Altenburg, Weimar und Württemberg. Ueberall war ein siegreicher Vormarsch der Partei zu verzeichnen. In Baden gewann sie 20 Sitze, davon die Hälfte in der Stichwahl durch das Wahlbündnis mit den Liberalen. In Sachsen fielen uns 25 Mandate zu, trotz des durch die famose Wahlrechtsreform geschaffenen Vierklassenwahlrechts, in Meiningen eroberten wir zu unseren 7 Sitzen 2 neue, in Altenburg 4 neue zu den seitherigen 3 Sitzen; von den 4 kassierten Berliner Mandaten wurden 3 mit erhöhten Wahlmännerziffern zurückerobert, während das vierte in Moabit verloren ging. Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten stieg im Berichtsjahre von 140 auf 186, die sich auf 19 Bundesstaaten verteilen.

Bei den allgemeinen Nachwahlen zum Reichstag kam die Erbitterung der Wähler über die Reichspolitik drastisch zum Ausdruck. Während die bürgerlichen Parteien 49 800 Stimmen einbüßten, gewannen wir 26 337 Stimmen gegen die Wahlen von 1907 in den betreffenden Kreisen. Von den 8 bei den Nachwahlen eroberten Mandaten war eines von uns zu verteidigen, ein anderes hatten wir 1907 verloren und 6 neue sind gewonnen worden. Die Wirkungen der famosen Reichsfinanzreform, das Steigen aller Lebensmittelpreise, insbesondere der Fleischpreise, der Uebermut agrarischer Raffgier, das Versagen jeder freiheitlichen Wahlreform in Preußen hat die Unzufriedenheit weit über den Parteirahmen der Sozialdemokratie hinaus in die weiten Schichten der Bevölkerung getragen, die nun in einem Machtzuwachs unserer Partei zum Ausdruck kommt. Die Partei muß alle Kräfte anspannen, um in dem kommenden, vor uns liegenden Geschäftsjahr alle Vorbereitungen zu treffen, um die erfolgreiche Ausnutzung der uns günstigen politischen und wirtschaftlichen Situation zu sichern.

Die intensive allgemeine Agitation, wie insbesondere die bei der Wahlrechtsbewegung und bei den Nachwahlen sowie auch bei den Landtagswahlen, kam der Parteipresse hervorragend zugute. Ueberall stiegen die Abonnentenziffern. Immer größere Volkskreise werden in den Bann unserer Ideen gezogen. Mit Genugtuung kann festgestellt werden: unsere Presse steht jetzt auf gesicherter Grundlage und ist ein festes Bollwerk und eine tüchtige Angriffswaffe im proletarischen Befreiungskampf. Von den 73 Tageszeitungen, über die wir verfügen, brauchen nur noch 26 von der Partei Subventionen und hauptsächlich solche, die in noch zu erschließenden Gebieten des Reiches erscheinen, die aber nicht vernachlässigt werden dürfen, sondern gerade aus diesem Grunde besonders bevorzugt werden müssen.

Den Wünschen der Genossen, die „Neue Welt“ auszugestalten, ist Rechnung getragen worden durch Einführung aktueller Illustrationen. Diese Neuerung ist freudig aufgenommen worden.

Der Versuch, die Genossen wöchentlich mit einem Witzblatt zu versorgen, hatte nicht den gehofften Erfolg. Der vom Genossen Ernst-München übernommene „Postillon“, der abwechselnd mit dem „Wahren Jacob“ alle 14 Tage herausgegeben wurde, brachte es nicht auf die Höhe, die seine Existenz materiell gesichert hätte. Wir haben deshalb am Schlusse des Berichtsjahres das Blatt

wieder eingehen lassen müssen. Die erforderlichen Zuschüsse rechtfertigten nicht das weitere Erscheinen des Blattes.

Um den agitatorisch und organisatorisch tätigen Genossen Anregung zur Vertiefung in die Wissensgebiete zu geben, erhalten die Organisationen eine Vereinsausgabe der „Neuen Zeit" zum Preise von 14 Pfennigen zwecks Ausgabe an die Funktionäre der Partei.

Der Parteivorstand hat der Anregung, das Organ für blinde Genossen zu unterstützen, stattgegeben; es erscheint viermal jährlich und erfreut sich außerordentlicher Beliebtheit unter den Blinden. Sie sehen, wie selbst die, die ihr Leben in ewiger Nacht verbringen müssen, das Bedürfnis haben, von den befreienden Ideen des Sozialismus geistig erhellt zu werden.

Der Anregung, die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" auszugestalten, ist Rechnung getragen. Der Kreis derjenigen, die sich ihrer als Quellenmaterial bedienen, vergrößert sich andauernd. Es laufen fortwährend Anträge beim Parteivorstand ein, weitere Exemplare abzugeben. Ich möchte jedoch hier darauf hinweisen, daß die „Parteikorrespondenz" nur unentgeltlich, aber auch nur unter Verantwortung der Organisationen abgegeben wird. Anträge auf Lieferung, die nicht von vornherein die Befürwortung und Begutachtung der Organisationen haben, können deshalb nicht so ohne weiteres berücksichtigt werden.

Auch dem Ausbau des Pressebureaus wird unter ständiger Mitarbeit des Beirates dauernd die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Zeit und Uebung wird dabei die beste Lehrmeisterin sein. Wir hoffen, durch bereits geschaffene organisatorische Aenderungen die noch vorhandenen Schwierigkeiten beheben zu können.

Höchst erfreulich ist das Bestreben der Genossen, ihre agitatorische Tätigkeit dadurch zu erhöhen, daß sie unablässig danach trachten, ihr eigenes Bildungsniveau zu heben. Der Zentralbildungsausschuß hat in seiner Tätigkeit allenthalben Verständnis und Anteilnahme gefunden.

Es ist erstaunlich, wie die Genossen, die um ihren Lebensunterhalt hart kämpfen müssen, sich dabei noch der anstrengendsten Agitationsarbeit widmen, mit Lust und Hingebung an der Ausfüllung ihrer Bildungslücken arbeiten und große Opfer an Zeit und Geld dafür bringen. Zurzeit bestehen schon in 187 Orten Bildungsausschüsse, von diesen berichten 150 über die verwandten Mittel, die im Berichtsjahre die stattliche Summe von 500 000 Mk. ergeben haben. Vortragskurse wurden 272 abgehalten, die auf 189 Orte entfallen. Unterrichtskurse wurden in 12 Orten, der Zahl nach 18, abgehalten. Wissenschaftliche Einzelvorträge wurden in 262 Fällen in 132 Orten veranstaltet. In gleichem Maße finden die künstlerischen Veranstaltungen eine günstige Aufnahme. Dichterabende, Rezitationsabende, musikalische Veranstaltungen, künstlerische Feiern erzielen immer ausverkaufte Häuser. Die wissenschaftlichen Wanderkurse wurden von den Genossen Duncker, Rühle, Borchardt und Graf geleitet. Es wurden an 115 Orten 128 Kurse abgehalten, die sich aus 682 Vorträgen zusammensetzten. An ihnen nahmen 24 000 Personen teil, gegen 8900 im Vorjahre. Sie sehen daraus, in welchem gesteigerten Maße das durch unsere Anregungen geweckte Bedürfnis sich geltend macht. Um den finanzschwachen Kreisen ebenfalls die Veranstaltung von Wanderkursen zu ermöglichen, können sie, auf begründeten Antrag hin, von der Honorarzahlung entbunden werden.

Die Parteischule hat im vierten Jahre ihre ersprießliche Tätigkeit entfaltet. In diesen vier Perioden sind 117 Schüler ausgebildet worden, die in reger agitatorischer Tätigkeit der Partei das vergelten, was sie ihnen mit der Bereicherung ihres Wissens Gutes getan hat.

Auch die von dem Frauenbureau geleitete Agitation unter den Frauen hat reichen Gewinn gebracht. Die Steigerung unserer Mitgliederzahl ist auch bei den Frauen um 20 000 in die Erscheinung getreten. Wir haben jetzt 82 642 Genossinnen, die als eingeschriebene Mitglieder der Partei angehören. Die Werbearbeit unter den Frauen wurde in 41 Agitationstouren geleistet. Der Abonnentenstand der „Gleichheit" deckt sich fast vollständig mit der Zahl unserer weiblichen Mitglieder. Von tiefem sozialen Empfinden getragen sind die von den Genossinnen eingerichteten Kinderschutzkommissionen, die jetzt schon in 109 Orten ihre segensreiche Tätigkeit entfalten. Der Boden, der hier beackert wird, ist ein harter. Es sind viele Hindernisse zu überwinden, die vielfach in dem Unverstande der Angehörigen der Kinder ihre Ursache haben. Es ist keine leichte Aufgabe, da Wandel zu schaffen. Bezüglich der wesentlichen Unterstützung der Agitation durch die Buchhandlung „Vorwärts" sowie durch unseren Stuttgarter Verlag verweise ich auf den gedruckten Bericht.

Der am 3. Januar d. J. einberufene preußische Parteitag leitete erneut die Wahlrechtsbewegung ein. Kam für dieselbe auch hauptsächlich Preußen in Frage, so war sie doch auch für die meisten norddeutschen Bundesstaaten brennend geworden. Deshalb setzte die Bewegung auch in Mecklenburg, Braunschweig und in den Hansestädten mit Vehemenz ein. Die durch die Wahlbewegung hervorgerufene außerordentlich intensive Agitation hat es fertig gebracht, die Aufmerksamkeit jener anderen großen Organisationen, wie des Bundes der Landwirte, des Zentralverbandes der Industriellen und nicht zuletzt des Hansabundes, wieder auf die sozialdemokratische Agitation zu lenken. Wir können sicher sein, daß alles, was irgendwie durch die Macht des Geldsacks und durch Korruption in der deutschen Politik geleistet werden kann, auch von diesen drei bürgerlichen Organisationen getan werden wird. Der Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen Industriellen wies auf einer Generalversammlung dieses Verbandes darauf hin, daß sie gerüstet seien, ihre Kassen seien voll. Demgegenüber können wir die Sache ganz ruhig an uns herankommen lassen und kühl erklären: auch wir sind gerüstet! auch unsere Kassen sind gefüllt, wenn es notwendig ist, sie gebrauchen zu müssen. (Beifall.) Aber wir haben noch etwas anderes, worüber unsere Gegner nicht verfügen. Unsere Parteigenossen haben noch einen Idealismus und einen daraus entspringenden gesunden Opfermut, der die bei uns vorhandenen materiellen Mittel, das kann ich kühnlich behaupten, in zehnfache Potenz erhebt, so daß die bürgerlichen Parteien damit nicht in Konkurrenz treten können. (Beifall.)

Ich habe nun noch, ich möchte behaupten, die gebieterische Pflicht, darauf hinzuweisen, daß dem Parteivorstand wegen seines Verhaltens in der Wahlrechtsbewegung Vorwürfe gemacht worden sind, er habe, statt den Massen neue Mittel des Kampfes im Wahlrechtsstreit zu geben, die Bewegung dadurch zum Abflauen gebracht, daß er verhindert habe, Mittel, wie das des politischen Massenstreiks, zu erörtern. Um jeder Legendenbildung die Spitze abzubrechen, erkläre ich, daß der Parteivorstand niemals eine solche Anweisung gegeben hat. Er hätte auch keine größere Dummheit begehen können, als eine solche Anregung zu geben. Denn dann hätte man doch die Stelle gehabt, auf die man alle Schuld, wenn man eine solche konstruieren will, abwälzen konnte. Die Parteikreise, die so leichthin gegen den Vorstand Vorwürfe erhoben haben, er hätte die revolutionäre Energie der Masse nicht in die richtigen Bahnen geleitet, scheinen die Vorwürfe vergessen zu haben, die auf früheren Parteitagen erhoben wurden. Sie gingen immer dahin, daß der Parteivorstand zu wenig Fühlung mit den Genossen nähme. Es hieß immer: er treffe seine Maßnahmen viel zu selbstherrlich, ohne die Genossen zu hören. Ich habe schon darauf hingewiesen, welche Konferenzen wir abhalten, um in steter Fühlung mit den

Parteigenossen zu bleiben. Auch in der vorliegenden Frage haben wir so gehandelt. Der Parteivorstand, der in seiner Eigenschaft auch Mitglied der preußischen Landeskommission ist, hat in der Wahlrechtsbewegung alles, was er getan hat, im vollen Einverständnis mit den für diese Frage in Betracht kommenden Instanzen getan. Die Unkenrufe, die darauf hinausliefen, der Parteivorstand sei der Situation nicht gewachsen, konnten daher auch keine Resonanz in der Partei finden. Der Parteivorstand ist immer in enger Fühlung mit den betreffenden Instanzen geblieben. Dasselbe war der Fall, wenn es galt, Maßnahmen zu treffen, die die gesamte Arbeiterklasse berührten, und die über den Rahmen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen hinaus die gesamte Arbeiterschaft in Mitleidenschaft ziehen mußten, wenn sie den Effekt haben sollten, den man sich davon versprach. Wir haben mit den berufenen Instanzen Beratungen gepflogen über die Möglichkeit und Ausführbarkeit aller von uns geforderten Maßnahmen, und zwar mit den Instanzen, die die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen tragen. Stets ist dabei Einmütigkeit erzielt worden. Damit hat der Parteivorstand recht getan. Die von ihm geübte Praxis hat auch zur Folge gehabt, daß die Alarmtrompeten unbeachtet geblieben sind. Der Parteivorstand hat in der kritischen Zeit der hochgespannten politischen Situation das getan, was er tun mußte; er wird auch künftighin seine Maßnahmen im Einverständnis mit den berufenen Instanzen treffen. Das ist bisher zum Nutzen der Partei geschehen und wird auch weiter zum Vorteil sein, wenn der Parteivorstand fortfährt, im Einverständnis mit den genannten Instanzen zum Wohle der Partei zu handeln. (Lebhafter Beifall.)

Ebert-Berlin berichtet über die Kasse und die Presse: Genosse Dietz hat bereits gestern Abend mitgeteilt, daß unser Kollege Gerisch zu unserem größten Bedauern durch Erkrankung verhindert ist, den Kassenbericht vorzulegen. Es ist das das erste Mal, daß Genosse Gerisch während seiner langjährigen Tätigkeit vom Parteitage ferngehalten wird. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich den Wunsch ausspreche, daß Genosse Gerisch recht bald wiederhergestellt sein möge und in alter Frische seine verantwortungsvolle Tätigkeit wieder aufnehmen kann. (Beifall.) Der schriftlich vorgelegte Kassenbericht ist nach jeder Richtung hin so erschöpfend, daß ich in der angenehmen Lage bin, mich recht kurz fassen zu können. Genosse Gerisch konnte den vorjährigen Abschluß als einen besonders guten bezeichnen; von dem diesjährigen Abschluß kann das leider nicht gesagt werden. Die Mindereinnahme unserer Kasse beträgt rund 170 000 Mk. und die Mehrausgabe gegen das Vorjahr 194 000 Mk. Das ist gewiß nicht erfreulich, aber zu besonderen Besorgnissen liegt deshalb kein Anlaß vor, denn unser Finanzgebaren wird seiner ganzen Natur nach immer erheblichen Schwankungen ausgesetzt sein. Die Einnahmen waren im vergangenen Jahre auf Grund einer Reihe von zufälligen Umständen außerordentlich hoch. So waren zum Beispiel zwei Parteibezirke, die für den Stand unserer Finanzen von großer Bedeutung sind, und die in der Regel weit über ihren Pflichtbeitrag hinaus der Parteikasse Zuwendungen machen, in diesem Jahre nicht in der Lage, einen so hohen Beitrag abführen zu können wie im vergangenen Jahre. Dazu kommt, daß infolge der verschiedenen Landtagswahlen und besonders infolge der Wahlrechtskämpfe unsere Parteiorganisationen im Lande finanziell stark in Anspruch genommen worden sind. Es ist weiter zu beachten, daß zum Beispiel unsere Einnahmen aus dem Konto „Norddeutsche Wasserkante", „X Y Z" im vergangenen Jahre um 74 000 Mk. höher waren als in diesem Jahre. Und die Spannung in unserem Darlehnskonto, die vergangenes Jahr 35 000 Mk. betrug, beziffert sich in diesem Jahre auf 100 000 Mk. An das Darlehnskonto knüpfen ja unsere Gegner immer an und versuchen daraus Vorwürfe gegen die Partei abzu-

leiten. Ich will deshalb auch hier noch einmal ausdrücklich erklären, daß unter dem Darlehnskonto nur Posten laufen, die Parteiorganisationen zu besonders wichtigen Aktionen, oder aber unseren Parteiunternehmungen bei Erweiterung der Betriebe gegeben werden. Da unsere Parteipresse erfreulicherweise gerade in dem letzten Jahre einen außerordentlichen Fortschritt gemacht hat und daher vielfach zu Betriebserweiterungen geschritten werden mußte, sind natürlich auch die Ausgaben des Darlehnskonto erheblich gestiegen. Im ganzen aber handelt es sich hier um Erscheinungen, die höchstwahrscheinlich bei dem nächstjährigen Kassenabschluß schon wieder ausgeglichen werden können. Mit der Steigerung unserer Ausgaben werden wir allerdings fortdauernd rechnen müssen. Der Kampf muß heute auf allen Gebieten mit großer Intensität geführt werden; er stellt uns fortgesetzt vor neue Aufgaben und das bedingt natürlich erhöhte Anforderungen an die Zentralkasse. Es muß daher unseren Parteiorganisationen im Lande immer und immer wieder zur Pflicht gemacht werden, ihre Beiträge an die Zentralkasse pünktlich und gewissenhaft abzuführen. Es ist ja nach der Richtung hin schon eine wesentliche Besserung eingetreten, insbesondere seit Schaffung unserer Neuorganisation in Jena. Während im Jahre 1906 170 Wahlkreisorganisationen Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben, waren es im letzten Jahre 335 (Bravo), und eine größere Anzahl von Kreisen hat sich noch nachträglich auf seine Pflicht besonnen. Bei all dieser erfreulichen Entwickelung darf aber nicht verkannt werden, daß es sich bei der Abführung der Beiträge in der Regel nur um Pflichtbeiträge, d. h. um die Mindestbeiträge handelt. Leider stehen die Dinge heute noch so, daß die Beiträge der Parteiorganisationen an die Zentralkasse auch nicht annähernd die Gesamtausgaben decken. Die Einnahmen aus Beiträgen der Organisationen betragen nur die Hälfte unserer gesamten Einnahmen, die Zentralkasse ist also nach wie vor immer noch in hohem Maße auf besondere Zuwendungen angewiesen. Deshalb müssen die Parteiorganisationen und, wie ich besonders hervorheben möchte, auch unsere Parteiunternehmungen dringend gebeten werden, nach dem Beispiel unserer Hamburger und Berliner Genossen, soweit wie möglich der Zentralkasse über die Pflichtbeiträge hinaus finanzielle Zuwendungen zu machen.

Unter diesen Umständen müssen wir dringend bitten, eine Aenderung an der erst im vorigen Jahre vorgenommenen Regelung der Beitragsabführung an die Zentralkasse nicht vorzunehmen. Wir wissen wohl, daß in einigen mittleren Wahlkreisen, die mit ganz besonders gelagerten Verhältnissen zu rechnen haben, es bei der Beitragsabführung an die Zentralkasse zu geringen Schwierigkeiten gekommen ist. Der Parteivorstand war aber sofort bereit, diese Schwierigkeiten auszugleichen und ich glaube sicher sagen zu dürfen, daß auch der künftige Parteivorstand so verfahren wird. Es liegt deshalb um so weniger Anlaß zur Aenderung der erst im vergangenen Jahre beschlossenen Regelung vor. Hier muß noch weitere Erfahrung abgewartet werden und sollten sich wirklich größere Schwierigkeiten ergeben, dann, glaube ich, wird der Parteivorstand selbst keinen Augenblick zögern, eine Aenderung dieser Bestimmung zu veranlassen.

Es ist mehrfach der Wunsch geäußert worden, daß wir neben den zahlenmäßigen Angaben über den Mitgliederstand unserer Parteiorganisation auch ein Bild über die Finanzgebarung der Organisationen geben sollen. Die Berichterstattung der Wahlkreisleitungen an die Zentrale hat sich nur langsam eingelebt, insbesondere unsere Kassierer, die ja in der Regel sehr zugeknöpfte Leute sind, haben sich nach der Richtung hin ziemlich zurückhaltend gezeigt. Aber es muß gesagt werden, daß nicht allein die Berichte über die Organisationsverhältnisse heute befriedigen, sondern auch bei der Bericht-

erstattung über das Kassenwesen der einzelnen Organisationen eine wesentliche Besserung eingetreten ist. 340 Wahlkreisorganisationen haben uns in diesem Jahre Kassenberichte eingeschickt und wenn wir die Zuschüsse der Zentralkasse an die Wahlkreise und die Beiträge, die die Wahlkreise an die Zentrale abführten, außer Acht lassen, denn darüber gibt ja unserer Bericht Auskunft, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Diese 340 Wahlkreise hatten im letzten Geschäftsjahr eine Einnahme von 3 352 352 Mark. Unter diesen Einnahmen befinden sich u. a. an Beiträgen der männlichen Mitglieder 2 265 203 Mark, Beiträge der weiblichen Mitglieder 98 566 Mk. Außerordentliche Einnahmen 675 150 Mk. und Zuschüsse von den Bezirks- und Landesorganisationen 63 723 Mk. Die Ausgaben dieser 340 Wahlkreisorganisationen betrugen 2 746 022 Mk. und zwar befinden sich darunter u. a.: Gemeindewahlen 53 327 Mk., Landtagswahl 129 090 Mk., Reichstagswahlen 52 155 Mk., allgemeine Agitations- und Bildungszwecke 637 439 Mk., Strafen- und Prozeßkosten 36 654 Mark, Zuschüsse an die Bezirks- und Landesorganisationen 445 044 Mk. und sachliche und persönliche Verwaltungskosten 327 205 Mk. Am Schlusse des Geschäftsjahres hatten diese 340 Wahlkreisorganisationen einen Kassenbestand von 489 048 Mark. Dazu kommen noch 112 367 Mark als Bestand der Landes- und Bezirkskassen. Ich glaube, daß diese Zahlen zusammen mit dem Bericht der Zentralkasse dartun, daß überall im ganzen Lande unsere Organisationen nicht allein äußerlich erstarkt, sondern auch innerlich finanziell gekräftigt worden sind.

Nun noch einige Worte zum Bericht über den Stand der Parteipresse. Im Laufe des letzten Geschäftsjahres ist nur ein Parteiblatt eingegangen, das dreimal wöchentlich erscheinende „Offenburger Volksblatt“; dagegen sind mehrere neue Blätter erschienen, so die „Neue Donaupost“ in Regensburg und das „Bayerische Wochenblatt“ in München. Die Partei besitzt heute 73 Tageszeitungen, außerdem erscheinen 2 Blätter dreimal wöchentlich, eins zweimal und eins einmal wöchentlich. Hierzu kommt noch die alle 14 Tage erscheinende „Gleichheit“. Zusammen also 78 Parteiblätter. In den letzten Jahren hat unsere Parteipresse und ihre Entwickelung unter den Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis sehr zu leiden gehabt. Im Jahre 1908 hatten wir in einer ganzen Anzahl von Bezirken Verluste an Abonnenten zu verzeichnen, die nur ausgeglichen werden konnten durch den Gewinn in anderen Bezirken. Die Zunahme der Abonnenten im Jahre 1908 betrug daher nur 11 582. Im Vorjahre hatten wir sogar einen Verlust von 19 791 Abonnenten. Das letzte Jahr zeigt dagegen einen recht erfreulichen Fortschritt. Nur 3 Zeitungen haben einen geringen Verlust von Abonnenten aufzuweisen, alle übrigen haben zum Teil sehr erhebliche Zunahme an Abonnenten zu verzeichnen. Wir hatten im Jahre 1909 1 041 498 Abonnenten, am Schlusse 1910 1 160 016. Das ist eine Zunahme von 118 518 Abonnenten. (Bravo!) Die Einnahme aus Abonnements ist im letzten Jahre um 259 000 Mk. gestiegen und die Einnahme aus Inseraten um 616 000 Mk. Wir haben also, außer der schon von Pfannkuch hervorgehobenen sehr erfreulichen Zunahme von Mitgliedern unserer Parteiorganisation in Höhe von rund 86 000, auch einen Gewinn an Abonnenten von 118 518 zu verzeichnen. Das zeugt von fleißiger und erfolgreicher Parteiarbeit, wofür der rastlosen und mühevollen Kleinarbeit unserer Parteiorganisationen besonders Anerkennung gezollt werden muß. Selbstverständlich ist bei der Zunahme unserer Abonnentenzahl auch die Gunst der politischen Verhältnisse mit in Betracht zu ziehen. Durch die Steuerausplünderung und vor allem infolge der Wahlrechtskämpfe sind Scharen von Proletariern, die uns bisher gleichgültig oder gar feindlich gegenübergestanden haben, unseren Organisa-

tionen zugeführt worden und unserer Parteipresse ist der Eingang erleichtert worden in die Hütten von Hunderttausenden von Proletariern. Wenn wir uns dieser Erfolge erfreuen können, so dürfen wir aber nicht vergessen, daß immer noch weite Schichten des Proletariats uns fremd gegenüberstehen, die für unsere Organisation, für unsere Sache gewonnen werden können, bei rastloser und treuer Parteiarbeit. Deshalb muß es angesichts der großen uns bevorstehenden Kämpfe unseren Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden, insbesondere im bevorstehenden Winter alle Kraft einzusetzen, um unsere Organisationen noch mehr als bisher auszubreiten, innerlich zu festigen und unserer Parteipresse möglichst weitgehende Verbreitung zu sichern. Wenn wir in dieser Hinsicht alle unsere Schuldigkeit tun, können wir frohen Mutes der Zukunft entgegensehen, dann werden wir uns nicht nur vorbereiten für die kommenden Reichstagswahlen, es wird auch künftigen Parteitagen berichtet werden können über gleiche Erfolge, die Etappen sind in unserem Vormarsch zu unserem großen Ziele! (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der **Kontrollkommission** erstattet

Kaden: Trotz der Aenderungen des Parteistatuts auf dem Leipziger Parteitage, wodurch ein großer Teil der Arbeiten der Kontrollkommission anderen Instanzen überwiesen worden sind, muß ich doch einige Zeit Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, da eine Anzahl älterer Sachen noch durch die Kontrollkommission zu erledigen waren. So stellte eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins Schweidnitz den Antrag, den Genossen Reinhold Seidel aus dem Wahlverein wegen schwerer verleumderischer Beleidigungen von Parteigenossen auszuschließen. Das eingesetzte Schiedsgericht konnte in dem Verhalten Seidels, der seine beleidigenden Aeußerungen in der Sitzung des Schiedsgerichts zum Teil zurücknahm, weder einen Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch eine ehrlose Handlung nach § 2 des alten Organisationsstatuts erblicken und lehnte daher den Antrag auf Ausschluß einstimmig ab. Die Kontrollkommission trat den Gründen des Schiedsgerichts bei und wies die Berufung zurück.

Dem Genossen Adolf Stasch-Breslau wurden Handlungen zur Last gelegt, welche eines Parteigenossen unwürdig sind. Auf einen Beschluß der Breslauer Parteigenossen wurde ein Schiedsgericht eingesetzt. Die Untersuchung ergab zum Teil das Unhaltbare der Behauptungen und das Schiedsgericht lehnte daher den Ausschluß mit der Begründung ab, daß die vorgebrachten Beweismittel nicht ausreichten, jedoch erkannte das Schiedsgericht mit Rücksicht auf die Vorgänge, die zeitlich weit zurückliegen, den Genossen Stasch zur Bekleidung von Parteiämtern für ungeeignet. Durch die Bezugnahme auf jene Vorgänge fühlte sich Genosse Stasch zum Parteigenossen zweiter Klasse degradiert und forderte Aenderung des Urteils, da ein Schiedsgericht nicht die Kompetenz habe, Rügen zu erteilen. Die Kontrollkommission beschloß, der Berufung stattzugeben und den fraglichen Absatz des Schiedsgerichts aufzuheben, da nach den Bestimmungen des Statuts vor der Aenderung durch den Leipziger Parteitag das Schiedsgericht seine Kompetenz überschritten.

Dem Genossen Paul Fiedler-Berlin wurde zur Last gelegt, wissentlich die Unwahrheit gesagt und dadurch die Genossen über seine Handlungen getäuscht, parteigenössische Mitglieder der freireligiösen Gemeinde Berlin des Betruges und der Unterschlagung bezichtigt, den Vorstand der Gemeinde bei der Behörde denunziert, in einer gegnerischen Zeitung die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht und in Versammlungen die Vertrauensmänner der Partei herabgewürdigt zu haben. Im sechsten Wahlkreis Berlin für diese Handlungen vor ein Schiedsgericht gestellt, konnte er den Beweis der Warheit nicht er-

bringen und wurde deshalb aus der Partei ausgeschlossen. Die Kontrollkommission konnte das Urteil der Schiedsgerichtskommission nur bestätigen und den Ausschluß aus der Partei für berechtigt erklären.

In dem Prozesse Rollwagen-Gottschling in Augsburg waren u. a. auch die Genossen Thiel, Greifenberg und Rebele als Zeugen geladen, welche unter Eid die Glaubwürdigkeit des Genossen Rollwagen bezweifelten, weshalb sie vor ein Schiedsgericht gestellt wurden; dieses erteilte den Genossen eine Rüge.

Der Genosse Rebele bestreitet dem Schiedsgericht das Recht, Rügen zu erteilen, und rief deshalb die Kontrollkommission an, dieselbe mußte sich nach Verlesung der vorliegenden Akten dem Rekurs anschließen und hob das Urteil des Schiedsgerichts auf.

Der Genosse Knöfler in Gößnitz war Lagerhalter im dortigen Konsumverein und wurde 1906 aus seiner Stellung entlassen. Entlassen wurde auch eine Verkäuferin. Die Mutter der letzteren und ein Angestellter des Konsumvereins haben sodann gegen die im Vorstande des Konsumvereins tätigen Genossen die Beschuldigung erhoben, sie hätten von Lieferanten Geschenke angenommen und zum Schaden des Konsumvereins mit den Lagerhaltern unter einer Decke gesteckt.

Der Vorstand klagte gegen die Urheber und Verbreiter dieser Beschuldigungen, welche den Beweis der Wahrheit nicht erbringen konnten, sondern sich auf das Zeugnis Knöflers beriefen. Knöfler war als Zeuge geladen, wurde aber nicht vernommen.

Knöfler wurde nun zum Vorwurf gemacht, sich als Zeuge angeboten zu haben, ja vielleicht sie zu den Verleumdungen angestiftet zu haben. Da die Verleumdeten führende Parteigenossen sind, wurde darin eine ehrlose Handlung erblickt und Knöfler vor ein Schiedsgericht gestellt, das aus den Verhandlungen die Ueberzeugung gewann, daß trotz hoher Wahrscheinlichkeit der strikte Beweis doch nicht erbracht sei dafür, daß Knöfler sich als Zeuge angeboten und zu den Beschuldigungen das Material geliefert habe. Das Gericht lehnte den Antrag auf Ausschluß aus der Partei ab.

Die Kontrollkommission trat diesem Urteil bei und wies die Berufung zurück.

In der Redaktion der „Gleichheit" sollte eine Sekretärin aushilfsweise auf 6 Monate eingestellt werden, von der Redaktion wurde Genossin Gewehr in Vorschlag gebracht, gegen die jedoch verschiedene Anschuldigungen erhoben wurden, die den Parteivorstand veranlaßten, den Vorschlag abzulehnen. Gegen diese Entscheidung und ihre Begründung wurde Beschwerde bei der Kontrollkommission eingelegt. Die Kontrollkommission fand die gegen die Genossin Gewehr erhobenen Anschuldigungen nach gründlicher Prüfung für ungerechtfertigt. Da aber die Angelegenheit praktisch vorläufig ihre Erledigung gefunden hatte, sah die Kontrollkommission davon ab, der Entscheidung des Parteivorstandes selbst entgegenzutreten.

Genosse Schröder-Britz wurde auf Antrag des Wahlvereins zu Britz und des Zentralvereins von Teltow-Beeskow-Charlottenburg wegen groben Verstoßes gegen § 2 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen. Schröder weigerte sich, den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages nachzukommen und seine Zugehörigkeit zu dem anarchosozialistischen syndikalistischen Metallarbeiterverband aufzugeben. Gegen dieses Urteil legte Schröder bei der Kontrollkommission Berufung ein. Die Kontrollkommission beschloß, die Berufung zurückzuweisen und das Schiedsgerichtsurteil aufrecht zu erhalten. Die Tatsache, daß Schröder einer Organisation angehört, die im grundsätzlichen Gegensatz zur Partei steht und diese bewußt in der gehässigsten Weise bekämpft,

erachtete die Kontrollkommission als hinreichend, den Ausschluß aus der Partei zu rechtfertigen.

1907 machte sich in Brakel eine Bewegung zugunsten der Lokalisten geltend, die auch zu einer Versammlung führte. Genosse Schlisio, welcher seit drei Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Kreisorganisation war, wurde beschuldigt, das Haupt der Bewegung zu sein und deshalb von der Kreisversammlung aus der Partei ausgeschlossen. Ein Schiedsgericht lehnte seinen Ausschluß ab, es verneinte die Schuldfragen und erteilte Schlisio nur in einem Punkt eine scharfe Rüge. Die Kreisorganisation legte gegen den Schiedsspruch Berufung an die Kontrollkommission ein. Die Kontrollkommission hob das Urteil des Schiedsgerichts auf, da ein Verstoß gegen den § 27 des Organisationsstatuts vorlag, und wies die Angelegenheit zur erneuten Prüfung an das Schiedsgericht zurück.

Der Genosse Adolf Geck teilte in einem Schreiben der Kontrollkommission mit, daß auf dem letzten badischen Parteitag der Genosse Süßkind-Mannheim die Beschuldigung erhoben habe, „Geck habe seine Stellung als Mitglied der Kontrollkommission benutzt, um die badische Parteigenossenschaft zu schädigen". Die Kontrollkommission erachtet diesen Vorwurf für gänzlich unbegründet, sieht aber davon ab, den Fall als eine Beschwerde zu erledigen, sie gibt dem Parteitag von der eingegangenen Zuschrift Kenntnis, um dem Genossen Geck die Möglichkeit zu verschaffen, eine Genugtuung zu erhalten. Zum Schluß habe ich noch zu erklären, daß die Kontrollkommission die ihr überwiesenen Revisionen sorgfältig vorgenommen und sowohl in Berlin als in Stuttgart alles in vortrefflicher Ordnung gefunden hat. Deshalb beantrage ich namens der Kontrollkommission, dem gesamten Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Bravo!)

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß die in der gedruckten Vorlage unter Agitation verzeichneten Anträge 4 und 5 zur Presse und Literatur, der Antrag 7 zur Budgetfrage, der Antrag 17 gleichfalls zur Budgetfrage und der Antrag 14 unter die sonstigen Anträge gehört.

Von den zur Organisation gestellten Anträgen 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 18 werden nur die Anträge 6, 8, 11, 16 und 18, von den Anträgen 23 bis 37, die sich auf die Presse und Literatur beziehen, werden nur die Anträge 24, 25, 26, 27, 29, 30, 32, 33, 34 und außerdem noch die vorher erwähnten Anträge 4 und 5 unterstützt.

Zunächst werden nur die Anträge zur Organisation zur Debatte gestellt.

Außerdem ist ein genügend unterstützter Antrag Böttger eingegangen, die Angelegenheit Geck-Süßkind der Beschwerdekommission zu überweisen.

Süßkind: Es ist schade, daß Kleinigkeiten hier auf dem Parteitage wieder das Präludium spielen sollen. Ich meine, daß die Anzapfungen, die ich dem Genossen Geck habe angedeihen lassen und deren Wahrheit ich auch beweisen werde, nicht auf den Parteitag gehören, schon deshalb, weil sonst aller mögliche Dreck hier bekannt würde. Ich befürworte deshalb die Ueberweisung an die Beschwerdekommission; dieser werde ich das Material zur Verfügung stellen.

Adolf Geck: Ich möchte Sie bitten, dem Antrage nicht stattzugeben. Wie Sie vom Vorsitzenden der Kontrollkommission gehört haben, ist an der gegen mich öffentlich erhobenen Anschuldigung kein wahres Wort. Die Kontrollkommission lehnt es einmütig ab, mir das Zeugnis auszustellen, ich hätte meine Stellung in der Kontrollkommission dazu benutzt, die badische Parteigenossenschaft zu schädigen. Nun sagt Süßkind, es schicke sich nicht, derartige

„Kleinigkeiten" vor dem Parteitag zu verhandeln; man müsse das hinter den Kulissen einer Beschwerdekommission vornehmen. Ja, Parteigenossen, derjenige, der diese Anschuldigung gegen mich erhoben hat, und zwar öffentlich auf einem Parteitage der sozialdemokratischen Partei Badens im letzten August, das war mein Genosse und Vorredner Süßkind. Wenn er also diese Anschuldigungen als „Kleinigkeiten" betrachtet, so hätte er als alter erfahrener Parteigenosse es vermeiden müssen, sie öffentlich auf einem Parteitag zu erheben (Sehr richtig!); er hätte aber damals, da er als Ankläger gegen mich auftrat, den Beweis gegen mich erbringen sollen und müssen, den er Ihnen jetzt erst durch Vermittelung einer Kommission vortragen will. Ich betrachte aber eine derartige Anschuldigung nicht als eine Kleinigkeit. Wenn man nun, ich weiß nicht wieviel Jahre schon, Mitglied der Kontrollkommission ist und nun nach so langer Zeit sich öffentlich einen derartigen Vorwurf gefallen lassen muß, so meine ich, sollte der Parteitag verlangen, daß die Tatsachen öffentlich dargelegt werden; ich habe nichts zu fürchten. Ich bitte Sie also, zu verlangen, daß Genosse Süßkind die Gründe, die ihn zu seinen schweren Anschuldigungen veranlaßt haben, in voller Oeffentlichkeit vorbringe. (Zustimmung.)

Walter-Höchst: Es ist immer ein heikles Ding, wenn man auf einem Parteitag an die Aenderung eines kaum erst zustande gekommenen Organisationsstatuts herantreten will, und insbesondere ist es eine unangenehme Sache, wenn man an dem Grundpfeiler der Organisation, an dem Prinzip der Abführung der Beiträge, rütteln will. Der Antrag 6 beabsichtigt derartiges; es ist aber eine Ehrenpflicht der Partei, denjenigen Genossen gegenüber, die als Opfer der kapitalistischen Produktionsweise Invalidenrentner geworden sind und deshalb ihre Beiträge an die ihnen so lieb gewordene Organisation nicht mehr leisten können, doch die Möglichkeit zu geben, Parteimitglieder zu bleiben. Sie wissen, wie schwer es diesen Armen wird, mit ihren Bettelpfennigen, welche die Invalidenrente darstellt, auszukommen, um so weniger sind sie imstande, die immer größer werdenden Parteibeiträge abzuführen. Denken Sie sich in die Situation eines alten braven Parteigenossen, der 10 bis 20 Jahre im Vordertreffen gestanden hat und der durch Krankheit und Siechtum um den Verdienst gekommen ist und nun wegen Nichtzahlung der Beiträge seine Parteizugehörigkeit verliert. Es wird gewiß kein Prinzip durchbrochen, wenn wir den einzelnen Mitgliedschaften die Möglichkeit geben, durch organisatorische Bestimmungen Maßnahmen zu treffen, daß die invalid gewordenen Genossen gegen einen ganz geringen Kontrollbeitrag ihre Mitgliedschaft behalten können. Ich bitte deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Dittmann-Solingen: Ich möchte zu den Anträgen 11 und 16 sprechen. Es mag auf den ersten Blick erscheinen, als wenn es sich hier um eine rein geschäftliche und formale Angelegenheit handele; in Wirklichkeit aber ist dies nicht der Fall. Erinnern Sie sich an die Situation, als die Organisationen in diesem Jahre zum Parteitag Stellung nahmen. Ueberall hat man es auf das lebhafteste bedauert, daß der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion noch nicht vorlagen. Man war nicht in der Lage, auf Grund des vom Parteivorstand und der Fraktion vorgelegten authentischen Materials eine eventuelle Kritik der Tätigkeit der Gesamtpartei und ihrer Vertretung im Reichstage vorzunehmen. Es fehlte die Grundlage für eine ersprießliche Diskussion. Es ist irrig, anzunehmen, daß es genüge, wenn der Bericht so früh herauskommt, daß ihn die Delegierten vor dem Parteitag lesen können. Auch die Auftraggeber der Delegierten sollen sich schon mit den Dingen beschäftigt und den Delegierten eine bestimmte Richtungslinie gegeben haben.

Erst wenn das geschieht, haben wir die Garantie, daß mancher Antrag, der eine bessere Aufnahme verdient, als er sie derzeit findet, auch gewürdigt wird, was gegenwärtig nicht der Fall ist, weil es an der genügenden Prüfung und Diskussion dieser Anträge fehlt. Es liegt mir fern, dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie den Bericht so spät erscheinen ließen. Es ist alles getan worden, um den Bericht so früh wie möglich unterbreiten zu können. Wenn es trotzdem nicht möglich ist, den Bericht eher zu geben, so liegt das eben an der Bestimmung, die der Leipziger Parteitag getroffen hat, daß das Geschäftsjahr von Juli zu Juli läuft. Wenn aber das Geschäftsjahr um ein Quartal verlegt wird, auf den 1. April, dann kann diesem Uebelstande abgeholfen und den Genossen die Gelegenheit zur vorherigen Diskussion der Berichte vor dem Parteitage gegeben werden. Es wäre auch unrichtig, anzunehmen, daß, wenn die Berichte mit dem 1. April abgeschlossen würden, die Angaben wesentlich veraltet wären. Wer die internen Organisationsverhältnisse kennt, der weiß, daß nur sehr selten das zweite Vierteljahr der Partei besondere Fortschritte über den Stand des 1. April hinaus bringt. Es kommen ja doch auch jetzt die Angaben, die das Urmaterial für den Parteivorstand bilden, so zustande, daß von den Organisationen meist das Material, das bis zum 1. April vorlag, dem Vorstande unterbreitet wird. Diese Frage berührt übrigens alle Bezirke des Reiches gleichmäßig, und darum sollten die Genossen überall für eine Aenderung eintreten. Natürlich kann es sich nicht darum handeln, auch beim Reichstagsbericht mit dem 1. April abzubrechen; dieser muß selbstverständlich die ganze Session umfassen; aber es handelt sich um das Geschäftsjahr der Organisationen draußen im Lande, und es würde dann dem Parteivorstande auch möglich sein, seinen Bericht, den ich damit durchaus nicht kritisieren will, noch weit besser auszugestalten. Ich vermisse seit Jahren Mitteilungen über die gesamten Mittel, die die Partei aufgebracht und die sie verwendet hat. Wir erhalten nur Berichte über die Hauptkasse, wissen aber nicht, was in den einzelnen Wahlkreisen vereinnahmt und wofür es im einzelnen verausgabt worden ist. (Ebert: Ich habe ja Daten über die einzelnen Wahlkreise mitgeteilt.) Doch nur allgemeine Angaben. Wenn der Parteitag gemäß dem Antrage 11 beschließt, dann sind auch die Solinger Antragsteller bereit, dem zuzustimmen. Ich bitte aber, wenigstens den Antrag 16 anzunehmen, der wünscht, daß die Verlegung des Geschäftsjahres bei der nächsten Revision des Parteistatuts in Erwägung gezogen wird. Persönlich möchte ich noch den Wunsch aussprechen, daß auch die Genossen aus den anderen Landesteilen auftreten und unser Verlangen aus ihrer Erfahrung unterstützen.

Genossin Gewehr-Elberfeld: Ich möchte den Antrag 8 begründen, der darauf hinausläuft, das Frauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen. Die Genossen in Elberfeld-Barmen sind der Meinung, daß das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Verhältnisse so geändert hat, daß das Frauenbureau nicht mehr der Situation entspricht. Wir sind nicht etwa der Meinung, daß es überflüssig ist, im Gegenteil. Die Tätigkeit des Vorstandes und unserer Beauftragten wird immer umfangreicher und komplizierter. Um den neuen Anforderungen zu genügen und unerquickliche Diskussionen zu vermeiden, wie sie in der „Gleichheit“ darüber geführt wurden, ob eine Frauenkonferenz stattfinden soll oder nicht, soll das Tätigkeitsgebiet unserer Beauftragten genau abgegrenzt werden, damit alle Genossinnen Bescheid wissen, wozu die Frauen befugt sind oder nicht. Es wäre dies eigentlich die Aufgabe der Frauenkonferenz gewesen, die in diesem Jahre leider nicht stattfindet. Um eine Reorganisation des Frauenbureaus herbeizuführen, wenden wir uns nun an den Parteitag, gerade weil uns in nächster Zeit neue

Aufgaben bevorstehen. Wir wollen, daß der Parteivorstand und das Frauenbureau planmäßig vorgehen, damit die Agitation noch erfolgreicher gestaltet wird. Selbst wenn der Parteitag dem Antrag nicht zustimmen sollte, so sind wir doch schon zufrieden damit, daß durch die Besprechung dieses Antrages die Frage in Fluß gebracht wird. Die nächste Frauenkonferenz wird sich dann eingehend mit dieser Frage zu befassen haben.

Neukirch-Breslau: Ich habe den Antrag 5 zu vertreten, der eine Agitationsbroschüre fordert. Es wird mir allerdings entgegengehalten werden, daß wir bereits viele Agitationsbroschüren haben und doch ist unser Antrag notwendig.

Vorsitzender **Dietz**: **Wir diskutieren jetzt nur über die Anträge zur Organisation.**

Rieger-Köln: Ich habe den Antrag 18 über die Jugendorganisation zu begründen. Der Parteivorstand soll mit der Generalkommission der Gewerkschaften erörtern, ob es nicht angebracht ist, die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen. Den Genossen, die an der Jugendkonferenz teilgenommen haben, ist der Antrag nicht neu. In Nürnberg wurde beschlossen, daß die Jugendausschüsse zu einem Drittel von der Partei, zu einem Drittel von den Gewerkschaften und zu einem Drittel von der freien Jugend bestimmt werden sollen. Die Jugendlichen stürmen nun aber darauf los. Sie glauben, daß sie zurückgesetzt sind und in einem 12gliedrigen Ausschuß, in dem sie vier Stimmen haben, immer majorisiert werden. Gewiß, die Jugend soll geführt werden, aber sie soll nicht wissen, daß sie geführt wird, denn wenn den vier Stimmen der Jugendlichen aber 8 andere gegenüberstehen, so glauben sie nicht mehr, daß sie geführt werden. Sie wollen sich ihre Rechte nicht verringern lassen. Wir wissen, daß in dieser Frage erst die Meinung der Gewerkschaften eingeholt werden muß. Wir verlangen also auch nur, daß der Parteivorstand im Interesse der jugendlichen Bewegung das Nötige tut, damit den geäußerten Wünschen Rechnung getragen wird. Es gibt schon einzelne Orte, wo die Wünsche der Jugendlichen erfüllt sind. Also kann man das auch anderswo tun. Man sollte den Jugendlichen die Hälfte der Stimmen geben. Wenn die Jugendlichen einen Fehler machen sollten, so ist immer noch die Möglichkeit da, das wieder gutzumachen.

Treu-Nürnberg: Ich möchte mich zunächst gegen den Antrag 6 wenden. Danach soll für invalide Parteimitglieder eine besondere Beitragsklasse geschaffen werden, von der Prozente an die Zentralkasse nicht abzuliefern wären. Ich halte die Durchführung dieses Antrags in größeren Orten, wo man die einzelnen Mitglieder nur durch die Kassierer kennt, für äußerst schwierig. Die Sache kann auch viel einfacher gemacht werden. (Sehr richtig!) Die Zahl der invaliden Mitglieder dürfte keine besonders große in den einzelnen Wahlkreisen sein und es wäre das einfachste, wenn die Organisation für solche invalide Mitglieder den Beitrag aus der Parteikasse bezahlt. (Sehr richtig!) Ebenso möchte ich mich gegen den Antrag Bremen wenden, der schon wieder das Geschäftsjahr verlegen will. Man sollte doch die jetzige Organisationsform sich erst einmal einleben lassen und nicht immer daran herumdoktern. Ich kann nicht glauben, daß es nicht möglich sein soll, die Berichte und Abrechnungen an den Parteivorstand rechtzeitig abzuliefern, es kommt nur darauf an, daß die richtigen Vorbereitungen und Einrichtungen getroffen werden. (Sehr richtig!) In einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen, die weitverzweigt sind, geht es heute ganz gut mit der Ablieferung der Abrechnungen und Berichte. Ich bitte Sie also dringend, diese Anträge abzulehnen; dagegen ließe sich reden über den Antrag Solingen, der nur will, daß dann, wenn

wiederum eine Aenderung der Organisation vorgenommen wird, diese Punkte mitberücksichtigt werden. Dafür könnte ich mich allenfalls erwärmen. — Den Antrag Barmen möchte ich sehr warm befürworten. Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß, nachdem wir nun eine einheitliche Organisation haben, in der männliche wie weibliche Mitglieder gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben, auch die Leitung eine einheitliche sein muß.

Ulrich-Frankfurt: Sachliche Gründe gegen die Anträge 11 und 12 hat mein Vorredner nicht vorgebracht. Ich möchte Sie dringend bitten, schon heute dazu überzugehen, das Geschäftsjahr am 31. März zu schließen. Den trefflichen Ausführungen Dittmanns in dieser Beziehung kann ich mich nur anschließen. Es kommt auch darauf an, daß die Parteigenossen durch die dadurch ermöglichte frühere Fertigstellung vor dem Parteitag über die Parteiverhältnisse unterrichtet sind. Weiter möchte ich den Antrag Höchst unterstützen. Wir erfüllen damit eine Ehrenpflicht. Ich weiß nicht, welche Schwierigkeiten der Vorredner in der Ausführung dieses Antrags sieht.

Ryssel-Leipzig: Ich warne vor einer Verlegung des Geschäftsjahres. Erst im vorigen Jahre hat sich das Organisationskomitee des längeren und breiteren über diese Frage unterhalten und die damals gegen eine Verlegung vorgebrachten Gründe sind auch heute noch maßgebend. Man hat den 1. Juli hauptsächlich deshalb festgelegt, weil der Parteitag im Herbst stattfindet, und die Daten dann noch nicht veraltet sind. Ganz entschieden weise ich die Behauptung des Genossen Dittmann zurück, daß die größeren Kreise die Angaben zum 1. Juli gar nicht bringen können, sondern, daß sie meist Angaben aus dem dritten Quartal machen. Ich bin Leiter einer der größten Organisationen, wir haben zirka 25 000 Mitglieder, die Organisation ist auf föderativer Grundlage aufgebaut, sie besitzt 58 Ortsvereine, die ihre Abrechnungen an mich einsenden müssen, und es ist mir möglich gewesen, in diesem Jahre bis zum 6. Juli sämtliche Abrechnungen zu bekommen. Allerdings gehört ein großes Stück Erziehungsarbeit dazu, auch die kleinen Organisationen soweit zu bringen, daß sie präzise arbeiten. (Sehr richtig!) Die großen Kreisorganisationen können die nötigen Angaben natürlich nur machen, wenn sie die Unterlagen haben, aber das läßt sich sehr wohl dadurch erreichen, daß wir die Ortsvereine anhalten, schon 8 Tage vor dem 1. Juli abzuschließen. Der 1. April als Anfang des Geschäftsjahres empfiehlt sich auch deshalb nicht, weil das für Organisationen, für die Bauarbeiter in Frage kommen, ein sehr unglücklicher Termin ist, denn dann beginnt erst wieder die Arbeit, und wir haben dann mit Schwierigkeiten zu rechnen. Dazu kommt, daß der 1. April auch Umzugstermin ist. Ich ersuche Sie also, die Anträge 11 und 12 abzulehnen, gerade im Interesse derjenigen Organisationen, die erst auf Beschluß des vorjährigen Parteitages ihr Geschäftsjahr verlegt haben. (Sehr richtig!) Diese Organisationen würden ja aus der Umänderung gar nicht herauskommen und überhaupt keine stabilen Verhältnisse schaffen können. Desgleichen wende ich mich gegen Antrag 6; ob den Kranken und invaliden Mitgliedern die Beiträge erlassen oder ermäßigt werden sollen, darüber müssen die Organisationen selbst entscheiden. (Sehr richtig!) Aber darauf kommt es den Antragstellern ja gar nicht an, der Antrag will nur bezwecken, daß die Mitglieder dann nicht gezählt werden bei der Ablieferung an die Parteikasse. Wenn das geschieht, dann hat der Parteivorstand keine Kontrolle mehr darüber, wieviel zahlende Mitglieder in Frage kommen. Wir kommen ganz gut mit den bisherigen Bestimmungen aus und brauchen die notwendigen Grenzen nicht zu verwischen. Ueber den Antrag 16 brauchen wir uns, wenn die Anträge 11 und 12 fallen, nicht mehr zu unterhalten, es könnte sich dann nur noch um eine Anregung an den Parteivorstand handeln, wenn es ihm möglich

ist, eventuell einen Teil seines Berichts früher herauszugeben. Das hängt natürlich von dem Termin der Einsendung der Berichte der Organisationen ab. Der Antrag 8 ist eine zwingende Notwendigkeit, das Frauenbureau ist ein Ueberbleibsel aus der früheren Organisationsform. Ich habe wiederholt mit Genossinnen gesprochen, die doch auch etwas verstehen, und da findet man oft einen Zwiespalt zwischen den von den Parteiorganisationen und den vom Frauenbureau arrangierten Veranstaltungen. Das würde vermieden werden, wenn wir eine einheitliche Leitung besäßen. Im Interesse der Organisation ersuche ich Sie, dem Antrage 8 zuzustimmen. (Bravo!)

Vorsitzender Dietz: Der Antrag 11 ist zurückgezogen. Ferner ist ein Antrag 83 eingegangen, der verlangt, daß die Parteikorrespondenz in je einem Exemplare auch den sozialdemokratischen Ortsvereinen zugestellt werden soll. Wie mir der Parteivorstand erklärt, geschieht das heute schon.

Der Antrag 83 wird genügend unterstützt.

Westkamp-Düsseldorf: Ich bitte Sie, den Antrag 6 abzulehnen. Der Parteitag kann sich damit nicht beschäftigen, das ist Aufgabe der einzelnen Landesorganisationen, der Bezirksorganisationen. Für sie ist es eine Leichtigkeit, festzulegen, ob die invaliden Parteigenossen nach wie vor Beiträge zahlen sollen, oder ob sie ganz oder teilweise davon befreit werden sollen. Im Wahlkreise Düsseldorf haben wir es so gehalten, daß wir Parteigenossen, die krank sind, oder die wegen politischer Vergehen inhaftiert sind, von der Beitragszahlung befreit haben. Hinsichtlich der Invaliden-Parteigenossen haben wir keine besonderen Maßnahmen getroffen. Das müssen die einzelnen Organisationen besorgen, wenn die Frage an sie herantritt. Den Antrag 8 halte ich für selbstverständlich, nachdem wir eine geschlossene Organisation haben und nachdem die Genossinnen sich der politischen allgemeinen Organisation anschließen können. Die einzelnen Wahlkreise sind ja verpflichtet, bei der Zusammensetzung des Vorstandes die Genossinnen zu berücksichtigen und arbeiten mit Erfolg mit diesen zusammen. Was im Kleinen geschieht, muß auch im Großen möglich sein, also auch beim Parteivorstande. Ich bitte, dem Antrag 8 zuzustimmen und dafür zu sorgen, daß Einheitlichkeit geschaffen wird. Ich bitte, dem Antrag 16 zuzustimmen, damit bei einer späteren Revision des Organisationsstatuts die geäußerten Wünsche, besonders die Dittmanns, berücksichtigt werden können. Antrag 83 verlangt, daß die Parteikorrespondenz auch dem sozialdemokratischen Ortsverein überlassen wird, das halte ich für überflüssig. Es liegt in der Hand der Parteiorganisation, zu beantragen, wieviel Exemplare der „Parteikorrespondenz" notwendig sind und wie sie verwendet werden sollen. Es ist Aufgabe der Parteiorganisation des Ortes, dafür zu sorgen, daß mit dem Material, das zur Verfügung gestellt wird, kein Unfug getrieben wird. Wie Sie aus dem Bericht des Parteivorstandes ersehen haben, haben wir neben der allgemeinen Organisation noch 2195 polnische Mitglieder. Ich halte diese Form der Organisation, daß wir eine besondere polnische Organisation in Deutschland haben, für ein Unding. Ein solches Zwitterding sollten wir nicht dulden. Der Parteivorstand muß dafür sorgen, daß diese Organisationsform von der Bildfläche verschwindet. Wir wollen eine einige sozialdemokratische Partei Deutschlands sein, da können wir nicht besondere Organisationsformen dulden. Soweit die polnischen Genossen Sozialdemokraten sein wollen, haben sie die Pflicht, sich der allgemeinen Organisation anzuschließen. Ich richte das Ersuchen an den Parteivorstand, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß diese Organisationsform verschwindet und wir nur eine einheitliche Organisation bekommen.

Es läuft ein Antrag ein, den Antrag 6 dahin zu ändern, daß er lautet: „Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, statutarische Bestimmungen

dahin zu treffen, daß Parteimitglieder, welche **im Sinne** (statt: auf Grund) der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes als dauernd invalid anerkannt sind usw."

Dittmann-Solingen: Gegenüber den Ausführungen der Genossen Treu und Ryssel bleibe ich dabei, daß es nicht allen Parteiorganisationen möglich ist, so rechtzeitig die notwendigen Angaben an den Parteivorstand einzuschicken, daß dieser seinen Bericht zeitig genug herausgeben kann. Es ist natürlich sehr billig, wenn die Vertreter einzelner großer, leistungsfähiger Organisationen hier damit prunken, was sie alles leisten können. Wir müssen aber unsere Maßnahmen treffen für den Durchschnitt unserer Organisationen. Es handelt sich hier nicht um eine rein formale geschäftliche Sache, sondern darum, daß unsere Organisationen in die Lage versetzt werden müssen, das authentische Material des Parteivorstandes zur Hand zu haben, wenn sie sich mit dem Parteitag beschäftigen wollen. Gerade diejenigen, die davon reden, man müsse die Organisationen erziehen, müssen für unseren Antrag stimmen. Man kann nicht besser die Genossen zu eifrigerer Tätigkeit anspornen, als dadurch, daß man sie hinweist auf die Erfolge in anderen Bezirken, wie sie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen sind. Ich glaube, daß in diesem Jahre in allen Wahlkreisorganisationen darüber geklagt worden ist, daß der Bericht des Vorstandes nicht vorlag. Dann soll man nun auch die Konsequenzen daraus ziehen. Ich bitte Sie darum dringend, dem Antrag Solingen zuzustimmen.

Damit **schließt die Debatte**.

Süßkind-Mannheim stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß er in Offenburg bei der Redezeit von 10 Minuten keine Zeit gehabt habe, die hingeworfene Bemerkung gegen den Genossen Adolf Geck zu begründen.

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Dietz**: Unser Genosse Gerisch hat, seit er in Amtstätigkeit ist, sämtliche Parteitage besucht. Diesmal ist er durch Krankheit verhindert. Ich möchte Sie bitten, daß wir auch unserm alten treuen Gerisch ein Telegramm schicken des Inhalts, daß der Parteitag ihn herzlich grüßen läßt und ihm baldige Genesung wünscht. (Lebhafter Beifall und allseitige Zustimmung.)

Von **auswärtigen Vertretern** ist noch eingetroffen: Franz Fischer aus Belgien.

Tausend ausgesperrte Arbeiterinnen und 7000 Arbeiter der Bleistiftindustrie in Nürnberg wünschen den Verhandlungen besten Erfolg.

Von **Singer** ist folgendes Telegramm angelangt:

„Herzlichsten Dank für den mich hocherfreuenden Beweis treu kameradschaftlicher Gesinnung. Meine heißesten Wünsche begleiten die Verhandlungen des Parteitages. Sie gipfeln in der festen Zuversicht, daß seine Beschlüsse den unverbrüchlichen Willen, die Einheitlichkeit der Parteikundgebungen, sowie die republikanischen Gesinnungen in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, aufs neue machtvoll bekunden werden. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird in die **Tagesordnung** eingetreten, und zwar in die Diskussion über die Anträge über **Presse** und **Literatur**.

Zu den **Anträgen** 24 und 33 wird beantragt, ihn dem **Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen**.

Neukirch-Breslau: Ich habe den Antrag 5 zu begründen. Er will, daß wir uns eine neue Broschüre beschaffen. Nun wird mancher von Ihnen sagen:

Wozu brauchen wir bloß eine neue Agitationsbroschüre, wir haben alte und neue Broschüren genug, die dem Bedürfnis durchaus genügen. (Sehr richtig!) Die Breslauer Parteigenossen und der Antragsteller sind anderer Ansicht. Gewiß, wir haben eine Reihe sehr guter Broschüren, die wir vor vielen Jahren mit wahrem Heißhunger verschlungen, an denen wir uns gebildet und emporgearbeitet haben. Aber inzwischen sind Jahrzehnte vergangen. Die Partei besteht nicht mehr aus dem kleinen Häufchen, das sie ehemals gewesen ist. Wir zählen allein an organisierten Anhängern mehr als 700 000, und wir wünschen, daß es bald Millionen sein mögen. Darum schadet es nichts, wenn auf dem Gebiet der Agitationsliteratur noch einige Neuerungen angeschafft werden. Der Antragsteller ist unser Bibliothekar, der eine reiche Erfahrung hat und der der Meinung ist, daß tatsächlich eine Agitationsbroschüre fehlt, die so beschaffen sein muß, daß sie gern gelesen und von jedermann gern angenommen wird.

Der Antragsteller meint, man kann ihm wohl beipflichten, daß zwar ein großer Teil unserer Agitationsbroschüren inhaltlich sehr gut wäre und daß wir mit Freuden daran denken, als wir sie zum ersten Male lasen, aber er sagt nicht mit Unrecht, daß diese Broschüren äußerlich ein mehr als kümmerliches Gewand tragen. Nun heißt es ja, daß das Gute immer schlicht auftritt. Aber die Ausstattung eines Buches ist wie der Becher, in dem uns der Wein kredenzt wird. Und so wie es nicht gleichgültig ist, wie mir die Nahrung hingestellt wird, so ist es auch nicht gleichgültig, wie wir dem Volke die geistige Nahrung bieten. Deshalb ist es wohl angebracht, eine Broschüre, kurz gefaßt und gemeinverständlich für jedermann, herauszugeben, bei der in erster Reihe nicht vergessen werden sollen die äußeren Dinge, Papier, Druck, Einband und so fort. Hierin lassen unsere Agitationsbroschüren sehr viel vermissen, und gewiß wird manche nicht zuletzt aus diesem Grunde achtlos beiseite geworfen. Auch bei den Volkskalendern war man ja anfangs der Meinung, daß das Aeußere nur recht bescheiden sein soll, damit die Kalender im Volke Eingang finden. Und doch haben wir diese Ansicht im Laufe der Jahre aufgegeben. Man hat angefangen, die Kalender äußerlich annehmbarer herzustellen. Tun wir doch diesen Fortschritt auch bei den Agitationsbroschüren. Wir führen mit Recht den Kampf gegen die Schundliteratur. Es ist aber wahrlich nicht zuletzt die manchmal raffinierte äußerliche Ausstattung der Schundliteratur, die ihr Verbreitung schafft. Gerade angesichts der kommenden Reichstagswahlen ist die Frage einer besseren Ausstattung unserer Schriften aktuell.

Frau Thiel-Teltow-Beeskow: Wir stellen den Antrag 25 deshalb, weil eine Reihe von Lokalblättern gerade durch Modezeitungsausgaben oder Beilagen in Arbeiterkreisen Verbreitung finden. Schon deshalb abonnieren die Frauen diese Blätter, weil sie darin Hinweise finden, die Kleidung für sich und ihre Kinder billiger herzustellen. Was diese bürgerlichen Blätter können, das können wir auch. Ich bitte Sie, die Anträge 25 und 26 dem Parteivorstand zu überweisen, um Mittel und Wege zu schaffen, daß auch von uns eine Modezeitung herausgegeben wird, die sicherlich die Agitation unter den Arbeiterinnen fördern würde. Auch dem Vorschlag, eine derartige Beilage für die „Gleichheit“ zu schaffen, wäre die Verwirklichung zu wünschen.

Zubeil begründet den Antrag 24. Nachdem eine Erweiterung des „Vorwärts“ durch Schaffung eines Abendblattes vorläufig auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen ist, wünschen die Genossen unseres Kreises und auch ein großer Teil der Berliner, daß wenigstens eine Montagsausgabe des „Vorwärts“ herausgegeben wird. Fast jede bürgerliche Zeitung in Berlin ist dem Bedürfnis ihres Leserkreises in dieser Beziehung entgegengekommen. Trotzdem Berlin die Zentrale des politischen Lebens ist, müssen die Parteigenossen Berlins von Sonntag morgen bis Dienstag morgen warten, bis sie überhaupt

eine politische Nachricht, und mag sie noch so wichtig sein, erhalten. Der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei sollte doch in der Lage sein, dem Bedürfnis auch seines Leserkreises zu befriedigen. Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Parteivorstand und der Preßkommission zur Berücksichtigung zu überweisen. Oft dauert es aber sehr lange, bis eine Berücksichtigung zur Tat geworden ist. (Pfannkuch: Ich habe heute morgen das Gegenteil bewiesen!) Deshalb bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen, damit dieser Mißstand für Berlin endlich beseitigt wird.

Woldt-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag der Preßkommission und dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht etwa, damit er „begraben“ wird, sondern aus rein formellen Gründen. Uns scheint es nicht richtig und zulässig zu sein, daß solche Anträge über Neuordnungen des „Vorwärts“ ohne weiteres dem Parteitage vorgelegt werden, weil erst Vorberatungen der Aufsichtsinstanzen vorhergehen müssen. Die Entscheidung über eine solche Neueinrichtung des „Vorwärts“ ist nur möglich auf Grund sorgfältiger rechnungsmäßiger Unterlagen und solches Material für die Schaffung eines Montagsblattes hat beiden Instanzen bis jetzt noch nicht vorgelegen.

Körner-Ludwigshafen spricht für den Antrag 27. In verschiedenen Frauenversammlungen ist darüber Klage geführt worden, daß in verschiedenen Arbeiterfamilien noch bürgerliche Literatur zu finden ist. Unser Antrag will eine übel empfundene Lücke ausfüllen, um den Arbeiterfrauen entgegenzukommen. Wenn Sie nicht gleich eine Modezeitung gründen wollen, so nehmen Sie wenigstens den Antrag Ludwigshafen an, der „Gleichheit“ Schnittmusterbogen beizufügen.

Frau **Zetkin**: Gestatten Sie mir einige Ausführungen zu den beiden Anträgen, welche in verschiedener Form im Wesen das gleiche bezwecken: nämlich, daß von seiten der Partei ein Organ geschaffen wird, das den Charakter eines Modeblattes tragen soll. Ich begreife ganz gut die nicht nur bestechenden, sondern im Kern auch stichhaltigen Ausführungen, die zur Begründung der Anträge gemacht worden sind. Kein Zweifel, daß die von bürgerlichem Geist durchseuchten, sogenannten unparteiischen Modeblätter in einer gewissen Hinsicht ein Hindernis für das Eindringen der sozialistischen Literatur in die Kreise der noch indifferenten proletarischen Frauenwelt sind. Kein Zweifel auch, daß in breiten Kreisen des weiblichen Proletariats das praktische Bedürfnis sehr stark empfunden wird, einen berufstechnischen Ratgeber für die Herstellung von Wäsche und Kleidung in der Familie zur Seite zu haben. Es fragt sich aber, ob die hier vorgeschlagenen Wege praktisch durchführbar sind und zum Ziele führen würden. Ich selbst war der Ausgestaltung der „Gleichheit“ in der geforderten Weise sympathisch gesinnt. Ich habe deshalb bereits vor längerer Zeit eine entsprechende Ausgestaltung der „Gleichheit“ angeregt und zusammen mit Fachleuten, deren Kompetenz nicht angezweifelt werden kann, sehr eingehende Vorberatungen über die Möglichkeit einer solchen Ausgestaltung gepflogen. Es gibt zwei Wege dazu: Wir können der „Gleichheit“ eine besondere Modebeilage beigeben, aber dann müßten Umfang und Kosten so vergrößert werden, daß der Verbreitung des Blattes in den Kreisen des weiblichen Proletariats offensichtliche Hindernisse entgegengesetzt würden. Oder aber, wir behalten den jetzigen Umfang und den jetzigen Preis bei und schränken den übrigen Inhalt der „Gleichheit“ zugunsten der Modezeitungen nebst Text ein. Dem würde ich mich allerdings mit aller Entschiedenheit widersetzen. Die „Gleichheit“ hat im Interesse der politischen und gewerkschaftlichen Erweckung und Schulung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen so vielseitige Aufgaben zu erfüllen, daß wir schon bei dem jetzigen Umfang kaum allen Ansprüchen gerecht werden können. Wir sind ge-

zwungen, die Behandlung wichtiger Fragen zu verschieben, wertvolle Artikel von Nummer zu Nummer zurückzustellen, weil plötzlich auftauchende Probleme in politischer, gewerkschaftlicher oder genossenschaftlicher Hinsicht zu anderer Disposition zwingen. Aus diesem Grunde erschiene mir eine Beschränkung des Umfangs der „Gleichheit“ zugunsten einer solchen Beilage nicht ratsam. Sie würde zu einer Beschränkung des Inhalts werden, ich könnte die Neuerung mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Nun aber die andere Frage! Soll unter diesen Umständen bei der Bedeutung der Sache und den praktischen Folgen, die sie haben kann, nicht die Partei die Schaffung eines eigenen Modeorgans in Erwägung ziehen? Mit Rücksicht auf die großen praktischen Schwierigkeiten, die dabei für sie zu überwinden wären, wenn die Frage wirklich in erfolgreicher und der Partei würdiger Weise gelöst werden soll, würde ich Ihnen empfehlen, sich hier nicht auf einen bindenden Beschluß festzulegen, sondern die ganze Angelegenheit zu einer ausgiebigen sachlichen Prüfung und Vorberatung den in Betracht kommenden Parteiinstanzen zu überweisen. (Bravo!)

Limbertz-Essen begründet den Antrag 32. Er verfolgt denselben Zweck wie der Antrag 34. Das zeigt schon, daß ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, und daß auf diesem Gebiete noch mehr geleistet werden muß. Der Parteivorstand hat ja schon getan, was nach Lage der Dinge möglich war. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete sind groß. Es ist sehr schwer, geeignete Persönlichkeiten zur Bearbeitung der Materie zu finden. Aber es muß doch erwogen werden, ob nicht besonders der zweite Teil des Antrags erfüllt werden kann. Sehen wir uns doch unsere Gegner an, besonders das Zentrum. Es hat in der Verbreitung billiger für die Massen bestimmter Broschüren ein außerordentliches Geschick bewiesen. Das Zentrum war viel eher mit seinem Bericht über die Tätigkeit seiner Landtagsfraktion bei der Wahlrechtsvorlage zur Stelle als wir. Ob unser Antrag angenommen oder dem Parteivorstand überwiesen wird, kommt im Effekt auf dasselbe hinaus. Jedenfalls wünschen wir einige Spezialbroschüren.

Ludwig-Olvenstedt tritt für den Antrag 34 ein. Gewiß haben wir schon viel Broschüren, aber sie sind für die ländliche Bevölkerung zu kostspielig. Wir verlangen kleine Broschüren, die für die kleinen Ortschaften geeignet sind. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden sicherlich die Gegner unsere Partei in jeder Weise beschmutzen. Die Führer können nicht in allen Versammlungen zugegen sein. Da ist es nützlich, wenn die Genossen sich durch kleine Broschüren informieren können, so daß sie den Gegnern entgegentreten können.

Westkamp-Düsseldorf: Ich habe den Antrag 29 zu begründen, wonach der „Neuen Welt“ eine landwirtschaftliche Beilage beizulegen ist, denn unsere Parteipresse findet immer mehr Eingang auf dem Lande. Auch die Industriearbeiter werden immer mehr von der Stadt aufs Land gedrängt infolge der Wohnungsverhältnisse. Jetzt sagen sie: die Parteipresse bringt zu wenig für unsere ländlichen Interessen, wir sind daher gezwungen, andere Blätter zu lesen, die mehr über Hauswirtschaft, Garten usw. bringen. Um diesen Ausreden entgegenzutreten, müssen wir auf landwirtschaftlichem Gebiete in unserer Presse etwas bieten. Das könnte am besten dadurch geschehen, daß wir die „Neue Welt“ ausbauen. Nun waren wir Düsseldorfer der Ansicht, daß die „Neue Welt“ obligatorisch der gesamten Parteipresse beigelegt wird. Hier auf dem Parteitage bin ich aber anders belehrt worden. Ich habe erfahren, daß nur ein kleiner Teil der Presse die „Neue Welt“ beilegt. Infolgedessen wird es schwer sein, unsere Wünsche zu erfüllen. Trotzdem bitten wir, unseren Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bérard-Hamburg: Ich will nicht die Gründe meines Vorredners, der eine landwirtschaftliche Beilage eingeführt sehen will, verkennen, trotzdem bitte ich, den Antrag abzulehnen. Die Ansicht des Vorredners, daß die „Neue Welt“ nur von sehr wenig Parteiblättern obligatorisch eingeführt sei, ist irrig. Das Gegenteil ist der Fall, so daß die Auflage schon annähernd 500 000 beträgt. Daraus ersehen Sie, daß, wenn der „Neuen Welt“ noch eine Beilage zugefügt wird, die Kosten sehr erheblich wären. Die Abnehmer dürften kaum bereit sein, einen höheren Betrag dafür zu zahlen, meinen doch viele schon jetzt, daß der Preis für die „Neue Welt“ zu hoch sei. Sie werden übrigens bei aufmerksamer Verfolgung der „Neuen Welt“ gesehen haben, daß die Redaktion alle Wissensgebiete in das Bereich der „Neuen Welt“ zu ziehen trachtet. Es wird gewiß auch möglich sein, der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die „Neue Welt“ macht, wie ich schon früher einmal ausgeführt habe, alljährlich das ganz bedeutende Defizit von einigen 20 000 Mk. Wenn dieses im Bericht des Vorstandes nicht erscheint, so deshalb, weil das Hamburger Geschäft dieses Defizit deckt. Da der Antrag also nicht durchführbar ist, bitte ich ihn abzulehnen.

Henke-Bremen: Der Antrag 4 enthält mehrere Forderungen, die eigentlich schon erfüllt sind. Wir haben überall diese darin berührten Themata, Bücher oder Broschüren. Der Antrag will nun allerdings darüber hinaus eine außerordentlich starke Konzentration unserer Behandlung all dieser Gegenstände. Die Antragsteller wollen, daß gleichsam ein Extrakt der in Betracht kommenden Schriften auch in den Zeitungen wiedergegeben werde und daß die Genossen überall, wo sie die Agitation von Mund zu Mund betreiben, in der Werkstätte, im Freundeskreise, sich auf ganz bestimmte Tatsachen berufen können. Ich glaube wohl, daß der Antrag nunmehr die Unterstützung der Parteigenossen in noch größerem Maße finden wird als bei der Unterstützungsfrage. Ob diese Unterstützung aber ausreichen wird, um ihm auch zur Annahme zu verhelfen, ist mir doch zweifelhaft. Ich beantrage daher, den Antrag 4 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen und ich bin überzeugt, daß der Parteivorstand ihn dann auch berücksichtigen wird. — Zum Antrag Düsseldorf hätte ich zu bemerken, daß wir in einer großen Anzahl von Städten recht viele Arbeiter haben, die ihre Mußestunden ausnutzen zu Gartenbau und dergleichen, zumal wenn sie an der Peripherie der Städte wohnen. Es wären Tausende von Arbeitern, die als Leser und Interessenten des Blattes für Gartenbau in Betracht kämen. Es kann in diesem Blatte wohl etwas Besonderes geboten werden, ohne daß deshalb etwa eine Sonderbewegung unterstützt wird. Die Arbeiter verwenden ja manchmal ihre freie Zeit falsch, so daß dies nicht zum besten unserer Bewegung ausschlägt. Wenn die Arbeiter sich nach Feierabend oder noch vor Beginn der Arbeit auf ihr Stückchen Land zur Arbeit begeben und auch den Sonntag dort zubringen, dann sind sie für diese Zeit der agitatorischen Arbeit entzogen. Sie können während dieser Zeit auch nicht durch Lesen sich weiterbilden, oder zu jenen Leistungen vorbereiten, die unsere Sache von ihnen verlangen muß. Es wäre das beste, wenn die Arbeiter dem Zuge der Entwickelung gemäß vom Grund und Boden gänzlich losgelöst würden, wenn die Arbeiter von dieser ländlichen Arbeit überhaupt ließen. Aber ich habe mich überzeugt, daß eine ganze Menge von Beziehungen der Leute zu dieser Arbeit bestehen, daß sie viel Lust und Liebe dazu haben, vielleicht aus Liebe zur Natur, auch kommt der Wechsel der Beschäftigung dazu und der reelle Nutzen, den sich die Leute herausrechnen — eine Reihe von Umständen, die schwerwiegender sind, als unsere Gründe dagegen, und so haben wir damit zu rechnen, daß auch fernerhin an der Peripherie der Städte die Grundbesitzer in den Arbeitern willige Mieter für ihre Parzellen finden und daß ihnen da-

durch eine Einnahme verschafft wird, die durch keinerlei Ernte-Risiko beeinträchtigt wird. Immerhin kann der Schaden, den uns diese Betätigung vieler Arbeiter zufügt, dadurch wieder wettgemacht werden, wenn uns diese Leute durch eine Spezialzeitung nähergebracht oder enger an uns gekettet werden. Man kann ihnen darin Ratschläge für ihre Arbeit geben und kann außerdem Aufklärung über manche andere Dinge nebenher gehen lassen, die der Partei zum Vorteil gereichen müssen.

Nyssel-Leipzig: Auf der Sächsischen Landeskonferenz, die kürzlich tagte, hat unser Landesvater Sindermann die bittersten Klagen gegen die Schrebervereinler und Sportvereinler erhoben und sämtliche Parteigenossen haben ihm darin beigepflichtet, daß alle Arbeiter, die sich der Gartenkunst in den Schrebervereinen widmen, für die Parteiarbeit verloren sind. Und nun kommt glücklich wieder dieser Antrag von Düsseldorf. Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, nebenbei auch noch die Gartenkultur zu betreiben. Die Leute, die dadurch von uns losgerissen werden, müssen wir näher heranziehen, nicht aber noch sie in ihren Sonderbestrebungen bestärken. Es wird ja nun schon in den Zeitungen veröffentlicht, wenn die Kaninchen- und die Kanarienzüchter ihre Ausstellungen veranstalten. Am Ende kommt man gar noch damit, auch für diese eine eigene Zeitung zu verlangen. Wenn einzelne Landesteile solche Bestrebungen fördern wollen, dann ist das ihre Sache, aber als Modus darf dergleichen nicht hingestellt werden. Ich bitte entschieden, den Antrag von Düsseldorf abzulehnen. Wenn hingewiesen wird darauf, daß die bürgerlichen Blätter solche Bestrebungen fördern, dann sage ich, mit solchen Mätzchen werden Sie die nicht gewinnen, die heute noch bürgerliche Blätter halten und lesen. Nur die Ausgestaltung der Parteipresse nach jeder Richtung hin kann dazu helfen. Die bürgerlichen Zeitungen haben ja schließlich auch hier und da Unfallversicherungen eingeführt. Da könnte man ja auch mit der Anregung kommen, diese nachzuahmen, und es ist ja auch schon ein Versuch dazu gemacht worden. Aber auf diesen Weg können wir uns nicht begeben. Was die Modezeitung anbelangt, so brauche ich nach den Ausführungen der Genossin Zetkin nicht mehr einzugehen, und ich bitte, diese Anträge auf alle Fälle abzulehnen. Die Preßkommission der „Gleichheit" wird die Aufgabe haben, Wege zu weisen, die die „Gleichheit" auch für die Arbeiterfrauen noch interessanter macht, wenn dies nötig sein sollte.

Damit schließt die Diskussion.

Pfannkuch (Schlußwort): Es ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß der Geschäftsbericht des Parteivorstandes den Genossen zur Kritik nicht Gelegenheit geboten hat. Es ist daher wohl die Annahme gerechtfertigt, daß der Parteitag mit der Geschäftsführung des Parteivorstandes im letzten Jahre einverstanden gewesen ist. Ich bin aber genötigt, ein paar Bemerkungen, die bei der Verhandlung der Anträge gefallen sind, richtigzustellen. Genosse Westkamp aus Düsseldorf hat sein Befremden darüber ausgedrückt, daß wir in Deutschland eine besondere polnische Organisation haben. Er hat das mit einem ziemlich krassen Ausdruck für ein Unding erklärt und hat gemeint, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sei kein Raum für andere Nationalitäten. So ist die Sache seither von der Parteileitung nicht aufgefaßt worden. Wir haben der polnischen P. P. S. in den Verhandlungen seinerzeit dieselbe Selbständigkeit zugestanden, wie sie andere Landesorganisationen haben. Sie gehört als Glied der deutschen Organisation an und ihre Organisation muß sich mit der der deutschen Partei decken. An der Sache etwas zu ändern, liegt unseres Erachtens im Augenblick kein Anlaß vor. Es ist bis jetzt möglich gewesen, ein gutes Einvernehmen zwischen den polnischen und deutschen Genossen

durchzuführen, und es wird auch in der Folgezeit möglich sein, etwa auftretende Differenzen durch offene Aussprache zu begleichen.

Was der Antrag 83 will, ist schon Praxis in der Partei. Der Antrag ist also überflüssig. Einzelmitgliedern ist auch bisher schon die „Parteikorrespondenz" geliefert worden, insofern als die Parteiorganisation die darauf bezüglichen Anträge der Ortsvereine geprüft und dem Parteivorstand dann zur Ausführung überwiesen hat.

Was die Anregung Ryssels anbetrifft, die Anträge zum Parteitag früher herauszugeben, haben wir gleich bei Einberufung des Parteitages die Genossen darauf hingewiesen, bis zu welchem Termin die Anträge eingereicht werden müßten, um rechtzeitig veröffentlicht werden zu können. Die Tatsache, daß Sie heute noch wieder 18 Anträge gedruckt vorgelegt bekommen haben, beweist, wie wenig die Parteigenossen dieser Aufforderung des Parteivorstandes nachgekommen sind. Es ist also Sache der Parteigenossen, die Veröffentlichungen des Parteivorstandes mehr zu beachten.

Gegen den Antrag 6 müssen wir uns erklären, obgleich er von philanthropischer Absicht getragen ist, weil die Redner recht haben, die betont haben, daß das, was der Antrag wünscht, Sache der Kreisorganisationen sei.

Als ich den Antrag 8 las, fragte ich mich, was denn eigentlich für Divergenzen zwischen dem Frauenbureau und dem Parteivorstand bestehen. Die einzige Divergenz ist die, daß das Frauenbureau nicht in den Räumen des Parteivorstandes untergebracht worden ist. Es befindet sich aber auch in der Lindenstraße; eine andere Divergenz hat nie zwischen dem Frauenbureau und dem Parteivorstand bestanden, kann ja auch gar nicht bestehen. Ein Mitglied des Frauenbureaus, Frau Zietz, ist auch Mitglied des Parteivorstandes, nimmt an allen Sitzungen des Parteivorstandes teil, und wenn sie auch mal mit ihren Ansichten in der Minderheit bleibt, so würde sich das auch nicht ändern, wenn das Frauenbureau, statt Lindenstraße 3, Lindenstraße 69 wäre. (Heiterkeit.) Und außerdem besteht auch telephonische Verbindung, so daß Mißverständnisse in der einen oder anderen Sache leicht behoben werden können. Ich ersuche Sie aber, im Interesse der Agitation unter den Frauen, doch das Frauenbureau bestehen zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn man von einer Divergenz reden könnte, so wäre es die, daß neben der Gleichberechtigung, die die weiblichen Mitglieder der Partei mit den Parteigenossen heute vollständig haben, in bezug auf die Agitation die Ansprüche der weiblichen Parteigenossen über das Maß der Gleichberechtigung hinausgegangen sind. Ansprüche, die auch von seiten des Vorstandes, weil man die Eigenart der Agitation unter den Frauen berücksichtigte, in den meisten Fällen als berechtigt anerkannt worden sind.

Wenn Divergenzen bestanden haben sollten, so können das nur persönliche Divergenzen der Genossin Gewehr gewesen sein, über die ja schon die Kontrollkommission berichtet hat. Mit deren Bescheid hat sich der Parteivorstand nicht einverstanden erklärt. Der Parteivorstand hat Protest erhoben und am 18. November vorigen Jahres unter anderem an die Kontrollkommission geschrieben: „Jedenfalls waren wir auf Grund unserer gründlichen Untersuchung nicht in der Lage, ein für die Genossin Gewehr günstigeres Urteil zu fällen als das vom 29. September. Da die Kontrollkommission unseren Beschluß sachlich aufrechterhält, werden wir gegen ihre Entscheidung keine Berufung einlegen." — Die Sache war für uns damit abgetan, weil wir sie nicht für so wichtig hielten, sie zur weiteren Erörterung und Entscheidung an die Parteiinstanzen zu bringen. Wir sind der Meinung eines Mitgliedes der Kontrollkommission, daß diese Verwaltungsangelegenheit schon zuviel Zeit

der beteiligten Instanzen in Anspruch genommen hat, die im Interesse der Partei hätte nützlicher verwendet werden können. Das ist auch heute noch die Auffassung des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit. Namens des Parteivorstandes kann ich erklären, daß es uns durchaus erfreut, daß Sie durch Nichtüben einer Kritik an der Tätigkeit des Parteivorstandes mit dessen Betätigung Ihr Einverständnis bekundet haben. (Beifall.)

Ebert (Schlußwort): Ich möchte in der Hauptsache einige Ausführungen gegen den Antrag 16 machen, der eine Verlegung des Geschäftsjahres verlangt. Der Vorschlag ist nicht neu, er ist bereits im vergangenen Jahre, als wir uns mit der Aenderung des Organisationsstatuts zu beschäftigen hatten, gemacht, und insbesondere war es Dittmann, der ihn in der Organisationskommission mit großer Entschiedenheit vertreten hat. Damals hat Dittmann geltend gemacht, daß die Organisationen nicht in der Lage wären, so rechtzeitig die Berichte an den Parteivorstand zu liefern, wie es das Organisationsstatut verlangt. In der Kommission des Leipziger Parteitages saß eine ganze Anzahl Genossen, die praktisch in der Verwaltung stehen, Parteisekretäre, die doch am ersten geeignet sind, diese Streitfrage zu entscheiden. Die große Mehrheit der Kommission war der Meinung, daß es bei dieser Bestimmung sehr wohl sein Bewenden haben könne. Wir haben auch später auf einer Konferenz der Landesvorstände, auf der ebenfalls wieder eine große Anzahl Organisationspraktiker vertreten waren, die Frage eingehend erörtert und auch da kam man einmütig zu der Auffassung, daß die Bestimmung des gegenwärtigen Organisationsstatuts durchaus ausführbar sei. Mittlerweile hat auch die Erfahrung bewiesen, daß diese Auffassung richtig ist, die Berichterstattung der Wahlkreisorganisationen ist von Jahr zu Jahr besser, gewissenhafter und prompter geworden. Gerade im letzten Jahre ist die Berichterstattung im großen ganzen einwandfrei und rechtzeitig erfolgt. Dittmann hat nun heute gesagt, daß viele Organisationen den Abschluß des ersten Quartals, nicht aber den des zweiten ihrer Berichterstattung zugrunde legen. Ich kann mit Bestimmtheit versichern, daß diese Auffassung falsch ist, und alle Genossen auf der Verwaltung werden mir das bestätigen. (Sehr richtig!) Unsere Berichte sind in der Tat erfolgt nach Abschluß des zweiten Quartals, unsere Einrichtung hat sich also im allgemeinen bewährt. Und wenn trotzdem die Berichterstattung einiger Bezirke noch zu wünschen übrigläßt, so liegt das nicht an den Einrichtungen, sondern daran, daß diese Bezirke noch nicht die nötigen organisatorischen Vorbereitungen für eine ordentliche Berichterstattung getroffen haben, und daß sie es an der erforderlichen Energie fehlen lassen. Die Genossen Nyssel und Treu, die sich gegen die Auffassung von Dittmann gewandt haben, sind Sekretäre von zwei der größten Wahlkreisorganisationen. Nun sagt Dittmann, bei den großen Kreisen mag das stimmen, aber nicht bei den Durchschnittskreisen. Auch diese Behauptung ist unrichtig. Ich könnte gerade aus der Art der erfolgten Berichterstattung nachweisen, daß Bezirke mit Durchschnittswahlkreisen in der Berichterstattung geradezu mustergültig waren. Einige derartige Bezirksorganisationen haben bereits am 1. Juli, am Tage nach dem Abschluß, ihre Berichte an den Parteivorstand schicken können. Ich glaube also, daß sich unsere Einrichtung bewährt hat und daß auch Dittmann sich endlich beruhigen könnte. Nun hat Dittmann weiter als Argument geltend gemacht, unser Bericht erscheine zu spät, die Organisationen hätten nicht genug Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. (Sehr richtig!) Nein, der Bericht erscheint 7 Wochen vor dem Parteitag, er kann Anfang August unter allen Umständen durch die Presse den Genossen übermittelt werden. Wenn einige Organisationen auch schon vorher zum Parteitag Stellung genommen haben, so nimmt doch die große Masse erst nachher dazu Stellung, aber selbst wenn

einige Organisationen den Bericht bei der Stellungnahme nicht in allen Einzelheiten vor sich haben, so haben die Delegierten doch wahrlich ausreichend Zeit, das Material gründlich zu prüfen und die Interessen und Wünsche ihrer Auftraggeber geltend zu machen. Es sind aber auch große praktische Bedenken gegen die Verlegung geltend zu machen. Ende März und Anfang April befinden sich unsere Organisationen meist in angestrengter Agitationsarbeit, die Parlamente tagen und veranlassen unsere Organisationen sehr oft zu Aktionen, sie nehmen auch meist die Parteileitung sehr in Anspruch. Es bleibt dann nicht die genügende Ruhe und Zeit zum Abschluß der Geschäfte und zur rechtzeitigen Berichterstattung. Da ist es viel besser, wenn wir die Sommermonate nehmen, wo die Parlamente nicht tagen und die Agitationsarbeit der Partei nicht so groß ist wie im April. Dann möchte ich aber doch dringend bitten, nachdem fast alle Wahlkreisorganisationen, alle Landesorganisationen und vor allem auch die Parteigeschäfte sich den Bestimmungen unseres Organisationsstatuts angepaßt und das Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni eingerichtet haben, nun nicht schon wieder eine Aenderung herbeizuführen, denn sonst laufen wir Gefahr, daß die Beschlüsse des Parteitages, wenn sie so schwankend und so raschen Aenderungen unterworfen sind, nicht ernst genug genommen werden. (Sehr richtig!) Dittmann sagt freilich, es handle sich nur darum, daß der Parteitag den Wunsch ausspricht, daß sein Antrag bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts berücksichtigt wird. Ja, man weiß doch nicht, wann wir zur Revision kommen, ob in vier, fünf oder sechs Jahren, und da braucht doch wahrlich nicht der heutige Parteitag Wünsche zur Beschlußfassung zu bringen. Kommen wir zur Revision des Organisationsstatuts, dann werden alle Wünsche geprüft und allen Organisationen wird ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche darzulegen. Ich bitte also um Ablehnung des Antrages 16.

Noch einige Worte zu den Anträgen zur Presse. Ich bin damit einverstanden, daß die Anträge den Instanzen zur Prüfung überwiesen werden, nur möchte ich zu einigen Anträgen noch etwas sagen und einen von der Ueberweisung ausgeschlossen haben. Die Anträge 32 und 34 verlangen die Herausgabe von besonderen Agitationsschriften und Handbüchern über wichtige Fragen der Gesetzgebung. Beides erfolgt heute schon. Wir haben eine kleine Serie von Agitationsschriften herausgegeben, in der alle wichtigen Fragen speziell und einzeln behandelt werden sollen. Die Broschüren sind so gehalten, daß sie zur Massenverbreitung geeignet sind, sie umfassen einen Druckbogen und werden möglichst billig an die Organisation abgegeben. Die Parteileitung ist bestrebt, die Zahl dieser Broschüren möglichst zu vermehren, wir handeln also ganz im Sinne des Antrages. Was den zweiten Teil betrifft, der die Herausgabe von Handbüchern über die Finanzreform, die Wahlrechtsfrage, die Reichsversicherungsreform und anderes wünscht, so ist das Handbuch über die Finanzreform bereits erschienen, es ist eine außerordentlich gründliche und brauchbare Arbeit, die unseren Genossen bei der Agitation gute Dienste leisten wird. Das Handbuch über die Wahlrechtsfrage ist den Delegierten des Parteitages heute übergeben worden, das Handbuch über die Reichsversicherungsordnung ist in Arbeit. Wir werden alle Phasen der Entwicklung der Vorlage durch unsere Kommissionsmitglieder im Reichstage verfolgen lassen und möglichst schnell nach Abschluß der Reform das Handbuch herausgeben, das die Stellung der Parteien zu allen wichtigen Fragen schildert. Also ich glaube, daß der Parteivorstand nach der Richtung hin heute bereits alles tut, was nötig ist. Im übrigen haben wir gegen eine Ueberweisung des Antrages nichts einzuwenden, es kann geprüft werden, ob in dieser Hinsicht noch mehr geschehen kann.

Den Antrag 29, der wünscht, daß der „Neuen Welt" eine Art landwirtschaftliche Beilage beigegeben werden soll, bitte ich abzulehnen. Eine solche Beilage würde gar nicht den Aufgaben und dem literarischen Charakter der „Neuen Welt" entsprechen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist Sache der Tagespresse. Würden wir die „Neue Welt" damit belasten, so würde ihr Preis so erhöht werden müssen, daß ihr Bestand überhaupt gefährdet wird. Lehnen Sie den Antrag ab und überweisen Sie alle anderen Anträge dem Parteivorstande zur Prüfung. Dem Genossen Zubeil gegenüber möchte ich erklären, daß der Parteivorstand selbstverständlich alle Anträge sorgfältig und objektiv prüft. (Beifall.)

Kaden (Schlußwort): Ich habe mich in meinem Referat möglichst kurz gefaßt, um die kostbare Zeit des Parteitages nicht stärker in Anspruch zu nehmen. Nun ist aber Genosse Pfannkuch näher auf den Fall Gewehr eingegangen, so daß ich gezwungen bin, mich nochmals dazu zu äußern. Wohl ist es richtig, daß der Parteivorstand ein Schreiben an die Kontrolle richtete, worin er erklärt, daß er sich unserem Urteil in dieser Angelegenheit nicht anschließen kann, er wolle aber auf diesen Fall nicht weiter eingehen und die Sache auf sich beruhen lassen. Wie liegt nun die Sache für die Kontrollkommission? Wir haben alle Akten des Falles einer genauen Prüfung unterzogen, auch den Bericht des Parteivorstandes an die Kontrollkommission. In der letzten Sitzung hat nun die Kontrollkommission dazu erklärt: Nach längerer Diskussion beschließt die Kontrollkommission, dem Parteivorstand mitzuteilen, daß sie auch nach Kenntnisnahme des zweiten Briefes keine Veranlassung hat, von der, dem gefaßten Beschluß untergelegten Beurteilung des Falles abzugehen. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschlusse gefügt. Die Kontrollkommission hat sich, da die Sache schon längst erledigt war, ebenfalls mit der Sache abgefunden. Ich glaubte in meinem Referate darüber hinweggehen zu können, daß diese kleine Differenz zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission bestanden hat. Ich bedauere, daß Pfannkuch die Sache angeschnitten hat.

Genossin **Gewehr** (zur persönlichen Bemerkung): Angesichts der unerwarteten Aeußerung des Genossen Pfannkuch betreffend meine Angelegenheit sehe ich mich verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben: Erstens, es erscheint mir sehr befremdlich, daß der Referent des Parteivorstandes Aeußerungen, die für die persönliche Ehre einer Genossin und Delegiertin des Parteitages so schwer kränkend ist, im Schlußwort vorbringt, also in einer Form, der gegenüber der Angegriffene völlig wehrlos ist. Zweitens, gegenüber der Erklärung des Genossen Pfannkuch, daß der Parteivorstand von einer Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission abgesehen habe, weil die Angelegenheit ihm nicht wichtig genug erschien, muß ich bemerken, daß die Ehre einer Genossin, wenn sie auch nur ein bescheidener Soldat aus der großen Armee der Partei ist, durchaus keine so gering zu schätzende Sache ist. Eine Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission stand nicht nur dem Parteivorstand, sondern auch mir zu. Wenn ich jedoch von einer Berufung abgesehen habe, so geschah es im Interesse der Partei, um die höchste Instanz, den Parteitag, nicht mit unerquicklichen Angelegenheiten persönlichen Charakters zu behelligen und weil mir die Kontrollkommission in moralischer Hinsicht volle Genugtuung gewährt hatte. Ich muß um so mehr den Angriff des Genossen Pfannkuch in seinem Schlußwort zurückweisen, der mich in unerwarteter Weise dafür straft, daß ich meine persönlichen Interessen hinter Rücksichten auf das Parteiinteresse gestellt habe.

Pfannkuch: Ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, die persönliche Ehre der Genossin Gewehr anzutasten. Ich habe weiter nichts getan, als den schriftlichen Verkehr der Kon-

trollkommission in dieser Sache, soweit es dem Parteivorstand nützlich und notwendig erschien, klarzustellen. Auch der Parteivorstand hat genau so wie die Genossin Gewehr an den Darlegungen des Genossen Kaden nicht das Geringste mehr anzufügen. Auch wir sind damit zufrieden.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge zu Organisation.

Der Antrag von 21 Genossen, die Angelegenheit Geck-Süßkind an die Beschwerdekommission zu überweisen, wird vom Vorsitzenden Dietz als angenommen erklärt. Dagegen protestiert ein Teil der Versammlung mit dem Rufe: Gegenprobe!

Vorsitzender Dietz: Das Bureau ist einig darüber, daß die große Mehrheit für den Antrag war, da das Bureau einig ist, können wir eine Gegenprobe nicht mehr vornehmen.

Die Anträge 6, 8, 16 und 18 werden dem Parteivorstand überwiesen, ebenso Antrag 83. (Pfannkuch: Das ist ja heute schon Praxis!) Nun folgt die Abstimmung über die Anträge zu Presse und Literatur. Dem Vorstand zur Prüfung überwiesen werden die Anträge 24, 25 und 26, 32, 33, 4, 5, während die Anträge 27, 29 und 30 und 34 abgelehnt werden.

Vorsitzender Dietz: Es wäre jetzt die badische Budgetbewilligung zu behandeln, da aber unser Genosse Bebel noch nicht wieder so frisch ist, wie es seinerseits und von seiten aller Genossen zu wünschen wäre, hat er gebeten, diesen Punkt auf morgen früh zu verschieben. Ich schlage Ihnen vor, jetzt den Punkt 7, Maifeier, in Verhandlung zu ziehen. Der Parteitag stimmt widerspruchslos zu.

Punkt 7:

Maifeier.

Berichterstatter Parteisekretär **Müller**: Seitdem im Jahre 1889 der Internationale Sozialistenkongreß in Paris die Maifeier beschlossen hat, haben wir uns alljährlich auf unseren deutschen Parteikongressen mit dieser Frage beschäftigt. So sehr auch im einzelnen oft die Anschauungen über die Form der Maifeier auseinander gingen, so sehr waren wir doch jedes Jahr in dem Wunsche einig, daß die Maifeier an Ausdehnung gewinnen möchte, und daß vor allem mit dem Erstarken der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auch die Maifeier und besonders ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, eine wachsende Beteiligung finden möchte. Wir haben in unserem Bericht bereits festgestellt, daß die Maifeier in diesem Jahre eine ganz außerordentliche Beteiligung gefunden hat. Es waren mehrere Momente hierfür maßgebend. In erster Linie war die politische Situation in diesem Jahre ganz besonders geeignet, die Maifeier zu fördern. Wir haben die Maifeier im Zeichen der Wahlrechtskämpfe in Preußen, in Braunschweig, in Bremen und anderen Bundesstaaten gefeiert. Der Parteivorstand hat vor dem 1. Mai auch einen besonderen Aufruf herausgegeben, in welchem er die Organisationen auch in Süddeutschland auffordert, sich mit der Maifeier zu beschäftigen, um dadurch die Wahlrechtsmaifeier der preußischen Genossen zu unterstützen. Aber, Parteigenossen, wir dürfen uns nicht täuschen. Neben diesem politischen Moment war auch noch ein anderes Moment für die besondere Ausdehnung der diesjährigen Maifeier maßgebend, nämlich die Tatsache, daß in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Sonntag fiel. (Sehr richtig!) Das ermöglichte, daß Schichten des Proletariats, die in anderen Jahren nicht dazu in der Lage sind, in diesem Jahre ebenfalls den 1. Mai feiern konnten. Diese besonders starke Beteiligung an der Sonntagsmaifeier hat dazu geführt, daß wieder einige Stimmen laut wurden, die beantragten, daß in Zukunft die Maifeier

nicht mehr am 1. Mai, falls dieser auf einen Wochentag fällt, sondern am ersten Sonntag im Mai gefeiert werden möchte. Aber diese Wünsche haben, soweit man die Presse und die Aeußerungen der Organisationen verfolgen konnte, sehr wenig Anklang gefunden. Das ist kein Wunder. In einer Zeit, in der man dazu übergegangen ist, andere Demonstrationen bei aktueller Gelegenheit einzuführen, besteht in den weitesten Kreisen der Partei keine Neigung, an den Arbeitsruhebeschlüssen etwas zu ändern. Der Wunsch einzelner Blätter und Organisationen, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen eine Aenderung in der Maifeier herbeiführen möchte, hat kein Echo gefunden. Ich habe bereits im vorigen Jahre, als ich die Ehre hatte, über die Maifeier zu referieren, gesagt, daß dies kaum eintreten würde. Es ist auf einem internationalen Kongreß keine Aussicht vorhanden, daß die Arbeitsruhe abgeschafft wird.

Die Art und Weise, wie die Maifeier gefeiert wird, wird immer mit abhängen von den besonderen Verhältnissen, in denen die einzelnen Länder sich befinden. Der Schwerpunkt der Maifeier ist deshalb in die Organisationen des eigenen Landes zu legen. — Wir haben nun die Aufgabe, alles zu tun, damit auch im nächsten Jahre eine würdige Maifeier zustande kommt. Die politische Situation ist auch im nächsten Jahre der Maifeier günstig. Der preußische Wahlrechtskampf ist ja nicht abgeschlossen. Sie wissen, daß die Wahlrechtsvorlage Bethmann Hollweg zerrissen zurückgegeben wurde. Dazu kommt, daß wir im nächsten Jahre den Reichstagswahlen entgegengehen.

Wir haben uns im vorigen Jahre eingehend mit der Frage der Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten beschäftigt und dafür gesorgt, daß auch diese Frage, die solange eine Rolle in den Debatten über die Maifeier gespielt hat, gelöst wurde. Wir sind zu einer Einigung gekommen. Ich muß darauf kurz eingehen. Sie wissen, daß in den Bestimmungen vor allem der Satz steht, daß die Maifeier nur am 1. Mai selbst gefeiert werden darf, und daß für eine würdige Feier Sorge zu tragen ist. Der Streit über die Unterstützungsfrage ist insofern geschlichtet worden, als zusammenhängende Wirtschaftsgebiete gebildet werden sollten, die über Maifeierfonds Vereinbarungen treffen sollten. Die einzelnen Orte, die zu diesen Bezirken zugeschlagen wurden, sollten damit einverstanden sein, daß sie dem betreffenden Bezirk angehören. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen können wir feststellen, daß in 13 Bezirken eine Einigung über die Wirtschaftsgebiete mit ihren Maifeierfonds stattgefunden hat, und daß in fünf Bezirken die Verhandlungen ziemlich weit fortgeschritten sind, aber eine endgültige Regelung noch nicht herbeigeführt ist. Aus 30 Bezirken haben wir noch keinen Bescheid. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß dabei eine Reihe kleiner Bezirke in Betracht kommen. Ueberall dort, wo bisher eine Einigung nicht erfolgt ist, muß jetzt sehr bald daran gegangen werden, die Vorbereitungen zu Ende zu führen, damit der 1. Mai des nächsten Jahres uns nicht unvorbereitet findet. Bereits im Januar sollen ja die Kommissionen zusammentreten, um die Vorbereitungen zu treffen. Die wirtschaftliche Konjunktur wird, wenn der Schein nicht trügt, das nächste Mal eine bessere sein. Das ist mit ein Moment, das die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen veranlassen muß, diesmal in erhöhtem Maße der Maifeierfrage Beachtung zu schenken. Weiter kommt das sozialpolitische Moment in Betracht. Sie wissen, daß ursprünglich die Maifeier zur Propaganda für unsere sozialpolitischen Ziele gedacht worden ist und wir können feststellen, daß gerade auf diesem Gebiete im letzten Dezennium so wenig wie noch in keinem Dezennium geleistet worden ist, daß gerade die Bülowsche Periode auf diesem Gebiet ganz unfruchtbar gewesen ist. Die Aera desselben Bülow, der nach den letzten Reichstagswahlen der Sozialdemokratie

gesagt hat, daß jetzt erst recht Sozialpolitik getrieben werden solle. Wenn wir diese agitatorischen Momente in den Vordergrund stellen, dürfte kein Zweifel darüber sein, daß wir im nächsten Jahre eine kraftvolle Maifeier feiern können. (Bravo!)

Von den hierzu vorliegenden Anträgen 19 bis 22 und 87 wird der Antrag 20 nicht genügend unterstützt.

In der Diskussion meldet sich niemand zum Wort.

Vors. **Dietz**: Wir kommen dann zur Abstimmung. (Berichterstatter Müller meldet sich zum Wort.) Wollen Sie noch ein Korreferat halten? (Große Heiterkeit.)

Müller (Schlußwort): Da die Anträge unterstützt sind, möchte ich doch noch sagen, daß nach meiner Auffassung alle abgelehnt werden müssen. Wir haben im nächsten Jahre zum ersten Male die Probe auf die vorjährige Vereinbarung zu machen und es hat absolut keinen Zweck, jetzt daran etwas zu ändern.

Vors. **Dietz**: Der Berichterstatter hat beantragt, alle Anträge en bloc abzulehnen. Das ist nur möglich, wenn niemand widerspricht. (Liebknecht: Ich widerspreche!) Dann kommen wir zur Einzelabstimmung.

Der Antrag 19 wird mit 154 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt werden die Anträge 21 und 22. Angenommen wird der Antrag 87.

Zur Verhandlung gestellt wird dann Punkt 8:

Internationaler Kongreß

in Kopenhagen. An Stelle Singers referiert darüber

Richard Fischer-Berlin: Bei der ausführlichen Berichterstattung unserer deutschen Parteipresse über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Kopenhagen bin ich hier einer eingehenden Berichterstattung überhoben. Vielleicht auch deswegen, weil auf diesem Kongresse in der Auffassung der Genossen der verschiedenen Länder weniger als je auf früheren internationalen Kongressen Meinungsverschiedenheiten in Erscheinung getreten sind. Wollte man freilich den Kongreß nach dem Urteile der Gegner bewerten, dann könnte man zu der Auffassung kommen, daß der Kopenhagener Kongreß weniger bedeutungsvoll für die Geschichte der internationalen modernen Arbeiterbewegung war wie seine Vorgänger. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die deutsche bürgerliche Presse gegenwärtig unter dem Schrecken der sozialdemokratischen Springflut steht, die alle Dämme des blauen und blauschwarzen Blockes überflutet. Sie ist daher ängstlich bemüht, unserem Siegeslauf gegenüber Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Ja, wenn auf dem Kopenhagener Kongreß Zank und Streit und Krakeel gewesen wäre, statt Einmütigkeit und zielbewußter Einigkeit in allen wesentlichen Punkten, dann hätte es zweifellos im deutschen Blätterwalde von diesen Vorgängen widerhallt, so aber hat — in völliger Uebereinstimmung mit dem Ruhebedürfnis des philosophischen Prügeljungen in der Wilhelmstraße — das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau seine Korrespondenten in Kopenhagen angewiesen, über die Verhandlungen möglichst wenig und auf alle Fälle nicht eingehend zu berichten. (Hört, hört!) Wenn etwas geeignet wäre, die Bedeutung des Kongresses zu erhöhen, so ist es dieser Versuch des Sich-blind-und-taub-stellens der bürgerlichen Presse. Schließlich liegt aber die Bedeutung des Kongresses nicht in der Beurteilung von seiten der bürgerlichen Presse, sondern in den Verhandlungen des Kongresses und in der Tatsache, daß er die höchste Zahl aller Delegierten der bisherigen Kongresse aufgewiesen hat, nämlich 887. Diese Zahl spricht allerdings vielleicht auch dafür, daß damit des Guten vielleicht schon zuviel getan ist,

Alle erstatteten Berichte stellten fest, daß in fast allen Ländern ein erfolgreiches Vordringen der sozialistischen Bewegung zu konstatieren ist. Nur in drei Ländern nicht: Finnland, Rußland und Argentinien. Aber dort ist diese Erscheinung durch die brutale Verfolgung zu erklären, welche die Reaktion in diesen Ländern über unsere Genossen zu verhängen vermochte! Acht Millionen klassenbewußter Arbeiter hatten in Kopenhagen aus 33 Nationen ihre Vertreter, in einem Lande, das nicht etwa wie Belgien gleichsam ein Musterland der modernen Industrieentwickelung ist. Nein, Dänemark ist ein kleinbürgerliches und kleinbäuerliches Land. Dennoch dürfen wir seine Arbeiterbevölkerung als geradezu vorbildlich hinstellen für die Internationale. 100 000 sozialdemokratische Wähler, 28 sozialdemokratische Abgeordnete, 120 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, 120 000 Leser der 33 verschiedenen Parteiblätter, also genau soviel Leser der sozialdemokratischen Presse wie organisierte Arbeiter. (Beifall.) Parteigenossen, das müssen wir unseren dänischen Genossen nachmachen! Das zu erreichen muß unser Stolz sein, weil das zugleich auch unsere Pflicht ist. (Beifall.) So wie in ganz Dänemark sind die Verhältnisse auch in Kopenhagen mit seinen zwei sozialdemokratischen Bürgermeistern, mit der Hälfte der Stadtverwaltung in sozialdemokratischen Händen. Nicht etwa auf Grund eines augenblicklichen Wahlsieges, der einer besonderen politischen Konstellation zu verdanken war, sind diese Erfolge erreicht, nein, sie sind das Resultat jahrelanger, zäher, mühevoller, unablässiger Organisationsarbeit. Die gemeinsame Arbeit der gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Bewegung war die Ursache des außerordentlichen Erfolges der dänischen Sozialdemokratie.

Tiefere Meinungsverschiedenheiten sind, wie bereits gesagt, auf dem Kongreß nicht zutage getreten. Freilich sind nicht alle Punkte der Tagesordnung so erledigt worden, wie einzelne von uns es wohl wünschten. Das gilt aber auch für alle anderen Nationen, und das ist gerade das Wesen der internationalen Kongreßbeschlüsse, sobald sie heraustreten aus dem Rahmen allgemeiner Wünsche, grundlegender Forderungen. Wir werden immer mehr gezwungen, auf den internationalen Tagungen der geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwickelung der einzelnen Länder Rechnung zu tragen, je mehr wir durch die Stärke unserer Parteibewegung in den verschiedenen Ländern, durch unsere Teilnahme an der Verwaltung von Staat und Gemeinde gezwungen werden, an die Durchführung unserer sogenannten Gegenwartsforderungen heranzutreten und dabei zugleich die aus der Tagespolitik und der wirtschaftlichen Entwickelung sich ergebenden Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Nur so werden wir es ermöglichen, daß bei all diesen Verschiedenheiten der einheitliche Geist des in seinem Wesen revolutionären Sozialismus in den einheitlichen Beschlüssen der Internationale zum Ausdruck kommt.

So konnten wir in Kopenhagen in der schwierigen Frage des Arbeiterschutzes und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu einheitlichen Beschlüssen kommen. So konnten wir auch in der Frage des Genossenschaftswesens trotz aller Verschiedenheiten der historischen Entwickelung in den verschiedenen Ländern, man vergleiche nur Dänemark und Deutschland, es nicht nur zu einer Verständigung bringen, sondern der Beschluß dokumentiert zugleich einen wesentlichen Fortschritt in der Auffassung, daß die Genossenschaften zwar nicht das Mittel sind, um die Arbeiterklasse ökonomisch zu befreien, wohl aber, daß sie eine wirksame Waffe sind im Kampfe der Arbeiterklasse um ihre politische und wirtschaftliche Befreiung und es daher die Pflicht der klassenbewußten Arbeiter aller Länder ist, durch ihren Beitritt zu den Genossenschaften diese zu solchen Waffen umzuwandeln, und so das Ziel zu erreichen, das in Stuttgart auf-

gestellt wurde für die politische und gewerkschaftliche Bewegung und das in Kopenhagen neu aufgestellt wurde, auch für die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung, nämlich, ihre immer innigere und einheitlichere Verbindung.

Einen wesentlichen Fortschritt hat der Kopenhagener Kongreß auch gemacht durch seinen Beschluß über die Gewerkschaftsfrage, die dem Kongreß unterbreitet worden war von der österreichischen Delegation. Sie wissen, in Oesterreich sind über die Organisationsform der Gewerkschaften Differenzen entstanden zwischen den Tschechen einerseits und den Deutschen und übrigen Nationen andererseits. Die Tschechen verlangen, daß für die tschechischen Arbeiter die Gewerkschaften auf nationaler Grundlage organisiert werden, und sie stützen sich darauf, daß, so wie die politische Organisation in Oesterreich auf nationaler Grundlage aufgebaut sei, so auch die gewerkschaftlichen Organisationen nach Nationen getrennt werden müssen, um die Einheitlichkeit und das Zusammenleben zwischen Gewerkschaft und Partei zu ermöglichen. Sowohl die Tschechen wie die Reichskommission der Gewerkschaften in Wien berufen sich auf den Internationalen Kongreß zu Stuttgart, der bekanntlich beschlossen hat, daß zwischen Partei und Gewerkschaft ein immer innigeres Verhältnis hergestellt werden soll, und daß die Voraussetzung dafür die einheitliche Gewerkschaftsorganisation sei. Nun sagen die Tschechen, auf allen früheren internationalen Kongressen sei den einzelnen Nationen diese Aufgabe gestellt worden, während kein Zweifel ist und kein Zweifel war, daß hier unter den Nationen immer nur die Staaten als Zusammenfassungen der unter gleichen wirtschaftlichen und politischen Grundbedingungen lebenden Völker zu verstehen sind.

Vergegenwärtigen wir uns doch die Konsequenzen der tschechischen Auffassung. In Nordamerika gibt es vielleicht 30 bis 40 verschiedene Nationalitäten. Diese müßten also ebenso viele verschiedene Gewerkschaften haben und da die Sprachgebiete nicht räumlich getrennt sind, sondern das Land aus sprachlich gemischten Bezirken besteht, so könnte der Fall eintreten, daß in jeder Fabrik drei bis vier und noch mehr verschiedene Organisationen nebeneinander wären. Die Tschechen haben sich ja auch nicht damit begnügt, in Böhmen, in geschlossenem Sprachgebiete der Tschechen, tschechische Gewerkschaften zu organisieren, sondern sie verlangten es auch für Wien und für das ganze Reich, wohin eben die tschechischen Arbeiter wandern. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn man uns Deutschen zumuten wollte oben in den dänischen Bezirken dänische Gewerkschaften, für die polnischen Gegenden polnische Gewerkschaften und schließlich für die Wenden, Kassuben und Masuren, die auch abgeschlossene Sprachgebiete haben, auch noch besondere Gewerkschaften zu gründen. (Heiterkeit.) Nun, glaube ich, tut man den Tschechen unrecht, wenn man nicht auch die Gegengründe ins Auge faßt, die zu der Separation geführt haben. Die Tschechen brauchen die gewerkschaftlichen Organisationen einmal aus finanziellen Gesichtspunkten für ihre politische Bewegung, sie brauchen sie vielleicht auch, weil sie damit glauben, bei künftigen Wahlkämpfen die tschechisch-national mißleitete Arbeiterschaft bei den Stichwahlen leichter für ihre Gefolgschaft gewinnen zu können. Aber mögen diese Gründe auch für die Tschechen vorhanden sein, für die Internationale konnten sie nicht vorhanden sein, die Internationale mußte sie als schädlich abweisen und die Abweisung ist auch erfolgt. Daneben ist auf Antrag der Belgier das Internationale Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften beauftragt worden, das möglichste zu tun, um den Zwiespalt in der österreichischen Arbeiterbewegung zu beseitigen.

Auch die Frage der internationalen Solidarität hat in Kopenhagen zu gewissen Differenzen geführt. Wir können offen aussprechen, Franzosen und Engländer sind sehr leicht zu haben, wenn es gilt, weittragenden Resolutionen zuzustimmen, aber wenn es sich darum handelt, sie in die Tat umzusetzen, die praktische Verwirklichung und Durchführung zu garantieren, dann ist es anders. Als vor zwei Jahren die große Aussperrung in Dänemark war, blieb die internationale Hilfe mit Ausnahme einzelner Nationen auf dem Papier. (Hört! hört!) Als voriges Jahr der große Generalstreik in Schweden die Arbeiter der ganzen Welt aufrüttelte und aufregte, da haben die skandinavischen Länder beispiellose Opfer gebracht. Auch wir Deutschen können sagen, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben, und ebenso haben die Oesterreicher und die Schweizer nach Kräften geholfen. Woher die Hilfe ausblieb, das war aus Frankreich und England. Das große reiche England, dessen Gewerkschaftsbewegung bisher als mustergültig für die ganze Welt hingestellt wurde, versagte in dem Augenblick, wo diese großen Gewerkschaften für den gewerkschaftlichen Gedanken auch materielle Opfer bringen wollten. (Sehr richtig!) Bei Frankreich genau dasselbe. Da sieht sich die Internationale natürlich vor die Frage gestellt, was können wir dagegen machen, da die Internationale kein Organ hat, das die Durchführung ihrer Beschlüsse ermöglichte? Es bleibt da eben nur die Aussprache, und so ist auch in Kopenhagen den Engländern rund heraus gesagt worden, daß es so nicht weitergehe. Sie hatten freilich Entschuldigungsgründe: die Gewerkschaften seien so organisiert, daß der Generalrat keine Verfügung über die Kasse hat, und zwar sei das erklärlich, weil früher Mißbrauch damit getrieben sei. Die Engländer haben früher gesagt, man müsse damit rechnen, daß ihre Gewerkschaften sich in einem Durchgangsstadium befinden, jetzt seien sie auf dem Wege, vom sozialistischen Geist erfüllt zu werden, und dieser sozialistische Geist werde auch eine Aenderung des bisherigen Zustandes herbeiführen. Ich möchte das hoffen, aber dieselbe Rede hören wir schon seit 20—25 Jahren, zum Teil von den Gewerkschaftlern, zum Teil von den Leuten, die glaubten, über das Wesen der englischen Gewerkschaften ganz genau unterrichtet zu sein. Die Engländer haben noch einen weiteren Grund angeführt, den ich von vornherein anerkenne; sie sagen: Ihr deutschen Sozialisten habt eine Tagespresse wie kein anderes Land, Ihr könnt die Arbeiter aufrütteln, aber die englischen Arbeiter haben von dem schwedischen Generalstreik nahezu nichts erfahren, soweit sie nicht im Vordergrunde der Bewegung standen, die englische Tagespresse hat darüber fast nichts berichtet. Mag sein! Aber dann soll das erst recht ein Ansporn für die Engländer sein, sich genau so wie die deutschen Arbeiter eine sozialistische Tagespresse zur Durchführung ihrer Forderungen anzuschaffen. (Sehr richtig!) Dazu kommt noch eins. Genau so wie der schwedische Delegierte in Deutschland und anderen Ländern über die Folgen und die Bedeutung des Generalstreiks Aufschluß gegeben hat, genau so war er auch in England, er war sogar auf dem englischen Gewerkschaftskongreß, aber die Satzungen des englischen Gewerkschaftskongresses machten es angeblich unmöglich, daß er zu seinen englischen Brüdern sprechen konnte. (Hört! hört!) Wir werden uns einig sein, daß es so nicht weitergehen kann, und daß es angebracht war, den Engländern die Wahrheit zu sagen. Wir müssen uns damit begnügen und wollen hoffen, daß die Versprechungen der Engländer jetzt zur Wirklichkeit werden.

Auch bei der Frage „Schiedsgerichte und Abrüstungen" kam die alte Stellung zum Militarismus und zum Kriege wieder zum Ausdruck, eine Frage, die ja grundsätzlich bereits in Stuttgart erledigt ist und über die ich

daher heute nicht sprechen zu sollen glaube. Auch der alte Gegensatz trat wieder in Erscheinung, daß einzelne Nationen, z. B. England und Frankreich, bestimmte Mittel vom Kongreß beschlossen wissen wollten, die beim Ausbruch eines Krieges anzuwenden seien, wie Generalstreik oder wie jetzt Streiks in den Industrien, die das Kriegsmaterial liefern und transportieren. Deutschland, Oesterreich, Italien erklärten rund heraus, daß dieser Weg für sie nicht gangbar sei. Es fehlt schon die erste Voraussetzung dafür: die gleichmäßige feste Geschlossenheit der Organisationen in allen den Ländern, die hierbei in Frage kommen können; es fehlt ferner die Gleichartigkeit der Verhältnisse, die die Durchführung eines solchen Beschlusses ermöglicht. Wir haben in England und Frankreich Privatbahnen, Privatkohlenbergwerke, wir haben die Waffen- und Munitionsfabriken in Privathänden, während wir in Deutschland und zum Teil auch in Oesterreich und in Frankreich Staatsbahnen und andere Staatsbetriebe haben, die es heute den Arbeitern nahezu unmöglich machen, sich öffentlich den Gewerkschaften anzuschließen. Wie kann man da an die Verhältnisse in Deutschland denselben Maßstab anlegen wie in Ländern mit Privatbetrieben? Die offene Agitations- und Organisationsmöglichkeit ist aber doch die Voraussetzung, wenn in einem solchen Fall, der die ganze Nation aufrüttelt, die Stimme der Arbeiter überhaupt gehört werden soll. (Sehr richtig!) Von den politischen Voraussetzungen spreche ich hierbei nicht. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wo immer sich Gelegenheit bot, ihre Pflicht erfüllt in Protesten in dem Kampfe gegen den Militarismus und für den Frieden, gegen die Weltmachtspolitik und die dadurch bedingte Völkerverhetzung! Schon die bloße Existenz der zielbewußten, festgeschlossenen deutschen Sozialdemokratie war in einer ganzen Reihe von Fällen vielleicht das einzige Mittel, die Regierung von einem Kriege abzuhalten, weil sie nicht wußte, was nach dem Kriege kommen könnte. (Sehr richtig!) Das trifft nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf andere Länder zu.

Aus diesem Grunde konnte Deutschland die Resolution Keir Hardie nicht annehmen, die allen Nationen die Anwendung eines bestimmten Mittels zur Verpflichtung macht. Um aber die Möglichkeit zu haben, auch in dieser Frage einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen, hat der Kongreß die Resolution dem Internationalen Bureau überwiesen zum Studium, zur Durcharbeitung, zur Beratung und um sich ins Einvernehmen mit den anderen Nationen zu setzen bis zum nächsten Kongreß. Dieser Weg der einheitlichen Beschlußfassung ist ja für die internationalen Kongresse notwendig. Die internationalen Kongresse können nur einheitliche Beschlüsse fassen, Mehrheitsbeschlüsse können nicht gefaßt werden, weil der Internationale Kongreß keine Autorität hat, seine Beschlüsse gegen das Widerstreben einer Minderheit zur Durchführung zu bringen. Daher werden immer in strittigen, noch nicht geklärten Fragen Beschlüsse zustande kommen, die vielleicht dem einen oder dem anderen nicht weit genug gehen, die diesem oder jenem die nötige Klarheit ermangeln lassen, die man von Kongreßbeschlüssen zu verlangen hat. Aber das liegt im Wesen der internationalen Kongresse, bedingt durch die verschiedenartige politische Entwickelung.

Wie alle früheren internationalen Kongresse, so hat auch der Kopenhagener sich erwiesen als die Stelle, von der die Verfolgten und Unterdrückten aller Länder Rettung, Hoffnung, Sympathie und Hilfe erwarten, und so haben wir denn Sympathiekundgebungen einhellig beschließen können gegen die Verfolgungen und Unterdrückungen in Japan, Persien, Argentinien, Finnland, Spanien zugunsten des Asylrechtes und zur Verdammung der Todesstrafe, dieses gesetzlichen Mordes. Dabei können wir auf einen hübschen Gegensatz hinweisen. Während in Kopen-

hagen das Proletariat der ganzen Welt einmütig war gegen dieses Ueberbleibsel aus mittelalterlicher Barbarei und Roheit, gegen dies Mittel, gegen welches die erleuchtetsten Geister des Liberalismus, ein Schiller, ein Herder, ein Klopstock schon vor 100 Jahren ihre Stimme erhoben haben, gegen ein Mittel, das der Deutsche Reichstag vor 40 Jahren verworfen hat und das nur deshalb Gesetz wurde, weil Fürst Bismarck da erklärte, ohne die Todesstrafe würde kein einheitliches Strafgesetz für das Deutsche Reich zustande kommen, ich sage, in demselben Augenblick, wo der Internationale Kongreß in Kopenhagen die Stimme der Kultur gegen die Todesstrafe erhob, da tagten in Danzig die erleuchtetsten Geister der deutschen Juristenwelt und beschlossen, wenn ich so sagen darf, die Weiterexistenz der Todesstrafe. (Hört! hört!) Ja, sie gingen sogar noch weiter. Unter Führung des Reichsanwalts Olshausen, der unseren Genossen Liebknecht vor einigen Jahren wegen ehrloser Gesinnung mit Zuchthaus bestraft wissen wollte, unter Führung dieses natürlich zum Senatspräsidenten am Reichsgericht emporgestiegenen Olshausen, wurde eine Propaganda für die Ausdehnung der Todesstrafe auf alle Verbrechen des sogenannten Hochverrats eingeleitet, obgleich heute schon selbstverständlich Mord und Mordversuche am Staatsoberhaupt mit Tod bedroht sind. (Hört! hört!) Wenn noch irgendein Zweifel darüber obwaltete, daß unsere ganze Justiz in Deutschland heute nichts anderes ist als ein Werkzeug des Klassenstaats zur Aufrechterhaltung der sozialen Gewalttat, dann hat diese erlauchte Versammlung der Juristen in Danzig die Zweifel beseitigt. Der Hochverrat soll mit dem Tode bestraft werden, natürlich nur, wenn er nicht erfolgreich war, aber wenn er erfolgreich war, wie 1866 der Hochverrat gegen den König von Hannover, gegen den Kurfürsten von Hessen-Nassau usw., dann ist der Hochverrat der Beweis großen Patriotismus und bringt womöglich auch noch Dotationen für die Urheber des Hochverrats von oben wie 1866. (Sehr gut!) Wenn er aber mißlingt, dann die Todesstrafe für die Urheber des Hochverrats — von unten. (Beifall.)

Zum Schlusse: Mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Kopenhagen können wir zufrieden sein, aber eine Frage drängt sich allgemein auf, das ist die Frage, ob der Apparat, wie er sich jetzt entwickelt hat, weiter funktionsfähig sein kann. 900 bis 1000 Delegierte in vielsprachiger Zusammensetzung — ja ich spreche das offen aus —, da kann von einem Verhandeln, von einer Klärung der Meinungsverschiedenheiten keine Rede mehr sein, das ist viel zu viel, die Hälfte ist mehr als ausreichend. (Sehr richtig!) Ferner ergibt sich die Frage: Kann es so weiter gehen, daß die Gegenstände der Tagesordnung nicht besser vorbereitet werden? Wir müssen dafür sorgen, daß die Tagesordnung besser vorbereitet wird. (Sehr richtig!) Ich glaube nicht, daß es meine Aufgabe ist, hier Vorschläge zu machen, und ich glaube auch nicht, daß hier der Ort ist, heute schon Vorschläge zu diskutieren. Aber der Parteitag wird mit mir einig sein in dem Gedanken, daß der Parteivorstand sich mit dem Internationalen Bureau und den Parteileitungen der anderen Länder in Verbindung setzen sollte, um Mittel und Wege zu schaffen, damit der Kongreß von der ersten Stunde seines Zusammentritts an aktionsfähig, verhandlungsfähig, debattefähig ist. (Zustimmung.) Ob das dadurch erreicht wird, daß man die Kommissionen acht Tage früher zusammenberuft, oder auf einem anderen Wege, das kann uns heute gleichgültig sein. Wir müssen uns damit begnügen, daß wir dem Parteivorstand diesen Auftrag erteilen. Dadurch machen wir die internationalen Kongresse verhandlungsfähiger, und dadurch erhöhen wir auch ihre Bedeutung und das ist unser aller Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Peus-Dessau: Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn Fischer nicht Klage darüber geführt hätte, daß der Kongreß nicht recht verhandlungsfähig war, weil die Zahl der Delegierten zu groß gewesen sei, insbesondere aber auch wegen der Vielsprachigkeit. (Aha und Lachen.) Ja, obwohl ich erwarten durfte, daß Sie diese Worte mit Gelächter aufnehmen würden, ergreife ich die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit des Parteitages darauf zu lenken, daß es schon heute ein Mittel gibt, internationale Kongresse verhandlungsfähiger zu gestalten. Sie lachen nur, weil Sie von der Sache nicht das Erforderliche wissen. Es besteht die Möglichkeit, daß jeder Teilnehmer eines solchen Kongresses bei geringer Zeitaufwendung in einem Jahre die Fähigkeit erwirbt, seine Gedanken mit derselben Präzision, ja, ich behaupte, mit viel größerer Präzision, in der internationalen, von der Wissenschaft getragenen Sprache auszudrücken. Ich bitte Sie deshalb, schenken Sie dieser speziell für die Sozialdemokratie höchst wichtigen Angelegenheit etwas ernstere Aufmerksamkeit. (Lachen.) Wenn Sie darüber spotten, dann beweist das nur, daß Sie nicht genügend unterrichtet sind. Zuerst ignoriert man eine Sache, dann spottet man über sie und schließlich sagt man, das habe ich ja schon längst selbst gesagt. So kommt es auch mit der Weltsprache. Wenn Sie sich nächsten Mittwoch darüber unterrichten wollen, ich biete Ihnen dazu Gelegenheit. (Zuruf: Ido!) Ja, Ido. (Heiterkeit.)

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden soll jetzt der Antrag 77, betreffend die taktischen Differenzen über die Steuerfrage in der elsaß-lothringischen Parteiorganisation, zur Verhandlung kommen. Hierzu liegt ein Geschäftsantrag vor, den Antrag 77 auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, da diesem die Steuerfrage überhaupt zugewiesen werden dürfte.

Emmel-Mülhausen: Der Geschäftsordnungsantrag ist nicht begründet worden. Ich meine, wenn eine derartige Streitigkeit vorhanden ist, die mit der Interpretation der Bestimmungen unseres Parteiprogramms zusammenhängt, die von einer Seite so interpretiert werden, daß Zweifel entstehen, daß man dann der Erörterung nicht aus dem Wege gehen, sondern sie diskutieren und die Frage zur Lösung bringen soll. Da wir nun so viel Zeit gewonnen haben, bitte ich um so mehr, über Antrag 77 jetzt zu verhandeln.

Maurer-München (zur Geschäftsordnung): Es kann sich gar nicht darum handeln, die Sache abzuwimmeln, sondern es muß jedem Genossen und jeder Genossin daran liegen, derartige wichtige und tiefeinschneidende Fragen gründlich zu behandeln, um so mehr, als der Mülhausener Streit durch das für uns alle wichtige Außerkrafttreten des § 13 des Zolltarifgesetzes entstanden ist. Aber solche plötzlich hereingeworfenen Fragen dürfen nicht flüchtig behandelt werden. Es handelt sich um eine sehr komplizierte Frage, wie ja Steuerfragen überhaupt die verwickeltsten sind. Befassen wir uns heute damit, so kommt ein Beschluß zustande, der nicht so gründlich durchgesprochen ist, wie es notwendig wäre. Das nun wäre eine Zeitvergeudung, weil wir uns am nächsten Parteitag doch wieder mit der Frage beschäftigen müßten. Nur diese Erwägungen haben uns zu unserm Geschäftsordnungsantrag bewogen, und es ist unrichtig, bei jeder Sache gleich einen bösen Hintergrund zu suchen, und unschön, den Antragstellern hier gleich zu imputieren, daß sie um die Sache herumkommen wollen.

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen. Antrag 77 kommt also nicht zur Verhandlung.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Fischer-Hannover: Es sind 380 Teilnehmer anwesend, soweit wir feststellen konnten, darunter 315 Delegierte, 18 Genossinnen, 30 Reichstagsabgeordnete,

8 Mitglieder der Parteileitung, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, ferner der Geschäftsführer von Auer u. Co., Hamburg, und 1 Vertreter des „Vorwärts“. Es sind einige Proteste eingelaufen, einer aus Dortmund gegen die Genossen Haenisch und Schöbel. Da es sich nur um kleinliche Bemängelungen handelt, findet die Kommission keinen Anlaß, einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate zu stellen. Ferner sind Proteste eingelaufen gegen die Mandate des Genossen Willi Grütz und der Genossin Dr. Rosa Luxemburg, die vom Wahlkreise Lennep-Remscheid-Mettmann gewählt sind. Wir haben uns längere Zeit damit befassen müssen, und zwar, weil in dem dortigen Kreisstatut, das sich die Genossen gegeben haben, in § 8 bestimmt ist, daß die Wahl des, beziehungsweise der Delegierten zum allgemeinen deutschen Parteitag eine einheitliche für den Wahlkreis ist. Im Juli hat der Vorstand Wahlvorschläge für die Delegation einzufordern und diese bis zu einem bestimmten Termin den Genossen zu unterbreiten; nur die einzelnen Ortsgruppen, aber keineswegs einzelne Mitglieder können Vorschläge machen. Die Wahl selbst hat in den Mitgliedschaften durch geheime Stimmabgabe zu geschehen. Die Beschwerde rügt nun, daß bei der Wahl der beiden Delegierten nicht gemäß dem Statut verfahren wurde, sondern daß sie auf der Kreisgeneralversammlung in Vorschlag gebracht wurden, während nach dem Statut diese Vorschläge erst den einzelnen Mitgliedschaften zur Begutachtung zu unterbreiten gewesen wären. Wir haben keine andere Auffassung gewinnen können, als daß nicht nach dem Statut vorgegangen wurde. Die Beschwerde sagt, daß sie sich nicht gegen die Personen richte, daß diese vielmehr ausscheiden, sondern dagegen, daß nicht gemäß dem Willen und den Vorschriften der Parteigenossen verfahren wurde. Man braucht kein Statut, wenn man über die Bestimmungen einfach hinweggehen will, deswegen hat die Kommission beschlossen und beschließen müssen, dem Parteitag zu unterbreiten, diese beiden Mandate für ungültig zu erklären. Es wird in der Beschwerde weiter gesagt, Genosse Gewehr hat auf der Konferenz gesagt, Genossin Luxemburg habe ihm geschrieben, sie kriege kein Mandat in ihrem Wohnort (Zuruf: Das ist ja nicht wahr!). Wir haben nicht nur auf Grund des Protestes geurteilt, sondern wir haben auch Genossen aus dem Kreise zu uns gebeten, um uns Aufschluß zu geben. Es wurde uns gesagt, es sei ein altes Recht, und es sei schon jahrelang so gehalten worden, auf der Kreisgeneralversammlung noch mehr Namen auf die Kandidatenliste für den Parteitag gelangen zu lassen wie diesmal. Wenn dies nun auch zutrifft, so hatten wir doch Bedenken, daß die Genossen nicht danach verfahren sind oder ihr Statut abgeändert haben. Statuten werden doch gemacht, damit sie gehalten werden (Sehr richtig!); davon haben wir uns leiten lassen. Wir wollen den Parteitag nicht beeinflussen, wir konnten bei den uns vorliegenden Tatsachen nicht anders handeln, als den Antrag auf Ungültigkeitserklärung zu stellen.

Auf Zurufe „Urabstimmung erwähnen“, fügt Redner hinzu, es wird berichtet, die Urabstimmung hätte wohl die Wahl der zwei Delegierten ergeben, aber das ist noch lange nicht genügend um das beliebte Vorgehen zu rechtfertigen, da brauchten wir uns an die Statuten nicht zu halten, sondern wir könnten jedesmal anders vorgehen und anders entscheiden. (Zustimmung.)

Faure-Remscheid: Zunächst muß ich feststellen, daß es unwahr ist, daß der Genosse Gewehr auf der Kreiskonferenz gesagt hat, die Genossin Luxemburg habe ihm geschrieben, sie könne kein Mandat anderswo erhalten. Gewehr hat lediglich erklärt, die Genossin Luxemburg sei an den Debatten eng beteiligt und es sei daher wünschenswert, daß sie auch delegiert werde. Diese Anregung hat man aufgenommen aus dem einfachen Grunde, weil in diesem Kreise die Stimmung so ist, daß sie mit den Anschauungen der Genossin

Luxemburg ziemlich übereinstimmt. Was die formelle Seite der Frage anlangt, so hat tatsächlich jahrelang die Uebung bestanden, daß die Kreiskonferenz die Vorschläge der Ortsgruppen ergänzt respektive ändert. Wenn die Mandatsprüfungskommission so scharf betont, daß das nicht im Statut steht, so steht doch darin, daß die Kreiskonferenz die höchste Instanz des Kreises ist. Schon deswegen hat sie das Recht, die Vorschläge zu ergänzen und eventuell andere Vorschläge zu machen. Durch die einzelnen Ortsgruppen wurden Dittmann, Freitag, Haberland und Faure vorgeschlagen. Dittmann verzichtete, weil ihm in Solingen ein Mandat angetragen war. Die Kreiskonferenz ergänzte die Namen, indem sie Grütz auf die Liste setzte, ebenso die Genossin Luxemburg und Genossen Lehmann-Tönnesheide. Nun ist die Wahl selbst durch Urabstimmung vollzogen worden, wie es allgemein üblich war. Es sind 1048 Stimmen abgegeben worden, von diesen sind 935 auf die Genossin Luxemburg gefallen. (Hört! hört!) 850 fielen auf Grütz und meine Person. Die anderen Namen, die auf dem Zettel standen, erhielten nur etwa 240 bis 250 Stimmen. Selbst wenn in der Form gefehlt sein sollte, so muß doch diese wirklich großartige Urabstimmung entscheidend sein. (Sehr richtig!) Ferner muß doch berücksichtigt werden, daß die Kreiskonferenz die höchste Instanz ist. Wenn wir uns so auf die Formalitäten versteifen wollen, wie liegen denn aber die Dinge mit dem Protest? Der ist auch von einzelnen Personen erhoben worden. Ich weiß nicht, ob darunter auch Genossen sind, die ebenfalls auf der Vorschlagsliste standen. Gerade, da in unserm Kreis dem Einzelnen das Recht genommen ist, Vorschläge überhaupt zu machen, gerade deswegen müssen wir auch verlangen, daß solchen Protesten von einzelnen Personen überhaupt nicht Rechnung getragen wird. In der Versammlung selbst ist kein Protest erhoben worden. Man hat nur gesagt, man wolle gegen den Beschluß der Kreiskonferenz protestieren, damit diese in Zukunft derartige Vorschläge nicht mehr macht. Von einem Protest gegen die Wahl selbst war keine Rede. Auch der Kreisleitung ist keine Mitteilung zugegangen. Ich habe das alles nur aus dem Versammlungsbericht erfahren. Die Wahl selbst ist ganz einwandfrei vor sich gegangen. Die Kreiskonferenz als höchste Instanz war zur Ergänzung der Vorschläge berechtigt. Ich bitte deshalb den Antrag der Mandatsprüfungskommission abzulehnen und die Mandate für gültig zu erklären. (Beifall.)

Stadthagen: Auch ich bitte Sie, beide Mandate für gültig zu erklären. Ich bin nach dem Vortrage des Genossen aus der Mandatsprüfungskommission geradezu erstaunt gewesen, wie man in einer so verkehrten Weise Buchstabenklauberei und Formalismus treiben kann, wie er noch niemals von dem größten Rabulisten, Winkelkonsulenten oder selbst im Reichs-Kammergericht betrieben worden ist. (Sehr gut!) Es heißt die Wahrheit auf den Kopf stellen, wenn man behauptet, es sei gegen das Statut verstoßen worden und deswegen können die Mandate nicht gültig sein. Wogegen soll verstoßen sein? Die Vorschrift, daß die Vorschläge vorher den einzelnen Kreisen unterbreitet werden sollen, soll nicht beachtet sein. Das ist aber keine Vorschrift, die derart zwingender Natur wäre, daß ihre Nichtbeachtung die Ungültigkeitserklärung zur Folge haben könnte. Nehmen Sie den Fall, die Vorgeschlagenen würden krank, stürben oder wären sonst nicht imstande, das Mandat zu übernehmen, dann soll der Kreis nicht mehr in der Lage sein, Vorschläge zu machen, weil nicht so und soviel Monate vorher die Vorschläge erfolgt sind? Das kann kein Vernünftiger annehmen. Daß die Mandate nicht für ungültig erklärt werden können, folgt ferner auch aus der geübten Praxis. Jahrelang haben ständig die Kreiskonferenzen anders gehandelt, als sie nach Ansicht der Kommission hatten handeln sollen — und mit Recht. Nach dem Statut ist die Kreiskonferenz die höchste Instanz. Sie hat durch ihre Praxis dahin interpretiert, daß die Nicht-

beachtung der erwähnten, lediglich formalen Vorschrift nicht eine Wahl ungültig machen kann, sondern daß diese Vorschrift nur die Bedeutung hat, daß alle einzelnen Ortschaften möglichst vorher wissen sollen, wer denn eigentlich vorgeschlagen ist. Ferner kommt in Betracht, daß eine Urabstimmung stattgefunden hat und daß dabei von 1048 Stimmen 935 für die Gewählten abgegeben worden sind. Wie man da noch behaupten will, die Wahl sei nicht der Ausdruck des Willens des Kreises, ist unverständlich. Wenn man auf das geschriebene und überdies falsch interpretierte Recht hinweist, so verlangen wir doch als Sozialdemokraten ständig, daß das Recht lebendig ist, daß es nicht auf den Buchstaben, sondern auf den Sinn und die Tendenz ankommt. (Sehr gut!) Wir sind doch gerade die schärfsten Gegner der Verknöcherung des Rechts, und da sollen wir hier sagen: Das ist nach dem Buchstaben nicht richtig, hier ist ein i-Punkt vergessen, also ist das Mandat ungültig? (Heiterkeit und Sehr gut!) Nein, Genossen, ich bitte Sie dringend, insbesondere, weil hier durch Urabstimmung festgestellt ist, daß die große Mehrheit des Kreises ihren Willen kundgetan hat, diesem Willen des Kreises nicht zu nahe zu treten, sondern die beiden Mandate für gültig zu erklären. (Lebhafter Beifall.)

Dröner-Elberfeld: Auch wir in Elberfeld hatten von dem Rechte Gebrauch gemacht, jemand zu wählen, von dem wir der Meinung waren, daß seine Anwesenheit auf dem Parteitag absolut notwendig sei, nämlich den Genossen Kautsky. Nach den Ausführungen Faures und Stadthagens brauche ich nicht mehr viel zu sagen, Stadthagen hat die Sache, die vorher auf den Kopf gestellt war, wieder auf die Füße gestellt. Die Mandatsprüfungskommission hat den Formalismus allzu sehr auf die Spitze getrieben. Die Genossen waren auf Grund des Kreisstatuts und des Niederrheinischen Organisationsstatuts rechtzeitig seitens der Kreisleitung aufgefordert worden, Vorschläge für die Wahl der Delegierten zu machen. In der Zwischenzeit fand die Kreiskonferenz statt. Dort stellte es sich heraus, daß Dittmann auf die Kandidatur verzichtete. Es wurden nun neue Vorschläge gemacht von der obersten Instanz des Kreises, der Kreiskonferenz. Und diese stellte auch die Genossin Luxemburg auf. Nicht aus den Gründen, die vorher die Mandatsprüfungskommission angeführt hat, daß die Genossin Luxemburg sich an den Genossen Gewehr gewandt habe. Davon ist kein Wort wahr. Sie haben nicht einmal miteinander korrespondiert. Es war aber kurz vorher dem Genossen Gewehr zur Kenntnis gekommen, daß die Genossin Luxemburg noch kein Mandat habe. Genosse Gewehr stellte sie deshalb vor und die Kreiskonferenz stimmte dem Vorschlag gegen zwei Stimmen zu. (Hört! hört!) Die Vorschläge wurden dann in der „Freien Presse" veröffentlicht und außerdem gab die Kreisleitung Stimmzettel mit sämtlichen Namen heraus. Von den in der Urabstimmung abgegebenen 1048 Stimmen erhielt die Genossin Luxemburg 90 Proz., der Genosse Grütz, dessen Wahl auch beanstandet ist, 70 Proz. Bei solcher Mehrheit kann nicht davon die Rede sein, daß die Wahl nicht dem Empfinden der Mehrheit der Parteigenossen des Kreises entspricht. Dann noch eins: Es heißt im niederrheinischen Statut ausdrücklich: „Es sind aber die Genossen an diese Vorschläge nicht gebunden, sie können auch anderen wahlberechtigten Genossen ihre Stimme geben." (Lebhaftes Hört! hört!) Wenn man das weiß, muß man zu dem Resultat kommen, daß die Wahlen gültig sind. (Beifall.)

Limbertz-Essen: Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Kassierung des Mandats auf Grund eines formalen Verstoßes nur dann angängig wäre, wenn festgestellt ist, daß das Resultat ein anderes geworden sei, wenn der formale Verstoß nicht begangen wäre. Aber ich behaupte, es liegt auch kein formaler Verstoß vor, denn es heißt in den Erläuterungen zu dem Statut: „Es ist gleich, ob diese Vorschläge von Ortsgruppenvorständen, Kommissionen

oder einzelnen Genossen kommen." Das letzte ist jetzt dahin geändert worden, daß einzelne Genossen keine Vorschläge mehr machen können, aber zu den Kommissionen gehören selbstverständlich auch die Kreiskonferenzen. (Sehr richtig!)

Dittmann-Solingen: (Rufe: Schluß! Abstimmen!) Ich werde Sie nicht lange aufhalten nach den erschöpfenden Gründen, die für die Gültigkeit der Mandate schon angeführt sind. Ich will nur noch eins betonen: die Genossin Luxemburg hat überhaupt nicht gewußt, daß die Genossen des Kreises die Absicht hatten, sie zum Parteitage zu delegieren. Sie hat keine einzige Zeile in der Sache gewechselt. Gewehr hat aus eigenem Antriebe den Vorschlag auf der Kreiskonferenz gemacht, weil eben die Anschauungen des Kreises im wesentlichen übereinstimmen mit den Anschauungen der Genossin Luxemburg, und weil der Kreis es für notwendig hielt, daß die Genossin Luxemburg, besonders wegen der Wahlrechtsfrage, auf dem Parteitag anwesend sei. Der Kreis rechnet es sich zur Ehre an, hier auf dem Parteitag durch die Genossin Luxemburg vertreten sein zu dürfen. Es ist ohne weiteres selbstverständlich, daß eine Kreiskonferenz das Recht haben muß, die Vorschläge, die von den Ortsgruppen gemacht worden sind, zu ergänzen, sonst würde es dazu kommen können, daß gar keine Vorschläge vorhanden sind. Die Dinge lägen natürlich ganz anders, wenn etwa die Kreiskonferenz selbst die Wahl vorgenommen haben würde. Aber die Genossen haben sich ja einer Urwahl unterwerfen müssen. Bei der großen Mehrheit, die sie erhalten haben, würde eine Kassierung dieser Mandate direkt eine Vergewaltigung der Wähler des Kreises bedeuten. (Sehr richtig!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Fischer-Hannover (Schlußwort): Der Kommission hat es fern gelegen, gegen die betreffenden Genossen irgend etwas persönliches zu haben; wir haben uns lediglich auf das gestützt, was im Wahlprotest enthalten war. Wir waren der Meinung, daß die Parteigenossen es nicht verstehen würden, wenn man anders handeln würde, als im Statut festgelegt ist. Bei anderen Gelegenheiten stützt man sich ja immer auf das Statut, auf den Buchstaben sogar. (Sehr gut!) Aber man kann auch anders. Nicht einzelne Parteigenossen, sondern Ortsgruppen haben Protest eingelegt, mit der Erklärung, daß sie persönlich nichts gegen die Kandidaten hätten, aber eine prinzipielle Entscheidung darüber wünschten, ob die Kreisgeneralversammlung über dem Statute steht. Zum mindestens möchten wir den Genossen anheim geben, dann wenigstens das Statut zu ändern, damit solche Differenzen nicht mehr vorkommen können.

Vorsitzender **Dietz** läßt über den Antrag der Mandatsprüfungskommission abstimmen und erklärt: das ist die Minderheit. (Zurufe: Gegenprobe!) Das sieht doch fast ein Blinder! Damit sind die beiden Mandate der Genossin Luxemburg und des Genossen Grütz für gültig erklärt. Die übrigen Mandate werden ebenfalls für gültig erklärt.

Darauf werden um 6¾ Uhr die Verhandlungen auf Dienstag vormittag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. September 1910. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet um 9¼ Uhr die Verhandlungen.

Zur Verhandlung steht:

Die badische Budgetbewilligung.

Zur Resolution 90 ist der Zusatzantrag 93 eingegangen.

Vorsitzender Dietz: Dieser Antrag soll bereits eine starke Zahl von Unterschriften gefunden haben, ich will aber vorläufig noch nichts darüber sagen, bis die Unterschriften hier vorliegen.

Keil-Stuttgart (zur Geschäftsordnung): Die Mitglieder der badischen Landtagsfraktion, die in diesem Jahre für das Budget gestimmt haben, sollen jetzt bei der Beratung dieses Gegenstandes der Tagesordnung vor Ihnen als Angeklagte auftreten. Da muß es selbstverständlich sein, daß man ihnen auch die Möglichkeit der ausgiebigen Verteidigung gewährt. (Zurufe: Selbstverständlich!) Deswegen schlage ich vor, daß sofort nach dem Genossen Bebel ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion mit unbeschränkter Redezeit zu Worte kommt. (Pfannkuch ruft: Das haben wir als selbstverständlich angenommen!) Bis jetzt ist es noch nicht festgesetzt. Aber damit ist den badischen Parteigenossen noch nicht die ausreichende Möglichkeit zu ihrer Verteidigung gegeben. In einem Prozeßverfahren ist es natürlich das Wichtigste, daß man auf unrichtige und falsche Darlegungen, die sich im Verlaufe der Verhandlungen herausstellen können, zum Schlusse wieder antworten kann, um sie richtig zu stellen. Daher ist erforderlich, daß ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auch am Schlusse der Debatte zum Worte kommt. Dieses Recht des Schlußwortes wird jedem Angeklagten vor dem bürgerlichen Gericht eingeräumt. Daher werden wir es auch den hier Angeklagten nicht verweigern können. Ich beantrage also, daß Sie nicht nur einen Vertreter der badischen Landtagsfraktion nach Bebel mit unbeschränkter Redezeit hören, sondern daß Sie ihm auch die Rechte eines Korreferenten einräumen.

Bebel: Wenn offiziell gemeldet worden wäre, wer von seiten der badischen Genossen in deren Namen das Wort führen soll, so wäre ihm bereits von unserer Seite erklärt worden, daß es selbstverständlich sei, daß er in umfänglichstem Maße nach mir und auch später zu Worte kommen soll. Ich kann konstatieren, daß in der Sitzung, die der Parteivorstand und die Kontrollkommission am Sonntag gehabt haben, darüber einmütiges Einverständnis herrschte. Selbstverständlich wird der sozialdemokratische Parteitag nicht hinter bürgerlichen Gerichten in bezug auf Austeilung von Recht und Gerechtigkeit zurückstehen wollen. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dietz: Ich hoffe, daß die Erklärung des Genossen Bebel völlig ausreicht, um alle Bedenken zu zerstreuen. Ich hätte dieselbe Erklärung abgegeben, wenn wir vor der Eröffnung der Diskussion gestanden hätten, aber wir stehen erst vor der Entgegennahme des Referats. So wie Bebel es gesagt hat, wird verfahren werden.

Auer-München: Dem Vorsitzenden des Parteitages ist gemeldet worden, daß ein Genosse der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion, und zwar der Genosse Dr. Frank, als Korreferent in Betracht kommen solle. Es wurde uns auch zugesagt, daß vor dem Referat Bebels diese Erklärung abgegeben werden sollte. Wir glaubten damit das zu tun, was notwendig ist, um eine geordnete und gerechte Behandlung der strittigen Frage herbeizuführen.

Vorsitzender Dietz: Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Bebel: Parteigenossen, als wir vor zwei Jahren in Nürnberg auf dem Parteitag über dieselbe Frage, die uns jetzt beschäftigt, eine Resolution faßten,

nahmen wir wohl an, daß nunmehr, wenigstens auf absehbare Zeit hinaus, die Budgetfrage einen Parteitag nicht mehr beschäftigen werde. Die Resolution erklärt positiv und strikt, daß aus grundsätzlichen Anschauungen heraus die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften, im Reichstage und in den Landtagen verpflichtet seien, gegen das Budget zu stimmen. Es ist daher für mich keine sehr angenehme Aufgabe, heute abermals dazu das Wort nehmen zu müssen. Ich wäre lieber fern von Madrid geblieben. Aber nachdem einmal die Dinge so gekommen sind, wie sie im Augenblicke liegen, habe ich mich verpflichtet gesehen, alle sonstigen Rücksichten zurückzustellen, und das Referat zu übernehmen.

In der Resolution von Nürnberg sowohl, wie in der Ihnen heute vorgelegten, ist ausdrücklich Bezug genommen worden auf eine Reihe gleicher Beschlüsse, die von früheren Parteitagen, in Lübeck und Dresden beschlossen worden sind; insbesondere ist der Dresdener Beschluß in dieser Beziehung der formell schärfste, den je ein Parteitag gefaßt hat. Er verpflichtet nicht nur die Abgeordneten, die Mittel zur Weiterführung des Regimes der herrschenden Klassen ihren Regierungen zu verweigern, sondern er verbietet auch auf das entschiedenste jeden Versuch der Annäherung an bürgerliche Parteien. Unter denjenigen, die damals in Dresden der Resolution zustimmten, befanden sich mit ein bis zwei Ausnahmen fast alle süddeutschen Delegierten, die Delegierten aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen und es befanden sich unter ihnen auch die Genossen Kolb, Frank, v. Vollmar, Segitz, Adolf Müller, Keil, Lindemann usw. usw. (Hört! hört!)

Wir hätten also schon in Nürnberg alles Recht gehabt, mit Hinweis auf den Dresdener Beschluß viel schärfer vorzugehen, als tatsächlich geschehen ist, denn jene süddeutschen Genossen, die vor dem Nürnberger Parteitag das Budget bewilligt hatten, haben damals gegen ihren eigenen Beschluß gehandelt. Das muß festgestellt werden! Es muß weiter festgestellt werden, daß nach dem Nürnberger Parteitag bei der Berichterstattung in Mannheim von dem Genossen Geiß beantragt worden ist, die Mannheimer Genossen möchten dem Beschluß des Nürnberger Parteitages ihre Zustimmung geben, und dies ist auch einstimmig geschehen. (Hört! hört!) Ich konstatiere also, in welchen Widerspruch man sich mit sich selbst gesetzt hat.

Die Genossen Kolb, Frank usw., die jetzt in Baden dem Budget zustimmten, haben also direkt gegen ihre eigenen früheren Beschlüsse gehandelt. Es ist eine durchaus falsche Auffassung, wenn man ganz allgemein immer nur von Disziplinbruch redet. Ein Disziplinbruch liegt allerdings vor, aber es liegt mehr vor, es liegt ein Bruch grundsätzlicher Festlegungen der Partei auf drei Parteitagen vor. (Sehr richtig!) Ob die Parteigenossen der Minorität mit dieser Auffassung der Mehrheit über die Bedeutung jener Beschlüsse einverstanden sind oder nicht, das kommt nicht in Betracht. (Sehr richtig!) Denn bekanntermaßen wird selten Einstimmigkeit erzielt, und namentlich, wenn es sich um wichtige Fragen handelt, ist es öfter eine ziemlich starke Minorität, die anderer Meinung ist, sich aber der Majorität fügen muß. Ohne die Fügung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit ist ein Parteileben unmöglich. (Sehr wahr!) Fügen muß man sich unter allen Umständen, man hat aber selbstverständlich das Recht, gegen Beschlüsse, die einem nicht gefallen, zu opponieren, man kann sich darüber beschweren, man kann in Versammlungen, in der Presse und überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, Opposition dagegen machen und versuchen, die Beschlüsse umzustürzen. Das ist das gute Recht der Minorität, und doch spricht man von Kadavergehorsam, der verlangt werde. (Sehr gut!) Die unterlegenen Genossen können dies Recht der Opposition ausüben, und wenn es ihnen gelingt, die Mehrheit der Partei

auf ihre Seite zu bringen, dann sind sie die Sieger und die anderen die Unterlegenen. (Sehr wahr!)

Nun haben die Genossen in Baden eine Reihe von Gründen geltend gemacht, die sie gezwungen hätten, bewußt den Nürnberger Beschluß zu brechen. Selbst wenn zehnmal mehr Gründe vorlägen, die alle so berechtigt wären, wie ich die angeführten als unberechtigt ansehe, auch dann wäre das Vorgehen der badischen Genossen nicht gerechtfertigt. (Sehr richtig!) Glaubten sie, nicht gegen das Budget stimmen zu können, dann konnten sie vor die Partei treten und sagen: Man hat uns verpflichten wollen, gegen das Budget zu stimmen, wir sind aber aus den und den Gründen nicht in der Lage, dagegen zu stimmen, wir sind infolgedessen hinausgegangen und haben uns der Abstimmung enthalten. Das wäre in einem solchen Falle das einzig Korrekte gewesen, dann war die Sache klar, die Genossen hätten dem Nürnberger Beschluß dann nicht entgegengehandelt, und hätten getan, was sie tun konnten. (Zustimmung.) Nun hat Frank in einem Artikel der Nr. 49 der „Neuen Zeit" unter der Ueberschrift: „Die Wahrheit über den badischen Aufstand" versucht, die Sache auf ein anderes Gleis zu schieben. Er führt dort aus:

„Der Nürnberger Parteitag hat dagegen keine Anweisung gegeben für den Fall, daß eine sozialdemokratische Fraktion zwar nicht die Mehrheit, aber einen Teil einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit bilde. Es war auch nicht nötig, für diese Möglichkeit Vorsorge zu treffen, weil sich bis dahin noch keine bürgerliche Partei gefunden hatte, die bereit und groß genug war, mit uns ein solches Bündnis zu schließen. Zum ersten Male in Deutschland bot sich nun für die badischen Genossen die Gelegenheit zum „Großblock", und wir hielten uns für berechtigt und verpflichtet, im Interesse unserer Bewegung darauf einzugehen. War aber dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mußte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein, auf dessen Inhalt wir in monatelanger Arbeit Einfluß geübt hatten."

Das ist eine durchaus falsche Auffassung! Wir haben uns mit der Großblockfrage gar nicht beschäftigt. Das war vielleicht ein Fehler, aber wenn wir es getan hätten, dann wäre wieder das Geschrei entstanden, man wolle die Genossen in den Einzelstaaten bevormunden, man wolle ihnen alle möglichen Verpflichtungen auferlegen usw. Den Block zu bilden, ist den Parteigenossen in Baden nicht erlaubt worden, es ist ihnen aber auch nicht verweigert worden, sie haben gehandelt, ohne daß der deutsche Parteitag dazu Stellung genommen hat, und wenn sie glaubten, daraus eine Uebertretung des Nürnberger Beschlusses herleiten zu dürfen, dann befinden sie sich auf dem Holzwege. (Sehr richtig!) Nun ist in den Parteidebatten auch gesagt worden, das Verhalten der Badenser sei die Folge davon, daß wir in Nürnberg die Erklärung der 66 stillschweigend hingehen ließen. Das ist grundfalsch. Die Erklärung der 66 ist nichts weiter als eine Deklaration ihrer Ansichten, und über Ansichten entscheiden wir nicht, sondern nur über Tatsachen. Solange bloße Anschauungen und Behauptungen aufgestellt werden, können wir mit Achselzucken darüber hinweggehen, wir können auch darüber diskutieren, aber daß einer aus der Abgabe einer Erklärung über einen Beschluß diesen Beschluß bereits übertrete, ist falsch. Wie lautet die Erklärung:

„Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren."

Na, das ist doch wohl selbstverständlich.

„Wir sind aber auch der Ansicht,"

es handelt sich also um eine Ansicht, die die Genossen haben,

„daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorgani-

sation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß."

Also es handelte sich nur um Ansichten. Die Genossen meinen, die Landesorganisation allein habe zu entscheiden, nicht aber der Gesamtparteitag. Darüber streiten wir ja in einem fort, darüber streiten wir heute wieder, aber solange einer solchen Erklärung nicht die Tat der Uebertretung des Beschlusses folgte, hatten wir kein Recht, einzugreifen. Viel schärfer als diese Erklärung sind die mündlichen Erklärungen gewesen, die süddeutsche Genossen im Laufe der Debatte in Nürnberg abgegeben haben. Ich zitiere nach der Broschüre von Kolb, wobei ich bemerken will, daß Kolb für seine Ansicht viel schärfere Stellen aus dem Nürnberger Protokoll hätte abschreiben können. Danach sagte Timm:

„Eine Resolution wie diese, die Sie uns aufzwingen — ich spreche das in aller Ruhe aus —, ist für uns unannehmbar. Hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur entschiedenen Widerstand ... Wenn Sie der Partei einen Dienst bereiten, und wenn Sie den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit und den damit begangenen Fehler wieder gut machen wollen, so setzen Sie die Partei keiner Kraftprobe aus."

Weiter sagte Frank:

„Diese Resolution würde unsere parlamentarische Stellung untergraben."

Das sagte Frank, obgleich sie selbst 24 Stunden lang in Karlsruhe gegen das Budget stimmen wollten. (Hört! hört! und Sehr gut!) An einer anderen Stelle sagt Frank:

„Ich bitte Sie im Namen der Einigkeit, die wir brauchen und die wir wollen: Treiben Sie es nicht zum Aeußersten ..."

Also eine förmliche Drohung. Er sagt weiter:

„Wir betrachten die Resolution als das Gegenteil des Entgegenkommens, sie ist für uns durchaus und unbedingt unannehmbar."

Ganz ähnlich äußerten sich Hildenbrand-Stuttgart, Rauch-Hannover und David, der damals schon von einem Kadavergehorsam sprach. Na, wer den Kadavergehorsam so benutzt hat, wie David durch seine Reden und Artikel, der kann sich wahrhaftig nicht beschweren. Würde in der Armee ein „Kadavergehorsam" herrschen wie in unserer Partei, wir wollten mal sehen, wo die Armee bliebe. Jedenfalls würden die Herren an der Spitze der Armee aus der Haut fahren vor Entsetzen und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht.

Nun liegt ja die Tat der Beschlußmißachtung vor. Man hat sich nicht gefügt, man hat den Nürnberger Beschluß übertreten. Man hat zur Rechtfertigung dieser Handlung erklärt, wenn man das Budget nicht bewilligte, hätte man der Partei einen furchtbaren Schaden zugefügt. Parteigenossen, vor Tische las man es anders. Ich denke da zum Beispiel an eine Stelle, die schon in Nürnberg eine Rolle gespielt hat; sie ist aber so gut, daß ich sie wiederholen muß. Schon 1908 hat die bayerische Partei in ihrem parlamentarischen Handbuch die Frage der Budgetabstimmung erörtert. Da wird zunächst ausgeführt, was die Partei alles getan habe für das arbeitende Volk, man könne ihr nicht vorwerfen, daß sie negierend gehandelt habe, dann heißt es weiter: „indem die Sozialdemokraten bei der Schlußabstimmung über das Finanzgesetz sich ablehnend verhielten, verweigerten sie doch alle Mittel für die Staatsbedürfnisse"

— sagt die Broschüre, also der bayerische Parteivorstand. — „Diese Behauptung ist aber grundfalsch und zeugt, soweit es sich nicht um eine verwerfliche absichtliche Irreführung der Wähler handelt (Hört! hört!), von einer ungewöhnlich geringen Kenntnis des inländischen und ausländischen Parlamentarismus.“ (Hört! hört!) Und nun, Genossen aus Baden, merkt Euch namentlich folgende Stelle: „Denn es ist eine alte Art auch bei den bürgerlichen Parteien, wenn sie sich in einer scharfen Oppositionsstellung befanden, daß sie die Gesamtabstimmung über das Budget benutzten, um ihre ablehnende Haltung gegen das herrschende System zum Ausdruck zu bringen.“ (Hört! hört!) Da wir nun aber in schroff ablehnender Haltung dem herrschenden System gegenüberstehen, da wir an Stelle der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung setzen wollen, also dem heutigen System so prinzipiell gegenüberstehen, wie nie eine bürgerliche Partei ihm gegenüberstehen kann, ist es auch ganz in der Ordnung, daß wir über das Beispiel der bürgerlichen Parteien hinaus das Budget verweigern. (Sehr richtig!) Aber es kommt hier nicht allein dies Urteil des bayerischen Parteiausschusses über die Budgetablehnung in Betracht. Auf dem Parteitag in Lübeck, die Stelle findet sich auf Seite 274 des Protokolls, hielt Keil, der damals noch auf der radikalen Seite stand (Heiterkeit), eine sehr entschiedene Rede gegen Fendrich. Er sagte damals: „Fendrich lobt es, daß unsere badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt wurden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß man uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentsmitgliedern einräumt?“ Keil kommt dann auf die Tätigkeit der Parteigenossen in Württemberg zu sprechen und sagt: „Wir haben unsere Justizverwaltung, das Steuerwesen, den Kultusetat, auch die Eisenbahnverwaltung auf das heftigste kritisiert, wir haben mit unserer Kritik Erfolge gehabt, überall haben wir Zustimmung geerntet und die Sympathie, die uns das Volk entgegenbringt, ist gewachsen. Diese Sympathie würde schwinden, wenn wir durch schließliche Zustimmung zum Budget unserer eigenen Kritik ins Gesicht schlagen würden.“ (Hört! hört! und Sehr gut!)

Ich frage die badischen Genossen, wo war denn in den Jahren, wo Ihr gegen das Budget gestimmt habt, der Schaden, der daraus für unsere Partei erwachsen ist? Nirgends könnt Ihr ihn nachweisen. (Sehr richtig!) Aber über die badischen Genossen ist auf einmal die Erleuchtung gekommen und ihr Prophet ist der Genosse Kolb. Er hat im Karlsruher „Volksfreund“ Artikel über Artikel veröffentlicht, ferner eine Broschüre, endlich zwei sehr lange Reden auf dem Offenburger Parteitage gehalten, in denen er laut und siegestrunken verkündet: „Was wir wollen, ist der einzig richtige Weg, wir sind die Avantgarde für die neue Taktik, unserm Beispiel in Baden, so heißt es ungefähr, wird man in Deutschland, in Europa folgen, ich glaube sogar in der Welt.“ (Heiterkeit.) Genosse Kolb hat bei dieser Gelegenheit nicht nur einen Jubelhymnus über ihre Taktik angestimmt und hat auch eine so scharfe Verurteilung der allgemeinen Taktik der Partei, namentlich der Reichstagsfraktion ausgesprochen, daß ich sagen muß, mit dieser Rede und diesen Artikeln hat die Frage ein ganz neues Gesicht bekommen. (Sehr richtig!)

Wir wären danach voll berechtigt, heute in eine Debatte über die Gesamttaktik der Partei einzutreten. Ich will diese Debatte nicht, ich will sie nicht aus Rücksicht auf das kommende Jahr. Aber erspart wird sie uns nicht, sie muß kommen. (Sehr richtig! auch bei den Süddeutschen.) Es wird einmal die Frage entstehen, wenn zum Beispiel in den sogenannten „Sozialistischen Monatsheften“ Dr. Bloch Artikel vertritt, die darauf hinauslaufen, daß wir für alle agrarpolitischen Maßnahmen, für das Reichsbudget usw. stimmen sollen und

ähnliche Anschauungen in der badischen Presse, in Mannheim und Karlsruhe ausgesprochen werden. (Frank: Ist niemals geschehen.) Dann haben wir es sehr notwendig, uns einmal darüber zu unterhalten, ob die Taktik, die wir seit 43 Jahren im Parlament verfolgen, die uns groß gemacht hat, eine falsche war. (Sehr richtig! Sehr gut!)

Das letzte Jahr hat gezeigt, wie richtig unsere Taktik war. Wodurch ist denn die Partei gewachsen, warum laufen uns jetzt die Wähler in Scharen zu? Weil wir die einzige prinzipienfeste Partei sind, die gegen Volksausbeutung, Volksdruck, Volksknebelung, wie sie im Parlament beschlossen wurde, auf das energischste Front gemacht hat. (Stürmischer Beifall. — Zuruf bei den Süddeutschen: Da waren wir doch auch dabei.) Wenn ein Gegner von Negation der Sozialdemokratie redet, so lasse ich mir das gefallen und denke mir, es ist ein dummer oder böswilliger Kerl, der kann nicht anders schreiben. Aber wenn ein Parteiführer wie Genosse Kolb von Negation redet, die die Partei treibe, und sagt, daß alles, was wir bisher getan, falsch gewesen sei, auch im Reichstag hätten wir anders auftreten müssen, so haben wir alle Ursache, uns zu fragen, ob derartige Angriffe auch nur die mindeste Berechtigung haben. (Sehr richtig!) Ich komme später noch darauf.

Die Haltung der badischen Fraktion in der Budgetfrage konnte gar nicht widerspruchsvoller sein, als sie gewesen ist. (Sehr richtig!) Wie lag die Sache? Herr v. Bodman hat in der Kommission bei Beratung der Gemeindeordnung die Erklärung abgegeben, von einer Gleichberechtigung der Sozialdemokratie könne keine Rede sein, sozialdemokratische Bezirksräte würden nicht akzeptiert werden. Genosse . . . Herr v. Bodman (Große Heiterkeit) — ja, Parteigenossen, wenn ich in der Frage objektiv urteilen soll, war eigentlich Herr v. Bodman viel korrekter als unsere Leute — also Herr v. Bodman hat diese Erklärung abgegeben. Darauf große Entrüstung unter unseren Genossen! Das sei eine Beleidigung, das könne sich die Partei nicht gefallen lassen. Der Genosse Frank erklärte in einem Artikel in der „Mainzer Volkszeitung", sie hätten zwar seit Monaten bereits für das Budget stimmen wollen, aber nach dieser ungeheuerlichen Erklärung hätte davon keine Rede mehr sein können, das wäre die größte Beleidigung gewesen, die man der Partei habe antun können. Parteigenossen, wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung — und der heutige Staat hat als politische Institution den Zweck, die Verteidigung und Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegen alle Angriffe von sozialdemokratischer Seite zu übernehmen, nötigenfalls mit Gewalt — wenn also ein solcher Minister sagt, er anerkenne diese Gleichberechtigung nicht, so hat er von seinem Standpunkt aus ganz recht. (Frank: Unerhört!) Ich finde das ganz natürlich. (Frank: Unerhört!)

Eine Beleidigung liegt darin ganz und gar nicht. Ist das nicht und ähnliches tausendmal gesagt worden? Als man uns das Sozialistengesetz um den Hals warf, haben wir uns nicht „beleidigt" gefühlt, wir waren empört, wir waren von Zorn und Haß erfüllt gegen die Urheber und Gutheißer dieses Gesetzes, und hätten wir damals gekonnt, wie wir innerlich wollten, wir hätten losgeschlagen und hätten alles zertrümmert, was uns im Wege lag. (Stürmische Zustimmung.) Wir wären Verräter an unserer Sache gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. (Sehr richtig!) Aber wir konnten es nicht und da ließen wir es bleiben. Also, es ist keine Beleidigung für uns, wenn ein Minister Aeußerungen macht, wie die angeführten. Dergleichen wird uns alle Zeit überall gesagt. Wer im Besitze der Macht ist, sucht eben drin zu bleiben und unsere Aufgabe ist, unsere Gegner aus der Macht zu vertreiben. (Sehr richtig!)

Der von den Badensern beschrittene Weg ist grundfalsch. Frank sagte einmal, Herr v. Bodman ist eine komplizierte Natur. Ich meinerseits kenne Herrn v. Bodman nicht. Ich habe auch sehr wenig von ihm gehört, aber das Wenige hat mir gezeigt, daß er eine sehr einfache Natur ist. (Heiterkeit.) Ich kann dem Genossen Frank die Versicherung geben, daß er für mich eine weit kompliziertere Natur ist als Herr v. Bodman. (Große Heiterkeit.) Ich habe auf den Genossen Frank einstmals große Hoffnungen gesetzt. (Hört! hört!) Er war eine Zeitlang sogar mein Liebling, mein Benjamin (Große Heiterkeit), aber ich habe mich getäuscht, er hat meine Hoffnungen betrogen. (Hört! hört!) Und da ich so getäuscht worden bin, habe ich mich gefragt: Zum Teufel, woher kommt das? Was spielen da für innere Motive mit, die ihn zu so merkwürdigen Sprüngen veranlassen? Ich bin mir bis heute darüber noch nicht ganz klar geworden. Er ist nach wie vor für mich eine komplizierte Natur. Aber seine Taten sind nicht kompliziert! Ueber diese bin ich mir sehr klar. Wenn ich die Motive nicht beurteilen kann, die Taten kann ich beurteilen, und gegen diese wende ich mich auf das entschiedenste.

Ganz ähnliche Erklärungen wie kürzlich in der Kommission hat Herr von Bodman früher schon im Landtag abgegeben, die sich gegen die Gleichberechtigung unserer Partei mit anderen Parteien richteten. Es war Genosse Frank, der 1908 in Nürnberg von einer Hetzrede des Herrn v. Bodman sprach, weil Herr v. Bodman auch damals schon klipp und klar erklärte: von einer politischen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie kann keine Rede sein! Also auch hier keine Kompliziertheit der Gedanken, sondern einfach und klar. Nun haben die badischen Parteigenossen das Glück gehabt, daß sie ungerufene Bundesgenossen bekommen haben; so haben die Karlsruher Konservativen gegen Herrn v. Bodman gedonnert, die „Kreuzzeitung“ wetterte, und die konservativ-christlichen Vereine erklärten sich ebenfalls gegen ihn. Es täte mir leid, wenn über diese Strohhalme Herr v. Bodman stolpern würde, nicht weil ich etwas Besonderes in ihm sehe, sondern weil in einem solchen Frosch-Mäusekriege nicht gleich ein Minister zu fallen braucht. Am wenigsten brauchte Herr Erzberger den Mund allzu sehr aufzureißen, da er doch wissen muß, daß viel höherstehende Personen als Herr v. Bodman der Sozialdemokratie ganz andere Komplimente gemacht haben. (Sehr richtig! Hört! hört!) Darüber werde ich noch sprechen. Schließlich entschloß man sich, für das Budget zu stimmen. Brachte die erste Erklärung Herrn v. Bodmans unsere Genossen aus der Fassung, so kam es bald anders. Erst treten sie zusammen und beschließen: jetzt verweigern wir das Budget. Der Beschluß ist ihnen sicher sehr schwer geworden. Er ist auch weiterhin bekannt geworden und zu Ohren des Herrn v. Bodman gekommen. Und als dieser das hörte, sagte er sich: Die Sozialdemokraten wollen wegen meiner Erklärung gegen das Budget stimmen! Tausendwetter, es ist doch schön für mich, für das Land und die bürgerlichen Parteien, wenn ich die Sozialdemokraten einfangen könnte. Und da gab er eine neue Erklärung ab, die durch einen Junker in der ersten Kammer provoziert wurde, und worin es heißt, die sozialdemokratische Bewegung sei eine großartige Bewegung, eine Erscheinung, die man beachten müsse und nicht ignorieren dürfte. Ueber diese nichtssagende Erklärung waren unsere badischen Landtagsgenossen so entzückt, daß sie eilig zusammentraten und jetzt beschlossen, für das Budget zu stimmen. (Heiterkeit.) Alle Gefahren, die damit zusammenhängen, waren in diesem Augenblick vergessen.

Herr v. Bodman hat außerordentlich geschickt operiert, er hat mit seinen nichtssagenden Reden eine ganze sozialistische Fraktion eingefangen, wer das kann, der ist ein Staatsmann (Heiterkeit), aber diejenigen, die sich so fangen lassen, das sind keine Staatsmänner (Große Heiterkeit), wenn sie sich auch noch

so sehr für große Staatsmänner halten. Da kommt nun der Genosse Frank und erklärt, in diesem offenen, mutigen Bekenntnis des Ministers, daß die Sozialdemokraten eine großartige und innerhalb gewisser Grenzen berechtigte Bewegung sei, liege etwas Großes, obgleich sich der Minister wie selbstverständlich gegen unsere Grundforderungen, Aenderung der Gesellschafts- und Staatsordnung, erklärte, die auf das entschiedenste zu verurteilen und zu bekämpfen seien. Genosse Frank meinte, „in diesem offenen, mutigen Bekenntnis" schien uns eine Zurücknahme jener in der Kommission getanen Bemerkung des Ministers zu liegen, die unsere Partei so sehr verletzten, und — nach kurzer Beratung kam die große Mehrheit der Fraktion zu dem Beschlusse, das Finanzgesetz zu bewilligen, wie es angeblich die politische Lage verlangte. (Hört! hört!)

Ich vertrage vieles und begreife vieles und wir haben im Laufe der Jahre in der Partei manches zu kosten bekommen, aber ein solcher totaler Umfall auf eine nichtssagende Bemerkung hin, ist mir noch nicht vorgekommen. Wo liegt in den Worten des Herrn v. Bodman — und Genosse Frank ist Jurist, und er hat fachgemäß gelernt, Worte und Begriffe scharf zu definieren —, wo liegt denn in den Worten v. Bodmans die Anerkennung unserer Gleichberechtigung, wo sagt er, daß, wenn wir Bezirksräte wählten, diese bestätigt würden (Sehr richtig!), wo? (Zu Dr. Frank): O, Sie g l ä u b i g e r Thomas! (Heiterkeit.) Es gehört große Interpretationskunst dazu, solches herauszulesen. (Sehr richtig!) Der Minister hat gar nichts versprochen, er ist konsequent auf seinem ablehnenden Standpunkt stehen geblieben — nur Ihr seid es (zu den Badensern), die umgefallen sind. (Sehr richtig!) Aber da kommt Kolb und setzt in einer enthusiasmierten Rede auseinander, die großen Vorteile, die angeblich die Budgetbewilligung der badischen Partei bringe, die einflußreiche Stellung, die sie im Lande sich erobert hat. Die Nationalliberalen liegen zu unsern Füßen, die Regierung ebenfalls und in 10 Jahren wird jeder Beamte Sozialdemokrat sein dürfen usw. usw. (Große Heiterkeit, Bewegung.)

Vor zehn Jahren, im Februar 1901, hat Kolb auch prophezeit. Damals äußerte er: Wir werden noch eine Menge P r o g r a m m b a l l a s t ü b e r B o r d w e r f e n müssen. Zu diesem Programmballast gehörte nach ihm die Forderung des Stimmrechtes für die Frauen (Hört! hört!) und die Beseitigung der Minimalgrenze für das Alter der Wahlberechtigung in unserm Programm, 20 Jahre; im Nachbarlande Badens, in der Schweiz, wählt heute jeder 20jährige Mann bei den Kantonal- und Nationalratswahlen, er wählt die Schullehrer, die Richter, die Regierungsräte, Dinge, die wir im Programm ebenfalls fordern, die wir aber in Deutschland noch nicht erreicht haben. Soll man in Deutschland für das zu unreif sein, was man in der Schweiz schon besitzt? Wer mit 20 Jahren zum Heere muß, soll auch über das Wohl des Landes abstimmen können.

Und nun das Frauenstimmrecht! Wenn eine Forderung jemals einen großen Siegeszug gemacht hat, dann ist es diese (Sehr richtig!), und Kolb ist oft genug gezwungen gewesen, in seinem Blatte Erfolge mitzuteilen, die im Gegensatz zu seinen Prophezeiungen standen.

Der Minister v. Bodman hat also nichts zurückgenommen, kein Wort von seinen Erklärungen; derselbe Minister hat aber schon vor drei Jahren bei den Reichstagswahlen lebhaft bedauert, daß damals zum Teil bei den Stichwahlen Bürgerliche für sozialdemokratische Kandidaten eingetreten sind. Er hat damals bis zum letzten Augenblick danach getrachtet, eine Einigung zwischen Zentrum und Nationalliberalen zustande zu bringen gegen die Sozialdemokratie. Jedenfalls hieß es damals, es sei tief bedauerlich, daß nicht das gesamte Bürgertum gegen die Sozialdemokraten zusammengeschlossen sei und daß selbst

bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie durch Wahlhilfe Vorschub leisteten. (Hört! hört!) Der Minister hat auch damals erklärt, daß er sozialdemokratische Beamte nicht dulde, er ist also nach jeder Richtung seinen Ansichten treu geblieben. Wie leicht es freilich den badischen Genossen wird, für das Budget zu stimmen, darauf machte mich eine Mitteilung des Genossen Molkenbuhr aufmerksam: Frank hat in Nürnberg als eines der Hauptmotive für die damalige Budgetbewilligung angeführt, daß eine Gehaltserhöhung für die Weichensteller durchgesetzt wurde, die man doch nicht durch die Budgetverweigerung habe ablehnen können; die Weichensteller erhalten nach dieser Erhöhung 1000 bis 1400 Mark. Molkenbuhr stellt nun fest, daß der preußische Landtag im Jahre 1907 den Weichenstellern erster Klasse ein Gehalt von 1390 bis 1790 Mk., denen der zweiten Klasse von 1090 bis 1590 Mk. bewilligte. Das haben also die preußischen Junker beschlossen, weit mehr, als die Badener Weichensteller bekommen (Heiterkeit), und 1910 haben sie die zweite Klasse auf 11—1600 Mk. aufgebessert. Die Junker haben also viel mehr getan, als die badische Parlamentsmehrheit und Regierung, und doch war letzteres für unsere badischen Genossen ein Grund, für das Budget zu stimmen.

Was hat nun Herr v. Bodman gesagt: Die Bewegung der Sozialdemokratie kann man doch nicht schlechthin als eine Krankheit bezeichnen; in bezug auf ihre Verneinung der Monarchie und ihre Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mag man sie utopistisch nennen — aber sie ist zugleich eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, und man muß versuchen, ihren Bestrebungen in bezug auf die Hebung der Arbeitermassen gerecht zu werden. Darauf folgte der berühmte Umfall und der Karlsruher „Volksfreund" schrieb: Mannhaft und mutig war die Stellung v. Bodmans, der sie mit gewohnter Energie und Offenheit verteidigte; es zeigte sich wieder, wie seine Stellung zur Sozialdemokratie von seinen Stimmungen abhängig ist. Am Tage zuvor war man empört über seine Stellung und am nächsten Tage hatte man dafür Achtung und Anerkennung. Man sollte solche Ausführungen seitens eines Sozialdemokraten kaum für möglich halten. (Sehr richtig.)

Als im Jahre 1878 das Sozialistengesetz uns gebracht wurde, hielt zwei Jahre danach der erste deutsche Kaiser, der diesem Gesetze seine Zustimmung gab, eine Rede, in der er ausdrücklich erklärte, es gelte nicht bloß, Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu ergreifen, man müsse auch mit positiven Maßregeln kommen, dem berechtigten Kern in den Forderungen der Sozialdemokratie müsse man Rechnung tragen. Ist hier nicht viel mehr vom Deutschen Kaiser 1880 gesagt worden, als jetzt Herr v. Bodman sagte? (Zustimmung.) Das wird doch kein Mensch bestreiten wollen.

Am 24. November 1884 gab es eine große Debatte im Reichstage darüber, wer der Haupturheber der Sozialpolitik sei, und unser verstorbener Genosse Auer erklärte, das ist die Sozialdemokratie! Ohne sie wäre die Reform nicht vorhanden. Als das bürgerlicherseits bestritten wurde, trat Bismarck auf und antwortete: wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und nicht eine Menge sich vor ihnen fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform gemacht haben, nicht existieren. (Hört! hört!) Bismarck erklärt also hier positiv und direkt die Sozialdemokratie als die Urheberin der Sozialpolitik. Und da spricht man auf unserer Seite von Negation, wie das Kolb getan hat.

Die Negierer haben in der Welt oft mehr erreicht als die sogenannten positiven Arbeiter. (Bewegung.) Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt alle Zeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsere ist gewiß berechtigt. (Sehr richtig!)

Es kamen alsdann die Februarerlasse von 1890, die der jetzige Kaiser erließ, und worin gesagt ist: „Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten in der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, so doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen beabsichtigen, die Bestrebungen zur Hebung der Arbeiterschaft einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche Bestrebungen die Arbeiter internationale Untersuchungen und Verhandlungen führen, will ich, daß Deutschland mit Frankreich, England usw. in Verbindung trete usw.“ Hier ist also direkt hingewiesen auf den großen internationalen Kongreß zu Paris von 1889. Was die internationale Vereinigung der Arbeiter will, sagte damals der Kaiser, muß in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Und in einem weiteren Erlaß an den Handelsminister, dieser war damals ebenfalls Bismarck, heißt es: Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sind die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Arbeitern einer Prüfung zu unterziehen und den lautgewordenen Klagen und Beschwerden der Arbeiter soll Rechnung getragen werden. Ganz klar ist doch hier ausgesprochen, daß deshalb an diese gesetzgeberische Aktion gegangen wird, weil die Arbeiter es verlangen, und es wird weiter gesagt, es sei die Aufgabe der Staatsgewalt, die Arbeitszeit so zu regeln, daß den Rücksichten der Wohlfahrt, Gesundheit und Sittlichkeit Rechnung getragen werde und der Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibe. Kann man denn eine großartigere Anerkennung unserer Bestrebungen anführen, als in diesen Worten des Kaisers liegt? Nichtssagend ist dagegen die Rede v. Bodmans. Weiter ist in jenen kaiserlichen Erlassen hingewiesen auf die sozialpolitischen Aufgaben für die Bergwerke und staatlichen Fabriken, die Musterwerkstätten werden sollen. Das alles sagte damals der Kaiser. Wie weit geht das alles über die Rede des Herrn v. Bodman hinaus. Herr Erzberger, der jetzt glaubt, gegen Herrn v. Bodman losgehen zu müssen, sollte diese kaiserlichen Ausführungen beachten, dann würde er sehen, wieviel mehr als von dem badischen Minister von allerhöchster Stelle gesagt wurde. (Sehr richtig!)

Im Jahre 1900 hatten wir den großen Kampf um die lex Heinze. Unsere Haltung ihr gegenüber war auch eine Negation. (Bewegung.) Unsere Fraktion hat damals die Vorlage durch ihre Obstruktion zu Falle gebracht; da war es der freikonservative Professor Delbrück, der in einem Aufsatz schrieb, die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise gab die Unterlagen ab, aber den Sieg verlieh die Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen. (Hört! hört!) Das sagte einer der ersten konservativen Schriftsteller. Aehnlich sprach sich ein Korrespondent in der „Neuen Züricher Zeitung“ aus. Dann kommt der Oberbürgermeister von Dresden, Beutler, einer unserer fanatischsten Gegner — er war es schon als Bürgermeister von Meerane, als ich den Kreis im Deutschen Reichstag vertrat. Am 26. November 1909 sagte er in einer Besprechung über die Bekämpfung der Schundliteratur: „Ich glaube, daß wir auf die Kreise (die von der Schundliteratur bedroht sind) um so besser einwirken können, wenn auch die Führer der Arbeiterschaft für diesen Kampf gewonnen werden; ich kann mit Freude konstatieren, daß wir bei unseren Maßnahmen für die Verbreitung guter Lektüre die größte Unterstützung bei der Leitung der Gewerkschaften und bei der Sozialdemokratie gewonnen haben. (Hört! hört!) Und

so könnte ich Lobreden, die angesehene Gegner über die Sozialdemokratie gehalten haben, noch viele hier anführen. Wenn historische Ereignisse der Partei besprochen werden, dann staune ich oft, was unsere Schriftsteller darüber produzieren (lebhafte Heiterkeit), so grobe Fehler werden manchmal gemacht. Es ist nicht immer möglich, diese Irrtümer richtig zu stellen. Als vor einigen Jahren die Genossen Ulrich und David im hessischen Landtage in einer Debatte mit den Gegnern über das Verhalten der Sozialdemokratie zur Sozialreform stritten, erklärte Geher: „Wir haben ja nie etwas gewollt, wir haben ja gegen alles gestimmt.“ Darauf antwortete der Fortschrittler Dr. Gutfleisch: „Es ist wahr, daß die Sozialdemokratie gegen die drei Sozialreformgesetze stimmte, aber es ist ein großer Unterschied, ob ich gegen ein Gesetz stimme, weil ich es nicht mag, oder ob ich gegen ein Gesetz stimme, weil es mir zu wenig bietet, und das letztere war bei der Sozialdemokratie der Fall.“ (Hört! hört!) Unsere Negation hat zweifellos sehr wohltätig gewirkt, und, Parteigenossen, da man Euch beim Wahlkampfe wahrscheinlich wieder mit solchen Vorwürfen kommen wird, will ich folgendes erwähnen, obwohl es mir unangenehm ist, von mir selbst sprechen zu sollen: Der erste im Reichstag eingebrachte Entwurf über die Unfallversicherung der Arbeiter, im Jahre 1882, war so, daß der Abgeordnete Bamberger damals sagte, er verstehe nicht, warum Bebel nicht Geheimrat sei und den Gesetzentwurf vertrete, denn der enthalte ja das alles, was er in seiner Rede ein Jahr zuvor als Grundlagen des Gesetzes gefordert habe. (Hört! hört!) Dieser Gesetzentwurf war aber dem Zentrum und den Liberalen zu weitgehend, sie stimmten ihn nieder. (Hört! hört!)

Die Freisinnigen haben nicht bloß gegen die Unfallversicherung, sondern auch gegen die Krankenversicherung, die Invaliden- und Altersversicherung gestimmt. (Hört! hört!) Sie wollten von einem staatlichen Eingreifen nichts wissen. Das Zentrum hat gegen die Invaliden- und Altersversicherung gestimmt, und für die Unfallversicherung nur, weil die Grundlage der Organisation die Unfallgenossenschaften der Unternehmer wurden. (Hört! hört!) Und diese Parteien können, ohne entschiedenen Widerspruch in unserer Partei zu finden, behaupten, sie hätten korrekt gehandelt und wir falsch, weil eben die Partei nicht weiß, wie unwahr und ungerecht diese Behauptungen sind.

Wer die Geschichte der letzten fünf Jahrzehnte kennt, wer da weiß, wie in den 60er und 70er Jahren alle bürgerlichen Gelehrten, die ganze Kapitalistenklasse, alle Staatsgewalten ohne Ausnahme es auf das entschiedenste ablehnten, daß die Staatsgewalt zum besten der Arbeiter einzutreten hätte, der denkt anders über vieles. Es vollzog sich innerhalb von zwei Jahrzehnten ein ganz gewaltiger Umschwung in den Anschauungen, wie er kaum je vorhanden war in der Geschichte eines Volkes. Dieser gewaltige Umschwung in der Auffassung der Pflichten des Staates gegen die Arbeiterklasse war das Werk der Sozialdemokratie, und zwar das Werk ihrer Kritik, ihrer Negation. Sie zwang die Gelehrten, die Staatsmänner, die Parlamente, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es war im Jahre 1871, als junge nationalökonomische Gelehrte, darunter Adolf Wagner, auch ein alter Kerl wie ich, sogar noch etwas älter, zu sagen wagten: so geht es nicht weiter! Der Staat muß eingreifen, und sie verlangten unter anderem den gesetzlichen Zehnstundentag! Da war es der sogenannte Nationalökonom Oppenheim, der längst tot ist, und also nicht mit dem noch lebenden Dr. Oppenheimer zu verwechseln ist, der für diese Männer das Wort „Kathedersozialisten“ erfand. Es galt damals als ein Schimpfwort. Noch unter dem Sozialistengesetz haben Bamberger und Eugen Richter auf Tod und Leben gegen unsere Auffassung vom Eingreifen des Staates in die sozialen Beziehungen von Arbeit und Kapital gekämpft. Richter sogar so ziemlich bis

zu seinem Tode, wenn er auch schließlich merkte, Du bist unterlegen, Du bist im Strom der Zeit mit deinen Anschauungen untergegangen. Mit Fug und Recht kann die Sozialdemokratie behaupten, daß sie die Wissenschaft, die Staatsmänner und die Parlamentarier gezwungen hat, ihre alten Anschauungen zu verlassen. Diesen gewaltigen Erfolg kann die Sozialdemokratie auf ihre Konto schreiben. Er war die Wirkung der viel verlästerten Negation, die wir dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber einnahmen. (Sehr gut!)

Wie kann man überhaupt von Negation reden, wo wir eine Menge positiver Forderungen an den heutigen Staat in unserm Programm haben. (Sehr richtig!) Wo wir allmählich dazu übergegangen sind, in die Landtage, in die Gemeindevertretungen, abgesehen vom Reichstage, einzudringen. Es ist dort doch ein ungeheures Stück Arbeit geleistet worden. (Sehr richtig.) Ich sage es ohne zu prahlen, weil es wahr ist: es gibt in der ganzen Welt keine Sozialdemokratie, die soviel Positives geleistet und errungen hat als die deutsche Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Und da kommen Männer aus den eigenen Reihen, da kommen die Preßorgane der Partei in Baden usw. und sagen: die ganze Taktik muß anders werden. Ihr habt nur negiert, wir müssen jetzt positiv arbeiten. Das heißt also, wir müssen alles, für das wir gekämpft haben, durch das wir groß geworden sind, aufgeben und umsatteln. Wir müssen das aufgeben, was uns zur stärksten Partei in Deutschland gemacht hat, die heute schon über drei Millionen zählt und das nächste Mal vier Millionen Anhänger haben wird. Trotz aller dieser Erfolge sollen wir auf einmal sagen: wir haben geirrt, wir müssen andere Wege wandeln! Wir verbinden uns mit den Nationalliberalen, unseren Todfeinden, und machen praktische Arbeit. (Lachen und Sehr gut!)

Das schlägt ja in das Kapitel des Blocks ein. Wer sind denn die Nationalliberalen? Die nationalliberale Partei ist die Partei der Scharfmacher par excellence. (Sehr richtig!) Sie sind die Kapitalistenpartei, die erste Kapitalistenpartei. Sie haben im Reichstage für alle Ausnahmegesetze gestimmt, für die Ausnahmegesetze gegen die Elsaß-Lothringer, gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten, gegen die Dänen, die Polen usw. Und heute erscheint in der nationalliberalen Presse Süddeutschlands ein Artikel, der nächstens stattfindende nationalliberale Parteitag müsse sich auf die Heidelberger Erklärung zurückziehen, und die fordert ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. (Stürmisches Hört! hört!)

Das sind die Bundesgenossen unserer Freunde in Baden. (Lebhaftes Hört! hört!) Sie haben gemeint, Sie müßten Thron, Altar und Geldsack retten, indem Sie für das Budget stimmten, Sie dürften diese Arbeit nicht dem Zentrum überlassen. Ach, Ihr konntet ruhig gegen das Budget stimmen. Solange das neue Deutschland besteht, ist kein einziges Beispiel da, daß eine bürgerliche Partei gegen das Budget zu stimmen gewagt hat. In den heftigsten Zeiten des Kulturkampfes, als das Zentrum mit Ruten und Skorpionen gezüchtigt wurde, hat es gehorsam die Hand geküßt, von der es geprügelt wurde und hat für das Budget gestimmt, auch im Reich. Gibt es eine Partei in Deutschland, die schlimmere Verfolgungen unmenschlicher Art zu erdulden hatte, als die Polen? Und auch die Polen haben die Hand geküßt, die sie prügelte und haben für das Budget in Preußen gestimmt, für das Budget im Reiche, für alle Flottenvorlagen, für alle indirekten Steuern usw. (Zuruf: Und für die Finanzreform!) Die Nationalliberalen sind die Verteidiger aller Militär-, aller Marine- und aller Flottenvorlagen, ebenso jeder Kolonialpolitik. Sie sind die Freunde der indirekten Steuern. Wenn sie im letzten Jahre bei der Finanzreform dagegen

stimmten, so taten sie es, weil sie den schwarz-blauen Block nicht unterstützen wollten. Aber auf dem Programm der Nationalliberalen stand auch die Biersteuer, die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer. Auch heute noch stimmen sie für die Liebesgaben, die Agrarzölle, die Lebensmittelzölle, die Einfuhrverbote, die Sperrmaßregeln. Als die Zuchthausvorlage kam, weil in Frankreich ein Wahnsinniger den Präsidenten der Republik ermordet hatte, war es der verstorbene Großherzog von Baden, der an die Spitze einer Agitation mit den Nationalliberalen trat, die für die Umsturzvorlage eintraten. (Hört! hört!) Demselben Großherzog haben dann die Genossen Frank und Kolb bei seiner Beerdigung das Geleit gegeben. (Lebhaftes Hört! hört!) Der hohe Herr hatte mich speziell in sein Herz geschlossen. (Heiterkeit.) Meinen Namen hat er zwar nicht genannt, aber es war auf dem Hohentwiel und in Villingen, wo ich gesprochen hatte und nach jeder dieser Rede, die ich hielt, hat er in einem Militärverein oder bei einem Militärvereinsfest eine Rede gegen mich gehalten. (Heiterkeit.)

Der verstorbene Großherzog ging weiter, als die übrigen deutschen Fürsten, er war unser bewußter Feind, er hat bei jeder Gelegenheit gegen uns polemisiert, aber das hat Sozialdemokraten nicht abgehalten, ihn zu Grabe zu leiten. (Hört, hört!) Er hätte sich wohl gehütet, Sozialdemokraten die gleiche Ehre zu erweisen, und wären es selbst Kolb oder Frank gewesen (Heiterkeit), über die ich mich im übrigen sehr freue, daß wir sie noch unter uns haben. Ich könnte das Sündenregister der Nationalliberalen noch vergrößern. Die Nationalliberalen sind die entschiedensten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. Ihr in Baden, die Ihr Euch mit den Nationalliberalen verbrüdert habt, Ihr hättet heute noch nicht das allgemeine Wahlrecht, wenn Euch nicht das Zentrum dazu verholfen hätte, natürlich nicht um Eurer schönen Augen willen, sondern einzig und allein in seinem eigenen Interesse. Als das Zentrum das allgemeine Wahlrecht forderte, da mußten natürlich die Liberalen, wollten sie nicht unter den Schlitten kommen, auch diese Forderung aufstellen. Und so kamt Ihr dazu, ohne daß Ihr Euch sonderlich die Hände zu verrenken brauchtet. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Süddeutschen.) Kolb spottet auch über den preußischen Wahlrechtskampf, was dabei herausgekommen wäre. Ja, Ihr seid zum Wahlrecht gekommen, wie jener zur Ohrfeige. (Heiterkeit.) Euch ist die gebratene Taube des allgemeinen Stimmrechts in den Mund geflogen, Ihr habt sie nur zu verspeisen gehabt. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Badensern.) Auch die Bayern sind nicht mit viel mehr Mühe dazu gekommen. Aber der Kampf in Preußen bedeutet etwas ganz anderes. (Lebhafte Zustimmung.) Da schimpft man auf dem badischen Parteitag darüber, daß sich die Preußen und Sachsen in die badischen Verhältnisse mischen. Der stärkste Partikularist konnte es nicht toller treiben. (Sehr gut.) Ich habe schon früher gesagt: der preußische Staat ist ein ganz anderes Ding als jeder andere Staat. Er ist in seiner Art einzig in der Welt. Es gibt keinen zweiten dem preußischen ähnlichen Staat, aber wenn wir einmal diesen Staat in der Gewalt haben, haben wir alles. (Sehr richtig.) Aber das kostet Mühe, das kostet Arbeit, das kostet Schweiß, das kostet eventuell noch weit mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Damit könnt Ihr in Süddeutschland Euch nicht messen, Ihr habt nicht die Möglichkeit, über dieses Preußen richtig zu urteilen, im Süden versteht man nicht diesen Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit, Kolb könnte sonst unmöglich diese höhnischen Redensarten über die preußischen Genossen und den Kampf machen. Ich denke, die preußischen Genossen haben Bewundernswertes geleistet (Zustimmung), und sie werden es weiter leisten, aber sie haben es auch mit einem ganz anderen Gegner zu tun, wie Ihr in Süddeutschland. Das spricht ja innerhalb gewisser Grenzen zu Euren Gunsten. Das macht ja allein be-

greiflich, daß Ihr so seid, wie Ihr seid. Freilich die Wandlungen, die die badischen Genossen jetzt bei der Budgetfrage gemacht haben -- monatelang für das Budget, dann 24 Stunden dagegen, dann wieder dafür — wenn diese Wandlungen bei den Nationalliberalen vorgekommen wären, das heißt bei jener Partei, die wir unausgesetzt als Partei der Drehscheibe bezeichnen, dann hätte wohl der „Volksfreund" geschrieben über diese politischen Waschlappen, diese Jammerlappen. (Sehr gut!) Ich wage nicht zu sagen, was die Konsequenz ist. (Heiterkeit.) Einzelne in der Partei fangen überhaupt an, nationalliberal zu werden. Als neulich in Berlin über die badischen Vorgänge debattiert wurde und als ein Redner im zweiten Wahlkreis auf die Artikel von Dr. Bloch in den „Sozialistischen Monatsheften" hinwies, die eine rein nationalliberale Politik verteidigten, antwortete Richard Fischer, den doch wohl niemand für einen Radikalen halten wird.... (Heiterkeit. Richard Fischer ruft: Das war auch nie mein Ehrgeiz.) Doch ehemals, aber lang, lang ists her. (Heiterkeit.) Was geniert uns der Bloch, ist ja nationalliberal. (Große Heiterkeit.) Das hieß den Nagel auf den Kopf treffen. Ich habe mir damals gesagt, nie hat Richard Fischer etwas besseres gesagt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber ich denke, wir sind eine Partei von Sozialdemokraten, und wenn Nationalliberale unter uns sind, dann müssen sie hinaus, sie können in der Partei nicht bleiben. (Sehr gut!) Wir haben mehr solcher Nationalliberalen, die nationalliberale Politik machen, die die Partei ins nationalliberale Lager führen wollen, zum Bruderbund mit derselben Partei, die wir seit Jahrzehnten auf Tod und Leben bekämpfen. Doch ich will darüber heute nicht weiter reden, das wird Gegenstand weiterer Erörterungen zu gegebener Zeit sein.

Nun reden die Genossen in Baden von den großen Errungenschaften, die sie mit der Blockpolitik gemacht haben. Parteigenossen in Baden, ich bin der Meinung, zu keiner der sogenannten Errungenschaften wäre der Block notwendig gewesen. (Sehr richtig!) Freilich, ich bin sehr im Zweifel, ob ich als Sozialdemokrat z. B. für ein Gemeindewahlrecht gestimmt hätte, das statt der Zwölftelung die Sechstelung einführt, aber doch immer ein Klassenwahlrecht ist. Würden unsere Genossen im preußischen Landtage für eine derartige „Verbesserung" des Dreiklassenwahlrechts stimmen, dann könnten sie darauf gefaßt sein, daß ihnen die Berliner den Stuhl vor die Türe setzten. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat leider wegen viel geringerer Dinge Parteigenossen schon den Stuhl vor die Türe gesetzt. Aber wo sind denn die so viel gerühmten badischen Errungenschaften? Ich überlasse es Frank, sie aufzuzählen, er wird es ja tun und sie in bengalischer Beleuchtung erscheinen lassen. (Heiterkeit.) Den Errungenschaften stehen nach den Behauptungen von badischen Genossen auch Verschlechterungen gegenüber, jedenfalls aber lassen sich politische Fortschritte, die man mit Hilfe der Nationalliberalen erzielte, halten. (Sehr richtig!) Davon brauchen wir kein Aufhebens zu machen. Und dabei begibt man sich ganz in die Abhängigkeit von dem verbündeten Gegner. Das wird selbstverständlich bestritten, es wird gesagt: Das Gegenteil ist wahr, wir sind es, die das Heft in der Hand haben. Nun, der Führer der Nationalliberalen, Herr Rebmann, erklärte: Wir sind um kein Jota von unserem Standpunkt abgewichen, aber die Sozialdemokraten haben große und schwere Opfer gebracht. (Hört! hört!) Das ist wahr, wir haben die Opfer gebracht, die Nationalliberalen dagegen haben nicht das allergeringste von ihrem alten Standpunkt aufgegeben. Das sagen auch die „Kölnische Zeitung", die „Straßburger Post" und andere nationalliberale Blätter rund heraus. Natürlich gibt es auch solche, die das Gegenteil behaupten. (Frank: Hunderte!) Für uns kommt es darauf an, was vorliegt, und da sage ich: das war nicht dazu angetan, daß wir unser Erstgeburtsrecht verkauften. (Sehr richtig!)

Man sagt weiter, wir hätten einen ungeheuren Schaden gehabt, wenn wir anders gehandelt hätten. Ich habe bisher auf den Beweis dafür vergeblich gewartet, ich habe bis jetzt nicht das geringste davon bemerkt, aber wie ist es denn mit dem Block? Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien eintrete, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. (Sehr richtig!) Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt. (Sehr wahr!)

Den besten Beweis dafür habt Ihr ja selbst an dem von Euch so verspotteten Bülow-Block gehabt. Das war dasselbe im großen, was Ihr in Baden im kleinen gemacht habt. (Sehr richtig!) Was ist die notwendige Folge, wenn ich ein solches Bündnis eingehe mit meinen geschworenen Feinden, die ganz anders denken und handeln müssen wie ein Sozialdemokrat? Wenn ich in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir grundsätzlich gegnerischen Partei trete, dann muß ich notwendigerweise meine Taktik, d. h. meine Kampfesweise, darauf einrichten, damit das Bündnis nicht breche. (Sehr richtig!) Ich darf also nicht mehr darauflos kritisieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verletze ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen, zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu decken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen, was nicht vertuscht werden darf usw. Das sind die notwendigen Folgen des Blocks, die sich auch auf anderen Gebieten gezeigt haben. (Sehr richtig!)

Was haben denn die Gewerkschaften bisher von Eurem Block gewonnen? Die Gewerkschaften, deren Führer heute in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkte stehen, daß die Frage der Budgetbewilligung Sache der Einzellandtage ist, Genossen aus den Gewerkschaften, ich sage Euch, der Tag wird kommen, wo auch Ihr ebensogut wie der deutsche Parteitag gezwungen sein werdet, zu fragen, was haben die sozialdemokratischen Vertreter für die Gewerkschaften in den Landtagen getan. (Sehr gut!)

Die Frage wird bald entstehen. Ihr werdet auf Euren Generalversammlungen, auf Euren allgemeinen Gewerkschaftskongressen, so gut wie wir heute auf dem allgemeinen deutschen Parteitage, diese Frage erörtern müssen. In einem Flugblatt des süddeutschen Eisenbahnerverbandes heißt es z. B.: „Der Landtag ist geschlossen, die Petitionen, die von den Organisationen in den letzten Tagen eingereicht worden sind, sind erledigt. Erledigt in kaum 2 Stunden. Die Eisenbahner sind um eine Hoffnung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschungen. (Hört! hört!) Unter der Signatur der Finanzklemme wurden alle Anträge auf Erhöhung der Löhne, auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, auf Beseitigung der Akkordarbeit, auf Erhöhung der Zusatzrente für Invaliden, Witwen und Waisen usw., von der Regierung kurzerhand abgelehnt." (Hört! hört!) Der Genosse Kotzke in Berlin sagte in einer Versammlung: „In keinem Lande Deutschlands hat der Textilarbeiterverband so viel Gemaßregeltenunterstützung zu zahlen, wie in dem badischen Musterlandle." (Hört! hört!) Und ein großer Teil der Unternehmer sind Nationalliberale. Die badische Regierung erklärte, sie habe keine hunderttausend Mark zur Unterstützung der armen brotlos gewordenen Zigarrenarbeiter. Das badische Ländchen hat heute die Haupttabakfabrikation, die schlechtest entlohnten Tabakarbeiter wohnen in Baden. Das Gesetz über die Tabakbesteuerung hat so furchtbar gewirkt, das im Februar dieses Jahres dort über 6000 Zigarrenarbeiter brotlos waren. (Hört! hört!) Noch heute sind Tausende brotlos, denn schon seit Monaten wird keine Unterstützung mehr gegeben. Da wäre es doch die verdammte Pflicht der badischen Regierung gewesen, die mit für dieses

scheußliche Gesetz gestimmt hat, diese Aermsten der Armen zu unterstützen. (Sehr richtig!) Aber sie hat es abgelehnt, und da ist es geradezu himmelschreiend, daß man einer solchen Regierung auch noch das Budget bewilligt. (Lebhafte Zustimmung.)

Man gehe die ganzen Verhandlungen unserer Landtage durch und frage einmal, wie unsere Parteigenossen das Verhältnis ihrer Regierung zu der Militär-, Flotten-, Kolonial- und Steuerpolitik usw. behandeln. Ihr hättet alle Ursache gehabt, da wir im Reichstag nur die Reichsregierung packen können, die einzelstaatlichen Regierungen über ihre Haltung zu interpellieren und ihnen aufs schärfste zu opponieren. (Sehr richtig!) Diese Regierungen haben alle für die schauderhafte Finanzpolitik gestimmt und sie mitgemacht, wenn auch zum Teil vielleicht nicht ganz freiwillig. Aber mitgegangen, mitgehangen. Es ist unerhört, daß es Sozialdemokraten gibt, die einer Regierung, die eine solche Politik, wie sie im Reiche betrieben wird, wodurch in der ungeheuerlichsten Weise die arbeitenden, die notleidenden Klassen belastet werden, ein Vertrauensvotum geben. (Lebhafte Zustimmung.) Wie hat es dann die badische Regierung bei Rheinfelden gehalten in diesem Frühjahr, und wie in Mannheim usw.?

Ja, unsere Gewerkschaften hätten alle Ursache, ein gehöriges Sündenregister aufzurollen, und das wird auch noch geschehen. Auf die Dauer lassen sich das die Massen nicht gefallen. Videant consules! Die Konsuln sollen darauf sehen, daß das Gemeinwesen keinen Schaden erleidet, lautete ein in Rom geltender Satz. Ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun. (Lebhafter Beifall.) Demokratisches Mißtrauen und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahmen, auch gegen mich. (Sehr gut!) Seht den Führern auf die Finger, seht auch Euren Redakteuren auf die Finger. (Stürmischer Beifall.) Man sollte glauben, unsere Preßkommissionen schliefen. Wenn eine Redaktion noch so berechtigt 30, 40 Mk. mehr Ausgaben verlangt, gibt es Debatten, die die halbe Nacht dauern. Aber ob die Parteizeitung auch die Parteiinteressen wahrt, ob sie die Genossen unterrichtet über die Konflikte in der Partei wie in Dresden, wie damals bei den Redakteuren des „Vorwärts", wie jetzt mit den Badensern, daß die Parteigenossen einigermaßen wissen, was vorgeht — da wird in manchen Blättern in einer geradezu skandalösen Weise alles unterdrückt, was der Redaktion nicht paßt. (Zuruf: „Leipziger Volkszeitung".) Es wird auch in Ilion gesündigt, aber hundertmal mehr außer Ilion, und Ihr in München habt ein ganz besonderes Exemplar für Eure Kritik. (Heiterkeit.)

Ich habe oft gesagt: „Wären unsere Gegner bis hoch hinauf nicht so furchtbar dumme Esel, sie könnten uns ganz anders in die Bude schneien lassen, als es geschieht." (Heiterkeit.) Ich freue mich ja, daß sie so sind. Es gibt leider viele sozialistische Gimpel, die sich sehr gern fangen ließen. (Sehr gut!) Unsere Regierung brauchte es nur danach anzufangen — den Weg, wie sie es machen sollen, will ich ihnen aber nicht zeigen. (Heiterkeit.) Aber wenn der Gimpelfang weiter stattfinden sollte, reden wir auch darüber.

Freilich, Herr Bassermann sagt: „Von dem Block von Bassermann bis Bebel will ich nichts wissen." Parteigenossen, ich kann Ihnen sagen, daß nicht nur Bassermann, sondern auch Bebel von diesem Block nichts wissen will. (Heiterkeit und Sehr gut!) Als die Parole vom Pfarrer Naumann zum ersten Male im „Berliner Tageblatt" stand, im Anfang dieses Jahres, wollte es der Zufall, daß ich bald danach den Abgeordneten Bassermann im Foyer an einem Tische sitzend traf. Ich gehe auf ihn zu und sage: „Nun, verehrter Blockbruder, wie steht es denn mit uns?" (Große Heiterkeit.) Darauf antwortet er: „Ach was, Unsinn, Blödsinn!" Ich sage: „Jawohl, einverstanden!"

(Große Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Sogar Genosse Peus sieht ein, daß ein solcher Block Unsinn und Blödsinn ist. (Heiterkeit.) Peus verzapft ja manchmal in seinem Blättle Dinge, daß mir oft die Haare zu Berge stehen, aber wenn er nach Brandenburg vor seine Wähler kommt, ist er ein ganz anderer Kerl. Neulich, als es sich darum handelte, seine Kandidatur aufzustellen, war er merkwürdig radikal; ich habe mich sehr über ihn gefreut und ich hoffe, Genosse Peus, Sie bleiben eine lange Weile bei diesem Standpunkt stehen. (Unter großer Heiterkeit des Parteitags begibt sich Genosse Peus zum Bureau, um sich zum Worte zu melden.)

Nun hat man ausgeführt: was diesmal die Badenser gemacht haben, das sei auch bei anderen Fragen geschehen, und ganz besonders sei ich der Sündenbock, der dergleichen angerichtet haben soll. Genosse David hat die vergangenen Protokolle genau studiert und hat in einem Artikel oder einer Rede ausgeführt, 1887 auf dem Kongreß in St. Gallen habe der Parteitag einstimmig beschlossen, bei den nächsten Wahlen für keinen Freisinnigen in der engeren Wahl einzutreten. Aber dann habe 1890 das Zentralwahlkomitee das Gegenteil getan. Die Tatsache ist vollkommen richtig. In St. Gallen kamen wir genau vor 23 Jahren im Auslande zusammen, weil wir im Inlande keinen Kongreß halten konnten. Da wurde die erwähnte Parole herausgegeben. Die Partei ist damals unserer Parole gefolgt, wir haben unser Wort gehalten wie immer, aber die Fortschrittler haben uns im Stich gelassen. Wir hatten zwar 230 000 Stimmen gewonnen, 39 Proz. mehr als 1884, waren aber in den Mandaten stark zurückgeblieben genau wie 1907. Auf dieses Verhalten der Fortschrittler wurde der von uns gestellte Antrag in St. Gallen gefaßt. Dann kam 1890 und jetzt forderten wir entgegen dem Beschluß von St. Gallen die Partei auf, auch bei der engeren Wahl für die Linksliberalen zu stimmen. Mittlerweile war nämlich eine gewaltige Umgestaltung der Dinge eingetreten, das Sozialistengesetz wollte Bismarck verewigen, es war gefallen. Ein großer Teil der bürgerlichen Parteien war wütend über den Fall, Nationalliberale und Konservative usw. Da sagten wir uns: Jetzt kann es im neuen Reichstag auf eine Stimme ankommen, und wir bekommen das Sozialistengesetz für i m m e r, da müssen wir alles aufbieten können, um das zu verhüten. (Sehr richtig!) Ich hatte, wie bemerkt, in St. Gallen selbst den Antrag auf Stimmenthaltung gestellt, jetzt war ich es wieder, der beantragte, diesen von mir beantragten Beschluß aufzuheben. (Zuruf v. d. Süddeutschen: Das verstehen wir.) Nun ja, das hat damals die g e s a m t e P a r t e i verstanden. Als wir in Halle zusammenkamen, war großer Krach über unser Verhalten. Die Jungen klagten uns an, daß wir den Beschluß des Parteitages gebrochen hätten. Darauf habe ich erklärt: Jawohl, das Kardinalverbrechen haben wir begangen; noch ehe wir den Beschluß faßten, kamen von allen Seiten aus Deutschland Briefe mit der Erklärung, der St. Gallener Beschluß ist unmöglich, wir müssen anders handeln. Daraufhin trat das Komitee, zu dem damals Auer, Liebknecht, Grillenberger, Singer und ich gehörten, in meiner Wohnung in Plauen zusammen und änderte auf meinen Vorschlag die Parole. Ich hatte damals in der Verteidigung betont: Den Rednern, die darüber voll sittlicher Entrüstung sind, gebe ich zunächst zu erwägen, daß diese Frage keine Frage des P r i n z i p s, sondern eine Frage der Taktik ist. (Sehr richtig.) Was wir jetzt haben, ist eine prinzipielle Sache, über die drei Parteitage beschlossen haben. Sie (zu den Süddeutschen) haben das Recht, das nicht zu billigen, aber es ist beschlossen und wohl oder übel müßt Ihr Euch fügen. Ich habe damals in Fulda ausgeführt, es ist ein Unterschied, ob ein Beschluß ad hoc für einen bestimmten Fall gefaßt wird, oder ob es sich um eine dauernde Vorschrift im parlamentarischen Leben der Partei handelt. Schließlich habe ich in Halle erklärt, ich hätte von Euch Jungen

erwartet, daß Ihr ein Mißtrauensvotum gegen uns beantragtet, das ist nicht geschehen, nun stelle ich den Antrag: „Der Aufruf des Zentralwahlkomitees bezüglich der engeren Wahl entsprach der politischen Lage zur Zeit der Wahl. Der Parteitag spricht nachträglich seine Billigung zu dem Vorgehen des Zentralwahlkomitees aus", und mit glänzender Mehrheit hat der Parteitag so beschlossen. Das ist also eine ganz andere Sache als die, um welche es sich hier handelt. Auch bei den nächsten Wahlen werden wir voraussichtlich eine engere Wahlparole ausgeben müssen. Daß diese auf alle Fälle paßt, ist unmöglich. Der Parteivorstand hat immer die Vollmacht gehabt, in bestimmten Fällen eine andere Weisung zu geben. Unvernünftigen Beschlüssen gegenüber hat aber auch die Partei versagt. Als z. B. 1870, also vor 40 Jahren, der Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins auf Antrag seines Präsidenten von Schweitzer beschloß, den Kandidaten der sogenannten Ehrlichen, d. h. unseren Eisenachern und speziell Liebknecht und mir, bei keiner Wahl eine Stimme zu geben, wurde dieser Beschluß allgemein mißachtet. Es hieß in jenem Beschluß, wenn ein Liberaler und ein Eisenacher (Ehrlicher) in engere Wahl kämen, müßte der Liberale gewählt werden, und wenn ein Konservativer und ein Eisenacher zur engeren Wahl ständen, sollte man sich der Abstimmung enthalten. So wurde beschlossen, aber gehandelt haben die „Allgemeinen Deutschen" nicht danach. Bei der Wahl im März 1871 haben sämtliche Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Leipzig mich als ihren Vertreter gewählt. So wird es alle Zeit sein.

Auch nach dem Münchener Beschluß von 1902 stellte sich bei den Wahlen heraus, daß die beschlossene Parole auf die kleine „Freisinnige Vereinigung" nicht paßte. Die Kandidaten dieser Partei erklärten zwar für Militär- und Marinevorlagen zu stimmen, aber sie treten auch für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Stimmrechts, gegen Ausnahmegesetze, Lebensmittelfrage usw. ein. Da sagten wir uns, sollen wir lieber für ein Mitglied der freisinnigen Vereinigung oder durch Stimmenthaltung einen Bauernbündler zum Siege verhelfen? Damals wußten wir im voraus, wenn wir für die freisinnige Vereinigung eintreten würden, stand die Partei hinter uns, und die Haltung des Dresdener Parteitages hatte uns recht gegeben. Also die deswegen gegen uns gerichteten Vorwürfe treffen in keiner Weise zu. Hier haben wir es mit einem prinzipiellen Beschluß, in den anderen Fällen mit taktischen Beschlüssen zu tun.

Nun ist es selbstverständlich, daß die Parteigenossen es sich nicht gefallen lassen, daß ein Teil der Partei den mit gewaltiger Mehrheit angenommenen Beschluß grundlegender Natur für ihre praktische Betätigung im Landtage mißachtet, daß er so handelt, als ob dieser Beschluß gar nicht vorhanden wäre. Das läßt sich keine Partei gefallen. Dabei kann keine Partei auf die Dauer bestehen. (Lebhafter Beifall.) Das geht nicht, daß ein Kollegium von Abgeordneten eigene Wege wandelt, vielleicht, weil sie sich für Wesen höherer Art halten. (Heiterkeit.) Es gibt nämlich Leute unter uns, die glauben, daß sie höhere Wesen sind, sobald sie ein Mandat haben. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn Sie meinen, Sie könnten mit der Partei umspringen wie Sie wollen, dann hätte auch jeder Parteigenosse das gleiche Recht. Wenn die berühmte persönliche Freiheit entscheiden soll, wo kommen wir da hin, was soll da werden, wenn jeder sagt: ich fühle mich durch einen Beschluß in meinem Gewissen bedrückt und handle dagegen. Unter solchen Verhältnissen ist kein Parteileben mehr möglich. Wenn ein gewöhnlicher Parteigenosse sich viel geringer gegen einen Parteitagsbeschluß vergangen hat als die Badenser, dann wird er ausgestoßen aus der Partei, dann weist man ihm den Weg. (Lebhafte Zustimmung.)

Man ist in Norddeutschland selbst soweit gegangen — ich habe dagegen angekämpft und es nicht gebilligt —, daß man Parteigenossen ausgeschlossen hat, weil sie sich an der öffentlichen Klassenwahl nicht beteiligt haben. Ich sage, das ist unrecht. Wie können sich kleine Geschäftsleute selbst denunzieren? Stimmt einer gegen die Partei, dann raus mit ihm! Ihn aber herauszuwerfen, weil er sich enthält, das geht zu weit. Aber wenn so in Norddeutschland verfahren wurde, begreift man doch die ungeheure Erbitterung, die das Verhalten der Badenser hervorgerufen hat, dann begreift man es, daß eine Menge von Anträgen gekommen sind, die erklären: Hinaus mit ihnen! Sie gehören nicht mehr zur Partei, denn sie haben Parteitagsbeschlüsse verletzt und bewußt gegen den Willen der Partei gehandelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun mache ich gar kein Hehl daraus, ich habe mich eine Weile besonnen, ob ich einen solchen ähnlichen Antrag wie den Zubeilschen einbringen soll. (Bewegung.) Ich habe auch eine Fassung dafür gehabt, ich will es Ihnen ruhig sagen, es sind keine Staatsgeheimnisse. Wir haben dann darüber beraten, und man hat mir Gründe dagegen gebracht, so daß ich sagte: Nein, wir lassen das weg. Aber ich habe mir gesagt: Wenn es wieder vorkommt, dann gibt es keine Gnade mehr. (Lebhafter Beifall.)

Wir können zugestehen, daß die Abgeordneten im guten Glauben handelten, und daß es sich tatsächlich ergeben hat, daß die badische Partei Ihren Schritt billigte. Das sprach zu Ihren Gunsten. Ich halte es für ungerecht, wenn man bei den Anklagen so weit gegangen ist, daß man gesagt hat: Sie haben Verrat an der Partei begangen. (Hört! hört!) Wenn ein Parteigenosse wirklich Verrat begangen hat, gibt es kein Erbarmen, kein Mitleid, dann muß er aus der Partei. (Stürmische Zustimmung.) Aber um das zu beweisen, genügt es nicht, daß der eine oder andere die V e r m u t u n g hat, die Badenser seien Verräter. Das müßte b e w i e s e n werden, da müssen Tatsachen vorliegen. Die bloße Tatsache, daß man gegen einen sehr klaren und wiederholt ausgesprochenen Beschluß der Partei gehandelt hat, stempelt einen noch nicht zu einem Verräter. Verräter ist einer, der mit Absicht die Partei verderben will oder hofft, Vorteile zu gewinnen, sagen wir, vielleicht Geheimrat zu werden. (Heiterkeit.) Wenn das nachgewiesen werden könnte, wenn einer so dumm gewesen wäre, das zu sagen, wäre er ein Verräter. Den können wir alsdann in der Partei nicht mehr brauchen. Wie die Dinge heute liegen, könnten wir Geheimräte nicht als Parteigenossen ansehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich erkläre weiter, ich glaube das auch im Namen meiner Vorstandsgenossen und der Kontrollkommission, deren Gesamtprodukt in der von mir hier vertretenen Resolution vorliegt, daß wir dem Zusatzantrag der 211 Genossen nicht zustimmen können. Wir bitten die Parteigenossen dringend, das betreffende Amendement zurückzuziehen. (Beifall.)

Aber ich erkläre auch wieder, daß es in unserer Resolution klar und deutlich heißt: „Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann." Wenn nun, nachdem wiederum eine breite Diskussion stattgefunden hat, nachdem die Partei wochenlang in der furchtbarsten Aufregung gehalten wurde, nachdem bestimmte Parteitagsbeschlüsse vorliegen, wieder anders gehandelt werden sollte, dann hört alles auf! Das lassen wir uns nicht gefallen, dann mag passieren was will. Dann sage ich: Schluß! Mag dann in Frage kommen wer will. (Stürmischer Beifall.)

Nun ist die Frage aufgeworfen worden, welche Befugnisse der Partei zukommen und welche nicht. Ich habe schon auf die Erklärung der 66 hingewiesen. Der bayerische Parteivorstand hat ja etwas Aehnliches in Er-

langen verkündet. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, diese Erklärung Auers ist präpariert worden im Parteiausschuß in München. Es wird darin gesagt, daß über alle speziellen Fragen der Landespolitik die Landesorganisationen selbständig zu bestimmen haben sollen. Es ist inzwischen ein Streit unter den bayerischen Genossen entstanden über die Bedeutung dieser Erklärung. Sie enthält in der Hauptsache dasselbe, was die 66 in Nürnberg sagten. Demgegenüber erkläre ich, und ich bin eventuell entschlossen, diese Erklärung als Resolution dem Parteitag vorzulegen:

„Der Parteitag der Gesamtpartei ist die oberste Instanz der Partei. Als solche hat der Parteitag das unbestreitbare Recht, als letzte Instanz in allen Parteiangelegenheiten, seien sie prinzipieller, taktischer oder sachlicher Art, endgültige Entscheidung zu treffen, sobald er dazu angerufen wird. Es gibt keine Organisation, kein Kollegium, keine Person, die sich dem letztinstanzlichen Entscheide des Parteitags der Gesamtpartei entziehen kann. Diese autoritative Stellung des Parteitages ergibt sich naturgemäß aus der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie eine einheitliche Partei ist mit einer einheitlichen Organisation, mit einem gemeinsamen Programm und mit gemeinsamen Zielen." (Lebhafte Zustimmung.)

Nun will ich hören, ob jemand gegen diesen Standpunkt auftritt und sagt: „Nein, das gestehen wir dem Parteitag nicht zu, dazu hat er kein Recht! Dann wollen wir darüber entscheiden. Es wäre doch merkwürdig, wenn der deutsche Parteitag seine eigene Autorität herabsetzen würde, weil es da Leute in Reuß, Schleiz, Lobenstein, Bückeburg, Lübeck, Bayern, Baden, Württemberg gibt, die da meinen, wir müßten anders verfahren. Wir haben diese traurigen Gebilde deutscher Zerrissenheit, aber so weit zu gehen, daß jeder Staat und jedes Stätchen das Recht haben soll, selbstherrlich und endgültig zu entscheiden, was er tun und lassen soll, selbst wenn es noch so toll da zugeht, nein, das geht nicht. (Sehr richtig!) Davor werden wir uns hüten. Das käme schließlich darauf hinaus, daß jeder machen kann was er will. Dabei ginge die Partei zugrunde. Ich sage es ganz offen: Ihr Süddeutschen seid ganz famose Kerle, sogar in Capua (Heiterkeit), vielleicht verbringe ich gar den Rest meiner Tage in Capua (hört! hört!), aber Capuaner werde ich nicht. (Lebhafter Beifall.) Ihr Süddeutschen habt zuviel Gemüt, Ihr seid zu weich, Ihr laßt Euch zu leicht kneten. (Auer ruft: Sehr richtig! — Heiterkeit.) Wir brauchen aber stramme, aufrechte, rückgratstarke Männer. Wir brauchen entschiedene Leute, die auftreten und wissen, was sie wollen, und die auch danach handeln, die den Gegner nicht im Zweifel darüber lassen, was wir sind. Aber wenn es vorkommt, daß in Bayern, wo der Ultramontanismus gegenwärtig in der tollsten Weise regiert, wo die Regierung ganz im Banne der Ultramontanen steht, wenn es da vorkommen kann, daß in der Fraktion noch ein kleiner Teil vorhanden ist, der unter solchen Verhältnissen für die bayerische Regierung das Budget bewilligen will, da hört der Spaß auf. Da wollen wir die Kontrolle haben. Wenn wir da freie Hand ließen, könnte es der Partei schlecht gehen, darunter leidet die Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun ist noch anderes vorgekommen, das sehr bedauerlich ist. In dem erregten Kampfe, der sich entwickelt hat, haben die Badenser gesagt: Da mischen sich in unsere Angelegenheiten nicht nur die Preußen und die Sachsen, sondern auch die Ausländer, die Rosa Luxemburg und Pannekoek ein. Das ist also der internationale Standpunkt der Badenser. Rosa Luxemburg ist allerdings so gut deutsch wie Auer, Pannekoek ist Ausländer, man hat ihn bekanntlich um seine Stellung gebracht. Da kommt nun die Pforzheimer „Freie Presse", nennt die vier Bremer Abgeordneten zum Parteitag und druckt den Namen Pannekoek fett. (Hört! hört!) So wird denunziert. Das

ist abscheulich und erbärmlich und sollte nicht vorkommen. Auch Kolb hat in das gleiche Horn gestoßen; auch er ist gegen die Ausländer. Wie heißt es doch im Lied:

„Ausländer, Fremde sind es zumeist,
Die unter uns gesäet den Geist
Der Rebellion; dergleichen Sünder,
Gottlob, sind selten Landeskinder."

(Heiterkeit.)

So schallt es aus Baden. Die Badenser sind zu zahm erzogen, Ihr erzieht eben Eure Leute zur Zahmheit. Ich erinnere nur an den Artikel über Goethe im Karlsruher „Volksfreund". Ich will erklären, daß Kolb daran nicht schuld ist. Aber es handelte sich um einen Verein, wo Pfaffen und Mucker und Nationalliberale und leider auch Sozialdemokraten mitwirken. Wie konnte ein sozialdemokratisches Blatt ein derartiges Referat bringen? Während da geeifert wird gegen die Parteigenossen, die sich eingemischt haben, hat Kolb selbst im Mai dieses Jahres, als sich Ferri in Rom dem italienischen König gegenüber sehr merkwürdig benahm, geschrieben: „Jeder Mensch hat das Recht, sich zum Narren zu machen soviel er will, aber keiner hat das Recht, *seine Partei zum Narren zu machen.*" Ich wünschte, das würde von uns stets beachtet, besonders von den Badensern.

Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht einlassen dürfen. Die Klassengegensätze werden nicht milder, sie werden schärfer. (Lebhafte Zustimmung.) Wir marschieren sehr, sehr ernsten Zeiten entgegen. (Lebhafte Zustimmung.) Was kommt nach den nächsten Wahlen? Das wollen wir abwarten. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt Ihr sehen, was wir erleben und wo wir zu stehen haben. (Bewegung.) Sicherlich ganz wo anders, als man jetzt in Baden steht. (Auer ruft: Da sind wir ja auch noch da!) Das will ich ja. Glaubt Ihr, ich will Euch ausschließen? Eure Taktik aber erregt Verbitterung, sie hemmt die Entschlossenheit, die Schlagfertigkeit, das Vorwärtsmarschieren in festem Schritt und Tritt. In Reih und Glied soll marschiert werden, wir können keine Seitensprünge brauchen. Das wollte ich mit meinen Worten sagen. (Lebhafter Beifall.)

Auch die Hofgängerei verbittet sich die Partei. (Zurufe von den Badensern: Wir waren doch nicht dabei!) War das nicht auch ein Hofgang, daß man ganz überflüssigerweise zu dem feierlichen Landtagsschluß ging? Im Karlsruher Schloß wird man Euch das wohl angerechnet haben? Die wollen doch aber auch keine Leute mit Seitensprüngen! Ihr verderbt es mit uns und mit ihnen. (Lebhafte Zustimmung.) Ihr sitzt zwischen zwei Stühlen. (Lebhafte Zustimmung. — Widerspruch Franks.) Jawohl, mein lieber Frank! Das habt Ihr mit Eurer Weisheit, mit Eurer staatsmännischen Klugheit, mit Eurer Diplomatie erreicht, die so unklug war, wie sie nur sein konnte. (Stürmische Zustimmung.) Niemals haben Parteigenossen sich so blamiert vor den Gegnern wie Ihr. (Stürmische Zustimmung.) Im Schloß zu Karlsruhe findet heute die Hofcour zum Ehejubiläum des Großherzogpaares statt. Es freut mich, daß die von der Fraktion erwählten Vertreter Gaiß und Pfeiffle hier in unserer Mitte sind. (Heiterkeit.) Die Mannheimer Parteigenossen haben sich wohl gesagt: Die schicken wir nach Magdeburg, da sind sie aus der Verlegenheit heraus! (Große Heiterkeit.) Aber wie steht es denn mit § 74 der Geschäftsordnung des badischen Landtags? Der sollte Euch doch zwingen, daß Ihr die Deputation mitmachtet. (Frank ruft: Jeder ist doch mal verhindert!) Das wird man ja wohl auch im Schloß zu Karlsruhe einsehen. Der § 74 binde Euch, sagtet Ihr, ich freue mich aber, daß Ihr Euch

nicht habt binden lassen; ebenso freut es mich, daß Ihr wenigstens 24 Stunden lang gegen das Budget stimmen wolltet. (Heiterkeit.) Damit habt Ihr zugestanden, es geht, daß wir gegen das Budget stimmen. (Sehr richtig!) Ihr habt es selbst bewiesen, Ihr könnt nunmehr reden was Ihr wollt. Die Tatsache, daß Ihr 24 Stunden lang entschlossen waret, das Budget zu verweigern, wirft alle Eure Argumente für die Budgetabstimmung über den Haufen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Sicher hat man in Karlsruhe in Hof- und Regierungskreisen über die Schlaumeierei gelacht, mit der Ihr den höfischen Festlichkeiten ferngeblieben seid, man lacht in Karlsruhe noch über manches. (Heiterkeit.) Kolb hat in Offenburg wiederholt erklärt: Zwingt mich nur nicht, daß ich mehr sage, das schadet uns! Dabei hat er dort so vieles gesagt, was er nicht hätte sagen dürfen, daß ich mir sagte, so ein Schlaumeier ist mir noch nicht vorgekommen (Heiterkeit), der das Gegenteil dessen tut, was er eigentlich tun will und tun sollte.

Nein, Genossen, so geht es nicht weiter, wir müssen Glied an Glied, Kopf an Kopf marschieren in geschlossener Reihe. (Lebhafte Zustimmung.) Sollte jemand so tollkühn sein, zu sagen, ich gehe meinen eigenen Weg, ich kann nicht akzeptieren, was Ihr beschlossen habt, — nun, so soll er es tun. (Stürmischer Beifall.)

Es sind Episoden in der Geschichte der Partei, wo ähnliches vorkam. Ich erinnere an Bräuer, der 1875 von der Vereinigung nichts wissen wollte, der aus der Partei ausschied und mit seinem kleinen Häuflein jahrelang unbemerkt wie ein Veilchen am Wege geblüht hat. Kein Hahn hat nach ihm gekräht. Hasselmann versuchte ebenfalls die Partei zu sprengen. Auch Most versuchte es, Sie sind aus der Partei hinausgeschoben worden und die Partei ist weiter marschiert. (Zuruf von den Süddeutschen: Wollen wir denn die Partei sprengen?)

Aber ich bitte Euch, hört doch, was ich sage. Wenn einer da wäre, der es wollte, den erinnere ich an die geschichtlichen Vorgänge, und wenn es mehrere wären, selbst die Angesehensten unter uns, und wenn ich es machen wollte, ich wäre sehr bald ein General ohne Armee. (Sehr richtig!) Wir können unsere Stellung als Führer nur behaupten, wenn wir im Sinne und Geiste der Partei arbeiten und tätig sind. (Bravo!) Nur das allein kann uns die Stellung geben. Wir führen nicht, wir werden weit mehr geschoben als wir führen und das ist gut so. Denn wenn es manchmal auf die Führer ankäme, würden wir irre gehen. (Sehr richtig!) Aber ich finde mich in diese Rolle, obgleich auch ich schon Dummheiten gemacht habe. (Heiterkeit.) Ich habe es aber stets zugegeben, sobald ich es eingesehen habe. (Zustimmung. — Heiterkeit.) Das ist der Unterschied zwischen Euch und mir, auch habe ich mich gehütet, einen zweiten Fehler in der gleichen Sache zu machen. Jetzt heißt es, geschlossen marschieren, den Ereignissen, die kommen, die Stirn bieten, nicht nach rückwärts schauen, sondern nach vorwärts, und zu marschieren drauf und durch. (Stürmischer, lang anhaltender, mehrfach wiederholter Beifall.)

Korreferent Dr. Frank-Mannheim: Soweit ein Sünder überhaupt mit der Rede seines Anklägers zufrieden sein kann, war ich von den Worten Bebels angenehm überrascht. Ich muß sagen, es hat bei allem Ernst eine gewisse Zärtlichkeit für uns Badener herausgeschaut (Heiterkeit), und ich habe an den Vers denken müssen aus der Weisheit des Brahminen:

„Was soll ein Vater tun, wenn ihm ein Sohn mißraten?
Der Täter bleibt ihm lieb, so leid ihm sind die Taten."

Bebel hat sich damit auf jenen Boden gestellt, auf den überhaupt nur eine kameradschaftliche Diskussion möglich ist. (Sehr richtig!) Er hat anerkannt, daß wir in guter Absicht, in der Meinung, unserer Bewegung zu nützen, gehandelt haben, er hat anerkannt, daß unsere Personen und unsere Ueberzeugungen zu respektieren sind bei aller sachlichen Gegnerschaft. Ich bin zu meiner Freude durch diese Tatsache der unangenehmen Aufgabe überhoben, mich mit jener Gruppe von Genossen auseinandersetzen zu müssen, die geglaubt haben, andere Wege gehen zu sollen, die nicht nur unsere Meinung zu bekämpfen, sondern außerdem unsere Motive und unsere Personen zu verdächtigen sich verpflichtet glaubten. Ich kann nicht alle aufzählen und will es nicht tun; daß die „Leipziger Volkszeitung" dabei war, ist selbstverständlich (Sehr richtig!), aber für ihre Verhältnisse, ich sage es offen, war sie direkt anständig. (Heiterkeit.) Sie hat bloß behauptet, daß wir parlamentarische Kretins und Kleinbürger sind; das nehmen wir dem Genossen Lensch nicht übel, wir wissen, daß er gewohnt ist, die Dinge und Menschen vom hohen Roß herab zu beurteilen. (Heiterkeit.) Genosse Stadthagen sagte uns ja allerdings hündisches Benehmen nach, und es kam auch Genosse Antrick und das Blatt des Genossen Gewehr, das uns bezeichnete als Byzantiner und als Streber, die nach Ministersesseln schielen. (Lachen.) Ich halte es für unter der Würde des Parteitages und der badischen Genossen liegend, auf diese Dinge auch nur mit einem Worte zu erwidern. (Zustimmung.)

In die eine Wagschale lege ich die Meinung Bebels und in die andere das Urteil von Stadthagen, Antrick, Gewehr und Lensch, und ich überlasse getrost der Ueberzeugung des Parteitages die Entscheidung, auf welcher Seite das gewichtigere Urteil ist. (Sehr gut!)

Wir kommen zu Ihnen nicht reumütig, sondern wir kommen mit dem Bewußtsein, daß wir das Gute gewollt und getan haben. Wir sind der Auffassung, daß wir die Partei nicht provoziert und nicht überfallen haben, wie behauptet worden ist, sondern wir meinen, daß man gar nicht offener und klarer hätte zu Werke gehen können, als es der Fall war. Bebel hat Ihnen schon erzählt, daß in Nürnberg von allen Seiten die möglichen Folgen eines verfehlten Beschlusses vorausgesagt wurden. Die Warnungen waren umsonst, es kam die Resolution, und es hat dann Segitz jene Erklärung abgegeben, die in der als Materialien vorliegenden Drucksache, glaube ich, nicht enthalten ist. Nun hat man gesagt und auch Bebel sagte das, diese Erklärung sei nur eine Art Rechtsverwahrung gewesen. Ich meine, wer in Nürnberg hören und sehen wollte, der wußte, daß die Erklärung Segitz mehr gewesen ist als eine Stilübung, daß sie den ernsten und festen Entschluß ausdrücken sollte, bei aller Achtung vor der Gesamtpartei und den Beschlüssen des Parteitages die Verhältnisse der einzelnen Länder dabei nicht zu vergessen, die sich nicht alle einheitlich bewerten lassen, und wer noch im Zweifel war, wurde belehrt durch die an den Parteitag anschließenden Proklamationen des bayerischen und badischen Landesvorstandes, die beide jene Erklärung der 66 zur ihrigen gemacht haben. Daß diese Erklärung verstanden worden ist, dafür will ich von vielen Beweisstücken nur eines bringen. Ein so vorsichtig geleitetes Organ wie das „Correspondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat nach dem Nürnberger Parteitag eine Würdigung der Ergebnisse gebracht und hat damals zu der bekannten Resolution und zu der daran anschließenden Erklärung der 66 folgendes geschrieben:

„Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein? Das ist die Frage, über die nunmehr in der Parteipresse lang und breit geleitartikelt wird. Man hätte sich diese Frage besser vor dem Parteitag vergegenwärtigt, denn sie führt fast allgemein zu ruhigerer Erwägung der Dinge und zu dem

lebhaften Wunsche, die Süddeutschen möchten keinen Schritt tun, der zu einer Trennung führen könne. Die Frage ist aber auch gar nicht unmittelbar zu beantworten, weil sich eben Budgetabstimmungen nicht auf Jahre hinaus dirigieren lassen. Eben deshalb, weil es sich um eine Frage der parlamentarischen Taktik handelt, sind die süddeutschen Genossen gar nicht imstande, jetzt schon zu erklären, was sie bei der in zwei Jahren wiederum fälligen Abstimmung zu tun gedenken. Sie werden durch den Gang der Landespolitik bestimmt, zu handeln, wie es notwendig erscheint.

Sie werden dabei selbstverständlich nicht den Wunsch haben, neue Auseinandersetzungen mit den Genossen jenseits des Mains oder der Elbe zu provozieren und die kostbare Zeit eines Parteitages für ihre Landesangelegenheiten in Anspruch zu nehmen — sie werden bei ihrer Entscheidung also auch dieses Maß von Verantwortlichkeit berücksichtigen müssen. Man kann indes nicht von ihnen verlangen, daß sie automatisch das Budget verweigern und eine entsprechende Menge von Gründen aufsagen, sondern man muß ihnen in ihrem Kampfe mit bürgerlichen Parteien soviel Ellbogenfreiheit gewähren, um im Dienste der Arbeiterbewegung politisch erfolgreich tätig sein zu können. Es werden also für die Folge Budgetabstimmungen doppelt so vorsichtig erwogen werden, aber auch da werden Budgetbewilligungen nicht absolut ausgeschlossen sein. Möge dann von allen Seiten rechtzeitig der Weg der Verständigung beschritten werden, um einer Entwickelung der Auseinandersetzungen vorzubeugen, die diesmal der Partei die Gefahr der Spaltung nahe gebracht hatten."

Daß auch Kreise außerhalb der Partei dieselbe Auffassung gehabt haben, dafür könnte ich Ihnen leicht urkundlichen Beweis bringen. Ich will nur erinnern an das Buch des Jesuiten Victor Kathrein — man hat uns gegenüber ja auch viele bürgerliche Artikel zitiert —, ich könnte aus diesem Buch die gleiche Auffassung dieses Gegners vorlegen, wie sie im „Correspondenzblatt" der Generalkommission ausgesprochen ist.

Ich bringe diese Dinge nicht etwa deshalb vor, um aus den Vorgängen von Nürnberg, aus der Resolution, aus der Erklärung der 66, Schuldlosigkeit für uns abzuleiten; ich will aus der p o l i t i s c h e n F r a g e keine R e c h t s f r a g e machen; ich bringe das nur deshalb vor, um zu sagen, es war kein Zufall, daß gegenüber diesen Dingen, gegenüber der Erklärung Segitz und den Proklamationen der Landesvorstände die Partei und der Leipziger Parteitag vollkommen geschwiegen haben. Sie taten das deshalb, weil ein großer Teil von ihnen nach Nürnberg das Gefühl hatte, wir haben einfach den Bogen überspannt (Zustimmung und lebhafter Widerspruch, Gelächter), jawohl, wir haben auf eine große Minderheit in der Partei nicht jene Rücksicht genommen, ohne die eine demokratische Partei auf die Dauer nicht gedeihen kann und die die notwendige Ergänzung ist für die Aufrechterhaltung der Mehrheitsbeschlüsse. (Zustimmung, Rufe: Schon zu viel Rücksicht!)

Ich will mich auf diese Dinge nicht stützen. Wenn diese Erklärung der 66 und Ihr Schweigen auch nicht vorhanden wären, wir hätten trotzdem nicht anders handeln können und nicht anders gehandelt, als wir gehandelt haben. Warum? Wir erkennen unbedingt an, daß eine große Partei, eine große Organisation ohne Disziplin nicht bestehen kann und nicht bestehen darf. (Sehr richtig!) Aber wir sind der Auffassung, daß gegenüber der Pflicht zur Disziplin auch die Pflicht besteht, diese Disziplin vernünftig auszulegen, und daß es Umstände gibt, in denen der Disziplinbruch zur Pflicht wird. (Bewegung.)

Das oberste Gesetz, unter dem wir alle stehen, ist, alles tun, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zur politischen Macht fördert (Zustimmung) und alles unterlassen, was die Arbeiterklasse in diesem Aufstieg hemmt. (Sehr

richtig! Zuruf: Wer entscheidet das?) Ich werde darauf kommen, die Kompetenzfrage ist für Sie immer die wichtigste!

Wenn die Ausführung eines Parteibeschlusses der Bewegung schweren Schaden brächte, dann kann ein Disziplinbruch zur Pflicht werden. Die Partei will keinen automatischen Gehorsam; sie gibt Vertrauen und verlangt von ihren Vertrauenspersonen an der Stelle, an die sie gestellt sind und innerhalb des Machtkreises, der diesen Personen zugewiesen ist, daß sie nach ihrer freien, festen Ueberzeugung, im Rahmen des Programms und unter Verantwortung gegenüber der Organisation zu handeln haben. Bebel hat das vollständig zugegeben, denn das entspricht der Tradition und Taktik der Partei. Jeder Beschluß eines Parteitages, das ist wohl stillschweigend die Ueberzeugung aller, gilt unter dem Vorbehalt, daß die für die Ausführung verantwortlichen Personen nicht als Maschinen, sondern als vernünftige Menschen handeln.

Bebel hat selbst zugegeben, daß der St. Gallener Beschluß lautete: Enthaltung bei den Stichwahlen! und daß der Vorstand oder das Komitee die gegenteilige Parole ausgaben. Singer hat später, auf dem Parteitage, erklärt, ja, wir waren eben gezwungen, der Situation Rechnung zu tragen, und dann kam ein Genosse an die Reihe zu reden, der aus dem Geist heraus, der jetzt bei einigen Genossen spukt, aus dem Geist der unbedingten Wortdisziplin heraus, die gestern Stadthagen so ausgezeichnet verspottete (Sehr gut!), gesagt hat, ja, das mag richtig sein, daß Singer und das Komitee der Situation Rechnung tragen wollten, aber der Kongreß von St. Gallen hat meines Erachtens die Parteileitung nicht beauftragt, der Situation Rechnung zu tragen." Das war richtig — er hat sie vielmehr beauftragt, unbedingt für Stimmenthaltung zu sorgen. Und doch hat Singer mit Recht erklärt, wir wären Verräter gewesen, wenn wir Stimmenthaltung proklamiert hätten. Der diesen Vorhalt machte, das war der damalige Genosse Wildberger. . . .

Bebel sagte, das mag alles zutreffen, aber es sei etwas anderes, wenn von der leitenden Stelle, vom Parteivorstand, solche von den Beschlüssen abweichende Stellungnahme ausgeht (Bebel: Das habe ich nicht gesagt!), von denen, die die Ueberzeugung haben, daß sie den Willen der Gesamtpartei hinter sich haben. Bebel hat weiter Bezug genommen auf die vielen Zuschriften, und daß er selbst nachher um Indemnität ersucht hat. Nun, Genosse Bebel, wenn ich wüßte, daß ich die Mehrheit bekomme, würde ich auch um Indemnität bitten (große Heiterkeit — Bebel: Das ist eben der Unterschied!); Bebel hat gesagt, es ist ein Unterschied, ob sich der betreffende Beschluß auf die Taktik oder das Programm bezog, und er hat gemeint, daß der Nürnberger Beschluß ein Prinzip aufgestellt hat. Es ist furchtbar schwer, auf dieses Argument einzugehen und hier herauszufinden, worin der Unterschied zwischen den Beschlüssen liegt, die sich auf die Taktik und denen, die sich auf das Programm beziehen.

Wenn man beschließt, einmal eine Dummheit zu machen, dann ist das ein taktischer Beschluß, wenn man aber beschließt, die Dummheit immer zu machen, dann ist es ein prinzipieller Beschluß. (Große Heiterkeit.) Auf Grund des Wortlautes des Nürnberger Beschlusses kann man einfach nicht sagen, daß dort ein Prinzip aufgestellt ist (Sehr richtig!), denn ein Prinzip läßt keine Durchlöcherung zu. Wenn das Prinzip verlangt, daß wir dem Klassenstaat die Mittel verweigern, dann dürfen keine Ausnahmen zugelassen werden. (Sehr richtig!) Sie haben aber Ausnahmen zugelassen, Sie haben vernünftigerweise gesagt, wenn ein schlechteres Budget die Folge wäre, dann dürfen wir zustimmen. Das sind doch taktische Erwägungen. Sie haben zugegeben, wenn wir die Mehrheit haben, dann dürfen wir das Budget bewilligen. Ja, das sind doch auch taktische Erwägungen. Ein Sprichwort sagt:

Das englische Unterhaus kann alles in der Welt, es kann nur nicht aus einem Mann eine Frau machen. (Heiterkeit.) Ich habe eine hohe Meinung und alle Achtung vor der Macht und der Bedeutung des Parteitages. Aber auch er kann nicht aus einem Mann eine Frau machen, wir können nicht die Natur der Dinge ändern, wir können nicht aus taktischen Dingen prinzipielle machen, wenn ihre Natur eine andere ist.

Wie sind wir nun zu unserem Verhalten und zu unserem sogenannten Disziplinbruch gekommen? Ich sage ausdrücklich, daß für den Teil des Parteitages, der sich auf den disziplinarrechtlichen, auf den parteistrafrechtlichen Standpunkt stellt, meine Ausführungen wertlos sind. Wer lediglich sagt, es kommt nur darauf an, daß Ihr gegen einen Parteitagsbeschluß gehandelt habt, alles andere geht uns gar nichts an, für den ist es gleichgültig, ob ich durch die Befolgung oder die Nichtbeachtung eines Beschlusses der Partei Schaden zugefügt hätte oder nicht. (Sehr richtig!) Der sagt einfach, es muß Order pariert werden, gleichviel was daraus folgt. Aber aus den Ausführungen von Bebel glaube ich entnehmen zu dürfen, daß dieser rein formale Standpunkt niemals der Standpunkt der Partei gewesen ist. Bebel hat schon gesagt, daß wir in Baden nach langen Kämpfen — sie seien nach seiner Meinung leicht gewesen — zum direkten Wahlrecht gekommen sind. Diese Kämpfe hatten wir geführt Seite an Seite mit den bürgerlichen Demokraten und dem Zentrum, zunächst gegen die Liberalen. Später haben die Liberalen mitgemacht. 1905 haben wir zum erstenmal unter dem direkten Wahlrecht gewählt, das Zentrum bekam von den 73 Sitzen im ersten Wahlgang 28, und unsere Parteipresse schrieb sofort: Hannibal ante portas, die Schwarzen wollen unsere Politik machen. Und da sind wir, von den Massen dazu getrieben, dazu gekommen, jenes Gebilde zu schaffen, das unter dem Namen Großblock jetzt so viel beredet wird. Es gehört bei manchen Genossen in der letzten Zeit zum guten Ton, über diesen Großblock zu lächeln und zu witzeln. Es muß doch ein lebensfähiges Gebilde sein, denn sonst wäre es in fünf Jahren schon totgeredet und totgeschrieben worden. (Heiterkeit.)

Aber wir dürfen doch nicht mit Worten spielen. Seit Jahrzehnten stimmt unsere Partei im zweiten Wahlgang überall für die Liberalen gegen weiter rechtsstehende Parteien. Es hat bei den letzten Reichstagswahlen ja einzelne Unstimmigkeiten mit Quidde und Blumenthal gegeben, aber das Prinzip wird dadurch nicht durchbrochen. Immer wurde darüber geklagt, es sei ein einseitiges Verhältnis, daß wir die Liberalen wählen und daß sie uns durchfallen lassen. Nun, der Großblock in Baden 1905 bestand darin, daß wir erklärt haben, wir machen das nicht weiter mit. Wir wählen die Liberalen, wenn sie sich schriftlich verpflichten, auch uns zu wählen, diesen Vertrag veröffentlichen und auch halten. (Sehr richtig!) Und der Vertrag ist gehalten worden. Also der Großblock, gegen den anzukämpfen, manchen Leuten als ein Verdienst scheint, ist nichts weiter, als die Herstellung der Gegenseitigkeit im zweiten Wahlgang, eine Forderung, die unsere norddeutsche Presse Tag für Tag erhebt, die wir aber in Norddeutschland durchzusetzen bisher noch keine Gelegenheit hatten. (Sehr richtig!) Nun weiß ich, daß unter dem Großblock, wie so oft unter demselben Wort, zwei Dinge verstanden werden, nicht bloß das Vorgehen bei den Wahlen, sondern auch das, was nach den Wahlen folgt. Im Jahre 1905 haben sich Nationalliberale und Zentrum nach den Wahlen sehr bald wieder in den Armen gelegen. Sie haben zusammen ein agrarisches Vermögenssteuergesetz gemacht, sie haben Rückschritte im Verkehrswesen beschlossen, sie haben sogar in Schulfragen zusammengearbeitet, und durch Verschulden eines Teils der Nationalliberalen wurde ein Antrag abgelehnt, der zwei bisher noch konfessionelle Lehrerseminare zu konfessionell gemischten An-

stalten machen wollte. So war der Stand bis zum Jahre 1909. Nun kamen die vorjährigen Wahlen. Auf Grund der Tatsache, daß die Liberalen sich von 1905 bis 1909 im Landtag so töricht benommen hatten, haben sie eine Niederlage erlitten, wie sie sie nicht erwartet haben; sie brachten im ersten Wahlgang nur vier Kandidaten durch, die einst so stolze Beherrscherin des Landes wurde auf vier Mandate herabgedrückt. Da waren die Liberalen durch die Verhältnisse gezwungen, wieder mit uns diesen Großblock zu schließen. Wir haben ausdrücklich in allen Bezirken, wo die Wahl eines Klerikalen oder Konservativen nicht zu befürchten war, kein Abkommen getroffen. Wir haben im zweiten Wahlgang vier Mandate gegen die Liberalen erobert. Das Endresultat war, daß von 73 Mandaten 20 Sozialdemokraten, 17 Nationalliberale, 7 Linksliberale, 26 Klerikale und 3 Konservative waren. Nun war die Situation wieder genau wie 1905. Zur Bildung einer Mehrheit mußten die Liberalen entweder zum Zentrum gehen oder bei uns Anschluß suchen. 1905 sind sie zum Zentrum gegangen, und weil sie bei den Wahlen dann so jämmerliche Geschäfte machten, weil sie fürchten mußten, noch mehr Stimmen an uns oder an die Linksliberalen zu verlieren, deshalb wagten sie nicht mehr das gleiche zu tun und sind nach links gegangen. Wir erhielten dann im Landtag den ersten Vizepräsidenten und einen Sekretär, aber das sind repräsentative Dinge, denen ich keine ausschlaggebende Bedeutung beimesse.

Vor allem gewannen wir bei den Arbeiten in der Kammer selbst eine andere Stellung. Früher bestand ein Monopol für die beiden großen bürgerlichen Parteien, Zentrum und Liberale. In den kleinen Landtagen hat die Art der Geschäftsverteilung eine viel größere Bedeutung als im Reichstag (Sehr richtig!), namentlich die Verteilung der Berichterstattung. Wir bekamen in verschiedenen Kommissionen den Vorsitz und außerdem wurden uns wichtigere Referate übertragen. In der Budgetkommission waren uns jahrelang die Münzwerkstätten und ähnliche wichtige Dinge zum Bericht überwiesen; wir verlangten nun, daß den Nationalliberalen die Berichterstattung für das Volksschulwesen abgenommen und uns übertragen würde, und das Zentrum hat aus Haß gegen die Liberalen mit uns gestimmt. Eine Stunde später, als die Fabrikinspektion herankam, verlangten wir, daß darüber kein Zentrumsmitglied berichte, sondern ein Vertreter der Arbeiter, und da haben die Liberalen aus Erbitterung gegen das Zentrum mit uns gestimmt, und wir bekamen auch dieses Referat.

Es braucht mir niemand zu sagen, daß ich diese Dinge überschätze. (Zurufe: Doch!) Ich bringe sie lediglich vor als äußerliches Symptom für das Wachsen unseres Einflusses. Freilich kam es nicht durch unser Verdienst, sondern durch die Umstände, die wir auszunutzen gesucht haben. Das hat sich auch bei der Beratung aller Gesetze gezeigt. Ich will mich auf einige beschränken. Zunächst das Schulgesetz! Wir haben in Baden bekanntlich die Simultanschule, wir haben keine geistliche Schulaufsicht. Es kam ein Volksschulgesetz, das uns verschiedene wertvolle Aenderungen gebracht hat. Die Schulzeit für Mädchen wurde von 7 auf 8 Jahre verlängert, für Städte mit über 10 000 Einwohnern wurden obligatorisch Schulärzte eingeführt, während für kleinere Gemeinden die Bezirksärzte von Amts wegen diesen Posten auszufüllen haben. Die Lehrergehälter wurden erheblich erhöht und endlich wurde durchgesetzt, daß künftig die Kinder der Dissidenten auf Antrag des Vaters oder des sonst Erziehungsberechtigten vom Besuch des Religionsunterrichts befreit sind; sie brauchen nicht zu beweisen, daß sie freireligiösen Unterricht haben, sondern es genügt die einfache Erklärung des Vaters, daß er nicht wünscht, daß das Kind in den Religionsunterricht geht. Das Zentrum hat gegen das Schulgesetz gestimmt, einmal wegen dieses Dissidentenparagraphen.

Das Zentrum, das im Reichstage in seinem Toleranzantrage verlangte, kein Kind kann gegen den Willen des Vaters gezwungen werden, den Religionsunterricht zu besuchen, hat sowohl gegen unseren weitergehenden Antrag, als auch gegen den eben erwähnten Paragraphen gestimmt. Es hat sich weiter gegen das Gesetz erklärt wegen einer Bestimmung, wonach es den Kirchen ohne Zustimmung der Landstände nicht gestattet sein soll, Schulen zu errichten. Wir waren der Meinung, daß wir auf Grund unseres Programms nicht zugeben können, daß der Kirche mit ihren großen Mitteln der Weg zur Verpfaffung der Schule geöffnet wird. (Sehr richtig!) Hätten wir gegen das Gesetz gestimmt, was wäre dann geschehen? Die Klerikalen hätten dann die Erfüllung ihrer Bedingungen verlangt, einmal, daß die Dissidentenkinder, wenn die Regierung es will, wie in Preußen durch die Polizei zum Religionsunterricht geholt werden können, und zweitens, daß die Volksschule an die mit Geldmitteln ausgestattete Kirche ausgeliefert wird. Hätten wir das verantworten können? Wären wir nicht Narren oder Tröpfe gewesen, wenn wir dem Zentrum diesen Weg eröffnet hätten?

Es ist wahr, daß nicht alle unsere Forderungen erfüllt sind. So haben wir die vollkommene Lehrmittelfreiheit nicht durchsetzen können. Wir haben aber eine Bestimmung in dem Gesetz, daß jedem bedürftigen Kind auf Antrag die Lehrmittel gegeben werden müssen, ohne daß das als Armenunterstützung gilt. Wir haben durchgesetzt, daß die Kinder der Dissidenten aus dem Religionsunterricht herausbleiben dürfen. Sind wir damit nicht den Weg gegangen, der zur Erfüllung unseres Schulideals führt? (Zustimmung.) Wir haben einen Teil unseres Schulideals zur Wirklichkeit gemacht. Wenn wir anders gehandelt hätten, dann hätte man uns mit Recht gesagt: Ihr seid daran schuld, daß die Klerikalisierung der Volksschule weiter fortschreitet, Ihr habt es in der Hand gehabt, ohne Verzicht auf programmatische Forderungen etwas durchzusetzen, aber Ihr habt das nicht getan. (Kunert: Alle Grundsätze habt Ihr preisgegeben!) Wir haben Grundsätze preisgegeben? Wir haben die Abschaffung des Religionsunterrichts verlangt, und als dieser Antrag niedergestimmt war, haben wir verlangt, daß wenigstens Dissidentenkinder nicht am Religionsunterricht teilzunehmen brauchen. Haben wir damit einen Grundsatz preisgegeben? Werden wir jemals anders unsere Grundsätze durchsetzen können, als indem wir zunächst unsere weitergehenden Forderungen erheben, und wenn es nicht anders geht, wenigstens einige Fortschritte erreichen. Ist das eine Preisgabe unseres Programms? (Kunert: Das ist ja unwahr!) Ich habe erklärt, daß wir die Abschaffung des Religionsunterrichts gefordert haben. (Kunert: Nein!) Jawohl, aber dieser Antrag ist niedergestimmt und dann ist der andere Antrag angenommen worden. Deutlicher kann ich mich schon gar nicht ausdrücken. Dann hatten wir ein Steuergesetz zu beraten. Es tut mir leid, daß ich Ihnen alle diese Einzelheiten vortragen muß, die natürlich nur einen kleinen Teil interessieren können, aber das sind ja die Folgen Ihrer Beschlüsse, daß den Parteitagen Aufgaben aufgeladen werden, die nicht zu erfüllen sind, und daß Sie Reden anhören müssen über Dinge, die Ihren Interessen fernliegen. Aber das ist nicht meine Schuld. Also, das Steuergesetz kam, es ist uns gelungen, für die niederen Einkommen bis zu 1200 bezw. 1400 Mk. Erleichterungen durchzusetzen, es besteht jetzt das Recht, von dem Einkommen die Versicherungsbeiträge abzuziehen, und außerdem haben wir Erleichterungen für kinderreiche Familien erzielt. Das war das einzige, was nach langen Verhandlungen überhaupt bei dem Gesetz über die direkten Steuern zu erreichen war. Die Regierung hatte wiederholt zu Protokoll erklärt, daß jede weitere Aenderung das Scheitern der Steuervorlage, die wir wünschten, herbeiführen würde. Nach

dieser Erklärung der Regierung brachte dann das Zentrum einen Antrag ein, für einige Einkommen die Steuersätze im Jahre um je 50 Pf. herabzusetzen. Wir haben diesen Antrag niedergestimmt, wir hätten uns geschämt, wenn wir ihm zugestimmt hätten; denn wir haben unsere Aufgabe darin erblickt, die demagogische Heuchelei zu enthüllen, die darin bestand, daß das Zentrum seinen Antrag nur stellte, weil es wußte, daß damit die Vorlage unter keinen Umständen zustande kommen würde. Ich nehme den Genossen die Vorwürfe nicht übel, weil sie die Verhältnisse nicht kennen. Aber ich bemerke, daß der Wortlaut dieser Vorwürfe genau übereinstimmt mit den Artikeln der badischen Zentrumspresse. Bei der Beratung der Gemeindeordnung haben wir alle Forderungen unseres Programms erhoben, wir haben das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts verlangt. Wenn Kolb, was ich nicht weiß und auch nicht glaube, sich 1901 gegen die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen unter 21 Jahren ausgesprochen haben sollte, dann hat er jedenfalls gründlich umgelernt, er hat in der Kommission, genau so wie wir anderen, energisch für das Frauenwahlrecht gesprochen. Unser Antrag wurde zwar abgelehnt, aber für die größeren Städte nur mit 8 gegen 7 Stimmen. (Hört! hört!) Sogar ein Teil der Liberalen hat dafür gestimmt, und ich gratuliere den Frauen zu dem großen moralischen Erfolg, den sie dabei errungen haben; nicht aus Liebe zu den Frauen (Große Heiterkeit), sondern auf Grund der Tatsache, daß die proletarische Frauenbewegung zu einer Macht geworden ist, hat dieser Beschluß zustande kommen können. Aber wir sind doch nicht mit ganz leeren Händen aus der Kommission gekommen, wir haben durchgesetzt, daß in den wichtigen Kommissionen für das Armenwesen und das Schulwesen, in denen seit einigen Jahren Frauen tätig sein konnten, künftig Frauen Mitglieder sein müssen. (Hört! hört!) Das ist doch immer ein Schritt vorwärts, der nicht zu verachten ist. Denken Sie nur daran, wie oft in Preußen hervorragende, verdienstvolle Kommunalpolitiker der Partei — ich erinnere an Singer — als Mitglieder von Schuldeputationen nicht bestätigt worden sind. (Sehr richtig!) Denken Sie daran, ein wie großes Interesse wir an den Schuldeputationen haben. In Preußen ist es den Sozialdemokraten infolge der rückständigen Gemeindeverfassungsgesetze bisher nicht gelungen, auch nur einen Genossen in die Schuldeputation zu bekommen. Wenn uns Rosa Luxemburg das Interesse bewahrt, daß sie in der letzten Zeit für Baden bewiesen hat (Sehr gut! und Heiterkeit), so braucht sie sich nur die Stadt auszusuchen, wo sie bei uns in die Schulkommission gewählt werden will. (Heiterkeit.)

Wir haben weiter durchgesetzt die direkte Wahl der Gemeinderäte für Orte bis zu 4000 Einwohnern. Das wäre vielleicht für ein Land wie Preußen, mit besonders vielen Großstädten, nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Aber für ein Land wie Baden mit kleinen und mittleren Städten kommt das erheblich in Betracht. Gerade die Genossen, die mit der Landagitation zu tun haben, werden mir bestätigen, daß unser Einfluß und das Wachsen unseres Ansehens bei der Bevölkerung viel weniger abhängt von den Reden im Reichstag und Landtag, die an den Leuten oft spurlos vorübergehen, soweit sie unsere Presse nicht lesen, sondern daß unser Ansehen wächst, sobald wir eine Stellung auf den Rathäusern erringen. (Sehr richtig!) Und dazu gibt uns das neue Gemeindewahlrecht in Baden die Möglichkeit. Sie haben, glaube ich, in ganz Preußen nicht ein einziges Magistratsmitglied. Wir werden infolge der Einführung der Verhältniswahlen im ganzen Lande fast auf jedem Rathaus in die Magistrate kommen. (Hört! hört!) Zwar ist es uns nicht gelungen, die direkte Wahl für die Großstädte durchzusetzen, aber die Sechstelung statt der Zwölftelung ist doch auch nicht zu verachten. Soweit

ich mich erinnere, hat schon vor zehn Jahren Dreesbach zusammen mit Adolf Geck einen Initiativantrag auf Einführung der Sechstelung eingebracht. (Hört! hört!) Aber die Forderung war damals aussichtslos und utopistisch, die heute erfüllt ist. Es ist uns zwar nicht gelungen, das Wahlrechtsalter auf 21 Jahre festzusetzen, wohl aber haben wir das Alter von 26 auf 25 Jahre herabgesetzt, und wir haben vor allem erreicht, daß durch den Wegzug nicht ohne weiteres das Wahlrecht verloren geht, sondern, wenn jemand, der das Wahlrecht gehabt hat, innerhalb zweier Jahre an seinen Wohnort zurückkehrt, so hat er das Wahlrecht wieder. Das kommt für die Arbeiter erheblich in Betracht, die bei jeder Krise den Ort verlassen müssen, um anderswo Arbeit zu finden.

Man hat ja anzuerkennen versucht, daß da und dort vielleicht eine Kleinigkeit durchgesetzt worden ist, aber man hat gemeint, das ist nur möglich gewesen dadurch, daß man Grundsätze preisgegeben hat.

Parteigenossen, wir haben niemals irgendeinen Grundsatz preisgegeben, und ich finde es geradezu komisch, wenn man den Beweis dafür, daß wir irgendwann und irgendwo uns etwas vergeben hätten, herleiten will aus ein paar Artikeln der bürgerlichen Presse, aus dem Artikel der „Kölnischen Zeitung" und dem Artikel des Geheimen Hofrats Rebmann in der „Nationalzeitung". Genosse Bebel, vor vielen Jahren hat ein Genosse auf einem Parteitage erklärt: „Ich würde es überhaupt als eine persönliche Herabsetzung meiner selbst ansehen, wollte ich mir ein Urteil über einen Parteigenossen daraufhin bilden, was die gegnerische Presse über ihn sagt." Dieser Genosse war Genosse August Bebel. (Hört! hört!) Ich bin überzeugt und habe es aus seinem Referat entnommen, daß Genosse Bebel diesen Grundsatz noch nicht aufgegeben hat, daß er auf die Artikel der „Kölnischen Zeitung" und des Geheimen Hofrats Rebmann die Behauptung, daß wir im Banne der Nationalliberalen stünden, ihre Diener seien, nicht gründen will. Wie leicht wäre es mir, andere Blätter zu zitieren, z. B. das Urteil des Zentrumsführers Wacker in Baden, der ausdrücklich hervorgehoben hat, wir hätten in Baden einen Einfluß erreicht, wie er es überhaupt nicht für möglich gehalten hätte; oder das Urteil der „Deutschen Reichspost", des Hauptorgans der Konservativen in Süddeutschland, wo es heißt: „Nach unserem Dafürhalten können die badischen Revisionisten mit dem Einfluß, den sie auf die Nationalliberalen bisher ausüben konnten, außerordentlich zufrieden sein. Sind auch nicht alle Wünsche erfüllt worden, so wissen doch die Herren Kolb und Frank nur zu gut, daß die Großblockpolitik die nationalliberale Partei schließlich zum völligen Aufgeben ihrer Parteigrundsätze zugunsten der Sozialdemokratie zwingen wird." (Hört! hört!) Ich könnte noch Dutzende solcher Artikel bringen, aber ich lehne es ab, weil ich es für eine Kinderei halte, wenn wir den Nationalliberalen oder die Nationalliberalen uns nachweisen wollten, wir seien gegenseitig im Herrschafts- oder Dienstverhältnis. Die Dinge liegen in der wirklichen Welt anders als in der Theorie. Genosse Mehring hat über diese Frage einen Artikel geschrieben, und hat das Problem so gestellt: „Wir den Teufel oder der Teufel uns?" Das mag für ein Bündnis mit dem Teufel zutreffen — ich bin da nicht zuständig (Heiterkeit) — in der wirklichen Welt gibt es Zwischenstufen vom schwarzen Teufel bis zum roten Engel. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit liegt es doch so, daß zwischen Parteien Bündnisse nicht in Form des Herrschaftsverhältnisses zustande kommen, sondern es handelt sich einfach um stillschweigende oder geschriebene Vertragsverhältnisse, die von beiden Teilen so lange gehalten werden, als es beiden Teilen in ihrem Interesse zu liegen scheint. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten wollen, daß die Liberalen oder wir auch nur eine Minute länger zusammenarbeiten, als beide Teile glauben, daß sie dabei auf ihre Rechnung kommen.

Nun hat Genosse Bebel auch darauf angespielt, daß wir vielleicht diese Politik ausgedehnt wissen wollten auf das Reich. Er hat da ein interessantes Fohergespräch mitgeteilt, das er mit Ernst Bassermann gehabt hat. Ich weiß nicht, ob einer unserer badischen Genossen einmal, vielleicht Genosse Kolb, in seinen Reden eine Ausdehnung unserer Taktik auf das Reich gewünscht hat. (Zuruf: In seiner Broschüre und in den „Sozialistischen Monatsheften“!) Dann möchte ich ein paar Worte dazu sagen: Es ist selbstverständlich der badischen Partei niemals eingefallen, eine Uebertragung der für unsere Verhältnisse passenden Politik zu verlangen, auf Verhältnisse, die dafür nicht passen. (Sehr gut!) Ich habe auf dem Offenburger Parteitag wiederholt unterstrichenerweise erklärt, daß wir Badener gar nichts weiter verlangen, als *Ellbogenfreiheit*, so, wie es das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission gewünscht hat. Wenn badische Genossen *im Auftrage der Organisation* einmal von einem *Reichs-Großblock* geredet haben — wenn ich das Wort gebrauchen soll —, so geschah es im gleichen Sinne, in dem auch der „Vorwärts“ und selbst die „Leipziger Volkszeitung“ in lichten Augenblicken (Heiterkeit) den Großblock verlangten. Wir wollen, daß wenn künftig Liberale oder andere Parteien unsere Stimmen wollen, bei Wahlen im zweiten Wahlgang, sie uns *Gegenseitigkeit* verbürgen, das haben wir wiederholt verlangt, und diesen Großblock halten wir nicht für utopistisch, auch nicht für etwas, was Bebel in seinem Gespräch mit Bassermann hat zurückweisen wollen. Das ist etwas, was die ganze Partei jeden Tag in der Presse und in Versammlungen verlangt hat und verlangen wird. (Sehr richtig!)

Nun soll ich Ihnen gar vielleicht den Beweis dafür erbringen, daß wir nicht Dienerpolitik getrieben haben, daß die Nationalliberalen, deren liebenswürdig gezeichnetes Portrait ich nicht retouchieren will, durch die Verhältnisse gezwungen waren, sich bei uns anders zu betragen als auf anderen Plätzen. Ich will weniges bringen. Ich habe heute schon erwähnt, daß ein Antrag, einen Teil der Lehrerseminare simultan zu gestalten, auf früheren Landtagen niedergestimmt wurde. Diesmal haben die Nationalliberalen geschlossen — es waren dieselben Leute zum Teil — für diesen Antrag stimmen müssen. Weiter: mit Recht hat Bebel gesagt, ein großer Teil der nationalliberalen Partei bestehe aus Scharfmachern, namentlich im westlichen Industriegebiet. Ja, wir haben aber durchgesetzt, daß die Nationalliberalen für den Antrag auf Einstellung von Arbeiterkontrolleuren für die Fabrik und die Bauinspektion gestimmt haben (Hört! hört!), wir haben auch durchgesetzt, daß der Antrag, 100 000 Mk. als erste Rate einzustellen zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung in badischen Städten, angenommen worden ist mit den Stimmen der Liberalen gegen die Stimmen des Zentrums. (Hört! hört!) Ich erinnere daran, daß auf dem Parteitage in Erfurt *Wilhelm Liebknecht* in geistreicher Form auseinandergesetzt hat, wie *utopistisch* es sei, die Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften oder gar im Staat oder im Reiche anzustreben. Er hat verlangt, man dürfe die Forderung nicht in das Programm aufnehmen, wir müßten uns auf den Boden der Tatsachen stellen. Diese Forderung, die vor 19 Jahren noch utopistisch war, schreitet jetzt ihrer Verwirklichung entgegen, wird in den nächsten Jahren Tatsache werden. Das sind doch Dinge, die wir nicht übersehen dürfen, die wir nicht zu überschätzen brauchen, aber die wir auch nicht herabsetzen dürfen im Interesse des Ansehens der Bewegung. (Sehr richtig!)

Nun hat man aber gesagt, wir seien gezwungen gewesen, Rücksichten zu nehmen bei der einen oder anderen Gelegenheit. Ich wünschte Ihnen, daß Sie das stenographische Protokoll bekämen oder die ganzen Landtagsverhandlungen. Ich bin überzeugt, da ich Ihnen Gerechtigkeitsgefühl zutraue, Sie

würden zugestehen müssen, daß wir bei allen Gelegenheiten den Arbeiterstandpunkt, den sozialdemokratischen Standpunkt, wenn Sie wollen, den revolutionären Standpunkt vertreten haben, so energisch, wie er in keinem deutschen Parlament energischer vertreten wird. Bei den Verhandlungen über die Frage des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosigkeit, der Prostitution, immer und überall haben wir unsere Forderungen vertreten.

Nun hat Bebel einen Artikel aus der „Schmiedezeitung" gebracht von einem Eisenbahner, der das Gegenteil behauptet. Man habe die Petitionen der Eisenbahner kurzerhand abgetan. Parteigenossen! Wenn man nach diesem Schema Anklagen konstruieren wollte, wie würde es da unserer Reichstagsfraktion ergehen! Die Sache war so: Es waren 70 Arbeiterpetitionen vorgelegt, die in langer Arbeit in den Kommissionen in Dutzenden von langen Sitzungen verhandelt wurden. Es wurde darüber ein gedruckter Bericht herausgegeben von etwa 170 Seiten, wo jede Petition eingehend behandelt war. Es wurden die meisten Forderungen der Eisenbahner der Regierung empfehlend überwiesen — übrigens einstimmig in der Kommission — und dann wurde ausgemacht, wie das im Reichstag täglich geschieht, daß bei den Verhandlungen im Plenum die Parteien sich Beschränkungen auferlegen mußten, weil man sonst die 70 Petitionen in Wochen nicht erledigen könnte. Denn jeder Abgeordnete hätte natürlich auf die Eisenbahner in seinem Bezirk Rücksicht nehmen müssen, und jeder würde genau dieselbe Rede für alle Kategorien der Eisenbahner im Landtage gehalten haben. Man hat daher ausgemacht, daß jede Partei einen Redner bekomme und wir Sozialdemokraten — das böse Kind hat man anders behandelt (Heiterkeit) — zwei Redner, weil wir zufällig keinen Referenten gehabt hatten. Die Interessen der Eisenbahner wurden also energisch vertreten, und die Tatsache, daß im Plenum die Verhandlungen kontingentiert wurden, ist etwas, das jeder im parlamentarischen Leben stehende Mensch begreifen und billigen muß, weil jeder schon dasselbe getan hat.

Ich darf vielleicht noch erwähnen, daß der Eisenbahnerverband als Organisation von der Bahnverwaltung anerkannt ist, daß mit den Beamten des Eisenbahnerverbandes verhandelt wird. Die gleiche Anerkennung wurde auch bei den Waldarbeitern durchgesetzt. Die Regierung hat erklärt, daß sie die Organisation der Waldarbeiter anerkennt (Hört! hört!), und daß sie den Arbeitern in den staatlichen Forsten, wenn sie sich organisieren wollen, keine Hindernisse in den Weg legt.

Nun meint Bebel, wir hätten das alles erreicht, auch wenn wir nicht für das Budget gestimmt hätten, wenn wir nicht mit den Liberalen zusammengegangen wären. (Bebel ruft: Wenn Ihr keine Blockpolitik gemacht hättet!) Beim Schulgesetz und bei der Frage der Dissidentenkinder ist durch den Block verhindert worden, daß die Schule klerikalisiert wurde Wir haben den Dissidentenkindern den gesetzlichen Anspruch verschafft, daß sie aus dem Religionsunterricht fernbleiben dürfen. (Geck ruft: Das war auch früher so!) Früher war es eine strittige Verwaltungspraxis, die sich mit jedem Ministerium ändern kann, es ist ganz etwas anderes, wenn es jetzt im Gesetz festgelegt ist.

Wir waren uns klar, ein monatelanges Zusammenarbeiten mit den Liberalen werde zuletzt die Konsequenz haben, daß wir dieses Budget, das unter unserem Einfluß zustande kam, genehmigen müßten. Der Parteitagsbeschluß von Nürnberg sieht vor, daß, wenn wir die Mehrheit haben, wir dem Budget zustimmen dürfen, obwohl der Klassenstaat ja durch die Mehrheit nicht abgeschafft wird. Die Verhältnisse liegen ähnlich, wenn es uns gelingt, als Teil einer Aktionsmehrheit, Einfluß zu gewinnen auf ein Budget. Auch dann müssen wir das Recht der Zustimmung haben. Drei Wochen vor Schluß des

Landtages kam nun ein Ereignis, das unsere Haltung änderte. In einer Kommissionssitzung, in der über die Verwaltungsreform verhandelt wurde, erklärte Herr von Bodman, er könne nicht vorschlagen, einen Sozialdemokraten zum Bezirksrat zu machen. Die Bezirksräte sind ehrenamtlich tätige Leute, die über verschiedene Fragen der Verwaltung und des Verwaltungsrechtes bestimmen. Es sind keine Personen, die direkt weltbewegende Beschlüsse zu fassen haben; aber so wenig Bedeutung die Beschlüsse haben mögen, große und ausschlaggebende Bedeutung hat für uns die Tatsache, daß ein Minister wagt, uns ins Gesicht zu sagen, er würde uns anders behandeln, als die anderen Staatsbürger. Wir haben dann auf Grund dieses Vorfalles beschlossen, daß wir als Demonstration für unsere Gleichberechtigung das Budget ablehnen. Aber wir haben auch schon die Erklärung beraten und genehmigt, die wir abgeben wollten. Sie lautete: „Wir bedauern, daß wir durch die Regierung gezwungen werden, das Budget abzulehnen." (Stürmisches Hört! hört! Zuruf: „Gezwungen werden, Parteitagsbeschlüsse zu halten!" Große Heiterkeit.) Wenn wir einmal so weit wären, daß die Minister über die Einhaltung von Parteitagsbeschlüssen wachen, so würde ich das als eine erfreuliche Erweiterung unseres Einflusses begrüßen. Also wir wollten erklären: „Wir bedauern, daß wir durch die Regierung gezwungen werden, das Budget abzulehnen, das unter unserer Mitarbeit und durch uns beeinflußt zustande gekommen ist. Wir sehen uns genötigt, das Budget abzulehnen, weil der Minister von Bodman ausgesprochen hat, daß bei gewissen Ehrenämtern die Sozialdemokraten minderen Rechtes seien."

Das war unser Beschluß. Ich will Ihnen nicht verschweigen, daß es sicherlich mehr als einen in der Fraktion gegeben hat, der bei aller Entrüstung über das Wort Bodmans vielleicht im stillen Kämmerlein aufgeatmet und zu sich gesagt hat: „Wie froh bin ich, daß er das gesagt hat." (Hört! hört!) Mancher mag gedacht haben: wie beneide ich die Bayern, daß sie in erbärmlichen politischen Verhältnissen leben, weil sie eine anständige Ausrede haben, das Budget abzulehnen. (Bebel ruft: Hört! hört!) Dieses Empfinden hat der eine oder der andere nach meiner Kenntnis gehabt. Aber es ist tief bedauerlich, daß durch Ihre Beschlüsse bei manchen Genossen die Vernunft direkt auf den Kopf gestellt ist. Statt daß sie sich entrüsten, wenn wir irgendwo als minderen Rechtes behandelt werden, freuen sie sich darüber, weil wenigstens dann der Konflikt mit der Partei vermieden wird. (Hört! hört!)

Wir waren keinesfalls darauf aus, einen Konflikt zu suchen. Wir dachten nicht daran, dafür zu sorgen, daß der Parteitag sich wieder einmal mit einer Budgetdebatte beschäftigen muß. Es ist wirklich kein Vergnügen, ein paar Monate im Mittelpunkt parteigenössischer Aufmerksamkeit zu stehen. (Heiterkeit.) Es kam dann der Abend vor der Abstimmung, die Debatte in der ersten Kammer bei der Beratung der Gemeindeordnung. In dieser Sitzung wurde von seiten klerikaler Barone der Minister von Bodman heftig angegriffen, weil er uns gegenüber eine Konzessionspolitik treibe, weil er gewissermaßen der Helfershelfer der Sozialdemokraten sei. Man hat den Geist der französischen Revolution heraufbeschworen und gesagt, dort habe es auch so angefangen und schließlich mit der Enthauptung des Königs geendet. Man warf ihm vor, daß er die Rathäuser den Sozialdemokraten ausliefere. Herr von Bodman hat darauf nicht nur mit dem Diktum erwidert, daß die Sozialdemokratie eine „großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes" sei. Er hat auch erklärt, daß man die Leute nicht nur schätzen müsse nach dem, was sie zahlen, sondern auch nach dem, was sie sonst für die Gesellschaft leisten. Er sagte, es seien Kräfte im Volke und in der Arbeiterschaft vorhanden, die man für den

Staat und die Gesellschaft dienstbar machen müsse. (Lebhaftes Hört! hört! Genosse Haenisch ruft: Dienstbar?) Genosse Haenisch, Sie müssen bei Ihrem Freunde Stadthagen in Unterricht gehen, er wird Ihnen sagen, daß man sich nicht an das Wort, sondern an den Geist der Worte halten müsse. Herr v. Bodman erklärte, man müsse die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranziehen. Im Zusammenhange mit der ganzen Situation mußten wir in dieser Erklärung die Zurücknahme seiner gegen uns gerichteten Bemerkungen erblicken.

Ich freue mich, daß Herr v. Bodman Vorgänger hat, daß Bismark und Wilhelm I. ähnliche Bemerkungen gemacht haben. Es ist aber einfach nicht wahr, daß wir Bodman zuliebe für das Budget gestimmt haben. Nein, wir taten es der politischen Situation, uns und der Bewegung zuliebe. (Beifall bei den Badensern). Die Bodmansche Erklärung hat nur ein Hindernis beseitigt. Es ist übrigens ein großer Unterschied, wenn ein Mann wie Bismarck unter dem Ausnahmegesetz sagt, es sei doch ein berechtigter Kern in der Sozialdemokratie. Ein solcher Mann, der ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie geschaffen hat, dem verzeiht man jede Liebenswürdigkeit gegen unsere Bewegung, der kann sich alles gestatten. Wenn aber ein Minister angegriffen wird, weil er uns Konzessionen macht, weil er als sein Programm verkündet, daß er uns zur Mitarbeit heranziehen will, dann ist das allerdings etwas anderes als die Bemerkung Bismarcks. Aber wir wollen darüber gar nicht streiten, das eine ist sicher, es ist seltsam, daß die bürgerlichen Gegner, die sich auf ihre Interessen doch sehr gut verstehen (Genosse Bebel ruft: Sehr gut sogar!), darüber so aus dem Häuschen geraten sind. So hat auf dem Katholikentage ein halbes Dutzend Redner in leidenschaftlichster Weise sich gegen Bodman gewendet. Nach den Schwarzen sind die Gelben gekommen. Sie haben sogar Resolutionen gefaßt (Bebel ruft: Sie haben Euch geholfen!), und wenn die Gelben die Courage haben, gegen einen Minister etwas zu sagen, dann muß doch in der Aeußerung etwas Besonderes liegen. Dann kamen die Konservativen. Es sind gegen Herrn von Bodman beinahe soviel Resolutionen gefaßt worden wie gegen uns. (Heiterkeit.) Diese Dinge kann man ganz kaltblütig betrachten. Will man gerecht sein, so muß man zugeben, daß die Aeußerung, die zweifellos nicht dazu bestimmt war, uns zu fördern, nichts anderes ist, als ein Symptom für die Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute eine Macht ist. (Bebel ruft: Wer wollte das leugnen!) Deshalb haben wir sie mit Freuden begrüßt.

Nun sagt Bebel, wir hätten den Ministern ein Vertrauensvotum ausgestellt, derselben Regierung, die die Finanzreform mitgemacht hat. Es ist einer der größten und kaum auszurottenden Irrtümer, daß immer wieder behauptet wird, die Zustimmung zum Budget sei n o t w e n d i g ein Vertrauensvotum. Das ist eine mißverstandene bürgerlich-demokratische Tradition. Baden hat ein altes Verfassungsleben. Es gab jahrzehntelang schwere Budgetkämpfe, aber nicht ein einziges Mal hat man das Budget verweigert. Es wurde fast immer einstimmig angenommen. Das wurde aber nicht als Vertrauensvotum aufgefaßt. Ein einziges Mal, 1847, vor der Revolution, waren eine größere Anzahl von Abgeordneten gegen das Budget. Es wurde mit 38 gegen 19 Stimmen angenommen. Aber eine große Zahl derer, die dafür stimmten, erklärten ausdrücklich: selbstverständlich denken wir nicht daran, dem Ministerium durch die Abstimmung ein Vertrauensvotum auszusprechen, wir wollen nur das Ministerium binden, damit es die Steuern so erhebt, wie wir verlangen. Natürlich verkenne ich nicht, daß man umgekehrt durch Ablehnung des Budgets sein M i ß t r a u e n ausdrücken kann. Das ist bei jeder Abstimmung im Parlament möglich. Jedes Gesetz kann aus zwei

Gründen abgelehnt werden, entweder, weil der Inhalt schlecht ist oder nicht weit genug geht, oder weil man kein Vertrauen zum verantwortlichen Ministerium hat. Der typische Fall ist die Ablehnung der Erbschaftssteuer. Die Konservativen lehnten sie ab, weil sie die Besitzenden zu schonen wünschten, das Zentrum, weil es den Kanzler stürzen wollte. Die hauptsächlichste Aufgabe der Parlamentarier ist es nun, jedesmal abzuwägen, was bei einem Gesetze wichtiger ist, der sachliche Inhalt oder die persönliche Seite, die Ministerfrage. Wenn aber einer sagt: das geht uns nichts an, da kann nichts Gutes herauskommen, alle Gesetze des Klassenstaates sind schlecht, dann erwidere ich: „Wer eine solche Ueberzeugung hat, der muß aus dem Parlament herausbleiben! Man kann nicht hineingehen, um im Parlament Antiparlamentarismus zu treiben." (Bebel ruft: Darum dreht sich die Sache ja nicht!) Viele haben aber so argumentiert. Ich weiß, daß unsere Praxis anders ist und daß wir Unterschiede machen zwischen der Zuchthausvorlage und sozialpolitischen Gesetzen, zwischen Posadowsky einerseits und Köller und Rheinbaben andererseits. Die Mehrheit steht auch nicht auf dem Standpunkt, alle Gesetze zu verwerfen. Sie sagt: es ist nicht wahr, daß alle Gesetze gleich schlecht sind, aber das einzige, was man durchsetzen kann, sind „kleine Konzessionen".

Ich sage Ihnen, Genossen, wenn Sie meinen, man könnte unter allen Umständen nur kleine Konzessionen erreichen, mit einer solchen Lehre der Hoffnungslosigkeit erobern Sie nicht die Welt, ja nicht einmal den kleinsten Wahlkreis. (Beifall und Widerspruch, lebhafte Unruhe, aus der man die Zurufe heraushört: Bis jetzt war die Taktik aber so! Der Vorsitzende ersucht dringend um Ruhe und ermahnt insbesondere die in den Hintergrund des Saales herabgestiegenen Galeriebesucher, sich nicht in die Verhandlungen einzumischen.) Was wäre auch damit gesagt, daß man nur kleine Konzessionen erreichen kann? Beim Niederreißen eines Baues kann es dramatische Effekte geben, aber der Aufbau setzt sich immer aus kleinen Konzessionen zusammen. Schauen Sie doch die Gewerkschaften an, die heute oft genannt wurden, wie die Gewerkschaften monatelang kämpfen, und wie die Arbeiter monatelang hungern, um Erfolge von wenigen Pfennigen durchzusetzen und heimzubringen. (Sehr richtig! Bebel ruft: Sehr falsch!) Sehr oft aber hält man etwas für eine „kleine Konzession", was ein Keim der Zukunft ist und was erst nach zwanzig bis dreißig Jahren als lebenskräftiger Gedanke für die Bildung der kommenden Gesellschaft erkannt wird. Ich will die Frage auch gar nicht untersuchen, ob im Parlamente wirklich nur ganz kleine Konzessionen errungen werden. Ist es nicht möglich, im Parlament durch Kampf durchzusetzen, daß die Wucherpolitik und die Lebensmittelzölle den Arbeitern vom Halse genommen werden? Gibt es nicht auch Klassenstaaten, wo keine Lebensmittelzölle sind, wo diese schwere Fuchtel die Gewerkschaften nicht wieder um den großen Teil dessen bringt, was sie in monatelangen harten Kämpfen den Arbeitern verschafft haben? Ist es nicht durchzusetzen, daß die Polizeiwirtschaft, die Landratspolitik, die entwürdigenden preußischen Zustände abgeschafft werden? Sind diese Dinge vielleicht notwendige Bestandteile des Klassenstaates? Ist es nicht möglich, durchzusetzen, daß aus Preußen und Deutschland ein moderner Staat gemacht wird, und daß unsere Arbeiter, ebenso wie ihre Brüder in Westeuropa, ihren großen Kampf auskämpfen können auf dem Boden der bürgerlichen Gleichberechtigung, der Demokratie? (Sehr wahr!) Wenn Sie das alles als kleine Konzessionen betrachten wollten, mögen Sie es tun, ich betrachte es als eine ungeheure Umwälzung, wenn es gelingt, durch solche Kämpfe der in Preußen lebenden Arbeiterschaft die Freiheit für ihren Kampf zu schaffen. (Sehr richtig!)

Nun ist uns auch vorgeworfen worden, nicht von Bebel, wir hätten die Budgetablehnung verächtlich als bloße Demonstration behandelt. Ich habe gefunden, daß bei manchen Genossen der Irrtum bestand, ich hätte bei meiner kurzen Erklärung zur Budgetabstimmung im Landtage namens der Fraktion gesagt, wir betrachteten die Budgetablehnung als leere Demonstration. Ich habe aber nur gesagt, wir verzichten diesmal auf diese Demonstration, ich habe dies Wort keineswegs in verächtlichem Sinne gebraucht. Ich halte unter Umständen sehr viel von Demonstrationen, wenn sie wirksam sind! Ich habe schon mehr als einmal bei Demonstrationen mitgemacht und hoffe, noch mehr als einmal dazu Gelegenheit zu haben. Aber ich meine, diese Demonstrationen in einem kleinen Parlament, die von vornherein nach Art und Zeit vorher bestimmt sind, und von denen die Gegner wissen, daß die Genossen, die so demonstrieren, gegen ihren Willen vom Parteitag dazu gezwungen worden sind — das sind wahrlich keine wirksamen Demonstrationen. Eine Demonstration gegen den Klassenstaat, gegen die Ausbeutung, gegen das historische Unrecht, das der Arbeiterklasse geschieht, muß gewaltiger ausfallen, als eine einfache Abstimmung einiger Landtagsabgeordneten. Diese große Demonstration aber ist gegeben, es ist die Arbeiterbewegung selbst. (Zustimmung.)

Ich habe im „Vorwärts" gelesen, daß die Genossin Rosa Luxemburg zu den Arbeitern gesagt hat: „Ihr werdet ja wissen, daß Baden noch nicht zum Paradies der Arbeiter geworden ist." Haben wir das je behauptet? Haben wir nicht durch unsere Anträge im Landtage und unsere Agitation außerhalb des Parlaments unsere ganze Kraft daran gesetzt, um die erbärmlichen sozialen Verhältnisse zu verbessern? Daß Baden ein schönes Land ist, daran ist kein Zweifel, als Paradies hat es aber höchstens eine Person betrachtet, vielleicht, vielleicht — die Genossin Luxemburg, sonst wäre sie nicht so lange bei uns geblieben. (Heiterkeit.)

Nun hat man auch gesagt, es habe sich in dieser unserer Politik das Entgegenkommen darin geäußert, daß wir an monarchischen Kundgebungen uns beteiligten. Ich glaube, man tut der wichtigen Frage der Budgetbewilligung Unrecht, wenn man in einem Atemzug damit diese Monarchengeschichte behandelt. Es sind geradezu abenteuerliche Vorstellungen verbreitet worden über die Ausdehnung monarchischer Gelüste unter den badischen Genossen. Gestern kam ein Genosse mit einem Zeitungstelegramm aus Baden zu uns, wonach der Großherzog am heutigen Tage eine größere Anzahl Orden ohne Unterschied der Partei verleihen werde. Man hat uns natürlich gefragt, ob auch bei dieser Gelegenheit die Gleichberechtigung hochgehalten wird. (Bebel: Verdient hättet Ihr es!) Aber wenn wir schon Orden bekommen, dann wollen wir uns ausbedingen, daß wir sie am roten Bande tragen! (Allgemeine Heiterkeit.)

Es ist doch klar, daß wir uns in den Parlamenten eben an Geschäftsordnung und Verfassung halten müssen. Es kann natürlich Grenzfälle geben, und die gibt es, wo Differenzen darüber entstehen, was die Geschäftsordnung verlangt. Aber da hat man sich eben kameradschaftlich auszusprechen und das sind keine Dinge, über die sich Parteigenossen gegenseitig die Köpfe zu zerschlagen brauchen. Auf Grund der Debatte, die zwischen anderen Genossen stattgefunden hat, glauben wir sagen zu können, daß die Partei ihre Taktik gegenüber der Monarchie nicht ändern will, weder nach rechts noch nach links. Wir meinen, die Partei, die das große Zukunftsland erobern will, kann sich nicht vor einem kleinen mittelalterlichen Bollwerk festlegen. Nicht darauf können wir unsere Kraft konzentrieren. Aber wir werden nirgends, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, unsere republikanische Ueberzeugung verleugnen. Wir halten es hierin mit den Worten Bebels in Amsterdam, im Vordergrunde unseres Kampfes und unserer Tätigkeit stehen die Klassenforderungen des Proletariats.

Es kann gewiß Staaten geben, und es gibt solche, wo zeitweise der schärfste Kampf gegen die Person des Monarchen nötig wird, aber Bebel selbst hat uns ein Beispiel gegeben, daß man diejenigen Monarchen, die sich uns nicht direkt entgegenstellen und sich konstitutionell zurückhalten, eben nicht persönlich zu bekämpfen braucht. Er war es doch, der erklärte, bei einer eventuellen Kaiserwahl wäre es der Prinz Ludwig von Bayern, für den er stimmen würde. (Bebel macht eine abwehrende Bewegung. — Frank: Genosse Bebel hat allerdings böse Erfahrungen mit ihm gemacht, er fängt jetzt auch an zu reden. — Heiterkeit.)

Was soll jetzt geschehen? Bebel hat ausdrücklich gesagt, daß vom Hinauswerfen keine Rede sein kann; er hat anerkannt, daß wir die Partei nicht zu schädigen glaubten, sondern daß wir das Beste wollten — nach seiner Ansicht auf falschen Wegen. Dazu nun paßt die uns vorgeschlagene Resolution sehr schlecht. (Zustimmung.) Wenn anerkannt wird, daß wir gehandelt haben in der irrtümlichen Meinung, der Partei zu nützen, dann muß das auch in der Resolution, die die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen soll, erkennbar sein; jetzt aber steht nur darin, daß wir „bewußt" gegen den Parteibeschluß gehandelt haben. Und Bebel hat hinzugefügt, wenn sich so etwas wiederholt, dann würde mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Aber, Genossen, entweder man meint, daß eine bewußte und absichtliche Verletzung des Parteibeschlusses vorliegt, dann braucht man nicht die Wiederholung abzuwarten. Wenn jemand absichtlich und bewußt die Parteibeschlüsse verletzt, so daß es ihm darauf ankommt, die Beschlüsse zu verletzen, dann muß man ihn hinauswerfen. Wenn die Sache aber anders ist, wenn die Genossen der Meinung sind, wir seien Esel gewesen oder seien aus Irrtum auf falschen Wegen gegangen, aber in guter Absicht, dann kann man nicht in die Resolution hineinschreiben, Ihr habt das „bewußt" gemacht. Wir haben natürlich nicht unbewußt gehandelt, aber es war uns nicht um die Verletzung des Parteibeschlusses zu tun, sondern unsere Absicht war, der Arbeiterbewegung zu nützen, und die Verletzung des Parteibeschlusses war dabei nur eine unangenehme Begleiterscheinung.

Ich will nicht verschweigen, daß ein alter Parteipraktiker, ein Genosse, der seit 25 Jahren das Parlament kennt, mir den Kopf gewaschen hat. Er hat mir gesagt: Frank, Ihr seid viel zu ehrlich. Warum seid Ihr so töricht gewesen, nicht eine andere Begründung zu geben, so dumm, nicht zu sagen, was Ihr gemacht habt, sei im Rahmen des Nürnberger Beschlusses. Ihr wißt ja gar nicht, daß Ihr den Nürnberger Beschluß gehalten habt, der bestimmt, daß einem Budget dann zugestimmt werden kann, wenn durch seine Ablehnung ein schlechteres Budget herbeigeführt werden könnte. Nun, Ihr habt doch durchsetzen wollen, daß das folgende Budget nicht schlechter werde. (Unruhe.)

Ja, Genossen, das Zentrum hat gegen die Arbeiterschutzanträge gestimmt, gegen unsere Schutzanträge, überhaupt gegen alle unsere Verbesserungsanträge. (Bebel: Und es hätte für das Budget gestimmt!) Und wenn unter seinem, des Zentrums, Einfluß das nächste Budget zustande käme, dann wäre es ein schlechteres. (Bebel: Ach wo!) Genosse Bebel, Sie werden mir doch erlauben, falsche Ansichten vorzutragen, Sie haben sich doch diese Freiheit auch genommen. (Heiterkeit.) Es wurde im Finanzgesetz beschlossen, die Steuern nicht nach dem Wunsch der Regierung zu erhöhen, und in der Zentrumspresse und im rechtsnationalliberalen „Schwäbischen Merkur" ist uns vorgeworfen worden, es sei des Großblocks Schuld, daß durch diese Abstimmung die Regierung verhindert wurde, durch die Liberalen und das Zentrum die Erhöhung der Steuern herbeizuführen. Aber, Genossen, wir haben zuviel Respekt vor der Partei gehabt, um uns auf solche Weise hier zu entschuldigen. Ich habe Ihnen offen die Dinge erzählt. Es ist besser, glaube ich, wir haben eine falsche Begründung zu

einem richtigen Handeln gehabt, als wenn das Umgekehrte der Fall wäre. (Sehr richtig! Zurufe: Wer ist dieser Ratgeber?) Ich war ja schon früher bereit, Ihnen den Namen zu nennen. Es ist der Genosse Ullrich, und ich meine, der Name hat wohl ganz guten Klang . . . .

Nun liegt noch ein Antrag vor, der sich nicht direkt auf die badischen Verhältnisse bezieht. Es ist der Vorschlag, den Genosse Braun-Königsberg in der „Neuen Zeit" gemacht hat, und der verlangt, daß die Partei endlich einmal einen Weg suche, um aus den ewigen, schon langweilig werdenden Budgetdebatten herauszubekommen. (Unruhe.) Nun, wir haben diese Debatten seit 16 Jahren, und ich meine, alle, besonders die marxistisch geschulten Genossen, müssen zugeben, daß das nicht zurückzuführen sein kann auf die Bosheit einzelner Genossen, sondern daß das wohl in den Verhältnissen begründet sein muß.

Genosse Braun verlangt, daß ein Weg zum Frieden gesucht und zunächst das Material gesammelt werden soll; auf dem Nürnberger Parteitag hat mein Freund Hannes Timm den Mut gehabt, mitzuteilen, daß er in Frankfurt seinerzeit nicht als Richter, nein, als Scharfmacher über die Budgetsünder fungiert hat, ohne zu wissen, was ein Budget sei. (Gelächter.) Man muß es dem Genossen Timm hoch anrechnen, daß er die Ehrlichkeit zu diesem Bekenntnis gehabt hat. Es ist aber überhaupt die Frage bisher falsch gestellt; man hat nicht zu fragen, was ist ein Budget, denn darauf erhält man nur eine sehr dürftige Antwort. Die bürgerliche Wissenschaft sagt, ein Budget ist ein Verwaltungsakt in Form eines Gesetzes, das sich bezieht auf den Haushalt des Staates. Die Frage muß vielmehr lauten: Wie sehen die Budgets der deutschen Staaten und des Reiches aus? Ich nehme an, daß Sie alle sich Mühe gegeben haben, die Budgetfrage zu studieren, aber ob allen der Unterschied bekannt ist, der zwischen dem sogenannten bayerischen Typ und dem Reichstyp eines Budgets besteht, das ist wohl nicht sicher. Das bayerische Finanzgesetz ist bloß die Feststellung, welche Steuern in den nächsten zwei Jahren erhoben werden sollen. Es knüpft an die alten Rechte der Landstände aus der Feudalzeit an, die als Geschenke Auflagen zugunsten des Landesherrn machten.

Wenn also der Parteitag den Beschluß aufrecht erhält, das Finanzgesetz sei immer abzulehnen, so heißt das, die Partei ist verpflichtet, überall die direkten Steuern zu verweigern. Das hat Konsequenzen im Reiche. Dort ist ein ganz anderer Budgettyp. Dort wird jährlich über Einnahmen und Ausgaben abgestimmt, aber nicht über die Steuern. Im Reiche werden die Steuern auf dauernde Zeit bewilligt, nicht auf ein bis zwei Jahre, sie werden dauernd erhoben, ohne Rücksicht auf das Budget. Wenn wir also beschließen, es müssen die Steuern verweigert werden, dann hat das die Konsequenz, daß wir für alle Zeiten auch im Reiche jedes Steuergesetz niederstimmen müssen. Wir haben, soviel ich mich entsinne, im Reichstage für die erste Erbschaftssteuervorlage gestimmt, auch für die Wechselstempelsteuer. Wir haben also selbst im Reichstage gegen den Nürnberger Beschluß gefehlt. (Widerspruch. Ledebour: Das läßt sich ja gar nicht vergleichen!) Es kann ja sein, daß ich mich irre; ich will Ihnen ja meine Meinung gar nicht aufdrängen. (Dittmann-Solingen: Das gelingt Ihnen auch gar nicht!) Aber ich will doch nur, daß Sie diese Fragen studieren. Warum stimmen Sie denn nicht für den Antrag, das Material zu sammeln? Sie fürchten, nach außen den Eindruck hervorzurufen, daß Sie uns damit recht geben. (Bebel: Nein, weil wir uns fürchterlich lächerlich machen würden.) Und wenn Sie Ihrer Sache so sicher sind, brauchen Sie doch das Studium nicht zu fürchten. Sie wollen also lediglich aus Angst vor einer falschen Auslegung nicht einen Beschluß fassen,

der die Partei endlich aus einer Sackgasse herausbringen könnte, der endlich uns den Parteifrieden bringen würde, den wir alle wünschen. Ich bin überzeugt, daß wir ja doch diesen Weg gehen müssen und daß die große Mehrheit der Partei, der Genossen, die auf Wunsch Bebels die Vertrauensleute beaufsichtigen sollen, aufatmen würde, wenn endlich ein Mittel gefunden würde, das uns einigte zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)

Vorsitzender Dietz: Ich schlage vor, sämtliche Anträge zur Budgetbewilligung bis auf den Antrag 63 als unterstützt gelten zu lassen. Ein Widerspruch erfolgt nicht, der Parteitag ist damit einverstanden.

Ueber den Antrag 63 möchte ich noch ein paar Worte sagen, wenn nicht der Genosse Liebknecht die Freundlichkeit hätte, diesen Antrag, der doch nun gegenstandslos geworden ist, zurückzuziehen. (Liebknecht: Ich ziehe ihn zurück!)

Dann möchte ich Ihnen am Gang der Nürnberger Verhandlungen nachweisen, daß es doch notwendig sein dürfte, daß bei dieser Diskussion immer ein Redner für die Badenser und ein Redner gegen die Badenser spricht. Das würde sicher zur Klarstellung beitragen. Natürlich können von den Rednern dabei sämtliche Anträge in den Bereich der Erörterungen bezogen werden. In Nürnberg wurde ein solcher Antrag vom Genossen Wels gestellt, der befürwortete, daß je ein Gegner und ein Anhänger der Vorstandsresolution zum Wort kommen solle. Er fügte hinzu, daß bereits 76 Wortmeldungen nach Beendigung des Referats vorgelegen hätten. So arg ist es nun heute nicht, aber 55 liegen denn doch vor, von denen nicht mit absoluter Sicherheit gesagt werden kann, ob sie für oder gegen die Badenser sprechen wollen. Das müßte also jeder Redner selbst angeben. Dann ist es in Nürnberg so gemacht worden, daß die Rednerliste in der Ordnung, wie die Meldungen eingehen, geführt wird, und daß innerhalb dieser Reihenfolge der Meldungen ein Redner für und ein Redner gegen das Wort erhält. Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir in derselben Weise verfahren? Widerspruch erhebt sich nicht, es ist so beschlossen.

Dittmann-Solingen (zur Geschäftsordnung): Ich wollte denselben Vorschlag machen, der eben angenommen worden ist und möchte darüber hinaus beantragen, daß es für zulässig erklärt wird, daß eingezeichnete Redner ihre Plätze in der Rednerliste tauschen. Dies ist stets auf Parteitagen Usus gewesen, es scheint aber notwendig zu sein, daß es in aller Form vom Parteitage als berechtigt anerkannt wird. Alle Seiten des Parteitages werden das gleiche Interesse daran haben.

Wenn der Vorsitzende erklärt hat, daß Redner für oder gegen die Badenser nach der Reihe zum Wort kommen, so ist das meines Erachtens eine falsche Formulierung. Es muß wie in Nürnberg heißen, für oder gegen die Vorstandsresolution. Ich möchte also bitten, daß entsprechend meinem Antrage beschlossen wird.

Dr. David: Der Vorredner meinte, es müsse nicht heißen, für oder gegen die Badenser, sondern für oder gegen die Vorstandsresolution, und nahm dabei Bezug auf Nürnberg. Gerade in Nürnberg hatte es sich gezeigt, daß das kein zweckmäßiges und gerechtes Verfahren ist, denn es gab da auch noch radikalere Elemente, die die Vorstandsresolution verwarfen, weil sie ihnen zu zahm war, die also als Gegner der Vorstandsresolution zum Wort kamen, und wir mußten mit ihnen rangieren. Das ist ein durchaus ungerechtes Verfahren. Der Vorschlag des Präsidenten trifft also das Richtige.

Vorsitzender Dietz: Der Parteitag hat sich bereits mit meinem Vorschlage einverstanden erklärt, wir könnten jetzt höchstens noch das Einverständnis des

Parteitages darüber herbeiführen, ob ein Wechsel der Plätze in der Rednerliste gestattet sein soll. Das ist früher ohne weitere Bemerkung geschehen, und ich glaube, der Parteitag wird dem gern zustimmen. Ein Widerspruch erfolgt hiergegen nicht.

Das Wort zur **persönlichen** Bemerkung erhält

Peus: Genosse Bebel hat behauptet, ich hätte in meinem Wahlkreis in der Versammlung, in der es sich um meine Reichstagskandidatur handelte, anders gesprochen, als in meinem „Blättchen". Zunächst ist das „Blättchen" das Blatt der anhaltischen Parteigenossen, und es ist kein Grund dafür vorhanden, es hier verächtlich „Blättchen" zu nennen, weil hinter unserem Blatt nicht Millionen stehen, wie hinter anderen Parteiblättern. Wenn aber Genosse Bebel recht hätte, dann müßte ich ein ganz verächtlicher Mensch sein (Sehr richtig!), dann verdiente ich nicht, als Reichstagskandidat der Partei zu fungieren. (Sehr richtig!) Ich kann auch nicht anerkennen, daß der Genosse Bebel dafür den geringsten Beweis erbracht hat. Bisher habe ich umgekehrt in der Partei und auch in meinem Wahlkreise immer noch für einen gegolten, der mit seiner Meinung nicht zurückhält. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Bebel glaubt, auf Grund seiner Stellung sich das leisten zu können, so gegen einen Mann vorzugehen, der auch in der Oeffentlichkeit auf politische Ehre Anspruch erheben muß und der in seinem Wahlkreise auch von seinen Gegnern eine entsprechende Beurteilung gewärtigen muß, für die dann diese Worte des Genossen Bebel angewandt werden können — ich werde mich nicht wundern, wenn in Flugblätter meiner Gegner diese Bemerkung des Genossen Bebel hineinkommt (Rufe: Sehr richtig! Unerhört!) —, dann muß ich erklären, daß ich den Genossen Bebel um diese seine Fähigkeit nicht beneide. Aber ich erkläre ferner, daß ich ihn nicht fürchte und daß ich mich nicht einschüchtern lasse, daß ich aber gegen diese Manier protestiere. Genosse Bebel hat dann gemeint, ich würde hoffentlich radikal bleiben. Nun, ich halte mich in der Tat für radikaler (Lachen), als manche andere, die sich mit Worten begnügen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Den Vorsitz führt Dietz.

Die **Debatte** über die **Budgetfrage wird** eröffnet.

Eingegangen sind die **Anträge** 93, 94 und 95, der von der 16 **Mitglieder** zählenden Fraktion des württembergischen Landtags mit allen gegen eine Stimme beschlossen ist.

Katzenstein-Stralsund: Die badischen Genossen haben ihre Haltung mit besonderen Gründen der politischen Lage erklärt, aber diese besonderen Gründe haben früher nicht vorgelegen und sie haben trotzdem für das Budget gestimmt und zwar zu einer Zeit, in der sie in der schärfsten Opposition zur Regierung gestanden haben. Es kann also nicht stimmen, daß es bloß die heutige politische Konstellation war, sondern es ist die gesamte Stellung, die unsere Genossen dort und unter ähnlichen Verhältnissen den Regierungen gegenüber einnehmen. Ich glaube, daß diese Haltung sich ganz wohl erklärt aus gewissen Verhältnissen, die Sie ja alle kennen, aus der nicht ganz so scharfen Zuspitzung der sozialen und politischen Gegensätze und weiter daraus, daß unsere Genossen in Deutschland politisch überaus **anspruchslos** sind. Die deutschen Arbeiter sind gewöhnt, schlecht behandelt zu werden, und sowie dann etwas mildere Seiten aufgezogen werden, sind sie geneigt, entgegenzukommen, und die alte Fabel vom Sturm und Sonnenschein bei dem Wanderer erfährt dann wieder eine glänzende Bestätigung. Man müßte ja solche Dinge eigentlich ver-

schweigen, aber die preußische Regierung hat jedenfalls nicht so viel Intelligenz, um die Taktik ihrer süddeutschen Kollegen nachzuahmen (Heiterkeit). Meiner Meinung nach liegt eine derartige freundliche Behandlung von oben, sofern sie nicht erkämpft ist, allerdings nicht im Interesse der Partei. (Sehr richtig!) Die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und jeder bürgerlichen Partei und der Regierung sind so unüberbrückbar, daß es nur zu wünschen ist, daß sie im Bewußtsein der Massen jederzeit voll zum Ausdruck kommen. Dies Bewußtsein ist ja leider kein sehr empfindliches, die Gegensätze werden in der Regel erst durch formale Umstände empfunden. Ebenso, wie es im Arbeitsverhältnis weniger die Lohnverhältnisse sind, als die Behandlung durch die Unternehmer, die die Gegensätze in den Vordergrund rückt, ebenso ist es hier. Die süddeutschen Regierungen haben es bisher im allgemeinen verstanden, durch ihr etwas humaneres Verhalten, durch etwas weniger Unklugheit und Brutalität, als sie in Norddeutschland üblich ist, den Ausdruck der Klassengegensätze abzuschwächen. Ich halte es für wünschenswert, daß der Bogen recht straff gespannt wird, damit der Pfeil um so schärfer fliegt und um so fester trifft. (Sehr richtig!)

Wir gehen sehr schweren Auseinandersetzungen entgegen. Es wird sich zeigen, daß die großen Kämpfe, die ausgefochten werden müssen zwischen uns und den Gegnern, äußerste Kraftanspannung notwendig machen. Es wird sich dabei zeigen, daß ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen den verschiedenen Regierungen in keiner Weise vorhanden ist. Ebensogut wie der Großherzog von Baden, der persönlich ja als nicht unsympathisch bezeichnet wird, der freundwillige Vetter und Bruder seines Kollegen von Preußen ist, so ist die badische Regierung nichts anderes, als ein detachiertes Fort der norddeutschen Befestigungswerke. Das ist ein Satrap einer entfernteren Provinz, den läßt man etwas freier schalten, den hält man nicht so streng. Aber in allen Fragen der Reichspolitik darf die badische Regierung keinesfalls eine Sonderstellung einnehmen. Sie hat nicht nur die früheren Ausnahmegesetze, sondern auch die neueren Finanzmaßregeln gebilligt. Alles, was die preußische Regierung tat, hat sie mitgemacht. Daher ist es unbedingt notwendig, daß ein Bestandteil der deutschen Sozialdemokratie einer solchen Regierung mit der allerschärfsten Opposition entgegentritt. Eine Gleichberechtigung der Sozialdemokratie besteht auch in Baden nicht. Trotz dieser Feststellung hält Frank es für angebracht, eine andere Stellung der Regierung gegenüber einzunehmen, als die anderen Genossen Deutschlands. Aber selbst wenn wir diese äußere Gleichberechtigung, selbst wenn wir eine wirkliche Demokratie hätten, so müßten wir doch dem heutigen System die Zustimmung in schärfster Form versagen und das Budget verweigern. Vielleicht könnte man verschiedener Meinung sein, dort, wo die Regierung gewählt wird, wo das Volk genau soviel Sozialismus hat, als es selbst haben will. Aber ist denn irgend eine deutsche Regierung geneigt, die demokratischen Grundsätze als entscheidend anzusehen? Davon ist keine Rede. Was haben wir denn aber auch in Baden für Demokratisches? Es herrscht dort dasselbe aristokratisch-bureaukratische System, wie in den übrigen Staaten. Darum müssen wir auch dieser Regierung die entschiedenste Absage erteilen. Wenn wir ernsthafte bürgerlich-demokratische Parteien hätten, so müßten sie, genau wie wir, das heutige System bekämpfen, weil es jeder Demokratie ins Gesicht schlägt. Wir benutzen die Demokratie als Uebergangsmittel für unsere letzten Ziele, die das ganze System beseitigen wollen. Wir dürfen uns auf keinerlei Entgegenkommen einlassen. Man sagt: Solange die Partei eine Minderheit ist, ist die Budgetablehnung für uns nur eine Demonstration. Wir können aber für das Fremdwort das deutsche Wort „Bekenntnis" einsetzen. Wo man gezwungen

ist, mit anderen zusammenzuarbeiten, da ist es gerade zu begrüßen, daß es einen gewissen Moment gibt, wo die Partei Gelegenheit hat, ihr Bekenntnis zu einem grundsätzlich entgegengesetzten System in feierlicher Form darzulegen. Und wenn gesagt worden ist, das Ganze sei in Wahrheit keine sehr imponierende Kundgebung, so steht es bloß bei unseren Vertretern im Landtag, sie dazu zu machen. Wenn die Gegner darüber lachen, sie haben schon oft über sehr viele Dinge gelacht, die uns sehr ernst waren, und die sich auch nachher als sehr ernst erwiesen haben. Man spricht von Rücksichten auf die Konstellation und auf die Parteien, mit denen man zusammen arbeiten muß, aber vor allem kommt doch die Rücksicht auf die Genossen der eigenen Partei! (Sehr richtig!) Die badischen Genossen haben gewußt, daß sie in schärfster Weise einen Keil in die Partei treiben, und daß sie sich im Gegensatz stellen zur überwiegenden Mehrheit der Partei. Daher hatten sie die entsprechende Haltung einzunehmen. Unsere Kraft liegt nicht in dem, was wir momentan erreichen, sondern (wie es Genosse Merkel in seiner Zuschrift an die „Mannheimer Volksstimme" sehr richtig ausgesprochen hat) darin, was die Masse aus unserer Partei macht. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß diese Taktik, wenn sie fortgesetzt würde, die Wirkung hätte, daß ein Teil unserer Parteigenossen sich sehr schön damit abfinden würde, so daß ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen Genossen und dem linken Flügel des Bürgertums nicht mehr bestünde. Aber die Folge würde sein, das Entstehen einer starken antiparlamentarischen, anarchistischen Partei neben der unserigen. (Bravo!)

Hildenbrand-Stuttgart: Der deutsche Parteitag schickt sich nach meiner Meinung eben an, einen nicht nur für die Badener, sondern für die gesamte Partei außerordentlich wichtigen Beschluß zu fassen. Die Tatsache, daß diesen Beschluß zu fassen der Parteivorstand vom Parteitag verlangt, mahnt uns an die unabweisliche Pflicht, dazu nach gründlicher Ueberlegung Stellung zu nehmen. In der Frage der Budgetabstimmung hat bekanntlich schon der Frankfurter Parteitag eine Debatte gehabt, in welcher Genosse v. Vollmar, die ganze Zukunft voraussehend, dem Parteitag zurief: „Ich warne Sie davor, den haltlosen Beschluß zu fassen, der nur der Quell fortwirkender Zwietracht würde." Ich rufe Ihnen auch heute aus meiner persönlichen Erfahrung zu, aus meiner Erkenntnis, daß der zwingende Beschluß, unter allen Umständen das Budget abzulehnen, ein Hindernis für die wirksame Betätigung der Parteigenossen in den Parlamenten ist. Auch wenn Sie die Resolution des Parteivorstandes mit großer Mehrheit annehmen, ist die Frage der Budgetabstimmung für den deutschen Parteitag keineswegs erledigt. (Hört! hört!) Sie wird selbstverständlich an uns herantreten, weil die Verhältnisse einzelner Staaten im Reiche es auf die Dauer gar nicht aushalten, einen derartigen ablehnenden Standpunkt ausnahmslos einzunehmen. Zum dritten Male verlangt der Parteivorstand, es möge als grundsätzliche Pflicht der Sozialdemokraten proklamiert werden, das Budget unter allen Umständen abzulehnen. Wenn das Grundsatz sein soll, so kann es nicht nur ein Grundsatz der Deutschen sein, sondern es müßte ein Grundsatz sein, den alle sozialdemokratischen Parteien akzeptieren. Es hat aber keine zweite sozialdemokratische Partei außer der deutschen das Verhalten ihrer parlamentarischen Vertreter zum Budget grundsätzlich festgelegt.

Alle Parteien, mit Ausnahme der deutschen, haben bis heute auf dem Standpunkt gestanden, daß sie diese Frage je nach den jeweiligen Verhältnissen entscheiden und sie haben bis jetzt wegen dieser Angelegenheit unter sich keinerlei Streitigkeiten gehabt. Wenn also der allgemeine deutsche Parteitag heute zum dritten Male erklärt, daß diese Frage eine grundsätzliche sei, so

wird die Wirklichkeit, die Praxis, in Zukunft uns deutschen Sozialdemokraten beweisen, daß es eine Frage ist, die nach den jeweiligen Verhältnissen entschieden werden muß, weil sie nicht als grundsätzlich aufrechterhalten werden kann. Bebel hat in Lübeck selbst den Standpunkt vertreten, daß, wenn die sozialdemokratische Fraktion eines Landes in eine Mehrheitsstellung einrückt, einen bestimmten Einfluß gewinnt, unmöglich der grundsätzliche Standpunkt der Ablehnung des Budgets aufrecht erhalten werden könne; sie wird dann selbstverständlich das Budget des Staates annehmen müssen, obgleich keineswegs der Charakter des Klassenstaates beseitigt ist. Ich beklage es, daß der Parteivorstand und ein großer Teil unserer deutschen Parteigenossen gar keine Rücksicht darauf nimmt und sich darüber gar keine Gedanken macht, wie es denn kommt, daß alle die Parteigenossen, die in irgendeinem Lande unter den verschiedensten Verhältnissen von der Partei in das Parlament geschickt worden sind, ohne Unterschied der Anschauungen, ohne Unterschied ihres Temperaments, mit ganz wenigen Ausnahmen auf dem Standpunkt stehen, daß die grundsätzliche Stellungnahme in dieser Frage auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, daß der Zeitpunkt kommen muß, wo die Partei diese Frage als eine taktische ansieht und den jeweiligen Vertretern der Partei nach der jeweiligen Situation die Entscheidung überlassen wird. Geleitet von dem Gedanken, behaupte ich, daß, wenn der Parteitag auch die Verschärfung der Resolution dahin annimmt, daß jeder sich in Zukunft außerhalb der Partei stellt, der für das Budget stimmt, die Regelung dieser Frage für die deutsche Sozialdemokratie auch nicht für alle Zukunft erledigt sein wird. (Sehr richtig!) Das sollten Sie bedenken, ehe Sie zu einem so folgenschweren Schritt übergehen und diese Resolution sogar noch mit dieser Verschärfung annehmen. Der Parteitag sollte sich das ganz besonders deshalb überlegen, weil doch niemand in der ganzen Partei annehmen kann, daß nur ein einziger der Parteigenossen, die in dieser Sache gegen die Proklamierung der Budgetfrage zu einer grundsätzlichen kämpfen, damit die Absicht hätte, die Partei nach irgendeiner Richtung zu benachteiligen. (Sehr richtig!) Ich verwahre mich dagegen, daß wir die Theorie Katzensteins akzeptieren wollen und unsere Demonstration gegen den Klassenstaat auf die Ablehnung des Budgets beschränken. (Sehr gut!) Jeder Tag, jede Woche, gibt uns in der parlamentarischen Tätigkeit Gelegenheit, auf diesen Klassencharakter des Staates hinzuweisen und unsere Opposition in der schärfsten Weise zum Ausdruck zu bringen. (Sehr richtig!) Uns haben die gesamten bürgerlichen Parteien ausgelacht, als wir unsere Budgetabstimmung ohne irgendwelche Erklärung zum Ausdruck gebracht haben. Unsere Gegner nehmen unsere Abstimmung eben so lange nicht als Produkt unserer Ueberzeugung an, solange wir durch diesen Beschluß des Parteitages gebunden sind. Wir wollen die Freiheit haben, daß wir auch mit aller Wucht einen Protest in diese Ablehnung des Budgets hineinlegen können, wenn es die Verhältnisse erfordern, und die Wucht wird um so größer sein, wenn die Ablehnung freiwillig aus unserer Ueberzeugung heraus und nicht auf eine gegebene Marschroute hin erfolgen kann. Ich protestiere auch, und jedenfalls im Namen vieler Parteigenossen, gegen die oben proklamierte Theorie, daß die Sozialdemokratie noch gebüttelt und geschurigelt werden müssen, um vorwärts zu kommen. Wir haben uns dadurch, daß wir nicht unter so großer Fuchtel stehen, keinen Augenblick abhalten lassen, mit aller Schärfe für unsere Prinzipien einzutreten und unseren sozialdemokratischen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, wenn die preußischen Parteigenossen den Gedanken ausdenken, werden sie mit mir der Meinung sein, daß eine anständige Behandlung das mindeste ist, was wir anstreben, und daß wir uns bedanken würden, wenn unsere ganze Propaganda, unsere Stoßkraft nur davon ab-

hängen würde, daß wir mehr oder weniger geschurigelt würden. Denen, die die verschärfte Resolution annehmen wollten, möchte ich entgegenhalten, daß, wenn wir diesen Weg beschreiten, es nicht bei der Budgetabstimmung bleibt, dann werden auch noch andere Dinge als grundsätzlich proklamiert werden und die Partei wird von einer Unannehmlichkeit in die andere kommen. Da ist der Standpunkt des Genossen Adler viel richtiger, der gesagt hat, wenn man derartige Beschlüsse fassen will für große Parteien, die Eindruck machen sollen, einheitlich durchgeführt werden, die alle binden sollen, so muß man solche bindenden Beschlüsse auf das notwendigste beschränken. (Sehr richtig!) Und notwendig ist, glaube ich, der Zwang zur Budgetabstimmung nicht.

Wir haben Ihnen einen Antrag unterbreitet, der losgelöst ist von der badischen Angelegenheit. Er geht davon aus, daß die Erledigung dieser Angelegenheit heute erfolgt und ist weiter der Meinung, daß, wenn diese Angelegenheit durch einen Beschluß erledigt ist, dann damit die Stellung der Sozialdemokratie in der Budgetfrage im allgemeinen nicht für alle Zeiten geklärt ist. (Sehr richtig!) Es besteht noch eine große Unklarheit innerhalb unserer Parteipresse über das Wesen des Budgets in den Einzelstaaten. Die Verfassungsbestimmungen in Württemberg sind andere wie die in Bayern, in Hessen usw. Wenn wir das Budget, das Finanzgesetz, in Württemberg ablehnen, lehnen wir damit die Einnahmen des Staates auf Domänen ab. Es wird doch aber kein Mensch in der Partei die Absicht haben, zu wollen, daß die Domäneneinkünfte nicht mehr der Staatskasse zufließen, sondern der Krone verbleiben. Also die ganze Frage ist noch absolut ungeklärt. Mögen Sie in der Sache der Badenser beschließen wie Sie wollen, wir verlangen vom Parteitag, daß abgesehen davon die Frage der Budgetabstimmung im allgemeinen einmal einer Klärung unterzogen wird und daß einmal eine eigentliche Diskussion darüber nach eingehendem Studium der Frage auf einem Parteitage stattfindet. Bisher ist die Frage noch niemals materiell behandelt worden. Wir haben immer nur dekretiert. Wenn also der Parteitag gerecht sein will, muß er unseren Antrag annehmen, in der Hoffnung, daß aus der Klärung der Sache eine Stellungnahme herauskommt, die allen Parteigenossen die Möglichkeit gibt, einheitlich für die Gesamtpartei zu wirken. (Bravo!)

Lipinski-Leipzig: Frank hat es in seiner Verteidigungsrede ganz geschickt verstanden, die Kernfrage zu umgehen und die rein äußerlichen Dinge in den Vordergrund zu stellen. Er hat die Aeußerung Bebels aufgegriffen: sie hätten die Gutgläubigkeit der badischen Genossen hinter sich. Er hat daraus den Schluß gezogen, daß sie überhaupt gutgläubig gehandelt haben, also auch gutgläubig gegenüber den Parteigenossen des gesamten Reiches. Das bestreite ich auf das Entschiedenste. (Unruhe bei den Süddeutschen.) Nachdem der Parteitag wiederholt die Frage als eine grundsätzliche aufgefaßt hat, und die Parteigenossen der badischen Fraktion sich mehrere Monate darüber schlüssig waren, daß sie das Budget bewilligen wollten, kann von einer Gutgläubigkeit und einem Irrtum nicht die Rede sein, sondern es ist ein planmäßiges Vorgehen, das die Partei zwingt, in einer ihr nicht genehmen Situation sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Die politische Situation infolge der Finanzreform usw. war äußerst günstig für unsere Organisation und sie ist auf einmal durch diese Diskussion, die wir nicht haben wollten, getrübt worden. Man hat die Partei in die Zwangslage gesetzt, eine politische Frage in einer ihr nicht genehmen Situation zur Entscheidung zu bringen. Bebel hat bereits bemerkt, die Badenser hätten als Minderheit in der Partei das Recht gehabt, gegen den Beschluß, den sie bemängelten, anzukämpfen, aber sie haben diesen Weg nicht gewählt, sondern haben einen Beschluß gefaßt, der ohne weiteres die Gesamtpartei verletzen mußte. Und warum? Der Genosse Frank hat erklärt,

es war ein verzeihlicher Irrtum, Bebel hat so gut und freundlich mit uns gesprochen, wie kein Vater zu seinem Kinde sprechen kann; er setzt damit voraus, daß dieser Vater sein Kind dann auch nicht strafen wird, wenn es eine Dummheit begangen hat. Mit anderen Worten, die badische Fraktionsmehrheit hat bewußt die Partei vor diese Frage gestellt unter der Voraussetzung, daß der Parteitag sich hüten würde, in der gegebenen Situation die Konsequenzen aus diesem Beschluß zu ziehen, daß er gutmütig darüber hinweggehen und sagen würde, wir wollen den Irrtum anerkennen, wir wollen das entschuldigen. Und dann ist ihr Ziel erreicht. Es bleibt alles beim alten und sie handeln von neuem gegen die Beschlüsse der Partei. Die Einheit der Partei soll nicht gefährdet werden. Ja, Parteigenossen, auch wir wollen die Einheit der Partei, wir wissen, welch ungeheuren Wert die Einheit der Partei hat. Aber wir wollen nicht die Einheit durch Preisgeben unserer Grundsätze verkaufen. Auf den letzten Parteitagen von Dresden an, sind wir immer gutmütig gewesen (Heiterkeit). Die anderen haben immer verziehen, in der Hoffnung, die anderen würden folgen, haben jedoch nicht die Konsequenzen aus den Beschlüssen gezogen, und dadurch ist die Einheit zum Teil zerstört worden. Die Einheit ist nur dadurch gewahrt worden, daß die Mehrheit der Parteigenossen, mit Rücksicht auf die Einheit, eine weitgehende Maßregel gegen dieses Vorgehen zurückgestellt haben. Darauf wird von neuem spekuliert. Man versucht die ganze Frage des Disziplinbruches als eine nebensächliche harmlose Verfehlung hinzustellen. Die Badenser sagen sich weiter, wir werden nach Hause gehen und werden weiter so handeln, wie wir getan haben. Uns kann ja gar nichts geschehen, jeder Parteitag erteilt uns Absolution und dann sind wir natürlich wieder einig.

So kann es aber nicht weitergehen. Wenn der Parteitag zu einer grundsätzlichen Frage Stellung genommen hat, dann dürfen die Genossen nicht fortgesetzt zuwiderhandeln. Tun sie das, so stellen sie sich ohne weiteres außerhalb der Partei. (Sehr richtig!) Wenn wir die Frage der Budgetbewilligung nicht als grundsätzliche, sondern als taktische auffassen, dann hat natürlich jeder das Recht, zu handeln, wie es ihm beliebt. Dann ist die Einheitlichkeit der Partei in dieser Frage aufgelöst. Dann kann jeder den Beschluß interpretieren, wie er will, dann gibt es keine Einheit mehr. Dann spalten wir uns in so und soviel Atome. Dann werden wir gezwungen, uns auf den Standpunkt zu stellen, auf den Vollmar 1891 sich in Erfurt gestellt hat, indem er sagte: wir müssen positive Arbeit leisten, wir müssen uns also auf den Boden bürgerlicher Politik stellen und dadurch dem Gegenwartsstaate Vorteile abtrotzen. — Bebel hat bereits darauf hingewiesen, daß der zweite Teil des Programms die Ziele unserer positiven Arbeit angibt. Wo ist denn diese positive Arbeit vernachlässigt worden? Und wenn von Kolb erklärt wurde: jetzt muß der Weg gebrochen werden, und wenn die bürgerliche Presse ihm zujubelte, daß ein Teil der Sozialdemokratie den Mut gewonnen habe, mit der bisherigen Tradition zu brechen und gegen die Parteibeschlüsse aufzutreten, dann versucht man damit die ganze Tätigkeit der Partei auf einen bürgerlichen demokratischen Standpunkt zu stellen, wie ja auch Auer in Hannover sagte: warum muß denn immer das Endziel wie ein Taschentuch am Stocke baumeln? Wir müssen uns auf die Gegenwart beschränken!

Das können wir nicht mitmachen. Dahin führt uns aber das Vorgehen der Badenser.

Wir haben den Zusatzantrag zur Resolution des Parteivorstandes gestellt. Bebel hat sich dagegen gewendet. Was haben wir aber erreicht, wenn fortgesetzt der Parteitag beschließt: es ist ein Irrtum passiert, die Parteigenossen waren wieder einmal unschuldig, die Angelegenheit ist erledigt. Auf jedem

Parteitag geht die Sache dann von neuem los. Das schädigt die Organisation und Parteiarbeit aufs schwerste und raubt uns unsere kostbare Zeit. Wir sind deshalb der Meinung, daß diejenigen, die derartige grundsätzliche Beschlüsse der Partei nicht anerkennen, sich ohne weiteres von selbst außerhalb der Partei gestellt haben. (Sehr richtig!) Stellen Sie sich außerhalb der Partei (Zurufe bei den Badensern: Nein!), dann können Sie natürlich Ihren kleinbürgerlichen Standpunkt weiter vertreten. (Oho-Rufe bei den süddeutschen Delegierten.) Wenn auf der einen Seite der Parteitag die Resolution Bebel annimmt, die die Frage grundsätzlich behandelt, dann können wir auf der anderen Seite keine Studienkommission einsetzen. Denn damit würde anerkannt werden, daß wir bisher eine Frage diskutiert haben, die wir überhaupt nicht gekannt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das würde heißen, daß wir Beschlüsse gefaßt haben, für die uns die Unterlagen gefehlt haben. (Sehr richtig!) Das wagt man zu sagen angesichts der ergiebigen Diskussion auf den Parteitagen in Lübeck, Dresden und Nürnberg und der Diskussion in der Presse. Wir würden damit einen Parteitagsbeschluß aufheben; das tun wir nicht. Deshalb muß die Resolution Bebel mit unserem Zusatzantrage angenommen werden. Dadurch wird der Verkleisterung ein Ende gemacht und man hat ausgesprochen, was ist. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Witti-München: Genosse Bebel hatte die Liebenswürdigkeit, den bayerischen Genossen im allgemeinen und den Münchenern im besonderen einige Komplimente zu machen. Das erste bestand darin, daß er ankündigte, er wolle eventuell nach München übersiedeln, und dort seine Tage beschließen. Ich versichere Sie, daß wir Münchener von dieser Mitteilung auf das angenehmste berührt waren. Wir heißen Sie, Genosse Bebel, aufs herzlichste willkommen, und wenn Sie wollen, daß wir Ihnen einen Empfang bereiten . . . (Bebel: Na, Kinder, macht keine Geschichten — stürmische Heiterkeit —, da komme ich nicht.) Also gut, Genosse Bebel, wir fügen uns Ihren Wünschen; kommen Sie nur, Sie werden finden, daß die Luft der bayerischen Hochebene doch ein wenig freier und ein wenig angenehmer ist, wie die Luft der Mark Brandenburg. Bebel hat uns mit dieser angenehmen Mitteilung gleichzeitig die Versicherung gegeben, daß er sich nie in seiner Gesinnung ändern lasse, und daß er nie Revisionist werde. Genosse Bebel, das glaube ich nicht, kommen Sie erst mal. (Große Heiterkeit.) Das zweite Kompliment, und mit diesem kann ich den Nachweis führen, daß Bebel, wenn er nach München kommt, Revisionist werden muß (stürmische Heiterkeit), ist folgendes. Er hat gesagt: „Ihr bayerischen Genossen seid ganz nette Kerls, aber Ihr seid verweichlicht, Ihr laßt Euch kneten, mit Euch kann man machen, was man will." Wenn das ein anderer gesagt hätte wie Bebel, hätte ich mich mit einem Achselzucken über dieses Kompliment hinweggesetzt, aber mit Rücksicht auf die Bedeutung, die den Worten des Genossen Bebel beigelegt wird, bin ich doch zu einer kurzen Bemerkung veranlaßt, ohne damit dartun zu wollen, daß wir in Bayern besonders empfindlich wären. Ob wir weich und leicht knetbar sind, darüber mag die Geschichte urteilen. (Bebel: Das hat ja Auer gesagt!) Eines sei nur hervorgehoben: bei den letzten Blockwahlen waren die bayerischen Wahlkreise die einzigen, die durchweg an Stimmen zugenommen haben. (Zurufe: Und die badischen und die Berliner?) Genossen, verkürzen Sie mir das bißchen Dasein nicht, das ich auf der Rednertribüne habe — neben dieser bereits konstatierten Tatsache ist noch zu bemerken, daß wir in Bayern, wenn es auch nicht so hart herging wie in Preußen, das direkte und gleiche Wahlrecht für den Landtag erfochten haben. Man hat damals allerdings auch von einem Parteiverrat gesprochen. In den Gemeinden haben wir die Proportionalwahl. Ich wünsche den preußischen Genossen im allgemeinen und denen in der Mark Brandenburg im besonderen, daß sie sich auch so durch-

kneten lassen, wie wir es getan haben. (Heiterkeit.) Unserer Unterstützung und Hochachtung sind sie sicher. Das wäre eigentlich erst die Einleitung meiner Rede. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe keine Absicht, die badischen Genossen zu verteidigen; einmal nicht, weil das, was auf die etwas sonderbaren Argumente Katzensteins zu sagen ist, Hildenbrand schon gesagt hat, und zweitens nicht, weil, wenn man über Kleinbürgerei und Spießerei reden wollte, man sich auf längere Auseinandersetzungen mit Lipinski einlassen müßte, wozu ich keine Zeit mehr habe. Das sächsische Kleinbürgertum und die unheimlich berühmte sächsische Klassenjustiz werden von der Rede Lipinskis profitieren, denn er hat nachgewiesen, daß, wenn es gilt, objektiv nachzuprüfen und Verhältnisse zu erwägen, er so wenig in der Lage ist, objektiv zu urteilen, wie die sächsischen Gerichte, wenn es gegen einen Sozialdemokraten geht. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wenn Sie die Resolution des Parteivorstandes unbedingt annehmen wollen, tun Sie es in Gottes Namen! (Große Heiterkeit.) Aber fassen Sie wenigstens die Resolution so, daß jede Möglichkeit eines Irrtums ausgeschlossen ist; weder die Lübecker Resolution, noch der Nürnberger Beschluß, noch die Ihnen heute vorliegende Resolution des Parteivorstandes bieten auch nur im allergeringsten die Gewähr dafür, daß die Quelle von Streitigkeiten, die diesen Beschlüssen entspringt, in Zukunft versiegt. Die Vorstandsresolution enthält die gleichen Redewendungen wie die Beschlüsse von Lübeck und Nürnberg. Es wird in allgemeinen Wendungen gesagt, daß die Zustimmung zum Etat des Reiches und des Landes eine Vertrauenskundgebung für die Regierung bedeute, daß sie eine prinzipielle Sache sei. Wenn die Budgetabstimmung eine prinzipielle Sache ist, dann muß sie es aber auch sein in unserer gesamten Parteitätigkeit. Was soll in den Gemeinden geschehen? Pollender-Leipzig hat im vorigen Jahre diese Frage durch einen Antrag angeschnitten. Der Antrag wurde dem Parteivorstand überwiesen, er steht aber zu meinem großen Bedauern nicht auf der diesjährigen Tagesordnung. Der Antrag wurde gestellt, weil man selbst im unentwegten Sachsen einmal entgleisen kann, und weil die Sachsen es für notwendig hielten, sich vom Parteitag jene Richtlinie vorschreiben zu lassen, wie sie zu gehen haben. Der Parteitag hat dafür zu sorgen, daß seine Beschlüsse völlig klar und einwandfrei sind. Die Stellung der Partei zum Budget der Gemeinde muß unter allen Umständen festgelegt und genau präzisiert werden. In kurzen Auseinandersetzungen hat man einmal versucht, über diese Frage zu sprechen. Kautsky war es, wenn ich nicht irre, der in der „Neuen Zeit“ erklärte, ja, die Gemeinde, das ist etwas anderes. Es gibt vielleicht auch Leute, die der Meinung sind, daß die Tätigkeit, die unsere Genossen in der Gemeinde zu leisten haben, nicht der Rede wert ist. Da mache ich Sie noch auf einiges aufmerksam. Das Vermögen, das die deutschen Gemeinden zu verwalten haben, beläuft sich auf Milliarden. Ebenso die Einnahmen und Ausgaben. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie diese Riesensummen verwendet werden. Im Laufe der Jahrzehnte wurde eine ungeheure Fülle von Kulturaufgaben den Gemeinden überwiesen, weil Reich und Land keine Zeit und kein Geld dafür übrig haben. Dazu kommt aber auch, daß in den Etats der Gemeinden Positionen sich befinden für Militär, Polizei, kirchliche Zwecke und vieles andere. Es handelt sich also um die Frage, ob diese Positionen etwas anderes sind als die Positionen der Landesbudgets. Vollständige Klarheit ist unter allen Umständen notwendig, sowohl für die Gemeinden, als auch für die anderen öffentlichen Körperschaften. Wir haben in Bayern bei den Gemeindewahlen den Proporz. Auf Grund dessen werden wir bei den nächstjährigen Landratswahlen Vertretungen in den Landräten bekommen. Da drängt sich nun die Frage auf, welche Haltung hat die Partei zu den Etats in den Landräten einzunehmen. (Sehr richtig!) Vielleicht inter-

essiert sich Genosse Bebel für diese Frage. Ich habe hier das Gesetz- und Verordnungsblatt für Bayern mit den Etats der 8 Kreise des Landes. Auf Wunsch stelle ich es gerne zur Verfügung. Vielleicht ist Genosse Bebel in der Lage, im Schlußwort zu sagen, was hier zu geschehen hat. Ich bitte Sie dringend, die Sache ohne Haß und Voreingenommenheit zu studieren und nur Maßnahmen zu treffen, die der Partei dienen, nicht aber persönlichen Stimmungen Rechnung tragen. Wir stehen vor schweren Kämpfen und haben hierauf die Kräfte zu konzentrieren, nicht aber uns gegenseitig zu zerfleischen. Mit der Beachtung dieser Tatsachen ist der Partei viel mehr gedient, als wenn Sie sämtliche Badener auffressen. (Beifall.)

Zubeil-Berlin: Die Resolution des Parteivorstandes befriedigt einen großen Teil der Delegierten nicht, sie läßt eine klaffende Wunde offen; sie wendet sich wohl scharf gegen den augenblicklichen Zustand, aber sie sagt kein Wort darüber, was in Zukunft geschehen soll, wenn ein Teil der Genossen wiederum die Beschlüsse des Parteitages unbeachtet läßt. Die übergroße Mehrzahl der Genossen in Deutschland — auch in einem Teile von Süddeutschland — versteht das nicht, sie haben es endgültig satt, daß die kostbare Zeit des Parteitages in der Weise verbracht wird, wie es schon seit einigen Jahren hat geschehen müssen. Die Genossen verstehen nicht, wie es möglich ist, daß in der sozialdemokratischen Partei mit zweierlei Maß gemessen wird. (Sehr richtig!) Nach unten nimmt man auch in Baden keine Rücksicht, da gilt der Satz: Wer sich nicht fügt, der fliegt. Aber nach oben — ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes, da wird Rücksicht auf die einzelnen Personen in jeder Beziehung genommen. Gerade diejenigen, die in den Stellungen, in die sie durch das Vertrauen der Genossen hineingekommen sind, die eigentlich verpflichtet wären, den Beschlüssen der höchsten Instanzen mit allen Mitteln Beachtung zu verschaffen, gehen den Massen mit schlechtem Beispiel voran, indem sie die Beschlüsse mißachten und glauben, sich alles erlauben zu können, weil sie wissen, daß seit Lübeck stets Rücksicht auf sie genommen ist. Die Resolution der Parteileitung in Verbindung mit unserem Zusatzantrag ist das mindeste, was hier beschlossen werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Hunderttausende von organisierten Genossen haben sich in den letzten Monaten gesagt, jetzt ist das Maß voll, jetzt läuft es über. (Sehr wahr!) Wir müssen Kautelen schaffen, damit wir uns nicht auf dem nächsten Parteitag oder in zwei Jahren schon wieder mit derselben Sache bezw. mit denselben Personen beschäftigen müssen. Bebel hat schon ausgeführt, wer da glaubt, sich nicht fügen zu können, dem stehen die Türen weit offen. Der mag es mit seiner Ueberzeugung ausmachen, ob er noch bei uns bleiben will oder nicht. (Sehr richtig!) Es zwingt keiner diejenigen Genossen, die da glauben, es mit ihrer Ueberzeugung nicht verantworten zu können, mit den Millionen von Rekruten unserer Partei, mit den Soldaten, die die Schlachten auf politischem Gebiete schlagen, weiter mitzumarschieren. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie also, unseren Zusatzantrag mit möglichst großer Mehrheit anzunehmen. (Bravo!) Warum haben denn die Genossen Kolb und Frank, wenn sie wußten, daß sie der Nürnberger Resolution nicht Folge leisten können, sich nicht an den Parteivorstand gewandt und beantragt, daß die Budgetfrage auf dem Leipziger Parteitag zur Verhandlung kommt? (Zuruf: Solcher Antrag wäre ja doch abgelehnt worden!) Das wäre noch die Frage; wenn er abgelehnt wäre, dann hatten die Genossen von Baden sich genau so danach zu richten, wie die einfachen Soldaten das tun müssen, deren Anträge in ihren Wahlkreisen ein-, zwei- und dreimal abgelehnt werden, bis sie schließlich doch einmal zur Annahme kommen. Jetzt, wo den Badensern das Feuer unter den Nägeln brennt (Lachen bei den badischen Delegierten), stellen sie einen Antrag, der die Einleitung einer Untersuchung über die Bud-

getfrage wünscht. Mit anderen Worten: die ganze Frage soll verschoben werden, in der Oeffentlichkeit will man es so hinstellen: da, seht, wir Badener sind doch ganz verdammte Kerle, wir haben den Parteitag überzeugt, daß wir doch nicht so unrecht gehandelt haben. (Sehr gut!) Nein, die Majorität des Parteitages wird unbekümmert um diesen Antrag die Stellung einnehmen, die sie einnehmen muß, wenn sie die Achtung in Deutschland nicht verlieren will (Sehr gut!), nicht nur die Achtung in der Partei, sondern auch die Achtung bei den bürgerlichen Parteien. Es war mir sehr interessant, die bayerischen Genossen zu hören. Mir ist erinnerlich, daß nach der Abstimmung im bayerischen Landtag über das Finanzgesetz sogar ein großer Teil der liberalen Wähler ihren eigenen Abgeordneten die bittersten Vorwürfe gemacht haben, daß sie für ein derartiges Budget stimmen konnten. (Hört! hört!) Und da sollten wir Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber Rücksicht nehmen? Ich mußte lächeln, als Frank seine Erfolge hier zum besten gab. Die Schularztfrage haben wir in Berlin längst gelöst. In bezug auf die unentgeltlichen Lehrmittel haben wir das gleiche erreicht wie die Badenser, ohne daß wir für das Budget gestimmt haben. Diese Fragen sind durch uns gelöst und nicht etwa durch eine andere Partei. (Sehr richtig!) Wir sind aus den jahrelangen Kämpfen um diese Fragen als Sieger hervorgegangen. Aber natürlich Berlin ist ja nur eine Kommune, nicht einmal ein deutscher Einzelstaat mit einem Großherzog an der Spitze. (Heiterkeit.) Denken die Badenser nicht mehr daran, daß einige Monate vor ihrer Zustimmung zum Budget zwischen Haupt- und Stichwahl derselbe Minister von Bodman der Einigung zwischen Zentrum und Nationalliberalen gegen die Sozialdemokraten sehr entschieden das Wort redete? Es wurde von ihm ausgeführt, daß die Nationalliberalen bei einem Zusammengehen mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie mindestens ebenso viel Gewinn hätten, als wenn sie umgekehrt mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum gingen. Jedenfalls — so hieß es weiter — solle nochmals betont werden, daß es tief bedauerlich wäre, wenn bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie durch Wahlhilfe Vorschub leisten würden. Derselbe Minister, der damals so scharf gegen die Sozialdemokratie Badens vorging, hat jetzt durch einige liebenswürdige Worte für die Sozialdemokratie, wie es die Badenser meinen und wie es in den badischen Parteiblättern gestanden hat, seinen Sturz verhindert. Und weiter. Derselbe Minister hat aber auch öffentlich in den zwei Kammern einige Monate vorher mit Nachdruck erklärt, daß ein Beamter nicht Sozialdemokrat sein dürfe, denn er habe dem Großherzog den Treueid geleistet. Derselbe Minister erklärt es für selbstverständlich, daß von den Bezirksämtern den Militärbehörden die Personalien der Rekruten ausgeliefert werden, um ihnen besser wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung auf die Finger sehen zu können. Und dieser Minister wird durch Sozialdemokraten gestützt.

Wenn die Badenser glauben, daß Nationalliberale und Zentrum auf die Dauer sich als Feinde gegenüberstehen, so täuschen sie sich. Es wird nicht mehr lange dauern, dann gehen wieder die beiden Hand in Hand und liegen Brust an Brust. Dann hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, dann kann der Mohr wieder gehen. (Frank ruft: Wir gehen aber nicht!) Es werden selbstverständlich noch Sozialdemokraten im badischen Landtage bleiben, es fragt sich nur, in welcher Stärke. (Frank: Das ist unsere Sorge!) Wären die Referenten in den Berliner Versammlungen nicht gewesen, dann wären die Resolutionen viel schärfer ausgefallen. (Sehr richtig!) Es ist doch nicht ganz gleichgültig, wie sich so große Zentren, wie Berlin, Hamburg usw., zu der Sache äußern. Denn sie haben die Munition geliefert, mit der die Süddeutschen ihre Kämpfe führten. Die Badenser wären ganz außerstande, das Geld selbst aufzubringen. (Wider-

spruch bei den süddeutschen Delegierten.) Wenn es den Badensern Spaß macht, dann sollen sie sich außerhalb der Partei stellen, dann wird es sich ja bald zeigen, wo die Kraft der deutschen Sozialdemokratie liegt. Ich gehöre auch nicht mehr zu den Jungen, ich stehe schon ein Menschenalter im Dienste der Partei und habe überall meine Kräfte eingesetzt. Ich habe aber immer die Achtung vor den Beschlüssen des Parteitages gewahrt, und diese Achtung vor den Parteitagsbeschlüssen muß erzwungen werden. Das muß auch von den angeblichen Führern der Sozialdemokratie verlangt werden, ob sie nun im Norden, Süden, Osten oder Westen wohnen. Würde unser Parteivorstand öfter schärfer zugreifen, würde er der Presse etwas mehr Aufmerksamkeit schenken, besonders in Süddeutschland, einer Presse à la Kolb, dann würden wir in diese elenden Zustände nicht hineingeraten sein. (Lebhafter Beifall.)

Engler-Freiburg: Genosse Zubeil hat im letzten Moment eine Saite angeschlagen, deren Berührung ich erwartet hatte. Ich wußte schon, daß man sagen würde: „Was seid Ihr denn, wenn Ihr unseren Berliner Geldbeutel nicht habt." Wenn Ihr kein anderes Mittel habt, um uns zu schrecken, damit erschreckt Ihr uns nicht! (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wir haben in Baden zwei Parteiblätter, die vollständig reussieren und keinen Zuschuß verlangen. Wir hatten ein kleines Blatt in Offenburg gehabt, welches einen Zuschuß erforderte, dieses Blatt ist eingegangen. Es handelt sich nur noch um eine kleine Summe. Wir sind wohl imstande, die Mittel für unsere Kämpfe aufzubringen. Von unseren badischen Genossen wird ein ganz anderer Opfermut verlangt als von denen in manchen Großstädten. Wir haben zum Beispiel Gegenden, wo eine Tagereise notwendig ist, um 20 Flugblätter zu verteilen. Wir haben eine große Anzahl von Gemeindevertretern und Gemeindewahlen, die im Verhältnis zur Mitgliederzahl höher sind als in anderen Bundesstaaten. Wir leisten mindestens ebensoviel wie die Genossen in den Großstädten.

Bebel hat auch heute wieder behauptet, daß die Badenser wegen ein paar Ministerworten umgefallen sind. Wäre das der Fall, so wären unsere Abgeordneten Jammerlappen. (Sehr richtig!) Es ist aber nicht wahr, und wenn Sie das immer behaupten, dann beweisen Sie nur, daß Sie sich jedem vernünftigen Grunde verschließen, und daß sie keine Begründung hören wollen.

Wie liegen denn die Dinge? Aus der Politik, wie sie in Baden betrieben wird, hätte sich mit Notwendigkeit die Budgetbewilligung ergeben. Dann kamen die paar Ministerworte, daß der Großherzog keinen von uns zum Bezirksrat ernennen könne. Dabei hat ein Budgetverweigerer, der Abgeordnete Monsch, erklärt, daß die strittigen Bezirksräte kaum die Bedeutung eines Nachtwächters hätten. Dann kamen die anderen Ministerworte. So hoben sich die Erklärungen auf, und der politische Status war wieder hergestellt. Hätten unsere Abgeordnete das Budget verweigert, so wäre die Reform der Gemeinde- und Städteordnung gefährdet gewesen. Sie wäre nicht abgelehnt worden, sondern nach den Wünschen des Zentrums und der 1. Kammer verschlechtert worden. Bebel sagte, wir verstehen nichts von dem, was im preußischen Wahlkampfe sich abspielt. Wenn wir nichts davon verstehen, was in Preußen vorgeht, dann wird es auch nicht Unrecht sein, wenn wir sagen: „Die norddeutschen Genossen haben nicht das Verständnis, um das beurteilen zu können, was sich bei uns abspielt." Wir sind doch nicht etwa dümmer als die Norddeutschen. (Heiterkeit.) Durch Bebels Rede ging es wie ein roter Faden, „wir müssen die Süddeutschen an der Strippe, am Schnürchen haben, die sind zu gemütvoll, und machen sonst Dummheiten." Ich denke dabei an die Geschichte mit der Henne, die Entchen ausgebrütet hatte, die dann zu schwimmen anfingen. Haben Sie nur keine Angst, wir können schwimmen und sind im richtigen Wasser. Man

hat versucht, die Gewerkschaftsführer gegen uns scharf zu machen, weil unser Beispiel die Disziplin in den Gewerkschaften gefährde. (Sehr richtig!) In den neunziger Jahren hat nun ein heftiger Streit in den Gewerkschaften stattgefunden, ob es richtig sei, in eine Tarifgemeinschaft mit den Unternehmern einzutreten. Wäre damals ein Gewerkschaftskongreß an die Frage herangetreten, und hätte er, ebenso wie der deutsche Parteitag die bundesstaatlichen Verhältnisse ignoriert, die Verhältnisse der einzelnen Berufsorganisationen ignoriert, dann wäre mit neun Zehntel Mehrheit beschlossen worden, eine Tarifgemeinschaft darf nicht eingegeangen werden. Der Gewerkschaftskongreß handelte aber nicht so. Nur auf dem deutschen Parteitage versucht man in der Weise zu schablonisieren. Genossin Luxemburg hat ja in Lahr deutlich gesagt: „Wir haben noch die Macht, und der Wille des Parteitags wird ein eiserner sein," er wird Euch zurückführen in die richtige Bahn. (Sehr richtig!) Nun sind die Beschlüsse zur Budgetbewilligung mit einer Mehrheit gefaßt worden, die aus Delegierten besteht, welche aus Bundesstaaten kommen, für die die Budgetbewilligung keine Bedeutung hat. Dagegen steht der fest geschlossene Wille derjenigen Delegierten, für die die Frage von Bedeutung ist. Das sollte doch zu denken geben. Das sollte manchen doch auf den richtigen Wg führen. (Zuruf: Partikularismus!) Mir wäre es auch lieber, wir hätten nicht 24 Vaterländer, aber wir müssen mit den Verhältnissen rechnen. Dadurch, daß unsere Fraktion die ersten paar Ministerworte zum Vorwand nahm, um das Budget abzulehnen, hat sie bewiesen, daß sie gern dem Willen des Parteitages Rechnung trägt, wenn sich nur ein Ausweg finden läßt. So wie die Dinge sich aber am Tag vor der Abstimmung entwickelten, durfte unsere Fraktion nicht ablehnen. Wir haben alle gesagt: jetzt ist wenigstens einem Streite vorgebeugt, diese Gründe wird die Gesamtpartei anerkennen. Wir haben uns leider getäuscht. Auch Lipinski will die Einheit der Partei aufrecht erhalten, freilich die nach dem Leipziger Muster. Das soll auf das ganze Reich übertragen werden. Lipinski sagte, wenn wir die Budgetfrage zu einer taktischen stempeln, dann kann jeder machen, was er will. Das will kein Mensch, das trifft nicht zu. Wenn die Frage eine taktische ist, dann hat die betreffende Fraktion lediglich die Möglichkeit, in dieser Sache zu tun, was der Moment gebietet. Diese Freiheit müssen wir verlangen. Wenn Sie den Antrag Mauerer ablehnen, so wird trotzdem auf jedem Parteitage die Frage wieder von uns aufgerollt werden. Wir werden immer wieder verlangen, daß über die Budgetfrage verhandelt wird. Zubeil gegenüber möchte ich noch erwidern, daß wir auch schon in einer großen Anzahl von Orten die Lehrmittelfreiheit haben. Durch Gesetz ist sie noch allgemeiner eingeführt worden. (Beifall bei den badischen Delegierten.)

Haase-Königsberg i. Pr.: Ich habe vom Genossen Frank Aufklärung darüber erwartet, wie die Badenser in Zukunft sich zu der Streitfrage stellen werden, ob sie die Parteitagsbeschlüsse als für sich verbindlich ansehen wollen. Darauf hat er eine bestimmte Antwort nicht gegeben. (Hört! hört!) Die Parteigenossen im Lande und die Mehrheit der hier anwesenden Delegierten sind aber nicht gesonnen, lediglich schöne Reden anzuhören oder papierne Resolutionen fassen zu lassen, sondern sie wollen eine Gewähr dafür haben, daß wir in Zukunft nicht wieder in einen solchen Parteihader hineinkommen und daß der Parteitag als die höchste Instanz von allen anerkannt wird. (Lebhafter Beifall.) Das ist der Grund gewesen, weshalb Zubeil mit 207 anderen Delegierten den Zusatzantrag gestellt hat. Bebel hat sich zwar dagegen gewendet, aber alle seine Ausführungen waren lediglich der Ausdruck dessen, was in diesem Antrage niedergelegt ist. (Sehr richtig!) Auch wir denken nicht daran, unsere badischen Freunde auszuschließen. Wir müssen aber Klarheit darüber schaffen,

wie in Zukunft die Situation in der Partei ist. Wenn trotz unserer diesmaligen Beschlüsse, die vielleicht mit erdrückender Mehrheit gefaßt werden, die badischen Genossen dennoch sich darüber hinwegsetzen sollten, so können wir das nicht dulden. Nun hat uns Frank ein Mittel empfohlen, wie man den Frieden herstellen kann. Er verlangte Rücksicht auf eine immerhin kompakte Minderheit, die anderer Auffassung ist. Frank kann überzeugt sein, daß die Mehrheit auf das Sorgfältigste und Gewissenhafteste die Gründe der Minderheit jederzeit erwogen hat, und daß wir, daß insbesondere der Parteivorstand und der Referent Bebel sich nicht leichtfertig über die Bedenken der süddeutschen Genossen hinwegsetzten. Aber was er gefordert hat, führt doch zu etwas ganz Paradoxem. Er will, daß die Mehrheit ihre Erkenntnis preisgeben soll zugunsten der Minderheit. Das heißt geradezu, uns in eine verkehrte Welt einführen. Genosse Frank hat vollständig verkannt, daß jede auf freier Vereinbarung beruhende Gemeinschaft das Grundgesetz des eigenen Lebens zerstört, wenn sie den einzelnen Mitgliedern gestattet, in Abweichung von den Beschlüssen der Mehrheit zu handeln. Genosse Bebel hat dies in der von ihm verlesenen Erklärung so deutlich und überzeugend zum Ausdruck gebracht, daß kein Wort mehr hinzuzufügen ist. Genosse Frank betont stets, er sei nicht darauf ausgegangen, daß sich der Parteitag mit seiner Person beschäftige und daß er hier die Zielscheibe für Angriffe werde. Aber Genosse Frank mußte wie alle Badener wissen und wußte, daß, wenn sie trotz des Nürnberger Beschlusses für das Budget stimmen, sich die größte Erregung der weitesten Parteikreise in ganz Deutschland bemächtigen müsse und dies noch dazu in einer Zeit, wo wir gerade wegen der nächsten Wahlen die Aufgabe haben, uns mit aller Kraft gegen die Gegner zu wenden, nicht aber einen Parteistreit anzufachen. Die einfachste parteigenössische Rücksicht gebot unbedingt das Festhalten an dem Nürnberger Beschluß und gestattete nicht, im letzten Moment diesen Standpunkt zu ändern. Frank hat immer wieder betont, daß er nicht den Willen gehabt hat, den Beschluß zu verletzen. Um mich juristisch mit ihm auszudrücken, hatte er doch wenigstens den dolus eventualis (Gelächter), ich meine den dolus eventualis natürlich nicht im Sinne unserer Staatsanwälte. Sie wußten ganz genau, was die Konsequenzen Ihrer Haltung sein werden, man müßte denn annehmen, Sie seien ein so naiver Politiker, wie Sie das in der Tat nicht sind. (Sehr richtig!) Sie waren sich über die Tragweite klar und wenn Sie trotzdem den Nürnberger Beschluß mißachteten, dann haben Sie eben mit dolus gehandelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist ein geistloses und durchaus unwahres Gerede, daß wir in unserer Partei Dogmen aufstellen, Inquisition treiben und einen Kadavergehorsam erzwingen! Wer auch nur oberflächlich die Geschichte der politischen Parteien Deutschlands kennt, der weiß, daß keine einzige Partei Seitensprünge ihrer Mitglieder so nachsichtig beurteilt wie die unserige. (Sehr richtig!) Denken Sie doch an die Nationalliberalen! Diese haben den Kommerzienrat Menk zum Austritt gezwungen, weil er sich zu offen gegen das allgemeine, gleiche, geheime Reichstagswahlrecht ausgesprochen hat. Graf Oriola und Frhr. v. Heyl mußten ausscheiden, weil sie bei der letzten Finanzreform mit der Partei nicht übereinstimmten. Dagegen haben wir von Bebel gehört, hat Fischer betont, daß in unseren Reihen Leute tätig sind, die sich Sozialdemokraten nennen, die aber gewiß von der überwiegenden Mehrheit der Genossen nicht mehr als Sozialdemokraten, vielleicht sogar, wie hier gesagt wurde, als Nationalliberale angesehen werden.

Frank verlangt, man möge doch die Disziplin, die man fordert, vernünftig auslegen. Damit stimme ich überein, darüber gibt es keinen Zweifel. Es ist ganz gewiß: wenn ein Beschluß von der Mehrheit gefaßt wird und die Ver-

hältnisse, unter denen der Beschluß gefaßt wurde, sich vollständig ändern, so würde jeder von uns, wenn er nicht die Möglichkeit hat, mit der Gesamtpartei vorher in Beziehung zu treten, auf seine Verantwortung das tun, was nach seiner Ueberzeugung im Interesse der Partei notwendig ist. (Hört! hört!) Aber unter einer Voraussetzung: Wenn er weiß, daß er die Gesamtpartei hinter sich hat, oder sich wenigstens stützen kann auf die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Insofern unterscheidet sich der badische Fall von allen Fällen, die ausgegraben worden sind, namentlich von dem Vorgang nach St. Gallen. Dazu kommt noch eins. Wenn einer von uns in eine solche Zwangslage gebracht wird, so tritt er vor den nächsten Parteitag hin und sagt: Genossen, ich habe Euren Beschluß verletzen müssen, es tut mir sehr leid, ich konnte aber nicht anders handeln, ich glaubte damit die Interessen der Partei am besten gewahrt, erteilt mir dafür Indemnität. Das ist die Sprache von Parteigenossen in solchen Fällen. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Frank hat immer wieder in seiner Rede betont, daß die Badenser doch gemeint haben, das Interesse der Partei wahrzunehmen. Das glaube ich, ich habe keinen Augenblick daran gezweifelt, Freunde aus Baden. Aber wer entscheidet denn darüber, was das Interesse der Partei gebietet (Sehr richtig!), entscheidet darüber, wenn Streit ist, die untere Instanz oder die obere Instanz? Entscheidet darüber der Parteitag oder irgendeine Fraktion oder kraft des jetzt proklamierten Rechtes auf Selbstherrlichkeit des Individuums, auf Persönlichkeitsrecht jeder einzelne Parteigenosse? Dann hört allerdings die Geschlossenheit und Einigkeit der Partei auf, dann muß es zur Auflösung kommen.

Nun ist der Antrag gestellt worden, es solle eine Studienkommission eingesetzt werden. Die Anregung stammt von meinem Freunde Braun, dem ich im Rahmen dieser Debatte leider nicht so entgegentreten kann, wie ich es gewünscht hätte und wie ich es in Königsberg getan habe. Glauben Sie denn wirklich, daß unser Parteivorstand trotz der Vorgänge in Lübeck, trotzdem in Nürnberg die Frage auf der Tagesordnung stand und wir uns heute wieder damit beschäftigen müssen, nicht weiß, was die Budgetfrage bedeutet, es heißt denn doch den Parteitag geradezu beleidigen, wenn man das Beispiel des Genossen Timm aus vergangenen Zeiten hervorholt, und damit andeutet, es gebe vielleicht auch hier einige Timms, die gar nicht einmal wissen, was es mit dem Budget auf sich hat. Nun, Sie werden mir zugeben, daß inzwischen unsere Parteigenossen derartig geschult worden sind, durch Parteischule, durch die Presse, durch Diskussionsabende, durch Lektüre, daß sich namentlich unter den Delegierten, den Auserwählten der Parteimitglieder, niemand mehr finden wird, der das nicht weiß. Gewiß, die feinen subtilen staatsrechtlichen Fragen werden die Genossen nicht beherrschen, aber darauf kommt es gar nicht an. (Sehr richtig!) Die Budgetfrage kann eben nicht als Einzelfrage, losgelöst von unseren gesamten theoretischen und taktischen Grundfragen betrachtet werden. Kolb läßt ja in seinen Broschüren und seinen Aufsätzen keinen Zweifel darüber, daß er die Partei planmäßig mit seinen Freunden vom Boden der Dresdener Resolution entfernen und auf einen anderen Boden drängen will. In diesem Zusammenhang ist die Budgetfrage überhaupt nur zu beurteilen, das ist ihr politischer Charakter, das ist ihre politische Bedeutung. (Lebhafter Beifall.) Frank beschwerte sich darüber, daß gegen die Badenser wegen der Großblockpolitik Angriffe nicht immer in freundlichem Sinne gerichtet worden seien. Genosse Frank, keinen wird es geben, der gegen Ihr Stichwahlabkommen etwas Gewichtiges einwenden wird. Aber ganz etwas anderes ist Ihre Tätigkeit im Parlament selbst, und wenn Sie sich überlegen — Sie sind ja auch Reichstagsabgeordneter —, wie innerhalb unserer ganzen Partei Hohn und Spott ausge-

gossen worden ist über die liberal-konservative Paarungsidee, so werden Sie mir bei ruhiger Selbstprüfung zugeben müssen, daß das Verhalten der Liberalen doch verteufelt ähnlich war dem Verhalten unserer badischen Genossen. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Aehnlich, habe ich gesagt. (Bebel: Es ist ganz gleich!) Ja, Genossen, ich muß auch meinem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen, weil ich würde den Liberalen wahrscheinlich Unrecht tun, wenn ich nicht wenigstens die Aehnlichkeit konstatieren würde. Ich will noch eins sagen: Die Taktik, die uns hier als funkelnagelneue vorgeführt wird, ist ja jedem Politiker sehr wohl bekannt, sie ist so uralt, so abgenutzt, so verbraucht. (Sehr gut!) Das sind ja die schartigen, verrosteten Waffen, mit denen die Nationalliberalen von Niederlage zu Niederlage geeilt sind. (Lebhafte Zustimmung.) Das sind ja dieselben Waffen, die gerade die Liberalen zu Bülows Zeiten bei der Paarungspolitik geführt haben und bei deren Führung sie sich beinahe um den letzten Rest ihres politischen Ansehens gebracht haben. (Sehr richtig!) Wer von uns will nicht Konzessionen mit allen Mitteln, wer will nicht Verbesserungen? Man hat Katzenstein vorher Unrecht getan, wenn man es so darstellte, als ob er auf dem Standpunkt stehe: je schlechter, desto besser. Er hat lediglich ausgeführt, wie psychologisch unsere Haltung und die Haltung der Süddeutschen zu erklären sei, er hat Ihnen damit entgegenkommen wollen. Aber wir schätzen allerdings die Konzessionen, die uns entgegengebracht werden, um uns zu umschmeicheln, nicht, sondern solche, die wir im harten Kampfe Schritt für Schritt unsern Gegnern, insbesondere der Klassenregierung abtrotzen. (Sehr richtig!) Wenn wir unsere Resolution eingebracht haben, um deren Annahme ich Sie bitte, so deswegen, weil wir den Frieden haben wollen. (Frank: Das ist der Weg.) Gewiß, wenn Sie auch anderer Auffassung über die Budgetfrage sind, wenn Sie in dem Nürnberger Beschluß nicht der Weisheit letzten Schluß sehen (Frank: Nein!) — auch nicht mit Ihnen — (Frank: Na also!), dann mögen Sie Anträge auf Abänderung stellen, dann mag auch später eine Studienkommission noch eingesetzt werden, aber verkoppeln Sie nicht die Einsetzung einer Studienkommission mit der Frage, die uns heute hier beschäftigt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich werde mich sehr freuen, wenn die Landesvorstände uns im Laufe der nächsten Zeit Material über das Budget ihres Landes geben, wenn durch die Presse, namentlich durch unser wissenschaftliches Organ „Die Neue Zeit", die staatsrechtlichen Budgetfragen der Einzelstaaten beleuchtet werden. Alles wunderschön, aber dazu brauchen wir keine Studienkommission. Der Genosse Frank hat sich heute mehrmals geflissentlich berufen auf das „Correspondenzblatt" der Gewerkschaften und einen Artikel, den dies Blatt nach dem Nürnberger Parteitag veröffentlicht hat. Er hat sich wahrscheinlich nicht erinnert an die Erklärung des Führers der Gewerkschaften, des Genossen Legien, in dem aktuellen Streit, in dem wir uns befinden. Legien hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß, nachdem einmal der Parteitag gesprochen habe (Frank: Berufen Sie sich nicht auf Legien!), wenn auch nach seiner Meinung in einem unrichtigen Sinne, doch die Verpflichtung bestände, Disziplin zu üben. (Frank: Stützen Sie sich nicht auf Legien in dieser Sache!) Ich stütze mich nicht auf Legien, das habe ich bei meinen Argumenten auch gar nicht nötig. (Sehr richtig!) Ich wollte Ihnen nur seine, vor aller Welt abgegebene Erklärung ins Gedächtnis rufen. Ich sage zum Schluß das eine: Ich möchte mit aller Klarheit, aber auch ohne Leidenschaft (Lachen bei den Süddeutschen), ohne Gehässigkeit die Frage, die uns beschäftigt, entscheiden, damit wir brüderlich weiter den Kampf gegen unsere Gegner führen können, und ich bin überzeugt, Genossen, Sie werden schließlich nach einiger Zeit einsehen (Zuruf bei den Süddeutschen: Umgekehrt!), daß der Standpunkt, den die Mehrheit eingenommen hat, der richtige gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Riem-Dresden: Auch ich hätte gewünscht, daß wir die Frage der Budgetbewilligung, die Frage des Disziplinbruches, wenn man diesen Ausdruck nun einmal anwenden will, auf diesem Parteitag nicht hätten zu verhandeln brauchen. Auch mir wäre es lieber gewesen, wenn die badischen Abgeordneten in Befolgung des Nürnberger Beschlusses diesmal das Budget abgelehnt hätten und dann vor den Parteitag getreten wären und gesagt hätten: Wir haben den Nürnberger Beschluß befolgt, trotzdem wir seine Unrichtigkeit eingesehen haben, wir haben es getan, um Euch den Anlaß zu nehmen, uns als Nichtbefolger eines Parteitagsbeschlusses zu brandmarken. Nun seht, was daraus entstanden ist, ich bin überzeugt, dann wäre der Parteitag an die Frage herangetreten, ob der Nürnberger Beschluß tatsächlich ein guter Beschluß war. Doch das ist nicht geschehen. Die badischen Genossen haben geglaubt, so handeln zu müssen. Ich zweifle nämlich nicht an ihrem guten Glauben. Ich nehme an, daß sie nach bestem Wissen gehandelt und geglaubt haben, daß sie sich um die Errungenschaften ihrer Kämpfe und Mühen gebracht hätten. Ich habe ja diesen Glauben nicht, aber man muß den Badensern diesen guten Glauben zuerkennen. Sie sind ja schließlich die nächsten, die darüber urteilen können. Ich habe mich seinerzeit in der Berichterstattung über den Nürnberger Parteitag gegen die Nürnberger Resolution gewandt. Die Versammlung hat ja auch erklärt, es wäre besser gewesen, wir hätten damals den Antrag Frohme angenommen, dann hätten wir heute diese Auseinandersetzung nicht. Die Dresdener Genossen, die mich delegiert haben, kennen meine Stellungnahme. Ich bin in geheimer Abstimmung gewählt, obwohl eine knappe Mehrheit im Gegensatz zu mir eine scharfe Resolution gegen die Badenser beantragt hat. Ich betrachte die Budgetfrage nicht als eine prinzipielle, sondern als eine taktische Frage, und Legien, der hier als Kronzeuge aufgerufen ist, der gesagt hat, die Badenser müßten ausgeschlossen werden, der hat das doch gesagt, um dadurch die Unmöglichkeit des Nürnberger Beschlusses zu dokumentieren. (Lebhafter Widerspruch.) Es ist schade, daß Legien nicht selbst hier ist, er würde das bestätigen. Außerdem kann man das auch daraus entnehmen, daß das „Correspondenzblatt" der Generalkommission gegen den Nürnberger Beschluß aufgetreten ist, und man wird doch wohl annehmen können, daß die Redaktion sich mit dem Vorsitzenden der Generalkommission ins Einvernehmen gesetzt hat. Die Verhältnisse sind in den Bundesstaaten sehr verschieden. Gewiß, in prinzipiellen Fragen müssen unsere Fraktionen überall in gleicher Weise auftreten. Die Budgetabstimmung halte ich aber nicht für eine solche. Aber es ist doch ein Unterschied zwischen der badischen und der sächsischen oder gar der preußischen Politik. In Sachsen wären wir sehr froh, wenn wir solche Erfolge erzielen könnten, wie z. B. die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht oder die Anerkennung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner. Bei uns schmeißt man die Eisenbahner heraus, wenn sie nur einmal eine Versammlung besuchen, bei der ein sozialdemokratischer Abgeordneter referiert. Lipinski hat wieder in der schärfsten Weise vor einer Ueberschätzung der positiven Erfolge gewarnt. Gewiß, aber man darf sie auch nicht unterschätzen. (Sehr richtig!) Sonst wird uns das nachher bei der Agitation aufs Butterbrot geschmiert. (Lachen.) Ich gehe auch auf die Agitation und ich weiß, einen wie hohen Wert man selbst den kleinen Errungenschaften beilegt. Man muß eben den Klassenstaat, wie es bildlich im „Wahren Jakob" dargestellt ist, von allen Seiten anpacken, aber man soll nicht so tun, als wenn unsere Errungenschaften gar nichts wären. Machen wir uns etwa deshalb die ganze Arbeit und Mühe bei den Wahlen, verwenden deshalb die Abgeordneten Zeit und Mühe, um sich nachher sagen zu lassen: das ist ja so gut wie nichts? Ich habe auch noch keinen sozialdemokratischen Agitator gehört, der etwa in einer Wählerver-

sammlung unsere Erfolge als nichtig hingestellt hätte, und deshalb sollten wir das auch hier nicht tun. (Sehr gut! bei den Badensern.) Wenn man sagt, man soll nicht zweierlei Maßstab anlegen, so stimme ich dem vollkommen zu. Wenn man die früheren Verächter von Parteitagsbeschlüssen kaum gerügt hat, warum soll man denn jetzt einen Geßlerhut aufrichten, vor dem jeder eine Reverenz machen muß, wenn er nicht aus der ihm liebgewordenen Partei, der er sein Leben gewidmet hat, austreten will? Was will man denn damit erreichen? Will man, daß die Genossen gegen ihre Ueberzeugung einen anderen Standpunkt einnehmen? (Sehr gut! und Widerspruch.) Dann erzieht man sie zu Heuchlern, und deshalb muß ich mich entschieden gegen die Zusatzresolution wenden. Allerdings wird das nichts nützen, da ja schon die Mehrheit des Parteitages sie unterzeichnet hat. Aber was haben dann die Parteitage noch für einen Zweck, wenn sich schon vorher eine Mehrheit festlegt. (Große Unruhe.) Ich halte es für verfehlt, wenn man sich schon vorher in Subparteitagen festlegt. (Zuruf: Unsinn.) Ich bin aber auch gegen die Resolution der Parteileitung, denn ich glaube nicht, daß die Badenser bewußt die Partei provozieren wollten. Den guten Glauben kann man den Badensern doch unter keinen Umständen absprechen. Man spricht immer von dem Bruch des Beschlusses des St. Gallener Parteitages, aber es gibt doch noch eine Reihe anderer Mißachtungen von Parteitagsbeschlüssen. Ich muß zugestehen, daß ich mich auch schuldig fühle, daß wir in Chemnitz vor den letzten Stichwahlen beschlossen haben, die Nationalliberalen gegen die Agrarier zu unterstützen, ohne irgendeine Gegenleistung. Und die Leipziger haben ja seinerzeit ein sehr „glänzendes" Beispiel eines Disziplinbruches gegeben, als sie trotz vorliegenden Beschlusses die Wahlbeteiligung lebhaft bekämpften und der Partei unabsehbaren Schaden zufügten, der sich noch lange bemerkbar machte. Wenn man allerdings von einem parlamentarischen Kretinismus spricht, so kann man es den Genossen nicht übelnehmen, wenn sie sagen, warum machen wir uns solche Arbeit, um Mandate zu erringen. (Sehr gut.) Zum Fenster hinaus kann man in jeder Volksversammlung reden, dazu braucht man nicht die Tribüne des Parlaments. (Lachen.) Will man einen gesunden Zustand herbeiführen, will man Beruhigung schaffen, dann muß man den Antrag annehmen, der das Studium der Budgetfrage verlangt, denn es herrscht darüber noch viel Unklarheit. Im sächsischen Landtag z. B. würden auch bei Ablehnung des Finanzgesetzes ruhig die einzelnen Etatspositionen bestehen bleiben. (Hört! hört! und Widerspruch.) Man nehme diese Resolution an. Zur Ruhe kommt die Frage ja doch nicht, denn Sie können es doch niemandem verwehren, auf den nächsten Parteitagen von neuem Anträge zu stellen, wir haben ja gehört, daß diese Absicht besteht. Im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei bitte ich um Annahme dieses Antrages, die Einsetzung einer Studienkommission kann unter keinen Umständen etwas schaden. (Vereinzelter Beifall.)

Fleißner-Dresden: Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Badener Genossen bei ihrem Vorgehen im guten Glauben gehandelt hätten. Ja, wenn das nicht der Fall wäre, dann müßten sie ja ohne weiteres aus der Partei hinausfliegen. Das unterstellen wir ohne weiteres, darüber kann keine Frage sein. (Frank: Lipinski!) Aber die Redensarten vom guten Glauben können nicht dazu führen, daß man alles entschuldigt, was in der Partei vorgeht. Da würde uns der Boden unter den Füßen weggezogen und die Parteibeschlüsse würden in der Luft hängen. Was Genosse Riem angeführt hat, das entspricht in sehr vielen Dingen, soweit besonders sächsische Verhältnisse in Betracht kommen, nicht der Wirklichkeit. (Hört! hört!) Zunächst darf ich, obwohl nicht autorisiert, als langjähriger Kenner der sächsischen Parteidinge bis ins einzelne hinein feststellen, daß Riem zweifellos nicht im Sinne

der übergroßen Mehrheit der sächsischen Genossen gesprochen hat. (Beifall und Händeklatschen.) Ich glaube ferner aussprechen zu dürfen, so wie jetzt die Dinge liegen, wird es in absehbarer Zeit ganz undenkbar sein, daß in Sachsen unsere Genossen und Führer im Parlament oder sonstwie in irgendeiner Form auf den Boden dieser Konzessionsschulzenpolitik gedrängt werden. Die Parteimitglieder Sachsens haben es stets und unter allen Umständen als ihre höchste Aufgabe betrachtet, die Parteibeschlüsse hochzuhalten, wenn sie uns auch manchmal nicht paßten. (Beifall und Händeklatschen.) In diesem Sinne haben wir in der Organisation gewirkt und die Genossen sind uns gefolgt und haben eingesehen, daß es so richtig ist. Es sind eine ganze Reihe alter sächsischer Parteigenossen hier, die das bestätigen werden. (Frank: Und in Leipzig?) Genosse Frank, Sie werden wissen, was danach den Leipziger Genossen passiert ist und auch, daß vorgebeugt worden ist, damit weder in Leipzig noch sonstwo ähnliches passieren kann, soweit das irgendwie denkbar ist. (Frank: Was ist denn geschehen?) Von meinem Vorredner ist sonderbarerweise von dem „Geßlerhut" gesprochen worden, der durch die Parteibeschlüsse aufgerichtet werde. Das ist eine Diskreditierung der Parteitagsbeschlüsse und der Parteitage überhaupt, die die höchste Instanz der Partei sind. Man hat von einem „Subparteitag" unter Hinweis auf den Zusatzantrag Zubeil gesprochen. Wie liegen die Dinge? In diesem Falle hat die radikale Richtung von den Revisionisten gelernt. Sie haben das doch schon früher gemacht, zur Besprechung einzelner Fragen zusammenzukommen. Ich finde es gar nicht bedenklich, aber uns will man das als Verbrechen anrechnen, als etwas, was sich nicht gehört. (Oho!) Sind denn Ihre 113 Unterschriften im Handumdrehen gekommen oder haben Sie sich auch vorher verständigt, wie und in welcher Form Sie Ihre Stellung hier präzisieren wollen? (Zuruf: Es tut denen nur leid, daß wir mehr Unterschriften haben.)

Riem hat gemeint, wir wären in Sachsen ganz froh, wenn wir das erreichen könnten, was man in Baden erreicht hat. Auch in Sachsen sind zurzeit die Verhältnisse im Parlament gegen früher ganz himmelweit verschieden. Jetzt wagt man längst nicht mehr, unserer Partei und unseren Abgeordneten auch nur im entferntesten das zuzumuten, was man ihnen früher zugemutet hat. Aber wir haben das nicht dadurch erreicht, daß wir eine Haltung einnahmen, die sich den bürgerlichen Parteien und der Regierung angepaßt und ihnen nachgab, sondern auf Grund unserer prinzipiellen und den Parteibeschlüssen in jeder Form entsprechenden Politik. Wir haben im Landtag sehr oft mit großer Genugtuung erfahren können, wie unangenehm den Herren die Massen sind, die hinter uns stehen, die uns gewählt haben. Das ist entscheidend, nicht die Fraktion mit ihren 25 Mitgliedern. Es ist auch falsch, wenn Riem sagt, wir hätten in Sachsen einen Disziplinbruch begangen, indem wir in einem Wahlkreis für den Nationalliberalen, gegen den Konservativen Andrae stimmten. Der vorhergehende Landesparteitag hat dem Landesvorstand die Vollmacht gegeben, gemeinsam mit dem Wahlkreisvorsitzenden die Stichwahlparole zu bestimmen. Das ist geschehen, nichts weiter. Es wurde also durchaus loyal gehandelt. In keiner Weise wurden die Wünsche und Absichten des Landesparteitages mißachtet. Was Riem in bezug auf das Finanzgesetz in Sachsen sagt, ist durchaus unrichtig. Das Finanzgesetz ist nicht eine bloße Formalität, sondern es ist festgelegt in der Verfassung, und diese trifft sogar für den Fall Vorkehrungen, daß das Finanzgesetz abgelehnt werden sollte. Wenn Riem auf Dresden hingewiesen hat, so sage ich, daß die Stellung der Dresdener Genossen niedergelegt ist in den Anträgen 44 und 45. Auch da hat Riem durchaus unrecht. Genossen! Es wird noch sehr häufig im Laufe der Debatte an Ihr Gefühl appelliert werden. Folgen Sie diesen

Stimmungen und Strömungen nicht, wir haben zu handeln und zu entscheiden so, wie es der Würde des Parteitages und der Gesamtpartei entspricht. (Starker Beifall und Händeklatschen.)

Kolb-Karlsruhe: Lipinski sowohl wie Fleißner haben scharfe Gegensätze konstruiert zwischen der Haltung der badischen und der sächsischen Landtagsfraktion. Wer aber den Dingen etwas mehr auf den Grund geht, als diese beiden Redner, wird sofort finden, daß diese Gegensätze nur scheinbar sind. Sachlich stehen beide Fraktionen genau auf demselben Standpunkt. (Sehr richtig!) Nur haben die Badener den Mut gehabt, aus ihrer Auffassung die Konsequenzen zu ziehen, während die sächsische Landtagsfraktion ein Scheinmanöver ausführte. (Unruhe.)

Wie haben die Sachsen die Ablehnung begründet? Sie haben sich auf den Nürnberger Beschluß gestützt, indem sie erklärten, sie verweigern dem Klassenstaat grundsätzlich die Mittel, sie fügten aber vorsichtigerweise hinzu: Damit sollen unsere früheren Abstimmungen bei den Einzeletats nicht aufgehoben sein. (Heiterkeit.) Das ist doch keine wuchtige Demonstration mehr, das ist ein sächsischer Schildbürgerstreich! Wenn ich konstatiere, daß die vorherigen Bestimmungen nicht aufgehoben sein sollen, dann habe ich nur scheinbar abgelehnt, in Wirklichkeit aber doch bewilligt. (Sehr richtig!) Daraus sehen Sie, zu welchen Konsequenzen solche Resolutionen führen: Entweder müssen die Genossen gegen ihre Ueberzeugung stimmen oder sie müssen solche Schildbürgerstreiche machen, über die jeder Politiker lachen muß. Das ist das Uebel solcher Resolutionen, daß niemals und nimmer die Konsequenzen gezogen werden. Auch die heute vorliegende Resolution ist nach keiner Richtung hin konsequent durchdacht, sondern auch sie ist nur ein falsches Kompromiß, das schon auf dem nächsten Parteitage wieder neue Konflikte hervorrufen kann. Ist denn in den Nürnberger und Lübecker Beschlüssen der Gedanke der grundsätzlichen Budgetablehnung akzeptiert, mit Worten ja, aber de facto nicht, denn sofort hintendran ist wieder ein Absatz, daß Ausnahmen eintreten können, wenn ein Budget, das für die Arbeiter schlechter ist, durch die Ablehnung zustande kommen würde. Damit ist natürlich jeder Landtagsfraktion in die Hand gegeben, ob sie für oder gegen das Budget stimmen will, denn man kann nicht in jedem einzelnen Falle vorher einen Parteitag abhalten, das kann im gegebenen Augenblick nur die Fraktion selbst entscheiden. Freilich, wenn wir uns einmal zur Annahme des Budgets auf solche Gründe, wie sie die Resolution zuläßt, berufen würden, dann würden Sie kommen und sagen, die Gründe erkennen wir nicht an. Was sollen sie denn aber tun? (Ausweisen!) Das können Sie doch nicht, wenn die Fraktion sagt, gemäß dem Parteitagsbeschluß haben wir so gehandelt und wenn sie Ihnen beweist, daß sie dazu berechtigt war. Es ist außer Zweifel für jedermann, der die Entwickelung in Baden verfolgt, daß ein anderes schlechteres Budget zustande gekommen wäre, wenn wir nicht in der Lage gewesen wären, durch unsere 20 Abgeordneten so manchen Einfluß auf die Gestaltung des Budgets auszuüben. Das Zentrum hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die liberal-sozialdemokratische Mehrheit durch Aufhäufung der größten Schwierigkeiten zu sprengen. Das Zentrum hat sogar sozialpolitische Anträge abgelehnt, die es unter keinen Umständen abgelehnt hätte, wenn es nicht aus dem Block ausgeschlossen gewesen wäre.

Genosse Katzenstein hat gesagt, daß der Wesensunterschied zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen beseitigt würde in dem Moment, wo der Parteibeschluß auf Budgetablehnung aufgehoben würde. Damit sagt er, daß der Wesensunterschied in der Budgetabstimmung liegt. Das ist grundfalsch, denn der Unterschied ist der, für uns sind alle Reformen nur Mittel und

Zweck zur Umgestaltung der Gesellschaft, für jene sind sie aber Selbstzweck. Das, Genossen, ist der Unterschied, aber nicht der Nürnberger Beschluß. (Zustimmung.) Wir werden keine Ruhe bekommen in der Partei, solange solche Resolutionen aufrechterhalten bleiben, die die Parteigenossen und Parteigenossenschaften in all den Staaten, wo unsere Parteipolitik etwas bedeutet, an ihrer Arbeit und ihren Einfluß hindern. Das ist das Uebel, daß diese Resolutionen gefaßt werden gegen alle Parteigenossenschaften, die einmal andere politische Verhältnisse haben als Preußen oder Sachsen. Wäre Preußen ein parlamentarisch regierter Staat oder ein Staat nach süddeutscher Art, die Haltung der preußischen Parteigenossen wäre gewiß eine andere. Wenn sich in parlamentarischen Staaten Koalitionen verschiedener Parteien bilden, dann müssen diese Parteien auch die Konsequenzen tragen und die Verantwortung für die politische Arbeit der Koalition übernehmen. Wäre z. B. in Dänemark das Experiment Zahle gelungen, dann hätten unsere Parteigenossen mit den liberalen Radikalen zusammen das Budget bewilligen müssen, wenn sie die Liberalen nicht ohnmächtig machen wollten gegenüber der Reaktion und von dieser abhängig; ja sie hätten noch weiter gehen müssen, sie hätten wahrscheinlich in einer Monarchie in eine Regierung eintreten müssen. Aehnliches werden auch wir in den nächsten Jahren erleben. Wir in Deutschland haben es sehr bequem und Ihr in Preußen am meisten. Ob Ihr sechs für oder gegen das Budget stimmt, das hat gar keinen Wert. In Baden aber liegt die Sache so, daß in dem Augenblick, wo wir die Regierung zwingen, sich in Abhängigkeit vom Zentrum zu begeben, wir uns selbst politisch ausgeschaltet hätten und den Erfolg von zwei Wahlfeldzügen zunichte gemacht hätten. Darum auch diese kolossale Mehrheit der badischen Genossen für die Billigung der Haltung der badischen Landtagsfraktion.

Was muß nun kommen, wenn Sie trotz alledem solche Beschlüsse fassen, wie Sie Ihnen hier in der Resolution des Parteivorstandes vorgeschlagen werden? Was sollen die badischen Genossen tun und was wird? Wenn Sie dabei bleiben und wir stimmen gegen das Budget, und hätten wir selbst die besten Gründe, dann glaubt es uns niemand und alles lacht uns aus und sagt: Ihr habt eben so handeln müssen, es war Euch eben so aufgetragen.

Was erreichen Sie mit der vorgeschlagenen Resolution? Sie können uns auch damit nicht zwingen, unter allen Umständen das Budget abzulehnen, vielmehr zwingen Sie uns nur, nicht mehr so offen und ehrlich unsere Gründe für die Zustimmung zum Budget darzulegen, sondern uns auf die Lübecker und Nürnberger Resolution zu berufen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Ich bedauere, daß ich nicht mehr Zeit habe, noch manches auszuführen. Ich bin doch einer der Meistangegriffenen in dieser Sache. Ich schließe daher, indem ich bedauere, daß man mit solchen Beschlüssen diese Frage aus der Welt schaffen zu können glaubt. Die Frage wird so lange bestehen, bis sie den einzelnen Landtagsfraktionen jene Freiheit geben, die sie unbedingt haben müssen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Süßheim-Nürnberg: Es gibt Genossen, die in dem Genossen Kolb den bösen Geist der Badenser sehen. Ich kann nicht entscheiden, inwieweit diese Annahme richtig ist. (Unruhe bei den badischen Delegierten.) Aber ich weiß, daß es von den Badensern klug gewesen ist, daß sie ihre Verteidigung lieber dem Genossen Frank als dem Genossen Kolb anvertraut haben. Man wird sich an verschiedene Sachen erinnern müssen, die uns Kolb vielleicht unvorsichtig anvertraut und verraten hat. Wir würden uns in diesen Tagen lieber mit den nächsten Reichstagswahlen beschäftigen, als mit dem badischen Disziplinbruch. (Sehr richtig!) Frank hat uns zur Rechtfertigung seiner badischen

Freunde eine Aufzählung der erreichten Erfolge gegeben. Ich schätze sie nicht gering ein, aber trotzdem sind sie keine genügende Erklärung für die Budgetbewilligung, die den Parteitagsbeschlüssen widerspricht. Ich habe an den beredten Ausführungen Franks etwas vermißt, das mir sehr wichtig gewesen wäre, nämlich eine bündige Erklärung, was die Badenser denn eigentlich in Zukunft tun wollen. (**Frank** ruft: Der Antrag Zubeil war wohl der geeignetste Weg zu einer solchen Erklärung!) Hier handelt es sich darum, ob Parteitagsbeschlüsse befolgt werden müssen oder nicht. Auf eine klare Erklärung darüber können wir nicht verzichten. Nun haben die Badenser angekündigt, sie werden auf dem nächsten Parteitage Anträge zur Budgetbewilligung wieder stellen. Das ist an sich bedauerlich, aber ihr gutes Recht. Sie dürfen sich aber nicht ausschweigen, sondern müssen erklären, ob sie noch ein zweites Mal den Beschlüssen zuwiderhandeln wollen. Jedem von uns war es durchaus unangenehm, als wider alles Erwarten die Nachricht kam, daß die Badenser dem Budget zugestimmt haben. Nicht bloß in Norddeutschland war die Erregung groß, auch in Süddeutschland trat der Unwillen vielfach zutage. (Hört! hört!) Die „Schwäbische Tagwacht" hat die Tätigkeit des Offenburger Parteitags durchaus bedauert, namentlich die Ausführungen Kolbs haben durchaus Befremden hervorgerufen. Sie wies darauf hin, daß man sich nach dem Offenburger Parteitage trotz aller schönen Reden des Eindrucks nicht erwehren konnte, als ob man in Baden den Bruch mit der Gesamtpartei wünschte. (Widerspruch bei den badischen Delegierten.) Ich sage ja nicht, daß Sie das wollen, aber die „Tagwacht" hatte diesen Eindruck. (**Frank** ruft: Das ist unser Gönner Westmeyer! **Bebel** ruft: Auch die Frankfurter „Volksstimme" schrieb ähnlich!) Sie können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Sie noch 24 Stunden vor der Abstimmung entschlossen waren, das Budget zu verweigern. So schnell kann sich die Situation nicht verändern. Sie haben der Erklärung eines Ministers zu viel Bedeutung beigelegt. Man soll sich nicht nach den Reden der Minister, sondern nach ihren Taten richten, und nach dem, was die Arbeiter unter ihrem Regiment zu leiden haben. Es ist ganz gleichgültig, ob ein Minister aus kluger Berechnung einige schöne Worte sagt. Bodman soll eine komplizierte Natur sein, aber die Gleichberechtigung gewährt er der Sozialdemokratie nicht. Einmal erklärt er sich gegen sie, dann findet er wieder schöne Worte für sie. Welches ist nun der richtige Bodman? Der Gegner der Sozialdemokratie oder der kluge Diplomat, der einige nichtssagende Worte für sie gefunden hat? Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Budgetablehnung keine schweren Folgen für die badischen Genossen gehabt hätte. Das Opfer, das sie der Partei mit dieser Frage auferlegt haben, ist viel größer als das Opfer, das von Ihnen verlangt wird. Wir müssen von jedem verlangen, daß er die Parteitagsbeschlüsse achtet. Mögen sie ihm unangenehm sein oder nicht. Die Partei kann nicht existieren, wenn eine Gruppe sich über ihre Beschlüsse hinwegsetzt. Mag diese Gruppe auch aus noch so tüchtigen Parlamentariern bestehen. Auch unsere Abgeordnete sind nicht ein Instrument des Himmels, sondern das Sprachrohr und die Vertreter der Masse. Sie haben die Parteitagsbeschlüsse und das Parteiprogramm zu respektieren, sonst entziehen sie der Partei die Grundlage ihrer Existenz. Sie nehmen uns die Möglichkeit gemeinsamen, einheitlichen Schaffens; wir können dann nicht in einer Front marschieren. Man muß erstaunt sein, daß die Badenser der Budgetbewilligung eine so ungeheure Bedeutung beimessen, so daß sie den Konflikt dafür in Kauf genommen haben. Sie mußten doch wissen, welche lebhafte Erbitterung ihr Verhalten hervorrufen mußte. Ich bin gegen den Antrag auf Einberufung einer Studienkommission, weil wir damit die Budgetstreitigkeiten in Permanenz erklären. Eine Reihe von

Delegierten haben unterschrieben, aber sie sind durchaus nicht mit dem Vorgehen der Badenser einverstanden. Ich habe sogar im Namen eines Delegierten seine Unterschrift zurückzuziehen. (Lachen bei den badischen Delegierten.) Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen; er ist nur eine Verschleppung und würde uns vor den nächsten Reichstagswahlen eine neue Budgetdebatte bringen. Wenn die Minderheit die Befolgung der Parteitagsbeschlüsse ablehnt, dann ist es mit der Einheit der großen deutschen Partei zu Ende.

Keil-Stuttgart: Das Unheil unserer Budgetdebatten, die wir nun seit anderthalb Jahrzehnten haben, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß diese Streitfrage zu einer Richtungsfrage innerhalb der Partei gestempelt worden ist. Auch bei mir hat man erst heute wieder aus meiner Uebereinstimmung mit den Parteigenossen, die die Lösung von Nürnberg nicht als eine für die Dauer ausreichende ansehen, geschlossen, daß ich zur revisionistischen Richtung gehöre. Auch Bebel hat, als er heute früh von den Debatten in Lübeck sprach und Aeußerungen von mir zitierte, bemerkt: Ja, damals sei der Keil noch auf der radikalen Seite gestanden! Ich weise es auf das Entschiedenste zurück, deswegen, weil ich in dieser Frage mit einer großen Zahl von Parteigenossen, die Sie als die Revisionisten ansprechen, an einem Strange ziehe, als „Revisionist" bezeichnet zu werden. Ich lehne es ab, mich in das Prokrustesbett des Revisionismus oder in das Prokrustesbett des Radikalismus einspannen zu lassen. Ich gehe in dieser Frage mit den Parteigenossen David, Frank usw., die Sie als revisionistische Führer bezeichnen, weil ich auf Grund der Erfahrung, auf Grund eingehender Ueberlegung zu dem Ergebnis gekommen bin, daß mit dem Nürnberger Beschluß unmöglich auf die Dauer auszukommen ist. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Das habe ich bereits in Nürnberg betont. Wir wären ja auch schon längst zu einer anderen Lösung gekommen, wenn nicht einem sehr großen Kreis von Genossen infolge der Tatsache, daß man die Frage unter die Richtungsbrille genommen hat, der Blick getrübt wäre. (Sehr richtig! und Lachen.) Wie ja überhaupt bei der Lösung so mancher inneren Parteifrage die Scheidung der Genossen in Richtungen schon viel Unheil gestiftet hat. Damit will ich nicht sagen, daß an dem verfahrenen Karren des jetzigen Standes der Budgetdebatte die Genossen, die auf dem Boden der Vorstandsresolution oder gar einer noch schärferen stehen, allein die Schuld tragen. Mir scheint — und darin stimme ich mit Bebel überein —, daß ein noch größerer Teil der Schuld an all diesen Wirrungen auf die „Sozialistischen Monatshefte" fällt, die anscheinend sich bemühen, neue Wege für die praktische Tätigkeit der Partei zu bahnen, in Wirklichkeit aber diese neuen Wege versperren. (Sehr richtig!) Wenn man der Partei die natürliche innere Entwickelung ermöglichen würde, dann würden wir mit mancher Streitfrage früher zum Schluß gekommen sein, als es geschah unter Einfluß der Versuche, die Fragen treibhausmäßig der Lösung entgegenzuführen. Ich stehe heute noch — und bin mir deshalb keines Widerspruchs zu meiner Haltung auf dem Lübecker Parteitag bewußt —, auf dem Boden des letzten Absatzes der Lübecker Resolution: „Eine Zustimmung zum Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden." Hätten wir es dabei belassen, dann wären wir niemals in all die Kämpfe und Konflikte gekommen, die uns so lange beschäftigen werden, bis der Nürnberger Beschluß beseitigt ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Bei dem ganzen Verhältnis, das zwischen uns auf der einen Seite, der Regierung und den bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite besteht, wird ja die Ablehnung des Budgets die Regel und die Zustimmung die Ausnahme sein. Aber wenn wir das wollen, dann dürfen wir nicht immer eine unmögliche Resolution auf die andere setzen. (Sehr

richtig!) Wie wir jetzt eine Resolution nach der anderen beschließen, das ist eine Schraube ohne Ende, die um so schwerer wieder zurückzuschrauben ist, je tiefer wir sie hineinschrauben; aber eines Tages wird sie zurückgeschraubt werden **müssen**, und das wird uns dann größere Mühe machen und das Fortschreiten der Partei mehr hemmen und einen größeren Kraftaufwand verursachen, als wenn wir jetzt schon darangehen. Ich gebe Kolb, mit dem ich in vielem nicht übereinstimme, darin recht, daß die kommenden Parteitage, schon der nächstjährige, sich wieder mit der Budgetfrage befassen müssen. (Sehr richtig!) Auch Süßheim sollte so viel Verständnis aus seinen eigenen praktischen Erfahrungen im bayerischen Landtag haben, um einzusehen, daß man nach einer anderen Lösung suchen muß. Die gesamte süddeutsche Parteigenossenschaft, so sehr sie um der Frage der Disziplin willen heute geteilt sein mag, wird einig sein und keinen Widerspruch erheben, wenn die Frage so gelöst wird, wie wir es vorschlagen. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich erblicke in der Budgetfrage eine Waffe, die ebensowenig wie irgendeine andere Waffe, von dem, der sie führt, ohne Ueberlegung und ohne Bewußtsein angewendet werden darf. Die Ueberlegung und die eigene Ueberzeugung müssen hinzukommen, wenn die Waffe wirken soll. Gerade dadurch, daß wir uns die Möglichkeit der freien Entscheidung erkämpfen, ob in einem zwingenden Fall für das Budget gestimmt werden darf, wollen wir die Wirkung der Budgetverweigerung **erhöhen**. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Es ist gesagt worden, der Klassenstaat sei überall gleich. Jawohl, auch wir im Süden leben im Klassenstaat, aber in der Resolution zur Wahlrechtsfrage weist ja der Parteivorstand ausdrücklich auf die gewaltigen Unterschiede zwischen dem Wahlrecht im Norden und im Süden hin. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wenn es nur unbedeutende, kleine Konzessionen wären, die Sie erkämpfen wollen, dann wären sie die riesigen Opfer, die bisher schon der Wahlrechtskampf in Preußen erfordert hat, nicht wert. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Gewiß, wir leben im Klassenstaat, aber in Württemberg, Baden und Bayern werden Sie in öffentlichen Versammlungen nicht einen weißgedeckten Tisch auf dem Podium, geschmückt mit zwei blankgeputzten Helmen, vorfinden. (Sehr gut! und Lachen.) Ich habe noch nie gehört, daß ein norddeutscher Genosse, wenn er nach Süddeutschland kam und von diesen anders gearteten Verhältnissen Notiz nahm, dagegen protestiert und gewünscht hätte, es möchten im Interesse unserer Erziehung auch im Süden dieselben Verhältnisse herrschen wie in Preußen. Nein, man hat sich stets darüber gefreut und gewünscht, daß wir die Vorteile, die wir im Süden haben, fruktifizieren, um ihnen zu dem gleichen Zustand zu verhelfen. (Zuruf: Das könnt Ihr ja gar nicht!) Zu dem Zweck wollen wir auch die Waffe der Budgetverweigerung anwenden, und ich bitte Sie, nüchternen Blickes unter Ablegung der Richtungsbrille die Frage zu prüfen und zu einer Entscheidung zu kommen, die dem Wohl der Partei dient. (Bravo! bei den Süddeutschen.)

Mit Rücksicht auf das am Abend von den Magdeburger Genossen zu Ehren des Parteitages veranstaltete Konzert werden die Verhandlungen abgebrochen.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

Lipinski: Niem hat behauptet, daß die Leipziger sich eines Disziplinbruchs schuldig gemacht haben. Ich stelle fest, daß, nachdem ein Parteitag die Streitfrage der Beteiligung an den Landtagswahlen entschieden hat, die Leipziger dem Parteitagsbeschluß nachgekommen sind. (Zurufe: Persönlich!)

Katzenstein: Genosse Hildenbrand hat meine Ausführungen unrichtig wiedergegeben. Erstens habe ich nicht gesagt, es solle nur bei der Budgetabstimmung demonstriert werden. Ich habe gesagt, die Fülle der selbstverständlich im Sinne der Partei zu leistenden Kleinarbeit mache eine zusammen-

fassende, feierliche Kundgebung unseres Standpunktes besonders notwendig; zweitens habe ich mich nicht gegen eine Verbesserung unserer politischen Zustände ausgesprochen; ich habe vielmehr gesagt, wertvoll seien erkämpfte und wirkliche Fortschritte, bedenklich aber Zugeständnisse formeller Art, da ihre Wirkung ein Hinwegtäuschen über die tatsächlichen unüberbrückbaren Tatsachen ist.

Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. September 1910. — Vormittagssitzung.

Dietz eröffnet um 9¼ Uhr die Verhandlungen mit der Mitteilung, daß Begrüßungstelegramme eingegangen sind vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund und von der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ferner folgendes Telegramm von Frau Luise Gerisch:

„Für meinen Mann sage ich dem Parteitag für seine Grüße und guten Wünsche herzlichen Dank."

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Klement-Kaiserslautern: Vor der Unterzeichnung des Antrags 94 habe ich dem Genossen Müller-München erklärt, daß ich nur unter dem Vorbehalt diesen Antrag unterschreibe, wenn in der ersten Zeile im Absatz 2 hinter dem Worte „außer" eingefügt werde „dem gesamten Parteivorstand und je einem Vertreter der bundesstaatlichen Parlamente". Genosse Müller versicherte mir, daß mein Wunsch bei der Drucklegung erfüllt werden könne. Da dies nun nicht geschehen ist, ziehe ich hiermit meine Unterschrift unter dem vorliegenden Antrag zurück. (Lachen bei den Süddeutschen — Frank: Angstmeier!)

Es wird noch mitgeteilt, daß die Anträge 7, 47, 57, 60 und 67 zugunsten des Antrages 94 zurückgezogen sind.

Hierauf wird die Diskussion über die Budgetbewilligung fortgesetzt.

Panzer-Bayreuth: Ich habe auf dem Nürnberger Parteitag nach den unerquicklichen Debatten der Erklärung der 66 zugestimmt, um damit den Abgeordneten bei der Agitation im Lande draußen den Rücken zu decken und in der guten Meinung, daß in Zukunft die Fraktionen sich mit dem Parteivorstand in Verbindung setzen werden, bevor sie dem Budget zustimmen. Mitten in die Vorbereitungen zur Reichstagswahl kam nun die Zustimmung der badischen Genossen zum Budget, und die Genossen in Nordbayern, speziell die kleinen Wahlkreise, die zunächst damit einverstanden waren, daß ihre Delegierten in Nürnberg die Erklärung der 66 unterschrieben haben, haben sich entschieden dagegen gewandt, daß nunmehr die badische Fraktion wiederum gerade in der Zeit der besten Agitation den Parteitag mit der Frage der Budgetbewilligung beschäftige. Was in der badischen Presse in der Sache geschrieben wurde, konnte die Parteigenossen durchaus nicht überzeugen, daß diese Zustimmung zum Budget für die badischen Parteigenossen eine Notwendigkeit gewesen wäre, im Gegenteil, je mehr die badische Presse dazu schrieb, desto mehr kamen die Genossen zu der Ueberzeugung, daß hier wieder ein dummer Streich gemacht wurde. Die bürgerliche Presse war über den Schritt der Badenser voll Lobes und hat ihren Mut gerühmt, daß sie den Nürnberger Beschluß durchbrochen hätten. Sie hat daran wohl die Hoffnung geknüpft, daß wir den Nürn-

berger Beschluß hochhalten und damit den Konflikt mit den badischen Parteigenossen heraufbeschwören werden. Wenn ich das auch nicht glaube, so muß doch gesagt werden, daß die badischen Genossen mit ihrer diesmaligen Zustimmung zum Budget zu weit gegangen sind. (Sehr richtig!) Ich sehe mich deshalb außerstande, heute wiederum der badischen Fraktion den Rücken zu decken, sehe mich dagegen gezwungen, für die Resolution des Parteivorstandes und auch den Zusatzantrag zu stimmen (Hört! hört! bei den Süddeutschen), damit in Zukunft nicht Beschlüsse des Parteitages durchbrochen werden. Es handelt sich nicht darum, ob die Zustimmung zum Budget eine praktische oder prinzipielle Frage ist, sondern darum, daß Beschlüsse des Parteitags als der höchsten Instanz auch von den führenden Geistern und nicht nur von den untergeordneten Genossen im Lande zu halten sind. Fast in allen Kreisgeneralversammlungen in Nordbayern sind geharnischte Resolutionen gegen das Vorgehen der Badenser angenommen worden.

Nun liegt ein Antrag vor, der eine Studienkommission verlangt, die die Budgetfrage in den einzelnen Bundesstaaten prüfen soll. Es wäre besser gewesen, wenn die Fraktionen das Material der in Frage kommenden Landtage, das die Studienkommission prüfen soll, schon heute dem Parteitage vorgelegt hätten. Dann wären wir einen Schritt weiter. Ist das Material so wichtig, daß die Nürnberger Beschlüsse aufgehoben werden müssen, dann wird sich der Parteitag dem nicht verschließen. Wenn wir nachträglich diese Kommission einsetzen, dann haben wir auf dem nächsten Parteitag wieder denselben Budgetstreit. Darunter müssen andere Fragen leiden. Nur unter der Bedingung, daß der Antrag auf Einsetzung der Studienkommission unabhängig von der badischen Budgetbewilligung behandelt wird, wäre er überhaupt diskutabel. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir zweifellos unter den jetzigen Verhältnissen leiden müssen. Es sind besonders die Genossen in der Provinz, die durch die bürgerlichen Winkelblätter fortgesetzt auf den Gegensatz zwischen den Budgetfreunden und Budgetgegnern hingewiesen werden. Es wäre ein Leichtes gewesen, bei einigem guten Willen eine Verständigung zu erreichen, wenn vor der Abstimmung über die Budgetfrage man sich rechtzeitig mit den Instanzen in Verbindung gesetzt hätte, oder wenn man wenigstens einmal versucht hätte, die Beschlüsse der Gesamtpartei aufrechtzuerhalten. Bis jetzt ist kein Versuch gemacht worden. Deshalb kann man bezweifeln, ob der Arbeiterbevölkerung wirklich solcher Schaden entstanden wäre, wenn man das Budget verweigert hätte. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir die ganze Frage behandeln. Ich begrüße es, daß die Diskussion sich diesmal in anderen Bahnen bewegt als in Nürnberg, daß die unerquicklichen Debatten vermieden werden, bei denen man sich geradezu feindlich bekämpft. Die Genossen in der Provinz verlangen auch, daß die Frage in freundschaftlicher Weise gelöst wird. Wir verlangen aber auch, daß, wenn der Parteitag Beschlüsse faßt, diese auch gehalten werden. Wer die Beschlüsse durchbricht, der stellt sich von selbst außerhalb der Partei. (Beifall.)

Mauerer-München: Bebel hat gestern in äußerst scharfer, aber ebenso sachlicher Weise über die Frage gesprochen, und das sachlich Scharfe hat einen wirklich schönen Ausdruck gefunden in der Form, die so versöhnlich geklungen hat, wie eben Diskussionen versöhnlich zu klingen haben, wenn Parteigenossen sich in einem Punkte streiten müssen. Daß dabei Bebel einen Humor entwickelt hat, der ihm allein schon Anspruch gibt, das Ehrenbürgerrecht in München-Capua zu erwerben (Heiterkeit), das ist eine Sache, die das Ganze nur noch schmackhafter gemacht hat. Es steht das in wohltuendem Gegensatz zu dem mittelalterlich-mönchisch-ketzerischen Verfolgungen anderer Genossen. Bebel sprach von Disziplinbrüchen, von Mauserungen, von Prophezeiungen,

von den Gewerkschaften, vom Budget und anderem mehr. Bei aller Hochachtung, möchte ich sagen, ohne des Personenkultus geziehen zu werden, bei aller Verehrung, die ich persönlich für Bebel habe, muß ich doch ebenso scharf auf einige seiner Aeußerungen eingehen. Es ist von früheren Disziplinbrüchen schon gesprochen worden in der Diskussion. Darauf hat Kolb erwidert, und ich brauche kein Wort mehr darüber zu verlieren. Ich weiß aber einen Parteitag und ich weiß Versammlungen in Berlin, wo gesprochen wurde von dem Erheben der Fahne der Rebellion, wenn nicht entschieden werde, wie es dem Genossen Bebel entspricht. Ich muß das in eine Parallele stellen mit den „Disziplinbrüchen". Wenn von Mauserungen und Prophezeiungen gesprochen wurde, so meine ich, man soll sich sehr hüten, wenn man im Glashause sitzt, von derartigen Dingen zu sprechen. Und der Kladderadatsch ist heute noch nicht eingetroffen! (Sehr gut! Gelächter und Unruhe. Zurufe aus der Mehrheit: Das ist wohl Ihr bestes Argument!) Man hat 1893 auf dem Parteitage in Köln den Gewerkschaften die Existenzberechtigung abgesprochen. (Oho!) Ja, Genossen, Sie scheinen ja die Protokolle gar nicht zu kennen. (Widerspruch.) In Köln wurde doch davon gesprochen, daß die Gewerkschaften und ihr Wirkungskreis gleich Null sind, und heute haben wir machtvolle, über 2 Millionen Mitglieder zählende Gewerkschaften. Man sprach davon, daß die Arbeitslosenversicherung zur Versumpfung führen werde, und heute ist sie ein mächtiges Kampfmittel der Gewerkschaften geworden. Man spricht von der alten bewährten Taktik, die seit 20, 30 bis 40 Jahren befolgt wurde und die die Partei groß gemacht hat. Ich muß sagen, vor 20, 30 und 40 Jahren saßen wir nicht in den Landtagen, in den Gemeinden, in den Landräten, und wenn sich die Situation auf diesem Gebiet geändert hat, so gilt es auch, zu fragen, ob eine Taktik für alle Zeiten und unbedingt die gleiche bleiben müsse. Auf solche Frage gibt es nur ein Nein. Man sagt, es sind 3 Millionen Wähler gekommen und es werden auch 4 Millionen kommen. Wohl, aber die Wähler wollen sehen, was wir ihnen bringen. Sie erwarten praktische Erfolge, nicht nur Reden, im Reichstage und im Landtage, praktische Erfolge auch in den Gemeinden und im Landrat, überall dort, wo es gilt, die sogenannten kleinen Konzessionen zu erreichen. Und wenn Sie sagen, der preußische Staat ist der gefährlichste, und wir hätten keine Ahnung von der Gefahr und wie schwer dort zu arbeiten ist, so möchte ich Ihnen sagen, wir begreifen sehr wohl, welch ungeheuer schwierige Stellung Sie in Preußen gegenüber dem Junkertum und im Kampf um das allgemeine Wahlrecht haben. Sie sollen aber die Sache von der anderen Seite ansehen. Wir begreifen Ihre schwere Stellung, aber sie begreifen die unsrige nicht, und das ist der Fehler. Sie begreifen nicht, daß jeder Fortschritt, den die Demokratie in Süddeutschland zu verzeichnen hat, ein Stütze ist in Eurem schweren Kampfe, und daß die immer weitere Demokratisierung Süddeutschlands durch unsere Bewegung das norddeutsche Junkertum in einen immer schärferen Gegensatz bringt zum demokratischen Süden, was Euren schweren Kampf fördern muß.

Das Nichtverstehen ist auf Ihrer, nicht auf unserer Seite. Hand aufs Herz und ehrlich gesagt: wer von Ihnen weiß, wie das bayerische Budget aussieht, welche Bestimmungen darin sind? Indem Sie von uns verlangen, wir müssen das bayerische Budget ablehnen, befinden Sie sich in der Gesellschaft des ehemaligen reaktionären Grafen v. Crailsheim, der das gleiche verlangt. deshalb, weil er das bayerische Budget kennt, das Sie nicht kennen können. (Mit erhobener Stimme.) In der Gesellschaft der feudalsten Aristokraten befinden Sie sich, wenn Sie von uns verlangen, daß wir das Budget ablehnen! (Gelächter.) Das sind Tatsachen, darüber hilft Ihnen kein Verlegenheitslachen hinweg.

Da gibt es noch ein anderes Parteitagsprotokoll, das von 1894, Frankfurt. Auch ich habe damals eine, wie ja immer, schöne Rede gegen die Budgetbewilligung in Bayern gehalten, aber ich habe mich seither weiter entwickelt, und es wäre kein Fehler, wenn sich recht viele Genossen auch weiter entwickeln würden. (Bravo! bei den Süddeutschen. Gelächter der Mehrheit.) Im Jahre 1894 stand Timm in Ihrem Lager und Geck in unserem, und schauen Sie die Erklärung von Geck an, die er damals unterzeichnete, — er war damals ein Budgetbewilliger! Ich nehme es ihm gar nicht übel, nur ist die Frage, wer sich vorwärts entwickelt hat und wer nicht. (Sehr richtig!) Von Bebel ist weiter gesagt worden, daß die Gewerkschaften sich das, was ist, nicht länger gefallen lassen. Ja, was denn nicht länger gefallen lassen? (Sehr richtig!) Wenn es nicht Bebel gewesen wäre, würde ich die Vermutung haben, daß das ein künstlicher Versuch ist, einen Keil zwischen Partei und Gewerkschaft zu treiben. (Zustimmung.) Wir in Bayern, in München, arbeiten in der innigsten Weise mit den Gewerkschaften zusammen, und in der Gemeinde wie im Landtage finden die Gewerkschaftsbewegung und ihre Forderungen durch unsere Genossen die lebhafteste Förderung. Ein so inniger Kontakt, ein so inniges Zusammenarbeiten, ein so gutes Sichverstehen, wie bei uns in Bayern und München, wünschte ich überall in Deutschland. Schaut auf Eure Presse, hat Bebel gesagt mit einer Bewegung dort hinüber (gegen die Süddeutschen), aber auch auf Eure Redner (weist auf die Mehrheit) hätte er sagen sollen.

Das eine bedenken Sie bei der Resolution: Wenn wir irgendwo abstimmen müssen, wird uns der Vorwurf treffen, den wir gegen das Zentrum erheben, wenn wir sagen: Ihr dürft ja gar nicht so stimmen, wie Ihr als vermeintliche demokratische Partei des Südens stimmen möchtet. Ihr müßt ja nach Preußen blicken, was Euch da vorgeschrieben wird. Genau das gleiche werden uns die Gegner sagen. Das ist die Konsequenz unhaltbarer Beschlüsse derjenigen, die die Verantwortung in den Landtagsparlamenten zurzeit noch nicht zu tragen haben, und die die Beschlüsse denen aufhalsen, die die Verantwortung haben.

Zum Schluß muß ich an den Parteivorstand zwei wichtige Anfragen richten, die er dem Genossen Bebel überweisen wird. (Bebel ist noch nicht im Saale.) Wir haben im Oberbayerischen Landrate einen Genossen und werden in Zukunft dort mehrere Genossen haben. Wie muß dieser Genosse und wie müssen diese Genossen stimmen in folgender Angelegenheit: Dieser Landrat gibt aus für Erziehung und Bildung 6 660 000 Mk., für Industrie und Kultur 284 000 Mark, für Gesundheitspflege, Irrenanstalten und Krankenhäuser 232 000 Mk., für Wohltätigkeit 1 790 000 Mk., für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten 1 180 000 Mk., in Summa: 9 959 000 Mk. Die acht bayerischen Landräte geben 32 Millionen Mark für die eben angeführten Zwecke aus, für andere Zwecke keinen Pfennig. Das sind Institutionen des Klassenstaats! (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Die Mittel werden aufgebracht durch direkte Steuern und Zuschüsse des Staates. Wie sollen die Genossen bei diesem Budget stimmen?

Und die andere Frage betrifft den Zusatzantrag der Berliner zur Vorstandsresolution. Ich fordere Bebel und den Vorstand auf, mir zu antworten, ob es nicht ein Verfassungsbruch, ein Ausnahmegesetz ist, wenn solcher Zusatzantrag angenommen wird, obgleich folgende Bestimmungen unseres Organisationsstatut vorhanden sind:

§ 23, 2: Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der Bezirks- beziehungsweise Landesorganisationen.

§ 24: Gegen die Entscheidung des Vorstände der Bezirks- beziehungsweise Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach

Zustellung beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragen.

§ 26: der Ausschluß aus der Partei in den in § 23 vorgesehenen Fällen darf nur im Wege des vorstehenden Verfahrens erfolgen.

(Bewegung. Lebhaftes Hört! hört! bei den Süddeutschen. Pfannkuch: Glauben Sie, das wissen wir nicht?) Wollen Sie, Genosse Pfannkuch, und will der Vorstand die Hand dazu bieten, daß ein derartiges Ausnahmegesetz geschaffen wird? (Lärm.) Parteigenossen, wenn Sie dazu die Hand bieten, dann bedauere ich es tief, daß Sie uns den Vorwurf der Mißachtung von Parteibeschlüssen und Parteivorschriften machen. (Zuruf des Genossen Ledebour, der in der Unruhe nicht verständlich ist.) Genosse Ledebour, Sie kennzeichnen sich selbst, wenn Sie einem solchen Antrag zustimmen. Sie (zur Mehrheit) sind dann die Zerstörer der Einheit der Partei. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)

Rosa Luxemburg: Wenn irgendetwas die völlige Ueberflüssigkeit und Hinfälligkeit des Antrags Braun und Genossen und die dringende Notwendigkeit, in der Frage der Budgetbewilligung hier endlich einmal eine klipp und klare Entscheidung zu fällen, bewiesen hat, so waren es die Verteidigungsreden von Frank, Kolb und Genossen. Sie werden mir alle zugeben, daß man auch bei der größten Aufmerksamkeit aus diesen Reden nicht ein einziges Argument heraushören konnte, das in irgendwie überzeugender Weise die Notwendigkeit der Budgetbewilligung belegt hätte. (Zustimmung und Widerspruch.) Auch nicht ein einziges neues Moment wurde in die Debatte gebracht, die wir nun leider schon seit sechzehn Jahren in der Partei über diesen strittigen Punkt haben. Wie sah denn die große Verteidigungsrede des Korreferenten Frank aus, worauf lief sie hinaus? Es war eine lange und ausführliche Darlegung der gesamten Tätigkeit der badischen Landtagsfraktion, es wurde uns eine lange Reihe von Gesetzesvorschlägen, Gesetzesabänderungen und dergleichen Großtaten aufgezählt, und dabei mußte Frank selbst zugeben, daß es unseren Genossen im badischen Landtag auf keinem einzigen Gebiet gelungen ist, unsere prinzipiellen Forderungen auch wirklich durchzusetzen. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn auch, was wir mit Freuden anerkennen, die Genossen im badischen Landtage ihre Forderungen aufgestellt haben, so haben sie schließlich doch immer nur Lappalien errungen, sie haben nach Goldschätzen gegraben und waren froh, wenn sie Regenwürmer fanden. (Oho! bei der Minderheit. Zustimmung bei der Mehrheit.) Auf dieses Oho will ich Ihnen sofort mit einem Beleg aufwarten. Ich will mich nicht einlassen auf eine Kritik aller der großen Errungenschaften, die uns hier im Glanze vorgeführt worden sind, aber Sie haben wohl alle konstatieren können, daß gewissermaßen das Paradestück der erfolgreichen praktischen Politik im badischen Landtag das berühmte Schulgesetz war. Haben Sie nicht alle zusammen mit mir ein heftiges Herzklopfen gekriegt (Zuruf: Nein! Heiterkeit), als geschildert wurde, daß wir einen Schularzt errungen haben? Sie können sich denken, wie die traurigen Gesundheitszustände der badischen Schuljugend jetzt in radikaler Weise verbessert werden. (Heiterkeit.) Auch die anderen Errungenschaften auf dem Gebiete des Schulwesens sind ausführlich geschildert worden. Ich maße mir als eine Nichtbadenserin kein kompetentes Urteil über das Schulgesetz an, das mit Zustimmung unserer badischen Landtagsfraktion zustande gekommen ist, aber ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen das maßgebende Urteil eines Badensers anzuführen, und zwar eines, der zu den Budgetbewilligern gehört. (Hört! hört!) In derselben Woche, wo ich in Lörrach meine Versammlung abgehalten habe, erschien in dem Lörracher Parteiblatt, das von einem Freunde von Kolb und Frank, dem Genossen Rösch, redigiert ist, folgende Beurteilung des badischen Schulgesetzes:

„Im „Staatsanzeiger" wird die neue Vollzugsverordnung zum revidierten Schulgesetz publiziert. Das Gesetz bringt eine Reihe verschiedener Neuerungen, aber immer noch nicht diejenigen, welche von der gesamten badischen Lehrerschaft schon lange gefordert werden und wie sie im Interesse einer gedeihlichen Entwickelung auch notwendig wären. Das Gesetz ist zwar ein Produkt des Großblocks, aber die alten liberalen Forderungen, wie Trennung von Schule und Kirche, sind nicht zur Geltung gekommen. Die im Gesetze geforderte Anstellung von Schulärzten hat durch die Vollzugsverordnung eine kleine Milderung erfahren; die Anstellung eines Schularztes wird nur verlangt, wenn der Bestand von 10 Lehrerstellen für drei aufeinanderfolgende Schuljahre gewährleistet erscheint. Die gleichen Bestimmungen treffen zu bei Errichtung und Aufhebung eines Rektorats. Für Kinder, die in einer Religionsgemeinschaft aufgenommen sind, besteht die Verpflichtung, den Religionsunterricht dieser Gemeinschaft bis zur Aenderung ihrer religiösen Erziehung zu besuchen. Eine für Arbeiterfamilien sehr wichtige Bestimmung ist diejenige, daß Mädchen auf Antrag der Eltern zu Ostern des Jahres aus der Schule entlassen werden, in welchem sie das 14. Lebensjahr vollenden. . . . Das neue Gesetz bringt ferner eine Reihe wichtiger Aenderungen über die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Lehrerinnen — und ordnet ferner in wesentlich anderer Weise die Gemeinde- und Staatsbeiträge an die Schule. So weit man bis jetzt beobachten konnte, hat das neue Schulgesetz bei der Bevölkerung keine gute Aufnahme gefunden, und namentlich ist es die Lehrerschaft, welche mit dem Gesetz unzufrieden ist, weil ihnen immer noch die Eigenschaft als Staatsbeamte versagt ist. Auf eine große Lebensdauer wird das neue Schulgesetz wohl kaum rechnen können." (Hört! hört!)

Wenn Ihr mit dieser Beurteilung unzufrieden seid, so setzt Euch auseinander mit Euren eigenen Kollegen aus dem Landtage. So sieht die glänzendste von den Errungenschaften der praktischen Politik im badischen Landtag in der eigenen Beleuchtung eines Anhängers dieser Politik aus. Die zweite große Errungenschaft, auf die hier hauptsächlich gepocht wurde, ist das neue Gemeindewahlgesetz. Zu dieser Errungenschaft ist mir auch ein interessanter Kommentar wiederum von einem Landtagsabgeordneten der Mehrheit gegeben worden. In einer meiner Versammlungen in Wiesenthal trat der Genosse Adolf Müller, einer von den Budgetbewilligern, in einer anderthalbstündigen Rede gegen mich auf und sagte unter anderem: „Ja, Ihr wollt spotten, daß wir es als eine große Errungenschaft betrachten, daß wir jetzt die Sechstelung statt der Zwölftelung bekommen haben, Ihr kennt eben unsere badischen Verhältnisse nicht, wir sind schon jetzt nicht in der Lage, dieses neue Wahlgesetz wirklich auszunutzen, und zwar sind wir deshalb dazu nicht in der Lage, weil wir nicht die nötige Zahl von wirtschaftlich unabhängigen Leuten als Kandidaten aufstellen können. (Hört! hört!) Denn — so sagte Müller — es genügt, daß wir einen Proletarier als Kandidaten zum Gemeinderat aufstellen, damit er sofort aus seiner Brotstelle fliegt. (Hört! hört!) Das sind die besonderen politischen Verhältnisse Badens. Und wer läßt denn die Proletarier aus der Brotstelle fliegen? Stellen Sie mal die Frage in Wiesenthal vor den ausgemergelten Textilarbeitern? Die werden Ihnen antworten, das sind unsere Blockbrüder: die Nationalliberalen. (Stürmisches Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ja, so sehen die besonderen Verhältnisse aus, wenn man sie näher betrachtet. Nun aber die Hauptfrage. Selbst, wenn wir davon absehen wollen, daß die tatsächlichen Errungenschaften der praktischen Politik in Baden auf lauter krampfhaft aufgebauschten Lappalien hinauslaufen, ja, selbst wenn wir annehmen wollen, es seien epochemachende Werke, so bleibt doch die Frage bestehen: was hat das

alles mit der Budgetbewilligung zu tun? (Sehr richtig!) Hing denn das Schicksal irgendeines dieser epochemachenden Gesetze von Eurer Schlußabstimmung zum Budget ab? Diese Frage werdet Ihr nicht zu bejahen wagen. (Lachen bei der Minderheit.) Auch die Frage werdet Ihr nicht bejahen können, ob denn auch nur das Zustandekommen des Budgets von Eurer Zustimmung abhing. Nein, durch die Zustimmung unserer Genossen ist nur erreicht worden, daß das Budget einstimmig angenommen ist, es wären also mit oder ohne Zustimmung unserer Genossen dem Klassenstaat in Baden die Mittel bewilligt worden. Die Art der Verteidigung der Budgetbewilliger ist deshalb bezeichnend, weil wir hier das Beispiel sehen, wie die Vertrauenskundgebungen der badischen Arbeiter für die Fraktionsmehrheit zustande gekommen sind. Ueberall, wo unsere Genossen vor die Arbeiter in Baden traten, um sich wegen ihrer Zustimmung zum Budget zu verantworten, gaben sie eine Schilderung ihrer gesamten Tätigkeit im Landtage. Nirgends ist die Frage der Budgetbewilligung getrennt von der Beurteilung der Gesamttätigkeit im Landtage gestellt worden, und die badischen Arbeiter, denen ihre Abgeordneten eine — was niemand von uns bestreiten wird — eingehende, fleißige, nützliche Arbeit während der ganzen Session vorlegen, die Arbeiter, von denen man eine Vertrauenskundgebung verlangt, sind nicht in der Lage, diese zu versagen, weil man ihnen zugleich ein Urteil über die Gesamttätigkeit abverlangt. Wären die Fragen in den badischen Versammlungen getrennt gestellt worden, wären die Arbeiter in die Lage gekommen, über die reine Frage der Ablehnung oder Bewilligung des Budgets zu urteilen, dann wäre in manchen Fällen die Antwort ganz anders ausgefallen. (Sehr richtig!) Ja, wenn man die badischen Proletarier sieht und wenn man an sie appelliert, genau mit denselben Argumenten, mit denen wir gewohnt sind, seit jeher in der deutschen Sozialdemokratie an die Klasseninteressen der Proletarier zu appellieren, so findet man dort genau dasselbe Echo, wie bei den Arbeitern in allen anderen Teilen Deutschlands. . . . (Vorsitzender Dietz macht die Rednerin darauf aufmerksam, daß sie ihre Redezeit bereits überschritten hat.) Ich habe zwanzig Minuten, denn ich muß doch den Antrag meines Wahlkreises begründen. (Zurufe: Nein, nein!) Warum nein? Genau so wie jeder andere Antrag ist auch das ein selbständiger Antrag, zu dessen Begründung eine Redezeit von zwanzig Minuten gewährt werden muß. (Vorsitzender Dietz erklärt, nachdem er mit der Rednerin privatim gesprochen hat: Wenn Genossin Luxemburg sich der Geschäftsordnung nicht fügen will, dann muß ich allerdings den Parteitag anrufen und fragen, ob er geneigt ist, hier die Redezeit zu verlängern. Es liegt kein selbständiger Antrag vor. Genossin Luxemburg hat, wie jeder Diskussionsredner, eine Redezeit von zehn Minuten, ich bin weiter gegangen und habe ihr bereits fünfzehn Minuten gewährt.) Rosa Luxemburg (fortfahrend): Die Sache ist erledigt, ich füge mich. Wenn irgend ein Umstand bewiesen hat, wie notwendig es ist, der Politik der badischen Landtagsfraktion mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, so ist es das Vorgehen der württembergischen Fraktion. Die Erklärung von Kolb und seinen Landtagskollegen beweist uns, wieviel Wert in den Berufungen der badischen Landtagsabgeordneten auf die Zustimmung der Arbeitermassen steckt. (Sehr richtig!) Diese Erklärung zeigt uns, daß unsere Parlamentarier mit dem Willen des Volkes genau so verfahren, wie die Agrarier gegenüber dem König, daß sie sagen: das Volk absolut, wenn es unseren Willen tut. (Große Unruhe bei den Süddeutschen, lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Wenn sich die Arbeiter gegen Eure Politik erklären, so geniert Euch das nicht, und man macht dann über die Köpfe der Mehrheit der württembergischen Genossen hinweg eine Demonstration auf dem Parteitag zugunsten der badischen Landtagsfraktion. Es zeigt sich, daß diese Parlamentarier keinen Wert legen

auf die Demonstration gegen den Klassenstaat. (Fortgesetzte Schlußrufe bei den Süddeutschen, auf die die Norddeutschen mit dem Ruf „Ruhe" antworten), wohl aber auf Demonstrationen gegen die eigenen Arbeiter. Frank hat mit einer sehr richtigen Bemerkung geschlossen . . . (Die Rufe Schluß wiederholen sich so stürmisch, daß die Rednerin einen Satz, den sie beginnt, nicht beenden kann. Der Vorsitzende Dietz ersucht die Rednerin, abzubrechen; sie erklärt, daß sie sich füge, doch gehen ihre Worte unter dem Lärm vollkommen verloren. Fortgesetzt erschallen aus den Reihen der Minderheit Schlußrufe. Frank ruft: Ihre Zeit ist vorbei, Genossin Luxemburg. Heiterkeit bei den Süddeutschen. Von anderer Seite wird gerufen: Abtreten! Der Lärm schwillt so an, daß der Vorsitzende droht, falls keine Ruhe eintritt, würde er die Sitzung auf kurze Zeit aufheben. Die Genossin Luxemburg verläßt schließlich unter brausendem Beifall der Mehrheit die Rednertribüne.)

Dittmann-Solingen (zur Geschäftsordnung): Bisher ist bei den Verhandlungen des Parteitages so verfahren worden, daß der Vorsitzende dem Redner, selbst wenn seine Redezeit abgelaufen war, gestattete, mit einem Schlußsatz seine Ausführungen zu vollenden. Ich stelle fest, daß jedem Parteigenossen dieses Recht zugestanden worden ist. Ich stelle weiter fest, daß die badischen Budgetbewilliger und ihre Freunde es der Genossin Luxemburg unmöglich gemacht haben, ihre Rede zu beenden. (Beifall und Widerspruch. Zubeil ruft: Wir rächen uns!) Ich will davon absehen, einen formellen Antrag zu stellen, der Genossin Luxemburg jetzt unmittelbar noch einmal das Wort zu geben. (Gelächter bei den badischen Delegierten und Zurufe: Stellen Sie ihn doch! Zubeil ruft: Wir können auch Skandal machen, merkt Euch das!) Die gewaltige Mehrheit des Parteitages würde dem Antrage zustimmen. (Lebhafter Beifall.) Ich stelle die Tatsache der Vergewaltigung der Genossin Luxemburg (heftiger Widerspruch bei den süddeutschen Delegierten) vor dem Parteitage und vor der ganzen Partei hiermit fest. (Lebhafter Beifall und starker Widerspruch.)

Stadthagen (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage ausdrücklich, der Genossin Luxemburg noch zehn Minuten Redezeit zu gewähren und zwar aus folgenden Gründen: Wenn einem Redner durch Unterbrechungen einer Minderheit es unmöglich gemacht wird, zehn Minuten lang zu sprechen, so muß ihm erneut das Wort gegeben werden. Nur der Präsident hat das Recht, die Rede abzukürzen. Wir müssen also auch der Genossin Luxemburg das Recht geben, ihre Redezeit auszunutzen. Der Präsident hat bisher in objektivster Weise die Rechte jedes Redners gewahrt. Ich beantrage nun, der Genossin Luxemburg noch einmal zehn Minuten lang das Wort zu geben. (Beifall und Widerspruch.)

Vorsitzender **Dietz**: Ein solcher Antrag ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Ich bitte auch die Entscheidung über diese Frage und über die Leitung der Diskussion mir zu überlassen. (Beifall.) Es ist immer so gewesen, daß die Redezeit zehn Minuten beträgt, wenn es sich nicht etwa um einen selbständigen Antrag handelt. Nun habe ich auch die Gepflogenheiten unseres Singer befolgt, die Redner auch zwölf, dreizehn bis fünfzehn Minuten sprechen zu lassen, wenn sie gerade einen Gedanken zu Ende führen wollten. Fünfzehn Minuten währte auch die Redezeit der Genossin Luxemburg. Das stelle ich hiermit fest. Während dieser fünfzehn Minuten wurde sie von den Genossen ruhig angehört. Nachher erst begann der Lärm und der Skandal. (Sehr richtig!) Sie sehen also, wie notwendig es ist, daß sich die Genossen, besonders wenn sie sich auf der Rednertribüne befinden, den Anordnungen des Vorsitzenden fügen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wenn der Vorsitzende es bestimmt, dann müssen sie auch von der Rednertribüne abtreten. (Erneuter

Beifall bei den Süddeutschen.) Das ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung dringend notwendig.

Stadthagen: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Dr. Karl Liebknecht: Die Genossin Luxemburg verzichtet darauf, daß ihr das Wort noch einmal erteilt werde. Ich bin ermächtigt, den dahingehenden Antrag zurückzuziehen. Nun ist die Frage aufgeworfen, ob die einzelnen Anträge zur Budgetbewilligung als selbständige Anträge im Sinne unserer Geschäftsordnung aufzufassen sind. Ich bin der Ansicht, daß dies der Fall ist, und ich bitte eine Entscheidung des Parteitages darüber herbeizuführen. Es ist mir durchaus nicht verständlich, aus welchen Gründen man diesen Anträgen den Charakter der selbständigen Anträge absprechen möchte. Jeder einzelne Wahlkreis stellt den Antrag als Ausdruck seiner Meinung zur Budgetfrage und verlangt damit auch, daß der Antrag gründlich beraten werde. Das sollte doch eigentlich selbstverständlich sein. Es kann nebensächlich sein, ob die einzelnen Anträge besonders unterstützt worden sind oder ob der Vorsitzende es für zweckmäßig gehalten hat, sogleich zu erklären, daß er alle Anträge für genügend unterstützt halte und sie gemeinsam zur Diskussion stelle. Das ist doch nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit geschehen. Hätte der Vorsitzende diesen Standpunkt nicht eingenommen, dann hätte die Berliner Delegation ihrerseits einen dahingehenden Antrag gestellt. Das hätte gleichzeitig bedeutet, daß alle Anträge genügend unterstützt gewesen wären, weil die Berliner Delegation dazu stark genug ist. Tatsächlich sind also alle Anträge genügend unterstützt, und wir verlangen daher auch für jeden zur Begründung zwanzig Minuten Redezeit. Man darf ja hoffen, daß das nicht ausgenutzt wird. Ich bitte um eine Entscheidung des Parteitages.

Vorsitzender **Dietz:** Wenn das richtig wäre, was Genosse Liebknecht eben gesagt hat, dann müßte ganz anders verfahren werden. Dann müßten die einzelnen Anträge zur Verlesung kommen, und diejenigen, die gewillt sind, sie zu vertreten, hätten sich zum Wort zu melden. Das ist aber hier nicht der Fall. Ich stütze mich dabei auf langjährige Uebung. Alle Anträge sind diesmal zusammengelegt worden, und ich habe nicht die Diskussion über diesen oder jenen Antrag eröffnet, sondern ich habe die Diskussion über die g a n z e B u d g e t f r a g e eröffnet. (Zustimmung.) Und da hat jeder nur 10 Minuten lang das Wort. Diese Praxis verfolgt der Parteitag seit 19 Jahren; davon wollen wir auch heute nicht abgehen, es sei denn, daß der Parteitag beschließt, seine Geschäftsordnung abzuändern. Ich bitte, es bei der bisherigen Uebung zu belassen. (Beifall.)

Auer-München: Das, was Liebknecht ausgeführt hat, hätte seine Richtigkeit, wenn vorher vereinbart worden wäre, daß jede Organisation, die einen Antrag gestellt hat, zur Begründung 20 Minuten Redezeit hat. Wäre das geschehen, dann hätten wir die Genossin Luxemburg nicht unterbrochen. Wir hätten das auch nicht getan, wenn ordnungsmäßig beantragt worden wäre, ihr 20 Minuten Redezeit zu geben, und wenn der Parteitag so beschlossen hätte. Hätte so ein Parteitagsbeschluß vorgelegen, so wäre er von uns respektiert worden. (Heiterkeit, Dittmann ruft: Wie alle Parteitagsbeschlüsse!) Das wäre der ordnungsmäßige Verlauf gewesen. Was die Genossin Luxemburg aber getan hat, war nicht ordnungsmäßig, das war geschäftsordnungswidrig. (Lebhafte Zustimmung bei den süddeutschen Delegierten.) Die Geschäftsordnung haben wir uns selbst gegeben, darum bestehen wir auch darauf, daß danach gehandelt wird, und daß die Geschäftsordnung richtig angewendet wird, welcher Delegierte auch in Betracht kommt. Wir wenden uns gegen die Ungerechtigkeit und gegen die Bevorzugung eines Delegierten, die eine

Benachteiligung der anderen Delegierten bedeutet. Die Genossin Luxemburg hatte nicht etwa nur einen Satz zu Ende sprechen wollen, sondern sie schnitt, nachdem sie 15 Minuten lang geredet hatte, wieder ein neues Thema an. (Sehr richtig!) Da sagten wir uns: Nun reicht es, nun geht die Geschichte nicht weiter, und da protestierten wir. Wir protestierten aber nicht gegen die Genossin Luxemburg als Person, sondern nur gegen die Ungerechtigkeit, die durch ihr Verhalten zutage trat. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Süßheim-Nürnberg: Auch ich bitte, den Antrag, die Genossin Luxemburg jetzt noch einmal zu Worte kommen zu lassen, zurückzuziehen.

Dr. **Karl Liebknecht**: Ich stelle fest, daß der Antrag zurückgezogen ist Damit ist diese Geschäftsordnungsdebatte erledigt.

Heilmann-Chemnitz: Die Genossin Luxemburg hat, wie mir scheint, mit vollem Recht, gesagt, daß in der Rede unserer badischen Genossen kein neues Argument für die Budgetbewilligung ausgesprochen worden ist. Zu meinem großen Bedauern muß ich sagen, daß auch sie nicht das mindeste Neue gegen die Budgetbewilligung gesagt hat, und, Parteigenossen, gerade das war meine letzte Hoffnung. (Heiterkeit.) Nachdem ich von den Praktikern, die bisher in der Debatte gesprochen hatten, keinerlei Aufklärung erhalten hatte über die wirkliche Bedeutung der Budgetverweigerung, hatte ich gehofft, daß die Theoretiker es uns klar machen würden, daß hier ein wirklich ernsthafter Streitfall vorliegt. Man hat als selbstverständlich unterstellt, daß die Budgetverweigerung eine Demonstration gegen den Klassenstaat ist. Ich bestreite das mit aller Entschiedenheit. Ich verweise Sie auf den Antrag unseres Genossen Schippel, der eine ganz neue Theorie der Budgetbewilligung aufstellt, mit der Sie sich bisher noch nicht beschäftigt haben, weil Ihnen die sachlichen Grundlagen dazu fehlen, das zu beurteilen. (Unruhe bei der Mehrheit.) Ich sage Ihnen, Genossen, daß kein Mensch mir einreden wird, daß die Budgetverweigerung irgendwelche Bedeutung hat. Das glaubt Ihnen niemand, der von der Tribüne des Reichstags heruntergesehen hat, in welcher Weise das Budget abgelehnt wird. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich behaupte, es sitzt kein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter hier, der nicht schon wiederholt im Reichstag für das Budget gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Denn, Parteigenossen, die Abstimmung vollzieht sich unter solcher Unaufmerksamkeit, solcher Teilnahmslosigkeit, daß auch der Genosse Bebel nicht wird behaupten können, daß er immer darauf geachtet hat. (Sehr gut! bei den Süddeutschen; B e b e l : Auf die Schlußabstimmung allerdings! Das ist eine Beleidigung!) Ich bitte um Verzeihung, wenn Genosse Bebel immer aufgepaßt hat, so will ich das gern zurücknehmen; ich kenne aber sehr viele sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete (Zuruf: Namen nennen!), die ich selbst während der Schlußabstimmung habe Briefe schreiben, habe hinausgehen sehen, und ich behaupte, das ist keine Demonstration. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich versichere Ihnen, daß kein Mensch von unserer Schlußabstimmung Notiz nehmen würde, wenn wir uns nicht jahraus, jahrein darüber zanken würden. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Ich kann mich da auf einen Größeren berufen, der genau derselben Meinung über die Budgetabstimmung ist. Ferdinand Lassalle hat die Budgetverweigerung nicht für eine Demonstration gegen den Klassenstaat, sondern für einen Ausdruck liberaler Feigheit erklärt. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) In seinen Vorträgen über Verfassungswesen hat er auseinandergesetzt, daß die Budgetverweigerung nur dann einen Sinn habe, wenn die Steuerverweigerung danach erfolge (Zurufe bei der Mehrheit), und daß die Steuerverweigerung nur einen Sinn hat, wenn man entschlossen ist, den Steuerexekutoren mit den Waffen entgegenzutreten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Was Lassalle damals gesagt hat,

ist noch heute durchaus richtig, und darum hat es mich aufs tiefste enttäuscht, daß die Genossin Luxemburg den badischen Genossen genau wie Bebel gesagt hat: Ihr konntet ja ruhig dagegen stimmen, es wäre ja doch angenommen worden. (Bebel: Das habe ich nicht gesagt!) Aber die Genossin Luxemburg hat es gesagt, und Genosse Bebel hat lang und breit ausgeführt, es wäre angenommen worden, weil keine bürgerliche Partei den Mut habe, dagegen zu stimmen. Das ist eben die Sache; wir lehnen das Budget ab, gar nicht um Ernst damit zu machen, sondern nur, weil es gleichgültig ist, nur, wenn es nicht schadet. (Zuruf: Unsinn!) Ja, wollen Sie denn das Budget ablehnen in dem Augenblick, wo Sie die Mehrheit haben? (Gelächter bei der Mehrheit; Ledebour: Das ist ja ganz was anders!) Eine solche Demonstration, die keinen ernsten Zweck hat, kann in der Tat von niemand ernst genommen werden. Und nun frage ich Sie: wenn die Budgetverweigerung etwas Prinzipielles ist, warum bringen Sie die Frage nicht vor das Forum der Internationale? (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Warum verlangen Sie nicht, daß Genosse Keir Hardie in England das Budget ablehnt? Genosse Ledebour hat es in Kopenhagen verlangt — wo ist die deutsche Delegation, die sich dem anschließt? (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Keine einzige Partei der Internationale macht diese querelle allemande mit, den wir hier ausfechten, das ist nur eine deutsche Streitfrage, und nur Deutsche sind imstande, darüber tagelang zu streiten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Eine einzige Partei der Internationale hat noch eine Art Budgetverweigerung im Programm, das ist die französische Bruderpartei. Dort steht im Einigungsstatut, daß die Fraktion nur dann für das Budget stimmen soll, wenn der Parteivorstand zustimmt. Und, Parteigenossen, diese Bestimmung ist in das Einigungsstatut nachträglich hineingesetzt worden als Fessel für die Fraktion, auf Antrag des früheren Genossen Aristide Briand. (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Wenn Genosse Bebel in der Debatte gefragt, wie es mit dem Minister- und Geheimratwerden in Deutschland sei, so sage ich, dazu sind eigentlich nach dem französischen Beispiel die heftigen Budgetverweigerer mehr berufen als die Budgetbewilliger. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Und nun zum Schluß, Parteigenossen: Wie glauben Sie denn, soll diese Debatte ausgehen? Glauben Sie wirklich, es wird nun eine machtvolle Demonstration sein, wenn par ordre du mufti, auf Befehl des Parteitags, die Frank und die Kolb das nächste Mal das Budget ablehnen? (Sehr gut! bei den Süddeutschen; Zuruf: Nach dem Willen der Gesamtpartei!) Aber glauben Sie denn, daß dieser Wille der Gesamtpartei, so wie wir ihn respektieren, auch Respekt erweckt bei den bürgerlichen Parteien? (Stürmische Heiterkeit bei der Mehrheit.) Parteigenossen, genau das, was Sie jetzt machen, nämlich lachen, das werden die bürgerlichen Parteien auch machen, wenn die Frank und Kolb jetzt gegen das Budget stimmen, und diese Lächerlichkeit tötet, denn die badischen Wähler werden auch lachen. Bebel hat gesagt, wir brauchen feste, aufrechte Männer, die bei dem stehen, was sie getan haben. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Parteigenossen, wären Frank und Kolb noch die festen, aufrechten Männer, die wir brauchen, wenn sie jetzt plötzlich sich demütig unterwürfen und gegen das Budget stimmten? Ich glaube, daß die Wähler ihnen dann eine deutliche Absage geben würden, und ich glaube weiter, daß diese ganze Debatte wohl vermeidbar wäre. Zubeil hat gestern mit großem Stolz gesagt: in Berlin stimmt man gegen das Budget der Gemeinde. Nun, in Leipzig, Dresden, Chemnitz stimmen wir dafür, und darum streiten wir uns doch auch nicht. Ich sage also: warum der Streit? Die Sache ist künstlich aufgebauscht. Suchen Sie einen Weg zur Einigkeit und Verträglichkeit ohne Zwang! (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Vorsitzender **Dietz** ersucht die Galerie, Beifallskundgebungen zu unterlassen. Sie sei zum Hören da, nicht aber, um Beifall oder Mißfallen zu äußern.

Quarck-Frankfurt: Ich möchte Ihnen einiges zur Behandlung der Resolution Bebel vorschlagen. Wir müssen uns doch endlich auch darüber äußern, wie wir uns zu der Beschlußfassung stellen wollen. Im Namen einer ganzen Reihe von Delegierten möchte ich nun beantragen, getrennt abzustimmen. (Ledebour: Wir denken nicht daran!) Ich beantrage, bei der Abstimmung den ersten Absatz von der Gesamtresolution zu trennen, denn strittig ist ja dieser erste Absatz allein, während sich die große Mehrheit wohl auf den letzten Absatz vereinigen wird. Sie würden nämlich die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn sie verkennen wollten, und auch Bebel wird das nicht verkennen, daß bis in die Reihen unserer norddeutschen Genossen Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob mit der alten Form der Ablehnung für alle Fälle und in allen Fällen durchzukommen ist. Genosse Heilmann hat soeben so naiv angeführt, daß wir mit der Ablehnung keine Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien finden würden. Nun wäre es traurig, wenn wir bei unseren Maßnahmen auf die Beurteilung durch die bürgerlichen Parteien angewiesen wären. (Lebhafte Zustimmung.) Nein, umgekehrt wird ein Schuh draus: Weil wir durch unsere wachsende Macht und unsere wachsende Zahl in den Landtagen vor neue Schwierigkeiten gestellt werden, ist die Frage oft nicht mehr mit der alten einfachen Formel zu lösen und beantrage ich diesen Abstimmungsmodus. Der zweite Grund ist, daß einerseits unsere Landesparlamente in Deutschland immer mehr bloße Verwaltungskörper werden, und andererseits wieder der Druck des preußischen Junkertums auf die deutsche Gesamtpolitik auch auf die Bundesstaaten immer mächtiger wirkt, so daß wir zwischen diesen beiden Dingen in den Landtagen hin und her pendeln. Deshalb müssen wir uns bemühen, eingehendere taktische Regeln aufzustellen. Wir reichen mit der alten Formel nicht mehr aus und ich wünsche deshalb die getrennte Abstimmung, durch die sich auch die Mehrheit für die letzten Absätze der Resolution desto imposanter gestalten dürfte. Der Standpunkt, den ich im übrigen von Anfang an in der Affäre eingenommen habe, ist, daß die Art, wie die Badenser durch die Tat für die Abänderung unserer taktischen Maßnahmen zu wirken versuchten, so ungeschickt war wie irgend möglich. Wenn die Badenser die Frage verwirren aber nicht klären wollten, dann mußten sie so handeln, wie sie gehandelt haben. (Bebel: Sehr gut!) Erstens außerordentlich ungeschickt in praktischer Beziehung. (Bebel: Sehr richtig!) Man soll die Gegner vor vollendete Tatsachen stellen, aber nicht die eigene Partei (Bebel: Sehr gut!) und sie niemals auf solche Weise nötigen, auf dem Parteitage darüber zu streiten, ob die Motive des Handelns richtig waren. (Zustimmung.) Es ist nicht richtig, daß die Badener keine Zeit gehabt hätten, sich mit dem Parteivorstand zu verständigen. (Bebel: Lächerlich!) Das hätten sie sehr gut gekonnt, da sie von Anfang an entschlossen waren, für das Budget zu stimmen, und die dann kurze Zeit geplante Ablehnung nur eine kleine Episode war. Schon dadurch, daß dies die Badener nicht getan haben, haben sie sich schuldig gemacht; ihre Haltung in der ganzen Sache war außerordentlich schwankend, mal so, mal so, nicht gerade imponierend. (Bebel: Sehr richtig!) Sie haben als Entschuldigung vielleicht eines, daß sie durch die wirkliche oder vermeintliche Aussichtslosigkeit, sich in Norddeutschland, bei der heutigen Zusammensetzung des Parteivorstandes, Geltung zu verschaffen, ins andere Extrem getrieben wurden. Was aber die politische Seite Eurer Abstimmung anbelangt, badische Genossen, so ist es doch nicht so, daß Ihr keine Reformen mitmachen könntet oder durch Ablehnung des Budgets Eure Erfolge diskreditieren würdet,

Die richtige sozialdemokratische Landtagspolitik und parlamentarische Taktik überhaupt besteht in der geschickten Verbindung beider Methoden, darin, daß man herausschlägt, was man kann, daß aber dauernde Erfolge nur erzielt werden durch stramme sozialdemokratische Haltung in Verbindung mit den Massen außerhalb des Parlaments (Zustimmung), und darin habt Ihr gefehlt. Ich erkenne gewiß die Entschuldigungsgründe für Eure Haltung an, gerade weil ich die Verhältnisse aus der Nähe beobachte. Ich weiß, mit welcher Freude und mit welchem Ueberschwang Ihr in die parlamentarische Arbeit hineingegangen seid; mit welcher prächtigen Arbeitswut Ihr Euch mit Euren neuen Männern auf die Arbeit gestürzt habt. Ihr habt des Guten zuviel nicht in der Aufklärungsarbeit, sondern im rein parlamentarischen getan und habt gar nicht mehr gefragt, welche Konsequenzen das haben muß.

Dafür will ich bloß zwei Beispiele herausgreifen: Ihr habt zum Beispiel in der Schulfrage, das hat Kolb im „Volksfreund" aus dem von Euch unterschriebenen Kommissionsbericht gegen Geck selbst konstatiert, als der Kommissionsvorsitzende fragte, ob jemand einen Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichts zu stellen habe, vollständig geschwiegen. (Hört, hört! Frank: Das ist ja nicht wahr!) Kolb, ich kann Ihnen diese Nummer des „Volksfreundes" bringen. Ihr habt dann, soviel ich weiß, erst in der dritten Lesung den Antrag nachgeholt, aber zu spät, als das fertige Gesetz aus der Kommission kam. Das zweite Beispiel: Ihr habt in der Wahlfrage Verbindung mit der Arbeiterschaft draußen noch nicht einmal gesucht. (Bebel: Sehr richtig!) Ihr bekamt die Gemeindewahlreform um Ostern herum. Ich hatte Euch in der „Volksstimme" schon damals auf die Notwendigkeit umfassenderer Agitation im Lande aufmerksam gemacht und Euch auch in einem früheren Vortrage in Karlsruhe schon gesagt, daß gerade Ihr die besondere Ehrenpflicht habt, gegen das Klassenwahlrecht vorzugehen; denn dieses ist zuerst in den dreißiger Jahren von den badischen Altliberalen ausgeheckt worden und dann erst nach dem Rheinland und der Mark gebracht worden. Ihr hattet also die Ehrenpflicht, im Kampfe dagegen an der Spitze zu stehen. Ihr habt aber den Entwurf nicht nur ohne jede Agitation im Lande hingenommen, sondern Kolb hat auch, schon befangen in dem Gedanken der Gemeinschaft der Liberalen, sofort in einem Artikel in der „Kommunalen Praxis" sehr lahm geschrieben; daran, daß wir statt des Neun- bis Zwölfklassenwahlrechts das Sechsklassenwahlrecht bekommen, wird nicht viel zu ändern sein. Genossen, das ist kein Standpunkt, die Fraktion mußte hinausgehen, die Massen aufrufen und den Liberalen sagen, das verlangen die Massen, wir können nicht zurückgehen. Dann hättet Ihr eine ganz andere Stellung gehabt und wir wären nicht in die Dinge hineingekommen, in die wir hineingekommen sind.

Sie sehen, man kann bei der Detailkritik der Badener doch gerecht und sachlich bleiben, aber auch zu dem Schlusse kommen, daß Ihr (zu den Badenern) Euch durch die Arbeitsgemeinschaft und durch die bloße parlamentarische Arbeitsbereitschaft habt zu weit hinreißen lassen. Deshalb fallen Eure Gründe platt zu Boden, und erst recht, wenn wir die deutsche Gesamtlage betrachten. Heute, wo wir vor einem verstiegenen Gottesgnadentum stehen in Preußen, das bis in die badische Regierung hinein seine Stütze findet, heute liegen die Dinge auch in Süddeutschland so, daß Ihr kräftiger, aber nicht behutsamer auftreten müßt. Ich muß Euch also bitten, auch die Argumente von der anderen Seite nicht unbeachtet zu lassen und Euch ihnen nicht zu verschließen, sondern dazu zu helfen, daß eine Einigung zustande kommt, die nicht bloß diktiert wird, sondern eine Einigung, für die Ihr schon auf dem Offenburger Parteitag hättet vorarbeiten können. Wenn auf dem Offenburger Landesparteitag Frank und Kolb nicht im Vollgefühl ihrer parlamentarischen Er-

folge einen so unnachgiebigen Standpunkt eingenommen hätten, dann hätte nach meiner Meinung eine Einigung angebahnt werden können. Müller und Molkenbuhr sagten bewegt, welchen Schmerz es der Gesamtpartei bereite, daß die Badener solche Seitenwege wandeln. Aber mit keinem Wort haben die Badener darauf reagiert! (Hört! hört!) Hätten Sie damals gesagt, wie jetzt Frank: Wenn ich wüßte, daß ich die Mehrheit für die Indemnität finde, hätte ich sie auch verlangt; hätten Sie sich damals mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt, dann wären uns solche Szenen wie heute, bei denen, wie ich nicht verhehlen kann, die Genossin Luxemburg auch nicht gerade ein Muster an Demokratie geboten hat, erspart geblieben. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: Es ist selbstverständlich nicht möglich, auf alle die Einzelheiten einzugehen, die heute und gestern erörtert worden sind. Ich muß mich kurz fassen, um in den 10 Minuten wenigstens im wesentlichen das zu sagen, was ich sagen möchte. Ich bin der Meinung, daß die Budgetfrage, die wir nun seit Jahren erörtern, dadurch kompliziert wird, daß man den großen deutschen Parteitag zu sehr dazu zu bringen vermocht hat, auf die Vorgänge in den einzelnen Ländern Einwirkung auszuüben. Ich gehöre zu denen, die tatsächlich in merkwürdigen Verhältnissen gestanden haben und noch stehen und die schon für ein Budget gestimmt haben, jetzt aber dagegen stimmen müssen, weil die Verhältnisse des Landes sich derartig entwickelt haben, daß es ein schweres Unrecht gegen uns selbst wäre, wollten wir die frühere Taktik auch jetzt beobachten. Aber gerade diese Verschiedenheit der Situation beweist, daß Fehler unvermeidlich wären, wenn wir uniformieren wollten. Selbstverständlich hat der Parteitag das Recht, wenn Vertreter in den einzelnen Landtagen eine Handlung ausführen, die die Kritik herausfordert, darüber zu urteilen und darüber zu sprechen. Das ist unser gutes Recht und auch unsere Pflicht, und ich habe kein Wort dagegen zu sagen, wenn das geschieht. Es ist aber ein Fehler, wenn wir durch Beschlüsse, wie der Nürnberger, in unhaltbare Situationen gebracht werden. Gerade die Tatsache, daß wir uns seit Jahren über die Budgetfrage unterhalten und heftige Konflikte ausfechten, beweist, daß wir hier in unhaltbare Situationen geführt werden; sie zeigen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Landtagen wechseln und daß unsere Vertreter in denselben gezwungen sind, diesen wechselnden Verhältnissen Rechnung zu tragen, soweit, als ich das als Parteimann verantworten kann. Ich meine deshalb, daß es notwendig ist, den Weg zu finden, um den Willen der Gesamtpartei auszusprechen, dabei aber den einzelnen Landsmannschaften die Möglichkeit zu geben, im Rahmen dieses Willens handeln zu können. Nun muß ich sagen, daß ich allerdings erstaunt war über die Begründung, welche die badischen Genossen für ihre Haltung gaben. Ich war es, der Frank persönlich den Kopf gewaschen hat, weil ich der Meinung war und noch bin, daß seine Begründung den Kern der Sache nicht getroffen hat, und ich wäre bereit, dies im einzelnen zu vertreten; ich bin der Meinung, daß die Situation in Baden so war, daß durch die Selbstausschaltung unserer eigenen Genossen, nachdem sie einmal mit den Liberalen sich zum Großblock vereinigt hatten, ein schlechteres Budget zu befürchten gewesen wäre. Die Situation der Arbeiterklasse wäre dadurch zweifellos schlechter geworden, wenn ein Wechsel in der Politik eingetreten wäre, weil das Zentrum dann ganz anders gearbeitet haben würde als es gearbeitet hat. Die ganzen Verhältnisse Badens sind danach angetan, daß man nur so hat vorgehen können; das mußte man sofort beim bloßen Verfolgen der Berichte, sowohl der badischen Parteipresse, als auch der Berichte der bürgerlichen Blätter über den Landtag einsehen. Sowie ich das verfolgte, war mir klar, daß die Situation so stand, daß die badischen Genossen

die Pflicht gehabt hätten, sich mit dem Parteivorstand zu verständigen und dadurch derartige Auseinandersetzungen, wie sie gefolgt sind, zu vermeiden. Es fiel mir gar nicht ein, irgendwie zu verlangen, daß die badischen Genossen eine falsche Begründung für ihren an sich berechtigten Beschluß hätten geben sollen. Nein, im Gegenteil, ich verlangte die klare Begründung, wie sie der Situation entsprach. Ich bin der Meinung, daß es eine Gefahr für die Gesamtpartei und für uns alle ist, denn wir hängen doch an der Partei mit Leib und Leben, wenn wir jetzt einen Beschluß fassen, wie ihn namentlich der Antrag Zubeil verlangt. Das wäre ein Beschluß, der den Zwiespalt in unsere eigenen Reihen trägt (Ledebour: Der ist von der anderen Seite hineingetragen worden!) und der nirgends mehr vernünftige Arbeit ermöglicht. Es ist Ledebours gutes Recht, derartige Anträge auszuhecken, aber mein gutes Recht ist es, sie zu bekämpfen. Gerade die wechselnden Verhältnisse in den einzelnen Ländern machen es absolut notwendig, daß wir vorsichtig sind. Ich sitze nicht auf der Anklagebank, für mich würde der Antrag keine praktische Bedeutung erhalten, aber es können auch für die kleinsten Länder Situationen kommen, wo die paar Männle im Landtag entscheidend sein können für die Entwickelung, die wir wünschen müssen. Denn darüber sind wir ja doch alle einig, daß mit einem Schlage eine vernünftige Gesellschaftsordnung nicht geschaffen werden kann. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Das glaubt doch heute niemand mehr unter uns, daß das auf einmal möglich sein wird. So dachten wir in den 60er und 70er Jahren, als wir jungen Leute in die Arena traten; als ich glaubte, wenn ich meinen ersten Monat Gefängnis hinter mir habe, dann haben wir die Mehrheit im ganzen Lande. (Heiterkeit.) Weil wir wissen, daß mit Wasser gekocht wird, daß die Verhältnisse in den Einzelstaaten verschieden sind, bin ich der Meinung, daß wir einen solchen Beschluß nicht fassen sollten. Der Antrag, der verlangt, die Frage nochmals gründlich zu studieren, hätte wirklich ausgereicht. Ich behaupte ganz ruhig, daß derartige knifflige Fragen, wie die der Stellung zum Budget, gar nicht im Handumdrehen gelöst werden können und auch durch solche Beschlüsse nicht gelöst werden. Der Beschluß würde zur Folge haben, daß in allen süddeutschen Staaten eine ganze Anzahl von Parteigenossen auftreten und beantragen würde, die Frage das nächste Mal wieder aufzurollen. Die Situation in den Parlamenten ändert sich, und die Verhältnisse wechseln derart, daß heute hier und morgen da solche Anschauungen auftreten. Daher sollten wir darauf sehen, eine Verständigung in dem Sinne herbeizuführen, daß wir eine Resolution zur Annahme bringen könnten, die die Freiheit der einzelnen im Rahmen der Gesamtauffassung ermöglichte.

Ich habe nicht bloß Frank gegenüber meinen Standpunkt vertreten, sondern auch anderen gegenüber, brieflich auch Bebel gegenüber. Wir müssen, nachdem wir so groß geworden sind, eine Menge Elemente unter uns haben, die in der Tat nicht so scharf logisch ausgeprägte Auffassungen wie Bebel haben; nachdem wir sie aber zu uns herübergezogen haben, müssen wir sie zu erziehen suchen und dürfen sie nicht abstoßen.

Ich bestreite keinen Augenblick, daß Sie in Preußen über diese Frage längst weg sind, deshalb — weil Sie noch nie davor gestanden haben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn es Ihnen gelingt, das allgemeine Wahlrecht zu kriegen, und dabei will ich mithelfen, dann warten Sie, wie es dann aussieht, und ich sage Ihnen: Kanton Badisch würde Kanton „Preußisch" werden. (Beifall.)

Lehmann-Mannheim: Es ist nicht gerade angenehm, daß wir alle paar Jahre uns mit dem badischen Krakeel zu beschäftigen haben. Es wäre an der Zeit, daß die Badener einmal abgelöst würden durch eine andere Landsmann-

schaft. Sie haben 1894 in Frankfurt lange Auseinandersetzungen gehabt wegen der bekannten Stegmüllerei. Damals ist das Verhalten der Badener auch mit besonders eigenartigen Verhältnissen begründet worden; damals hat man geglaubt, daß es unter Umständen sich nötig machen könne, für Kirchenbauten zu stimmen, schon um deswillen, weil das historisch so geworden sei. Nachdem die Stegmüllerei beseitigt war — heute redet man weiter darüber —, sind wir heute in das andere Extrem verfallen.

Dann haben unsere Leute im Landtag einmal für das Budget gestimmt. Das hat im Lande draußen Widerspruch erregt; der Lübecker Parteitag hat einen Beschluß gefaßt und die badische Landtagsfraktion hat sich diesem Beschluß gefügt. Man hat damals Wert darauf gelegt, daß sie sich fügt. Zu dem badischen Parteitag, der sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, hat der Parteivorstand es für wichtig genug erachtet, Bebel abzuordnen, der dort seinen Standpunkt vertrat. Ich wiederhole, daß damals unter Führung des verstorbenen Genossen Dreesbach die Fraktion sich gefügt hat, ein anderes Fraktionsmitglied hat damals ausdrücklich erklärt, daß sie auf Grund des Lübecker Parteitagbeschlusses gegen das Budget stimmen. Das haben die Gegner sehr wohl verstanden, daß eine kämpfende Partei das Hauptgewicht darauf legen muß, einig und geschlossen im Kampfe zu stehen. 1904 hat man dann es für selbstverständlich erachtet, im Landtage gegen das Budget zu stimmen.

Niemand ist es eingefallen, etwa nur die Frage aufzuwerfen, ob wir jetzt dafür stimmen könnten. Dann kam 1905. Mittlerweile hatten wir das jetzt bestehende Wahlrecht bekommen. Allerdings nicht allein, sondern mit Hilfe des Zentrums. Bei den Stichwahlen 1905 kam der sogenannte Großblock zustande, und eine Anzahl von Genossen, die jetzt die Führung haben und die für das Budget gestimmt haben, sind damals in den Landtag eingetreten, unter anderem Frank und Kolb. Diese zwei, die ja für die Zustimmung zum Budget in erster Linie verantwortlich zu machen sind — das werden sie wohl nicht bestreiten —, selbst diese zwei haben im Jahre 1906, als wir zum ersten Male abstimmten, gar nicht daran gedacht, auch nur den Antrag auf Zustimmung in der Fraktion zu stellen. Der Lübecker Beschluß galt, deshalb stimmten wir gegen das Budget. Erst 1908 hat man eine Schwenkung vollzogen. Heute sagt man, es wäre die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen gewesen, die uns dazu gezwungen hätte. Damals haben wir noch keine Arbeitsgemeinschaft gehabt. Damals haben die Nationalliberalen noch unsere Anträge niedergestimmt, wie sie es jetzt allerdings auch noch tun. Aber damals ist man auch nicht so weit gegangen in der Verbrüderung mit ihnen wie jetzt. Trotzdem hat man die Schwenkung vollzogen und für das Budget gestimmt. Sie kennen die Folgen. Der Nürnberger Parteitag hat sich in schärfster Weise gegen die Budgetbewilligung ausgesprochen und die Genossen in Bayern und Württemberg haben sich gefügt. Wir haben ohne weiteres angenommen, daß die badischen Genossen sich auch fügen werden. Bald nach dem Nürnberger Parteitag sind die Kandidaten zum Landtag aufgestellt worden. Niemand ist es dabei eingefallen, zu sagen: Du wirst deshalb aufgestellt oder nicht aufgestellt, weil Du Budgetbewilliger oder Budgetgegner bist. Als ich abgesägt wurde (Heiterkeit), sagte kein Mensch: Du wirst abgesägt, weil Du gegen das Budget bist, sondern man sagte, daß ich die Doppellast zweier Mandate nicht gut tragen könnte. Wir mußten damals annehmen, daß unsere Abgeordneten den Parteitagsbeschlüssen sich fügen würden. Als dann in der Fraktion beschlossen wurde, gegen das Budget zu stimmen, da sind Leute zu mir gekommen und haben es mir freudestrahlend erzählt. Ich habe es als etwas ganz selbstverständliches hingenommen. Kolb

und Frank haben die Folgen ihres Umfalles sicherlich nicht vorausgesehen. Wäre das der Fall gewesen, so hätten sie es sich zweimal überlegt, ehe sie dafür stimmten. Hätte man sich das ordentlich überlegt, so hätte sich eine Mehrheit in der Fraktion wahrscheinlich nicht gefunden. Sie haben mit der Zustimmung einen großen politischen Fehler gemacht. Wir ständen heute in Baden viel besser da, wenn wir gegen das Budget gestimmt hätten, wie 1906 Was haben wir denn nun? Wir haben den Streit in der Partei, über den sich die Gegner freuen. Die Agitation wird dadurch gehemmt. Sie hätten ja das Recht gehabt, zu verlangen, daß der Nürnberger Beschluß aufgehoben wird. (Zuruf von den Süddeutschen: Haben wir auch verlangt!) Ein solcher Antrag ist nicht gestellt worden. Es ist grundfalsch zu behaupten, daß wir gezwungen waren, zuzustimmen. Frank hat hervorgehoben, daß es der Tätigkeit der Landtagsfraktion zu verdanken sei, daß eine Erhöhung der direkten Steuer nicht eingetreten sei. (Frank ruft: Das steht sogar im schwäbischen Merkur!) Daß die indirekten Steuern erhöht wurden, hat unsere Landtagsfraktion nicht verhindern können. Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern ist dadurch noch ungünstiger geworden.

Wir haben in Baden über 17 Millionen Mark Einnahmen aus indirekten Steuern (Zuruf von Frank: Zolleinnahmen des Reichs!) nein, indirekte Landessteuern, über 17 Millionen indirekter Steuern und wir haben nur 26 Millionen Einnahmen aus direkten Steuern. Die direkten Steuern sind geblieben, die indirekten sind erhöht worden. (Zuruf: Durch das Reich!) Wieso durch das Reich? Das Reich hat uns doch nicht etwa gezwungen, auch unsere Biersteuer zu erhöhen. Wir hatten in Baden bisher die höchste Biersteuer, höher als in Bayern, da hätte es doch nichts geschadet, wenn wir jetzt einmal die niedrigste Biersteuer hätten. Ich erkenne an, daß Sie nicht die Konsequenzen gezogen haben, die einige ziehen wollten, die Biersteuer mit Rücksicht auf die Erhöhung im Reiche auch zu erhöhen. Hätten Sie das getan, dann wäre ein Sturm der Entrüstung durch das Land gezogen, und deshalb haben Sie das ganz fein den Nationalliberalen und dem Zentrum allein überlassen. Ich wollte, Sie hätten das in den anderen Fällen auch so gemacht. Die gemeinsame Tätigkeit mit den Nationalliberalen hemmt uns nur. So haben wir zum Beispiel noch zwei Bundesstaaten mit einer staatlichen Fleischsteuer, Sachsen und Baden. Wir haben früher immer Anträge auf Beseitigung dieser Steuer eingebracht, aber unsere nationalliberalen Freunde und das Zentrum haben sie abgelehnt, weil sie nicht die direkten Steuern erhöhen wollten. Warum ist nicht jetzt, wo die städtischen Steuern auf Lebensmittel beseitigt sind, ein solcher Antrag wiederholt worden? Was glauben Sie wohl, was für eine vorzügliche Agitationswaffe wir hätten, wenn wir jetzt sagen könnten: Nationalliberale und Zentrum haben angesichts der teuren Fleischpreise unseren Antrag niedergestimmt. Weshalb ist man von dem früheren Verfahren abgewichen? Weshalb hat man den Antrag nicht eingebracht? Etwa um die Nationalliberalen nicht in Verlegenheit zu bringen? Man wird doch nicht etwa sagen wollen, daß man das vergessen hat, denn die Sachsen haben doch einen solchen Antrag gestellt und das ist bekannt geworden. Er ist freilich niedergestimmt, aber sie haben doch eine ganz vorzügliche Agitationswaffe bekommen. Ich bin überzeugt, daß die nächsten Wahlen eine andere Parteikonstellation ergeben werden, wir werden es dann auch mit unserer Hilfe nicht durchsetzen können, daß die Nationalliberalen ihre bisherige Stärke behalten, die Folge davon wird sein, daß sie sich mit dem Zentrum vereinigen und gemeinsam gegen uns kämpfen. Mancher von Ihnen, der sich jetzt noch der Illusion hingibt, daß es möglich ist, eine liberale Politik ähnlich wie in Frankreich zu treiben, wird von dieser Illusion geheilt sein.

Wir kommen aus den ewigen Streitigkeiten am besten dadurch heraus, daß die in Frage kommenden Genossen erklären, sie werden sich in Zukunft den Parteitagsbeschlüssen fügen. Der Einwand, daß sie sich nicht fügen können, ist nicht stichhaltig, denn sie wollten sich ja schon fügen, es war schon vereinbart, wie die Nationalliberalen uns entschuldigen wollten, die Herren hatten schon unter sich vereinbart, welche Erklärung sie abgeben wollten. (Hört, hört! — Widerspruch bei den Süddeutschen.) Haben sie doch den Mut zu sagen, daß Sie einen falschen Weg eingeschlagen haben, denn Sie wollen doch wohl nicht die Partei ins bürgerliche Lager hinüberführen, das traue ich Ihnen nicht zu, und weil Sie das nicht wollen, darum erklären Sie das öffentlich, damit wir aus den ewigen Streitigkeiten herauskommen. (Lebhafter Beifall.)

Meyer-Heidelberg: Lehmann hat erklärt, er habe geglaubt, es würde einmal eine andere Landsmannschaft die Badenser ablösen mit dem Krakeel auf dem Parteitage. Ja, das hätte Lehmann und seine Freunde in der Hand. Sie brauchten nur darauf zu verzichten, alles, was in Baden vorkommt — es kommt schließlich überall, sogar in Berlin mal etwas vor —, auf dem schnellsten Wege der „Leipziger Volkszeitung“ und anderswohin zu übermitteln. (Sehr gut! und Unruhe.) Genosse Lehmann könnte vielleicht persönlich noch etwas dazu beitragen, den Parteikrakeel zu verhindern, wenn er, anstatt sich sozusagen immer nur als Sprachrohr des Zentrums aufzuspielen (Zuruf: Unerhört!), einmal parteigenössisch die Frage behandeln würde. Es ist ganz eigentümlich: Wenn man den Genossen Lehmann im gegenwärtigen Kampfe hört und die badische Zentrumspresse liest, so findet man immer dieselben Gedanken. Ich weiß nicht, ob seine Verwandtschaft mit Wiesbaden dazu beiträgt. (Hört! hört! und Unruhe bei der Mehrheit.) Ganz eigentümlich ist es jedenfalls, daß immer Zentrumsargumente vom Genossen Lehmann vertreten und unterstützt werden. (Große Unruhe bei der Mehrheit, Zuruf: Verdächtigung!) Das ist keine Verdächtigung, sondern es ist das das Aussprechen einer Tatsache, die bewiesen werden kann jeden Tag durch Zeitungsartikel.

Vorsitzender **Dietz**: Sie unterstellen hier dem Genossen Lehmann, daß er Zentrumsgrundsätze und -Anschauungen propagiert; das ist nicht zulässig.

Meyer (fortfahrend): Ich habe nur die Tatsache konstatiert, daß Genosse Lehmann eigentümlicherweise immer mit Argumenten operiert, die die Zentrumspresse bringt.

Dietz: Die Tatsache haben w i r nicht konstatiert. Wenn Sie jetzt so weiter fortfahren, muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Meyer: Ich kann ja auch mal auf einem sozialdemokratischen Parteitage zur Ordnung gerufen werden. — Genosse Dreesbach, führte Lehmann aus, habe sich damals der Lübecker Resolution gefügt. Das ist grundfalsch. Dreesbach hat im badischen Landtag erklärt, daß er es als eine Beleidigung auffasse, wenn man ihm unterschieben wolle, er würde deshalb gegen das Budget stimmen, weil die Lübecker Resolution existiere. Er hat erklärt: ich stimme gegen das Budget, weil es meiner Ueberzeugung entspricht. Genosse Eichhorn hat übrigens einmal auf einem badischen Parteitage eine Darlegung gegeben, warum man gegen eine Sache stimmen könne. Er hat gesagt, wenn wir bei dem Landtagswahlgesetz die Entscheidung gegeben hätten, dann hätten wir f ü r das Gesetz gestimmt. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) So haben wir dagegen gestimmt, weil es auf unsere Stimmen nicht ankam. — Nun hat Lehmann weiter behauptet, wir hätten in Baden so unerhört viele indirekte Steuern, 17 Millionen. Z o l l e i n n a h m e n, ist Ihnen schon zugerufen worden. Wir haben in Baden außer der Fleischakzise, die etwa 800 000 Mk. einbringt, keine indirekten Steuern, und haben schon oft genug beantragt,

sie abzuschaffen. Es ist also nicht wahr, wenn man behauptet, wir hätten indirekten Steuern zugestimmt. Aber eine Tatsache stimmt: Wir haben in Baden heute mit den höchsten direkten Steuern zu rechnen. Heute steht die Notiz in der badischen Presse, daß die große Sunlight-Seifenfabrik bei Mannheim beschlossen habe, ihre Fabrik aus Baden zu verlegen wegen der hohen direkten Steuern. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Für uns ist also das Steuerwesen eine gefährliche Sache. (Zuruf: So reden die Oberbürgermeister!) Nein, so reden die Leute, die etwas davon verstehen. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Daß ein kleines Land, das links und rechts nur ein paar Stunden zu der Grenze hinüber hat, in Steuerfragen sicher weit vorsichtiger zu operieren hat als ein großer Staat (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen), darüber kommt ein vernünftiger Mensch nicht hinweg, sondern nur, wenn man für alles eine Schablone und ein Sprüchlein hat, kann man all diese Fragen gleich lösen. — Nun hat Genossin Rosa Luxemburg, mit der ich mich sicher weiter nicht befassen will (Heiterkeit), einen Artikel verlesen und dadurch darlegen wollen, wie in Baden ein budgetbewilligender Landtagsabgeordneter über das Schulgesetz urteile. Wenn die Genossin Luxemburg das jetzt getan hätte, ohne Kenntnis von dem wirklichen Stand der Dinge zu haben, so hätte ich das begriffen. Sie hat aber schon in Wiesenthal Kenntnis von dem wahren Sachverhalt bekommen und hat trotzdem heute dieselbe Geschichte nochmals vorgetragen und dadurch den Parteitag falsch informiert, hinters Licht geführt. (Hört! hört!) Die Sache war so: Der Basler „Vorwärts", das schweizerische Organ, hat einen Artikel veröffentlicht, der wahrscheinlich aus dem Lager des Genossen Adolf Geck stammt, ob er von ihm geschrieben ist, weiß ich nicht. Die „Lörracher Arbeiterzeitung" wird im Basler „Vorwärts" gedruckt und ohne Wissen des Genossen Rösch ist der Artikel vielleicht durch den Metteur oder sonstwie in das Kopfblatt hineingekommen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Wenn Sie diese technischen Dinge kennen würden, würden Sie das begreifen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Wer von den Dingen etwas versteht, begreift, daß der Artikel hineinkommen konnte, ohne daß Genosse Rösch dafür verantwortlich zu machen ist. Jetzt aber werden die Dinge hier so dargestellt, als ob er selber die Sache geschrieben hätte. Genosse Rösch ist nicht Redakteur im Hauptamt, sondern Schriftsetzer in einem bürgerlichen Geschäft. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Er kann natürlich nicht jeden Artikel vorher prüfen, die Zeitung wird im parteigenössischen Geschäft, im Basler „Vorwärts", gemacht. Nun hat Genosse Quarck noch gemeint, wir hätten die Wahlrechtsdemonstration energischer betreiben sollen. Nun, wir haben im Wahlkampf die ganze Zeit die Gemeindeordnung mit in den Vordergrund geschoben und konnten nicht ein paar Wochen darauf dieselbe Aktion noch einmal machen. Dazu hatten wir nicht einmal die nötigen Mittel und die nötigen Kräfte, wir haben aber im Frühjahr und Sommer überall im Lande Versammlungen über die politische Lage, über den Stand der Landtagsgeschäfte usw. abgehalten und haben doch überall wieder die Wahlrechtsfrage in den Vordergrund geschoben. Mehr konnten wir nach Lage der Sache nicht tun. Es ist grundfalsch, wenn Sie uns immer unterschieben — und darauf kommt es schließlich hinaus —, als ob wir in Baden unsere Pflicht und Schuldigkeit in der Partei nicht tun. Sehen Sie doch einmal, wie ist unser Abschluß bei den Landtagswahlen, bei den Reichstagswahlen! Wir können uns überall sehen lassen gegenüber den Genossen in anderen Teilen des Deutschen Reiches und wir werden auch in Zukunft, mögen Sie heute entscheiden, wie Sie wollen, unsere volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Vor allem bei den nächsten Reichstagswahlen werden wir Ihnen zeigen, daß wir trotzdem Sozialdemokraten sind und so gut wie Sie für die Befreiung des Proletariats zu kämpfen und zu arbeiten wissen. (Bravo! bei den Süddeutschen.)

Genossin Zetkin: Wenn der Parteitag in der uns beschäftigenden wichtigen Frage eine Entscheidung herbeiführen will, welche dem Interesse der Partei dient, so muß er sich vor einem hüten: Nämlich der Auffassung jener Genossen beizutreten, welche die Budgetfrage als eine abstrakte Harmlosigkeit behandelt wissen wollen, als eine akademische Doktorfrage, gleichsam losgelöst von Raum und Zeit. Wir müssen die Frage ins Auge fassen in der konkreten Realität, in der sie wieder und wieder vor die Partei gestellt worden ist. Das Lied, daß wir die Frage an und für sich zu behandeln haben, haben wir auch jetzt wieder gehört. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, und wir haben gestern auch ihren klassischen Barden gehört in der Person des Genossen Keil, der uns den Rat gegeben hat, die Frage weder durch die radikale, noch durch die revisionistische Brille zu betrachten. Vielleicht sagt uns Genosse Keil, durch welche eigentümliche Brille er die Sache betrachtet. (Frank: Mit offenen gesunden Augen!) Er sieht die Sache offenbar durch einen Nebel, in welchem alle Katzen grau sind. (Heiterkeit.) Die Budgetfrage ist neuerlich vor den Parteitag gekommen, nicht als abstrakte Frage „an und für sich", sondern als der Ausdruck, als die reife Frucht einer konsequent und bewußt verfolgten Richtung, die eine Aenderung unserer bisherigen Taktik erstrebt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Das hat Genosse Keil gestern selbst indirekt zugegeben. Er hat es bedauert, daß das Eingreifen der „Sozialistischen Monatshefte" es so sehr erschwere, „neue Wege" zu wandeln. Er hat nicht bedauert, daß diese Zeitschrift — das ist meine persönliche Ansicht über sie — die Meinung der Genossen im Lande in Verwirrung zu bringen geeignet ist. Er hat lediglich beklagt, daß durch die „Sozialistischen Monatshefte" gewissermaßen der Punkt auf das i gesetzt werde, daß ihr Inhalt den Massen der Parteigenossen zeigt, woher der Wind kommt, und wohin er fährt. Es wäre gut, wenn Genosse Keil offen aussprechen wollte, was seinerzeit Genosse Auer in prägnanter Form zum Ausdruck brachte und was ja doch der Sinn von Keils Ausführungen war: so etwas tut man, so etwas sagt man nicht. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ich wollte, er hätte so offen gesprochen, wie sein Parteifreund Hildenbrand, der nach einem Bericht der „Tagwacht" in einer Versammlung am 17. September in Stuttgart erklärt haben soll: „Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir tun, was wir wollen." (Hört! hört!) Ich zitiere, wie gesagt, nach der „Tagwacht", wenn die Aeußerung nicht so stimmt, hat Genosse Hildenbrand ja volle Möglichkeit, hier den Bericht zu korrigieren. Jedenfalls meine ich, daß wenn ein Parteiblatt eine derartige Aeußerung bringt, auch die Masse der Parteigenossen ein Recht darauf hat, darüber informiert zu werden, ob dies zutreffend ist.

Was die umstrittene Frage selbst anbetrifft, so hat Genosse Frank sich von den Flügeln der Dichtkunst mit Rückert nach Indien tragen lassen, um uns die poetische Weisheit des Brahminen zu zitieren. Mir wäre es lieber gewesen, er hätte uns die ganze prosaische Weisheit seines Freundes Kolb aus Karlsruhe zitiert. (Sehr gut!) Denn diese Weisheit hat uns seit Monaten wieder und wieder in Rede und Schrift versichert, was wir schon früher bei der gleichen Diskussion gehört haben: daß es sich bei der Budgetzustimmung nicht um eine ausnahmsweise Maßregel handeln kann, sondern um eine regelmäßige Erscheinung, die als Unterpfand, als Besiegelung der Tatsache dienen soll, daß wir in die Wege einer neuen Taktik einlenken müssen und im Begriffe sind, in sie einzulenken. Mehr noch, Genosse Kolb betont stark, daß diese Taktik nicht bloß für die Einzelstaaten gelten muß, vielmehr auf das ganze Reich auszudehnen ist.

Angesichts dieser Sachlage möchte ich entschieden davon abraten, dem Antrag des Genossen Braun bezw. München zuzustimmen. Was würde die Ein-

setzung der geforderten Studienkommission bedeuten? Sie würde sachlich auf die Erklärung hinauslaufen: Ihr habt zwar formell gesündigt, indem Ihr in Baden dem Parteitagsbeschluß zuwider gehandelt habt, aber wir haben im letzten Grunde gar nicht das Recht, Euch eine Mißbilligung dafür auszusprechen, denn wir haben Euch voreilig gebunden. Seit fast 16 Jahren haben wir die Frage der Budgetbewilligung behandelt, haben zu ihr Beschlüsse gefaßt, ohne überhaupt sachlich genügend in der Materie unterrichtet gewesen zu sein. Die Partei würde sich damit ein Armutszeichen ohnegleichen ausstellen. (Sehr wahr!) Wir haben einen Berg von Literatur zu dieser Frage, wir haben ausgiebige Diskussionen auf Parteitagen und in Versammlungen gehabt, und da sollten wir nachträglich erklären: wir wissen noch immer nicht, was ein Budget ist und wie wir die Verhältnisse werten müssen. Aber noch eins: worauf würde es praktisch hinauslaufen, wenn wir eine Studienkommission einsetzen? Wenn wir davon absehen wollten, die Frage im Zusammenhang mit einer prinzipiellen Auffassung zu entscheiden, wenn wir unsere Stellungnahme zu ihr lediglich von den jeweiligen Umständen abhängig machen würden? Wir müßten dann die Kommission in Permanenz tagen lassen, denn es könnte immer und immer die Erforschung ganz neuer Verhältnisse in Frage kommen (Sehr richtig! bei den Süddeutschen), nach deren Prüfung wir erst imstande wären, ein Urteil abzugeben. (Frank: Da haben Sie sehr recht!) Steht man auf diesem Standpunkt, dann seien wir doch konsequent, dann schaffen wir schon heute den Nürnberger Beschluß und die vorher gefaßten Resolutionen in Sachen der Budgetfrage ab. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Ich persönlich bin immer für Konsequenz und für klare unzweideutige Entscheidungen, an denen nicht mehr zu rütteln ist, die zeigen und aussprechen, was ist.

Daß es sich im letzten Grunde bei der Budgetfrage um den Versuch handelt, die Partei in eine veränderte Richtung, zu einer neuen Taktik zu drängen, zeigt die Armseligkeit der Gründe, mit welchen das Verhalten der badischen Genossen bis jetzt zu rechtfertigen versucht worden ist. (Sehr richtig!) Was hat da für die Entscheidung nicht alles eine Rolle gespielt! Reden für oder gegen die Sozialdemokratie, die ein Minister gelegentlich gehalten hat, Hinweis auf die komplizierte Natur dieses Mannes. Mich erinnert das sehr bedenklich — verzeihen Sie das harte Wort — an das feuilletonistische Gerede bürgerlicher Zeitungen von dem modernen Menschen Bülow und von dem Philosophen Bethmann Hollweg. (Sehr gut!) Wir haben nicht mit der „komplizierten" Natur und der Persönlichkeit derjenigen zu rechnen, die sich Staatsmänner nennen, sondern vielmehr mit den klaren, realen Verhältnissen des kapitalistischen Klassenstaates, deren Diener, deren Lakaien die Staatsmänner sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und da liegen die Dinge wirklich einfach genug! Frank hat uns gesagt, wir dürften die letzte Erklärung des Ministers v. Bodman über den berechtigten Kern der Arbeiterbewegung nicht unterschätzen, wir dürfen uns nicht an ihren Wortlaut halten, sondern müßten ihren Geist werten. Jawohl, Genosse Frank, tun wir das! Die Sozialdemokratie antwortet dem Herrn v. Bodman auf seine Aeußerung: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir!" Von einem Begreifen der Sozialdemokratie, ihres geschichtlichen Wesens ist nicht die Spur in der Aeußerung zu finden. Sie ist ein ganz trivialer Ausspruch, wie ihn jeder beliebige „Auchabeiterfreund" schon hundertmal getan hat. (Sehr richtig!) Wie sieht es nun mit der Behauptung aus, daß die Budgetabstimmung notwendig gewesen sei, um die Arbeitsgemeinschaft im badischen Parlament aufrecht zu erhalten? Wenn tatsächlich die Liberalen sich als arme Teufel in einer solchen Notlage befinden, wie es uns gezeigt worden ist — und sie befinden sich in ihr —, dann müssen

sie aus politischem Selbsterhaltungstrieb unter dem Zwange der Situation im Lande und im Parlamente die Arbeitsgemeinschaft aufrecht erhalten, ganz gleich, wie die Sozialdemokratie sich in der Budgetfrage stellt. (Sehr gut!)

Ich gehöre zu den letzten, welche die Konzessionen und Reformen — auch der kleinsten Art — unterschätzen, wie sie unsere badischen Freunde errungen haben. Ich würdige sie hoch, und ich sage: Nur noch mehr davon, Ihr könnt uns gar nicht genug bringen. Wir freuen uns des Eifers, den Ihr bewiesen habt, um sie zu erzielen; wir begrüßen Eure Erfolge, weil sie — so klein sie auch sein mögen — doch Tropfen sind, die das Elend des Proletariats lindern. Aber gerade darum fragt es sich: Welches ist der beste Weg, Konzessionen, Reformen zu erlangen? Sollen wir Reformen erschmeicheln durch parlamentarische Kompromisse, durch Bescheidenheit im Fordern oder sollen wir sie erzwingen durch den Druck der Massen von außen? (Lebhaftes Sehr gut!) Mir scheint es, als ob unsere Parteifreunde in Baden über die Arbeitsgemeinschaft mit dem liberalen Block zu sehr die Kampfgemeinschaft mit der Gesamtheit der Partei und mit den Massen außerhalb des Landtags aus dem Auge verloren haben. (Sehr richtig!) Genosse Frank hat gestern gesagt, daß wir Konzessionen erringen können, weil doch eine ganze Reihe von Uebeln, unter denen das Proletariat leidet, nicht zum Wesen des Klassenstaats gehören; der Klassenstaat könne bestehen ohne Wucherzölle und ohne die Verweigerung der politischen Gleichberechtigung. Ganz recht! Aber wir haben auch diese Dinge nicht zu messen an einem abstrakten Begriff vom Wesen des Klassenstaates. Unser Maßstab ist die historische Situation, in der wir gegenwärtig stehen. Bei der gesamten geschichtlichen Entwickelung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gehören heute in Deutschland Wucherzölle, gehört der hartnäckige Widerstand gegen die Forderungen nach Demokratie, gehört die ganze arbeiterfeindliche Politik untrennbar zu den Bestrebungen der herrschenden Klassen, ist der historisch bedingte Ausdruck ihres Wesens. Die reaktionären Erscheinungen sind zu unvermeidlichen Lebensäußerungen der Jetztzeit geworden. (Sehr richtig!) Die Entwickelung der Parteien bestätigt das. Alle Parteien, die sich liberal und demokratisch nennen — ich begreife auch das Zentrum darunter —, steigern ja ihren Kampf gegen Wucherzölle, gegen indirekte Steuern, gegen die Verweigerung der politischen Rechtsgleichheit nicht, sondern wir sehen umgekehrt, daß auch die bürgerlichen liberalen Parteien immer mehr zu Trägern der gesamten reaktionären Wirtschaftspolitik der reaktionären Allgemeinpolitik im Reich und in den Einzelstaaten werden. (Sehr richtig!) Die Politik der Einzelstaaten vermag sich dieser Entwickelung nicht zu entziehen. Sie bestimmt nicht in entscheidenden Fragen die Politik des Reichs, sondern wird mit der fortschreitenden Entfaltung des Kapitalismus immer abhängiger von ihr.

Genosse Frank hat zum Schluß gemeint, wir sollten den „monarchischen Kundgebungen“ der Genossen keine zu große Wichtigkeit beimessen, denn die Monarchie habe eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats. Nicht die Institution hätten wir besonders zu bekämpfen, sondern der Persönlichkeit entgegenzutreten, die als Träger der Institution gelegentlich persönlich scharf, verhängnisvoll in das politische Getriebe eingreift. (Frank: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt!) Nein, Sie haben wörtlich gesagt, was ich anführe. Wenn man dieser Ansicht ist, dann begreife ich allerdings nicht, wie man beim Leichenbegängnis gerade einem Monarchen eine Huldigung bringen konnte, der sich jederzeit als besonderer persönlicher Feind der Sozialdemokratie mit Ehrlichkeit bekannt hat. (Sehr gut!) Wir bekämpfen in erster Linie die Institution der Monarchie, diese Institution ist in Deutschland keineswegs für den prole-

tarischen Klassenkampf eine so belanglose mittelalterliche Festung, an der wir vorüberziehen können, ungehindert im Weitermarsch, wie Genosse Frank es dargestellt hat. Diese mittelalterliche Festung feiert im Rücken des vorüberziehenden Proletariats nicht fröhliche, harmlose Feste; sie ist das stärkste Bollwerk, der stärkste Rückhalt der proletarierfeindlichen, reaktionären Politik aller herrschenden Klassen ohne Unterschied. (Lebhafte Zustimmung.) Da sage man uns doch nicht, daß wir nicht nötig hätten, diese Institution mit aller Energie zu bekämpfen. In Deutschland fordern die Verhältnisse zu diesem Kampfe heraus, das aber mehr als je, wo die bürgerlichen Klassen auf die feigenblattlose Proklamation des Gottesgnadentums mit dem Rufe zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie geantwortet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Monarchie in Deutschland hat sich noch immer offen als persönlicher Feind der Arbeiterklasse bekannt. (Sehr richtig!) Wie die Dinge liegen, wird je länger je mehr auch der entschiedenste Kampf gegen diese „mittelalterliche Festung" ein immer wichtigerer Teil des proletarischen Klassenkampfes überhaupt.

Es ist gesagt worden, daß es gilt, die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr!) Es gibt für die Sozialdemokratie in diesen ernsten Zeitläuften nichts Wichtigeres, als die Aufrechterhaltung der organisatorischen Einheit und Geschlossenheit. (Bravo!) Aber zur Entscheidung steht die Frage: Um welchen Preis, auf welchem Boden wollen wir die Geschlossenheit? Wollen wir sie durch einen Schritt nach rechts, auf dem Flugsand der Konzessionspolitik, der Konjunkturalpolitik mit Wenn und Aber, oder wollen wir sie auf dem festen Granit der prinzipiellen Auffassung, auf dem die Sozialdemokratie bis jetzt gestanden hat, auf dem sie noch steht, und auf dem sie stehen muß, wenn sie bleiben will, was sie ist: der politische Ausdruck, die politische Organisation der kämpfenden, revolutionären Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Quessel-Darmstadt: Durch die Abstimmung auf der hessischen Landeskonferenz ist bewiesen, daß auch in Hessen die Mehrheit der Parteigenossen die Frage der Budgetbewilligung nicht als eine prinzipielle, sondern als eine taktische ansieht. Bebel hat gestern die Frage offengelassen, ob man mit Recht und Wahrheit, soweit ich ihn verstanden habe, die Frage der Budgetbewilligung als eine prinzipielle Frage ansehen kann. Er hat sich nur darauf berufen, daß frühere Parteitage die Frage als eine prinzipielle betrachtet wissen wollten. Nun kann doch aber dadurch, daß ein Parteitag erklärt, die Frage ist eine prinzipielle, die Natur der Dinge nicht geändert werden. Lassalle hat einmal die Liberalen vortrefflich verspottet, indem er einen Vergleich anzog, wenn eine große Gesellschaft sich vor einen Apfelbaum stellt, ein Plakat mit der Aufschrift anhängt: dies ist ein Feigenbaum, und wenn nun die ganze Verwandtschaft dieser Herren herankommt und schwört, daß es ein Feigenbaum ist, so wird sich doch im Herbst, wenn der Baum Aepfel und keine Feigen trägt, herausstellen, was er in Wirklichkeit ist. So steht es auch mit den Beschlüssen der Parteitage. Auch zehn Parteitage können an der Natur der Dinge absolut nichts ändern. Auf dem Nürnberger Parteitage wurde ausdrücklich erklärt, daß zwei Ausnahmen möglich sind von der Ablehnung des Budgets. Das beweist schon, daß die Frage keine prinzipielle, sondern nur eine taktische sein kann. Erstens können wir das Budget bewilligen, um ein schlimmeres zu verhüten, zweitens, wenn wir die Mehrheit haben. Täuschen Sie sich nicht darüber, denn, wenn wir in Hessen oder Baden die Mehrheit erringen, dann bleibt der Klassenstaat im Süden immer noch derselbe wie alle anderen Klassenstaaten. Bebel hat uns gestern aus seiner 40jährigen Erfahrung heraus geschildert, wie ungeheuer verschieden der Klassenstaat in Preußen

von dem Klassenstaat im Süden ist. Ich habe nicht die Erfahrungen Bebels, aber ich habe aus den Vorlesungen republikanischer Staatsrechtslehrer gelernt, wie der mit allen Herrschaftsrechten ausgestattete preußische Staat sich doch sehr von den süddeutschen Staaten unterscheidet. Die staatsrechtliche Umwälzung von 1870/71, die eine Revolution war, hat die süddeutschen Staaten ihrer Herrschaftsrechte beraubt. Diese Rechte sind auf den preußischen Staat übergegangen. Es kommt dazu, daß die Budgets im Süden ganz anders gestaltet sind als im Norden. Es fehlen die Ausgaben für Heer und Marine. Die Frage müßte also doch ganz besonders beurteilt werden. Eine Studienkommission ist daher durchaus notwendig. Nun gibt es Genossen, die alles ganz genau zu wissen behaupten. Sie täuschen sich, wenn sie glauben, über alles informiert zu sein. Ich mußte als Norddeutscher ein halbes Jahr lang täglich eine Stunde mit Ulrich debattieren, ehe ich in die Eigentumlichkeiten der hessischen Verhältnisse eingeweiht war. Im Handumdrehen lernt man das nicht. Wer das behauptet, der hat keine Ahnung von der Kompliziertheit der Verhältnisse. Wir in Hessen werden nicht leichtfertig das Budget bewilligen. Aber wir werden gezwungen werden dazu durch die Macht der Verhältnisse. Wir werden gezwungen werden, die Resolution 90 zu brechen. (Hört! hört!) Wir werden sie brechen und wir müssen sie brechen. (Lebhaftes Hört! hört!) Die hessischen Verhältnisse liegen jetzt so, daß wir uns gegenwärtig in einer schweren Finanzkrise befinden, die nur dadurch beseitigt werden kann, daß man die großen Vermögen und das große Einkommen mehr wie bisher belastet. Als Ulrich mit dem früheren hessischen Finanzminister Gnauth eine Auseinandersetzung über die Steuerpolitik hatte, da antwortete der Minister: Ich erkenne an, daß Ihre Steuervorschläge ausführbar sind. Ich würde sie ausführen, aber schaffen Sie mir erst eine Mehrheit dafür im Landtage! — Diese Mehrheit ist nicht vorhanden, aber diese Erklärung des Finanzministers bewirkte, daß Gnauth von der Ersten Kammer gestürzt wurde. Die Organe des Herrn v. Heyl hetzten wie eine Meute hinter dem sogenannten demokratischen Finanzminister her. Sie erklärten ganz offen: Wir werden den Weg einschlagen, den das englische Oberhaus eingeschlagen hat, wir werden das Budget ablehnen, um den Besitz zu schonen vor den demokratischen Instinkten der durch die Sozialdemokraten aufgehetzten Massen. Gnauth, der im Grunde eine ähnliche Politik verfolgt, wie der liberale englische Finanzminister Lloyd George, gab der Ersten Kammer nicht nach und er mußte den Platz räumen. Hätte Gnauth es aber auf einen Kampf ankommen lassen, so wären unsere Abgeordneten unter der Führung Ulrichs nicht mit der Ersten Kammer gegen die Volkskammer gegangen und hätten das Budget abgelehnt, sondern da wären sie mit der Volkskammer gegen die Herrenkammer gegangen und hätten das Budget angenommen, um die Ministerstürzerei der hohen Herren zu verhindern. Derartige Verhältnisse werden wiederkommen. Resolutionen, die unsere Stellung festlegen, erschweren uns die Arbeit ungemein. Wir können der Resolution auch nicht zustimmen, weil sie eine Unterschätzung der positiven Tätigkeit der Sozialdemokratie enthält, weil sie auch eine Unterschätzung der Lebensarbeit Bebels enthält. Bebel unterschätzt selbst den gewaltigen Gewinn seiner Lebensarbeit, wenn er sagt, daß wir nur kleine Konzessionen erreichen könnten. Nein, der Sozialismus marschiert, wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein. (Beifall.)

Ledebour: Ich entledige mich zunächst eines Auftrages des Genossen Limbertz, des Vertreters von Essen, der nicht weiß, ob er noch das Wort erhalten wird. Im Auftrage des niederrheinischen Agitationsbezirkes hat er die entschiedene Absage der Arbeiter des niederrheinischen Agitationsbezirkes an die revisionistischen Budgetbewilliger in Baden zu erklären. Es hat das deshalb

Wert, weil auch in jenen Gegenden Meinungsverschiedenheiten sind. Aber die Versammlungen haben gezeigt, daß die ganz überwiegende Mehrheit auf dem Standpunkte Limbertz steht. Nun noch einige Worte gegen Heilmann, der hier aus der Vogelperspektive der Journalistentribüne seine Ansichten über den Parlamentarismus entwickelt hat. Er glaubte, die Tatsache der Ablehnung des Budgets durch die Reichstagsabgeordneten dadurch diskreditieren zu können, daß er erzählte, wenn man von der Jounalistentribüne heruntersehe in den Sitzungssaal, dann gehe bei dieser wichtigen Abstimmung der eine Abgeordnete spazieren, der andere schreibe usw., und da fragt Heilmann: Ist das eine Demonstration? Die Ablehnung des Budgets ist eine politische Handlung, nicht eine Demonstration in dem Sinne, wie es Heilmann hinzustellen sucht. Demonstrationen im Parlament wachsen aus der Situation heraus, wenn die Leidenschaften sich regen, wenn ein Oldenburg und andere derartige Gegner uns durch Provokationen herausfordern, dann kommt es zu Demonstrationen, oder wenn Bethmann zum ersten Male im Landtage auftritt und von unseren Genossen haranguiert und als Vaterlands- und Arbeiterfeind gebrandmarkt wird. (Beifall.) Das sind Demonstrationen, aber nicht politische Handlungen im Laufe eines ordnungsgemäß verlaufenden Reichstags. Sie geben niemals Anlaß zu sensationellen Ereignissen, an denen sich Heilmann auf der Journalistentribüne amüsieren kann. (Heiterkeit.) Trotzdem haben sie ihre große, ihre kolossale Bedeutung. Die Verwechselung Heilmanns ist ganz charakteristisch, weil er den Vorgang nur nach dem Verhalten der paar Männeken im Parlamente nach ihrem äußeren Auftreten beurteilt. Die Bedeutung dieser Abgeordneten liegt darin, daß sie im Reichstage mit der Ehre beauftragt sind, als Vertreter der Sozialdemokratie die Anschauungen, die feindliche Stimmung der gesamten Genossen des Landes gegen den Klassenstaat zum Ausdruck zu bringen. Ob der eine oder andere dabei dieses oder jenes Gesicht schneidet (Heiterkeit), darin liegt die Bedeutung nicht, sondern ausschließlich in der Tat selbst. Das geht Jahr für Jahr so, das sind keine sensationellen Erscheinungen, das hat aber dennoch seine große politische Bedeutung. Diese politische Bedeutung aber wird verringert, wenn in den Landtagen die Genossen den Parteitagsbeschlüssen, die innezuhalten sie verpflichtet sind, ins Gesicht schlagen und für das Budget stimmen. Die Einheitlichkeit des Auftretens der Parteigenossen in den Landtagen ist von größter Wichtigkeit auch für unsere Tätigkeit im Reichstag.

Heilmann hat auch auf Vorgänge auf dem Internationalen Kongreß angespielt. Er behauptet, ich hätte Keir Hardie aufgefordert, gegen das Budget zu stimmen. Da hat er den ganzen Vorgang mißverstanden. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich mich in die Frage nicht mische, ob die Genossen in England das Budget bewilligen wollen oder müssen. Ich habe nur gesagt: wenn Ihr das Budget bewilligt, wenn Ihr dem Klassenstaat die Mittel für das Heer und die Rüstungen bewilligt, dann könnt Ihr nicht den Arbeitern Eures Landes und der anderen Länder den Generalstreik im Kriegsfalle aufzwingen wollen. Das war das Argument.

Das Wesen des Parlaments ist außer von Heilmann auch vom Genossen Quessel mißverstanden worden, trotzdem der letztere das Glück gehabt hat, republikanische Staatsrechtslehrer als Lehrmeister und einen praktischen Lehrer in Ulrich zu finden. Der Vorredner hat charakteristischerweise das Verhalten eines bureaukratischen Ministers in einem deutschen bureaukratischen Kleinstaate mit dem Verhalten eines englischen parlamentarischen Ministers verwechselt. Das ist ja gerade der Fluch in Deutschland, daß wir noch nicht einmal in den bürgerlichen Parlamentarismus des Klassenstaates hineingekommen sind. (Sehr richtig!) Nicht einmal den bürgerlichen Parlamentarismus haben

wir und trotzdem habt Ihr in Baden und die anderen, die Euch zustimmen, so wenig proletarisches Selbstgefühl (stürmischer Beifall — Widerspruch der badischen Genossen), so wenig Stolz (erneuter stürmischer Beifall und Widerspruch), daß Ihr dieser jämmerlichen deutschen Bureaukratenwirtschaft die Existenz weiter ermöglichen wollt entgegen dem Willen der Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Kern der Sache. Ob der Mann Bodman oder Bethmann heißt oder ob es sich um andere unmännliche Männer handelt (Heiterkeit), das ist gleichgültig. Sie alle sind Träger des bureaukratischen Systems. Sie sind Handlanger des verschleierten Absolutismus, sie stehen nicht da kraft einer Ueberzeugung, ich weiß nicht, ob sie jemals so ein Ding besessen haben, sie stehen da im Auftrage eines Monarchen. Und wenn es dem nicht paßt, dann pustet er, und dann fliegen sie und versinken auf Nimmerwiedersehen. Und von den Phrasen solcher abhängigen Leute wollt Ihr es abhängig machen, ob Ihr dem Budget zustimmt oder nicht. (Frank lacht.) Genosse Frank lacht selbst darüber. (Frank ruft: Aber über Sie, mein lieber Ledebour!) Sie lachen. Nichts ist charakteristischer, als die Frivolität, mit der Sie die ganze Frage behandeln. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Erregter Widerspruch der Minderheit, Frank ruft: Ich lache über Sie, und Sie sind doch noch keine geheiligte Person!) Die ganzen badischen Entschuldigungen sind nichts als frivole Ausreden. Die Badenser haben hin und her geschwankt und haben nach einem Vorwande gelechzt, um wirklich einen Grund zu haben für ihre Budgetbewilligung. Da ist Euch der Bodman über die Leber gelaufen (Heiterkeit), und da habt Ihr gesagt: Gott sei Dank, da haben wir einen Grund! Frank hat das direkt zugegeben, indem er erklärte, daß viele von Ihnen es lieber gesehen hätten, wenn sie einen Grund wie die Bayern gehabt hätten, das Budget abzulehnen. Ja, was sind das für Parteigenossen, die von solchen äußerlichen Umständen ihre Haltung in dieser wichtigen Frage abhängig machen. Niemand hat die badischen Genossen so sehr diskreditiert, wie Frank durch diese Enthüllungen. (Lebhafter Beifall.)

Nun hat Kolb erklärt: Wenn Ihr wirklich die Resolution annehmt, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als nach dem Rezept Ulrichs zu handeln, indem wir sagen: ja, unsere Haltung entspricht den Beschlüssen des Nürnberger Parteitags, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als uns herauszuschwindeln aus der Verantwortung. (Lebhaftes Hört! hört!) Denn nichts anderes wäre ein solcher Vorwand, als ein Herausschwindeln. (Stürmische Zustimmung der Mehrheit. — Gelächter der Badener). Wenn es wirklich dazu kommen sollte, wenn die Prophezeiung ernst wird, wenn Ihr mit einem solchen Argument kommt (Frank ruft: Was ist dann?), dann wissen wir, daß das Schwindel ist. (Lebhafter Beifall.) Es ist notwendig, nicht nur die Resolution Bebel, sondern auch unser Amendement mit anzunehmen, um den Praktiken, die in diesen Enthüllungen angekündigt sind, entgegenzutreten. Es muß ausgesprochen werden, daß diejenigen Genossen, die sich den Beschlüssen nicht fügen, sich außerhalb der Partei stellen. Jawohl, Genosse Bebel, es ist notwendig, daß das Amendement angenommen wird. (Bebel: Das ist gar nicht notwendig!) Wir müssen ein bestimmtes Verhalten gegenüber einem Verstoß gegen den Beschluß hineinbringen, das steht auch im Einklang mit dem Organisationsstatut. (Bebel: Das ist unrichtig!) Es muß festgestellt werden, auf Grund welcher Tatsache die Organisation die Funktion des Ausschlusses zu vollziehen hat. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David: Die Art, wie mein Vorredner Ledebour die sachliche Begründung der Badenser gewürdigt hat, die Art, wie er überhaupt die ganze Budgetfrage von seinem „sachlichen" Standpunkt aus behandelt hat (Heiterkeit), muß doch wirklich jedem Parteigenossen, der noch unbefangen denken kann, die

Ueberzeugung beibringen, daß wir in dieser Frage mit derartigen Diskussionen auf den Parteitagen nicht zu einem befriedigenden Schluß kommen können. Ledebour hat mit seinen Ausführungen die beste Begründung für die Resolution gegeben, die wir Ihnen vorschlagen. Es ist notwendig, die ganze Frage noch einmal einer leidenschaftslosen, sachlichen Behandlung in einer Kommission zu unterziehen, wobei alle zugezogen werden, die dazu theoretisch oder praktisch Material geben können. Das ist nach meiner festen Ueberzeugung der einzige Weg, um aus diesen auf die Dauer ganz unerträglich werdenden Diskussionen endlich herauszukommen.

Man hat eingewendet, die Studienkommission könne nichts neues mehr finden, man wisse bereits alles und man stelle sich ein Armutszeugnis damit aus. Ach nein, diejenigen, die in einer Sache sagen, sie wüßten bereits alles, stellen sich selbst ein Armutszeugnis aus. Jeder Mensch kann noch lernen und zumal in einer so komplizierten Sache. Wir haben leider niemals auf Parteitagen die Frage vom rein sachlichen Standpunkt behandelt. Sie ist von Anfang an eine Gegensatzfrage gewesen, wie in den schärfsten gegenseitigen Stimmungen diskutiert wurde. Daß die Genossin Luxemburg nichts mehr dabei lernen kann, ist selbstverständlich. Sie weiß alles, was in der ganzen Welt vorgeht, vorgegangen ist und vorgehen wird. (Heiterkeit.) Da ist natürlich jeder Versuch ausgeschlossen.

Wenn Haase aber meint, man habe die Sache immer „ganz sorgsam und gewissenhaft" geprüft und es sei ja auch die Parteischule da, die Aufklärung geschafft habe (Bebel: darüber nicht!), da möchte ich, obgleich Haase Jurist ist, doch sagen: Ist er denn in der Lage, zu antworten, wenn er Auskunft geben sollte über die staatsrechtlichen Bestimmungen und Formen der Budgetrechte in den einzelnen Staaten? Ich glaube, daß er bei diesem Examen kräftig durchfallen würde. Er würde bei dieser Frage sicherlich aufstehen und sagen: Mein Name ist Haase, ich weiß von nichts! (Große Heiterkeit.) Ich könnte dem Genossen Haase das vorlesen, was Braun-Königsberg zur Begründung der Forderung einer Studienkommission gesagt hat. Genosse Braun hat sich damit ein Verdienst erworben, daß er auf diesen Weg hingewiesen hat. Erst später wird man das anerkennen, wenn man leidenschaftsloser darüber denkt. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, so haben Sie nicht gleich den Frieden, aber den Weg dazu.

Das ist alles, was wir im Augenblick erreichen können. Wir haben unsern Antrag, die früheren Resolutionen aufzuheben, zurückgezogen, zugunsten des Kommissionsantrages. Wir sagen damit: Wir sind bereit, den Versuch zu machen; bringen Sie uns Gründe, und wir werden sehen, wie die Sache geregelt werden kann, sonst kehren diese Debatten immer wieder, wir können machen und beschließen, was wir wollen. Es gibt kein anderes Mittel. Die Verhältnisse werden stärker werden, als alle gefaßten Beschlüsse.

Die Resolution Bebel kann uns auch nicht den Frieden bringen. Sie repetiert die Beschlüsse von Dresden, Lübeck und Nürnberg. Der Dresdener Beschluß wird ja immer repetiert, fast jedes Jahr; ob er dadurch besser wird, das ist zweifelhaft. (Bebel: Er ist gut!) Es kann auch nicht dem Frieden dienen, wenn er jetzt repetiert wird. Man soll die Budgetfrage rein sachlich begründen und so begrenzt lösen. Nun hat Bebel in seinem Referat einen Ausweg angedeutet, über den ich mich etwas gewundert habe. Es gibt danach auch heute einen Weg, daß die Genossen bei der Budgetabstimmung sich der Möglichkeit entziehen, gegen den Parteitagsbeschluß zu verstoßen, ohne für etwas zu stimmen, was sie sachlich für schädlich halten. Sie gehen eben einfach heraus, wie es schon Geck gemacht hat. (Heiterkeit bei den Badenern.) Wenn das der einzelne kann, dann kann das ja auch die Mehrheit.

Sie sagen dann einfach: Aus sachlichen Gründen können wir nicht dagegen stimmen, weil wir die Ueberzeugung haben, daß wir damit die Interessen der Arbeiter schädigen. Da ist nun aber, sagen sie sich weiter, ein Parteitagsbeschluß, den wir achten müssen, aufrechte Männer müssen wir bleiben, — also gehen wir hinaus! (Heiterkeit.) So haben sie es in Sachsen gemacht. So hat man da den feierlichen Moment, „wo der ganze Gegensatz gegen den parlamentarischen Staat zum Ausdruck kommt", wie Ledebour sagt, benutzt. Man ist hinausgegangen. (Heiterkeit bei den süddeutschen Genossen.) Das ist also der Ausweg. Wollen Sie, daß dieser Weg gegangen wird? (Rufe: Nein, nein!) Das können Sie doch nicht wollen. Das wäre doch jammervoll und eine Blamage für die ganze Partei. (Beifall bei der Minderheit.)

Nun hat Zubeil die Resolution Bebel noch verschärft. Dieses Amendement ist etwas ganz neues in der Parteigeschichte und verdient patentiert zu werden. Es wird kurzer Prozeß gemacht. Es ist nicht einmal eine Hinrichtung gewöhnlicher Art. Es ist eine automatische Selbsthinrichtungsmaschine. (Heiterkeit. Zuruf: Harakiri!) Man drückt auf den Knopf, bums, ist das Messer herunter und man ist ausgeschlossen. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß dieses Amendement eine Mehrheit findet. Sollte es dennoch sein, dann ist das ein Ausnahmerecht, die Proklamierung eines Standrechts, die allem, was bei der ernsten Frage eines Ausschlusses in Betracht kommt, ins Gesicht schlägt. (Frank: Das ist russisch!) Damit ist es nicht geschehen.

Bedenken Sie doch, daß hinter den Landtagsabgeordneten die Organisationen stehen, deren Vertrauensleute die Abgeordneten sind. Es ist doch möglich, daß wie im jetzigen Falle die Massen hinter ihren Abgeordneten stehen, daß sie sagen: jawohl, Ihr habt nach unserm Willen gehandelt. Wenn diejenigen, die unter die Guillotine treten, herausfliegen, dann müssen auch die Organisationen herausfliegen, wenn sie sagen: Ihr habt recht gehandelt. Das sind die Konsequenzen. Wollen Sie diese Konsequenzen? Machen Sie sich doch das klar! (Zuruf: Die Badenser wollen es!) Nein, die Badenser nicht, sie haben nicht dieses automatische Verfahren beantragt, das auch noch diese von niemand gewünschte Verschärfung des Konfliktes zur Folge gehabt hat.

Man hat unsere badischen Genossen auch wegen ihrer Blockverhältnisse angegriffen. Bebel sagte: wie kann man mit den Nationalliberalen etwas machen? Nun, die Nationalliberalen sind kein einheitlicher Begriff, das weiß Bebel sehr wohl. Da gibt es mancherlei Seelen, die innerlich gegeneinander kämpfen. Diese Partei hat gerade augenblicklich furchtbares Bauchgrimmen. Da ist es wahrhaftig nicht ratsam, die Leute zusammenzutreiben. Es ist taktisch viel richtiger, die Ritzen zu suchen und dort den Keil hineinzutreiben, anstatt die Gegner mit eisernen Klammern aneinander zu fesseln.

In diesem Zusammenhang hat Bebel in seinem sonst in vieler Hinsicht schönen Referat gesprochen von „Parteigenossen, die die Partei ins Lager der Nationalliberalen führen wollen". Ja, Genosse Bebel, glauben Sie denn wirklich, daß in diesem Saal ein Sozialdemokrat ist, der die Absicht hat, die Partei ins Lager der Nationalliberalen zu führen? (Heiterkeit.) Solcher Mensch müßte doch vollkommen blödsinnig sein. Früher sagte man, sie haben die Absicht, die Partei ins Lager der Freisinnigen zu führen. Jetzt tun es die Freisinnigen schon nicht mehr, jetzt müssen es gleich die Nationalliberalen sein. Eine Partei mit 3 bis 4 Millionen Stimmen und einer derartigen historischen Entwickelung! Ich appelliere an diejenigen, die die materialistische Geschichtsauffassung als das A und O betrachten. Können Sie uns denn wirklich zutrauen, daß man eine so kompakte Partei mit dieser Entwickelung mit einer anderen Partei liieren könnte? (Bebel: Das glaube ich auch nicht, aber das schließt doch den Willen dazu nicht aus!) Genosse Bebel, halten Sie uns denn für so dumm? (Bebel:

Nein, aber diese Politik ist dazu angetan!) Wir haben in der nächsten Zeit die wichtige Aufgabe zu lösen, daß wir das Volk befreien von dem ungeheuren Druck der Brotwucher- und Lebensmittelverteuerungspolitik. (Zustimmung. Bebel ruft: Und die Nationalliberalen?) Dabei wird der agrarische Flügel der Nationalliberalen der Parole Hehl folgen, aber diejenigen Nationalliberalen, die im wesentlichen auf städtische Bevölkerung gestützt sind, können da nicht mitgehen. (Katzenstein: Das ganze Ruhrrevier geht mit!)

Wir müssen als höchsten Gesichtspunkt bei der kommenden Reichstagswahl betrachten — darüber sind wir doch wohl alle einig —, alles zu tun, um die Zusammensetzung des Reichstages unter dem Gesichtspunkt zu beeinflussen, die Wucherpolitik zu beseitigen. Alles, was wir tun können, müssen wir dazu tun; und da, wo wir nicht selbst die Kraft haben, das Mandat zu erobern, müssen wir darauf sehen, Leute hineinzubringen, die zwar noch nicht ganz bis ans Ende, so doch wenigstens ein Stück Weg mitgehen zur Beseitigung der Brotwucherpolitik. Das können die Massen von uns verlangen und das werden sie. Das ist keine Frage, die man mit Geduld trägt, bis der Zukunftsstaat da ist. Aus diesem Gesichtspunkt habe ich auch die Dinge in Baden beurteilt, die sich zwar nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen lassen, die aber doch in der Richtung der allgemeinen Taktik bei der nächsten Reichstagswahl liegen, und als eine solche Erscheinung habe ich sie begrüßt.

Bebel hat gesagt, „der preußische Staat ist einzig in der Welt". Ich bin da mit Bebel vollkommen einer Meinung. Daraus muß aber eine Lehre gezogen werden: Aus den Verhältnissen des preußischen Staates, dieses ganz eigenartigen Staates, ziehen viele unserer Genossen in Preußen allgemeine Folgerungen für die kapitalistische Entwickelung. (Sehr richtig!) Sie stellen die Dinge immer so dar, als ob die Zustände und Vorgänge in Preußen die notwendigen Konsequenzen der kapitalistischen Entwickelung wären. Das ist eine Quelle schwerer Irrtümer. (Bebel: Kein Mensch hat das behauptet!) Sie nicht, Genosse Bebel, aber andere ziehen bei ihren theoretischen Diskussionen und auch bei der Diskussion solcher Fragen — wie heute Frau Zetkin das getan — alle Folgerungen so, als ob das, was in Preußen vorgeht, das typische wäre für den kapitalistischen Staat.

Der preußische Staat steht noch zur Hälfte im Feudalismus, seine heutige Politik ist keine rein kapitalistische. Die ganze Brotwucherpolitik geht im Gegensatz zu ganz hervorragenden Interessen der ganzen industriellen und kapitalistischen Entwickelung, und wo die Dinge so liegen, muß man sich hüten, wenn man aus diesen ganz speziellen Fällen kritische Folgerungen ziehen will nach Süddeutschland hinein; um so mehr, wenn der Parteivorstand selbst in seiner Resolution zur Wahlrechtsfrage Vergleiche zieht zwischen Nord- und Süddeutschland und den großen Gegensatz zwischen beiden hervorhebt, ja, ihn sogar als ein agitatorisches Moment zur Forderung der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts benutzt. Parteigenossen, es bleibt die Tatsache, daß gleichzeitig, während in Preußen und in dem von ihm beeinflußten Norddeutschland das Wahlrecht für Landtag und Stadtverwaltungen verschlechtert wurde, man in Süddeutschland das Wahlrecht demokratisiert hat. (Sehr richtig!) Ich würde auf diese Dinge sehr gern näher eingehen. Dazu fehlt mir leider die Zeit.

Angesichts dieser ganzen grundsätzlichen Entwickelung sollte man wirklich aufhören, mit bloßer oratorischer Phraseologie, wie Frau Zetkin es getan hat, allgemeine Forderungen aufzustellen. Wahr ist das, was Genosse Mauerer gesagt hat, das muß jeder einsehen, daß die Entwickelung in Süddeutschland Vorteile den preußischen Genossen bringt im Kampf um ihre Rechte. (Bebel: Das bestreitet niemand!) Es wurde hier davon gesprochen, daß man doch die

Errungenschaften in Baden nicht so herausstreichen sollte. Die Genossin Luxemburg nennt sie Lappalien! Für die Wahlen zu den Parlamenten soll das wohl der richtige agitatorische Ton sein, um die Massen zu begeistern, daß sie sich Opfer auferlegen, um erfolgreiche Wahlen herbeizuführen, wo man bestenfalls „Lappalien" erreicht. (Zustimmung.) Wenn nicht gleich die Republik erreicht wird, dann sind es eben — „Lappalien"!

Ich beklage lebhaft, daß immer wieder Situationen kommen, wo man die Errungenschaften, das, was in einzelnen Ländern besser ist als anderswo, als Argument anführen muß, wodurch man sich selbst die Agitation im eigenen Lande erschwert. (Lebhafte Zustimmung.) Was Sie hier zur Kritik des Erreichten sagen, das wissen wir ebenso gut, und sagen es im Lande selbst sehr scharf. Aber das bringen wir nicht aus der Welt, daß die Unterschiede da sind, daß Vorzüge da sind und daß diese Errungenschaften einen Wert haben. Nötigen Sie uns doch nicht, das immer hier so zu unterstreichen, indem Sie mit schablonenhaften Gedankengängen alles herunterdrücken.

Ich bitte Sie, beschreiten Sie den Weg, den wir Ihnen empfehlen: Setzen Sie die Studienkommission ein, Sie können Sie so zusammensetzen, daß keine Auffassung dabei unvertreten bleibt, daß die Gewähr für objektive Arbeit gegeben ist, und dann wollen wir sehen, ob es nicht möglich ist, einen Weg zu finden, der uns ein für allemal aus diesen Situationen herausbringt. Wenn Sie das tun, dann haben Sie augenblicklich wenigstens schon die Stimmung so weit kalmiert, daß das für die Geschlossenheit der Partei in den großen Kämpfen des nächsten Jahres von der allergrößten Bedeutung sein muß. Es ist nicht beabsichtigt, irgendwie die Einheit und Geschlossenheit der Partei in großen Fragen anzutasten. Davon sind wir alle überzeugt, daß das notwendig ist, und daß es besonders notwendig ist für das nächste Jahr! Deshalb vermeiden Sie eine Lösung, die den Stachel noch tiefer eindringen läßt und beschreiten Sie den Weg, der die Einheit der Partei von innen heraus festigt, indem er die Stimmung und die Begeisterung für die gemeinsame Sache nicht schädigt, sondern erhöht! (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Dröner-Elberfeld: Wenn David in seinen letzten Worten auf die nächstjährigen Reichstagswahlen hingewiesen hat und daß wir uns bewußt sein sollten, was alles auf dem Spiele steht, dann muß ich doch sagen, daß man dieses Argument in der jetzigen Situation nicht mehr hereinbringen soll aus dem einfachen Grunde, weil die Genossen, die das immer der linken Seite der Partei empfehlen, in der Regel die Provozierenden waren. Wie war die Sache? Wir haben uns lange genug in der Partei beschäftigt, ob das Budget bewilligt werden soll oder nicht und es sind wiederholt so klare und deutliche Parteitagsbeschlüsse gefaßt worden, daß man überhaupt nach Nürnberg keineswegs erwarten konnte, daß nach diesen Beschlüssen es Beauftragte der Partei in einem deutschen bundesstaatlichen Parlament wagen würden, gegen die höchste Instanz, gegen den Willen der Gesamtpartei zu verstoßen. (Sehr richtig!)

Gewiß haben unsere badischen Genossen das Beste für die Partei gewollt, aber man muß sich doch nicht nur fragen, was man will, sondern auch, welche Wirkung es hat, welchen Eindruck es nach außen macht. (Sehr richtig!) Und da glaube ich doch, daß unsere badischen Genossen viel zu viel Gewicht auf den Eindruck bei den bürgerlichen Parteien als auf die Wirkung auf die eigene Partei gelegt haben. Die Wirkung, die ihr Verhalten ausgelöst hat, ist tatsächlich wie Sprengpulver. (Sehr richtig!) Ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß der örtliche Vorstand von Elberfeld-Barmen es für möglich hielt, den Badensern Brücken zu bauen, er wollte nicht so schroff vor-

gehen, er beantragte, daß die 17 badischen Genossen aufgefordert werden sollen, ihre Mandate niederzulegen; aber mit dieser Forderung entfesselten wir in unseren Reihen einen Sturm der Entrüstung, nicht etwa, weil sie zu weitgehend war, sondern weil die Genossen sagten: Disziplinbrecher gehören nicht in unsere Reihen! Heraus mit ihnen! (Bravo!) So werden die Vorstände in den Organisationen, so werden die Delegierten von den Genossen im Lande geschoben, und auch der Parteivorstand muß geschoben werden. In dieser Situation befinden wir uns zurzeit. (Sehr wahr!) Wenn die badischen Genossen das Verhalten ihrer Abgeordneten billigen, so beweist das, daß sie nicht richtig erzogen sind (Lebhafter Beifall b. d. Norddeutschen, große Unruhe bei den Süddeutschen), nicht so erzogen sind, wie es auf Grund des Parteiprogramms und der Dresdener Beschlüsse notwendig ist. Die Dresdener Beschlüsse legen der Partei die Verpflichtung auf, grundsätzliche Politik zu treiben, aber wie geschieht das in Baden? Lesen wir doch einmal die badische Parteipresse! Auch in der Beziehung verkennen die badischen Preßkommissionen oft ihre Pflicht; ich möchte Ihnen empfehlen, mal nachzulesen, was Dietz vor einigen Jahren auf einem Parteitag über die Aufgaben der Preßkommissionen gesagt hat. (Sehr gut!) Wenn Frank gestern von dem Blatt des Genossen Gewehr sprach, so könnte ich den badischen Genossen nur wünschen, daß sie ein Blatt hätten, das so prinzipielle Politik treibt. (Frank: Nicht 14 Tage ließen wir uns das gefallen!) Was soll nun werden? Die Disziplin muß aufrechterhalten werden, es kann kein zweierlei Recht geben, und die Genossen im Lande sind heute schon der Meinung, daß diejenigen, die die Kleinarbeit verrichten, minderen Rechtes sind als diejenigen, die Vertrauensstellungen bekleiden. (Vereinzelte Zustimmung.) Ich empfehle die Annahme des Antrages 82: Ausschluß aus der Partei! (Ironisches Bravo bei den Süddeutschen und Rufe: So ist es recht!) Wir ersparen uns dann Auseinandersetzungen für später. (Ironisches Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Klarheit müssen wir haben, wir müssen die Einheit wahren, aber nicht die Einheit um jeden Preis. (Bravo!)

Adolf **Müller**-München: Ich bezweifle keinen Moment, daß, wenn der Vorredner in Brüssel als Erzieher erscheinen wird, er dort dem Präsidenten der Internationale, dem Genossen Vandervelde, genau so imponieren wird wie die norddeutschen Agitatoren, die nach München gekommen sind, um zu lehren, und bald darauf als Belehrte unter uns geblieben sind. (Heiterkeit und Sehr gut! — Zurufe: Wer ist denn das?) Ich erinnere nur an unseren Johannes Timm. (Zuruf: Berliner Bayer!) Nun, ich möchte nur wünschen, daß Sie uns noch mehr so tüchtige Parteigenossen herüberschicken. (Zuruf bei den Süddeutschen: Ledebour! — Heiterkeit.)

Zunächst eine persönliche Angelegenheit. Mein spezieller Fraktionsgenosse Klement hat heute morgen eine Erklärung abgegeben, in der er mich als bösen Verführer hingestellt hat, der ihn unter falscher Vorspiegelung veranlaßt hätte, den Antrag 94 zu unterschreiben. Ich hoffe, daß es mir als persönliche Bemerkung in meiner Redezeit eingerechnet wird, wenn ich den Vorgang kurz darstelle. (Heiterkeit und Widerspruch.) Dem Genossen Klement ist der Wortlaut des Antrags vorgelegt worden, nicht von mir, sondern von einem anderen Parteigenossen. Er hat sich dabei geweigert, zu unterschreiben, nicht etwa, weil ihm der sachliche Inhalt des Antrags, sondern die Form des Vorschlags nicht paßte, und ich habe dann selbst mit Klement geredet, in der freundschaftlichen Art, wie wir miteinander verkehren: „Du, hör mal, warum willst denn Du den vernünftigen Antrag nicht unterschreiben?“ (Heiterkeit.) Er hat gesagt: „Ich bin damit ganz einverstanden, ich verlange nur, daß statt eines Delegierten des Parteivorstandes der gesamte Parteivorstand in die Kommission eintritt.“

Darauf habe ich ihm erwidert: „Klement, wenn Du es verlangst und es Dir Vergnügen macht, werde ich Deinen Wunsch vertreten, sofern ich überhaupt reden kann.“ — Ich hatte gestern einen schauerlichen Katarrh und wußte nicht, ob ich in der Lage sei, ein Wort zu sagen. — Hiermit vertrete ich nun den Wunsch des Genossen Klement (Heiterkeit), denn wir haben gar nichts dagegen, daß der gesamte Parteivorstand und meinetwegen noch ein halbes Dutzend Funktionäre von Groß-Berlin (Heiterkeit) in diese Kommission kommen. Aber der Genosse Klement wird nicht umhin können, wenn er bei seinem Worte stehen bleiben will, jetzt, nachdem sein Wunsch erfüllt worden ist, erstens die Bezichtigung der falschen Vorspiegelung und Verführung zurückzunehmen, und zweitens seine Unterschrift wieder unter den Antrag zu stellen (Große Heiterkeit), dann sind wir wieder so einig, wie wir vorher waren.

Nun ein paar Bemerkungen, soweit es die kurze Redezeit erlaubt, zu dem Referat des Genossen Bebel. Der Genosse Bebel hat sich den Dank der Gesamtpartei verdient durch die in Anbetracht der obwaltenden Umstände sehr versöhnliche Art, in der er sein Referat geführt hat. Die Debatte hätte mir sonst keinen Anlaß gegeben, mich daran zu beteiligen, wenn nicht der Genosse Bebel trotz aller Versöhnlichkeit einige Bemerkungen gegen die Bayern gerichtet hätte, die ich schon in Rücksicht auf die aufhorchenden Gegner (Sehr richtig! bei den Süddeutschen) nicht unwidersprochen lassen kann. Bebel hat zunächst daran erinnert, daß eine Anzahl bayerischer Parteigenossen die Dresdener Resolution akzeptiert hätten, und hat auch meinen Namen dabei genannt. Ich weiß offen gestanden nicht, was diese Konstatierung bedeuten sollte, denn ich erwarte den Nachweis, daß in der gesamten parlamentarischen und politischen Tätigkeit meiner Freunde und von mir auch nur das geringste Entgegenkommen gegen den Klassenstaat oder gegen die Regierung zu konstatieren ist. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Nachdem das aber nicht zu konstatieren ist, haben wir den Sinn — und doch wohl nur auf den Sinn kommt es an — der Dresdener Resolution jederzeit erfüllt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Es kann uns wohl nicht als Sünde angerechnet werden, daß wir durch den Druck der sich stets vermehrenden Massen, die hinter uns stehen, und durch den Einfluß des „besonderen Exemplars“ eines Parteiorgans, das wir in München haben, und das sich eine glückliche Unabhängigkeit gegen den souveränen Geldsack von Groß-Berlin bewahrt hat (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen), — daß wir durch diese Faktoren die Regierung des kapitalistischen Staates Bayern gezwungen haben, uns entgegenzukommen. (Sehr gut! und Bravo! bei den Süddeutschen.) Der Genosse Bebel hat dann weiter geglaubt, es sei nützlich, eine gewisse Qualifikation der Rückgratfestigkeit unserer bayerischen und süddeutschen Genossen hier vorzunehmen. Er hat zuerkannt, die bayerischen Parteigenossen hätten viel Gemüt, aber sie wären zu weich. Parteigenossen, das Gemüt ist an und für sich kein Fehler, und wenn unsere Genossin Luxemburg zu ihrem außerordentlich scharfen Verstande auch noch eine ansehnliche Portion Gemüt hätte, so wäre sie ein vollkommenes Frauenzimmer. (Stürmische Heiterkeit.) Aber, Parteigenossen, der Genosse Bebel hat die Frage der Rückgratfestigkeit der bayerischen Parteigenossen im Zusammenhang mit einer Bemerkung über die angebliche Leichtigkeit des Wahlrechtskampfes in Süddeutschland angeschnitten. (Bebel: Das ist nicht richtig!) Ich halte es schon in Rücksicht auf das Andenken des auf dem Schlachtfelde gefallenen Wahlrechtskämpfers Grillenberger nicht für angebracht, daß an der Rückgratfestigkeit und Mannhaftigkeit der bayerischen Parteigenossen gezweifelt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Genosse Bebel hat das nicht schlimm gemeint (Bebel: Ich habe es gar nicht so gemeint, wie Sie es darstellen); aber die Dinge werden von den Gegnern so aufgefaßt werden,

und es wird ganz gut sein, wenn auch die Größten innerhalb der Partei ein wenig Rücksicht darauf nehmen, was die Gegner aus den Worten machen, die sie aussprechen. Unsere Zentrumsleute in Bayern haben eine Mappe, die gefüllt ist mit Aussprüchen der Genossen Bebel und Kautsky. (Bebel: Und Vollmar usw.!) Die Aussprüche Vollmars werden sich zur Zentrumsagitation wohl kaum verwenden lassen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Es wäre deshalb ganz gut, wenn man eine gewisse Vorsicht als nützliche Uebung bei unseren Parteidiskussionen walten ließe. Genosse Bebel hat dann weiter — und das hat mich in der jetzigen Situation besonders gewundert — eine Bemerkung über das Verhalten der bayerischen Landtagsfraktion zum Budget gemacht. Er hat gesagt, — und ich weiß nicht, woher er die Kenntnis hat von angeblichen inneren Vorgängen in der Fraktion (sehr gut! bei den Süddeutschen; Bebel: Das werde ich Ihnen auch nicht sagen!) — also Bebel hat wörtlich gesagt: „Wenn es vorkommen kann, wie in Bayern, wo der Ultramontanismus in der fürchterlichsten Weise regiert, wo die Regierung ganz im Banne der Ultramontanen steht, wenn es da vorkommen kann, daß in der Fraktion noch ein kleiner Teil vorhanden ist, der unter solchen Verhältnissen für die bayerische Regierung das Budget bewilligen will, da hört der Spaß auf, da wollen wir die Kontrolle haben." (Sehr richtig!) Das ist sehr unrichtig. Ich erkläre: es gibt in der ganzen bayerischen Landtagsfraktion kein einziges Mitglied, das irgendwie Lust hätte, der Regierung des Klassenstaates entgegenzukommen oder ihr irgendeinen Beweis ihres Vertrauens zu geben. (Sehr richtig!) Ich erkläre weiter, wenn einzelne Mitglieder der Fraktion, und zu diesen Sündern gehöre auch ich, wiederholt darauf hingewiesen haben, daß wir unter den besonderen budgetrechtlichen Verhältnissen in Bayern unter Umständen genötigt sind, im Sinne des Nürnberger Parteitagsbeschlusses gegen diesen zu verstoßen (hört! hört! und Unruhe), so beruht das eben auf den besonderen bayerischen budgetrechtlichen Verhältnissen. Und nun gestatten Sie mir noch ein paar Minuten zur Auseinandersetzung dieser für die Auffassung der ganzen Frage hochwichtigen Verhältnisse. Parteigenossen, das bayerische Budgetrecht kennt keine Budgetabstimmung im gewöhnlichen Sinne. Das sogenannte Finanzgesetz enthält erstens die Angabe des von den Kammern zu bewilligenden Steuersatzes, denn Bayern hat im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten ein vollständiges parlamentarisches Steuerbewilligungsrecht. Kommt kein gemeinsamer Beschluß der beiden Kammern über die Bewilligung der Steuern in Bayern zusammen, so hat die Regierung nicht einmal das Recht, den Steuerzahlern den Exekutor ins Haus zu senden. Die einzelnen Etats sind in ihren Summen staatsrechtlich bewilligt, aber nur in ihren Summen, nicht in ihren Zwecken, nachdem die Abstimmung stattgefunden hat. Das Finanzgesetz enthält nun zweitens weiter gar nichts, als die Bindung der Regierung, die einzelnen Summen genau im Rahmen der Zwecke zu verwenden, für die sie bewilligt worden sind. Wie wenig Eindruck in Hinsicht auf die gewollte Demonstration die Ablehnung des Budgets auf unsere Gegner macht, dafür ein klassisches Beispiel: Als nach den Debatten auf dem Frankfurter Parteitag aus Gründen, die vielleicht mit dem Frankfurter Beschluß nicht zusammenhängen, auch die bayerische Landtagsfraktion das Budget abgelehnt hat, da ist der damalige Finanzminister von Riedel zu den Bänken der Sozialdemokraten heruntergekommen und hat gesagt: meine Herren, ich danke Ihnen schön für das Vertrauensvotum, das Sie mir erteilt haben. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Und es ist in der Tat ein Vertrauensvotum, denn, wenn kein Budget in Bayern zustande kommt, tritt an die Stelle der Verpflichtung der Regierung, die bestimmten Summen für die bewilligten Zwecke zu verwenden, das sogenannte regiminale Ermessen, das

heißt der latente österreichische Paragraph 14, wonach die Regierung mit den einzelnen Summen machen kann was sie will. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Also, um nur ein Beispiel zu nennen, die Summe, die für Erhöhung der Arbeiterlöhne bewilligt ist, kann sie dann etwa zur Erhöhung der Zivilliste verwenden. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Aus diesem einen Beispiel ersehen Sie, wie notwendig es ist, die budgetrechtlichen Verhältnisse überhaupt zu studieren, damit an die Stelle des unfruchtbaren scheinradikalen Symbolismus die praktische revolutionäre Aktion kommt, in der Sie von uns Süddeutschen noch sehr viel lernen können. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Nachmittag vertagt.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Riem-Dresden: Genosse Fleißner hat gestern in der bei ihm hinreichend bekannten liebenswürdigen Weise mir einige Dinge unterschoben, die ich nicht gesagt habe. Als ich sagte, man solle hier keinen Geßlerhut aufrichten, habe ich sagen wollen, daß man keine Anträge annehmen solle, die nachher zu solchen Situationen führen, nicht daß Parteitagsbeschlüsse, die bestehen, nicht gehalten zu werden brauchen. Aber Anträge, und selbst solche von 208 Genossen unterschrieben, sind noch keine Beschlüsse.

Hildenbrand: Genossin Zetkin hat unter Berufung auf einen gedrängten Versammlungsbericht gesagt, ich hätte in einer Versammlung in Stuttgart die Erklärung abgegeben, die sozialdemokratische Fraktion in Württemberg werde ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Partei tun, was sie wolle. Ich erkläre diese Behauptung als direkt der Wahrheit entgegenstehend. (Hört! hört!)

Genossin **Zetkin**: Ich habe nicht behauptet, daß die württembergische Landtagsfraktion diese Erklärung abgegeben hat; ich habe ausdrücklich gesagt, in der „Tagwacht" stehe, Genosse Hildenbrand habe erklärt: „Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, wir tun, was wir wollen. Hildenbrand muß sich also gegen die „Tagwacht" wenden und nicht gegen mich. Das Wort Landtagsfraktion habe ich überhaupt nicht in den Mund genommen.

Adolf **Geck**: Genosse Mayer-Heidelberg hat angedeutet, daß ein Artikel des Lörracher Parteiblattes, dessen Inhalt die Genossin Dr. Luxemburg zur Kenntnis des Parteitages gebracht hat, wohl aus dem Lager von Geck und Genossen herrühre. Er irrt sich vollständig; ich habe kein „Lager" für Artikel (Heiterkeit) und ich stehe auch in keiner Beziehung zu dem Baseler „Vorwärts" bezw. seinem Ableger in Lörrach. Wenn ich den Artikel betrachte, wie er da steht, so muß ich feststellen, daß es keine Korrespondenz ist, also auch nicht als „Lagerware" bezeichnet werden kann, sondern der Artikel steht in der Politischen Rundschau und ist von der Redaktion des Baseler „Vorwärts" zu vertreten, welche Redaktion sich auf den Standpunkt des Genossen Mayer und seiner politischen Freunde stellt.

Lehmann-Wiesbaden: Aus der Rede des Abg. Mayer, der ja auch zu den Budgetbewilligern gehört, werden Sie entnommen haben, mit welchen Mitteln man in Baden gegen diejenigen kämpft, die nicht alle Schwenkungen und Schwankungen mitmachen. Mir wird fortgesetzt vorgeworfen, daß ich immer mit den Argumenten des Zentrums operiere. Ich habe in meiner heutigen Rede ein einzigesmal das Zentrum erwähnt, und zwar in dem Zusammenhang, daß wir mit dem Zentrum zusammen das jetzige Wahlrecht erobert haben. An einer anderen Stelle habe ich gesagt, daß der Gegensatz zwischen Zentrum und Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiet weniger scharf ist, als zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Ich habe daraus gefolgert, daß es in gewissen Fällen unmöglich ist, die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen aufrecht zu erhalten. Daraus schließt man, daß ich eine besondere

Vorliebe für das Zentrum hätte. Man will damit andeuten, was man in gemeiner Weise schon in Mannheim gesagt hat, ich hätte deshalb diesen Standpunkt eingenommen, weil ich hoffe, mit Hilfe des Zentrums wieder in den Reichstag zu kommen. Diese Gemeinheit weise ich zurück. (Bravo!) Weiß Mayer denn nicht, daß in meinem Wahlkreis das Zentrum mein schlimmster Gegner ist. Dann ist mir von Mayer unterstellt worden, ich stünde mit dem Artikel im Baseler „Vorwärts" in Verbindung. Ich wiederhole: ich kenne den Artikel gar nicht, ich kann ihn auch nicht geschrieben haben.

Vorsitzender Dietz verliest auf Wunsch der Genossin Zetkin einen Bericht aus der schwäbischen „Tagwacht" vom 19. September, wonach Hildenbrand in einer Parteiversammlung in Stuttgart erklärt haben soll: „Sie können beschließen, was Sie wollen, die Fraktion wird handeln, wie sie es für richtig hält."

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr.

Liebknecht: Ich bin seit jeher ein Gegner jeder taktischen Engherzigkeit und Engbrüstigkeit. Ich habe stets eine Taktik der unbegrenzten Möglichkeiten empfohlen; in gewissem Sinne auch nach rechts, wenn mich mein Herz natürlich auch mehr nach links zieht. Ich bin auch nicht ängstlich und schreckhaft gegenüber den abstrusen Formen, in die sich unsere Kämpfe gar häufig in der Praxis der Agitation kleiden; sie tragen ihre Korrektur meist in sich selbst. Es hat auch niemals jemand bestritten, auch hier nicht, daß Süddeutschland schließlich etwas anderes ist als Norddeutschland. Wir freuen uns geradezu, daß wir in Süddeutschland noch eine Art Eldorado für Deutschland besitzen. Und uns im preußischen Landtage sind die günstigeren politischen Verhältnisse Süddeutschlands ein nützliches Argument, das wir bei jeder Gelegenheit vorbringen. (Hört! hört!) Es scheint uns aber, als ob unsere süddeutschen Genossen gar zu leicht zu verführen seien, als ob sie zu sehr an der Oberfläche hafteten und nicht genügend in die Tiefe hinein, auf den festen Grund bauten. Es gibt ja Länder, die noch freier sind als Süddeutschland. Was sollten unsere Genossen in Frankreich und England machen, wenn die Begeisterung für den heutigen Staat sich progressiv mit der freieren Gestaltung des politischen Lebens vergrößern würde. Sie müßten ja geradezu vor Glückseligkeit und Begeisterung aus dem Häuschen geraten. Freilich kann ich begreifen, daß der Kontrast zu Norddeutschland ein bißchen zur Ueberschätzung Süddeutschlands anreizt. Es wird in der Bibel erzählt, daß ein Knabe auszog — er hieß nicht David (Heiterkeit) —, um einen Esel zu suchen, und er fand ein Königreich. Nachdem uns hier vom Genossen Kolb die künftige Ministerherrlichkeit von Baden so hoch gepriesen worden ist, scheint mir, als ob manche ausgingen, um ein Großherzogtum zu erobern, die vielleicht statt dessen einen Esel finden werden. (Unruhe bei den Süddeutschen.)

Wer hat je etwas dagegen eingewandt, daß die politische Situation ausgenutzt wird? Das ist ja selbstverständlich und das geschieht allenthalben. Und wenn hier gesprochen wurde von kleinen Konzessionen und Lappalien, so ist das nicht in dem Sinne einer Herabsetzung des Errungenen geschehen, wie heute prononziert wurde, sondern um das, was erreicht wurde, zu messen an der gewaltigen Größe unserer Ziele, um einer Ueberschätzung der täglichen Gegenwartsaufgaben entgegenzutreten durch Hinweis auf die gewaltige Aufgabe, die wir weltgeschichtlich zu erfüllen haben, um die Größe der Zukunft,

der Ziele, des Willens der Sozialdemokratie hell zu beleuchten. Das kann doch nie und nimmer geeignet sein, in der Agitiation Schwierigkeiten zu bereiten.

Parteigenossen! Die sogenannten Radikalen, das sind die eigentlichen Reformisten (Beifall), die echten Reformisten, die realpolitischen Reformisten, diejenigen Reformisten, die nicht den Wald vor den Bäumen übersehen. (Erneuter Beifall.) Das wesentliche des sogenannten Radikalismus ist immer und eben nur, daß er die Quelle unserer Macht nie vergißt. Diese Quelle, das sind die Massen (stürmischer Beifall), und sie entspringt nicht im Parlament, sie mündet nur zum Teil auch da. Diese Quelle soll uns nicht verschüttet werden durch Geheimnistuerei, durch Diplomatisiererei, dadurch, daß man im verborgenen Stübchen parlamentarischer Staatsmännerei die Geschicke der Massen zu regulieren sucht, während die Massen nicht wissen, was da geschieht. (Zurufe der Badenser: Aber die badischen Massen!) Diese Quelle ist es, die durch eine Politik à la Kolb — er hat die letzten Konsequenzen ja beinahe gezogen — gefährdet wird. Die Politik der Sozialdemokratie, als einer Massenpartei, bedarf klarer, gerader, jedermann verständlicher Richtlinien, die auch vor jedem Auge offen liegen müssen: nur dann können die Massen in unserer Politik mitagitieren, nur dann vermögen wir uns ihr unbegrenztes Vertrauen zu erringen und zu erhalten.

Die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, das ist — leider — gewiß nicht Baden; die Zukunft auch Süddeutschlands ist viel eher Norddeutschland. Trotz aller liberalisierenden Tendenzen von heute, die wir gern hinnehmen und ausnutzen: die künftige Herrschaft des Großkapitals wird die Gemütlichkeit wohl gar bald fortblasen und auch die politische Verpreußung schreitet trotz allem fort — wenigstens ist das viel wahrscheinlicher, als daß wir in dieser behaglichen Weise in den Zukunftsstaat hineingondeln könnten, wie man in Süddeutschland glaubt. (Vielfaches Sehr wahr!)

Man schlägt uns die Einsetzung einer Studienkommission vor. Aber die ganze Budgetsache hängt uns schon so zum Halse heraus (Heiterkeit), daß wir wirklich keine Lust verspüren und keinen Grund einsehen, noch weiter an ihr herumzutüfteln. Wer die Geschichte bisher noch nicht kapiert hat — mag er nun diesen oder jenen Standpunkt gewonnen haben —, der wird sie nie kapieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn das bayerische Finanzwesen so beschaffen ist, wie Genosse Müller es uns heute geschildert hat, dann mag man allenfalls prüfen, wie der Nürnberger Beschluß angesichts dieser Rechtslage zu interpretieren ist. (Rufe der Badenser: Aha! Na also!) Die rein theoretische Möglichkeit freilich, die Müller uns an die Wand gemalt hat, wird praktische Realität nicht leicht annehmen. Und es wird, wenn es dazu käme, vor allen Dingen die Aufgabe unserer Partei sein, durch einen mächtigen Druck von außen der Regierung in die Arme zu fallen. Im übrigen, wenn wirklich einmal ein solcher Ausnahmefall eintreten würde und anders nicht zu helfen wäre, dann könnte man ja fragen, ob nicht die Ausnahmebestimmungen des Nürnberger Beschlusses Anwendung finden, um die es sich ja heute hier unstreitig gar nicht handelt.

Aber Budgetfrage hin, Budgetfrage her. Was hat all den jetzigen Auseinandersetzungen den Stachel gegeben? (Frank: Der Unverstand!) Was hat die Aufregung in den Massen hervorgerufen, was hat die tiefe Empörung der großen Mehrheit der Parteigenossen erzeugt? Das ist der Disziplinbruch und nichts anderes. (Stürmischer Beifall.) Und es wird Ihnen nicht gelingen, das zu verwischen, davon abzulenken. Da gibt es

kein Ausweichen. Das ist die entscheidende Frage. (Erneuter Beifall.) Der Disziplinbruch und die Hofgängerei und die Brüskierung der Gesamtpartei. (Vielfaches Sehr wahr!) Wir treiben gewiß nicht Disziplinreiterei. Ich persönlich am allerwenigsten. Sie wissen ja, daß ich sehr häufig nicht einverstanden bin mit dem taktischen Vorgehen der Gesamtpartei. Aber hier handelt es sich nicht um irgendeinen Beschluß, gegen den verstoßen ist, sondern um einen Beschluß, der wiederholt von verschiedenen Parteitagen gefaßt (sehr richtig!) und der wiederholt von verschiedenen Parteitagen als ein Beschluß deklariert worden ist, den die Mehrheit der Partei als unverbrüchlich betrachtet und für den sie unbedingte Respektierung fordert. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich nicht um irgendeinen Verstoß, sondern um einen Verstoß, der durch eine entschiedene, schwerwiegende Tat vollbracht ist. Es ist auch kein zufälliger, sondern ein lang vorbereiteter Verstoß, schließlich ein Verstoß, der unternommen ist in dem vollen Bewußtsein, daß er ein Verstoß gegen Parteitagsbeschlüsse sein sollte. Und all das in einer Periode, die unserer Partei so günstig ist wie keine zuvor. Uns da Knüppel zwischen die Beine zu werfen, das mußte mit Recht die größte Entrüstung hervorrufen. Es handelt sich auch um einen Disziplinbruch in Formen, die Aufregung erzeugen mußten. In Gegenwart der Gegner wird der Nürnberger Beschluß als bloße Formsache erklärt, als bloße Demonstration, was nur in dem Sinn aufgefaßt werden kann und gedacht war, wie wir es aufgefaßt haben, nicht aber in dem Sinn der großen Demonstrationen, wie Frank zu interpretieren versucht hat. Es ist ein Disziplinbruch, durch den man sagt: es ist uns vollkommen gleichgültig, was die Gesamtpartei darüber meint. Wir handeln eben einfach gegen den uns wohl bewußten Willen der Parteimehrheit und scheren uns auch den Teufel um die Meinung und den Willen des künftigen Parteitags. Ein schlimmerer Verstoß gegen die primitivsten Anforderungen jeder Demokratie ist schlechterdings nicht auszudenken.

Und man hat für all das nicht eine Spur der Empfindung. Man hat gefragt, wie kann man einen Teil der Partei par ordre du mufti zwingen wollen? Eine sehr sonderbare Anschauung! Die Partei ist nicht mufti! Ihre Disziplin ist eine freiwillig übernommene, aber freiwillige Disziplin heißt nicht lockere Disziplin, sie ist und muß gerade die schärfste sein, weil sich jeder freiwillig unterworfen hat. (Stürmischer Beifall.)

Frank hat versichert, daß sie einen unangenehmen Beigeschmack hatten, als sie dem Budget zustimmten. Die erste Erklärung, die sie bereits präpariert hatten, spricht das Gegenteil aus: daß sie bedauern, gegen das Budget zu stimmen? Was tut ihnen also leid: für oder gegen das Budget zu stimmen? Mir scheint, den größeren Schmerz bereitet ihnen die Befolgung des Parteitagsbeschlusses. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Sie (zu den Badensern) haben keinen Konflikt mit der Partei gesucht, gut, aber Sie haben den Konflikt mit der Partei nicht vermieden. Aus der Debatte geht deutlich hervor, daß leider viele Genossen den Ernst des Augenblicks verkennen; daß sie sich nicht darüber klar sind, welch eine ungeheure Gefahr es ist, vor der wir stehen, wenn die ganze Sache einfach in der Weise abgeschlossen würde, wie viele wollen. Bedenken Sie, ein derartiger Verstoß gegen die absolut unumgänglichen Elemente jeder Parteidisziplin, die heilig gehalten werden müssen, wenn die Partei sich nicht selbst ihr Grab graben will, hat in der Parteigeschichte überhaupt seinesgleichen nicht. Wer wird sich dann überhaupt noch an Parteitagsbeschlüsse binden? Pfeifen wird man auf die Parteitags-beschlüsse allenthalben à la Baden. Darum können wir uns mit der

Mißbilligung nicht begnügen, auf die stets nur gepfiffen wird, und auf die wiederum zu pfeifen, Sie schon in der Presse und auf dem Offenburger Parteitag angekündigt haben.

Das wäre das Ende der Partei. Wir sind es unseren Wählern schuldig, wir sind es den großen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie schuldig, mehr zu tun. Eine Beleidigung der Süddeutschen soll im Antrag Zubeil nicht liegen. Wenn die Süddeutschen nur die einzige Erklärung abgegeben hätten: Von jetzt ab werden wir uns an die Parteitagsbeschlüsse binden, wir werden das als eine wichtige Pflicht ansehen, genau in derselben Weise wie die übrigen Parteigenossen, dann wäre die ganze Budgetdebatte ins Wasser gefallen, kein Mensch hätte mehr ein Bedürfnis danach gehabt, und die Partei würde in Eintracht und Ruhe weiter arbeiten können. Man hätte sich die heftigen Worte erspart. Nachdem diese Erklärung jedoch verweigert ist, drängt sich der Verdacht auf, daß diese Debatten von Ihnen (zu den Süddeutschen) nur geführt werden mit dem Hintergedanken: Wenn wir erst aus Magdeburg heraus sind, dann tun wir doch, was wir wollen. (Sehr wahr!) Damit kann man sich nicht begnügen, nach dem, was vorgegangen ist. Es ist erstaunlich, daß man hier ein so geringes Gefühl für die Parteidisziplin hat. Ich bin ja sozusagen im Parteileben aufgewachsen, ich habe sie mit der Muttermilch eingesogen, und aus frühester Kindheit klingt es mir in den Ohren aus dem Munde meines Vaters: eins ist Not: Disziplin; die Disziplin ist der Stolz der deutschen Sozialdemokratie, ohne Disziplin kein erfolgreicher politischer Kampf. Das habe ich fast täglich gehört. Und nun muß man sehen, wie selbst das geringste Empfinden fehlt für das, was geschehen ist, daß auch nicht ein Wort des Bedauerns von dieser Seite gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen keine Guillotine aufrichten, wir wollen nur, daß der Parteitag, der dazu berechtigt ist, dieselbe Instanz, die auch das Organisationsstatut erlassen hat, in einer Art authentischer Deklaration, in einem Gutachten seine Ansicht ausspricht, wo in einer bestimmten Richtung die Grenze der Parteizugehörigkeit liegt, ausspricht, daß, wer nun, wie es hier geschehen ist, überlegt und in der Tragweite bewußt wieder gegen grundlegende Parteitagsbeschlüsse verstößt, damit die Grenze überschreitet, die für die Parteizugehörigkeit gezogen ist. In welcher Weise dann der Ausschluß formal stattfindet, ist Sache für sich. Es ist falsch, wenn David unseren Antrag anders ausgelegt hat. Wie ihm sei: Für die Zukunft muß ein Pentagramma aufgezeichnet werden.

Ich spreche als Preuße zu Ihnen. Wir stehen in Preußen in dem schwersten Kampfe, den die Sozialdemokratie, solange sie existiert, unternommen hat; in einem Kampfe, der Konsequenzen zeitigen kann für uns alle, persönliche und sachliche, die wir nicht absehen können, die wir aber auch nicht scheuen, mögen sie sein, wie sie wollen. (Lebhafter Beifall.) Das drückt für die nächste Zukunft unserer Arbeit in ganz Deutschland den Stempel auf. Sie (zu den Süddeutschen) können uns viel helfen dabei, aber die wichtigste Hilfe ist: sichern Sie die Einheit und Geschlossenheit der Partei. (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Südekum**: Sie können sich denken, wie außerordentlich angenehm ich von dem ersten Teil der Rede des Genossen Liebknecht überrascht war, wo er, allerdings um an dem entscheidenden Punkte abzuspringen, den glänzenden Nachweis dafür geführt hat, daß der Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission nicht nur die beste Lösung, sondern eine Notwendigkeit ist. (Gelächter bei der Mehrheit.) Hat nicht Liebknecht sogar gesagt, daß man über Fälle, wie Adolf Müller hier einen vorgetragen hat, mit einer „authentischen Interpretation“ der Lübecker Resolution hinwegkommen müßte, daß es

wahrscheinlich noch viel mehr Fälle gebe, wo man die Lübecker Resolution übertreten müsse. Und das alles soll Sie nicht bewegen, der schlichten, ehrlichen und eine Lösung aus den Schwierigkeiten bietenden Forderung zuzustimmen, die Frage so anzupacken, wie sie angepackt werden muß. d. h. sie vom Fundament aus zu studieren? (Zuruf: Das kann jeder einzelne.) Es kommt nicht darauf an, daß der einzelne sich damit befaßt, sondern daß die Partei als Institution sich damit befaßt. Aber Sie haben uns ja schon gesagt, was Sie wollen. Zubeil, der keine Mördergrube aus seinem Herzen macht, sagte es und andere wiederholten es: Sie stehen auf dem Standpunkt: „Ruhe wollen wir haben!", auf dem Standpunkt jenes Biedermannes, der da in Berlin anschlagen ließ: „Der König hat eine Bataille verloren, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht." (Gelächter bei der Mehrheit.) Jawohl (zur Mehrheit), der König *hat* eine Bataille verloren. Aber Sie täuschen sich. (Ledebour: Brunnenvergiftung!) Ach, Ledebour, ich kenne Sie doch. (Heiterkeit. — Ledebour: So sollten Sie mal in Nürnberg reden!) Das wird schon geschehen, beruhigen Sie sich nur. Es ist eine naive Ansicht, wenn Sie glauben, durch die Errichtung zwar nicht der Guillotine, aber doch des Galgens der Resolution Zubeil Ruhe zu bekommen. Wissen Sie, was geschieht, wenn Sie die Resolution annehmen? (Zuruf: Na, was?) Bebel wird der erste sein, der die Fahne der Rebellion gegen diese Resolution erheben wird und erheben muß. (Zuruf: Abwarten!) Das weiß ich genau, und nicht nur der Streit um diese Angelegenheit wird dann zum Austrag kommen, sondern der Streit wird wieder auf den sachlichen Hintergrund der ganzen Frage hinübergreifen. Glauben Sie doch nicht, daß es möglich sein wird, alle die vielfältigen Verhältnisse in den deutschen Einzelstaaten in das Prokrustesbett des Nürnberger und des Lübecker Beschlusses zu spannen! Es ist unmöglich, und deshalb werden wir wieder zu neuen Debatten kommen, wäre es aus keinem anderen Grunde, so deshalb, weil unsere süddeutschen Kameraden die heilige Pflicht haben, die Frage nicht einschlafen zu lassen, sondern immer und immer wieder zu verlangen, daß die Parteitage sich damit befassen. Und wissen Sie denn, ob ein zukünftiger Parteitag wieder dieselbe Mehrheit zeigt wie dieser? (Lachen bei der Mehrheit.) Ach, dieser Parteitag ist ja auch schon sozusagen unter einem Ausnahmegesetz gewählt worden. (Lebhafter Widerspruch.) Wann war es denn bei uns Mode, Delegierte mit gebundenem Mandat auf den Parteitag zu schicken. (Zuruf: Wo denn! Namen nennen!) Und mit welcher Begründung? Damit Sie sich nicht etwa umstimmen lassen sollten! (Zuruf: Beweise!) Glauben Sie doch nicht, wenn der Zusatzantrag Zubeil ein einziges Mal Wirklichkeit werden sollte, daß das ohne die schwersten Erschütterungen gerade des dann übrigbleibenden Teils der Partei vor sich gehen würde. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Wissen Sie denn nicht, daß große Teile Norddeutschlands in der Sache selbst durchaus den Standpunkt der Süddeutschen teilen? (Erneuter Widerspruch.) Diese Genossen könnten unmöglich die Konsequenz ziehen, die Sie gezogen wissen wollen. (Zuruf: Wo ist denn diese große Mehrheit?) Was Sie wollen, das führt nicht zur Einheit, das führt zur Kleinheit der Partei. Was Sie gegen diese Studienkommission so einnimmt, das ist nicht das an Ledebours Beispiel früher schon so fein wie grausam verhöhnte „objektive Mißtrauen gegen die menschliche Leistungsfähigkeit", sondern das ist etwas ganz anderes bei einem großen Teil von Ihnen. Es ist nichts anderes als ein Ausfluß der unseligen Katastrophentheorie, die in den letzten Jahren mehr und mehr eine Rolle in der „radikalen" Parteiliteratur und Agitation gespielt hat. Diese Theorie ist in sich selbst ein zersetzendes Element und Gift für jede Partei, für Gewerkschaften und Genossenschaften. Sie glauben, diese Theorie auch auf die inneren Parteiangelegen-

heiten anwenden zu müssen. Sie meinen, ein Weiterkommen sei nur möglich für uns mit Hilfe von Katastrophen. Ach nein, das ist die Katastrophe der Katastrophentheorie, an die wir jetzt gelangt sind. Ihre Stellung ist auf die Dauer unhaltbar wegen der ganzen inneren Unwahrhaftigkeit, die sich darin ausdrückt. Wenn Sie der Genossin Luxemburg so aufmerksam zugehört haben wie ich, so werden Sie gehört haben, daß sie sagte: „Die badischen Genossen brauchten ja gar nicht dafür zu stimmen, das Budget wäre auch so angenommen worden." — Also eine Demonstration — wenn es nichts macht! Dabei will die Nürnberger Resolution weitergehend sogar, daß wir für das Budget stimmen, wenn wir die Mehrheit haben. Das ist doch alles eine innere Unwahrhaftigkeit. Das ist ein Pseudo-Radikalismus, lediglich eine wortrevolutionäre Politik. Liebknecht wird wohl recht haben, wenn er sagt, daß auf der einen Seite (der Redner weist nach den Bänken der Berliner hin) die eigentlichen Reformisten sitzen. Auf der anderen Seite (der Redner weist nach den Bänken der Süddeutschen hin) sitzen aber auch die eigentlichen Radikalen. (Großes Gelächter bei der Mehrheit.)

Genau demselben Pseudo-Radikalismus und demselben Wortfetischismus huldigt die vom Vorstande vorgelegte Resolution. Es heißt darin immer „der Staat" und „der Klassenstaat". Jemand, der seinen Marx nicht nur gelesen hat, sondern der auch versucht hat, ihn zu verstehen, den überläuft es eiskalt, wenn er so etwas lesen muß. Marx hat uns doch gelehrt, daß wir nie, nie, nie uns bei bloßen Worten aufhalten müssen, sondern daß wir zuschauen müssen, was dahinter ist. (Dittmann ruft: Verdrehung!) Beruhigen Sie sich nur, Dittmann! Sie sind ja ein sehr aufgeregter Herr, aber die paar Minuten müssen Sie mir schon lassen. Trotz der vielen Unterschiede der einzelnen Staaten heißt es nur immer „der Staat". Das ist nicht marxistisch, nicht sozialdemokratisch, sondern primitive liberale Phraseologie. (Gelächter bei der Mehrheit.) Bebel hat darauf hingewiesen, der preußische Staat sei ein Unikum, ein einzig dastehendes Stück und — in demselben Atemzuge verteidigt er die Resolution, in der von „dem Staate" schlechthin die Rede ist! Das ist Wortfetischismus, das ist Selbstbetrug. (Lachen bei der Mehrheit.)

Ich kann keine Toten aus dem Grabe aufsteigen lassen, ich kann nicht auf die Sentimentalität meiner Zuhörer mit den Mitteln des Vorredners wirken. Für uns aber muß es heißen, wie in England: men, not measures! Nicht Maßregeln brauchen wir, sondern aufrechte Männer. (Gelächter bei der Mehrheit.) Aufrechte Männer, die getragen sind von dem Vertrauen und von der Liebe der Massen, von der Sie so viel sprechen, bei deren Erwähnung Sie aber geflissentlich übersehen, daß hinter unseren badischen Genossen die Massen derer stehen, die ihnen die nächsten sind: diesen sind sie Vertrauen und Liebe schuldig, ihnen sind sie auch verantwortlich. Mit gewaltiger Mehrheit stehen jene badischen Massen geschlossen hinter ihren Abgeordneten. Es ist nicht richtig, daß die ganze Frage auf ein formalistisches Prinzip hinausgeht. Wenn man den Dingen gerecht werden will, dann muß man in die Sache selbst hineingehen. Davor schützen Sie keine Resolutionen, auch nicht die Maßnahmen Zubeils, die an ihrer eigenen technischen Unmöglichkeit zuschanden gehen müssen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Westmeyer-Stuttgart: Von den Delegierten des ersten württembergischen Wahlkreises, des zweiten, vierten, des fünften und des zehnten, die die bestorganisierten Wahlkreise sind, und die von den Abgeordneten Hildenbrand, Keil, Heymann, Dr. Lindemann usw. vertreten werden, bin ich beauftragt, zu erklären, daß sie geschlossen für die Vorstandsresolution eintreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Frank ruft: Und der Zusatzantrag!) Kommt schon noch, ich habe auf Sie auch warten müssen. Es ist hier von ge-

bundenen Mandaten gesprochen worden. Wir haben kein solches, aber ich weiß, daß Anhänger der Budgetbewilliger gebundene Mandate haben. (Stürmisches Hört! hört! und Rufe: Namen nennen!) Ich nenne: Knapper-Württemberg und Wasner. (Lebhaftes Hört! hört!)

Es herrscht wohl kein Zweifel darüber, daß wir nicht mehr um die Budgetbewilligung streiten, um diese armselige Abstimmung, wie Frank sagte (ich unterschreibe das Wort: armselige Abstimmung), sondern daß es sich hier um die prinzipielle Stellungnahme zum Klassenstaat handelt. Es handelt sich darum: Wollen wir wie bisher, fußend auf unseren alten grundsätzlichen Anschauungen, in schärfster Opposition bleiben oder wollen wir uns dem Klassenstaat anpassen. Hildenbrand sagte, unsere ganze Tätigkeit im Landtage sei der Ausdruck der schärfsten Opposition gegen den Klassenstaat. Ein bürgerlicher Demokrat, der als Demokrat angesprochen werden kann, denn er hat mit seinem Blute seine Ueberzeugung bekräftigt, Robert Blum, hat einmal gesagt: des Vormittags beim Minister speisen und nachmittags grundsätzliche Opposition gegen die Regierung machen, das verträgt sich nicht miteinander. (Stürmische Zustimmung.) Unsere Genossen in Württemberg haben nicht nur teilweise an Ministeressen teilgenommen, sie sind auch liebwerte Gäste am Königshofe gewesen. (Lebhaftes Hört! hört!) Budgetbewilligung, Hofgang, Ministeressen usw., das entspringt alles einer einzigen Wurzel, man kann es nicht trennen. Gewiß, die parlamentarische Tätigkeit ist notwendig und nützlich. Aber sie ist nur dann nützlich, wenn sich die Abgeordneten als Vollstrecker des Willens der Gesamtpartei fühlen. (Zustimmung.) Wir wollen die Abgeordneten nicht zu Marionetten machen, wir wollen sie nicht knebeln. Es ist unrichtig, wenn Hildenbrand in Stuttgart sagte, ich wollte die ganze Fraktion knebeln, ich, der einzige, gegen so viele hervorragende Geister. Nein, ich habe nur ausgesprochen, was die große Masse der Genossen denkt. (Widerspruch Hildenbrands.) Deine Kampfesweise, Hildenbrand, ist genügend bekannt, ich danke dafür. Hildenbrand sollte doch so viel Rücksicht auf den Parteitag nehmen, wie er beim Ministeressen gezeigt hat. (Sehr richtig!) David hat darauf hingewiesen, daß hinter den badischen Genossen die badischen Parteiorganisationen stehen, und daß man darauf Rücksicht nehmen müsse, ich konstatiere, daß hinter den Abgeordneten Stuttgarts in dieser Frage die Organisationen nicht stehen. (Lebhaftes Hört! hört!) Trotz alledem wollen die Abgeordneten, daß ihr Wille respektiert werde, einerlei, ob die Organisationen dahinterstehen oder nicht, der Wille der Abgeordneten gilt. Wo kommen wir denn da hin. Die parlamentarische Tätigkeit soll Früchte tragen. Aber der Wert der parlamentarischen Tätigkeit, die ich selbst unumwunden anerkenne, wird illusorisch gemacht, wenn die Abgeordneten die Axt an die Wurzel unserer Kraft, an unsere Disziplin legen. (Beifall.) Wenn die Disziplin untergraben wird, dann stürzen nicht nur die Organisationen, dann brechen auch unter den Trümmern die Mandate unserer Abgeordneten zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Besonders erbittert hat, daß dieser Disziplinbruch bewußt und mit kalter Ueberlegung ausgeführt ist. Ich kann dafür das Zeugnis eines Genossen anführen, der sachlich auf seiten der Budgetbewilliger steht, wenn auch aus anderen Motiven. So schrieb in der „Schwäbischen Tagwacht" W. K.: „Was aber nicht gebilligt werden kann, ist die gegen den Nürnberger Beschluß gerichtete demonstrative Spitze der badischen Budgetbewilligung." Und weiter: „Das kann und darf sich eine Kampfpartei, die eine Welt erobern will und dazu der strengen Disziplin a l l e r ihrer Mitglieder bedarf, nicht gefallen lassen, daß sich einzelne Mitglieder oder kleine Gruppen trotzig gegen ihre Mehrheitsbeschlüsse auflehnen!" (Zustimmung.) Es ist versucht worden, mit einer Mainlinie gruselig zu machen. (Frank: Wer

hat das gesagt?) Das stand doch in den Zeitungen, Sie haben es gewiß gelesen. (Frank: Nein, wo hat das gestanden?) Ich kann doch nicht alles Material hierher mitbringen. (Frank: Keine Schlagworte!) Es heißt doch auch immer: „Wir Süddeutschen." (Frank: Gewiß!) Trotz der süddeutschen Landtagsfraktionen wird die Arbeiterschaft einig bleiben. Daran zweifele ich gar nicht. Nur dann könnte die Situation kritisch werden, nur dann könnte die Einigkeit innerhalb der Partei zum Teufel gehen, wenn der Parteitag selber nicht die Kraft und den Entschluß hat, ganz energisch für diese Einheit einzutreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Es ist gesagt worden, die Sache soll erst einer Studienkommission überwiesen werden. Man streitet sich bereits 16 Jahre darüber. Warum hat man denn diese Studienkommission nicht schon früher beantragt? Weshalb mußte Braun aus Königsberg kommen und die Genossen darauf aufmerksam machen, was not tut. Die Genossen in Süddeutschland, ich meine jene Genossen, die für die organisatorische und prinzipielle Einheit der Partei in Süddeutschland tätig sind — und das ist eine große Anzahl —, können verlangen, daß der Parteitag mit aller Entschiedenheit bekundet, wir sind eins, ein Beschluß gilt für alle, einem Willen haben wir uns alle unterzuordnen, ganz gleich, wer es ist, ohne Rücksicht auf die Person. (Bravo!) Ich wünschte nur, daß in der Vertretung des gesamten Interesses, in der Vertretung der Beschlüsse der Gesamtpartei, wenigstens 10 Proz. soviel Entschiedenheit bekundet wird, wie andererseits bekundet wird, wenn es gilt, gegen die Beschlüsse des Parteitages Front zu machen. (Sehr gut!) Darin liegt der Fehler. Ich gebe zu: mit Resolutionen werden wir die Bewegung gegen Parteitagsbeschlüsse letzten Endes nicht totmachen, wenn nicht von unten her aus der Masse der Parteigenossen endlich dagegen Front gemacht wird. (Sehr richtig!) Dazu aber soll uns ein unzweideutiger klarer Beschluß helfen, und deshalb bitte ich um Annahme der Resolution des Parteivorstandes und des Antrages Zubeil. (Großer Beifall bei der Mehrheit.)

Ryssel-Leipzig beantragt, die Debatte zu schließen.

Auer-München wünscht, erst nach dem nächsten Redner — Severing-Bielefeld — die Debatte zu schließen, damit die Parität gewahrt bleibt und die gleiche Anzahl von Rednern für und gegen zu Wort gekommen sind.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hug-Bant erklärt, daß es ihm durch den Schlußantrag unmöglich gemacht sei, seine Stellung darzulegen. Er stehe auf dem Boden der Süddeutschen. (Bebel: Das wußten wir auch so!)

Stadthagen (persönlich): Frank glaubte einen Gegensatz konstruieren zu können — wenigstens könnte das von der liberalen Klystierspritzologie so ausgelegt werden — zwischen der Auffassung von Bebel und mir. Er glaubte zur Unterstützung dessen anführen zu können, ich hätte den badischen Genossen hündisches Benehmen vorgeworfen. Das trifft nicht ganz zu. Ich habe in der Versammlung, auf die er Bezug nahm, dargelegt, daß die Art der Begründung, wie sie in Baden gegeben ist, wo gesagt ist, eigentlich müßten wir schon deshalb, weil die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt angesehen wird, das Budget ablehnen, aber wir nehmen es an, — ich habe gesagt, daß das nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch ist. Dabei hat mir vorgeschwebt die Selbsterkenntnis von Nationalliberalen, die in einer ähnlichen Lage erklärten: Hunde sind wir ja doch. (Große Unruhe bei den Süddeutschen.) Da ich aber sehe, daß das Wort hündisch Ihnen nicht paßt, bin ich gern bereit, dafür zu sagen, nationalliberal oder kompliziert. (Lachen bei den Süddeutschen.)

Wasner-Stuttgart: Genosse Westmeyer hat behauptet, daß diejenigen, die nicht für die Vorstandsresolution seien, gebundene Mandate hätten, und hat dabei auch meinen Namen genannt. Ich bemerke darauf, daß ich als württembergischer Landtagsabgeordneter auf der Kreisversammlung, von der ich gewählt wurde, anwesend war, und daß ich meinem Standpunkt dort offen und ehrlich Ausdruck gegeben habe. Die Sünden, die der württembergischen Landtagsfraktion vorgehalten werden, habe ich nicht mitgemacht, nicht die Etatsabstimmung, nicht die Friedrichshafener Fahrt und den Königsbesuch, weil ich mit diesen Sachen nicht einverstanden bin. (Bravo!) Ich habe als alter Parteigenosse, der jahrelang agitatorisch tätig ist, auch darauf hingewiesen, daß ich völlig auf dem Boden des Programms und auf dem Standpunkt stehe, daß Beschlüsse des Parteitages für die einzelnen Parteigenossen maßgebend sein müssen. Ich habe aus diesem Grunde betont, daß ich die Stellungnahme der badischen Parteigenossen direkt bedauere, um so mehr, da ich aus innerer Ueberzeugung es als einen Fehler ansehe, daß wir in unserer Bewegungsfreiheit und Agitationstätigkeit durch einen bindenden Beschluß gehemmt sind. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich bin dann einstimmig als Delegierter für den Parteitag gewählt worden und nachträglich hat ein Vertreter auf der Versammlung erklärt, wir möchten Wasner dann nur ersuchen, seiner Anschauung entsprechend auf dem Parteitag zu wirken, daß dieser Beschluß womöglich aufgehoben wird. Denn das ist keine Waffe, wenn der Beschluß, gegen den Etat stimmen zu müssen, fortgesetzt über uns schwebt. Das ist doch kein gebundenes Mandat, wenn ich offen und ehrlich meiner Meinung Ausdruck gegeben habe. Nach meiner Ueberzeugung wären Sie heute vielleicht zu einer anderen Auffassung gekommen, wenn der badische Fall nicht dazwischen gekommen wäre. Sie hätten dann ruhig und sachlich die Frage geklärt, heute geschieht dies durch den Badener Zwischenfall leider nicht.

Knapper-Heilbronn (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Westmeyer hat auch meine Person in die Debatte gezogen und behauptet, daß auch ich ein gebundenes Mandat hätte. Er hat damit objektiv vollkommen die Unwahrheit gesprochen und das bleibt unwahr, solange er seine Behauptung nicht beweist. In unserer Kreisgeneralversammlung ist überhaupt davon gar keine Rede gewesen, aber als vor zwei Jahren es sich um die Delegierung nach Nürnberg handelte, waren es die Freunde Westmeyers, die dem Delegierten ein gebundenes Mandat mitgeben wollten! Ich war es, der gegen ein gebundenes Mandat protestierte. Außerdem kann ich mich für meine Darstellung auf Genossen Wasner berufen, welcher auf der letzten Kreisgeneralversammlung anwesend war.

Kühn-Dresden: Es ist heute früh im Laufe der Debatte, und zwar von Genossen Heilmann-Chemnitz, behauptet worden, daß neben den Genossen in Berlin und Leipzig auch die Genossen in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung für den Etat gestimmt haben. (Heilmann: Sogar für den Polizeietat!) Als Mitglied der Dresdner Stadtverordnetenversammlung kann ich diese Behauptung nicht unwidersprochen lassen. Ich stelle fest, daß wir in den letzten zwei Jahren gegen den Polizeietat gestimmt haben und ich stelle weiter fest, daß im Dresdner Stadtverordnetenkollegium eine Gesamtabstimmung über den Etat überhaupt nicht stattfindet. Des weiteren bin ich von meinen Dresdner Mitdelegierten, von den Delegierten der Wahlkreise Dresden-Altstadt und -Neustadt, beauftragt, gegen die Ausführungen Riems, die gestern an dieser Stelle getan wurden, zu protestieren, da sich diese Ausführungen mit den Anschauungen der übergroßen Mehrheit der Dresdner Parteigenossen durchaus nicht decken.

Vorsitzender Dietz: Ich erteile das **Schlußwort** dem Genossen Bebel. (Bewegung.)

Bebel: Bevor ich sachlich in die Debatte eintrete, bin ich genötigt, eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich war leider am Schluß der gestrigen Sitzung bereits abwesend, als Peus eine persönliche Bemerkung gegen mich machte, die mich zwingt, meinerseits kurz darauf zu antworten.

Der Kollege Peus war darüber beleidigt, daß ich von dem Blatt, das er redigiert, als Blättle sprach. Ich habe mir hintennach gesagt, daß der Ausdruck für norddeutsche Genossen etwas beleidigend klingt, aber da ich sehr häufig längere Zeit in Süddeutschland und der Schweiz lebe, kann ich konstatieren, daß man dort von größeren Blättern, als dem des Kollegen Peus, von einem Blättle spricht. Das Wort ist mir aus dem Munde geschlüpft und sollte nicht beleidigend sein. Peus hat sich weiter bitter beschwert, daß ich ihm vorgehalten habe, daß er zu ziemlich den gleichen Zeiten verschieden gesprochen habe. Peus ist schon häufig Gegenstand der Erörterung im Parteivorstand gewesen, und namentlich als der verstorbene Genosse Auer noch lebte, habe ich wiederholt mit diesem Unterhaltungen gehabt, ihm Blätter, die Peus herausgegeben hatte, vorgelegt und gesagt, das geht doch über die Hutschnur, da sollten wir doch vom Parteivorstand aus einschreiten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sie wissen, wie Auer in solchen Dingen dachte; um nicht Konflikte hervorzurufen, beruhigte ich mich dann bei seinen Ausführungen. Es kamen die Reichstagswahlen von 1903. Peus lud mich ein, für unseren Kandidaten Kaeppler in Dessau zu sprechen. Ich ging selbstverständlich hin, denn wenn eine Reichstagswahl ist, frage ich nicht, ob der Kandidat Revisionist oder Radikaler ist. (Zuruf: Kaeppler ist gar kein Revisionist.) Ich habe also in der Wahlversammlung meinen Vortrag gehalten und danach sprach Peus. Ich war außerordentlich erstaunt, wie derselbe Peus, der kurz zuvor verlangt hatte, die prinzipielle Einleitung zum Programm zu streichen (Peus: Ist ja nicht wahr!) — das haben Sie doch verlangt —, wie taktfest und einwandfrei er sich verhielt. Später ist er wieder in seiner Haltung nach rechts gegangen. In diesem Monat habe ich gelesen, welch eigenartige Bemerkungen er über die Idee eines Zusammenhaltens nach rechts, mit den bürgerlichen Parteien, gemacht habe, und es fiel mir auf, daß er in Brandenburg bei seiner Kandidatenrede auf der Konferenz einen Ton anschlug, der zu dem, was ich gelesen hatte, gar nicht passen wollte, und ich dachte, na, er kann auch anders. Im übrigen ist bekannt, daß er sehr wunderbare Ausführungen macht. Ich habe hier eine Nummer des „Volksblattes für Anhalt" aus den letzten Tagen und darin schließt ein Artikel mit den Worten: „Nur die Sozialdemokratie und die **demokratische Vereinigung** nehmen die Interessen der Lohnarbeiter war." (Hört! hört! Heiterkeit.) Ja, wozu hat denn ein Sozialdemokrat Reklame für die demokratische Vereinigung zu machen. Ich habe im übrigen vor dem Redakteur des Blattes „Das freie Volk", vor Herrn Dr. Breitscheid, großen Respekt. Er hat unter anderem über Budgetabstimmung und Blockpolitik Bemerkungen gemacht, von denen ich gewünscht hätte, daß sie in der Parteipresse gemacht worden wären, so treffend und so radikal waren sie. Ich muß überhaupt zu unserer Schande sagen, zum erstenmal in den 47 Jahren, solange die Partei besteht, ist es vorgekommen, daß uns von einem bürgerlichen Blatte korrekt gesagt wurde, wie ein Demokrat sich zu verhalten habe. Ich entdeckte, daß sie dort die Demokratie besser verstehen, als in einem Teil der Parteipresse. (Bewegung.) Was in unserer Presse vom Budget und Block hier und da gesagt wurde, läßt sich tatsächlich vom bürgerlich-demokratischen Standpunkte nicht rechtfertigen. — Nun haben Peus, Müller und David angedeutet, daß meine Bemerkungen der Kandidatur von Peus schaden könnten.

Müller besonders meinte, und ich nehme an, das bezog sich auf mich, man solle sich mehr zurückhalten und nicht den Gegnern Gelegenheit geben, unsere Worte gegen uns selbst auszunutzen. Aber wenn die Rücksicht auf die Gegner so weit gehen soll, daß wir uns in einer durchaus berechtigten Kritik einen Maulkorb umhängen müßten, dann danke ich! (Bewegung und Zustimmung.) Sorgen die Genossen durch ihre Handlungen dafür, daß in einem solchen Momente wie dem jetzigen es nicht nötig ist, solche Kritik üben zu müssen! (Stürmischer Beifall.) Das ist ja sehr schön von den Revisionisten, in solchen Momenten zu kommen und zu sagen, man möge doch nicht debattieren, wir sind unschuldig, die Radikalen sind an allem schuld! (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe wie die ganze Partei selbstverständlich ein großes Interesse daran, daß der Brandenburger Kreis wieder zurückerobert wird, aber wenn ich sagen soll, ob das gerade die Person Peus sein soll, da habe ich eine andere Meinung! (Große Bewegung — verschiedene Zwischenrufe.) Ihr habt Euch eben immer noch nicht an den Bebel gewöhnt. Vielleicht wirds nie. (Ein Ruf: er soll sich an uns gewöhnen!) Da müßt Ihr andere Seiten aufziehen, ehe ich mich an Eure Handlungen gewöhnen könnte. Mit Euren Personen ist es anders. (Frank: Damit ist Peus' Wahl gesichert.)

Ich gehe nun zu den Ausführungen Franks über. Es war selbstverständlich, daß sich Frank die größte Mühe geben würde, Ihre Haltung im badischen Landtag und Ihre Gründe für die Budgetabstimmung hier auseinander zu setzen. Ich bin aber dabei sehr enttäuscht worden, ich habe auch auf dem Parteitag von verschiedenen Seiten Ausdrücke der Verwunderung hören müssen, daß Frank keine besseren Gründe vorzuführen wußte, als er hier vernehmen ließ.

Heilmann meinte, die Verhandlungen hätten nichts Neues geboten. Das kann sein; ich bin zwar anderer Meinung. Wenn aber dieselbe Frage fünfmal in 15 Jahren so gründlich besprochen worden ist, nicht nur auf den Parteitagen, sondern auch in der Presse und der Parteiliteratur, dann ist es etwas schwer, neues vorzubringen. Aber in bezug auf die Budgetbewilligung hätten wir von den Freunden derselben neue Gründe erwarten dürfen, denn die, die Frank vorgebracht hat, gehören zu den ollen Kamellen, die wir nun schon so oft abgehandelt haben und die die große Mehrheit der Partei niemals bestimmten, von ihrer Auffassung abzugehen. Frank hat sich auf die unserer Partei günstige parlamentarische Technik im badischen Landtag bezogen. Ich war darüber im höchsten Grade überrascht, denn was er da erzählt hat, haben wir im Reichstag auch alles durchgeführt. (Widerspruch von Frank.) Gewiß, es sind andere Verhältnisse bei Euch, als bei uns, aber im Reichstag haben wir allmählich erobert, daß wir z. B. in einzelnen Kommissionen den Vorsitzenden oder den Vizevorsitzenden stellen. So war Singer 15 Jahre Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission, gegenwärtig ist es Geyer. Wir haben Südekum gegenwärtig als Vorsitzenden der Kommission für das Wertzuwachssteuergesetz usw., wir sind im Seniorenkonvent vertreten, kurz, wir haben in all den Dingen, die im Parlament zur geschäftlichen Behandlung der Vorlagen notwendig sind, volle Gleichberechtigung und Anteilnahme. Aber es ist keinen Augenblick vorgekommen, daß man das als eine besondere Begünstigung angesehen hat, die uns zu einer anderen Haltung der Regierung gegenüber verpflichtete. — Nun hat Frank eine Reihe von Mitteilungen gemacht, die den Genossen Riem zu dem begeisterten Ausruf veranlaßt haben: Ach, hätten wir das doch in Sachsen, wie froh wären wir. Kann sein, es waren gewiß Fortschritte, das leugne ich nicht; in dieser Beziehung besteht ein Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland, das weiß niemand besser als ich. In Süddeutschland ist der Verkehr auch mit dem politischen Gegner ein anderer,

ich möchte sagen menschlicherer als in Norddeutschland. Aus diesen Verhältnissen heraus liegt selbstverständlich auch die Gefahr einer größeren Nachgiebigkeit vor, die aus einem derart gemütlichen Verkehr entstehen kann. Ich bin überzeugt, das hat bei Euch mehr als einmal bei wichtigen Fragen den Ausschlag gegeben. An sich kann ich Euch über diesen Zustand keinerlei Vorwurf machen. Es ist sogar erfreulich, daß diese günstigeren Verhältnisse in Süddeutschland vorhanden sind. Ich bedauere, daß in Norddeutschland aus sehr natürlichen Gründen nicht das gleiche vorhanden sein kann. — Nun hat Frank auch Bezug genommen auf das Schulgesetz. Ueber das Maß der dabei erreichten Vorteile gehen die Meinungen selbst innerhalb der badischen Partei auseinander. (Hört! hört!) Ich kann nur sagen, daß alles, was Frank uns gestern als Errungenschaften aufgezählt hat, sich innerhalb der Grenzen hielt, die ein Nationalliberaler bewilligen kann. (Sehr richtig!) Daß diese Vorteile nun aber von unserem sozialdemokratischen Standpunkt aus als große Errungenschaften aufgefaßt werden sollen, und daß man soweit gehen soll, infolge derart kleiner Errungenschaften nun die Abstimmung für das Budget zu rechtfertigen, das verstehe ich nicht. (Zuruf: Sie haben ja selbst das sächsische Budget oft bewilligt!) Fällt mir gar nicht ein, nicht einmal. Wenn Sie meine Reden im sächsischen Landtag nachlesen wollen, würden Sie sehen, daß niemals Minister so heruntergehauen worden sind wie damals durch mich. Ich bin aber öfter bei der Endabstimmung nicht dabei gewesen, aus dem sehr natürlichen Grunde, weil ich zugleich im Reichstag war, und wenn ich in Berlin saß, nicht wegen der Abstimmung über das Budget nach Dresden hinüberfahren konnte. Und wenn es auch vorgekommen wäre, so halten wir heute daran fest, daß es nicht mehr vorkommen darf. (Lachen bei den Süddeutschen.) In bezug auf das Schulgesetz wird nun in einem Blatte, das vor mir liegt, ausgeführt: „Das Gesetz bringe verschiedene Neuerungen, aber noch immer nicht diejenigen, die von der gesamten badischen Lehrerschaft solange gefordert worden seien und die im Interesse der gedeihlichen Entwickelung des Schulwesens notwendig wären. Die alte liberale Forderung der Trennung von Schule und Kirche komme darin nicht zur Geltung." Weiter heißt es: „Soweit wir beobachten konnten, hat das neue Schulgesetz bei der Bevölkerung keine gute Aufnahme gefunden, und namentlich ist die Lehrerschaft mit dem Gesetz nicht zufrieden, weil ihr immer noch die Eigenschaft als Staatsbeamte versagt wird. Auf eine große Lebensdauer wird das neue Schulgesetz nicht rechnen können." (Hört! hört!) Das steht in der „Volkszeitung", Organ für die werktätigen Klassen des badischen Oberlandes in Lörrach, und ist offenbar von einem Lehrer geschrieben. Wenn so Leute, die am Schulgesetz am allermeisten interessiert sind, urteilen, so haben unsere Genossen wahrhaftig nicht Ursache, wegen solcher Errungenschaften großes Hallo zu machen und der Partei anzukündigen, was sie errungen hätten, sei mustergültig. (Sehr richtig!) Das sind starke Uebertreibungen. In der Tat ist das nationalliberale Politik, anders kann ich es nicht bezeichnen. Diese ganzen Verhältnisse führen mit Notwendigkeit dazu, daß sich durch diesen parlamentarischen Handel die Gegensätze abschleifen, daß sie vertuscht werden, und daß diese Vertuschung der Gegensätze auch in den Parteiversammlungen und in der Presse überall zum Ausdruck kommt. Daraus entsteht für die Partei die große Gefahr der allgemeinen Versumpfung. (Lebhaftes Sehr richtig!) Daß die badischen Parteigenossen hinter ihren Abgeordneten stehen, wußten wir. Sie haben ja auch nichts anderes gelesen, als die badische Parteipresse, die fortgesetzt die Masse im Sinne dieser Politik bearbeitet hat. Wenn unsere Gegner das tun, räsonnieren wir mit Recht darüber. Aber daß auch bei uns die wirkliche Aufklärung unterlassen wird, um die opportunistische Politik

zu rechtfertigen, ist das außerordentlich Bedauerliche und Nachteilige an der Sache. — Frank hat weiter die von mir zitierten Sätze aus einem Flugblatt der Eisenbahner zurückgewiesen, die sich bitter beschwerten über die Behandlung, die ihre Petitionen im Landtag gehabt haben. Er hat ausgeführt, man soll sich nicht aufs Eis locken lassen, da sei viel geschrieben worden, was nicht zu verantworten sei. Ich mußte danach annehmen, daß das Flugblatt vielleicht von Gegnern verbreitet worden sei. In der Tat aber ist es ein Flugblatt des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes (Hört! hört!), gedruckt im Verlage Geck u. Co. in Karlsruhe, und wenn derartige Produkte ins Land gehen unter solcher Firma, so habe ich als Parteigenosse ein Recht, mich darauf zu stützen. (Sehr richtig!) — Dann hat Frank und eine Reihe anderer Redner Bezug genommen auf einen Satz in unserer Resolution, in der von „kleinen Konzessionen" gesprochen wird. Genosse Quessel ging so weit, zu sagen: Ja, Bebel, damit verleugnen Sie ja Ihr ganzes Lebenswerk. Man lasse doch die Kirche im Dorf: ich habe weder von meinem Lebenswerk, noch sonst im allgemeinen von der Partei sprechen wollen, sondern habe den Ausdruck „kleine Konzessionen" in Gegensatz gestellt zu der großen grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft, die unsere Partei fordert und für die keine Regierung eintreten kann. (Sehr richtig!)

Ich kann die kleinen Konzessionen genau beurteilen, ich unterschätze sie nicht, aber ich hüte mich auch, sie zu überschätzen, und das ist es, wogegen ich kämpfe, das ist es, was ich bewundere, daß kleine Konzessionen, von denen man früher kein Aufhebens machte, heute so hingestellt werden, als handle es sich um Wunder was für Errungenschaften. (Sehr richtig!) Das liegt allerdings in der Natur der in der Partei rechtsstehenden Genossen, daß sie das, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft zu erkämpfen vermögen, sehr überschätzen. Wenn ein Marx seinerzeit gesagt hat, die Eroberung des Zehnstundentages in England im Jahre 1847 war nicht eine Reform, das war eine Revolution, dann werden Sie es mir als Anhänger von Marx glauben, daß ich die Erfolge nicht geringer einschätze als er, aber fest steht, daß eine Zehnstundenbill im Jahre 1910 doch etwas anderes ist, wie eine Zehnstundenbill im Jahre 1847. (Lebhafte Zustimmung.) Das darf man nicht miteinander vergleichen. Im großen ganzen haben ja alle Redner, wenn auch der Ton sehr oft den gegenteiligen Eindruck hervorrief, einmütig erklärt, daß wir praktisch zu arbeiten haben. Niemals mehr als gestern und heute habe ich es bedauert, daß es noch nicht möglich gewesen ist, das Versprechen, das ich namens des Parteivorstandes vor 5 und 6 Jahren, zuletzt in Essen gegeben habe, zu erfüllen: nämlich daß wir Ihnen eine Darstellung unserer ganzen praktischen Tätigkeit im Reichstage überreichen. Leider hat es lange gedauert, bis wir einen Mann zur Bearbeitung fanden, endlich hatten wir ihn, da hat es aber Jahre gedauert, bis er fertig war. Als ich dann eines Tages in die Vorstandssitzung kam, lag dort das Manuskript, ein ganzer Berg, es hätte gedruckt etwa zwei Bibeln abgegeben. (Hört! hört!) Leider mußte Molkenbuhr nach Durchsicht erklären, das Manuskript ist nicht druckfertig, der Verfasser hat nicht alle Materien genügend beherrscht, es muß noch bearbeitet werden. Darüber war niemand betrübter als ich, denn das tut uns so bitter not, wie nur etwas, daß wir dieses Material haben. (Sehr richtig!) Aber Kolb müßte doch als Parteiführer wissen, was wir im Reichstage geleistet haben. So hat beispielsweise 1892 die sozialdemokratische Fraktion den russischen Handelsvertrag angenommen, wir haben ihn gerettet, weil wir den Ausschlag gaben. Man kam nachher und sagte: Ihr habt ja für die Getreidezölle gestimmt! Ja, freilich haben wir das, aber doch nur, weil sie von 5 auf 3,50 Mk. herabgesetzt wurden,

und wenn wir nicht zugestimmt hätten, sie auf 5 Mk. stehen geblieben wären. Als 1890 auf unser langjähriges Drängen die große Gewerbeordnungsnovelle kam, als die Februarerlasse verwirklicht werden sollten, als Bismarck als Reichskanzler und preußischer Handelsminister den Laufpaß bekam und Berlepsch Handelsminister wurde, fanden sich in dem großen Reformwerk neben mancherlei Verbesserungen aber auch böse Verschlechterungen. So wurde zum Beispiel das Strafmaß in dem Koalitionsparagraphen 153, das heute im Höchstfall 3 Monate beträgt, auf 5 Jahre Gefängnis hinaufgesetzt, und es wurde für gewisse Vergehen ein Mindestmaß von einem Jahre festgesetzt. Wir haben uns mit aller Macht dagegen gewehrt, Dietz, Grillenberger, Auer und ich, wir waren damals in der Kommission, wir haben den ganzen Sommer hindurch wie Löwen gekämpft und durch unsere Gründe die schlimmsten Verschlechterungen beseitigt. Dann aber sagte die Regierung, was die Kommission beschloß, können wir nicht brauchen. Nun kam die sogenannte Verschlechterungskommission, in der sich alle bürgerlichen Parteien unter Führung des Freiherrn von Stumm zusammenfanden. Was dort herausgekommen ist, brauche ich nicht erst zu sagen. Wären die Kommissionsbeschlüsse der ersten Lesung Gesetz geworden, wir hätten mit Vergnügen für die Vorlage gestimmt, aber so konnten wir es nicht. Auch der rechtsstehende Grillenberger und mein Freund Dietz, den doch gewiß niemand zu den Radikalen zählen wird, haben dagegen gestimmt, und so könnte ich noch weitere Beispiele in Hülle und Fülle anführen. Worüber wir uns streiten, worüber wir uns auch in der Fraktion häufig streiten, das ist, ob das Maß von Konzessionen so groß ist, daß wir mancherlei Verschlechterungen durchgehen lassen können. Aber das sind keine ernsten Kämpfe, im großen ganzen entscheidet die Fraktion einmütig auch diese Frage. Die Frage, Radikalismus oder Revisionismus, hat bisher in der Fraktion des Reichstages in der Praxis noch keine ernste Rolle gespielt. (Lebhafte Zustimmung.) Also man darf nicht der anderen Seite der radikalen vorwerfen, daß sie von der praktischen Arbeit nichts wissen wolle. Weiter hat Frank gemeint: In bezug auf den Prinzen Ludwig sind Sie aber reingefallen. (Heiterkeit.) Nein, ich bin gar nicht reingefallen. Daß Prinz Ludwig katholisch ist, weiß ich längst, daß er gut katholisch ist, weiß ich auch, und ich bin offen gestanden im Zweifel, ob ich das Glaubensbekenntnis in Altötting oder das kurz zuvor in Königsberg ergangene für besser oder für vernünftiger halten soll, wenn von Vernunft dabei überhaupt die Rede sein kann. (Heiterkeit.) Die Altöttinger Rede ist ja sogar dementiert worden, aber das ist gleichgültig. Die Erziehung unserer Prinzen und Fürsten im fortschrittlichen Sinne läßt bekanntlich viel zu wünschen übrig. (Große Heiterkeit.) Das ist eine bekannte Tatsache, an der wir nichts ändern können, und darin sind wir auch einig, daß wir schließlich weder Prinzen noch Fürsten an der Spitze des Staates brauchten. (Sehr gut!) Aber da Prinz Ludwig sich für das allgemeine Wahlrecht erklärte und sogar — ich glaube, nicht einmal unsere Genossen haben das beantragt — nach jeder Volkszählung eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangte, so habe ich damals gesagt: wenn wir einen Kaiser zu wählen hätten und in der Wahl auf einen Fürsten beschränkt wären, denn im anderen Falle würde ich selbst als Kandidat auftreten — (stürmische, minutenlang anhaltende Heiterkeit) —, ich sage das, weil ich weiß, daß ich dann die Revisionisten und die Radikalen auf meiner Seite haben würde (erneute große Heiterkeit); wenn also innerhalb des Fürsten- und Prinzenkreises gewählt werden muß, wähle ich den Prinzen Ludwig, der ist mir lieber als ein Hohenzoller. (David: Na also!) Wundern Sie sich darüber? Auch Sie würden das tun. Darüber sind wir also auch wieder einig. (Heiterkeit.)

Weiter habe ich an den Ausführungen von Frank vollständig vermißt, wie Sie mit den sogenannten Errungenschaften — es waren ja welche darunter, obgleich die Wertschätzung bei mir eine ganz andere ist als bei Ihnen — Ihre Zustimmung zum Budget rechtfertigen können. Ihr konntet Eure ganze parlamentarische Taktik so halten, wie Ihr sie gehalten habt, Ihr konntet dort, wo Euch das Meiste in den Schoß fiel, es akzeptieren, wie wir es auch gehalten haben und wie wir es noch täglich im Reichstage machen, aber ein Grund, für das Budget zu stimmen, lag darin nicht. (Sehr richtig!) Es ist da, gar kein Zweifel, daß wir in sozialpolitischen Fragen, wenn unsere eigenen Anträge abgelehnt wurden, oft mit dem Zentrum zusammen stimmen mußten, weil es weiter ging, als z. B. die Nationalliberalen. So könnt Ihr im Landtage auch handeln, man darf sich aber nicht mit einer bestimmten Partei verbrüdern. Ihr habt keine Gründe vorzubringen gewußt, um die Abstimmung für das Budget zu rechtfertigen, und was Eurem ganzen Verhalten einen so außerordentlich komischen Anstrich gibt, das ist, daß, nachdem Ihr monatelang für das Budget stimmen wolltet, Ihr dann nach einer Redewendung des Ministers, die Euch ärgerte, beschlossen habt, dagegen zu stimmen, und daß Ihr dann, als der Minister auf die erregten Wogen ein paar nichtssagende Redensarten goß, wieder umgefallen seid. (Sehr gut!) Ihr habt ja förmlich danach g e l e c h z t, für das Budget zu stimmen. (Heiterkeit.) Es war Euch äußerst unangenehm, dagegen zu stimmen, sonst wäre Eure Haltung ganz unverständlich. Und da sage ich: das ist keine Haltung von Männern, das ist keine Rückgratfestigkeit, sondern eine Biegsamkeit, die ich allezeit bekämpft habe und die ich bekämpfen werde, solange ich lebe. (Lebhafter Beifall.) Das ist kein Standpunkt, wie er sich für Sozialdemokraten schickt, wir müssen ein s t ä r k e r e s Rückgrat haben als die Anhänger anderer Parteien, wir sollen in den wichtigen Fragen taktfest und fest nach jeder Richtung sein. Es lag kein Hindernis für die praktische Arbeit vor, Ihr mußtet nach Lage der Verhältnisse und nach den Beschlüssen der Parteitage gegen das Budget stimmen, und Ihr habt bis heute noch nicht bewiesen, daß sonst ein großer Schaden entstanden wäre (Sehr richtig!); wäre das der Fall, dann hättet Ihr nicht einmal nur 24 Stunden lang entschlossen sein können, gegen das Budget zu stimmen. (Sehr gut!) Nun sagt man, man kann sich nicht binden. Ja, von 1901 bis 1908 sind wir ganz gut ausgekommen, da haben die Bayern, Badenser und Württemberger gegen das Budget gestimmt, aber auf einmal waren alle drei übereingekommen, gestützt auf den letzten Absatz der Lübecker Resolution, für das Budget zu stimmen, und das machte den Nürnberger Beschluß notwendig, um eine weitere Zustimmung zu einem Budget nach Möglichkeit zu verhüten. Im Anschluß an die Ausführungen seines Freundes Frank hat Kolb gemeint, selbst die Frage der Teilnahme an der Regierung werde eines Tages aktuell werden. Ich will jetzt gar nicht von den Möglichkeiten reden, die ihm zufolge in Baden denkbar sein sollen. Eine Teilnahme an der Regierung ist meines Erachtens selbst im Musterländle Baden ausgeschlossen. (Sehr gut!) Wenn aber der eine oder der andere von Euch die kühne Idee haben sollte, daß etwas dabei herausschaut, wenn er für das Budget stimmt, etwa ein Geheimratsposten, täuscht er sich gründlich. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn es auf den Klasseninstinkt und die Wahrung der Klasseninteressen ankommt, sind unsere Gegner immer noch die Gescheiteren (Sehr richtig!), dann ist die Sozialdemokratie leider diejenige, die am meisten nachgibt. Weiter hat Kolb gemeint, die Frage der Beteiligung an der Regierung sei namentlich in Dänemark, Schweden und Norwegen nahegerückt, besonders in Dänemark, wo unsere Genossen zusammen mit den Radikalen die Mehrheit bilden, und da in Dänemark ein parlamentarisches Regiment besteht, unsere Parteigenossen an der Regierung teilnehmen müßten.

Ich wußte es zwar schon vorher, aber ich habe zur Sicherheit heute noch einmal unseren als lieben Gast anwesenden Genossen Stauning aus Kopenhagen gefragt, ob ich recht habe, daß, wonach die dänische Sozialdemokratie anläßlich des badischen Streites in ihrer Parteipresse den Vorgang besprochen hatte, der „Vorwärts" autorisiert wurde, zu erklären, die dänische Sozialdemokratie würde, auch wenn sie mit den Radikalen die Regierungsmehrheit bilden würde, nicht in die Regierung eintreten. Genosse Stauning bestätigte mir das. (Hört! hört!) Sie werden die Radikalen kräftig unterstützen, aber im übrigen sich ihre volle Freiheit zum Handeln vorbehalten. Und die Demokratie in Dänemark bedeutet etwas anderes als der Liberalismus in Deutschland. Mit der dänischen Demokratie kann höchstens die kleine Gruppe verglichen werden, die von Breitscheidt geführt wird. Der deutsche Liberalismus ist mit seinen Prinzipien längst in den Orkus gefallen, er hat keine Grundsätze mehr. Dagegen sagen die dänischen Sozialdemokraten: Wir werden in kein Kabinett eintreten, aber wir werden das Ministerium, solange es mit uns in Uebereinstimmung handelt, unterstützen, wir werden aber stets in der Lage bleiben, gegen das Ministerium zu stimmen, wenn uns sein Regiment nicht gefällt. Kolb hat weiter auf die großen Staaten hingewiesen, die sich nicht, wie die deutsche Sozialdemokratie, dem Budget gegenüber ablehnend verhielten. Das ist ein Irrtum. Mein Freund Jaurès hat ausdrücklich erklären lassen, daß er nicht erst durch die Amsterdamer Beschlüsse bestimmt worden sei, gegen das Budget zu stimmen, sondern daß er das aus eigener freier Ueberzeugung schon vorher getan habe. Bei den Oesterreichern kommt die Budgetbewilligung gar nicht erst in Frage, sie stimmen einfach dagegen. Was die Engländer anlangt, so wird es mir Keir Hardie, unser lieber Gast, nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß die Engländer in vielen Fragen nicht für uns maßgebend sein können. (Sehr richtig!) Schon deshalb nicht, weil wir in England ganz andere Verhältnisse haben, auch von einer großen englischen sozialdemokratischen Partei leider noch nicht reden können. (Sehr richtig!) Diese hat man bis heute in England nicht. Marx konnte vor 50 Jahren die englischen Trade Unions als die Preisfechter des europäischen Proletariats bezeichnen, heute würde er anders sprechen. Nach dem deutsch-französischen Kriege fiel der deutschen Sozialdemokratie die Macht und die Pflicht zu, in Europa voranzugehen. So ist es gewesen und so wird es bleiben, wenn wir vernünftig sind. Die Trade Unions haben Gewaltiges geleistet, aber ich bezweifle stark, ob heute unsere Gewerkschaften die englischen in ihrer Politik und in ihrer Taktik noch als mustergültig ansehen. (Zustimmung.) Aber ich hoffe, daß das nachgeholt wird. Denn wir haben das allergrößte Interesse daran, daß das gewaltige englische Proletariat in allen Fragen, die Lebensfragen des Proletariats sind, Hand in Hand mit uns marschiert. (Lebhafte Zustimmung.)

Keil hat als Wunsch der Württemberger zum Ausdruck gebracht, es möchte ein Vermittelungsweg in bezug auf die Abstimmung zum Budget geschaffen werden. Er hat als einen solchen den letzten Absatz der Lübecker Resolution bezeichnet. Keil hat dabei ganz übersehen, daß dieser Beschluß durch den Nürnberger Beschluß geändert worden ist. (Keil ruft: Das ist falsch!) Ich verstehe, daß Sie in dieser Frage eine andere Stellung einnehmen. Sie halten für falsch, was andere für richtig ansehen. Solange die Mehrheit aber auf dem nach Ihrer Meinung falschen Standpunkte steht, müssen Sie sich fügen. Anders geht es nicht. Der Inhalt der Resolution ist maßgebend und damit müssen Sie sich abfinden. In Nürnberg sagte Hildenbrand: nehmt Ihr die vorgeschlagene Resolution an, dann macht Ihr uns die Arbeit im Landtage unmöglich. Ihr habt mittlerweile zwei Jahre sehr fleißig gearbeitet. Die

Resolution hat Euch gar nicht geschadet. Werdet Ihr das nächste Mal vor die Frage der Budgetbewilligung gestellt, dann habt Ihr auch in Württemberg soviel Gründe, die gegen die Annahme des Budgets sprechen, daß Ihr es ruhig tun könnt. Ich muß Euch Süddeutschen und den anderen, die ebenfalls so wie Ihr denken, immer wieder in aller Schärfe sagen: Ihr überseht ganz und gar die Rolle, die die einzelstaatlichen Regierungen im Reiche und im Bundesrate spielen. (Sehr richtig!) Die ganze Politik im Reiche, die jetzt so ungeheure Erbitterung erweckt, ist doch durch die süddeutschen Regierungen mitgeschaffen worden. (Sehr richtig!) Wir können die einzelstaatlichen Regierungen für ihre Unterstützung der Reichspolitik im Reichstage nicht zur Verantwortung ziehen. Das ist Eure Sache in den Landtagen. (Frank: Das ist auch geschehen!) Diese Regierungen haben den Steuervorlagen zugestimmt, den Militär-, Marine-, Flotten-, Kolonialvorlagen und früher den Ausnahmegesetzen. Sie haben die ganze Politik mitgemacht nach innen und außen. Einer solchen Regierung könnt Ihr doch kein Vertrauen aussprechen. Von diesem Standpunkt aus müßt Ihr immer gegen das Budget stimmen. Auch die Zölle sind durchlaufende Posten in den Staatsbudgets der Einzelstaaten. Woher kommt denn die tiefe Erbitterung in den breiten Massen, nicht nur in der Partei, sondern im ganzen Volke? Es ist die heillose Mißwirtschaft im Reiche, in Preußen und überall. Alle Regierungen sind aber an der Reichspolitik mitschuldig. Die kleineren Regierungen, wenn sie zusammenstehen, sind stark genug, sie könnten eine solche Politik im Reich bekämpfen, tun sie es nicht, weil sie dazu den Mut nicht haben, müssen sie auch die Verantwortung tragen. Haltet Ihr diesen Standpunkt inne, könnt Ihr für kein Budget stimmen. Wenn Ihr das richtig motiviert, begreift das jeder Mensch, jeder Arbeiter. (Sehr richtig!) Es geht alles, man muß es nur mit der nötigen Geschicklichkeit, der nötigen Gründlichkeit und dem nötigen Ernst betreiben. Täuscht Euch doch nicht, die ungeheure Erregung, die diesmal den Debatten des Parteitages vorausgingen und die heute besonders stark bei den verschiedenen Rednern zum Ausdruck kam, ist nichts weiter, wie die Widerspiegelung der Erbitterung, die die breiten Massen des Volkes beherrscht. (Sehr richtig!) Die Massen begreifen es nicht, daß es Parteigenossen gibt, die Regierungen unterstützen, indem sie ihnen ein Vertrauensvotum geben, die sie am liebsten beseitigen möchten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben (stürmische Zustimmung), daß sie der Lage der Massen entfremdet sind. Das kommt unbewußt zur Geltung. Es herrscht ein ungeheures Maß von Erbitterung in ganz Deutschland. Denkt daran, daß Ihr vor Eure Wähler kommen müßt. Eines Tages könnte sich herausstellen, daß die Jungfrauen, die dem Heiland ihre Begrüßung bringen, kein Oel auf der Lampe haben; sie haben über anderen Dingen das Oel vergessen. Das ist ein Zustand der Dinge, der beachtet werden muß. Das sollten unsere Freunde in Süddeutschland nicht vergessen.

Man hat verschiedentlich von Spaltung gesprochen, ich bin fest überzeugt, daß kein Mensch im Saale ist, der den Gedanken an eine Spaltung hegt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Man sagt uns: Ihr übertreibt, Ihr treibt mit Eurer Prinzipienreiterei die Dinge auf die Spitze, und da ist eine Gefahr vorhanden, daß es zu einer Spaltung kommt. Ich habe als junger Mann neun Jahre für die Einheit der Partei gekämpft, bis wir sie endlich hatten. Kein Mensch wird mir zutrauen, daß ich in meinen alten Tagen etwas tue, von dem ich es für möglich hielte, daß die Partei gespalten werden könnte. Das halte ich für ausgeschlossen. Wenn wirklich einzelne unter uns so tollkühn sein sollten, diesen Glauben zu hegen und wenn sie ihn in der gegebenen

Situation verwirklichen wollten, so wird keiner unter Euch diesem Moment so ruhig entgegensehen wie ich. Ich weiß, die Spaltung kommt nicht. Die Massen machen sie nicht mit. (Stürmischer Beifall.) Und wenn ein kleiner Kreis folgen wollte, es dauert keine paar Monate und wir haben sie wieder in unseren Armen. (Erneute stürmische Zustimmung.) Unsere Freunde in Süddeutschland, die gegen unsere Resolution sind, sollten sich doch einmal fragen, ob nicht auch in Süddeutschland seit dem Nürnberger Parteitag ein merklicher Umschwung der Stimmung eingetreten ist. (Widerspruch der Süddeutschen.) Nun, heute ist doch im wesentlichen Nordbayern gegen die Budgetbewilligung. (Widerspruch eines Teils der bayerischen Abgeordneten.) Nürnberg ist entschieden dagegen. Es haben zum Teil hier heute Genossen aus Stuttgart und aus anderen süddeutschen Orten gesprochen, die 1908 auf einem anderen Standpunkt standen. Ebenso ist es am Niederrhein. In Hessen ist es eine starke Minderheit, die niemals so stark war, die gegen die Budgetbewilligung ist. In Hannover sind Stimmen laut geworden, die früher ganz anders sprachen. Ich kann nicht auf alle diese Erscheinungen eingehen, ich will bloß auf sie hinweisen. Wenn man glauben würde, über all diese Erscheinungen in der Partei leichten Herzens hinweggehen zu können, dann täuschte man sich ungeheuer. (Sehr richtig!) Ich mache mich anheischig, wenn es darauf ankommt, auch in Baden eine andere Stimmung hervorzurufen als sie heute ist. (Zuruf: Macht's nur!) Na, macht's nur — das bringen wir fertig, wenn es sein muß! (Große Heiterkeit.) Die badischen Proletarier müßten keine Proletarier sein, wenn sie nicht anderer Meinung werden würden, sobald wir ihnen einmal unsere Meinung darlegen. (Lebhafte Zustimmung.) Ihr habt das ja bisher nicht getan (zu den Badensern). (Frank: Da werden wir mal nach Berlin kommen! Große Heiterkeit.) Lieber Frank, nur nicht mit der Budgetbewilligung, da möchte es Ihnen schlecht gehen. (Heiterkeit.)

Heilmann hat sich, wie ich schon erwähnte, beklagt, nichts Neues hier gehört zu haben. Er bedauert, daß die langen Ausführungen Schippels in einem der Anträge hier nicht zur Erörterung gelangt seien, und er hält sie für hochwichtig. Ich habe sie dreimal durchgelesen, aber ich muß offen gestehen, ich kann sie nach keiner Richtung hin akzeptieren. (Heilmann: Sehr richtig! Darum — Studienkommission!) Ich halte die ganze Begründung für falsch, aber ich brauchte eine halbe Stunde, um das zu entwickeln. Es ist auch die Darstellung von Heilmann falsch, die er von der Abstimmung über das deutsche Reichsbudget gegeben hat, daß so große Unaufmerksamkeit herrsche und deshalb schon mancher sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für das Budget gestimmt hat, kurz, daß das reine Tohuwabohu bei dieser Abstimmung im Reichstage sei. Ich gebe Heilmann Recht, daß so wenig wie in einem anderen Parlamente die Abgeordneten im Reichstag so ruhig wie in der Kirche sitzen. Ich habe an diese feierliche Aufmerksamkeit auch einmal geglaubt, als ich 1867 zum ersten Male ins Parlament kam; ich meinte, die Abgeordneten würden dasitzen und angestrengt horchen auf jedes Wort von der Tribüne, das wie aus einem Quell der Weisheit käme. Aber ich habe schon in meinem ersten Bericht über den Norddeutschen Reichstag meinen Wählern gesagt, ich wünschte, daß die Wähler zwangsweise 8 Tage auf die Tribüne des Reichstags geschickt würden, sie würden alsdann eine andere Auffassung von ihrem Parlament bekommen. (Heiterkeit.)

Die Spezialabstimmung über die einzelnen Posten wird ziemlich formlos vorgenommen. Der Präsident sagt, ich bringe die und die Position aus dem und dem Kapitel zur Abstimmung; ich werde sie aufrufen, und wenn niemand dagegen das Wort wünscht oder eine besondere Abstimmung wünscht,

werde ich sie für angenommen erklären. Aber, Parteigenossen, wenn die Schlußabstimmung über das Budget stattfindet, sind alle unsere Reichstagsmitglieder, soweit sie in Berlin sind, auf dem Posten. Besonders habe ich stets alles aufgeboten, damit wir vollzählig sind, und ich muß sagen, es ist ein gewisser feierlicher Akt, weil die Gegner wissen, namentlich als wir eine starke Fraktion waren, daß sie die Abstimmung nicht versäumen dürfen, damit wir nicht zufällig die Mehrheit haben. Die Glocke tönt alsdann durchs ganze Haus und wird im vollen Hause feierlich abgestimmt. Wir sind stets sitzen geblieben, und es ist nicht wahr, wie Heilmann sagt, daß dies unbeachtet geblieben sei. Regelmäßig war unsere Abstimmung der Gegenstand der Besprechung in der bürgerlichen Presse. Den Tag würde die bürgerliche Presse segnen und preisen, an dem wir für den Etat stimmten. (Sehr richtig!)

Genosse David hat die Ansicht ausgesprochen, als hätte ich gesagt, die Partei könnte nationalliberal werden! Das könnte doch schon vom materialistischen Geschichtsstandpunkt, den wir vertreten, nicht angenommen werden. Genosse David, glauben Sie denn, daß ich es für möglich hielte, daß auch nur ein namhafter Teil der deutschen Sozialdemokratie nationalliberal oder liberal würde? Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe gesagt, die Politik, die von der rechten Seite getrieben wird, ist eine nationalliberale, und ihr verdanken wir allerdings einen ungünstigen Einfluß auf die Entwickelung der Partei. Diese Politik erweckt den Widerspruch der Genossen und zwingt jene, die diese Politik verfolgen, zu Konzessionen, zu denen sie im Anfang ihrer Tätigkeit gar nicht entschlossen waren. Wenn je eine Partei davor sicher ist, daß sie nicht korrumpiert werden kann, daß sie nie einer bürgerlichen Partei zum Opfer fallen kann, so ist es die Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sorge darum raubt mir keine Sekunde meines sonst guten Schlafes.

Genosse Heilmann hat weiter ausgeführt, Lassalle sei es gewesen, der seinerzeit die Abstimmung der Fortschrittspartei im preußischen Landtag gegen das Budget als „liberale Feigheit" gebrandmarkt habe. Heilmann hat dabei nur vergessen, die Begleitumstände anzugeben, von denen Lassalle ausgegangen ist. Ich unterschreibe heute noch nach 48 Jahren all das, was in Lassalles Schriften: „Ueber Verfassungswesen" und „Was nun?" enthalten ist, und ich kann der Partei nur dringend raten, daß sie die beiden Broschüren liest und sogar auswendig lernt, dann werden unsere Debatten über die Budgetfrage bedeutend kürzer werden. Nach Heilmann müßte man glauben, wenn Lassalle heute lebte, wäre er Revisionist. (Lebhafte Heiterkeit.) Heilmann bestreitet das. Sie haben zwar sehr kurze Haare, aber Lassalle würde Ihnen in die Parade fahren und sie zersausen, lebte er noch. (Stürmische Heiterkeit.)

Lassalle ist davon ausgegangen, daß die Fortschrittspartei in Bismarck einen Feind der Nation und der Verfassung erblickte, daß sie ihn einen Verfassungsbrecher nannte, der eine Anklage auf Hochverrat verdiene. Darauf antwortete Lassalle: ist dem so, dann genügt die Abstimmung gegen das Budget nicht, Ihr müßt es durch die Steuerverweigerung zum Konflikt treiben, selbst auf die Gefahr einer Revolution. (Lebhafte Zustimmung.) So war die Lassallesche Auffassung. Diese war also ganz anders, als Heilmann sie dargestellt hat. Und doch war damals noch mehr Kraft im Bürgertum als heute. Aber Lassalle hatte schon damals die Wankelmütigkeit des Liberalismus erkannt, und er bekämpfte sehr nachdrücklich jenen Optimismus, den David auch heute wieder bewiesen hat. Die Liberalen von heute sind allerdings nicht dieselben wie damals; sie sind nur noch viel schwächlicher, und alle Hoffnungen, die Sie (zu David und der Minderheit) auf den Liberalismus setzen, davon

werden wir bei einer anderen Gelegenheit reden, die schwimmen bachab, wie man in der Schweiz sagt. Ich habe wiederholt hervorgehoben, wir müßten wünschen, eine wirklich starke liberale Partei zwischen uns und der Masse der Reaktionäre als Pufferpartei zu haben. Aber zu einer wirklich liberalen Partei fehlen leider alle Bedingungen. (Sehr richtig!) Das verhindert der wachsende Klassenkampf und die Furcht vor der Sozialdemokratie. Wie sind der großen Mehrheit der Liberalen unsere Siege bei den Nachwahlen in die Glieder gefahren, und wenn 1911 diese Siege sich auf ganz Deutschland übertragen sollten, Parteigenossen, dann sollt Ihr einmal sehen, mit welch bleichen Gesichtern und schlotternden Knien unsere Liberalen herumlaufen, und wozu sie fähig sind. (Bewegung und Beifall.) Damit die Liberalen das tun, was Ihr von ihnen wollt, müßtet Ihr Euch vor ihnen auf die Knie werfen und unterwürfig bitten. Das wird aber keiner von Euch tun. (Sehr richtig!)

Heilmann hat weiter gefragt: warum, wenn diese Frage prinzipieller Natur ist, bringt man sie nicht vor das Forum der Internationale? Unter den Materialien zur Budgetfrage, die den Mitgliedern des Parteitages vorliegen, ist doch auch die Amsterdamer Resolution enthalten. Dieselbe ist die Uebertragung der Dresdener Resolution, und sie sagt ausdrücklich, daß die Internationale die Verantwortung ablehne, für Gesetze und Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft die Mittel zu bewilligen. Das wurde in Amsterdam beschlossen. Nun hat Genosse Kolb in seiner Broschüre gesagt, die Deutschen wären schuld, daß die Dresdener Resolution dort zur Verhandlung kam. Nein, Genosse Kolb, Sie irren sich, die Deutschen waren nicht schuld. Als wir in der Kommission in Amsterdam die großen Kämpfe mit Jaurès usw. hatten, kam am zweiten Tage, als ich noch gar nicht an eine Resolution dachte, Genosse Guesde zu mir und schlug aus eigenem Antriebe vor — ich bin an der Sache also so unschuldig wie Kolb selbst —: „Wir wollen die Dresdener Resolution beantragen. Was sagen Sie dazu?" Ich sagte darauf: „Na, die paßt nicht so ganz, um sie hier in ihrem Wortlaut zu beantragen, doch macht, wie Ihr wollt, ich habe nichts dagegen." Darauf haben die französischen Genossen die Resolution vorgeschlagen, und wir haben selbstverständlich dafür gestimmt. Die Internationale **hat** also gesprochen, und der Entscheid hat auch bestimmend gewirkt auf eine Reihe von Staaten, die in Frage kamen. Wenn von Heilmann und anderen die Frage aufgerollt wurde, wie wir beim Gemeindebudget zu stimmen haben, und wenn aus Bayern speziell an mich die Frage gerichtet wurde, wie wir uns zu den Budgets der Landräte verhalten sollen, so muß ich bemerken, daß ich bei den letzteren Ausführungen leider nicht zugegen war, und ich habe auch nicht Einsicht bekommen in das Budget, daß mir Genosse Witti-München gestern zur Verfügung stellen wollte. Wenn ich aber die staatsrechtliche Stellung der bayerischen Landräte verstehe, so sind sie was Aehnliches wie die Provinziallandtage in Preußen. (Zustimmung.) Diese haben aber keine selbständige Stellung, sie können keine Gesetze machen, sondern die Gesetze werden ihnen vorgeschrieben; die sind reine parlamentarische Verwaltungskörperschaften. (Zuruf: Und die Gemeinde!) Auch die Gemeinden. In Bayern sind sogar die Gemeinden eingeschränkt in der Regelung ihres Steuerwesens. (Zurufe: Gebührenwesen!) Auch da können sie nur in gewissen Grenzen verfügen. Die Gemeinden sind nicht gesetzgebende Körperschaften, sondern es sind ihnen ihre Funktionen vorgeschrieben, und wenn es heißt, daß der Gemeinde die und die Beträge für Militärangelegenheiten, Einquartierung usw. zur Last fallen, können die Gemeinden nichts dagegen tun, sie müssen sich dem Landesgesetz einfach fügen. Das ist also etwas ganz anderes und kann mit der Frage des Landesbudgets gar nicht in Zusammenhang gebracht werden. (Sehr richtig!)

Genosse Quarck hat gewünscht, daß die Abstimmung über die Resolution geteilt werde, daß über den ersten Satz und über die folgenden Teile getrennt abgestimmt werde. Es war stets parlamentarische Sitte, wenn eine größere Zahl eine solche Teilung verlangt, daß dem nachgegeben wird. Wir haben also nichts dagegen, daß die Abstimmung getrennt vorgenommen wird. — Genosse Quessel meinte, ich hätte die Frage, ob die Budgetfrage prinzipieller oder taktischer Natur sei, offen gelassen. Da muß er meine Rede nicht verstanden haben. Ich habe hervorgehoben, daß in allen bisherigen Parteitagsbeschlüssen hervorgehoben worden sei, daß die Frage prinzipieller Natur ist. Ich hätte auch darüber ausführlich geredet, aber ich habe schon vieles unter den Tisch fallen lassen, ich hätte noch 1½ Stunden reden können, aber das wäre für Sie und für mich zu viel gewesen. Es steht aber in der Resolution, daran kann gar kein Zweifel sein, daß auch dieser Parteitag die Frage als prinzipielle betrachten soll. (Sehr richtig!)

Die Hessen müssen, sagt Quessel, die Resolution 90 ablehnen, das ist ihr gutes Recht. Wenn er aber sagen will, daß sie eventuell wieder dagegen stimmen müßten, so wollen wir das abwarten, ich sage zunächst nichts dazu. Drohen könnt Ihr, so viel Ihr wollt. (Frank: Das tut ja niemand!) Es kommt aber auf Eure Handlungen an, darauf werden wir sehen.

Quessel hat auch über die kleinen Konzessionen gesprochen. Ich habe schon gesagt, daß die Worte eine ganz andere Bedeutung haben, als er annimmt, Er hält die Eisenbahnverstaatlichung für eine große Sache; aber er hat gleich hinzugefügt, daß heute auch die Staatsbahnen kapitalistisch betrieben würden. Ich würde für jede Eisenbahnverstaatlichung stimmen, die stattfinden könnte. Ich wäre sofort dafür, obwohl ich weiß, daß sie kapitalistisch betrieben wird. Aber sie bedeutet eine Expropriation der Expropriateure. Ich bin auch vor Jahren für die Verstaatlichung der Bergwerke eingetreten, obgleich ich weiß, daß zunächst das Los der in den Bergwerken beschäftigten Arbeiter durch die Verstaatlichung nicht verbessert werden wird. Aber es gilt vor allem, die großen Ausbeuter zu enteignen; je weiter diese Verstaatlichung um sich greift, um so besser für uns, denn es wird dann für uns eines Tages, wenn wir an der Macht sind, um so leichter sein, mit der ganzen Wirtschaft fertig zu werden. Darüber sind wir ja einig. (Heiterkeit.)

David hat weiter gemeint, daß gerade aus den Ausführungen Ledebours hervorgehe, wie notwendig es sei, daß die Resolution, die die Studienkommission verlangt, angenommen werde, und Müller-München war ebenfalls dieser Ansicht. Er hat uns aus allerlei staatsrechtlichen Ueberlieferungen aus Bayern nachzuweisen versucht, wie notwendig diese zu studieren sei. Ich bin verwundert, Genossen, daß Ihr nach 15 Jahren auf einmal das Bedürfnis nach einer Studienkommission habt. (Frank: Wir haben wenigstens die Hoffnung, daß sie zu einem anderen Ergebnis kommt!) Mit dieser Hoffnung fallt Ihr rein, das steht doch fest. (Heiterkeit.) Und nun die sehr scharfsinnigen, staatsrechtlichen Ausführungen, die da Genosse Müller nach veralteten bayerischen Gesetzen machte. (Zuruf: Sie bestehen aber doch!) Ihr nehmt sie auf einmal fürchterlich ernst. Und sie sind nicht mehr bloß der Gegenstand Eures Studiums, sondern sie beeinflussen sogar schon Eure Abstimmung, das ist doch geradezu toll; Vollmar und Grillenberger in Frankfurt hatten eine ganz andere Meinung und Ihr (zu den Bayern) habt ja dieses Mal auch gegen das Budget gestimmt und damit bewiesen, daß Ihr es könnt trotz der Müllerschen Ausführungen; Müller hat hier erzählt, daß, als Ihr das erstemal gegen das Budget stimmtet, der alte Finanzminister Riedel zu Euch herunterkam und sagte: Ich danke Ihnen bestens, meine Herren, für das Vertrauen. Das war ja ein guter Witz vom alten Riedel, der ein sehr gemütlicher Herr war, aber doch nicht

mehr. Genosse Müller, glauben Sie wirklich, daß, nachdem viele Jahrzehnte lang die alten Bestimmungen unter Zustimmung der Regierung und der Kammern nicht mehr angewendet wurden, also durch die Praxis überholt wurden, sie jetzt noch Geltung haben? (Zuruf: Aber eines Tages wäre es doch möglich!) Das ist ein undenkbarer Fall. Bevor Ihr die Mehrheit in der bayerischen Kammer habt, seid Ihr und ich gestorben, also, wozu zerbrecht Ihr Euch den Kopf darüber. (Heiterkeit.) Aber selbst wenn die Regierung trotz der Ablehnung des Etats durch die Kammer das Budget auf dem Verordnungswege in Kraft setzen würde, dann würde ein so gewaltiger Sturm in ganz Bayern, in allen Parteien, im ganzen Volke ausbrechen, daß sich die Regierung wohl hüten würde. (Zurufe von den Bayern.) Wegen Eurer veralteten speziellen bayerischen Angelegenheiten sollen wir die Studienkommission einsetzen? Die Frage, die uns alle gemeinsam angeht, ist längst und in der gründlichsten Weise besprochen, wir haben kein Bedürfnis mehr nach einer besonderen Studienkommission. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage ist sehr klar. (Müller: Ich habe vor zwei Jahren fünf Artikel in der „Münchener Post" darüber geschrieben!) Es ist ja bedauerlich, daß sie nicht geholfen haben. (Müller: Sehr bedauerlich!) Sie können noch zehn schreiben, die werden auch nicht helfen. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Ich habe auch schon manches geschrieben, was nicht geholfen hat, namentlich gegen Euch Bayern. (Große Heiterkeit.) Wissen Sie, Parteigenossen, unter den 120 oder wieviel es sind, die den Antrag unterschrieben haben, sind, glaube ich, eine ganze Anzahl, die sich gesagt haben, ja, Studienkommission, warum nicht, das kann nichts schaden, die machen wir mit; und die anderen haben sich gesagt: das ist ein schlaues Mittel, die Sache um die Ecke zu bringen, gelingt es uns, mit der Studienkommission zu keiner Entscheidung zu kommen, das wäre famos. (Heiterkeit.) Die im guten Glauben unterschrieben haben, sind den Schlaueren zum Opfer gefallen. (Oho! bei den Süddeutschen.) Ja, es ist doch kein Fehler, schlau zu sein. (Heiterkeit.) Diese ganze Studienkommission ist so überflüssig wie nur denkbar. Ich habe mit großem Schrecken gehört, Ihr wollt den ganzen Vorstand in die Kommission nehmen. (Zuruf: Das will nur Klement!) Glücklicherweise bekommt Ihr ja keine Majorität für den Antrag, für dies Attentat, das Ihr auf uns verüben wollt. Würde der Antrag angenommen, die ganze Welt würde über uns lachen. (Sehr richtig!) Auf fünf Parteitagen hat die Sozialdemokratie tagelang über diese Sache debattiert und ist sich darüber in die Haare geraten, es sind Berge von Literatur darüber geschrieben worden, die Antragsteller wußten auch, was angeblich für geheime Dinge noch in den Akten verborgen sind, keiner hat was gesagt und nach all diesen großen und vielen Verhandlungen beschließen wir, eine Untersuchungskommission einzusetzen, um zu prüfen, ob wir nicht früher zu dumm waren, die Frage zu verstehen. (Sehr richtig!) Ich wünsche Ihnen zum Studium sehr viel Vergnügen, aber machen Sie das Ding für sich fertig. (Heiterkeit.) Sie sind ja eine Masse intelligenter Leute. Setzen Sie eine Kommission nieder, lassen Sie das Material drucken und bringen Sie dasselbe das nächste Mal vor, und dann schauen wir uns die Geschichte an. (Heiterkeit.) Aber heute lassen wir uns auf die Sache nicht ein, das paßt uns nicht in den Kram. (Aha! bei den Süddeutschen.) Natürlich, alles, was ich nicht will, paßt mir nicht in den Kram, das ist doch selbstverständlich. — Wenn David meinte, Haase würde bei einem Examen über all die budgetrechtlichen Finessen der Einzelstaaten durchfallen, so würde das David genau so gehen. (David: Ich bin ja auch für die Studienkommission!) Ja, studieren Sie nur, denn während Sie studieren, haben Sie keine Zeit, uns andere Geschichten zu machen. (Große Heiterkeit.) — David hat uns gewarnt, wir müßten als

kluge Politiker anders mit den Nationalliberalen verfahren. Was jetzt die Badenser gemacht, könnte man auch anderswo machen. Da dürfte man die Zirkel der nationalliberalen Partei nicht stören. Das sei undiplomatisch. Diese Davidsche Vertrauensseligkeit ist mir einfach unbegreiflich. (Sehr richtig!) Ich habe Ihnen gestern das Sündenregister der nationalliberalen Partei vorgetragen. Gewiß, wir müssen sehen, eine Mehrheit in den Reichstag zu bringen, die gegen die Lebensmittelzölle ist. Aber daß wir das fertig bringen, wenn nicht aus uns selbst heraus, glauben Sie doch ernsthaft nicht. Auf wen stützen wir uns denn? Selbst die Freisinnigen sind heute unzuverlässig, die noch 1902 gegen den Zolltarif waren. Die Nationalliberalen haben ja den ganzen Zolltarif auf dem Gewissen. Ich erinnere an die Gewaltsaktion, die in den November- und Dezembertagen 1902 gegen uns verübt wurde, als man im Reichstag die Geschäftsordnung mit Füßen trat und mit Hurra-Hoch diesen schauderhaften Zolltarif annahm. Herr Bassermann hat die Hauptrolle dabei gespielt, und diese sollen wir jetzt als Bundesgenossen ansehen? Mir bleibt auch unvergeßlich eine Rede des verstorbenen Dr. Siemens, des Direktors der Deutschen Bank. Die Direktoren der Deutschen Bank sind immer sehr gescheite Leute und der verstorbene Siemens war einer der Gescheitesten. Als damals von uns gegen die Junkerraubzüge losgewettert wurde, erklärte Siemens namens der Freisinnigen Vereinigung: „Meine Herren, das preußische Junkertum hat dem Staat und der Gesellschaft die größten Dienste geleistet und der Staat hat die Verpflichtung, für die Erhaltung dieser Gesellschaftsschicht aufzukommen und ihr die Existenzmöglichkeit zu geben." (Hört, hört!) Das war die Auffassung eines der ersten Bourgeois in Deutschland, und diese Auffassung ist unter allen nationalliberalen Kapitalisten vorhanden, die in den Junkern die Männer mit dem Säbel sehen, die kommandierenden Generale, die gegebenenfalls zu kommandieren haben, wenn auf Vater und Mutter geschossen werden soll. (Bewegung.) Diese haben alsdann die Staats- und Gesellschaftsordnung zu verteidigen, für das die Herren Liberalen ihre eigenen werten Körper für zu schade halten, aber die Junker sind die Draufgänger, die richtigen Leute, die Jahrhunderte lang mit dem Kriegshandwerk vertraut sind und noch heute alle wichtigen Stellen im Staat und in der Armee einnehmen. Das sind die richtigen Leute, um Thron, Altar und Geldsack zu schützen. Und da glauben Sie, diese Liberalen würden heute noch gegen die Agrarpolitik sein? (Sehr richtig!) Dabei kommt noch ein anderes in Frage. In dem Augenblick, wo eine Mehrheit im Reichstag die gegenwärtige Agrarpolitik über den Haufen wirft, entstehen Ausfälle von Hunderten Millionen an Einnahmen. Dann taucht sofort die Frage auf, woher nehmen wir dann das Geld für Militär, Flotte, Kolonien usw. Schon jetzt wissen Regierung und Majoritätspartei nicht mehr, woher sie es nehmen sollen. Aber die Herren Nationalliberalen wollen nicht zahlen, das haben sie bewiesen. Genosse David ist ein sehr kluger Mann, aber manchmal macht er doch Behauptungen, bei denen man sich sagen muß, er hat nicht richtig nachgedacht. Leider haben wir heute keine Aussicht, das zu tun, was er will, wenn nicht der Volkszorn der Massen in dieser Richtung einen gewaltigen Erfolg erzielt. Die einzige Partei, die das könnte, wären wir, dann müßten wir aber von 50 auf mindestens 200 Abgeordnete steigen. Daran glaubt niemand. Es kommt gewiß einmal so, ich würde mich freuen, wenn ich es erlebte, denn bei dem Kampf, der dann entbrennt, möchte ich dabei sein. Was wir bisher durchgeführt haben, waren alles nur Vorpostengefechte, Kleinigkeiten; bei der Hauptsache möchte ich sein. Aber ich fürchte, die wird noch länger auf sich warten lassen, als wir annehmen.

David hat gegen die Genossin Zetkin polemisiert, daß wir die Zustände in Preußen als die Folge der junkerlichen Entwickelung angesehen haben. Das wäre, in der nackten Weise gesagt, natürlich nicht richtig. Ich glaube auch nicht, daß es so gesagt wurde. Aber richtig ist, die Junker sind die Hauptstütze für den Kapitalismus, und der Kapitalismus ist wieder die Stütze für die Junker. Dort im Osten das Junkertum, das absolut herrscht, im Westen die Schlotbarone, im Zentrum die Berliner Großbanken, die Magnaten des Kohlenbergbaues in Schlesien, diese alle reichen sich brüderlich die Hände, sie haben trotz aller Gegensätze die gleichen Interessen. Täuschen wir uns nicht, Parteigenossen, die herrschenden Klassen wissen, was ihnen nützt und tun nicht, was ihnen schadet.

Genosse Adolf Müller sagt weiter, er müsse zurückweisen, was ich über die Stellung der Bayern zur Dresdener Resolution gesagt hätte. Ich habe nicht verwiesen auf die Stelle von der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft, sondern habe den Satz auf das Budget gemeint und gegen den habt Ihr gehandelt. (Müller: Wir haben doch der Regierung keine Mittel bewilligt!) Ach, diese Finessen sind schlau erdacht, sie sagen sogar, indem wir das Budget bewilligen, binden wir die Regierung, daß sie nicht mehr ausgibt. (Widerspruch.) So ungefähr. Ich habe mich in den Gedankengang noch nicht hineinfinden können. Aber die Bayern haben früher dagegen gestimmt und die kürzliche Abstimmung seiner eigenen Fraktion und Person hat bewiesen, daß sie auch gegen das Budget stimmen können.

Gestern hat Zubeil Ausführungen gemacht, die ich außerordentlich bedauere — das sage ich namens des gesamten Parteivorstandes —, als er den Süddeutschen vorwarf, daß sie Mittel für die Bewegung bezogen hätten. Parteigenossen, dafür sind wir da, wenn wir Gelder haben, daß wir sie dorthin geben, wo sie gebraucht werden. (Sehr richtig!) Ich kann mir und meinen Kollegen im Parteivorstand das Zeugnis geben, daß bis heute unter all den vielen Hunderten und, wenn man auch die Gesuche um kleine Hilfe rechnet, Tausenden von Hilfsgesuchen, niemals ein Parteigenosse hat sagen können: Wenn wir nicht Revisionisten wären oder wenn wir uns mit dem Vorstand in Uebereinstimmung befunden hätten, würden wir das Geld bekommen haben. Ich gehe sogar so weit, daß ich sage: lieber bewilligst du selbst dort, wo du anderenfalls nicht bewilligt hättest, damit man nicht einen solchen Verdacht auch nur andeuten kann. (Sehr richtig!) Von uns ist stets mit der größten Unparteilichkeit verfahren worden. Was nun die „Münchener Post" anbelangt, so empfehle ich Adolf Müller, der die Finanzkräfte der „Münchener Post" gar nicht kennt, mal seinen Nachbarn, den Genossen Cohn zu fragen — weiter will ich nichts sagen. Es wäre mir überhaupt lieber gewesen, diese Sache wäre gar nicht zur Erörterung gekommen. (Zuruf bei den Süddeutschen: Uns auch.) Die Unabhängigkeit der „Münchener Post" ist wie bei allen unseren Blättern vorhanden. Ich frage, ob der Parteivorstand, der so und so viele Dutzende von Zeitungen aus Parteimitteln unterstützte, je irgendeine Bedingung in bezug auf die Haltung eines Blattes gestellt hat. Wir würden ganz mit Recht sofort denunziert werden. (Zuruf bei den Süddeutschen: Das hat niemand behauptet!) Es lag in dem Worte drin: wir sind unabhängig, als wenn andere Blätter nicht unabhängig wären. Die ganze Parteipresse ist vollkommen unabhängig und speziell die „Münchener Post" hat diese Unabhängigkeit dem Parteivorstand mehr als einmal bewiesen. (Heiterkeit.) Ich erinnere an die Haltung der „Münchener Post" bei der Differenz mit den Redakteuren des „Vorwärts" und jetzt bei der Budgetfrage wieder. Sie hat dabei eine Haltung eingenommen, für die ich hier das richtige Wort nicht aussprechen will. (Müller: Wieso denn?) Sie war alles andere als objektiv. (Widerspruch bei den Süddeutschen.) Sie

haben drei Artikel für die Anhänger der Budgetzustimmung gebracht und keinen einzigen dagegen. Die Widerlegung des Kautskyschen Artikels wurde aufgenommen, aber von Kautskys Artikel selbst wissen heute die Leser der „Münchener Post" noch gar nichts. Aehnliches ist auch anderswo passiert. Es ist hierbei manches in unserer Parteipresse geschehen, was ich früher nicht für möglich gehalten habe. (Sehr wahr!) Es war das eine bittere Enttäuschung in meinen alten Tagen, wie ich offen gestehen muß.

Weiter hat Genosse Müller eine Aeußerung von mir offenbar mißverstanden, wenn er meinte, ich hätte gesagt, die Bayern wären nicht in der richtigen Weise für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. Er sprach von dem verstorbenen Grillenberger, der auf der Wahlstatt gefallen sei. Das war ein böses Wort. Ich habe mit Grillenberger viel länger zusammen gekämpft wie Ihr alle, die Ihr dort sitzt. Keiner von Euch hat solange an seiner Seite gestanden, wie ich. Ich habe nur gesagt, Euch in Bayern ist das allgemeine gleiche Wahlrecht als gebratene Taube in den Mund geflogen. Das Zentrum hat es durchgesetzt. (Müller: 14 Jahre haben wir darum gekämpft.) Gewiß, aber Euer Kampf ist doch mit dem norddeutschen Kampf in gar keinen Vergleich zu stellen. (Sehr richtig!) Bei Eurem Erfolge kamen Euch die günstigen Umstände, die Haltung des Zentrums zugute. Weiter wollte ich nichts sagen. Ich erkenne gern an, daß Ihr stets fleißig und eifrig für die Partei gearbeitet habt, außerhalb und innerhalb des Landtages. Ich habe das von jeher, früher vielleicht noch mehr, als ich alle Jahre im Interesse meines Geschäfts Bayern zweimal bereiste, gesehen. Ich kam überall mit den Genossen in Fühlung. Also mir hat jeder Vorwurf gegen Euch ferngelegen. Ich muß mich dagegen verwahren, als wenn ich unserem leider toten Grillenberger einen Makel anhängen wollte. (Bravo! bei den Süddeutschen.) Das ist doch ganz selbstverständlich, daß ich so spreche, wie kann ich anders handeln gegen einen alten, treuen Parteigenossen.

Dann hat Genosse Müller auch auf den berühmten Zitatensack hingewiesen, mit dem wir bei jeder Gelegenheit überschüttet werden. Ich bin namentlich einer derjenigen, dessen Aussprüche herhalten müssen, das weiß ich. (Heiterkeit.) Nun, ich stehe in Bälde 50 Jahre im Kampf und ich will nicht leugnen, daß ich in diesem Zeitraum manches besser nicht gesagt hätte. Nun ist es aber gesagt und die Parteigenossen täten nur gut, die Sätze im Zusammenhang zu lesen, dann wäre es anders. Den Zitatensack haben wir zum erstenmal im Jahre 1878 unter dem Sozialistengesetz kosten gelernt, als in Pforzheim ein Pfarrer Schuster ein solches Buch herausgab mit Zitaten, wie sie jetzt der Reichsverband veröffentlicht. Das ist aber ein geeignetes Mittel, den Scharfsinn unserer Genossen anzureizen, damit sie fleißig studieren und unseren Gegnern gehörig antworten können. Besondere Erfolge haben die Gegner bisher damit nicht erreicht. (Sehr richtig!)

Genosse Müller hat weiter bestritten, daß meine Angaben von den fünf Stimmen in der Fraktion, die für das Budget waren, richtig seien. Er hat sich ja selbst als einen derjenigen bezeichnet, der aus staatsrechtlichen Gründen dafür stimmen wollte. Es muß also wahr sein. Ich will indes die Sache nicht breittreten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Es genügt, daß das zugegeben worden ist. Wäre der Standpunkt richtig, den Genosse Müller hier vertritt, dann müßtet Ihr in Bayern immer für das Budget stimmen, auch wenn es noch so schlecht wäre. (Müller: Nein, nur wenn wir Interesse für die Bindung haben!) Ich kläre Sie nicht auf und Sie mich nicht. Da steht Meinung gegen Meinung.

Zu den Ausführungen Südekums, der von allerprimitivster Phraseologie sprach, die sowohl in unseren Reden wie in unseren Resolutionen zum Aus-

druck gekommen sei, verliere ich kein Wort. Er hat sich auf Marx berufen — sogar Genosse Kolb hat sich auf Marx berufen! (Heiterkeit.) Was muß der arme Marx heute alles aushalten! Ich kann nur das eine sagen: Ich habe mein Leben lang nicht auf Marx geschworen und nicht auf Engels. Wenn meine Briefe an Marx und Engels eines Tages an die Oeffentlichkeit kommen sollten, so werden sie beweisen, daß ich in sehr ernsten, sehr wichtigen Fragen mit diesen sonst höchst bedeutenden Männern in Konflikt gewesen bin, den wir aber immer freundschaftlich geschlichtet haben. Aber meine Meinung habe ich ihnen gegenüber stets vertreten. Ich bin ebensowenig ein Marx-Anbeter oder ein Engels- oder ein Lassalle-Anbeter. Wenn ich an die anderen Götter nicht glaube, so glaube ich auch nicht an die unseren. (Heiterkeit.)

Nun ist — damit will ich schließen — eine Resolution vorgeschlagen worden von 211 Genossen als Zusatzantrag zu der Resolution des Vorstandes, daß diejenigen Parteigenossen, die unserer Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. Der Parteivorstand hält diesen Antrag für unannehmbar. (Oho!) — Bitte, für unannehmbar. Ich gebe hier im Namen meiner Kollegen im Parteivorstand folgende Erklärung ab: Der Parteivorstand bittet, die Resolution 93 zurückziehen zu wollen. In der Sache selbst besteht zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit. (Hört! hört!) Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind. (Hört! hört!)

§ 23, der von allen Richtungen in der Partei beschlossen worden ist, wobei kein Mensch an Vorgänge, wie die heute hier erörterten, gedacht hat, lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisationen oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt." Alsdann kann ein Ausschlußantrag gestellt werden. Aber nach den weiteren Bestimmungen des Organisationsstatuts nur von einer Parteiorganisation, wobei nicht verlangt wird, daß die Parteiorganisation diejenige sei, der der Betreffende, gegen den der Antrag sich richtet, angehört, sondern jede Parteiorganisation im Reich kann einen solchen Antrag stellen. Die Sache selbst kann aber nur in dem Kreise, in dem der Angeschuldigte wohnt, entschieden werden. Es tritt alsdann ein Schiedsgericht zusammen, bestehend aus sieben Personen, wovon beide Teile je drei wählen und den Vorsitzenden der Parteivorstand ernennt. Alsdann wird das Verfahren, wie üblich in solchen Sachen, eingeleitet, wobei selbstverständlich der Angeklagte in ausgiebiger Weise zu Worte kommt. Es heißt weiter im Statut: „Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen. Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein." Mit anderen Bestimmungen für den Ausschluß darf also nicht gerechnet werden. In der Erklärung des Parteivorstandes heißt es weiter:

„Nach unserer Auffassung ist der Antrag 93 formell bedenklich. Wird derselbe angenommen, so ist damit keineswegs, wie die Antragsteller anzunehmen scheinen, der betreffende Parteigenosse aus der Partei ausgeschlossen. Die Organisation kennt kein Außerhalb-der-Partei-stellen; außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund des § 23 ff. aus der Partei ausgeschlossen wird. Der Antrag erfüllt also nach unserer Meinung nicht den beabsichtigten Zweck. Er führt nur zu fortgesetzten Kontroversen und möglicherweise zur Anrufung der bürgerlichen Gerichte. Aus diesem Grunde bitten wir wiederholt, den Antrag zurückzuziehen, wobei wir noch einmal betonen, daß sachlich zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit besteht."

Es ist nach unserer Auffassung gar kein Zweifel, daß, wenn ein solcher Beschluß gefaßt würde, der Parteitag damit gegen seine eigene Organisation verstieße. (Sehr richtig!) Er beschlösse etwas, was er nicht beschließen kann. Er darf keinen Staatsstreich machen, er würde ja damit den angeklagten Genossen jede Möglichkeit nehmen, sich zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Es ist doch auch in dem Lübecker Beschluß zugegeben, daß in zwei Fällen die Möglichkeit vorliegt, für das Budget zu stimmen. Nach Annahme des Antrages 93 würde das gar nicht in Betracht kommen, die Genossen säßen draußen, könnten kein Wort zu ihrer Verteidigung sagen, könnten ihre Handlung nicht begründen. Alle Juristen, mit denen ich heute über die Sache sprach, sind überzeugt, daß, wenn das geschähe, eine Berufung an ein bürgerliches Gericht möglich wäre, und daß die größte Wahrscheinlichkeit bestünde, daß das bürgerliche Gericht gegen einen derartigen Beschluß entscheiden würde. (Hört! hört!)

Damit würden wir uns also geradezu bloßstellen in einer Weise, wie wir es nicht tun dürfen. Deswegen möchte ich dringend bitten, folgen Sie dem Vorschlage des Parteivorstandes und ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie in möglichster Einmütigkeit für unsere Resolution. Lehnen Sie andererseits den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission ab. Im übrigen hoffe ich, daß, wenn diese Beratungen zu Ende sind, wir in alter, geschlossener Kampfgenossenschaft zusammenstehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Haase-Königsberg (zur Geschäftsordnung): Da durch die Erklärung Bebels die sachliche Uebereinstimmung des Parteivorstandes mit den Antragstellern der Resolution 93 festgestellt ist, da somit diese Resolution, die bereits von der Mehrheit der Parteitagsdelegierten beantragt ist, die Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitages gefunden hat, da aber in dieser wichtigen Frage nicht um Formalitäten gestritten werden soll, so ziehen wir, nachdem die Erreichung des Zweckes der Resolution 93 sichergestellt ist, hiermit diese Resolution zurück. Das habe ich im Namen Zubeils und sämtlicher Mitantragsteller zu erklären. Ich überreiche diese Erklärung zu Protokoll.

Dr. Frank (Schlußwort): Genosse Antrick hat mir mitgeteilt, daß er nicht zu denjenigen gehört habe, die persönliche Angriffe gegen die badische Landtagsfraktion gerichtet hätten. Ich nehme deshalb gern Gelegenheit, hier zu erklären, daß meine Ausführungen über ihn nicht zutreffen. Ich freue mich, daß er Wert darauf legt, dies hier konstatieren zu lassen. Stadthagen hat in einer persönlichen Bemerkung seine Ausführungen im wesentlichen zugegeben. Er hat mitgeteilt, daß er tatsächlich von dem Benehmen der badischen Landtagsfraktion gesagt habe, es sei nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch. Er hat mit der Beweiskraft und Ueberzeugungskraft, die ihm innewohnt, dann ausgeführt, er habe mit dem Wort „hündisch" etwas anderes sagen wollen. (Stadthagen: Nein, nein!) Er sei bereit, es dahin zu ändern, daß er sage,

nationalliberal oder kompliziert. Genosse Stadthagen, Sie dürfen die Versicherung von uns annehmen, die Empfindung, die wir über Sie, über Ihre Erklärung und Ihre Rede haben, reicht an Entrüstung nicht hinan. Genosse Bebel hat gemeint, daß ich für die badische Landtagsfraktion keine Gründe angeführt habe. Es kann sein, daß das, was ich angeführt habe, nicht neu war. Wir — ich spreche im Namen aller auf unserer Seite stehenden Süddeutschen — legen Wert darauf, daß unsere Gründe nicht neu, sondern richtig sind. Wir glauben — und darin hat uns die Debatte nicht erschüttert —, daß wir für die Wahrheit kämpfen, und für das, was für die Arbeiterbewegung notwendig ist. Aber, Genosse Bebel, es stimmt nicht ganz, daß das, was ich angeführt habe, nicht neu ist. In Nürnberg wurde unsere Abstimmung motiviert mit dem Inhalt einzelner Budgetposten, namentlich mit der Erhöhung der Arbeiter- und Beamtenlöhne. Diesmal wurde als Grund von uns die politische Situation angegeben. Das sind verschiedene Dinge, das wird auch Bebel zugeben. Im übrigen freue ich mich, daß Bebel in seinem Schlußwort gezeigt hat, in wieviel großen Fragen, in wie vielen Dingen, über die wir jahrelang streiten, wir im Grunde genommen vollkommen einig sind. Wieviel Redner haben gestern und heute versucht, zu beweisen, daß man diese kleinen Konzessionen, diese Steinchen, die wir nach und nach zum Bau der Zukunft auftürmen, nicht verachten dürfe. Bebel hat nun nach so langer fruchtbarer Arbeit in den Parlamenten erklärt, daß er der letzte sei, der diese „kleinen Konzessionen" unterschätze. Er ist sich klar darüber, daß die große Aufstieglinie auf allen Gebieten kleine Konzessionen zeigt, und daß aus diesen kleinen Siegen der große Sieg der Arbeiterklasse im Grunde besteht. Bebel ist auch mit uns einer Meinung darüber, daß die Negation, die man der Sozialdemokratie vorwirft, ein unbegründeter Vorwurf ist. Was Bebel vorgetragen hat, wird von uns tagtäglich nicht so gut, aber mit ähnlichen Gründen vertreten und den Gegnern gegenüber verteidigt. Auch wir wissen, daß für eine Partei in ihrer Jugend die Agitation die Hauptsache ist, ebenso wie ein Kind durch das Schreien die Lunge weitet! Es kommt aber dann ein Zeitpunkt, wo sich durch das Wachstum der Partei neue Pflichten ergeben. Dieser Zeitpunkt ist gekommen, wenn wir infolge unserer Größe die Macht haben, die von uns kritisierten Zustände zu ändern und zu bessern. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, wann wir stark genug dazu sind, das sind Fragen, über die wir uns in Ruhe und Kameradschaftlichkeit unterhalten können. Bebel hat auch noch einmal die monarchische Frage gestreift, und ich freue mich aufrichtig, aus seinen Worten herausgehört zu haben, daß sein Kaiserkandidat Prinz Ludwig noch nicht alle Hoffnungen aufzugeben braucht. (Heiterkeit.) Ich möchte aber, damit wir Badener nicht benachteiligt sind, und damit es wenigstens zur Stichwahl kommt, auch den badischen Thronfolger, Prinz Max, zu berücksichtigen bitten (große Heiterkeit), denn der hat sich auch für ein besseres Wahlrecht ausgesprochen, der ist auch für die Berücksichtigung der Interessen der unteren Klassen eingetreten, er hat sich sozialer erwiesen als die Vertreter der Scharfmacherliberalen in der ersten Kammer und des Zentrums. Aber diese Dinge sind nicht so unbedingt aktuell, daß es sich lohnen würde, über diese Alternative uns gegenseitig Unannehmlichkeiten zu sagen. (Heiterkeit.)

Nun hat Bebel die Frage angeschnitten — und damit komme ich zum eigentlichen Streitpunkt —, ob die Nürnberger Resolution auch Gültigkeit habe für die Genossen in den Gemeinden. Ich freue mich, daß er den vernünftigen Standpunkt vertritt, es könne keine Rede davon sein, daß in den Gemeinden, wo Tausende unserer Genossen Tag für Tag schaffen, das Budget abgelehnt werden muß. Aber Bebel ist hier in der Lage, wie mancher andere, er hat für eine richtige Taktik eine falsche Begründung gegeben. (Sehr wahr! bei den

Süddeutschen.) Denn wenn die Gemeinden nur Anhängsel des Klassenstaates sind, wenn sie überall so abhängig vom Staat sind, wie Bebel es irrtümlich annimmt, dann wäre das doch ein doppelter und dreifacher Grund, die Etats abzulehnen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Wenn er glaubt, die Gemeinden hätten eine gebundene Marschroute, sie könnten nichts machen — ja, glauben Sie denn, daß, solange die Reichsverfassung besteht, ein Bundesstaat die Matrikularbeiträge abschaffen und auf die Zolleinnahmen verzichten kann? Das wären doch kindische Vorstellungen. Daß Sie aber, Genosse Bebel, mit Ihrer Stellung zu den Gemeindeetats nicht alle Genossen hinter sich haben, das wissen Sie. Es gibt große Blätter, die darüber anders denken. Ich glaube, es war die „Leipziger Volkszeitung“, die einmal in einer Polemik geschrieben hat: „Ja, leben die Leute denn auf dem Monde. Selbstverständlich müssen wir die Gemeindebudgets ablehnen.“ Erst heute wurde mir aus der nächsten Nähe von Berlin, wo man doch nicht mehr nötig hat, Studien zu machen (Heiterkeit), ein charakteristischer Fall vorgetragen. In einer kleinen Gemeinde bei Werder hat sich die Notwendigkeit erwiesen, für ein Organ des Klassenstaates, für den Polizeidiener, eine neue Hose anzuschaffen (Heiterkeit), es war dafür ein Budgetposten von 6 Mk. gefordert (erneute Heiterkeit), und die braven Genossen, die auf diesem Rathaus tätig sind — (Ledebour: Das ist ja ein Hohn auf diese Debatten!) — Lassen Sie mich doch aussprechen, die braven Genossen haben die 6 Mk., natürlich mit schwerem Herzen (Heiterkeit) bewilligt, und der Polizeidiener hat die neue Hose bekommen. Und nun kam das prinzipielle Nachspiel, Genosse Ledebour. In dem Wahlverein traten dann andere Genossen auf und sagten: wir verlangen von Euch Rechenschaft, Ihr habt gegen die Nürnberger Resolution verstoßen. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich weiß mich eins mit der erdrückenden Mehrheit des Parteitages darin, daß wir diesen armen Genossen Indemnität erteilen wollen. (Heiterkeit.) Aber Sie sehen doch, zu welchen Konsequenzen wir kommen, wenn wir uns an den Wortlaut einer Resolution halten, und es zeigt sich, daß die Aufklärung über diese Frage doch nicht so ganz gegenstandslos ist. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.)

Bebel hat wieder auf das Ausland Bezug genommen. Ich kann nicht alle Staaten aufzählen, in denen immer und immer für das Budget gestimmt wird, wenn die Situation es verlangt. In Dänemark haben zwar unsere Genossen noch nicht beschlossen, zusammen mit den Radikalen in das Ministerium einzutreten, sie haben ja zusammen noch nicht die Mehrheit, aber gegen das Budget haben sie nicht gestimmt, weil man in Dänemark keine Gelegenheit hat, diesen gewaltig feierlichen Akt zu vollziehen, weil es dort keine Gesamtabstimmung über das Budget gibt. In England wurde, wie Bebel bereits ausgeführt hat, das Budget von der Arbeiterpartei angenommen, in Belgien werden unsere Genossen den gleichen Weg gehen müssen, wenn sie mit den Liberalen die Mehrheit bekommen, aber ich lege auf die Verhältnisse aller dieser Staaten keinen Wert, nicht einmal auf Oesterreich. Dort lehnen unsere Genossen zwar das Budget ab, aber sie stimmen für die Dringlichkeit, damit die anderen es annehmen können. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Die Oesterreicher haben die schätzenswerte Eigenschaft, wenn sie so etwas machen, hinterher immer eine sehr schöne marxistische Begründung dafür zu finden. Das müßten wir von ihnen noch lernen. (Große Heiterkeit. Zuruf: Die haben auch den Adler!) Ja, der Adler, der fehlt uns. Der einzige Staat, den man mit Fug und Recht zum Vergleich heranziehen könnte, das ist das Land, in dem Bebel nahezu einheimisch geworden ist, die Schweiz. Dort ist auch die Trennung des Budgets zwischen Staat und Kantonen gegeben und es werden auch keine Militärforderungen in den Kantonen bewilligt. Ich erinnere daran, daß die Berner Ge-

wissen, die Wert darauf legen, für möglichst radikal zu gelten, für das Budget stimmen, wenn sie glauben, daß die politische Situation oder der Inhalt des Budgets das rechtfertigt. (Hört! hört!)

Mit Recht hat Bebel es dann als äußerst schwierig bezeichnet, im Reichstag eine Mehrheit zu schaffen, die imstande wäre, die Auswucherungspolitik zu beseitigen, aber er hat doch selbst im Verlauf seiner Rede noch Dinge erwähnt, für die eine neue Reichstagsmehrheit erwünscht wäre. Er hat daran erinnert, daß unsere Fraktion die Caprivischen Handelsverträge gerettet hat, er hat zugegeben, daß man damit zwar äußerlich für Zölle gestimmt habe, daß man das aber im Interesse der Bewegung tun mußte. Ja, in derselben Situation waren wir im Landtag. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Wir haben bei der Gemeindeordnung scheinbar ein Klassenwahlrecht akzeptiert, weil wir damit eine große Verbesserung erreicht haben, aber so wenig unsere Reichstagsfraktion ihre prinzipielle Stellung gegenüber den Zöllen durch die Zustimmung zu den Handelsverträgen aufgegeben hat, ebensowenig haben wir im Landtage auf unsere Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Gemeinden verzichtet, weil wir eine Verbesserung des heutigen Zustandes erreicht haben. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.)

Auf die Ausführungen über unsere Praxis in dem Landtage will ich bei der vorgeschrittenen Zeit nicht eingehen; ich muß nur daran erinnern, daß manche Redner, die sich auf die Massen berufen haben, ganz vergessen, daß die geordnete Vertretung unserer badischen Genossen, die auch zur „Masse“ gehören, sich mit erdrückender Mehrheit auf unsere Seite gestellt hat, und das waren die Genossen, die die Verhältnisse kennen, die am eigenen Leibe erfahren werden, ob unsere Politik aufwärts oder abwärts führt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Nun meint Bebel, wir dürften das nicht überschätzen, denn wir hätten in Baden die Presse zur Verfügung. Ja, wenn wir danach die Beschlüsse abwägen wollten, was läge näher, als zu sagen: Ihr habt ja in Berlin die Presse, Ihr habt in Berlin hunderttausend, die nur den „Vorwärts“ lesen und die über unsere Parteiverhältnisse und über die sozialen Verhältnisse des Südens doch immer nur die eine Seite hören. Wenn Bebel die Zuversicht ausgesprochen hat, man könne die badischen Genossen ändern dadurch, daß man aus dem Norden nach Baden komme, so unterschätzt er doch ganz erheblich die Urteilsfähigkeit der süddeutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Vor Jahren hat man einmal den Berliner Arbeitern solche Vorwürfe gemacht, damals hat Vollmar auf einem Parteitag gesagt, es habe auf ihn nichts niederdrückender gewirkt, als daß über dieselben Parteistreitfragen eine Versammlung mit 5000 Zuhörern einem der Jungen — ich glaube, es war Bruno Wille — zugejubelt und dann eine andere Versammlung mit 6000 Teilnehmern Bebel zugejubelt habe. (Bebel: Da war aber Wille dabei!) Mit solchen Argumenten kommen wir nicht weiter. Im stillen Kämmerlein wird auch der Radikalste zugeben, es kann nicht an den Personen, nicht an den Zeitungen, sondern es muß an den Verhältnissen liegen, wenn die Süddeutschen mit solcher Einmütigkeit anderer Meinung sind als Sie. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen. Ruf bei den Norddeutschen: Das ist doch gar nicht der Fall!) In Baden erkennen selbst die Gegner der Budgetbewilligung im übrigen die Haltung der Fraktion an. Ein Genosse, dessen Artikel im „Vorwärts“ ganz abgedruckt und der wiederholt von Ihnen gelobt ist, hat geschrieben: „Ja, wenn unsere Landtagsabgeordneten nicht für das Budget gestimmt hätten, wir hätten sie mit Jubel empfangen, so zufrieden waren wir mit ihnen.“ Aber ein Abgeordneter, der seine Haltung danach einrichtet, ob er daheim mit Jubel empfangen wird, der nicht auch dann, wenn er schwere innere Kämpfe gewärtigen muß, seinen Weg geht, der verdient aus dem Landtag oder aus dem Reichstag hinausgeworfen zu werden. (Beifall.)

Genosse Quarck hat bemängelt, daß wir gegenüber der Gemeinde- und Städteordnung nicht rechtzeitig und nicht energisch genug eine Agitation entfaltet haben. Meiner Ansicht nach haben wir die Agitation energisch, planmäßig und erfolgreich betrieben. Was würden Sie aber dazu sagen, wenn wir den preußischen Genossen — vielleicht bietet sich ja hier noch die Gelegenheit dazu — die Art ihrer Agitation für das Landtagswahlrecht vorschreiben würden? Ich würde mich schämen, wenn ich das täte, denn die Genossen, die ihre harte Pflicht unter der Kontrolle der Partei tun müssen, die werden auch selbst am besten wissen, wie sie ihre Agitation einzurichten haben. (Sehr richtig!) Dem Genossen Quarck möchte ich sagen: Wer hier öffentlich die badische Fraktion so rüffeln will, wer da glaubt, er habe das Geheimnis der richtigen Taktik erfaßt, der muß erst selbst den Befähigungsnachweis erbracht haben, daß er die richtige Taktik einzuhalten weiß. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Die Bemerkungen von Lehmann geben mir zu Ausführungen keinen Anlaß, ich will nur einen Punkt richtig stellen, damit nicht morgen schon in der Zentrumspresse daraus eine Kette von Verleumdungen erwächst. Genosse Lehmann ist offenbar das Opfer eines boshaften Klatsches geworden, wenn er behauptet, es sei schon ausgemacht gewesen, daß die Nationalliberalen später unsere Budgetablehnung rechtfertigen würden. Das ist ein boshafter Klatsch, was von dieser Stelle aus zu sagen ich mich auch dem Gegner gegenüber für verpflichtet halte. (Sehr richtig! bei den Badenern.) Die Genossin Luxemburg hat auf eine Ausführungsverordnung zum Schulgesetz Bezug genommen. Ich stelle fest, daß meines Wissens die Bedenken gegen diese Ausführungsverordnung nur in der Phantasie mancher Leute bestehen. Wenn es aber anders ist, wenn sich tatsächlich aus der Ausführungsverordnung ergäbe, das Ministerium wolle die Dissidentenkinder zwingen, in den Religionsunterricht zu gehen, dann würde damit doch nachträglich die dringende Notwendigkeit bewiesen sein, im Gesetz festzulegen, daß die Dissidentenkinder vom Religionsunterricht befreit sind. Es ist von Bebel gesagt worden: Warum stellt Ihr Euch denn hin und streicht Eure Erfolge so furchtbar heraus? Sie werden es uns nachfühlen, daß das niemand peinlicher ist als uns, aber wir befinden uns immer und immer wieder in dieser Zwangslage. Das sind ja die traurigsten Folgen dieser Debatten, daß man gezwungen ist, in der Notwehr diese Dinge vorzutragen. Uns wäre es viel lieber, wenn wir uns darauf beschränken könnten, wie wir das bei der Agitation tun, die Lücken der Gesetze zu zeigen, zu zeigen, was noch zu tun ist, was wir durchsetzen wollen. Sie werden uns glauben, daß wir Ihnen die Dinge nicht erzählt haben, um zu renommieren. Nein, wir waren dazu gezwungen und haben uns auf das Notwendigste beschränkt.

Aus der Gesamtdebatte will ich nur zwei Dinge von politischem Interesse herausgreifen. Von keiner Seite wurde der Großblock im Sinne eines Abkommens bei den Wahlen bemängelt, von mehreren Seiten wurde unser Vorgehen als politisch richtig anerkannt. Darüber, wie man dann im Parlament vorzugehen hat, gehen die Ansichten auseinander. Bebel hat der Meinung Ausdruck gegeben, es können Fälle eintreten, wo trotz der Nürnberger Resolution eine Fraktion gezwungen ist, sich der Stimme zu enthalten, weil sie glaubt, daß sie sonst die Interessen der Partei schädigt. Ich nehme gern Kenntnis davon, daß Bebel zugibt, es könne solche zwingenden Fälle geben, in denen man das Bekenntnis zum Kampf gegen den Klassenstaat, wie es in der Budgetverweigerung liegen soll, nicht zum Ausdruck bringt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Es ist natürlich auf aller Lippen die Frage, was soll geschehen, wie soll die Lösung der Dinge sein? Da will ich vor allem an die Spitze setzen das eine, daß in der ganzen Debatte gestern und heute weder vom Korreferenten

noch von einem Diskussionsredner, weder versteckt noch offen eine Drohung ausgesprochen ist (sehr wahr! bei den Süddeutschen), und wenn Westmeyer hierher gekommen ist in der Absicht, gegen Drohungen zu polemisieren, dann hat er sich an die falsche Adresse gewandt. (Zuruf: Quessel hat gedroht!) Wenn Sie aus den sanften Worten von Quessel eine Drohung herausgehört haben (Heiterkeit), dann sind Sie wirklich viel sensibler als wir Süddeutschen alle. Von einem Genossen ist allerdings eine Drohung gefallen; ich nehme an, daß Genosse Westmeyer ein treuer Leser der „Neuen Zeit" ist, und dort hat der Pfeil-Artikler davon geredet, daß man vom Gesamtstamm der Partei einen Zweig loslösen müsse. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Das wird wohl Westmeyer vorgeschwebt haben. Wir dagegen halten es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen Personen in der Partei alles tun werden, um zu vermeiden, daß unsere herrliche Bewegung solche Rückschläge erleidet. (Lebhafter Beifall.) Nun ist nur ein Weg gezeigt, der eventuell mal zum Frieden führen könnte und der sicher auch jetzt sofort den Waffenstillstand gewährleistet hätte. Das war der Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission. Man hat den Vorschlag verlacht, aber die Debatte hat soviel Beweise dafür erbracht, daß noch keine Klarheit über diese Dinge herrscht, daß ich mit Spinoza sagen möchte: ignorantia non est argumentum — Unwissenheit ist kein Beweismittel. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wenn Bebel meint, wir können doch nicht jetzt nach 16 Jahren erst an die Untersuchung der Frage herantreten, dann sage ich: Sie haben heute ein Beispiel aus dem Leben gehabt, aus dem hervorgeht, daß die nächstliegenden Dinge am leichtesten übersehen werden. Sie haben gesagt, daß die Verfassungen der deutschen Staaten allen Genossen bekannt seien. Haben wir es nicht erleben müssen, daß 208 Genossen über die Verfassung der eigenen Partei im unklaren sind (sehr gut! bei den Süddeutschen), haben wir nicht gesehen, daß die, die uns über die Pflichten der Disziplin belehren wollen, selbst mit einem Antrage gekommen sind, der mit den Pflichten der Disziplin, wie wir sie verstehen, nicht in Einklang zu bringen ist. (Erneutes Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Bebel hat Ihnen das viel besser und klarer bewiesen, als ich es tun könnte. (Dittmann: Er hat es nicht bewiesen!) Ja, Dittmann, wenn Sie nicht durch Bebel zu überzeugen sind, durch mich lassen Sie sich nicht überzeugen. (Heiterkeit.) Aber ich nehme dann wenigstens an, daß Sie, ohne überzeugt zu sein, im Sinne von Bebel stimmen werden. (Große Heiterkeit.) Haase hat erklärt, es werde des Eindrucks nicht ermangeln, daß feststeht, wieviel Genossen im voraus diesen Antrag unterschrieben haben. Da muß ich doch feststellen, daß der weitaus größte Teil der Unterschriften unter dem Antrag stand, bevor Bebel als Vertreter der Anklage und bevor einer der badischen Genossen zu seiner Verteidigung das Wort genommen hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Nun frage ich Sie, es stehen ja, glaube ich, mit Ausnahme von mir, alle Parteijuristen unter diesem Antrag. (Heine: Ich nicht! — Heiterkeit.) Nein, Sie kommen nicht in diesen Verdacht. (Heiterkeit.) Was würden Sie von einem bürgerlichen Richterkollegium halten, das in den Gerichtssaal kommt, nicht bloß mit einem fertigen, sondern auch mit einem formell unterschriebenen Urteil? (Große Unruhe bei der Mehrheit. — Ledebour ruft: Lag etwa die Resolution Bebel nicht vor?) Was würden Sie davon halten, wenn der geistvollste Begründer dieses Antrages zugeben müßte, daß der dolus eventualis dabei eine Rolle gespielt habe? Wenn Sie einen der Süddeutschen gefragt hätten, bevor Sie Ihren Antrag unterzeichnet haben, dann hätte er förmlich Sie angebettelt, Sie sollten ihn unterschreiben, weil nach außen hin nichts die Situation so beleuchtet als die Tatsache, daß ein so großer Teil des Parteitages, ohne die Angeklagten zu hören, das schärfste Urteil

über sie ausspricht. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Sie haben sich jetzt bei dem Rückzug, den der Genosse Haase zu decken versuchte (Haase: Es war doch kein Rückzug!), es war ein Rückzug des Antrages, was haben Sie denn gemeint, Genosse Haase? (Heiterkeit bei den Süddeutschen. Dittmann: Wir können den Antrag ja wieder aufnehmen. Beifall.) Ich weiß, daß Sie den Antrag wieder einbringen können. (Dittmann: Provozieren Sie doch nicht!) Soll denn Ihre ganze Tätigkeit auf den Parteitagen darin bestehen, daß Sie in Situationen, wo die Parteigenossen einig sind, dann wieder alte Anträge einbringen? (Große Unruhe. Zuruf: Wir haben den Antrag eben nur aus Disziplin zurückgezogen.) Wenn Sie sich dadurch provoziert fühlen, daß ich in schlichter einfacher Weise die Tatsachen erzähle, dann kann ich Ihnen allerdings nicht helfen. Haase hat sich darauf zurückgezogen, daß ja der Parteivorstand mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei. Was will denn das besagen? Glauben Sie, daß es in der Welt jemals eine Situation gibt, die genau der anderen gleich ist? Glauben Sie, daß eine Budgetabstimmung von heute unbedingt der in zwei Jahren gleichen muß? (Dittmann: Hört! hört!) Ach, Dittmann, Sie klammern sich in Ihrer rein äußerlichen Auffassung der Dinge an die Frage, ob ein Ja oder ein Nein ertönt. Was jetzt die Lage nach Zurückziehung des Amendements entscheidet, das ist die Tatsache, daß die Genossen, die das Unglück haben, in den Landtagen zu sitzen, wieder unter dem gleichen Recht stehen, wie die anderen Parteigenossen. Stellen Sie sich die Verhältnisse vor, wenn Ihr genialer Zusatzantrag angenommen würde. Wie wäre der Verlauf nach dem Parteistatut gewesen? An einem kleinen Platze müßte sich eine Parteiorganisation schlüssig machen über eine Sache, die der Parteitag bereits entschieden hätte, ebenso ein Schiedsgericht. Sie hätten damit die statutarischen Bestimmungen zur Farce herabgewürdigt. (Beifall bei den Süddeutschen.) Die klugen Genossen, die den Antrag zurückgezogen haben, und die damit die Abgeordneten wieder auf den Boden des allgemeinen Parteirechts gestellt haben, haben sich das Verdienst erworben, daß sie die Partei vor einer Blamage bewahrt haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit. Gelächter bei der Mehrheit.) Es hat unter uns nicht einen gegeben in der ganzen Fraktion, der zu Ihnen mit dem Wunsche gekommen wäre, Gnade zu erbitten. Wir waren der Meinung, daß der Partei ihr Recht gehört, — wir wollten keine Gnade haben. Wir hatten dieselbe Empfindung gehabt, wie jene Frau der bekannten süddeutschen Geschichte. Die arme Frau hatte Holz gestohlen, was fünf Gulden Strafe kostet, wurde erwischt und dem Amtmann vorgeführt, und der sagte: Ich will Dich diesmal nicht bestrafen, aber das nächste Mal kostet es drei Tage. Nichts da, sagte die Frau, ich stehl' mei Holz und ich zahl' mei Straf'. (Heiterkeit und Unruhe. Dittmann ruft: Was soll das heißen?) Das soll Ihnen beweisen, daß Sie nicht etwa hinausgehen dürfen in die Organisationen und sagen, wir haben Gnade für Recht ergehen lassen, wir haben die Leute diesmal geschont, sie hätten eigentlich hinausgeworfen werden müssen. — Dem ist nicht so. Wir wollen, daß Sie uns recht geben. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Wir wollen, daß Sie uns Recht sprechen, will ich sagen, das erste war natürlich aufrichtig gemeint.

Im Verlaufe seiner Ausführungen hat Haase in seiner liebenswürdigen Art gesagt, man habe auf etwas gewartet von unserer Seite, auf eine Erklärung. Ich weiß nicht, da ich mit meinen Freunden nicht darüber geredet habe, ob sie nicht vielleicht dieser Liebenswürdigkeit, dieser Ueberzeugungsgabe erlegen wären, wenn nicht Haase ihnen mit der gezückten Resolution der 200 entgegengetreten wäre. Von dem Augenblick an war es etwas Undenkbares, Unmögliches, daß irgendeiner der süddeutschen Genossen auf die Idee gekommen wäre, zu sagen: Wenn Sie eine Erklärung wollen, sollen Sie sie bekommen.

Heute sage ich Ihnen, wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt. (Beifall.) Wir werden in jeder Richtung das unserige tun, um dafür zu sorgen, daß das geschieht. Aber keiner von Ihnen kann uns heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse. (Unruhe.) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Ich hoffe, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit gegen den Feind übergehen. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)

Vors. **Dietz**: Nachdem wir die beiden Schlußworte entgegengenommen haben, kommen wir zur Abstimmung. Vorher sind noch einige persönliche Bemerkungen zu erledigen.

Haase-Königsberg (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, die Abstimmung auf morgen früh zu vertagen. Es ist eine namentliche Abstimmung, und es ist jetzt schon ½7 Uhr. Frank hat sein Schlußwort dazu benutzt, um verschiedene Angriffe gegen die Antragsteller Zubeil usw. zu richten. Diesen muß Gelegenheit gegeben werden, darüber zu beraten, welche Erklärung sie zur Richtigstellung der vorgebrachten Unrichtigkeiten abzugeben haben.

Vors. **Dietz**: Der anwesende Genosse Schramml aus Oesterreich wünscht das Wort zu einer Richtigstellung. Da unsere deutschen Genossen auf Parteitagen in Oesterreich gleichfalls das Wort nehmen können, halte ich es für richtig, wenn wir ihm das Wort erteilen. (Zustimmung.)

Schramml (zur Richtigstellung): Verzeihen Sie, wenn ich Ihre Zeit mit einer kurzen Richtigstellung in Anspruch nehmen muß, aber Genosse Frank hat Oesterreich angezogen in einer sehr heiklen Angelegenheit und es ist meine Pflicht, darauf zu reagieren, um seine Aeußerungen richtig zu stellen. Er hat hier im Schlußwort erklärt, wir Oesterreicher stimmten für die Dringlichkeit des Budgets und legten danach unsere Handlungsweise im marxistischen Sinne aus. Wir haben, wenn wir für die Dringlichkeit des Budgets gestimmt haben, nur für die Vornahme der Abstimmung, aber nicht für das Budget selbst gestimmt. Im österreichischen Reichsrat wird das Budget, so wie bei Ihnen, in drei Lesungen verhandelt. Die dritte Lesung des Budgets kann aber nur dann sofort nach Erledigung der zweiten Lesung vorgenommen werden, wenn für die sofortige Vornahme der dritten Lesung eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Es ist also selbstverständlich, daß wir nur für sofortige Verhandlung gestimmt haben, das ist etwas ganz anderes, als für das Budget zu stimmen. Ich erkläre bei dieser Gelegenheit, daß die Genossen ganz beruhigt sein können über unsere Haltung im österreichischen Parlament (Zurufe: Das sind wir auch!), daß wir auf keinen Fall für ein Budget stimmen würden, ohne die Zustimmung unserer Genossen im Reiche zu haben. Wir werden nicht selbständig handeln, sondern uns immer den Beschlüssen fügen, die für die Angelegenheit gefaßt worden sind. (Beifall.)

Karl Liebknecht (zur persönlichen Bemerkung) verzichtet aufs Wort.

Peus-Dessau (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Bebel hat in seiner Antwort auf meine Vorhaltung wegen seiner gegen mich vorgebrachten Beleidigung auf alte Geschichten hingewiesen, bezw. sie angedeutet, die vor 1903 liegen, ohne aber daß ich im geringsten erfahren hätte, was es denn eigentlich sei. Ich bin also ganz wehrlos (Oho!) gegen derartige Angriffe. Ich muß es bedauern, daß mir nicht seinerzeit Gelegenheit geboten worden ist, mich zu äußern, dadurch, daß der Parteivorstand erklärt hätte, was er da gegen mich einzuwenden hatte. Wenn das nicht geschehen ist, muß ich annehmen, daß meine Sünden doch nicht so groß waren, daß der Parteivorstand hätte Anlaß nehmen müssen, dagegen etwas zu tun, denn ich bin doch überzeugt, der

Vorstand ist vom größten Pflichtgefühl erfüllt und wird immer das tun, wozu er angestellt ist. Bebel sagt, 1903 sei er überrascht gewesen ob meiner Rede, die ich in der Wahlversammlung nach ihm gehalten. Ich glaube, das ist kein Wunder, denn Bebel wird damals, wie wohl auch heute, in der Hauptsache seine Kenntnisse über das, was ich schreibe, nicht aus dem „Volksblättchen", sondern aus dem „Vorwärts" oder der „Leipziger Volkszeitung" entnommen haben. Dann hat er heute aus einer „Volksblatt"-Nummer eine Aeußerung entnommen, in der ich sage, daß keine bürgerliche Partei für Arbeiterinteressen kämpft, nur die Sozialdemokratie und, wenn man den Begriff Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes nimmt, die Demokratische Vereinigung. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nicht etwa von der Freisinnigen Vereinigung gesprochen habe, sondern von der Demokratischen Vereinigung und diese bezw. den Dr. Breitscheidt hat Bebel nachher so sehr herausgestrichen, daß ich eigentlich allein darin die Berechtigung für meine Worte finden kann. Ich mache darauf aufmerksam, wie man sich in mehreren Wahlkreisen und auch in Berlin die Hilfe von Breitscheidt sehr gern hat gefallen lassen. Was aber Bebel am meisten Anlaß gegeben hat, seine Aeußerungen gegen mich zu tun, ist dies: ich habe in Brandenburg in meiner Rede erklärt, daß ein Block von Bebel bis Bassermann ein Blödsinn ist. Ich habe niemals, Genosse Bebel, niemals in meinem Leben, weder im „Volksblatt" noch irgendwo sonst, das Gegenteil gesagt. Darum weiß ich nicht, wie Sie sich hierher stellen können und sagen, daß ich im „Volksblatt" anders schreibe, als ich rede. Es kann sich nur darum handeln, ob ich im „Volksblatt" in bezug auf diesen Gedanken anders gesprochen habe. Dann hat Bebel seiner Meinung über mich als Kandidaten für den Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland Ausdruck gegeben. Nun, ich glaube, wir haben alle unsere verschiedenen Meinungen über verschiedene Kandidaten, die hier und da aufgestellt werden. Ich nehme sogar an, daß Bebel noch so mancher andere Kandidat in manchem anderen Kreise nicht gefallen wird.

Vorsitzender **Dietz**: Das ist nicht mehr persönlich, es geht uns gar nichts an, ob dem oder jenem die oder jene Kandidatur gefällt oder nicht.

Peus (fortfahrend): Wenn nun, nehmen Sie den Fall an — (Dietz: Wir nehmen keine Fälle an. — Große Heiterkeit.) Ich muß das Recht haben, das Vorgehen des Genossen Bebel gegen mich zu charakterisieren. (Vors. Dietz: Das haben Sie schon getan.) Wenn in meinem Wahlkreis nach meiner offiziell erfolgten Kandidierung ein Genosse sich herausnehmen würde, öffentlich so über mich zu sprechen, wie es Bebel getan hat, so würde das im Wahlkreis als grobe Disziplinwidrigkeit empfunden werden. (Zustimmung und Widerspruch.) Und ich meine, wenn das Bebel tut auf Grund seiner Stellung in der Partei, so wird die Disziplinwidrigkeit dadurch nicht geringer. Vorläufig haben nur die Wahlkreise über die Kandidaten zu entscheiden. (Bebel: Sehr richtig!) Und ich habe viel zu großen Respekt vor der Demokratie der Sozialdemokratie (Sehr gut! und Widerspruch), als daß ich annehmen könnte, daß die Aeußerungen Bebels irgendwelchen Erfolg haben könnten auf die Stimmung des Wahlkreises, in dem ich seit 20 Jahren arbeite und dessen Vertrauen ich seit 14 Jahren besitze.

Braun-Königsberg (zur persönlichen Bemerkung): Genosse Bebel hat in seinem Schlußwort gesagt, daß diejenigen, die den Antrag 94, der meinen in der „Neuen Zeit" gemachten Vorschlag enthält, die Dummen seien, die den Schlauen zum Opfer gefallen sind. Da der Gedanke, der dem Antrag 94 innewohnt, von mir zuerst in der Presse veröffentlicht worden ist, wäre es mir von Interesse, zu wissen, ob ich auch zu den Schlauen usw. gehöre, auf deren Leim die angeblich Dummen gekrochen sind. Ich habe sonst nichts da-

gegen einzuwenden, wenn ich von Bebel in die Kategorie der Schlauen eingereiht werde; aber in dem Zusammenhang muß ich dieses Kompliment als sehr zweifelhaft mit allem Nachdruck ablehnen. Es wäre mir sehr erwünscht, von Bebel zu hören, ob er mich in die Kategorie der sogenannten Schlauen einrangiert, die die Leimrute ausgelegt haben. (Vorsitzender: Das ist doch nicht persönlich.) Aber das geht mich doch freilich an. (Vorsitzender: Dann können Sie sich doch privatim bei Bebel erkundigen. — Große Heiterkeit.) Wenn Bebel das privatim am Mittagstisch zu mir gesagt hätte, dann hätte ich ihm privatim meine Meinung dazu gesagt. Er hat es aber öffentlich erklärt und deshalb muß ich auch öffentliche Klarstellung herbeiführen. Es ist weiter erklärt worden, daß mein Vorschlag im Gegensatz zur Vorstandsresolution steht und daß sie dazu bestimmt sei, die klare Entscheidung in dieser Angelegenheit zu verschleppen. Ich lege Gewicht darauf, hier zu erklären und Genosse Katzenstein hat mich ersucht, das auch in seinem Namen zu tun, daß wir nicht im entferntesten daran denken, mit unserem Vorschlage etwa im Gegensatz zur Vorstandsresolution uns zu stellen oder die Entscheidung zu verschleppen, und wer meine Ausführungen in der „Neuen Zeit“ gelesen hat, kann gar nicht auf solchen Verdacht kommen. Ich will vielmehr über die Vorstandsresolution hinausgehen und für die Zukunft derartigen Debatten vorbeugen. Es haben ja die Reden von allen Seiten in der Erwartung und Befürchtung ausgeklungen, daß wir uns wieder mit der Sache zu beschäftigen haben werden und ich bin der Meinung, daß die Auseinandersetzungen selbst mit der Abstimmung über die Vorstandsresolution noch nicht beendet sein wird. (Rufe: Sie reden ja zur Sache.) Ich bin leider durch den Schluß der Debatte um die Möglichkeit gekommen, meinen Vorschlag näher zu begründen. Die Studienkommission soll spätere Erörterungen so vorbereiten, daß sie fruchtbarer als die bisherigen in den 16 Jahren ausfallen. Gehen Sie heute nicht darauf ein, vielleicht später werden wir es doch tun müssen. (Allseitiger Beifall.)

Haase-Königsberg (zur persönlichen Bemerkung): Als Mitantragsteller des Antrages 93 habe ich einige persönliche Bemerkungen gegen Frank zu machen. Frank hat in seinem Schlußwort mit großer Emphase die Behauptung aufgestellt, daß die Antragsteller der Resolution 93, also auch ich, bereits mit einem fertigen Urteil hier in den Saal gekommen seien, bevor noch die Referenten ihre Ausführungen gemacht hätten. Frank muß wissen, daß diese Darstellung der Wahrheit widerspricht, und er hat diese Bemerkungen wohl auch nur gemacht, weil er sich davon gewisse Wirkungen nach außen verspricht. (Sehr richtig!) Kann man der Mehrheit des Parteitages, nach der Art wie die Debatten hier geführt worden sind, nichts am Zeuge flicken, so wird sich eine gewisse Presse mit Vergnügen wenigstens auf das Sprichwort stürzen: So sind die Radikalen, bevor sie die anderen gehört haben, verurteilen sie schon. (Widerspruch.) Der Antrag 93 ist nicht anders wie Ihr Antrag (zur Minderheit) und die Vorstandsresolution zustande gekommen; auch die Resolutionen von Vorstand und Kontrollkommission wurden hier eingereicht, bevor noch die Referenten das Wort ergriffen haben, und Ihren Antrag auf die Einsetzung der Studienkommission haben Sie ebenfalls gestellt und Unterschriften dafür gesammelt, bevor der Gegenstand zur Verhandlung gezogen wurde. (Karl Liebknecht: Noch bevor wir mit dem Unterschriftensammeln begonnen haben!) Daß wir uns vorher nicht gebunden haben, das kann ich beweisen. Frank hätte sich nur zu erkundigen brauchen und er hätte gehört, wie gerade ich und meine Mitantragsteller selbstverständlich bereit waren, obwohl bereits durch die öffentlichen Erörterungen das Material bekannt war, zu hören und erst, nachdem alle gesprochen, das Endurteil abzu-

geben. Wir haben uns außerordentlich zurückgehalten. Es ist richtig und ich glaube, das erkennt Frank als Jurist und alter Parteigenosse sehr wohl an, wenn behauptet wird, unser Antrag habe juristisch und technisch gegen das Organisationsstatut verstoßen. In unserem Antrag stand nicht, daß jemand ausgeschlossen werden soll unter Umgehung der Bestimmungen des Statuts; er enthielt kein juristisches Urteil, sondern war der Ausspruch eines moralischen Urteils über einen etwaigen künftigen Disziplinbruch. Wir haben, wie es verschiedene Mal auch andere Parteien getan haben, vor der Oeffentlichkeit erklärt: Wenn Ihr Parteitagbeschlüsse nicht achten wollt, dann habt Ihr auch nicht das moralische Recht, Euch mehr als Parteigenossen zu betrachten, nicht wir schließen Euch aus, sondern Ihr selbst löst das Band mit uns. Das ist ja das große Unglück, daß wir eine Anzahl von Leuten haben — ich meine hier nicht unsere badischen Freunde —, die immer noch Parteimitglieder bleiben, obgleich sie Anschauungen zur Freude der Gegner propagieren, die alles eher, als sozialdemokratisch sind. (Demonstrativer Beifall, lebhaftes Händeklatschen, Rufe: Das ist nicht persönlich, das ist eine Wiedereröffnung der Debatte.) Genosse Frank hat, gestatten Sie mir den Ausdruck, etwas blauen Dunst machen wollen (Unruhe, — Glocke des Vorsitzenden) —, ich habe ja um die Erlaubnis zu diesem Ausdruck gebeten (Heiterkeit) — als er, um seine schwache Stellung zu verdecken, die Behauptung aufstellte, daß wir mit unserem Antrag einen Rückzug angetreten hätten. Frank hat dabei übersehen, daß Bebel in der von ihm verlesenen Erklärung namens des Parteivorstandes an uns die Bitte gerichtet hat, unseren Antrag nicht aufrecht zu erhalten, aus formellen Gründen, obwohl der gesamte Parteivorstand sachlich mit uns einig und derselben Meinung sei. Frank hat weiter übersehen (Frank: das habe ich nicht übersehen, das habe ich gesagt), daß es in derselben Erklärung des Parteivorstandes heißt, daß, wenn die Genossen sich noch einmal über Parteitagsbeschlüsse hinwegsetzen, die Voraussetzungen des § 23 des Statuts gegeben seien. Es ist also hier, wie in dem zurückgenommenen Antrag, als selbstverständlich angesehen, daß zum Ausschluß selbst das statutengemäße Verfahren stattfinden soll. Wir haben somit weder einen Rückzug angetreten, noch treffen uns die von mir eingangs besprochenen Bemerkungen Franks. (Beifall bei der Mehrheit.)

Bebel (zur persönlichen Bemerkung): Der Parteigenosse Peus hat sich darüber beklagt, daß ich mich auf Aeußerungen in seinem Blatte bezog, die bis in das Jahr 1903 zurückreichen. Das sind keine alten Geschichten, die sieben Jahre zurückliegen und die Aeußerungen, die mir vorlagen in seinem Blatte, und die ich jahrelang aufgehoben habe, reichten bis zum Jahre 1907. Was ich über den Inhalt dieser Aeußerungen gesagt habe, halte ich voll und ganz aufrecht. Hätte ich eine Ahnung gehabt, daß die Dinge hier zur Sprache kommen würden, hätte ich sogar in letzter Stunde das Nötige veranlaßt, um die Blätter zu bekommen. Angesichts der Aeußerungen in seinem Blatte und der Rede von 1903 hatte ich allerdings Anlaß genug, mich sehr zu wundern. Weiter hat Peus mir nachgesagt, daß ich mein Urteil über seine Aeußerungen nicht auf sein Blatt, sondern auf den „Vorwärts" und die „Leipziger Volkszeitung" stütze. Diese sind ganz außer Frage; ich habe mich nur auf die von ihm redigierten Blätter gestützt, die ich mir erbeten hatte und die mir zugeschickt wurden, weil ich auf sie aufmerksam gemacht wurde. — Peus hat weiter gemeint, es sei eine Disziplinwidrigkeit von mir, wie ich mich in bezug auf seine Person als Kandidat für Brandenburg ausgesprochen habe. Ich habe nicht die Kandidierung getadelt und den Genossen natürlich nicht das Recht abgesprochen, Peus aufzustellen, ich habe nur mein persönliches Urteil ausgesprochen, und dieses abgeben, das darf ich. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Genossen eines Kreises einmal einen

Mann aufstellen würden, von dem im Falle seiner Wahl die Möglichkeit anzunehmen wäre, daß er der Partei Verlegenheiten bereitete oder sie in peinliche Situationen bringen könnte, dann hat jeder Parteigenosse das Recht, dies öffentlich auszusprechen, das hier Gesagte trifft aber für Peus nicht zu. Ich habe meine Objektivität gegen Peus u. a. dadurch bewiesen, daß ich 1898 und 1903 eine Reihe von Versammlungen für seine Wahl in seinem Kreise abgehalten habe. — Dem Genossen Braun kann ich erklären, daß ich bei meinen Ausführungen an seine Person gar nicht gedacht habe. Ich habe keinen persönlichen Verdacht oder eine Verunglimpfung gegen Braun aussprechen wollen, ich weiß, daß er aus ganz korrekten Gründen heraus den Antrag stellte. Ich habe auch nur gesagt, daß ein Teil der Unterzeichneten glaubt, daß wirklich für die Sache noch etwas gewonnen werde, wenn man noch studiere. Von einem anderen Teil der Unterzeichner sagte ich allerdings, das sind die Schlauen, die hoffen, den Antrag so zu schieben, daß er die Mehrheit bekommt, denn, so schließen sie, erhält der Antrag auf eine Studienkommission die Mehrheit, dann ist die Entscheidung über den Antrag des Parteivorstandes beiseite gesetzt und wir sind schön heraus. (Heiterkeit.) Das ist doch keine Beleidigung; das ist sogar ein Kompliment. (Große Heiterkeit.) Damit wird doch gesagt, daß diese Genossen geriebene Burschen sind, daß sie etwas geplant haben, das, wenn es gelänge, mich furchtbar ärgerte und sie fürchterlich freute. (Heiterkeit.)

Frank (zur persönlichen Bemerkung): Es tut mir leid, daß Haase sich aus der Ruhe, die ich sonst an ihm schätze, durch mich hat bringen lassen. Er hat mir zwar nicht mit meiner Genehmigung, aber mit meiner hiermit erteilten nachträglichen Erlaubnis gesagt, daß ich „blauen Dunst" oder nach außen hin Eindruck habe machen wollen durch die Feststellung, daß der weitaus größte Teil der Unterschriften unter seinen Antrag gesetzt worden sei, ehe ich gesprochen habe. Haase kann das nicht bestreiten. Er hält uns aber entgegen, daß auch für unseren Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission Stimmen schon im voraus gesammelt worden sind. Ueberlegen Sie doch einen Augenblick, ob es dasselbe ist, wenn Sie eine Studienkommission verlangen, durch die kein Mensch diffamiert wird, oder ob Sie einen Antrag wie den Zubeilschen stellen, der nicht eine spätere Entscheidung vorbereiten, sondern der heute schon eine bedeutende Anzahl Parteigenossen um die Achtung der übrigen Genossen bringen will. Ich habe ein Interesse daran, den falschen Glauben bei den Delegierten und vor der Oeffentlichkeit zu zerstreuen, als ob die Delegierten, nachdem sie Bebel und uns gehört, es noch für notwendig gehalten hätten, den Antrag zu stellen, der uns moralisch verurteilen sollte. Ich freue mich, aus den Worten des Genossen Haase entnehmen zu können, daß die Genossen, die den Antrag unterzeichneten, diese Absicht nicht gehabt haben. (Einzelne Zurufe: Doch, moralisch verurteilen schon!) Gegner und Freunde würden in diesem Antrag nicht das sehen, was nach Ihrer Auslegung darin liegen soll, eine moralische Verurteilung eventueller späterer Taten, sondern sie würden mit Recht ein für jetzt gefälltes Urteil darin erblicken. Sie vergessen, daß wir doch später wieder hinausgehen müssen, um Schulter an Schulter mit den anderen Genossen zu arbeiten, daß wir doch gemeinsam wie bisher weiterkämpfen wollen und müssen, daß wir einen Bruch nicht wollen. Gegen solche Meinung habe ich mich gewehrt. — Es liegt mir fern Ihnen, Genosse Haase, ich schätze Sie, oder den anderen Genossen einen Vorwurf zu machen, ich hoffe, daß der heutige Tag der Beginn einer Zeit des Friedens sein wird. Genosse Haase, Sie werden mir doch, wenn Sie gerecht sein wollen, zugeben müssen, daß man, ehe man die moralische Verurteilung von Parteigenossen beantragt, diese doch zuerst fragen kann, was wollt Ihr tun, was werdet Ihr tun? Ich weiß nicht, wie die Antwort gelautet hätte, aber das weiß jeder, daß unter uns ebenso Genossen sind, wie unter Euch, die den

allerdringendsten Wunsch haben, der Partei ferner solche Debatten zu ersparen und entschlossen sind, alles zu tun, um dies zu erreichen. (Bewegung und Beifall).

Haase (zur persönlichen Bemerkung): Es gibt keinen besseren Weg zu diesem Ziel, als daß Frank das tue, was alle Demokraten tun, nämlich sich den Mehrheitsbeschlüssen, soweit es auf das Handeln ankommt, zu fügen. Nur eines will ich noch sagen. Nachdem Bebel und Frank gesprochen hatten, haben die Antragsteller aufs sorgsamste beraten, ob ein Grund vorliegt, von dem Antrag abzugehen, oder ob dabei stehen zu bleiben ist. Damit ist klargestellt, welchen Ursprung und welche Bedeutung unser Antrag hat: dieselbe, wir Ihr eigner Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission und wie der des Vorstandes und der Kontrollkommission. Wir haben uns die freie Entschließung vorbehalten und in mehreren Besprechungen auf Grund aller Darlegungen unsere Entschlüsse gefaßt.

Bebel: Warum sollen wir die Abstimmung nicht vornehmen, wir wollen doch endlich mit einer Sache zu Ende kommen.

Lipinski-Leipzig (zur Geschäftsordnung): Wir ersuchen die Unterzeichner des Antrages 93, nach Schluß der Plenarsitzung sich zur weiteren Stellungnahme im Hotel Köhler einzufinden.

Vorsitzender **Dietz:** Das gehört nicht zur Geschäftsordnung. Es liegt der Antrag vor, die Abstimmung auf morgen zu verschieben. Wir sind jetzt so weit, um abstimmen zu können. Es stehen allerdings zwei namentliche Abstimmungen vor. Trotzdem empfehlen wir den Parteigenossen, die Abstimmung noch heute vorzunehmen, weil Bebel und noch mehrere andere morgen abreisen. Ich werde eine Pause von 15 Minuten eintreten lassen und dann die Sitzung wieder eröffnen.

Da von verschiedenen Seiten eine längere Pause verlangt wird, werden die Verhandlungen von 7¼ bis auf 7¾ Uhr vertagt.

Um 8¼ Uhr werden die Verhandlungen wieder eröffnet.

Vorsitzender **Dietz:** Wir kommen zur Abstimmung. Durch das Zurückziehen der Anträge 7, 47, 57, 60 und 67, alles Anträge, die auf die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses hinauslaufen, ist es jetzt möglich geworden, die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission Nr. 90 vorweg zur Abstimmung zu stellen. Wenn sie angenommen wird, dann sind alle Anträge zur badischen Budgetbewilligung bis auf Nr. 94 erledigt. Ueber Nr. 94 würde dann noch abzustimmen sein. Es sind drei namentliche Abstimmungen beantragt worden. Zunächst soll über den ersten Absatz zum Antrag 90 namentlich abgestimmt werden, dann über den Rest des Antrags und ferner über die Resolution, wie sie sich nach diesen beiden Abstimmungen gestaltet hat. Der Parteitag ist mit dem vorgeschlagenen Modus einverstanden.

Kühls-Magdeburg: Von dem Genossen Zubeil ist folgender Antrag neu eingebracht worden: „Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages vorbehält, beantragen wir, folgenden Satz der Erklärung des Genossen Bebel, die Bebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben: Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind." (Bewegung.)

Vorsitzender **Dietz:** Wir haben die Debatte geschlossen, haben die Schlußreden entgegengenommen und sind in die Abstimmung eingetreten. Nun ist es Sitte, daß in der Abstimmung neue Anträge nicht gestellt werden können.

Da wird mir jeder Parteigenosse recht geben. (Sehr richtig!) Wenn nach Schluß der Abstimmung ein solcher Antrag gestellt würde, läge es ja in der Hand des Parteitages selbst, ihn zuzulassen, dann müßte aber darüber eine Diskussion eröffnet werden. (Rufe: Einverstanden.)

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den 1. Absatz des Antrages 90. Er wird mit 266 gegen 106 Stimmen angenommen.

Mit Ja haben gestimmt: Albrecht, Apel, Martha Arendsee, Johanna Arnswald, Ottilie Baader, Bahrdt, Bartel, Bartels-Wernigerode, Bartels-Hamburg, Baudert, Bebel, Beckmann, Beeck, Bethke, Beyer, Bielgk, Biniszkiewicz, Bischoff, Blumtritt, Bock, Böhm, Frau Böhme, Bohm, Borgmann, Braun, Brecour, Bromme, Brühne, Brückner, Busold, Bühler, Bull, Bunge, Castan, Dautz, Davidsohn, Deutsch, Diefenbach, Dietze, Dißmann, Dittmann, Diettrich, Dobrohlaw, Döhnel, Donalies, Drescher, Dröner, Ebert, Eckardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Eschke, Faure, Fauth, Agnes Fahrenwald, Feldmann, Ficker, Richard Fischer-Berlin, Fischer-Duisburg, Fischer-Gera, Focke, Förster, Frank-Berlin, Fritzsch, Geck, Geyer, Elfriede Gewehr, Giebel, Göldner, Gottleber, Grauer, Graupe, Greiner, Grenz, Grosse, Gruner, Grütz, Haase, Haberer, Hackelbusch, Haenisch, Hahn, Hanisch, Haug, Haußmann, Heckel, Heinrich, Heinrichs, Hengsbach, Henke, Hennig, Hense, Hentsch, Hetzschold, Hoch, Hönisch, Paul Hoffmann-Hamburg, Artur Hofmann-Saalfeld, Hopfe, Horn-Stettin, Horn-Lindenau, Hübener, Hunschede, John, Jakobsen, Jungnickel, Jürgensen, Kaden, Katzenstein, Kern, Keil-Wilkau, Kiß, Klees, Klement, Knauf, Knoth, Koenen, Köpke, Knoche, Kraußer, Kröger, Krüger-Königsberg, Krüger-Wandsbek, Krause, Kunert, Lachenmaier, Lachmann, Langer, Anna Lex, Leber, Ledebour, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Leipzig, Leid, Leopold, Lepitz, Leutert, Lewerentz, Limbertz, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Litfin, Löwigt, Luscher, Lüth, Rosa Luxemburg, Martin, Mucker, Mantke, Mann, Meisel, Mehrens, Mende, Metzger, Meyer, Michelsen, Milow, Mittag, Mücke, Müller-Möglin, H. Müller-Berlin, Müller-Leipzig, Gustav Müller-Berlin, Müller-Plauen, Muth, Niendorf, Oertel, Olion, Paetzel, Pannekoek, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Klara Pötzsch, Pollender, Rauch, Raute, Reeber, Reiwand, Reitze, Rieger, Ricke, Ritter, Ritzert, Robleder, Johanna Roth, Bruno Roth, Rosenfeld, Ruhl, Ryssel, Sailer, Sauer, Seelmann, Seidel, Süßheim, Sperka, Stab, Starosson, Stegner, Steinföhr, Stiefenhofer, Stolle, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schmalfeld, Schäfer, Schulten, Schmidt-Vilbel, Rosa Schmidt-Berlin, Schmidt-Linden, Schnelle, Schnirch, Schoenfelder, Schöne, Schöckel, Schöbel, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schuhmacher, Schwarz, Schwartz, Schwemke, Teichmann, Thelen, Thiele-Guben, Thiele-Halle, Marie Thiel, Tönnies, Ulm, Umland, Vogtherr, Wagner-Mölln, Wagner-Braunschweig, Walter, Wassermann-Fürstenwalde, Wassermann-Schöningen, Weber, Wellmann, Wengels, Menzel, Werner, Westkamp, Westmeyer, Wicklein, Minna Wiese, Wiesner, Wilde, Wilk, Winter, Witzke, Wizorowski, Woldt, Wurm, Zentgraf, Zetkin, Zietz, Zuveil.

Mit Nein haben gestimmt: Auer, Beims, Binder, Therese Blase, Böhle, Böhmer, Böttger, Bohl, Brey, Cohn, David, Diener, Dietz, Dreckshagen, Engler, Ernsting, Evers, Faißt, Fischer-Hannover, Fischer-Briesnitz, Frank-Mannheim, Gaiß, Göhre, Gölzer, Charlotte Grahn, Helene Grünberg, Hasenzoll, Haugenstein, Hauschildt, Heine, Heilmann, Held, Hildenbrand, Hörsing, August Hoffmann-Celle, Karl Hoffmann, Paul Hoffmann-Breslau, Huber-Ludwigshafen, Huber-Landshut, Hug Jung, Kahn, Keil-Stuttgart, Klühs, Knapper-Heilbronn, Knieriem, Korn, Körner, Kolb, Kaffner, Leinert, Leppert, Lesche, Levi,

Loch, Maier, Mauerer, Mey, Miß, Möller, Müller-Karlshorst, Müller-Schopfheim, Müller-München, Neu, Neukirch, Nimmerfall, Peus, Pfeiffle, Profit, Quarck, Quessel, Reese, Riem, Rößler, Rudolph, Seel, Severing, Süßkind, Schneider, Spindler, Stolten, Stockinger, Sturmfels, Schlicke, Schliestedt, Franz Schmitt, Fritz Schmidt, Scholich, Südekum, Timm, Thielemann, Töneböhn, Treu, Ulrich-Frankfurt a. M., Ulrich-Offenbach a. M., Vogel, Vogt, Walter-Höchst, Wasner, Weill, Wetzker, Willi, Witti, Wittich, Ziemer, Zorn.

Vorsitzender Dietz: Die absolute Mehrheit nach der Präsenzliste beträgt 198. Ich bemerke, daß einige Delegierte wegen dringender Geschäfte, zum Teil, weil sie Versammlungen abhalten müssen, heute nicht hier sind, diese Genossen können nachträglich zu Protokoll erklären, wie sie gestimmt haben würden.

Nunmehr wird die *namentliche Abstimmung über die Absätze 2, 3 und 4 der Resolution vorgenommen.* Diese drei Absätze werden bei 372 Abstimmenden mit 301 gegen 71 Stimmen *angenommen.*

Mit Ja stimmten: Albrecht, Apel, Arendsee, Arnswald, Ottilie Baader, Bahrdt, Bartel, Bartels-Wernigerode, Bartels-Hamburg, Baudert, Bebel, Beckmann, Beeck, Beims, Bethke, Beyer, Bielgk, Biniszkiewicz, Bischoff, Blumtritt, Bock, Böhm, Böhme, Böhmer, Boll, Bohm, Borgmann, Braun, Brecour, Bromme, Brühne, Brückner, Busold, Bühler, Bull, Bunge, Castan, Dautz, Davidsohn, Deutsch, Diefenbach, Diener, Dietz, Dietze, Dißmann, Dittmann, Diettrich, Dobrohlaw, Döhnel, Donalies, Drescher, Dröner, Ebert, Eckardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Eschke, Faure, Fauth, Agnes Fahrenwald, Feldmann, Ficker, Richard Fischer-Berlin, Fischer-Duisburg, Fischer-Gera, Focke, Förster, Frank-Berlin, Fritzsch, Geck, Geyer, Elfriede Gewehr, Giebel, Göldner, Gottleber, Grauer, Graupe, Greiner, Grenz, Groże, Gruner, Grütz, Haase, Haberer, Hackelbusch, Haenisch, Hahn, Hanisch, Hasenzoll, Haug, Haugenstein, Hauschildt, Haußmann, Heckel, Heinrich, Heinrichs, Hengsbach, Henke, Hennig, Hense, Hentsch, Hetzschold, Hoch, Hönisch, Hörsing, Hoffmann-Hamburg, Hoffmann-Celle, Hoffmann-Breslau, Hofmann-Saalfeld, Hopfe, Horn-Stettin, Horn-Lindenau, Hübener, Hunschede, John, Jakobsen, Jung, Jungnickel, Jürgensen, Kaden, Katzenstein, Kern, Keil-Wilkau, Kiß, Klees Klühs, Klement, Knauf, Knoth, Koenen, Koepke, Knoche, Kraußer, Kröger, Krüger-Wandsbek, Kaßner, Krause, Krüger-Königsberg, Kunert, Lachenmaier, Lachmann, Langer, Lex, Leber, Ledebour, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Leipzig, Leid, Leopold, Lepitz, Leutert, Lewerentz, Limbertz, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Litfin, Löwigt, Luscher, Lüth, Rosa Luxemburg, Martin, Mucker, Mantke, Mann, Meisel, Mehrens, Mende, Metzger, Meyer, Michelsen, Milow, Mittag, Möller, Mucke, Müller-Möglin, H. Müller-Berlin (Parteivorstand), Müller-Leipzig, Müller-Plauen, Müller-Berlin III, Muth, Neukirch, Niendorf, Oertel, Olion, Paetzel, Pannekoeck, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Clara Pötzsch, Pollender, Quarck, Rauch, Raute, Reeber, Reese, Reimand, Reitze, Rieger, Rieke, Ritter, Ritzert, Rohleder, Johanna Roth-Hamburg, Roth-Werdau, Rosenfeld, Rößler, Rudolph, Ruhl, Ryssel, Sachse, Sailer, Sauer, Seel, Seelmann, Seidel, Süßheim, Sperka, Spindler, Staab, Staroffon, Stegner, Steinföhr, Stiefenhofer, Stolten, Stolle, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schmalfeld, Schaefer, Schliestedt, Schulten, Schmidt-Herford, Schmidt-Vilbel, Rosa Schmidt-Berlin VI, Schmidt-Linden, Schnelle, Schnirch, Schoenfelder, Scholich, Schöckel, Schöbel, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schumacher, Schwarz, Schwartz, Schwemke, Schöpflin, Teichmann, Thelen, Thiele-Guben, Thiele-Halle, Thiel-Tempelhof, Tönnies, Thielemann, Treu, Ulm, Ulrich-Frankfurt, Uhland, Vogel, Vogtherr, Wagner-Wölln, Wagner-Braun-

schweig, Walter-Höchst, Walter-Laubegast, Wassermann-Fürstenwalde, Wassermann-Schöningen, Wasner, Weber, Wellmann, Wengels, Wenzel, Werner, Westkamp, Westmeyer, Wicklein, Wiese, Wiesner, Wilde, Will, Winter, Wittich, Witzke, Wizorowski, Woldt, Wurm, Zentgraf, Zetkin, Zietz, Zorn, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Auer, Binder, Therese Blase, Böhle, Böttger, Brey, Cohn, David, Dreckshagen, Engler, Ernsting, Evers, Faitzt, Edmund Fischer-Briesenitz, Ludwig Frank, Gaitz, Göhre, Gölzer, Grünberg, Heine, Heilmann, Held, Hildenbrand, Hoffmann-Bielefeld, Huber-Ludwigshafen, Huber-Landshut, Hug, Kahn, Keil-Stuttgart, Knapper, Knieriem, Korn, Körner, Kolb, Leinert, Leppert, Lesche, Levi, Loch, Maier, Mauerer, Mey, Mitz, Müller-Dithmarschen, Müller-Schopfheim, Müller-München, Neu, Nimmerfall, Peus, Pfeiffle, Profit, Quessel, Riem, Severing, Süßkind, Schneider, Stockinger, Sturmfels, Schlicke, Schmitt-München, Schöne, Südekum, Timm, Töneböhn, Ulrich-Offenbach, Vogt, Weill, Wetzker, Willi, Witti, Ziemer.

Es folgt die **namentliche Abstimmung über die Resolution im ganzen.** Sie wird mit 289 Stimmen gegen 80 **angenommen.** Das Resultat wird von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Mit Ja haben gestimmt: Albrecht, Apel, Martha Arendsee, Johanna Arnswald, Ottilie Baader, Bahrdt, Bartel, Bartels-Wernigerode, Bartels-Hamburg, Baudert, Bebel, Beckmann, Beeck, Bethke, Beyer, Bielgk, Biniszkiewicz, Bischoff, Blumtritt, Bock, Böhm, Frau Böhme, Böhmer, Bohm, Borgmann, Braun, Brecour, Bromme, Brühne, Brückner, Busold, Bühler, Bull, Bunge, Castan, Dautz, Davidsohn, Deutsch, Diefenbach, Diener, Dietz, Dietze, Ditzmann, Dittmann, Diettrich, Dobrohlaw, Döhnel, Donalies, Drescher, Dröner, Ebert, Eckardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Eschke, Faure, Fauth, Agnes Fahrenwald, Feldmann, Ficker, Richard Fischer-Berlin, Fischer-Hannover, Fischer-Duisburg, Fischer-Gera, Focke, Förster, Frank-Berlin, Fritzsch, Geck, Geyer, Elfriede Gewehr, Giebel, Göldner, Gottleber, Charlotte Grahn, Grauer, Graupe, Greiner, Grenz, Grotze, Gruner, Grütz, Haase, Haberer, Hackelbusch, Haenisch, Hahn, Hanisch, Hasenzoll, Haug, Hauschild, Hautzmann, Heckel, Heinrich, Heinrichs, Hengsbach, Henke, Hennig, Hense, Hentsch, Hetzschold, Hoch, Hönisch, Hörsing, Hoffmann-Hamburg, Hoffmann-Celle, Hoffmann-Breslau, Hofmann-Saalfeld, Hopfe, Horn-Stettin, Horn-Lindenau, Hübener, Hunschede, John, Jakobsen, Jung, Jungnickel, Jürgensen, Kaden, Katzenstein, Kern, Keil-Wilkau, Kitz, Klees, Klement, Knauf, Knoth, Koenen, Köpke, Knoche, Krautzer, Kröger, Krüger-Königsberg, Krüger-Wandsbek, Krause, Kunert, Lachenmaier, Lachmann, Langer, Lex, Leber, Ledebour, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Leipzig, Leid, Leopold, Lepitz, Leutert, Lewerentz, Limbertz, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Litfin, Löwigt, Luscher, Lüth, Rosa Luxemburg, Martin, Mucker, Mantke, Mann, Meise, Mehrens, Mende, Metzger, Meyer, Michelsen, Milow, Mittag, Mücke, Müller-Möglin, Müller-Berlin (Parteivorstand), Müller-Leipzig, Müller-Plauen, Gustav Müller-Berlin, Muth, Niendorf, Oertel, Olion, Paetzel, Pannekoek, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Klara Pötzsch, Pollender, Quarck, Rauch, Raute, Reeber, Reese, Reiwand, Reitze, Rieger, Rieke, Ritter, Ritzert, Rohleder, Johanna Roth, Roth-Werdau, Rosenfeld, Rötzler, Rudolph, Ruhl, Ryssel, Sailer, Sauer, Seel, Seelemann, Seidel, Sütheim, Spindler, Staab, Starosson, Stegner, Steinföhr, Stiefenhofer, Stolten, Stolle, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schmalfeld, Schäfer, Schliestedt, Schulten, Schmidt-Herford-Halle, Schmidt-Vilbel, Rosa Schmidt-Berlin, Schmidt-Linden, Schnelle, Schnirch, Schoenfelder, Scholich, Schöckel, Schöbel, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schuhmacher, Schwarz-Mügeln, Schwartz-Lübeck, Schwemke, Teichmann, Thelen, Thiele-Guben, Thiele-Halle, Marie Thiel, Tönnies, Ulm, Ulrich-Frankfurt

am Main, Umland, Vogel, Vogtherr, Wagner-Mölln, Wagner-Braunschweig, Walter-Höchst a. M., Walter-Laubegast, Wassermann-Fürstenwalde, Wassermann-Schöningen, Weber, Wellmann, Wengels, Wenzel, Werner, Westkamp, Westmeyer, Wicklein, Minna Wiese, Wiesner, Wilde, Wilk, Winter, Wittich, Witzke, Wizorowski, Woldt, Wurm, Zentgraf, Zetkin, Zietz, Zubeil.

Mit Nein haben gestimmt: Auer, Binder, Therese Blase, Böhle, Böttger, Bohl, Brey, Cohn, David, Dreckshagen, Engler, Ernsting, Evers, Faißt, Fischer-Briesnitz, Frank-Mannheim, Gaitz, Göhre, Gölzer, Helene Grünberg, Haugenstein, Heine, Heilmann, Held, Hildenbrand, Hoffmann-Bielefeld, Huber-Ludwigshafen, Huber-Landshut, Hug, Kahn, Keil-Stuttgart, Klühs, Knapper, Kniefiem, Korn, Körner, Kolb, Leinert, Leppert, Lesche, Levi, Loch, Maier, Mauerer, Mey, Mitz, Möller, Müller-Karlshorst, Müller-Schopfheim, Müller-München, Neu, Neukirch, Nimmerfall, Peus, Pfeiffle, Profit, Quessel, Riem, Severing, Süßkind, Schneider, Stockinger, Sturmfels, Schlicke, Schmitt-München, Schöne, Südekum, Timm, Thielemann, Töneböhn, Treu, Ulrich-Offenbach, Vogt, Wasner, Weill, Wetzker, Willi, Witti, Ziemer, Zorn.

Vors. **Dietz:** Damit ist die Resolution 90 angenommen. Nun steht noch Antrag 94 zur Abstimmung. Er ist von 112 Delegierten unterstützt. Auf namentliche Abstimmung wird verzichtet. (Beifall.)

Darauf wurde der Antrag 94 mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Vors. **Dietz** schlägt Vertagung vor. Es ist 10¼ Uhr.

Emmel: Wir könnten noch ganz gut den neuen Antrag Zubeil heute erledigen.

Vors. **Dietz:** Wir sind jetzt mit dem Punkte unserer Tagesordnung, der sich auf die badische Budgetbewilligung bezieht, fertig. (Widerspruch.) Wir sind ganz fertig. (Rufe: Nein!) Da mögen Sie hundertmal nein sagen, wir sind ganz fertig. Nun kommt ein neuer Antrag, der sich allerdings auch auf einzelne Aeußerungen in der Budgetfrage bezieht. Das Recht, einen solchen Antrag zu stellen, will ich keinem absprechen. (Heine: O, doch!) Den Antrag heute zur Verhandlung zu stellen, werden Sie mir nicht zumuten. (Zurufe: Doch!) Der Parteitag soll dann entscheiden. Vergessen Sie nicht, daß wir vorhin auf Ihren eigenen Antrag eine Pause von ½ Stunde gemacht haben. Sie haben sie überschritten und es ist eine ganze daraus geworden. Die anderen Delegierten haben darunter leiden müssen. (Dittmann: Sie sind ja schuld daran!) Unser alter Parteiveteran Bebel ist eben davongegangen, weil er es nicht mehr aushalten kann. Es sind noch mehr ältere Leute in unserer Mitte, die reichlich genug von dieser Tagung haben. Ich bitte Sie, das Weitere bezüglich dieses Antrages mir zu überlassen.

Haase-Königsberg: Sie können mir glauben, daß wir gern jede Rücksicht auf unseren Vorsitzenden üben wollen, dessen Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit wir in vollem Maße anerkennen, und ebenso auf die anderen älteren Personen. Aber es liegt im Interesse der Förderung unserer Geschäfte, daß diejenigen Anträge, die im engen Zusammenhang stehen, auch auf einmal zur Erledigung kommen, daß nicht etwa morgen noch von neuem große Debatten über diesen Gegenstand auftauchen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ich bin überzeugt, daß heute in ganz kurzer Zeit die Angelegenheit erledigt wird, nachdem eine große Anzahl von Delegierten den Antrag, der in wörtlicher Uebereinstimmung mit der feierlich abgegebenen Erklärung des Parteivorstandes steht, früher bereits eingereicht hatten und jetzt von neuem in der jener Erklärung entsprechenden Form eingereicht haben. (Hört! hört! bei der Minderheit.) Ich werde jedenfalls zur Begründung des Antrages kaum drei Minuten brauchen.

Vors. Dietz: Wenn Sie mir die Behandlung des Antrages überlassen wollten, dann würde ich ihn entweder morgen oder bei passender Gelegenheit zur Verhandlung stellen. (Zuruf bei der Mehrheit: Heute noch!) Nun, dann werde ich abstimmen lassen, ob und wann der Antrag verhandelt werden wird.

Dr. Frank (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde sind bereit, Ihnen jedes Entgegenkommen zu zeigen und keinerlei formelle Schwierigkeiten zu machen. Wir sind der Auffassung, daß an sich die Behandlung des Antrages in Widerspruch steht mit der Geschäftsordnung und den bisherigen Gepflogenheiten. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Wir sind der Meinung — ich darf das, wenn es vielleicht auch, streng genommen, zur Geschäftsordnung nicht gehört, hinzufügen —, daß materiell dieser neue Antrag unmöglich ist, weil er nach unserer Ueberzeugung mit dem Parteistatut in Widerspruch steht (sehr richtig! bei der Minderheit) wie der Antrag des Genossen Zubeil. Gestatten Sie mir, daß ich das mit wenigen Worten sage. Ich bin aber der Auffassung, daß Sie sich und uns und der Partei eine Wiederaufnahme der Verhandlungen, die ja sicherlich nicht heute erfolgen könnte, ersparen können, wenn Sie von folgendem Notiz nehmen: Ihr Antrag beginnt mit folgenden Worten: „Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in dem Schlußwort, der sich und seinen Freunden die Stellungnahme zum Beschluß des Parteitages vorbehält usw." Diese Erklärung habe ich niemals abgegeben. Ich habe vielmehr nach dem stenographischen Protokoll folgendes gesagt: „Heute sage ich Ihnen im Namen der süddeutschen Genossen, wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt." Es erhob sich dann Beifall. „Wir werden nach jeder Richtung das unsere tun, um dafür zu sorgen, daß das geschieht, aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre." (Rufe: Na also!) Ich lese Ihnen doch etwas vor. „Keiner von uns, ich wiederhole, kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Ich hoffe, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit übergehen gegen den Feind." Wir sind der Auffassung, daß unsere Worte nicht in Widerspruch stehen mit der Nürnberger Parteitagsresolution. (Bravo! bei den Süddeutschen. Lachen bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Dietz: Ich möchte zur Geschäftsordnung dem Genossen Frank erwidern: § 2 der Geschäftsordnung lautet: „Alle Anträge — dies ist einer von den Anträgen, die man unter „alle Anträge" subsummieren kann — sind schriftlich einzureichen und müssen, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegierten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen."

Ich frage nunmehr, ob Sie diesen Antrag unterstützen wollen. — Die Unterstützung reicht aus.

Nun kommt die zweite Frage, wann dieser Antrag zur Verhandlung gelangen soll. Ich habe Sie gebeten, es mir zu überlassen, wann er auf die Tagesordnung zu stellen ist. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Sie behaupten, er müsse gleich auf die Tagesordnung gestellt werden. Ich frage, ob Sie diesen Antrag sofort behandeln wollen. — Das ist die Mehrheit.

Frank (zur Geschäftsordnung): Wenn, was wir nicht erwartet haben, die Mehrheit des Parteitages darauf besteht, daß der Antrag verhandelt wird, so stelle ich nochmals formell den Antrag auf Vertagung bis morgen. (Zurufe: Das ist schon abgelehnt!) Wir haben doch nur beschlossen, daß überhaupt der Antrag verhandelt wird. (Widerspruch.)

Vorsitzender Dietz: Sie irren sich, wir haben beschlossen, daß der Antrag sofort verhandelt wird.

Frank: Wenn Sie darauf bestehen, dann werden wir, meine Freunde und ich, an einer Verhandlung dieses Antrages, der nur eine Wiederholung des zurückgezogenen Antrages Zubeil ist, uns nicht beteiligen.

(Ein Teil der süddeutschen Delegierten verläßt unter großer Unruhe des Parteitages den Saal.)

Zur Begründung des Antrages erhält das Wort:

Haase-Königsberg: Ich stelle zunächst fest, daß die letzte Aeußerung des Genossen Frank überaus wertvoll ist zur Klärung der Situation. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Frank hat jetzt selbst zum Ausdruck gebracht, daß die Erklärung des Parteivorstandes, die wir in einen Antrag umwandeln wollen, sachlich identisch ist mit dem von uns zurückgezogenen Antrag. Es steht fest und ist uns aus seinem eigenen Munde bestätigt worden, daß **niemals** die Antragsteller Zubeil und Genossen einen Rückzug angetreten haben. (Sehr richtig!) Was die Antragsteller getan haben, war ein Akt des Entgegenkommens. Wir versteiften uns nicht auf eine bestimmte Form. Da die von uns gewählte Form, die, wie ich bereits früher nachgewiesen habe, durchaus korrekt war, doch an einigen Stellen mißdeutet zu werden schien, haben wir uns als vernünftige Leute gesagt: uns kommt es auf die Sache an, nicht auf die Form. Weshalb ist denn nun dieser Antrag von neuem notwendig geworden? Genosse Frank hat eben die Stelle, auf die es hier ankommt, zur Verlesung gebracht. Er wurde in den letzten Tagen immer wieder von uns, ich möchte fast sagen, angefleht, er solle doch einmal eine klare Erklärung darüber abgeben, wie er sich in Zukunft zu unserem Beschluß verhalten werde, und darauf kam in seinem Schlußwort, als man ihm sachlich nicht mehr antworten konnte, der Passus: keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was in der Budgetabstimmung der nächsten Jahre geschehen wird, das ist eine Frage der Verhältnisse. Diese Erklärung war eingekleidet allerdings in Friedensbeteuerungen, das gebe ich zu. Aber als Ganzes, Genossen, mußte diese Erklärung als Faustschlag in das Gesicht der großen Mehrheit des Parteitages empfunden werden und ist er empfunden worden. (Lebhafte Zustimmung.) Daß unsere Parteigenossen erklärten, daß sie von den Verhältnissen ihre Stellung zur Budgetabstimmung abhängig machen würden und nicht vom Willen der Gesamtpartei, der zu wiederholten Malen auf das entschiedenste zum Ausdruck gebracht worden ist, das mußte hier Erregung erzeugen und wird sicherlich draußen im Lande noch viel mehr Erregung hervorrufen.

Wir mußten deswegen Klarheit schaffen, damit nicht der Anschein erweckt werden konnte, als ob der Parteitag die Erklärung des Parteivorstandes lediglich zu den Akten genommen habe, und als ob ein verbindlicher Beschluß in dieser Richtung nicht vorliegt. Der Beschluß war erforderlich, damit jeder ohne Zweifel weiß, daß der Parteitag nicht gewillt ist, sich einen neuen Disziplinbruch gefallen zu lassen, von welcher Seite er auch immer komme. (Beifall.)

Vogtherr-Wiesbaden (zur Geschäftsordnung): Wir, die wir, an den Verhandlungen teilzunehmen, hiergeblieben sind, haben den erklärlichen Wunsch, festzustellen, welche Genossen es vorgezogen haben, den Verhandlungen fernzubleiben. Lediglich aus diesem Grunde beantrage ich, über den jetzt zur Verhandlung stehenden Antrag namentlich abzustimmen. (Bravo!)

Richard Fischer: Parteigenossen, ich bedaure, daß ein solcher Antrag, wie er eben von Zubeil eingebracht und von Haase begründet wurde, den Parteitag zu beschäftigen hat. (Lachen.) Wenn Sie glauben, es sei ein erfreuliches Schauspiel, daß diejenigen, über die Sie zu richten entschlossen sind, den Saal verlassen haben (lebhafte Unterbrechung) — man hat Sie auch reden lassen,

ich nehme Ihre Zeit nicht übermäßig in Anspruch, aber meine Meinung auszudrücken, das Recht lasse ich mir nicht abterrorisieren —, so ist auch zu fragen, ob dieses wenig erfreuliche Schauspiel notwendig war. Ich behaupte, es war nicht notwendig. Sie haben durch den Mund des Begründers erklärt, es sei Ihnen nicht um die Form zu tun, sondern nur um die Sache. Wem es nur um die Sache zu tun ist, der war befriedigt und mußte befriedigt sein, wenn ein Parteigenosse offiziell vor der ganzen Partei auf dem Parteitag erklärt, was Frank in seiner zuletzt abgegebenen Erklärung ausgesprochen hat. (Stürmisches Oho! und Gelächter.) Wenn Worte noch einen Sinn haben, dann war und ist kein Zweifel über diese Worte möglich, oder man kommt auf den Standpunkt, daß man sagt: ein Parteigenosse mag in feierlichster Form eine Erklärung abgeben, wir glauben ihm nicht. (Unterbrechungen.) Ja, Parteigenossen, wenn wir so zueinander stehen, dann braucht man miteinander nicht mehr zu verhandeln, dann muß man so vorgehen wie Sie, dann erweckt man aber auch den Anschein, daß man die Majorität mißbraucht, um seinen Willen rücksichtslos durchzusetzen. (Pfuirufe.) Und ich glaube nicht, daß Sie in der Mehrheit dies wollen, daß Sie einen solchen Mißbrauch Ihrer Majorität wollen. Sie wollen die Gewißheit, daß die bayerischen, badischen und württembergischen Genossen sich dem Beschluß des Parteitages fügen werden.

Was hat Frank gesagt? (Zuruf: Das Gegenteil!) Wenn Frank das Gegenteil gesagt hätte, stände ich nicht hier, um gegen den Antrag Zubeil zu reden. Frank hat gesagt, daß die Voraussetzungen, von denen Ihr Antrag ausgegangen ist, irrig sind. Ich würde Sie begreifen, wenn die Süddeutschen sich einen Vorbehalt ausbedungen hätten, ob sie sich dem Parteitag fügen wollen oder nicht. Sie kommen mir hier vor wie der Vater, der seinen Jungen straft und der verlangt, daß der Junge unter allen Umständen sagt: ich bitte um Verzeihung, ich wills gewiß nicht wieder tun. Frank hat offen erklärt, seine Erklärungen, daß sie künftig über die Abstimmung in den Einzellandtagen sich jetzt nicht äußern können, liegen in den Verhältnissen, bedeuten aber keinen Widerspruch gegen den Nürnberger Parteitagsbeschluß. Von diesem Nachtrag steht aber gar nichts in Ihrem Antrag. Die Erklärung der 66 kann man hier damit nicht in Parallele stellen. (Ledebour: Haben Sie jetzt auf einmal diese Erfahrung gemacht?) Sie wurde abgegeben als offener Protest gegen den Beschluß des Parteitages. Die Erklärung Franks, daß sie entschlossen seien, alles zu tun, um die Einigkeit der Partei aufrecht zu erhalten, und daß diese ihre Erklärung nicht im Widerspruch zum Nürnberger Beschluß stände, muß genügen, wenn man sie nicht absichtlich mißdeuten will. (Widerspruch.) Frank hat damit deutlich erklärt, daß für ihn selbstverständlich entsprechend dem Geist und der Tradition der Partei der Beschluß des Parteitages maßgebend ist. (Widerspruch.) Wir können von Parteigenossen nicht mehr verlangen. Sie wollen, daß die Badenser, Württemberger und Bayern hier mit dürren Worten erklären, daß sie nicht mehr für das Budget stimmen wollen. (Widerspruch und Zuruf.) Also, Sie wollen, daß die Badenser sagen, daß sie sich den hier gestützten Parteitagsbeschlüssen unterwerfen. (Zustimmung.) Frank hat auch nicht ein Wort des Vorbehaltes gesagt. Er hat nur gesagt, er könne heute nicht sagen, wie sie die Abstimmung zu den Budgetfragen in den nächsten Jahren vornehmen werden. (Na also!)

Das können sie auch nicht sagen. Darum haben die Lübecker und Nürnberger Beschlüsse ausdrücklich einen Ausnahmefall konstruiert. Wie können Sie verlangen, daß jemand die Erklärung abgibt, er werde niemals in seinem Leben für das Budget stimmen. Sie können gewisse Voraussetzungen festlegen und bestimmen, daß der Parteitag selbstverständlich in letzter Linie die Entscheidung darüber hat. Wenn Sie eine andere Erklärung von den Genossen haben wollen,

dann bringen Sie diese in einen Zwiespalt gegenüber allen zukünftigen Situationen. Wir wären politische Kinder, wenn wir unsere Genossen in eine solche Situation hineinbringen würden. Der Antrag ist auch sachlich unmöglich. Er vindiziert dem Parteitag damit ein Urteil über alle künftigen Fälle. (Ledebour widerspricht.)

Ledebour, man hat Sie wirklich ungestört reden lassen, die ganzen Tage aber sehen Sie Ihr Privilegium darin, durch Zwischenrufe zu stören. Seien Sie doch so freundlich, und machen Sie den Parteitag nicht nervös, wenn Sie schon selbst nervös sind. (Unruhe.)

Wenn aber der Parteitag als solcher beschließt, dann bindet er bereits alle Schiedsgerichte, die sich mit einer solchen Sache zu befassen haben, präjudiziell, denn er hat ja bereits das Urteil gesprochen, daß die Voraussetzungen für das Ausschlußverfahren vorliegen. Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie den Antrag heute nicht zur Abstimmung kommen. Bedenken Sie das Bild, das wir den Gegnern von uns selber geben! Sie sprechen damit indirekt aus, wir glauben einander nicht mehr. (Widerspruch.) Ja, sollte da nicht die Vernunft bei Ihnen sprechen und Ihnen sagen, in dieser Situation können wir nicht verhandeln? Sie selber haben den Antrag in aller Eile beraten, Sie sind kaum damit fertig, Sie haben verhandelt in Gegenwart aller bürgerlichen Journalisten, wir müssen gefaßt sein auf das, was darüber in die Oeffentlichkeit kommt. Sie haben den Genossen von der Minderheit, denen Sie jetzt den Stempel der Unterwerfung aufdrücken wollen, keine Gelegenheit gegeben, sich zu beraten. (Zuruf: Dann hätten sie das ja beantragen können!) Sie stellen die Genossen vor die Alternative: entweder sagt Ihr: ja, oder wir fassen den Beschluß. Zu einer Stellungnahme geben Sie ihnen keine Zeit, und das könnte den Anschein erwecken, als ob Sie Ihre Majorität mißbrauchen wollen. Wenn Sie den anderen Gründen sich versagen, dann müßte doch der eine Grund genügen, daß die Minderheit keine Gelegenheit gehabt hat, sich zu beraten. Es sind doch von Ihnen selbst Verhandlungen dabei gepflogen worden: wenn von seiten der Minderheit eine Erklärung vorliegt, die Sie befriedigt, dann wollten Sie auf den Antrag verzichten. Nun frage ich: gab es denn eine Möglichkeit, daß die Bayern, die Württemberger, die Badenser zu einer vernünftigen Besprechung und zur Formulierung einer Erklärung zusammentreten konnten, die sowohl uns befriedigte, die Sie befriedigte und die zugleich auch die Badenser nicht in die Lage setzte, eine Erklärung abzugeben, deren Tragweite sie in dem Augenblick der Aufregung nicht ermessen konnten. Das Solidaritätsgefühl und das Gefühl für das Ansehen des Parteitages, auch nach außen, sollte Sie dazu bringen, jetzt von einer Beschlußfassung abzusehen und der Minderheit Gelegenheit zur Aeußerung zu geben. Nehmen Sie die Abstimmung nicht heute Abend vor, wo die Genossen weggegangen sind, und meiner Meinung nach das Recht dazu hatten, denn man wollte ihnen den Stempel der Unterwerfung aufdrücken, und das könnte von böswilligen Leuten so gedeutet werden, daß es Ihnen allein darum zu tun ist, nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen, daß Sie sie zur Unterwerfung gebracht haben, daß sie pater peccavi sagen mußten. Nicht wie Genossen, mit denen man morgen wieder gemeinsam gegen den Feind kämpft, sondern wie Feinde, die man besiegt hat, so wollen Sie die Genossen vom Parteitag weggehen lassen. (Beifall und Zischen.)

Dittmann (zur Geschäftsordnung): Den Antragstellern wird der Vorwurf gemacht, daß sie die Erklärung von Frank nicht im Wortlaut in ihren Antrag aufgenommen haben. Das läßt sich nachholen, der Sinn wird dadurch nicht verändert. Um diesen Vorwand zu nehmen, nehmen wir den genauen Wortlaut dessen, was Frank gesagt hat, in den Antrag auf. **Diese Erklärung von Frank lautet:**

„Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe!"

Also dieser Passus, der von Frank selbst als authentisch bezeichnet ist, kommt in unseren Antrag hinein, im übrigen bleibt er bestehen.

Katzenstein (zur Geschäftsordnung): In der Erklärung von Dittmann fehlt die Fortsetzung. Frank hat hinzugefügt: „Wir sind überzeugt, daß unser Verhalten nicht im Gegensatz zur Nürnberger Resolution stehen wird." (Sehr richtig!) Die Erklärung der 66 in Nürnberg wurde allgemein aufgefaßt als ein Protest gegen die Nürnberger Resolution. (Sehr richtig!) Jetzt haben die Süddeutschen durch Frank erklärt, daß sie sich an die Nürnberger Resolution zu binden gedenken. (Widerspruch.) Wenn Frank erklärt hat, daß das von den Verhältnissen abhängt, so liegt es zunächst an der Nürnberger Resolution selbst, die ausspricht, daß gewisse Verhältnisse eintreten können, die eine Ausnahme von dem allgemeinen Verbot der Budgetannahme gestatten. Ich kann Ihnen die Erklärung von Frank vielleicht aus den dortigen parlamentarischen Verhältnissen heraus erklären. (Zurufe: Zur Geschäftsordnung!) Vor neun Jahren, als die badischen Genossen beschlossen hatten (Zurufe: Zur Geschäftsordnung!) — Ich habe aus den Frankschen Ausführungen entnommen, daß das eine Form ist, die ihnen von den bürgerlichen Gegnern nicht vorgeworfen werden kann. Es soll aber dadurch die Anerkennung des Parteitagsbeschlusses ausgesprochen sein. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich habe das nicht als Trotz gegen den Parteitagsbeschluß, sondern als eine vielleicht nicht ganz geschickte . . . .

Vors. Dietz: Das sind ja rein sachliche Bemerkungen, das gehört nicht zur Geschäftsordnung.

Katzenstein: Um eine andere Fassung der badischen Erklärung zu ermöglichen, bitte ich Sie im Einverständnis mit Fischer, die Sache auf morgen früh zu vertagen. (Zurufe: Nein!)

Vors. Dietz: Ich bitte noch einmal, es mir zu überlassen, den Antrag später auf die Tagesordnung zu setzen. Ich besitze zum Beispiel in diesem Moment nicht einmal das Manuskript des ersten Antrags Zubeil, geschweige denn die Zusätze. Man sollte doch eine so schwerwiegende Frage wenigstens im Druck vor sich haben, damit Sie wissen, wie Sie abzustimmen haben. Also überlassen Sie mir die Sache. (Lebhafte Zurufe: Nein! Nein!)

Dittmann (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat gesagt, er habe bis jetzt nicht einmal das Manuskript des ersten Antrags Zubeil in Händen. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Antrag Zubeil in seiner ursprünglichen Formulierung, geschrieben von Haase, die ganze Zeit auf dem Bureau gewesen ist. (Dietz: Ich habe gesagt, im Augenblick habe ich ihn nicht.) Ich habe mir dann das Manuskript ausgebeten und es Haase überreicht, um die Aenderung vorzunehmen. Im übrigen warne ich dringend vor einer Vertagung auf morgen. (Leinert: Ihr habt wohl Angst, daß noch etwas geschieht!) Die Genossen sind es satt, sich fortgesetzt einseifen zu lassen. (Sehr richtig!) Wir werden uns nicht von dem Entschluß abbringen lassen, heute zu verhandeln.

Vors. Dietz: Das wären doch merkwürdige Delegierte, die sich einseifen lassen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Dazu schätze ich die Delegierten zu hoch ein. (Bravo!)

Lehmann-Mannheim (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, daß wir nach dem Exodus der Badener und Bayern in eine gewisse Erregung hineingekommen sind. Es kommt ferner hinzu, daß die Vertagung über Gebühr ausgedehnt worden ist und der Vorsitzende erklärt hat, daß ihm die Uebersicht

fehlt, weil die Anträge nicht gedruckt vorliegen. Deshalb glaube ich, daß man uns später nicht mit Unrecht in der Oeffentlichkeit den Vorwurf machen kann, daß wir einen wichtigen Beschluß in Eile gefaßt haben, und daß dieser Beschluß dann draußen im Lande in den Versammlungen von den Genossen vielfach angefochten wird. Ich glaube also, daß wir klug handeln, wenn wir die Ruhe nicht verlieren. Wir haben Zeit (Nein! Oho!), den Antrag dann zu verhandeln, wenn er gedruckt vorliegt und wir uns klar darüber sind. Es sind auch in dieser Tagung genug Fehler gemacht worden, und zu dem Fehler des Exodus fügen wir einen zweiten, wenn wir diesen Antrag heute noch verhandeln. Wir vergeben uns doch nichts, es bleiben doch die Dinge, wie sie sind, es wird doch morgen dieselbe Mehrheit vorhanden sein wie jetzt. (Widerspruch.)

Hoch-Hanau: In einem Punkte gebe ich Richard Fischer recht: es ist sehr traurig, daß wir diese Verhandlungen führen müssen. Aber, Parteigenossen, wodurch sind wir denn in diese Zwangslage gekommen? Das müssen wir vor allen Dingen im Auge behalten. Richard Fischer sagte, die Erklärung von Frank hätte uns genügen können und müssen, wenn wir nur die Sache im Auge haben. Ja, Genosse Fischer, was ist denn die Sache, um die es sich dreht? Einfach die, daß wir von den Genossen die einfache Erklärung verlangen, daß sie die Beschlüsse des Parteitags, die Bestimmungen des Organisationsstatuts auch für sich als maßgebend anerkennen. (Sehr richtig!) Wenn Frank dies ohne Nachsatz erklärt hätte, dann wäre die Sache für uns erledigt, wir hätten das gehabt, was wir wollten. Nun verlangen die Genossen doch im ganzen Lande, daß auf diesem Parteitag festgestellt wird, daß der Beschluß nicht nur sozusagen für die gewöhnlichen Arbeiter gilt, sondern für jeden Genossen. Wir haben die Verpflichtung, nicht eher fortzugehen, bis wir dies geregelt haben. (Zustimmung.) Wir mußten diese Erklärung haben. Das wissen Sie doch auch, Genosse Fischer. (Fischer: Die wurde doch gegeben!) Aber, Genosse Fischer, für so naiv hält Sie doch niemand! Aber daß die Badener Bedenken hatten, das eine Wort auszusprechen: wir fügen uns, das ist das Wichtige. (Leinert: Den Kotau müssen sie machen!) Nein, indem man erklärt, wir sind Parteigenossen, erklärt man auch, daß man sich fügt und die Statutbestimmungen befolgen will. Ist denn das ein Kotau, wenn ich sage: da ich der Partei angehöre, habe ich mich auch zu fügen. Fischer sagt: wie würden die Genossen vor den Gegnern dastehen, die ihnen sagen würden: Das habt nicht ihr beschlossen, sondern das hat euch der Parteitag vorgeschrieben. Aber gerade das verlangen wir von jedem Parteigenossen, daß er sich an die Parteitagsbeschlüsse hält, und wenn er das nicht kann, dann hat er das Mandat niederzulegen. (Beifall und Händeklatschen.) Das ist kein Herabwürdigen, das ist kein Verächtlichmachen. Darum dreht es sich hier, darum können wir nicht zurück, und darum müssen wir die Sache auch durchfechten. Es wäre mir auch viel lieber gewesen, wenn es nicht so gekommen wäre, und ich habe allerdings das Zutrauen gehabt zur Vernunft und zum Parteibewußtsein des Genossen Frank und der anderen, daß sie das tun würden — der Sturm ist ja nun vorbei, der Parteitag hat seine Meinung geäußert, aber viel wichtiger ist, daß wir nicht noch einmal die Sache haben. Darum mußte die Erklärung abgegeben werden. — Vom Eingreifen des Parteivorstandes bei eventuellen künftigen Fällen will ich gar nicht reden. Bebel hat gesagt, in der Politik muß man mißtrauisch sein, und ich meine, nach den Erfahrungen in dieser Sache haben wir allerdings Grund dazu. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen vorsorgen, daß sich das nicht wiederhole, und dazu brauchen wir ja nur zu wiederholen, was im Parteistatut steht. Fischer sagt: Der Parteivorstand kann wohl sagen, nach unserer Meinung müßte ein neuer Verstoß gegen den

Beschluß den Ausschluß zur Folge haben, aber der Parteitag dürfte das nicht tun. Ja, darf der Parteitag nicht auch seine Meinung aussprechen? Es ist ja kein Ausschluß erfolgt. Der Parteitag sagt den Genossen im Lande: Wir erkennen für niemand die Freiheit an, sich über den Parteitagsbeschluß hinwegzusetzen, und darum muß auch jeder einzelne die Verantwortung tragen, die im Statut begründet ist. Wir wollen grade auch den Gegnern zeigen, daß es uns ernst ist mit unserer Disziplin, daß wir wohl jedem in unserer Partei das Recht wahren, seine Meinung zu äußern, daß wir aber auch den Gegnern zeigen, daß unsere Beschlüsse hochgehalten und durchgeführt werden müssen. So traurig es ist, Genossen, daß der Antrag angenommen werden muß — er muß aber angenommen werden! (Lebhafter Beifall.)

Der Vertagungsantrag Lehmann wird abgelehnt.

Vogtherr-Wiesbaden: Wir haben den Aeußerungen Fischers gegenüber ein gewisses Interesse daran, festzustellen, daß nicht die Majorität des Parteitages es gewesen ist, die die Minorität veranlaßt hat, sich von den Verhandlungen fernzuhalten. Fischer meinte, wir hätten die Minorität dazu gezwungen, weil wir ihr nicht Gelegenheit gegeben hätten, sich mit dem Antrage in einer Sonderberatung zu befassen. Beide Bestandteile waren aber der Minorität bekannt. Bekannt waren die Erklärungen Bebels und Franks, und es handelte sich für sie nur darum, Konsequenzen daraus zu ziehen, ob sie sich noch im letzten Augenblick dazu verstehen wollten, eine runde Zustimmungserklärung zu der Forderung des Parteitages zu geben. Die Erklärung Franks war nicht so, wie wir sie verlangen konnten. Sie war verklausuliert nach allen Richtungen. Wir sind auch nicht unnachgiebig gewesen. Wir sind von einer Nachgiebigkeit zur anderen geschritten, bis uns die Geschichte zu dumm geworden ist. Es gibt eine Nachgiebigkeit, die selber eine Dummheit ist, die wollen wir nicht begehen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Rosenfeld-Berlin beantragt Schluß der Debatte.

Katzenstein: Es wurde heute abend eine Erklärung der Süddeutschen abgegeben, die uns nicht befriedigt. Wir können ihnen Gelegenheit geben, morgen eine bessere Erklärung abzugeben. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß sie das tun. Es drängt heute nacht nichts dazu, daß wir zu einem Beschluß kommen. (Widerspruch.) Ich bitte daher die Abstimmung auszusetzen. (Widerspruch.)

Dietz: Das würde bedeuten, daß Sie einen Vertagungsantrag stellen. (Katzenstein: Ja!)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Wilk-Charlottenburg: Es ist vorhin beantragt worden, namentliche Abstimmung erfolgen zu lassen. Diese würde verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nehmen. Ich würde daher empfehlen, da es eine nochmalige Debatte ja nach Annahme des Schlußantrages nicht mehr geben kann, die namentliche Abstimmung morgen vorzunehmen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Vertagung, der auch vom Bureau gestellt wird, wird abgelehnt.

Haase-Königsberg zieht im Namen des Antragstellers den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Hoch-Hanau nimmt ihn wieder auf.

Die namentliche Abstimmung erfolgt und ergibt die Annahme des Antrages mit 228 Stimmen gegen 64.

Während der Abstimmung wird eine Delegierte ohnmächtig.

Mit Ja haben gestimmt: Albrecht, Apel, Martha Arendsee, Ottilie Baader, Bartels-Wernigerode, Bartels-Hamburg, Beckmann, Beeck, Bethke, Bischoff,

Blumtritt, Bock, Böhm, Frau Böhme, Bohm, Borgmann, Braun, Brecour, Brühne, Busold, Bühler, Bull, Bunge, Castan, Dautz, Davidsohn, Deutsch, Diefenbach, Dietze, Ditzmann, Dittmann, Dobrohlaw, Döhnel, Donalies, Drescher, Dröner, Ebert, Eckardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Eschke, Faure, Fauth, Agnes Fahrenwald, Feldmann, Ficker, Fischer-Duisburg, Fischer-Gera, Focke, Förster, Frank-Berlin, Geck, Geyer, Elfriede Gewehr, Giebel, Göldner, Gölzer, Gottleber, Grauer, Graupe, Greiner, Grenz, Grosse, Grütz, Haase, Haberer, Hackelbusch, Haenisch, Hahn, Hanisch, Haug, Haußmann, Heinrich, Heinrichs, Hengsbach, Henke, Hennig, Hense, Hentsch, Hetzschold, Hoch, Hönisch, Hoffmann-Hamburg, Hofmann-Saalfeld, Hopfe, Horn-Stettin, Horn-Lindenau, Hübener, Hunschede, John, Jakobsen, Jungnickel, Jürgensen, Kaden, Keil-Wilkau, Kitz, Klees, Knauf, Koenen, Köpke, Krausser, Kröger, Krüger-Königsberg, Krause, Krüger-Wandsbek, Kunert, Lachenmaier, Lachmann, Langer, Anna Lex, Leber, Ledebour, Leid, Leopold, Lepitz, Leutert, Lewerentz, Limbertz, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Litfin, Luscher, Lüth, Luxemburg, Martin, Mucker, Mantke, Mann, Meisel, Mehrens, Mende, Metzger, Meyer, Michelsen, Milow, Mittag, Müller-Möglin, Müller (Parteivorstand), Müller-Leipzig, Gustav Müller-Berlin, Niendorf, Oertel, Olion, Paetzel, Pannekoek, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Pötzsch, Pollender, Rauch, Raute, Reeber, Reiwand, Reitze, Rieger, Ricke, Ritzert, Rohleder, Johanna Roth, Roth-Werdau, Rosenfeld, Rudolph, Ryssel, Sauer, Seelemann, Seidel, Süßheim, Stab, Starosson, Stegner, Stiefenhofer, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schäfer, Schulten, Schmidt-Vilbet, Rosa Schmidt-Berlin, Schmidt-Linden, Schnirch-Plauen, Schöckel, Schöbel, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schuhmacher, Schwarz-Mügeln, Schwartz-Lübeck, Schwemke, Teichmann, Thelen, Thiele-Guben, Marie Thiel, Tönnies, Ulm, Umland, Vogtherr, Wagner-Mölln, Wagner-Braunschweig, Walter-Laubegast, Wassermann-Fürstenwalde, Wassermann-Schöningen, Wellmann, Wengels, Werner, Westkamp, Westmeyer, Wicklein, Minna Wiese, Wiesner, Wilde, Wilk, Winter, Witzke, Woldt, Wurm, Zentgraf, Zetkin, Zietz.

Mit Nein haben gestimmt: Bahrdt, Bartel, Bérard, Biniskiewicz, Böhmer, Brey, Bromme, Brückner, Diener, Dietz, Dietrich, Drecksagen, Ernsting, Richard Fischer-Berlin, Fischer-Hannover, Fritzsch, Göhre, Charlotte Grahn, Gruner, Hasenzoll, Hauschildt, Heckel, Held, Hoffmann-Celle, Hoffmann-Bielefeld, Hoffmann-Breslau, Jung, Katzenstein, Keil-Stuttgart, Klühs, Klement, Knoche, Leinert, Löwigt, Mücke, Neukirch, Peus, Reese, Ritter, Rößler, Ruhl, Sailer, Seel, Severing, Schneider, Spindler, Steinföhr, Stolten, Schlicke, Schiestedt, Schmidt-Herford-Halle, Schnelle, Scholich, Schöne, Thiele-Halle, Töneböhn, Ulrich-Frankfurt a. M., Ulrich-Offenbach, Walter-Höchst a. M., Wasner, Weber, Wenzel, Wetzker, Wittich.

Vorsitzender Dietz: Ich denke, daß wir jetzt vertagen können. (Heiterkeit.) Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 11¾ Uhr.

* * *

Erklärungen zu Protokoll:

Ich bin bei der Abstimmung über den Antrag 97 zugegen gewesen und habe mit ja gestimmt. Conr. Mitz.

Bei den namentlichen Abstimmungen über die Anträge 90 und 97 haben gefehlt und nachträglich zu Protokoll erklärt, daß sie gestimmt hätten:

In der ersten Abstimmung:

Mit Ja: Antrick, Baumann, Bruno Eichhorn, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Lutze, Molkenbuhr, Schneppenhorst, Schumann.

Mit **nein** hätten gestimmt: Koch, Noske, Sachse, Schöpflin, Silberschmidt.

In der zweiten Abstimmung:

Mit **ja**: Antrick, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Koch, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Lutze, Molkenbuhr, Sachse, Schneppenhorst, Schöpflin, Schumann, Silberschmidt.

Mit **nein**: Bruno Eichhorn, Noske.

In der dritten Abstimmung:

Mit **ja**: Antrick, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Liebknecht, Löwenstein, Ludwig, Lutze, Molkenbuhr, Schneppenhorst, Schumann.

Mit **nein**: Beims, Kaßner, Koch, Noske, Sachse, Schöpflin, Silberschmidt.

In der vierten Abstimmung:

Mit **ja**: Antrick, Baumann, Fleißner, Franz, Gebhardt, Haupt, Otto Kühn, Julius Lehmann, Liebknecht, Ludwig, Lutze, Schöpflin, Wizorowski, Zubeil.

Mit **nein**: Bruno Eichhorn, Kaßner, Koch, Molkenbuhr, Noske, Sachse, Schumann, Silberschmidt.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 22. September 1910. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Klühs** eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die

parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Abgeordneter **Noske**: Ich habe nur über eine kurze Tagung des Reichstags Bericht zu erstatten. Viel gutes können wir Ihnen über die Verhandlungen des letzten Jahres nicht mitteilen. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten vor ihren Wählern in den letzten Monaten Bericht erstattet haben, dann mußten sie ohne Ausnahme erklären, daß sie aus dem Reichstage fast mit ganz leeren Händen wieder heimgekommen sind. In dieser Tagungsperiode vom 30. November bis zum 10. Mai stand fortgesetzt noch die Frage der sogenannten Reichsfinanzreform im Vordergrund des Interesses. Der skandalöse Plünderungszug auf die Taschen des deutschen Volkes hat zur Folge gehabt, daß ein wahres Tohuwabohu zwischen den bürgerlichen Parteien eingerissen ist. Die Erbitterung der bürgerlichen Parteien aufeinander ist immer noch außerordentlich groß. Abgesehen von sonstigen Meinungsverschiedenheiten, sind die Parteien des neuen schwarz-blauen Blocks erbost darüber, daß von der Liberalen fortgesetzt die Steuerfragen bei der Agitation in den Vordergrund des Interesses gezogen werden. Die Liberalen sind empört und wütend darüber, daß ihre Bülowblockherrlichkeit ein Ende erreicht hat, und daß sie im wahren Sinne des Wortes von den Konservativen mit Fußtritten aus dem Block herausgeworfen wurden. Auch wir wollen dem schwarz-blauen Block seinen Raubzug nicht vergessen. Aber wir werden uns natürlich auch daran erinnern, daß die Liberalen bereit waren, ebenfalls 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen. Auch Bülow ist mit seinem Block in den Abgrund gefallen. Neue Männer sind gekommen. Die Rückständigkeit der politischen Zustände Deutschlands ist daran sehr deutlich zu erkennen, daß es den neuen Männern möglich war, 5 Monate ohne jede Kontrolle durch die Volksvertretung die Geschäfte zu führen. Selbstverständlich hat die Fraktion bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit gegen diese unhaltbaren Zustände Protest erhoben. In der bürgerlichen Presse stellt man den neuen Reichskanzler als einen welt-

fremden Mann hin. Aus der Entfernung sehen Weltfremdheit und Unfähigkeit einander außerordentlich ähnlich. (Zustimmung.) Wir aber wissen, daß es bei allen Maßnahmen des Reichskanzlers immer anders gekommen ist, als er erwartet hat. Bethmann wollte abwarten, bis Beruhigung bei den bürgerlichen Parteien eingetreten sei. Deshalb hat er die Einberufung des Reichstages nach Möglichkeit verschoben. Die zur Verfügung stehende Zeit wurde dadurch aufs äußerste beschränkt. Wer einen anderen an einer freiwilligen Arbeit hindert, sollte nach dem Willen des Kaisers zu Zuchthaus verurteilt werden. Die Regierung hätte unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstages für dessen Kaltstellung zum Teufel gejagt werden müssen. Den bürgerlichen Parteien war das nicht unangenehm, daß der Reichstag so spät zusammentrat, weil sie dadurch um unangenehme Erörterungen zunächst noch herumkamen und praktischen Arbeiten im Interesse des Volkes aus dem Wege gehen konnten. Die Fortschrittler haben im Reichstage Unzufriedenheit gezeigt wegen des späten Zusammentritts. Sie gebärden sich jetzt nach dem Zerschellen des Bülowblocks überhaupt radikaler als in den letzten Jahren.

Daß dieser Radikalismus vorhält, daß er echt ist, daran ist schwer zu glauben, wenn man sich erinnert, wie würdelos vielfach die Haltung der Fortschrittler während der Dauer der Blockherrlichkeit gewesen ist. — An Sensationen hat es während der diesmaligen Tagung des Reichstages nahezu vollständig gefehlt. Die Etatsberatung sollte im Zeichen der Sparsamkeit stehen. Von Sparsamkeit ist denn auch fortgesetzt im Reichstag geredet worden, herausgekommen ist aber dabei verteufelt wenig. Lediglich einzelne Kasernenbauten, Exerzierplätze und andere Dinge sind vorübergehend zurückgestellt worden. Sie werden aber nachkommen und werden dann den Etat schlimmer belasten, als wenn sie in regelmäßigem bisherigen Turnus beschlossen worden wären. Da, wo Sparsamkeit geübt worden ist, ist es zum Teil zum direkten Schaden von Handel und Verkehr und nicht zuletzt auch der Arbeiter geschehen, wie zum Beispiel beim Postetat, wo große Beträge bei den einmaligen Ausgaben zur Ausdehnung des Telegraphen- und Telephonnetzes abgesetzt worden sind, worunter der Verkehr leidet, und eine ganz erhebliche Anzahl von Arbeitern der Telegraphenverwaltung sind auf die Straße gesetzt worden. Recht erheblich gesteigert sind von der bürgerlichen Mehrheit abermals die fortlaufenden Ausgaben für Heeres- und Marinezwecke. Es kann den bürgerlichen Parteien offenbar das Heer gar nicht teuer genug werden, sie haben es ganz besonders in das Herz geschlossen mit Rücksicht auf die Verwendung, die es im Lande selber gegen die arbeitende Bevölkerung finden kann. Ist doch während der Dauer des Reichstages notwendig gewesen, mit allem Nachdruck Stellung dagegen zu nehmen, daß ein Teil des Heeres dazu Verwendung fand, die streikenden Mansfelder Arbeiter zu Paaren zu treiben. (Hört! hört!) Die Idee der Verständigung zwischen den einzelnen Völkern über die Beschränkung der Rüstungen hat bei der Regierung nach wie vor keine Gegenliebe gefunden. Natürlich ist sie von der sozialdemokratischen Fraktion mit allem Nachdruck propagiert worden. Mit einer gewissen Genugtuung können wir darauf verweisen, daß allerdings bei den Verhandlungen über die Frage besonders einer Verständigung mit England wegen der Flottenrüstungen auch bürgerliche Redner der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß wie bisher das Tempo der Rüstungen nicht fortgesetzt werden könne, daß der Verständigung über die Beschränkung der Flottenrüstungen nähergetreten werden müsse. Bei der Steigerung der Flottenausgaben ist man zum Teil sogar über das Flottengesetz hinausgegangen durch größeres Deplacement, stärkere Armierung, als vorgesehen war. Selbstverständlich sind die Schulden des Reichs durch die bürgerlichen Parteien abermals vermehrt worden. Die fünfte Milliarde Schulden wird im

Reich in gar nicht allzu langer Zeit voll gemacht werden. Gespart wurde bei Kulturausgaben und bei all den Ausgaben, bei denen es sich um die Interessen der Aermeren, der Arbeiter, handelte. So hatte man bei der neuen Besoldungsordnung für Offiziere und Beamte in Aussicht gestellt, auch den Sold für die Soldaten um 8 Pf. zu erhöhen. Dann hatte man aber kein Geld für die gemeinen Soldaten und lediglich dem Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu verdanken, daß im Nachtragsetat für 1909 3 Millionen gefordert wurden, für die den Soldaten Putzzeug geliefert wird. Welche Blamage ist es für das Reich, daß es noch immer seine Kriegsveteranen hungern läßt. Man hat aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr der Schlachten auf den französischen Feldern wieder in den höchsten Tönen die Kriegsveteranen gefeiert und hat erleben müssen, daß in diesen Festtagen hungernde Veteranen Selbstmord verübt haben. (Hört! hört!)

Der neue Schatzkanzler Wermuth ist ein Gemütsmensch. Er hat die Veteranen dadurch getröstet, daß er in den letzten Tagen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" schreiben ließ, daß in anderen Ländern die Veteranen noch mehr und noch zahlreicher hungern. (Hört! hört!) Ein geradezu unerhörter Skandal ist, wie die Reichstagsmehrheit und die Regierung mit den bedauernswerten Opfern ihrer Steuergesetzgebung, mit den auf die Straße gesetzten Streichholzarbeitern umspringen. Obgleich durch eine Resolution Unterstützung gefordert worden ist, zahlt die Regierung keinen Pfennig. Sie vertritt offenbar den Standpunkt, mögen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind. Nach diesem Grundsatz handelt der Reichsschatzsekretär Wermuth auch in der Frage der Unterstützung der durch die Steuerreform des Schnapsblocks auf die Straße geworfenen Tabakarbeiter.

Die Arbeitslosigkeit ist infolge der Steuererhöhungen viel größer geworden, als zuerst angenommen worden war. Es war trotz aller Mühe nur zu erreichen, daß mit einem ganz kleinen Betrage über die zu geringe gesetzliche Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark hinausgegangen wurde. Wermuth steht auf dem Standpunkt, daß der arbeitslose Tabakarbeiter, wenn er länger unterstützt wird, die Lust zur Arbeit ganz verlieren würde und er schlägt deshalb das kürzere Verfahren ein, die außerordentlich billige Radikalkur anzuwenden, daß man die Arbeiter verhungern läßt.

In der Sozialreform sind wir fast gar nicht vorangekommen. Der neue Staatssekretär des Innern, Delbrück, ist noch mehr wie sein Vorgänger ein Staatssekretär gegen die Sozialreform. Es ist aus dem letzten Winter überhaupt nur auf einen einzigen nennenswerten Fortschritt der Sozialreformgesetzgebung hinzuweisen, nämlich auf das Stellenvermittlungsgesetz, dem wir zustimmen konnten, nachdem es durch die Arbeit unserer Genossen in der Kommission einige Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustande bringt. Wo die bürgerlichen Parteien zur Sozialreform Stellung nehmen müssen, werden sie sich auch weiter bemühen, das Rezept der weißen Salbe anzuwenden. (Sehr richtig!) Wenn es gelingen sollte, bei den weiteren sozialpolitischen Vorlagen, insbesondere bei der Reichsversicherungsordnung, Verbesserungen zu erreichen, so wird das nur der Furcht der bürgerlichen Parteien vor den nächsten Reichstagswahlen zu verdanken sein. Die mir zur Verfügung stehende Zeit gestattet nicht, daß ich hier darüber berichte, wie die Fraktion zu den einzelnen Fragen sich gestellt hat. Ich verweise auf meinen schriftlichen Bericht.

Ich glaube behaupten zu können, daß die Fraktion ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan, daß sie aus eigener Initiative eine ganze Reihe notwendiger Aktionen eingeleitet hat; aber die von uns eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe kommen fast gar nicht zur Verhandlung, da von den

Schwerinstagen beinahe gar nicht mehr Gebrauch gemacht wird. In einer ganzen Reihe von Interpellationen haben wir die Regierung vor dem Forum des Reichstages und damit des Volkes zur Rechenschaft gezogen. Wir haben insbesondere nichts unversucht gelassen, auch im Reichstage den Wahlrechtskampf unserer preußischen Genossen zu unterstützen. Daß wir fleißig gearbeitet, erkennen selbst unsere Gegner an. Ich habe auch in der Parteipresse eine Kritik der Tätigkeit der Fraktion nicht gefunden. Wenn so wenig für das arbeitende Volk erreicht wurde, dann sind nicht wir daran schuld, sondern die Verantwortung tragen restlos die bürgerlichen Parteien. Selbst Staatssekretär Delbrück mußte aussprechen, daß die Arbeiter verstanden haben, sich in und außerhalb des Reichstages eine starke wirkungsvolle Vertretung zu verschaffen. Es liegt an den Arbeitern, diese Vertretung so stark zu machen, daß sie unwiderstehlich wird.

Es dürfte vielleicht zum letzten Male vor den Neuwahlen diesmal der Fraktionsbericht erstattet werden, wenn auch die Mandatsdauer des Reichstages erst im Januar 1912 endet. Die Regierung betrachtet den Reichstag als eine Art lästiges Uebel; seine Aufgabe soll in der Hauptsache sein, Geld zu bewilligen, denn Geld beschaffen, das können die gekrönten Instrumente des Himmels nicht. (Sehr gut!) Die Männer von Gottes Gnaden verstehen Millionen zu nehmen, selbst in den Zeiten, in denen die Massen des Volkes allen Schäden der Unterernährung preisgegeben sind, die durch die ungeheuren Preise des Fleisches und aller Lebensmittel in Deutschland verursacht wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Reichstag seine Lebenszeit voll auslebt, sondern es ist viel wahrscheinlicher, daß schon vorher zwar nicht der Leutnant mit den zehn Mann, wie uns Herr von Oldenburg ankündigte, sondern der Major von Bethmann Hollweg den Reichstag auseinanderjagen wird.

Bethmann Hollweg läßt einen Sammelruf um den anderen an die bürgerlichen Parteien ergehen und auch der Kaiser stimmte in seiner Marienburger Rede ein. Man sucht nach einer Wahlparole. Wie ein Blinder mit dem Krückstock sucht Bethmann Hollweg zu erkunden, wie die Stimmung im Lande und wie die Ansichten der bürgerlichen Parteien sind. Wir müssen gestehen, der Mann zeigt viel Sinn für das, was dem deutschen Volke not tut, denn in den Tagen, wo wie jetzt wütende Empörung über den Mangel an ausreichender Nahrung die Massen erfüllt, läßt der Reichskanzler seine Presse diskutieren, ob die Frage der Aufrechterhaltung und womöglich noch der Steigerung der Hochschutzzölle zur Wahlparole gemacht werden könnte. (Hört! hört!) Das könnte uns gewiß recht sein, wenn der Großgrundbesitzer von Hohen-Finow versuchen würde, unter dieser Parole das Bürgertum gegen uns zusammenzufassen. Aber er wird gar nicht nötig haben, sich zu strapazieren, wir selbst werden die Schutzzollfrage zur Wahlparole machen. aber wir werden rufen: Nieder mit den Wucherzöllen (Bravo!), die dem Volke den kümmerlichen Ertrag seiner Arbeit für die Junker und Großkapitalisten rauben und das ganze Volk in die schweren gesundheitlichen Folgen der Unterernährung stürzt. (Lebhafter Beifall.) Mit dieser Wahlparole, das glaube ich, werden wir ein lautes Echo wecken.

Bethmann Hollweg überlegt zweifellos und mit ihm die bürgerlichen Parteien, wie man mit einer hurrapatriotischen Wahlparole bei den nächsten Wahlen Geschäfte machen könnte.

Herr von Bethmann Hollweg hat allerdings einmal gesagt, daß er kein Freund der hurrapatriotischen Phrase sei, aber schließlich gibt nur ein Schelm mehr, als er hat. Eine neue Militärvorlage wird zugerechtgebraut oder ist

fertiggestellt und wird zweifellos dem Reichstage bei seinem Zusammentritt zugehen. Wie die höheren Militärausgaben bezahlt werden sollen, ist absolut unerfindlich. Bringen doch die neuen Steuern bei weitem nicht soviel Ertrag, wie man in Aussicht genommen hat. Zwar wird erklärt, daß die sogenannte Reichsfinanzreform kein vollständiges Fehlergebnis ergeben habe, aber immerhin sei doch damit zu rechnen, daß der Ertrag um 120 Millionen geringer ausfällt. Der Staatssekretär hat während des letzten Winters kein Hehl daraus gemacht, daß er sich damals noch völlig darüber unklar war, wie der Etat für 1911 zu balancieren sei. Auch 1910 ist der Etat nur dadurch mit Ach und Krach zur Balancierung gebracht worden, daß man abermals zu großen Anleihen seine Zuflucht nahm. Wir sind uns darüber klar, daß wir angesichts der Geschäftigkeit unserer Gegner und der Bestrebungen der Regierung und des Kaisers, die bürgerlichen Parteien zusammenzuführen, allen Anlaß haben, auf der Hut zu sein und darauf achten müssen, daß nicht wieder wie 1906 ein Handstreich gegen uns versucht wird. Allerdings bin ich überzeugt, daß wir uns nicht nur nicht überrumpeln lassen werden, sondern daß ganz allgemein in der Partei der Wunsch rege ist, daß der Tag der Abrechnung mit der bürgerlichen Partei so früh als möglich kommen möge. Ganz gleich, welcher Art die Parole ist, wir vertrauen auf die wachsende Einsicht der Volksmassen.

Das deutsche Volk ist seit 1907 zu toll gebüttelt und betrogen worden. Den Wählern, die auf den Hottentottenschwindel hineingefallen sind, sind als Lohn Stockprügel auf den Magen versetzt worden wie noch nie. Man kann daher wohl annehmen, daß das Volk von jeder Besinnung verlassen sein müßte, wenn es abermals auf einen Wahlschwindel hereinfallen würde. Durch Schaden muß sogar der deutsche Spießbürger klug werden. Gibt es doch außer den Agrariern und Panzerplattenfabrikanten keine Bevölkerungsschicht, deren Erwartungen nicht auf das schmählichste getäuscht worden sind. Keine der Wahlversprechungen ist gehalten worden. Auch in der letzten Tagung des Reichstages ist nichts geschehen, was geeignet wäre, den Unwillen der Massen über die Taten der Mehrheit zu verringern. Was ist aus den Versprechungen in bezug auf die Sozialreform hinsichtlich der Privatbeamten, die unter der Teuerung und unter der Unsicherheit ihrer Existenz schwer zu leiden haben, geworden? Als 1907 bekannt wurde, daß die sozialdemokratischen Mandate fast auf die Hälfte zusammengedrückt seien, da erklärte man: nun erst recht Sozialreform, um den Arbeitern zu zeigen, daß auch ohne eine starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstage etwas für die Arbeiter getan wird. 1907 und 1908 ist aber nichts für die Arbeiter geschehen, weil man wie in einem Taumel Geld mit vollen Händen herauswarf, das noch dazu gepumpt war. Man hat 1909 keine Zeit gehabt, an die Arbeiter zu denken, weil man die Kassen des Reiches durch den großen Steuerraub füllen mußte, wofür nun die bürgerlichen Parteien bei den Nachwahlen abgestraft werden.

Der Tagungsabschnitt 1909/1910 wurde eingeleitet dadurch, daß man beschloß, die Witwen- und Waisenversorgung nicht in Kraft treten zu lassen. Besonders das Zentrum betrog die Arbeiter bei der Schaffung des Zolltarifs, indem es für die Erhöhung der Lebensmittelpreise die Witwen- und Waisenversorgung in Aussicht stellte. Für alles andere war Geld zu haben, nicht aber für die Witwen und Waisen.

Mit den hungernden Witwen und Waisen darben die Massen des Volkes infolge jener unheilvollen Zollgesetzgebung und kommt die Witwen- und Waisenversicherung zustande, dann werden die Arbeiter zu der Schädigung durch die Teuerung auch noch höhere Beiträge für die Sozialgesetze zu zahlen haben. Und da stellt sich der Staatssekretär gegen Sozialreform, Delbrück,

im Reichstag hin und stöhnt darüber, daß es leider durch die soziale Gesetzgebung noch immer nicht gelungen sei, die Arbeiter mit der bestehenden Gesellschaftsordnung auszusöhnen!

Eine sonderbare Art der Versöhnungspolitik ist es auch, daß die Regierung jetzt keinen Finger rührt, um dafür zu sorgen, daß die Fleischteuerung gemildert wird, weil die Agrarier es ihr verbieten. (Sehr wahr!) Auf unsere Interpellation hat die Regierung immer erklären lassen, die Teuerung sei eine vorübergehende Erscheinung und mit derselben faulen Redensart begründet man auch jetzt, daß Abhilfemaßregeln nicht geschaffen werden sollen. Es ist ein verteufelt schlechter Trost für die Hungernden, daß sie die Aussicht haben, in absehbarer Zeit wieder zu erträglichen Preisen Nahrungsmittel kaufen zu können, aber lebendig werden dadurch die Kinder nicht gemacht, die infolge der mangelnden Ernährung zugrunde gehen. (Sehr gut!) Wieder gut gemacht werden kann nicht das Unrecht, das an denen begangen wird, die infolge der Teuerung zu Eigentumsvergehen gedrängt werden und die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen. (Sehr gut!) Wenn der Regierung daran läge, daß dem Volke geholfen wird, dann würde jetzt der Reichstag tagen, um Maßregeln zu beraten, wie es der armen, besitzlosen Masse leichter gemacht werden kann, sich satt zu essen. (Lebhafte Zustimmung.) — Der Reichstag müßte in dieser Zeit auch deswegen tagen, um erneut Stellung zu nehmen gegen das persönliche Regiment. Der Kaiser redet wieder! Erneut rief Wilhelm II. Beunruhigung dadurch hervor, im Inlande sowohl wie im Ausland, daß er entgegen der Zusicherung, die Reichskanzler Bülow im Dezember 1908 gegeben hat, abermals einwirkt auf die politischen Ereignisse durch seine Reden, daß er dadurch, wenn auch ungewollt, Erregung und Unsicherheit hineinträgt in die deutsche Politik. Durch seine Königsberger Gottesgnadenrede hat der Kaiser erneut das Bekenntnis zum Absolutismus abgegeben, unbeirrt um die Meinung des Volkes, um die Tagesansichten will Wilhelm II. seine Wege gehen. Wir werden den Rat, den er uns vor Jahren gegeben hat, niemals befolgen, den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schütteln (bravo!), werden aber nichts unversucht lassen, um dafür Sorge zu tragen, daß den Vertretern der Gottesgnadenidee die Luft drückend wird im deutschen Vaterlande. (Lebhaftes Bravo!) Und wenn sie den Staub von den Pantoffeln schütteln würden, würde ihnen sicher die große Masse des deutschen Volkes keine Träne nachweinen. (Bravo!) Vor 20 Jahren hat Wilhelm II. dem deutschen Volke zugerufen: Herrlichen Tagen führe ich Euch entgegen. Wir haben endlich genug von dieser Sorte von Herrlichkeit, die uns beschert worden ist. (Bravo!) Und die darin besteht, daß breite Bevölkerungskreise hungern, daß die Ausgaben für Heer und Flotte ständig steigen, die Schuldenlast des Reiches sich ungeheuerlich vermehrt, das Reich nahezu an den Abgrund des Bankerotts getrieben worden ist. Zu den schweren Verschuldungen der bürgerlichen Parteien gehört nicht zuletzt, daß sie in jenen Novembertagen aus Anlaß der Kaiserdebatte nur redeten, anstatt hinterher auch zu handeln. Sie haben es versäumt, damals dem persönlichen Regiment in Deutschland ein für allemal ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr!) Die sozialdemokratische Fraktion hat es damals wie im letzten Winter nicht an der Forderung fehlen lassen, durch Aenderung der Verfassung endlich auch aus dem Deutschen Reich ein modernes freiheitliches Land zu machen. Das Bürgertum hat dabei versagt, trotzdem die Regierung in ihrer Finanznot vollständig abhängig war von der Volksvertretung und alles hätte zugestehen müssen. Wir sind uns darüber klar, daß auch, wenn es zu neuen Kaiserdebatten im Reichstage kommen wird, sobald der Reichstag zusammentritt, wir auf nennenswerte Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien kaum zu rechnen haben werden. Es

wird der Arbeiterklasse vorbehalten bleiben, Deutschland zu einem freiheitlichen, einem demokratischen Lande zu machen. Dem Bekenntnis des Kaisers zum Gottesgnadentum und Absolutismus setzen wir bei den kommenden Wahlen entgegen die Forderung nach der Republik. (Lebhafter Beifall.) Wir werden bei den kommenden Wahlen das Volk dazu aufrufen, daß es nicht länger seine Geschicke den gekrönten Instrumenten des Himmels anvertraut. (Bravo!) Das deutsche Volk ist mündig geworden und muß das bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen. Das deutsche Volk kann sich das absolutistische Regierungssystem nicht länger gefallen lassen. Die nächsten Wahlen werden wir unter der Parole führen, daß endlich in Deutschland der Wille des Volkes höchstes Gesetz werde. (Lebhafter Beifall.) Und wir sind sicher, daß bei diesem Kampfe, bei diesem Streben auch in Zukunft die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterklasse einig und geschlossen wie ein Mann den Kampf führen wird. (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet. Zur Debatte stehen die Anträge 38, 39, 40 und 84 und die Resolution 96 (Parteivorstand und Kontrollkommission), die sämtlich unterstützt werden.

Bromme-Lübeck: Mit dem Antrag 84 soll durchaus nicht gesagt sein, daß unsere Fraktion nicht zu jeder Zeit ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätte. Ueber den Antrag, der aus der Mitte unserer Mitgliederversammlung gestellt wurde, kann ich mich kurz fassen. Seit Jahren betrachten die Schergen des Blutzaren auch das Land innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle als ihre Satrapie und häufen dort Verbrechen auf Verbrechen. Sie sind aber niemals von der Regierung angehalten worden, den an Leib und Leben Verletzten genügende Entschädigung oder Genugtuung leisten zu müssen. Sie sind es eben gewöhnt, ihre Hausknechte und Stiefelputzer mit Fußtritten zu regalieren. Es wird endlich Zeit, daß bei der nächsten Grenzverletzung durch die Soldknechte Nikolaus' des Blutigen der Regierung das Rückgrat gesteift und sie aufgefordert wird, ihre Reichsangehörigen zu schützen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Fraktion zu überweisen.

Dittmann-Solingen begründet den Antrag 40. Der Antrag spricht ja eigentlich etwas Selbstverständliches aus, und jeder von uns wird wohl annehmen, daß die Fraktion eine eingehende und gründliche Kritik an der Wahlrechtsjustiz und der Streikjustiz üben wird, auch ohne daß sie dazu aufgefordert wird. Wenn trotzdem der Antrag gestellt ist, so vor allem, damit hier vor dem Parteitag aufgefordert werden kann, daß alle Parteiorte, in denen während des letzten Jahres in bezug auf Streik- und Wahlrechtsprozesse besonders Hahnebüchenes geleistet ist, daran erinnert werden, daß sie das nötige Material an die Fraktion einsenden, um sie in den Stand zu setzen, auch wirklich gründliche Abrechnung mit der Klassenjustiz zu halten. Ich glaube es mir ersparen zu können, im einzelnen noch viel Sachliches zur Begründung zu sagen, denn die Strafprozesse, die seit Beginn dieses Jahres aus Anlaß unserer imposanten Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen, Braunschweig und anderen Bundesstaaten auf unsere Genossen geradezu herabgeprasselt sind, sind Ihnen allen bekannt. Mit Gefängnis und mit Geldstrafen hat man versucht, unsere Wahlrechtsbewegung zu ersticken, und uns die Lust zu neuen Vorstößen zu nehmen. Sie kennen ja die Urteile gegen Wahlrechtsdemonstranten, gegen Versammlungs- oder Organisationsleiter und gegen Redakteure. Sie werden jedenfalls auch gelesen haben, in welch flagrantem Widerspruch in diesen Prozessen meist die eidlichen Aussagen der Polizeibeamten zu den eidlichen Aussagen der Zivilzeugen gestanden haben, und wie andererseits von den Gerichten in fast allen Fällen direkt oder indirekt die eidlichen Aussagen der Zivilzeugen für unglaubwürdig und die der Polizeizeugen ohne weiteres für absolut glaubwürdig er-

klärt sind. Den Richtern dabei immer den guten Glauben zuzuerkennen, ist mir nicht möglich gewesen, und Ihnen wird es gerade so gegangen sein. (Zustimmung.) Ich habe oft den Eindruck gehabt, daß nach dem Grundsatz verfahren ist: legt ihr nicht aus, so legt was unter. Die Justiz scheint geradezu an manchen Orten in manchen Fällen unter Polizeikommando zu stehen, und die Polizei über Recht und Gesetz. Kein Wunder, daß da die Polizisten gegen die Wahlrechtsdemonstranten vielfach gehaust haben wie die Kosaken. Nun noch ein krasses Beispiel von der Streikjustiz. Der oberste Leiter der Polizeibehörde, der Polizeiinspektor, hat an die Leiter des betreffenden Verbandes, in dessen Hand die Leitung des Streikes lag, einen Brief geschrieben, in dem es hieß: Ich werde nicht dulden, daß hundert Schritt auf- und abwärts der Fabrik Streikposten stehen. Das Recht auf Streikpostenstehen ist also direkt außer Kraft gesetzt worden. Vor Gericht erklärte nun der Herr unter seinem Eide, er hätte keinen Befehl gegeben, Streikposten nicht zu dulden. Das war ein krasser Widerspruch, der durch keine Logik und Sophistik aus der Welt zu schaffen ist. Trotzdem erklärte das Gericht in seiner Urteilsbegründung: zwischen dem Schreiben des Polizeiinspektors und seiner eidlichen Aussage besteht keinerlei Widerspruch. Solche Beispiele könnten zu Hunderten aus dem Lande angeführt werden. Ich bitte Sie, derartiges Material zu sammeln und der Reichstagsfraktion zu überweisen. (Beifall.)

Genossin **Zetkin**: Es liegt ein Antrag vor, der Reichstagsfraktion nahezulegen, nach dem Beispiel eines italienischen Gesetzes einen Entwurf einzubringen gegen die mißbräuchliche Abgabe von Alkohol an Kinder. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich weise auf die Berge von statistischem Zahlenmaterial, auf die unanfechtbaren wissenschaftlichen Tatsachen hin, die bekräftigen, daß der Alkoholgenuß der Kinder zu deren körperlichem Ruin führen muß. Mit der körperlichen Gesundheit wird aber auch die geistige und sittliche Gesundheit der Jugend vernichtet. Jede Gesellschaft, die ihren größten Reichtum in dem Heranwachsen eines körperlich, geistig und sittlich gesunden Geschlechts erblickt, müßte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Alkoholgenuß der Jugend auftreten. Die kapitalistische Gesellschaft tut das nicht, sie kann das nicht tun, weil sie ihrem Wesen nach den Vorteil der einzelnen über das Wohl der Gesamtheit stellt. Sie will den Profit einiger weniger, die an der Produktion und an dem Verkauf von Alkohol interessiert sind, nicht hindern. Die Arbeiterklasse aber, die eine Klasse ist, die mit der Zukunft rechnet, der die Zukunft gehört, kann der Verwüstung leiblichen und geistigen Lebens nicht ruhig zusehen. Die körperliche, geistige und sittliche Gesundheit der Jugend gehört zu den wichtigsten Faktoren, die den Sieg des Proletariats für die Zukunft verbürgen. (Lebhafter Beifall.)

Hackelbusch-Berlin: Auch ich bitte, den Antrag als Material zu überweisen. In einem Artikel der „Pädagogischen Zeitung" wird die schädliche Wirkung des Schnapses auf den Körper in krasser Weise geschildert. Danach erhielten im Kreise Rummelsburg in Pommern die Kinder, die bei einem Gutsbesitzer arbeiteten, zum Frühstück, zum Mittag und zur Vesper Schnaps. Jedesmal erhielt ein Kind ein kleines Maß. Das ging so 4 bis 6 Wochen lang. So wird das Furdament zum späteren Säufer gelegt. Der Schnaps gilt dabei als ein Teil der Entlohnung und wird auf den Lohn angerechnet. (Hört! hört!) Solchen Mißständen muß entgegengetreten werden. (Beifall.)

Engler-Freiburg: In der Schweiz ist vor zwei Jahren ein Absinthverbot erlassen worden. Das war notwendig wegen einiger grausamer Verbrechen, die nach starkem Absinthgenuß begangen wurden. Nun haben die Absinthfabriken ein großes Absatzgebiet verloren. Daher versuchen sie nun, in Süd-

deutschland ihr Gift abzusetzen. (Hört! hört!) Dagegen müssen wir einschreiten, ehe dieses Gift seine stetige Wirkung ausübt. (Sehr richtig!) Es ist auch unsere verdammte Pflicht, die Genossen darauf hinzuweisen, daß Sonntags nachmittags, wenn sie im Biergarten sitzen, die lieben Kinder nicht von jedem Glase Bier oder Schnaps etwas abhaben müssen. (Beifall.)

Olion-Aachen: Nehmen Sie den Antrag 38 einstimmig an. Speziell in Aachen herrschen noch Mißstände. Unsere Jugendorganisationen werden vom Zentrum, der Klerisei und den „Christlichen" aufs schärfste bekämpft.

Vor drei Wochen hat sich etwas ganz Unglaubliches ereignet. Im katholischen Verein wurde eine Verlosung von — sechs Litern Schnaps veranstaltet. (Lebhaftes Hört! hört!) Und die Mitglieder des christlichen Jünglingsvereins gingen in die Fabriken und Häuser, um die Lose an den Mann zu bringen. Es waren 200 Lose zu 10 Pf. Wir kamen dahinter und ließen in der „Rheinischen Zeitung" einen Artikel los, der natürlich erzieherisch wirkte insofern, daß die Jünglinge nicht weiter mit Losen herumgeschickt wurden, sondern daß die Verlosung in einem katholischen Verein stattfand. Das geschah in Aachen am Tage St. Peter. (Stürmisches Hört! hört!) So wird die katholische Jugend mißbraucht, um Lose für eine Schnapslotterie zu verkaufen. Ich möchte auch deshalb ersuchen, den Antrag 38 bestimmt anzunehmen. (Beifall.)

Wurm-Berlin: Im engen Zusammenhange mit unseren Bestrebungen, die Jugend gegen die alkoholische Vergiftung zu schützen, stehen die Bestrebungen, die ganze Bevölkerung überhaupt vor der Alkoholvergiftung zu bewahren. Wir wissen zwar noch nicht genau, und können noch nicht zahlenmäßig feststellen, wie der Aufruf der Partei an die Arbeiter, sich des Schnapskonsums unbedingt zu enthalten, sowohl aus gesundheitlichen Gründen, als auch um den Junkern nicht die Tasche zu füllen, Wirkung gehabt hat. Aber wenn auch die Statistik des Branntweinverbrauchs mit Hilfe der Spirituszentrale noch verschleiert wird, so ist doch zweifellos der Schnapskonsum bedeutend zurückgegangen, und daß dieser Rückgang nicht unbeträchtlich sein muß, wird dadurch bewiesen, daß sich die Junker und ihre Regierung vorbereiten, um einen heimtückischen Streich gegen die Schnapsboykottbewegung zu führen. (Hört! hört!) Sie wissen, der Profit der Junker entsteht dadurch, daß die Menge des trinkbaren Branntweins gesetzlich beschränkt, kontingentiert wird. Dieses Kontingent, das mit einem niederen Steuersatze belegt ist, wird stets so festgesetzt, daß es den Verbrauch nicht deckt. Nun wirkt natürlich der über das Kontingent hinausgehende Verbrauch preisbildend auf den gesamten Spiritusabsatz. In dem Augenblick, wo der Konsum herabsinkt auf das gesetzlich festgestellte Kontingent mit dem niedrigen Steuersatz, verschwindet der Extraprofit der Junker, die Liebesgabe. Durch unseren Aufruf an die Arbeiter ist der Schnapsverbrauch so weit zurückgegangen, daß er dieser Grenze sich offenbar nähert, so daß es möglich erscheint, das Volk von der Liebesgabe, von der Sonderabgabe an die Junker zu befreien. In dem Augenblick, wo nun das Volk Anstalten macht, sich diese Befreiung durch die Enthaltung vom Schnaps zu verschaffen, beschäftigt sich der Bundesrat mit dem Plane, *das Kontingent herabzusetzen und dadurch die Liebesgabe zu retten* (stürmisches Hört! hört!), damit der Rückgang des Konsums nicht den Profit der Schnapsbrenner schädigt, und das Volk weiter ausgebeutet werden kann. Das wurde ausgeplaudert von einem jener Brenner, die mit der geplanten Herabsetzung des Kontingents unzufrieden sind.

Die Spirituszentrale, diese Riesenmacht von Junkern und Banken, hat längst großen Einfluß auf die Regierung und den Bundesrat. Voraussichtlich wird schon in der nächsten Reichstagssession ein solches Vorgehen des Bundesrats zu erwarten sein. Dabei ist noch zu betonen, daß jene agrarischen

Volksvergifter und Volksausräuber den Konsum im Inlande dadurch künstlich verteuern, daß sie unter dem deutschen Marktpreise Spiritus nach dem Auslande verkaufen —, dieselben Herren, die sich nicht genug tun können in Beteuerungen ihres Patriotismus, sorgen so mit Unterstützung der für die Volksgesundheit verantwortlichen Regierung für ihre Tasche, indem sie den Schnaps, den die Arbeiter nicht mehr trinken, vom deutschen Markt entfernen, um den Preis noch weiter hinauftreiben zu können. In dreifacher Weise plündern sie also die Elendesten und Aermsten und wir protestieren hier auf das energischste dagegen, daß dieser Wucher, diese Ausbeutung mit Zustimmung aller einzelstaatlichen Regierungen in Nord und Süd fortgeführt wird (lebhafter Beifall), und wir ersuchen die Fraktion, diese Angelegenheit im Auge zu behalten. (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Geck: Der Reichstag hat sich bereits mit der Frage der Gefahr des erhöhten Absinthgenusses beschäftigt, allerdings nur in der Petitionskommission. Ich kann im Augenblick nicht bestimmt sagen, welches das Resultat der Beratungen war. Ich weiß nur, daß es uns nicht gelungen ist, die Angelegenheit vor das Plenum zu bringen. Soviel ich weiß, ist die Kommission über die Petition zur Tagesordnung übergegangen, weil eine Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten gegen die Absinthindustrie nicht Stellung nehmen wollte und, wenn ich mich recht erinnere, auch die Regierungsvertreter erklärt haben, daß die Gefahren noch nicht hinreichend festgestellt seien. Was die Vergiftung durch Alkohol betrifft, so bekamen in bäuerlichen Gegenden bisher Kinder zu ihrer angeblichen Beruhigung Schnaps. Ich weiß auch, daß Kirschwasser in sogenannten Schnullern von Hebammen zu diesem Zwecke verordnet wird. (Hört! hört!) Es muß also dahin gewirkt werden, daß in den Lehrkursen der Hebammen die Gefahr geschildert und ein gesetzliches Verbot der Verabreichung von Schnaps an Kindern herbeigeführt wird. (Bravo!)

Katzenstein-Stralsund: Die Bekämpfung des Alkoholgenusses der Jugend muß durch verschiedene Mittel geschehen. Die Jugend muß planmäßig durch die Schule aufgeklärt werden, und im übrigen werden Maßnahmen zu treffen sein, die im Rahmen der Gewerbeordnung liegen. Daß hier eine besondere Notwendigkeit besteht, das beweist das reiche Material über die ungeheure Ausdehnung des Alkoholgenusses in der Jugend. Es sind darüber in einer ganzen Reihe von Schulen Erhebungen veranstaltet worden. In dem Buch von Hirsch über Verbrechen und Prostitution finden Sie derartiges Material aus Braunschweig und einer Reihe anderer Städte. Daraus ersehen wir, daß in geradezu ungeahntem Umfange den Kindern, bis herab zum jüngsten, Bier, Wein und sogar Branntwein zu trinken gegeben wird, und daß das in körperlicher und geistiger Hinsicht auf die Kinder von allerschlimmstem Einfluß ist. In einer Reihe von Städten, wie z. B. in Wien, ist der Zusammenhang zwischen Alkoholismus und Betragen der Kinder untersucht worden, und es hat sich gezeigt, daß in demselben Maße, wie den Kindern Alkohol gegeben wird, ihre Leistungen herabgesetzt werden und ihr Betragen sich verschlechtert. Es handelt sich also um eine ganz besonders wichtige Frage, und ich möchte daher auch die Aufforderung von Engler unterstreichen: Es ist eine wichtige Pflicht jedes Parteigenossen und jeder parteigenössischen Mutter, nicht selbst zur Vergiftung der Kinder beizutragen. (Sehr richtig!) Was nun die Frage des Absinthverbotes anbetrifft, so liegen so schlagende Erfahrungen aus dem Ausland, aus Frankreich und der Schweiz vor, daß wir nicht nötig haben, erst noch die gleichen schlimmen Erfahrungen zu sammeln. Wir warten ja auch nicht ab, bis die Cholera Hunderttausende von Opfern bei uns gefordert hat, sondern treffen vorher unsere Vorkehrungen. (Sehr gut!) Gerade bei den politisch freien Völkern der Schweiz und den fran-

dinavischen Ländern hat man sich mit Bewußtsein bindende Beschränkungen gegen die Veralkoholisierung des Volkes geschaffen, während in den absolutistisch regierten Staaten, Rußland und Preußen, der Alkoholismus verheerend wirkt. Nun noch ein Wort zum Branntweinboykott. Auf dem vorigen Parteitag ist er einstimmig mit großer Begeisterung beschlossen worden. Er hat auch gewisse Wirkungen ausgeübt, aber diese Wirkungen sind weit hinter dem zurückgeblieben, was geschehen kann, wenn der ernste Wille vorhanden ist. Und das hängt wesentlich von dem Verhalten der maßgebenden Parteiorgane ab. In Breslau z. B. ist durch Erhebungen festgestellt, daß in den Arbeiterkneipen der Branntweingenuß außerordentlich zurückgegangen ist, in den Wirtschaften, wo andere Kreise verkehren, nicht. (Hört! hört!) Die Breslauer „Volkswacht" hat aber auch ihre volle Schuldigkeit bei der Propagierung des Branntweinboykotts getan, ebenso wie die Dortmunder „Arbeiterzeitung" und andere Parteiblätter. Es gibt aber auch Parteiorgane, die genau entgegengesetzt gehandelt haben. Ich erinnere an den Artikel Mehrings in der „Neuen Zeit" und an die „Bremer Bürgerzeitung", die den Beschluß nicht durchzuführen, sondern abzuschwächen versucht haben. In Bremen soll denn auch von den Wirkungen des Boykotts nur sehr wenig zu spüren sein. Wir haben gestern mit großer Mehrheit beschlossen, daß es kein schlimmeres Vergehen gibt, als bewußte Auflehnung gegen einen Parteitagsbeschluß. (Sehr gut!) Das gilt auch für den Schnapsboykott. Ich bitte Sie, dahin zu wirken, daß auch in den Inseratenspalten der Parteiblätter die Konsequenzen aus diesem Parteitagsbeschluß gezogen werden, damit der Beschluß so durchgeführt wird, wie es den segensreichen Absichten, von denen er ausgegangen ist, entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Henke-Bremen: Daß von den Wirkungen des Branntweinboykotts in Bremen nichts zu spüren sein soll, ist eine Unwahrheit. Die Behauptung Katzensteins in bezug auf die Stellung der „Bremer Bürgerzeitung" stimmt insofern, als diese Zeitung dem Artikel des Genossen Mehring, wonach der Schnapsboykott nicht in der Lage sei, die Wirkungen zu zeitigen, die man sich von ihm versprochen habe, zugestimmt hat. Es ist selbstverständlich erlaubt, an einem Parteitagsbeschluß Kritik zu üben. Der Inhalt des Artikels war, daß, wenn es richtig ist, daß die Trinksitten, Volkskrankheiten wie der Alkoholismus Wirkungen der jeweiligen ökonomischen Zustände einer Zeit und eines Landes sind, wie das die materialistische Geschichtsauffassung ergibt, selbstverständlich nicht gleichsam von oben herab, durch einen Beschluß des Parteitags jene Wirkungen erzielt werden können, die man sich vielfach in Abstinentenkreisen von dem Boykott versprochen hat. Ich gebe durchaus zu, daß der Konsum von Trinkbranntwein infolge des Boykotts zurückgegangen ist und ich kann Ihnen als Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung" versprechen, daß dieses Organ wie bisher dem Beschluß des Parteitages die größtmögliche Wirkung zu verschaffen suchen wird. Es ist nicht wahr, daß die „Bremer Bürgerzeitung" sich um diesen Beschluß nicht gekümmert hat. Wenn sie auch ihre gegensätzliche Meinung zum Ausdruck brachte, so hat sie doch, genau wie andere Parteiblätter, die Aufforderung zur Befolgung dieses Beschlusses viele Male bei passenden Gelegenheiten, Gewerkschaftsfesten, Maifeier usw., gebracht. Seien Sie überzeugt, daß die „Bremer Bürgerzeitung" und die Bremer Parteigenossen Parteitagsbeschlüsse achten und ausführen. Wir dachten nicht daran, die Wirkung des Schnapsboykotts abzuschwächen.

Vorsitzender **Klühs**: Ich schlage jetzt Vertagung vor. Es ist noch ein Antrag Baumann und Genossen eingegangen, der sich ebenfalls gegen die Steuer- und Zollpolitik und die dadurch hervorgerufene künstliche Teuerung der Lebensmittel wendet.

Katzenstein-Stralsund (persönlich): Ich habe erklärt, daß die „Bremer Bürgerzeitung" die Wirkung des Schnapsboykotts abgeschwächt hat. Das ist eine Tatsache. Gewiß, sie hat nachher die Aufforderung gebracht, den Boykott zu befolgen. Wie kann das aber wirksam sein, wenn vorher die Unwirksamkeit des Boykotts dargelegt wird und zwar auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung, die zu allem herhalten muß.

Vorsitzender **Klühs**: Die Geschichtsauffassung ist nicht persönlich.

Henke-Bremen (persönlich): Ich muß ganz entschieden bestreiten, daß durch uns die Wirkung des Boykotts verringert worden ist. Kritik hat die „Bürgerzeitung" geübt und das wird sie auch weiter tun.

Fleißner-Dresden erhält das Wort zu einer berichtigenden Erklärung: Der Parteitagsdelegierte Heilmann aus Chemnitz, Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme", hat in diesem Blatte einen Artikel über die Budgetdebatte des Parteitages gebracht. Er hat in diesem Artikel meine Ausführungen in folgendem Satze besprochen: „Nur auf eine Bemerkung aus der Debatte möchten wir besonders hinweisen. Es ist die satte Selbstzufriedenheit, mit der Genosse Fleißner-Dresden rühmte, daß die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion auch im sächsischen Landtage wesentlich besser geworden sei —"

Ich möchte sachlich richtigstellen, daß ich weder von „Errungenschaften" unsererseits im sächsischen Landtage gesprochen habe, noch viel weniger davon, daß es sich um „rühmliche" Errungenschaften handeln könne. Ich verwahre mich gegen diese ganz willkürliche und völlig unmotivierte Unterstellung. Ueber die durchaus verletzende Form des Angriffs verliere ich kein Wort. (Beifall.)

Darauf werden kurz vor 11 Uhr die Verhandlungen vertagt.

Am Nachmittage unternimmt der Parteitag einen Ausflug nach Thale.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. September 1910. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Klühs eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr. Die Diskussion über den parlamentarischen Bericht wird fortgesetzt.

Schöne-Zschopau: Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt der Redner, die gegen den Mißbrauch des Alkohols gesprochen haben. Wir haben das bekannte Plakat mit der Schnapsflasche in großer Zahl verbreitet. Wir sind an die Gemeindekrankenkassen, Fabriken und Schulen gegangen und haben die Genehmigung nachgesucht, das Plakat aushängen zu dürfen. Erst nach uns hat sich die Schulbehörde mit dieser Frage beschäftigt. Auch im Gemeindeamt hängt das Plakat öffentlich aus. Wir empfehlen diese Maßnahmen den anderen Organisationen. (Beifall.)

Genossin **Zietz** begründet die Resolution des Vorstandes und der Kontrollkommission über die Fleischteuerung. Der schwere Druck, unter dem vor allem die Arbeiterschaft, aber auch weite Kreise des Bürgertums leiden und der durch die agrarische Zoll- und Protektionspolitik hervorgerufen, ist geradezu unerträglich geworden. In der gegenwärtigen Zeit ist es vor allem die Fleischteuerung, die in allen Gegenden des Reiches zum schärfsten Protest gegen diese Politik herausgefordert hat. Die ungeheure Verteuerung des Fleisches, des Brotes und unserer Nahrungsmittel überhaupt führt dazu, daß die Arbeiterschaft um die Früchte ihrer jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfe betrogen

wird. Sie führt weiter dazu, daß die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt, daß ihre Gesundheit auf das schwerste geschädigt und sie der Degeneration entgegengeführt werden, daß die Sterblichkeit und vor allem die Kindersterblichkeit außerordentlich zunimmt. Wir verlangen deshalb, daß alle diese zollpolitischen Maßnahmen beseitigt, daß vor allem auch der schlimmste Auswuchs des agrarischen Protektionssystems, die Einfuhrscheine, aufgehoben, daß alle die schikanösen Ausführungsbestimmungen, die hinsichtlich der Einfuhr von Vieh und Fleisch bestehen, aus der Welt geschafft werden. Es klagen an alle diejenigen Männer, die infolge der ungeheuren Teuerung der Nahrungsmittel in ihrer Gesundheit gelitten haben und in ihrer Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte herabgedrückt sind. Es klagen an die Mütter, die gezwungen sind, ihre Kinder zu Hause ohne Aufsicht zu lassen, um das Brot mit zu verdienen. Es klagen an alle jene Mütter, deren Kinder Hunger leiden. Es klagen an alle Mütter, deren Lieblinge infolge der furchtbaren Teuerung und der dadurch bedingten Unterernährung frühzeitig ins Grab sinken. Es klagen an alle diejenigen Personen, die infolge der wirtschaftlichen Notlage auf den Weg des Verbrechens und vor allem des Eigentumsvergehens gedrängt worden sind und die Gefängnisse füllen. Es klagen an alle jene Frauen und Mädchen, die infolge der wirtschaftlichen Notlage auf den Weg der Schande getrieben, der Prostitution anheimgefallen sind. Das Volk hat es satt, sich ausbeuten und unterdrücken zu lassen im Interesse derjenigen, die ganz besonders unsere politischen Gegner und Feinde sind: der Krautjunker und Ochsengrafen, der politischen Hausknechte der Bourgeoisie. Ich verweise darauf, daß den Großgrundbesitzern die Taschen gefüllt werden nicht nur durch die Zollpolitik, sondern vor allem auch durch dies Protektionssystem und die Einrichtung der Einfuhrscheine. Dies System der Einfuhrscheine führt besonders in der Zeit der hohen Fleisch- und Brotpreise zur Ausführung des Brotgetreides, damit zur Entblößung des inländischen Marktes, zur Verteuerung des Brotgetreides und der Futterstoffe und zur Verteuerung von Vieh und Fleisch. (Sehr richtig!) Ist es nicht geradezu ein Skandal, daß in der Zeit, wo die Regierung Umschau hält, um wiederum auszuklügeln, was für neue Steuern in Zukunft in Aussicht genommen werden sollen, in der Reichskasse, in die die Zölle fließen, schon im Juli dieses Jahres für 32 Millionen Mark Einfuhrscheine zu finden waren statt des baren Geldes? (Hört! hört!) Die Folge ist nicht nur die, die Noske gestern geschildert hat, daß man deshalb für die Witwen- und Waisenversicherung kein Geld übrig hat, sondern wir haben weiter damit zu rechnen, daß man uns infolge des so entstandenen Defizits noch neue Steuern zu den alten auferlegt. Auf der einen Seite wird unsere Lebenshaltung herabgedrückt infolge dieses Wirtschaftssystems und auf der anderen Seite werden den Leuten die Taschen gefüllt und wird ihre wirtschaftliche, ihre soziale Macht, ihr politischer Einfluß gestärkt, die unsere schlimmsten politischen Gegner sind, die in erster Linie die Schuld trifft, daß wir als Staatsbürger zweiter und dritter Klasse im größten deutschen Bundesstaate, Preußen, bisher behandelt werden. Es ist gewiß das Geringste, was wir fordern, wenn in der Zeit der allgemeinen Teuerung, in der Zeit, in der selbst das auserwählte Instrument des Himmels 3½ Millionen Mark Zulage bekommt, weil er infolge der Teuerung seinen Haushalt nicht mehr aufrechterhalten kann. (Sehr gut!) Die Arbeiterschaft verlangt: fort mit diesen Maßnahmen, die uns in unserer Lebenshaltung, in unserer Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte und im politischen und wirtschaftlichen Kampf herabdrücken. (Sehr wahr!) Es genügt aber nicht, daß wir hier diese Forderung erheben, sondern wir haben auch dafür zu sorgen, daß die am meisten Interessierten, die großen Volksmassen, in immer weiterem Umfange die Träger

dieser Forderungen werden, daß sie selbst erklären: wir haben es satt, daß unsere politischen Feinde auf Grund unseres Hungers ihre Machtstellung aufrechterhalten. Darum heißt es in der vorliegenden Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, daß wir, nachdem wir hier die Forderung erhoben haben, nachher auch draußen mit aller Schärfe den Kampf gegen dies System fortsetzen. Es ist dieser Kampf gleichzeitig die beste Gelegenheit, um die indifferenten Massen, die Männer und Frauen zu politischem Leben zu erwecken, sie politisch zu organisieren und sie damit einzureihen in das große Heer der proletarischen Klassenkämpfer, die in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung finden.

Genossen und Genossinnen! Als weibliches Parteimitglied möchte ich Sie weiter bitten, daß Sie diese Bewegung ganz besonders zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat ausnutzen. Gewiß ist es Sache des Volkes, gegen den Lebensmittelwucher zu kämpfen, aber in erster Linie Sache des weiblichen Teiles des Volkes, der am schwersten darunter zu leiden hat. (Sehr richtig!) Wenn Sie unsere Resolution annehmen und nach ihrem letzten Absatz verfahren, wenn Sie dafür sorgen, daß die Massen mehr und mehr Träger des Protestes werden, wenn Sie den roten Zorn des Volkes entflammen gegen die Auswucherung und ihre Träger, so schaffen wir die Vorbedingungen, daß endlich einmal gründlich aufgeräumt werden kann mit diesem schamlosen Auswucherungssystem! (Lebhafter Beifall.)

Linchen **Baumann**-Hamburg: Unsere Resolution ist veranlaßt worden in erster Linie durch einen Beschluß der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen. Dort ist von den österreichischen Genossinnen ein Antrag eingebracht worden, der uns verpflichtet, allenthalben gegen den Lebensmittelwucher zu protestieren, und die Konferenz hat auch so beschlossen. Es soll ganz besonders die Propaganda unter den proletarischen Frauen betrieben werden, und in einer Besprechung der österreichischen und deutschen Genossinnen wurde man sich darüber einig, daß es sehr wirksam sein würde, in beiden Ländern zur gleichen Zeit und zwar in diesem Herbste diese Agitation zu betreiben. Die Teuerung des Fleisches hat fortwährend zugenommen, und es ist noch gar keine Aussicht vorhanden, daß die Fleischpreise wieder sinken. Wir werden also sicherlich die besten Erfolge in bezug auf Besuch der Versammlungen und die Wirksamkeit des Protestes zu verzeichnen haben. Auf einer schleswig-holsteinischen Frauenkonferenz wurde dieser Anregung zugestimmt und eine Resolution angenommen, welche besondere Frauenversammlungen gegen den Lebensmittelwucher in diesem Herbste wünscht. Es wäre sehr wirksam, wenn diese Versammlungen, die im ganzen Reiche stattfinden sollen, in einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt werden könnten. — Die Regierung tut nichts, um dem Lebensmittelwucher zu steuern. Aus Sachsen berichtet das „Berliner Tageblatt", daß die Ernährung des arbeitenden Volkes ungeheuer niedrig stehe, daß der Fleischkonsum dort weit niedriger ist als im Reichsdurchschnitt. Aber anstatt Untersuchungen über die Haushaltungsbudgets der arbeitenden Bevölkerung zu veranstalten, hat die Regierung vorgezogen, den Landeskulturrat zu befragen, welche Mittel zur Bekämpfung der Fleischnot anzuwenden seien. Im Landeskulturrat sitzen fast lauter Mitglieder des Bundes der Landwirte. Daher darf es uns nicht wundern, daß die Antwort lautet: Werden die Absperrungsmaßregeln aufgehoben oder gemildert, so kommen Seuchen ins Land, die Viehzucht wird bedroht, und dann tritt erst wirkliche Fleischnot ein. Anders wird die Antwort lauten, wenn wir die proletarischen Frauen fragen, wie sie unter der Fleischnot leiden.

Die Grenzsperren werden ganz ungeheuer rigoros gehandhabt; wenn zum Beispiel an der deutsch-dänischen Grenze im Koffer der Reisenden ein

Stück Fleisch gefunden wird, so wird es konfisziert und einfach verbrannt. Es darf um Gotteswillen niemand der Wohlfahrt teilhaftig werden, ein dänisches Stückchen Fleisch in den Topf zu bekommen.

Die Versammlungen, die in der letzten Zeit gegen den Lebensmittelwucher abgehalten wurden, waren meistens verquickt mit dem Protest gegen die Rede des Kaisers. Dadurch wurde die Wucht der Agitation gegen den Fleischwucher erheblich abgeschwächt und insbesondere waren, wie stets in allgemeinen politischen Versammlungen, die Frauen, die ihren Haushalt zu führen und oft kleine Kinder zu versorgen haben, nur in kleiner Anzahl erschienen. Das Gegenteil wird eintreten, wenn besondere Frauenversammlungen einberufen werden.

Zu dem von uns geforderten Flugblatt an die Frauen, das vom Parteivorstand herausgegeben werden soll, wünschen wir, daß darin womöglich durch Illustrationen die Wirkungen des Lebensmittelwuchers den Proletarierfrauen vor Augen geführt werden. Wir beantragen ferner, daß dieses Flugblatt den Organisationen durch den Vorstand unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, damit nicht, wie so oft, in Gegenden, wo schwache Organisationen sind, die Verbreitung unterbleibt. Die Organisation der Frauen in unserer Partei hat gute Fortschritte gemacht. Wir haben jetzt bereits 82 000 weibliche Mitglieder. Nützen wir den Lebensmittelwucher im Sinne unserer Vorschläge zur Agitation aus, und ich glaube sicher, daß wir in der nächsten Zeit diese Zahl noch weiter zu steigern in der Lage sind. Denn der Eintritt der Frau in die sozialdemokratische Partei ist der wirksamste Protest gegen dieses System der Volksauswucherung. (Beifall.)

Der nur 15 Unterschriften tragende Antrag 98 wird auf Anfrage des Vorsitzenden ausreichend unterstützt.

Kunert-Berlin: Noske bezog sich in seinem vorzüglichen Referat bei seinen Darlegungen über die ungeheuren Kosten des Militarismus lediglich auf die durch den Etat ordnungsmäßig bewilligten Ausgaben. Ich habe mit Erfolg bestimmte Erkundigungen eingezogen, und verfüge dadurch über tatsächliches Material, das ich später im Parlament veröffentlichen will. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß abgesehen von den durch den Reichsetat bewilligten Ausgaben des Militarismus noch nebenher aus illegalen Geheimquellen gespeist wird, daß Geheimfonds, alias schwarze Fonds, sowie Dispositionsfonds in den Händen der Beamtenschaft und sogenannter hoher und allerhöchster Personen vorhanden sind, aus denen dem Militarismus Geld zufließt. Wenn irgend etwas das Proletariat zur Wachsamkeit veranlassen muß, so ist es diese Tatsache, die ich im Reichstag klarstellen werde. Vor allem sollen meine Ausführungen ein Alarmruf sein für die, die es zunächst angeht, unsere parlamentarischen Vertreter in den deutschen Bundesstaaten, und wir finden darunter ganz besonders ein Musterland — nicht Baden, sondern ein anderes —, wo dieser ungesetzliche und verfassungswidrige Zustand aufs stärkste ausgebildet ist.

Bei einer früheren Debatte hat Heilmann eine überaus lebhafte Schilderung der Abstimmung über den Etat gegeben, die schon gebührend gekennzeichnet ist. Das war allerdings kein wahres Bild, sondern eine Karikatur, und doch müssen wir ihm auch für den Hinweis dankbar sein. Mit Recht hat Ledebour betont, daß es sich bei der Ablehnung des Budgets um einen politischen Akt und nicht um eine Demonstration handelt, und auch Bebel hat idealisierend erklärt, man könne doch nicht verkennen, daß bei der Budgetablehnung ein feierliches Moment in Betracht komme. Wenn das der Fall ist, dann muß man der Sache aber doch näher treten. Ich stehe jetzt 20 Jahre lang im Parlamentarismus und habe bei keiner derartigen Abstimmung den Eindruck ge-

habt, daß wir wirklich vor einem großen oder feierlichen Moment stehen. Das liegt an dem furchtbaren Durcheinander bei der dritten Abstimmung, so daß kaum ein Mensch weiß, was geschieht. (Teilweise Zustimmung.) Natürlich handelt es sich nicht um den Inhalt, sondern um die Form, und die Form kann dadurch gebessert werden, daß die sozialdemokratische Fraktion eine kurze Erklärung über ihre prinzipielle Stellung zum Budget und über die aktuellen Vorgänge des letzten Etatsjahres abgibt. Ich stehe im übrigen nicht auf dem Standpunkt, daß die Form ausschlaggebend ist, nicht einmal der Parlamentarismus in künftiger Zeit. Ich meine vielmehr, wenn sich das Proletariat befreien will, dann werden wir uns schließlich vom Parlamentarismus emanzipieren und außerordentlich drastische Mittel anwenden müssen, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhaftes Bravo!)

Genossin **Zietz**: Ich habe im Namen des Vorstandes vorzuschlagen, den Antrag 98 insoweit zu ändern, daß nur den finanzschwachen Kreisen die Flugblätter unentgeltlich geliefert werden, während die finanzstarken Kreise zu zahlen hätten. In dieser Form empfiehlt der Vorstand einstimmige Annahme des Antrages.

Heilmann-Chemnitz: Ich will noch eine kurze Bemerkung machen zu dem, was Kunert gesagt hat. Kunert hat alles bestätigt, was ich vorgestern ausgeführt habe. Ich bin ganz seiner Meinung, daß die Form der Budgetverweigerung wirkungsvoller ausgestaltet werden soll. Ich war aber der Ansicht, daß diese Erklärung, daß wir das Budget ablehnen müssen und die Gründe, aus denen wir das Reichsbudget selbstverständlich ablehnen, bereits in der ersten Lesung in feierlicher Form dargelegt werden. Auf diese Erklärung in erster Lesung, diese allgemein politisch-prinzipielle Erklärung, hört die ganze bürgerliche Welt. Ich sage nochmals, daß wir auf die wirken müssen, weil wir daraus unsere neuen Anhänger gewinnen wollen. (Sehr richtig!) Diese Erklärungen sind die wirkungsvollsten und in dieser Beziehung habe ich gemeint, daß die Budgetabstimmung nicht die Bedeutung hat, die man ihr zugeschrieben hat. (Zustimmung.)

Vorsitzender **Dietz**: Die Diskussion ist geschlossen.

Der Berichterstatter **Noske** verzichtet aufs Schlußwort.

Die Anträge 38 und 39 werden der Reichstagsfraktion überwiesen. Die Anträge 40 und 84 werden angenommen, ebenso die Resolution 96. Weiter wird angenommen der Antrag 98 mit dem Zusatzantrag Zietz, wonach die Flugblätter den finanzschwachen Kreisen unentgeltlich geliefert werden sollen.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung „Parlamentarischer Bericht" erledigt.

Auf Antrag Liebknecht wird nunmehr mit Rücksicht auf die Anwesenheit eines Vertreters des Vorstandes der finnischen Partei der Antrag 75 zunächst verhandelt. Zur Begründung erhält das Wort

Dr. **Liebknecht**: Zunächst möchte ich Sie bitten, meinem Antrage hinzuzufügen:

„Der Parteitag brandmarkt die preußische und hessische Regierung, die den Repräsentanten einer barbarischen, gesetzlosen und hochverräterischen Willkürherrschaft gegen die Empörung des deutschen Volkes durch Maßnahmen zu schützen versuchen, durch die die deutschen Gesetze rücksichtslos mit Füßen getreten werden, und so auch in Deutschland eine barbarische Willkürherrschaft etabliert wird."

Seit sechs Jahren hat sich die deutsche Sozialdemokratie fast Jahr für Jahr auf ihren Tagungen mit irgendwelchen russischen Angelegenheiten zu befassen gehabt. Bald waren es die unwürdigen Vorgänge auf Kontrollstationen, bald

die Ausweisungsskandale, bald die Frage einer deutschen Intervention aus Anlaß der russischen Revolution, bald die russische Revolution selbst, unsere glänzende Hoffnung aus den Jahren 1904 bis 1906. Bald haben wir es zu tun mit einem Hochverrats- oder Geheimbundsprozeß und anderen Liebedienereien, die im Interesse des Zarismus von deutschen Behörden verübt werden. Schon im vergangenen Jahre hatten wir uns damit zu beschäftigen, daß der Zar deutschen Boden zu betreten gewagt hatte. Im vorigen Jahre ist er durch Deutschland hindurchgeflüchtet, er hat sich vor der Bevölkerung nirgends sehen lassen, er hat sich damals — ein Ausdruck des bösen Gewissens, von dem er gepeitscht ist, er, der Repräsentant des fluchbeladenen russischen Systems — vor dem deutschen Volke verborgen gehalten. In diesem Jahre steht es anders, da müssen wir es erleben, daß der Zar von einem deutschen Fürsten als Gast aufgenommen wird auf Monate hinaus, in einer Weise, wie sie ehrenvoller einem auswärtigen Fürsten kaum je zuteil geworden, daß man zu seinem Schutze deutsches Militär und deutsche Polizei kommandiert, daß zu Ehren des Repräsentanten jenes Systems, auf dessen Konto die Schändung der Spiridowna verzeichnet ist, Ehrenjungfrauen aufgestellt werden. Allerdings haben sie ihm die Ehrerbietung mit der Hinterfront erweisen müssen, weil man es offensichtlich doch für etwas gefährlich ansah, den Zaren selbst diesen spalierbildenden Personen von Angesicht zu Angesicht zu präsentieren. Es sind deutsche Steuergroschen ausgegeben worden für diesen Empfang und Aufenthalt des Zaren. Der Zar hat es wagen dürfen, sich offen wie ein freier Bürger Deutschlands vor dem Publikum in verschiedenen Ortschaften, wie Nauheim, Homburg usw., sehen zu lassen. Er bewegt sich unter dem Schutze der deutschen Polizei noch gegenwärtig so frei in Deutschland, wie er es niemals in Rußland selbst tun dürfte. Es ist ein unerträglicher Gedanke, während es weder in Frankreich noch in Italien noch sonstwo möglich wäre, daß gerade Deutschland dazu ausersehen ist, diesem Manne, der in seinem eigenen Lande unstet und flüchtig hin und her gehetzt wird, der sich allenthalben verstecken muß wie ein verfolgter Räuber, die Möglichkeit zu geben, frei und offen aufzutreten, wie ein Mensch, der ein Anrecht auf die Achtung seiner Mitmenschen hat. Ich meine, das ist eine Schmach für Deutschland. (Sehr wahr!) Es ist unerträglich, daß durch ein derartiges Verhalten dem Zaren vor der Kulturwelt durch die Hilfe der deutschen Behörden ein neues Prestige gegeben wird.

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zar ein Schwarzhunderter ist, daß er für all die Vorgänge, die uns mit Empörung erfüllen, höchstpersönlich mit verantwortlich ist. Es ist eine törichte Sentimentalität, zu sagen: ach, der arme Zar ist ja unschuldig an all dem, er ist nur das zufällige Etikett auf Handlungen, die andere Personen begehen. Er ist vielmehr ganz selbstverständlich mit verantwortlich für das System, welches er durch seinen Namen und die von ihm repräsentierte Regierungsform deckt. Er hat sich bekanntlich ganz offen für die Schwarzhunderter ausgesprochen, hat aus seiner Privatschatulle für sie Beiträge gegeben, hat das Abzeichen der Schwarzhunderter bis vor kurzem auf seiner Brust getragen. (Pfuirufe.) Auch der deutsche Kaiser ist ja von dem Verband echtrussischer Leute als Schwarzhunderter in Anspruch genommen worden, genau wie nach den Wahlen von 1907 Fürst Bülow gleich dem Lügenverbandsgeneral von dieser Gesellschaft ein Gratulationstelegramm bekam; und um das deutsche Trifolium voll zu machen: kein Geringerer als Oldenburg-Januschau wurde von dem berüchtigten Purischkewitsch, dem Führer der Schwarzhunderter, als sein lieber Freund und Gesinnungsgenosse bezeichnet. Sympathiebezeugungen, die in aller Deutlichkeit dokumentieren, daß russische Reaktion noch immer deutsche Reaktion ist, daß die zaristische Reaktion mit der borussischen Reaktion noch immer auf Gedeih und Verderb verbunden ist und

mit ihr auf demselben Schiffe untergehen will. So haben wir allen Anlaß, uns immer wieder mit den Beziehungen Deutschlands zu Rußland und speziell den russischen Einwirkungen auf Deutschland, kurz: mit Rußland in Deutschland zu beschäftigen.

Ich habe nicht nötig, auf die Greuel der Gegenrevolution einzugehen, habe nicht nötig, einzugehen auf die Lockspitzelwirtschaft, auf die Judenverfolgungen, die in der neuesten Zeit in Rußland wieder ganz besonders bösartige Dimensionen angenommen haben, habe nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß gerade in diesen Tagen von der Gegenrevolution wiederum in einer Weise mit Blut und Gewalt gearbeitet wird, wie kaum je in früheren Jahren. Aber eins veranlaßt uns heute ganz besonders, unseren Protest mit all der Leidenschaftlichkeit zu erheben, die uns die Pflicht der internationalen Solidarität des Proletariats auferlegt. Ich meine die finnische Frage. Das so außerordentlich sympathische kleine Volk der Finnen, das eines der schönsten Länder der Erde bewohnt und der Kultur und speziell der Literatur so viel Schönes geschenkt hat, dieses Volk, das durch den Schwur des Zaren vom 27. März 1809 die freie Verfassung, die es unter dem schwedischen Regime besaß, garantiert bekommen hat, dieses Volk ist seit langer Zeit bereits dem Zarismus ein Dorn im Auge und ein Stachel im Herzen. Von früheren reaktionären Versuchen will ich nicht sprechen, sondern nur darauf hinweisen, daß man bereits 1901 dem finnischen Volke ein Militärgesetz gesetzwidrig aufzuzwingen suchte. Durch den Wehrpflichtstreik des Jahres 1902 wurde diese Attacke abgeschlagen. Dann kam die unselige Periode, die durch die verruchten Namen Plehwe und Bobrikow gekennzeichnet ist . . .

Vorsitzender **Klühs** macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nur 10 Minuten Redezeit habe, wie sie für die Begründung aller „sonstigen Anträge" Gepflogenheit sei.

Dr. Liebknecht: Ich halte es für selbstverständlich, daß die selbständigen Anträge der Wahlkreise nicht schlechter behandelt werden, als selbständige Anträge irgendeines Delegierten. (Sehr richtig.)

Vorsitzender **Klühs:** Dann müßte eben die Geschäftsordnung resp. unsere alte Gepflogenheit abgeändert werden. Auch ich bin dadurch schon stark beschnitten worden. Ich bitte Sie also fortzufahren, aber nicht allzu lange.

Dr. Liebknecht: Sie wissen, daß alsbald ein heftiger Widerstand gegen dies System einsetzte, der am 16. Juni 1904 in dem Attentat Schaumanns gipfelte, dem der Terrorist Bobrikow erlag. Das war eins der Signale der russischen Revolution, ein Signal, das in der ganzen Welt mit Begeisterung begrüßt wurde. Nun folgte eine Periode größerer Freiheit und Beweglichkeit für das finnische Volk. Nachdem aber die russische Revolution niedergeworfen war, begann sofort wieder die Reaktion und der Kampf gegen die finnische Freiheit. Zuerst kam am 2. Juni 1908 ein Reglement, das entgegen der finnischen Verfassung, nach der die finnische Verwaltung und die Gesetzgebung nur unter dem Beirat finnischer Autoritäten zu führen ist, den russischen Ministerrat bei der finnischen Verwaltung und Gesetzgebung mitzuwirken beauftragt und ihn so verfassungswidrig zur Regierung über Finnland etabliert. Bald darauf, im Frühjahr 1909, wurde die Zusammensetzung des Senats staatsstreichlerisch umgestürzt; während nach der Verfassung der Senat nur aus Finnländern bestehen darf, wurde er mit russischen Generalen und Admiralen angefüllt, und bald war nur noch ein einziger Finne — ein Altfinne natürlich — im Senat, der so zu einem gefügigen Werkzeug des Zarismus umgestaltet war. Am 7. Oktober 1909 wurde jenes berüchtigte Manifest erlassen, nach dem das finnische Volk künftig als Entgelt dafür, daß es „vorläufig" von der russischen „Militärpflicht" „entbunden" bleibt, eine jährliche Abstandssumme von 10,

steigend bis 20 Millionen zahlen soll. Schließlich ist im Juli 1910 von der russischen Duma mit den Stimmen der Oktobristen und der Rechten jener infame Gesetzentwurf angenommen worden, der den gesetzgebenden Instanzen Rußlands unter Ausschaltung der finnischen Legislative auch für Finnland auf fast allen Gebieten die gesetzgebende Gewalt überträgt.

So wurde Verfassungsbruch auf Verfassungsbruch gehäuft, Staatsstreich auf Staatsstreich, Meineid auf Meineid, um dem finnischen Volke die bisherige Suzeränität zu entziehen. Schon im Mai 1910 wurde der Landtag mit dem Entwurf zu dem Gesetz vom Juli 1910 befaßt; er lehnte es ab, das von ihm erforderte Gutachten zu erstatten, weil der Entwurf durchaus ungesetzlich und verfassungswidrig sei. Gerade in diesen Tagen soll der Landtag in Ausführung des staatsstreichlerischen „Gesetzes" über die Entsendung von vier finnischen Mitgliedern in die Duma beschließen. Er hat bereits sein Votum dahin abgegeben, daß das ganze Gesetz verfassungswidrig ist und daß er es ablehnt, ihm Folge zu leisten. Damit ist die finnische Frage in ein akutes Stadium eingetreten, und besonders unsere finnischen Genossen gehen einer schweren Zeit entgegen. Das sichert ihnen ein Recht darauf, daß wir in diesem Momente unseren Protest vor allem erheben gegen die verfassungsbrecherische Vergewaltigung des finnischen Volkes, die der Zarismus auf sein Gewissen zu laden im Begriffe ist, daß wir ihnen unsere herzlichste Sympathie zu diesem ernsten Kampfe aussprechen und ihnen opferbereite Solidarität geloben.

In welch kulturwidriger Weise der russische Einfluß in der finnischen Finanzverwaltung ausgeübt wird, dafür ein Beispiel. In dem Etat, den der finnische Landtag für 1909 festsetzte, sind von der russischen Regierung nicht weniger als 73 wichtige Posten einfach gestrichen worden, meist solche für Kulturzwecke, für Schulangelegenheiten, für Gesundheitspflege usw. und zwar, um so die Mittel für die Militärkontribution zu erübrigen: wie könnte deutlicher gezeigt werden, daß es sich um einen Kampf von Barbarei gegen Kultur handelt!

Wir dürfen nicht vergessen, daß Finnland sich das demokratischste Wahlrecht auf dem ganzen europäischen Kontinent zu erringen verstanden hat; daß eine starke sozialdemokratische Fraktion von über 80 Mitgliedern im finnischen Landtage sitzt, daß die finnischen Proletarier glänzend organisiert sind und daß insbesondere auch die finnischen Frauen in der Front des Emanzipationskampfes des Proletariats stehen. Wir müssen unsere Stimme erheben gegen die Vergewaltigung dieses unglücklichen Volkes und des Landes, das ein Asyl gewesen ist für die russische Revolution und eine Oase in der blutgetränkten Wüste der russischen Reaktion.

Sie wissen, wie die Proteste deutscher und auswärtiger Parlamentarier, Völkerrechtslehrer usw. gegen die brutalen Staatsstreiche von der russischen Regierung und Duma en canaille behandelt worden sind. Aber darum dürfen wir nicht verzagen und meinen, es habe keinen Sinn, zu protestieren; im Gegenteil, die öffentliche Meinung Europas muß immer von neuem gegen den Zarismus und seine Schleppenträger aufgerufen werden. Und wenn in Frankfurt und in Langen die deutschen Gesetze mit Füßen getreten wurden, um den Zaren zu schützen vor der Empörung des deutschen Volkes, und wenn versucht wird, die russische Willkürherrschaft dem Zaren zum Wohlgefallen auch in Deutschland zu etablieren, so haben wir gleichzeitig mit ihr auch die preußische und hessische Reaktion an den Pranger zu stellen.

Es ist in der Tat, wie mir scheint, unmöglich, daß der Zarenbesuch in Deutschland noch länger in derselben Indolenz wie bisher hingenommen wird. Es wäre unbegreiflich, wenn der Zar nicht schließlich durch die allgemeine Empörung des deutschen Volkes gezwungen würde, aus Deutschland

Reißaus zu nehmen. Wenn sich das deutsche Volk im vollen Umfange bewußt wäre, daß es den Vertreter des verbrecherischsten Regierungssystems, das jemals auf der Erde herrschte, auf deutschem Boden dulden soll, wenn sich das deutsche Volk bewußt wäre, was das russische Volk unter der Knute und dem Galgen und den Staatsstreichen dieses Regiments zu leiden hat, dann würde eine solche Aufregung, ein solcher Zorn aufflammen müssen, daß der Zar, dieser gekrönte Verbrecher, nicht in der Lage wäre, den deutschen Boden durch seine Anwesenheit länger zu schänden. (Bewegung.) Indem wir die Resolution annehmen, sprechen wir die Aufforderung an das gesamte deutsche Volk aus, daß seine Empörung so wachsen möge, daß dieser fluchbeladene Mann hinausgetrieben, hinausgepeitscht werde aus unserem Lande, so daß ihm für alle Zeit die Lust vergeht, den deutschen Boden ferner zu besudeln. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Klühs**: Zu dieser Resolution hat der Vertreter der finnischen Bruderpartei, Genosse Wijk, ums Wort gebeten.

Wijk-Finnland: Ich überbringe Ihnen den herzlichsten Dank der finnischen Bruderpartei dafür, daß Sie diese Frage auf Ihrem Parteitage hier erörtern. Wir Finnländer sind uns unserer Kleinheit und Schwäche genügend bewußt und sind für jede Sympathieäußerung des Auslandes dankbar. Besonders freudig berührt uns Ihr Interesse, die Sie an der Spitze der internationalen Sozialdemokratie marschieren, und die Sie die kleine Schar nicht vergessen, die im äußersten Norden Europas unter dem roten Banner kämpft. Wir führen einen schweren Kampf gegen die russische Reaktion. Von seiten der finnischen Bourgeoisie ist keine Hilfe zu erwarten, obwohl der russische Despotismus auch mit dem bürgerlichen Konstitutionalismus nicht vereinbar ist. Aber in wenigen Ländern ist die Sozialdemokratie so stark und der Klassenkampf so heftig wie in Finnland. Vor 10 Jahren gab es in Finnland nur drei wenig verbreitete Arbeiterzeitungen und die Partei zählte etwa 10 000 Mitglieder. Heute zählt unsere Partei 70 000, die Gewerkschaften 30 000 Mitglieder. Wir haben 20 Zeitungen mit 140 000 und 10 Fachblätter mit 20 000 Abonnenten. Tausende von Arbeitern, die von einem rasch emporsprießenden Großkapitalismus oder unter dem Druck alter feudaler Gesetze geknebelt waren, haben ein Ziel gefunden. — Diese Tatsache schon mußte der Bourgeoisie unangenehm werden, die noch immer bestrebt war, die Fiktion der patriarchalischen Zustände aufrecht zu erhalten. Die Bourgeoisie hat sich den Generalstreik von 1905 zunutze gemacht. Nach dem Siege über die russische Reaktion war es ihr unangenehm, wieder in einen neuen Kampf (mit uns) verwickelt zu werden. Wir weigerten uns, in die bürgerliche Regierung einzutreten und errangen bei den letzten Wahlen 40 Prozent aller Stimmen. Das zwang die Bourgeoisie, ihre Maßnahmen zu treffen. Die Folge war die Versöhnung der verschiedenen bürgerlichen Parteien, was noch zwei Jahre früher jeder bürgerliche Politiker für unmöglich gehalten hätte. Die Bürgerlichen kamen jetzt auch den Wünschen der russischen Reaktion entgegen. Die finnischen Behörden lieferten zahlreiche russische Revolutionäre den russischen Henkern aus. Wir allein protestierten dagegen. Erst in der letzten Zeit sind die Bürgerlichen wieder gezwungen worden, einen entschiedenen oppositionellen Standpunkt einzunehmen. Wir haben in Finnland zur Genüge erfahren, daß das Parlament für die Befreiung des Proletariats nur in dem Maße von Bedeutung ist, wie das Proletariat außerhalb des Parlaments Kräfte zu dessen Unterstützung hat. (Sehr richtig!) — Wir Sozialdemokraten haben eingesehen, daß der Konflikt mit der russischen Regierung nicht zu vermeiden ist, denn er hat tiefere ökonomische Ursachen. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Reaktion sich am entschiedensten gegen uns richten wird, denn wir sind ihre

entschiedensten Gegner. Es besteht die Ansicht, daß unsere Organisationen aufgelöst und unsere Presse vernichtet wird. Vielleicht muß sich unsere Bewegung neue Formen suchen, aber daß eine so starke Bewegung wie die des finnischen Proletariats nicht mit einem Federstrich vernichtet werden kann, das dürfte einleuchten. (Sehr richtig!) Als man 1902 ein in gesetzwidriger Weise entstandenes Militärgesetz durchführen wollte, da brach ein großartiger Wehrpflichtsstreik aus, und doch ging man damals nur von dem Gesichtspunkt der Gesetzwidrigkeit aus. Jetzt haben sich die Zustände insofern geändert, als wir eine starke Arbeiterbewegung besitzen, deren Anhänger auch prinzipiell antimilitaristisch gesinnt sind. Die Aufgabe der Reaktion wird immer schwieriger in dem Maße, wie größere Volksmassen an dem Widerstande teilnehmen können. Man kann wohl einige widerspenstige Beamte ihres Amtes entsetzen, man kann eine Menge reaktionärer Veränderungen in der Verwaltung durchführen, aber man kann zum Beispiel nicht eine gesetzwidrige Steuer einnehmen. Der erste Versuch der Reaktion, ihre Pläne auszuführen, ist denn auch kläglich gescheitert. Es handelte sich um die Reformierung des Lotsenwesens, aber die Regierung hat ihren ganzen Plan aufgeben müssen, weil die finnischen Lotsen sich weigerten, den Absichten der Reaktion zu dienen und die finnischen Küsten doch nicht ohne Lotsen gelassen werden konnten. Wir finnischen Sozialdemokraten sind überzeugt, daß die Zukunft der Arbeiterklasse gehört und daß das Schicksal Finnlands in erster Linie von der Arbeiterklasse abhängt. Ob und in welchem Maße wir mit der bürgerlichen Opposition zusammenwirken können, das hängt von ihrer Standhaftigkeit ab. (Sehr richtig!) Unsere Brüder in Rußland haben während der langen Jahre erfahren müssen, sowohl was der russische Despotismus als auch was eine schüchterne und engherzige Bourgeoisie ist. Mit den russischen Arbeitern können wir ohne weiteres zusammengehen. Weiter richten wir unsere Hoffnung auf den Beistand der klassenbewußten Proletarier aller Länder, den wir auch bisher schon erhalten haben. Das internationale Proletariat hat erkannt, daß der russische Despotismus nicht nur für Rußland und Finnland, sondern für die ganze Kulturwelt und besonders für das klassenbewußte Proletariat eine Gefahr ist, daß die reaktionären Bestrebungen in allen Ländern eine sichere Stütze im russischen Despotismus haben, und daß deshalb die Bekämpfung dieses Despotismus eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Proletariats ist. Wir Finnländer sind überzeugt, daß wir in unserem Kampf gegen die Reaktion Ihre Sympathien genießen werden, und Sie, Genossen, können Ihrerseits davon überzeugt sein, daß das finnische Proletariat seine Pflicht erfüllen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ulrich-Frankfurt a. M.: Es hieße unsere kostbare Zeit verschwenden, wenn man sich bemühen wollte, erst noch den Beweis dafür zu erbringen, was wir von der Person des Zaren zu halten haben, und daß es notwendig ist, gegen seine Anwesenheit in Deutschland zu protestieren. Gerade wir wissen ein Lied von dem Gefühl der Empörung darüber zu singen, daß die Steuergroschen des deutschen Volkes benutzt werden im Interesse des Zaren und daß deutsche Proletarier die Wache für ihn stellen müssen. Wir müssen dem Gefühl unserer tiefsten Empörung darüber Ausdruck geben. Ich begnüge mich mit den Worten: Hinaus mit diesem Mordinstrument aus dem deutschen Vaterlande. (Bravo!) Das wird jedenfalls der schärfste Protest sein. (Erneuter Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 75 mit dem Zusatzantrag wird **einstimmig angenommen.**

Es folgt

die Wahlrechtsfrage.

Referent **Borgmann**-Berlin: Im letzten Dezennium hat die Wahlrechtsfrage die verschiedenen Völker Europas auf das tiefste bewegt, Erregungen hervorgerufen, die weite Schichten der Bevölkerung ergriffen hat, politische Konstellationen über den Haufen geworfen und wieder neu aufgebaut. Ich weise nur auf Oesterreich hin, wo durch die Schaffung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sogar eine Festigung des Staatsgebildes herbeigeführt worden ist. Ich erinnere ferner daran, daß Rußland gezwungen wurde, dem Volke ein Wahlrecht zu geben. Allerdings wird, wie vor 60 Jahren in Preußen, so jetzt in Rußland, versucht, durch brutale Willküratke das Errungene wieder zu beseitigen. Die Wahlrechtsfrage wird aber auch in Rußland unausgesetzt die öffentliche Meinung beherrschen. Selbst die Türkei hat in den letzten Jahren eine Verfassung bekommen, und es ist kein Zweifel, daß dadurch die politischen Verhältnisse des Orients auf das tiefste aufgerührt werden. Auch in Deutschland stehen die Wahlrechtskämpfe unausgesetzt auf der Tagesordnung, und in manchen Bundesstaaten haben sie bereits zu Erfolgen geführt. Namentlich sind uns in dieser Beziehung die süddeutschen Bundesstaaten mit gutem Beispiel vorangegangen; es ist mit großem Erfolg die Wahlrechtsfrage gelöst in Bayern, Württemberg und Baden. Andere Staaten, wie Hessen, Elsaß-Lothringen, Bremen, Braunschweig, Preußen, stehen noch jetzt mitten im Wahlrechtskampf. Ob Sachsen und Hamburg, wo die Frage einer gewissen Lösung entgegengeführt ist, sich damit zufrieden geben werden, das scheint mir allerdings zweifelhaft. Entsprechend unserem Programm haben wir in all diesen Wahlrechtskämpfen gefordert die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsbürger über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts.

In den hauptsächlichsten deutschen Bundesstaaten besteht ein Zweikammersystem, ein System, das keinerlei Berechtigung hat und nur einen Hemmschuh für die Entwickelung bildet und dessen Beseitigung wir unter allen Umständen fordern müssen. (Bravo!) Namentlich in denjenigen Staaten, wo die sog. Volksvertretung auf dem Wege des Dreiklassenwahlsystems geschaffen wird, ist die Existenz einer ersten Kammer geradezu eine Ungeheuerlichkeit, denn diese ersten Kammern setzen sich gewöhnlich zusammen aus Großgrundbesitzern, Großkapitalisten, aus Vertretern altadliger Geschlechter, die entweder durch ererbtes Recht oder durch Vertrauen des Landesoberhauptes berufen werden, daneben auch aus einigen Vertretern der Städte und der hohen Geistlichkeit. Die Majorität einer solchen Körperschaft befindet sich fast ausnahmslos in allen Ländern in schroffem Gegensatz zu den Bedürfnissen, den Wünschen und Rechten des Volkes, sie ist lediglich darauf bedacht, ihre Privilegien, ihre usurpierten Gerechtsamen zu behaupten und zu erweitern. In einigen Staaten treten die ersten Kammern geradezu als Städtefeinde und Volksfeinde auf. So hat zum Beispiel das preußische Herrenhaus die Dreistigkeit besessen, den Städten zu verbieten, um ein besseres Wahlrecht zu petitionieren. (Hört! hört!) Dabei kann den Städten das Recht gar nicht bestritten werden. (Sehr richtig!) Ein Urteil, das vor langen Jahren über die Bedeutung des preußischen Herrenhauses gefällt ist, möchte ich, obwohl es schon oft zitiert ist, auch bei dieser Gelegenheit wieder zitieren. Der preußische Hofhistoriograph von Treitschke hat 1867 über das preußische Herrenhaus gesagt:

„Einem kräftigen Staate steht es recht übel an, diese verdumpfte und entwürdigte Versammlung als ein totes Glied am Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für notwendig erachtete Reform wie die Zahlung eines bösen

Wechsels immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und folgerechten Gang der Gesetzgebung, sie erschüttert die konservative Gesinnung in der Nation!"

Wenn von einem hochkonservativen Mann, wie Treitschke, 1867 ein solches Urteil gefällt ist, so muß man sich geradezu wundern, daß dieses Haus heute noch besteht und heute noch wagen kann, eine so reaktionäre Stellung einzunehmen und einen Hemmschuh für die Entwickelung zu bilden. (Sehr richtig!) Wenn in einer Reihe von Einzelstaaten, namentlich in Preußen, die Steuerleistung die Grundlage des Wahlrechts bildet, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß im preußischen Herrenhause Leute sitzen, die überhaupt keine Steuern bezahlen, die steuerfrei sind, oder deren Steuerfreiheit durch hohe Summen abgelöst ist, so daß sie zu den Lasten des Staates nichts beitragen. (Hört! hört!) Eine solche Körperschaft hat heute keine Existenzberechtigung, und daß selbst in den fortgeschrittenen süddeutschen Bundesstaaten sich mitunter dieselbe Rückständigkeit zeigt, das beweist ja, daß Prinz Ludwig von Bayern sich genötigt gesehen hat, der reaktionären Mehrheit im Reichsrat ernstlich ins Gemüt zu reden, als es sich um die Schaffung eines freien Wahlrechts handelte. Ich weise weiter darauf hin, daß in Hessen der Freiherr von Heyl versucht hat, die Rechte des Herrenhauses noch zu erweitern. Auch unsere württembergischen Genossen befinden sich heute im Kampf gegen die Herrschaft der ersten Kammer. Die Herrschaften in den ersten Kammern sind teilweise international, in einer Reihe von Herrenhäusern sitzen Männer, die auch im Auslande die gleichen Gerechtsamen haben, eine Sonderbarkeit, die nur unter so reaktionären Zuständen möglich ist. (Sehr richtig!)

Zwei Kammern haben außer Preußen noch Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen; alle übrigen Staaten kommen mit einer Kammer aus, es geht also auch so. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, allerdings nur für Männer, haben Bayern, Württemberg und Baden. Sachsen hat ein Pluralwahlrecht mit höchstens 4 Stimmen, aber der Erfolg der sächsischen Wahlrechtsreform ist wahrlich nicht so ausgefallen, wie die Schöpfer dieses Wahlrechts es im Auge hatten.

Eine Kammer haben Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Koburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt und auch die kleineren Fürstentümer. Sonderbar liegen die Dinge in Braunschweig, das sich ja auch im heftigsten Wahlkampfe befindet. Die Zusammensetzung des dortigen gesetzgebenden Körpers ist folgendermaßen. Von den 48 Mitgliedern sind 15 von den Städten zu wählen, 15 von den Landgemeinden und 18 durch besondere Berufsstände. Diese berufsständische Gliederung erfolgt derart, daß 2 Vertreter von der hohen Geistlichkeit, und zwar der evangelischen, gestellt werden, 4 durch die Grundbesitzer, 3 durch die Industriellen, 4 von den Vertretern der Wissenschaft und 5 von den höchsten Steuerzahlern. Von dem eigentlichen Volk wird überhaupt nicht geredet. Das können sich unsere Genossen natürlich nicht gefallen lassen. Besondere Verhältnisse bestehen auch in den außerdeutschen Staaten. Oesterreich und Belgien besitzen die Wahlpflicht. Ungarn ist das einzige Land, wo das Wahlrecht schon beim 20. Lebensjahre einsetzt. Allerdings besitzen dort nur 5,7 Proz. der gesamten Bevölkerung das Wahlrecht. In Großbritannien, Italien, Schweden setzt es mit dem 21. Lebensjahre ein. In Portugal wird von den Wählern auch Lesen und Schreiben verlangt. Belgien hat neben dem allgemeinen Wahlrecht den Proporz und die Wahlpflicht, aber auch eine Pluralwahl mit 3 Stimmen. In Norwegen und Finnland sind die Frauen wahlberechtigt, in Finnland haben sie auch das passive Wahlrecht. Das ist der einzige Staat in dieser Beziehung. Wie lange wird das aber noch dauern, nachdem der blutige Zarismus seine Klauen in dieses Land geschlagen

hat. Wahrscheinlich wird es auch mit dem vorgeschrittenen Wahlrecht bald zu Ende sein. Diese Buntscheckigkeit der Wahlrechte ist auf den Widerstand der herrschenden Klassen zurückzuführen, auf angemaßte Vorrechte und Privilegien zu verzichten. Zweifellos wird es nur durch die Wucht und die Stärke der Arbeiterorganisationen möglich sein, die herrschenden Klassen zu zwingen, ihre angemaßten Privilegien aufzugeben. Es muß ihnen zu Gemüte geführt werden, daß im Staate alle Bürger das gleiche Recht zu beanspruchen haben. Oft wird von den Gewalthabern behauptet, daß das besondere Wahlrecht auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Staaten zurückzuführen sei. Da aber in Deutschland ebenso viele Verschiedenheiten vorhanden sind, so hat man versucht, dies auf die Eigenart der Stämme zurückzuführen. Das ist natürlich eine verlogene Ausrede. Man kann doch in Preußen von keinem einheitlichen Stamme reden. Es besteht aus einer Reihe der verschiedensten Stämme, die in ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwickelung nach ganz diametral gegenüberstehen. Es kann also keine Rede davon sein, daß das preußische Wahlrecht auf besondere Stammeseigentümlichkeiten Rücksicht nehmen muß.

Nun könnte es sonderbar erscheinen, daß heute noch vor allen Dingen in Preußen solche Wahlrechtszustände vorhanden sind, und daß die arbeitenden Klassen ihr Interesse verhältnismäßig spät der Umwandlung dieser Dinge entgegengebracht haben. Ich glaube, einen einigermaßen plausiblen Grund dafür zu haben. Es ist zunächst zweifellos, daß, als das Deutsche Reich gegründet wurde und damit das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt wurde, die jung aufstrebende Arbeiterpartei notwendigerweise diese Waffe in erster Linie für sich gebrauchen mußte, so daß sie alle Kräfte einsetzen mußte, um sie wirksam zur Anwendung zu bringen. In späterer Zeit, als sich die Arbeiterschaft eine feste Organisation schuf, kam das Schandgesetz, daß die Kräfte der Partei in einer Weise in Anspruch nahm, daß es kaum möglich war, der Partei Einfluß in den Landesvertretungen zu verschaffen. Bloß einige Ausnahmen, namentlich Sachsen, sind hervorzuheben. Erst mit dem Fall des Sozialistengesetzes wuchs das Interesse. Nachdem Bismarck abgegangen war, erwirkten sich einzelne Bundesstaaten mehr Einfluß auf die Reichsgesetzgebung. Gerade Bismarck war es ja, der die Bundesstaaten aufreizte, sich größeren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung zu verschaffen, natürlich nur, um seinen Nachfolgern Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Nach und nach gewannen die einzelnen Bundesstaaten, namentlich der führende, Preußen, einen ungeheuren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung. Bei den nun einmal bestehenden Verhältnissen in Preußen ist es gar nicht anders möglich, als daß dieser Einfluß nur im reaktionären Sinne ausgeübt wird. Dazu kommt, daß die Bundesstaaten eine ganze Reihe wirtschaftlicher Unternehmungen übernommen haben, was wir übrigens durchaus billigen. So besitzt Preußen das größte Eisenbahnnetz der Welt. Es ist einer der größten Besitzer von Bergwerken, von Forsten, es betreibt weitreichende Kanäle, viele Hunderttausende Arbeiter sind vom preußischen Staat beschäftigt. Durch die gewaltige Entwickelung, wie sie das Staatswesen genommen hat, sind auch die kleinen Beamten, die nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen mit zum Proletariat gerechnet werden müssen, so zahlreich geworden, daß in Preußen allein heute 120 000 solche kleine Beamte vorhanden sind, deren Interessen nicht von der herrschenden Klasse, sondern nur von der Partei der Arbeiter vertreten werden. Diese großen Proletarierinteressen, die in der Landesgesetzgebung zu berücksichtigen sind, führten dazu, daß überall die Partei Einfluß auf die Landesgesetzgebung zu erlangen suchte. Wenn wir die Verhältnisse im Reiche ändern und schützen wollten, war es von der größten Bedeutung, die Verhältnisse in Preußen zu ändern, das heißt an der Wurzel zu fassen. Nachdem einmal die Notwendigkeit anerkannt war, diesen

Einfluß in Preußen zu erlangen, sind auch die Differenzen, die in dieser Beziehung innerhalb der Partei bestanden, sehr schnell verschwunden. Die Erfolge unserer bayerischen, badischen und württembergischen Genossen in ihren Wahlrechtskämpfen haben auch uns in Norddeutschland ein gutes Stück vorwärts geholfen. (Hört! hört! Bravo!) Welchen Eindruck die süddeutsche Wahlrechtsbewegung aber auf unsere Scharfmacher ausgeübt hat, möchte ich nur an einem Beispiel erweisen. Als die bekannte Rede des Prinzen Ludwig von Bayern in die Oeffentlichkeit kam, da hat der Junker v. Oldenburg-Januschau in einer Versammlung die Meinung ausgesprochen, wenn es in Süddeutschland so weiter gehe, dann werde es einmal notwendig sein, mit den preußischen Bajonetten dort Ordnung zu schaffen. (Hört! hört!) Diese preußische Junkerfrechheit kann nicht oft genug angenagelt werden. Sie zeigt auch, was zu erwarten ist, wenn diese Junkerherrschaft in Preußen nicht gebrochen wird. Daran kann kein Zweifel sein, daß die preußischen Junker, wenn es sich darum handelt, ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, selbst vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschrecken würden. (Zuruf eines bayerischen Delegierten: Die sollen nur kumma! Heiterkeit!) Oldenburg-Januschau macht aus seinem Herzen keine Mördergrube; er spricht nur aus, was die anderen denken. Die anderen sind verschwiegener, aber im Herzen haben sie dieselbe Meinung. Während die Wahlrechtskämpfe in Süddeutschland verhältnismäßig ruhig verliefen, führten sie in Norddeutschland und selbst in den kleinsten Bundesstaaten zu den heftigsten Zusammenstößen. Ich will nur auf Braunschweig hinweisen, wo bei den Wahlrechtsdemonstrationen die Polizei mit einer rücksichtslosen Brutalität gegen die eigenen Volksgenossen vorgegangen ist, die jeder Vernunft Hohn sprach, und wo bei dieser Gelegenheit Bürgerblut geflossen ist, weil die herrschenden Klassen den veränderten Verhältnissen verständnislos gegenüberstehen, und weil sie mit den Machtmitteln des Staates ihre egoistische Herrschaft aufrecht erhalten. Die bürgerlichen Parteien können sich nicht verteidigen, daß die Dinge plötzlich über sie gekommen wären, denn es sind zahllose Versammlungen und Veröffentlichungen in der Presse vorausgegangen, worin die Wahlrechtsforderung ausführlich begründet war. Ich habe hier einen kurzen Auszug aus einer Wahlrechtsbroschüre unserer braunschweigischen Genossen, da heißt es: „Schon seit vielen Jahren hat die sozialdemokratische Presse mit unwiderleglichen Gründen die himmelschreiende Ungerechtigkeit und die Unhaltbarkeit des Dreiklassenwahlrechts nachgewiesen. Regierung und Landtag blieben taub gegen die zwingendsten Gründe. In vielen, vielen Versammlungen wurde von vielen tausend Staatsbürgern die Wahlreform gefordert. Regierung und Landtag blieben taub. Schriftliche Eingaben an den Landtag blieben unbeantwortet. Hohnlachend lehnten Landtag und Regierung jede Reform ab."

Was sollte das Volk da tun? Es mußte auf die Straße gehen, es mußte öffentlich demonstrieren (Zustimmung), daß es sich ferner nicht als Heloten behandeln lassen will und wenn dabei die Polizei mit rücksichtsloser Brutalität die Arbeiter in die Enge treiben und von hinten und vorn attackieren ließ, dann wird das dabei vergossene Blut, dann wird die Blutschuld, dann wird dieses verwerfliche Beginnen ewig auf den Machthabern lasten bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Dabei möchte ich die Frage aufwerfen, kann denn jemand ernsthaft glauben, daß, wenn in Braunschweig das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird, das braunschweigische Staatsgebilde aus dem Leim gehen wird? Das kann niemand glauben. Dazu sind die Verhältnisse dieser Monarchie ohne Monarchen zu bedeutungslos.

So wie in den monarchischen Staaten ist das Verhalten aber auch in den bürgerlichen Republiken Norddeutschlands. Wenn in Hamburg die Wahlrechtsfrage vorläufig zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, so verweise ich darauf,

daß die Pfeffersäcke der bremischen Republik mit gleicher brutaler Rücksichtslosigkeit sich dagegen gewehrt haben, den berechtigten Anforderungen der Arbeiterklasse nachzukommen. Der Widerstand des liberalen Bürgertums in dieser Republik wird natürlich unsere Parteigenossen erst recht anspornen, diese angemaßten Privilegien zu beseitigen. Die Schönheiten des bremischen Wahlrechts möchte ich Ihnen mit ein paar Strichen skizzieren. Das bremische Wahlrecht zur Bürgerschaft ist ein Achtklassenwahlrecht. (Hört! hört!) Die 150 Vertreter der Bürgerschaft werden in folgender Weise gewählt. Die erste Klasse sind die Gelehrten, da kommen auf jeden Vertreter 28 Wähler, dann kommt der Kaufmannskonvent mit 40 Vertretern und 21 Wählern auf jeden Vertreter. Die dritte Klasse, die Gewerbekammer, hat 20 Vertreter und es kommen nur 12 Wähler auf einen Vertreter. Die vierte Klasse, die sonstigen Bürger, hat 52 Vertreter und auf jeden Vertreter kommen 341 Wähler. Und dann hat Vegesack 4 Vertreter mit je 48 Wählern, Bremerhaven 8 Vertreter mit je 100 Wählern, die Landwirtschaft hat auch 8 Vertreter und auf jeden kommen 70 Wähler und schließlich das gewöhnliche Volk hat 4 Vertreter mit 414 Wählern. (Hört! hört!) Ist das etwa ein Wahlrecht, bei dem der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt, auf das sich die bremische Republik etwas zugute tun kann? Ganz gewiß nicht. Und unsere bremischen Parteigenossen haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß dies elende Wahlrecht, das mindestens so schlecht ist, wie das preußische Dreiklassenwahlsystem, bald beseitigt wird. (Sehr richtig!)

Sehr schwere Arbeit wird in den nächsten Jahren auch unseren elsaß-lothringischen Parteigenossen bevorstehen. Elsaß-Lothringen soll ja jetzt eine Verfassung bekommen, und unsere Parteigenossen haben daher auf dem am 16. und 17. Juli in Colmar stattgefundenen Parteitag eine Resolution angenommen, welche mit rücksichtsloser Schärfe ihren Standpunkt zum Ausdruck bringt. Sie fordern neben autonomer Verwaltung die Schaffung einer republikanischen Verfassung, ein Einkammersystem und das allgemeine gleiche Wahlrecht mit dem Proporz, also Forderungen, die unserem Programm entsprechen und für die sie sicher mit aller Energie eintreten werden. In der Tatsache, daß Elsaß-Lothringen heute noch ohne Verfassung existiert, kommt die Rückständigkeit unserer ganzen preußisch-deutschen Regierungsmethode zum Ausdruck. Als Gegenstück verweise ich darauf, daß z. B. in Südafrika, daß erst vor kurzem mit England Krieg geführt hat, eine Verfassung zustande gekommen ist, wo die Besiegten von damals an die Regierung gekommen sind und als freie Staatsbürger Gleichberechtigung haben. Es ist noch sehr zweifelhaft, ob im Hinblick auf die reaktionären Verhältnisse in Deutschland die elsaß-lothringische Bevölkerung auch nur einen schwachen Abglanz von den freiheitlichen Einrichtungen bekommen wird, wie sie in Südafrika das Burenvolk durch die englische Regierung erhalten hat. (Sehr gut!)

Die Kämpfe, die von unseren sächsischen Genossen bei der Wahlrechtsbewegung geführt worden sind, haben noch keinen vollen Erfolg gehabt, sondern es ist ein Pluralwahlrecht Gesetz geworden. Ich sagte schon, daß wahrscheinlich die Schöpfer des Wahlrechts sich über seine Wirkungen in einer argen Täuschung befunden haben. Wenn wir uns auch darüber freuen, daß unsere sächsischen Genossen trotzdem mit diesem Wahlrecht recht gute Erfolge erzielt haben, so ist es doch selbstverständlich, daß unsere sächsischen Genossen sich mit dem Erfolg ihres mit solchem Elan geführten Wahlrechtskampfes nicht zufrieden geben können (Heilmann: Sehr richtig!), sondern daß die gut durchgebildete Organisation der sächsischen Parteigenossen alles daransetzen wird, dieses Pluralwahlrecht wieder zu beseitigen, und das allgemeine, geheime Wahlrecht für beide Geschlechter vom zwanzigsten Jahre ab einzuführen. (Sehr gut!) Wir

sind sicher, daß, wenn das gelingt, das sächsische Staatswesen selbst den größten Vorteil davon haben wird. (Sehr richtig!) Aber dieser Erfolg, den die sächsischen Parteigenossen mit dem Pluralwahlrecht gehabt haben, hat seine schweren Schatten auf Preußen geworfen. Den preußischen Junkern sind die Erfolge, die mit diesem Pluralwahlrecht von der Sozialdemokratie erzielt worden sind, in die Glieder gefahren. Sie haben sich vor Augen geführt, daß, wenn ein solches Wahlrecht etwa in Preußen dieselbe Wirkung ausüben würde, vielleicht 120 Sozialdemokraten in den preußischen Landtag einmarschieren würden. Daher ist jede Wahlrechtsänderung für die Junker ein Sprung ins Dunkle, sie fühlen schon das rote Meer über ihren Häuptern zusammenschlagen. (Sehr gut!)

Wenn ich bei der preußischen Wahlrechtsbewegung etwas länger verweile, so deshalb, weil diese Frage im Augenblick die brennendste ist und weil Preußen der einflußreichste Bundesstaat ist und eine unheilvolle Wirkung auf die Gestaltung der inneren wie der äußeren Reichspolitik ausübt. Es ist durchaus nicht zuviel gesagt, daß in Preußen eine Clique das Heft in der Hand hat, daß in Preußen eine bestimmte Partei die Regierung führt und daß die Minister in Preußen nichts anderes als die Kommis, die ausführenden Organe, Handlanger dieser Partei sind. (Sehr richtig!) Wenn man sich den preußischen Junker mit seiner brutalen Rücksichtslosigkeit, seinen materiellen Interessen vor Augen führt, kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, welch unheilvollen Einfluß die Junker auf die Reichspolitik ausüben. Es gelangt ja heute nicht mehr ein einziges Gesetz vor den Bundesrat, bevor es nicht die preußischen Ministerien passiert hat und die Genehmigung seitens der preußischen Minister zur Einbringung an den Bundesrat erteilt worden ist. Die Wahlrechtsfrage in Preußen ist ja bekanntlich durch den Beschluß des Mainzer Parteitages in die Wege geleitet worden. Die erste Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen erfolgte 1903. Es hat sich auch da schon gezeigt, daß selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht die sozialdemokratische Partei doch so erstarkt ist, daß, wenn auch nur ganz geringe, so doch Erfolge zu erzielen waren. Es hat sich aber auch gezeigt, daß in dem Augenblick, wo größere Massen sich an der Wahl beteiligten, das ganze Wahlsystem in sich zusammenbrach. So kam es denn, daß später auf diese Verhältnisse auch von der Regierung Rücksicht genommen wurde und eine Aenderung des Wahlverfahrens versucht wurde.

Bei diesen Wahlkämpfen zum Preußischen Landtag hat sich gezeigt, daß dabei eine Agitation möglich ist, bei der man an jede einzelne Person herankommt, bei der man bis in die tiefsten Tiefen wühlen kann. Auch die Gegner der Beteiligung an den Landtagswahlen sind dadurch energisch und mit Lust und Freude in den Kampf gegangen. Der Ausfall der Wahl von 1903 ergab 320 000 Stimmen für die Sozialdemokraten. Nahezu die stärkste Partei, erhielten wir aber kein einziges Mandat. Das mußte aufreizend wirken innerhalb der Wählerschaft, und das sollte es auch. Die Wahlrechtsbewegung war durch diesen ersten Versuch lebhaft in Gang gekommen. Schon die ersten Demonstrationsversammlungen, die für die Erringung eines modernen Wahlrechts in Szene gesetzt wurden, waren von einem glänzenden Erfolge begleitet. Allerdings waren auch unsere Gegner, vor allem die Regierung und die tapfere Polizei, auf dem Platze. Der Schreck war ihnen in die Glieder gefahren. Die ganze Polizei wurde aufgeboten, um das innere Berlin abzusperren, falls Demonstrationszüge stattfinden sollten. Das Militär war in den Kasernen bereit, die Artillerie mit scharfer Munition versehen. Es ist natürlich keinem Menschen eingefallen, solche Züge zu veranstalten. Merkwürdig war daher, daß die Berliner bürgerlichen Blätter, selbst das „Berliner Tageblatt", höhnend über die

Arbeiterschaft hergezogen sind und sie der Feigheit ziehen und sagten, wir hätten die Demonstration unterlassen wegen dieses Aufgebots der staatlichen Gewalt. Niemand hat solche Demonstration beabsichtigt, es kann also auch keine Rede davon sein, daß die Arbeiter Furcht gehabt haben. Als dann wirklich Demonstrationen veranstaltet wurden, war es den bürgerlichen Blättern auch wieder nicht recht. Es wurde gesagt, wir hätten die Politik auf die Straße getragen und damit der Wahlrechtsbewegung geschadet. Das ist durchaus falsch, denn gerade durch die Demonstration auf der Straße wurde der allergrößte Eindruck hervorgerufen. Bis tief in das Bürgertum hinein wurde dadurch die Aufmerksamkeit auf die Wahlrechtsfrage gelenkt. Vor allem wurde den Machthabern in Preußen gezeigt, daß Hunderttausende sich nicht scheuen, auf die Straße zu gehen und für das gleiche Wahlrecht zu demonstrieren. Dabei kam es leider zu den heftigsten Zusammenstößen mit der Polizei in verschiedenen Orten in Preußen, so in Frankfurt a. M., Hannover, Dortmund, Berlin. Es ist auch in bürgerlichen Kreisen anerkannt worden, daß die Demonstrationen zu diesem schroffen, provokatorischen Vorgehen der Polizei nicht den geringsten Anlaß gegeben haben. Die Arbeiter haben nur als Staatsbürger von ihrem Recht, zu demonstrieren, Gebrauch gemacht. Sie haben ja nur dasselbe getan, was auch die sogenannten Patrioten in Berlin nach den Wahlen von 1907 getan haben. Jedenfalls waren die Demonstrationen von der Arbeiterschaft nicht so eingeleitet, daß es mit der Polizei zu irgendwelchem Konflikt kommen sollte. Unsere Abgeordneten Ströbel und Paul Hirsch haben im Landtage festgestellt, daß die preußische Polizei elende Subjekte gedungen hat, die in die Züge sich einschlichen und versuchten, die Menge zu Unvorsichtigkeiten zu verleiten. Die Polizei suchte selbst künstliche Erregung hervorzurufen. Königliche Kriminalbeamte fanden sich da mit in den Demonstrationszügen, die das Volk aufputschen sollten zu ungesetzlichen Taten. (Pfuirufe.) Wenn die preußische Regierung glaubt, mit solchen Mitteln der Provokation, der Bestechung eine Volksbewegung unterdrücken zu können, so beweist sie nur ihre elende Kurzsichtigkeit. (Zustimmung.) Dann weiß sie nicht, was in dieser Bewegung steckt. Der preußische Polizeigeist, der Geist der Unfreiheit, ist vielleicht eine Entschuldigung. (Pfannkuch: Dummheit ist es!) Es hat einen kläglichen Eindruck gemacht, als der preußische Polizeiminister von Moltke die Erklärung abgeben mußte, daß die Polizei ohne solche elenden Subjekte nicht fertig werden kann. (Hört! hört!) Die Demonstrationen, die später stattfanden, haben den unwiderleglichen Beweis gebracht, daß es der Arbeiterschaft nie in den Sinn gekommen ist, irgendwelche Ausschreitungen zu begehen, wie die Polizei sie anzetteln wollte. Weder in Berlin, noch in Frankfurt a. M., noch im Ruhrrevier kam es zu Ausschreitungen. Immer ist es ruhig und glatt vonstatten gegangen, wenn nur die Polizei ihre Nase aus dem Spiel ließ. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsdemonstrationen haben unausgesetzt an Schärfe gewonnen. Und als an der Landtagswahl 1908 die Sozialdemokraten sich mit gewohnter Energie in den Wahlkampf begaben, da war das Resultat, daß trotz des elenden Dreiklassenwahlsystems nicht weniger als 600 000 Stimmen für uns abgegeben wurden. Es hat etwas Hohes, Bedeutungsvolles für sich, wenn am offenen Wahltisch so viele Stimmen für die Sozialdemokratie Zeugnis ablegen. (Beifall.) Das Resultat ist allerdings in bezug auf das praktische Ergebnis verhältnismäßig gering. Das konnte auch nicht anders sein. Nur 7 Sozialdemokraten gingen als Sieger hervor.

Wenn am 20. Oktober 1908 der Preußische Landtag mit einer Thronrede eröffnet wurde, deren bedeutungsvollster Passus auf die Wahlreform Bezug hatte, so ist das durch unsere Wahlagitation hervorgerufen. In der Thronrede wurde erklärt, daß das Wahlrecht eine organisatorische Fortentwickelung erfahren solle, die der wirtschaftlichen Entwickelung, der Ausbreitung der

Bildung und des politischen Verständnisses entspricht. Mit rücksichtslosem Ernst hat die Arbeiterschaft ihren Willen ausgesprochen, sonst wäre eine solche Thronrede nicht erschienen. Das ist ein Erfolg dieser gewaltigen Bewegung. Wirtschaftliche Entwickelung, politisches Verantwortungsgefühl sind in den Kreisen der Sozialdemokratie viel mehr vorhanden als in denen der Bürgerschaft. (Zustimmung.) Es muß unter allen Umständen daher ein Wahlgesetz zustande kommen, daß den berechtigten Anforderungen der Arbeiter Rechnung trägt. Was die wirtschaftliche Entwickelung anlangt, so muß gesagt werden, daß im Laufe der 60 Jahre, die dieses Wahlrecht besteht, diese Verhältnisse in Preußen ganz auf den Kopf gestellt sind, so daß eine Aenderung eintreten muß. Vor allem muß die Wahlkreiseinteilung geändert werden. Gegen diese geforderte Neueinteilung haben die Reaktionäre entschieden Sturm gelaufen. Sie sagen, erst habe man ihnen die Arbeiter weggenommen, jetzt wolle man ihnen die politische Vertretung nehmen. Ja, besitzen denn die Scholle, die Hektare, das Wahlrecht oder die Menschen, die darauf wohnen? Diese Ankündigung in der Thronrede hat in den Reihen der Konservativen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Der konservative Redner hat schon bei der ersten Etatsberatung seinem Unwillen im Namen seiner Freunde Ausdruck gegeben. Er sagte, daß die konservative Partei bezweifle, daß sich eine Reformbedürftigkeit bei dem preußischen Wahlrecht in höherem Maße bemerkbar gemacht habe als bei dem Wahlrecht der anderen Staaten und im Reiche. Das preußische Wahlrecht sei ein Wahlrecht, aufgebaut auf dem Maß der Pflichten, zu den Staatslasten beizutragen; das Abgeordnetenhaus habe sich in positiven Leistungen seit langer Zeit auf der Höhe der Aufgaben gezeigt. (Heiterkeit.) Das war eine ziemlich scharfe Absage an die Regierung Bülows. Interessant ist, daß gegen diesen Redner der Konservativen, den Freiherrn von Richthofen-Mertschütz, der behauptete, das Wahlrecht sei aufgebaut auf das Maß der Pflichten, zu den Staatslasten beizutragen, eine schwere Bezichtigung erhoben worden ist. Er soll in den letzten 10 Jahren 300 000 Mk. bei der Steuer nicht deklariert haben. (Hört! hört!) Dieser Mann wagt es, zu sagen, daß das Maß der Pflichten, zu den Staatslasten beizutragen, die Unterlage des geltenden preußischen Wahlrechts sei. Die Thronrede hat auch darauf hingewiesen, daß der bureaukratische Gang der Geschäfte nicht so schnell sei, daß die notwendigen Unterlagen nicht sobald beschafft werden könnten. Ehe die Wahlrechtsvorlage ans Abgeordnetenhaus gelangte, fanden Verhandlungen über Wahlrechtsanträge der Parteien im Abgeordnetenhause am 25. und 26. Januar 1909 statt.

Am Tage, als diese Vorlage im Abgeordnetenhause zur Verhandlung stand, wurde das ganze „Volkshaus" von Polizei umstellt, damit das Volk die Volksvertreter nicht in ihrer Tätigkeit genieren könnte. (Hört! hört!) Es war geradezu lustig, anzusehen, wie diese behelmte Schutzmannschaft dort allein auf der Straße geblieben ist. Denn es ist niemand eingefallen, bei dieser Gelegenheit irgendwie zu demonstrieren. Das Volk hat die Herrschenden völlig unter sich gelassen. Wenn wir demonstrieren wollen, machen wir die Dinge gewöhnlich ganz anders, als unsere Gegner es wünschen, die Gelegenheit zu neuen Attacken haben möchten. Im Abgeordnetenhause selbst ging es natürlich ganz anders zu als bei früheren Gelegenheiten. Ich habe 1903 und 1906 den Verhandlungen über Wahlrechtsanträge beigewohnt. Dieses Plätschern des Ententeiches von damals ist gar nicht zu vergleichen mit dem Sturm, der diesmal losbrach, nachdem die Sozialdemokraten in das Haus getreten waren. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Unser Genosse Ströbel hat damals die Geißel über ihnen so geschwungen, daß die Herren oft aufheulten. Auch die bürgerlichen Parteien sahen sich genötigt, einen ganz anderen Ton anzuschlagen. Wir

haben dafür gesorgt, daß sie nicht wieder in den alten Fehler verfallen sind. Von den Konservativen ist dabei in aller Form dem damals noch amtierenden Fürsten Bülow der Fehdehandschuh hingeworfen worden. Der konservative Redner erklärte damals: deshalb habe ich namens meiner Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir an den Grundlagen unseres bewährten preußischen Wahlrechts nicht gerüttelt und geschüttelt sehen wollen. Wenn die Regierung uns eine Vorlage bringen sollte, die an diesen Grundlagen rüttelt, so würde das allerdings für das Verhältnis der Regierung zu uns und der Konservativen im Lande zur Regierung von einschneidendster Bedeutung sein.

Die schroffe Haltung der konservativen Partei in dieser Frage wird weiter dokumentiert durch eine Rede, die der ostpreußische Junker Graf Mirbach im Herrenhause gehalten hat. Er sagte: so wie im Deutschen Reichstage die konservative Fraktion den rocher de bronce darstellt gegen die Erbschaftssteuer, so wird auch die konservative Partei in Preußen den rocher de bronce darstellen gegen jede Veränderung des bewährten Dreiklassenwahlrechts. Diese Erklärung legt Zeugnis davon ab, daß die Konservativen in Preußen sich ihrer Macht bewußt sind, daß sie den Teufel danach fragen, ob der König sein Wort gegeben hat, eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Wahlreform durchzuführen oder nicht. Wenn die Herren sehen, daß es sich um ihre Macht handelt, dann pfeifen sie auf das Wort des Königs. (Sehr richtig!) Endlich erschien die Statistik. Wer sie gelesen hat, muß zugeben, daß sie und die Denkschrift nichts anderes waren, als eine ganz erbärmliche Entstellung tatsächlicher Verhältnisse. (Sehr richtig!) Das war nicht anders zu erwarten und ist auch nachher selbst von den Freunden der Regierung anerkannt worden. Inzwischen war Bülow gegangen worden. Die Erbschaft hatte ebenso wie bei der Reichsfinanzreform der unglückliche Schulmeister Bethmann angetreten. Werte Genossen! Ich weiß nicht, wie die Wahlrechtsvorlage ausgesehen hätte, wenn Bülow sie noch als Ministerpräsident eingebracht hätte. Ich kann aber erklären, daß kein Mensch geglaubt hätte, daß je eine solche elende Spottgeburt wie die Bethmannsche Wahlrechtsvorlage möglich sei. Eine solche Aufreizung, wie sie hier dem rechtsuchenden Volke gegenüber gewagt wurde, ist geradezu unerhört. Sie legt Zeugnis davon ab, daß der leitende Staatsmann in Preußen sich über die tatsächlichen Verhältnisse durchaus im unklaren befindet. Wir haben die Vorlage mit Pfuirufen empfangen und sie mit einem Bravo! zu Grabe getragen. Sie verdiente nichts anderes. Von einer Neueinteilung der Wahlkreise, die mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Inhalt der Thronrede unbedingt gefordert werden mußte, war gar keine Rede. Die Klassenwahl sollte beibehalten werden. Von einer Einführung der geheimen Wahl wollte die Regierung n i c h t s w i s s e n. Zwar sollte die höhere Steuerleistung maximiert werden, d. h. die Staatssteuer sollte über eine bestimmte Höhe hinaus bei der Drittelung nicht zur Anrechnung kommen. Wie merkwürdig doch die Verhältnisse in Preußen liegen. Während die Staatssteuer maximiert werden sollte, sollten die nicht bezahlten Gemeindesteuern und Gewerbesteuern in voller Höhe in Anrechnung gebracht werden. Nämlich Gewerbe- und Grundsteuer sind den Gemeinden zur Erhebung überlassen. Aber weil die Gutsbezirke keine Gemeindesteuer bezahlen, werden ihnen Grund- und Gewerbesteuern in voller Höhe angerechnet. Bei den Staatswahlen werden die Staatssteuern gekürzt, die nicht bezahlten Gemeindesteuern in voller Höhe angerechnet. Nichts beweist die besonderen Verhältnisse in Preußen besser, als diese Begünstigungspolitik; ferner sollten die sogenannten Kulturträger eingeführt werden, Elemente, die eine höhere geistige, politische und wirtschaftliche Bedeutung haben. Sie sollten aus der niedrigen Klasse, in die sie nach der Steuerleistung gehörten, in eine höhere Klasse aufrücken. Die Urwahlbezirke sollten vergrößert werden. Die

Wirkung wäre die gewesen, daß die paar Sozialdemokraten, die jetzt gewählt sind, wieder hinausgeflogen wären. Die einzige wirkliche Verbesserung war, daß die indirekte Wahl beseitigt und die direkte Wahl eingeführt werden sollte. Die Regierung hat die Vorlage bezüglich der direkten Wahl mit einer Reihe guter, zutreffender und durchschlagender Gründe belegt und ihre Notwendigkeit bewiesen. Was hat nun der Landtag aus der Vorlage gemacht? Kurz gesagt, er hat die Vorlage völlig umgekrempelt. Es sollte bei der Klassenwahl bleiben. Die direkte Wahl, auf die die Regierung den größten Wert legte, sollte wieder beseitigt werden. Für die Urwahlen sollte die geheime Stimmenabgabe eingeführt werden, während die Wahlen für die Abgeordneten öffentlich stattzufinden haben. Ein Arbeitervertreter aus dem Zentrum, Herr Giesberts, hat sich für diese Einrichtung ausgesprochen, weil sonst die Urwähler keine Kontrolle über die Ausübung des Wahlrechts durch den betreffenden Wahlmann hätten. Der Wahlmann soll also kein freies Wahlrecht besitzen und die Zentrumsleute sind selbst ihrer Wahlmänner nicht mehr ganz sicher, deshalb soll die öffentliche Abgeordnetenwahl bestehen bleiben. Es ist ein Arbeitervertreter des Zentrums, der diese Forderung ausgesprochen hat. (Hört! hört!)

An Stelle der früher bezeichneten Kulturträger sollten jetzt nur die treten, die das Abiturientenexamen abgelegt haben. Etwas Blödsinnigeres ist nicht zu denken, weil die Verhältnisse der Abiturienten in späteren Jahren sich so verschieden gestalten können, daß schon deshalb keine Rede davon sein kann, daß aus der Tatsache der Ablegung dieses Examens irgendwie höhere Rechte abgeleitet werden könnten.

Im Jahre 1892 hat der preußische Minister Herfurth in einer Wahlreformdebatte im Landtag den Standpunkt vertreten, das preußische Wahlrecht könne überhaupt nicht reformiert, sondern nur beseitigt werden. (Sehr richtig!) Der Preußische Landtag hat es aber nicht reformiert, sondern verschlechtert, und das nachher eine Wahlreform genannt. Die Haltung des Zentrums in dieser Frage läßt erkennen, daß das Zentrum, das eine so zahlreiche Wählerschaft in den Kreisen der entrechteten Arbeiter hat, von seiner Erklärung über seine Anhängerschaft an das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für den Landtag völlig abgewichen ist. Wiederholt haben die Führer des Zentrums, Windthorst, Graf Hompesch, Dr. Lieber, im Reichstage wie im Abgeordnetenhause namens ihrer Partei erklärt, daß sie die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für die Landtagswahlen fordere. 1903 und 1906 hat der Führer der Zentrumspartei im Landtage, Herr Porsch, dieselbe Erklärung abgegeben, und jetzt, wo die Regierung eine Vorlage, und war sie auch noch so erbärmlich, eingebracht hat, verbündeten sich Konservative und Zentrum zu ihrer weiteren Verschlechterung unter dem Vorwande, Verschlechterungen zu verhindern, vor allem die Drittelung in den Urwahlbezirken beibehalten zu wollen. (Hört! hört!) Diese durchaus verlogene jesuitische Politik des Zentrums müßte doch auch den Zentrumsarbeitern die Augen öffnen, und teilweise scheint diese Wirkung schon jetzt eingetreten zu sein, wie man aus den Wahlen der Sicherheitsmänner und Knappschaftsaltesten schließen kann, wo offenbar viele bisher dem Zentrum anhängende Arbeiter eingesehen haben, was sie von ihm zu erwarten haben und dem sie deshalb eine so verdiente Niederlage zuteil werden ließen.

Das Zentrum hat ja auch häufig darauf hingewiesen, daß, wenn man auch versuchen wollte, ein demokratisches Wahlrecht auszuarbeiten, es doch am Herrenhause scheitern würde, das die Zustimmung nicht erteilen würde. Das weiß jedes Kind, daß, wenn man dem Herrenhaus die Entscheidung in die Hand gibt, es für ein demokratisches Wahlrecht nicht zu haben ist. Es kann nur gezwungen werden durch den Willen einer geschlossenen Mehrheit im anderen

Hause und durch den ernsten Willen der Regierung; durch das jammervolle Verhalten des Zentrums konnte das Herrenhaus natürlich nicht dazu gebracht werden, denn was man tat, war ja geradezu eine Einladung des Zentrums an das Herrenhaus, etwaige fortschrittliche Bestimmungen aus der verschlechterten Vorlage auch noch herauszubringen.

Wie hat sich das Herrenhaus überhaupt verhalten? Zur Frage der direkten Wahl hat sich der ehemalige Hausminister des Königs von Preußen, v. Wedel, ein Mann, der lange Jahre das Ohr des Kaisers besaß, folgendermaßen ausgesprochen: Ich finde keinen genügenden Grund, die indirekte Wahl zu verlassen. Man sagt, es werde dadurch die Beteiligung an der Wahl eine lebhaftere sein. Das bezweifle ich nicht, mir scheint aber nicht wünschenswert zu sein, zwischen den fünf Jahren, in denen die Reichstagswahl wiederkehrt, vielleicht nach zwei Jahren dieselbe Agitation auch für die preußischen Wahlen zu haben. Ich betrachte daher als Vorzug, daß infolge des indirekten Wahlrechts die preußischen Wahlen sich viel ruhiger vollziehen, und möchte um keinen Preis den Sprung wagen, vom indirekten zum direkten Wahlrecht überzugehen."

Also Wedel und seine Freunde wollen gar nichts davon wissen, daß sich das Volk an den Wahlen beteiligt, und Koeller, der frühere Minister des Innern, hat ausgeführt, es sei gar nicht notwendig, daß so viele Leute zur Wahl gehen, es genüge, wenn der Gutsbesitzer und sein Kutscher zu Wahlmännern gewählt werden und zur Kreisstadt fahren, weil der Kutscher doch ohnehin mitfahren muß (Heiterkeit), und daß man das Volk gar nicht erst behelligen soll. Daraus geht die völlige Mißachtung hervor, die diese Herren dem ganzen Wählen und der Volksvertretung entgegenbringen.

Zur öffentlichen Wahl äußerte sich Herr von Burgsdorff: „Meine Herren, ich will gern zugeben, daß sich bei der öffentlichen Wahl Schwierigkeiten herausstellen für die Geschäftsleute, die boykottiert werden, deren Verdienst zurückgeht und die aus diesem Grunde überhaupt scheuen, zur Wahl zu gehen. Das ist sehr bedauerlich, aber auf der anderen Seite steht doch die Notwendigkeit, daß der kleine Beamte den König nicht betrügt, und daß der, der dem König den Eid geleistet hat, nicht mit der rechten Hand den Eid leistet und in der anderen Hand den sozialdemokratischen Stimmzettel hat." (Hört! hört!)

Als bei den Kulturträgern beantragt wurde, auch die Lehrer, die Erzieher des Volkes, als Kulturträger zu erachten, da haben die Konservativen durch Wedel aussprechen lassen, daß es gar keine Notwendigkeit sei, diese Lehrer, die eben erst die hohe Gehaltszulage bekommen haben, auch noch als Kulturträger zu erachten. Ja, sie haben die Gehaltszulage bekommen, aber gewiß nicht, um die Volksschule auf eine höhere Stufe zu bringen, sondern um sie zu willfährigen Instrumenten der Machthaber in Preußen zu machen, zu Instrumenten, das Volk niederzuhalten. (Sehr richtig!) Daß mit diesem Gelde nicht beabsichtigt ist, dem Volke eine bessere Schulbildung zu geben, das beweist auch die Aeußerung des Herrn von Zedlitz im preußischen Abgeordnetenhause, es sei nicht die Aufgabe der Volksschule, an erster Stelle dafür zu sorgen, daß die Kinder eine gute Schulbildung erhalten, sondern daß sie zu gläubigen, treuen und gehorsamen Staatsbürgern erzogen werden. In ähnlichem Sinne hat sich auch im Herrenhause Graf Häseler ausgesprochen, als es sich um die Fortbildungsschulen auf dem Lande handelte, es sei nicht notwendig, daß in den Fortbildungsschulen dem Knecht und dem jungen Bauernsohn erzählt werde, wie das Feld gedüngt, wie die Frucht heute und wie sie morgen zu kultivieren sei, sondern daß die Fortbildungsschulen dafür sorgen, daß die jungen Leute zu guten, treuen und frommen Staatsbürgern erzogen werden. Ich würde glauben, ein Versäumnis zu begehen, wenn ich von der Tribüne des Parteitages nicht auf folgenden Vorgang im Herrenhause aufmerksam machte.

Bei der Kulturträgerfrage stellte Graf Schönaich-Carolath den Antrag, auch den Kriegsveteranen das Recht der Kulturträger zu geben, dagegen hat sich auch der ehemalige Hausminister v. Wedel gewandt und ausgeführt, daß es ein ungeheuerlicher Zustand wäre, wenn eine große Armee, die siegreich aus dem Kriege heimkehrt, nun plötzlich zu Kulturträgern ernannt werden sollte. Das sei doch geradezu ein undurchführbarer Zustand. (Hört! hört!) Diese Vaterlandsverteidiger, die ihr Blut und ihre Knochen zum Schutze des Staates der besitzenden Klasse zu Markte getragen, die als Sieger mit Siegesjubel bei ihrer Heimkehr empfangen worden sind, sind also im Augenblicke, wo sie den Rock ausgezogen haben, verdächtige Subjekte, denen man kein höheres Wahlrecht zubilligen kann, sondern die man zurückwirft in das Elend des Dreiklassenwahlrechtes, wo ihre Stimme ohne jede Wirkung bleibt. (Hört! hört!) Als dann beantragt wurde, wenigstens die Kriegsveteranen von 1864, 1866 und 1870/71 als Kulturträger zu bezeichnen, wurde auch dieses abgelehnt. In diesem Falle war für die Herren allerdings Vorsicht am Platze. Denn die schofle Behandlung dieser Veteranen seitens der Machthaber hat die Leute aufgereizt, für sie war kein Geld zur Unterstützung da, während sie sehen mußten, wie dieselben Leute im Handumdrehen 3½ Millionen zur Erhöhung der Zivilliste bewilligten. Das ließ allerdings befürchten, daß die Veteranen, wenn sie ein höheres Wahlrecht besitzen, den Stimmzettel für die Opposition abgeben werden. (Sehr richtig!)

Die Verhandlungen, die im Abgeordnetenhause und im Herrenhause geführt wurden, ließen erkennen, daß die Regierung sich vollständig in Abhängigkeit von den besitzenden Klassen begeben hat, daß sie nichts anderes ist als deren Kommis. Die Behauptung vom ungekrönten König von Preußen ist keineswegs eine Sage, sondern die lautere Wahrheit.

Bei der Einbringung der Wahlrechtsvorlage hat sich der Ministerpräsident und Reichskanzler von Bethmann Hollweg, den eine unglückliche Laune auf den Reichskanzlerposten berufen hat, einen schweren Angriff gegen das Reichstagswahlrecht zuschulden kommen lassen. Er hat das später geleugnet und die Sache anders deuten wollen, aber diese Deutung war ebenso ungelenkig, als seine Arme ungelenkig sind. Er hat die Behauptung ausgesprochen, daß die Steuerverhältnisse in Preußen nicht so wären, daß sie die Besitzlosen benachteiligen, sondern im Gegenteil, jede neue Novelle habe neue Erleichterungen getroffen, um die Besitzlosen zu entlasten. Bethmann Hollweg ist noch nicht lange preußischer Ministerpräsident, er kann es daher kaum wissen, er hätte sich aber den Zettel, den ihm sein Regierungsrat in die Hand gelegt hat, doch näher ansehen müssen. Vor drei Jahren wurde die Deklaration zum § 23 des preußischen Einkommensteuergesetzes erlassen, wonach der Arbeitgeber verpflichtet ist, den Lohn des Arbeiters der Steuerbehörde anzuzeigen. Auf diesem Wege werden die Arbeiter für jeden Heller und Pfennig ihres knappen Einkommens zur Steuerleistung herangezogen. (Dr. Südekum: Die Hauptsache ist, wenn nur die Agrarier Abzüge machen können! Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine neue schwere Belastung für die arbeitende Klasse, das konnte und mußte auch der Ministerpräsident wissen.

Wenn Herr v. Bethmann weiter die Behauptung aufgestellt hat, daß das preußische Staatswesen seine Existenz nicht aus den Mitteln der besitzlosen Klasse ziehe, so ist das eine Irreführung, eine nackte Unwahrheit. Es ist zweifellos, daß das preußische Staatswesen seine Existenz nicht behaupten kann aus den lumpigen 280 Millionen, die die Einkommensteuer einbringt, sondern daß dazu eine Reihe anderer Dinge gehören. Es ist doch kein Zweifel, daß eine der festesten Säulen des ganzen preußischen Staatswesens „die große herrliche Armee und herrliche Flotte" ist; wenn sie auch vom

Reiche bezahlt werden, so wird doch jeder einzelne preußische Staatsbürger mit 25 Mk. pro Jahr belastet, eine fünfköpfige Familie aber mit 125 Mk. Das muß auch der preußische Ministerpräsident und der deutsche Reichskanzler wissen. Wenn gesagt wird, Heer und Flotte sind Reichssache, so ist doch das Reich hier nur eine andere Etiquette für Preußen, im Hinblick auf die Uebermacht der Junker und ihren Einfluß auf das Reich. Es muß aber verlangt werden, daß diejenigen, die in der Tat die Lasten zu tragen haben, auch die entsprechenden Rechte erhalten. Nahezu 1000 Millionen hat das preußische Volk an Opfern für Marinismus und Militarismus aufzubringen. (Hört! hört!) Die Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage war so schwankend wie nur denkbar. In der Denkschrift hatte die Regierung, wie gesagt, mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß auf Grund der Entwickelung der Verhältnisse die direkte Wahl verlangt werden müsse, daß man aber nicht gewillt sei, die geheime Wahl zu konzedieren. Am 12. Februar hat Herr von Bethmann Hollweg auf eine Anfrage des Abg. Pachnicke erwidert:

„Ich habe nicht die Absicht, in eine Polemik mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pachnicke, die wir soeben gehört haben, einzutreten. Was ich für erforderlich gehalten habe, zu der Wahlrechtsvorlage zu sagen, das habe ich vorgestern gesagt. Dagegen aber muß ich Widerspruch erheben, daß der Herr Abgeordnete Pachnicke es so dargestellt hat, als trete die Staatsregierung mit der Vorlage dieser Reform ein Rückzugsgefecht an. Glauben die Herren, daß ich mich zum Spaß hier hinstelle und Ihnen eine Vorlage einbringe, die in einschneidender Art unser Verfassungsleben ändert? Ich habe vorgestern gesagt, daß die Königliche Staatsregierung mit ihrer Verantwortung hinter dieser Vorlage steht, und ich habe Anspruch darauf, daß das für ernst genommen wird, was ich im Namen der Staatsregierung erkläre."

Nach diesen Ausführungen mußte man doch ohne weiteres annehmen, daß die Regierung mit aller Energie für die hauptsächlichsten Forderungen ihrer Vorlage eintreten würde. 4 Wochen später aber klang es schon wieder ganz anders. Da sagte Herr v. Bethmann Hollweg:

„Im übrigen, meine Herren, haben die Beschlüsse der Kommission eine neue Basis für die Wahlreform geschaffen. Aber diese Beschlüsse sind von der Kommission unter allem Vorbehalt gefaßt worden, und auch aus den gestrigen Verhandlungen ist hervorgegangen, daß große Parteien dieses hohen Hauses ihre endgültige Stellung davon abhängen lassen wollen, wie sich das Gesetz im ganzen gestaltet. Gegenüber einer solchen Unbestimmtheit vinkuliert sich die Königliche Staatsregierung nicht."

Die Regierung war also bereit, das, was sie gefordert hat, aufzugeben. Weitere 4 Wochen später führte Herr v. Bethmann Hollweg namens der Regierung aus:

„Die Königliche Staatsregierung ist bei Ausarbeitung der Vorlage von der Auffassung ausgegangen, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden müsse und das direkte und geheime Wahlrecht gleichzeitig nicht gegeben werden könne."

Ich stelle fest, daß in der Denkschrift der Regierung eine solche Darlegung nicht vorhanden ist, sondern daß die Regierung im Gegenteil sich ausdrücklich für das direkte und gegen das geheime Wahlrecht ausgesprochen hat. Herr v. Bethmann fuhr dann fort:

„Sie hat sich aus den Gründen, die ich bei Einführung der Vorlage hier darzulegen die Ehre hatte, dahin entschieden, die indirekte durch die direkte Wahl zu ersetzen, die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung aber aufrechtzuerhalten. Die Königliche Staatsregierung hält diese Lösung auch

heute noch für die zweckmäßigste. Wenn sich indessen eine erhebliche Mehrheit dieses hohen Hauses dahin entscheidet, die indirekte Wahl aufrechtzuerhalten und die geheime Stimmabgabe für die Wahl der Wahlmänner vorzusehen, so wird die Königliche Staatsregierung diese Lösung annehmen, ohne sich im übrigen an alle einzelnen Bestimmungen des Entwurfs in seiner jetzigen Gestalt zu binden."

Damit hatte die Regierung ihre eigene Vorlage aufgegeben und sich den Junkern und Pfaffen unterworfen.

Es gibt nichts Schwankenderes, als die Haltung der Regierung zu dieser Frage, es hat sich gezeigt, daß sie willenlos dem Befehl der herrschenden Parteien unterworfen ist und daß sie für diese beschämende Situation auch nicht das leiseste Verständnis besitzt. (Sehr richtig!) In anderen Ländern, zum Beispiel in Oesterreich, stehen die Staatsmänner auf einem viel höheren Niveau. Ich erinnere nur an die Reden des Freiherrn von Beck, des Freiherrn von Gautsch und des Prinzen Hohenlohe im österreichischen Parlament. Wie himmelhoch stehen diese Reden über der erbärmlichen Haltung der Königlich preußischen Staatsregierung, vertreten durch den deutschen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg! (Sehr gut!) Gestatten Sie mir nur wenige Worte aus der Rede zu verlesen, die der ungarische Ministerpräsident Baron Geza Fejervary am 29. Oktober 1905 gehalten hat:

> „Ein Parlament, aus dessen Wählerschar das Gros des Volkes künstlich ausgeschlossen ist, kann keine Empfänglichkeit für die wahren Bedürfnisse des wahren Volkes empfinden, und ein Parlament, welches sich nach unten nicht abhängig fühlt, fühlt sich auch jener Aufgaben der Volksvertretung enthoben, welche in der verständigen und liebevollen Pflege der Interessen der breiten Volksschichten besteht. Die auf einem schmalen Stimmrecht beruhenden Parlamente verfielen überall, auch in England, in die gesamten Sünden der oligarchischen Herrschaft!"

Diese Worte treffen so sehr auf unsere preußischen Verhältnisse zu, daß man sich nur wundern kann, daß sie ohne jeden Widerhall in Preußen geblieben sind. (Sehr richtig!) Nun wird allerdings behauptet, Oesterreich habe eine fortgeschrittene Bureaukratie, eine aufgeklärte Bureaukratie, deren wir in Preußen entbehren. Ich gebe zu, daß diese Behauptung zum Teil berechtigt ist, aber man darf nicht vergessen, daß diese Haltung der österreichischen Bureaukratie doch einen sehr realen Hintergrund hat. (Sehr wahr!) In Oesterreich war die „Los von Rom-Bewegung" im Gange, eine Bewegung, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutete, als „Los von Oesterreich". Die österreichische Bureaukratie hat sich sicher die Frage vorgelegt, was mit ihr geschieht, wenn das österreichische Staatsgebilde auseinanderfällt, und da ist sie zu dem Ergebnis gekommen, daß ihre Zukunft in sehr nebelhafter Ferne ruht und daß es für sie viel richtiger ist, mittels des allgemeinen, gleichen Wahlrechts das auseinanderfallende Staatsgebilde zu festigen. Das ist gelungen, und mit dem Augenblick, wo das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich eingeführt ist, ist diese „Los von Rom-Bewegung" beseitigt gewesen. (Hört! hört!) Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß gerade durch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht das Staatsgebilde in Oesterreich befestigt ist. Aehnlich möchte ich auf Süddeutschland argumentieren. Wenn dort die Wahlbewegung verhältnismäßig glatt von statten gegangen ist, so ist das nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die süddeutschen Bundesstaaten die große Gefahr erkannt haben, die ihnen von Preußen drohte und daß sie eingesehen haben, daß dieser Gefahr nur begegnet werden kann dadurch, daß die ganze staatliche Organisation auf der allerbreitesten Basis aufgebaut ist, das heißt, dadurch, daß das gesamte Volk zur Verwaltung herangezogen wird und ein gerechteres Wahlverfahren

eingeführt wird. (Sehr richtig!) Ja, ich gehe noch weiter und behaupte, daß die süddeutschen Machthaber sich völlig im klaren darüber sind, daß, wenn die Verhältnisse in Preußen-Deutschland moderne Gestalt gewinnen sollen, unter allen Umständen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in Preußen eingeführt werden muß. (Sehr richtig!) Nur dadurch werden wir in Preußen zu wirklich modernen Zuständen gelangen und auch den süddeutschen Staaten in wirtschaftlicher Beziehung die Gerechtigkeit widerfahren lassen, auf die sie Anspruch haben, die ihnen aber heute durch die übermächtige Gewalt Preußens und durch die rücksichtslose Vertretung junkerlicher Interessen in Preußen vorenthalten wird. (Sehr richtig!)

Wie ist nun die Wahlrechtsbewegung in ihrem praktischen Erfolg zu beurteilen? Die Ihnen vom Parteivorstand und der Kontrollkommission unterbreitete Resolution entspricht anscheinend nicht der Ansicht einiger Genossen. Ich nehme an, daß diejenigen, die den Zusatzantrag Luxemburg eingebracht haben, der Meinung sind, daß mit dem preußischen Wahlrechtskampf nicht genug Erfolge erzielt sind und daß deshalb andere Mittel angewandt werden müssen, weil die bisherigen versagt haben. Dem muß ich entschieden widersprechen. Gibt es unter uns auch nur einen Einzigen, der da glaubt, daß auf den ersten Ansturm die Junkerschaft wie ein Kartenhaus umfällt und die preußischen Verhältnisse umgestaltet werden können? Davon kann doch gewiß nicht die Rede sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns mit der realen Tatsache abfinden, daß die preußischen Junker über das Maß ihrer Machtverhältnisse sich durchaus im klaren sind, und wenn man sich vergegenwärtigt, wie die preußischen Junker es verstanden haben, alle Stellen im Staat mit den Angehörigen ihrer Klasse zu besetzen, wie sie es namentlich verstanden haben, die Krone mit einer vollständigen Wolke von Elementen zu umgeben, die nur ihre Interessen vertreten, dann wird man zugeben, daß eine solche Macht nicht mit einem Anlauf über den Haufen gerannt werden kann. (Sehr richtig!) Aber haben wir denn gar keine Erfolge aufzuweisen? Vergegenwärtigen Sie sich, daß die Regierung sich genötigt gesehen hat, in der Thronrede eine Wahlreform anzukündigen und eine Vorlage einzubringen, mag sie auch noch so schlecht sein. Vergegenwärtigen Sie sich die Haltung der konservativen Parteien und der Regierung bei früheren Wahlrechtsdebatten im Landtage, wo die Regierung entweder gar nichts geantwortet hat oder wo die Konservativen mit einer erbärmlichen Nichtachtung die so wichtige Wahlrechtsvorlage abgetan haben! Vergegenwärtigen Sie sich weiter das Verhalten der Bourgeoisie in früheren Jahren und vergleichen Sie es mit dem jetzigen Verhalten, dann werden Sie doch sagen müssen, daß erst durch unsere Demonstrationen die Wahlrechtsbewegung in Fluß gekommen ist und bis tief in das Bürgertum hinein Eingang gefunden hat. Unser Bürgertum steht ja dieser Frage im allgemeinen indolent gegenüber, aber durch die Wucht unserer Agitation ist die Bourgeoisie gezwungen worden, Stellung dazu zu nehmen. (Sehr richtig!) Ich erinnere weiter daran, daß im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus die Leute, die früher so verächtlich über die Wahlrechtsfrage gesprochen haben, jetzt auf einmal anfingen, auf den Ernst der Situation hinzuweisen, wie sie alle der Reihe nach aufmarschierten, die Pappenheim, Zedlitz, Heydebrand, wie sie versucht haben, namentlich die Nationalliberalen unter Hinweis auf die große Gefahr zu sich herüberzuziehen, in der der preußische Staat schwebt, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht zusammenfinden, ich erinnere daran, daß Freiherr v. Zedlitz sogar den alten Attinghausen aus dem Grabe auferstehen ließ und seinen Klassengenossen zurief: Seid einig, einig! Einig allerdings nur gegen das eigene Volk! Das alles beweist doch, daß die Herren den Ernst der Situation nicht verkannt haben, und das ist ihnen eingebläut durch die Demonstrationen der

Arbeiterklasse, und daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der 83jährige General Winterfeldt im Herrenhause gesagt hat, es seien nur irregeleitete Preußen gewesen, die auf die Straße gegangen sind. Wir können also im Grunde genommen mit unseren Erfolgen zufrieden sein, die Wahlrechtsbewegung hat in allen Kreisen der Arbeiterklasse so tief Wurzel geschlagen, daß es nur eines Zeichens bedarf, um die Massen wieder auf die Straße marschieren zu lassen, und dieses Marschieren ist von der höchsten Bedeutung. Während man auf dem Jenaer Parteitage noch Befürchtungen darüber ausgesprochen hat, haben wir jetzt den Beweis erbracht, daß die Massen in ruhiger machtvoller Weise ihren Willen auf der Straße zum Ausdruck bringen, wir haben unsere Leute zu Hunderttausenden im Feuer exerzieren lassen. Solche Bewegung läßt sich nicht über Nacht aus dem Aermel schütteln, dazu gehört eine große Agitation und starke Organisationen. Das ist uns gelungen, und ich habe die feste Ueberzeugung, die herrschenden Klassen in Preußen werden es nicht von neuem auf solche Kraftprobe ankommen lassen. Sollte es wieder notwendig sein, dann werden auf einen Ruf alle unsere Wahlrechtskämpfer wieder auf der Bildfläche erscheinen und die Demonstration wird noch viel mächtiger und viel nachdrücklicher als bisher werden. (Stürmischer Beifall.)

Nun sind sowohl der preußischen Landeskommission als auch der sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenhauses in der Literatur eine ganze Menge von Ratschlägen erteilt worden. Es ist gesagt, wir hätten auf dem preußischen Parteitag einen Fehler gemacht, daß wir keine Mindestforderungen aufgestellt hätten. Der preußischen Landtagsfraktion ist vorgeworfen, daß sie sich nicht in dem Moment, wo die Dinge in Preußen bis zu einem gewissen Stadium gediehen waren, mit anderen Parteien in Verbindung gesetzt und auf gewisse Mindestforderungen verständigt habe. Ich muß im Namen der gesamten Landtagsfraktion zum Ausdruck bringen: Wir hätten keinen größeren Fehler machen können, als wenn wir derartigen Ratschlägen gefolgt wären. (Sehr richtig!) Es kann auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine kämpfende Partei, wie die unserige, die auf die Beseitigung des elenden Dreiklassenwahlsystems hinarbeitet, ihre ganze wuchtige Kampfestätigkeit lahmlegen würde, wollte sie sich auf Mindestforderungen festlegen. Unsere Fraktion wäre der Lächerlichkeit anheimgefallen, wenn sie auch nur den mindesten Versuch nach dieser Richtung hin gemacht hätte. (Sehr richtig!) Ich habe im Einverständnis mit meinen Fraktionskollegen im Seniorenkonvent gesagt, wir sollten uns mit der Wahlrechtsvorlage überhaupt nicht erst beschäftigen, sondern sie der Regierung zerrissen vor die Füße werfen. (Sehr gut!) Wegen einer solchen Vorlage uns auch noch mit anderen Fraktionen in Verbindung zu setzen, das wäre eine so vollendete taktische Ungeschicklichkeit gewesen, daß ich es nur bedauern kann, daß ein Genosse diesem Gedanken überhaupt Raum gegeben hat. (Sehr richtig!) Wir haben keine Veranlassung, an der Stärke unserer Organisation im Wahlrechtskampf zu zweifeln, aber trotzdem müssen wir die Organisationen immer weiter ausbauen, damit der Wahlrechtskampf um so wuchtiger geführt und die Feste der Junker über den Haufen gerannt werden kann. Wenn uns das im ersten Ansturm nicht gelungen ist, nun, ich habe die feste Zuversicht, mit solchen Kämpfern, wie wir sie haben, werden wir auch diese Feste über den Haufen werfen können. (Lebhafte Zustimmung.) Die preußische Wahlrechtsfrage ist eine deutsche Frage, und deshalb werden unsere Genossen in den übrigen Bundesstaaten alles tun, um uns in unserem Kampfe helfen zu können. (Bravo!) Diese Bitte spreche ich nicht aus nur im Interesse der preußischen Organisation, sondern im Interesse der Gesamtorganisation, und deshalb ist ja auch die Tribüne unseres deutschen Parteitages der geeignetste Ort zur Erörterung dieser Frage. Nun noch ein kurzes Wort zu der Resolution.

Parteigenossen, ich bin der Meinung, daß die Resolution der Genossin Luxemburg nicht in ihrem vollen Umfange die Zustimmung des Parteitages erhalten kann. Ich für meine Person lehne sie wenigstens in ihrem zweiten Teile ab. Ich würde mich schließlich damit einverstanden erklären, daß der erste Satz angenommen wird, aber ich sehe nicht ein, daß es notwendig ist, schon mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Jena, weiteres zu beschließen. Was über diese Frage gesagt werden kann, ist in Jena gesagt. Dort hat die Partei sich die Richtlinie gegeben, die sie innehalten mußte. (Sehr wahr!) Im Namen der Parteileitung bitte ich Sie: Nehmen Sie unsere Resolution an. Wollen Sie sie erweitern, dann begnügen Sie sich mit der Einfügung des ersten Satzes der Resolution Luxemburg. Im übrigen glaube ich meine Ausführungen damit schließen zu können, daß ich sage: Nieder mit dem elenden, schmachvollen Dreiklassenwahlrecht, her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Klühs: Außer der Resolution der Parteileitung und dem Antrag der Genossin Luxemburg bezieht sich auf diese Frage auch der Antrag 74. Er ist zurückgezogen unter folgender Begründung: „Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die Meinungsfreiheit in der „Neuen Zeit" stets gewährleistet ist (Heine: Wenigstens für die eine Seite!), ziehen wir den Antrag zurück." Weiter liegen vor die Anträge 86 und 101. Diese Anträge sind genügend unterstützt.

Zu einer Erklärung erhält das Wort:

Ad. Müller-München: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Meine bayerischen Parteifreunde haben mich beauftragt, den preußischen Parteigenossen ein paar schlichte Worte tatbereiter Sympathie auszusprechen für die tapferen Kämpfe gegen den inneren preußischen Feind des Reiches (Sehr gut!), gegen den Feudalstaat Preußen, in denen sie stehen und denen sie noch weiter entgegengehen. Ich bedaure es außerordentlich, daß unser verehrter Genosse v. Vollmar verhindert ist, diese Erklärung persönlich abzugeben. Aber ich darf sagen, ohne von ihm ausdrücklich dazu autorisiert zu sein, daß es ihm jedenfalls eine ebenso große Ehre sein würde, wie mir, die Bereitwilligkeit des ganzen werktätigen Volkes Bayerns zu proklamieren, mit Rat und Tat bei diesem großen Kampfe zu helfen. (Bravo!) Ich darf wohl behaupten, daß diese Kampfbereitschaft in Bayern über die Kreise des werktätigen Volkes hinaus bis in die Zirkel des wirklich liberalen Bürgertums sich erstreckt (Hört! hört!), denn sogar ein Teil der sonst gewiß politisch fragwürdigen nationalliberalen Presse in Bayern hat mit Bewunderung die Disziplin und Entschlossenheit verzeichnet, mit der Sie in Preußen die Provokation der Wahlreform des Leibwehphilosophen (Heiterkeit) v. Bethmann Hollweg beantwortet haben. Das eine ist sicher, die Resolution hat recht: Die verfassungswidrigen Zustände des Feudalstaates Preußen sind der Angelpunkt für die reaktionäre Entwickelung im Reiche, und wenn jetzt 40 Jahre nach Beschluß der sogenannten Reichsverfassung im Ueberschwang der rückwärts schauenden Siegesfeiern ein Teil des Bürgertums vergißt, daß es die historische Mission versäumt hat, die Reichsverfassung demokratisch zu begründen, und wenn es jetzt die Aufgabe der Arbeiterklasse geworden ist, diese Mission der Bourgeoisie zu erfüllen, so bezweifle ich keinen Augenblick, daß auch Sie in Preußen bereit sein werden, die Teile des wirklich liberalen Bürgertums, die auf dem Gebiete des Wahlrechtskampfes sich noch nachträglich auf ihre Pflicht besinnen würden, ohne weiteres bei diesen Kämpfen als Bundesgenossen zu akzeptieren. (Bravo!) Wir in Bayern haben das Wahlrecht errungen, nicht leicht, wie man hier und da gemeint hat, sondern nach 14jährigen schweren Kämpfen, und wir in Bayern mit einem Verfassungsleben seit dem Jahre 1818, mit politischen

Reminiszenzen des Bürgertums an die Einflüsse der französischen Revolution, wir in Bayern mit dem demokratischeren Zuge im Volke und der größeren Vertrautheit mit dem politischen Leben überhaupt, haben es schwer gehabt, zunächst die Massen für den Wahlkampf zu interessieren. (Sehr richtig!) Erst allmählich durch Wiederholung unserer Wahlrechtsforderungen im Parlament, in das wir endlich trotz eines schlechten Wahlrechts 1893 eingedrungen waren, ist es gelungen, das Interesse an der Wahlreform zu verallgemeinern und zu vertiefen. Und dann allerdings war es leichter, der Forderung die Durchschlagskraft zu verleihen, die sie endlich zur Verwirklichung gebracht hat. Um wieviel mehr werden Sie in Preußen mit den militärisch-absolutistischen Einflüssen, mit dem angeborenen Kadavergehorsam eines großen Volksteiles, es schwer und mühsam haben, die Massen lebendig zu erhalten für diese Forderung, und um wieviel bewunderungswerter sind die Erfolge, die Sie trotzdem in der Massenbewegung bereits erreicht haben. (Sehr richtig!) Zweifellos: Wenn es irgendeinem Volksteil gelingen wird, das Postulat der Wahlrechtsreform in Preußen zur Verwirklichung zu bringen, so wird es nur der Arbeiterklasse möglich sein, mit ihren festen Organisationen, mit ihren geschlossenen Bataillonen, aber das darf ich Ihnen aus unserer bayerischen Erfahrung heraus sagen: Lassen Sie sich nicht durch Widerstände in Ihrer Bewegung beeinträchtigen, die in einem gewissen natürlichen Beharrungsvermögen der Zustände überhaupt liegen, sondern arbeiten Sie mit der Entschlossenheit und den Mitteln, die Sie für gut halten, weiter. Wenn die Resolution darauf hinweist, daß die Diktatur der Junker, die Stellung Preußens im Reich jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt im Reiche verhindert und eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht bildet, so gehe ich darüber hinaus und sage: die Diktatur der Junker in Preußen, die Stellung, die verfassungswidrig die Zentralmacht Preußen sich errungen hat, hindert nicht nur jeden weiteren Fortschritt, sondern stellt das bißchen Demokratie, das wir im Süden haben, in Frage, bedeutet eine Gefahr für das bereits Errungene. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Aus dieser in das gemeinsame Gefühl Süddeutschlands übergegangenen Ansicht heraus läßt es sich erklären, daß in der großen Demonstrationsversammlung in München, die aus Anlaß des Widerwillens gegen den Wechselbalg der Wahlrechtsreform, die man sich erlaubt hat, Ihnen in Preußen vorzulegen, abgehalten worden ist, auf eine einzige Konstatierung von mir hin, daß der preußische Gesandte in Bayern es im preußischen Auftrage versucht hat, in die Entwickelung der bayerischen Wahlrechtsfrage einzugreifen (Hört! hört!), damit nicht das böse bayerische Beispiel die guten Preußen verderbe (Heiterkeit), — auf diese einzige Konstatierung hin hat eine Volksmenge von Tausenden, nicht nur bestehend aus Arbeitern, sondern auch aus bürgerlichen Elementen, sich bewogen gefühlt, eine spontane Demonstration vor der Wohnung des preußischen Gesandten zu veranstalten (Bravo!), die dieser preußische Gesandte allerdings verschlafen hat. (Heiterkeit.) Sie sehen aus diesem Vorgange, daß es mehr als Sympathie, daß es in Wirklichkeit tatbereite Sympathie ist, was wir Ihnen aus Süddeutschland entgegenbringen können. Wenn wir mit Bedauern die Tatsache verzeichnen müssen, daß bei unserer Wahlreform der bayerische Liberalismus nicht nur abseits, sondern hindernd im Wege gestanden hat (Sehr wahr!), so darf ich für die Verhältnisse in Preußen konstatieren, daß der Volksteil, der, gezwungen von der öffentlichen Meinung, in Bayern für das Wahlrecht nach und nach eingetreten ist, in Preußen wohl kaum in Betracht kommen kann, nachdem das jüngste Reichstagsmitglied des Zentrums, Herr Dr. Spahn jun., es für notwendig gehalten hat, in einer süddeutschen katholischen Zeitschrift zu erklären, er betrachte es als eine

Mission des Zentrums, die feudalen preußischen Zustände aufrechtzuerhalten, um ein andauerndes Gegengewicht gegen den demokratischen Süden zu haben. (Hört! hört!) Nach diesem Bekenntnis des Dr. Spahn werden Sie gern darauf verzichten, von jener Seite Hilfe zu haben.

Parteigenossen, die Zeit, die mir gestellt ist, und die Enthaltsamkeit, die die Situation mir auferlegt, bestimmen mich, so verlockend es wäre, von weiteren allgemeinen Auseinandersetzungen abzusehen. Nur kurz gestatten Sie mir hinzuweisen auf den Zusammenhang des Antrages 86 mit der preußischen Wahlrechtsbewegung und den Zuständen, die auch in Elsaß-Lothringen herbeigeführt sind durch die Präponderanz Preußens im Reiche. Dieser Antrag verlangt, daß der Parteitag sich mit aller Wucht gegen die Einrichtung und die Vorbereitung einer Dynastie in Elsaß-Lothringen ausspricht, die man beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Statthalterschaft erblicken könnte. Wir bitten Sie, auch von Bayern aus diesen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen, denn es wäre verhängnisvoll auch für die Entwickelung in Süddeutschland und namentlich in Bayern, der Pfalz usw., wenn aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen ein Preußenland Elsaß-Lothringen gemacht würde (Sehr gut!), wenn aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen eine weitere Domäne des monarchistischen preußischen Junkertums stipuliert würde. (Sehr gut!) Parteigenossen, wir maßen uns nicht an, ein Urteil zu fällen oder Ihnen Ratschläge zu erteilen über die Taktik, die Sie einzuschlagen haben, über die Organisation, die Sie zur Durchführung der für das ganze Reich, für die gesamte Arbeiterbewegung, ja, ich behaupte, für die internationale Sozialdemokratie wichtigen Bewegung (Sehr wahr!) schaffen wollen. Aber eines darf ich Ihnen als geschlossene Meinung unserer bayerischen Parteifreunde übermitteln: Rufen Sie uns, und wir werden mit Rat und mit Tat kommen, um Schulter an Schulter mit Ihnen gegen den Erbfeind einer Demokratisierung des Reiches, gegen den Feind jeder vernünftigen sozialen und demokratischen Entwickelung zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Hildenbrand-Stuttgart: Im Namen der sozialdemokratischen Landesorganisationen Württembergs habe ich auch heute, wie schon bei verschiedenen Preußentagen, die Aufgabe, den preußischen Genossen und Genossinnen für ihre seitherige energische und keineswegs erfolglose Tätigkeit auf dem Wege zur Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen unseren Dank zu sagen. (Bravo!) Wir werden bis zur völligen Erreichung dieses Zieles alles tun, was in unseren Kräften steht, um unseren Kameraden in jeder Situation dieses Kampfes brüderlich zur Seite zu stehen, in dem Bewußtsein, dadurch der gesamten Arbeiterklasse zu dienen. (Bravo!) Die Art des Kampfes zu bestimmen, ist der Preußen Sache, im Ziel des Kampfes sind wir alle einig, und diese Einigkeit verbürgt den Sieg, denn es ist der Sieg der Gerechtigkeit. (Lebhaftes Bravo!)

Frank-Mannheim: Die badischen Parteigenossen haben mich beauftragt, Ihnen das gleiche zu erklären, was unsere Freunde aus Bayern und Schwaben Ihnen gesagt haben. Bei den schweren Kämpfen der nächsten Jahre wollen und werden die badischen Kameraden nicht fehlen. Sie werden an Eurer Seite stehen und mit Euch kämpfen. (Bravo!) Wir betrachten die preußischen Wahlrechtskämpfer als die wirklichen Kulturträger in Deutschland — nicht im Sinne v. Bethmann Hollweg. (Sehr gut!) Und wir sind überzeugt — wir hoffen es und wollen mit dabei sein —, daß dem tapferen Anfang ein glückliches Ende beschieden wird. (Stürmischer Beifall.)

Ulrich-Offenbach: Auch wir in Hessen, die wir um ein anderes Wahlrecht kämpfen, als wir es haben, haben mit Bewunderung auf die Kämpfe und die

Kampfesreihen der preußischen Genossen geblickt. Wir haben nicht bloß den Einfluß der preußischen Regierung auf die hessische Verwaltung beobachten können, wir haben auch beobachten können, wie selbst der hessische Liberalismus unter der preußischen Verknöcherung leidet. (Sehr richtig!) Wir haben gerade in Hessen die Wahrnehmung gemacht, daß die preußische innere Politik für die Kleinstaaten am allergefährlichsten ist, und wir sind überzeugt, daß gerade in dieser Richtung das gesamte Proletariat Deutschlands zusammen kämpfen muß. Ich darf daher mit Recht mich den Aeußerungen der anderen Genossen aus Süddeutschland anschließen und sagen: auch wir, die hessischen Klassenkämpfer, die Vertreter des Proletariats von Hessen, werden Schulter an Schulter mit den preußischen Genossen dafür kämpfen, daß es gelingt, Preußen vorwärts zu drängen, in Deutschland allen anderen zum Muster, Preußen zu einem wirklich demokratischen Lande zu machen. (Bravo!)

Ohne daß es gelingt, in Preußen eine Demokratisierung des Verwaltungswesens, eine Demokratisierung des gesamten Staatswesens durchzuführen, ohne das werden wir in Süddeutschland fortgesetzt vor der Gefahr stehen, daß wir zurückgedrängt und von den preußischen Eigentümlichkeiten aufgesogen werden. Deshalb sagen wir in Süddeutschland: Preußens Forderungen sind unsere Forderungen! Mit Ihnen gemeinsam vorwärts zum Siege. (Stürmischer Beifall.)

Hug-Bant: Ich komme zwar aus einem der kleinsten Bundesstaaten, die wir haben. Er liegt ja nicht in Süddeutschland, sondern in Norddeutschland. Wenn auch unsere politischen Einrichtungen wesentlich freier sind, als die in Preußen, und ähnlich denen in Baden, Bayern und Württemberg, so ist bei uns der preußische Einfluß doch unverkennbar. Es gibt kaum eine politische Maßregel, die nicht mit Rücksicht auf Preußen vorgelegt, untersucht und begründet wird. So klein der Staat ist, so sehr ist auch der Einfluß Preußens in der Verwaltung und in seinen politischen Einrichtungen zu erkennen. Und ob schon das Oldenburger Volk, das schon eine ruhmvolle demokratische Geschichte hat, alles andere ist, nur nicht antidemokratisch, so kann von einer Fortentwickelung, wie wir sie wünschen, keine Rede sein, solange Preußen so ist, wie wir es kennen. Daher bin ich beauftragt, Ihnen den besten Erfolg in Ihrem Wahlrechtskampfe zu wünschen. Da wir mitten darin liegen, werden wir nach wie vor tun, was wir können. Mag die Hilfe noch so klein sein, wir werden Ihnen bei Ihrem großen gewaltigen Wahlrechtskampfe nach Möglichkeit und nach Kräften helfen. (Lebhafter Beifall.)

Starosson-Rostock (mit Beifall begrüßt): Die Freundlichkeit, mit der Sie mich begrüßen, spricht dafür, daß Sie den Genossen in Mecklenburg eine Sympathie entgegenbringen, auf die ich allerdings gerechnet habe. Die Gefühle sind aber auch gegenseitig. Wir in Mecklenburg lebenden Sozialdemokraten haben mehr wie alle anderen Parteigenossen in den einzelnen Bundesstaaten ein Interesse daran, daß der preußische Verfassungskampf siegreich vom Proletariat durchgeführt wird. Kein anderes Proletariat in den einzelnen Bundesstaaten ist so unmittelbar an dem Ausgange dieser Verhältnisse in Preußen interessiert als die mecklenburgischen Proletarier. Die mecklenburgischen Proletarier leben ja noch unter viel elenderen Verhältnissen, als die preußischen. Es läßt sich in der Geschichte nachweisen, wie an das „Auf" der revolutionären Bewegung in Preußen sich das „Auf" der Volksbewegung in Mecklenburg anschloß. Und als die z. B. durch die Revolution von 1848 errungenen Erfolge durch die Feigheit des preußischen Bürgertums verloren gingen, so zeigte sich auch das „Ab" in Mecklenburg. Mecklenburg hatte damals auch ein Wahlrecht zum Landtage erhalten. Junker und Pfaffen vereint haben es dem mecklenburgischen Volke in der Form eines Privatprozesses wieder gestohlen. (Hört! hört!) Jetzt,

60 Jahre nach der Revolution von 1848, haben wir genau denselben staatsrechtlichen Zustand, wie er 1755 stipuliert ist. Bei uns ist nur Landtagsabgeordneter, wer sich ein Rittergut kaufen kann, er mag das Geld haben, woher er will. Man fragt nicht danach, man fragt nur, ob er ein Rittergutsbesitzer ist. Dann sind noch die Bürgermeister da, die aber in Wirklichkeit nur die willenlosen Sklaven der Rittergutsbesitzer sind, der Maltzan usw. Sie können sich denken, daß wir unter diesen Umständen mit Begeisterung erfüllt wurden, mitzuwirken an dem preußischen Kampfe. Daß wir bei der ganzen Struktur unseres Landes nicht große Arbeiterbataillone mit in die Reihe stellen können, ist selbstverständlich, aber mit unserem ganzen Herzen sind wir bei der preußischen Bewegung. Als **Bittender** stehe ich hier. Wir erwarten von den Preußen, daß sie noch viel erfolgreicher wie bisher, noch mit größerem Nachdruck den preußischen Wahlrechtskampf führen, der gleichzeitig auch ein mecklenburgischer Wahlrechtskampf ist. Nur wenn in Preußen ein Fortschritt zu verzeichnen ist, werden auch wir Erfolg haben. Sie können sich denken, wie wir mit dem Herzen dabei sind, wenn Sie kämpfen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, möglichst bald Mecklenburg durch Preußen zu erlösen. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Klühs**: Ich schlage jetzt Vertagung vor. Wir werden nachmittags mit der Diskussion beginnen.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Klühs eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr. Auf der Tagesordnung steht die **Diskussion über die Wahlrechtsfrage.**

Genossin **Luxemburg** begründet den Antrag 100. Eine Reihe von Delegierten, die unseren Antrag nicht unterschrieben haben, haben erklärt, daß sie sachlich vollkommen damit übereinstimmen, daß sie aber Bedenken tragen, daß ein Wort in unserem Antrage Mißverständnisse in bestimmten Kreisen der Partei hervorrufen könnte, und zwar das Wort „Propagierung". Wir sind damit einverstanden, daß dieses Wort im Antrage gestrichen wird. Wir haben unseren Antrag als notwendige Ergänzung zur Resolution des Parteivorstandes eingebracht. Die Vorstandsresolution faßt die preußische Wahlrechtsfrage von der allgemeinen Seite auf. Wir möchten die aktuelle Seite, die politischen Richtlinien für den Kampf mehr hervorheben. Das vermissen wir in der Vorstandsresolution, weil sie bei allem Richtigen, das sie ausspricht, dem nicht genügend gerecht wird, daß wir seit dem preußischen Parteitag in unserem preußischen Wahlrechtskampfe ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen sind. Wir haben seitdem im preußischen Abgeordnetenhause die Posse der Bethmann Hollwegschen Vorlage mit ihrem vollkommenen Bankerott zum Schluß erlebt. Andererseits haben wir Straßendemonstrationen erlebt, wie sie Deutschland und Preußen noch nicht gesehen hat. Dieses Ergebnis, einerseits der Zusammenbruch der parlamentarischen Aktion der Regierung und der bürgerlichen Parteien, andererseits das machtvolle Anschwellen der Massenaktion hat nicht bloß die Auffassung des preußischen Parteitags in glänzender Weise bestätigt, sondern es hat auch den Losungen, die auf dem Parteitag formuliert worden sind, eine viel konkretere aktuelle Bedeutung gegeben, als es zu Weihnachten der Fall war. Das bezieht sich namentlich auf die Losung des politischen Massenstreiks. Schon der preußische Parteitag hat ihn einstimmig als Mittel empfohlen, das eventuell zur Anwendung kommen soll. Auch im Referat und in den Reden ist darauf nachdrücklich hingewiesen

worden. Aber die Ereignisse selbst haben dieser Losung Leben und praktische Bedeutung gegeben.

Parteigenossen! Seitdem wir im Frühjahr die machtvollen Massendemonstrationen für das preußische Wahlrecht hatten, ist die Losung des Massenstreiks gewissermaßen in den Vordergrund des Interesses unserer proletarischen Massen getreten. Genau so wie im Jahre 1906 die Hamburger Parteigenossen im Januar bereits einen wohlgelungenen Versuch mit der Anwendung des Massenstreiks als einer politischen Demonstration den Anfang gemacht haben, so haben in diesem Jahre die Genossen in Kiel, die Genossen in Frankfurt und Hanau glänzend abgelaufene Demonstrationsmassenstreiks gemacht, und in einer Reihe anderer Städte, in Breslau, in Halle, im hessen-nassauischen Agitationsbezirk, im Rheinland, in Bremen haben sich die Parteigenossen in lebhaftester Weise mit der Idee des Massenstreiks befaßt, und dies ist auch in einer lebhaften Diskussion in unserer Parteipresse im Frühling zum Ausdruck gekommen. Das ist ganz selbstverständlich und konnte nicht anders sein. Sobald wir gewaltige Massen im Wahlrechtskampf auf den Plan rufen, sobald wir machtvolle Demonstrationen veranstalten, entsteht sehr bald in den Massen selbst die Frage: was werden wir weiter machen? Der Auffassung kann sich niemand verschließen, daß wir höchstwahrscheinlich mit der bloßen Demonstration den Zweck unserer Wahlrechtskämpfe nicht erreichen werden. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß auf die bloßen Kundgebungen des Willens der proletarischen Massen hin die herrschenden Reaktionäre Preußen-Deutschlands freiwillig auf ihr stärkstes Bollwerk verzichten werden, und da entsteht naturgemäß in den Massen der demonstrierenden Proletarier die Frage: Haben wir noch weitere wirksamere Waffen, wenn sich die Waffe des Demonstrationsstreiks als nicht ausreichend erweist? (Bravo!) Haben wir noch Mittel und Wege, um unserem Willen mehr Nachdruck, mehr Wirksamkeit zu verleihen? Da ist es unsere selbstverständliche Pflicht, auf diese Frage den Massen die klare Antwort zu geben: Jawohl, ihr habt noch ein wirksameres Mittel, das ihr nötigenfalls ins Werk setzen könnt und dieses Mittel ist die Arbeitsverweigerung, das ist der Massenstreik. Und es kommt noch ein weiteres hinzu: sobald wir Massendemonstrationen veranstalten, sobald diese sich immer steigern, immer gewaltiger werden, wird eine Lage geschaffen, in der nicht nur von uns der Ausgang des Wahlrechtskampfes abhängt, sondern es kommen dann andere Faktoren mit ins Spiel, das Verhalten unserer Gegner. Wir wissen alle, in welcher Weise von der herrschenden Reaktion unseren ersten Massendemonstrationen begegnet worden ist, wir haben in frischer Erinnerung all die Säbelattacken, all die Provokationen der Polizei, wir wissen alle, daß bis jetzt unwiderlegt geblieben ist die Nachricht des „Berliner Tageblatts", daß bei der großen Demonstration im Tiergarten am 6. März die Kaserne des 1. Feldartillerie-Regiments in ein Kriegslager verwandelt worden ist, daß man nur auf einen Vorwand lauerte, um die friedlich und ruhig demonstrierenden Massen in ihrem eigenen Blute zu ersticken. Wir haben es bis jetzt fertig gebracht, diese Drohungen ohne Wirksamkeit bleiben zu lassen. Wir haben es erreicht, daß die Polizei ihre Säbel wieder in die Plempe steckte. Aber wer bürgt uns dafür, daß wir nicht in Zukunft mit neuen Provokationen zu rechnen haben, wenn wir wieder die Massen auf den Plan rufen. Im Gegenteil, die ganze Unberechenbarkeit, Kopflosigkeit und Schrullenhaftigkeit des herrschenden politischen Systems in Deutschland macht es uns zur Pflicht, als ernste Politiker damit zu rechnen, daß wir auf alle Eventualitäten beim preußischen Wahlrechtskampfe bereit sein müssen. (Sehr richtig!) Und da müssen wir den Massen, die wir zur Demonstration auf die Straße rufen, von vornherein die klare, ruhige Sicherheit geben: Ihr seid nicht wehrlos den

frivolen Provokationen der säbelfuchtelnden Reaktion preisgegeben, wir haben ein Mittel, um im äußersten Falle auf die Provokation zu antworten, und dieses Mittel ist wiederum die Arbeitsverweigerung, der politische Massenstreik. Parteigenossen! Gegenwärtig erleben wir eine Pause im Wahlrechtskampf, deshalb ist gewissermaßen die Aktualität aller dieser Fragen, aller dieser Losungen ein wenig zurückgetreten. Aber ich hoffe, wir werden bald ein machtvolles Wiederaufleben des preußischen Wahlrechtskampfes erleben. Ich hoffe und erwarte, daß unser Referent in seinem Schlußwort den machtvollen Ruf ertönen läßt, den ich bis jetzt noch in seinem Referat vermißt habe, und daß bei der ersten möglichen Gelegenheit der preußische Wahlrechtskampf noch machtvoller wie bisher auflodert. Sobald dies geschehen wird, werden alle diese Fragen in ihrer ganzen Lebendigkeit ebenso vor uns stehen, wie sie im vergangenen Frühling gestanden sind. Wir wissen alle, daß in den leitenden Kreisen unserer Partei und namentlich unserer Gewerkschaften eine starke Abneigung dagegen besteht, daß man die Frage des Massenstreiks namentlich während des Wahlrechtskampfes öffentlich erörtert. Die Befürchtungen ergeben sich aus der Auffassung, als ob es genügen würde, vom Massenstreik in Versammlungen und in der Presse zu reden, damit ein Massenstreik über Nacht ausbricht, ob er gelegen oder ungelegen kommt. Diese Auffassung geht dahin, daß man die Erörterung der Frage des Massenstreiks, die Propaganda des Massenstreiks gewissermaßen als ein Spielen mit dem Feuer auffaßt. Parteigenossen, es ist notwendig, es ist die höchste Zeit, daß sich alle bei uns darüber klar werden, daß diese Auffassung vom Massenstreik total verfehlt ist und eine der Aufgaben unseres Antrages ist, über diese Auffassung volle Klarheit zu schaffen, die Befürchtungen, als ob die Erörterung der Frage des Massenstreiks allein, künstlich, gelegen oder ungelegen, den Massenstreik provozieren könnte, zu beseitigen. Diese Auffassung müssen wir überwinden, wie die anarchistische Auffassung vom Generalstreik, der jene entspricht, längst begraben ist. Ein politischer Massenstreik ist nicht eine Erscheinung, die man künstlich dadurch heraufbeschwören könnte, daß man von ihr redet oder diese Waffe propagiert. Ein politischer Massenstreik kann nur entstehen aus historischen Bedingungen; aus der Reife der politischen und wirtschaftlichen Situation kann sich ein Massenstreik ergeben, und wenn irgend etwas Ihnen beweist, daß man ins Unendliche vom Massenstreik reden kann, ohne den geringsten praktischen Erfolg, wenn die Bedingungen zu seiner Verwirklichung fehlen, so ist es die Geschichte der Idee des Generalstreiks selbst. Sie wissen, daß die Anarchisten vom Schlage Domela Nieuwenhuis jahrzehntelang den Generalstreik anpriesen als eine Panazee gegen alle Uebel der bestehenden Gesellschaftsordnung und gegen den Krieg, als ein Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution binnen 24 Stunden. Und heutzutage, wer führt den Generalstreik mehr im Munde als die französischen Syndikalisten anarchistischer Observanz. Das Hausieren mit der Generalstreiksidee durch Nieuwenhuis hat nicht ein Jota an ernsten Erfolgen zu verzeichnen, kein Mensch hat sich darum gekümmert. Und das Land, wo der Generalstreik am wenigsten in der Praxis hervorgetreten ist, ist heute Frankreich, wo die Syndikalisten ihn stets im Munde führen.

So beweist die Geschichte dieser Idee selbst, daß nicht das Propagieren, die Erörterung, das Anpreisen des Massenstreiks künstlich den Massenstreik hervorrufen kann, sondern einzig und allein die Reife der historischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Erst im letzten Jahrzehnt, seitdem wir den machtvollen Zusammenschluß des Kapitals zu Kartellen, die Aussperrungspolitik, die beispiellose Verschärfung der Klassengegensätze haben, zeigt es sich, daß in einem Lande nach dem anderen Massenstreiks ausbrechen, nicht, weil

sie einst von Anarchisten propagiert wurden, sondern weil die historischen Bedingungen sie erforderten.

Für uns im preußischen Wahlrechtskampf ergibt sich die Losung des Massenstreiks aus der einfachen Tatsache, daß das Proletariat einzig und allein auf sich, auf seine eigene Kraft angewiesen ist, um diesem Kampfe zum Siege zu verhelfen. Als schärfste Form der selbständigen politischen Aktion des Proletariats ist der Massenstreik bei uns in Preußen-Deutschland zugleich ein Produkt der Verschärfung der Klassengegensätze, des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie, des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien gegen uns, ein Produkt der ganzen geschichtlichen Entwickelung der letzten Jahrzehnte.

So aufgefaßt, auf eine solche Basis gestellt, bedeutet die Erörterung des Massenstreiks nicht das künstliche Hervorzaubern eines Massenstreiks ohne Grund und ohne die Bedingungen der Wirksamkeit, sondern sie ist ein hervorragendes Aufklärungsmittel für die Massen, ein hervorragendes Mittel der politischen Erziehung und der Vertiefung der politischen Auffassung der proletarischen Massen. (Sehr richtig!)

Nicht als ein wundertätiges Mittel, das nur aus der Tasche gezogen zu werden braucht, um uns sichere Siege zu bringen, wollen wir den Massenstreik erörtern und seine Idee verbreiten, im Gegenteil, wir haben allen Grund, der Masse klaren Wein einzuschenken — darin bin ich mit Borgmann ganz einverstanden, der das als Argument gegen unseren Antrag vorbringen zu müssen glaubte —, daß wir nicht auf einen Hieb einen solchen Kampf wie den preußischen Wahlrechtskampf siegreich beenden können. Wir müssen die Massen darauf vorbereiten, daß nur in einer langen Reihe schwerer, opferreicher Kämpfe der Sieg errungen werden kann. Aber gerade dadurch, daß wir sie auf die ganze Schwere des bevorstehenden Kampfes im Zusammenhang mit der Erörterung des Massenstreiks hinweisen, erfüllen wir gegenüber der Arbeiterklasse nicht nur ein Werk der politischen Aufklärung, sondern auch der moralischen und sittlichen Erziehung, indem wir an den höchsten Idealismus, an die Opferwilligkeit appellieren. Wenn Sie das alles zusammennehmen, müssen Sie zugeben, daß die Propagierung des Massenstreiks, so aufgefaßt, ein gut Stück Erziehung der Massen zum Sozialismus darstellt. (Sehr richtig!) Ebenso hinfällig wie die Befürchtung, als ob ein Massenstreik, bloß weil man davon redet, unzeitig ausbrechen könnte, ist die Ansicht, daß mit der Propagierung bereits die Festlegung auf einen Termin gegeben ist. Wer kann bestimmen, wann wir in Preußen-Deutschland einen politischen Massenstreik machen müssen? Darüber bestimmen doch nicht wir allein. Ein politischer Massenstreik kann vielleicht über ein, zwei, über drei Jahre, er kann aber möglicherweise auch schon nach den nächsten paar Wahlrechtsdemonstrationen notwendig werden, denn außer unserer Taktik kommt doch die Taktik der Gegner, das Verhalten der Reaktion, die allgemeine Stimmung, die wirtschaftliche Lage in Betracht. Steht die Sache aber so, können wir nicht festlegen, wann und wie der Massenstreik zustande kommt, müssen wir zugeben, daß er möglicherweise schon in sehr kurzer Zeit notwendig werden kann, so ergibt sich daraus die klare Pflicht, die Massen auf ihre Aufgaben vorzubereiten und dafür zu sorgen, daß, wenn die Situation reif ist, sie nicht bloß unter dem Affekt in der Erbitterung zur Waffe des Massenstreiks greifen, sondern als eine politisch geschulte, scharf überlegende Armee von Klassenkämpfern unter Führung der Sozialdemokratie ins Feld ziehen. (Bravo!) Eine solche historische Erscheinung, wie der politische Massenstreik, läßt sich nicht auf Kommando hervorrufen, sie läßt sich aber auch nicht auf Kommando abbestellen, wenn die Zeit dafür reif ist. (Sehr wahr!) Wenn

wir es unterlassen, die Massen durch eine eingehende Erörterung des politischen Massenstreiks im Zusammenhang mit der historischen und politischen Entwickelung vorzubereiten, dann werden wir nur erreichen, daß gegebenenfalls die Massen sich nicht unter unserer Führung, sondern in chaotischer Verwirrung in den Massenstreik stürzen. Nicht wir, sondern die Massen sind berufen, zu entscheiden, wann die Zeit reif ist, und unsere Pflicht ist es, ihnen die geistigen Waffen zu geben, die klare Einsicht in die Tragweite des Kampfes, in die Größe der Aufgaben und in die damit verbundenen Opfer. Denn hier, wie in jedem anderen politischen Kampfe, heißt es: Bereit sein ist alles. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Klühs teilt mit, daß der Antrag 91 insofern geändert worden ist, daß es im ersten Satze heißen muß an Stelle der Worte „wurzelt in“ — „hängt auf das innigste zusammen mit“.

Limbertz-Essen (erhält auf Wunsch außer der Reihe das Wort zu einer besonderen Mitteilung): Ich möchte Ihnen einen Auszug aus dem Zirkular eines kommandierenden Generals mitteilen, das alle Anweisungen an die Truppen gibt, wie sie sich im Falle von Unruhen, Belagerungszuständen, Straßenkämpfen usw. verhalten sollen. (Lebhaftes Hört! hört!) Das Zirkular, das ich aus verständlichen Gründen nicht hier im Original mitgebracht habe, ist vom Freiherrn von Bissing unterzeichnet, dem kommandierenden General des 7. Armeekorps in Münster. Der Herr ist bekanntlich vor 2 Jahren bei Wilhelm II. in Ungnade gefallen. Das Schriftstück stammt nicht aus dem gegenwärtigen Wahlrechtskampfe, aber das ist ja unwesentlich. Es heißt da: „Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure (Bewegung und lebhaftes Hört! hört!), sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen (erneute Bewegung und stürmische Hört! hört!-Rufe) ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. (Lebhafte Bewegung und stürmische Entrüstungsrufe. Pfannkuch ruft: Habt Ihr daran gezweifelt?) Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gedeckt werden müssen. Jedenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben und von dieser sobald als möglich in Sicherheit gebracht werden. (Heiterkeit.)

Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn aufrührerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widersetzlichkeit im Keime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher, wie zögernde Maßnahmen, Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung befestigt.“ (Hört! hört!)

Es folgen weiter Vorschriften zur Sicherung der Truppentransporte. Es heißt da: „Für den Fall des Eisenbahnerausstandes sind ja Vorkehrungen bereits getroffen.“ (Bewegung und Unruhe.)

Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampfe gelten folgende Bestimmungen: „Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein frontaler Sturm auf Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er sehr oft fehlschlägt. Die Infanterie soll schrittweise vordringen und zwar durch die Häuser nach Einschlagen der Wände, durch Höfe, Gärten, über Dächer. Beim Marsch in den Straßen ist es zweckmäßig, in Reihenkolonnen auf beiden Seiten der Straße zu marschieren. Gewandte Schützen sind vorzunehmen, um nötigenfalls Feuern aus den Fenstern heraus wirksam erwidern zu können. Maschinengewehre und Artillerie sind stets zugweise, etwa jedem Bataillon ein Zug zuzuteilen.“

Ferner folgen Vorschriften über die Ausrüstung der Pioniere mit Sprengstoffen usw.

Soweit das Zirkular. Ich will sachliche Ausführungen dazu nicht machen, aber gerade diese Vorbereitungen beweisen, wie notwendig die Schulung der Massen ist, weil man versuchen will, ihr die Führer wegzuschnappen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Weill-Straßburg: Wir bitten Sie, den Antrag 86 anzunehmen, weil wir von dieser Kundgebung des Parteitages eine Unterstützung erwarten in dem schweren Kampfe, den wir im Reichslande um eine moderne Verfassung führen müssen. Diese Kämpfe haben jetzt eine aktuellere und schärfere Bedeutung erhalten durch die Ereignisse der letzten Monate. Zunächst durch die bekannte Rede des Reichskanzlers vor Weihnachten, in der er vom elsaß-lothringischen Volke Garantien verlangte, bevor irgendein Fortschritt gewährt werden könne. Dann kamen unsere Wahlrechtsdemonstrationen und bald darauf die Schwenkung der Reichsregierung, die sich zu Ostern durch die neue Rede des Reichskanzlers ausdrückte. Darin versprach er, daß jetzt im Herbst ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichstage vorgelegt werden solle. Wir halten es daher für notwendig, jetzt erneut zu einem Problem Stellung zu nehmen, das eigentlich schon gelöst ist. Wir halten das für notwendig, weil mancherlei gefährliche und volksfeindliche Vorschläge schon gemacht worden sind. Wir wenden uns selbstverständlich gegen den Vorschlag, ein Oberhaus einzuführen oder ein Pluralwahlrecht, oder gar auf die eine oder andere Weise das Reichsland zu einer preußischen Filiale in Süddeutschland zu machen. Man hat vorgeschlagen, den Kaiser zum Landesherrn zu ernennen oder eine neue Dynastie zu errichten und gewissermaßen in Straßburg ein Asyl für obdachlose Prinzen zu gründen. (Heiterkeit.) Ja, ein Graf Holtzendorf hat in der „Deutschen Revue“ die direkte Einverleibung des Reichslandes in Preußen vorgeschlagen. Solange Preußen der Junkerstaat ist und durch ein Dreiklassenwahlrecht regiert wird, erfordert es das Interesse der Demokratie, daß wir mit aller Entschiedenheit uns jedem Versuche irgendeiner preußischen Zentralisation widersetzen. Borgmann hat in seinem Referat einen Vergleich gezogen mit der vernünftigeren politischen Haltung Englands in Südafrika, wo es den kaum erworbenen Provinzen eine ausgiebige Selbstverwaltung verliehen hat. Elsaß-Lothringen hat dagegen jetzt noch die embryonale Verfassung, die vor 30 Jahren geschaffen wurde. Es ist Reichsland mit einem Statthalter als Vertreter des Reichskanzlers und einem Ministerium für Elsaß-Lothringen als Reichsamt. Unsere Landesgesetze sind dem Inhalt und Charakter nach Reichsgesetze. Reichstag, Bundesrat, Kaiser, dieser Weg ist auch staatsrechtlich gangbar, und nur ersatzweise tritt an Stelle des Reichstages der Landesausschuß. Die Gesetzentwürfe gehen dabei in jedem Fall an den Bundesrat. Der Landesausschuß beruht außerdem auf einem durchaus reaktionären und mehrfach siebenden Wahlrecht. In der Verwaltung und Gesetzgebung empfinden wir am besten den unmittelbaren preußischen Einfluß. Wir haben allerdings auch einige französische Erinnerungen, die pietätvoll bewahrt bleiben als Erzeugnisse der reaktionären napoleonischen Periode.

Wir verlangen als Voraussetzung jeder Reform das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Landesausschuß. Wir bestreiten dem jetzigen Landesausschuß, der ein Notabelnausschuß ist, das Recht, sich die Volksvertretung von Elsaß-Lothringen zu nennen. Wir haben nicht das geringste Vertrauen weder zur Regierung, die sich manchmal den Anschein geben will, als ob sie demokratisch sei, auch nicht zu den bürgerlichen Parteien. Auch die Klerikalen geben sich eine demokratische Färbung; sie treten für eine Art Union nécessaire aller einheimischen Parteien ein; sie verdecken so ihre Politik

hinter nationalistischen Bestrebungen. Das läuft aber lediglich darauf hinaus, nach der Verfassungsänderung eine sichere klerikale Mehrheit im Landtag zu haben. Der Nationalismus ist lediglich ein Vorwand; in der Nummer vom 9. Juni des „Nouvelliste", dem Organ des Abbé Wetterlé in Colmar, versucht dieser sogar die Finanzreform mit nationalistischen Gründen zu erklären, um dem Zorn des Volkes auszuweichen.

Es besteht tatsächlich eine Anhänglichkeit in Elsaß-Lothringen an Frankreich und die französische Erinnerung. Sie besteht, und mit dieser Anhänglichkeit suchen die Klerikalen Mißbrauch zu treiben. Es ist aber auch durchaus begreiflich und selbstverständlich, daß diese Empfindung vorhanden ist, und wenn der Statthalter von Elsaß-Lothringen gestern in seiner Rede in Lörchingen das bedauert hat, so wäre vielleicht vorzuziehen, daß er den Gründen dieser Empfindung nachgehe. Sie besteht, weil das elsaß-lothringische Volk aus seiner politischen und revolutionären Ueberlieferung heraus ein Bedürfnis nach Demokratie hat, das innerhalb des Deutschen Reiches keine Befriedigung finden kann. Der Vergleich zwischen der deutschen Reichspolitik und der demokratischen französischen Politik drängt sich in Elsaß-Lothringen geradezu auf, und wenn wir sehen, wie jenseits der Vogesen Kulturreformen durchgeführt werden, wie die Trennung von Staat und Kirche, wie aber bei uns die preußische Reaktion sich Geltung verschafft und Wirkung ausübt in allen Gebieten, so wird man diese Anhänglichkeit verstehen. (Sehr wahr!) Nichts wirkt im Elsaß antinationaler und protestlerischer, als gerade die Politik, die gegenwärtig in Deutschland von den Junkern getrieben wird. Wir behaupten, daß gerade die soziale Demokratie den nationalen Traditionen des Elsasses dient, indem sie für die Demokratisierung kämpft. (Sehr richtig!)

Wenn wir dem Bedürfnis entsprechen wollen, das im Volke nach Demokratie geradezu schreit, so müssen wir die Forderungen vertreten und durchkämpfen, die in unserer Resolution bezeichnet sind. Wir müssen gegen jede Verpreußung wirken, und ich darf wohl sagen, daß wir in Elsaß-Lothringen, die wir noch in der Ueberlieferung der französischen Revolution leben, und die auf der anderen Seite den verhängnisvollen Einfluß der preußischen Regierungspolitik und Gesetzgebung am unmittelbarsten empfinden, daß wir es vielleicht am besten würdigen können, was der Partikularismus für die Demokratie in Deutschland noch bedeutet! (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn vorhin die süddeutschen Genossen ihre tatkräftige Sympathie ausgesprochen haben für den preußischen Wahlrechtskampf, so will ich bei dieser Gelegenheit mich den Rednern aus Süddeutschland für die elsaß-lothringischen Genossen anschließen, die durch jenen doppelten Einfluß besonders dazu veranlagt sind, den ungeheuren Wert zu schätzen, den die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts für Preußen, Deutschland, ja ganz Europa bedeuten würde.

Diesen Gesichtspunkten entsprechen unsere Forderungen. Sie sind auch staatsrechtlich durchaus erfüllbar. Wir bitten Sie, der Resolution zuzustimmen und durch eine möglichst entschlossene Kundgebung des Parteitages uns zu helfen, aus Elsaß-Lothringen ein freies Land zu schaffen! (Lebhafter Beifall.)

Antrick-Braunschweig: Ich spreche hier im Auftrage der Genossen eines Bundesstaates, die nicht nur mit dem Herzen, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten den preußischen Parteigenossen im Wahlrechtskampfe zur Seite gestanden sind, deshalb zur Seite, weil der preußische Wahlrechtskampf zu gleicher Zeit auch ein braunschweigischer Wahlrechtskampf war. Der braunschweigische Bundesstaat hat bis jetzt, obgleich im Herzen Deutschlands gelegen, keinerlei parlamentarische Vertretung. Wohl haben wir eine Art

Landesvertretung, die aber keinerlei parlamentarische Rechte besitzt. Unser Landtag hat nur das Recht, die ihm von der Regierung vorgelegten Gesetze zu begutachten, und wenn Sie sich nun diese Spottgeburt von Dreck und ohne Feuer, diese braunschweigische Bauernstube, etwas näher ansehen, werden Sie finden, daß man selbst von dieser Bauernstube, wenn sie auch parlamentarische Rechte hätte, nichts zu erwarten hat.

Vor allem dieses elende Dreiklassen- und Privilegienrecht. Preußen hat gewiß ein ganz miserables Wahlrecht, aber das braunschweigische steht noch weit hinter Preußen zurück. Ich glaube, kein Land, nicht einmal Rußland oder die Türken, haben solche elenden parlamentarischen Zustände wie Braunschweig. Nicht nur, daß wir das Dreiklassenwahlrecht haben, wir haben zugleich Wahlprivilegien. Da kommt zunächst der Großgrundbesitz und ernennt seine Abgeordneten — „wählt“ kann man nicht sagen, sondern „ernennt“.

Aber sie haben noch besondere Vorrechte; während sonst ein braunschweigischer Landtagswähler die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen muß, ist das für den Großgrundbesitz nicht nötig. Sobald der einen Besitz von gewisser Größe hat, ist er Wähler, auch wenn er ein Idiot und total verrückt ist, wenn er dann auch nicht persönlich, sondern durch einen Vertreter wählt.

Dann kommen die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden. Das sind aber nicht die Leute, die selbst das Gewerbe betreiben, sondern die Großindustriellen, und auch diese ernennen ihre Abgeordneten.

Dann kommen die im Schweiße ihres Angesichts arbeitenden Couponabschneider, die großen Rentiers, und ernennen wieder ihre Abgeordneten, und dann kommen die Vertreter der Intelligenz, der Wissenschaft. Wenn Sie aber glauben, daß dazu wirklich Intelligenz gehört, dann täuschen Sie sich gewaltig. Nur die amtlich abgestempelten Wissenschaftler haben das Recht, sich Wähler zu nennen. So ist es möglich, daß z. B. der bekannte Ehrenbürger von Braunschweig, Ehrendoktor von Göttingen und Tübingen, Wilhelm Raabe, nicht zu den Wählern der Stände gehört.

Ja, noch weiter, der berühmte Mathematiker, Prof. Dr. Dedekind, der, ohne sein Staatsexamen gemacht zu haben, Professor am Kollegium Karolinum, der jetzigen Hochschule von Braunschweig, geworden ist, war einmal aus Versehen in die Reihen dieser abgestempelten Wissenschaftler gekommen, und als man dieses Versehens gewahr wurde, wurde er aus der Liste gestrichen zu einer Zeit, als ihn die Akademie der Wissenschaften zu Paris zu ihrem Mitglied ernannte. (Heiterkeit und Hört! hört!) So schätzt man die Wissenschaft in Braunschweig ein. Außerdem kommen dann die Vertreter der schwarzen Gendarmerie, die Geistlichen, aber nur der evangelischen, die sich wiederum ihre Vertreter selbst ernennen. Die katholische Geistlichkeit hat darin nichts zu sagen. Dann erst kommt das übrige Volk, aber die Arbeiter auch noch nicht. Dann kommt erst das infame Dreiklassenwahlrecht, dann wählen dieselben Großgrundbesitzer, dieselben reichen Leute, dieselben großen Fabrikanten noch einmal als Vertreter der ersten Klasse, und zu allerletzt kommt dann das Volk. Aber es ist nicht imstande, auch nur einen einzigen Vertreter durchzubringen, denn es stehen ihm ja die beiden anderen Klassen gegenüber. Bei uns in Braunschweig liegt es so, daß ein Vertreter der ersten Klasse 15mal soviel Wahlrecht hat wie ein Vertreter der dritten und ein Vertreter der zweiten Klasse viermal soviel wie einer der dritten. Das braunschweigische Proletariat hat natürlich alle Ursache, gegen dieses elende Wahlsystem Sturm zu laufen, und wir sind Sturm gelaufen. Wir haben alles versucht, haben Petitionen über Petitionen an den Landtag und die Regierung

geschickt, aber sie sind in den Papierkorb gewandert. Wir sind in großen Massenversammlungen zusammengekommen, man hat uns verlacht. Wir haben große Straßendemonstrationen veranstaltet, die hat man auch nicht beachtet, ja, man hat von dem Radau der Masse gesprochen. Als dann das Proletariat endlich müde war, sich hudeln und bütteln zu lassen und auf die Straße ging, als es dann laut und deutlich nach Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts rief, hat man einfach auf unsere proletarischen Brüder mit dem Säbel eingehauen. Wir in Braunschweig waren die ersten, die den Polizeisäbel zu kosten bekamen, eher als unsere Parteigenossen in Preußen. Das hat uns aber nicht abgehalten, ungeachtet der Opfer, die am 26. Januar in Braunschweig gefordert wurden, bereits am 8. Februar in viel größerer Zahl am hellen lichten Sonntag auf die Straße zu steigen. Da standen dann dieselben Polizisten, ausgerüstet mit ihren bekannten Mordwaffen, aber sie hatten doch nicht den Mut, bei hellem Tage auf die Arbeiterschar einzuschlagen. Wir sind dann weiter in großen Massenmeetings, ungefähr 30 000 Personen, zusammengewesen, wieder durch die Straßen gezogen und der Erfolg war, daß man in Aussicht stellte — nicht offiziell —, daß eine Wahlrechtsvorlage kommen sollte. Und sie wäre gekommen, wenn nicht in Preußen die Wahlrechtsvorlage zurückgezogen wäre. Denn im selben Augenblick, als das in Preußen geschah, hörte auch bei uns das Gerede über das Einbringen einer Wahlrechtsvorlage auf. Nun haben wir uns in Braunschweig aber fest engagiert, wir haben der braunschweigischen Bourgeoisie und der Regierung erklärt, daß wir nicht ruhen und nicht rasten werden, bis wir ein besseres, das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht erreicht haben werden. Wir können aber in Braunschweig allein nichts machen, wenn nicht in Preußen gleichzeitig vorgegangen wird. Deshalb hielt ich es für meine Pflicht, hier kurz auf diese Situation hinzuweisen. Sie können versichert sein, nicht mit Worten nur, sondern zur Tat bereit stehen unsere Braunschweiger Arbeiterbataillone, wartend auf die Parole, zu marschieren. Wir wollen und werden kämpfen, wir werden opfern, aber wir wollen auch endlich siegen. (Lebhafter Beifall.)

Wagner-Braunschweig: Sie werden aus den Ausführungen von Antrick die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir in Braunschweig uns die heutigen Zustände nicht länger gefallen lassen konnten. Es handelt sich da nicht allein um Wahlrecht und Verfassung, sondern auch um das ganz infame vormärzliche Bureaukratenregiment, das sich aus einer festen Vettern- und Cliquenwirtschaft ersetzt und mit jedem freidenkenden Menschen umspringt, wie Metternich in der Zeit der Demagogenverfolgungen. Hiergegen haben wir kein Mittel der früheren Art, sondern wir mußten auf die Straße gehen, um uns Gehör zu verschaffen. Die herrschenden Klassen kümmerten sich nicht um unsere Presse, nicht um unsere Versammlungen, nicht um unsere Petitionen, und erst als wir auf die Straße gingen, als ein Blutbad veranstaltet war, wurde die Oeffentlichkeit aufmerksam, die Regierung wurde gezwungen, Farbe zu bekennen, und sie hat sich dabei grenzenlos blamiert. Der Minister Otto erklärte im Landtage, er sehe jetzt ein, daß die Zeit ernst ist, er habe sich schon längst auf ein neues Wahlrecht besonnen, er habe alle Wahlgesetze studiert, aber er sei sich noch nicht klar geworden. (Hört! hört!) Aber obwohl der Landtag bereits im Mai einberufen wurde, kam doch keine Wahlrechtsvorlage, weil in Preußen die Bewegung ruhte. Es ist doch klar, daß unser Sturm im kleinen Wasserglase Braunschweig nur Erfolg haben kann, wenn rings herum im großen preußischen Meer der Sturm tobt. Wenn wir von Preußen nicht unterstützt werden, so wird natürlich auch bei uns die Wahlrechtsbewegung zurückgehen. Im Herbst tritt der Landtag zusammen, wir müssen ihn dann zwingen, Farbe zu be-

kennen, wir müssen demonstrieren, auch wenn Preußen nicht mitgeht. Natürlich halten wir unsere braunschweigische Wahlrechtsfrage nicht für die wichtigste Frage, aber wir sagen uns, daß, wenn die Preußen ihren Jellatchich schlagen wollen, dann können wir sie nicht besser unterstützen, als wenn wir in Braunschweig unseren Jellatchich schlagen. (Sehr richtig!) Deshalb muß die Resolution so scharf wie möglich gefaßt und die Erörterung des Massenstreiks darin aufgenommen werden. Das Wort „mit allen Mitteln" haben wir schon oft genug gebraucht, wir müssen endlich positiv ein Verstärkungsmittel unserer Demonstrationen angeben, und wir haben in unserm Waffenarsenal nur noch den politischen Massenstreik, über den wir uns ja in Jena klargeworden sind. Ich stehe dem Massenstreik durchaus nicht ohne Bedenken gegenüber, ich weiß, daß er nicht kommandiert werden kann, er muß aus der Masse herauskommen, denn die Opfer haben die kleinen Leute zu bringen, die uns, wenn wir den Massenstreik predigen, einfach sagen: „Ja, Ihr habt es gut, Ihr Parteibeamten, Ihr Redakteure, Ihr kommt wieder in Eure Stellungen, aber wir müssen die Opfer bringen!" Um so notwendiger ist es, die Arbeiter aufzuklären. Weiter weiß ich sehr wohl, daß der Massenstreik der Begeisterung entspringen muß. Aber das darf uns nicht zu dem Irrtum verleiten, daß er nur das Werk plötzlicher Begeisterung sein könnte. Es ist hier genau so, wie mit der künstlerischen Begeisterung. Wenn die Stunde der Begeisterung über den Künstler kommt, und er hat kein Motiv, dann verflackert die Begeisterung leicht. Hat er aber einen Plan, hat er das Gerippe eines Dramas oder Gedichts schon im Kopfe, und es kommt die Begeisterung über ihn, dann gibt es ein gutes Werk. Aehnlich in der Politik. Die Stunde der Begeisterung, die die Massen zum Massenstreik drängt, wird schon kommen, aber wenn er dann nicht genau erörtert ist, und wenn die Massen sich dann nicht ganz klar sind, dann kann es dahin kommen, daß sie nicht wissen, womit sie beginnen sollen. Wir haben in Jena den Massenstreik in unser Waffenarsenal eingestellt, aber er ist verrostet. Wir müssen den Massen zeigen, wie sie ihre Empörung ausdrücken können, um so mehr, nachdem uns Limbertz die Pläne des Militärs verlesen hat. Ich nehme das nicht ernst, aber gerade auf diese Drohungen könnte der Parteitag keine bessere Antwort geben, als eine möglichst scharfe Fassung der Resolution. Auch diejenigen, die gewisse Bedenken gegen den Massenstreik haben, könnten für die Resolution Luxemburg stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Eugen **Ernst**-Berlin: Ich glaube im Namen aller norddeutschen Parteigenossen, speziell der preußischen Genossen, unserer Freude Ausdruck geben zu sollen über die Unterstützung unserer süddeutschen Genossen in unserem Wahlrechtskampfe. (Bravo!) Wir sind stets davon überzeugt gewesen, daß sie auch in Zukunft uns in unserm Kampf Beistand leisten werden und sind erfreut über den besonderen Ausdruck der Sympathie, den wir hier soeben vernommen haben. (Beifall.) Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, daß wir einig sind in dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind (Lebhafter Beifall), daß wir immer zusammenstehen, Schulter an Schulter, verbunden durch dasselbe Ziel, dasselbe Streben. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir sind uns über den Ernst der Situation vollständig klar, wir wissen, welchen Widerstand wir namentlich in Preußen zu brechen haben, aber wir wissen auch, welche Bedeutung der preußische Wahlrechtskampf nicht nur für Preußen, sondern für die demokratische Bewegung in ganz Deutschland hat. (Sehr wahr!) Wir geben Ihnen infolgedessen auch von dieser Stelle aus das Versprechen: Der Wahlrechtskampf in Preußen hört nicht eher auf, ehe nicht unser Ziel, das freie, allgemeine Wahlrecht auch in Preußen errungen ist. (Lebhafter Beifall.) Der

Kampf hört nicht auf, ehe nicht auch Preußen in die Reihen der Kulturländer mit demokratischer Verfassung gedrängt ist. (Wiederholter Beifall.)

Es ist gesagt, daß eine gewisse Abneigung in den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften gegen die Erörterung des Massenstreikes vorhanden ist. Ich leugne nicht, daß hier und dort jemand vorhanden ist, der der Erörterung dieser Frage nicht sympathisch gegenübersteht, aber man darf solche einzelnen Vorkommnisse nicht verallgemeinern. In den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften bestehen keinerlei Bedenken, daß der Massenstreik angewendet werden muß in dem Augenblick, wo die politische Situation uns das Mittel aufzwingt. Bedenken bestanden nur dagegen, daß der Massenstreik erörtert werden soll zu einer Zeit, wo wir mitten im Wahlrechtskampf standen. Wir sagten uns, wenn jetzt die Frage erörtert wird, dann kann man auch diejenigen, die zurzeit mit der Anwendung dieses Mittels nicht einverstanden sind, nicht hindern, ihre Meinung öffentlich zu sagen, und dann erleben wir das Schauspiel, daß wir mitten in der Aktion eine weitschweifige Diskussion haben, daß zur Freude unserer politischen Gegner von uns erörtert wird, ob unsere Macht ausreicht, dies Mittel zu gegebener Zeit anzuwenden. (Sehr wahr!) Diese Meinung kann auch nur entstanden sein aus einer mißverständlichen Auffassung des Beschlusses der Landeskommission. In der Landeskommission ist ausdrücklich gesagt: Wir verwerfen das Mittel des Massenstreiks nicht, wir müssen aber von Fall zu Fall Stellung nehmen, ob er möglich ist oder nicht. Wir haben ihn nicht für den ganzen Wahlrechtskampf abgelehnt, sondern nur in dem damaligen Augenblick für unzweckmäßig gehalten. Es ist auch die Meinung laut geworden, als hätten wir der Presse verboten, irgendwelche Erörterungen anzustellen. Auch das ist nicht der Fall. In der Sitzung der Landeskommission hat ein Mitglied der preußischen Parteileitung ausdrücklich gesagt: „Nun zur Presse. Bisher ist hier nicht entschieden, daß die Presse gar nichts über den Massenstreik bringen soll. Wir können aber nicht Zensoren sein, die die Redakteure als Kulis behandeln.“ Weiter weise ich darauf hin, daß die preußische Parteileitung immer und immer wieder die Frage erörtert hat: Ist es angebracht, irgendwelche schärferen Maßregeln jetzt zu ergreifen, ist die politische Situation so, daß wir notwendigerweise einen Schritt weiter gehen müssen. Ich glaube ohne Ruhmredigkeit konstatieren zu können, daß von seiten der preußischen Parteiorganisationen auch nicht ein einziger Vorwurf gegen die preußische Parteileitung erhoben ist. (Sehr richtig!) Das beweist, daß innerhalb der Organisationen die Meinung vorhanden war, unsere Vorschläge sind gut, um das Wahlrecht zu erringen. Also, es waren für uns lediglich praktische Erwägungen maßgebend, ob gerade die Zeit des Kampfes angebracht ist, die Frage zu erörtern.

Nun ist gesagt, die Resolution des Vorstandes lasse vermissen, daß der politische Massenstreik auch als Mittel im Wahlrechtskampf gilt. Das ist eine Verkennung. Es ist in der Resolution ausdrücklich die Rede davon, daß die Genossen den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiter führen werden. Darunter ist auch zu verstehen, daß, wenn die politische Situation es gebietet, wenn alle die Umstände, die Genossin Rosa Luxemburg angeführt hat, vorliegen, auch dies Mittel selbstverständlich angewandt werden muß. Da spricht die politische Situation, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Stimmung der Massen usw. mit. Wir sind aber der Meinung, daß dies Mittel nicht blindlings angewendet werden darf. (Sehr richtig!) Dazu hat es doch eine viel zu große Bedeutung. Weiter sind wir der Meinung, daß vor seiner Anwendung eine Aussprache mit den Gewerkschaften gepflogen werden muß. (Sehr wahr!) Die Annahme der Resolution Luxemburg würde ein Akt der Unfreundlichkeit gegenüber den Gewerkschaften sein. (Sehr richtig!) Als die

Gewerkschaften in Köln ihren bekannten Beschluß über den Massenstreik gefaßt haben, da ist von seiten der politischen Organisation mit Recht darauf hingewiesen, daß sie sich vorher in einer solchen Frage mit der politischen Partei hätten verständigen müssen. (Sehr richtig!) Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wollen wir das Mittel des Massenstreiks anwenden, dann müssen wir die Ueberzeugung haben, daß die Gewerkschaften mit uns gehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Gerade mit Rücksicht darauf, daß wir auf alle Eventualitäten gefaßt sein müssen, bitte ich die Resolution Luxemburg abzulehnen, wir wollen uns nicht auf ein Mittel festlegen. (Sehr richtig!) Wie die politische Situation ist, wie die Gegner uns angreifen, so muß geantwortet werden, und da können Sie sicher sein, daß weder das Drohen mit der gepanzerten Faust noch Schmeicheleien uns auch nur um Haaresbreite von unserm Weg abbringen werden. (Bravo!) Wenn die preußische Parteileitung aber auch wagen wollte, gegen die Fortsetzung des Wahlrechtskampfes Stellung zu nehmen, dann ginge die Masse über sie hinweg. Dazu sitzt der Masse die Erbitterung über die Dreiklassenschmach viel zu tief im Herzen. Diese Erbitterung wird dafür sorgen, daß zu gegebener Zeit auch das richtige Mittel angewandt wird. (Sehr wahr!) Nun hat die Genossin Luxemburg eigentlich den entscheidenden Teil aus ihrer Resolution herausgestrichen; wie die Resolution jetzt besteht, ist sie nur eine Umschreibung der Resolution der Parteileitung mit einigen unfreundlichen Bemerkungen, die daraus resultieren, daß sie glaubt, daß bisher die Diskussion unterbunden war. Ich ersuche sie deshalb, ihre Resolution zurückzuziehen. (Zustimmung.) Sollte sie das nicht tun, dann bitte ich im ersten Teil statt „durch eine große entschlossene Massenaktion“ zu sagen: „durch große entschlossene Massenaktionen“. Den zweiten Absatz der Resolution bitte ich abzulehnen.

Ich wiederhole, was der geschäftsführende Ausschuß für Preußen im Auftrage der Landeskommission immer und immer wieder gesagt hat: wir werden den Kampf führen mit allen Mitteln, die der Arbeiterschaft zu Gebote stehen, mit all der Erbitterung, mit all der heißen Leidenschaft, weil wir wissen, es ist unsere Pflicht, erst die Dreiklassenschmach hinwegzufegen, ehe Preußen in die Reihe der Kulturstaaten gedrängt werden kann. Weil wir wissen, daß Preußen eine stete Gefahr für den demokratischen Gedanken in Deutschland ist. Deshalb werden wir nicht eher ruhen, als bis das Ziel erreicht ist. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Klühs** macht Mitteilung vom Eingang der Erklärung 102.

Vogtherr-Wiesbaden: Die Worte, die Genosse Ernst an die süddeutschen Genossen gerichtet hat, werden zweifellos bei allen preußischen Genossen den stärksten Widerhall finden. Wir haben ja stets die Solidarität des Wahlrechtskampfes betont und die Notwendigkeit hervorgehoben, für alle deutschen Bundesstaaten das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen. Diese Solidarität ist in unserer Partei etwas Selbstverständliches. Unser Antrag betrachtet die Frage des Wahlrechts auch als eine Reichsfrage. Wie schon Limbertz gesagt hat, macht ja auch die Militärverwaltung diese Frage zu einer Reichsfrage. Wir sollten immer wieder betonen, daß hier eine einheitliche gemeinsame Lösung im Sinne unseres Parteiprogramms zu fordern ist. Borgmann hat ausführlich die Vorherrschaft Preußens im Reich geschildert und darauf hingewiesen, welch gefährlichen Einfluß diese Vorherrschaft auf alle anderen Einzelstaaten ausübt. Wir sprechen deswegen mit vollem Recht von einer absoluten beabsichtigten und zum Teil schon erreichten Verpreußung auch derjenigen Einzelstaaten des Reiches, die wenigstens in Einzelheiten nicht so miserabel in ihrem Verfassungsleben, ihrem geistigen und politischen Leben

gestaltet sind wie Preußen. Es macht ja auch namentlich unsere gesamte gegnerische reaktionäre Presse und das preußische Junkertum bereits die Wahlrechtsfrage ihrerseits insofern zu einer Reichsfrage, als sie sich einmischen in die Regelung des Wahlrechts der Einzelstaaten. Wir haben es erst vor Monaten gelegentlich der Gestaltung des Landtagswahlrechts von Hessen gesehen. Wir wissen, daß es sich in allen Einzelstaaten um gemeinsame, fast gleiche Pflichten handelt, und aus dem Grunde haben wir auch gemeinsame Rechte zu fordern. Die Unterschiede, die Eigenarten der Einzelstaaten liegen lediglich in der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Struktur und der politischen Herrschaft. Bei uns in Preußen herrschen die Junker, wo anders herrschen die Großindustriellen, beide verneinen das Recht der großen Masse. Selbstverständlich ist, daß wir in Preußen wie in allen anderen Einzelstaaten den energischen Kampf für die Eroberung des Wahlrechts fortführen entsprechend unserm Programm; aber wir halten es auch für erforderlich, eine größere Konzentrierung des Wahlrechtskampfes dadurch zu erreichen, daß man der Wahlrechtsforderung einen Reichscharakter aufdrückt und den Reichstag immer wieder vor die Frage stellt, wie auf reichsgesetzlichem Wege das Wahlrecht in den Einzelstaaten zu regeln ist. Gewiß hat unsere Reichstagsfraktion bei verschiedenen einzelnen Gelegenheiten ganz in unserm Sinne unsere Forderung bereits an den Reichstag gestellt, aber meines Wissens ist das nicht immer geschehen in Form von eigenen Initiativanträgen, ohne Zusammenhang mit irgendwelchen anderen Gelegenheiten. (Ledebour: Doch!) Es ist ja möglich, daß ich mich irre, aber öfter ist es ganz gewiß nicht geschehen. Es ist meines Wissens im Zusammenhang mit der mecklenburgischen und der elsässischen Frage geschehen. Wir wollen, daß in Form von Initiativanträgen alle unsere Gegner im Reich gezwungen werden sollen, zu der Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen und unabhängig von ihrer Landeszugehörigkeit zu erklären, wie sie über die gemeinsame Gestaltung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts in den Einzelstaaten denken. Damit erhöhen wir auch die Stoßkraft unserer Gesamtagitation im Reiche, indem wir den Parteigenossen im ganzen Reich immer wieder die Gefahren zeigen, die ihnen aus einer ungenügenden Vertretung in den Einzellandtagen entstehen. Wir versprechen uns dadurch aber auch hervorragenden Einfluß auf die großen indifferenten Massen, die uns noch fernstehen. Denn das begreift auch der Indifferenteste, daß es sich hier für ihn um eine Lebensfrage seiner Rechte und seiner wirtschaftlichen Interessen handelt. (Bravo!)

Dißmann-Hanau: Einig sind wir uns darüber, daß die siegreiche Durchführung des Wahlrechtskampfes in Preußen gewaltige Kraftanstrengungen und Opfer erfordert, und wenn der Referent heute morgen unter anderem die Frage aufgeworfen hat, ob die Regierung noch einmal das arbeitende Volk provozieren würde, zu Straßendemonstrationen überzugehen, so sind wir uns wohl darüber klar, daß man uns im weiteren Verlaufe nicht nur zwingen wird, zu erneuten Demonstrationen überzugehen, sondern man wird von uns noch ganz andere Kämpfe und Opfer verlangen. (Zustimmung.) Darüber kann kein Zweifel sein. Die Resolution des Vorstandes dürfte einstimmige Annahme finden und es handelt sich im wesentlichen darum, ob der Parteitag gewillt ist, den Antrag der Genossin Luxemburg ebenfalls zu dem seinigen zu machen. Vom Referenten wurde mitgeteilt, daß der erste Teil akzeptiert würde, auch vom Parteivorstand und der Kontrollkommission. Zu dem Antrage des Genossen Ernst habe ich im Auftrage der Genossin Luxemburg mitzuteilen, daß sie mit dieser Aenderung einverstanden ist.

Die Frage ist nun: hat der Parteitag Ursache, den zweiten Teil oder die Gesamtresolution abzulehnen? Von einem Teil der Genossen, insbesondere

aus leitenden Gewerkschaftskreisen, ist eine Erklärung hierzu vorgelegt worden (Zuruf: Verwahrung!), die leider eine Verwahrung enthält. In dieser Erklärung wird betont, daß man daran festhalten müsse, daß der Wahlrechtskampf in allen seinen Phasen gemeinsam von Partei und Gewerkschaft vorbereitet und durchgeführt werden muß. Genossen, das ist etwas so Selbstverständliches (Sehr richtig!), daß diese Verwahrung vor dem Parteitage wirklich überflüssig ist. (Zustimmung.) Ich möchte Sie fragen, wer denn etwas anderes, wer das Gegenteil verlangt hat. Genossin Luxemburg, die kaum mehr zum Worte gelangen dürfte, beauftragt mich, Sie hinzuweisen auf ihren Artikel in der Dortmunder „Arbeiterzeitung" vom 15. März d. J. (liest): „Es ist allerdings klar, daß eine Aktion von dem Charakter und der Tragweite des Massenstreiks nicht von der Partei allein ohne die Gewerkschaften gemacht werden kann. Nur aus gemeinsamem einmütigen Zusammenwirken beider Organisationen kann jene gewaltige Aktion im ganzen Lande ausgelöst werden, um die es sich in Deutschland allein handeln kann."

Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß im Wahlrechtskampfe Partei und Gewerkschaften Schulter an Schulter marschieren und uns alle, die wir etwa in früheren Jahren lebhafte Diskussionen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft mitgemacht haben, hat es gefreut, daß im Wahlrechtskampfe in allen Orten Partei- und Gewerkschaftsgenossen ihr bestes getan haben, um den Wahlrechtskampf vorwärts zu bringen, sei es durch Versammlungen, Straßendemonstrationen oder sonstwie. (Zustimmung.) Wir haben das für selbstverständlich betrachtet und ich möchte den Wunsch aussprechen, daß wir uns über die gemachten Vorschläge möglichst einmütig verständigen.

Enthält der Antrag Luxemburg etwas, was auf Grund früherer Beschlüsse abgelehnt werden müßte? In Jena hat die deutsche Sozialdemokratie den Massenstreik in ihr Waffenarsenal aufgenommen, im Jenaer Beschluß ist auch zweifellos zum Ausdruck gebracht, daß die Erörterung des Massenstreiks nicht nur nicht verboten wird, sondern daß die Genossen verpflichtet sind, bei der Frage der Waffen, die im Wahlrechtskampfe zur Anwendung gelangen sollen auch die Beschlüsse von Jena in Erinnerung zu behalten. (Sehr richtig!) Es ist hingewiesen worden auf die Beschlüsse des letzten preußischen Parteitages und gesagt, wir haben ja das, was die Resolution verlangt, schon auf dem letzten preußischen Porteitag beschlossen und zum Ausdruck gebracht, daß der politische Massenstreik eines jener Mittel ist, die wir eventuell zur Anwendung bringen müssen. Das haben Sie bestätigt, das ist Beschluß und ich möchte Sie dringend bitten, das, was im Jenaer Beschluß steht und auf dem letzten preußischen Parteitag bestätigt wurde, nicht zu desavouieren. (Zuruf: Was beschlossen worden ist, braucht doch nicht nochmals beschlossen zu werden.) Ja, in der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission steht doch auch schon mehr als ein Satz, der schon einmal festgestellt wurde. Das ist selbstverständlich. Wir haben recht oft Resolutionen gefaßt, die eine neue Betonung früherer Beschlüsse bedeuten. (Zustimmung.) Von allen Diskussionsrednern ist gesagt worden, was materiell im Antrag steht, kann gar nicht abgelehnt werden, weil eine Diskussion über den Massenstreik gar nicht unterbunden werden darf; das war auch in der Vergangenheit nicht verboten. (Frank: Dann braucht man das doch nicht zu beschließen!) Es kommt doch auf den materiellen Inhalt an, ob etwas in dem Antrage steht, was man ablehnen müßte. (Sehr richtig!) Wenn Sie selbst die Resolution in Ihrem zweiten Teile ablehnen, dann werden Sie an der Sache nichts ändern, und zwar schon deshalb, weil Sie gar nichts daran ändern können.

Wir sind alle darüber einig, daß wir beim Wiedereintritt in den Wahlrechtskampf nicht sagen können: jetzt haben wir wieder angefangen und das

nächste ist der politische Massenstreik. Wir sind uns darüber einig, daß nach der politischen Situation verfahren werden muß. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Genosse Limbertz hat uns hier ein Prachtstück verlesen, das, wenn auch vor ein bis zwei Jahren im Wahlrechtskampfe als Befehl versendet, zur Ausgabe gelangt ist. Das ist nur eines aus den letzten Jahren. Die blutigen Polizeiattacken sind uns ja genügend bekannt und ich erinnere an die letzte große Frankfurter internationale Kundgebung. Das Frankfurter Militär war im Manöver und standen daher Extrazüge in Hanau und Mainz bereit, um das dortige Militär je nach der „Revolution" in Frankfurt dorthin zu entsenden.

Der Kampf muß uns einig finden und wenn im Vorstandsbericht betont wurde, wie wir die Organisation und Presse stärken müssen, dann gilt das zu keiner Sache mehr als zum Wahlrechtskampf, und darum bitte ich, verständigen wir uns womöglich über die Resolution Luxemburg, und sind wir einig, die Organisationen von Gewerkschaften und Partei zu stärken, bis zum äußersten alle Kräfte zusammenzufassen. Denn alle Kräfte sind notwendig in den schweren Kämpfen der Zukunft und Einigkeit ist nötiger als je. (Lebhafter Beifall.)

Leinert-Hannover: Ich bedauere, daß die Genossin Luxemburg sich nicht dazu verstanden hat, ihre Resolution zurückzuziehen. Dadurch bin ich leider in die unangenehme Lage versetzt, mich weniger mit dem Wahlrechtskampfe als mit dem Antrage Luxemburg zu beschäftigen. Das tut mir leid, weil im Interesse der ganzen Agitation eine wirksame und einheitliche Kundgebung viel wichtiger ist, als die Erörterung der Massenstreikfrage. Der diesjährige Parteitag ist deshalb besonders wichtig, weil er feststellt, daß jeder Disziplin zu üben hat. Daher bedauere ich auch, daß unter dem Antrage die Namen Liebknecht und Rudolph stehen, die beide in der preußischen Landeskommission die Debatten darüber, ob der Massenstreik im Wahlrechtskampfe angewandt werden soll, mitgemacht haben. (Sehr richtig!) Wir waren in der preußischen Landeskommission der Meinung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Erörterung des Massenstreiks ein ungeeigneter ist. (Hört! hört!) Der Antrag Luxemburg bedeutet zudem noch einen Disziplinbruch (Lachen), ich will es Ihnen gleich beweisen. In Mannheim ist festgelegt worden, daß unter Umständen der Massenstreik zur Anwendung kommen soll und auch, wann er ausgeführt werden soll. Da heißt es in der Resolution unter II:

„Um bei Aktionen, die die Interessen der Arbeiterschaft und Gewerkschaften gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen versuchen, sich zu verständigen."

Auch die Methode der Ausführung ist genau festgelegt worden, denn es ist bestimmt unter I:

„Soweit der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen."

Nachdem das beschlossen ist, ist eine Erörterung darüber, ob wir beim Wahlrechtskampfe in den Massenstreik eintreten sollen oder nicht, für die Partei sicherlich nicht von Nutzen.

Nun hat Genossin Luxemburg uns die Resolution dadurch schmackhafter machen wollen, daß sie das Wort „Propagierung" ausläßt. Wenn sie dieses Wort herausnimmt, und Genosse Dißmann erklärt, daß trotzdem die Erörterung nicht unterbunden werden soll, dann bin ich der Ueberzeugung, daß mit der Annahme der Resolution die Erörterung nicht nur nicht unterbunden, sondern erst herbeigeführt werden soll. Und die Folge sind Beschlüsse, die an

die Erörterung geknüpft werden. Ich mache auch darauf aufmerksam, welchen Eindruck es dann machen muß, wenn wir in eine Erörterung eintreten, wenn wir große Versammlungen abhalten, wenn die Genossin Luxemburg in ihrer Art die Massen für den Massenstreik begeistert, und nachher kommen die auch auf diesem Parteitag schlecht weggekommenen Führer — auch der Gewerkschaften — (Hört hört!) und sagen, das geht jetzt nicht unter diesen Umständen. (Hört! hört!) Was wird dann aus einer solchen Aktion? Das hätte sich die Genossin Luxemburg überlegen und sich sagen müssen, daß es nicht im Interesse der einheitlichen Taktik in der Partei liegt, mit solchen Anträgen in den preußischen Wahlrechtskampf hineinzufahren. Auf der Tagesordnung steht doch der Punkt „Wahlrechtsfrage". Genossin Luxemburg stellt ihren Antrag zum Punkte „Preußische Wahlrechtsfrage", um den allein es sich hier gar nicht handelt. Sie will also den Massenstreik auch nur in Preußen. Warum schreiben Sie nicht in den Antrag, daß der Massenstreik auch in Sachsen durchgeführt werden soll? Das dortige Wahlrecht befriedigt uns doch auch nicht. Warum wollen Sie gegen die bisherige Uebung auftreten, daß über den preußischen Wahlrechtskampf die preußischen Genossen nur entscheiden? Soll der Parteitag über eine rein preußische Frage entscheiden? Ich halte es nicht für richtig, daß der Parteitag in einer Frage entscheidet, die die preußischen Parteiinstanzen schon den ganzen Winter und den ganzen Sommer beschäftigt hat. Der Parteitag darf nicht eine Resolution annehmen, die den Intentionen und Ansichten der preußischen Instanzen in keiner Weise entspricht. (Beifall und Widerspruch.) Es ist nicht parteigenössisch, einer großen Organisation wie der preußischen einen Beschluß des Parteitages aufzuzwingen, der den Absichten der preußischen Organisation bisher nicht entsprochen hat. (Beifall.) Deshalb erkläre ich, daß wir diesen Antrag in allen Teilen ablehnen müssen. Die Ablehnung dieses Antrages ist für die Partei zwar kein Ruhmeszeichen, aber wir müssen uns dagegen wenden, weil wir mit diesem Antrage nichts anfangen können.

Die Genossin Luxemburg sagte, wann der Massenstreik kommt, das wissen wir nicht, er kann in drei Jahren kommen, auch schon früher. Ich sage: Wann der Massenstreik begonnen werden soll, das bestimmen die Leiter der Organisationen, das wissen der Parteivorstand und die Generalkommission und nicht die Genossin Luxemburg. (Beifall und Oho-Rufe.) Sie haben es doch selbst in Mannheim beschlossen, daß diese beiden Instanzen alle Maßnahmen treffen sollen. Genossin Luxemburg sagte: Dann könnten wir vor der Tatsache stehen, daß wir die Massen kopflos finden. Weiter sagt sie aber auch, nur die Massen können entscheiden, ob wir den Massenstreik haben sollen. Das ist doch ein Widerspruch. Das ist ein Appell an die Massen zum Gegensatz gegen die Führer, der auf diesem Parteitag schon einmal zum Ausdruck gekommen ist und gegen den wir lebhaft protestieren müssen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wir haben, glaube ich, alle Veranlassung, aus der Parteidiskussion Dinge auszuscheiden, die uns nicht zum Nutzen gereichen. Angesichts der glänzenden Situation, in der wir uns befinden, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen, die ihre Schatten vorauswerfen, ist es ganz ungeeignet, den Genossen zu empfehlen, den Massenstreik zu erörtern, statt zu erörtern, wie wir bei den nächsten Wahlen siegen. Statt die Kräfte zu verwenden, um die Gegner zu besiegen, will man sie gegen die Genossen in einer unfruchtbaren Diskussion verbrauchen, um ein Kampfmittel, das wir gegenwärtig nicht anwenden können. (Sehr richtig!) Wir offenbaren mit der Annahme des Antrages unseren Gegnern von vornherein unsere Taktik. (Sehr richtig!) Genosse Liebknecht sagte, er habe die Disziplin mit der Muttermilch eingesogen und achte deshalb alle Beschlüsse. Jetzt sollen wir eine Taktik für Situationen be-

schließen, die wir noch gar nicht kennen, und uns im Interesse der Disziplin für gebunden erachten. Das geht nicht. Sein Vater hat einmal richtig gesagt: und wenn in 24 Stunden die politischen Situationen sich 24mal ändern, ändert sich auch 24mal unsere Taktik. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Nun sollen wir heute sagen: der Massenstreik ist ein Mittel, das die Genossen erörtern müssen, damit sie im gegebenen Falle nicht kopflos dastehen. Diese Aeußerung beweist nur, daß die Genossin Luxemburg in der Organisation nicht tätig ist und davon keine Kenntnis hat. (Sehr richtig!) Wir stehen in der Organisation so da, daß auch nicht ein einziger Genosse bei irgendeiner Agitation kopflos dasteht. (Beifall.) Müßten wir den Massenstreik in vierzehn Tagen durchführen, und wären die berufenen Instanzen einig, dann würde niemand kopflos sein. (Beifall.) Dann würde der Streik organisiert werden. Dafür birgt das Klassengefühl und die Organisation unserer Partei und der Gewerkschaft. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir heute unsere Taktik für die Zukunft festlegen, so würde das eine große Dummheit sein. Wir sind jeder Situation in der Welt gewachsen, das weiß jeder, der in dem Aufbau der Organisation tätig ist. Wenn das der Fall ist, dann sind wir auch allen im preußischen Wahlrechtskampfe gegebenen Situationen gewachsen, und dann haben wir nicht nötig, solche Resolutionen anzunehmen, die doch nichts nützen, aber zu unfruchtbaren Debatten führen. (Lebhafter Beifall.)

Wolfgang **Heine:** Als Mitglied der Reichstagsfraktion wende ich mich zunächst gegen den Antrag 101. Er ist vollkommen überflüssig. Seit ich im Reichstage bin, nunmehr im 13. Jahre, wird ein solcher Antrag von unserer Fraktion ständig eingebracht. Als ich an Stelle Vogtherrs in den Reichstag kam, fand ich den Antrag auch schon in früheren Akten vor. Hätte sich Vogtherr dessen erinnert, so würde er heute nicht das verlangt haben, was längst geschieht. Nun hat auch Lehmann den Antrag mit unterzeichnet, er ist Mitglied des Reichstags (Heiterkeit), und von ihm sollte man doch verlangen, daß er seinen Kollegen nicht noch erst in einer Form, die einem Tadel wegen Pflichtverletzung gleichkommt, einen Auftrag geben läßt, den sie längst erfüllt haben. (Heiterkeit.) Ich bitte Lehmann, sich die Reichstagsakten vorher anzusehen, ehe er einen Antrag unterzeichnet. Natürlich sind wir nicht in der Lage, in jedem Kalenderjahr den Antrag auch zur Erörterung im Reichstage zu bringen. Das hängt von der Reihenfolge der Parteien ab, die ihre Schwerinstage haben. Schließlich sind wir auch, wenn wir an die Reihe kommen, nicht stets in der Lage, gerade diesen Punkt zur Besprechung zu bringen. (Richard Fischer: Wenn aktuelle Fragen vorliegen!) Es gibt Sachen, die eiliger und notwendiger sind. Wir haben auch die Frage des Wahlrechts der Einzelstaaten in Form von Interpellationen erörtert. (Ledebour: Auch beim Etat.) Gewiß, wir haben in dieser Hinsicht nichts vernachlässigt. Ich bitte Sie, uns nicht den Auftrag zu geben, etwas kalendermäßig alle Jahre zu machen. Es liegt in der Neigung, solche Aufträge zu geben, eine große Gefahr für die Partei. Wenn man sich daran gewöhnt, wie die Kirche bestimmte Feste feiert, jedes Jahr über eine bestimmte Sache reden zu müssen, so verliert man Zeit und Lust, seine Arbeit den Bedürfnissen des Augenblicks anzupassen, und schließlich wird gar nichts mehr getan, als was im Kalender steht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Die Vorstandsresolution zur Wahlrechtsfrage kann ich empfehlen. Ich brauche über die Schlechtigkeit des preußischen Wahlrechts kein Wort zu verlieren. Nun zum Antrag 100. Ich möchte mich nicht einmischen in den häuslichen Streit zwischen den Mitarbeitern der „Neuen Welt“ und des „Vorwärts“. In diese langatmige Erörterung über die Frage, ob der Massenstreik erörtert werden soll. Ich glaube, wir haben davon nachgerade genug be-

kommen. Meine Meinung über den Massenstreik ist bekannt. Eine Erörterung des Massenstreiks wäre etwas, was ich durchaus wünschen würde, wenn es eine „Erörterung" sein sollte, d. h., wenn geprüft würde, ob die Voraussetzungen für die Anwendung des Massenstreiks vorhanden sind, oder ob sie fehlen. Das müßte aber rein sachlich geprüft werden. Für Frau Luxemburg ist aber „Erörterung" und „Propagierung" vollkommen gleich, selbst nachdem sie das Wort „Propagierung" verständigerweise hat fallen lassen. Propagierung ist eine Erörterung, bei der man schon von vornherein weiß, worauf man hinaus will. Propagierung heißt nichts anderes, als Empfehlung des Massenstreiks als ein jetzt anzuwendendes Mittel. Sie behaupten, mit der „Propagierung" sei nichts gesagt über den Zeitpunkt des Massenstreiks. Nun, da schlage ich Sie mit Ihren eigenen Worten. Sie selbst sagen, daß nicht die Führer, sondern die Massen entscheiden. Wenn man nun den Massenstreik den Massen empfiehlt, dann bestimmen diese damit auch den Zeitpunkt. Ich bin durchaus der Meinung des Vorredners und des Redners vom Parteivorstand, daß eine solche Erörterung, die zu einer Prüfung der uns zu Gebote stehenden Machtmittel führen muß, in der gegenwärtigen Zeit des Kampfes nicht angebracht ist. Wenn wir das erörtern wollen, wollen wir es in geschlossenen Kreisen tun. (Zustimmung.) Hier schaden wir der Partei mehr, als wir nützen. Frau Luxemburg hat mit leiser Ironie von den französischen Genossen gesprochen, die den Massenstreik ständig im Munde führen. Sorgen wir dafür, daß man uns nicht denselben Vorwurf macht. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Zetkin: In der Frage, die uns beschäftigt, bin ich entgegengesetzter Meinung wie Genosse Heine. Wenn wir wollen, daß eines Tages das Proletariat reif ist für den Gebrauch der Waffe des Massenstreiks, dann müssen wir in dem Bewußtsein der Masse selbst zuerst die geistigen Vorbedingungen dafür schaffen. Um nichts weiter, aber auch um nichts weniger handelt es sich in dem gegebenen Augenblick. (Sehr richtig!) Wir müssen die geistige Disposition der Ausgebeuteten und Entrechteten für den Massenstreik zum Leben rufen, müssen die Erkenntnis von der einstigen Möglichkeit, ja Notwendigkeit des Massenstreiks erwecken. Es fragt sich dabei, wann sind die Voraussetzungen da, um diese Erkenntnis den Massen zu vermitteln? Die besten Vorbedingungen für die Hebung des Machtbewußtseins der Masse — ohne die sich diese der Waffe des Massenstreiks nicht bedienen kann —, für die Schulung des Willens zur Tat, sind gerade in einer Zeit gegeben, wo eine gewaltige Bewegung die Massen selbst auf den Plan ruft.

Gerade dann ist in geistiger und sittlicher Beziehung eine Empfänglichkeit und Erregbarkeit der Massen vorhanden, die sie befähigt, unsere Anregungen rasch und entschlossen aufzunehmen. (Sehr richtig!) Die vorhandene Stimmung müssen wir ausnutzen, um den Massen das Verständnis für den komplizierten Komplex von Tatsachen zu verschaffen, welcher die Grundlage ihres Kampfes ist, der ihrem Kampfe die Richtung, das Ziel gibt. Solche Zeiten tiefer politischer Gärung und Bewegung sind am besten geeignet, den Massen das Bewußtsein für ihre Rolle im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu schärfen. Gerade in jenen Zeiten werden wir aber auch die besten Anknüpfungspunkte haben, um den Massen zur Erkenntnis zu bringen, wie opferreich und gefahrenvoll der Weg ist, den sie beschreiten, wenn sie die Idee eines Massenstreiks aufnehmen. Ich würde es für frivol halten, wollten wir den Gedanken des Massenstreiks unter das kämpfende und vor allem auch unter das erwachende Proletariat hinaustragen, ohne ihm die Tragweite, die Gefahren und Opfer dieses neuen, gewaltigen Kampfmittels klar zu machen. (Sehr richtig!) Denn nur wenn es diese Gefahren und Opfer ganz würdigt und bereit ist, sie auf sich zu nehmen, dürfen wir unsererseits vor der Verantwortlichkeit nicht

zurückschrecken, den Massen den neuen Weg zu zeigen. Zeiten, in denen wir vor der Verantwortlichkeit, die Massen vor der Entscheidung stehen, sind Zeiten der Aussaat sozialistischer Ideen, wie wir sie günstiger nicht wünschen können. Meines Erachtens kann man nämlich propagandistisch die Frage des Massenstreiks gar nicht aufrollen, ohne mit der sozialistischen Darstellung der Situation auch den ganzen Ideengehalt, die ganze Weltanschauung des Sozialismus den Massen zu bringen.

Aber eine andere Frage noch drängt sich auf. Wird uns nicht in Zeiten hochgradiger, fieberhafter Erregung die geistige, die politische Leitung der Massen aus den Händen gleiten? Ich muß sagen, ich würde an all unserer starken organisatorischen Disziplin, aber auch an der geistigen und sittlichen Selbstzucht verzweifeln, welche die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in jahrelanger Arbeit in die Massen hineingetragen haben, wenn ich eins befürchten müßte: daß wir vor ihnen zur Zeit eines gesteigerten politischen Lebens, in der Periode großer Volksbewegungen nicht das Wort Streik aussprechen könnten, ohne zugleich die Macht zu besitzen, dem Worte Gehör zu verschaffen: „Heut', zornig Element, noch nicht!", wenn in einer Situation die gesamten historischen Voraussetzungen für den Massenstreik noch nicht gegeben sind. Es handelt sich absolut nicht darum, es kann sich nicht darum handeln, den Massenstreik für einen bestimmten Zeitpunkt oder aber schon jetzt für eine Eventualität anzukündigen. Wer das glaubt, hat überhaupt das Wesen des Massenstreiks gar nicht verstanden. (Sehr richtig!) Es ist deshalb auch in der Resolution, die Genossin Luxemburg Ihnen vorgelegt hat, keineswegs die Rede davon, daß die Massen aufgefordert werden sollen, gegenwärtig oder zu einem im voraus bestimmten Termin zur Waffe des Massenstreiks zu greifen. Der Zeitpunkt, an welchem ein Massenstreik vielleicht zur Tat wird, die Verhältnisse, unter denen er ausbrechen kann, lassen sich absolut nicht voraussagen, nach einem bestimmten Schema feststellen. Aber gerade weil wir mit der Tatsache rechnen müssen, daß in dem Proletariat unter bestimmten historischen Umständen das Bewußtsein seiner entscheidenden Macht erwacht, des Einflusses, den es durch die gekreuzten Arme in die Wagschale werfen könnte, der feste Wille zur Tat, gilt es, gerüstet zu sein. Nur dadurch können wir die Sicherheit erhalten, daß die Organisationen auch dann das Rückgrat jeder künftigen Massenstreikbewegung sein werden. Es ist von gewerkschaftlicher Seite die Sache so aufgefaßt worden, als solle die Resolution jetzt irgendwie eine Bindung zur entscheidenden Tat bedeuten. Nichts irriger als diese Anschauung! Die Resolution soll nur der Anreiz sein, nur die moralische Ermutigung, den Gedanken des Massenstreiks nicht unter uns zu erörtern, die wir ihn schon erfaßt haben, ihn immer klarer theoretisch erkennen, nein, diesen Gedanken immer mehr dorthin zu tragen, wo eines Tages die Entscheidung über die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner Verwirklichung fallen wird: unter die Massen selbst. Eine andere Auffassung und Losung würde im schroffsten Widerspruch zu unserer Wertung des Massenstreiks stehen. Wenn wir die Dinge so ansehen, dann geht selbstverständlich mit der Bekundung dieses unseres Standpunktes eine andere Erkenntnis einher, nämlich die, daß es notwendig ist, unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in unablässiger Arbeit immer besser auszubauen, sie ihrem Gehalt nach auf ein immer höheres Niveau zu stellen. Je entscheidender, aber auch je verantwortlicher die Rolle sein wird, die sie eines Tages als Herz und Hirn der Massenstreikbewegungen zu erfüllen haben, um so unerläßlicher ist es, sie in bezug auf ihre Aktionsfähigkeit, ihre Zielklarheit und ihren Idealismus auf die höchste Stufe empor zu heben. Ich bitte Sie deshalb dringend, der Resolution Luxemburg in der veränderten Fassung zuzustimmen, in der das voll-

kommen harmlose Wort „propagieren" ausgemerzt worden ist. Im Gegensatz zum Genossen Heine bin ich allerdings der Ansicht, daß die Propagierung unserer Auffassung über den Massenstreik keineswegs die Konzentration unserer Kraft auf eine Aktion bedeutet, die jetzt schon stattfinden soll. Propagieren wir nicht den Sozialismus, die sozialistische Idee, ohne uns darüber einer Täuschung hinzugeben, daß dieses Ziel noch nicht heute, augenblicklich, verwirklicht werden kann? Propagierung besagt nichts als Verbreitung eines Gedankens, besagt nichts über die Zeit, den Termin, wo er zur Tat werden soll und muß, ist deshalb keine Bindung für eine bestimmte Eventualität. Wir sollten uns hüten, durch gezwungene, durchaus willkürliche Interpretation einen bindenden Sinn in die Resolution hineinzutragen, den sie keineswegs haben soll. Und ich gehe weiter und sage in Uebereinstimmung mit meiner Auffassung vom historisch bedingten Wesen des Massenstreiks, den sie auch gar nicht haben kann: Wir empfehlen Ihnen die Resolution auch, um den Wahnglauben zu zerstören, als ob der preußische Wahlrechtskampf in einer einzigen glänzenden Entscheidungsschlacht siegreich zu Ende geführt werden könnte. Solcher Wahnglaube hängt übrigens eng mit einer ganz irrtümlichen Vorstellung vom Wesen des Massenstreiks zusammen, die diesen nicht bloß als eine Bewegungsform und Kampfesform des Proletariats wertet, sondern noch immer als Wundermittel betrachtet. Nein, der preußische Wahlrechtskampf wird infolge seiner Bedeutung und Tragweite, infolge der Entscheidungen, deren Mittelpunkt er je länger je mehr wird, ein Kampf von langer Dauer sein. Wir müssen daher die Massen darüber aufklären, daß er noch über viele Etappen führen wird, daß er vielleicht auch Niederlagen mit sich bringt, aber Niederlagen jener Art, von denen das troſtreiche Wort des Kommunistischen Manifestes gilt, daß der eigentliche Erfolg der Kämpfe nicht das positive Resultat ist, sondern vielmehr die immer größere Vereinigung der Arbeitermassen, eine Vereinigung, die den künftigen Sieg vorbereitet. (Lebhafter Beifall.)

Förster-Hamburg: Es ist die erfreuliche Tatsache auf unserem Parteitag zu konstatieren, daß wir alle in der Frage einig sind, wo der Feind steht; der schlimmste Feind, das ist Preußen. Wenn Genosse Leinert meinte, es sei ausschließlich eine preußische Frage, so kann ich ihm da nicht beistimmen. (Leinert: Die Taktik!) Dann wäre es schon falsch, daß unser Parteitag sich überhaupt damit befaßte. (Sehr richtig!) Wir sind vielmehr darin einig, daß der wesentliche Feind in Preußen zu suchen ist, und verlassen Sie sich darauf, wenn es uns gelungen ist, in Preußen die Verhältnisse zu ändern, dann haben die anderen kleinen Bundesstaaten keinen Rückhalt mehr, dann müssen sie folgen. (Sehr richtig!) Der Massenstreik ist seit langem unserem Waffenarsenal einverleibt, also darüber kann es keinen Streit mehr geben. Ich halte ihn für eine der vorzüglichsten und schärfsten Waffen, aber gerade deshalb müssen wir ihn vorsichtig anwenden: er ist schneidig und scharf für unsere Gegner. Aber wenn er sich gegen uns wendet, so ist er es auch für uns. Wir müssen alles tun, um die Parteigenossen darüber aufzuklären, wie diese Waffe zu handhaben ist. Ich habe deshalb häufig in Versammlungen darüber geredet. Wenn andere Genossen es nicht getan haben, so haben sie etwas durchaus Notwendiges unterlassen. (Sehr richtig!) Was nun die Resolution anbetrifft, so finde ich, daß in der Resolution des Vorstandes, wenn auch nicht dem Worte nach, im letzten Absatz all das gesagt wird, was die Resolution Luxemburg will; denn es ist davon die Rede, daß alle Waffen und Mittel, die im gegebenen Moment als notwendig erscheinen, angewandt werden sollen. Man soll es auch mit Resolutionen und Anträgen nicht allzu arg machen, sonst vergessen wir sie, weil es zu viele sind. (Sehr richtig!) Genosse Leinert hat schon an die Resolution vom Parteitag in Mannheim

erinnert, die ist doch noch nicht aufgehoben. Also wozu nun noch weiteres; was soll denn das? Glaubt man, daß man damit die Sache vorwärts bringt. Es ist doch zweifellos, daß, wenn irgendwo, so beim Massenstreik, die Einheit von Partei und Gewerkschaften, überhaupt der ganzen Arbeiterklasse notwendig ist. Wir Hamburger Parteigenossen halten die Resolution für ausreichend, und wenn sie zum Ueberfluß auch noch den ersten Teil des Antrages 100 hinzufügen wollen, mögen Sie es tun, aber den zweiten Teil halte ich für vollständig überflüssig und nicht angebracht. (Bravo!)

Severing-Bielefeld: Die Gewerkschaftsführer gelten draußen im Lande bei den Genossen als die Bremser, und ich glaube, daß sie bei der Führung des politischen Massenstreiks einst eine gewichtige Funktion zu übernehmen haben, vielleicht auch die Funktion des Bremsens. Da würde es im Lande aber nicht verstanden werden, wenn heute, wo nicht gebremst, sondern vorwärts getrieben werden soll — wenn dieser Ausdruck am Platze ist —, die Gewerkschaftsführer schweigen würden. Bebel hat für die Partei aufrechte Männer gewünscht, und dieser Wunsch wird wohl von allen Parteigenossen geteilt werden. Darum haben wir uns für verpflichtet gehalten, die Verwahrung einzulegen, die vom Vorsitzenden zu Ihrer Kenntnis gebracht wurde. Wir haben mit dieser Verwahrung lediglich die Rechte der Gewerkschaften an der Vorbereitung derartig großer Massenaktionen wahren wollen. Genosse Förster und vor ihm Leinert haben schon daran erinnert, daß der Mannheimer Parteitag einer Resolution zugestimmt hat, in der es wörtlich heißt: „Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen beider Organisationen sich zu verständigen suchen.“ Diese Verständigung kann aber gar nicht versucht werden, wenn Sie durch die Annahme der Resolution Luxemburg die Generalkommission der Gewerkschaften vor eine vollendete Tatsache stellen. Kommen Sie mit diesem angenommenen Antrag vor die Generalkommission, so gibt es keine Verhandlung mehr, sondern Sie zwingen die Generalkommission, sich mit dem Inhalt des Antrages abzufinden. Das ist keine Gleichberechtigung, das sind keine Verständigungsversuche, sondern das ist ein Hörigkeitsverhältnis, in das sich die Gewerkschaften nicht begeben dürfen.

Nun hat die Genossin Zetkin eben erklärt, es sei ein Irrtum, wenn man glaubte, daß durch die Annahme der Resolution ein bindender Beschluß gefaßt werden soll, den Massenstreik in Anwendung zu bringen. Wenn wir heute über die Anwendbarkeit des Massenstreiks überhaupt lediglich eine akademische Diskussion führen würden, dann könnte man sich diese Deklaration der Resolution Luxemburg durch die Genossin Zetkin wohl gefallen lassen. Aber der zweite Absatz im Zusammenhang mit dem ersten ist doch nichts anderes als die Aufforderung, die Erörterung und Propaganda des Massenstreiks zur Erringung des preußischen Wahlrechtes zu pflegen. Es handelt sich also nicht bloß um rein akademische Erörterungen. Der Zweck der Erörterungen soll sein, in nächster Zeit den politischen Massenstreik zur Anwendung zu bringen. Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann man nichts anderes aus dem Antrag Luxemburg herauslesen, und die Genossin Luxemburg würde sich gewiß auch ganz energisch dagegen verwahren, wenn man ihm etwas anderes unterstellen würde. Ich habe mich auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß als Delegierter des Metallarbeiterverbandes durch meine Abstimmung dagegen erklärt, daß die Gewerkschaften einseitig die Frage des politischen Massenstreiks regeln sollten, und ich glaube darum ein Recht zu haben, darauf hinzuweisen, daß auch der Parteitag dies nicht tun darf. (Sehr gut!)

Von einigen Rednern ist gesagt worden, daß die Begeisterung in den Massen für dieses Kampfmittel durch die Erörterung und Propagierung geweckt werden soll. Ich glaube, daß die Deklaration Zetkin zur Resolution Luxemburg diese Meinung nicht aufkommen läßt. Ich möchte aber auch glauben, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks an sich nicht Begeisterung in der Masse zu wecken imstande ist. Begeisterung ist keine Heringsware, die sich einpökeln läßt auf viele Jahre. (Sehr gut!) Wenn die Situation kommt, dann wird gehandelt. Und auch ohne seine Erörterung wird der Massenstreik möglich und durchführbar sein, falls sich in der gegebenen Situation die beiden Zentralleitungen der Partei und der Gewerkschaften für ihn erklären. Nun ist versucht worden, die für die gewerkschaftlichen Organisationen unannehmbaren Bestimmungen aus der Resolution Luxemburg herauszubringen. Eine Gruppe der Genossen will das durch die Aenderung des ersten, andere durch Streichung des zweiten Absatzes erreichen.

Ich bin der Meinung: Entweder will die Resolution Luxemburg dasselbe, was die Resolution des Parteivorstandes will, dann ist sie überflüssig, oder aber sie will nicht dasselbe, dann ist sie schädlich (Sehr richtig!), und ich schließe mich durchaus Förster an, der gesagt hat, wir haben viel zu viel Resolutionen und Vorschriften, in denen wir uns gar nicht mehr auskennen. Wir sollten unsere Stärke nicht darin suchen, möglichst viele Resolutionen anzunehmen, sondern klare und durchführbare Resolutionen zu fassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossin Luxemburg schloß ihre Ausführungen mit dem Ausspruch: „Bereit sein ist alles!". Parteigenossen, ich bin durchaus mit ihr einverstanden, daß wir alles daransetzen müssen, bereit zu sein auf die großen Auseinandersetzungen, die mit herrschenden Gewalten notwendig wurden. Um diese Bereitschaft aber herzustellen, brauchen wir nicht neue Resolutionen, sondern den Ausbau unserer Organisationen. Und wenn die Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks auf dem Parteitag hier den einen Erfolg haben sollte, daß die Gewerkschaften ihre Organisationen ausbauen, und daß in den Gewerkschaften und in allen Organisationen der Arbeiterschaft überhaupt eingetreten wird für die Erstarkung der politischen Arbeiterbewegung, dann wird sie der Arbeiterschaft zum Nutzen gereichen. Ein neuer Zankapfel aber würde entstehen, wenn die Resolution Luxemburg angenommen würde. (Beifall.)

Karl Liebknecht: Genosse Leinert hat es für zweckmäßig gehalten, mich persönlich anzugreifen und zu ironisieren. Er meint, daß ich als Mitglied der preußischen Fraktion mit Rücksicht auf den Beschluß der preußischen Landeskommission den Antrag Luxemburg nicht hätte unterzeichnen dürfen. Habe ich wirklich nötig, darüber ein Wort zu verlieren, wie gänzlich deplaziert und unverständlich dieser vom Zaun gebrochene Angriff ist! Ernst hat doch klar genug auseinandergesetzt, daß der Beschluß der Landeskommission dahin ging, in der damaligen Aktion von Landeskommissions wegen nach Möglichkeit Erörterungen zu vermeiden, die Verwirrung hätten anrichten können. Stecken wir denn heute noch in der Aktion drin oder sind wir nicht vielmehr in der „Pause", von der Ernst sprach? Ich schüttele also diesen Angriff mit einer Handbewegung von mir ab. Ebenso die nicht gerade geschmackvolle Bemerkung über meinen Vater. Hat er jemals gesagt, er sei bereit, innerhalb von 24 Stunden 24mal gegen grundlegende Parteitagsbeschlüsse zu verstoßen? (Zurufe: Die Taktik zu ändern!) Bitte sehr, Leinert hat das bekannte Wort meines Vaters erstaunlicherweise erwähnt, um mich wegen meiner Haltung zur Disziplinfrage mit meinem Vater zu kontrastieren. Ich habe natürlich auch nicht gesagt, — wie Leinert spotten zu dürfen glaubt —, daß ich die

Disziplin mit der Muttermilch eingesogen habe — das wäre ja lächerlich —, sondern daß ich mit der Muttermilch eingesogen habe die Worte meines Vaters, daß die Disziplin ein Heiligtum, der Stolz und eine Lebensnotwendigkeit der Partei sei. Ich will aber die lange Diskussion darüber nicht um Leinerts Bemerkungen willen wieder eröffnen.

Es ist ganz unzweifelhaft, daß wir hier über den preußischen Wahlrechtskampf sprechen können, ebenso wie über die Wahlrechtskämpfe anderer deutscher Staaten; das tut ja der Parteitag seit Beginn der Erörterung dieses Punktes, das tut auch die Resolution des Parteivorstandes. Auch die Anzweiflung der Kompetenz des Parteitages in bezug auf die Resolution Luxemburg ist also gänzlich deplaziert.

Ich würde es für ungemein zweckmäßig halten, wenn künftig bei Wahlrechtskämpfen die Genossen all jener Staaten, in denen ungefähr gleiche wahlrechtliche Verhältnisse existieren wie in Preußen, sich in engere Verbindung, in innigere Fühlung setzen würden, um den Kampf gemeinsam, zunächst nach einem Plane, zu führen. Auf diesem Gebiete ist noch manches zu tun, wenngleich ich anerkenne, damit keinen neuen Gedanken auszusprechen, sondern etwas, was als ganz selbstverständlich von jedem einzelnen preußischen Wahlrechtskämpfer empfunden wird.

Wir sind uns über die Einzelheiten der nächsten Zukunft des preußischen Wahlrechtskampfes keineswegs klar. Es wäre falsch, zu sagen, die nächste Wahlrechtsaktion werde unbedingt der nächste Wahlkampf sein. Es ist durchaus nicht ausgemacht, daß uns nicht vorher eine neue Vorlage zugeht, oder daß wir nicht durch die politische Situation schon vor den nächsten Reichstagswahlen, wenn die Regierung zögern sollte, einen neuen Entwurf vorzulegen, genötigt werden, einen Druck von außen auf sie zu üben.

Unzutreffend ist die Ansicht, daß ein einheitlicher Beschluß die Hauptsache sei. Die Hauptsache ist, daß aus den Erörterungen und Beschlüssen des Parteitags mit einer nichts zu wünschen übriglassenden Deutlichkeit das größtmöglichste Maß von Entschlossenheit hervorgeht, den Wahlrechtskampf zum guten Ende zu führen, mag auch der Weg dahin noch so bitter sein. Darum ist auch die Resolution Luxemburg wohl am Platze. Sie ist nicht anders gemeint, als Genossin Zetkin in wahrhaft klassischer Weise dargelegt hat. Natürlich wünscht der zweite Absatz eine Einwirkung auf den preußischen Wahlrechtskampf, aber nicht in dem Sinne, daß eine Massenstreikaktion inszeniert werden soll, sondern in dem Sinne, daß wir den Boden lockern wollen, damit der Entschluß zum Massenstreik im entscheidenden Moment rascher und besser Wurzel schlägt; in dem Sinne, daß wir die Entwickelung derjenigen Disposition fördern wollen, die die Massen befähigt, im rechten Augenblick von ihrer schärfsten Waffe rasch, kühn und energisch den rechten Gebrauch zu machen. Dagegen sollte doch wahrlich nichts eingewendet werden. Und es scheint mir auch, daß alle Bedenken gegen die Zuständigkeit des Parteitags für die gewünschte Stellungnahme zum Massenstreik unbegründet sind. Ich bin fest überzeugt, daß es der Genossin Luxemburg wie allen Unterzeichnern des Antrages fernliegt, in die Befugnis der Gewerkschaften, bei Massenstreikaktionen mitzuwirken, irgend eingreifen, diese Befugnis in irgendeiner Weise beschneiden zu wollen; das will der Antrag nicht, schon weil er von einer Massenstreikaktion gar nicht handelt. Aber auch wenn man schon die Empfehlung der Erörterung des Massenstreiks als eine solche Aktion ansehen würde, läge kein Bedenken vor. Wenn es heißt: der Parteitag erklärt für notwendig usw., so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Meinungsäußerung sofort und ohne weiteres in die Tat umgesetzt werden soll; es bleibt die Möglichkeit gewahrt, vorher noch das Einvernehmen mit den Gewerkschaften herzustellen.

Man könnte schließlich, um jeden Stein aus dem Weg zu räumen, einfügen: „nach Vereinbarung mit den Gewerkschaften". Das würde geeignet sein, die letzten formalen Bedenken, die meiner Ansicht nach aber überhaupt nicht zutreffen, zu zerstören.

Ganz selbstverständlich ist es, daß jeder einzelne von uns durch die Beschlüsse von Jena und Mannheim legitimiert ist, den Massenstreik zu erörtern und Propaganda für ihn zu treiben. (Zustimmung.) Dies ist auch für die Zukunft der Fall. Die Frage ist nur, ob wir von Parteitags wegen geradezu empfehlen wollen, in eine solche Erörterung einzutreten. Man mag den Antrag für überflüssig halten, weil jeder das Recht der Erörterung und Propagierung hat. Man mag auch meinen, es sei besser, wenn hier alles von unten kommt, als wenn es von oben suggeriert oder oktroyiert wird. Diese Bedenken könnten mich am ehesten bewegen, für die Streichung des zweiten Absatzes zu stimmen, aber eben unter der Voraussetzung und ausdrücklichen Feststellung, daß jeder heute das Recht hat, in der ihm angemessen erscheinenden Weise im Interesse der Partei und des Wahlrechtskampfes diese Erörterung und Propaganda zu betreiben. (Zustimmung. Pfannkuch: Wer hat das je bestritten?) Ich behaupte ja gar nicht, daß es bestritten worden ist, aber es haben Mißverständnisse bestanden.

Leinert hat dann noch versichert: wann der Generalstreik kommt, das weiß nicht die Genossin Luxemburg, das weiß der Parteivorstand und die Generalkommission; diese mechanische und bureaukratische Auffassung vom Wesen des Massenstreiks braucht nur erwähnt zu werden, um sofort erledigt zu sein. Das wäre ja eine schöne Sorte Massenstreik, die in dieser Weise von oben herab kommandiert werden könnte!

Niemand denkt daran, die Taktik für die Zukunft festzulegen; wir wollen nur Erörterungsfreiheit nach allen Richtungen haben, um gerüstet und befähigt zu sein, in der rechten Situation sofort mit Entschiedenheit und Kühnheit diejenige Waffe zu ergreifen, die am geeignetsten ist, endlich in die Junkerfeste Bresche zu schießen, damit man endlich auch einmal den Namen Preuße tragen kann, ohne dabei wie jetzt Schamgefühl zu empfinden. (Bravo!)

Auf Antrag von Mücke=Brandenburg wird die Debatte geschlossen.

Borgmann (Schlußwort): Schon mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung empfiehlt es sich, zum Schluß nicht große Worte zu machen. Ich enthalte mich deshalb auch jeder Auseinandersetzung darüber, ob die Resolution Luxemburg notwendig ist. Das Für und Wider ist ja in der Diskussion ausgiebig erörtert, ich beschränke mich darauf, auf die Aeußerung der Genossin Luxemburg zu antworten, daß ich nicht laut und deutlich zum Ausdruck gebracht habe, wann wir den nächsten Wahlrechtskampf beginnen wollen. Da hat sich die Genossin Luxemburg an die falsche Adresse gewandt. (Heiterkeit.) Ich bin nicht in der Lage, Auskunft zu geben, aber selbst wenn ich es könnte, würde ich das hier auf dem Parteitag wahrhaftig nicht sagen. (Lebhaftes Sehr gut!) Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Art des Kampfes oder der Zeitpunkt ja gewissermaßen auch ein Kampfmittel ist, das wir unseren Gegnern nicht offenbaren sollen. (Sehr richtig!) Gerade in der Plötzlichkeit unserer Handlungen liegt nach meinem Dafürhalten ein außerordentlich bedeutungsvoller Druck, der auf unsere Gegner ausgeübt werden kann. (Sehr richtig!) Wir müssen in dieser Beziehung das volle Vertrauen zu den leitenden Instanzen haben. Die Instruktion an das Militär, die Limbertz erwähnt hat, scheint mir nicht eine Privatarbeit des betreffenden Generals zu sein, sondern eine Arbeit, zu der ihm vielleicht von recht hoher Stelle der Auftrag gegeben ist. Diese Instruktion beweist, welche tiefe Kluft zwischen dem Volk und der Regierungsgewalt in Preußen besteht. (Sehr richtig!) Wenn wir bedenken, wie schwer

die Folgen sind, wenn die herrschenden Klassen nicht mit dem Volke fühlen und denken, sondern es mit den Machtmitteln des Staates unterdrücken wollen, so erkennen wir die außerordentliche Gefahr für die Entwickelung Preußens. Aber das Volk wird sich trotz dieser Erkenntnis nicht eine Minute in seinem Weg beirren lassen. Was die Resolutionen betrifft, so halte ich nach wie vor die der Parteileitung für ausreichend. Der Parteitag hat ja nicht die Aufgabe und will sie auch nicht haben, der preußischen Landesorganisation irgendwelche Vorschriften in bezug auf die Führung des Wahlrechtskampfes zu machen. Glauben Sie, daß die Resolution der Parteileitung nicht genügt, dann fügen Sie ihr den ersten Satz der Resolution Luxemburg hinzu. Parteigenossen! Ich habe das feste Vertrauen, daß diese Wahlrechtsdebatte weit hinausklingt in das ganze Land und unseren Genossen und allen denen, die mit uns in der Frage sympathisieren, ein Zeugnis gibt, mit welchem Ernst das Volk und seine offizielle Vertretung, der deutsche Parteitag, der Wahlrechtsfrage gegenübersteht. (Lebhafter Beifall.)

Vor der Abstimmung erklärt

Klara Zetkin: Im Namen der Unterzeichner der Resolution 100 habe ich zu erklären, daß sie den zweiten Absatz zurückziehen, weil sie der Ansicht sind, daß durch die Annahme des ersten Absatzes in Verbindung mit der voraufgegangenen Diskussion das Ziel erreicht ist, was sie im gegenwärtigen Augenblick ins Auge gefaßt hatten.

Hierauf wird die Resolution 91 in Verbindung mit dem ersten Satz der Resolution 100 angenommen.

Der Antrag 86 wird einstimmig angenommen, der Antrag 101 wird abgelehnt.

Es folgt

Die Genossenschaftsfrage.

Referent Fleißner-Dresden: Der Umstand, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt, und in einer ziemlich ausführlichen Resolution die Stellung zu den Konsumvereinen festgelegt hat, soweit das ein internationaler Kongreß überhaupt tun kann, überhebt mich der Aufgabe, die Frage so eingehend zu behandeln, wie ich es sonst für notwendig gehalten hätte. Die Resolution von Kopenhagen deckt sich in der Hauptsache ja auch mit deutschen Verhältnissen, und nur in einem einzigen Punkte ist es notwendig, speziell von deutschen Verhältnissen aus das ganze Thema zu beleuchten. Der Kongreß in Kopenhagen hat mit Recht festgestellt, daß es sich bei der Erörterung des Verhältnisses zu den Wirtschaftsgenossenschaften vornehmlich nur um die Konsumvereine handeln kann. Ich halte es auch für überflüssig, näher darauf einzugehen, wie im einzelnen die Konsumvereine gegenüber der allgemeinen modernen Arbeiterbewegung wirken können. Die Befürchtungen leitender Konsumvereinskreise, der Internationale Kongreß würde sich mehr als nötig in die inneren Verhältnisse der Konsumvereine einmischen, waren unbegründet. Sie werden auch dem Parteitage gegenüber unbegründet sein.

Die Kopenhagener Resolution stellt fest, erstens die Nützlichkeit der Konsumvereine in materieller, sozialer und politischer Beziehung für die allgemeine Arbeiterbewegung, und zweitens, daß die Konsumvereine nur dann einen wesentlichen Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung haben, wenn sie mit sozialem und sozialistischem Geist erfüllt werden. Das ist die wichtigste Feststellung der Resolution. Sie sagt weiter, daß wir infolgedessen innigere Beziehungen zwischen Partei, Genossenschaft und Gewerkschaft herbeiführen müssen. Die Genossenschaften sollen in diesem Sinne eine wirksame Waffe

im Klassenkampfe des Proletariats sein, ohne daß man die Anschauung aufkommen lassen darf, daß sie allein etwa jemals imstande wären, die Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zu befreien. Andere Punkte, namentlich den, ob die Genossenschaften politisch sein, ob sie Teile der politischen Partei oder ob sie politisch unabhängig sein sollen, überläßt die Resolution der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern.

Es kämen ja für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Partei und Wirtschaftsgenossenschaften auch noch andere Arten von Genossenschaften in Betracht: Produktivgenossenschaften, Baugenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften. Aber nach den Genossenschaftstendenzen der neueren Zeit sind alle diese Genossenschaftsarten besser nicht mehr als selbständige Genossenschaften zu behandeln, sondern sie haben aufzugehen in die Konsumvereine, wo sie schließlich als Abteilungen oder Zweige in der gewünschten Weise zu wirken geeignet sind. — Ich möchte trotzdem mit einigen Worten auf die Bedeutung der Produktivgenossenschaften hinweisen, soweit die Partei oder einzelne Führer oder Theoretiker sie in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen haben. Es ist durchaus falsch, wenn behauptet wird, daß die sozialdemokratische Partei sich niemals um die Genossenschaften gekümmert, daß sie niemals auch nur den Versuch gemacht habe, die Wirtschaftsgenossenschaften für die Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Marx und Lassalle haben speziell den Produktivgenossenschaften eine nicht unwesentliche Rolle in der Entwickelung der modernen Arbeiterbewegung zugedacht; sie haben ihr Hauptaugenmerk allerdings auf die Produktivgenossenschaften gerichtet; die Konsumvereine schieden fast völlig aus dem Kreis ihrer Betrachtungen aus, und soweit sie erwähnt und behandelt wurden, stellte man sich ihnen ablehnend gegenüber, weil Marx und Lassalle der Meinung waren, daß auch die Wirtschaftsgenossenschaften Mittel zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sein könnten. Daraus ergab sich ganz von selbst, daß in diesem Sinne Konsumgenossenschaften nicht in Frage kommen können. Marx hat an mehreren Stellen im „Kapital" darauf hingewiesen, daß die Produktivgenossenschaften mit Triebkräfte zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sein können und sein sollen. So spricht er im dritten Bande davon, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Händler eine sekundäre sei, die neben der ursprünglichen im Produktionsprozeß unmittelbar vor sich gehenden herlaufe, daß also infolgedessen Konsumvereine und alle Organisationen, die sich auf den Handel beziehen, nicht in Betracht kommen können für die moderne Arbeiterbewegung. Ganz ähnlich hat sich Lassalle im „Offenen Antwortschreiben" geäußert. Er hat ausgeführt, daß es falsch sei, den Arbeitern als Konsumenten helfen zu wollen; man müsse ihnen von der Seite helfen, wo sie der Schuh drückt, als Produzenten. Er hat ferner, fußend auf seiner bekannten Theorie vom ehernen Lohngesetz, ausgeführt, daß die Tatsache, daß Konsumvereinigungen den Warenpreis niederdrücken, dazu führen müsse, daß mit der Zeit auch der Lohn entsprechend fällt. Sie alle wissen, daß diese Theorie von der Sozialdemokratie längst aufgegeben ist. In der Resolution des Genfer Kongresses der Internationale von 1866 war u. a. gesagt:

„Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher auf Produktivgenossenschaften, als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an."

Auf einem ähnlichen Standpunkt stand auch der bekannte liberale Politiker Schulze-Delitzsch, der heute sehr häufig als Vater des deutschen Genossenschaftswesens bezeichnet wird. Er hielt die Produktivgenossenschaften sozusagen für den Schlußstein des ganzen Genossenschaftsgebäudes. Er kam dazu freilich

auf Grund einer Auffassung, die der von Marx und Lassalle direkt entgegenstand. Schulze und seine Freunde waren im Grunde genommen der Meinung, daß die Genossenschaften nur Selbstzweck zu sein hätten; sie erblickten in der Genossenschaftsbewegung ein Mittel zur Festigung der bürgerlichen Gesellschaft, und auch heute besteht in bürgerlichen Kreisen zum Teil noch eine solche Auffassung. Die Sozialdemokratie dagegen betrachtet, wie der Kopenhagener Kongreß wieder bewiesen hat, die Genossenschaften vornehmlich mit als Mittel zur Beseitigung der herrschenden Gesellschaftsordnung, indem die Genossenschaften sowie andere Organisationsformen mit dazu beitragen, die Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade in ihren Kämpfen zu unterstützen. Nach der Richtung hin sind die Verhältnisse heute nur insofern anders geworden, als wir nicht mehr die Produktivgenossenschaften als den Faktor ansehen können, der diese Funktion zu verrichten hat, sondern die Konsumvereine.

Ich halte es nicht für nötig, näher darauf einzugehen, warum das so ist, warum die Produktivgenossenschaften heute im wesentlichen ausscheiden. Die Praxis hat ergeben, daß die Produktivgenossenschaften nicht die Rolle spielen können, die ihnen damals zugedacht wurde, ganz abgesehen davon, daß inzwischen ja auch in theoretischer Beziehung ein nicht unwesentlicher Umschwung der Anschauung eingetreten ist.

Die Genossenschaftsfrage ist bisher selbständig auf einem deutschen Parteitage überhaupt noch nicht behandelt worden. Das erstemal nahm der Berliner Parteitag im Jahre 1892 dazu Stellung, aber damals kamen lediglich die Produktivgenossenschaften in Frage. Allerdings hatten im Jahre 1892 die Konsumvereine auch nicht entfernt die Bedeutung, den Umfang und den Einfluß wie heute.

Der Zentralverein Deutscher Konsumvereine zählte Ende 1909 150 Vereine. 1892 haben von diesen Vereinen erst 199 bestanden; auch der Parteitag in Hannover 1899 hat sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt und zwar im Rahmen der großen taktischen Debatten, die wir damals hatten. Auch damals noch gab es recht eigenartige Anschauungen über die Bedeutung der Genossenschaft. Von bekannten einflußreichen Parteigenossen wurde gesagt, daß die Genossenschaften kein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse und zur selbständigen Vertretung ihrer Angelegenheiten seien. Es wurde behauptet, man könne die Genossenschaften zum Klassenkampf nicht gebrauchen, daß die Arbeiter Selbstmord begehen würden, wenn sie diese Waffe benutzen würden. Es liegt mir fern, jetzt Vorwürfe zu erheben. Diese Anschauungen lagen eben in den Verhältnissen von damals. Die neuere Zeit hat die erfreuliche Tatsache gezeigt, daß die Arbeiter den Genossenschaftsgründungen jetzt reges Interesse entgegenbringen. 1909 gab es etwa 1 450 000 Konsumvereinsmitglieder. Davon gehörten zum Zentralverband rund 1 Million. Man kann den Zentralverband heute mit Recht als die Organisation ansehen, auf die es uns ankommen muß, die sich Aufgaben stellt, die auch wir den Konsumvereinen stellen. — Im selben Jahre, als der Parteitag in Hannover stattfand, wurde der Spar-, Konsum- und Bauverein in Hamburg gegründet, genannt „Produktion". Er zählt heute 28 000 Mitglieder. Die Entwickelung dieses Vereins zeigt, daß gegen früher eine erfreuliche Besserung eingetreten ist, daß die Konsumvereine sich der Förderung durch die Arbeiter erfreuen.

Die Wiege der deutschen Konsumvereinsbewegung hat in Sachsen gestanden. Freilich hatten die ersten Vereine unter der Teilnahmslosigkeit der Arbeiter zu leiden. Die Konsumvereinsfrage spielte eben im öffentlichen Leben der Arbeiter keine Rolle. Natürlich haben wir auch eine ganze Reihe von Mängeln und Fehlern aus der bürgerlichen Genossenschaftsbewegung

übernommen. Es fehlte jede theoretische Aufklärung, jedes System. Früher war in der Hauptsache nur der Gesichtspunkt maßgebend, dem Arbeiter einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen, eine Dividende. In Sachsen wurden besonders nach der Mitte der 80er Jahre Konsumvereine gegründet. Das war aber eine Zeit der größten politischen Bedrängnis der Arbeiter. Das Sozialistengesetz lag mit aller Wucht auf der Arbeiterklasse. Die antisemitische Bewegung schlug hohe Wellen. Das ganze mittelständlerische Bürgertum segelte im antisemitischen Fahrwasser, eine Tatsache, die in sehr vielen Fällen die Arbeiter auf den Gedanken der Nützlichkeit und Notwendigkeit der konsumgenossenschaftlichen Organisation gebracht hat. Dieser Umstand hat wesentlich zur Gründung von Konsumgenossenschaften mit beigetragen. Es gab sehr viele Arbeiter, die sich die Frage vorlegten, wie sie dazu eigentlich kommen, den ärgsten politischen Feinden, die ihnen die Lokale abtreiben und jede Gleichberechtigung absprechen, ihr schwerverdientes Geld in den Laden zu tragen. Der Gedanke einer Konsumvereinsgründung lag da nahe. Die größten und leistungsfähigsten Vereine Sachsens sind aus den kleinsten Anfängen hervorgegangen. Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist heute einer der größten der Welt. An Mitgliederzahl steht er an dritter Stelle. Selbst die englischen Vereine eingerechnet. Was die Eigenproduktion anlangt, so steht er sogar an erster Stelle. Er wurde 1885 mit 68 Personen gegründet; nach 25 Jahren hatte dieser Konsumverein 40 605 Mitglieder, 16½ Millionen Mark Umsatz, 76 Verkaufsstellen und zahlte an Löhnen 1 300 000 Mk. Das ist ein Beispiel, das typisch ist für die sächsischen Verhältnisse in der damaligen Zeit.

Es ist häufig die Frage aufgeworfen worden, ob die moderne Arbeiterbewegung sich viel früher um die Konsumvereine hätte eingehend kümmern müssen. Ich kann in den Vorwurf, der in dieser Frage liegt, nicht einstimmen, obwohl schließlich auch daran etwas berechtigt sein mag. Ich halte es geradezu für ein Glück für die moderne Arbeiterbewegung Deutschlands, daß sie zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die politische und gewerkschaftliche Organisation gerichtet hat. Das hat uns vor all den Fehlern und Uebertreibungen geschützt, die wir in anderen Ländern in bezug auf die Konsumvereine und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse wahrnehmen können. Es hat dazu geführt, daß man nicht falsche Hoffnungen in den Arbeitern erweckt hat und zu keiner gefährlichen Ueberschätzung der Konsumvereine gekommen ist. Mag diese auch heute hier und da in leitenden Konsumvereinskreisen vorhanden sein. Wie aus der Literatur nachgewiesen werden kann, spricht man nicht selten davon, daß die Konsumvereine, die Wirtschaftsgenossenschaften einen wesentlichen Faktor zur Lösung der sozialen Frage bilden könnten. Man braucht nur auf England hinzuweisen, um zu beweisen, daß das völlig ausgeschlossen ist. Wir haben in England die größte und leistungsfähigste Konsumvereinsbewegung der Welt, was allgemein anerkannt ist. Wenn diejenigen, die die Konsumvereine so überschätzen, recht hätten, dann müßte sich doch in England bereits etwas von dem wesentlichen Einfluß auf die kapitalistischen Verhältnisse spüren lassen. Diese sind aber in England genau so, wie in anderen Kapitalistenstaaten, und die Arbeiter haben dort als Produzenten ebenso zu leiden, wie bei uns. — Wenn ich feststellen mußte, daß die Arbeiterorganisationen früher den Konsumvereinen nicht besonders freundlich gegenüberstanden, so ist doch auf der anderen Seite darauf hinzuweisen, daß die Konsumvereine zweifellos indirekt außerordentlich viel von der modernen Arbeiterbewegung profitiert haben. Insofern, als diese Bewegung die befähigtesten Talente für die Konsumvereine gegeben hat. In Sachsen hat man auch zuerst erkannt, daß die Konsumvereine ihre eigenen Wege gehen müssen,

daß sie gehemmt sind, wenn sie im Verein mit bürgerlichen Genossenschaften sich zu betätigen suchen. In Sachsen war es, wo sich zuerst ein besonderer Verband abzweigte von dem Allgemeinen deutschen Verband Crügerscher Richtung; in Sachsen war es, wo die Konsumvereine zuerst auf den Gedanken der Notwendigkeit einer großen Zentrale für die Konsumvereine, soweit es das Geschäftliche anlangt, kamen; von sächsischen Konsumvereinen wurde die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg begründet, die heute eine wesentliche Bedeutung hat und in Zukunft noch mehr als jetzt als der Konsumverein der Konsumvereine zu bezeichnen sein wird.

Also das Gefühl und das richtige Maß für das, was innerhalb der Konsumvereinsbewegung zu geschehen hat, ist schon damals vorhanden gewesen. Eine schwere Illusion ist es, wenn man glaubt, daß die Konsumvereine ein gemeinsames Interesse mit allen übrigen Genossenschaften haben. Nein, auch im Rahmen der Wirtschaftsgenossenschaften entwickeln sich Gegensätze schärfster Art. Als ich im Jahre 1900 in einem Artikel der „Neuen Zeit" darauf hinwies, daß die Konsumvereine sich von dem Crügerschen Verband absondern müßten, wollte man freilich in leitenden Konsumvereinskreisen davon noch nichts wissen. Aber schon zwei Jahre später erfolgte der Bruch gewaltsam durch den Allgemeinen Verband, von dem man glaubte, daß er berufen sei, die Interessen der Konsumvereine zu wahren, und 1903 wurde der jetzt stark entwickelte Zentralverband deutscher Konsumvereine in Dresden begründet. Es hat sich deutlich gezeigt, daß erst, nachdem die Konsumvereine sich ihre selbständige Organisation geschaffen haben, sie recht lebensfähig geworden sind. Lebensfähige Konsumvereinsbewegung haben wir erst von dem Zeitpunkt an, wo sich die Arbeiterbewegung oder die Arbeiter in größeren Massen mit der Sache positiv beschäftigt haben. Natürlich darf ich auch die Gefahren und Nachteile der Konsumvereine nicht verschweigen, die entstehen könnten, wenn man sie vom falschen Standpunkt aus beurteilt. Zweifellos ist die Triebfeder für die Mitgliedschaft im Konsumverein eine egoistische; der einzelne verlangt materielle Vorteile, und wenn man ihm nicht begreiflich zu machen versteht, daß außerdem der Konsumverein auch noch höhere, allgemeine Aufgaben zu erfüllen hat, liegt allerdings die Gefahr nahe, daß aus den Konsumvereinen nicht das wird, was wir aus ihnen machen wollen.

Die Kopenhagener Resolution stellt mit aller Deutlichkeit fest, daß die Konsumvereine soziale Aufgaben haben, die in ihrer Wirkung weit über die Grenzen des Konsumvereins hinausgehen können. Wir sollen die Konsumvereine, wie die Resolution sagt, mit sozialistischem Geist erfüllen. Das wird nur möglich sein, wenn die Konsumvereinsmitglieder aufgeklärte Genossen sind, wenn sie beeinflußt sind von den Ideen der modernen Arbeiterbewegung. Aus dem Grunde ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, gerade die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die Notwendigkeit der Propagierung des Genossenschaftsgedankens hinzuweisen. Wir wollen die Konsumvereinsbewegung in dem gekennzeichneten Sinne fördern. Tun wir das, so wächst allerdings auch unsere Verantwortung für die Konsumvereinsbewegung; eines ergibt sich aus dem anderen.

Nun eine Bemerkung mehr in Parenthese: Wie oft wurde gesagt, die Konsumvereine sind doch nur Dividendenpressen, es geht den Angestellten schlecht, oder es sind die oder jene Mängel. Fragt man die, die so reden, so stellt sich häufig heraus, daß sie nicht einmal Mitglieder des Konsumvereins sind. Sind die Vereine wirklich so beschaffen, dann müssen wir sie durch unsern Einfluß als Mitglieder eben von solchen Mängeln befreien. (Sehr richtig!)

Eine große Rolle spielt auf den Kongressen wie in der Literatur die Frage, ob die Konsumvereine Klassenorganisationen sind oder nicht. Das „gleiche

Interesse aller Konsumenten" ist geradezu Schlagwort geworden. Wohin solche Ansichten führen, beweist folgendes Zitat aus einem Artikel einer bekannten Hamburger Genossin in den „Sozialistischen Monatsheften" von 1902:

„Die feinste Dame wie die ärmste Wäscherin, der reiche Fabrikant wie der hungrige Schuhflicker haben in gleicher Weise das Interesse, für die verausgabte Summe Geldes das denkbar beste Aequivalent einzutauschen, ob es sich um echte Spitzen, Trakehner Hengste, ob es sich um grüne Seife oder Zichorie handelt. Da besteht keinerlei Divergenz der Interessen, so relativ auch das Bedürfnis sein mag. In diesem Punkte kann es auch zwischen dem Zentrumsmann, dem Freisinnigen, dem Agrarier und dem Sozialdemokraten keinerlei Interessengegensatz und keine Meinungsverschiedenheit geben."

Rein theoretisch ist das richtig, aber wie es in der Praxis aussieht, ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß ein besitzloser Proletarier ganz selbstverständlich ein viel größeres und viel wesentlicheres Interesse an der Möglichkeit haben muß, materielle Vorteile zu bekommen, als irgend ein beliebiger reicher Staatsbürger. Solche Behauptungen geben Unklarheit, führen zu ganz schiefen, falschen Auffassungen und zu ganz falscher Bewertung der Genossenschaften. Das erste und wichtigste und dringendste Interesse an der Wirtschaftsgenossenschaft haben die besitzlosen Klassen, diesen Begriff im weitesten Sinne genommen. Der kleine Reichsbeamte mit 1000 Mark Gehalt hat natürlich das gleiche Interesse wie der schlechtbezahlte Fabrikarbeiter. — Wollte man das obige Zitat gelten lassen, dann müßte man meinen, es könnte eigentlich keine Klasse in Deutschland geben, die ein Interesse an der Erhöhung der Preise durch Zölle und indirekte Steuern habe! Wir wissen aber, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Ganz selbstverständlich ist, daß niemandem, auch nicht dem Besitzenden, der Konsumverein verschlossen ist.

Aus so irrigen, schiefen Auffassungen entsteht der Streit um die sogenannte Neutralität, der schon sehr lange geht, insbesondere seitdem sich die Genossenschaften im Zentralverband eine Organisation gegeben haben. Ich will darüber nicht weiter sprechen, weil ich erwarte, daß sowohl die Resolution des Kopenhagener Kongresses als auch die Erörterungen des Parteitages erzieherisch wirken, zum Teil auch schon so gewirkt haben. Hat ja doch auch der Internationale Genossenschaftsbund auf seinem letzten Kongreß eine Sympathieresolution beschlossen, die den Beschluß des internationalen Kongresses begrüßt. Die Entwickelung wird gewiß dahin führen, daß es nicht bei bloßer Sympathiekundgebung bleiben wird.

Die Redensarten, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus „ausgehöhlt" und „unterwühlt" werden könnte, sind ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Es wäre doch ganz sonderbar, von allem anderen abgesehen, wenn die bürgerliche Gesellschaft in dem Augenblick, wo sie sehen würde, daß ihre ganze Existenz durch die Konsumvereine in Frage gestellt wäre, ruhig zusehen, und nicht politische Mittel in Anwendung bringen würde, um diesen Prozeß zu unterbinden und aufzuhalten.

Die Konsumvereine können, wie gesagt, sehr verschieden wirkende Instrumente in der Hand der Mitglieder werden, je nachdem eine Konsumvereinsleitung ihre Aufgabe auffaßt. Die Triebkraft zur Gründung von Konsumvereinen ist, wie gesagt, in erster Linie materieller, egoistischer Art. Wir haben denn auch wiederholt erlebt, daß von Unternehmerkreisen Konsumvereine gegründet wurden zu dem Zwecke, die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Diese Tendenz tritt zwar nicht so wie früher in Erscheinung, sie muß aber beachtet werden und die schwersten Bedenken hervorrufen.

Partei und Gewerkschaften sind berufen, die Konsumvereine zu dem zu machen, was sie sein sollen und können. Darin ruht ja die Voraussetzung, daß wir dazu kommen, die ganze Partei offiziell zur Genossenschaftsfrage Stellung nehmen zu lassen. In der Resolution ist ganz richtig gesagt, daß die Konsumvereine unter den dort näher dargelegten Grundsätzen gute Hilfsmittel für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sein können. So kommen wir zu richtiger Schätzung ohne Ueber- noch Unterschätzung, und zu der Aufgabe, die Konsumvereine einzupassen in den Rahmen der modernen Arbeiterbewegung. Die Kopenhagener Resolution läßt die Frage offen, ob die Konsumvereine politische Vereine, Teile der Partei oder gar, wie in Belgien, die Partei selbst sein sollen. Das soll in den einzelnen Ländern geregelt werden. Wir kommen nun dazu, festzustellen, inwieweit in Deutschland ein Anlaß vorliegen könnte, in dieser Beziehung andere Wege als bisher einzuschlagen. Dies zu tun haben wir nicht nötig, es wäre für uns nicht gut, etwa dem belgischen Beispiel zu folgen. Ganz abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, die in Deutschland politische Genossenschaften nicht dulden, wäre es verkehrt, die Konsumvereine in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Partei zu bringen oder umgekehrt. Alles spricht dafür, daß sie, wie bisher, ihre vollständige Selbständigkeit wahren. Ganz unabhängig davon, wie die Konsumvereine zur politischen Bewegung stehen, kommt es lediglich darauf an, in welchem Geiste die in den Konsumvereinen tätigen Parteigenossen wirken. Ich muß dabei allerdings aussprechen, daß bisher sehr viele Parteigenossen ihre Pflicht nach der Richtung hin nicht in wünschenswerter Weise taten. Es ist oft genug vorgekommen, daß Parteigenossen aus der Befürchtung, daß der Konsumverein von Gegnern zu einem sozialdemokratischen gestempelt werden könnte, ihm fern geblieben oder wenn sie beitraten, ihre Zugehörigkeit zur Partei verleugnet haben. Eine andere Frage ist die: ist der Konsumverein geeignet, in den Klassenkampf der Arbeiter selbst positiv einzugreifen oder ist er wenigstens geeignet, seinen Mitgliedern im Klassenkampfe beizuspringen? Die ideelle Verwandtschaft zwischen Konsumverein und der Partei ist groß. Es ist nicht wahr, daß die Konsumvereine kein Gewicht auf irgendeine politische Partei zu legen hätten. Die Konsumvereine sind große Arbeitervereinigungen geworden. Sie werden von allen Seiten auf das schärfste bekämpft. Die Mittelständler, die politischen Parteien, die Behörden, alles schlägt auf sie los. Sie sind also eine Organisation, die alle Veranlassung hat, sich umzusehen, wer sie in diesem Kampfe schützt. Die materiellen und politischen Interessen der Konsumvereine decken sich durchaus mit denen der sozialdemokratischen Partei. Die materiellen, weil die Sozialdemokratie ja alle Organisationen fördert, die den Arbeitern materiell oder ideell nützen. Blicken wir ins politische Leben, so finden wir, daß in den Parlamenten, in der Presse usw. die bürgerlichen Parteien mehr oder weniger die Konsumvereine zu bekämpfen suchen. Durch Sondersteuern und durch gesetzliche Maßnahmen nicht zuletzt. Da ist es unsere Partei, die sozialdemokratische, die sich rücksichtslos und konsequent auf den Standpunkt der Konsumvereine stellt. Unsere Partei legt überall ihre ganze Wucht und Bedeutung in die Wagschale gegen die den Konsumvereinen feindlichen Kräfte. Wenn solche Verhältnisse vorliegen, dann müssen auch die Konsumvereine ein Interesse daran haben, mit der sozialdemokratischen Partei mindestens in einem freundnachbarlichen Verhältnisse zu leben. Will man das, so muß man rückhaltlos die Bestrebungen der Sozialdemokratie anerkennen. Bürgerliche Organisationen, von denen man es nicht erwartet hätte, haben gegen die Konsumvereine Stellung genommen. Der Hansabund hat sich wiederholt in schärfster Form gegen sie gewendet, ebenso verschiedene Handelskammern. Die Konsumvereine werden von den bürgerlichen Kreisen aus ganz bestimmten Gründen, die nicht zuletzt politischer

Art sind, bekämpft. Man versteht es, daß die bürgerlichen Parteien die Vereine bekämpfen, wenn man bedenkt, daß diese Parteien damit die Mittelständler gewinnen wollen.

Die Konsumvereine haben also auf allen Seiten scharfe Gegner, die Sozialdemokratie allein schützt sie, nicht bloß deshalb, weil sie für die Arbeiter Gutes bringen, sondern weil sie im allgemeinen als ein Fortschrittselement angesehen werden müssen. Die Sozialdemokratie beschränkt ihre Freundschaft nicht nur auf die Konsumvereine, sondern auch auf die Genossenschaften anderer Art, wenn sie in irgendeiner Form soziale wertvolle Arbeit leisten. Man hat also keinen Grund, sich allzusehr darüber aufzuregen, wenn aus dieser Tatsache der Schluß gezogen wird, die Konsumvereine seien „sozialdemokratische“ Organisationen. Das wird immer behauptet, wenn man eine Gefährdung bürgerlicher Interessen befürchtet. Das Odium, daß sie „sozialdemokratisch“ sind, werden die Konsumvereine in Deutschland nicht los werden. Wenn der Parteitag vorüber sein und man sehen wird, daß er sich den Konsumvereinen freundlich gegenüber gestellt hat, dann wird es erst recht heißen, die Konsumvereine sind eben doch sozialdemokratisch. Man sollte auch in leitenden Konsumvereinskreisen dieser Tatsache gegenüber nicht mehr so nervös sein.

Die Vereine des Zentralverbandes bestehen bis zu etwa 85 Proz. aus Lohnarbeitern oder ähnlich gestellten Personen. Daraus ergibt sich, daß sie Arbeiterorganisationen sind. Die Konsumvereinsbewegung ist also eine proletarische Massenbewegung. Je mehr wir sie dazu machen, desto mehr werden sie nützlich für die einzelnen Mitglieder und Angehörigen und die Allgemeinheit im sozialen Sinne. Wir werden also nach allem unsere Reserve den Konsumvereinen gegenüber aufzugeben haben. (Beifall.) Wir haben unsere Ansicht über sie zu revidieren und zu ändern. (Zustimmung.) Wir haben zu sagen, was ist, daß die Partei alle Ursache hat, die Vereine zu fördern, und daß die Konsumvereine anzuerkennen haben, daß die Sozialdemokratie ihre größte Freundin ist. (Lebhafter Beifall.) Dann werden wir in sehr ersprießliche Verhältnisse hineinkommen. Es nützt nichts, über die Mängel und über Rückständigkeit der Konsumvereine zu räsonnieren. und Lärm zu schlagen. (Sehr richtig!) Wir müssen bessern und eingreifen und helfen, daß die Konsumvereine wirtschaftliche Organisationen in unserem Sinne werden. (Lebhafte Zustimmung.) — Es wird vielfach die Frage aufgeworfen: entziehen die Konsumvereine nicht wertvolle Kräfte der Partei- und Gewerkschaftsarbeit? Es liegen solche Fälle vor, aber wir haben es ja in der Hand, das zu ändern. Der Umstand, daß sich bisher unsere Partei zu den Konsumvereinen sehr ablehnend verhielt, hat bei vielen Parteigenossen, die dort tätig sind, die Anschauung erweckt, als brauchen sie nichts mehr für die Partei zu tun. Das ist falsch, aber erklärlich. Unsere Parteigenossen können gerade als Konsumvereinsangestellte infolge der Unabhängigkeit ihrer Stellung sehr wertvolles für die Partei leisten. Es ist oft nur mit Hilfe eines Konsumvereins-Lagerhalters möglich, eine Partei- oder Gewerkschaftsorganisation an einem kleinen Ort zu gründen, weil außer ihm keine unabhängige Person da ist, die nicht mit der Gefahr der Maßregelung zu rechnen hat. Unsere Parteigenossen müssen auch als Konsumvereinsbeamte es als ihre Aufgabe betrachten, für die Interessen ihrer Partei tätig zu sein.

Die Konsumvereinsbewegung hat sich jetzt weitausschauende Pläne zurecht gemacht. Der gute Wille ist in Konsumvereinskreisen zweifellos vorhanden, mit der Partei zu wirken. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Bewegung nicht in falsche Bahnen geleitet wird. (Sehr richtig!) Tun wir das mit dem nötigen Geschick, dem nötigen Interesse und der nötigen Sachlichkeit. Dann werden wir zum Ziel kommen, zum Nutzen der politischen und gewerkschaftlichen Be-

wegung. (Lebhafter Beifall.) Ich brauche wohl nicht zu beweisen, warum. Wer das noch nicht kennt, hat Gelegenheit, sich eingehend in der heute sehr reich vorhandenen konsumgenossenschaftlichen Literatur zu unterrichten. Aber auf eins möchte ich doch hinweisen, obwohl es eigentlich eine innere Angelegenheit der Konsumvereine ist. Es kommt darauf an, wie der Gewinn der Konsumvereine verwendet wird, und da steht die moderne Konsumvereinsbewegung prinzipiell auf dem Standpunkt, daß wir gegen die hier und da noch herrschenden Dividendenseuchen mit aller Energie ankämpfen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß wir die erzielten „Gewinne" nützlicher anwenden, damit die Konsumvereine leistungsfähiger werden und gegen gewisse Zufälle geschützt sind. (Sehr richtig!) In dieser Richtung haben unsere Genossen entsprechend ihrer höheren Auffassung zu wirken, damit nicht das rein egoistische Moment in den Vordergrund tritt. Ich möchte zum Schluß sagen, es kommt ganz darauf an, was wir als Parteigenossen aus den Konsumvereinen machen. Dazu, daß wir aus ihnen etwas richtiges machen, sollen diese Erörterungen dienen. Ich hoffe, daß von nun an die Parteigenossen in Deutschland dafür sorgen, daß in die Konsumvereine, wo das noch nicht der Fall ist, der Geist einzieht, der die Konsumvereine wirklich zu guten, brauchbaren Hilfsmitteln im Klassenkampfe der Arbeiter macht. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend vertagt.

Schluß 7¾ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 24. September 1910. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Klühs eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Diskussion über die Genossenschaftsfrage.

Peus-Dessau: In die Kopenhagener Resolution ist der deutsche Geist bezüglich des Genossenschaftswesens hineingedrungen. In der vorgeschlagenen Resolution erscheint mir der Hauptsatz nicht entsprechend erschöpfend. Die bürgerlichen Vereine, die nicht die Absichten unserer Konsumvereine haben, können diesen Satz ebenfalls unterschreiben. Ich würde folgende Formulierung für richtiger halten: Die Konsumvereine sind die Organisationen derjenigen, die ihre Bedürfnisse durch gemeinsamen Kauf oder so bald als möglich durch eigene Produktion mit eigenen Produktionsmitteln sich zu beschaffen suchen und dabei den Profit, sowohl des Handels als auch des Produktionskapitals, auf jedes mögliche Minimum herabzudrücken bemüht sind. — Ich will keinen formellen Antrag stellen, ich lege mehr Gewicht auf die revolutionäre Tat als auf das revolutionäre Wort. (Hört! hört!) Es wird auch für uns darauf ankommen, daß wir das jetzt beweisen. Die Aufmerksamkeit des Parteitages war gestern abend beim Referat recht gering. Vielleicht war die Ermüdung daran schuld, vielleicht auch die Meinung, daß wir über die Frage einig sind. Wir sind auch in der Tat im wesentlichen einig. Es hat sich seit Berlin über Hannover nach Kopenhagen eine große Wandlung in den Anschauungen vollzogen. Diese Wandlung kann für uns eine Mahnung sein, daß wir an den Wandel der Auffassungen in der Partei mehr glauben sollen, als manche jetzt dazu Neigung haben. (Zustimmung.) Was vor allem wichtig ist, ist, daß wir dafür sorgen, daß wir Mitglieder in die Konsumvereine hineinbekommen. (Sehr richtig!)

Erreicht muß werden, daß sich die Gesamtzahl der organisierten Konsumvereinsmitglieder deckt mit der Zahl der gewerkschaftlich und politisch Organisierten und mit der Zahl der Abonnenten der Parteipresse, daß alle diese verschiedenen Bewegungen möglichst einheitlich dastehen. Vor allem ist aber dafür zu sorgen, daß wir Geld in die Konsumvereine bekommen. Wir müssen entgegentreten dem Dividendenhunger, der ganz falschen Auffassung, daß es darauf ankäme, am Schlusse jedes Jahres einen kleinen Betrag zu verteilen. Wir müssen den profitwütigen Kapitalismus bekämpfen durch den genossenschaftlichen Kapitalismus, der auf den Sozialismus abzielt. Deshalb müssen die Konsumvereine eigenes Vermögen erwerben, das Reservevermögen der Konsumvereine muß so stark wie möglich werden. Wir müssen dem Wesen der Bezirkskonsumvereine vorarbeiten, damit die Zahl der kleinen nichtleistungsfähigen Konsumvereine zurückgeht, damit nicht der stete Wechsel der Geschäftsführer schade. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, es sei bloß Kleines möglich, daß zum Beispiel die großen Warenhäuser die Konsumvereine mit Vernichtung bedrohen. Im Gegenteil, wir müssen uns darauf vorbereiten, eines Tages den Kampf gegen die kapitalistischen Warenhäuser zu führen und sie durch die Großorganisation der Konsumvereine zu vernichten.

Als man 1899 die Hamburger „Produktion" gründete, gab es große Bedenken, niemand wollte daran glauben, daß etwas Großes daraus werden würde. Wer aber sich gelegentlich des Internationalen Genossenschaftskongresses in Hamburg die großen Häuserblocks mit den zahllosen Arbeiterwohnungen angesehen hat, dem ist bei dem Vergleiche mit den Elendshöhlen, in denen früher und auch jetzt noch Tausende von Arbeiterfamilien wohnen, das Herz aufgegangen. (Sehr richtig!) Was Hunderte können, können Tausende erst recht, wenn nur der gemeinsame Wille da ist. Die Großstädte sollen angeblich nicht imstande sein, hierin dasselbe zu leisten, wie die Kleinstädte. Ich glaube, seitdem Wien einen so großen gewaltigen Konsumverein hat, ist das widerlegt. Und die Berliner haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, jetzt als Sozialdemokraten zu beweisen, daß sie dazu in Berlin auch imstande sind. (Bravo! bravo!) Wir werden doppelt stolz sein auf die sozialistische Hochburg Berlin, wenn eines Tages neben den 400 000 Sozialdemokraten ebensoviel organisierte Konsumenten stehen werden.

Wir müssen in allen Städten die größten Hausbesitzer sein; wenn Sie nach Berlin gehen (der Redner spricht immer lauter, so daß große Heiterkeit entsteht und ihm mehrfach: „Lauter! Lauter!" zugerufen wird) — wenn Sie still sind, werden Sie mich verstehen, auch wenn ich noch lauter rede. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie nach Rixdorf gehen und die Idealpassage sehen, dann müssen Sie sich sagen, was für Hunderte geschaffen wurde, kann auch für Tausende geschaffen werden. Wenn wir vor wenigen Tagen in Dessau das schönste und größte Lokal der Stadt gekauft haben, so war uns das möglich durch ein Zusammenwirken des Konsumvereins und der Arbeiterdruckerei, ohne daß erst in der Arbeiterschaft große Sammlungen hätten veranstaltet werden müssen. Durch das wachsende Vordringen des Gemeindesozialismus wird auch der Genossenschaftssozialismus immer wichtiger, den wir brauchen, weil wir sonst für die Eroberung der politischen Macht nicht den nötigen Untergrund haben und weil uns insbesondere die nötigen Persönlichkeiten fehlen würden, die wir brauchen im politischen Kampfe. Wenn wir nun in Kopenhagen und hier in Magdeburg Resolutionen zugunsten der Genossenschaften gefaßt haben werden, dann muß sich das auch in der Entwickelung des Genossenschaftswesens historisch dokumentieren. Wenn unsere Tat nicht fruchtlos bleiben soll, dann muß jetzt nach Kopenhagen und nach Magdeburg die Genossenschaftsbewegung emporschnellen zu unüberwindlicher Macht. (Beifall.)

Wurm-Berlin: Wenn die genossenschaftliche Entwicklung, speziell die der Konsumgenossenschaften in Deutschland auf Widerstand in der Partei gestoßen ist, so lag das in der Vergangenheit an gewissen geschichtlichen Bedingungen, in jüngster Zeit aber zum Teil an den übereifrigen Freunden à la Peus, die mit ihren Aushöhlungstheorien gar manchen Parteigenossen vom Anschlusse an die Konsumvereine abhalten. (Zustimmung.) — Die historische Entwicklung war die, daß die Konsumgenossenschaften zunächst von der Fortschrittspartei in den 60er Jahren dazu benutzt wurden, den Arbeitern ihre Ausbeutungslage erträglicher zu machen; die Konsumvereine sollten zu nichts weiter dienen, als den Arbeitern die Lebenshaltung zu verbilligen, damit sie ruhig sind und sich nicht gegen die Gesellschaftsordnung auflehnen, die ihnen die elenden Lebensbedingungen diktiert. Ganz offenkundig haben Schulze-Delitzsch und Nachfolger dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Konsumvereine in der Lage seien, das auszugleichen, was durch schlechten Lohn den Arbeitern entgeht. Daher auch das Mißtrauen der sozialistischen Arbeiter, die die bestehenden Zustände nicht erhalten sehen wollen, daher auch heute noch das Mißtrauen gegen diejenigen Konsumvereine, die auch heute noch nur benutzt werden, um die Arbeiter zu beruhigen. Die von Dr. Crüger geführten Vereine stehen ja heute noch auf dem Standpunkte von Schulze-Delitzsch, und in der Resolution, die der jüngste bürgerliche Genossenschaftstag in Nauheim beschloß, ist ausdrücklich gesagt: „daß es ausschließlich Aufgabe der Konsumvereine ist, die Mitglieder mit preiswerten und guten Lebensmitteln zu versorgen, sowie durch strenge Aufrechterhaltung des Grundsatzes: Verkauf gegen bar, der Borgwirtschaft entgegenzutreten, Ordnung und Sparsamkeit zu fördern." Dieses Bestreben, das Elend mit Hilfe des billigeren Einkaufs in den Konsumvereinen zu verewigen, finden wir auch bei den durch die Großindustrie, zum Beispiel Krupp, errichteten Konsumgenossenschaften. Die modernen Genossenschaften dagegen sagen von sich selbst, daß sie nur ein Mittel seien, um die Arbeiter noch kampffähiger zu machen, damit sie noch schärfer wie sonst die Klassenkämpfe führen können. Auf einer gewissen Stufe der Not fehlt ja den Arbeitern die Kraft, den Kampf gegen die Ausbeutung zu führen. Sie hierzu zu stärken, ist mit Hilfe der Genossenschaften möglich. Während aber die alten unter bürgerlicher Leitung stehenden Konsumvereine die Aufgaben derselben zu eng begrenzen, sie nur auf die Versorgung mit billigen Lebensmitteln einschränken, verfallen manche Genossenschaften, die sich unter Leitung von Parteigenossen befinden, in den entgegengesetzten Fehler, indem sie die Wirksamkeit der Konsumvereine wie aller anderen Genossenschaften überschätzen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" in Hamburg und das Internationale Genossenschaftssekretariat in Zürich, die beide im Dienste der modernen Genossenschaftsbewegung stehen, vertreten nationalökonomische Anschauungen, die im scharfen Gegensatz zu unseren Parteigrundsätzen stehen, jene Aushöhlungstheorie, daß mit allen möglichen Mitteln und Mittelchen der Klassenstaat beseitigt werden könne ohne Klassenkampf. Und es ist der große Fortschritt in der Stellung der Arbeiterschaft zu den Konsumvereinen, wenn in der Kopenhagener Resolution hervorgehoben wird, daß die Genossenschaften in erster Linie die Aufgabe haben, die Arbeiter zum Klassenkampf zu stärken. Wir können nicht scharf genug hervorheben, daß die Genossenschaften nicht etwas absolut Selbständiges sind; es ist nicht richtig, daß die Genossenschaften gewissermaßen die Schwester des Sozialismus und der Gewerkschaften sind, nein, sie sind ihre Tochter, denn die Vorbedingung für starke Genossenschaften ist eine starke Gewerkschaftsbewegung, eine starke sozialistische Bewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade der zielbewußten proletarischen Genossenschaftsbewegung werden fortgesetzt Hemmnisse bereitet, durch Leute wie

Dr. Hans Müller-Zürich und Dr. August Müller-Hamburg, die es sich zur Aufgabe machen, eine Neutralität der Konsumvereine zu proklamieren, die gar nicht existieren kann. Es gibt in der Welt keine Neutralität, so wenig wie es eine Tendenzlosigkeit gibt. Die Leute, die sagen: wir wollen neutrale Konsumvereine, sind immer nur neutral gegen uns Sozialdemokraten, aber sie buddeln weiter im Fahrwasser der bürgerlichen Anschauungen. (Sehr richtig!) Daß die Konsumvereine das Gesetz zwingt, neutral zu sein, ist eine Sache für sich. Aber es ist auch sehr fraglich, ob unsere modernen Genossenschaften innerhalb des Rahmens des heutigen Genossenschaftsgesetzes sich noch weiter entwickeln können. Die Form ist ihnen zu eng geworden. Bedenken Sie, daß das Gesetz, mag die Mitgliederzahl noch so groß sein — und wir haben Konsumvereine mit 30 000 Mitgliedern und noch mehr —, der Generalversammlung der Mitglieder allein das Recht gibt, die Verwaltung zu wählen. In einer solchen Generalversammlung, die nur von einem kleinen Bruchteil der Mitglieder besucht sein kann, wird natürlich nie der Wille der Mitglieder zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite legt das Gesetz den Konsumvereinen gewisse Beschränkungen in der Verwendung ihrer Einnahmen auf. Daher ist danach zu streben, neue Formen zu finden, in denen die Genossenschaften sich freier entfalten können, vor allem solche Formen, innerhalb der der Wille der Mitglieder mehr zum Ausdruck kommt. Wenn in manchen Konsumvereinen die Hyperneutralität gegen links so sehr in den Vordergrund geschoben wird, so rührt das eben nur daher, daß die Masse der Mitglieder so wenig Einfluß auf die Verwaltung hat; sonst wäre es nicht möglich, daß in Gegenden, wo eine starke Sozialdemokratie ist, Anschauungen von den Verwaltungen der Konsumvereine vertreten werden, die sich keineswegs mit denen unserer Partei decken. (Sehr richtig!) Also wir müssen die Genossenschaften im Sinne der Kopenhagener Resolution als Mittel zum Klassenkampf benutzen, das „Müllern" in Zürich und Hamburg ist den Genossenschaften schädlich. Wenn die Arbeiter dann sehen werden, daß die Genossenschaften im Sinne des Klassenkampfes und des Sozialismus arbeiten, werden den Genossenschaften auch die Parteigenossen zuströmen, und wir werden eine große mächtige deutsche Genossenschaftsbewegung bekommen, wie sie nützlich und brauchbar ist. (Lebhafter Beifall.)

Döhnel-Leipzig: Ich bin völlig einverstanden mit den Worten Fleißners, daß die wichtigste Bestimmung der Kopenhagener Resolution die ist, daß die Konsumvereine mit sozialistischem Geiste zu erfüllen sind. Gerade deshalb kann ich mich aber nicht einverstanden erklären mit dem letzten Satz der Resolution: „Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen." Der Geist einer solchen Körperschaft ist ja nicht faßbar, er wird uns erst bewußt durch ihr Tun und Lassen, oder ihr Sprachorgan. Wenn wir daraufhin die heutigen Konsumvereine prüfen, so werden wir sehr wenige finden, die heute schon im sozialistischen Sinne geleitet werden, und auch aus dem Sprachorgan der sogenannten modernen deutschen Konsumgenossenschaften weht uns auch nicht ein Hauch sozialistischen Geistes entgegen. (Sehr richtig!) Diesen Zustand werden wir auch nicht beseitigen durch noch so klug abgefaßte Resolutionen. Von innen heraus, von unten herauf muß Wandel geschaffen werden. Aber deshalb ist es notwendig, daß wir nicht nur die heute schon sozialistisch geleiteten Konsumvereine unterstützen, sondern wir müssen auch die übrigen, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörigen Genossenschaften mit sozialistischem Geiste erfüllen. Ich sehe davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffe und wünsche aber, daß Fleißner in seinem Schlußwort den angeführten Satz in dieser Weise inter-

pretiert. Das ist notwendig, damit nicht etwa verschiedene Parteigenossen, die heute schon den Konsumgenossenschaften etwas antipathisch gegenüberstehen, sagen können: wir treten dem hiesigen Verein nicht bei, denn er ist ja nicht in sozialistischem Geiste geleitet. Diese Ausrede müssen wir den Parteigenossen versperren. Wir müssen dafür sorgen, daß die Genossenschaften ein wirksames Glied im Befreiungskampfe der Arbeiter werden. (Bravo!)

Schmalfeld-Bremerhaven: Durch die Resolution werden die Genossen aufgefordert, sich mehr als bisher um die Genossenschaftsbewegung zu kümmern. Ich bin der Meinung, daß sie das schon immer getan haben. Wenn die Genossenschaften nicht von sozialem Geist durchsetzt worden sind, so lag das an ihren Einrichtungen, an ihrer Organisation und an ihren Hauptführern. Genosse Wurm hat bereits auf die beiden Müller hingewiesen; vor allem ist es Professor Staudinger, der eher alles andere tut, als dafür sorgt, daß die Genossenschaften mit sozialem Geiste durchtränkt werden, und der überall seinem liberalen Standpunkt Ausdruck gibt. Sein Geist beherrscht mehr oder weniger die gesamten Genossenschaften. Welcher Geist in den Genossenschaften herrscht, geht aus einem Referat von E. Markus-Remscheid — und das ist doch nicht der schlechteste Parteigenosse — auf der Konferenz der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder für Rheinland-Westfalen vom 14. März 1909 hervor. Markus sagte hier nach dem Bericht der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ mit Bezug auf die Maifeier: „Es gilt lediglich, diese Frage mit den Vertretern der Angestellten zu besprechen und zu klären. Von den Angestellten wird oft Urlaub bei den allerverschiedensten Anlässen nachgesucht, zum Beispiel bei patriotischen Festen, gelegentlich hoher Besuche, bei Jäger- und Schützenfesten, bei Prozessionen am Fronleichnamstage usw. und nicht zuletzt zur Maifeier.“ (Hört! hört!) Sie werden mir doch zugeben, daß hier die Neutralität bis zum äußersten ihren Ausdruck findet. Auf dem Unterverbandstag in Bremen, der kürzlich stattfand, hatte ein Kieler Genosse beantragt, den sogenannten Genossenschaftsrat mit demokratischeren Mächten auszustatten, er beantragte, dem Genossenschaftsrat das Recht zu geben, mit der Verwaltung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beraten und zu beschließen. Das ist ein so vernünftiger Antrag, daß man ihm, wenn man überhaupt nur Demokrat, nicht einmal Sozialdemokrat ist, ohne weiteres zustimmen müßte. Aber trotzdem wurde er bekämpft; führende Personen in der Genossenschaftsbewegung, die auch in der Partei einen klangvollen Namen haben, erklärten, daß das unter keinen Umständen angängig sei (hört! hört!); das Wort Demokratie sei ja ein schönes Wort, aber die Massen müßten erst dazu erzogen werden. Das sagt man Leuten, die nicht nur den politischen und gewerkschaftlichen, sondern auch den genossenschaftlichen Gedanken ergriffen und betätigt haben. Da weiß ich wirklich nicht, was die Herren unter Demokratie verstehen. Ich wünschte nur, daß die Partei als solche sich nicht direkt mit den Genossenschaften identifiziert, denn wir kommen dadurch über kurz oder lang in eine Kampfstellung gegenüber den führenden Genossen, und das führt dazu, daß wir unsere Kräfte zersplittern und unsere Kampffähigkeit lahmlegen. Wir müssen nach der Erringung der politischen Macht streben, und deshalb dürfen wir uns auf dem genossenschaftlichen Gebiete nicht so festlegen, daß wir unter Umständen unsere Reihen lichten, respektive unsere Kräfte verzetteln. Ich für meinen Teil wünsche Ihnen alles Glück in dem Vorhaben, die Genossenschaften zu demokratisieren und mit sozialem Geiste zu erfüllen, aber vorläufig wird das noch recht schwer sein.

Zu der Resolution ist der Zusatzantrag 103 eingegangen.

Katzenstein-Berlin: Die Bedenken des Vorredners teile ich nicht. In dem Maße, in dem sich unsere Parteigenossen in den Konsumgenossenschaften

betätigen, werden sie auch Einfluß ausüben können. Die große Masse der Mitglieder der Vereine ist proletarisch. Und das Wesen der echten Konsumgenossenschaften ist sozialistisch. Also wird auch der sozialdemokratische Geist in diesen Genossenschaften gepflegt und zur Anerkennung gebracht werden, wenn wir nur wollen. Es ist eine große Errungenschaft, daß dieser Parteitag sich planmäßig mit dieser Frage beschäftigt; es ist ein großer Fortschritt, daß man in unseren Reihen endlich die praktische Bedeutung und große Tragweite der Genossenschaft anerkennt. Damit eröffnet sich uns ein neuer Weg zur Verwirklichung unserer letzten Ziele, ein neues Mittel zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft ist uns damit in die Hand gegeben. Die Vorstandsresolution ist im ganzen annehmbar, weist aber verschiedene Lücken auf. Diese sollen durch meinen Antrag 103 ausgefüllt werden. Nebenbei möchte ich den Vorstand bitten, die Resolutionen künftig frühzeitiger bekanntzugeben. Jetzt werden wir damit wie mit Kotillonüberraschungen bedacht, so daß wir kaum dazu Stellung nehmen können. — Die Arbeiter müssen ihre Spargelder in den Konsumvereinen anlegen. (Zuruf: Das geht nicht!) Nun, in der Hamburger „Produktion" sind fast fünf Millionen Mark angelegt. Es ist geradezu unfaßbar, wie die Millionen sozialdemokratisch denkender Arbeiter das bißchen Kapitalkraft, das der einzelne hat, und das zusammengefaßt doch eine erhebliche Macht ist, in der Weise verzetteln, wie es heute geschieht. Die Gelder werden jetzt bei den Sparkassen angelegt, die sie unseren schlimmsten Feinden zur Verfügung stellen, sie für Bauhypotheken, Bodenspekulationen und Staatspapiere verwenden. Es gibt sogar Gewerkschaften, die Gelder in Kirchenpapieren angelegt haben. (Heiterkeit.) In den Sparkassen des Deutschen Reiches liegen etwa 12 000 Millionen Mark. Wenn davon nur der zwölfte Teil auf Lohnarbeiter entfällt und diese nur die Hälfte in genossenschaftlichen Organisationen anlegen würden, was würden sie mit dieser halben Milliarde für eine Macht haben! Diese Organisation der proletarischen Kapitalkraft zusammen mit der Organisation der Kaufkraft ist eine unbedingte Notwendigkeit. — Dann wird es auch möglich sein, die Genossenschaften ersprießlich auszubauen. So in der Wohnungsversorgung. Ueberall, wo wir vorbildliche Verhältnisse suchen, muß auf die Hamburger „Produktion" hingewiesen werden. Es ist das unvergängliche Verdienst des Genossen von Elm, daß er mit der Schaffung der „Produktion" der deutschen Arbeiterbewegung ein dauerndes Vorbild gegeben hat. (Beifall.) Ich halte es für richtig, heute diese Anerkennung auszusprechen, weil er deshalb im Anfange schwere Kämpfe mit Genossen hat ausfechten müssen. (Sehr gut.) Die „Produktion" hat bereits mehr als 600 Arbeiterwohnungen hergestellt, die zu großen Kolonien zusammengefaßt sind. In diesen Kolonien ist der Umsatz pro Mitglied mehr als doppelt so groß als anderswo. Es ist also eine ganz sichere Kapitalanlage, vor allem aber deshalb von Bedeutung, weil damit der Wohnungsnot entgegengewirkt wird. — Wir müssen uns ferner gegen die Dividendenseuche wenden. Es ist zwar ein Unfug der Gegner, diese Dividende, die in der Hauptsache nichts ist als eine Rückvergütung zuviel gezahlter Warenpreise, als eine Art kapitalistischen Gewinns hinzustellen. Aber sie gefährdet vielfach die Entwickelung der Vereine und verhindert, daß die Kapitalkraft, die gewonnen ist, zusammengefaßt wird. Wir haben noch keine 50 Mark Kapitalsansammlung auf den Kopf des Mitgliedes. In England sind es über 300. Damit kann ganz anderes geleistet werden. Die ganze wirtschaftliche Machtstellung wird eine andere, wenn diese Erübrigungen nicht in Millionen Tröpfchen verzettelt werden, wenn sie zusammengefaßt werden zu einem gewaltigen Strome, der Fahrzeuge trägt und Hindernisse hinwegschwemmen kann. Vor allem aber muß Ernst gemacht werden mit der Unter-

stützung, die wir den Konsumvereinen gewähren müssen. Es genügt nicht, daß man die Hand erhebt und einer Resolution zustimmt. Die Resolution muß auch zur Tat werden. (Beifall.) Ich bin überzeugt, es werden große Eingriffe politischer Art notwendig werden, um unsere Ziele zu verwirklichen, aber auch die Genossenschaftsbewegung ist eine Macht, und sie wird es noch mehr werden, wenn wir ihre Bedeutung voll würdigen. Ueber eine Million Mitglieder haben wir heute in den Konsumvereinen, es liegt an uns, daß es bald drei und fünf Millionen werden, daß wir einen Milliardenumsatz erzielen. Damit können wir Vorbildliches schaffen und die wirtschaftliche und organisatorische Stellung des Proletariats in gewaltigem Maße erweitern. Wir arbeiten im wahren Sinne revolutionär, wenn wir die Organisationskraft der Arbeiterklasse stärken. Das muß eine heilige Ueberzeugungssache sein. Man achte die tägliche Kleinarbeit der Konsumenten nicht gering. Die Verteilung von Flugblättern und das Einkassieren von Gewerkschaftsgeldern sind an sich auch noch keine revolutionären Handlungen: sie werden es durch den Geist, in dem sie getan werden. So muß der Geist, in dem die Genossenschaften verwaltet werden, der sozialistische Geist sein. Das muß für uns eine Sache der Begeisterung, eine religiöse Sache sein. Wir müssen das Wort unseres Viktor Adler wahr machen: arbeiten wir so praktisch, als ob wir noch hundert Jahre warten müßten, und arbeiten wir so revolutionär, als ob wir schon morgen zur Tat gerufen würden! (Lebhafter Beifall.)

Paul Göhre verliert das Wort, da er beim Abruf nicht im Saal ist.

Stolle: Ueber die Genossenschaftsfrage hat eine eingehende Erörterung in der Presse und in den Versammlungen stattgefunden. Auch in den Landtagen und im Reichstage waren wir genötigt, uns gegen Unterstellungen und Vorwürfe zu wehren. Wenn irgendwo in einem kleinen Konsumverein die Verwaltung in Differenzen mit ihren Angestellten kommt, da sagen die Gegner gleich: Seht, die Genossenschaften sind sozialdemokratische Einrichtungen, und so benimmt sich der Sozialdemokrat, wenn er in die Lage kommt, Arbeitgeber zu sein. Es wird nicht gefragt, wo das Recht oder das Unrecht liegt, sondern gleich überhäuft man uns mit Vorwürfen. Bis auf den heutigen Tag hat aber die Partei als Partei noch keinen Einfluß auf die Konsumvereine gehabt. Es ist behauptet worden, daß die Konsumvereine die Ziele der Arbeiterbewegung verflachen. Das ist unrichtig. Schon Anfang der siebziger Jahre haben wir die erste Produktionsgenossenschaft, eine Spinn- und Webgenossenschaft nach Marxschem System, gegründet. Wir haben Wunden gehabt und manches Defizit in unserem Geldbeutel. Heutzutage, wo die Arbeiterbewegung sich so mächtig entwickelt hat, würden wir großen Vorteil davon haben. Was für ein gutes Kampfmittel ist nicht eine Produktivgenossenschaft. Als die ersten Wahlen in Crimmitschau stattfanden und wir zwei Abgeordnete in den Reichstag schickten, gerieten die Unternehmer in solche Wut, daß sie 200 Arbeiter auf die Straße warfen. Mit Hilfe unserer Genossenschaft haben wir diese Arbeiter zehn Jahre lang als Arbeiter in unserem Betriebe ernähren können. Mit dieser Bewegung ist uns eine Waffe gegeben, die in unserem Emanzipationskampfe von größter Bedeutung ist. In allen Orten, wo kein unabhängiger Mann zu finden ist, da ist der Konsumvereinsleiter die geeignete Persönlichkeit zur Gründung einer Organisation. Die letzten Erfolge im zwanzigsten Wahlkreise verdanken wir zum großen Teil den Konsumvereinsangestellten, an denen wir eine wichtige Stütze hatten, weil sie nicht gemaßregelt werden konnten. Schon aus dieser politischen Erwägung heraus ist es ein bedeutender Vorteil, wenn wir solche Genossenschaften gründen. Welchen Nutzen gewähren sie nicht auch in wirtschaftlicher Beziehung. Bei den Streiks in Sachsen und anderswo sind unendlich viele Leute unterstützt worden durch die Konsumver-

eine. Sie wurden über Wasser gehalten monatelang, indem die Lebensmittel gestundet wurden und auch Geld gegeben wurde. Das sind unschätzbare Vorteile. Nun ist gesagt worden, die Genossenschaftsbewegung könne nicht viel leisten wegen der Abgrenzung durch das Genossenschaftsgesetz. Diese Aengstlichkeit teile ich nicht, denn innerhalb des Rahmens und der Grenzen, die das Gesetz zieht, ist ein weites Feld, um Vorteile für die Arbeiterbewegung zu schaffen, und zwar in erster Linie, indem die Vereine zur eigenen Produktion übergehen. Wir müssen uns den Konsumgenossenschaften anschließen. Sie sind eine Waffe im Kampf für die Erleichterung der Lage der Arbeiterklasse. Wenige Tatsachen genügen, um uns den Beweis zu erbringen, daß es heilige Pflicht der deutschen Arbeiterschaft ist, die Genossenschaften zu fördern. Ich begrüße es mit Freuden, daß durch die Resolution der Boden zu neuer Arbeit geschaffen wird. Auf diesem Wege müssen wir weiterschreiten. Nehmen Sie die Resolution einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Fleißner (Schlußwort): Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in einzelnen Genossenschaften, in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" und vor allem in der genossenschaftlichen Literatur eine sogenannte Ueberneutralität betätigt wird. Ich habe bereits in meinem Referat darauf hingewiesen und auch gesagt, daß ich nicht auf Einzelheiten eingehen wollte. Täte man das, so könnte man allerdings dafür ein außerordentlich umfangreiches Material beibringen. Aber ich betone wiederholt: die Verhandlungen auf dem Kopenhagener Kongreß und auf diesem Parteitage werden ganz gewiß ihre erzieherische Wirkung nicht verfehlen. Was das Genossenschaftsgesetz anbelangt, so bestehen in den Konsumvereinskreisen darüber, ob die heutige Gesetzesform geändert werden soll, wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Jedenfalls werden unsere Vertreter im Reichstag und in den Landtagen mit aller Energie für gesetzliche Aenderungen eintreten, die eine größere Bewegungsfreiheit der Genossenschaften in sich schließen. Darauf näher einzugehen, ist heute nicht Zeit. Wenn weiter bemängelt worden ist, daß der zweite Absatz der Resolution nicht weitgehend oder spezialisiert genug sei, so verweise ich darauf, daß im dritten Absatz alles gesagt ist, was wir von den Konsumvereinen verlangen. Auf die einzelnen Anträge, die Katzenstein gestellt hat, will ich nicht eingehen, möchte Sie aber bitten, sie alle abzulehnen, weil sie einmal weniger von Bedeutung sind und es sich dabei mehr oder weniger um Dinge handelt, die Sache der Genossenschaften sind. Wir haben keine Veranlassung, den Genossenschaften solche Vorschriften auf dem Parteitag zu machen. Was wir wünschen, ist in allgemeinen Gesichtspunkten in der Resolution ausgedrückt, die ich Sie unverändert anzunehmen bitte. (Bravo!)

Die Anträge Drucksache 103 werden abgelehnt. Die Resolution 92 wird angenommen. Resolution 89 ist zurückgezogen.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

Die Reichsversicherungsordnung.

Berichterstatter **Molkenbuhr**: Parteigenossen! Da eine ganze Anzahl der Delegierten abgereist ist, so könnte man annehmen, daß einzelne sich zu der schnellen Abreise entschlossen haben, weil sie befürchtet haben, eine stundenlange Rede von mir anhören zu müssen. (Heiterkeit.) Ich kann aber denen, die eine solche Furcht gehabt haben oder noch gegenwärtig in dieser Befürchtung leben, die Beruhigung geben, daß das eine Täuschung ist und daß ich mich im Gegenteil sehr kurz fassen werde. Ueber die Frage, um welche es sich hier handelt, ließe sich ja allerdings sehr viel sagen. Man könnte stundenlang über

das Thema reden. (Sehr richtig!) Aber für uns als Partei kommt es doch zunächst darauf an, festzustellen: Welche Forderung stellen wir an die Arbeiterversicherung? Und das haben wir heute nicht mehr nötig zu begründen, weil die Forderungen bereits in München, also vor acht Jahren, begründet sind, und ich glaube, es besteht in der Partei keinerlei Neigung, von den damals gestellten Forderungen heute abzuweichen. Soweit die gegenwärtig im Reichstag vorliegende Reichsversicherungsordnung in Frage kommt, haben wir uns darüber eingehend in Leipzig unterhalten und die Genossen Bauer, Schmidt und die Genossin Zietz haben eingehend unsere Forderungen begründet. Wir werden auch gegenwärtig an dem festhalten, was in Leipzig beschlossen ist, die dort gefaßten Beschlüsse dienen uns als Richtschnur für unsere parlamentarische Tätigkeit und als Unterlage für die Agitation. Ich brauche also auf all das nicht mehr einzugehen. Das einzige, was ich hier erwähnen muß, ist der Umstand, daß zur Zeit des Leipziger Parteitages nur eine Bundesratsnovelle bekannt war, und daß inzwischen die Gesetzesvorlage gekommen ist. Ich kann aber sagen, daß nur sehr wenig Abänderungen in dem Entwurf enthalten sind, namentlich keine solchen, von denen man sagen kann, daß sie den Interessen der Arbeiter dienen. (Sehr richtig!) Es fragt sich nun, wie der Reichstag mit dieser Novelle umgeht. Da möchte ich das eine hervorheben, daß die Vertreter bürgerlicher Parteien meist von der Ansicht ausgehen, daß die deutsche Industrie bereits übermäßig belastet ist durch die bestehende Arbeiterversicherung und weitere Belastungen kaum ertragen kann. Die Verkehrtheit dieser Anschauungen ist wiederholt nachgewiesen worden. Um welche Belastung handelt es sich denn? Es handelt sich für die Unternehmer für jeden Industriearbeiter um eine Belastung von ungefähr 10 Pf. für jeden Arbeitstag. Diese Belastung kann die Industrie um so eher tragen, weil sie ja die Gesamtausgaben für Arbeitslohn, für Rohmaterial, für Arbeiterversicherung in den Warenpreisen wieder bezahlt erhält und meistenteils zuzüglich des Unternehmergewinns. Diese Ansicht ist früher auch offen von der Regierung vertreten worden, während insofern jetzt ein Rückschritt zu verzeichnen ist, als es in den Motiven zur Reichsversicherungsordnung umgekehrt so dargestellt wird, als zahlten die Unternehmer die Beiträge für die Arbeiter aus ihrer eigenen Tasche, und als gingen die Unternehmerbeiträge vom Kapitalgewinn ab. Daß das nicht der Fall ist, beweist die Entwickelung der deutschen Industrie, die durchaus nicht verarmt ist, sondern seit Bestehen der Arbeiterversicherung einen beispiellosen Aufschwung genommen hat. Der zweite Grundgedanke der bürgerlichen Parteien ist, daß vor allem die Landwirtschaft vor stärkerer Belastung bewahrt werden muß. Wir wissen ja, daß in der Regierung Agrarisch Trumpf ist; jede agrarische Unverschämtheit findet immer ein williges Ohr bei den Regierungen. (Sehr wahr!) Wie weit das geht und wie die Landarbeiter dabei behandelt werden, will ich Ihnen an zwei Paragraphen bei der Krankenversicherung einmal vorführen. So ist im § 186 die Bestimmung enthalten, daß der Arbeiter auf seinen Antrag von der Krankenversicherung befreit werden kann, wenn er den Nachweis führt, daß sein Prinzipal ausreichend für ihn sorgt. Dann aber hat man später eine Bestimmung im § 447 aufgenommen, daß bei Landarbeitern nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer den Antrag stellt. Also der Landarbeiter ist unmündig gemacht worden. Ich möchte den Landrat sehen, der den Mut hat, wenn irgend ein Kanitz, Schwerin oder ein anderer Großgrundbesitzer sagt, er sorgt ausreichend für seine Leute, das zu bestreiten. (Sehr wahr!)

Sehen wir uns einmal die Parteien an, so finden wir, daß die Konservativen für die agrarischen Forderungen eintreten, ebenso daß die Nationalliberalen für die Forderungen der Kapitalisten und der Berufsgenossenschaften

eintreten. Aber eine widerspruchsvolle Haltung bei den bisherigen Kommissionsberatungen nimmt das Zentrum ein. Das Zentrum hat noch niemals, solange wir große Gesetzvorlagen beraten, ein derartiges Bild der Zersplitterung geboten wie gerade hier. Da ist einmal der agrarische Flügel unter der Führung des Abgeordneten Herold, der bald vom Grafen Praschma oder bald von sonst einem Zentrumsagrarier in Verbindung mit den Konservativen, die „Sozialpolitik" des schwarz-blauen Blocks macht. Dann ist da der Zünftler Irl, der gemeinsam mit dem bekannten konservativen Tischlermeister Pauli operiert, weiter Hitze, der doch niemals soviel Angst an den Tag gelegt hat, wie gerade bei den gegenwärtigen Verhandlungen. Bei jeder Forderung, für die er früher eingetreten, verhält er sich gegenwärtig ablehnend, weshalb? Ja, er hat einmal dafür gestimmt, daß die Karenzfrist bei der Unfallversicherung auf 4 Wochen abgekürzt werden soll und darüber ist damals die ganze Vorlage gescheitert, und da fürchtet er, daß es jetzt wieder so gehen könnte. Ich habe ihn getröstet, daß er doch diese Furcht nicht zu haben braucht, denn es war doch damals der Freiherr von Stumm, der die Vorlage in die Brüche gehen ließ. Aber das nützt nichts, er hat die gleiche Furcht, als ob Stumm noch lebte. (Heiterkeit.) Endlich sind dann noch mehrere Arbeitersekretäre, die hin und wieder mit uns gehen. So ist das Zentrum oft in einer Vier- oder Fünfteilung, aber noch nie bei den zirka 300 Abstimmungen haben die Zentrumsmänner geschlossen gestimmt. Der Freisinn betätigt sich zum größten Teil als Vertreter ärztlicher Forderungen, sonst auch manchmal für Erweiterung der Rechte der Versicherten, aber im ganzen stehen wir mit unserer Auffassung allein da. Um sich die Vorlage in ihren Einzelheiten anzusehen, wäre mehr Zeit notwendig, als ich beanspruchen kann. Ich werde aber nicht gegen mein Versprechen sündigen, und werde darum bloß die bemerkenswertesten Abänderungen prüfen. Bekanntlich hat die Vorlage in ihrem ersten Teile die Schaffung von Versicherungsbehörden vorgesehen. Es sollten selbständige Versicherungsämter gegründet werden. Gegen die Schaffung dieser neuen Behörde wandten sich vorwiegend die Agrarier. Sie wollen unter allen Umständen, daß die Versicherungsbehörde ein Teil der unteren Verwaltungsbehörde sei, und daß der Landrat Herr im Hause auch des Versicherungsamtes werde, und deshalb hat man die drei Versicherungsämter aus der Vorlage herausgebrochen. An ihre Stelle kommt die untere Verwaltungsbehörde, wo eine eigene Abteilung für Arbeiterversicherung eingerichtet wird. Der Herr aber bleibt der Landrat. Insbesondere war das agrarische Zentrum dafür, als dessen Vorkämpfer wieder Herold auftrat, weil er unter allen Umständen dem Kreisausschuß und dessen Bevollmächtigten, dem Landrat, die ganze Arbeit der Versicherung überlassen will.

Zur Wahl der Arbeiterbeisitzer verlangten wir selbstverständlich direkte Wahlen. Die Gewerbegerichtswahlen zeigen, daß dies auch durchführbar ist. Es war also ein Stück Wahlrechtsfrage, aber auch hier trat das Zentrum gegen unsere Forderung auf, in der angeblichen Furcht, daß daran die ganze Vorlage scheitern könnte. Es wurden deshalb die direkten Wahlen beseitigt und das komplizierte Wahlsystem, das wir gegenwärtig haben, beibehalten. Beseitigt wurden die besonderen Versicherungsämter für die staatlichen Betriebe, sowie die Landesversicherungsämter, die auch gegenwärtig auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes gegründet werden können. Danach steht den Bundesstaaten das Recht zu, besondere Versicherungsämter zu gründen, und davon haben auch Gebrauch gemacht — Mecklenburg-Strelitz und Reuß ä. L. (Heiterkeit.) Da die Landesversicherungsämter nur zuständig sind für Berufsgenossenschaften, deren Wirkungskreis nicht über das Land hinausgeht, ist es selbst-

verständlich, daß die Landesversicherungsämter lediglich Bedeutung haben für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dieser kleinen Staaten.

Wir kommen nun zur praktischen Ausdehnung der Krankenversicherung: sie soll ausgedehnt werden auf Landarbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter usw. Diese Ausdehnung blieb bestehen. Es wurden aber alle erdenklichen Versuche gemacht, die Landarbeiter herauszubringen, so daß das Zentrum einmal einen Antrag stellte, daß man Betriebskassen einrichten soll, und zwar sollte das in der Landwirtschaft zugelassen werden, wo zehn Versicherte in Frage kommen, das heißt jedem Bauer sollte das Recht gegeben werden, seine Leute außerhalb der allgemeinen Versicherung zu lassen. Nun hat man zwar die Einkommensgrenze für die Betriebsbeamten auf 2500 Mk. erhöht, aber im allgemeinen ist da abgeschnitten worden, wo auch zum Schaden der Versicherung selbst die Bedürfnisfrage bejaht werden muß. Je höher das Durchschnittseinkommen der Versicherten ist, desto leistungsfähiger wird natürlich die Versicherung sein, weil ja gewöhnlich ein Prozentsatz des Arbeitsverdienstes als Versicherungsbeitrag genommen wird. Ueber 2500 Mk. wollte man aber nicht hinausgehen, nur erhöhte man die Arbeitsverdienstgrenze von 4 resp. 5 auf 5 resp. 6 Mk. Es wurde also der Tagesverdienst erhöht, den man als Versicherungsgrundlage annimmt.

Die Selbstverwaltung wollte die Vorlage dadurch beseitigen, daß an Stelle der Drittelung der Beiträge die Halbierung treten sollte. Das hat die Kommission abgelehnt, so daß es bei der jetzigen Beitragsverteilung bleibt, aber auf Antrag des Zentrums wurde insofern die Selbstverwaltung doch eingeschränkt, als der Vorsitzende sowohl die Mehrheit der Arbeiter als auch der Unternehmervertreter braucht, um gewählt zu sein.

Was nun die einzelnen Kassen anbelangt, so bleiben auch weiter die Ortskassen die Grundlage. Die Betriebskassen sind durch eine komplizierte Abstimmung in den grundlegenden Paragraphen abgelehnt, aber sie werden jedenfalls wieder hergestellt werden. Innungskassen und Ersatzkassen bleiben, wenn es auch den bisherigen freien Hilfskassen schwerer gemacht wird, ihre Existenz aufrecht zu erhalten.

In der Unfallversicherung ist eine geringe Ausdehnung insofern eingetreten, als an neuen Gewerben die Dekorateure, das Badepersonal und die Binnenschiffer hinzukommen und eine Ausdehnung im Handelsgewerbe dahin eintritt, als auch die bei der Bearbeitung der Ware Beteiligten einbezogen werden, also ein Teil der bisher nicht versicherten Handlungsgehilfen werden der Versicherung unterworfen. Aber man hat sich nicht entschließen können, die Unfallversicherung auf das ganze Handelsgewerbe auszudehnen, sowie auf das ganze Gast- und Schankgewerbe in dem Umfange wie die Krankenversicherung, sondern man hat das gegenwärtige Durcheinander von teilweisen Versicherungen aufrechterhalten.

In der Invalidenversicherung ist das Neue die Zusatzmarke. Ich könnte Ihnen darüber manches anführen, aber das geschieht besser einmal schriftlich, weil ja der Gebrauch von vielen Zahlen in einer Rede recht unangenehm empfunden wird und der Zuhörer meist nicht in der Lage ist, sich ein Bild zu machen. Mit welchen Mitteln will man nun die Witwen- und Waisenversicherung durchführen? Einmal soll die Beitragserstattung wegfallen und zweitens sollen die Beiträge in den einzelnen Klassen um 2, 4, 6, 8 und 10 Pf. erhöht werden. Dadurch werden ungefähr 50 Millionen Mark pro Jahr aufkommen. Dazu kommt der Reichszuschuß. Die Unzulänglichkeit der Witwen- und Waisenrente ist ja bereits auf dem Leipziger Parteitag nachgewiesen, und daran ist nichts geändert. Es heißt jetzt in der Presse, daß man die Witwen- und Waisenversicherung herausschälen und als ein besonderes Gesetz erlassen will. Was daran wahr ist, weiß ich nicht, in der Kommission ist diese Frage

bisher nicht erörtert, sondern hier sind die einzelnen Paragraphen der Reihe nach durchberaten worden, wie sie folgen, also gegenwärtig wird die Unfallversicherung behandelt. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß, wenn wir durch sind, die Witwen- und Waisenversorgung vielleicht zuerst in zweiter Lesung erledigt und dann ans Plenum gebracht wird. Einige kleine Vorteile haben wir durch unsere Tätigkeit erworben, so zum Beispiel ist die Bestimmung gestrichen, daß die kleinen Renten bis zu 20 Proz., die seinerzeit die Herren Schmedding und Genossen als Schnapsrenten bezeichneten, auf Zeit bewilligt werden können. Ferner haben wir gestern durchgesetzt, daß bei der Hinterbliebenenrente die unehelichen Kinder den ehelichen gleichgestellt werden. (Bravo!) Wenn also der Vater eines unehelichen Kindes durch Unfall getötet wird, ist die Berufsgenossenschaft verpflichtet, die Alimente zu zahlen, die sonst nur dem ehelichen Kind zugefallen wären. Kleine Vorteile lassen sich vielleicht in unseren langen Kämpfen durchsetzen, aber die eine Beobachtung habe ich gemacht: die Gegner sind jetzt engherziger als früher, sie fürchten jetzt immer die Belastung der Unternehmer und der Landwirtschaft, während früher, wo die Grundbesitzer von den Erhöhungen nicht getroffen wurden, leichter Vorteile errungen werden konnten.

Die Frage der Arbeiterversicherung wird nicht bloß in den nächsten Tagen, nicht bloß solange die Reichsversicherungsordnung in der Schwebe ist, Gegenstand unserer Agitation sein, sondern sie wird dauernd Gegenstand unserer Agitation sein müssen. (Sehr richtig!) Denn was bis jetzt errungen ist, reicht keineswegs an das heran, was die Arbeiter zu fordern haben. Die Arbeiter werden jederzeit ihre Forderung wiederholen müssen, und da sage ich, ist gerade die Frage der Arbeiterversicherung eine Frage, die studiert werden muß, weil wir sie bei der Agitation gebrauchen. Ich weiß zwar, daß es sehr viel Arbeiter und auch Agitatoren gibt, die da glauben, daß das Thema der Arbeiterversicherung ein sehr trockenes ist, ja, vielleicht hält mancher die gesamte Sozialpolitik für trocken. Aber wir dürfen uns dadurch nicht abschrecken lassen: denn es kommt nicht darauf an, daß ein Thema mit sensationellen Darstellungen, Appells an die Rührseligkeit usw. ausgeputzt wird, sondern uns kommt es nur darauf an, was der Arbeiter berechtigt ist zu fordern, und wir werden überall für die Rechte der Arbeiter eintreten. (Bravo!) Bei der Arbeiterversicherung befinden wir uns allerdings insofern im Nachteil, als alle anderen Fragen der Sozialpolitik von unseren großen Theoretikern theoretisch verarbeitet sind, aber die Arbeiterversicherung ist ein neues Element im wirtschaftlichen Kampf und konnte deshalb von den großen Theoretikern bisher nicht bearbeitet werden. Da heißt es einmal eingreifen. Wir müssen uns doch mit dem Gedanken befreunden, daß die kapitalistische Gesellschaft alle Hilfsmittel zunächst erschöpfen wird, bevor es zum Zusammenbruch kommt. Ein Teil der Hilfsmittel war seinerzeit der Arbeiterschutz. Der Normalarbeitstag, das Verbot bezw. die Einschränkung der Kinderarbeit usw., das waren Fragen, mit denen sich auch die liberale Gesetzgebung in England beschäftigt hat und die deshalb bei Marx ihre volle Würdigung finden konnten, die Arbeiterversicherung aber ist etwas neues. Wenn auch seinerzeit bei der Schutzgesetzgebung der Ausgangspunkt war die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter, und die Arbeiterversicherung ursprünglich nur zur Verminderung der Armenlasten beitragen sollte, so darf uns das doch nicht veranlassen, die Arbeiterversicherung als einen Gegenstand zu betrachten, der weniger Bedeutung hat, nein, genau so, wie die Arbeiterschutzforderungen proletarische Forderungen geworden sind, so haben wir auch auf diesem Gebiet dahin zu wirken, daß die proletarischen Forderungen von allen Arbeitern mit Nachdruck vertreten werden. Gewiß können unsere Theoretiker noch manches beackern, sie können die ganze Frage bearbeiten, aber Auf-

gabe des Praktikers und der politischen Kämpfer wird es sein, in diesem Sinne zu wirken. Man hat der Sozialdemokratie vielfach vorgeworfen: Ja, ihr habt bei den ersten Gesetzen nicht mitgemacht! Wer das behauptet, der lügt! (Sehr richtig!) Der erste, der im Deutschen Reichstag angeregt hat, die Arbeiterversicherung in Deutschland einzuführen, war unser Bebel (Sehr richtig!), der bereits im April 1878 die Schaffung eines großen Reichsversicherungsamtes verlangt hat. (Sehr richtig!) Gerade die sozialdemokratische Partei hat stets Initiativanträge in dieser Richtung gestellt und wenn man einmal untersucht, was der Reichstag in dieser Beziehung an positiver Arbeit geleistet hat, dann wird man finden, daß drei Viertel der von den Parteien gestellten und angenommenen Anträge auf die Sozialdemokratie entfallen. Also an positiver Arbeit haben wir es bisher nicht fehlen lassen. (Sehr wahr!) Wir werden das, was bisher erreicht ist, populär darzustellen haben, damit es eine Waffe im proletarischen Kampfe sein kann. Jedes Mittel, das dazu beiträgt, die Proletarier aufzuklären, sie selbständig auf dem Kampfplatz erscheinen zu lassen und ihre Forderungen zu propagieren, das fördert gleichzeitig die sozialdemokratische Bewegung, und so wird durch unsere Agitation auch die Versicherungsgesetzgebung mit eine Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats sein. (Lebhafter Beifall.)

Eine Debatte knüpft sich an das Referat nicht.

Den Vorsitz übernimmt Dietz.

Es folgen

Sonstige Anträge.

Es sind das die Anträge 14, 17, 69, 70, 71, 72, 73, 76, 85, 88, 99.

Hiervon werden genügend unterstützt die Anträge 14, 69, 71, 76, 85, 88, 99.

Zum Antrag 99 läuft ein Zusatzantrag ein:

„Den Parteiorganisationen wird empfohlen, den Trinkzwang bei Versammlungen und Sitzungen durch Vereinbarungen mit den Gastwirten abzulösen."

Ferner laufen die genügend unterstützten Anträge 104 und 105 ein.

Davidsohn-Berlin begründet den Antrag 14. Er basiert auf einem Antrage, der schon in Leipzig verhandelt wurde. Die Wiederaufnahme dieses Antrages resultiert zum Teil aus den Vorgängen in Baden. Da es den Anschein hatte, als ob gewissen Genossen die Beschlüsse des Parteitags nicht mehr imponieren, waren die Berliner der Meinung, daß eine Möglichkeit geschaffen werden muß, durch die dem Parteivorstand es möglich ist, eine Urabstimmung in die Wege zu leiten. Der Antrag ist nicht so stürmisch, wie der in Leipzig behandelte. Wir wissen ja, daß der Parteivorstand die stürmischen Anträge nicht liebt. (Ebert: Stürmische Anträge?, was sind das für Anträge?) Man kann nicht sagen, daß eine Urabstimmung unmöglich ist, da sie ja von der Partei für ganz Deutschland gefordert wird. Bebel hat neulich das Wort gesprochen, daß nicht die Konsuln wachen sollen bei uns, sondern die Parteigenossen. Die Parteitagsdelegierten sind ja auch kleine Konsuln oder Auguren. Es wäre gut, wenn wir gegen gewisse Beschlüsse dieser Konsuln dem Parteivorstand die Möglichkeit der Urabstimmung geben würden.

Ebert-Berlin: Der Antrag in Leipzig ist von der Kommission, die für die Abänderung des Organisationsstatuts eingesetzt war, sehr eingehend besprochen worden. Er hat allerdings gar keine Gegenliebe gefunden. Der Antrag verlangt, daß alle Parteitagsbeschlüsse auf Antrag von 40 Ortsvereinen einer Urabstimmung unterworfen werden können. Wir haben schon vergangenes Jahr geltend gemacht, daß der Antrag unmöglich ist. Er würde zur Folge haben, daß wichtige Parteitagsbeschlüsse, deren Durchführung sofort zu erfolgen

hat, auf Verlangen von einigen Ortsvereinen etwa ein Vierteljahr in Quarantäne gelegt werden könnten. Daß das für die Partei nicht förderlich ist, liegt auf der Hand. Wir müssen die Möglichkeit der raschen Handlung haben. Auch die Motivierung, daß nur dadurch die Meinung der Parteigenossen zum Ausdruck gebracht werden könnte, ist nicht richtig. Wir haben es ja auf diesem Parteitag gesehen, daß die Versammlungen zahlreich besucht waren und daß das lebhafteste Interesse sich zeigte. Die Meinungen der Parteigenossen wurden klar zum Ausdruck gebracht. Die Annahme des Antrages wäre ein Fehler, eine Erschwerung, darum bitten wir, ihn abzulehnen.

Der Antrag 14 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

John-Dresden begründet den Antrag 69. Er ist der praktischen Kleinarbeit entsprungen. Wir wollen die Existenz der Kolporteure sicherstellen. Wir gewinnen so auch neue Kräfte für die Kleinarbeit in der Partei. Es handelt sich dabei meist um alte Verdienste der Parteigenossen, die auch von ihren Frauen bei der Kolportage unterstützt werden. Vielfach haben wir, wenn die Kolporteure gestorben waren, die Frauen mit der Arbeit betraut. Das bewährte sich aber nicht, weil die Tätigkeit physisch zu schwer war. Für die Redakteure ist eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen, wir sollten sie daher auch für die Kolporteure in die Wege leiten.

Pfannkuch-Berlin: Wenn klar zum Ausdruck gebracht worden wäre, daß der Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen werden soll, so hätte ich kein Wort verloren. Es heißt aber in dem Antrage, daß der Parteivorstand dahin wirken soll usw. Ob das möglich ist, steht dahin. Die Tendenz des Antrages — das erkennen wir an — ist durchaus berechtigt. Soweit es möglich ist, wird die Sache gefördert werden. Es wird versucht werden, den Wünschen der Antragsteller gerecht zu werden. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag 69 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Henle-Bremen begründet den Antrag 71. Ich habe es übernommen, den Antrag zu empfehlen, obwohl ich damit nicht einverstanden bin. (Heiterkeit.) Die Antragsteller wollen, daß aus den einzelnen Orten und Geschäften die Vertreter gewählt werden, weil diese die verschiedenen Verhältnisse kennen. Die Konferenzen beschäftigen sich nicht allein mit kaufmännischen Sachen, sondern auch zum Beispiel mit den Ferienfragen. An diesen Fragen ist das Personal sehr stark interessiert. Man würde vielen Beschwerden vorbeugen, wenn man den Antrag annimmt.

Westmeyer-Stuttgart: Der Antrag ist durchaus berechtigt. Es werden weittragende Beschlüsse über die Löhne und die Arbeitsbedingungen in den Konferenzen gefaßt. Da sollte wenigstens das Personal gehört werden. Ich setze voraus, daß selbstverständlich die Vertretung des Personals in engster Fühlung mit dem Verbande stehen muß. Der zweite Antrag will nur eine Art Studienkommission. Er ist unbedenklich.

Schmidt-Hannover: Ich empfehle ebenfalls den Antrag. Wird er angenommen, dann hören die vielen Streitigkeiten auf. Warum sollen wir uns fortgesetzt mit dem Personal herumstreiten. Kommen wir seinen Wünschen nach.

Bérard-Hamburg: Der Antrag kann weder angenommen, noch abgelehnt werden. Ich empfehle, ihn dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Es sind genügend Instanzen da, Differenzen zu schlichten, die häufig zwischen dem Geschäftsführer und dem Personal vorkommen. Die Beschlüsse der Geschäftsführer-Konferenz bezüglich des Personals werden oft nicht ge-

halten und können nicht gehalten werden, weil die Verhältnisse zu verschieden sind. Ich wünsche, daß möglichst weitgehend die Wünsche des Personals erfüllt werden. In bezug auf § 616 gehen die Parteidruckereien auch schon sehr weit. Auch andere weitgehende Zugeständnisse sind vorhanden. Trotzdem ist das Personal nicht zufrieden. Es huldigt dem Grundsatze, daß Unzufriedenheit eine Tugend ist. (Heiterkeit.) Das ist richtig, weil sie eine Förderung der Kultur ist. Aber es gibt auch eine andere Tugend, das ist die Bescheidenheit. Es könnte nichts schaden, wenn manchmal die erste Tugend durch die Bescheidenheit gezügelt würde. Die Wünsche des Personals sind oft unerfüllbar. Natürlich glaubt jeder, daß seine Wünsche speziell berechtigt seien. Es ist nur fraglich, ob der andere Teil imstande ist, sie zu erfüllen. Das ist oft nicht der Fall. Das Personal glaubt, wir könnten alles machen, was es wünscht. Wir müssen doch aber mit den bürgerlichen Geschäften konkurrieren. Wir brauchen nicht die Minimalsätze des Tarifs zu geben, sondern die höchsten Sätze, aber weiter dürfen wir nicht gehen, sonst gefährden wir die Geschäfte. Künftig sollten auf derartigen Geschäftsführer-Konferenzen Angelegenheiten, die das Personal betreffen, nicht erörtert werden, weil die Beschlüsse nicht gehalten werden können. Ueberweisen Sie den Antrag dem Parteivorstand. (Beifall.)

Richard **Fischer**-Berlin: Gegen den Antrag, die Sache dem Parteivorstand zu überweisen, müßte ich mich eigentlich aus Liebe zum Parteivorstand wenden. (Heiterkeit.) Uns kann es ja nur angenehm sein, wenn der Parteivorstand auch das noch auf seinen Buckel nimmt. Ich meine aber, wir sollten den Antrag schon hier ablehnen, weil der Parteitag zur Entscheidung dieser Frage nicht die richtige Stelle ist. Wenn es sich darum handelte, daß zu allgemeinen Konferenzen, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Personals geregelt werden, auch Vertreter der Arbeiter zugezogen werden, so wäre es ja selbstverständlich, daß wir das tun müßten, wenn wir nicht unseren ganzen Anschauungen widersprechen wollten. Aber wie liegen die Dinge? Auf solchen Konferenzen werden nicht die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erörtert, dazu sind die Organisationen da, die Tarife ausarbeiten und diese müssen selbstverständlich ohne jede Einschränkung von jedem Parteigeschäft anerkannt werden. Es handelt sich vielmehr um Dinge, die über den Tarif hinausgehen, und ich frage, was können wir über den Tarif hinaus an Löhnen, Krankenunterstützung, Ferien hier beschließen? Das ist eine Frage der Leistungsfähigkeit der einzelnen Geschäfte. Wir können auf dem Parteitag nicht Bestimmungen treffen für Geschäfte, die gar keine Parteigeschäfte sind. Es gibt nur zwei Parteigeschäfte, eins in Hamburg und eins in Stuttgart, über die der Parteitag zu bestimmen hat. Im übrigen ist das, was der Antrag wünscht, auch bereits erfüllt. Der Parteivorstand hat an einzelne Geschäfte wiederholt den Wunsch gerichtet, daß, wenn Konferenzen stattfinden, in denen auch über die Angelegenheiten des Personals gesprochen wird, vorher dem Personal Gelegenheit gegeben ist, seine Wünsche nicht nur an die Geschäftsleitung, sondern auch durch diese an die Konferenz selbst zu stellen. Und mehr kann man auch nicht tun, zumal wir ja die einzelnen Geschäfte zur Teilnahme an solchen Konferenzen nicht zwingen können. (Rabenstein: Formalismus!) Nein, das ist kein Formalismus. Wenn der Parteitag beschließen wollte, Sie sollen Ihrem Schuster für Ihre Stiefel fünf Mark mehr bezahlen als jeder andere, so werden Sie auch sagen, das geht den Parteitag einen Pfifferling an, wo und wie teuer ich meine Stiefel kaufe. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ob irgendein Genosse, der zufällig Buchdrucker ist und für die Partei Arbeiten liefert, seinen Arbeitern 14 Tage Ferien und eine Alterspension zahlen kann, muß er selber entscheiden können. Warum will man

nur bei den Buchdruckereiarbeitern diese Vorschrift, warum nicht auch beispielsweise bei den Redakteuren? (Sehr gut!) Warum beschließt der Parteitag nicht ein Minimalgehalt für die Redakteure und Expedienten? Dazu haben diese eben ihre eigene Vereinigung, die Tarife aufstellt, genau wie andere Arbeiterorganisationen ihre Tarife haben. Natürlich ist jedes Parteigeschäft moralisch verpflichtet, nach Möglichkeit über diese Bestimmung der Tarife hinauszugehen. Der Streit mit dem Personal rührt bloß daher, daß das große Hamburger und das große Berliner Geschäft natürlich ganz andere Möglichkeit haben, in der Lohnfrage liberaler zu sein, als irgend ein Drucker eines kleinen Blättchens in Buxtehude. Nun sagt das Personal, was ich ihm auch gar nicht weiter übel nehme: was in Hamburg bewilligt werden kann, muß auch bei uns bewilligt werden, hier werden auch sozialdemokratische Blätter hergestellt. Um die Frage der Rentabilität, ob ebenso viele Druckaufträge da sind, kümmert man sich dabei nicht. (Sehr richtig!) Ich bitte aber auch noch aus einem anderen Grunde den Antrag rundweg abzulehnen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß der Buchdruckervorstand zum Beispiel für die ihm hier zugewiesene Rolle, soweit ich unterrichtet bin, höflichst dankt. Er sagt sich: ich habe mich nur zu kümmern um die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den deutschen Buchdruckereien und habe ein Interesse, möglichst viel für unsere Mitglieder bei der Tarifbewegung herauszuschlagen, aber ich werde mich hüten, mit sozialdemokratischen Geschäften Sondertarife abzuschließen. (Sehr richtig!) Das würde natürlich auf die gesamte Tarifgemeinschaft einwirken. Die Buchdrucker würden sagen, was der „Vorwärts"betrieb zahlt, können Mosse, Scherl, Ullstein, können die Zentrumsgeschäfte usw. auch zahlen, und das könnte für den Buchdruckerverband Kämpfe heraufbeschwören, bei denen er unter Umständen der Schwächere wäre. Andere Organisationen sind nicht so weitsichtig, um diesen Ausdruck zu gebrauchen. Die sagen sich: wir nehmen, was wir kriegen, ein Parteigeschäft steht unter moralischem Drucke, da können wir etwas für die Arbeiter herausholen. Es handelt sich hier aber gar nicht um Parteigeschäfte — wenn das der Fall wäre, würde ich das noch verstehen —, sondern um Geschäfte, wo auch Parteisachen gedruckt werden, und es kommen dabei zum Teil gar nicht Parteigenossen in Betracht. Wir können doch nur Beschlüsse fassen für Genossen, die sich der Parteidisziplin unterwerfen. Wir stehen auf dem Standpunkt: so wenig ein bürgerliches Geschäft das Recht hat, seine Arbeiter nach ihrer politischen Gesinnung zu fragen, so wenig kann ein sogenanntes sozialdemokratisches Geschäft vom Personal verlangen, daß die Arbeiter Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig!) Wir können nur die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit von den Arbeitern verlangen, und weiter, daß sie die Verpflichtungen, die aus dem Arbeitsvertrag resultieren, den Geschäften gegenüber erfüllen. Ob der Arbeiter ein Liberaler, ein Anarchist oder ein Zentrumsmann ist, geht die Druckerei gar nichts an. (Sehr richtig!) Auf diesen Standpunkt hat sich auch das Arbeitspersonal mit vollem Recht gestellt. Deshalb können wir einen solchen Beschluß nicht fassen. Ich erinnere an den Beschluß des Nürnberger Parteitages, wonach die in Parteigeschäften angestellten Arbeiter ihren Verdienst am 1. Mai abzuliefern haben. Ich habe diesen Beschluß, offen gestanden, nicht zur Ausführung gebracht, weil es unmöglich war, und kein Parteigeschäft hat ihn zur Ausführung gebracht, weil die Schriftsetzer mit vollem Recht sagten, es geht euch im Geschäft gar nichts an, was ich mit meinem Lohn am 1. Mai mache, ich bin hier nicht als Parteigenosse, sondern als Arbeiter. Die in Parteigeschäften beschäftigten Schriftsetzer haben damals durch ihre Spezialorganisation ein ausführliches Zirkular herausgehen lassen, worin sie mit einem wahren Vergnügen konstatierten, daß von der Durchführung dieses Beschlusses nicht die Rede sei, und

wo die Arbeiter mehr Parteigenossen als Arbeiter waren, wurden sie sogar noch gerüffelt, und es wurde dann mit einem gewissen Vergnügen konstatiert, daß der Rüffel Erfolg hatte und sie sich der Durchführung unseres Beschlusses widersetzten. Sie müssen also bei objektiver Beurteilung der Sachlage dahin kommen, sich zu sagen, wir haben als Parteitag nicht die Macht, diese Verhältnisse zu regeln, darum verzichten wir darauf, Beschlüsse zu fassen, die wir nicht durchführen können. (Bravo!)

Hildenbrand-Stuttgart: Wenn zur Begründung des Antrages angeführt wurde, daß dadurch Streitigkeiten vermieden würden, so würde das Gegenteil eintreten. Wenn Sie zur Geschäftsführer-Konferenz das Personal hinzuziehen, so würden selbstverständlich Auseinandersetzungen entstehen, die zu einem guten Ende nicht führen könnten, weil es doch außerordentlich schwer wäre, für ganz Deutschland mit seinen grundverschiedenen Verhältnissen einheitlich neue Gewährungen über den Tarif hinaus zu schaffen. Soweit ich unterrichtet bin, hat man auch im Deutschen Buchdruckerverband gar kein Interesse daran, die Schwierigkeiten zu erhöhen, die ohnedies schon vielfach vorhanden sind. Der Verband wahrt die Interessen aller seiner Mitglieder und er hat Mittel und Wege genug, um das eventuell auch den Parteigeschäften gegenüber zu tun. Eine besondere Organisation der Gehilfen in den Parteigeschäften braucht nicht auch noch von der Partei gefährdet zu werden. Lehnen Sie den Antrag ab, Sie brauchen wahrlich nicht zu befürchten, daß dadurch die Interessen der in den Parteigeschäften Angestellten irgendwie gefährdet werden.

Fischer-Hannover: Ich bin anderer Meinung als Hildenbrand. Wenn man dem Personal Gelegenheit gibt, über seine Beschwerden, und die bleiben auch in sozialdemokratischen Unternehmungen nicht immer aus, persönlich mit den Geschäftsführern zu verhandeln, so wird man dadurch manches vermeiden, was der Partei nicht nützlich ist und was dann in weiterer Parteiöffentlichkeit verhandelt werden muß. Die Buchdrucker wollen gar nicht bei den nächsten Geschäftsführerkonferenzen separat vertreten sein, sondern, daß das ganze Personal Berücksichtigung finde. Auf die Ausführungen Richard Fischers kann ich nicht eingehen, weil ich durch meine Tätigkeit in der Mandatsprüfungskommission nicht alles hören konnte —, wie sind wir dazu gekommen, daß das Personal eine solche Vertretung wünscht. Auf der Geschäftsführerkonferenz wurden wichtige Angelegenheiten des Personals verhandelt, zum Beispiel die Ferienfrage und die sozialpolitischen Einrichtungen in den Parteigeschäften. Das Personal hat ganz bestimmt ein gewaltiges Interesse daran. Es ist hier nicht immer so verfahren worden, wie das Personal gewünscht hat, und es wurde sogar in einzelnen Geschäften auf Forderungen des Personals erklärt, man könne sie nicht erfüllen, weil man sich auf der Konferenz gebunden habe. Das versteht man in weiteren Kreisen nicht. Bei den Buchdruckern hat es Befremden hervorgerufen, daß Unstimmigkeiten in den Parteigeschäften vorkommen, und wenn wir eine Instanz hätten für diese Angelegenheiten, dann würden die Dinge im Interesse der Partei bessere Erledigung finden. Vom Gauvorstand der Provinz Hannover wird mir folgendes geschrieben, das ich zur Kenntnis des Parteitages bringen soll: Seit November vorigen Jahres werden vom „Vorwärts", es ist wohl das Geschäft, nicht das Blatt gemeint, Matern des Reichstages an die Druckereien der Parteiblätter mit frühem Redaktionsschluß versendet, damit sie noch in der Lage sind, ohne eigene Stereotypie den Reichstagsbericht zu bringen. Dadurch werden viele Arbeitskräfte überflüssig gemacht (Widerspruch), und dies in einer Zeit, wo ohnehin gewaltige technische Revolutionen Opfer fordern. Im Jahre 1896 hatten wir 12,38 Mk. pro Kopf und Jahr für Arbeitslosenunterstützung zu zahlen; damals

waren 12 Setzmaschinen aufgestellt. 1910, wo 4000 Setzmaschinen arbeiteten, hatten wir an Arbeitslosenunterstützung pro Kopf und Jahr 21 Mk. auszugeben, oder in Summa 1 218 000 Mark.

In einigen Parteidruckereien wird ein Verfahren eingeschlagen, das Befremden erregen muß. Es werden mit bürgerlichen Zeitungen Matern ausgetauscht (Zurufe: Ach, das sind doch bloß Inserate!), meistenteils mit Zeitungen, die die Partei in der schärfsten Weise bekämpfen. Man hört, daß die Bekämpfung der bürgerlichen Presse nur bis zum Redaktionsstrich geht (Lachen) und darunter eben das Geschäft kommt, eine gewisse Harmonie auch mit den bürgerlichen Zeitungen. (Gelächter.) Wir sind der Meinung, daß das die Partei schädigt (Widerspruch und Lachen); wenn man die bürgerliche Presse bekämpft, darf man sich durch einige Goldstücke nicht verleiten lassen, eine Harmonie zu pflegen. Der Parteivorstand ist ganz gewiß imstande, einen Druck auf die Geschäfte auszuüben, damit das nicht mehr geschieht. (Zuruf: Ganz ausgeschlossen! Unsinn!) Wenn Sie die Sache objektiv prüfen (Zurufe: Nein! nein!), dann müssen Sie die Berechtigung des Antrages anerkennen. (Widerspruch.)

Der Antrag 71 wird dem **Parteivorstand** zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen die gemeinsam in Verhandlung gezogenen Anträge 76 und 85.

Haenisch-Dortmund: Ich will Sie nicht mit einer Rede über Bibliothekswesen langweilen. Es liegt im Bibliothekswesen vieles noch sehr im Argen, und insbesondere die Zersplitterung richtet, namentlich in kleineren Orten, argen Schaden an. Deshalb hat eine Konferenz der besonders im Bibliothekswesen tätigen Genossen dem Leipziger Parteitag einen Antrag vorgelegt, der auch angenommen wurde. Aber wir vermissen einen Bericht des Parteivorstandes, was er in diesem Sinne getan hat. Infolgedessen haben wir den Antrag noch einmal eingebracht, und wenn er wieder angenommen wird, so hoffen wir, daß er mehr Berücksichtigung beim Parteivorstand findet. Ich darf mitteilen, daß der Bildungsausschuß mit dem Antrag einverstanden ist und sich gern des Bibliothekswesens annehmen wird. Ich ersuche um Annahme des Antrags. (Bravo!)

Heinrich Schulz-Berlin: Gegen die Tendenz beider Anträge hat wohl niemand etwas einzuwenden. Der Antrag Haenisch verlangt zunächst, daß wir die Bibliothek als wichtiges Bildungsmittel betrachten sollen. Das ist selbstverständlich. Er verlangt ferner, daß den Bibliotheken vom Bildungsausschuß nach wie vor Aufmerksamkeit zugewendet wird. Das tut der Bildungsausschuß auch; wir werden demnächst einen Plan zu weiterer Systematisierung des Bibliothekswesens ausarbeiten. (Bravo!) Das einzige, was in dem Antrag nicht selbstverständlich ist, ist der letzte Satz. Der Parteivorstand, die Generalkommission und der Bildungsausschuß haben sich mit dem vom Leipziger Parteitag angenommenen Antrag über eine Bibliothekskonferenz gemeinsam beschäftigt und den Antrag dem Bildungsausschuß überwiesen. Dieser hat erklärt, daß er sich an einer neuerlichen Bibliothekskonferenz gern beteiligen wolle, daß er aber vorläufig noch keinen Anlaß habe, selbst eine solche einzuberufen. Halten Sie eine solche Konferenz für nützlich und notwendig, so wird sich der Bildungsausschuß gewiß gern noch einmal mit dem Plane beschäftigen. Ich bitte, den Antrag dem Bildungsausschuß zu überweisen.

Beide Anträge werden dem Bildungsausschusse überwiesen.

Zur Verhandlung gelangen die Anträge 88 und 99, begründet von

Wurm-Berlin: Es ist keine leere Formalität, wenn wir uns noch mit dem Leipziger Schnapsboykottbeschluß befassen wollen. Wenn der Schnaps-

verbrauch auch zurückgegangen ist, so haben wir immer wieder darauf hinzuweisen, wie dringend notwendig im Interesse der Partei, wie der Gesundung der Arbeiterklasse seine strenge Durchführung ist. Ich unterschreibe jene Veröffentlichung des Parteivorstandes, daß nicht eine Schnapsriecherei und -Schnüffelei getrieben werden soll. Wir haben die Massen aufzuklären und werden die soziale Gesundung der Klassen dann auch erreichen, weit mehr als durch etwaige, leicht ins Gehässige umschlagende Denunziationen in Versammlungen oder gar in der Presse. (Sehr richtig!) Es ist andererseits selbstverständlich, daß im Vordergrund stehende Personen nicht ein schlechtes Beispiel geben sollen, und daß die Organisationen dafür sorgen müssen, daß bei ihren Festen nicht zum Alkoholkonsum angereizt werde. Der „Abstinente Arbeiter" berichtet, daß auf einem Organisationsfeste eine Schnapsbude aufgestellt war (Hört! hört!), allerdings nicht von der Organisation aus, sondern weil der Wirt diese Bedingung gestellt hatte für die Hergabe des Lokals. (Hört! hört!) Wir sind verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß solche Vereinbarungen nicht abgeschlossen werden dürfen (Zustimmung) — es ist selbstverständlich, daß wir bei der Durchführung des Schnapsboykotts natürlich damit rechnen, daß die Wirte nicht mehr soviel Absatz bei unseren Genossen finden, wie vorher. Wir müssen eine Entschädigung dafür geben dadurch, daß wir für die Stellung des Lokals, des Lichtes usw. eine Miete zahlen. Ich habe schon in Lübeck vorgeschlagen, daß wir den Wirten statt der indirekten Steuer durch das, was verzehrt wird, lieber eine direkte Steuer für die Benützung zahlen. (Zustimmung.)

Da auch für die Gewerkschaftshäuser der Konsumrückgang in Betracht kommt, hat sich eine Konferenz, die die Generalkommission einberufen hatte, auch mit dieser Frage beschäftigt und es ist darüber im „Korrespondenzblatt" Nr. 29 berichtet. Der Beschluß 3 in der Konferenz lautet: Es ist anzustreben, daß für die Benützung der Säle eine bare Miete gezahlt wird und die indirekte Entschädigung durch Verzehrung von Getränken fortfallen möge. Wo die Erhebung von Mieten nicht möglich ist, sind direkte Beiträge von Partei und Gewerkschaft für die Erhaltung der Gewerkschaftshäuser zu verlangen. — Durch unseren Antrag wird dieser Vorschlag bestätigt. Wir müssen unsere Häuser auf direkte Unterstützung stellen, ebenso sind wir verpflichtet, den Wirten eine Entschädigung zu geben, wenn der Alkoholverbrauch zurückgeht, eben damit er zurückgeht. (Sehr richtig.) Es wird dann auch dieser Animierzustand aufhören, daß die Kellner sich durch die Versammlungen drängen. In den Jugendheimen haben das die Jugendausschüsse schon durchgeführt. Tun wir es auch! (Bravo.)

Ich empfehle deshalb, den Antrag anzunehmen, damit wir den Leipziger Beschluß bekräftigen und zeigen, daß die Partei gewillt ist, mit allen Mitteln den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. (Bravo.)

Hierauf werden die Anträge 88 und 99 mit dem Zusatzantrag angenommen.

Den Antrag 104 begründet

Wurm. Es ist unmöglich, wissenschaftliche Referate beim Anhören so zu erfassen, wie es notwendig wäre, um eine richtige Debatte herbeizuführen, Referate, die eine Stunde und länger dauern und die oft eine Fülle neuer Tatsachen bringen, über die wir dann hier diskutieren sollen, ohne daß wir eine andere Unterlage haben, als höchstens die Resolutionen, die ja auch oft gar zu spät in unsere Hände gelangen. Was wir beantragen, ist bereits auf allen wissenschaftlichen Kongressen üblich und ist auch bei uns schon eingeführt, soweit der Bericht der Reichstagsfraktion in Frage kommt. Wenn wir die Referate vier Wochen vorher gedruckt vor uns haben und uns zu Hause darüber

informieren können, dann werden die Debatten einen weit ersprießlicheren Verlauf nehmen können. Selbstverständlich ist es vielfach schwer zu erreichen, daß die Referate rechtzeitig fertiggestellt werden, und deshalb können wir nicht beschließen, es muß so sein, sondern mein Antrag geht nur dahin, daß der Parteivorstand ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß die Referate vier Wochen vorher gedruckt in den Händen der Delegierten sind.

Heinrich Schulz-Berlin: Der Antrag ist zweifellos gut gemeint, ich habe auch nichts gegen seine Ueberweisung an den Parteivorstand, aber wir dürfen nicht verkennen, daß das von Wurm vorgeschlagene Verfahren auch seine Schattenseiten hat. Es wird nicht jedem Referenten möglich sein, sein Referat schon so lange vorher fertigzustellen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß die Unmittelbarkeit der Verhandlungen darunter leidet, der Referent wird dann doch wieder, wie es auch beim parlamentarischen Bericht geschieht, auf dem Parteitage selbst eine mündliche Einleitung geben müssen. (Wurm: Sehr richtig!) Der Antrag ist, glaube ich, dem Wunsche entsprungen, daß man über die grundlegenden Anschauungen der Referenten vorher unterrichtet wird. Das halte ich allerdings auch für einen Mißstand, daß wir die ausführlichen und wohlüberlegten Resolutionen gewöhnlich erst auf den Parteitagen erhalten, die Referenten könnten doch ihre Gedanken lange vor dem Parteitage in Form von Leitsätzen veröffentlichen. Genossin Zetkin und ich haben vor Jahren auf diesem Gebiet einen Versuch gemacht, wir haben unsere Leitsätze über die Volkserziehung im Jahre 1906 schon viele Wochen vor dem Parteitage publiziert, aber leider hat dieser Versuch keine Nachahmung gefunden. Wenn der Parteivorstand dahin wirkt, daß die Referenten ihre Resolutionen vorher veröffentlichen, dann halte ich das für sehr nützlich. Ich beantrage deshalb Ueberweisung des Antrags an den Parteivorstand.

Der Antrag 104 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Heinrich Schulz-Berlin begründet die Resolution 105. Der Bildungsausschuß für Lichtenberg bei Berlin hatte einen Vortragskursus angemeldet über das Thema: „Die Entstehung der Erde". Dieser Vortragskursus durfte nach einer Verfügung der Regierung in Potsdam nicht abgehalten werden, weil angeblich der vorgesehene Redner keine Erlaubnis zum Erteilen von Unterricht habe. Nun handelte es sich aber gar nicht um Unterricht, sondern um einen Vortragskursus; weil an einem Abend das Thema nicht erschöpft werden konnte, sollten 4 Vorträge stattfinden. Trotzdem wurde eine alte überlebte Kabinettsverfügung aus dem Jahre 1834 in Anwendung gebracht. Der Redner hat sich sofort beschwert und darauf die Nachricht bekommen, daß die Beschwerde an den Kultusminister weitergegeben ist. Da gilt also wieder einmal das alte Sprichwort: man hat den Teufel bei Beelzebub verklagt. Die Lichtenberger Genossen haben nun die Sache so eingerichtet, daß selbst nach den rückständigsten Ansichten kein Grund zum Einschreiten vorliegen konnte. Es ist kein Vortragskursus veranstaltet worden, sondern die Lichtenberger Genossen haben eine öffentliche Versammlung einberufen mit dem Thema: Wissenschaftlicher Vortrag über die Entwicklung des Planetensystems. Als nun vorgestern Abend der Redner kaum begonnen hatte, erschien im Saale ein Leutnant (Zuruf: Mit 10 Mann! Heiterkeit), nein, nur mit einem Mann, da es sich nur um die Jungen handelte, nicht um die Alten im Reichstage. Der Leutnant erklärte: „Ich komme im Namen der Staatsregierung in Potsdam und fordere Sie auf, den naturwissenschaftlichen Vortragskursus zu unterlassen." — Damit verlangte er etwas, was gar nicht erfüllt werden konnte, denn es handelte sich ja nicht um einen Kursus. Der Redner fügte sich aber der Anordnung der bewaffneten Macht und packte sein

Manuskript zusammen. Während er noch dabei war, rief der Leutnant dem Wachtmeister zu: „Führen Sie den Mann ab!" (Pfuirufe.) Der Wachtmeister befolgte den Befehl, obgleich der Referent erklärte, er ginge mit zur Wache. Der Wachtmeister faßte ihn mehrfach an den Arm, und auch ein zweiter Mann wurde mitgenommen, der über die Behandlung des Redners Bemerkungen machte. Die zwei Leute wurden nun von zwei mit Browningpistolen bewaffneten Schutzleuten nach der Wache durch die Straßen eskortiert. Dort wurden sie bis 11 Uhr abends festgehalten. (Erneute Pfuirufe.) Als sie sich miteinander unterhielten, wurde ihnen zugerufen, sie müßten ruhig sein, sonst kämen sie in die Arrestzelle. (Wiederholte Pfuirufe.) Dieses Aufgebot, diese Verstöße gegen die klaren Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, alles das wird nur gemacht, weil der Jugendausschuß das Bedürfnis hatte, die Jugend aufzuklären über die Geschichte der Erde und des Planetensystems. Die Behörden müssen eine schnurrige Angst davor haben, daß die Jugend erfährt, wie es auf der Erde aussieht. (Heiterkeit.) Es wird Beschwerde erhoben und der Klageweg wird bis zum äußersten beschritten werden. Vorgestern sind die Dinge passiert. Es ist zu befürchten, daß dieses Vorgehen der Behörden gegen die Jugendorganisation nicht vereinzelt bleiben wird. Der Parteitag hat auf diese Brüskierung der proletarischen Jugendbewegung seine Antwort zu geben. Stärken Sie unserer proletarischen Jugendbewegung den Rücken in ihrem Kampfe gegen die Polizei, indem Sie unsere Resolution annehmen. Wir freuen uns, daß unsere Jugendbewegung einen solchen Aufschwung nimmt, daß sie in den wenigen Jahren so glänzende Fortschritte gemacht hat. Das Vorgehen der Polizei wird schließlich auch nur dazu beitragen, unsere Jugendbewegung vorwärts zu treiben. Die Partei erwartet von der Jugend, daß sie ungeachtet der polizeilichen Schikanierungen ihr reges Bildungsbedürfnis weiter bekundet, und daß sie die von der Schule des Klassenstaates ihr vorenthaltene Bildung sich nach wie vor aus eigener Kraft anzueignen sucht. (Lebhafter Beifall.)

Litfin-Berlin: Ich möchte die Resolution unterstützen. Aber nicht nur in Lichtenberg kommen solche Dinge vor. Als Vorsitzender einer Wirte-Organisation kann ich sagen, daß in ganz Preußen, überall wo Jugendorganisationen Veranstaltungen treffen wollen und bei unseren Kollegen tagen, das gleiche Vorgehen beliebt wird. Aus diesem Grunde möchte ich wünschen, daß in der Resolution nicht nur der Ort Lichtenberg genannt wird, sondern daß sie sich gegen das Vorgehen der Behörden in ganz Preußen und in den anderen Staaten richtet. Die Behörden in Preußen werden auf Grund der Bestimmungen, die sie im Lichtenberger Fall anwendeten, gegen die Organisationen der Arbeiter überhaupt vorgehen. Man hat die Verordnung benutzt, um darauf hinzuweisen, daß in einzelnen Regierungsbezirken diese Bestimmungen gegen die Veranstaltungen an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage angewendet werden können. Das ist gegen das Vereinsgesetz. Die Reichstagsfraktion sollte sich der Sache annehmen.

Katzenstein-Berlin: Der Fall ist der Ausdruck eines wohlüberlegten Systems. Ich erinnere Sie an den Fall, der sich vor einigen Jahren noch nicht so schroff in Potsdam abgespielt hat, an die Praxis, die gegenüber den Arbeiterturnvereinen geübt wird. Die polizeiliche Willkür weicht selbst vor den Entscheidungen des Reichsgerichts nicht zurück. Das Reichsgericht hat entschieden, daß die Verordnungen von 1819 und 1834 auf die nicht mehr schulpflichtige Jugend nicht anzuwenden sind. Trotzdem geht die Polizei weiter willkürlich vor. Wir haben Aehnliches auch bei den Volksbühnen.

In Charlottenburg ist jetzt gar dem Bildungsausschuß die Aufführung der „Jugend" von Halbe verboten worden (Hört! hört!), die seit 20 Jahren tausendmal unangefochten in Berlin gespielt worden ist. Das gleiche Ver-

fahren wie in Potsdam und Lichtenberg scheint die Polizei nun auch gegenüber der Berliner Arbeiterbildungsschule, der Schöpfung Wilhelm Liebknechts, die seit 1892 unangefochten besteht, anwenden zu wollen. Sie hat niemals die schulpflichtige Jugend in ihren Bereich gezogen, trotzdem wurde kürzlich an die Lehrer die Anfrage gerichtet, ob sie die behördliche Genehmigung zur Unterrichtserteilung haben. In Preußen ist ja die Schulverwaltung und der Kultusminister vollkommen absolutistisch. Er kann sogar Haftstrafen verhängen, ohne daß ein Rechtsweg gegeben ist, wie das im Falle des Dr. Bruno Wille geschehen ist. Gegenüber dieser planmäßigen Bekämpfung unserer Volksbildungsbestrebungen steht die planmäßige Förderung der Volksverblödung, wie sie durch Militärspiele, patriotische Aufführungen u. a. betrieben wird. Dem müssen wir auch planmäßigen Widerstand entgegensetzen. Ja, wir müssen zu planmäßigem Angriff vorgehen. Was die paar Millionen Polen gekonnt haben, müssen auch die Sozialdemokraten fertig bringen. Der Religionsunterricht, der heute nur noch die Aufgabe hat, die Kinder zum Leben untauglich zu machen (Sehr richtig!), wird den Eltern, die nicht mehr auf dem Boden der Kirche stehen, aufgezwungen. Da ist es für uns notwendig, ernsthaft den Gegenschlag zu erörtern, den wir führen können durch den Boykott des Religionsunterrichts. Wir müssen vom bloßen Widerstand zum Angriff übergehen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wurde die Resolution angenommen.

Es folgt der Bericht der

Beschwerdekommission.

Berichterstatter **Brecour-Kiel**: Der Beschwerdekommission haben sechs Sachen vorgelegen. Darunter 4 Beschwerden gegen die Resultate von Ausschlußverfahren. Ein Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei, und die Angelegenheit Geck-Süßkind, die der Beschwerdekommission direkt vom Parteitag überwiesen worden ist.

Alfred Schröder, Britz bei Berlin, ist durch Beschluß eines Schiedsgerichts aus der Partei ausgeschlossen worden auf Grund des Nürnberger Parteibeschlusses, der u. a die Zugehörigkeit zum Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband mit den Parteigrundsätzen im Widerspruch stehend erklärt. Der Ausschluß erfolgte, weil Schröder sich weigerte, die Mitgliedschaft in diesem Verband aufzugeben, auch nicht freiwillig aus der Partei austreten wollte, sondern die Entscheidung der Partei verlangte. Die Kontrollkommission hat die Berufung Schröders gegen das Schiedsgerichtsurteil verworfen. Er hat jetzt Beschwerde an den Parteitag eingelegt, um einen Beschluß des Parteitages zu provozieren. Schröder vertritt in seiner Beschwerdeschrift die Ansicht, daß die Nürnberger Resolution keine zwingende Wirkung habe, sondern nur als Willenskundgebung der Partei anzusehen sei. Der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband bezwecke auch nicht in bewußter Weise eine Schädigung der Partei. Der Ausschluß sei deshalb formell unzulässig und materiell nicht begründet. Nun läßt aber der Nürnberger Parteitagsbeschluß gar keine andere Deutung zu, als sie vom Schiedsgericht und der Kontrollkommission gegeben worden ist. Am Schluß der Resolution heißt es nämlich wörtlich: Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen, sowie in dem allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbande und Lokalgewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind, ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

Die Beschwerdekommission ist einstimmig der Meinung, daß der Ausschluß auf Grund des Beschlusses des Nürnberger Parteitages zu recht erfolgt ist und beantragt, die Beschwerde abzuweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Berichterstatter Brecour: Gegen den Genossen Grunert-Naumburg war von dem sozialdemokratischen Verein in Naumburg eine Untersuchung eingeleitet und zu diesem Zwecke eine Untersuchungskommission eingesetzt worden, die sich irrtümlicherweise als Schiedsgericht konstituierte und den Ausschluß des Genossen Grunert beschloß, weil er angeblich den Bierboykott durchbrochen habe, gegen einen anderen Genossen tätlich geworden sei und gegen die Wahl eines anderen Genossen im Konsumverein agitiert haben soll. Dieser Beschluß mußte aufgehoben werden, weil die Untersuchungskommission nicht als Schiedsgericht anzusehen war. Es ist dann ein ordentliches Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet worden. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß Grunerts abgelehnt, ihm aber wegen des tätlichen Angriffs auf einen Parteigenossen eine Rüge und wegen wiederholten Boykottbruchs eine scharfe Rüge erteilt. Die abfälligen Bemerkungen Grunerts über die Jugendbewegung wurden als Taktlosigkeit ernst gemißbilligt, und wegen der fortgesetzten Opposition gegen die örtliche Parteileitung wurde Grunert die schärfste Rüge erteilt. Wegen Opposition Grunerts gegen die Wahl eines Genossen in den Aufsichtsrat des Naumburger Konsumvereins wurde Grunert ein Tadel ausgesprochen. Gegen diesen Beschluß des Schiedsgericht hat der sozialdemokratische Verein in Naumburg Beschwerde an den Parteitag eingelegt und den Ausschluß Grunerts aus der Partei beantragt. Die Beschwerdekommission ist der Meinung, daß auf Grund der Aktenlage bis zur Einlegung der Beschwerde des Vorstandes der Beschluß des Schiedsgerichts, der den Ausschluß aus der Partei ablehnt, als gerechtfertigt anzusehen ist. Sie beantragt, der Parteitag möge die Beschwerde des sozialdemokratischen Vereins in Naumburg ablehnen.

Inzwischen sind aber neue Tatsachen über das Verhalten Grunerts mitgeteilt worden, die, wenn sie als wahr bewiesen würden, nach Ansicht der Beschwerdekommission den Ausschluß Grunerts eventuell rechtfertigen; da die Beschwerdekommission jedoch nicht imstande ist, es auch nicht ihre Aufgabe ist, in ein neues Beweisverfahren einzutreten, empfiehlt sie, der Parteitag möge dem sozialdemokratischen Verein in Naumburg anheimstellen, ein neues Schiedsgerichtsverfahren gegen Grunert einzuleiten.

Leopold (Zeitz): Es würde zu weit führen, wenn ich Ihnen das ganze Material, das gegen Grunert vorliegt, vortragen wollte. Wir sind der Ansicht, daß das Schiedsgericht die Sache nicht so verhandelt hat, wie es sich gehörte. Es sind eine Anzahl Zeugen, die bewiesen, daß Grunert lange aus der Partei ausgeschlossen werden mußte, nicht vernommen worden. Das Schiedsgericht ist mit 4 gegen 3 Stimmen zu seiner Entscheidung gekommen, und ich weiß, daß heute ein Teil der Schiedsrichter, die damals für Grunert gewesen sind, ohne weiteres anerkennen, daß er aus der Partei heraus muß. Wenn der Parteitag heute nicht den Ausschluß selbst vollziehen will, so bleibt nichts übrig, als daß ein neues Verfahren eingeleitet wird.

Der Antrag der Kommission, die Beschwerde des sozialdemokratischen Vereins in Naumburg abzulehnen, dem Verein aber anheimzustellen, wegen der bekanntgewordenen neuen Tatsachen gegen Grunert ein neues Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten, wird hierauf angenommen.

Berichterstatter Brecour: Paul Fiedler-Berlin VI ist durch einen Schiedsgerichtsspruch aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht haben soll. Diese ehrlosen Handlungen bestehen darin, daß Fiedler ein parteigenössisches Mitglied der freireligiösen Gemeinde Berlin des Betruges und der Unterschlagung beschuldigt hat. Die Anschuldigungen haben sich als unwahr erwiesen. Außerdem hat Fiedler die freireligiöse Gemeinde beim Registerrichter wegen angeblich falscher Eintragung denunziert

und in einer anarcho-sozialistischen Versammlung die Institutionen der Partei verächtlich gemacht. In seinen Verteidigungs- und Beschwerdeschriften hat Fiedler noch weiter vielfache Beleidigungen gegen Parteigenossen erhoben und die Partei herabgesetzt und verächtlich gemacht. Die Beschwerdekommission ist einstimmig der Meinung, daß das Ausschlußurteil des Schiedsgerichts gerechtfertigt ist. Fiedler hat der Kommission den Wunsch übermittelt, persönlich vernommen zu werden. Die Kommission konnte jedoch in ein einseitiges Beweisverfahren nicht eintreten. Eine noch zum Schluß der Kommission zugegangene Beschwerde Fiedlers moniert, daß der Berichterstatter der Kontrollkommission auf dem diesjährigen Parteitage angeblich unrichtig berichtet habe, daß der Ausschluß auch erfolgt sei, weil er in gegnerischen Blättern die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht habe. Nach dem Bericht der Presse über die Parteitagsverhandlungen konnte Fiedler zu dieser Ansicht kommen. Tatsächlich hat aber der Berichterstatter der Kontrollkommission, Genosse Kaden, die Behauptung, Fiedler habe in gegnerischen Blättern die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht, nur als einen Teil der Anklage angeführt. Die Beschwerdekommission beantragt, der Parteitag möge die Beschwerde Fiedlers ablehnen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Berichterstatter **Brecour**: Gegen den Genossen Michael Volz-Oppenau ist ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil er sich gegen die Parteiinteressen vergangen haben sollte. Der Ausschlußantrag war das Resultat lokaler Streitereien, die zum Teil ihren Ursprung darin hatten, daß Volz, der Gastwirt ist, ein ihm zur Aufbewahrung übergebenes Fahrrad gestohlen worden war und bei seinen Bemühungen zur Ermittelung des Täters als solcher ein Vereinsmitglied entdeckt und bestraft wurde. Weiter wurde gegen Volz der Vorwurf erhoben, daß er bei Verhandlungen mit Gegnern über die Aufstellung von Kandidaten zu den Gemeindewahlen das Parteiinteresse nicht genügend wahrgenommen habe. Der Gauvorstand — die Sache ist also schon nach dem neuen Organisationsstatut erledigt worden — hatte den Ausschluß abgelehnt und Volz nur eine Rüge erteilt und ihn für unfähig erklärt, bis zum 1. Juli 1912 ein Ehrenamt in der Partei zu bekleiden. Das Schiedsgericht hat auf Ausschluß entschieden. Die Kommission ist einstimmig der Meinung, daß der Ausschluß zu Unrecht erfolgt ist, weil weder eine ehrlose Handlung noch ein grober Verstoß gegen die Grundsätze der Partei vorliegt. Die Beschwerdekommission ist dagegen der Meinung, daß die vom Gauvorstand ausgesprochene Rüge und Unfähigkeitserklärung zur Bekleidung von Ehrenämtern in der Partei bis zum 1. Juli 1912 berechtigt und genügend war. Die Beschwerdekommission beantragt die Aufhebung des Beschlusses des Schiedsgerichts auf Ausschluß aus der Partei.

Der Parteitag stimmt dem Antrag der Beschwerdekommission zu.

Berichterstatter **Brecour**: Der auf dem Parteitag zu Leipzig aus der Partei ausgeschlossene Maler Alfred Gottschling beantragt in einem Schreiben an den Parteitag seine Wiederaufnahme in die Partei. Der Antrag gehört nicht zur Kompetenz der Beschwerdekommission, da nach § 28 des Organisationsstatuts ein Antrag auf Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Genossen nur an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnorts des Ausgeschlossenen zu richten ist. Vor der Entscheidung ist nach § 28 die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, zu hören. — Damit erledigt sich dieser Antrag.

Die der Beschwerdekommission überwiesene Sache Geck-Süßkind hat zu dem Resultat geführt, den Parteitag im Einverständnis beider Beteiligten folgende Erklärung zu unterbreiten:

„In der Beschwerde Geck-Süßkind haben die Verhandlungen der Beschwerdekommission ergeben, daß die Behauptung Süßkinds, Geck habe seine Stellung in der Kontrollkommission ausgenutzt, um die badische Partei zu schädigen, unrichtig ist, daß Süßkind jedoch bei der Behauptung im guten Glauben gehandelt hat."

Damit ist der *Bericht der Beschwerdekommission erledigt.*

Die Anträge 1, 2, 78 und 79 werden dem *Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.*

Vorsitzender Dietz: Wir hätten nun noch den Ort für den nächsten Parteitag zu bestimmen. Bisher war es Gepflogenheit, daß jeder Parteitag beschloß, wo der nächste Parteitag abgehalten wird. Wir leben aber heute unter außergewöhnlichen Verhältnissen. Es steht zu erwarten, daß im nächsten Jahre ein außerordentlicher Parteitag stattfinden muß, und deshalb sollten wir es diesmal dem Parteivorstand überlassen, den Parteitag nach dem Orte einzuberufen, der für die Delegierten aus allen deutschen Gauen am günstigsten liegt. (Allseitige Zustimmung.) — Da ein Widerspruch aus der Mitte des Parteitages nicht erfolgt, konstatiere ich, daß die Festsetzung des Ortes für den nächsten Parteitag dem Parteivorstand ausnahmsweise überlassen worden ist.

An den Beratungen des Parteitages haben teilgenommen, abgesehen von den Gästen, 396 Genossen und Genossinnen. Davon waren 318 männliche und 22 weibliche Delegierte, 35 Mitglieder des Reichstages, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 8 Mitglieder des Parteivorstandes, 2 Referenten und je 1 Vertreter der Redaktion des „Vorwärts" und der Firma Auer u. Co. in Hamburg. Stimmberechtigt waren also 394 Teilnehmer.

Das Resultat der Wahlen ist folgendes:

Für den Parteivorstand sind abgegeben 350 Stimmzettel. Gewählt ist: Bebel zum ersten Vorsitzenden mit 344, Singer zum zweiten Vorsitzenden mit 342, Gerisch zum Kassierer mit 344 Stimmen. Zu Schriftführern sind gewählt: Molkenbuhr mit 318, Ebert mit 340, Pfannkuch mit 330, Müller mit 293 und als Beisitzerin Genossin Zietz mit 331 Stimmen. — Ferner haben Stimmen erhalten: Frank zum ersten Vorsitzenden 1, Auer als Sekretär 1, außerdem Dittmann 1, Rudolph 5, Rosenfeld 1, Dißmann 3, Stubbe 1.

Bei der Wahl der Kontrollkommission sind abgegeben 352 Zettel. Gewählt sind: Bock-Gotha mit 280, Braun-Königsberg mit 326, Brühne-Frankfurt a. M. mit 278, Ernst-Berlin mit 332, Geck-Offenburg mit 264, Kaden-Dresden mit 279, Koenen-Hamburg mit 276, Timm-München mit 295, Zetkin-Stuttgart mit 265 Stimmen. Es sind also die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission wiedergewählt. — Ferner haben Stimmen erhalten: Gaiß 63, Süßheim 3, Borgmann 2, Westmeyer 2, Kolb 2, Frank 1, Wasner 1, Fischer 1, Dittmann 1, Zubeil 1, Rohleder 1, Müller-München 1, Beims 1, Lehmann-Leipzig 1, David 1, Hildenbrand 1.

Die Kontrollkommission teilt mit, daß sie die Genossen Wengels und Liepmann wieder zu Beisitzern für den Parteivorstand gewählt und den Bildungsausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt hat.

Damit sind die Geschäfte des Parteitages beendet.

Wir haben jetzt eine angenehme Pflicht zu erfüllen, nämlich unsern Magdeburger Parteigenossen unsern herzlichsten Dank auszusprechen für die vielen Mühen und Arbeiten, die allein es ermöglichten, daß der Parteitag seine Geschäfte ordnungsgemäß erledigen konnte. Wir haben aber auch zu danken für die schöne Empfangsfeier und das Fest, das sie den Delegierten am Dienstagabend gegeben haben, an dem Musik, Gesang und Vorführungen auf Stunden die Parteitagsgeschäfte aufs angenehmste unterbrachen. Ferner gebührt ihnen und den Genossen in Thale Dank für das Arrangement des

Ausflugs in das schöne Bodetal, der auch vom schönsten Wetter begünstigt worden ist. Allen Teilnehmern am diesjährigen Parteitag wird Magdeburg in guter Erinnerung bleiben. (Beifall.)

Parteigenossen! Die Verhandlungen unseres Parteitages haben diesmal mehr als sonst die Aufmerksamkeit aller politischen Parteien Deutschlands erregt. Wenn die Urteile der konservativen und der Zentrumspresse uns auch kalt lassen, so liegt das daran, daß wir sie kennen. Wir wissen, daß sie uns vermöbelt und heruntersetzt, wo sie nur kann. Solche Urteile sind uns sehr angenehm, da sie versteckte Wut kaum verbergen können. (Sehr gut!) Je mehr dort geschimpft wird, um so sicherer werden wir selbst; denn der Beweis ist erbracht, daß wir uns auf richtigem Wege befinden. (Sehr wahr!) Desto interessanter war dagegen das Verhalten der Liberalen. Sie haben auf etwas gehofft, das nicht in Erfüllung gegangen ist und nie in Erfüllung gehen wird. Ich werde darauf noch am Schluß meiner Ausführungen zurückkommen.

Parteigenossen! Unsere Tagung stand während des ganzen Verlaufes unter einer strengen Sachlichkeit, wenn auch einige aufregende Momente nicht vermieden werden konnten. Das liegt aber an unserem ureigensten Wesen, frei herauszusagen, was ist, und die Meinungsfreiheit nicht einzuschränken. (Sehr gut!) Daß dabei hier und da daneben gehauen wird, das ist menschlich und um so mehr begreiflich, als allen nur das Wohl der Partei am Herzen liegt. Kein Delegierter wird mit einem bitteren Gefühl im Herzen den Parteitag verlassen. (Sehr richtig!)

Ueber den Verlauf der Debatte über die Maifeier ist zu sagen, daß die Partei, wie auch in früheren Jahren, den ersten Mai am würdigsten durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern gedenkt, um den Protest gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus am wuchtigsten zu erheben und zugleich dem Kriegsmoloch ein Halt in seinem völkerverwüstenden Treiben zuzurufen. Wir wissen recht wohl, daß die Arbeiter einer Nation allein nicht stark genug sind, um mit Erfolg jenem kulturmörderischen Unheil ein Ende zu bereiten. Aber die Zeit naht immer mehr heran, wo das gesamte Proletariat aller Länder stark genug sein wird, Kriege zwischen Kulturländern unmöglich zu machen. Dazu soll und wird die Maifeier dienen.

Das hat uns auch ganz besonders das Referat über den Internationalen Kongreß in Kopenhagen gezeigt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und der Wille der Proletarier aller Länder wird das vollbringen, was Ideologen im bürgerlichen Lager bislang als schönen Traum angesehen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch der parlamentarische Bericht hat große und erhebende Momente gehabt, und die daran sich anschließende Diskussion zeigte uns die Uebel und die Schwächen unserer innerpolitischen und wirtschaftlichen Lage, als deren Pole sich der Imperialismus im deutschen Tibet mit seiner verzückten Himmelsfreudigkeit und die kaum zu ertragende Not von Millionen Volksgenossen erwiesen. Dort das Erdenentrücktsein, hier irdische Not, Leiden und Vergewaltigung in höchster Potenz, aber auch zugleich die feste Entschlossenheit unserer Partei, als Vertreterin der Armen und Elenden, dem tollen Zustand ein Ende zu bereiten. Und das Volk wird uns in diesem Kampfe treu zur Seite stehen. (Bravo!)

Als ein weiteres gutes Zeichen unserer Entwickelung ist auch der freundliche Standpunkt unserer Partei zu der Konsumvereinsbewegung anzusehen. Wenn nicht alles täuscht, wird diese Bewegung imstande sein, den Arbeitern eine starke Stütze zu bilden im Kampf gegen Auswucherung und Uebervorteilung im täglichen Leben und dabei eine große erzieherische Wirkung ausüben. (Bravo!)

Das ist um so notwendiger, als wir sehen, wie in der sozialen Reform trotz des Trommelgerassels der Offiziellen und Offiziösen eine Art Versteinerung eingetreten ist. Die große Vorlage, die den Reichstag zurzeit beschäftigt, ist eigentlich nichts weiter als eine rein mechanische Zusammenlegung der Versicherungsgesetze, bei der neben manchem Besseren aber auch die Beschneidung der Selbstverwaltung der Kassen, besonders der Rechte der Arbeitnehmer, steht. Noch bei keinem Gesetz zuvor ist seitens der Parteileitung, der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags eine so gründliche und umfassende Sichtung und Bearbeitung des Materials erfolgt, wie gerade bei dieser Vorlage. Hoffen wir, daß diese Riesenarbeit wenigstens den Erfolg haben möge, daß die Arbeiter nicht schlechter gestellt werden als bisher. (Bravo!)

Nun noch einige Worte zu der badischen Budgetbewilligung, die ihre Schatten in der Literatur und in Versammlungen vorauswarf. Gewiß, die Angelegenheit war auch für uns keine angenehme, aber sie ist erledigt, wie sie unter Parteigenossen erledigt werden muß. (Sehr wahr!) Harte Worte links und rechts, dann aber, als der Streit sein parlamentarisches Ende fand, die erhebenden, von richtigem parteigenössischen Gefühl getragenen Erklärungen der vier süddeutschen Fraktionen am Freitagmittag. Ich habe in wetterharten Gesichtern manches Auge naß werden sehen — das war keine Sentimentalität, sondern Freude über die wirklich vollzogene Einigung zwischen Nord und Süd unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen, der alte Liebknecht hat einmal das Wort ausgesprochen: Die geballte Faust dem Gegner, den Genossen, auch den strauchelnden, die hilfreiche Bruderhand. (Sehr gut!) Sie wissen, was ich damit meine. Ich möchte dazu noch sagen, damit die andere Seite auch ihr Teil erhält (Heiterkeit), daß wir, bildlich gesprochen, als Partei mit einem großen Hause zu vergleichen sind, das viele Wohnungen hat, Wohnungen für alle, denn wir möchten alle haben, die den Kampf gegen das Unrecht führen wollen, aber auch in den Temperamenten sehr verschieden sind. Das kann der Hausbesitzer ertragen; ohne das Aufeinanderplatzen der Meinungen kommt die Wahrheit nicht an den Tag. Aber eins kann er verlangen: die Hausordnung müssen alle ohne Unterschied respektieren. (Lebhafter Beifall.)

Hierbei haben wir auch die große Freude gehabt, unseren alten Führer Bebel in geistiger Frische und Kraft wieder unter uns zu sehen, was uns alle miteinander sehr gefreut hat. Es ist zweifellos der Wunsch der Delegierten hier im Saale und der Parteigenossen im ganzen Reich und weit über dessen Grenzen hinaus, daß seine gute Gesundheit andauern möge, damit er das Werk, das er begonnen hat, fortsetzen kann. (Stürmischer Beifall.)

Und damit komme ich zum Schluß. Das, was uns alle bewegt und die Partei vor schwere Aufgaben stellt, ist der Wahlrechtskampf in Preußen; der muß zu einem glücklichen Ende geführt werden, und wenn man Ihre entschlossenen, kampflustigen Gesichter sieht, so ist an dem Ausgang gar nicht zu zweifeln.

Wenn die Liberalen uns zu diesem Kampf als offizielle Bundesgenossen haben wollen, so sehen sie den Wald vor Bäumen nicht. Es existiert keine ernstliche liberale Forderung, die nicht von unserer Partei leidenschaftlich vertreten wird, mit einer Leidenschaft, von der bei den Liberalen äußerst wenig zu merken ist. (Sehr richtig!) Von einem Handel zwischen uns und den Liberalen kann nicht die Rede sein, wohl aber von einer Hilfe dort, wo die Liberalen einem Reaktionär gegenüber zu schwach sind. Wo es uns selbst nicht gelingt, den Reaktionär aus eigener Kraft zu besiegen, hauen wir den Liberalen als das kleinere Uebel heraus. So war es immer, selbst mit einem Disziplinbruch

(Heiterkeit), so wird es auch fernerhin bleiben. Also bitte, mögen die Herren Liberalen gegebenenfalls das gleiche tun. So, aber auch nur so, ist eine Bundesgenossenschaft denkbar. Wir sind schon zu häufig geleimt worden, um uns Illusionen hinzugeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen, wenn der Parteitag geschlossen sein wird, treten die Delegierten in ihrer Heimat wieder in den Kampf ein, der heißer als je werden wird. Sie treten nach dem Zusammenarbeiten mit den Parteifreunden aus allen Gauen Deutschlands in dem erhebenden Gefühl wieder in die Schlachtreihen des Proletariats, daß die Partei einiger wie je ist. Das stolze Bewußtsein, daß ihr der endliche Sieg werden muß, beseelt sie und feuert sie an. Groß sind die Mühen, aber groß und gewaltig ist auch das gesteckte Ziel. Als seinerzeit das Wort gelassen ausgesprochen wurde, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt, fiel dabei auch die schöne Bezeichnung für die deutschen Arbeiter, daß sie vaterlandslose Gesellen seien. Das hat uns ein mitleidiges Lächeln entlockt, und das war noch zu viel. (Sehr gut!) Wissen wir doch, daß Deutschlands Zukunft in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung liegt und daß die wahre Kultur nirgends sicherer ruht und getragen wird, als in den Köpfen und Herzen der Arbeiter — eine Kultur, die den Frieden auf Erden will, auf daß sie den Menschen ein Wohlgefallen sei. (Lebhafter Beifall.)

Bekräftigen wir das Gelöbnis, daß wir unerschüttert von allem Bösen unseren Kampf weiterführen wollen bis zum endlichen Sieg, mit einem dreifachen Hoch auf die sozialdemokratische Partei Deutschlands und die sozialdemokratische Bewegung aller Länder: Die Sozialdemokratie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegierten haben sich während der letzten Worte erhoben, sie stimmen begeistert in den Hochruf ein und singen stehend die ersten beiden Strophen der Arbeitermarseillaise.

Vorsitzender Dietz: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1¼ Uhr.

Vor Schluß des Parteitages ist abgereist:

Limbertz.

Gäste auf dem Parteitage:

Ludwig Bretschneider-Wien, Franz Fischer-Belgien, Löwegreen-Malmö, Schramml-Wien, Julius Vahlteich-Nordamerika, Wijk-Finnland.

Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge.

Parlamentarisches.

Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der Beratung des Justizetats die Wahlrechtsjustiz und die Streikjustiz einer eingehenden und gründlichen Kritik zu unterziehen. (Antrag 40.)

Gegen den Zarismus.

1. Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Finnlands durch den Zarismus protestieren, dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie aussprechen und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das klassenbewußte deutsche Proletariat zusichern.

2. Der Parteitag protestiert aufs schärfste dagegen, daß der russische Zar, der Mitschuldige an allen Greueln und Infamien der Gegenrevolution, der Auftraggeber und Schirmherr der Azew, Harting und sonstigen Lockspitzelschurken, der Mitverantwortliche auch der neuen niederträchtigen Judenverfolgungen, das Haupt jener verbrecherischen Verschwörung gegen die finnische Freiheit und Selbständigkeit, als gefeierter Gast den deutschen Boden hat betreten dürfen, und daß deutsche Beamte und Soldaten zum Schutze des gekrönten Verbrechers kommandiert, die Steuergroschen deutscher Steuerzahler für ihn verschleudert werden konnten und damit die Ehre des deutschen Volkes, das in seiner übergroßen Mehrheit diesen „Gast" verabscheut, tief herabgewürdigt ist.

Der Parteitag brandmarkt die preußische und die hessische Regierung, die den Repräsentanten einer barbarischen, gesetzlosen und hochverräterischen Willkürherrschaft gegen die Empörung des deutschen Volkes durch Maßnahmen zu schützen versuchen, durch die die deutschen Gesetze rücksichtslos mit Füßen getreten werden und so auch in Deutschland eine barbarische und gesetzlose Willkürherrschaft etabliert wird. (Antrag 75.)

Russische Grenzübergriffe.

Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, die Regierung wegen der immer häufiger vorkommenden russischen Grenzübergriffe zu interpellieren, was sie zu tun gedenkt, um für die Zukunft die Mißgriffe der zarischen Soldateska zu verhindern. (Antrag 84.)

Verfassungsfrage Elsaß-Lothringen.

Der verfassungsrechtliche Zustand Elsaß-Lothringens als Reichsland ist in der barbarischen Anschauung begründet, daß die ohne Rücksicht auf ihren eigenen Willen der französischen Republik im Jahre 1871 abgenommenen Provinzen die Kriegsbeute der deutschen Bundesstaaten waren und geblieben

sind. Wenn jetzt die Reform des Wahlrechts und der Verfassung sich einer Wendung nähert, so lehnt der Parteitag, getreu der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie, jeden Vorschlag ab, der irgendwie an dem gegenwärtigen Wesen der Verfassung und des Wahlrechts festhalten oder gar bezwecken wollte, Elsaß-Lothringen einer vollständigen Verpreußung zuzuführen oder im Lande eine unberechtigte Vorherrschaft der bisher im Landesausschuß maßgebenden Reaktion zu begründen.

Der Parteitag spricht sich demzufolge mit aller Wucht gegen die Einrichtung oder die Vorbereitung einer Dynastie aus, die er beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Statthalterschaft erblicken würde. Mit derselben Energie wendet er sich gegen die Absicht, durch ein Zweikammersystem die Volksvertretung der Kontrolle eines Oberhauses zu unterwerfen und die Volksvertretung selbst durch ein Pluralwahlsystem oder ähnliche reaktionäre Maßnahmen zu fälschen.

Der Parteitag folgt den demokratischen Grundsätzen der Sozialdemokratie, wenn er die volle Gleichberechtigung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten und innerhalb der Landesverfassung die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger verlangt.

Der Parteitag fordert: Die Autonomie Elsaß-Lothringens, also die Umwandlung des Reichslandes in einen Bundesstaat und für diesen neuen Bundesstaat die republikanische Form. Er fordert ferner die Durchführung eines reinparlamentarischen Regimes, also die Verantwortlichkeit der Staatsregierung vor dem Parlament. Nur darin sieht er die Gewähr, daß die Vertreter des neuen Bundesstaates im Bundesrat die Interessen des elsaß-lothringischen Volkes vertreten können. Er fordert endlich für das Parlament eine einzige Volkskammer, hervorgegangen aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens. (Antrag 86.)

Maifeier.

Der Parteivorstand ist zu beauftragen, mehr als bisher für die Propagierung der Maifeier zu tun. So möge der Parteivorstand veranlassen, daß während des Monats April ein Flugblatt herausgegeben wird, eventuell dasselbe selbst herausgeben, welches die Bedeutung der Maifeier für das Proletariat darlegt und zur Agitation für dieselbe auffordert. (Antrag 87.)

Alkoholgenuß.

Die Konsum- und Parteiorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinzuweisen und sind die derzeitigen Schnaps- und Bierpreiserhöhungen nach Kräften zu diesem Kulturzweck auszunutzen.

(Antrag 88.)

Budgetbewilligung.

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtage das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben. (Antrag 90.)

Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort:

„Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist eine Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe,"

beantragen wir den nachstehenden Satz, den der Genosse Bebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben:

„Wir sind der Meinung, daß, wenn die Resolution des Parteivorstandes angenommen ist und wenn abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind." (Antrag 97.)

Wahlrechtsfrage.

Der in Deutschland herrschende scheinkonstitutionelle Militärabsolutismus hängt auf das innigste zusammen mit den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind.

Besonders das Dreiklassenwahlsystem in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und damit im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht.

Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwickelung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten.

Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahl zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und in den anderen Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahl-

rechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen. (Antrag 91.)

Preußische Wahlrechtsvorlage.

Der Parteitag erklärt in völliger Uebereinstimmung mit dem jüngsten preußischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe dieses Frühjahrs vollauf bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch eine große, entschlossene Massenaktion des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen. (Antrag 100, Abs. 1.)

Genossenschaftswesen.

Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittelung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumentengenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwickelung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründung von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen. (Antrag 92.)

Fleischteuerung.

Der Parteitag erblickt in der herrschenden Fleischteuerung einen unerträglichen Notstand, der durch die Zoll- und Agrarpolitik des Reiches hervorgerufen ist.

Die künstliche Verteuerung des Getreides durch die Zölle, die in Zeiten hoher Auslandspreise noch gesteigert wird durch die Einfuhrscheine, bedingt neben der Brotteuerung die Verteuerung der Futterstoffe und damit die Preissteigerung des Viehes und des Fleisches. Diese Preissteigerung wird weiter verschärft durch die Vieh- und Fleischzölle und die schikanösen Einfuhrbestimmungen.

Die hohen Fleisch- und Brotpreise verschlechtern die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen, schädigen ihre Gesundheit auf das schlimmste und führen zu ihrer Degeneration.

Der Parteitag verlangt daher von der Regierung, daß unverzüglich alle Zölle und zollpolitischen Maßregeln, die eine künstliche Verteuerung des Fleisches herbeiführen, beseitigt werden; er fordert weiter die Parteiorganisationen auf, den Kampf gegen die Lebensmittelteuerung mit aller Schärfe weiterzuführen. (Antrag 96.)

Steuer- und Zollpolitik.

Von der durch die Steuer- und Zollpolitik hervorgerufenen künstlichen Teuerung sämtlicher Lebensmittel, besonders durch den durch die skrupellose Raubpolitik der agrarischen Clique entstandenen Fleischwucher werden in erster Linie die Frauen der Arbeiterklasse getroffen. Der Parteitag beschließt deshalb, noch in diesem Herbst die proletarischen Frauen im ganzen Lande zu energischem Protest gegen diese verbrecherische Politik aufzufordern.

Zu diesem Zwecke sind öffentliche Frauenversammlungen zu veranstalten, für die eine umfassende Agitation entfaltet werden muß. Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, das sich besonders an die proletarischen Frauen richtet. Dieses Flugblatt wird den einzelnen Organisationen unentgeltlich geliefert. (Der letzte Absatz in dem von der Genossin Zietz auf Seite 400 beantragten Sinne.) (Antrag 98.)

Schnapsboykott.

Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in die Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen.

Den Parteiorganisationen wird empfohlen, den Trinkzwang bei Versammlungen und Sitzungen durch Vereinbarungen mit den Gastwirten abzulösen. (Antrag 99.)

Polizeiwillkür.

Der Parteitag erhebt den entschiedensten Einspruch gegen das ungesetzliche Vorgehen der Lichtenberger Polizeibehörde, die das Bildungsbedürfnis der proletarischen Jugend nicht nur durch unrechtmäßige Anwendung überlebter Kabinettsverfügungen, sondern sogar durch flagranten Bruch der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes zu ersticken versucht.

Der Parteitag erhofft von dem Bildungseifer der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, daß er sich allen polizeilichen Maßregeln zum Trotz siegreich durchsetzen wird. (Antrag 105.)

Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Albrecht, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags
Antrick, Otto	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Apel, Wilhelm	Erfurt	Erfurt
Arendsee, Martha	Tegel	Nieder-Barnim
Arnswald, Johanna	Oberhausen	Duisburg-Mülheim a. Ruhr
Auer, E.	München	Rosenheim
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin 2
Bahrdt, Richard	Groitzsch	Borna-Pegau
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig-Stadt
Bartels, Albert	Wernigerode	Oschersleben-Halberstadt
Bartels, Fr.	Hamburg	4. und 9. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Baudert, August	Weimar	1. weimarischer Wahlkreis
Baumann, Linchen	Hamburg	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Bebel, August	Berlin	Parteivorstand
Beckmann, Gg.	Gießen	1. hessischer Wahlkreis Gießen-Grünberg
Beck, A.	Lauenburg	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Beims, Hermann	Magdeburg	Stendal-Osterburg
Bérard, R.,	Hamburg	Geschäftsführer von Auer u. Co.
Belbke, Karl	Berlin	Berlin 4
Beyer, Richard	Leipzig	Leipzig-Stadt
Bielgk, Oswald	Freiberg	9. sächsischer Wahlkreis
Binder, Jakob	Ludwigshafen a. Rh.	Mitglied des Reichstags
Biniszkiewicz, Joseph	Kattowitz	Kattowitz-Zabrze
Bischoff, C.	Altona	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Blase, Therese	Mannheim	Mannheim-Weinheim
Blumtritt, Max	Hof	Hof-Münchberg-Naila-Selb
Bock, W.	Gotha	Kontrollkommission
Bobl, Georg	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Böhle, B.	Straßburg	Mitglied des Reichstags
Bohm, Gustav	Vörde	Hagen-Schwelm
Böhm, Paul	Berlin	Berlin 4
Böhme, M., Frau	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis Stuttgart
Böhmer, Ernst	Löbau i. S.	2. sächsischer Wahlkreis
Böttger, Richard	Mannheim	Mannheim-Weinheim
Borgmann	Berlin	Referent
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Kontrollkommission
Brecour, Wilhelm	Kiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Brey, August	Hannover	Mitglied des Reichstags
Bromme, William	Lübeck	Lübeck
Brühne, F.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Brückner, Eugen	Berlin	Arnswalde-Friedeberg
Bühler, Rudolf	Lichtenberg	Nieder-Barnim
Bull, K.	Kiel	Kiel-Rendsburg
Bunge, Fritz	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Busold, Heinrich	Friedberg (Hessen)	Mitglied des Reichstags
Castan, Ernst	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis, Chemnitz
Cohn, Louis	München	Augsburg-Schwabmünchen
Daub, Otto	Küstrin	Königsberg, N.-M.
David, Eduard	Berlin-Nikolassee	Mitglied des Reichstags
Davidsohn, Georg	Berlin	Berlin 4

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Deutsch, Hermann	Blankenese	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Diefenbach, Wilhelm	Güstrow	6. mecklenburgischer Wahlkreis
Diener, Franz	Mühlheim a. M.	Offenbach-Dieburg
Diettrich, Karl	Breslau	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Dietze, Alfred	Leipzig	Leipzig-Stadt
Ditzmann, Robert	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Dittmann, Wilhelm	Solingen	Solingen
Dobrohlaw, Paul	Berlin	Berlin 6
Döhnel, Georg	Leipzig	Leipzig-Land
Donalies, Franz	Königsberg	Königsberg
Dreckshagen, Franz	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Drescher, Reinhold		Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
Dröner, Ernst	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Ebert, F.	Berlin	Parteivorstand
Eckardt, Heinrich	Salzungen	Meiningen 1 und 2
Eichhorn, Bruno	Dresden	Dresden-N.
Eichhorn, Emil	Berlin	Mitglied des Reichstags
Emmel, L.	Mülhausen	Mitglied des Reichstags
Engler, W.	Freiburg	5. badischer Wahlkreis
Ernst, Eugen	Berlin	Kontrollkommission
Ernsting, Wilhelm	Minden	Minden 1
Eschke, Franz	Nienburg (Saale)	Anhalt 2
Evers, Joseph	Hildesheim	Hildesheim
Fahrenwald, Agnes	Berlin	Berlin 4
Faitzl, Matthäus	Hornburg	2. badischer Wahlkreis
Faure, Albert	Remscheid	Lennep-Remscheid-Mettmann
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Koblenz 1
Feldmann, Franz	Oberlangenbielau	Reichenbach-Neurode
Fiter, Paul	Limbach	15. sächsischer Wahlkreis
Fischer, Edmund	Briesnitz-Dresden	1. und 3. sächsischer Wahlkreis
Fischer, Gustav	Hannover	Hannover-Linden
Fischer, Hermann	Gera	Reuß j. L.
Fischer, Hubert	Duisburg	Duisburg-Mühlheim
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags
Fleißner, H.	Dresden	Referent
Fode, Franz	Altenessen	Essen a. d. Ruhr
Förster, Hermann	Hamburg	Hamburg 3
Frank, Dr., Ludwig	Mannheim	Mitglied des Reichstags
Frank, Otto	Berlin	Berlin 6
Franz, Ernst	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz
Geiß, Anton	Mannheim	13. badischer Wahlkreis
Gebhardt, Magnus	Burg bei Magdeburg	Jerichow 1 und 2
Geck, Adolf	Offenburg	Kontrollkommission
Geyer, F.	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Gewehr, Elfriede	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Giebel, Carl	Berlin	Kottbus-Spremberg
Göhre, Paul	Berlin	Mitglied des Reichstags
Geldner, Gustav	Meißen	7. sächsischer Wahlkreis
Gölzer, Heinrich	Kempten	Immenstadt
Gottleber, Max	Löbtau	6. sächsischer Wahlkreis
Grahn, Frau, Charlotte	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Züllichau-Krossen
Graupe, Georg	Zwickau	18. sächsischer Wahlkreis
Greiner, Robert	Aschersleben	Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe
Grenz, Ernst	Leipzig	21. sächsischer Wahlkreis
Große, Berthold	Hamburg	Hamburg 3
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Gruner, Artur	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Grütz, Willi	Remscheid	Lennep-Remscheid-Mettmann
Haase	Königsberg	Königsberg i. Pr. (Stadt)
Haberer, Peter	Offenburg	7. badischer Wahlkreis
Hackelbusch, Richard	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Haenisch, Konrad	Dortmund	Dortmund-Hörde
Hahn, Julius	Salbke	Wanzleben
Hanisch, Alois	Stettin	Randow-Greifenhagen
Hasenzahl, Ludwig	Erbach	Erbach-Bensheim
Haug, Christian	Eßlingen	5. württembergischer Wahlkreis
Haugenstein, Max	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	Jerichow 1 und 2
Hauschildt, Richard	Kassel	Kassel-Melsungen
Haußmann, Eugen	Koblenz-Neuendorf	Koblenz-St. Goar, Kreuznach-Simmern, Trier
Heckel, Hans	München	Neumarkt i. O.-Pf. Wahlkreis
Heilmann, Ernst	Chemnitz	16. sächsischer (Chemnitz)
Heine, W.	Berlin	Mitglied des Reichstags
Heinrich, Franz	Eisleben	Merseburg 4 (Mansfeld)
Heinrichs, Gustav	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Held, Max		16. sächsischer Wahlkreis
Hengsbach, Klemens	Köln	Mitglied des Reichstags
Henke, Alfred	Bremen	Bremen
Hennig, Paul	Halle	Halle a. S. und Saalkreis
Hense, Karl	Hamburg	Hamburg 3
Hentsch, Richard	Grimma	11. sächsischer Wahlkreis
Heyschold, Karl	Berlin	Ost-Prignitz
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Hoch	Hanau	Mitglied des Reichstags
Hoffmann, August	Celle	14. hannoverscher Wahlkreis
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg 2
Hoffmann, Paul	Breslau	Breslau-Ost und -West
Hofmann, Arthur	Saalfeld	Schwarzburg-Rudolstadt
Hönisch, Johann	Berlin	Berlin 6
Hopke, Hermann	Forst	Sorau-Forst
Horn, August	Stettin	Köslin-Kolberg-Bublitz
Horn, Georg	Lindenau	Mitglied des Reichstags
Hörsing, Otto	Beuthen (O.-S.)	2., 4., 5., 8. und 9. schlesischer Wahlkreis
Huber, Joseph	Ludwigshafen a. Rh.	Mitglied des Reichstags
Huber, Joseph	Landshut	Landshut
Hubener, Friedr.	Hamburg	Hamburg 1
Hug, Paul	Bant	Oldenburg 1 und 2
Hunschede, Gustav	Berlin	Berlin 5
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Jahn, Bernhard	Dresden-Striesen	Sachsen 6
Jung, Georg	Rüsselsheim	Darmstadt-Groß-Gerau
Jungnickel, Bernhard	Dresden-A.	Dresden-Altstadt 5
Jürgensen, J.	Eckernförde	Schleswig-Eckernförde
Kaden, A.	Dresden	Kontrollkommission
Kahn, Jakob	Mannheim	Mannheim-Schwetzingen-Weinheim
Kaßner, Dorothee	Magdeburg	Magdeburg
Katzenstein, Simon	Charlottenburg	Stralsund-Rügen
Keil, Karl	Wilkau	22. sächsischer Wahlkreis
Keil, Wilhelm	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Kern, Robert	Würzburg	Würzburg-Heitingsfeld
Kiß, Paul	Greiz	Reuß ä. L.
Klees, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Klement	Kaiserslautern	6. pfälzischer Wahlkreis
Klühs, Franz	Magdeburg	Magdeburg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Knapper, Fritz	Heilbronn	3. württembergischer Wahlkreis
Knauf, Heinrich	Gera	Reuß j. L.
Knieriem, Konrad	München	München 1 und 2
Knoche, Johannes	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Knoth, A.	Grabow	3. mecklenburgischer Wahlkreis
Koch, Julius	Magdbg.-Fermersleben	Salzwedel-Gardelegen
Koenen, H.	Hamburg	Kontrollkommission
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	10. badischer Wahlkreis
Köple, Ernst	Hamburg	Hamburg 2
Korn, Otto	Singen	1. badischer Wahlkreis
Körner, Bruno	Ludwigshafen	1. pfälzischer Wahlkreis
Krause, H.	Elmshorn	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Kraußer, Herm.	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen
Kröger, Wilh.	Rostock	1., 4., 7. mecklenburgischer Wahlkreis
Krüger, Franz	Königsberg i. Pr.	Königsberg-Land-Fischhausen
Krüger, Fr.	Wandsbek	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Kühn, Otto	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Kunert, Fritz	Berlin	Mitglied des Reichstags
Lachenmaier, Gust.	Gmünd	10. württembergischer Wahlkreis
Lachmann, Gust.	Berlin	Berlin 2
Langer, Paul	Striegau	Breslau 9
Leber, H.	Jena	Mitglied des Reichstags
Ledebour, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags
Lehmann	Mannheim	Mitglied des Reichstags
Lehmann, Julius	Leipzig-Schleußig	Leipzig-Land
Leid, Karl	Berlin	Berlin 6
Leinert, Robert	Hannover	Hannover 8
Leopold, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Lepitz, Wilh.	Bromberg	Posen 1 bis 10, Bromberg 1 bis 5
Leppert, Georg	Ettlingen	9. badischer Wahlkreis
Leiche, Friedr.	Hamburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Leutert, Paul	Apolda	Weimar 3
Levi, Josef	Mannheim	4. badischer Wahlkreis
Lewerenz, Friedr.	Krefeld	Kleve-Geldern und Krefeld
Ley, Anna	Dortmund	Dortmund-Hörde
Liebknecht, Dr. Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Liepmann, Leop.	Berlin	Parteivorstand
Limbertz, Heinrich	Essen	Essen a. R.
Linde, Hermann	Königsberg i. Pr.	Gumbinnen-Insterburg
Lipinski, Richard	Leipzig	Leipzig-Stadt
Lippold, Julius	Eisenach	Eisenach-Dermbach
Litfin, Paul	Berlin	Berlin 4
Lotz, Heinrich	Worms	Worms-Heppenheim-Wimpfen
Löwigt, Paul	Lübeck	Lübeck
Ludwig, Wilh.	Olvenstedt	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Luicher, Paul	Waldenburg i. Schl.	Waldenburg i. Schl.
Lüth, Heinrich	Hamburg	Hamburg 3
Lutze, Ernestine	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Luxemburg, Dr. Rosa	Berlin-Friedenau	Lennep-Remscheid-Mettmann
Maier, Emil	Heidelberg	12. badischer Wahlkreis
Mann, Wilhelm	Berlin	Berlin 4
Mentle, Otto	Stettin	Stettin
Martin, Ludwig	Holzminden	3. braunschweigischer Wahlkreis
Maurer, Georg	München	Traunstein
Mehrens, Johann	Neumünster	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Meitel, Edmund	Krimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Mende, Franz	Siegen	1. Arnsberger Kreis
Metzger, Wilhelm	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Meo, Kurt	Hannover	12. hannoverscher Wahlkreis
Meyer, Joseph	Berlin	Berlin 5
Michelsen, Peter	Flensburg	1. u. 2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Milow, Marie	Düsseldorf	Düsseldorf
Mittag, Julius	Berlin	Berlin 3
Miß, Konrad	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth
Molkenbuhr, H.	Berlin	Parteivorstand
Möller, Karl	Harburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Mücke, Hermann	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Mucker, Max	Wurzen	11. sächsischer Wahlkreis
Müller, Adolf	München	München 1 und 2
Müller, Adolf	Schopfheim i. B.	3. badischer Schopfheim-Waldshut
Müller, Emil	Plauen	23. sächsischer Wahlkreis
Müller, Gustav	Berlin	Berlin 3
Müller, H.	Berlin	Parteivorstand
Müller, Hermann	Leipzig-Gohlis	13. sächsischer Wahlkreis
Müller-Möglin, Emil	Mülhausen i. E.	2. elsaß-lothringischer Wahlkreis
Müller, Paul	Karlshorst-Berlin	Steinburg-Dithmarschen
Muth, Gustav	Ober-Schöneweide	Nieder-Barnim
Neu, Max	Lambrecht	Landau-Neustadt
Neukirch, Emil	Breslau	Breslau Ost und West
Niendorf, Th.	Kiel	Kiel-Rendsburg
Nimmerfall, Hans	Pasing	Aichach
Noske, Gustav	Chemnitz	Mitglied des Reichstags
Oertel, Otto	Immendorf bei Halle	Halle a. S., Saalkreis
Olion, Peter		Aachen-Stadt
Paetzel, Wilh.	Rixdorf	Landsberg-Soldin
Pannekoek, Dr. Anton	Bremen	Bremen
Panzer, Johann	Bayreuth	Bayreuth-Wunsiedel
Pappenheim, Ludwig	Eschwege	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Pawera, F.	Jüterbog	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Peter, Ernst	Gelnhausen	Kassel 8
Peus, Heinrich	Dessau	Anhalt 1
Pfannkuch, W.	Berlin	Parteivorstand
Pfeiffle, Georg	Mannheim	Wertheim-Tauberbischofsheim
Pollender, Otto	Leipzig	Merseburg-Querfurt
Pötzsch, Klara	Leipzig-Connewitz	13. sächsischer Wahlkreis
Profit, Friedr.	Ludwigshafen	5. pfälzischer Wahlkreis
Quarck, Dr. M.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Quessel, Dr. Ludwig	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Rauch, Emil	Bremen	Bremen
Raute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Reeber, Fr.	Zuffenhausen	Cannstatt-Ludwigsburg
Reese, Gottl.	Linden	Hannover-Linden
Reiwe, Johannes	Vegesack	18. hannoverscher Wahlkreis
Reiwand, Karl	Halle a. S.	Halle a. S.
Rieger, August	Köln	Köln-Stadt
Ricke, H.	Braunschweig	Braunschweig 1
Riem, Gustav	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Ritter, Adolf	Berlin	Ruppin-Templin
Ribert, Jean	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Rohleder, Franz	Elsterberg	Auerbach-Reichenbach
Rosenfeld, Dr. Kurt	Berlin	Berlin 6
Rösler, Karl	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Roth, Bruno	Werdau	Zwickau-Krimmitschau
Roie, Johanna	Hamburg	Hamburg 1
Rudolph, Albert	Frankfurt a. M.	Kassel 5, Wiesbaden 3
Ruhl, Reinhard	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Ryssel, Karl	Leipzig	13. sächsischer Wahlkreis

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Sachse	Bochum	Mitglied des Reichstags
Sailer, A.	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Sauer, H.	Hamburg	Hamburg 2
Schadow, Wilhelm	Kolkwitz bei Kottbus	Kottbus-Spremberg
Schäfer, Otto	Mühlhausen	Mühlhausen-Langensalza
Schindhelm, Karl	Eberswalde	Ober-Barnim
Schlicke, Alex	Stuttgart	Reutlingen-Tübingen
Schliestedt, Heinrich	Linden	Hannover-Linden
Schmalfeld, J. H.	Bremerhaven	19. hannoverscher Wahlkreis
Schmidt, Fritz		Herford-Halle
Schmidt, Heinrich	Vilbel	Friedberg-Büdingen
Schmidt, Richard	Linden	9. hannoverscher Wahlkreis
Schmidt, Rosa	Berlin	Berlin 6
Schmitt, Franz	München	München 1 und 2
Schneider, Max	Straßburg	Straßburg-Stadt
Schnelle, Fritz	Brandenburg	Westhavelland
Schneppenhorst, Ernst	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Schnirch, Karl	Plauen	23. sächsischer Wahlkreis
Schobel, Franz		Dortmund-Hörde
Schöckel, Alfred	Penzig bei Görlitz	Görlitz-Lauban
Schoenfelder, Paul		Hamm-Soest
Scholich, Gustav	Breslau	Breslau-Land
Schöne, Emil	Zschopau	Zschopau-Marienberg
Schöpflin	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Schulten, Otto	Solingen	Solingen 2
Schulz, Heinrich	Berlin	Erfurt-Schleusingen
Schulz, Otto	Wittenberge	West-Prignitz
Schumacher, Chr.	Feuerbach	4. württembergischer Wahlkreis
Schumann, Oswald	Berlin	Sorau-Forst
Schwartz, Theodor	Lübeck	Mitglied des Reichstags
Schwarz, Albert	Mügeln	8. sächsischer Wahlkreis
Schwenke, Fritz	Berlin	Berlin 2
Seel, Wilhelm	Mainz	Mainz-Oppenheim
Seelmann, Joseph	Kronach	Kronach-Lichtenfels
Seidel, Hermann		13. sächsischer Wahlkreis
Severing, Karl	Bielefeld	Mitglied des Reichstags
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Magdeburg 6
Sperka, Karl	Stuttgart	Stuttgart
Spindler, Adolf	Döbeln	10. sächsischer Wahlkreis
Staab, Wilhelm	Potsdam	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Stadthagen, Arthur	Berlin	Mitglied des Reichstags
Starosson, Fr.	Rostock	2. mecklenburgischer Wahlkreis
Stegner, Johann	Koburg	Koburg
Stenzler, Paul	Jatznik	Ueckermünde-Usedom-Wollin
Stinkdorfer, Alois	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Stellinger, Friedrich	Pforzheim	9. badischer Wahlkreis
Stolle, Wilhelm	Gesau	Mitglied des Reichstags
Stege, Hermann	Görlitz	Löwenberg i. Schles., Bunzlau-Lüben, Rothenburg-Hoyerswerda, Glogau, Grünberg-Freistadt, Sagan-Sprottau
Stolten, Otto	Hamburg	Hamburg 1
Strobel, Albin	Zielau	Stollberg-Schneeberg
Ströbel, Heinrich	Berlin	„Vorwärts"-Redaktion
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg 3
Sturmfels	Groß-Umstadt	Offenbach-Dieburg
Südekum, Dr.	Berlin	Mitglied des Reichstags
Süßheim, Max	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Süßkind, Albert	Mannheim	Mannheim-Schwetzingen-Weinheim
Tiedmann, Emil	Kriescht	Sternberg Ost und West
Thelen, Mathias	Köln	Köln-Land
Thiel, Marie	Tempelhof	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Thiele, Adolf	Guben	Guben-Lübben

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Thiele, Adolf	Halle	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Tielemann, Karl	Osnabrück	Hannover 4
Timm, Johann	München	Kontrollkommission
Tönebön, Heinrich	Recklinghausen	Recklinghausen-Borken
Tönnies, Herm.	Hamburg	Hamburg 1
Treu, Martin	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Ulm, Wilhelm	Zehlendorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Ulrich, Georg	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Ulrich, Karl	Offenbach	Mitglied des Reichstags
Umland, Klaus	Hamburg	Hamburg 2
Vogel, Hans	Fürth in Bayern	Rothenburg o. T.-Neustadt a. A.
Vogt, Georg	München	Straubing
Vogtherr, E.	Wiesbaden	Wiesbaden-Biebrich
Wagner, K.	Mölln	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Wagner, Richard	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Walter, Anton	Höchst a. M.	Höchst-Homburg-Usingen
Walter, Max	Laubegast	Dresden-Land
Wassermann	Fürstenwalde	Frankfurt-Lebus
Wassermann, Heinrich	Schöningen	2. braunschweigischer Wahlkreis
Wasner, Otto	Stuttgart	7. württembergischer Wahlkreis
Weber, Fritz	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland
Weill, Georg	Straßburg	Metz
Wellmann, Joh.	Bremen	Bremen
Wengels, R.	Berlin	Parteivorstand
Wenzel, Kaspar	Groß-Lichterfelde	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Werner, Emil	Rostock	5. mecklenburgischer Wahlkreis
Weitkamp, Emil	Düsseldorf	Neuß-Grevenbroich
Westmeyer, Fr.	Stuttgart	Stuttgart
Wester, Heinrich	Bochum	Gelsenkirchen-Witten
Widlein, Max	Nordhausen	Nordhausen
Wiese, Minna	Essen	Essen a. d. Ruhr
Wiesner, Wilhelm	Bergedorf	Hamburg 3
Wilde, August	Glauchau	17. sächsischer Wahlkreis
Wilk, Alfred	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Willi, Albert	Karlsruhe	10. badischer Wahlkreis
Winter, Ernst	Groß-Auheim	Hanau-Gelnhausen-Orb
Witti, Sebastian	München	München 1 und 2
Wittich, Heinrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Witzke, Oskar	Rummelsburg	Nieder-Barnim
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe
Wolcet, Richard	Berlin	Berlin 1
Wurm, Emanuel	Berlin	Reuß j. L.
Zetkin, Klara	Wilhelmshöhe	Kontrollkommission
Zentgraf, Hugo	Gotha	Gotha
Ziemer, Heinrich	München	München 1 und 2
Zietsch	Charlottenburg	Mitglied des Reichstags
Zietz, Luise	Berlin	Parteivorstand
Zorn, Georg	Fürth in Bayern	Fürth-Erlangen
Zubeil, Fritz	Berlin	Mitglied des Reichstags

Sachregister des Parteitages.

Zuschriften und Telegramme.

Ahlen. Sozialdemokratische Kreiskonferenz. — Amsterdam. Vliegen Vankuhkhof. — Berlin. Arbeiter vom Bergmann-Elektrizitätswerk. Blindenverein „Bildung". Gerisch. Singer. — Budapest. Baumgarten. — Bremen. Junge Garde. — Feldberg. Freie Turner. — Erfurt. Radfahrklub „Vorwärts". — Genf. Auslandskomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes Rußlands. — Gera. Jugendabteilung. — Gräfinau. Blümel. — Goch. Versammelte Genossen. — Görlitz. Einige Genossen. — Lichtenrade. Stöbener. — London. Sozialdemokratische Partei. — Nürnberg. 1000 ausgesperrte Arbeiterinnen und 700 Arbeiter der Bleistiftindustrie. — Paris. Zentralbureau ausländischer Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Sozialdemokratische Partei Frankreichs. Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. — Pforzheim. Renner und Freunde. — Sofia. Bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Stellingen. Sozialdemokratischer Ortsverein. — Stockholm. Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie. — Zürich. Deutsch-österreichische Genossen.

Sprechregister des Parteitages.

Ergebnis der Abstimmungen
über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 161 bis 183. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 486 bis 490. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Seitenzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmungen zu finden sind.)

Nicht genügend unterstützte Anträge:

3 (192), **9, 10, 12, 13, 15** (209), **17** (47), **20** (227), **23, 28, 31, 35, 36, 37** (209), **70, 72, 73** (470).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:

41 bis **46, 48** bis **56, 58, 59, 61, 62, 64** bis **66, 68, 81, 82, 95, 102** (376), **80** (482).

Zurückgezogene Anträge:

7 (300), **11** (214), **47, 57, 60** (300), **63** (276), **67** (300), **74** (422), **89** (465), **93** (360), **100,** Abs. 2 (450).

Abgelehnte Anträge:

14 (471), **19, 21, 22** (227), **27, 29, 30, 34** (225), **94** (376), **101** (450), **103** (465).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge:

1, 2 (482), **4** (225), **5, 6, 8, 16, 18, 24, 25, 26, 32, 33** (225), **69** (471), **71** (475), **77** (233), **78, 79** (482), **83** (225), **104** (477).

Dem Bildungsausschuß überwiesene Anträge:

76, 85 (475).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge:

38, 39 (400).

Angenommene Anträge:

40 (400) Streikjustiz, **75** (405) mit Zusatz gegen den Zarismus, **84** (400) Russische Grenzübergriffe, **86** (450) Verfassung in Elsaß-Lothringen, **87** (227) Maifeier, **88** (476) Genossenschaftswesen, **90** (376) Budgetfrage, **91** (450) Wahlrechtsfrage, **92** (465) Genossenschaftswesen, **96** (400) Fleischteuerung, **97** (383) Budgetfrage, **98** (400) Fleischteuerung, **99** (476) mit Zusatz Schnapsboykott, **100,** Abs. 1 (450) Wahlrechtsfrage, **105** (479) Jugendbewegung.

Inhalts-Verzeichnis.



